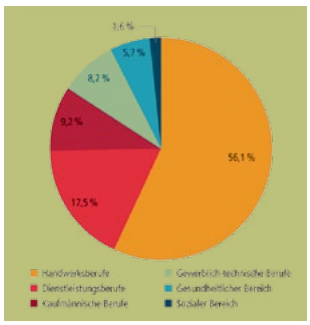
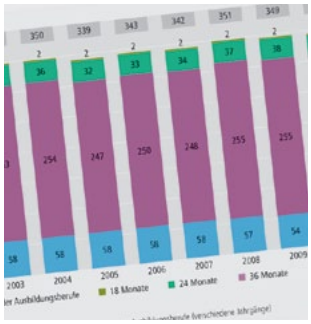
Bundesinstitut
für Berufsbildung
BIBB

▶ Forschen
▶ Beraten
▶ Zukunft gestalten

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012

Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung





GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat die gesetzliche Aufgabe, Entwicklungen in der beruflichen Bildung zu beobachten und zum 1. April jeden Jahres der Bundesregierung hierüber einen Bericht (Berufsbildungsbericht) vorzulegen (§ 86 BBiG). Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ist verpflichtet, an der Vorbereitung des Berufsbildungsberichts mitzuwirken (§ 90 Abs. 1, 1a).

Im Frühjahr 2008 hat das BMBF beschlossen, den Berufsbildungsbericht zu reformieren und neu zu strukturieren. Bei der Neustrukturierung wurde die Empfehlung des Hauptausschusses des BIBB berücksichtigt, den Berufsbildungsbericht in einen politischen Teil, der von der Bundesregierung beraten und beschlossen wird, und einen nicht politischen Teil, für den das BIBB verantwortlich zeichnet, zu gliedern. Seit dem Jahr 2009 gibt das BIBB einen „Datenreport zum Berufsbildungsbericht [Jahr] – Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung“ heraus. Dieser stellt die zentrale Informationsquelle und Datengrundlage für den Berufsbildungsbericht des BMBF dar. Die Erstellung und Herausgabe des Datenreports wird vom BMBF finanziell gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN 978-3-88555-925-2

Vertriebsadresse:
Bundesinstitut für Berufsbildung
Arbeitsbereich 1.4 – Publikationsmanagement/Bibliothek
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn
Telefax: 02 28/1 07-29 67
E-Mail: vertrieb@bibb.de
Bestell-Nr.: 09.192

© 2012 by Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn

Herausgeber:
Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
E-Mail: zentrale@bibb.de
Internet: www.bibb.de

Redaktion: Michael Friedrich
Redaktionsassistenz: Dagmar Borchardt, Petra Spilles
Lektorat: Dr. Eckart Strohmaier
Herstellung: Heike Rotthaus

Umschlag und Satz: Christiane Zay, Potsdam
Druck: W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
Verlag: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
Printed in Germany

ISBN 978-3-88555-925-2

Impressum Online

Der Inhalt dieses Werkes steht unter einer Creative Commons Lizenz (Lizenztyp: Namensnennung – Keine kommerzielle Nutzung – Keine Bearbeitung – 3.0 Deutschland).

Weitere Informationen finden Sie im Internet auf unserer Creative Commons-Infoseite http://www.bibb.de/cc-lizenz

Diese Netzpublikation wurde bei der Deutschen Nationalbibliothek angemeldet und archiviert.

Internet: www.bibb.de/veroeffentlichungen

FSC Mix
Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften
www.fsc.org Zert.-Nr. GFA-COC-001454
© 1996 Forest Stewardship Council

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012

Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung

Bundesinstitut für Berufsbildung BIBB

Forschen
Beraten
Zukunft gestalten

Vorwort

Eine aktuelle und strukturiert aufbereitete Bildungsberichterstattung ist eine unabdingbare Voraussetzung, um rechtzeitig Entwicklungstendenzen im Berufsbildungssystem erkennen und entsprechend reagieren zu können. Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) berichtet regelmäßig und systematisch auf Basis empirischer Daten und sozialwissenschaftlicher Analysen über den aktuellen Stand und die neuesten Entwicklungen in der beruflichen Bildung. Er bildet damit die Datengrundlage für den Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Sowohl die Herausgabe des Berufsbildungsberichts durch das BMBF als auch die Mitwirkung des BIBB bei der Vorbereitung des Berufsbildungsberichts sind Aufgaben, die im Berufsbildungsgesetz (§§ 86, 90) verankert sind.

In der vorliegenden Ausgabe des Datenreports zum Berufsbildungsbericht 2012 werden die Indikatoren zur aktuellen Situation in der beruflichen Ausbildung (Kapitel A) und beruflichen Weiterbildung (Kapitel B) fortgeschrieben und Veränderungen im Zeitverlauf dokumentiert. Das Schwerpunktthema (Kapitel C) befasst sich mit den Übergängen von der Schule in die Ausbildung und geht der Frage nach, welche Stellung ein „Übergangsbereich“ zwischen Schule und Ausbildung in Zukunft haben wird. Kapitel D gibt einen Überblick über die Förderung von Innovationen in der Berufsbildung durch Programme, Modellinitiativen und Kompetenzzentren. Das internationale Kapitel (E) greift das Schwerpunktthema auf. Hier werden die unterschiedlichen Übergangsprozesse zwischen Schulbesuch, Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit im internationalen Kontext behandelt und für ausgewählte europäische Länder im Vergleich betrachtet.

Die Indikatorik im BIBB-Datenreport wurde für 2012 weiter präzisiert und verbreitert. Beispielsweise konnten – aufgrund einer verbesserten Datenlage – zusätzliche und stärker differenzierte Analysen auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchgeführt werden. Auch konnte die Bildungsberichterstattung zur Aus- und Weiterbildung durch Sonderauswertungen des Mikrozensus bereichert werden.

Mit Blick auf den Umfang des gedruckten Bandes werden – wie bereits in den Vorjahren – zusätzliche Informationen zur Entwicklung der beruflichen Bildung auf dem Internetportal **www.bibb.de/datenreport** bereitgestellt. Dieses Internetangebot wollen wir in Zukunft weiter ausbauen.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen zum vorliegenden Datenreport. Für Anregungen, Anmerkungen und konstruktive Kritik sind wir dankbar (**datenreport@bibb.de**).

Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser
Präsident

Hinweise für Leserinnen und Leser

Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht stützt sich auf zentrale Indikatoren und Kennwerte, um Entwicklungen in der beruflichen Bildung in Deutschland darzustellen. Neben der textlichen Darstellung werden Tabellen **→ Tabelle …** und Schaubilder **→ Schaubild …** verwendet. Darüber hinausgehende und stärker differenzierte Datenwerte werden unter **www.bibb.de/datenreport** als Anhang im Internet **→ Tabelle … Internet** angeboten. Außerdem werden auf der Homepage des BIBB weiterführende Informationen und Daten bereitgestellt.

Ein blaues E innerhalb der Texte verweist auf Erläuterungen und Ergänzungen, die sich in blauen Kästen und in räumlicher Nähe zu den entsprechenden Textpassagen befinden. Hier werden beispielsweise Indikatoren und Kennwerte definiert, methodische Erläuterungen zu den verwendeten Datenquellen, Erhebungsverfahren, Stichprobengrößen gegeben und auf Besonderheiten und methodische Einschränkungen hingewiesen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort ... **3**

A Indikatoren zur beruflichen Ausbildung ... **9**

Das Wichtigste in Kürze ... 9

A1 Ausbildungsmarktbilanz 2011 ... **11**

A1.1 Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage ... 13

A1.2 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge – Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2011 ... 28

A1.3 Ausbildungsvermittlung (die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit) ... 47

A1.4 Regionale Entwicklung der Berufsausbildung ... 64

A2 Vorausschätzung des Ausbildungsplatzangebots und der Ausbildungsplatznachfrage ... **69**

A2.1 Rückblick auf die Vorausschätzung für 2011 ... 69

A2.2 Vorausschätzung der Ausbildungsmarktverhältnisse im Jahr 2012 ... 70

A2.3 Ausblick auf die weitere Entwicklung bis 2025 ... 74

A3 Bildungsverhalten von Jugendlichen – Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 ... **77**

A3.1 Einmündungserfolg in duale Berufsausbildung von Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund differenziert nach Herkunftsregionen ... 78

A3.2 Einmündungserfolg in duale Berufsausbildung von Bewerbern und Bewerberinnen mit Einstiegsbegleitung ... 82

A3.3 Zusammenfassung ... 86

A4 Indikatoren zur Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung ... **87**

A4.1 Anerkannte Ausbildungsberufe ... 87

A4.1.1 Zukünftige Entwicklungen hinsichtlich der Neuordnung anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO ... 87

A4.1.2 Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO ... 90

A4.1.3 Neue und modernisierte Ausbildungsberufe ... 93

A4.1.4 Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen ... 96

A4.2 Gesamtbestand der Ausbildungsverhältnisse zum 31. Dezember ... 97

A4.2.1 Entwicklungen nach Zuständigkeitsbereichen ... 97

A4.2.2 Auszubildende mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen ... 106

A4.2.3 Ausbildung im öffentlichen Dienst ... 110

A4.3 Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember) ... 112

A4.4 Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung ... 125

A4.5 Alter der Auszubildenden und Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System ... 138

A4.6 Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss ... 146

A4.6.1 Vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung unter Auszubildenden mit Neuabschluss ... 146

A4.6.2 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss unter den Auszubildenden mit Neuabschluss 152
A4.6.3 Studienberechtigte im dualen System 160
A4.7 Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen 165
A4.8 Teilnahmen an Abschlussprüfungen sowie Berufsabschlüsse 178
A4.9 Jugendliche mit Migrationshintergrund 185
A4.10 Betriebliche Ausbildungsbeteiligung 189
A4.10.1 Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik zur Ausbildungsbeteiligung 189
A4.10.2 Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben 195
A4.10.3 Ausbildungspersonal in der betrieblichen Ausbildung 200
A4.10.4 Betriebliche Ausbildungsbeteiligung, unbesetzte Ausbildungsplätze und Fachkräftebedarf – Ergebnisse aus dem BIBB-Qualifizierungspanel 204

A5 Ausbildung außerhalb des dualen Systems der Berufsausbildung 213

A5.1 Vollqualifizierende Berufsausbildung an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO (Schuljahr 2010/2011) 213
A5.2 Vollqualifizierende Berufsausbildung an BFS gemäß BBiG/HwO (Schuljahr 2010/2011) 216
A5.3 Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen 218

A6 Überblick über das Ausbildungsgeschehen 220

A6.1 Grundlagen der iABE 220
A6.2 Indikatoren zum Ausbildungsgeschehen 221
A6.3 Demografische Entwicklung der jungen Menschen 229

A7 Angebote für bestimmte Zielgruppen 231

A7.1 Regelangebote und Förderprogramme des Bundes am Übergang Schule – Ausbildung 231
A7.2 Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III für Leistungsschwächere 242
A7.3 Die Entwicklung von Zusatzqualifikationen zu dualen Ausbildungsberufen zwischen 2004 und 2011 246
A7.4 Die Entwicklung dualer Studiengänge zwischen 2004 und 2011 249

A8 Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Ausbildung 253

A8.1 Entwicklung der Ausbildungsvergütungen 253
A8.2 Ausgaben der öffentlichen Hand für die berufliche Ausbildung 258
A8.3 Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung 262

A9 Übergang von Ausbildung in Beschäftigung 264

A9.1 Übergang an der zweiten Schwelle: Auswertung des Mikrozensus sowie der Statistik der BA ... 264
A9.1.1 Arbeitslosenzugänge nach abgeschlossener dualer Ausbildung 264
A9.1.2 Die berufliche Situation bis zu 3 Jahre nach dem Abschluss 265
A9.2 Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030 271
A9.3 Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung 278

B Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung ... 281

Das Wichtigste in Kürze ... 281

B1 Beteiligungsstrukturen ... 282

B1.1 Beteiligung der Bevölkerung an berufsbezogener Weiterbildung ... 282

B1.2 Betriebliche Weiterbildung ... 293

B1.2.1 Betriebliche Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote ... 293

B1.2.2 Betriebliche Weiterbildung im europäischen Vergleich ... 296

B1.2.3 Betriebliche Weiterbildung, Ausbildungsbeteiligung und Rekrutierungsprobleme ... 301

B1.3 Fortbildungsprüfungen und Umschulungsprüfungen ... 306

B2 Weiterbildungsanbieter ... 313

B2.1 Ergebnisse der wb**monitor** Umfrage 2011 ... 313

B2.1.1 Geschäftsklima und Anbieterstrukturen im Fokus des wb**monitor** ... 313

B2.1.2 Weiterbildungsanbieter im demografischen Wandel ... 316

B2.2 Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung ... 321

B2.2.1 Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen ... 321

B2.2.2 Berufliche Weiterbildung durch gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen ... 325

B2.2.3 Weiterbildungsstatistik im Verbund ... 330

B2.3 Fernlernen ... 333

B3 Öffentlich geförderte Weiterbildung ... 337

B3.1 SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen ... 337

B3.2 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ... 343

B3.3 Programm Weiterbildungsstipendium ... 346

B3.4 Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses ... 349

B3.5 Ausgaben der öffentlichen Hand für Weiterbildung ... 351

B3.6 Tarifvertraglich geregelte Finanzierung der beruflichen Weiterbildung ... 355

B4 Geregelte Fortbildungsabschlüsse ... 359

B4.1 Regelungen des Bundes, der Länder und der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung ... 359

B4.2 Neuere strukturelle Entwicklungen: Konzept für übergreifende Qualifikationen in kaufmännischen Fortbildungsordnungen ... 360

B4.3 Berufliche Weiterbildung an Fachschulen ... 362

B4.4 Bedeutung, Strukturen und Nutzen beruflicher Aufstiegsfortbildung ... 365

B4.4.1 Lernen für die Arbeitswelt: Nationaler Hintergrundbericht zur OECD-Aktivität „Skills beyond School“ ... 365

B4.4.2 Strukturen der geregelten Fortbildung ... 366

C Schwerpunktthema: Übergänge von der Schule in die Ausbildung ... 373
Vorbemerkungen ... 373
C1 Reformdiskussionen und Strukturreformen ... 374
C2 Daten und Fakten zum Übergangsbereich ... 377
C3 Prognosen zur weiteren Entwicklung des Übergangsbereichs ... 381
C4 Bildungspolitische Programme und Konzepte zur Gestaltung des Übergangsbereichs ... 386
C4.1 Frühzeitig und praxisnah: Trends bei der Berufsorientierung ... 386
C4.2 Vielfalt und Individualisierung: Heterogene Wege in die Ausbildung ... 387
C4.3 Prävention statt Reparatur: Anforderungen an das Personal im Übergangsbereich ... 390
C5 Strukturen verändern – Übergänge im System neu verankern: Initiativen in den Bundesländern ... 392
C6 Fazit ... 393
D Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme, Modellinitiativen und Kompetenzzentren ... 395
Das Wichtigste in Kürze ... 395
D1 Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung ... 396
D2 Modellprojekte als Innovationspartnerschaften ... 397
D3 Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) und Kompetenzzentren ... 401
E Internationale Indikatoren, Systemmonitoring, Mobilität ... 403
Das Wichtigste in Kürze ... 403
E1 Übergänge von der Schule in Ausbildung und Beruf im internationalen Vergleich ... 403
E1.1 Übergang zwischen Schule und Erwerbstätigkeit ... 403
E1.2 Typen des Übergangs ... 407
E1.3 Übergänge in ausgewählten Ländern ... 410
E1.3.1 Dänemark ... 311
E1.3.2 Frankreich ... 412
E1.3.3 Irland ... 414
E1.3.4 Polen ... 416
E2 Mobilität ... 418
Anhang ... 421
Abkürzungsverzeichnis ... 421
Verzeichnis der Schaubilder ... 426
Verzeichnis der Tabellen ... 430
Verzeichnis der Tabellen und des Schaubilds zum Datenreport im Internet ... 437
Literaturverzeichnis ... 440
Verzeichnis der Indikatoren ... 458
Schlagwortverzeichnis ... 459

A Indikatoren zur beruflichen Ausbildung

Das Wichtigste in Kürze

Zusammenfassend ist vor allem auf die folgenden Ergebnisse hinzuweisen:

- Die Zahl der **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** betrug zum 30. September 2011 570.140 und ist gegenüber dem Vorjahr leicht (um 1,8 %) angestiegen.
- Während sich in **Westdeutschland** die Zahl der **neuen Verträge** mit 3,7 % deutlich erhöhte, setzte sich in **Ostdeutschland** der rückläufige Trend der vergangenen Jahre fort. Die Anzahl der Neuabschlüsse fiel um 7,8 %. Dieser Rückgang ging aber nahezu ausschließlich auf den Abbau außerbetrieblicher Ausbildungsplätze zurück. Aufgrund des sich weiter fortsetzenden demografischen Rückgangs haben sich 2011 die Ausbildungschancen der Jugendlichen sowohl in West- wie in Ostdeutschland weiter verbessert.
- Die Bundesagentur für Arbeit registrierte zum 30.09.2011 noch rund 76.700 **erfolglose Ausbildungsplatznachfrager**. Dies zeigt, dass nach wie vor eine erhebliche Zahl von interessierten Jugendlichen nicht in das duale System einmünden kann. Gleichzeitig gibt es für viele Betriebe zunehmend Probleme, ihre Ausbildungsplätze auch tatsächlich zu besetzen.
- **Prognosen des BIBB** gehen für 2012 von einer Steigerung des Ausbildungsplatzangebots um 1,1 % aus. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wird ähnlich hoch wie für das Vorjahr eingeschätzt. Aufgrund der demografischen Entwicklung dürften sich die Chancen der Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz aber weiter verbessern.
- Analysen des BIBB zeigen, dass Personen mit einem **Migrationshintergrund** geringere Chancen auf einen erfolgreichen Übergang in berufliche Ausbildung haben. Dies gilt auch bei ansonsten gleichen Bedingungen (z. B. schulische Qualifikation). Schlechtere Übergangschancen zeigen sich dabei insbesondere für Jugendliche mit türkisch-arabischer Herkunft.
- Zur Umsetzung **des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR)** auf einen **Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR)** wurde vom Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen eine Position verabschiedet. Hiernach werden alle zweijährigen beruflichen Erstausbildungen pauschal dem Niveau 3 und alle drei- und dreieinhalbjährigen Berufe pauschal dem Niveau 4 zugeordnet. Die Abschlüsse Meister, Fachwirte und Techniker sollen dem Niveau 6 zugeordnet werden.
- Die **Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe** hat sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert. Im Jahr 2011 bestehen 344 Ausbildungsberufe.
- Im Jahr 2010 befanden sich nach den **Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik** 1.508.328 Jugendliche in einer **dualen Berufsausbildung**. Hiervon entfielen 1.252.665 auf Westdeutschland und 255.663 auf Ostdeutschland. Der Bestand ist gegenüber dem Vorjahr um 4,0 % gesunken. Frauen sind mit 39,8 % unterrepräsentiert. Nach wie vor ist ein Großteil der Ausbildungsberufe jeweils überwiegend mit Frauen oder mit Männern besetzt. Es ist also insgesamt eine deutliche geschlechtsspezifische Segregation zu beobachten.
- Ende 2009 befanden sich nach den Berechnungen des BIBB bundesweit 145.075 Auszubildende in einer der öffentlich geförderten außerbetrieblichen Ausbildungsformen. Dies waren insgesamt 9,6% aller Auszubildenden. In den alten Ländern verringerte sich die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse um 5,9 % und in den neuen Ländern gab es mit 20,5 % einen massiven Rückgang.
- Die **Ausbildungsanfängerquote,** also der rechnerische Anteil derjenigen in der Wohnbevölkerung, der erstmals eine Ausbildung im dualen System beginnt, ist im Jahr 2010 von 53,5 % auf 54,9 % gestiegen.
- Unter den **Auszubildenden** mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag zum Stichtag 31.12.2010 hatten 42,9 % einen **Realschulab-**

schluss und 32,9 % einen **Hauptschulabschluss.** Der Anteil der **Studienberechtigten** betrug 21 %.

- Im Jahr 2010 wurden bundesweit 142.242 **Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst.** Die **Lösungsquote** lag bei 23,0 % und ist gegenüber dem Vorjahr (22,1 %) leicht angestiegen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich erfahrungsgemäß die Lösungsquote in Zeiten eines sich entspannenden Ausbildungsstellenmarktes eher erhöht. Die Lösungsquoten unterscheiden sich dabei erheblich zwischen verschiedenen Ausbildungsberufen.
- Die **betriebliche Ausbildungsbeteiligung** war 2010 rückläufig. Zum Ende des Berichtsjahres beteiligten sich 468.800 Betriebe an der Ausbildung, die Ausbildungsbetriebsquote verringerte sich um einen Prozentpunkt auf 22,5 %. Dies ist der tiefste Stand seit 1999. Der Rückgang der Ausbildungsbetriebsquote ging dabei weit überwiegend auf Entwicklungen in kleineren Betrieben zurück.
- Nach den Ergebnissen des **IAB-Betriebspanels** lag die **Übernahmequote** erfolgreicher Absolventinnen und Absolventen einer Ausbildung durch die Betriebe bei 61 %. In den neuen Ländern fallen dabei die Übernahmequoten deutlich geringer aus als in den alten Ländern.
- Nach Ergebnissen des **BIBB-Qualifizierungspanels** konnten von den Ausbildungsbetrieben mit Ausbildungsangeboten 34,8 % der Betriebe ihre **Ausbildungsangebote** teilweise oder vollständig nicht besetzen. Die größten Probleme hatten dabei Betriebe aus dem Bereich der sonstigen Dienstleistungen.
- Die Zahl der Schüler und Schülerinnen an **Berufsfachschulen** mit einem Abschluss außerhalb des Geltungsbereichs von BBiG/HWO ist weiter gesunken (-1,1 %) und betrug im Schuljahr 2010/2011 noch 223.451. Die Zahl der Schüler und Schülerinnen an Berufsfachschulen mit einem Abschluss gemäß BBiG/HWO ist traditionell wesentlich geringer. Die Zahl ist deutlich (-11,8 %) auf 26.615 zurückgegangen.
- Nach den Ergebnissen der **integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE)** liegen die Anfängerzahlen des Jahres 2011 bei den Maßnahmen des Übergangsbereichs um ca. 123.350 niedriger als noch 2005. Im gleichen Zeitraum sind die Anfängerzahlen in der beruflichen Ausbildung um 0,4 % gestiegen.
- Auf der Grundlage des Mikrozensus 2008 hat das BIBB die **Erwerbsbeteiligung** von Absolventen und Absolventinnen beruflicher Ausbildungen bis zu drei Jahre nach Ausbildungsende berechnet. Die Erwerbsbeteiligungsquoten liegen dabei in Westdeutschland deutlich höher als in Ostdeutschland.

(Günter Walden)

A1 Ausbildungsmarktbilanz 2011

Die Entwicklung im Überblick

Im Jahr 2011[1] verbesserte sich die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt für die Jugendlichen. Für die Betriebe wurde es dagegen schwieriger, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Ungeachtet dessen waren zum Ende des Berichtsjahres 2011 immer noch mehr Ausbildungsstellenbewerber/-innen auf Ausbildungsplatzsuche, als gemeldete Ausbildungsangebote noch unbesetzt waren. Das ist ein Ergebnis der Marktanalysen auf der Grundlage der Daten aus der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2011 in Verbindung mit den Daten aus der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Auf der Nachfrageseite[2] des Ausbildungsmarktes machte sich auch 2011 die demografische Entwicklung bemerkbar (**vgl. Kapitel A1.1**). So sank die Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger – Hauptklientel der dualen Berufsausbildung – gegenüber dem Vorjahr um rd. 19.000. Sie lag mit 549.000 bereits um mehr als 165.000 niedriger als noch vor 7 Jahren. Die doppelten Abiturientenjahrgänge in Bayern und Niedersachsen sowie die Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes gaben dem Ausbildungsmarkt aber zusätzliche Impulse. Mit offiziell 646.900 gab es 2.300 Ausbildungsplatznachfrager[3] mehr als 2010.

Die Zahl der Ausbildungsplatzangebote[4] nahm jedoch deutlich stärker zu als die Nachfrage. 2011 wurden auf dem Ausbildungsmarkt 599.800 Ausbildungsplätze angeboten, 20.300 mehr als im Jahr zuvor → **Tabelle A1-1**. Insbesondere aufseiten der Betriebe wuchs das Ausbildungsangebot (+30.800), während die überwiegend öffentlich finanzierte („außerbetriebliche“) Ausbildung deutlich zurückgefahren wurde (-10.500). Auslöser der insgesamt positiven Entwicklung war vor allem die gute Wirtschaftskonjunktur (**vgl. Kapitel A1.1**).

Somit standen den 599.800 Angeboten im Jahr 2011 646.900 Ausbildungsplatznachfrager gegenüber, die Angebots-Nachfrage-Relation (Zahl der Angebote je 100 Nachfrager) lag demnach bei 92,7 %.[5] Der um 2,8 Prozentpunkte höhere Wert als 2010 (89,9) spiegelt die aus der Perspektive der Jugendlichen verbesserte Marktlage wider. Allerdings konnte der Zuwachs beim Ausbildungsplatzanbot (+20.300) nur zum Teil in eine höhere Zahl an Ausbildungsverträgen überführt werden. Denn mit insgesamt 570.100 Verträgen (**vgl. Kapitel A1.2**) wurden nur 10.200 Neuabschlüsse mehr registriert als im Vorjahr (+1,8 %). Eine wachsende Zahl von Ausbildungsplatzangeboten blieb ungenutzt (+10.100 bzw. +51,4 % auf nunmehr 29.700), und somit fiel auch der Rückgang bei den erfolglosen Ausbildungsplatznachfragern (-7.900 bzw. -9,3 % auf 76.700) nicht so stark aus, wie dies allein aufgrund der Angebotsentwicklung hätte erhofft werden können.

Die gestiegenen Besetzungsprobleme bei den Ausbildungsplatzangeboten[6] lassen sich nur zum Teil auf den demografischen Trend und den nur verhaltenen Zuwachs bei der Entwicklung der Ausbildungsplatznachfrage zurückführen. Denn immer noch waren zum Abschluss des Berichtsjahres 2010/2011 wesentlich mehr Ausbildungsstellenbewerber auf Lehrstellensuche (insgesamt 76.700), als Lehrstellen

1 Wenn im Folgenden von „Jahr“ oder „Berichtsjahr“ die Rede ist, ist – sofern nicht explizit anders vermerkt – stets der Zeitraum vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September des genannten Jahres gemeint.

2 Die Verwendung der Begriffe „Nachfrage“ und „Angebot“ folgt im Rahmen der Ausbildungsmarktanalyse einer anderen Logik, als sie im Kontext der Arbeitsmarktanalyse üblich ist. Auf dem Ausbildungsmarkt gelten Jugendliche als Nachfrager, weil sie eine Ausbildung „nachfragen“ (während auf dem Arbeitsmarkt damit die Unternehmen und Verwaltungen bezeichnet werden, weil sie Arbeitskräfte „nachfragen“, (zu den Gründen siehe Ulrich 2005). Die „Nachfrage“ auf dem Ausbildungsmarkt setzt sich zusammen aus Jugendlichen, die einen neuen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben, und aus jenen Jugendlichen, die zum Ende des Berichtsjahres (30. September) bei den Beratungs- und Vermittlungsdiensten als weiter suchende Ausbildungsstellenbewerber registriert waren.

3 Berechnet nach der neuen, erweiterten Formel, bei der auch jene noch suchenden Bewerber eingerechnet werden, die zumindest über eine alternative Verbleibsmöglichkeit verfügen.

4 Das Angebot errechnet sich als Summe der neu besetzten Ausbildungsplätze (= neu abgeschlossene Ausbildungsverträge) und der bei den Beratungs- und Vermittlungsdiensten registrierten Ausbildungsstellen, die Ende des Berichtsjahres (30. September) noch nicht besetzt waren.

5 Berechnet nach der neuen, erweiterten Formel, bei der auch jene noch suchenden Bewerber zu den Nachfragern gezählt werden, die zumindest über eine alternative Verbleibsmöglichkeit verfügen.

6 Der relative Anteil der unbesetzten Plätze am Ausbildungsangebot insgesamt stieg von 3,4 % (2010) auf nunmehr 5,0 %.

Tabelle A1-1: **Entwicklung des Ausbildungsmarktes von 2010 bis 2011 im Überblick (Stichtag: 30. September)**

	2010	2011	Entwicklung	
			absolut	in %
Ausbildungsplatzangebot				
• insgesamt	579.565	599.829	20.264	3,5 %
• erfolgreich besetztes Angebot (= neue Ausbildungsverträge)	559.960	570.140	10.180	1,8 %
• unbesetztes Angebot[1]	19.605	29.689	10.084	51,4 %
• „betriebliches" Ausbildungsplatzangebot[2]	538.522	569.335	30.813	5,7 %
• „außerbetriebliches" Ausbildungsplatzangebot[3]	41.043	30.494	-10.549	-25,7 %
Ausbildungsplatznachfrage				
• insgesamt	644.557	646.880	2.323	0,4 %
• erfolgreiche Nachfrage (= neue Ausbildungsverträge)	559.960	570.140	10.180	1,8 %
• erfolglose Nachfrager (= am 30.09. noch suchende Bewerber)[4]	84.597	76.740	-7.857	-9,3 %
Angebots-Nachfrage-Relation (Angebote je 100 Nachfrager)[5]	89,9	92,7	2,8	

[1] Bei der Bundesagentur für Arbeit registrierte, Ende September noch unbesetzte Ausbildungsstellen.
[2] „Betrieblich" = nicht (überwiegend) öffentlich finanziert.
[3] „Außerbetrieblich" = (überwiegend) öffentlich finanziert.
[4] Bei der Bundesagentur für Arbeit registrierte Ausbildungsstellenbewerber, für die der Vermittlungsauftrag Ende September noch bestand.
[5] Berechnet gemäß der erweiterten Definition (vgl. Kapitel 1.1).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum 30. September; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

noch zu besetzen waren (29.700). Rein rechnerisch hätte somit jede der noch offenen Lehrstellen mehr als zweimal besetzt werden können. Dass dies nicht gelang, ist im Wesentlichen Folge *regionaler* und *beruflicher* Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsmarkt.

Die ausbildungsinteressierten Jugendlichen leben oft nicht in ausreichender Zahl dort, wo es genügend Lehrstellen zu besetzen gibt, und dort, wo besonders viele ausbildungsinteressierte Jugendliche leben, gibt es zum Teil immer noch viel zu wenige Lehrstellen. Zu den Regionen mit einem starken Angebotsüberhang zählten im Berichtsjahr 2011 u. a. der durch den Ostseetourismus geprägte Arbeitsagenturbezirk Stralsund (120 Ausbildungsplatzangebote je 100 Nachfrager), darüber hinaus die Bezirke Annaberg (110 Angebote), Rostock (108 Angebote), Passau, Schwandorf (je 106) und Traunstein (105). Deutlich zu wenig Ausbildungsplatzangebote im Vergleich zur Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen gab es dagegen u. a. in den Regionen Herford und Helmstedt (je 81 Angebote je 100 Nachfrager), Solingen, Bremerhaven und Recklinghausen (jeweils 82) (**vgl. Kapitel A1.4**).

Neben regionalen Ungleichgewichten kam es 2011 erneut zu beträchtlichen beruflichen Ungleichgewichten auf dem Ausbildungsmarkt. Sie dürften in 2011 noch dadurch verstärkt worden sein, dass die zusätzlichen Nachfrageimpulse, die durch die doppelten Abiturientenjahrgänge ausgelöst wurden, nicht gleichmäßig allen Berufen, sondern vor allem abituriententypischen Berufen zugutekamen. In den Berufen Tierpfleger/-in, Gestalter/-in für visuelles Marketing, Mediengestalter/-in Bild und Ton, Fotograf/-in oder Mediengestalter/-in Digital und Print war die Nachfrage aufseiten der Jugendlichen sehr hoch, und dementsprechend gab es in Relation zur Zahl der Nachfrager auch nur wenig Angebote (**vgl. Kapitel A1.1**). Die Zahl der Angebote je 100 Nachfrager variierte lediglich zwischen 54 und 74. Ganz anders sah es in den Berufen Restaurantfachmann/-frau, Fachmann/-frau für Systemgastronomie, Klempner/-in, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk, Fleischer/-in und Gebäudereiniger/-in

aus. Aus Sicht der Jugendlichen war die Angebotslage in diesen Berufen sehr gut, doch für die Betriebe war es schwierig, ihre Angebote auch zu besetzen. Je nach Beruf blieben zwischen 15 % und 26 % des offiziell registrierten betrieblichen Ausbildungsplatzangebots unbesetzt.

Der Schwerpunkt der nachfolgenden Analysen liegt zunächst auf der Entwicklung von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage (**vgl. Kapitel A1.1**), bei der alle Marktteilnehmer berücksichtigt werden – unabhängig davon, ob sie erfolgreich oder erfolglos waren. Detaillierte Analysen zu den Merkmalen der *erfolgreichen* Marktteilnehmer finden sich im nachfolgenden **Kapitel A1.2**, das auf den Ergebnissen der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge basiert. Das anschließende **Kapitel A1.3** beschäftigt sich mit Marktteilnehmern, welche die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch nahmen, und konzentriert sich dabei vor allem auf jene, die ihren Ausbildungswunsch nicht realisieren konnten. Datengrundlage ist hierbei die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. In den Kapiteln A1.1 bis A1.3 werden die Analysen in der Regel bis maximal auf die Ebene der Bundesländer heruntergebrochen. Regionalanalysen auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke sind in **Kapitel A1.4** zu finden.

A1.1 Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage

Ausgangslage der Marktentwicklung 2011

Die Entwicklung der *Ausbildungsplatznachfrage* im Jahr 2011 wurde durch gegenläufige Impulse geprägt. Aus der demografischen Entwicklung und der sinkenden Zahl der Jugendlichen resultierten negative Effekte, während die doppelten Abiturientenjahrgänge sowie die Aussetzung der Wehrpflicht für zusätzliche Nachfrageimpulse sorgten.

So ging – insbesondere aus demografischen Gründen – die Zahl der *nicht studienberechtigten* Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen um 19.700 (-3,5 %) zurück, und die der Abgänger und Absolventen aus (teilqualifizierenden) beruflichen Schulen nahm um 11.500 (-3,1 %) ab.[7] Die Zahl der noch oder weiterhin an einer Ausbildung interessierten Jugendlichen, die aus früheren Schulentlassjahren stammten („Altbewerber"), sank ebenfalls (um 21.100 bzw. -8,2 %; → **Tabelle A1.1-1**). Dagegen stieg infolge der doppelten Abiturientenjahrgänge in Bayern und Niedersachsen die Zahl der *studienberechtigten* Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen stark an (+43.100 bzw. +15,7 %).

Befürchtungen, infolge der Aussetzung der Wehr- bzw. Zivildienstpflicht und des Staus an den Hochschulen infolge doppelter Abiturientenjahrgänge könnten per Saldo deutlich mehr Jugendliche als im Vorjahr einen Ausbildungsplatz nachfragen und die Zahl der erfolglosen Bewerber wieder in die Höhe treiben, bewahrheiteten sich nicht. Bereits zu Beginn des Jahres deutete sich an, dass der zusätzliche Nachfrageimpuls, der durch die Aussetzung der Wehr- und Zivildienstpflicht ausgelöst wurde, höchstens „auf rund 15.000 bis 25.000 Personen" zu veranschlagen war (BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A2, Druckversion S. 77). Dabei wurde auch in Rechnung gestellt, dass der neu eingeführte Bundesfreiwilligendienst und der freiwillige Wehrdienst die nachfragesteigernden Effekte der Wehrpflichtaussetzung von

7 Es handelt sich bei diesen Zahlen gegenwärtig noch um Schätzungen.

Tabelle A1.1-1: **Entwicklung der Zahl der Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie der registrierten Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahrgängen**

	Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen[1]		Abgänger und Absolventen aus beruflichen Schulen[1]		Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahren („Altbewerber")[2]	
	nicht studienberechtigt	studienberechtigt	BVJ, BGJ und BFS	FOS und FGYM	aus dem Vorjahr	aus noch früheren Jahren
Deutschland						
2010	568.787	273.616	267.363	121.931	108.373	147.426
2011	549.088	316.689	257.039	120.715	101.768	132.979
Entwicklung	-19.699	43.073	-10.324	-1.216	-6.605	-14.447
2010 bis 2011	-3,5 %	15,7 %	-3,9 %	-1,0 %	-6,1 %	-9,8 %
Alte Länder						
2010	499.353	232.119	244.197	101.983	90.443	113.962
2011	482.038	281.635	238.488	104.300	85.112	101.939
Entwicklung	-17.315	49.516	-5.709	2.317	-5.331	-12.023
2010 bis 2011	-3,5 %	21,3 %	-2,3 %	2,3 %	-5,9 %	-10,6 %
Neue Länder und Berlin						
2010	69.434	41.497	23.166	19.948	17.901	33.418
2011	67.050	35.054	18.551	16.415	16.614	30.997
Entwicklung	-2.384	-6.443	-4.615	-3.533	-1.287	-2.421
2010 bis 2011	-3,4 %	-15,5 %	-19,9 %	-17,7 %	-7,2 %	-7,2 %

[1] Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen: Ist-Zahlen für 2010, Schätzungen für 2011.
[2] Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahren: Ist-Zahlen für 2010 und für 2011.

BVJ = schulisches Berufsvorbereitungsjahr, BGJ = schulisches Berufsgrundbildungsjahr, BFS = Berufsfachschule (ohne vollqualifizierende Abschlüsse), FOS = Fachoberschule, FGYM = berufliches Fachgymnasium

Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Bundesagentur für Arbeit; Bundesinstitut für Berufsbildung; eigene Berechnungen

vornherein begrenzen.[8] Unter Berücksichtigung der in der Summe sinkenden Zahl der Schulabgänger und Altbewerber wurde deshalb allenfalls mit einer sehr leichten Steigerung des Nachfragepotenzials um 4.300 Personen gerechnet (ebd.). Tatsächlich stieg die Zahl der Jugendlichen, die letztlich als „Ausbildungsplatznachfrager" zum Stichtag 30. September 2011 registriert wurden, gegenüber dem Vorjahr nur marginal um 0,4 % bzw. 2.300 an.

Für die Entwicklung des *Ausbildungsplatzangebots* spielt die Wirtschaftskonjunktur eine wichtige Rolle. Angesichts des positiven Trends in 2011 – das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im ersten Quartal 2011 um 5,0 %, im zweiten um 3,0 % und im dritten Quartal noch um 2,5 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartalswert[9] – konnte mit einer deutlichen Steigerung des Ausbildungsplatzangebots gerechnet werden (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A2, Druckversion S. 79). Andererseits war in Rechnung zu stellen, dass infolge der demografischen Entwicklung der Umfang an überwiegend öffentlich finanzierten („außerbetrieblichen") Ausbildungsplatzangeboten für marktbenachteiligte, sozial benachteiligte oder lernbeeinträchtigte Jugendliche abgebaut wurde. So gab es 2011 erstmalig kein Bund-Länder-Programm zur zusätzlichen Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche aus den neuen

8 2011 begannen bereits 26.900 junge Menschen den Bundesfreiwilligendienst, darunter 14.600 junge Männer und 12.200 junge Frauen. In den freiwilligen Wehrdienst mündeten 4.600 Personen ein, darunter 4.400 Männer und knapp 200 Frauen.

9 Vgl. dazu: **http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Inlandsprodukt/Tabellen.psml**

Ländern (sog. „Ausbildungsplatzprogramm Ost“; vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010, S. 34 f.). Dementsprechend musste davon ausgegangen werden, dass in 2011 zwar mehr „betriebliche“ Ausbildungsverträge abgeschlossen werden, aber zugleich weniger „außerbetriebliche“ Verträge. Auch diese Erwartung wurde durch die tatsächliche Entwicklung bestätigt.

Ausbildungsmarktentwicklung 2011

Die zentralen Eckwerte der Ausbildungsmarktentwicklung 2011 sind in den → **Tabellen A1.1-2** bis **A1.1-4 Internet** aufgeführt. Sie resultieren aus der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge[10], der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit[11] und aus Verknüpfungen dieser beiden Datenquellen.[12] → **Tabelle A1.1-2** reiht die Ergebnisse des Jahres 2011 in die Entwicklung seit 2001 ein und enthält neben den Angaben für das Bundesgebiet auch spezifische Daten für West- und Ostdeutschland. In → **Tabelle A1.1-3** sind die Zahlen für das Jahr 2011 differenziert nach den 16 Ländern zu finden; aktualisierte Vergleichsdaten auf Länderebene für das Vorjahr 2010 sowie die Veränderungsraten zwischen 2010 und 2011 lassen sich der → **Tabelle A1.1-4 Internet** entnehmen.[13]

10 Die BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (**vgl. Kapitel A1.1**) enthält Informationen zu all jenen Marktteilnehmern, welche ihren Ausbildungswunsch erfolgreich umsetzen konnten, unabhängig davon, ob sie bei den Beratungs- und Vermittlungsdiensten der BA, den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) oder den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) gemeldet waren oder nicht.

11 Die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (**vgl. Kapitel A1.2**) gibt Auskunft zu den Merkmalen und zum Markterfolg von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und Betrieben, welche sich dazu entschlossen hatten, die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Agenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) oder zugelassenen kommunalen Träger (zkT) in Anspruch zu nehmen.

12 Beide Quellen, die BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September und die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, orientieren sich am selben Stichtag (30. September) und am selben Erhebungszeitraum (die dem Stichtag vorausgegangenen 12 Monate). In verknüpfter Form enthalten sie alle relevanten Informationen zu jenen Jugendlichen und Ausbildungsplatzanbietern (Betriebe, Praxen, Verwaltungen, über- bzw. außerbetriebliche Bildungsträger), die entweder ihr Ausbildungsinteresse erfolgreich umsetzen konnten und anschließend von den Kammern und sonstigen zuständigen Stellen als neue Ausbildungsvertragspartner registriert wurden oder aber zumindest ihr ursprüngliches Ausbildungsinteresse im Kontakt mit den Agenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften (ARGEn), zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) bekundet hatten.

13 Die Daten für 2010 werden noch einmal berichtet, da sich im Laufe des Jahres 2011 (leichtere) Datenkorrekturen ergaben und somit die im BIBB-Datenreport 2011 enthaltenen Angaben teilweise zu revidieren sind.

Die Ergebnisse für 2011 eingereiht in die Entwicklung seit 2001

Wie → **Tabelle A1.1-2** zeigt, wurden 2011 mit bundesweit 599.800 Ausbildungsplatzangeboten (Spalte 15) bzw. 570.100 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (Spalte 1) Ergebnisse erzielt, die im Vergleich zu früheren Resultaten seit 2001 eher im unterdurchschnittlichen Bereich lagen. So wurden etwa 2007 644.200 Angebote bzw. 625.900 neue Ausbildungsverhältnisse gezählt. Gleichwohl fielen die Ausbildungsmarktverhältnisse 2011 aus Sicht der Jugendlichen so günstig aus wie noch nie seit dem Jahr 2000. Nach der traditionellen Berechnung E der Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) entfielen 2011 auf 100 Nachfrager 103,1 Angebote (Spalte 21); 2006 waren es nur 94,6 Angebote. Auch unter Bezug auf die neue, erweiterte Berechnungsformel E der Angebots-Nachfrage-Relation, für die erst seit 2007 Vergleichswerte vorliegen, konnte für 2011 mit ANR = 92,7 (Spalte 22) der bislang höchste Wert erzielt werden.

Die entscheidende Ursache für die deutliche Marktverbesserung ist die demografische Entwicklung. Während bis in die späte Mitte der 2000er-Jahre die Zahl der Schulabgänger bzw. – damit zusammenhängend – die Zahl der von den Beratungs- und Vermittlungsdiensten registrierten Ausbildungsstellenbewerber (Spalte 6) bzw. aller institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen (Spalte 13) stetig zunahm, kam es seit 2007 zu starken Einbrüchen. Die doppelten Abiturientenjahrgänge in Bayern und Niedersachsen führten zwar wieder zu einem leichten Anstieg der Schulabgängerzahl, doch das Bildungsinteresse der Abiturienten richtet sich primär auf eine Hochschulausbildung und nur zu einem geringeren Teil auf eine duale Berufsausbildung. So nahm auch in 2011 die Zahl der registrierten Ausbildungsstellenbewerber E (Spalte 6) bzw. der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Jugendlichen E weiter ab (Spalte 13); lediglich bei der Zahl der offiziell erfassten Ausbildungsplatznachfrager E (Spalte 18 und Spalte 19) wurde 2011 ein leichter Zuwachs verbucht, der jedoch merklich niedriger ausfiel als die Steigerung des Ausbildungsplatzangebots (Spalte 15).

Tabelle A1.1-2: **Eckwerte zur Ausbildungsmarktentwicklung 2001 bis 2011 (Stichtag: 30. September)**

Jahr	BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Verträge			Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)									Verknüpfungen beider Datenquellen (BIBB-Erhebung, BA-Ausbildungsmarktstatistik)										
	neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	darunter:		gemeldete Berufsausbildungsstellen	darunter:	gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen	darunter:						institutionell erfasste Ausbildungsinteressierte	darunter:	Ausbildungsplatznachfrage	darunter:		Ausbildungsplatznachfrage			Angebots-Nachfrage-Relation		Angebote je 100 institutionell erfasste Ausbildungsinteressierte (AQI)
		ohne überw. öffentl. Finanzierung („betrieblich")	mit überw. öffentl. Finanzierung („außerbetrieblich")		Ende September noch unbesetzte Berufsausbildungsstellen		Bewerber, die in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten		Summe der Bewerber, die Ende September noch weiter suchten		darunter:			%-Anteil derer, die in eine Berufsausbildung einmündeten (EQI)		„betriebliches" Angebot	%-Anteil der unbesetzten Stellen	gemäß der alten, traditionellen Definition	gemäß der neuen, erweiterten Definition	darunter:	gemäß der alten Nachfragerechnung	gemäß der neuen Nachfragerechnung	
											mit einer Alternative zum 30.09.	ohne Alternative („Unversorgte")								%-Anteil der noch weiter Suchenden			
	absolut	absolut	in %	absolut	absolut	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	absolut	Sp. 1+6–7	Sp. 1/13	Sp. 1+5	Sp. 15–3	Sp. 5/16	Sp. 1+12	Sp. 1+9	Sp. 9/19	Sp. 15/18	Sp. 15/19	Sp. 15/13
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18	Sp. 19	Sp. 20	Sp. 21	Sp. 22	Sp. 23
Deutschland																							
2001	614.238	–	–	631.048	24.535	737.797	385.524	52,3	–	–	–	20.462	966.511	63,6	638.773	–	–	634.700	–	–	100,6	–	66,1
2002	572.323	–	–	586.144	18.005	711.393	347.569	48,9	–	–	–	23.383	936.147	61,1	590.328	–	–	595.706	–	–	99,1	–	63,1
2003	557.634	–	–	546.660	14.840	719.571	338.524	47,0	–	–	–	35.015	938.681	59,4	572.474	–	–	592.649	–	–	96,6	–	61,0
2004	572.980	–	–	519.899	13.378	736.109	363.558	49,4	–	–	–	44.084	945.531	60,6	586.358	–	–	617.064	–	–	95,0	–	62,0
2005[1]	550.180	–	–	471.516	12.636	740.961	361.893	48,8	–	–	–	40.504	929.248	59,2	562.816	–	–	590.684	–	–	95,3	–	60,6
2006[1]	576.153	–	–	459.202	15.401	763.097	365.603	47,9	–	–	–	49.487	973.647	59,2	591.554	–	–	625.640	–	–	94,6	–	60,8
2007[1]	625.885	–	–	510.377	18.359	733.971	321.193	43,8	130.878	17,8	98.218	32.660	1.038.663	60,3	644.244	–	–	658.545	756.763	17,3	97,8	85,1	62,0
2008[1]	616.342	–	–	511.582	19.507	620.037	282.028	45,5	96.325	15,5	81.810	14.515	954.351	64,6	635.849	–	–	630.857	712.667	13,5	100,8	89,2	66,6
2009	564.307	518.506	45.801	475.391	17.255	555.420	255.724	46,0	92.789	16,7	77.110	15.679	864.003	65,3	581.562	535.761	3,2	579.986	657.096	14,1	100,3	88,5	67,3
2010	559.960	518.917	41.043	483.519	19.605	551.944	267.641	48,5	84.597	15,3	72.342	12.255	844.263	66,3	579.565	538.522	3,6	572.215	644.557	13,1	101,3	89,9	68,6
2011	570.140	539.646	30.494	519.555	29.689	538.245	275.147	51,1	76.740	14,3	65.190	11.550	833.238	68,4	599.829	569.335	5,2	581.690	646.880	11,9	103,1	92,7	72,0
Alte Länder																							
2001	480.183	–	–	497.275	23.618	509.012	248.399	48,8	–	–	–	11.962	740.796	64,8	503.801	–	–	492.145	–	–	102,4	–	68,0
2002	447.426	–	–	465.051	17.123	491.237	220.741	44,9	–	–	–	13.180	717.922	62,3	464.549	–	–	460.606	–	–	100,9	–	64,7
2003	434.747	–	–	427.287	13.994	501.956	214.725	42,8	–	–	–	22.267	721.978	60,2	448.741	–	–	457.014	–	–	98,2	–	62,2
2004	448.876	–	–	407.351	12.533	522.608	239.561	45,8	–	–	–	29.319	731.923	61,3	461.409	–	–	478.195	–	–	96,5	–	63,0
2005[1]	434.162	–	–	371.161	11.786	538.075	242.075	45,0	–	–	–	29.334	730.162	59,5	445.948	–	–	463.496	–	–	96,2	–	61,1
2006[1]	452.215	–	–	360.016	13.556	559.058	261.915	46,8	–	–	–	33.237	749.358	60,3	465.771	–	–	485.452	–	–	95,9	–	62,2
2007[1]	500.787	–	–	393.866	15.953	547.362	226.555	41,4	105.726	19,3	82.649	23.077	821.594	61,0	516.740	–	–	523.864	606.513	17,4	98,6	85,2	62,9
2008[1]	502.604	–	–	401.850	16.664	482.010	207.999	43,2	82.441	17,1	72.287	10.154	776.615	64,7	519.268	–	–	512.758	585.045	14,1	101,3	88,8	66,9
2009	465.309	442.439	22.870	381.544	14.500	446.390	195.367	43,8	81.385	18,2	70.126	11.259	716.332	65,0	479.809	456.939	3,2	476.568	546.694	14,9	100,7	87,8	67,0
2010	468.297	445.821	22.476	394.650	15.844	457.089	214.226	46,9	74.594	16,3	66.100	8.494	711.160	65,8	484.141	461.665	3,4	476.791	542.891	13,7	101,5	89,2	68,1
2011	485.645	466.917	18.728	424.903	24.398	448.104	224.767	50,2	67.806	15,1	59.350	8.456	708.982	68,5	510.043	491.315	5,0	494.101	553.451	12,3	103,2	92,2	71,9
Neue Länder + Berlin																							
2001	134.055	–	–	133.773	917	228.785	137.125	59,9	–	–	–	8.500	225.715	59,4	134.972	–	–	142.555	–	–	94,7	–	59,8
2002	124.897	–	–	121.093	882	220.156	126.828	57,6	–	–	–	10.203	218.225	57,2	125.779	–	–	135.100	–	–	93,1	–	57,6
2003	122.887	–	–	119.373	846	217.615	123.799	56,9	–	–	–	12.748	216.703	56,7	123.733	–	–	135.635	–	–	91,2	–	57,1
2004	124.104	–	–	112.548	845	212.874	123.680	58,1	–	–	–	14.742	213.298	58,2	124.949	–	–	138.846	–	–	90,0	–	58,6
2005[1]	116.018	–	–	100.355	850	202.470	119.633	59,1	–	–	–	11.154	198.855	58,3	116.868	–	–	127.172	–	–	91,9	–	58,8
2006[1]	123.938	–	–	99.144	1.835	203.708	103.511	50,8	–	–	–	16.240	224.135	55,3	125.773	–	–	140.178	–	–	89,7	–	56,1
2007[1]	125.098	–	–	116.382	2.338	186.421	94.575	50,7	25.127	13,5	15.551	9.576	216.944	57,7	127.436	–	–	134.674	150.225	16,7	94,6	84,8	58,7
2008[1]	113.738	–	–	109.503	2.769	137.820	73.942	53,7	13.863	10,1	9.505	4.358	177.616	64,0	116.507	–	–	118.096	127.601	10,9	98,7	91,3	65,6
2009	98.998	76.067	22.931	93.571	2.644	108.871	60.298	55,4	11.386	10,5	6.969	4.417	147.571	67,1	101.642	78.711	3,4	103.415	110.384	10,3	98,3	92,1	68,9
2010	91.663	73.096	18.567	88.606	3.665	94.685	53.343	56,3	9.984	10,5	6.224	3.760	133.005	68,9	95.328	76.761	4,8	95.423	101.647	9,8	99,9	93,8	71,7
2011	84.495	72.729	11.766	94.349	5.177	89.971	50.303	55,9	8.915	9,9	5.825	3.090	124.163	68,1	89.672	77.906	6,6	87.585	93.410	9,5	102,4	96,0	72,2

Abweichungen in den Summen von „Alte Länder" und „Neue Länder und Berlin" zum „Bundesgebiet" können sich durch regional nicht zuordenbare Daten ergeben.

[1] Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit: 2005 bis 2008 nur Meldungen der Agenturen für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2011; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum Abschluss des Berichtsjahres 2010/2011

Tabelle A1.1-3: **Eckwerte zum Ausbildungsmarkt im Jahr 2011 (Stichtag: 30. September)**

Land	BIBB-Erhebung zum 30. September 2011			Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Berichtsjahr 2010/2011									Verknüpfungen beider Datenquellen (BIBB-Erhebung, BA-Ausbildungsmarktstatistik)									
		darunter:			darunter:		darunter:							darunter:		darunter:		Ausbildungsplatznachfrage			Angebots-Nachfrage-Relation		Angebote je 100 institutionell erfasste Ausbildungsinteressierte (AQI)
	neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	ohne überw. öffentl. Finanzierung (betrieblich)	mit überw. öffentl. Finanzierung (außerbetrieblich)	gemeldete Berufsausbildungsstellen	Ende September noch unbesetzte Berufsausbildungsstellen	gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen	Bewerber, die in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten		Bewerber, die Ende September noch weiter suchten		darunter:		institutionell erfasste Ausbildungsinteressierte	%-Anteil derer, die in eine Berufsausbildung einmündeten (EQI)	Ausbildungsplatzangebot	„betriebliches" Angebot	%-Anteil der unbesetzten Stellen	gemäß der alten, traditionellen Definition	gemäß der neuen, erweiterten Definition	%-Anteil der noch weiter Suchenden	gemäß der alten Nachfrageberechnung	gemäß der neuen Nachfrageberechnung	
											mit einer Alternative zum 30.09.	ohne Alternative („Unversorgte")											
	absolut	absolut	in %	absolut	absolut	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	absolut	Sp. 1+6–7	Sp. 1/13	Sp. 1+5	Sp. 15–3	Sp. 5/16	Sp. 1+12	Sp. 1+9	Sp. 9/19	Sp. 15/18	Sp. 15/19	Sp. 15/13
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18	Sp. 19	Sp. 20	Sp. 21	Sp. 22	Sp. 23
Baden-Württemberg	78.813	76.429	2.384	72.617	4.626	67.127	33.848	50,4	9.684	14,4	9.334	350	112.092	70,3	83.439	81.055	5,7	79.163	88.497	10,9	105,4	94,3	74,4
Bayern	97.746	95.181	2.565	89.822	7.745	82.505	52.165	63,2	8.341	10,1	7.760	581	128.086	76,3	105.491	102.926	7,5	98.327	106.087	7,9	107,3	99,4	82,4
Berlin	18.396	15.672	2.724	14.841	447	19.730	8.396	42,6	2.455	12,4	1.136	1.319	29.730	61,9	18.843	16.119	2,8	19.715	20.851	11,8	95,6	90,4	63,4
Brandenburg	12.121	10.480	1.641	17.322	914	14.683	7.822	53,3	1.939	13,2	1.204	735	18.982	63,9	13.035	11.394	8,0	12.856	14.060	13,8	101,4	92,7	68,7
Bremen	6.475	6.019	456	5.338	202	4.420	1.702	38,5	818	18,5	719	99	9.193	70,4	6.677	6.221	3,2	6.574	7.293	11,2	101,6	91,6	72,6
Hamburg	14.916	14.070	846	9.666	99	7.429	3.212	43,2	1.145	15,4	808	337	19.133	78,0	15.015	14.169	0,7	15.253	16.061	7,1	98,4	93,5	78,5
Hessen	41.166	38.637	2.529	37.490	2.759	42.089	19.919	47,3	6.624	15,7	5.940	684	63.336	65,0	43.925	41.396	6,7	41.850	47.790	13,9	105,0	91,9	69,4
Mecklenburg-Vorpommern	8.909	7.798	1.111	12.661	1.193	8.949	5.658	63,2	639	7,1	452	187	12.200	73,0	10.102	8.991	13,3	9.096	9.548	6,7	111,1	105,8	82,8
Niedersachsen	60.847	59.381	1.466	53.558	2.416	64.138	28.986	45,2	11.903	18,6	10.487	1.416	95.999	63,4	63.263	61.797	3,9	62.263	72.750	16,4	101,6	87,0	65,9
Nordrhein-Westfalen	126.553	120.962	5.591	105.854	4.395	131.323	59.806	45,5	21.716	16,5	17.962	3.754	198.070	63,9	130.948	125.357	3,5	130.307	148.269	14,6	100,5	88,3	66,1
Rheinland-Pfalz	28.970	27.485	1.485	25.677	1.155	26.782	13.833	51,7	4.133	15,4	3.673	460	41.919	69,1	30.125	28.640	4,0	29.430	33.103	12,5	102,4	91,0	71,9
Saarland	8.613	8.064	549	6.751	323	6.038	2.911	48,2	833	13,8	796	37	11.740	73,4	8.936	8.387	3,9	8.650	9.446	8,8	103,3	94,6	76,1
Sachsen	20.510	17.323	3.187	22.039	1.173	20.739	12.603	60,8	1.639	7,9	1.256	383	28.646	71,6	21.683	18.496	6,3	20.893	22.149	7,4	103,8	97,9	75,7
Sachsen-Anhalt	12.884	10.956	1.928	13.312	652	13.981	8.329	59,6	1.275	9,1	987	288	18.536	69,5	13.536	11.608	5,6	13.172	14.159	9,0	102,8	95,6	73,0
Schleswig-Holstein	21.546	20.689	857	18.130	678	16.253	8.385	51,6	2.609	16,1	1.871	738	29.414	73,3	22.224	21.367	3,2	22.284	24.155	10,8	99,7	92,0	75,6
Thüringen	11.675	10.500	1.175	14.174	798	11.889	7.495	63,0	968	8,1	790	178	16.069	72,7	12.473	11.298	7,1	11.853	12.643	7,7	105,2	98,7	77,6
Alte Länder	**485.645**	**466.917**	**18.728**	**424.903**	**24.398**	**448.104**	**224.767**	**50,2**	**67.806**	**15,1**	**59.350**	**8.456**	**708.982**	**68,5**	**510.043**	**491.315**	**5,0**	**494.101**	**553.451**	**12,3**	**103,2**	**92,2**	**71,9**
Neue Länder + Berlin	**84.495**	**72.729**	**11.766**	**94.349**	**5.177**	**89.971**	**50.303**	**55,9**	**8.915**	**9,9**	**5.825**	**3.090**	**124.163**	**68,1**	**89.672**	**77.906**	**6,6**	**87.585**	**93.410**	**9,5**	**102,4**	**96,0**	**72,2**
Bundesgebiet[1]	**570.140**	**539.646**	**30.494**	**519.555**	**29.689**	**538.245**	**275.147**	**51,1**	**76.740**	**14,3**	**65.190**	**11.550**	**833.238**	**68,4**	**599.829**	**569.335**	**5,2**	**581.690**	**646.880**	**11,9**	**103,1**	**92,7**	**72,0**

[1] Abweichungen in den Summen von „Alte Länder" und „Neue Länder und Berlin" zum „Bundesgebiet" können sich durch regional nicht zuordenbare Daten ergeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2011; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum Abschluss des Berichtsjahres 2010/2011

E **Ausbildungsstellenbewerber, Ausbildungsplatznachfrager, Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) und Ausbildungsinteressierte**

Als **Ausbildungsstellenbewerber** (→ **Spalte 6 in Tabelle A1.1-2**) werden jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen bezeichnet, welche die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Agenturen für Arbeit, der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und der zugelassenen kommunalen Träger (zkT) in Anspruch nehmen und deren Eignung für die von ihnen angestrebten Ausbildungsberufe geklärt ist. Die Ausbildungsstellenbewerber bilden zusammen mit den gemeldeten Berufsausbildungsstellen die zentralen Größen der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Ausbildungsplatznachfrager (→ **Spalten 18 und 19 in Tabelle A1.1-2**) werden jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen genannt, die entweder einen neuen Ausbildungsvertrag abschlossen (und somit über die BIBB-Erhebung über neue Berufsausbildungsverträge zum 30. September erfasst werden) oder aber zum Kreis der Ausbildungsstellenbewerber (s. o.) zählten, welche auch noch am 30. September ihre Ausbildungsplatzsuche fortsetzten.

Erfolglose Ausbildungsstellenbewerber, die sich im Laufe des Berichtsjahres für eine Alternative entschlossen (z. B. erneuter Schulbesuch, Studium, Erwerbstätigkeit, berufsvorbereitende Maßnahme) und am 30. September nicht mehr oder vorerst nicht mehr nach einer Berufsausbildungsstelle suchen, werden demnach *nicht* zu den Ausbildungsplatznachfragern gerechnet.

Im Rahmen der traditionellen Berechnung der Ausbildungsplatznachfrage (→ **Spalte 18 in Tabelle A1.1-2**) werden auch jene am 30. September noch suchenden Ausbildungsstellenbewerber *nicht* zu den Ausbildungsplatznachfragern gerechnet, die über eine alternative Verbleibsmöglichkeit verfügen.

Bei der erweiterten Berechnung (→ **Spalte 19 in Tabelle A1.1-2**) sind diese Personen dagegen einbezogen. Die beiden unterschiedlichen Berechnungsweisen der Ausbildungsplatznachfrage erklären zugleich die Ergebnisunterschiede der beiden Varianten zur Berechnung der **Angebots-Nachfrage-Relation.**

Die **Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)** (→ **Spalten 21 und 22 in Tabelle A1.1-2**) gibt wieder, wie viele Angebote rechnerisch auf 100 Nachfrager entfallen. Die Berechnungen der Ausbildungsplatznachfrage und der ANR erfolgen zum einen nach der alten und zum anderen nach der neuen, erweiterten Definition: Der Unterschied besteht dabei im Umgang mit erfolglosen, zum 30. September noch weiter suchenden Ausbildungsplatznachfragern (s. oben; vgl. **http://www.bibb.de/de/wlk8237.htm**).

Als **Ausbildungsinteressierte** (→ **Spalte 13 in Tabelle A1.1-2**) gelten alle Jugendlichen, die entweder zu den erfolgreichen Ausbildungsplatznachfragern oder aber zumindest zu den registrierten Ausbildungsstellenbewerbern zählten. Es handelt sich somit um all jene Jugendlichen, die im Laufe eines Berichtsjahres den Wunsch nach einer Ausbildung geäußert hatten und institutionell erfasst wurden, sei es über die Eintragung ihrer Ausbildungsverhältnisse bei den zuständigen Stellen oder – sofern sie erfolglos blieben – im Rahmen ihrer Registrierung bei den Agenturen für Arbeit, den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) oder den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT). Die Zahl der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen ergibt sich rechnerisch als Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der registrierten Ausbildungsstellenbewerber abzüglich jener Bewerber, die in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten.

Dass die Zahl aller institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen in 2011 rückläufig war, während die Zahl der Ausbildungsplatznachfrager zumindest leicht anstieg, erscheint zunächst ein widersprüchliches Resultat zu sein, erklärt sich aber über die restriktive Berechnungsformel der Ausbildungsplatznachfrage (vgl. dazu schon Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1977, S. 24). Diese Formel schließt erfolglose Bewerber, welche bereits vor dem Stichtag 30. September ihre Ausbildungsplatzsuche aufgaben bzw. auf das nächste Jahr verschoben, als „Nachfrager“ grundsätzlich aus. Entspannt sich nun die Ausbildungsmarktlage, etwa weil es weniger ausbildungsinteressierte Jugendliche und mehr Ausbildungsplatzangebote gibt, nimmt der Anteil der erfolglosen Bewerber, die vor dem Stichtag aufgeben (und somit nicht als Nachfrager gezählt werden), zugunsten erfolgreicher Bewerber ab (welche wiederum als Nachfrager

gezählt werden). Damit steigt die Nachfrage, obwohl die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen sinkt.

Um die Validitätsprobleme einer zu restriktiven Nachfragemessung zu umgehen, wurden in jüngerer Zeit weitere Marktindikatoren entwickelt, welche alle institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Jugendlichen einschließen, unabhängig davon, ob und aus welchen Gründen diese Jugendlichen ihren Ausbildungswunsch wieder vor dem Stichtag 30. September aufgeben (vgl. Dionisius/Lissek/Schier 2012, Ulrich 2012). So lässt sich das Ausbildungsplatzangebot auch in Relation zum Umfang dieser Gruppe setzen; entsprechende Ergebnisse finden sich in Spalte 23 der → **Tabelle A1.1-2**. Die Berechnung dieser vor allem auch für Forschungszwecke relevanten Größe[14] belegt, dass sich die Ausbildungsmarktverhältnisse in 2011 weiter verbesserten; weder für das Bundesgebiet insgesamt noch für West- oder Ostdeutschland lässt sich für die zurückliegenden Jahre ein höherer Wert als 2011 nachweisen.

Wie die West-Ost-Differenzierungen in → **Tabelle A1.1-2** zeigen, haben die Veränderungen seit Mitte der 2000er-Jahre vor allem in *Ostdeutschland* zu einer deutlichen Verbesserung der Ausbildungsmarktlage geführt. Ausschlaggebend war auch hier vor allem die demografische Entwicklung, die innerhalb von nur 5 Jahren zu einer massiven Verknappung der Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen führte (2006: 224.100; 2011: 124.200; vgl. Spalte 13). Dementsprechend deutlich stieg die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation (erw. ANR) von 84,8 auf 96,0 (Spalte 22); und auch die Angebotsquote zugunsten der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (AQI) nahm in diesem Zeitraum von nur 56,1 auf inzwischen 72,2 zu (Spalte 23). Diese positive Entwicklung kam ungeachtet des deutlichen Abbaus des Ausbildungsplatzangebots (von 125.800 auf 89.700; vgl Spalte 15) zustande; noch nie seit der Wiedervereinigung wurden in den neuen Ländern und Berlin so wenige Ausbildungsplatzangebote wie im Jahr 2011 registriert. Der Rückgang ist wiederum auf den starken Abbau der ersatzweise bereitgestellten und überwiegend öffentlich finanzierten („außerbetrieblichen") Ausbildungsplätze zurückzuführen (Spalte 3). Allerdings ging diese Entwicklung aus den oben geschilderten Gründen nicht zulasten der Chancen der ausbildungsinteressierten Jugendlichen. Vielmehr verbesserten sich in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren die Ausbildungschancen der Jugendlichen nicht nur in quantitativer, sondern auch in struktureller Hinsicht – im Sinne einer Verschiebung hin zur „betrieblichen" Ausbildungsvariante. 2011 nahm in Ostdeutschland das „betriebliche" Ausbildungsplatzangebot um 1.100 bzw. 1,5 % zu (Spalte 16).

In *Westdeutschland* wurde 2011 ein noch deutlich stärkerer Zuwachs des „betrieblichen" Ausbildungsplatzangebots als im Osten gemessen (+29.700 bzw. +6,4 %; vgl. Spalte 16). Unter Einschluss der überwiegend öffentlich geförderten („außerbetrieblichen") Ausbildungsverhältnisse umfasste das Ausbildungsplatzangebot 2011 in den alten Ländern 510.000 Plätze (Spalte 15); dies ist der dritthöchste Wert seit dem Jahr 2000. Die demografisch bedingte Verknappung der Zahl ausbildungsinteressierter Jugendlicher ist auch im Westen Deutschlands spürbar (Rückgang von 821.600 im Jahr 2007 auf 709.000 in 2011; vgl. Spalte 15); die Entwicklung verlief bislang aber noch wesentlich moderater als im Osten und wird in den kommenden Jahren bis zur Mitte dieses Jahrzehnts noch durch doppelte Abiturientenjahrgänge (unter anderem in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg) abgemildert.

14 Denn die Angebotsquote zugunsten der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (AQI) dürfte die *Unterschiede* in den Ausbildungsmarktverhältnissen sowohl im Zeitverlauf als auch im regionalen Vergleich mit höherer Validität abbilden als die beiden ANR-Größen, zumal sie auch weniger stark auf Verzerrungen durch Pendlerbewegungen reagiert. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass im Rahmen der AQI-Berechnung kein für die politische Einschätzung wünschenswerter Schwellenwert festgelegt werden kann, ab wann ein Ausbildungsmarkt als ausgeglichen gelten kann. Eine einfache Festlegung auf den Wert 100 würde ignorieren, dass sich ein Teil der ausbildungsinteressierten Jugendlichen auch bei günstiger Marktlage aus freiwilligen Stücken umentscheidet und letztlich eine andere Alternative (z. B. Studium, Schulberufsausbildung) wählt. Im Jahr 1992, als die Ausbildungsmarktlage für die Jugendlichen sehr entspannt war und über 100.000 Ausbildungsplätze unbesetzt blieben, lag die AQI bei 90,6. Die höchsten Regionalwerte im Jahr 2011 wurden in den Arbeitsagenturbezirken Stralsund (91,3), Passau (90,3), München (89,3) und Schwandorf (89,1) gemessen.

Ausbildungsmarktunterschiede in den Ländern

In → **Tabelle A1.1-3** und **Tabelle A1.1-4 Internet** werden die Eckwerte zum Ausbildungsmarkt 2011 nach Ländern differenziert; in → **Tabelle A1.1-4 Internet** sind darüber hinaus auch die (aktualisierten) Werte für das Vorjahr 2010 sowie die Veränderungsraten enthalten. Wie der Vergleich der beiden Jahre 2011 und 2010 deutlich macht, nahm das „betriebliche", nicht (überwiegend) öffentlich finanzierte Ausbildungsplatzangebot 2011 in 13 der 16 Länder zu. Die stärksten relativen Zuwächse wurden in Bremen (+8,9 %), Baden-Württemberg (+8,8 %), Hessen (+8,3 %) und Bayern (+6,9 %) beobachtet. Nur in Berlin (-0,5 %), Brandenburg (-1,3 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-1,6 %) wurden leichte Rückgänge registriert. Da aber gerade auch in Brandenburg (-10,9 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-10,3 %) die Ausbildungsplatznachfrage (gemäß der erweiterten Definition) stark einbrach, wurden in diesen beiden Ländern nichtsdestotrotz deutliche Verbesserungen der Angebots-Nachfrage-Relation erzielt. Wie bereits ein Jahr zuvor war Mecklenburg-Vorpommern das Land mit der höchsten Angebots-Nachfrage-Relation; rechnerisch standen hier 105,8 Angebote jeweils 100 Nachfragern gegenüber (vgl. Spalte 22 in → **Tabelle A1.1-3** mit den ANR-Werten gemäß der erweiterten Nachfrageberechnung). Überdurchschnittlich hohe ANR-Werte wurden darüber hinaus in Bayern (ANR = 99,4), Thüringen (98,7) und Sachsen (97,9) erzielt (vgl. wiederum Spalte 22). Unterdurchschnittlich fiel dagegen die Angebots-Nachfrage-Relation in Niedersachsen (ANR = 86,8), Nordrhein-Westfalen (88,3), Berlin (90,4) sowie Rheinland-Pfalz (91,0) aus.

Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots nach Berufen und Berufsbereichen

Wie → **Tabelle A1.1-5** zeigt, kam es innerhalb des dualen Berufsausbildungssystems in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer starken Tertiarisierung des Ausbildungsplatzangebots. War 1994 das Verhältnis zwischen den in den Dienstleistungs- und Fertigungsberufen angebotenen Plätzen noch ausgeglichen, wurden 2011 in den Dienstleistungsberufen bereits 110.700 Ausbildungsplätze mehr offeriert als in den Fertigungsberufen. 2011 entfielen 56,3 % aller Ausbildungsplatzangebote auf Berufe des tertiären Sektors.[15] In den Dienstleistungsberufen stieg das Angebot 2011 um 11.400 Plätze bzw. 3,5 %.

Gegenüber dem Vorjahr 2010 nahm das Angebot jedoch auch in den Fertigungsberufen deutlich zu (+8.900 bzw. +4,1 %). Dabei wurden insbesondere in den Metallberufen (+6.900 bzw. +8,2 %) sowie in den Elektroberufen (+2.900 bzw. +8,8 %) Zuwächse verbucht.

Allerdings profitierten nicht alle Berufsgruppen von einer positiven Angebotsentwicklung. Von Rückgängen waren u. a. die Berufe im Ernährungssektor wie Bäcker/-in (-600 bzw. -10,8 %), Fleischer/-in (-200 bzw. -6,2 %), Koch/Köchin (-1.600 bzw. -9,8 %) sowie Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk (-600 bzw. -4,3 %) betroffen. Die stark sinkende Zahl bei den Ausbildungsangeboten zum/zur Koch/Köchin ist dabei zum großen Teil auf den Abbau außerbetrieblicher Stellen zurückzuführen. Ähnliches gilt für den Beruf Friseur/-in; auch hier ist ein bedeutender Teil des Angebotsrückgangs von insgesamt -1.200 (-8,3 %) der Reduzierung überwiegend öffentlich geförderter Lehrstellen geschuldet. In den Berufen des Hotel- und Gaststättengewerbes sank das Angebot insgesamt um rund 1.100 Plätze bzw. 4,0 %; dabei dürfte neben dem Abbau außerbetrieblicher Plätze (z. B. im zweijährigen Ausbildungsberuf Fachkraft im Gastgewerbe) eine Rolle spielen, dass es hier zu einem deutlichen Nachfragerückgang kam (-2.400 bzw. -9,5 %) und die Betriebe Probleme hatten, Auszubildende für ihre Plätze zu finden.

15 Die Einteilung der Berufe in Berufsgruppen folgt an dieser Stelle der in den 1990er-Jahren üblichen Gliederung für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der BA, um Vergleichbarkeit herzustellen (vgl. dazu Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsvermittlung Berichtsjahr 2001/02, Tabelle 7.1). Unter den Dienstleistungsberufen sind hier zusammengefasst die Berufsgruppen 66 bis 93 nach der alten Berufsklassifikation des Statistischen Bundesamtes von 1992. Die Fertigungsberufe umfassen die Gruppen 10 bis 55. Die sonstigen Berufe außerhalb der Dienstleistungs- und Fertigungsberufe schließen die technischen Berufe (62 bis 64), die Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau (01 bis 06), Berufe im Bergbau und in der Mineralgewinnung (07 bis 08) und nicht eindeutig zuzuordnende Berufe (98 bis 99) mit ein. Die berufliche Angebotsstruktur von 1994 bis 2005 wurde unter Zuhilfenahme der Ausbildungsmarktdaten des Statistischen Bundesamtes mit Stichtag 31. Dezember geschätzt.

Tabelle A1.1-5: **Entwicklung des Ausbildungsangebots von 1994 bis 2011 nach Berufsgruppen (Stichtag: 30. September)**

BKZ	Berufsgruppe	Ausbildungsplatzangebot (neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zuzüglich der am 30. September gemeldeten, unbesetzten Ausbildungsstellen)																		Veränderung 2011 gegenüber 2010	
		1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	absolut	in %
01–06	Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	16.348	17.568	18.966	19.570	19.443	19.457	18.238	17.737	17.433	17.781	18.572	15.785	16.843	16.911	16.098	15.278	14.520	13.964	-556	-3,8
07–08	Bergleute, Mineralgewinner	198	338	285	222	209	172	146	126	154	160	181	213	210	171	198	205	170	165	-5	-2,9
10–11	Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	1.613	1.635	1.648	1.649	1.583	1.376	1.354	1.159	1.030	1.039	1.144	977	978	932	927	769	828	953	125	15,1
12–13	Keramiker, Glasmacher	624	658	654	701	684	644	689	696	610	563	621	619	632	715	725	562	586	641	55	9,4
14–15	Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	3.072	3.468	3.701	3.980	4.437	4.354	4.509	4.631	4.346	4.591	4.690	4.509	4.804	5.396	5.384	4.333	4.693	5.366	673	14,3
16	Papierhersteller, -verarbeiter	580	657	728	767	790	792	902	914	754	796	784	545	753	834	749	653	698	741	43	6,2
17	Drucker	3.860	3.817	4.072	4.685	5.710	6.485	7.629	7.828	6.418	5.799	5.969	5.621	6.195	6.699	6.860	5.545	5.484	5.668	184	3,4
18	Holzaufbereiter und verwandte Berufe	568	601	565	605	556	498	545	414	373	393	410	377	420	440	358	257	291	282	-9	-3,1
19–30, 32	Metallberufe	106.604	107.191	105.515	104.039	107.012	105.596	103.136	103.227	96.157	94.489	94.800	86.685	90.766	101.507	100.524	86.083	84.349	91.290	6.941	8,2
31	Elektriker	38.617	37.882	35.972	35.422	37.689	39.447	39.692	40.411	37.108	34.109	33.363	32.282	32.769	35.939	37.365	33.249	33.321	36.240	2.919	8,8
33–37	Textil-, Bekleidungs-, Lederberufe	5.868	5.221	5.124	4.993	4.774	4.798	4.369	4.254	3.653	3.346	3.119	2.083	2.371	2.597	2.296	1.964	2.001	2.063	62	3,1
39–43	Ernährungsberufe	30.724	29.685	31.349	32.380	33.404	34.621	34.446	33.988	32.531	32.651	33.970	31.040	32.536	33.323	30.886	28.795	28.153	25.946	-2.207	-7,8
44–51	Bau- und Baunebenberufe einschl. Tischler	102.377	103.785	95.012	88.855	87.656	86.515	77.910	68.578	60.818	57.317	57.042	47.305	50.635	55.787	51.221	47.163	47.545	47.439	-106	-0,2
52–55	Warenprüfer, Versandfertigmacher, Maschinisten	1.450	1.786	1.852	2.055	2.256	2.648	2.689	2.764	2.914	3.438	10.054	12.296	7.771	10.277	10.629	9.642	10.186	10.418	232	2,3
62–64	Technische Berufe	13.880	13.739	12.757	12.321	12.270	11.795	11.022	10.867	9.807	9.540	9.483	8.516	8.857	9.586	9.943	8.817	8.472	9.538	1.066	12,6
66–70	Waren- und Dienstleistungskaufleute	115.951	111.511	111.944	116.544	123.094	131.282	130.304	127.518	117.297	112.660	118.632	119.153	128.149	139.423	140.253	133.093	134.130	143.102	8.972	6,7
71–74	Verkehrsberufe	4.960	4.709	5.965	7.248	7.360	7.330	7.745	8.299	8.149	8.961	4.640	3.964	11.566	14.680	15.322	13.690	16.079	18.487	2.408	15,0
75–78	Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	89.104	89.282	90.835	96.510	101.151	107.946	110.387	111.299	101.207	97.936	99.794	93.752	95.498	100.997	100.430	92.028	92.464	95.025	2.561	2,8
79–87	Sicherheitsberufe, künstlerische Berufe, Gesundheitsdienst-, Sozial- und Erziehungsberufe	40.265	39.814	38.228	35.862	36.368	35.951	37.971	39.610	38.770	36.675	35.405	34.439	34.197	37.097	37.412	36.047	36.526	36.753	227	0,6
90–93	Körperpfleger, Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe, Reinigungsberufe	45.568	43.639	44.106	44.972	49.487	52.749	53.702	54.450	50.796	50.229	53.700	50.900	54.061	58.826	56.248	51.411	47.118	44.357	-2.761	-5,9
98–99	Restliche Berufe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11.755	11.543	12.107	12.021	11.978	11.951	11.391	-560	-4,7
	Insgesamt	**622.234**	**616.988**	**609.274**	**613.381**	**635.933**	**654.454**	**647.383**	**638.773**	**590.328**	**572.474**	**586.358**	**562.816**	**591.554**	**644.244**	**635.849**	**581.562**	**579.565**	**599.829**	**20.264**	**3,5**
davon:	Fertigungsberufe (10–55)	295.958	296.387	286.189	280.131	286.550	287.773	277.869	268.864	246.714	238.532	245.966	224.339	230.630	254.446	247.924	219.015	218.135	227.047	8.912	4,1
	Dienstleistungsberufe (66–93)	295.849	288.956	291.077	301.137	317.461	335.257	340.108	341.177	316.220	306.461	312.172	302.208	323.471	351.023	349.665	326.269	326.317	337.724	11.407	3,5
	Sonstige Berufe (01–09, 60–63, 98–99)	30.427	31.645	32.008	32.113	31.922	31.424	29.406	28.730	27.395	27.481	28.236	36.269	37.453	38.775	38.260	36.278	35.113	35.058	-55	-0,2

Die Angebotsstruktur von 1994 bis 2005 wurde unter Zuhilfenahme der Ausbildungsmarktdaten des Statistischen Bundesamtes mit Stichtag 31.12. geschätzt. – Unter den Dienstleistungsberufen sind hier zusammengefasst die Berufsgruppen 66–93 nach der 1992er-Berufsklassifikation des Statistischen Bundesamtes. Die Fertigungsberufe umfassen die Berufsgruppen 10–55. Die sonstigen Berufe beziehen die technischen Berufe (62–64), die Pflanzenbauer, Tierzüchter und Fischereiberufe (01–06), die Berufe im Bergbau und in der Mineralgewinnung (07–08) und nicht eindeutig zuzuordnende Berufe (98–99) mit ein.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Bundesinstitut für Berufsbildung; eigene Berechnungen

Entwicklung der Ausbildungsplatznachfrage nach dem Geschlecht

Die leichte Steigerung der Ausbildungsplatznachfrage 2011 von insgesamt 2.300 Personen (+0,4 %) resultierte allein aus einer höheren Nachfrage der jungen Männer (+8.300 bzw. +2,2 %). Die Ausbildungsplatznachfrage der jungen Frauen nahm dagegen um 6.000 Personen bzw. 2,2 % ab → **Tabelle A1.1-6**.[16] Der geschlechtsspezifische Unterschied dürfte insbesondere auf die Aussetzung der Wehrpflicht zurückzuführen sein. Der daraus resultierende zusätzliche Nachfrageimpuls für den Ausbildungsstellenmarkt 2011 kam ausschließlich den jungen Männern zugute. Darüber hinaus lässt sich nicht ausschließen, dass die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes in geringem Maße zu einer Senkung der Ausbildungsplatznachfrage junger Frauen geführt hat.[17]

Die unterschiedlich hohe Nachfrage hatte zugleich Folgen für die Verteilung der mit den beiden Geschlechtern neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (**vgl. Kapitel A1.2**). Denn in den Bewerberschlangen vor den einzelnen Ausbildungsberufen bzw. -betrieben fanden sich nun im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr junge Männer. Damit stieg selbst bei unveränderten Auswahlkriterien der Betriebe die Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein Ausbildungsplatz an einen männlichen Bewerber vergeben wurde. Der positive Auswahleffekt zugunsten der jungen Männer könnte hier und dort durch den bereits spürbaren Nachfragermangel in bestimmten Regionen bzw. Berufen noch verstärkt worden sein: Denn die Wehrpflichtaussetzung erhöhte zugleich die Wahrscheinlichkeit dafür, dass angebotene Ausbildungsstellen ungeachtet der durch die demografische Entwicklung ausgelösten Rekrutierungsprobleme *nicht* unbesetzt blieben, sondern doch noch neue – und in diesem Falle *männliche* – Auszubildende fanden.

Somit war der Zuwachs bei den mit männlichen Personen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Jahr 2011 besonders hoch (+12.900 bzw. +4,0 %). Mit den jungen Frauen wurden dagegen weniger Verträge geschlossen (-2.700 bzw. -1,2 %). Damit verschob sich das geschlechtsspezifische Verhältnis bei der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge weiter zugunsten der jungen Männer, während der relative Anteil der mit den jungen Frauen geschlossenen Verträge deutlich sank. Entfielen 2002 noch 43,4 % aller Neuabschlüsse auf junge Frauen, waren es 2011 nur 40,7 %.[18]

Wie die Differenzierung nach Berufsfeldern zeigt, war die negativere Nachfrageentwicklung bei den jungen Frauen vor allem auf den Sektor der Dienstleistungsberufe zurückzuführen → **Tabelle A1.1-6**. Während die jungen Männer diese Berufe wesentlich häufiger als 2010 nachfragten (+6.000 bzw. +4,5 %), sank die Zahl der weiblichen Nachfrager um 5.500 bzw. 2,4 %. In den Fertigungsberufen blieb dagegen die Nachfrage der jungen Frauen konstant (+60 bzw. +0,2 %); bei den Männer nahm sie um 2.600 (+1,2 %) zu.

Vieles spricht somit dafür, dass der in 2011 deutlich gesunkene Anteil der mit jungen Frauen neu begründeten Ausbildungsverträge eine indirekte Folge der Aussetzung der Wehrpflicht war und kein Zeichen für eine veränderte Rekrutierungspolitik der Betriebe. Dafür spricht auch, dass in jüngerer Zeit auch umgekehrte Befunde zu beobachten waren, die Vertragsentwicklung bei den jungen Frauen also wesentlich günstiger als bei den Männern verlaufen war (so in den Jahren 2008 und 2009; vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A1.1). Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zugangswahrscheinlichkeit ausbildungsinteressierter junger Frauen in duale Berufsausbildung selbst unter Kon-

16 Ein vergleichbarer geschlechtsspezifischer Unterschied machte sich bei den Ausbildungsstellenbewerbern bemerkbar, welche die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Arbeitsagenturen, Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Träger einschalteten (**vgl. Kapitel A1.3**). Während die Zahl der weiblichen Bewerber um 8.700 bzw. 3,5 % sank, blieb der Rückgang bei den männlichen Bewerbern mit 5.000 bzw. 1,7 % relativ begrenzt.

17 Denn während der Zivildienst ausschließlich männlichen jungen Erwachsenen (als Ersatz für den Wehrdienst) offenstand, richtet sich der Bundesfreiwilligendienst an beide Geschlechter. 2011 begannen bereits 12.200 junge Frauen und 14.600 junge Männer den Bundesfreiwilligendienst. In den freiwilligen Wehrdienst mündeten knapp 200 Frauen und 4.400 Männer ein.

18 Eine ähnliche Verschiebung zugunsten männlicher Ausbildungsanfänger konnte 2011 im Hochschulsektor beobachtet werden. Während die Zahl der männlichen Studienanfänger im *Studienjahr* 2011 nach den ersten vorläufigen Zahlen stark um 50.900 bzw. 22,7 % anstieg, fiel der Zuwachs bei den weiblichen Studienanfängern mit „nur" 20.200 bzw. 9,2 % wesentlich moderater aus (vgl. Statistisches Bundesamt 2011, Tabelle 2). Der *relative Anteil* der weiblichen Studienanfänger sank dementsprechend deutlich von 49,5 % auf 46,6 %.

Tabelle A1.1-6: **Entwicklung der Ausbildungsplatznachfrage nach dem Geschlecht**

	Berichtsjahr		Entwicklung	
	2010	2011	absolut	in %
Nachfrager insgesamt	**644.557**	**646.880**	**2.323**	**0,4**
darunter:				
• erfolgreich	559.960	570.140	10.180	1,8
• nicht erfolgreich	84.597	76.740	-7.857	-9,3
• Fertigungsberufe	240.197	242.879	2.682	1,1
• Dienstleistungsberufe	364.538	365.042	504	0,1
• sonstige Berufe	39.822	38.959	-863	-2,2
weibliche Nachfrager	**272.798**	**266.774**	**-6.024**	**-2,2**
darunter:				
• erfolgreich	234.865	232.121	-2.744	-1,2
• nicht erfolgreich	37.933	34.653	-3.280	-8,6
• Fertigungsberufe	26.806	26.866	60	0,2
• Dienstleistungsberufe	230.513	225.007	-5.506	-2,4
• sonstige Berufe	15.479	14.901	-578	-3,7
männliche Nachfrager	**371.759**	**380.106**	**8.347**	**2,2**
darunter:				
• erfolgreich	325.095	338.019	12.924	4,0
• nicht erfolgreich	46.664	42.087	-4.577	-9,8
• Fertigungsberufe	213.391	216.013	2.622	1,2
• Dienstleistungsberufe	134.025	140.035	6.010	4,5
• sonstige Berufe	24.343	24.058	-285	-1,2

Unter den Dienstleistungsberufen sind hier zusammengefasst die Berufsgruppen 66–93 nach der 1992er-Berufsklassifikation des Statistischen Bundesamtes. Die Fertigungsberufe umfassen die Berufsgruppen 10–55. Die sonstigen Berufe beziehen die technischen Berufe (62–64), die Pflanzenbauer, Tierzüchter und Fischereiberufe (01–06), die Berufe im Bergbau und in der Mineralgewinnung (07–08) und nicht eindeutig zuzuordnende Berufe (98–99) mit ein.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum 30. September; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

trolle sonstiger Einflussgrößen (z. B. Schulabschlüsse, regionale Ausbildungsmarktverhältnisse) grundsätzlich etwas geringer ausfällt als die der jungen Männer (vgl. dazu auch Imdorf 2005, Eberhard/Ulrich 2010, S. 155). Ähnliches war auch für 2011 zu beobachten. Denn der Anteil der erfolglosen Nachfrager betrug bei den Frauen 13,0 %, bei den jungen Männern dagegen nur 11,1 % (Bundesagentur für Arbeit 2011b). Welche Rolle dabei die starke Konzentration der Berufswünsche junger Frauen auf die Dienstleistungsberufe spielt (in denen die Konkurrenz oft größer und die entsprechenden Bewerberschlangen dementsprechend länger sind) und wie sich darüber hinaus das insbesondere für junge Frauen interessante Alternativangebot in den *Schulberufen* (vollzeitschulische Berufsausbildung) auswirkt, ist noch nicht ausreichend erforscht.

Erfolglose Marktteilnehmer

Trotz der 2011 insgesamt verbesserten Einmündungschancen in eine betriebliche Lehrstelle suchten bundesweit 76.700 Ausbildungsplatznachfrager noch zum Ende des Berichtsjahrs eine Ausbildungsstelle (Spalte 9 in → **Tabelle A1.1-3**). Die Zahl fiel zwar niedriger aus als im Jahr zuvor (84.600), lag jedoch immer noch deutlich höher als die Zahl der Ausbildungsplatzangebote, die Ende September noch zu besetzen waren (29.700; vgl. Spalte 5). Die Marktlage zum Ende des Berichtsjahrs (30. September 2011) war daher für die noch ausbildungsinteressierten Jugendlichen relativ eng, wenn auch nicht mehr so schwierig wie noch ein Jahr zuvor.

In Niedersachsen suchten zum Ende des Berichtsjahres noch 16,4 % aller offiziell ermittelten Ausbildungsplatznachfrager nach einer Ausbildungsgelegenheit; in Nordrhein-Westfalen waren es 14,6 % (vgl. Spalte 20). Die geringsten Anteile noch suchender Nachfrager wurden wiederum aus Mecklenburg-Vorpommern (6,7 %), Sachsen (7,4 %), Thüringen (7,7 %) und Bayern (7,9 %) gemeldet.

Von den 76.700 Jugendlichen, die Ende September noch weitersuchten, verfügten 65.200 zumindest über eine alternative Verbleibsmöglichkeit. Sie wurden deshalb nicht zur Gruppe der „unversorgten Bewerber“ gezählt, deren Zahl sich im Jahr 2011 um 700 auf noch 11.600 Personen verringerte. Allerdings wird der größte Teil der rd. 65.200 noch Suchenden mit alternativer Verbleibsmöglichkeit im Berichtsjahr 2012 erneut bei den Beratungs- und Vermittlungsstellen vorstellig werden; der Anteil dürfte nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre bei rund 85 % liegen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2011b, S. 16). Eine endgültige Versorgung wird somit durch die alternative Verbleibsmöglichkeit zumeist nicht erreicht; es handelt sich in den meisten Fällen um Zwischenlösungen (vgl. auch **Kapitel A1.3**).

Ungeachtet der noch relativ hohen Zahl erfolgloser Ausbildungsplatznachfrager hatten es die Betriebe zunehmend schwer, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Die Zahl der bis Ende September unbesetzten betrieblichen Ausbildungsplatzangebote stieg bundesweit auf 29.700 (+10.100 bzw. +51,4 %; vgl. Spalte 5 in → **Tabelle A1.1-3**). Von den steigenden Besetzungsproblemen waren der Westen und Osten Deutschlands in etwa gleich stark betroffen, wenn auch dem Problem nicht zu besetzender Ausbildungsplätze eine besondere Schärfe in den ostdeutschen und bayrischen Arbeitsagenturbezirken zukam. In Mecklenburg-Vorpommern fanden 13,3 % des „betrieblichen“ Ausbildungsplatzangebots

Tabelle A1.1-7: **Berufe mit einer relativ hohen Zahl an Ausbildungsplatznachfragern im Verhältnis zum betrieblichen Ausbildungsplatzangebot**

	Ausbildungsplatzangebote		Ausbildungsplatznachfrager	Angebots-Nachfrage-Relation		Unbesetzte Plätze		Noch suchende Ausbildungsplatznachfrager	
	insgesamt	„betriebliche"		insgesamt	„betriebliche"	absolut	in %	absolut	in %
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9
• Tierpfleger/-in	670	649	1.240	54,0	52,3	3	0,5	573	46,2
• Gestalter/-in für visuelles Marketing	707	702	1.135	62,3	61,9	22	3,1	450	39,6
• Mediengestalter/-in Bild und Ton	628	615	997	63,0	61,7	11	1,8	380	38,1
• Fotograf/-in	791	782	1.110	71,3	70,5	31	4,0	350	31,5
• Mediengestalter/-in Digital und Print	3.931	3.847	5.294	74,3	72,7	72	1,9	1.435	27,1
• Reiseverkehrskaufmann/-frau	578	557	762	75,9	73,1	22	3,9	206	27,0
• Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in	1.954	1.922	2.561	76,3	75,0	39	2,0	646	25,2
• Sport- und Fitnesskaufmann/-frau	2.056	2.027	2.632	78,1	77,0	85	4,2	661	25,1
• Veranstaltungskaufmann/-frau	2.023	1.985	2.584	78,3	76,8	28	1,4	589	22,8
• Bürokaufmann/-frau	21.663	20.429	27.203	79,6	75,1	488	2,4	6.028	22,2
• Zweiradmechaniker/-in	685	633	859	79,7	73,7	25	3,9	199	23,2
• Florist/-in	1.521	1.407	1.905	79,8	73,9	50	3,6	434	22,8
• Kaufmann/-frau für Tourismus und Freizeit	509	494	634	80,3	77,9	25	5,1	150	23,7
• Pferdewirt/-in	847	837	1.037	81,7	80,7	43	5,1	233	22,5

Nur Berufe, in denen 2011 bundesweit mindestens 500 „betriebliche Angebote“ registriert wurden.
„Betrieblich“ = nicht (überwiegend) öffentlich finanziert.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2011; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik 2010/2011

(außerbetriebliche Plätze *nicht* mit eingeschlossen) keine neuen Auszubildenden (vgl. Spalte 17); auch damit lag Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze aller 16 Länder. In Bayern waren es 7,5 %, in Thüringen 7,1 % und in Sachsen 6,3 %. Umgekehrt fielen in diesen Regionen die Anteile der noch suchenden Ausbildungsstellenbewerber unter den Ausbildungsplatznachfragern relativ moderat aus.

Marktungleichgewichte in Berufen

Neben den oben beschriebenen regionalen Ungleichgewichten (siehe dazu auch **Kapitel A1.4**) waren 2011 deutliche *berufliche* Marktungleichgewichte zu beobachten. Diese dürften in 2011 noch dadurch verstärkt worden sein, dass die zusätzlichen Nachfrageimpulse, die durch die doppelten Abiturientenjahrgänge ausgelöst wurden, nicht gleichmäßig allen Berufen, sondern vor allem abituriententypischen Berufen zugutekamen.

Nur wenig Besetzungsprobleme ihrer Ausbildungsplatzangebote hatten 2011 jene Betriebe, die Ausbildungsstellen in den Berufen Tierpfleger/-in, Gestalter/-in für visuelles Marketing, Mediengestalter/-in Bild und Ton, Fotograf/-in oder Mediengestalter/-in Digital und Print anboten → **Tabelle A1.1-7**. Die Nachfrage aufseiten der Jugendlichen war hier sehr hoch, und dementsprechend gab es in Relation zur Zahl der Nachfrager auch nur wenige Angebote (die *betrieblichen* Angebots-Nachfrage-Relationen variierten lediglich zwischen 52,3 und 72,7).

Völlig anders war die Marktlage in den Berufen Restaurantfachmann/-fachfrau, Fachmann/-frau für Systemgastronomie, Klempner/-in, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk, Fleischer/-in und Gebäudereiniger/-in → **Tabelle A1.1-8**. Aus Sicht der Jugendlichen war die Angebotslage in diesen Berufen sehr gut (die Angebots-Nachfrage-Relationen lagen allesamt über 110 und schwankten je nach Beruf zwischen 112,0 und 124,5). Doch für die Betriebe war es umgekehrt schwierig, ihre Angebote auch besetzen zu können. Je nach Beruf blieben zwischen 15 % und 26 % des offiziell registrierten betrieblichen Ausbildungsplatzangebots ungenutzt.

Tabelle A1.1-8: **Berufe mit einer relativ geringen Zahl an Ausbildungsplatznachfragern im Verhältnis zum betrieblichen Ausbildungsplatzangebot**

	Ausbildungsplatzangebote		Ausbildungsplatznachfrager	Angebots-Nachfrage-Relation		Unbesetzte Plätze		Noch suchende Ausbildungsplatznachfrager	
	insgesamt	„betriebliche"		insgesamt	„betriebliche"	absolut	in %	absolut	in %
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9
• Restaurantfachmann/-frau	6.225	6.101	5.001	124,5	122,0	1.572	25,8	348	7,0
• Fachmann/-frau für Systemgastronomie	2.981	2.966	2.466	120,9	120,3	606	20,4	91	3,7
• Klempner/-in	563	554	491	114,7	112,8	88	15,9	16	3,3
• Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	12.651	12.331	11.170	113,3	110,4	2.067	16,8	586	5,2
• Fleischer/-in	2.455	2.382	2.180	112,6	109,3	444	18,6	169	7,8
• Gebäudereiniger/-in	1.639	1.602	1.464	112,0	109,4	243	15,2	68	4,6
• Hörgeräteakustiker/-in	1.058	1.050	973	108,7	107,9	117	11,1	32	3,3
• Fachkraft im Gastgewerbe	3.762	3.095	3.507	107,3	88,3	521	16,8	266	7,6
• Hotelkaufmann/-frau	548	548	513	106,8	106,8	86	15,7	51	9,9
• Bäcker/-in	4.594	4.418	4.321	106,3	102,2	628	14,2	355	8,2
• Hotelfachmann/-frau	12.523	12.416	11.806	106,1	105,2	1.352	10,9	635	5,4
• Koch/Köchin	14.745	13.957	13.953	105,7	100,0	1.997	14,3	1.205	8,6

Nur Berufe, in denen 2011 bundesweit mindestens 500 „betriebliche" Angebote registriert wurden.
„Betrieblich" = nicht (überwiegend) öffentlich finanziert.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2011; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik 2010/2011

Die Liste in → **Tabelle A1.1-7** zeigt, dass es vor allem Dienstleistungsberufe sind, welche von den ausbildungsinteressierten Jugendlichen überdurchschnittlich häufig nachgefragt werden, oder Berufe, die auf einen hohen Anteil an gestalterischen und kreativen Arbeitsinhalten hindeuten. Wie in einer Untersuchung des BIBB belegt werden konnte (vgl. Eberhard/Scholz/Ulrich 2009), spielt dabei vor allem auch das aus Sicht der Jugendlichen besonders gute Image dieser Berufe eine Rolle. Den Jugendlichen geht es nicht nur darum, einen Beruf mit Tätigkeiten auszuüben, die ihren beruflichen Interessen entgegenkommen, sondern sie streben auch danach, einen Beruf zu erlernen, der bei anderen Personen besonders gut ankommt und der ihnen somit hilft, einen möglichst positiven Eindruck bei ihren Mitmenschen zu hinterlassen.

Um zu vermeiden, dass trotz insgesamt günstigerer Ausbildungsmarktverhältnisse für die Jugendlichen Lehrstellenbewerber dennoch in größerer Zahl bei ihrer Suche erfolglos bleiben, ist ein Abbau der Ungleichgewichte auf den Ausbildungsmärkten unerlässlich. Gewichtige Hemmnisse in regionaler Hinsicht sind z. B. ein sehr junges Alter der Bewerber (viele sind erst 16 Jahre alt) und die damit verbundenen Einschränkungen (z. B. fehlender Führerschein), aber vermutlich auch geringe familiäre Unterstützung und Möglichkeiten zur Förderung der Mobilität (vgl. auch Beicht/Eberhard 2009). In beruflicher Hinsicht spielt das von den Jugendlichen vermutete schlechte gesellschaftliche Image einzelner Berufe eine Rolle, darüber hinaus aber auch ungünstige Ausbildungsbedingungen (vgl. Beicht u. a. 2009). Nachteilhaft können sich auch einseitige geschlechtsspezifische Vorlieben aufseiten der Jugendlichen auswirken. Denn wenn Berufe ausschließlich von Mädchen oder aber von Jungen nachgefragt werden, heißt dies für die betroffenen Betriebe zugleich, dass sie von vornherein auf rund die Hälfte der potenziellen Bewerber verzichten müssen.

Ergebnisse der Nachvermittlung bis Ende Dezember 2011

Angesichts der gegenüber dem Vorjahr zwar kleineren, gleichwohl weiterhin bedeutsamen Lücke zwischen der Zahl der Ende September 2011 noch suchenden Ausbildungsplatznachfrager (76.700) und der noch unbesetzten Ausbildungsplätze (29.700) waren die Nachvermittlungsbedingungen für die Agenturen für Arbeit, ARGEn und zkT relativ schwierig.

Die Zahl der Jugendlichen, für die zwischen *Oktober und Dezember* 2011 ein Vermittlungsauftrag (zeitweise oder dauerhaft) bestand, um in das bereits begonnene Ausbildungsjahr einzusteigen, bezifferte sich bundesweit auf 62.500 Personen; im Vorjahr waren es noch 67.400 (Bundesagentur für Arbeit 2011a). Darunter befanden sich 43.500 Jugendliche, die bereits im Berichtsjahr 2010/2011 als Ausbildungsstellenbewerber registriert worden waren, sowie 19.100, auf die dies nicht zutraf → **Tabelle A1.1-9**.

Zu den 43.500 Bewerbern aus dem Berichtsjahr 2010/2011 zählten

- 6.100 bzw. 2,2 % der 275.100 Bewerber, die ursprünglich in eine Berufsausbildungsstelle eingemündet waren (Spalte 3),
- 11.400 bzw. 99,1 % der 11.600 Bewerber, die am 30. September ohne Alternative auf Ausbildungsplatzsuche waren („unversorgte Bewerber“; Spalte 6),
- 19.100 bzw. 29,3 % der 65.200 Bewerber, die bis Ende September aus einer bestehenden Alternative heraus noch weiter nach einer Ausbildungsstelle gesucht hatten (Spalte 5),[19] sowie
- 6.900 bzw. 3,7 % der 186.400 Bewerber, die am 30. September zunächst anderweitig verblieben und zu diesem Zeitpunkt auch nicht mehr auf Ausbildungsplatzsuche waren (Spalte 4).

19 Die relativ niedrige Quote ist darauf zurückzuführen, dass ihre erneute Berücksichtigung im Vermittlungsjahr 2011/2012 eine aktive Rückmeldung durch die Betroffenen erforderlich machte (für die Bewerber ohne Alternative war dies nicht der Fall).

Tabelle A1.1-9: **Herkunft und Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber, für die im vierten Quartal des Kalenderjahres 2011 zeitweise oder dauerhaft ein Vermittlungsauftrag für den Beginn einer Berufsausbildung bis Ende 2011 bestand**

	Insgesamt		darunter:											
			bereits Bewerber im Berichtsjahr 2010/2011										kein Bewerber im letzten Berichtsjahr 2010/2011	
			insgesamt		darunter: bis zum 30.09. eingemündete Bewerber		andere ehemalige Bewerber		Bewerber mit Alternative zum 30.09.		unversorgte Bewerber am 30.09.			
	Sp. 1 (Sp. 2 + Sp. 7)		Sp. 2 (Summe von Sp. 3 bis 6)		Sp. 3		Sp. 4		Sp. 5		Sp. 6		Sp. 7	
Deutschland														
Am 01.10.2011 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2011 erneut oder neu suchende Bewerber	**62.542**	**100,0 %**	**43.464**	**100,0 %**	**6.053**	**100,0 %**	**6.903**	**100,0 %**	**19.114**	**100,0 %**	**11.394**	**100,0 %**	**19.078**	**100,0 %**
darunter Status im Dezember 2011:														
→ **eingemündete Bewerber**	**4.947**	**7,9 %**	**3.144**	**7,2 %**	**790**	**13,1 %**	**407**	**5,9 %**	**1.093**	**5,7 %**	**854**	**7,5 %**	**1.803**	**9,5 %**
→ **andere ehemalige Bewerber, darunter:**	**7.432**	**11,9 %**	**5.756**	**13,2 %**	**673**	**11,1 %**	**662**	**9,6 %**	**2.007**	**10,5 %**	**2.414**	**21,2 %**	**1.676**	**8,8 %**
• ohne Angabe eines Verbleibs	3.720	5,9 %	2.885	6,6 %	177	2,9 %	345	5,0 %	607	3,2 %	1.756	15,4 %	835	4,4 %
→ **noch weiter suchende Bewerber, darunter:**	**50.163**	**80,2 %**	**34.564**	**79,5 %**	**4.590**	**75,8 %**	**5.834**	**84,5 %**	**16.014**	**83,8 %**	**8.126**	**71,3 %**	**15.599**	**81,8 %**
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	27.897	44,6 %	20.617	47,4 %	2.526	41,7 %	2.115	30,6 %	14.162	74,1 %	1.814	15,9 %	7.280	38,2 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	22.266	35,6 %	13.947	32,1 %	2.064	34,1 %	3.719	53,9 %	1.852	9,7 %	6.312	55,4 %	8.319	43,6 %
Westdeutschland														
Am 01.10.2011 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2011 erneut oder neu suchende Bewerber	**51.963**	**100,0 %**	**36.299**	**100,0 %**	**4.926**	**100,0 %**	**5.305**	**100,0 %**	**17.707**	**100,0 %**	**8.361**	**100,0 %**	**15.664**	**100,0 %**
darunter Status im Dezember 2011:														
→ **eingemündete Bewerber**	**3.923**	**7,5 %**	**2.520**	**6,9 %**	**638**	**13,0 %**	**285**	**5,4 %**	**1.004**	**5,7 %**	**593**	**7,1 %**	**1.403**	**9,0 %**
→ **andere ehemalige Bewerber, darunter:**	**5.931**	**11,4 %**	**4.639**	**12,8 %**	**539**	**10,9 %**	**510**	**9,6 %**	**1.821**	**10,3 %**	**1.769**	**21,2 %**	**1.292**	**8,2 %**
• ohne Angabe eines Verbleibs	2.871	5,5 %	2.248	6,2 %	139	2,8 %	260	4,9 %	559	3,2 %	1.290	15,4 %	623	4,0 %
→ **noch weiter suchende Bewerber, darunter:**	**42.109**	**81,0 %**	**29.140**	**80,3 %**	**3.749**	**76,1 %**	**4.510**	**85,0 %**	**14.882**	**84,0 %**	**5.999**	**71,7 %**	**12.969**	**82,8 %**
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	24.790	47,7 %	18.507	51,0 %	2.116	43,0 %	1.791	33,8 %	13.246	74,8 %	1.354	16,2 %	6.283	40,1 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	17.319	33,3 %	10.633	29,3 %	1.633	33,2 %	2.719	51,3 %	1.636	9,2 %	4.645	55,6 %	6.686	42,7 %
Ostdeutschland														
Am 01.10.2011 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2011 erneut oder neu suchende Bewerber	**10.557**	**100,0 %**	**7.153**	**100,0 %**	**1.127**	**100,0 %**	**1.597**	**100,0 %**	**1.401**	**100,0 %**	**3.028**	**100,0 %**	**3.404**	**100,0 %**
darunter Status im Dezember 2011:														
→ **eingemündete Bewerber**	**1.022**	**9,7 %**	**624**	**8,7 %**	**152**	**13,5 %**	**122**	**7,6 %**	**89**	**6,4 %**	**261**	**8,6 %**	**398**	**11,7 %**
→ **andere ehemalige Bewerber, darunter:**	**1.494**	**14,2 %**	**1.111**	**15,5 %**	**134**	**11,9 %**	**152**	**9,5 %**	**183**	**13,1 %**	**642**	**21,2 %**	**383**	**11,3 %**
• ohne Angabe eines Verbleibs	846	8,0 %	634	8,9 %	38	3,4 %	85	5,3 %	48	3,4 %	463	15,3 %	212	6,2 %
→ **noch weiter suchende Bewerber, darunter:**	**8.041**	**76,2 %**	**5.418**	**75,7 %**	**841**	**74,6 %**	**1.323**	**82,8 %**	**1.129**	**80,6 %**	**2.125**	**70,2 %**	**2.623**	**77,1 %**
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	3.101	29,4 %	2.107	29,5 %	410	36,4 %	324	20,3 %	913	65,2 %	460	15,2 %	994	29,2 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	4.940	46,8 %	3.311	46,3 %	431	38,2 %	999	62,6 %	216	15,4 %	1.665	55,0 %	1.629	47,9 %

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

In → **Tabelle A1.1-9** wird auch wiedergegeben, welche Ergebnisse die Nachvermittlung bis Dezember 2011 für die 62.500 Bewerber mit Interesse an einem nachträglichen Einstieg in das bereits begonnene Ausbildungsjahr erbracht hatte. Die Zahl der Bewerber, die bis Ende 2011 in die anvisierte Berufsausbildung einmündete, fiel demnach mit 4.900 bzw. 7,9 % relativ niedrig aus. 50.200 bzw. 80,2 % der Bewerber waren dagegen weiter auf Ausbildungsplatzsuche, darunter 22.300 ohne und 27.900 mit alternativer Verbleibsmöglichkeit.[20] Die restlichen 7.400 bzw. 11,9 % Bewerber waren zu gleichen Teilen alternativ (3.700) oder unbekannt (3.700) verblieben und hatten den Vermittlungsauftrag beendet (Spalte 1).

Dabei waren die Ausbildungschancen der ostdeutschen Bewerber, von denen insgesamt 9,7 % in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten (in eine ungeförderte Stelle: 6,8 %, in eine geförderte Stelle: 2,9 %), leicht höher als die ihrer westdeutschen Altersgenossen. Von diesen waren 7,5 % in eine Berufsausbildungsstelle eingemündet (in eine ungeförderte Stelle: 5,9 %, in eine geförderte Stelle: 1,6 %).

Die relativ geringen Einmündungsquoten im Nachvermittlungsgeschäft sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass eine Vermittlung mehrere Wochen und Monate nach Beginn eines neuen Ausbildungsjahres grundsätzlich schwierig ist. Sie sind aber auch ein weiteres Zeichen dafür, dass das Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage auch im Jahr 2011 nicht ausgeglichen war – ungeachtet der verbesserten Ausbildungschancen für die Jugendlichen – und dass es auch 2011 für einen größeren Teil der Jugendlichen schwierig war, einen Platz im dualen Berufsausbildungssystem zu finden.

(Simone Flemming, Ralf-Olaf Granath, Joachim Gerd Ulrich)

20 Von den insgesamt 27.900 noch suchenden Bewerbern, die über eine den Beratungs- und Vermittlungsdiensten bekannte alternative Verbleibsmöglichkeit verfügten, befanden sich 4.500 in einer vollqualifizierenden Ausbildung (aus der sie sich für eine neue Berufsausbildungsstelle bewarben), weitere 400 in einem Studium. 5.800 besuchten eine Schule, 1.300 absolvierten ein Praktikum, 4.200 waren erwerbstätig, gut 600 leisteten gemeinnützige oder soziale Dienste, und 10.500 befanden sich in Fördermaßnahmen (Bundesagentur für Arbeit 2011a, S. 5).

A1.2 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge – Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2011

Die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen haben dem BIBB für die Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2011[21] E bundesweit 570.140 Verträge gemeldet. Bezogen auf die Erhebung 2010 entspricht das einem Zuwachs um 10.180 (+1,8 %). Es zeigen sich hierbei allerdings unterschiedliche Entwicklungen in West- und Ostdeutschland. Während in Westdeutschland mit 485.645 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen ein starker Zuwachs gegenüber dem Vorjahr (+17.348 bzw. +3,7 %) zu verzeichnen ist, setzt sich in Ostdeutschland der rückläufige Trend der letzten Jahre fort. Hier fiel die Zahl der Neuabschlüsse auf 84.495 (-7.168 bzw. -7,8 %) und somit auf einen neuen Tiefststand seit der Wiedervereinigung → **Tabelle A1.2-1**.

E Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (kurz: Neuabschlüsse)

Bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (kurz: BIBB-Erhebung zum 30. September) sind Neuabschlüsse definiert als die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) eingetragenen Berufsausbildungsverträge, die zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September des laufenden Jahres neu abgeschlossen und nicht vorzeitig wieder gelöst wurden. Entscheidend für die Zählung eines Neuabschlusses ist das Datum des Vertragsabschlusses, welches gemäß §§ 34 BBiG Abs. 2 Ziffer 5 in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse aufgenommen wird und damit von den zuständigen Stellen als Selektionskriterium herangezogen werden kann.

Die Neuabschlüsse werden geschlechtsspezifisch differenziert für Einzelberufe auf der Ebene der Arbeitsagenturbe-

21 Ausführliche Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2011 stehen unter **http://www.bibb.de/de/59142.htm** zur Verfügung. Für weitere Informationen zur Erhebung siehe **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_BIBB-Erhebung_Zusammenfassung_201103.pdf**.

Tabelle A1.2-1: **Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1992 bis 2011**

	Ergebnisse im Zählzeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September																				2011 zu 2010	
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	absolut	in %
Baden-Württemberg	75.294	71.035	69.055	69.037	68.730	70.196	73.818	76.331	77.290	77.066	72.582	70.804	73.277	71.854	73.991	81.216	82.185	74.810	74.549	78.813	4.264	5,7
Bayern	95.966	92.325	89.678	89.345	90.131	91.988	97.060	96.800	98.295	101.222	95.315	91.925	93.396	90.220	93.005	102.204	102.987	93.564	94.326	97.746	3.420	3,6
Berlin	18.852	18.193	20.365	19.563	21.475	19.448	22.638	23.722	23.084	21.689	20.192	19.152	20.534	19.639	20.799	21.561	21.021	19.485	19.173	18.396	-777	-4,1
Brandenburg	18.241	15.322	18.901	20.223	21.606	19.628	21.400	21.368	19.897	18.826	18.576	18.492	17.919	16.415	19.573	18.489	17.720	15.065	13.622	12.121	-1.501	-11,0
Bremen	6.232	6.009	5.712	5.591	5.480	5.686	5.631	6.012	6.146	5.983	5.534	5.303	5.758	5.644	5.900	6.292	6.489	6.133	5.980	6.475	495	8,3
Hamburg	13.622	12.513	11.529	11.278	11.530	11.851	12.080	12.548	12.580	13.028	12.215	11.914	12.470	12.406	13.210	14.233	14.862	13.496	14.382	14.916	534	3,7
Hessen	43.723	41.359	38.271	38.659	38.737	39.434	41.214	42.607	42.074	42.147	38.362	37.812	38.727	37.662	39.426	43.378	42.667	39.453	40.234	41.166	932	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	11.793	13.950	17.744	18.268	18.977	19.039	19.294	19.145	18.338	17.622	16.722	16.665	16.025	15.784	15.306	16.085	14.339	11.825	9.879	8.909	-970	-9,8
Niedersachsen	61.823	57.592	54.342	53.783	54.379	56.268	57.942	59.381	57.927	56.674	53.364	52.058	53.826	51.530	54.277	58.810	59.880	57.395	58.318	60.847	2.529	4,3
Nordrhein-Westfalen	131.464	122.719	114.926	115.394	112.557	117.366	122.590	128.437	128.640	126.069	115.513	111.046	115.987	111.190	115.671	132.032	131.902	121.504	122.310	126.553	4.243	3,5
Rheinland-Pfalz	28.228	26.556	25.600	26.437	27.082	28.346	29.808	30.693	30.811	29.943	27.514	26.938	27.920	26.445	28.037	31.844	30.697	28.851	28.493	28.970	477	1,7
Saarland	7.631	6.978	6.881	7.072	7.208	7.606	8.486	9.034	9.252	8.839	8.356	8.178	8.201	8.177	8.359	8.919	8.891	8.789	8.473	8.613	140	1,7
Sachsen	28.565	28.950	35.515	35.697	38.023	36.752	35.919	38.144	34.749	33.362	31.125	30.665	30.615	28.862	31.463	32.007	27.118	23.816	22.248	20.510	-1.738	-7,8
Sachsen-Anhalt	16.866	18.687	20.722	22.406	20.125	23.787	23.144	23.332	21.459	21.767	19.257	19.133	20.328	17.748	17.904	19.110	17.363	14.937	14.320	12.884	-1.436	-10,0
Schleswig-Holstein	20.971	19.873	19.394	19.486	18.814	19.582	20.103	20.370	20.067	19.212	18.671	18.769	19.314	19.034	20.339	21.859	22.044	21.314	21.232	21.546	314	1,5
Thüringen	15.944	18.059	19.447	20.535	19.473	20.540	21.402	23.091	21.084	20.789	19.025	18.780	18.683	17.570	18.893	17.846	16.177	13.870	12.421	11.675	-746	-6,0
Westdeutschland	**484.954**	**456.959**	**435.388**	**436.082**	**434.648**	**448.323**	**468.732**	**482.213**	**483.082**	**480.183**	**447.426**	**434.747**	**448.876**	**434.162**	**452.215**	**500.787**	**502.604**	**465.309**	**468.297**	**485.645**	**17.348**	**3,7**
Ostdeutschland	**110.261**	**113.161**	**132.694**	**136.692**	**139.679**	**139.194**	**143.797**	**148.802**	**138.611**	**134.055**	**124.897**	**122.887**	**124.104**	**116.018**	**123.938**	**125.098**	**113.738**	**98.998**	**91.663**	**84.495**	**-7.168**	**-7,8**
Deutschland	**595.215**	**570.120**	**568.082**	**572.774**	**574.327**	**587.517**	**612.529**	**631.015**	**621.693**	**614.238**	**572.323**	**557.634**	**572.980**	**550.180**	**576.153**	**625.885**	**616.342**	**564.307**	**559.960**	**570.140**	**10.180**	**1,8**

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebungen zum 30. September

zirke erhoben und in den regionalen Gliederungen Bund, Ost, West, Länder und Arbeitsagenturbezirke ausgewiesen. Lediglich die Ausbildungsverträge für Menschen mit Behinderungen (Ausbildungen nach § 66 BBiG und § 42m HwO, E s. u.) werden für die Bereiche Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft in der Sammelgruppe „Behindertenberufe" abgebildet.

Anschlussverträge werden gesondert erfasst (E s. u.). Sie werden im Gegensatz zur Erhebung zum 31. Dezember für die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Erhebung zum 31. Dezember) nicht zur Gesamtsumme der Neuabschlüsse hinzugerechnet. Dennoch gilt auch hier zu beachten, dass nicht alle Auszubildenden mit Neuabschluss Ausbildungsanfänger im dualen System sind; Ausbildungsverträge werden auch nach vorzeitigen Vertragslösungen oder im Falle von Zweitausbildungen innerhalb des dualen Systems neu abgeschlossen (**vgl. Kapitel A4.3**).

Aufgrund der o. g. und weiterer konzeptioneller Unterschiede stimmen die Definitionen der Neuabschlüsse im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September und der Erhebung zum 31. Dezember nicht überein **(vgl. Kapitel A4.3;** vgl. auch Uhly u. a. 2009).

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sank in Ostdeutschland nicht nur insgesamt, sondern – wie bereits im Vorjahr – auch in jedem einzelnen der 5 Bundesländer. Besonders starke Rückgänge zeigen sich dabei in Brandenburg (-11,0 %) und Sachsen-Anhalt (-10,0 %). Aber auch in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich der negative Trend der letzten Jahre fort, wenn auch in leicht abgeschwächter Form (2009: -17,5 %, 2010: -16,5 %, 2011: -9,8 %). So ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 2007 und 2011 um knapp 45 % zurückgegangen. Diese Entwicklung verdeutlicht den massiven Einfluss des demografischen Wandels in dieser Region (**vgl. Kapitel A1.1**).

Im Gegensatz dazu kam es in allen westdeutschen Bundesländern zu einem Anstieg der Neuabschlusszahlen. Am deutlichsten zeigt sich dieser in Bremen (+8,3 %), Baden-Württemberg (+5,7 %) und Niedersachsen (+4,3 %). Der geringste Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr ergab sich in Schleswig-Holstein (+1,5 %). Aber auch in Rheinland-Pfalz und im Saarland fiel der Anstieg mit jeweils 1,7 % eher moderat aus.

In Niedersachsen ist der deutliche Anstieg bei den Neuabschlüssen auch mit dem doppelten Abiturientenjahrgang im Jahr 2011 zu erklären. Um der somit stärkeren Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu begegnen, wurden in einem vom niedersächsischen Kultusministerium initiierten „Runden Tisch Doppelabitur 2011" zusätzliche Ausbildungsplätze eingeworben und insbesondere Fragen zur Optimierung der Passung von Angebot und Nachfrage diskutiert. Diese Ansätze wurden bereits 2010 im Niedersächsischen Aktionsplan zur Verbesserung von Studien und Ausbildungschancen 2011 und 2012 formuliert (Niedersächsisches Kultusministerium 2010). Auch in den kommenden Jahren werden in weiteren Bundesländern doppelte Abiturientenjahrgänge[22] Einfluss auf die Entwicklung der Neuabschlüsse nehmen.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich bei einer bundesweiten Betrachtung der Zuständigkeitsbereiche E deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Während der Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel eine deutliche Zunahme zu verzeichnen hat (+11.739 bzw. +3,5 %), sind die Neuabschlusszahlen beim Handwerk (+67 bzw. +0,0 %) und den freien Berufen (+171 bzw. +0,4 %) annähernd unverändert geblieben. Im Zuständigkeitsbereich öffentlicher Dienst kam es zu einer deutlichen Abnahme (-1.152 bzw. -8,5 %), und auch in den Bereichen Landwirtschaft (-417 bzw. -3,0 %) und Hauswirtschaft (-237 bzw. -6,6 %) lagen die Neuabschlusszahlen 2011 niedriger als noch ein Jahr zuvor. Bei der regionalen Differenzierung zeigt sich, dass in Ostdeutschland – mit Ausnahme des Bereichs Seeschifffahrt – über alle

22 In den folgenden Jahren wird es in den genannten Bundesländern zu doppelten Abiturientenjahrgängen kommen: 2012 (Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Teile von Hessen), 2013 (Nordrhein-Westfalen, Teile von Hessen), 2014 (Teile von Hessen), 2016 (Schleswig-Holstein) (vgl. Kultusministerkonferenz 2011).

Zuständigkeitsbereiche hinweg 2011 weniger neue Ausbildungsverträge geschlossen wurden als im Jahr 2010. In Westdeutschland kam es hingegen in den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, freie Berufe und Seeschifffahrt zu einem Anstieg, der mit einem Plus von 5,7 % (+15.524) insbesondere im Bereich Industrie und Handel deutlich ausfiel → **Tabelle A1.2-2**.

E **Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Zuständigkeitsbereichen**

Maßgeblich für die Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Bereichen ist i. d. R. die Art des Ausbildungsberufes und nicht der Ausbildungsbetrieb. So werden bspw. die Verträge der Auszubildenden, die im öffentlichen Dienst in Berufen der gewerblichen Wirtschaft ihre Ausbildung absolvieren, den Bereichen Industrie und Handel bzw. Handwerk (je nach zuständiger Stelle) zugeordnet. Ausnahmen bestehen für Auszubildende, die in einem Handwerksbetrieb in einem Beruf des Bereichs Industrie und Handel ausgebildet werden (Industrieberuf im Handwerk); bei der Aggregierung der Ausbildungsverträge für die Bereiche sind diese dem Handwerk zugeordnet. Gleiches gilt für Handwerksberufe, die in Betrieben von Industrie und Handel ausgebildet werden (Handwerksberuf in der Industrie). In der Aggregierung sind diese Ausbildungsverträge dem Bereich Industrie und Handel zugerechnet.

Die Rede ist deshalb von „Zuständigkeitsbereichen" und nicht von „Ausbildungsbereichen", weil die tatsächliche Ausbildungsleistung in einzelnen Bereichen nicht mit den Zählergebnissen nach Zuständigkeiten übereinstimmen muss. So sind z. B. in einigen Ländern die Industrie- und Handelskammern auch die zuständige Stelle für den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft oder für einzelne Berufe des öffentlichen Dienstes, und eine klare Aufteilung nach Ausbildungsbereichen ist nicht immer möglich. Zudem fallen Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst oder die freien Berufe in den Ausbildungsberufen von Industrie und Handel oder Handwerk abschließen, nicht in ihren eigenen Zuständigkeitsbereich, sondern werden Industrie und Handel oder Handwerk zugerechnet.

Während in der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (kurz: BIBB-Erhebung zum 30. September) das Betriebsmerkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst" nicht erfasst wird, geschieht dies bei der Erhebung zum 31. Dezember für die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Erhebung zum 31. Dezember). Dies ermöglicht eine genauere Ermittlung der Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes (**vgl. Kapitel A4.2.1**).

Insgesamt wurden bei den Industrie- und Handelskammern (kurz: Industrie und Handel) im Jahr 2011 deutschlandweit 342.782 neue Ausbildungsverträge gemeldet und damit deutlich über die Hälfte (60,1 %) aller neuen Verträge. Somit bleibt dieser Bereich weiterhin der mit Abstand größte unter allen Zuständigkeitsbereichen. Im Gegensatz zu den alten Ländern (+5,7 %) ist die Zahl der Neuabschlüsse im Bereich Industrie und Handel in den neuen Ländern deutlich zurückgegangen (-3.785 bzw. -6,6 %).

Im zweitgrößten Zuständigkeitsbereich, dem Handwerk, wurden insgesamt 155.245 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, 67 mehr als im Vorjahr (0,0 %). Auf das Handwerk entfiel somit rund ein Viertel (27,2 %) aller neuen Ausbildungsverträge. Noch Mitte der 1990er-Jahre wurde ein deutlich höherer Anteil aller Ausbildungsverträge im Handwerksbereich gemeldet (1995: 38,3 %). Seitdem geht der Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Handwerk stetig zurück → **Tabelle A1.2-3**. Von einer Verschiebung der Verhältnisse profitierte vor allem der Bereich Industrie und Handel. 1995 wurden für diesen Bereich 45,9 % aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge registriert – seither verläuft die Entwicklung hier gegensätzlich zum Handwerk, sodass sich der Vertragsanteil dieses Bereiches am Gesamtvolumen der Neuverträge mit 60,1 % auf einem Höchststand befindet (vgl. zur Entwicklung der Zuständigkeitsbereiche auch **Kapitel A4.2.1**).

Bei den zuständigen Stellen für den öffentlichen Dienst wurden 2011 insgesamt 12.403 Ausbildungsverträge registriert, wobei es sowohl in den neuen Ländern (-347 bzw. -12,1 %) als auch in den alten Ländern (-805 bzw. -7,5 %) gegenüber dem Vorjahr zu einem starken Rückgang kam. Im Bereich Landwirtschaft wurden 13.505 neue Ausbildungsverträge geschlossen, 417 weniger als noch 2010 (-3,0 %).

Tabelle A1.2-2: **Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2011 und Veränderung gegenüber 2010 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen**

	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge																							
	Insgesamt			Davon im Zuständigkeitsbereich:																				
				Industrie und Handel			Handwerk			Öffentlicher Dienst			Landwirtschaft			Freie Berufe			Hauswirtschaft			Seeschifffahrt		
		Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
Baden-Württemberg	78.813	4.264	5,7	47.745	3.259	7,3	21.839	1.059	5,1	1.830	-214	-10,5	1.447	-32	-2,2	5.430	208	4,0	522	-16	-3,0	–	–	–
Bayern	97.746	3.420	3,6	57.249	3.157	5,8	28.659	159	0,6	1.424	-126	-8,1	2.146	-19	-0,9	7.855	243	3,2	413	6	1,5	–	–	–
Berlin	18.396	-777	-4,1	11.223	-315	-2,7	4.356	-308	-6,6	647	-6	-0,9	256	-47	-15,5	1.768	-140	-7,3	146	39	36,4	–	–	–
Brandenburg	12.121	-1.501	-11,0	7.737	-810	-9,5	2.782	-387	-12,2	386	-113	-22,6	527	-87	-14,2	566	-101	-15,1	123	-3	-2,4	–	–	–
Bremen	6.475	495	8,3	4.171	209	5,3	1.551	259	20,0	135	-4	-2,9	53	6	12,8	478	26	5,8	65	1	1,6	22	-2	-8,3
Hamburg	14.916	534	3,7	10.261	243	2,4	3.063	349	12,9	164	-75	-31,4	165	15	10,0	1.119	2	0,2	32	-19	-37,3	112	19	20,4
Hessen	41.166	932	2,3	25.277	975	4,0	10.907	-5	0,0	1.216	-81	-6,2	717	-31	-4,1	3.041	87	2,9	8	-13	-61,9	–	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	8.909	-970	-9,8	5.632	-471	-7,7	2.018	-356	-15,0	295	-49	-14,2	369	-35	-8,7	478	-19	-3,8	101	-41	-28,9	16	1	6,7
Niedersachsen	60.847	2.529	4,3	34.050	2.405	7,6	18.324	152	0,8	1.366	10	0,7	2.070	111	5,7	4.555	-105	-2,3	407	-40	-8,9	75	-4	-5,1
Nordrhein-Westfalen	126.553	4.243	3,5	77.914	4.317	5,9	32.236	197	0,6	2.596	-209	-7,5	2.425	96	4,1	10.813	-98	-0,9	569	-60	-9,5	–	–	–
Rheinland-Pfalz	28.970	477	1,7	16.302	472	3,0	8.916	37	0,4	591	-58	-8,9	717	-64	-8,2	2.174	95	4,6	270	-5	-1,8	–	–	–
Saarland	8.613	140	1,7	5.116	99	2,0	2.480	20	0,8	99	-41	-29,3	223	31	16,1	620	34	5,8	75	-3	-3,8	–	–	–
Sachsen	20.510	-1.738	-7,8	13.343	-1.048	-7,3	4.746	-391	-7,6	588	-66	-10,1	704	-205	-22,6	972	35	3,7	157	-63	-28,6	–	–	–
Sachsen-Anhalt	12.884	-1.436	-10,0	8.031	-750	-8,5	3.441	-455	-11,7	322	-65	-16,8	456	-113	-19,9	494	-53	-9,7	140	0	0,0	–	–	–
Schleswig-Holstein	21.546	314	1,5	11.343	388	3,5	6.988	12	0,2	471	-7	-1,5	809	-9	-1,1	1.779	-46	-2,5	133	-19	-12,5	23	-5	-17,9
Thüringen	11.675	-746	-6,0	7.388	-391	-5,0	2.939	-275	-8,6	273	-48	-15,0	421	-34	-7,5	470	3	0,6	184	-1	-0,5	–	–	–
Westdeutschland	**485.645**	**17.348**	**3,7**	**289.428**	**15.524**	**5,7**	**134.963**	**2.239**	**1,7**	**9.892**	**-805**	**-7,5**	**10.772**	**104**	**1,0**	**37.864**	**446**	**1,2**	**2.494**	**-168**	**-6,3**	**232**	**8**	**3,6**
Ostdeutschland	**84.495**	**-7.168**	**-7,8**	**53.354**	**-3.785**	**-6,6**	**20.282**	**-2.172**	**-9,7**	**2.511**	**-347**	**-12,1**	**2.733**	**-521**	**-16,0**	**4.748**	**-275**	**-5,5**	**851**	**-69**	**-7,5**	**16**	**1**	**6,7**
Deutschland	**570.140**	**10.180**	**1,8**	**342.782**	**11.739**	**3,5**	**155.245**	**67**	**0,0**	**12.403**	**-1.152**	**-8,5**	**13.505**	**-417**	**-3,0**	**42.612**	**171**	**0,4**	**3.345**	**-237**	**-6,6**	**248**	**9**	**3,8**

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2011

Tabelle A1.2-3: **Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen von 1992 bis 2011 in Deutschland**

	Ergebnisse im Zählzeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September																				2011 zu 2010	
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	absolut	%
Deutschland																						
Industrie und Handel	295.927	265.986	258.540	263.170	268.039	286.239	311.663	333.551	334.418	337.221	311.363	308.565	322.759	316.165	336.935	367.484	369.194	333.404	331.043	342.782	11.739	3,5
Handwerk	192.491	203.939	215.107	219.245	215.148	211.571	212.382	210.550	199.482	188.464	173.888	165.783	168.290	157.025	162.604	179.698	170.069	155.582	155.178	155.245	67	0,0
Öffentlicher Dienst[1,2]	25.402	24.672	18.443	14.180	15.901	16.520	15.198	14.940	15.577	15.380	14.815	13.822	15.130	14.171	14.082	13.412	13.228	13.724	13.555	12.403	-1.152	-8,5
Landwirtschaft	12.740	12.404	12.268	12.954	14.302	15.504	15.762	15.654	14.735	13.695	13.991	15.010	15.191	14.785	15.813	15.902	15.328	14.646	13.922	13.505	-417	-3,0
Freie Berufe[1]	63.102	58.938	59.057	58.256	56.143	53.075	51.862	51.043	52.493	54.318	53.254	49.408	46.538	43.617	42.110	44.556	43.947	42.675	42.441	42.612	171	0,4
Hauswirtschaft[1]	5.377	4.035	4.535	4.828	4.645	4.460	5.506	5.118	4.848	5.026	4.830	4.899	4.876	4.119	4.320	4.474	4.271	3.997	3.582	3.345	-237	-6,6
Seeschifffahrt	176	146	132	141	149	148	156	159	140	134	182	147	196	298	289	359	305	279	239	248	9	3,8
insgesamt	**595.215**	**570.120**	**568.082**	**572.774**	**574.327**	**587.517**	**612.529**	**631.015**	**621.693**	**614.238**	**572.323**	**557.634**	**572.980**	**550.180**	**576.153**	**625.885**	**616.342**	**564.307**	**559.960**	**570.140**	**10.180**	**1,8**
Westdeutschland																						
Industrie und Handel	239.334	213.998	195.985	200.120	200.908	216.719	234.868	250.545	255.997	258.693	237.339	234.092	246.836	244.095	259.002	289.372	296.933	271.025	273.904	289.428	15.524	5,7
Handwerk	158.070	160.152	162.689	162.953	160.062	159.756	163.246	162.037	156.484	150.025	139.477	133.536	135.936	127.679	131.660	147.561	142.481	131.842	132.724	134.963	2.239	1,7
Öffentlicher Dienst[1,2]	19.830	19.009	13.254	10.817	11.919	12.352	11.483	11.486	11.710	11.521	11.214	10.606	11.432	10.951	10.765	10.145	10.149	10.562	10.697	9.892	-805	-7,5
Landwirtschaft	10.171	9.544	9.512	9.330	10.374	11.037	11.050	10.719	10.177	9.221	9.492	10.061	10.395	10.095	10.974	11.357	11.173	11.133	10.668	10.772	104	1,0
Freie Berufe[1]	54.375	51.410	50.729	49.588	47.880	44.986	44.228	43.880	45.182	47.173	46.467	43.127	40.669	38.377	36.770	39.018	38.678	37.537	37.418	37.864	446	1,2
Hauswirtschaft[1]	3.018	2.700	3.095	3.143	3.357	3.333	3.715	3.404	3.405	3.419	3.287	3.188	3.423	2.685	2.775	3.006	2.896	2.942	2.662	2.494	-168	-6,3
Seeschifffahrt	156	146	124	131	148	140	142	142	127	131	150	137	185	280	269	328	294	268	224	232	8	3,6
insgesamt	**484.954**	**456.959**	**435.388**	**436.082**	**434.648**	**448.323**	**468.732**	**482.213**	**483.082**	**480.183**	**447.426**	**434.747**	**448.876**	**434.162**	**452.215**	**500.787**	**502.604**	**465.309**	**468.297**	**485.645**	**17.348**	**3,7**
Ostdeutschland																						
Industrie und Handel	56.593	51.988	62.555	63.050	67.131	69.520	76.795	83.006	78.421	78.528	74.024	74.473	75.923	72.070	77.933	78.112	72.261	62.379	57.139	53.354	-3.785	-6,6
Handwerk	34.421	43.787	52.418	56.292	55.086	51.815	49.136	48.513	42.998	38.439	34.411	32.247	32.354	29.346	30.944	32.137	27.588	23.740	22.454	20.282	-2.172	-9,7
Öffentlicher Dienst[1,2]	5.572	5.663	5.189	3.363	3.982	4.168	3.715	3.454	3.867	3.859	3.601	3.216	3.698	3.220	3.317	3.267	3.079	3.162	2.858	2.511	-347	-12,1
Landwirtschaft	2.569	2.860	2.756	3.624	3.928	4.467	4.712	4.935	4.558	4.474	4.499	4.949	4.796	4.690	4.839	4.545	4.155	3.513	3.254	2.733	-521	-16,0
Freie Berufe[1]	8.727	7.528	8.328	8.668	8.263	8.089	7.634	7.163	7.311	7.145	6.787	6.281	5.869	5.240	5.340	5.538	5.269	5.138	5.023	4.748	-275	-5,5
Hauswirtschaft[1]	2.359	1.335	1.440	1.685	1.288	1.127	1.791	1.714	1.443	1.607	1.543	1.711	1.453	1.434	1.545	1.468	1.375	1.055	920	851	-69	-7,5
Seeschifffahrt	20	–	8	10	1	8	14	17	13	3	32	10	11	18	20	31	11	11	15	16	1	6,7
insgesamt	**110.261**	**113.161**	**132.694**	**136.692**	**139.679**	**139.194**	**143.797**	**148.802**	**138.611**	**134.055**	**124.897**	**122.887**	**124.104**	**116.018**	**123.938**	**125.098**	**113.738**	**98.998**	**91.663**	**84.495**	**-7.168**	**-7,8**

[1] Ohne jene neuen Ausbildungsverträge, für die andere Stellen (Kammern) zuständig sind.

[2] Ohne Laufbahnausbildung im Beamtenverhältnis.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebungen zum 30. September

Bei den freien Berufen konnten 42.612 neue Ausbildungsverträge verbucht werden, was einem leichten Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr entspricht (+171 bzw. +0,4 %). In der Hauswirtschaft kamen mit 3.345 Ausbildungsverträgen 237 (-6,6 %) neue Verträge weniger zustande. Dieser Rückgang betraf Ostdeutschland (-7,5 %) und Westdeutschland (-6,3 %) gleichermaßen. Im Bereich der Hauswirtschaft wurden 2011 60,6 % der Ausbildungsverträge nach § 66 BBiG abgeschlossen (Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderungen). Im kleinsten Zuständigkeitsbereich, der Seeschifffahrt, wurden 248 neue Ausbildungsverträge gemeldet (+9 bzw. +3,8 %).

Geschlechtsspezifische Differenzierungen

Bundesweit wurden im Jahr 2011 40,7 % aller Ausbildungsverträge mit jungen Frauen abgeschlossen (zweite Zeile in → **Tabelle A1.2-4**). Das bedeutet – bezogen auf den Vorjahreszeitraum – einen Rückgang (zu den Ursachen siehe **Kapitel 1.1**). Während Frauen 2.744 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen haben, stieg die Anzahl bei den Männern um 12.924 an – damit ist das Plus von 1,8 % bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen auf die gestiegene Anzahl der Neuabschlüsse mit Männern zurückzuführen.

Der Frauenanteil bei den Neuabschlüssen variiert zwischen den einzelnen Bundesländern recht deutlich. Der niedrigste Anteil neu abgeschlossener Ausbildungsverträge, die mit Frauen geschlossen wurden, findet sich 2011 mit 36,8 % in Sachsen-Anhalt, der höchste mit 45,3 % in Berlin.

Differenziert nach den einzelnen Zuständigkeitsbereichen liegt der Anteil von Frauen im Bereich Industrie und Handel bei 40,6 % und damit auf dem gesamtdeutschen Niveau aller Zuständigkeitsbereiche. Im Handwerk sind Frauen traditionell unterrepräsentiert, sodass der Frauenanteil hier auch im Jahr 2011 bei nur 25 % liegt. Im öffentlichen Dienst hingegen werden Ausbildungsverträge überwiegend mit Frauen geschlossen (63,7 %). Noch deutlicher werden die Zuständigkeitsbereiche freie Berufe (Frauenanteil: 94,2 %) und Hauswirtschaft (Frauenanteil: 91,4 %) von den Frauen dominiert (für geschlechtsspezifische Ergebnisse der Erhebung zum 31. Dezember **vgl. Kapitel A4.3 und A4.5**).

Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer

Bezogen auf das Vorjahr blieb der Anteil der Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer an dem Gesamtvolumen neu abgeschlossener Ausbildungsverträge konstant. Wie schon 2010 wurden auch im Jahr 2011 16,0 % aller neuen Ausbildungsverträge mit einer verkürzten Ausbildungsdauer E abgeschlossen (dritte Zeile in → **Tabelle A1.2-4**). In Ostdeutschland kommt es mit 12,2 % anteilig seltener zu „verkürzten“ Verträgen als in Westdeutschland (16,6 %). Ein Grund dafür ist die Berücksichtigung von vorhandenen Bildungsabschlüssen. Traditionell kommt dem Berufsgrundbildungsjahr in einigen Ländern in Westdeutschland eine wesentliche Bedeutung zu (z. B. Baden-Württemberg). Auch der Wechsel von einer Berufsfachschule in eine duale Ausbildung nach BBiG/HwO kann zu einer Verkürzung der Ausbildungszeit führen. In den Ländern mit einem relativ hohen Anteil von Absolventinnen und Absolventen dieser berufsbildenden Schulen war auch der Anteil der Verträge mit verkürzten Laufzeiten entsprechend hoch (vgl. Statistisches Bundesamt 2011, Tabelle 1.4.1).

Differenziert nach den einzelnen Zuständigkeitsbereichen werden vor allem in der Landwirtschaft (26,9 %) und im Handwerk (22,7 %) überdurchschnittlich häufig Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer geschlossen. Leicht unter dem bundesdeutschen Durchschnittswert liegt mit 14,1 % der Bereich Industrie und Handel, gefolgt vom Hauswirtschaftsbereich mit 12,6 %. Deutlich seltener kommt es in den freien Berufen (6,4 %), dem öffentlichen Dienst (5,6 %) und der Seeschifffahrt (5,2 %) zu einer bereits bei Vertragsabschluss feststehenden Verkürzung der Ausbildungsdauer (für Ergebnisse der Erhebung zum 31. Dezember zur Verkürzung der Ausbildungsdauer **vgl. Kapitel A4.3**).

E **Verkürzung der Ausbildungsdauer**

Eine Verkürzung der Ausbildungsdauer ist bei Anrechnung oder Anerkennung bestimmter (Aus-)Bildungsabschlüsse (z. B. Berufsgrundbildungsjahr, Besuch einer Berufsfachschule, mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse) möglich (vgl. dazu auch die Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitausbildung). Bei den BIBB-Erhebungen über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September werden als verkürzte Verträge nur diejenigen berücksichtigt, bei denen die Verkürzung der Ausbildungsdauer mindestens 6 Monate beträgt und bereits bei Vertragsabschluss feststeht. Auch Verträge von Jugendlichen, die ihren Ausbildungsbetrieb (in Verbindung mit einem neuen Vertrag) während der Ausbildung wechseln (z. B. durch Konkurs), zählen als verkürzte Verträge.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen mit zweijähriger Ausbildungsdauer

Knapp jeder zehnte neu abgeschlossene Ausbildungsvertrag (9,1 %) wurde für Ausbildungsberufe geschlossen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht (kurz: zweijährige Ausbildungsberufe[23], **vgl. auch Kapitel A4.4**). 2011 waren dies insgesamt 51.991 Verträge (vierte Zeile in → **Tabelle A1.2-4**). Die Bedeutung zweijähriger Ausbildung ist – wie schon in den vergangenen Jahren – in Ostdeutschland (12,3 %) deutlich höher aus als in Westdeutschland (8,6 %).[24]

Beispiele für stark besetzte zweijährige Berufe sind die Ausbildungsberufe Verkäufer/-in (27.697), Fachlagerist/-in (5.946), Fachkraft im Gastgewerbe (3.241), Maschinen- und Anlagenführer/-in (3.578), Teilezurichter/-in (1.163), Bauten- und Objektbeschichter/-in (1.190) oder Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen (1.569).[25] Eine besondere Position nimmt hierbei die Ausbildung zum Verkäufer bzw. zur Verkäuferin ein, da in diesem Beruf mit 53,3 % mehr als die Hälfte aller neuen Verträge in zweijährigen Berufen abgeschlossen wurden.

Die Entwicklung bei den Neuabschlüssen in zweijährigen Berufen ist bundesweit im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. 2011 wurden 1.008 (-1,9 %) Verträge weniger abgeschlossen als im Jahr 2010. Bei einer regionalen Differenzierung zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede: In Westdeutschland ist in diesem Zeitraum die Zahl der neuen Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen angestiegen (+1.089 bzw. +2,7 %), wohingegen es in Ostdeutschland zu einem massiven Rückgang gekommen ist (2.097 bzw. 16,8 %).

Eine Ursache ist die grundsätzlich rückläufige Entwicklung bei den überwiegend öffentlich finanzierten (außerbetrieblichen) Ausbildungsverhältnissen. Bezogen auf das Jahr 2010 wurden 2011 bundesweit 10.549 Ausbildungsverträge weniger überwiegend öffentlich finanziert – das entspricht einem Rückgang von 25,7 %. Das hat sich auch auf die Neuabschlüsse für zweijährige Ausbildungsberufe ausgewirkt, die in der Vergangenheit häufig öffentlich gefördert wurden. In Westdeutschland ist die Anzahl der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen um 911 Verträge gesunken, in Ostdeutschland waren es 2.712 Verträge weniger. Trotz dieser Rückgänge kam es zu einem Zuwachs bei den betrieblich finanzierten Ausbildungsverhältnissen mit zweijähriger Laufzeit: In Westdeutschland wurden 2.000 Verträge mehr registriert (+5,7 %) und in Ostdeutschland +615 Verträge (+10,4 %) → **Tabelle A1.2-5**.

23 Die Angaben zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in zweijährigen Ausbildungsberufen beinhalten nicht die Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO). Bei der Anteilsbildung in → **Tabelle A1.2-4** (vierte Zeile in Teil 2) werden diese Angaben auf die Neuabschlüsse in allen dualen Ausbildungsberufen – also inkl. der Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung – bezogen. Diese Anteilsbildung weicht von der Berechnungsweise bei der Erhebung zum 31. Dezember ab (**vgl. Kapitel A4.4**).

24 Vgl. Uhly/Kroll/Krekel 2011

25 Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2011 auf Berufsebene stehen unter der URL **http://www.bibb.de/de/59171.htm** in der regionalen Gliederung Bund, Ost, West, Länder und Arbeitsagenturbezirke zur Verfügung.

Tabelle A1.2-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2011 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Alle Bereiche	Neue Ausbildungsverträge	78.813	97.746	18.396	12.121	6.475	14.916	41.166	8.909	60.847	126.553	28.970	8.613	20.510	12.884	21.546	11.675	**485.645**	**84.495**	**570.140**
	mit weiblichen Auszubildenden	32.404	40.708	8.328	4.585	2.864	6.566	16.651	3.534	24.568	50.543	11.499	3.637	8.260	4.741	8.866	4.367	**198.306**	**33.815**	**232.121**
	mit verkürzter Laufzeit	17.652	16.853	3.277	1.371	700	1.850	5.218	1.034	11.585	17.620	4.578	1.925	2.066	1.374	2.692	1.186	**80.673**	**10.308**	**90.981**
	in zweijährigen Berufen[1]	5.794	7.233	1.629	1.547	513	1.295	3.320	1.196	5.009	13.022	2.662	648	2.549	1.910	2.096	1.568	**41.592**	**10.399**	**51.991**
	gemäß § 66 BBiG/ § 42m HwO	1.649	1.193	333	673	164	74	575	522	763	2.009	421	168	907	577	625	550	**7.641**	**3.562**	**11.203**
	überwiegend öffentlich finanziert	2.384	2.565	2.724	1.641	456	846	2.529	1.111	1.466	5.591	1.485	549	3.187	1.928	857	1.175	**18.728**	**11.766**	**30.494**
Industrie und Handel	Neue Ausbildungsverträge	47.745	57.249	11.223	7.737	4.171	10.261	25.277	5.632	34.050	77.914	16.302	5.116	13.343	8.031	11.343	7.388	**289.428**	**53.354**	**342.782**
	mit weiblichen Auszubildenden	19.063	24.199	4.787	2.931	1.697	4.422	10.246	2.280	14.265	30.495	6.600	2.278	5.332	3.051	4.834	2.700	**118.099**	**21.081**	**139.180**
	mit verkürzter Laufzeit	6.801	7.948	2.367	912	476	1.093	2.807	680	5.291	12.130	2.485	1.255	1.439	759	1.074	657	**41.360**	**6.814**	**48.174**
	in zweijährigen Berufen[1]	5.553	6.619	1.497	1.370	457	1.228	3.009	1.044	4.478	11.473	2.409	621	2.274	1.632	1.771	1.347	**37.618**	**9.164**	**46.782**
	gemäß § 66 BBiG	488	435	149	348	89	36	355	325	151	984	83	62	529	82	285	231	**2.968**	**1.664**	**4.632**
	überwiegend öffentlich finanziert	1.505	873	1.700	1.101	278	430	1.316	835	648	1.746	622	227	2.436	1.046	404	621	**8.049**	**7.739**	**15.788**
Handwerk	Neue Ausbildungsverträge	21.839	28.659	4.356	2.782	1.551	3.063	10.907	2.018	18.324	32.236	8.916	2.480	4.746	3.441	6.988	2.939	**134.963**	**20.282**	**155.245**
	mit weiblichen Auszubildenden	5.903	7.295	1.308	645	558	920	2.546	505	4.443	7.344	2.089	599	1.333	798	1.803	743	**33.500**	**5.332**	**38.832**
	mit verkürzter Laufzeit	9.693	6.981	661	365	203	482	2.000	252	5.076	4.532	1.795	562	487	505	1.301	418	**32.625**	**2.688**	**35.313**
	in zweijährigen Berufen[1]	241	614	132	177	56	67	311	152	531	1.549	253	27	275	278	325	221	**3.974**	**1.235**	**5.209**
	gemäß § 42m HwO	680	339	41	125	36	10	144	108	267	461	137	10	131	262	99	151	**2.183**	**818**	**3.001**
	überwiegend öffentlich finanziert	513	1.406	750	288	121	363	1.055	172	520	3.677	569	161	460	620	322	316	**8.707**	**2.606**	**11.313**
Öffentlicher Dienst	Neue Ausbildungsverträge	1.830	1.424	647	386	135	164	1.216	295	1.366	2.596	591	99	588	322	471	273	**9.892**	**2.511**	**12.403**
	mit weiblichen Auszubildenden	1.334	871	422	233	85	119	804	173	800	1.593	345	65	379	213	266	197	**6.282**	**1.617**	**7.899**
	mit verkürzter Laufzeit	323	119	3	4	0	34	53	1	11	86	12	1	0	18	0	30	**639**	**56**	**695**
	in zweijährigen Berufen[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	überwiegend öffentlich finanziert	0	1	0	14	0	0	2	0	2	7	10	1	0	1	0	0	**23**	**15**	**38**

Tabelle A1.2-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2011 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1 – Fortsetzung)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Landwirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	1.447	2.146	256	527	53	165	717	369	2.070	2.425	717	223	704	456	809	421	**10.772**	**2.733**	**13.505**
	mit weiblichen Auszubildenden	349	483	50	159	10	43	174	67	427	412	151	50	199	102	205	131	**2.304**	**708**	**3.012**
	mit verkürzter Laufzeit	452	1.081	21	64	4	22	170	81	854	307	158	23	99	64	177	57	**3.248**	**386**	**3.634**
	in zweijährigen Berufen[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	184	175	42	85	–	–	70	22	151	304	77	57	114	101	108	54	**1.126**	**418**	**1.544**
	überwiegend öffentlich finanziert	28	70	104	116	17	20	94	19	31	58	101	65	139	124	74	76	**558**	**578**	**1.136**
Freie Berufe	Neue Ausbildungsverträge	5.430	7.855	1.768	566	478	1.119	3.041	478	4.555	10.813	2.174	620	972	494	1.779	470	**37.864**	**4.748**	**42.612**
	mit weiblichen Auszubildenden	5.247	7.471	1.638	506	457	1.028	2.873	418	4.262	10.186	2.059	574	880	457	1.641	431	**35.798**	**4.330**	**40.128**
	mit verkürzter Laufzeit	336	577	215	19	14	207	188	7	241	554	106	80	25	19	137	7	**2.440**	**292**	**2.732**
	in zweijährigen Berufen[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	überwiegend öffentlich finanziert	8	24	32	2	1	5	62	0	26	2	6	37	5	1	0	0	**171**	**40**	**211**
Hauswirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	522	413	146	123	65	32	8	101	407	569	270	75	157	140	133	184	**2.494**	**851**	**3.345**
	mit weiblichen Auszubildenden	508	389	123	111	57	29	8	88	369	513	255	71	137	120	116	165	**2.315**	**744**	**3.059**
	mit verkürzter Laufzeit	47	147	10	7	3	2	0	13	109	11	22	4	16	9	3	17	**348**	**72**	**420**
	in zweijährigen Berufen[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	297	244	101	115	39	28	6	67	194	260	124	39	133	132	133	114	**1.364**	**662**	**2.026**
	überwiegend öffentlich finanziert	330	191	138	120	39	28	0	85	239	101	177	58	147	136	57	162	**1.220**	**788**	**2.008**
Seeschifffahrt	Neue Ausbildungsverträge	–	–	–	–	22	112	–	16	75	–	–	–	–	–	23	–	**232**	**16**	**248**
	mit weiblichen Auszubildenden	–	–	–	–	0	5	–	3	2	–	–	–	–	–	1	–	**8**	**3**	**11**
	mit verkürzter Laufzeit	–	–	–	–	0	10	–	0	3	–	–	–	–	–	0	–	**13**	**0**	**13**
	in zweijährigen Berufen[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	.	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	.	–	**0**	**0**	**0**
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	0	0	–	0	0	–	–	–	–	–	0	–	**0**	**0**	**0**

[1] Ohne Berufe nach Ausbildungsregelung für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42 HwO).

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2011

Tabelle A1.2-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2011 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Alle Bereiche	Neue Ausbildungsverträge	78.813	97.746	18.396	12.121	6.475	14.916	41.166	8.909	60.847	126.553	28.970	8.613	20.510	12.884	21.546	11.675	**485.645**	**84.495**	**570.140**
	mit weiblichen Auszubildenden	41,1 %	41,6 %	45,3 %	37,8 %	44,2 %	44,0 %	40,4 %	39,7 %	40,4 %	39,9 %	39,7 %	42,2 %	40,3 %	36,8 %	41,1 %	37,4 %	**40,8 %**	**40,0 %**	**40,7 %**
	mit verkürzter Laufzeit	22,4 %	17,2 %	17,8 %	11,3 %	10,8 %	12,4 %	12,7 %	11,6 %	19,0 %	13,9 %	15,8 %	22,3 %	10,1 %	10,7 %	12,5 %	10,2 %	**16,6 %**	**12,2 %**	**16,0 %**
	in zweijährigen Berufen[1]	7,4 %	7,4 %	8,9 %	12,8 %	7,9 %	8,7 %	8,1 %	13,4 %	8,2 %	10,3 %	9,2 %	7,5 %	12,4 %	14,8 %	9,7 %	13,4 %	**8,6 %**	**12,3 %**	**9,1 %**
	gemäß § 66 BBiG/ § 42m HwO	2,1 %	1,2 %	1,8 %	5,6 %	2,5 %	0,5 %	1,4 %	5,9 %	1,3 %	1,6 %	1,5 %	2,0 %	4,4 %	4,5 %	2,9 %	4,7 %	**1,6 %**	**4,2 %**	**2,0 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	3,0 %	2,6 %	14,8 %	13,5 %	7,0 %	5,7 %	6,1 %	12,5 %	2,4 %	4,4 %	5,1 %	6,4 %	15,5 %	15,0 %	4,0 %	10,1 %	**3,9 %**	**13,9 %**	**5,3 %**
Industrie und Handel	Neue Ausbildungsverträge	47.745	57.249	11.223	7.737	4.171	10.261	25.277	5.632	34.050	77.914	16.302	5.116	13.343	8.031	11.343	7.388	**289.428**	**53.354**	**342.782**
	mit weiblichen Auszubildenden	39,9 %	42,3 %	42,7 %	37,9 %	40,7 %	43,1 %	40,5 %	40,5 %	41,9 %	39,1 %	40,5 %	44,5 %	40,0 %	38,0 %	42,6 %	36,5 %	**40,8 %**	**39,5 %**	**40,6 %**
	mit verkürzter Laufzeit	14,2 %	13,9 %	21,1 %	11,8 %	11,4 %	10,7 %	11,1 %	12,1 %	15,5 %	15,6 %	15,2 %	24,5 %	10,8 %	9,5 %	9,5 %	8,9 %	**14,3 %**	**12,8 %**	**14,1 %**
	in zweijährigen Berufen[1]	11,6 %	11,6 %	13,3 %	17,7 %	11,0 %	12,0 %	11,9 %	18,5 %	13,2 %	14,7 %	14,8 %	12,1 %	17,0 %	20,3 %	15,6 %	18,2 %	**13,0 %**	**17,2 %**	**13,6 %**
	gemäß § 66 BBiG	1,0 %	0,8 %	1,3 %	4,5 %	2,1 %	0,4 %	1,4 %	5,8 %	0,4 %	1,3 %	0,5 %	1,2 %	4,0 %	1,0 %	2,5 %	3,1 %	**1,0 %**	**3,1 %**	**1,4 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	3,2 %	1,5 %	15,1 %	14,2 %	6,7 %	4,2 %	5,2 %	14,8 %	1,9 %	2,2 %	3,8 %	4,4 %	18,3 %	13,0 %	3,6 %	8,4 %	**2,8 %**	**14,5 %**	**4,6 %**
Handwerk	Neue Ausbildungsverträge	21.839	28.659	4.356	2.782	1.551	3.063	10.907	2.018	18.324	32.236	8.916	2.480	4.746	3.441	6.988	2.939	**134.963**	**20.282**	**155.245**
	mit weiblichen Auszubildenden	27,0 %	25,5 %	30,0 %	23,2 %	36,0 %	30,0 %	23,3 %	25,0 %	24,2 %	22,8 %	23,4 %	24,2 %	28,1 %	23,2 %	25,8 %	25,3 %	**24,8 %**	**26,3 %**	**25,0 %**
	mit verkürzter Laufzeit	44,4 %	24,4 %	15,2 %	13,1 %	13,1 %	15,7 %	18,3 %	12,5 %	27,7 %	14,1 %	20,1 %	22,7 %	10,3 %	14,7 %	18,6 %	14,2 %	**24,2 %**	**13,3 %**	**22,7 %**
	in zweijährigen Berufen[1]	1,1 %	2,1 %	3,0 %	6,4 %	3,6 %	2,2 %	2,9 %	7,5 %	2,9 %	4,8 %	2,8 %	1,1 %	5,8 %	8,1 %	4,7 %	7,5 %	**2,9 %**	**6,1 %**	**3,4 %**
	gemäß § 42m HwO	3,1 %	1,2 %	0,9 %	4,5 %	2,3 %	0,3 %	1,3 %	5,4 %	1,5 %	1,4 %	1,5 %	0,4 %	2,8 %	7,6 %	1,4 %	5,1 %	**1,6 %**	**4,0 %**	**1,9 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	2,3 %	4,9 %	17,2 %	10,4 %	7,8 %	11,9 %	9,7 %	8,5 %	2,8 %	11,4 %	6,4 %	6,5 %	9,7 %	18,0 %	4,6 %	10,8 %	**6,5 %**	**12,8 %**	**7,3 %**
Öffentlicher Dienst	Neue Ausbildungsverträge	1.830	1.424	647	386	135	164	1.216	295	1.366	2.596	591	99	588	322	471	273	**9.892**	**2.511**	**12.403**
	mit weiblichen Auszubildenden	72,9 %	61,2 %	65,2 %	60,4 %	63,0 %	72,6 %	66,1 %	58,6 %	58,6 %	61,4 %	58,4 %	65,7 %	64,5 %	66,1 %	56,5 %	72,2 %	**63,5 %**	**64,4 %**	**63,7 %**
	mit verkürzter Laufzeit	17,7 %	8,4 %	0,5 %	1,0 %	0,0 %	20,7 %	4,4 %	0,3 %	0,8 %	3,3 %	2,0 %	1,0 %	0,0 %	5,6 %	0,0 %	11,0 %	**6,5 %**	**2,2 %**	**5,6 %**
	in zweijährigen Berufen[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	0,0 %	0,1 %	0,0 %	3,6 %	0,0 %	0,0 %	0,2 %	0,0 %	0,1 %	0,3 %	1,7 %	1,0 %	0,0 %	0,3 %	0,0 %	0,0 %	**0,2 %**	**0,6 %**	**0,3 %**

Tabelle A1.2-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2011 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2 – Fortsetzung)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Landwirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	1.447	2.146	256	527	53	165	717	369	2.070	2.425	717	223	704	456	809	421	**10.772**	**2.733**	**13.505**
	mit weiblichen Auszubildenden	24,1 %	22,5 %	19,5 %	30,2 %	18,9 %	26,1 %	24,3 %	18,2 %	20,6 %	17,0 %	21,1 %	22,4 %	28,3 %	22,4 %	25,3 %	31,1 %	**21,4 %**	**25,9 %**	**22,3 %**
	mit verkürzter Laufzeit	31,2 %	50,4 %	8,2 %	12,1 %	7,5 %	13,3 %	23,7 %	22,0 %	41,3 %	12,7 %	22,0 %	10,3 %	14,1 %	14,0 %	21,9 %	13,5 %	**30,2 %**	**14,1 %**	**26,9 %**
	in zweijährigen Berufen[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	12,7 %	8,2 %	16,4 %	16,1 %	–	–	9,8 %	6,0 %	7,3 %	12,5 %	10,7 %	25,6 %	16,2 %	22,1 %	13,3 %	12,8 %	**10,5 %**	**15,3 %**	**11,4 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	1,9 %	3,3 %	40,6 %	22,0 %	32,1 %	12,1 %	13,1 %	5,1 %	1,5 %	2,4 %	14,1 %	29,1 %	19,7 %	27,2 %	9,1 %	18,1 %	**5,2 %**	**21,1 %**	**8,4 %**
Freie Berufe	Neue Ausbildungsverträge	5.430	7.855	1.768	566	478	1.119	3.041	478	4.555	10.813	2.174	620	972	494	1.779	470	**37.864**	**4.748**	**42.612**
	mit weiblichen Auszubildenden	96,6 %	95,1 %	92,6 %	89,4 %	95,6 %	91,9 %	94,5 %	87,4 %	93,6 %	94,2 %	94,7 %	92,6 %	90,5 %	92,5 %	92,2 %	91,7 %	**94,5 %**	**91,2 %**	**94,2 %**
	mit verkürzter Laufzeit	6,2 %	7,3 %	12,2 %	3,4 %	2,9 %	18,5 %	6,2 %	1,5 %	5,3 %	5,1 %	4,9 %	12,9 %	2,6 %	3,8 %	7,7 %	1,5 %	**6,4 %**	**6,1 %**	**6,4 %**
	in zweijährigen Berufen[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	0,1 %	0,3 %	1,8 %	0,4 %	0,2 %	0,4 %	2,0 %	0,0 %	0,6 %	0,0 %	0,3 %	6,0 %	0,5 %	0,2 %	0,0 %	0,0 %	**0,5 %**	**0,8 %**	**0,5 %**
Hauswirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	522	413	146	123	65	32	8	101	407	569	270	75	157	140	133	184	**2.494**	**851**	**3.345**
	mit weiblichen Auszubildenden	97,3 %	94,2 %	84,2 %	90,2 %	87,7 %	90,6 %	100,0 %	87,1 %	90,7 %	90,2 %	94,4 %	94,7 %	87,3 %	85,7 %	87,2 %	89,7 %	**92,8 %**	**87,4 %**	**91,4 %**
	mit verkürzter Laufzeit	9,0 %	35,6 %	6,8 %	5,7 %	4,6 %	6,3 %	0,0 %	12,9 %	26,8 %	1,9 %	8,1 %	5,3 %	10,2 %	6,4 %	2,3 %	9,2 %	**14,0 %**	**8,5 %**	**12,6 %**
	in zweijährigen Berufen[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	56,9 %	59,1 %	69,2 %	93,5 %	60,0 %	87,5 %	75,0 %	66,3 %	47,7 %	45,7 %	45,9 %	52,0 %	84,7 %	94,3 %	100,0 %	62,0 %	**54,7 %**	**77,8 %**	**60,6 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	63,2 %	46,2 %	94,5 %	97,6 %	60,0 %	87,5 %	0,0 %	84,2 %	58,7 %	17,8 %	65,6 %	77,3 %	93,6 %	97,1 %	42,9 %	88,0 %	**48,9 %**	**92,6 %**	**60,0 %**
Seeschifffahrt	Neue Ausbildungsverträge	–	–	–	–	22	112	–	16	75	–	–	–	–	–	23	–	**232**	**16**	**248**
	mit weiblichen Auszubildenden	–	–	–	–	0,0 %	4,5 %	–	18,8 %	2,7 %	–	–	–	–	–	4,3 %	–	**3,4 %**	**18,8 %**	**4,4 %**
	mit verkürzter Laufzeit	–	–	–	–	0,0 %	8,9 %	–	0,0 %	4,0 %	–	–	–	–	–	0,0 %	–	**5,6 %**	**0,0 %**	**5,2 %**
	in zweijährigen Berufen[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	–	0,0 %	0,0 %	–	–	–	–	–	0,0 %	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**

[1] Ohne Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO). Für die Anteilsbildung werden diese Angaben auf die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in allen dualen Ausbildungsberufen – also inklusive der Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung – bezogen. Diese Anteilsbildung weicht geringfügig von der Berechnungsweise bei der Erhebung zum 31. Dezember ab (vgl. → Kapitel A4.4).

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2011

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung

Bundesweit wurden im Jahr 2011 11.203 neue Ausbildungsverträge im Rahmen der Ausbildung von Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO (**vgl. Kapitel A4.4**) abgeschlossen (fünfte Zeile in **→ Tabelle A1.2-4**).[26] Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme um 596 neue Verträge (-5,1 %). Damit setzt sich der rückläufige Trend in abgeschwächter Form fort. Zwischen den Jahren 2009 und 2010 war die Zahl der Neuabschlüsse bereits um 15,3 % gesunken. Auch bei der Entwicklung in der Ausbildung für Menschen mit Behinderung gibt es deutlich regionale Unterschiede. In Westdeutschland ergab sich mit -2,2 % ein moderater Rückgang (-172), wohingegen dieser in Ostdeutschland deutlich stärker ausfiel (um -424 bzw. -10,6 %).

Ein Grund für die rückläufige Tendenz könnte in der besseren Versorgungslage auf dem Ausbildungsstellenmarkt liegen. Denn eine bessere Versorgungslage könnte dazu führen, dass auch Jugendliche mit Behinderungen eher die Möglichkeit bekommen, in reguläre Berufsausbildungen nach BBiG/HwO einzumünden. Überdies wird davon ausgegangen, dass Verwaltungen bei einem massiven Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen, wie er insbesondere Mitte der 2000er-Jahre herrschte, die Bestimmungen nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO offensiver auslegen, um auch über diesen Weg Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005, S. 47). Bei einer besseren Versorgungslage auf dem Ausbildungsstellenmarkt wird diese offensive Nutzung der Bestimmungen wieder zurückgefahren, wodurch weniger Verträge in den Berufen für Menschen mit Behinderungen zustande kommen. Eine regionale Differenzierung zeigt, dass Berufen für Menschen mit Behinderung in Ostdeutschland (4,2 %) anteilig eine größere Bedeutung zukommt als in Westdeutschland (1,6 %).

Nennenswert größere Anteile ergeben sich für die Berufe für Menschen mit Behinderung nur in den Zuständigkeitsbereichen Hauswirtschaft (60,6 %) und Landwirtschaft (11,4 %). In den Bereichen Industrie und Handel (1,4 %) und im Handwerk (1,9 %) liegen die Werte deutlich niedriger. Im öffentlichen Dienst, den freien Berufen sowie der Seeschifffahrt finden sich keine Neuabschlüsse in Berufen nach § 66 BBiG.

Betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsverträge

Nach den Ergebnissen der BIBB-Erhebung zum 30. September 2011 sind 30.494 bzw. 5,3 % der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge überwiegend öffentlich finanziert E. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich damit bundesweit ein deutlicher Anteilsrückgang um 2,0 % (2010: 7,3 %) mit unterschiedlich starken Ausprägungen in Ost- und Westdeutschland. Während in Westdeutschland der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildung mit einem Anteil von 3,9 % am Gesamtvolumen eine eher untergeordnete Rolle zukommt, liegt der Anteil in Ostdeutschland mit 13,9 % immer noch deutlich darüber (sechste Zeile in **→ Tabelle A1.2-4**). Damit ist der Anteil überwiegend öffentlich finanzierter Ausbildungsverhältnisse im Vergleich zum Jahr 2010 sowohl in den alten Ländern (-0,9 %) als auch in den neuen Ländern – hier mit -6,4 % allerdings wesentlich massiver – zurückgegangen.

E Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungen („außerbetriebliche Ausbildung")

Als „außerbetriebliche Ausbildung" wird jene Form der Berufsausbildung bezeichnet, die „überwiegend öffentlich finanziert" wird und der Versorgung von Jugendlichen mit Marktbenachteiligungen, mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwächen bzw. mit Behinderungen dient. Außerbetriebliche Ausbildung wird nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und III), im Rahmen der Bund-Länder-Programme Ost sowie über (ergänzende) Länderprogramme durchgeführt. Maßgeblich für die Zurechnung zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen ist die Finanzierungsform und nicht der Lernort. Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildung, die in Betrieben stattfindet, zählt demnach zur außerbetrieblichen Ausbildung.

26 Menschen mit Behinderung sollen in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen nach BBiG/HwO ausgebildet werden (vgl. § 64 BBiG). Statistische Informationen hierzu werden aus Datenschutzgründen nicht erhoben, sodass nicht ermittelt werden kann, wie häufig dies geschieht. Für den Fall, dass für behinderte Menschen wegen Art und Schwere ihrer Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht in Betracht kommt, finden die Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen Anwendung (Kammerregelungen nach § 66 BBiG und 42m HwO).

In der BIBB-Erhebung zum 30. September werden aber nur jene überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse erfasst, die mit einem Ausbildungsvertrag verbunden sind. Ausschlaggebend für die Zuordnung ist, dass über 50 % der Kosten des praktischen Teils im ersten Jahr der Ausbildung durch Zuwendungen der öffentlichen Hand bzw. der Arbeitsverwaltungen getragen werden. Schulische Ausbildungsplätze, die in den außerbetrieblichen Stellenmeldungen der BA enthalten sind, bleiben unberücksichtigt, da die entsprechenden Teilnehmenden nicht den rechtlichen Status eines „Auszubildenden" haben.

Betriebliche Ausbildungsplätze, die mit einer staatlichen Prämie bezuschusst werden, zählen in der Regel nicht zu den „überwiegend öffentlich finanzierten" Ausbildungsplätzen. Auch die regulären Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes werden nicht der außerbetrieblichen Ausbildung zugerechnet. Sie sind zwar öffentlich finanziert, richten sich aber nicht an die oben genannten Zielgruppen. Stammen die Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes aber aus speziellen Programmen (z. B. zur Versorgung marktbenachteiligter Jugendlicher), werden sie ebenfalls zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen hinzugerechnet (**vgl. Kapitel A4.2.2** mit differenzierten Angaben zur Gesamtzahl der überwiegend öffentlich geförderten Ausbildungsverhältnisse).

Der demografische Wandel hat auf diese Entwicklung einen maßgeblichen Einfluss. Denn angesichts der demografisch bedingten Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt wurden die staatlichen Programme zur Finanzierung von überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnissen für marktbenachteiligte Jugendliche in den letzten Jahren heruntergefahren. Wurde beispielsweise zwischen dem Bund und den beteiligten Ländern im Rahmen des „Ausbildungsplatzprogramms Ost 2008" die Förderung von 7.000 überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsplätzen vereinbart, so wurde dieses Kontingent im „Ausbildungsplatzprogramm Ost 2009/2010" auf 5.000 reduziert (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010, S. 35). Eine Fortführung des Ausbildungsplatzprogramms Ost ist bis auf Weiteres nicht geplant.

Mit Blick auf die einzelnen Länder zeigt sich, dass die Anteile der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse noch stärker variieren als bei einem bloßen Ost-West-Vergleich. Am häufigsten sind die Neuabschlüsse in Sachsen (15,5 % unter allen Neuabschlüssen des Landes) und Sachsen-Anhalt (15,0 %) überwiegend öffentlich finanziert. Trotz

Tabelle A1.2-5: **Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht**[1]

	2010		2011		Entwicklung 2011 zu 2010	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Deutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	52.999	100,0	51.991	100,0	-1.008	-1,9 %
betrieblich	40.973	77,3	43.588	83,8	+2.615	6,4 %
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	12.026	22,7	8.403	16,2	-3.623	-30,1 %
Westdeutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	40.503	100,0	41.592	100,0	+1.089	2,7 %
betrieblich	35.042	86,5	37.042	89,1	+2.000	5,7 %
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	5.461	13,5	4.550	10,9	-911	-16,7 %
Ostdeutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	12.496	100,0	10.399	100,0	-2.097	-16,8 %
betrieblich	5.931	47,5	6.546	62,9	+615	10,4 %
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	6.565	52,5	3.853	37,1	-2.712	-41,3 %

[1] Ohne Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO).

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2011

dieser hohen Anteile sind die überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverträge zwischen 2010 und 2011 in diesen Ländern gesunken: In Sachsen um knapp 10 Prozentpunkte (2010: 25,1 %) und in Sachsen-Anhalt um 8 Prozentpunkte (2010: 23 %). Die Situation stellt sich in den westlichen Ländern anders dar: Hier liegen die Anteile durchweg deutlich unter denen der östlichen Länder. Am seltensten wurden überwiegend öffentlich finanzierte Verträge 2011 anteilig in Niedersachsen (2,4 %) und Bayern (2,6 %) geschlossen. Da die überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse quantitativ in den alten Ländern eine eher untergeordnete Rolle spielen, ist der Rückgang hier im Vergleich zum Vorjahr auch nicht derart auffällig wie in den neuen Ländern.

Der Grund für die deutlich größere Bedeutung überwiegend öffentlich finanzierter Ausbildung in allen ostdeutschen Ländern liegt weniger in der schlechteren Versorgungslage der ostdeutschen Jugendlichen im Hinblick auf betriebliche Ausbildungsstellenangebote. Vielmehr beeinflusst die Angebotsstruktur des Berufsbildungssystems maßgeblich den Verbleib von ausbildungsreifen Jugendlichen ohne betriebliche Ausbildungsstelle. Stehen für diese Jugendlichen in Westdeutschland als Alternativen vor allem teilqualifizierende Bildungsgänge des sogenannten „Übergangssystems“ zur Verfügung, so wurden sie in Ostdeutschland bislang wesentlich häufiger in vollqualifizierende außerbetriebliche oder schulische Berufsausbildungsplätze umgeleitet. Hierdurch ist es in den neuen Ländern in den vergangenen Jahren – trotz des zeitweise gravierenden Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen – stets gelungen, die Jugendlichen früher als in den alten Ländern in eine Berufsausbildung zu bringen (vgl. Eberhard/Ulrich 2011).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in neu geordneten Berufen

2011 wurden 15 Berufe modernisiert, und mit der Ausbildung zum/zur „Medientechnologen/Medientechnologin Druckverarbeitung“ wurde ein neuer Beruf geschaffen (**vgl. Kapitel A4.1.3**). Insgesamt wurden in diesen 15 modernisierten Berufen 18.815 neue Ausbildungsverträge geschlossen (Ausbildungsverträge, die ggf. noch in den jeweiligen Vorgängerberufen abgeschlossen wurden, sind hier ebenfalls enthalten) → **Tabelle A1.2-6.**

Bei einer Differenzierung nach den 2011 modernisierten Berufen ergeben sich folgende Entwicklungen (Anzahl der Neuabschlüsse 2011 ergänzt um die absolute und relative Entwicklung gegenüber 2010):

- Augenoptiker/-in: 2.426 (-95 bzw. -3,8 %)
- Bootsbauer/-in: 154 (+32 bzw. +26,2 %)
- Buchbinder/-in: 137 (-275 bzw. -66,7 %)
- Buchhändler/-in: 656 (-8 bzw. -1,2 %)
- Fachkraft für Lederverarbeitung: 14 (+6 bzw. +75,0 %)
- Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice: 530 (+7 bzw. +1,3 %)
- Mechatroniker/-in: 7.704 (+921 bzw. +13,6 %)
- Mediengestalter/-in Flexografie: 4 (+2 bzw. +100,0 %)
- Medientechnologe/Medientechnologin Druck: 1.100 (+56 bzw. +5,4 %)
- Medientechnologe/Medientechnologin Siebdruck: 144 (-1 bzw. -0,7 %)
- Packmitteltechnologe/Packmitteltechnologin: 484 (+16 bzw. +3,4 %)
- Technische(r) Produktdesigner/-in: 2.447 (442 bzw. +22,0 %)
- Technische(r) Systemplaner/-in: 869 (+64 bzw. +8,0 %)
- Textilgestalter/-in im Handwerk: 6 (-2 bzw. -25,0 %)
- Tourismuskaufmann/-frau (Kaufmann/-frau für Privat- und Geschäftsreisen): 2.140 (+180 bzw. +9,2 %)

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den neuen Berufen von 2009 bis 2011

Im 2011 neu geschaffenen Beruf „Medientechnologe/Medientechnologin Druckverarbeitung“ wurden 266 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. In der Regel braucht es eine gewisse Anlaufzeit, bis sich die Betriebe, Verwaltungen, Praxen und sonstigen Ausbildungseinrichtungen auf die Ausbildungsmöglichkeiten und -modalitäten in neu geschaffenen Ausbildungsberufen eingestellt haben. Häufig kommt es insbesondere im zweiten und dritten Jahr nach der Einführung des neuen Berufes nochmals zu

Tabelle A1.2-6: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2007 neuen Berufen und in den 2011 modernisierten Berufen (Aktualisierungsvorbehalt) (Teil 1)**

Neue und modernisierte Berufe von 2007 bis 2011	2007			2008			2009			2010			2011			Veränderungsrate 2011 zu 2010					
																absolut			in %		
	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total
Neue Berufe 2007																					
Fachkraft für Holz- und Bautenschutzarbeiten	10	0	10	18	0	18	23	0	23	19	2	21	21	0	21	2	-2	0	10,5	-100,0	0,0
Holz- und Bautenschützer/-in	30	0	30	41	0	41	50	0	50	55	3	58	46	0	46	-9	-3	-12	-16,4	-100,0	-20,7
Sportfachmann/-frau	55	40	95	100	65	165	66	61	127	64	34	98	49	23	72	-15	-11	-26	-23,4	-32,4	-26,5
Neue Berufe 2007 insgesamt	**95**	**40**	**135**	**159**	**65**	**224**	**139**	**61**	**200**	**138**	**39**	**177**	**116**	**23**	**139**	**-22**	**-16**	**-38**	**-15,9**	**-41,0**	**-21,5**
Neue Berufe 2008																					
Automatenfachmann/-frau	–	–	0	30	4	34	55	9	64	55	9	64	61	19	80	6	10	16	10,9	111,1	25,0
Fachkraft für Automatenservice	–	–	0	35	23	58	72	69	141	69	54	123	52	68	120	-17	14	-3	-24,6	25,9	-2,4
Fotomedienfachmann/-frau	–	–	0	32	57	89	41	63	104	40	46	86	42	51	93	2	5	7	5,0	10,9	8,1
Personaldienstleistungskaufmann/-frau	–	–	0	316	712	1.028	210	508	718	271	608	879	394	792	1.186	123	184	307	45,4	30,3	34,9
Produktionstechnologe/Produktionstechnologin	–	–	0	18	4	22	23	4	27	47	3	50	44	11	55	-3	8	5	-6,4	266,7	10,0
Servicekraft für Schutz und Sicherheit	–	–	0	116	37	153	247	68	315	229	60	289	205	51	256	-24	-9	-33	-10,5	-15,0	-11,4
Speiseeishersteller/-in	–	–	0	14	7	21	22	17	39	16	13	29	20	8	28	4	-5	-1	25,0	-38,5	-3,4
Neue Berufe 2008 insgesamt	**0**	**0**	**0**	**561**	**844**	**1.405**	**670**	**738**	**1.408**	**727**	**793**	**1.520**	**818**	**1.000**	**1.818**	**91**	**207**	**298**	**12,5**	**26,1**	**19,6**
Neue Berufe 2009																					
Industrieelektriker/-in	–	–	0	–	–	0	77	3	80	240	13	253	377	33	410	137	20	157	57,1	153,8	62,1
Werkfeuerwehrmann/-frau	–	–	0	–	–	0	26	0	26	43	2	45	37	1	38	-6	-1	-7	-14,0	-50,0	-15,6
Neue Berufe 2009 insgesamt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**103**	**3**	**106**	**283**	**15**	**298**	**414**	**34**	**448**	**131**	**19**	**150**	**46,3**	**126,7**	**50,3**
Neue Berufe 2010																					
Neue Berufe 2011																					
Medientechnologe/Medientechnologin Druckverarbeitung	–	–	0	–	–	0	–	–	0	–	–	0	182	84	266	182	84	266	–	–	–
Neue Berufe 2011 insgesamt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**182**	**84**	**266**	**182**	**84**	**266**	**–**	**–**	**–**

Tabelle A1.2-6: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2007 neuen Berufen und in den 2011 modernisierten Berufen (Aktualisierungsvorbehalt) (Teil 2)**

Neue und modernisierte Berufe von 2007 bis 2011	2007			2008			2009			2010			2011			Veränderungsrate 2011 zu 2010					
																absolut			in %		
	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total
Modernisierte Berufe 2011																					
Augenoptiker/-in	548	1.728	2.276	542	1.844	2.386	595	1.836	2.431	674	1.847	2.521	617	1.809	2.426	-57	-38	-95	-8,5	-2,1	-3,8
Bootsbauer/-in	152	18	170	169	11	180	128	15	143	113	9	122	139	15	154	26	6	32	23,0	66,7	26,2
Buchbinder/-in	426	149	575	400	192	592	310	143	453	268	144	412	82	55	137	-186	-89	-275	-69,4	-61,8	-66,7
Buchhändler/-in	175	636	811	119	668	787	89	489	578	107	557	664	98	558	656	-9	1	-8	-8,4	0,2	-1,2
Fachkraft für Lederverarbeitung[1]	0	11	11	0	11	11	0	11	11	0	8	8	0	14	14	0	6	6	–	75,0	75,0
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice	681	7	688	631	10	641	539	7	546	519	4	523	525	5	530	6	1	7	1,2	25,0	1,3
Mechatroniker/-in	7.189	374	7.563	7.667	434	8.101	6.656	421	7.077	6.385	398	6.783	7.241	463	7.704	856	65	921	13,4	16,3	13,6
Mediengestalter/-in Flexografie[2]	1	2	3	1	1	2	0	1	1	1	1	2	2	2	4	1	1	2	100,0	100,0	100,0
Medientechnologe/Medientechnologin Druck[3]	1.389	119	1.508	1.349	128	1.477	1.014	110	1.124	941	103	1.044	990	110	1.100	49	7	56	5,2	6,8	5,4
Medientechnologe/Medientechnologin Siebdruck[4]	186	58	244	158	62	220	103	55	158	108	37	145	107	37	144	-1	0	-1	-0,9	0,0	-0,7
Packmitteltechnologe/Packmitteltechnologin[5]	514	37	551	458	32	490	397	33	430	416	52	468	433	51	484	17	-1	16	4,1	-1,9	3,4
Technische(r) Produktdesigner/-in[6]	1.361	890	2.251	1.620	1.091	2.711	1.215	870	2.085	1.246	759	2.005	1.500	947	2.447	254	188	442	20,4	24,8	22,0
Technischer Systemplaner/-in[7]	515	283	798	575	346	921	482	351	833	528	277	805	551	318	869	23	41	64	4,4	14,8	8,0
Textilgestalter/-in im Handwerk[8]	0	13	13	8	10	18	10	8	18	1	7	8	1	5	6	0	-2	-2	0,0	-28,6	-25,0
Tourismuskaufmann/-frau (Kaufmann/-frau für Privat- und Geschäftsreisen)[9]	365	2.082	2.447	368	2.095	2.463	300	1.596	1.896	329	1.631	1.960	343	1.797	2.140	14	166	180	4,3	10,2	9,2
Modernisierte Berufe 2011 insgesamt	**13.502**	**6.394**	**19.896**	**14.057**	**6.925**	**20.982**	**11.828**	**5.938**	**17.766**	**11.635**	**5.827**	**17.462**	**12.629**	**6.186**	**18.815**	**993**	**352**	**1.345**	**8,5**	**6,0**	**7,7**

[1] Inklusive Vorgänger: Schuh- und Lederwarenstepper/-in
[2] Inklusive Vorgänger: Flexograf/-in
[3] Inklusive Vorgänger: Drucker/-in, Drucker/-in FR Digitaldruck, Drucker/-in FR Flachdruck, Drucker/-in FR Hochdruck, Drucker/-in FR Tiefdruck
[4] Inklusive Vorgänger: Siebdrucker/-in
[5] Inklusive Vorgänger: Verpackungsmittelmechaniker/-in
[6] Inklusive Vorgänger: Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Holztechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Maschinen- und Anlagentechnik
[7] Inklusive Vorgänger: Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Elektrotechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Stahl- und Metallbautechnik
[8] Inklusive Vorgänger: Sticker/Stickerin, Stricker/Strickerin, Weber/Weberin
[9] Inklusive Vorgänger: Reiseverkehrskaufmann/-frau

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebungen zum 30. September

Tabelle A1.2-7: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Anschlussverträge mit Veränderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Regionen und Zuständigkeitsbereichen 2009 bis 2011**

	2009			2010						2011					
	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Anschlussverträge	Summe	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Veränderungsrate in %	Anschlussverträge	Veränderungsrate in %	Summe	Veränderungsrate in %	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Veränderungsrate in %	Anschlussverträge	Veränderungsrate in %	Summe	Veränderungsrate in %
Westdeutschland															
Industrie und Handel	271.025	2.697	273.722	273.904	1,1	3.450	27,9	277.354	1,3	289.428	5,7	3.743	8,5	293.171	5,7
Handwerk	131.842	1.563	133.405	132.724	0,7	1.596	2,1	134.320	0,7	134.963	1,7	1.441	-9,7	136.404	1,6
Öffentlicher Dienst	10.562	0	10.562	10.697	1,3	0	–	10.697	1,3	9.892	-7,5	0	–	9.892	-7,5
Landwirtschaft	11.133	0	11.133	10.668	-4,2	0	–	10.668	-4,2	10.772	1,0	0	–	10.772	1,0
Freie Berufe	37.537	–	37.537	37.418	-0,3	–	–	37.418	-0,3	37.864	1,2	–	–	37.864	1,2
Hauswirtschaft	2.942	–	2.942	2.662	-9,5	–	–	2.662	-9,5	2.494	-6,3	0	–	2.494	-6,3
Seeschifffahrt	268	–	268	224	-16,4	–	–	224	-16,4	232	3,6	–	–	232	3,6
Insgesamt	**465.309**	**4.260**	**469.569**	**468.297**	**0,6**	**5.046**	**18,5**	**473.343**	**0,8**	**485.645**	**3,7**	**5.184**	**2,7**	**490.829**	**3,7**
Ostdeutschland															
Industrie und Handel	62.379	1.030	63.409	57.139	-8,4	1.195	16,0	58.334	-8,0	53.354	-6,6	1.109	-7,2	54.463	-6,6
Handwerk	23.740	300	24.040	22.454	-5,4	278	-7,3	22.732	-5,4	20.282	-9,7	307	10,4	20.589	-9,4
Öffentlicher Dienst	3.162	0	3.162	2.858	-9,6	0	–	2.858	-9,6	2.511	-12,1	0	–	2.511	-12,1
Landwirtschaft	3.513	0	3.513	3.254	-7,4	0	–	3.254	-7,4	2.733	-16,0	0	–	2.733	-16,0
Freie Berufe	5.138	–	5.138	5.023	-2,2	–	–	5.023	-2,2	4.748	-5,5	–	–	4.748	-5,5
Hauswirtschaft	1.055	–	1.055	920	-12,8	–	–	920	-12,8	851	-7,5	0	–	851	-7,5
Seeschifffahrt	11	–	11	15	36,4	–	–	15	36,4	16	6,7	–	–	16	6,7
Insgesamt	**98.998**	**1.330**	**100.328**	**91.663**	**-7,4**	**1.473**	**10,8**	**93.136**	**-7,2**	**84.495**	**-7,8**	**1.416**	**-3,9**	**85.911**	**-7,8**
Deutschland															
Industrie und Handel	333.404	3.727	337.131	331.043	-0,7	4.645	24,6	335.688	-0,4	342.782	3,5	4.852	4,5	347.634	3,6
Handwerk	155.582	1.863	157.445	155.178	-0,3	1.874	0,6	157.052	-0,2	155.245	0,0	1.748	-6,7	156.993	0,0
Öffentlicher Dienst	13.724	0	13.724	13.555	-1,2	0	–	13.555	-1,2	12.403	-8,5	0	–	12.403	-8,5
Landwirtschaft	14.646	0	14.646	13.922	-4,9	0	–	13.922	-4,9	13.505	-3,0	0	–	13.505	-3,0
Freie Berufe	42.675	–	42.675	42.441	-0,5	–	–	42.441	-0,5	42.612	0,4	–	–	42.612	0,4
Hauswirtschaft	3.997	–	3.997	3.582	-10,4	–	–	3.582	-10,4	3.345	-6,6	0	–	3.345	-6,6
Seeschifffahrt	279	–	279	239	-14,3	–	–	239	-14,3	248	3,8	–	–	248	3,8
Insgesamt	**564.307**	**5.590**	**569.897**	**559.960**	**-0,8**	**6.519**	**16,6**	**566.479**	**-0,6**	**570.140**	**1,8**	**6.600**	**1,2**	**576.740**	**1,8**

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebungen zum 30. September

Steigerungen der Vertragszahlen. So startete beispielsweise der 2009 neu geschaffene Beruf „Industrieelektriker/-in“ mit 80 Neuabschlüssen. Im Folgejahr wurden hier bereits 253 und im Jahr 2011 insgesamt 410 neue Verträge geschlossen. Somit hat sich hier die Zahl der Neuabschlüsse zwischen 2009 und 2011 mehr als vervierfacht.

Es finden sich allerdings auch Berufe mit gegenläufigen Entwicklungen. Bei dem ebenfalls im Jahr 2009 neu geschaffenen Beruf „Werkfeuerwehrmann/-frau“ konnte 2010 zunächst ein Anstieg der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge verzeichnet werden (+19 bzw. +73,1 %). Zwischen 2010 und 2011 verringerte sich die Zahl der Neuabschlüsse dann aber wieder recht deutlich (-7 bzw. -15,6 %).

Anschlussverträge

Für die BIBB-Erhebung zum 30. September 2011 wurden insgesamt 6.600 Anschlussverträge E gemeldet, was im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Anstieg um 1,2 % bedeutet (+81 Verträge) → **Tabelle A1.2-7**. Diese Verträge werden gesondert gezählt; sie sind somit bei den 570.140 in 2011 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen nicht enthalten. Insbesondere durch die vermehrte Schaffung von zweijährigen Berufsausbildungen, die die Möglichkeit bieten, nach erfolgreichem Abschluss eine weitere, darauf aufbauende Ausbildung zu beginnen, gewannen Anschlussverträge in den letzten Jahren an Bedeutung.[27] Dies zeigt auch die quantitative Entwicklung zwischen 2005 und 2011. In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der Anschlussverträge mehr als verdreifacht, wohingegen die Zahl der regulären Ausbildungsverträge nur um 3,6 % gestiegen ist.

E Anschlussverträge

Als „Anschlussverträge“ werden Ausbildungsverträge bezeichnet, die im Anschluss an eine vorausgegangene und abgeschlossene Berufsausbildung neu abgeschlossen werden und zu einem weiteren Abschluss führen. Dabei sind jedoch nur die Verträge für Berufsausbildungen zu berücksichtigen, die in den Ausbildungsordnungen als aufbauende Ausbildungsberufe definiert wurden (i. d. R. Einstieg in das dritte Ausbildungsjahr) oder die unter „Fortführung der Berufsausbildung“ genannt werden. Ein Beispiel ist die Weiterführung einer erfolgreich beendeten zweijährigen Ausbildung zum/zur Bauten- und Objektbeschichter/-in durch eine einjährige Anschlussausbildung zum/zur Maler/-in und Lackierer/-in. Anschlussverträge werden im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September nicht als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gezählt, sondern gesondert ausgewiesen.

Anschlussverträge finden sich nur in den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel und im Handwerk. Im Jahr 2011 wurden knapp drei Viertel (73,5 %) aller Anschlussverträge im Bereich Industrie und Handel und ein Viertel (26,5 %) im Bereich Handwerk geschlossen. Nachdem in den vergangenen Jahren im Handwerk ein starker stetiger Zuwachs (2010: 1.874; 2009: 1.863; 2008: 938; 2007: 684; 2006: 479; 2005: 341) an Anschlussverträgen zu beobachten war, ist die Zahl der Verträge zwischen 2010 und 2011 hier um 6,7 % (2011: 1.748) gesunken. Dass es insgesamt zu einem Anstieg der Anschlussvertragszahl kam, ist somit nur auf die Entwicklung im Bereich Industrie und Handel zurückzuführen. Hier setzte sich auch 2011 der Trend steigender Vertragszahlen (2010: 4.645; 2009: 3.727; 2008: 3.094; 2007: 2.812; 2006: 2.151; 2005: 1.832) – wenn auch in abgeschwächter Form – fort. So wurden in diesem Zuständigkeitsbereich mit 4.852 insgesamt 207 Verträge mehr geschlossen (+4,5 %) als noch ein Jahr zuvor. Wie in anderen Bereichen, so ist auch die Zahl der Anschlussverträge in den neuen Ländern im Vergleich zum Vorjahr rückläufig (-3,9 %). In den alten Ländern hingegen wurden mit 5.184 insgesamt 2,7 % mehr Anschlussverträge geschlossen als noch 2010. Ergebnisse zu Anschlussverträgen auf Basis der Erhebung zum 31. Dezember werden in **Kapitel A4.3** dargestellt.

(Stephan Kroll, Simone Flemming, Ralf-Olaf Granath)

27 Bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September kann von einer Untererfassung der Anschlussverträge ausgegangen werden, da bei der Datensammlung noch keine einheitliche Begriffsverwendung erreicht wurde und es daher zu Meldeausfällen kommt.

A1.3 Ausbildungsvermittlung (die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit)

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat den gesetzlichen Auftrag, Berufsberatung durchzuführen, Ausbildungsstellen zu vermitteln sowie Berufsausbildung zu fördern. Im Rahmen der Ausbildungsvermittlung berät die BA sowohl Betriebe, die Ausbildungsstellen anbieten, als auch Jugendliche, die eine duale Berufsausbildung anstreben, wobei die Inanspruchnahme dieser Dienste durch Arbeitgeber und Jugendliche freiwillig ist. Über diesen Vermittlungs- und Beratungsdienst führt die BA die Ausbildungsmarktstatistik, die monatlich[28] nach dem Bestand an Ausbildungsstellen und Bewerbern bzw. Bewerberinnen sowie deren Verbleib ausgewertet wird. Der Vermittlungs- bzw. Erhebungszeitraum beginnt am 1. Oktober eines Jahres und endet am 30. September des Folgejahres. Die Ausbildungsmarktstatistik der BA wird neben der BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September (**vgl. Kapitel A1.2**) zur Angebots- und Nachfrageberechnung, also zur Ausbildungsmarktbilanz, herangezogen.[29]

Seit Januar 2005 sind auch die Träger der Grundsicherung (Jobcenter und zugelassene kommunale Träger) für die Ausbildungsvermittlung zuständig. Jugendliche, die im Sinne des SGB II hilfsbedürftig sind, werden von ihnen betreut. Wie die BA, so führen auch die Träger der Grundsicherung eine Statistik über das Vermittlungsgeschehen, wobei die zugelassenen kommunalen Träger (zkT) ein anderes Verfahren verwenden als die BA und die Jobcenter. Aufgrund dieser unterschiedlichen Erhebungsverfahren konnten die Daten der zkT in den Jahren von 2005 bis 2008 nicht mit den Daten der BA und der Jobcenter verknüpft werden. Die Veröffentlichungen für diesen Zeitraum beinhalten somit keine Angaben der zkT. Seit 2009 können die BA-Daten zu den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen um die der zkT ergänzt werden, sodass nun wieder Angaben über die Gesamtgruppe aller gemeldeten Bewerber/-innen vorliegen. Statistische Angaben zu den gemeldeten Ausbildungsstellen beinhalten allerdings weiterhin nur die Daten der BA sowie der Jobcenter, da nach Einschätzung der BA nur wenige Ausbildungsstellen bei den zkT gemeldet sind, die nicht gleichzeitig bei der BA oder den Jobcentern gemeldet sind (Bundesagentur für Arbeit 2011). Die Statistiken zu den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen von 2005 bis 2008 sind daher nur eingeschränkt mit den Daten ab 2009 vergleichbar.

Durch die Datenzusammenführung ergeben sich zum Teil Doppelzählungen, die jedoch relativ gering ausfallen (2011: 2.788 Doppelzählungen). Solche Doppelerfassungen entstehen beispielsweise, wenn ein bei den Arbeitsagenturen gemeldeter Bewerber bzw. eine Bewerberin infolge des Eintretens von Hilfsbedürftigkeit im Sinne von SGB II im weiteren Verlauf der Ausbildungsstellensuche von den zkT unterstützt wird.

Gemeldete Ausbildungsstellen

Mit 519.555 Ausbildungsstellen wurden im Berichtsjahr 2010/2011 erstmals seit 2007/2008 (511.582) wieder mehr als eine halbe Million Stellen bei der BA zur Vermittlung angeboten. Damit wurden 36.036 (+7,5 %) Berufsausbildungsstellen mehr als im Berichtsjahr 2009/2010, und 44.164 (+9,3 %) Stellen mehr als 2008/2009 gemeldet **→ Tabelle A1.3-1**. Der Großteil der gemeldeten Stellen stammte wie auch in den Jahren zuvor aus dem Bereich der Industrie- und Handelskammern (296.561 bzw. 57,1 %) und Handwerkskammern (115.997 bzw. 22,3 %).

Am höchsten fielen die Zuwächse im Vergleich zum vorherigen Berichtsjahr in Industrie und Handel (+31.127 bzw. +11,7 %) und im Handwerk (+11.663 bzw. +11,2 %) aus. Bei den freien Berufen war dagegen nur eine leichte Zunahme von 1,3 % (+400) zu verzeichnen. In der Landwirtschaft konnte nach einem Rückgang von 2008/2009 auf 2009/2010 (-443 bzw. -6,4 %) im Berichtsjahr 2010/2011 eine leichte Zunahme bei den gemeldeten Stellen beobachtet werden (+195 bzw. +3,0 %). Wie bereits im Vorjahr,

28 Die Angaben werden für die Monate März bis September erfasst. Trotz monatlicher Auswertungen der Daten kann eine Aussage zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt erst nach Abschluss des Geschäftsjahres der BA zum 30. September getroffen werden.

29 Für Informationen zur Angebots- und der Nachfrageberechnung siehe **http://www.bibb.de/de/wlk8237.htm**.

Tabelle A1.3-1: **Gemeldete Berufsausbildungsstellen[1] in den Berichtsjahren 2010/2011, 2009/2010 und 2008/2009**

Ausbildungs-bereiche	2010/2011						2009/2010						2008/2009					
	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder		Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder		Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	296.561	57,1	243.460	57,3	52.862	56,0	265.434	54,9	218.221	55,3	46.980	53,0	259.799	54,6	211.490	55,4	48.063	51,4
Handwerk	115.997	22,3	95.893	22,6	20.096	21,3	104.334	21,6	87.198	22,1	17.127	19,3	98.468	20,7	81.171	21,3	17.294	18,5
Öffentlicher Dienst	12.690	2,4	10.644	2,5	2.046	2,2	13.279	2,7	10.903	2,8	2.376	2,7	13.714	2,9	10.909	2,9	2.805	3,0
Landwirtschaft	6.715	1,3	4.521	1,1	2.194	2,3	6.520	1,3	4.458	1,1	2.062	2,3	6.963	1,5	4.784	1,3	2.179	2,3
Freie Berufe	32.251	6,2	28.067	6,6	4.184	4,4	31.851	6,6	27.727	7,0	4.124	4,7	29.748	6,3	25.903	6,8	3.964	4,2
Sonstige Stellen/ Keine Zuordnung möglich	32.426	6,2	26.508	6,2	5.862	6,2	34.478	7,1	27.836	7,1	6.621	7,5	37.220	7,8	33.425	8,8	7.817	8,4
Keine Angaben	22.915	4,4	15.810	3,7	7.105	7,5	27.623	5,7	18.307	4,6	9.316	10,5	29.393	6,2	17.564	4,6	11.449	12,2
Insgesamt	**519.555**	**100**	**424.903**	**100**	**94.349**	**100**	**483.519**	**100**	**394.650**	**100**	**88.606**	**100**	**475.391**	**100**	**381.544**	**100**	**93.571**	**100**

[1] Ohne gemeldete Stellen bei den zugelassenen kommunalen Trägern.
Abweichungen in den Summen können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

so wurden auch für 2010/2011 Rückgänge im öffentlichen Dienst (-589 bzw. -4,4 %), bei den sonstigen Stellen (-2.052 bzw. -6,0 %) und den Stellen ohne Angabe (-4.708 bzw. -17,0 %) verbucht.

Gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Im Berichtsjahr 2010/2011 wurden 538.245 Jugendliche als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert. E Dies waren 13.699 (-2,5 %) weniger als im Berichtsjahr 2009/2010. Nachdem in den neuen Ländern im letzten Jahr ein recht starker Rückgang der Bewerberzahl zu verzeichnen gewesen war (-14.186 bzw. -13,0 %), fiel der Rückgang 2010/2011 geringer aus (-4.714 bzw. -5,0 %). Er war damit aber prozentual immer noch mehr als doppelt so hoch wie in den alten Ländern (-8.985 bzw. -2,0 %).

E Bewerber/-innen für Ausbildungsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit

Bei der Bundesagentur für Arbeit werden nur diejenigen Ratsuchenden als Ausbildungsstellenbewerber/-innen geführt, die ausbildungsreif[30] sind (Müller-Kohlenberg/ Schober/Hilke 2005, S. 22).

Was die schulische Vorbildung betraf, so verfügten im Berichtsjahr 2010/2011 fast alle gemeldeten Bewerber/-innen über einen Schulabschluss (98,3 %): 30,0 % hatten einen Hauptschul- und 42,4 % einen Realschulabschluss. 12,0 % hatten die Fachhochschul- und 9,8 % die allgemeine Hochschulreife erworben. Die Zahl der Ausbildungsstellenbewerber/-innen mit allgemeiner Hochschulreife war in den neuen Ländern mit 14,1 % höher als in den alten Ländern (8,9 %). Für 22.248 bzw. 4,1 % der Bewerber/-innen lag keine Angabe zum Schulabschluss vor → **Tabelle A1.3-2**.

30 Siehe hierzu den Kriterienkatalog der Bundesagentur für Arbeit zur Ausbildungsreife: **http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Ausbildung/Kriterienkatalog-zur-Ausbildungsreife.pdf**.

Tabelle A1.3-2: **Geschlecht, Schulabschluss, besuchte Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der bei der BA (inkl. zkT) gemeldeten Bewerber/-innen der Berichtsjahre 2010/2011 und 2009/2010**

	Berichtsjahr 2010/2011						Berichtsjahr 2009/2010[1]					
	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder		Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht												
männlich	296.409	55,1	245.582	54,8	50.737	56,4	301.454	54,6	249.133	54,5	52.225	55,2
weiblich	241.836	44,9	202.522	45,2	39.234	43,6	250.490	45,4	207.956	45,5	42.460	44,8
Schulabschluss												
ohne Hauptschulabschluss	9.288	1,7	6.694	1,5	2.592	2,9	12.131	2,2	9.224	2,0	2.905	3,1
Hauptschulabschluss	161.265	30,0	136.524	30,5	24.711	27,5	166.539	30,2	142.206	31,1	24.292	25,7
Realschulabschluss	228.009	42,4	189.105	42,2	38.847	43,2	228.935	41,5	189.147	41,4	39.724	42,0
Fachhochschulreife	64.679	12,0	58.749	13,1	5.910	6,6	61.112	11,1	54.974	12,0	6.118	6,5
allgemeine Hochschulreife	52.756	9,8	40.017	8,9	12.683	14,1	47.141	8,5	33.536	7,3	13.575	14,3
keine Angaben	22.248	4,1	17.015	3,8	5.228	5,8	36.086	6,5	28.002	6,1	8.071	8,5
Besuchte Schule												
allgemeinbildende Schule	273.124	50,7	210.399	47,0	62.641	69,6	285.555	51,7	217.927	47,7	67.538	71,3
berufsbildende Schule	233.352	43,4	213.551	47,7	19.747	21,9	240.191	43,5	218.831	47,9	21.295	22,5
Hochschule und Akademien	14.583	2,7	10.959	2,4	3.600	4,0	13.060	2,4	9.611	2,1	3.438	3,6
keine Angabe	14.323	2,7	11.303	2,5	3.018	3,4	12.826	2,3	10.476	2,3	2.346	2,5
Staatsangehörigkeit												
deutsch	476.692	88,6	390.710	87,2	85.850	95,4	490.537	88,9	399.446	87,4	90.951	96,1
ausländisch	60.552	11,2	56.528	12,6	3.986	4,4	60.412	10,9	56.755	12,4	3.627	3,8
darunter:												
türkisch	29.298	5,4	27.759	6,2	1.539	1,7	29.396	5,3	27.898	6,1	1.497	1,6
italienisch	5.110	0,9	5.055	1,1	55	0,1	5.438	1,0	5.378	1,2	55	0,1
Alter												
15 Jahre und jünger	16.889	3,1	16.074	3,6	814	0,9	15.440	2,8	14.872	3,3	565	0,6
16 bis 18 Jahre	257.453	47,8	218.360	48,7	39.030	43,4	257.771	46,7	218.287	47,8	41.777	44,1
19 bis 20 Jahre	137.617	25,6	116.409	26,0	21.166	23,5	145.362	26,3	119.653	26,2	25.655	27,1
21 bis 24 Jahre	108.127	20,1	83.959	18,7	24.113	26,8	113.613	20,6	88.831	19,4	24.745	26,1
25 Jahre und älter	18.159	3,4	13.302	3,0	4.848	5,4	19.758	3,6	15.446	3,4	4.309	4,6
Insgesamt	**538.245**	**100,0**	**448.104**	**100,0**	**89.971**	**100,0**	**551.944**	**100,0**	**457.089**	**100,0**	**94.685**	**100,0**

[1] Es handelt sich hierbei um nachträglich korrigierte Zahlen (07.11.2011).
Abweichungen in den Summen können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Rund die Hälfte der gemeldeten Bewerber/-innen (50,7 %) hatte als letzte Schulform eine allgemeinbildende Schule besucht, weitere 43,4 % eine berufsbildende Schule, und 2,7 % besuchten eine Hochschule oder Akademie. In den neuen Ländern lag der Anteil der Bewerber/-innen, die zuletzt eine berufsbildende Schule besuchten, mit 21,9 % wesentlich niedriger als in den alten Ländern (47,7 %). Stattdessen hatten Bewerber/-innen aus den neuen Ländern häufiger eine allgemeinbildende Schule als letzte Schulform besucht (69,6 %). Zurückzuführen sein dürfte dies auf die regional unterschiedlichen Angebotsstrukturen. So ist das Übergangssystem in den neuen Ländern relativ gering ausgebaut, während es in den alten Ländern ein hohes Gewicht hat (Eberhard/Ulrich 2010).

Der Anteil der Bewerber/-innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit fiel in den neuen Ländern (4,4 %) geringer aus als in den alten (12,6 %) und lag im Bundesgebiet bei 11,2 %.

Verbleib der gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Bis zum Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2011 mündeten 51,1 % (275.147) der Bewerber/-innen und damit 2,6 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr (267.641 bzw. 48,5 %) in eine Berufsausbildungsstelle ein. 46,7 % (251.548) der Ausbildungsstellenbewerber/-innen begannen im Berichtsjahr 2010/2011 eine Alternative zu einer Berufsausbildung (z. B. Schule, Praktikum, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) oder verzichteten ohne nähere Angabe eines Verbleibs auf eine weitere Unterstützung der Vermittlungsdienste der BA. Die übrigen 11.550 (2,1 %) Bewerber/-innen waren bis zum Ende des Berichtsjahres offiziell noch unversorgt → **Tabelle A1.3-3**.

Für die Jugendlichen, die in eine Berufsausbildung einmündeten (275.147), konnte der Vermittlungsauftrag abgeschlossen werden. Auch für den größten Teil der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen (100.390) sowie für die unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen (85.968) fanden zum Abschluss des Berichtsjahres keine weiteren Vermittlungsbemühungen mehr statt. Die restlichen 65.190 Jugendlichen, die in eine Alternative eingemündet waren, wünschten weiterhin eine Ausbildungsstellenvermittlung durch die BA. Somit liefen nicht nur für die offiziell unversorgten Bewerber/-innen (11.550) die Vermittlungsbemühungen weiter, sondern auch für einen Teil (65.190) der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen, sodass nach Abschluss des Geschäftsjahres am 30. September 2011 insgesamt noch 76.740 (14,3 %) Bewerber/-innen auf Ausbildungsstellensuche waren.

Alternativ verbliebene Bewerber/-innen

165.580 (bzw. 30,8 %) der gemeldeten Bewerber/-innen hatten eine Alternative zu einer Berufsausbildung begonnen. Mehr als die Hälfte (100.390 bzw. 60,6 %) wünschten keine weitere Vermittlung mehr; dagegen liefen für 65.190 (39,4 %) der Alternativverbleiber/-innen auch nach Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2011 die Vermittlungsbemühungen weiter.

- **Bewerber/-innen *ohne* weiteren Vermittlungswunsch**

Von den 100.390 Bewerbern und Bewerberinnen, die eine Alternative zu einer Ausbildung begannen und keine weitere Vermittlung wünschten, mündeten mehr als die Hälfte (58,7 % bzw. 58.919) in Schule, Studium, ein berufsvorbereitendes Jahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Praktikum ein. Der größte Teil (45,7 % bzw. 45.834) nahm eine Schulbildung auf. 922 (0,9 %) fingen mit einem berufsvorbereitenden Jahr an, weitere 2.222 (2,2 %) Jugendliche mit einem Berufsgrundbildungsjahr. 7.397 (7,4 %) begannen ein Studium und 2.544 (2,5 %) ein Praktikum. Daneben war die Einmündung in Erwerbsarbeit die zweithäufigste Verbleibsform: 19.701 (19,6 %) der Jugendlichen entschlossen sich hierzu. 8.489 (8,5 %) verblieben in ihrer bisherigen Berufsausbildung, obwohl sie eigentlich den Wechsel in eine andere Ausbildung angestrebt hatten. 1.590 (1,6 %) Jugendliche traten ihren Wehr- bzw. Zivildienst an. Dies sind 1,2 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr und könnte als Folge der Wehrpflichtaussetzung gedeutet werden. 3.986 (4,0 %) absolvierten ein freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr. Insgesamt 7.705 (7,7 %) Jugendliche mündeten in Fördermaßnahmen ein: 3.681 (3,7 %) in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, 1.140 (1,1 %) in eine Einstiegsqualifi-

Tabelle A1.3-3: **Verbleib der bei der BA und den zugelassenen kommunalen Trägern gemeldeten Bewerber/-innen zum 30.09.2011**

Art des Verbleibs	Insgesamt		Status des Vermittlungsauftrages							
			Vermittlungsauftrag abgeschlossen				Vermittlungsauftrag läuft weiter			
			durch Einmündung in Berufsausbildung		bei alternativem oder nicht näher bekanntem Verbleib		bei alternativem Verbleib		ohne alternativen Verbleib	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
I. Einmündung/Vermittlung in Berufsausbildung	275.147	100,0	275.147	100,0						
darunter:										
ungefördert	244.262	88,8	244.262	88,8						
gefördert	30.885	11,2	30.885	11,2						
II. Alternativer Verbleib	165.580	100,0			100.390	100,0	65.190	100,0		
darunter:										
Schulbildung	65.604	39,6			45.834	45,7	19.770	30,3		
Studium	8.194	4,9			7.397	7,4	797	1,2		
Berufsvorbereitendes Jahr	1.592	1,0			922	0,9	670	1,0		
Berufsgrundbildungsjahr	3.651	2,2			2.222	2,2	1.429	2,2		
Praktikum	7.756	4,7			2.544	2,5	5.212	8,0		
Verbleib in bisheriger Berufsausbildung	14.469	8,7			8.489	8,5	5.980	9,2		
darunter: Berufsausbildung ungefördert	4.562	2,8			3.506	3,5	1.056	1,6		
Berufsausbildung gefördert	9.907	6,0			4.983	5,0	4.924	7,6		
Erwerbstätigkeit	28.612	17,3			19.701	19,6	8.911	13,7		
Bundeswehr/Zivildienst	2.056	1,2			1.590	1,6	466	0,7		
Freiwilliges soziales/ökologisches Jahr	6.979	4,2			3.986	4,0	2.993	4,6		
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	17.613	10,6			3.681	3,7	13.932	21,4		
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme – Reha	336	0,2			260	0,3	76	0,1		
Einstiegsqualifizierung	4.562	2,8			1.140	1,1	3.422	5,2		
Sonstige Förderung	4.098	2,5			2.591	2,6	1.507	2,3		
Sonstige Rehaförderung	58	< 0,1			33	< 0,1	25	< 0,1		
III. Verbleib noch ungeklärt bzw. nicht näher bekannt	97.518	100,0			85.968	100,0			11.550	100,0
Insgesamt	**538.245**	**100,0**	**275.147**	**51,1**	**186.358**	**34,6**	**65.190**	**12,1**	**11.550**	**2,1**

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

zierung und 2.591 (2,6 %) in sonstige Förderarten. Förderungen im Rehabilitationsbereich erhielten 260 Jugendliche im Rahmen von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und weitere 33 im Rahmen sonstiger Rehaförderung (insgesamt 0,3 %).

- **Vergleich der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen *mit* und *ohne* weiterem Vermittlungswunsch**

Neben den 100.390 alternativ verbliebenen Jugendlichen, deren Vermittlungsauftrag abgeschlossen war, suchten 65.190 Bewerber/-innen mit einer Alternative zum Ende des Berichtsjahres weiterhin nach einer Ausbildungsstelle. Vergleicht man die beiden alternativ verbliebenen Gruppen nach ihrem Vermittlungsstatus (keine weitere Vermittlung mehr erwünscht vs. weitere Vermittlung erwünscht), wird deutlich, dass sich die Anteile in den einzelnen Verbleibsformen in Abhängigkeit von der Gruppenzugehörigkeit unterscheiden.

→ **Tabelle A1.3-3** zeigt, dass insbesondere die Einmündung in Fördermaßnahmen mit einem häufigeren Wunsch nach weiterer Vermittlung in Zusammenhang steht: Fast ein Drittel (29,1 % bzw. 18.962) der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch waren in Fördermaßnahmen eingemündet, davon die meisten in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (13.932 bzw. 21,4 %). Demgegenüber befanden sich nur 7,7 % (7.705) der alternativ verbliebenen Jugendlichen ohne weiteren Vermittlungswunsch in einer Fördermaßnahme (berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme im Rehabereich, Einstiegsqualifizierung, sonstige Förderung, sonstige Förderung im Rehabereich).

Ein ebenfalls großer Abstand zwischen den beiden Gruppen lässt sich hinsichtlich des Verbleibs in der Schule feststellen. Während der Anteil der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch, die nun eine Schule besuchten, bei 30,3 % (19.770) lag, fiel der Schüleranteil bei den alternativ verbliebenen Bewerber/-innen ohne weiteren Vermittlungswunsch mit 45,7 % (bzw. 45.834) wesentlich höher aus. Darüber hinaus war auch der Anteil der Studienanfänger/-innen unter den alternativ verbliebenen Bewerbern/Bewerberinnen mit weiterem Vermittlungswunsch deutlich geringer (1,2 % bzw. 797 vs. 7,4 % bzw. 7.397). Und auch der Anteil der Erwerbstätigen lag bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit weiterem Vermittlungswunsch (8.911 bzw. 13,7 %) unter dem der Jugendlichen ohne weiteren Vermittlungswunsch (19.701 bzw. 19,6 %). Des Weiteren zeigten sich Unterschiede hinsichtlich der Einmündung in ein Praktikum. Jugendliche mit weiterem Vermittlungswunsch verblieben mit 8,0 % (vs. 2,5 %) öfter im Praktikum und häufiger in einer Einstiegsqualifizierung (5,2 % vs. 1,1 %) als Jugendliche ohne weiteren Vermittlungswunsch. Die Anteile der alternativ Verbliebenen mit weiterem Vermittlungswunsch, die ein berufsvorbereitendes Jahr (1,0 % vs. 0,9 %), ein Berufsgrundbildungsjahr (je 2,2 %), gemeinnützige bzw. soziale Dienste (4,6 % vs. 4,0 %) oder den Wehr- bzw. Zivildienst (0,7 % vs. 1,6 %) begannen oder in ihrer bisherigen Berufsausbildungsstelle verblieben (9,2 % vs. 8,5 %), lagen dagegen ähnlich hoch wie in der Gruppe der alternativ Verbliebenen ohne weiteren Vermittlungswunsch.

Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die die Schule vor dem Berichtsjahr 2010/2011 verlassen haben

Von den insgesamt 538.245 im Berichtsjahr 2010/2011 bei den Agenturen für Arbeit, den Jobcentern und den zkT gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen um eine Berufsausbildungsstelle waren 234.747 bzw. 43,6 % bereits vor dem Berichtszeitraum (Oktober 2010 bis September 2011) von der allgemeinbildenden oder beruflichen Schule abgegangen. E Von ihnen hatten 43,4 % die Schule im Vorjahr verlassen und 56,6 % noch früher → **Tabelle A1.3-4**. Verglichen mit dem vorherigen Berichtsjahr 2009/2010 nahm die Zahl der Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren (Vorjahr: 255.799) merklich ab, und zwar um 21.052 bzw. 8,2 %. Auch ihr relativer Anteil an allen Bewerbern und Bewerberinnen (Vorjahr: 46,3 %) ging im aktuellen Berichtsjahr 2010/2011 um 2,7 Prozentpunkte zurück.

In den neuen Ländern fiel im Berichtsjahr 2010/2011 der relative Anteil der Bewerber/-innen mit früherem Schulabgang mit 52,9 % deutlich höher aus als in den alten Ländern mit 41,7 %. Auch hatten die Bewerber/-innen in den neuen Ländern die Schule öfter bereits im Vorvorjahr oder früher, also vor mehr als einem Jahr, beendet: Ihr Anteil an allen Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahren betrug 65,1 %, gegenüber 54,5 % in den alten Ländern. Diese höheren Prozentanteile sind vor allem auf folgenden rechnerischen Effekt zurückzuführen: In den neuen Ländern sank aufgrund der demografischen Entwicklung die Zahl der Schulabgänger/-innen in den letzten Jahren kontinuierlich, wodurch nicht nur die Bewerberzahl aus dem aktuellen Schulentlassjahr jeweils abnahm, sondern sich gleichzeitig auch die Gesamtzahl der Bewerber/-innen – also die Basis der Prozentuierung – immer weiter reduzierte. Der relative Anteil der Bewerber/-innen mit Schulabgang in den Vorjahren blieb deshalb hoch, obwohl deren absolute Zahl in den neuen Ländern ebenfalls merklich zurückging.

Tabelle A1.3-4: **Entwicklung der Zahl der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern (mit zkT) gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen, welche die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verließen**

Region/Schulabgangsjahr		Berichtsjahr 2010/2011	Berichtsjahr 2009/2010	Veränderung 2010/2011 zu 2009/2010	
				absolut	in %
Bundesgebiet					
Gemeldete Bewerber/-innen insgesamt[1]	absolut	538.245	551.944	-13.699	-2,5
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr[2]	absolut	234.747	255.799	-21.052	-8,2
	in % von insgesamt	43,6	46,3		
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	101.768	108.373	-6.605	-6,1
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	43,4	42,4		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	132.979	147.426	-14.447	-9,8
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	56,6	57,6		
Alte Länder					
Gemeldete Bewerber/-innen insgesamt[1]		448.104	457.089	-8.985	-2,0
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr[2]	absolut	187.051	204.405	-17.354	-8,5
	in % von insgesamt	41,7	44,7		
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	85.112	90.443	-5.331	-5,9
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	45,5	44,2		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	101.939	113.962	-12.023	-10,6
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	54,5	55,8		
Neue Länder (einschließlich Berlin)					
Gemeldete Bewerber/-innen insgesamt[1]		89.971	94.685	-4.714	-5,0
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr[2]	absolut	47.611	51.319	-3.708	-7,2
	in % von insgesamt	52,9	54,2		
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	16.614	17.901	-1.287	-7,2
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	34,9	34,9		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	30.997	33.418	-2.421	-7,2
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	65,1	65,1		

[1] Die Summe der für alte und neue Länder ausgewiesenen Bewerberzahlen ist jeweils etwas geringer als die Gesamtangabe für das Bundesgebiet, was auf nicht zuordenbare Fälle zurückzuführen ist.

[2] Im Berichtsjahr 2010/2011 war für insgesamt 2.862 Bewerber/-innen (alte Länder: 2.358, neue Länder: 502) keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden, im Berichtsjahr 2009/2010 für insgesamt 5.367 Bewerber/-innen (alte Länder: 4.632, neue Länder: 734).

Abweichungen in den Summen können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

E **Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen, die die Schule vor dem Berichtsjahr verlassen haben**

In der Ausbildungsmarktstatistik der BA werden die Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen nach dem Schulabgangsjahr differenziert. Es werden folgende Gruppen unterschieden:

- Bewerber/-innen mit Schulabgang im Berichtsjahr,
- Bewerber/-innen mit Schulabgang im Vorjahr,
- Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren.

Das Schulabgangsjahr bezieht sich dabei nicht nur auf die allgemeinbildende Schule, sondern es werden auch im Anschluss an die allgemeinbildende Schule besuchte berufliche Schulen berücksichtigt. Für das Schulabgangsjahr zählt also die zuletzt beendete allgemeinbildende oder berufliche Schule.

Bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang vor dem Berichtsjahr handelt es sich somit um Personen, die im Laufe des aktuellen Berichtszeitraums keine Schule mehr besuchten, sondern an einer berufsvorbereitenden Maßnahme der BA teilnahmen, eine Einstiegsqualifizierung oder ein sonstiges Betriebspraktikum absolvierten, Wehr- bzw. Zivildienst oder ein freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr leisteten, eine erneute Ausbildung anstrebten (z. B. nach einem Ausbildungsabbruch), einer Erwerbstätigkeit nachgingen, auf Arbeits- bzw. Ausbildungssuche waren oder aus privaten Gründen zu Hause blieben. Sie sind in der Vergangenheit häufig als „Altbewerber/-innen" bezeichnet worden, obwohl unbekannt ist, ob sie sich in Vorjahren tatsächlich einmal um eine Ausbildungsstelle beworben haben oder nicht. In dieser Bewerbergruppe dürfte sich daher ein mehr oder weniger großer Anteil von Jugendlichen befinden, der vor dem aktuellen Berichtsjahr noch keine Berufsausbildung anstrebte und sich daher zuvor noch nicht beworben hatte. Umgekehrt werden nach dieser Definition aber auch Jugendliche, die nach erfolglosen Bewerbungen um eine Berufsausbildungsstelle teilqualifizierende schulische Bildungsgänge absolvierten, als aktuelle Schulabgänger/-innen eingestuft und nicht als Altbewerber/-innen.

Aus diesem Grund liefert die BA-Statistik nun auch Ergebnisse über die Bewerber/-innen für Berufsausbildungsstellen, die nicht nur im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits auch in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur, eines Jobcenters oder eines zugelassenen kommunalen Trägers (zkT) eine Ausbildungsstelle gesucht haben (vgl. Gehricke/Kahler/Kohlmann 2010). Berücksichtigt werden dabei jeweils die 5 vorangegangenen Berichtsjahre. Zusätzlich wird ausgewiesen, wann die früheren Bewerber/-innen vor dem aktuellen Berichtsjahr **zuletzt** als Bewerber/-in registriert waren. Daraus geht also nicht hervor, wann die Jugendlichen erstmals und wie lange sie insgesamt schon als Bewerber/-innen gemeldet waren. Vollständige Informationen liegen zudem bisher nur für die Bewerber/-innen vor, die bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldet waren. Die bei den zkT gemeldeten Bewerber/-innen können von der BA erst ab dem Berichtsjahr 2008/2009 mit einbezogen werden. Für das aktuelle Berichtsjahr 2010/2011 sind daher nur die früheren Bewerber/-innen aus den beiden vorherigen Berichtsjahren nachweisbar, nicht jedoch diejenigen aus weiter zurückliegenden Berichtsjahren. Vollständige Informationen, d. h. bezogen auf 5 vorangegangene Berichtsjahre, werden für alle Bewerber/-innen, d. h. einschließlich derjenigen bei den zkT gemeldeten, erst ab dem Berichtsjahr 2013/2014 verfügbar sein.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung definiert die Personengruppe der Altbewerber/-innen auf eine andere Weise: So werden im Rahmen von Stichprobenerhebungen, wie der regelmäßig durchgeführten BA/BIBB-Bewerberbefragung, als Altbewerber/-innen diejenigen Personen angesehen, die sich tatsächlich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als im jeweils aktuellen Ausbildungsjahr beworben haben (**vgl. Kapitel A3** und BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A3.2). Erfasst wird dabei das Jahr, für welches sich der Jugendliche **erstmals** um eine Ausbildungsstelle bemühte. Dabei spielt weder das Schulabgangsjahr eine Rolle noch die Frage, ob der Jugendliche bei einer Arbeitsagentur, einem Jobcenter oder einem zkT als Bewerber/-in um eine Ausbildungsstelle gemeldet war. Diese Definition hat den Vorteil, dass sie über die Gesamtdauer der bisherigen Such- und Bewerbungsprozesse der Jugendlichen Aufschluss gibt.

Im Hinblick auf die Struktur der Bewerber/-innen war für das Berichtsjahr 2010/2011 Folgendes festzustellen: Die Verteilung nach Geschlecht unterschied sich insgesamt nicht nennenswert zwischen den Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang in den Vorjahren (Männer: 55,4 %, Frauen: 44,6 %) und denjenigen mit Schulabgang im aktuellen Jahr (Männer: 54,8 %, Frauen: 45,2 %) → **Tabelle A1.3-5**. In beiden

Tabelle A1.3-5: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2010/2011 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Bundesgebiet**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt[1]		Schulabgangsjahr							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	296.409	55,1	164.721	54,8	130.094	55,4	55.648	54,7	74.446	56,0
weiblich	241.836	44,9	135.915	45,2	104.653	44,6	46.120	45,3	58.533	44,0
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	9.288	1,7	2.417	0,8	6.487	2,8	2.232	2,2	4.255	3,2
Hauptschulabschluss	161.265	30,0	72.904	24,2	87.688	37,4	32.213	31,7	55.475	41,7
Realschulabschluss	228.009	42,4	142.175	47,3	85.364	36,4	36.929	36,3	48.435	36,4
Fachhochschulreife	64.679	12,0	45.905	15,3	18.686	8,0	11.037	10,8	7.649	5,8
allgemeine Hochschulreife	52.756	9,8	37.050	12,3	15.486	6,6	10.412	10,2	5.074	3,8
keine Angabe	22.248	4,1	185	0,1	21.036	9,0	8.945	8,8	12.091	9,1
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	86.797	16,1	80.556	26,8	6.082	2,6	3.412	3,4	2.670	2,0
Berufsausbildung	289.616	53,8	159.900	53,2	128.756	54,8	64.647	63,5	64.109	48,2
davon:										
Berufsausbildung ungefördert	*248.824*	*46,2*	*152.925*	*50,9*	*95.125*	*40,5*	*52.468*	*51,6*	*42.657*	*32,1*
Berufsausbildung gefördert	*40.792*	*7,6*	*6.975*	*2,3*	*33.631*	*14,3*	*12.179*	*12,0*	*21.452*	*16,1*
Erwerbstätigkeit	28.612	5,3	5.580	1,9	22.631	9,6	5.916	5,8	16.715	12,6
gemeinnützige/soziale Dienste	9.035	1,7	6.117	2,0	2.902	1,2	1.732	1,7	1.170	0,9
Fördermaßnahmen	26.667	5,0	15.509	5,2	11.042	4,7	5.175	5,1	5.867	4,4
ohne Angabe eines Verbleibs	97.518	18,1	32.974	11,0	63.334	27,0	20.886	20,5	42.448	31,9
Insgesamt	**538.245**	**100,0**	**300.636**	**100,0**	**234.747**	**100,0**	**101.768**	**100,0**	**132.979**	**100,0**

[1] Im Berichtsjahr 2010/2011 war für insgesamt 2.862 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Bewerbergruppen waren junge Männer demnach deutlich häufiger vertreten als junge Frauen. Dies traf auch bei einer Differenzierung nach alten und neuen Ländern zu → **Tabelle A1.3-6, Tabelle A1.3-7**.

Insgesamt verfügten die Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahren wesentlich seltener über einen mittleren Schulabschluss (36,4 %) oder die (Fach-)Hochschulreife (14,6 %) als diejenigen, die im Berichtsjahr die Schule beendet hatten (47,3 % bzw. 27,6 %). Dagegen kam bei ihnen ein Hauptschulabschluss mit einem Anteil von 37,4 % wesentlich häufiger vor als bei Bewerbern und Bewerberinnen mit aktuellem Schulabgang (24,2 %). Besonders oft hatten Bewerber/-innen, die die Schule bereits vor mehr als einem Jahr beendet hatten, einen Hauptschulabschluss (41,7 %). Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass für immerhin 9,0 % der Bewerber/-innen aus früheren Schulabgangsjahren keine Angaben zum Schulabschluss vorlagen, während für diejenigen, die die Schule im aktuellen Berichtsjahr verließen, nahezu vollständige Informationen vorhanden waren. In den neuen Ländern hatten die Bewerber/-innen generell etwas seltener einen Hauptschulabschluss als in den alten Ländern. Bei Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahren war jedoch auch in den neuen Ländern ein Hauptschulabschluss wesentlich stärker verbreitet als bei denjenigen mit aktuellem Schulabgang (34,0 % vs. 20,2 %).

Tabelle A1.3-6: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2010/2011 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – alte Länder**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt[1]		Schulabgangsjahr							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	245.582	54,8	140.824	54,4	103.442	55,3	46.307	54,4	57.135	56,0
weiblich	202.522	45,2	117.871	45,6	83.609	44,7	38.805	45,6	44.804	44,0
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	6.694	1,5	1.959	0,8	4.409	2,4	1.534	1,8	2.875	2,8
Hauptschulabschluss	136.524	30,5	64.438	24,9	71.488	38,2	27.327	32,1	44.161	43,3
Realschulabschluss	189.105	42,2	120.925	46,7	67.792	36,2	31.678	37,2	36.114	35,4
Fachhochschulreife	58.749	13,1	42.280	16,3	16.388	8,8	9.782	11,5	6.606	6,5
allgemeine Hochschulreife	40.017	8,9	28.977	11,2	10.912	5,8	7.543	8,9	3.369	3,3
keine Angabe	17.015	3,8	116	0,0	16.062	8,6	7.248	8,5	8.814	8,6
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	77.772	17,4	72.738	28,1	4.907	2,6	2.821	3,3	2.086	2,0
Berufsausbildung	236.565	52,8	133.323	51,5	102.471	54,8	53.611	63,0	48.860	47,9
davon:										
Berufsausbildung ungefördert	*205.556*	*45,9*	*127.930*	*49,5*	*77.008*	*41,2*	*44.199*	*51,9*	*32.809*	*32,2*
Berufsausbildung gefördert	*31.009*	*6,9*	*5.393*	*2,1*	*25.463*	*13,6*	*9.412*	*11,1*	*16.051*	*15,7*
Erwerbstätigkeit	24.632	5,5	5.065	2,0	19.211	10,3	5.329	6,3	13.882	13,6
gemeinnützige/soziale Dienste	7.504	1,7	5.066	2,0	2.426	1,3	1.479	1,7	947	0,9
Fördermaßnahmen	23.710	5,3	14.355	5,5	9.263	5,0	4.639	5,5	4.624	4,5
ohne Angabe eines Verbleibs	77.921	17,4	28.148	10,9	48.773	26,1	17.233	20,2	31.540	30,9
Insgesamt	**448.104**	**100,0**	**258.695**	**100,0**	**187.051**	**100,0**	**85.112**	**100,0**	**101.939**	**100,0**

[1] Im Berichtsjahr 2010/2011 war für insgesamt 2.358 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Auch hinsichtlich des Verbleibs gab es erhebliche Unterschiede: So konnten 50,9 % der Bewerber/-innen, die im Berichtsjahr von der Schule abgegangen waren, in eine ungeförderte Berufsausbildung vermittelt werden, während dies bei einem früheren Verlassen der Schule nur auf 40,5 % zutraf. Von denjenigen, die bereits vor mehr als einem Jahr die Schule beendet hatten, waren es sogar nur 32,1 %. Allerdings gab es eine starke Kompensation durch die geförderte Berufsausbildung: 14,3 % der Bewerber/-innen mit Schulabgang in vorangegangenen Jahren mündeten in ein solches Ausbildungsverhältnis ein. Somit war der Anteil der Bewerber/-innen, die insgesamt in eine (geförderte oder ungeförderte) Berufsausbildung vermittelt wurden, bei einem länger zurückliegenden Schulabgang mit 54,8 % sogar etwas höher als bei einem Schulabgang im aktuellen Berichtsjahr (53,2 %). Besonders häufig konnten Bewerber/-innen, die im Vorjahr die Schule beendet hatten, eine Berufsausbildung aufnehmen (63,5 %), während der entsprechende Anteil bei einem noch früheren Schulabgang weit geringer war (48,2 %).

Zwischen alten und neuen Ländern waren im Hinblick auf den Verbleib der Bewerber/-innen relativ starke Abweichungen zu verzeichnen: In den alten Ländern konnten Bewerber/-innen, die vor dem Berichtsjahr von der Schule abgingen, mit 54,8 % etwas häufiger in eine (geförderte oder ungeförderte) Berufsausbildung vermittelt werden als Bewerber/-innen,

Tabelle A1.3-7: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2010/2011 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – neue Länder (einschließlich Berlin)**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt[1]		Schulabgangsjahr							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	50.737	56,4	23.857	57,0	26.602	55,9	9.317	56,1	17.285	55,8
weiblich	39.234	43,6	18.001	43,0	21.009	44,1	7.297	43,9	13.712	44,2
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	2.592	2,9	457	1,1	2.077	4,4	697	4,2	1.380	4,5
Hauptschulabschluss	24.711	27,5	8.450	20,2	16.186	34,0	4.877	29,4	11.309	36,5
Realschulabschluss	38.847	43,2	21.220	50,7	17.545	36,9	5.242	31,6	12.303	39,7
Fachhochschulreife	5.910	6,6	3.611	8,6	2.292	4,8	1.253	7,5	1.039	3,4
allgemeine Hochschulreife	12.683	14,1	8.051	19,2	4.541	9,5	2.849	17,1	1.692	5,5
keine Angabe	5.228	5,8	69	0,2	4.970	10,4	1.696	10,2	3.274	10,6
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	9.002	10,0	7.798	18,6	1.172	2,5	589	3,5	583	1,9
Berufsausbildung	52.973	58,9	26.534	63,4	26.250	55,1	11.020	66,3	15.230	49,1
davon:										
Berufsausbildung ungefördert	*43.193*	*48,0*	*24.952*	*59,6*	*18.085*	*38,0*	*8.254*	*49,7*	*9.831*	*31,7*
Berufsausbildung gefördert	*9.780*	*10,9*	*1.582*	*3,8*	*8.165*	*17,1*	*2.766*	*16,6*	*5.399*	*17,4*
Erwerbstätigkeit	3.964	4,4	514	1,2	3.405	7,2	581	3,5	2.824	9,1
gemeinnützige/soziale Dienste	1.526	1,7	1.047	2,5	475	1,0	252	1,5	223	0,7
Fördermaßnahmen	2.951	3,3	1.151	2,7	1.776	3,7	534	3,2	1.242	4,0
ohne Angabe eines Verbleibs	19.555	21,7	4.814	11,5	14.533	30,5	3.638	21,9	10.895	35,1
Insgesamt	**89.971**	**100,0**	**41.858**	**100,0**	**47.611**	**100,0**	**16.614**	**100,0**	**30.997**	**100,0**

[1] Im Berichtsjahr 2010/2011 war für insgesamt 502 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

die aktuell die Schule verlassen hatten (51,5 %). In den neuen Ländern, in denen die Vermittlungsquote in Ausbildung insgesamt höher lag, war dies umgekehrt: Hier nahmen von den Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahren, trotz eines relativ hohen Anteils an geförderter Ausbildung (17,1 %), nur 55,1 % eine Berufsausbildung auf, während es bei denjenigen, die die Schule im aktuellen Jahr beendet hatten, 63,4 % waren.

Insgesamt war bei den Bewerbern und Bewerberinnen, die bereits vor dem Berichtsjahr die Schule verlassen hatten, der Verbleib wesentlich häufiger unbekannt als bei denjenigen mit aktuellem Schulabgang (27,0 % vs. 11,0 %). Wenn die Schule im Vorjahr verlassen worden war, betrug der Anteil der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen 20,5 %; lag der Schulabgang sogar schon länger zurück, fiel der Anteil mit 31,9 % besonders hoch aus. Dies deutet darauf hin, dass die Neigung, sich nicht mehr bei der Arbeitsverwaltung zurückzumelden, mit der Dauer der Ausbildungsplatzsuche deutlich anstieg.

An dieser Stelle soll auch kurz auf die Ergebnisse eingegangen werden, die die BA-Statistik inzwischen zusätzlich über die Bewerber/-innen ausweist, die nicht erstmals im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur, einem Jobcenter oder einem zkT eine Ausbildung gesucht haben. E

Für alle Bewerber/-innen, d. h. einschließlich der bei einem zkT gemeldeten, lagen für das Berichtsjahr 2010/2011 hierzu allerdings erst unvollständige Informationen vor: Nachweisbar waren lediglich die Bewerber/-innen, die schon in einem der 2 vorherigen Jahre gemeldet waren, nicht jedoch diejenigen aus weiter zurückliegenden Jahren.[31] Von den insgesamt 538.245 Bewerbern und Bewerberinnen waren demnach 165.596 bereits in einem der beiden Vorjahre als Bewerber/-in um eine Ausbildungsstelle registriert – dies entspricht einem Anteil von 30,8 %. In den alten Ländern war der betreffende Anteil mit 31,1 % etwas höher als in den neuen Ländern mit 29,1 %.

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen zum 30. September

Die unbesetzten Berufsausbildungsstellen E in Betrieben stellen auf der Angebotsseite und die zum 30. September noch Ausbildungsstellen suchenden Bewerber/-innen auf der Nachfrageseite die bei der Vermittlung nicht zum Zuge gekommenen „Restgrößen" in der Bilanz des Ausbildungsstellenmarkts dar. Damit gehen beide Größen in die Berechnung des Gesamtangebots sowie der Gesamtnachfrage ein (**vgl. Kapitel A1.1**).

E Zum 30. September noch unbesetzte Berufsausbildungsstellen

Die Bundesagentur für Arbeit definiert unbesetzte Berufsausbildungsstellen als alle gemeldeten Berufsausbildungsstellen, die bis zum Stichtag am 30. September nicht besetzt und nicht zurückgezogen wurden. Das heißt, unbesetzte Ausbildungsstellen sind betriebliche Berufsausbildungsstellen[32], die im Laufe des Berichtsjahres gemeldet wurden und am 30. September immer noch zur Vermittlung zur Verfügung stehen.

Zum 30. September noch unvermittelte Bewerber/-innen

Nach § 86 Absatz 2b BBiG ist die Zahl der bei der BA gemeldeten und am 30. September noch Ausbildungsplätze suchenden Bewerber/-innen zu berichten. Diese auch als noch unvermittelte Bewerber/-innen bezeichnete Gruppe setzt sich aus den unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen und den alternativ verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen mit weiterem Vermittlungswunsch zusammen.

Im Berichtsjahr 2010/2011 konnten von den 519.555 gemeldeten Stellen insgesamt 489.866 (94,3 %) besetzt werden.[33] Der Anteil der noch unbesetzten Stellen (29.689) lag mit 5,7 % höher als im Vorjahr (4,1 % bzw. 19.605) und höher als im Berichtsjahr 2008/2009 (17.255 bzw. 3,6 %).

Der Anteil der noch unvermittelten Bewerber/-innen E an allen Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen verringerte sich vom Berichtsjahr 2009/2010 auf 2010/2011 nur geringfügig → **Tabelle A1.3-8**. Während ihr Anteil im letzten Berichtsjahr bei 15,3 % (84.597) lag, waren es 2010/2011 immerhin noch 14,3 % (bzw. 76.740), für die auch nach Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2011 die Vermittlungsbemühungen weiterliefen. Was den Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen betrifft, so zeigte sich eine starke regionale Varianz: Höher fiel er in den alten Bundesländern (15,1 % bzw. 67.806) und dort insbesondere in Bremen (18,5 %) und in Niedersachsen (18,6 %) aus. In den neuen Ländern lag er mit 9,9 % (bzw. 8.915) unter dem Bundesdurchschnitt. Insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern (7,1 %) und in Sachsen (7,9 %) war der Anteil der unvermittelten Ausbildungsstellenbewerber/-innen gering.

Betrachtet man die Relation der unbesetzten Ausbildungsstellen zu den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen, so war 2010/2011 immer noch eine große rechnerische Lücke feststellbar: Auf Bundesebene betrug die Stellen-Bewerber-Relation 0,39. Das heißt, einem unvermittelten Bewerber bzw. einer

31 Für die bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen (ohne zkT) weist die BA bereits vollständige Informationen zu den früheren Bewerbern und Bewerberinnen aus (vgl. Gehricke/Kahler/Kohlmann 2010, Berufsbildungsbericht 2012). Im vorliegenden Datenreport werden jedoch ausschließlich Ergebnisse zur Ausbildungsmarktsituation ausgewiesen, welche die bei den zkT gemeldeten Bewerber/-innen mit einschließen. Daher wird auch an dieser Stelle darauf verzichtet, über Ergebnisse ohne Berücksichtigung der zkT zu berichten.

32 Zur Definition von betrieblichen vs. außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen siehe: **http://www.bibb.de/de/wlk30323.htm**.

33 Der Anteil der besetzten Ausbildungsstellen ist nicht identisch mit der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (**vgl. Kapitel A1.2**), da die Inanspruchnahme der BA durch die Arbeitgeber freiwillig ist und somit durch die Ausbildungsmarktstatistik nicht alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Deutschland erfasst werden können.

Tabelle A1.3-8: **Unbesetzte Ausbildungsstellen (ohne zkT) und unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zkT) der Berichtsjahre 2010/2011 und 2009/2010[1] nach Ländern**

Bundesland	Gemeldete Ausbildungsstellen		Unbesetzte Ausbildungsstellen		Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen an den gemeldeten Ausbildungsstellen		Gemeldete Bewerber/-innen		Unvermittelte Bewerber/-innen		Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen an den gemeldeten Bewerber/-innen		Unbesetzte Ausbildungsplätze je unvermitteltem Bewerber bzw. unvermittelter Bewerberin	
	2010/2011	2009/2010	2010/2011	2009/2010	2010/2011	2009/2010	2010/2011	2009/2010	2010/2011	2009/2010	2010/2011	2009/2010	2010/2011	2009/2010
Baden-Württemberg	72.617	66.068	4.626	2.639	6,4	4,0	67.127	68.828	9.684	11.092	14,4	16,1	0,48	0,24
Bayern	89.822	83.247	7.745	5.074	8,6	6,1	82.505	82.612	8.341	10.630	10,1	12,9	0,93	0,48
Berlin	14.841	15.583	447	479	3,0	3,1	19.730	18.813	2.455	2.464	12,4	13,1	0,18	0,19
Brandenburg	17.322	13.219	914	633	5,3	4,8	14.683	16.066	1.939	2.150	13,2	13,4	0,47	0,29
Bremen[2]	5.338	5.325	202	244	3,8	4,6	4.420	4.397	818	947	18,5	21,5	0,25	0,26
Hamburg	9.666	9.584	99	87	1,0	0,9	7.429	6.492	1.145	722	15,4	11,1	0,09	0,12
Hessen	37.490	33.807	2.759	1.587	7,4	4,7	42.089	43.005	6.624	7.057	15,7	16,4	0,42	0,22
Mecklenburg-Vorpommern	12.661	12.145	1.193	975	9,4	8,0	8.949	9.752	639	771	7,1	7,9	1,87	1,26
Niedersachsen[3]	53.558	49.248	2.416	1.614	4,5	3,3	64.138	66.081	11.903	12.994	18,6	19,7	0,20	0,12
Nordrhein-Westfalen	105.854	100.278	4.395	2.787	4,2	2,8	131.323	136.944	21.716	23.488	16,5	17,2	0,20	0,12
Rheinland-Pfalz	25.677	24.189	1.155	843	4,5	3,5	26.782	27.084	4.133	4.136	15,4	15,3	0,28	0,20
Saarland	6.751	6.310	323	234	4,8	3,7	6.038	6.064	833	810	13,8	13,4	0,39	0,29
Sachsen	22.039	20.840	1.173	688	5,3	3,3	20.739	22.839	1.639	2.023	7,9	8,9	0,72	0,34
Sachsen-Anhalt	13.312	13.596	652	326	4,9	2,4	13.981	14.355	1.275	1.539	9,1	10,7	0,51	0,21
Schleswig-Holstein	18.130	16.594	678	735	3,7	4,4	16.253	15.582	2.609	2.718	16,1	17,4	0,26	0,27
Thüringen	14.174	13.223	798	564	5,6	4,3	11.889	12.860	968	1.037	8,1	8,1	0,82	0,54
Alte Länder	**424.903**	**394.650**	**24.398**	**15.844**	**5,7**	**4,0**	**448.104**	**457.089**	**67.806**	**74.594**	**15,1**	**16,3**	**0,36**	**0,21**
Neue Länder	**94.349**	**88.606**	**5.177**	**3.665**	**5,5**	**4,1**	**89.971**	**94.685**	**8.915**	**9.984**	**9,9**	**10,5**	**0,58**	**0,37**
Bundesgebiet	**519.555**	**483.519**	**29.689**	**19.605**	**5,7**	**4,1**	**538.245**	**551.944**	**76.740**	**84.597**	**14,3**	**15,3**	**0,39**	**0,23**

[1] Es handelt sich hierbei um nachträglich korrigierte Zahlen (07.11.2011).
[2] Einschließlich der niedersächsischen Gebiete, die zu den bremischen Arbeitsamtsbezirken gehören.
[3] Ohne die Gebiete, die zu den bremischen Arbeitsamtsbezirken gehören.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A1.3-9: **Unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zkT) nach Geschlecht, Schulabschluss, besuchter Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der Berichtsjahre 2010/2011 und 2009/2010**

	Berichtsjahr 2010/2011						Berichtsjahr 2009/2010[1]					
	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder		Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht												
männlich	42.087	54,8	37.172	54,8	4.909	55,1	46.664	55,2	41.215	55,3	5.438	54,5
weiblich	34.653	45,2	30.634	45,2	4.006	44,9	37.933	44,8	33.379	44,7	4.546	45,5
Schulabschluss												
ohne Hauptschulabschluss	1.417	1,8	1.043	1,5	374	4,2	1.861	2,2	1.249	1,7	611	6,1
Hauptschulabschluss	23.932	31,2	21.023	31,0	2.905	32,6	27.322	32,3	24.375	32,7	2.943	29,5
Realschulabschluss	32.382	42,2	28.746	42,4	3.633	40,8	35.764	42,3	31.833	42,7	3.927	39,3
Fachhochschulreife	10.585	13,8	10.018	14,8	563	6,3	10.079	11,9	9.421	12,6	658	6,6
allgemeine Hochschulreife	6.170	8,0	5.147	7,6	1.016	11,4	5.484	6,5	4.325	5,8	1.151	11,5
keine Angaben	2.254	2,9	1.829	2,7	424	4,8	4.087	4,8	3.391	4,5	694	7,0
Besuchte Schule												
allgemeinbildende Schule	30.327	39,5	24.487	36,1	5.835	65,5	35.049	41,4	28.462	38,2	6.580	65,9
berufsbildende Schule	41.525	54,1	39.228	57,9	2.287	25,7	46.030	54,4	43.292	58,0	2.732	27,4
Hochschule und Akademien	1.738	2,3	1.443	2,1	293	3,3	1.584	1,9	1.274	1,7	306	3,1
keine Angabe	2.647	3,4	2.311	3,4	335	3,8	1.843	2,2	1.508	2,0	333	3,3
Staatsangehörigkeit												
deutsch	66.127	86,2	57.728	85,1	8.385	94,1	73.347	86,7	63.867	85,6	9.463	94,8
ausländisch	10.464	13,6	9.936	14,7	523	5,9	11.082	13,1	10.573	14,2	507	5,1
darunter:												
türkisch	5.372	7,0	5.152	7,6	220	2,5	5.648	6,7	5.436	7,3	212	2,1
italienisch	880	1,1	874	1,3	4	0,0	976	1,2	965	1,3	11	0,1
Alter												
15 Jahre und jünger	2.903	3,8	2.652	3,9	250	2,8	2.816	3,3	2.619	3,5	197	2,0
16 bis 18 Jahre	36.007	46,9	32.370	47,7	3.631	40,7	40.153	47,5	36.247	48,6	3.900	39,1
19 bis 20 Jahre	20.533	26,8	18.406	27,1	2.125	23,8	22.852	27,0	20.179	27,1	2.664	26,7
21 bis 24 Jahre	15.130	19,7	12.701	18,7	2.422	27,2	16.452	19,4	13.729	18,4	2.720	27,2
25 Jahre und älter	2.167	2,8	1.677	2,5	487	5,5	2.324	2,7	1.820	2,4	503	5,0
Insgesamt	**76.740**	**100,0**	**67.806**	**100,0**	**8.915**	**100,0**	**84.597**	**100,0**	**74.594**	**100,0**	**9.984**	**100,0**

[1] Es handelt sich hierbei um nachträglich korrigierte Zahlen (07.11.2011).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

unvermittelten Bewerberin stand rechnerisch noch nicht einmal eine Ausbildungsstelle zur Verfügung – und dennoch hatte sich das Verhältnis im Vergleich zum Berichtsjahr 2008/2009 (0,19 Ausbildungsstellen je Bewerber/-in) sowie zum Jahr 2009/2010 (0,23 Ausbildungsstellen je Bewerber/-in) zugunsten der unvermittelten Bewerber/-innen verbessert. Verbesserungen sind sowohl in den neuen als auch in den alten Ländern feststellbar, wobei die neuen Länder sowohl 2009/2010 (0,37) als auch 2010/2011 (0,58) wesentlich besser abschnitten als die alten Bundesländer (2009/2010: 0,21; 2010/2011: 0,36). Wie schon im Vorjahr gestalteten sich die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern besonders günstig. Hier standen im Berichtsjahr 2010/2011 einem/einer unvermittelten Bewerber/-in rein rechnerisch fast 2 Stellen (1,87 Stellen) zur Verfügung, in allen übrigen Ländern gab es zum 30. September 2011 mehr unvermittelte Bewerber/-innen als noch unbesetzte Ausbildungsstellen.

Unvermittelte Bewerber/-innen nach Strukturmerkmalen

34.653 junge Frauen und 42.087 junge Männer blieben im Berichtsjahr 2010/2011 bundesweit unvermittelt. Nur sehr wenige unvermittelte Bewerber/-innen (1.417 bzw. 1,8 %) verfügten über keinen Schulabschluss. 31,2 % (23.932) wiesen einen Hauptschulabschluss auf. Jugendliche mit mittleren Abschlüssen bildeten wie auch schon im letzten Berichtsjahr den größten Anteil der unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber/-innen (32.382 bzw. 42,2 %). Rund jeder fünfte unvermittelte Bewerber bzw. jede fünfte unvermittelte Bewerberin in Deutschland besaß eine Studienberechtigung (21,8 % bzw. 16.755). Der Anteil der Bewerber/-innen, zu denen keine Angaben zum Schulabschluss vorlagen, fiel mit 2,9 % bzw. 2.254 verhältnismäßig gering aus.

13,6 % aller unvermittelten Bewerber/-innen besaßen eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit. Damit lag die Ausländerquote bei den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen etwas höher als in der Gesamtgruppe aller gemeldeten Bewerber/-innen (11,2 %). Einen Überblick über die Strukturmerkmale der unvermittelten Bewerber/-innen gibt → **Tabelle A1.3-9**.

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen nach Berufsbereichen

Neben der starken regionalen Varianz zeigen sich zudem berufsspezifische Disparitäten beim Verhältnis zwischen den noch unbesetzten Stellen und den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen. Unterdurchschnittlich fiel – wie bereits im Berichtsjahr 2009/2010 – die Stellen-Bewerber-Relation bundesweit z. B. in der Gruppe der technischen Berufe (0,13) oder der Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe (0,14) aus. Demgegenüber war die Relation bei den Ernährungsberufen (1,58) und den Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufen (1,26) deutlich günstiger. Hier konnten sogar Stellenüberhänge registriert werden → **Tabelle A1.3-10**.

Differenziert man neben den Berufsbereichen zusätzlich nach neuen und alten Ländern, so wird deutlich, dass die Situation in den neuen Bundesländern in nahezu allen Berufsbereichen rein rechnerisch günstiger für die Bewerber/-innen war als in den alten Ländern. Lediglich im Bereich Sicherheits-, künstlerische, Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe fiel das Verhältnis zwischen unbesetzten Ausbildungsstellen und unvermittelten Bewerber/-innen in den alten Ländern (0,19) etwas günstiger aus als in den neuen (0,11).

Tabelle A1.3-10: **Unbesetzte Ausbildungsstellen (ohne zkT) und unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zkT) der Berichtsjahre 2010/2011 und 2009/2010[1] nach Berufsbereichen**

Berufsbereich	darunter:	Unbesetzte Ausbildungsstellen		Unvermittelte Bewerber/-innen		Unbesetzte Ausbildungsplätze je unvermittelten Bewerber bzw. unvermittelte Bewerberin	
		2010/2011	2009/2010	2010/2011	2009/2010	2010/2011	2009/2010
Metallberufe	Alte Länder	1.666	1.069	8.811	10.381	0,19	0,10
	Neue Länder	628	457	924	1.035	0,68	0,44
	Bundesgebiet	2.294	1.526	9.735	11.416	0,24	0,13
Elektroberufe	Alte Länder	722	534	2.796	3.173	0,26	0,17
	Neue Länder	275	204	326	387	0,84	0,53
	Bundesgebiet	997	738	3.122	3.560	0,32	0,21
Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe	Alte Länder	63	58	206	220	0,31	0,26
	Neue Länder	20	17	40	53	0,50	0,32
	Bundesgebiet	83	75	246	273	0,34	0,27
Ernährungsberufe	Alte Länder	2.732	2.078	1.745	2.322	1,57	0,89
	Neue Länder	637	596	391	452	1,63	1,32
	Bundesgebiet	3.369	2.674	2.136	2.774	1,58	0,96
Bau- und Baunebenberufe einschl. Tischler	Alte Länder	1.443	1.018	5.344	6.323	0,27	0,16
	Neue Länder	263	196	860	1.063	0,31	0,18
	Bundesgebiet	1.706	1.214	6.204	7.386	0,27	0,16
Übrige Fertigungsberufe	Alte Länder	488	297	3.025	3.018	0,16	0,10
	Neue Länder	205	133	500	507	0,41	0,26
	Bundesgebiet	693	430	3.525	3.525	0,20	0,12
Technische Berufe	Alte Länder	113	93	1.032	1.105	0,11	0,08
	Neue Länder	33	25	114	113	0,29	0,22
	Bundesgebiet	146	118	1.146	1.218	0,13	0,10
Waren- und Dienstleistungskaufleute	Alte Länder	8.958	4.206	17.391	18.783	0,52	0,22
	Neue Länder	1349	553	2.231	2.306	0,60	0,24
	Bundesgebiet	10.307	4.759	19.622	21.089	0,53	0,23
Verkehrsberufe	Alte Länder	608	524	1.537	1.710	0,40	0,31
	Neue Länder	116	69	258	283	0,45	0,24
	Bundesgebiet	724	593	1.795	1.993	0,40	0,30
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	Alte Länder	1.800	1.520	13.507	13.963	0,13	0,11
	Neue Länder	235	219	1.375	1.532	0,17	0,14
	Bundesgebiet	2.035	1.739	14.882	15.495	0,14	0,11
Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe	Alte Länder	4.294	3.241	3.770	4.717	1,14	0,69
	Neue Länder	1.192	991	571	776	2,09	1,28
	Bundesgebiet	5.486	4.232	4.341	5.493	1,26	0,77
Sicherheits-, künstlerische, Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe	Alte Länder	1.198	930	6.405	6.287	0,19	0,15
	Neue Länder	87	66	815	847	0,11	0,08
	Bundesgebiet	1.285	996	7.220	7.134	0,18	0,14
Sonstige Berufe (Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe, Bergleute, Mineralgewinner)	Alte Länder	224	200	1.957	2.322	0,11	0,09
	Neue Länder	127	128	426	562	0,30	0,23
	Bundesgebiet	351	328	2.383	2.884	0,15	0,11
Insgesamt		**29.689**	**19.605**	**76.740**	**84.597**	**0,39**	**0,23**

[1] Es handelt sich hierbei um nachträglich korrigierte Zahlen (07.11.2011).
Abweichungen in den Summen können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Zusammenfassung

Die Zahl der gemeldeten Bewerber/-innen ist im Berichtsjahr 2010/2011 bundesweit erneut gesunken. Der Rückgang fiel in den neuen Ländern prozentual wesentlich stärker aus als in den alten. So ging zwar die Zahl der gemeldeten Bewerber/-innen in den alten Ländern um 2,0 % zurück, lag jedoch im Berichtsjahr 2010/2011 immer noch über der Bewerberzahl des Berichtsjahres 2008/2009. Dagegen war in den neuen Ländern, nach einem Bewerberrückgang von 13,0 % im letzten Berichtsjahr, im Jahr 2010/2011 ein weiterer Rückgang um 5,0 % zu verzeichnen. Gleichzeitig stieg die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen im Berichtsjahr 2010/2011 bundesweit um 7,5 % an. Diese Entwicklung führte dazu, dass erstmals seit dem Berichtsjahr 2001/2002 wieder mehr als die Hälfte (51,1 %) der gemeldeten Bewerber/-innen in eine Ausbildungsstelle einmündeten.

Trotz dieser positiven Entwicklung muss jedoch berücksichtigt werden, dass 48,9 % (263.098) der gemeldeten ausbildungsreifen Bewerber/-innen nicht in eine Ausbildungsstelle einmündeten. Von diesen erfolglosen Bewerbern und Bewerberinnen befanden sich zum Ende des Ausbildungsvermittlungsjahres am 30. September 2011 noch 76.740 Bewerber/-innen offiziell weiterhin auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle. Diesen unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen standen 29.689 noch unbesetzte Berufsausbildungsstellen gegenüber.

In den neuen Bundesländern gestaltete sich die Situation für die unvermittelten Bewerber/-innen günstiger als in den alten Ländern. Jedoch war das Angebot an noch unbesetzten Stellen auch hier lediglich in 2 Berufsgruppen („Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe“ und „Ernährungsberufe“) ausreichend, um rein rechnerisch die unvermittelten Bewerber/-innen zu versorgen.

Der hohe Anteil an Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahren unter den offiziell unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen weist auf das Problem hin, dass diese Jugendlichen verstärkt aus den offiziellen Statistiken „verschwinden“. Für sie besteht die Gefahr, dass sie auf Dauer ohne vollqualifizierende Ausbildung bleiben, wenn sie von den Vermittlungs- und Unterstützungsbemühungen der Arbeitsverwaltung nicht mehr erreicht werden.

(Ursula Beicht, Verena Eberhard)

A1.4 Regionale Entwicklung der Berufsausbildung

Die Ausbildungschancen von Jugendlichen und die Möglichkeiten von Betrieben, angebotene Ausbildungsstellen zu besetzen, können regional erheblich variieren. Um solche regionalen Unterschiede abzubilden, wird im Folgenden die Entwicklung des Ausbildungsangebots und der Ausbildungsnachfrage auf der Ebene von Arbeitsagenturbezirken vergleichend dargestellt. Neben einigen der bereits verwendeten Indikatoren, wie die Anzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge und unbesetzter Ausbildungsstellen, die Zahl der Schulabsolventen/Schulabsolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen, der Umfang überwiegend öffentlich finanzierter Ausbildungsverhältnisse und die Angebots-Nachfrage-Relation → **vgl. Kapitel A1.1 bis A1.3**, dient die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation in der erweiterten Fassung E als weiterer Indikator zur Beschreibung der regionalen Ausbildungsstellenmärkte.

E Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation in der erweiterten Fassung

Anders als die allgemeine Angebots-Nachfrage-Relation bezieht sich die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation ausschließlich auf betriebliche Ausbildungsverhältnisse und lässt überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsplätze unberücksichtigt. In der erweiterten Fassung berücksichtigt sie bei der Nachfrage zusätzlich auch Jugendliche, die zwar in eine Alternative zur gewünschten Ausbildung eingemündet sind, sich aber weiterhin an einem betrieblichen Ausbildungsplatz interessiert zeigen. Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich die ausgewiesenen betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relationen auf die erweiterte Nachfragedefinition.

Im Berichtsjahr 2011 entfielen bundesweit 88 betriebliche Ausbildungsstellenangebote auf 100 Nachfragende nach erweiterter Definition → **Tabelle A1.4-1**. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation um 4,5 Prozentpunkte, blieb aber noch immer weit von einem ausgeglichenen Verhältnis entfernt. Regional variierte das Verhältnis zwischen dem betrieblichen Lehrstellenangebot und der Ausbildungsplatznachfrage beträchtlich, wenn auch weniger stark als 2010 → **Schaubild A1.4-1**. Die niedrigste Angebots-Nachfrage-Relation in einem Arbeitsagenturbezirk lag bei 67,9 und die höchste bei 106,4.

Die Situation am Ausbildungsstellenmarkt war 2011 durch eine erhöhte Zahl an Schulabgängern geprägt, die durch doppelte Abiturjahrgänge in 2 bevölkerungsreichen Bundesländern verursacht wurde. Sowohl in Bayern als auch in Niedersachsen legten Schüler/-innen mit 13-jähriger und Schüler/-innen mit 12-jähriger Schulzeit (G8) gleichzeitig ihr Abitur ab und ließen die Ausbildungsplatznachfrage entsprechend steigen. Nach den Erfahrungswerten aus früheren BIBB-Schulabgängerbefragungen wird davon ausgegangen, dass 2011 etwa 22 % aller studienberechtigten Schulabsolventen/Schulabsolventinnen an der sofortigen Aufnahme einer dualen Berufsausbildung interessiert waren.[34]

Doppelte Abiturjahrgänge tragen nicht nur zu einer verschärften Konkurrenz um Ausbildungs- und Studienplätze bei, sondern führen auch zu leichten Verzerrungen einiger der nachfolgend verwendeten Indikatoren, die sich in Zeitreihen und bei interregionalen Vergleichen bemerkbar machen. Dies gilt insbesondere für jene Indikatoren, die sich unmittelbar auf die Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen beziehen.[35] Um eine bessere Vergleichbarkeit über verschiedene Zeitpunkte und Regionen hinweg zu gewährleisten, sind für die bayerischen und niedersächsischen Arbeitsagenturbezirke neben den tatsächlichen Quoten zusätzlich statistisch bereinigte Werte ausgewiesen. Die bereinigten Quoten und Veränderungsraten basieren auf Schulabgängerzahlen, die um die Hälfte der studienberechtigten Schulabsolventen und -absolventinnen vermindert wurden. Für Hamburg, wo bereits 2010 ein doppelter Abiturjahrgang auftrat, ist die Veränderungsrate zum Vorjahr in bereinigter und unbereinigter Form angegeben → **Tabelle A1.4-2 Internet**.

Der folgende Regionalvergleich stellt die wichtigsten Unterschiede zwischen Regionen mit überdurch-

34 Vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A2.2.1.

35 Dies betrifft die betrieblichen Ausbildungsplätze pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen, die Nachfrager/-innen pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen und die unversorgten Bewerber/-innen pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen.

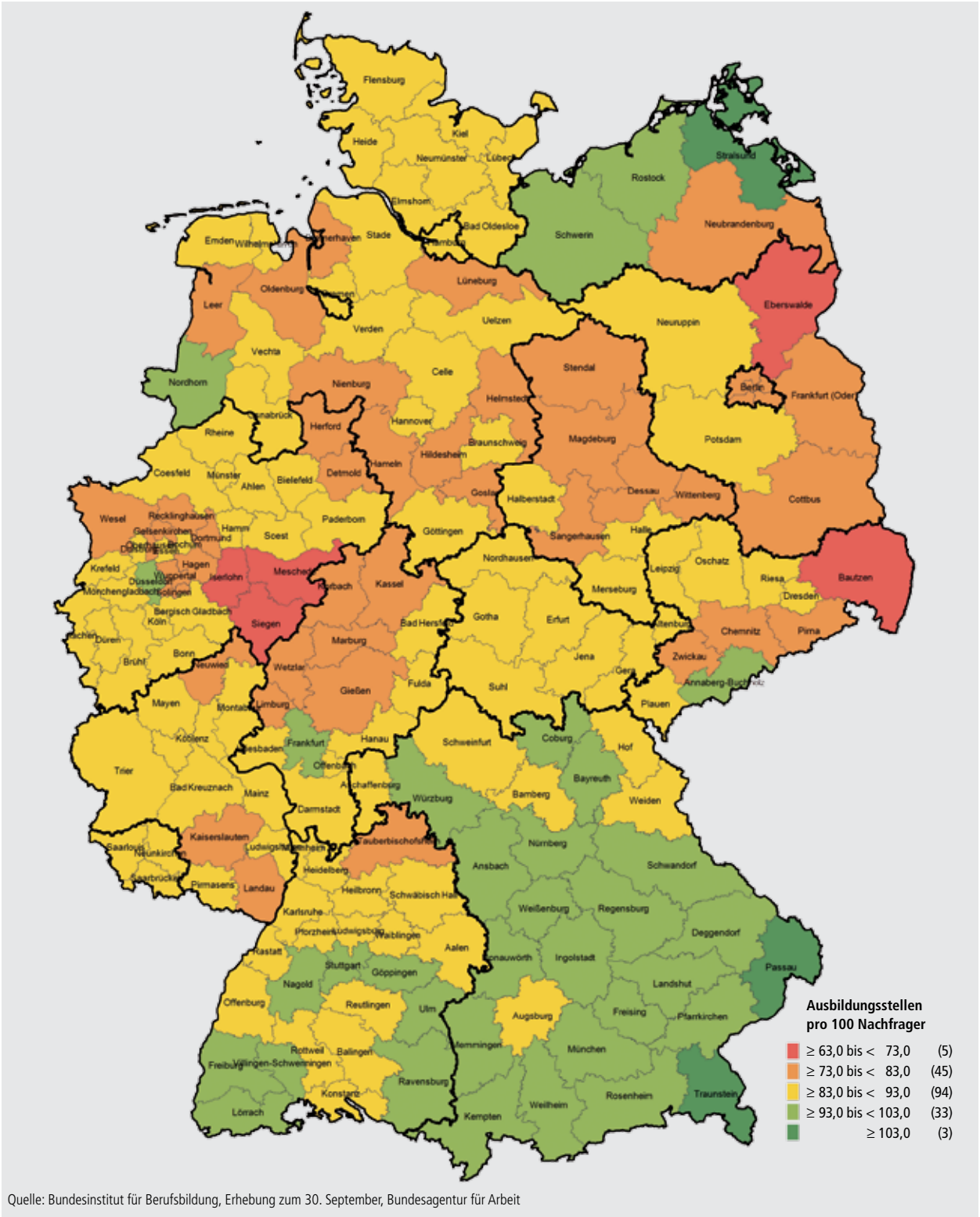
Tabelle A1.4-1: **Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation 2011**

Indikatoren zur regionalen Situation und deren Entwicklung	Ausbildungsstellensituation 2011			
	überdurchschnittlich	durchschnittlich	unterdurchschnittlich	insgesamt
Ausbildungsstellensituation 2010 (Arbeitsagenturen)[1]				
überdurchschnittlich	22	2	0	24
durchschnittlich	24	25	2	51
unterdurchschnittlich	9	35	57	101
insgesamt	55	62	59	176
Ausbildungsstellenmarkt				
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	190.061	208.091	171.988	570.140
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	3,0	2,6	-0,3	1,8
Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation nach erweiterter Definition[2]	95,7	87,9	80,2	88,0
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	5,0	3,4	4,9	4,5
Angebots-Nachfrage-Relation nach alter Definition	107,0	101,6	100,7	103,1
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	3,0	1,0	1,5	1,8
Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation nach Zuständigkeitsbereichen und erweiterter Definition				
Industrie und Handel	95,7	88,2	80,9	88,3
Handwerk	97,0	88,0	78,8	88,1
Freie Berufe	95,0	89,9	86,0	90,0
Öffentlicher Dienst	92,3	85,5	75,3	84,1
Landwirtschaft	96,3	89,1	84,0	89,8
Hauswirtschaft	43,1	39,9	30,2	37,5
Seeschifffahrt	47,6	90,2	77,3	86,3
Ausbildungsangebot				
Gesamtangebot	204.886	215.836	178.980	599.702
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	5,5	3,8	-7,8	3,5
Betriebliche Ausbildungsstellen	198.603	206.981	163.624	569.208
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	6,6	5,8	4,5	5,7
Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsstellen	6.283	8.855	15.356	30.494
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	-20,6	-27,5	-26,6	-25,7
Unbesetzte Ausbildungsstellen	14.825	7.745	6.992	29.562
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	55,6	52,7	42,8	51,6
Betriebliche Ausbildungsstellen pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen[3]	68,4 (76,6)	67,6 (71,0)	60,7 (63,1)	65,7 (70,2)
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	-1,2 (6,9)	3,7 (5,7)	2,5 (4,8)	1,5 (5,8)
Unbesetzte Ausbildungsstellen pro 100 unversorgte Bewerber/-innen nach erweiterter Definition	85,2	28,4	21,9	38,6
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	39,1	10,7	8,0	15,5
Ausbildungsnachfrage				
Gesamtnachfrage nach erweiterter Definition	207.464	235.361	203.957	646.782
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	1,1	1,7	-1,8	0,4
Gesamtnachfrage nach alter Definition	191.487	212.447	177.737	581.671
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	2,6	2,8	-0,6	1,7
Gesamtbestand unversorgter Bewerber/-innen nach erweiterter Definition	17.403	27.270	31.969	76.642
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	-15,8	-4,9	-9,2	-9,3
Nachfrager nach erweiterter Definition pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen[3]	71,4 (80,0)	76,9 (80,7)	75,7 (78,6)	74,7 (79,8)
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	-5,3 (3,2)	1,3 (3,5)	-1,5 (1,3)	-1,8 (2,7)
Unversorgte Bewerber/-innen nach erweiterter Definition pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen[3]	6,0 (6,7)	8,9 (9,3)	11,9 (12,3)	8,9 (9,5)
Veränderung gegenüber 2010 (in %)	-1,7 (-1,0)	-0,5 (-0,2)	-1,2 (-0,8)	-1,2 (-0,7)

[1] Referenzwert ist die durchschnittliche betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation nach erweiterter Definition im Jahr 2011.
[2] Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation = Gesamtzahl betrieblicher Ausbildungsverträge zuzüglich unbesetzter Ausbildungsstellen pro 100 Nachfrager/-innen nach erweiterter Definition.
[3] In Klammern angegebene Werte beziehen sich auf um doppelte Abiturjahrgänge bereinigte Schulabgängerzahlen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung; Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit

Schaubild A1.4-1: **Betriebliche Ausbildungsstellenangebote je 100 Nachfragende nach erweiterter Definition in den Arbeitsagenturbezirken 2011**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September, Bundesagentur für Arbeit

schnittlicher und Regionen mit unterdurchschnittlicher erweiterter Angebots-Nachfrage-Relation dar. In die erste Gruppe fallen 55 Arbeitsagenturbezirke (31,3 %), in denen mindestens 91 betriebliche Ausbildungsstellenangebote auf 100 Nachfrager/-innen kamen. Zur letzten Gruppe zählen 59 Bezirke (33,5 %), die weniger als 85 Ausbildungsstellenangebote pro 100 Nachfrager/-innen aufwiesen. Die Abgrenzung der Vergleichsgruppen erfolgte durch die Bildung von 3 annähernd gleich großen Quantilen mit ganzzahligen Quantilsgrenzen.

Regionen mit überdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation

Ausbildungsstellenmarkt
In den Regionen mit überdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation nach erweiterter Definition entfielen 95,7 betriebliche Ausbildungsplätze auf 100 Ausbildungsplatznachfrager/-innen, womit hier annähernd ausgeglichene Ausbildungsstellenmärkte existierten. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich die Angebots-Nachfrage-Relation um 5,0 Prozentpunkte und überstieg 2011 den Bundesdurchschnitt um 7,7 Prozentpunkte. 10 Arbeitsagenturbezirke kamen auf Werte von über 100, wiesen also mehr Ausbildungsangebote als Nachfragende auf. Insgesamt reichte die Spanne von 91,3 bis zu 106,4.

Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zeigte sich eine positive Tendenz. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nahm mit einem Plus von 3,0 % überdurchschnittlich stark zu.

Ausbildungsstellenangebot
Die Entspannung des Ausbildungsstellenmarktes ging vor allem auf einen deutlichen Zuwachs bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen zurück, deren Anzahl gegenüber 2010 um 6,6 % zunahm. Während das betriebliche Ausbildungsangebot stieg, sank die Zahl der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsplätze um 20,6 %. Das Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen vergrößerte sich um 5,5 %.

Die Zunahme des betrieblichen Ausbildungsangebotes wurde von einem massiven Anstieg bei den unbesetzten Ausbildungsstellen begleitet. Ihre Zahl erhöhte sich um 55,6 % und wuchs damit stärker als in den anderen Regionen. Insgesamt standen hier 85,2 unbesetzten Ausbildungsstellen 100 unversorgte Bewerber/-innen gegenüber.

Im Gegensatz zu den anderen Regionen verschlechterte sich das Verhältnis von betrieblichen Ausbildungsplätzen zu den Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen um 1,2 Prozentpunkte auf 68,4 %. Dieser Rückgang ist vor allem der hohen Anzahl der Arbeitsagenturbezirke mit doppelten Abiturjahrgängen zuzuschreiben. Insgesamt entfiel mehr als die Hälfte der Arbeitsagenturbezirke mit doppelten Abiturjahrgängen (25 von 47) auf Regionen mit deutlich überdurchschnittlicher Ausbildungs-Nachfrage-Relation. Bei Bereinigung der Schulabgängerzahlen um doppelte Abiturjahrgänge stellt sich das Verhältnis anders dar. Danach kamen in diesen Regionen 76,6 betriebliche Ausbildungsplätze auf 100 Schulabgänger/Schulabgängerinnen, was einer Steigerung um 6,9 Prozentpunkte gegenüber 2010 entspricht.

Ausbildungsnachfrage
Mit einem Wachstum von 1,1 % fiel die Steigerung der Ausbildungsnachfrage zwar größer aus als im Bundesdurchschnitt (+0,4 %), blieb aber klar hinter dem Angebotszuwachs bei betrieblichen und überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsplätzen (+5,5 %) zurück.

Der Anteil der Nachfrager/-innen nach erweiterter Definition pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen verringerte sich um 5,3 Prozentpunkte auf einen Wert von 71,4 %. Auch bei dieser Entwicklung spielten die doppelten Abiturjahrgänge eine wesentliche Rolle. Bei Verwendung der bereinigten Schulabgängerzahlen ergibt sich ein Anteilswert von 80 %, was einer Steigerung um 3,2 Prozentpunkte entspricht.

Erheblich verringert hat sich der Bestand an unversorgten Bewerbern. Ihre Zahl sank um 15,8 % und ging damit stärker als in den Regionen mit durchschnittlicher und unterdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation zurück.

Regionen mit unterdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation

Ausbildungsstellenmarkt
In der Gruppe der Regionen mit unterdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation nach erweiterter Definition entfielen auf 100 Nachfragende lediglich 80,2 betriebliche Ausbildungsplätze; dies waren 7,8 weniger als im Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zum Vorjahr verbesserte sich die Relation zwar um 4,9 Prozentpunkte, mit einer Spanne von 84,7 bis 67,9 blieb die Situation für Ausbildungsinteressierte aber insgesamt ungünstig.

Negativ verlief auch die Entwicklung bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Entgegen dem Bundestrend war ihre Zahl leicht rückläufig und nahm im Vergleich zu 2010 um 0,3 % ab.

Ausbildungsangebot
Während die Zahl der betrieblichen Ausbildungsangebote um 4,5 % stieg, nahm das Angebot an überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsplätzen um 26,6 % ab. Insgesamt standen in den betreffenden Regionen 7,8 % weniger zu besetzende Ausbildungsstellen zur Verfügung als noch 2010. Trotz des deutlichen Nachfrageüberhanges blieben knapp 7.000 Ausbildungsplätze unbesetzt, was einem Anstieg um 42,8 % entspricht. Insgesamt kamen 21,9 unbesetzte Ausbildungsstellen auf 100 unversorgte Bewerber/-innen.

Bezogen auf die Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen konnte sich das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen leicht verbessern. Pro 100 Schulabgänger/-innen standen 60,7 betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung, das waren 2,5 mehr als im Vorjahr. Ausgehend von den bereinigten Schulabgängerzahlen lag die Quote bei 63,1 %.

Ausbildungsnachfrage
Entgegen dem positiven Bundestrend (+ 0,4 %) ging die erweiterte Ausbildungsplatznachfrage um 1,8 % zurück. Ebenfalls rückläufig war die Zahl der Nachfrager/-innen pro 100 Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen, die um 1,5 Prozentpunkte abnahm und auf 75,7 sank. Ähnlich wie in den anderen Regionen wurde die Entwicklung stark von den doppelten Abiturjahrgängen beeinflusst. So ergibt sich hier nach Abzug der doppelten Abiturjahrgänge ein positives Quotenwachstum um 1,3 Prozentpunkte auf 78,6.

Deutlich rückläufig war der Bestand der unversorgten Lehrstellenbewerber/-innen, der gegenüber 2010 um 9,2 % abnahm. In Relation zur Anzahl der Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen blieb die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen jedoch überdurchschnittlich hoch. Während im Bundesdurchschnitt auf 100 Schulabgänger/-innen 8,9 (9,5) unversorgte Bewerber/-innen kamen, waren es in den hier betrachteten Regionen 11,9 (12,3).[36]

(Tobias Hucker)

36 Die in Klammern angegebenen Werte beziehen sich auf die um doppelte Abiturjahrgänge bereinigten Schulabgängerzahlen.

A2 Vorausschätzung des Ausbildungsplatzangebots und der Ausbildungsplatznachfrage

A2.1 Rückblick auf die Vorausschätzung für 2011

Bei der Vorausschätzung der Entwicklung des Ausbildungsmarktes 2011 stand die Frage im Mittelpunkt, ob die doppelten Abiturientenjahrgänge in Bayern und Niedersachsen sowie die Aussetzung der Wehrpflicht zu einer Verschlechterung der Ausbildungschancen der Jugendlichen führen könnten (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A2). Die damals durchgeführten Berechnungen ließen jedoch keine größeren Belastungen für den Ausbildungsmarkt 2011 erwarten, zumal davon ausgegangen wurde, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung für zusätzliche betriebliche Ausbildungsangebote sorgen dürfte. Im Gegenteil wurde davon ausgegangen, dass „für 2011 mit einem deutlich stärkeren Anstieg des Ausbildungsplatzangebots als der Nachfrage zu rechnen ist und sich infolgedessen die Ausbildungschancen der Jugendlichen verbessern". Erwartet wurde, dass die Angebots-Nachfrage-Relation von ANR = 89,9 Ausbildungsplatzangeboten je 100 Ausbildungsplatznachfragen (im Jahr 2010) auf nunmehr ANR = 92,5 steigen sollte (ANR nach der erweiterten Berechnung der Ausbildungsplatznachfrage E).

Diese Erwartung wurde bestätigt. Ungeachtet der Wehrpflichtaussetzung und doppelter Abiturientenjahrgänge entspannte sich der Ausbildungsmarkt aus Sicht der Jugendlichen. Die Angebots-Nachfrage-Relation stieg sogar auf ANR = 92,7 (erweiterte Berechnungsformel E) und lag damit um 0,2 Prozentpunkte höher als vorausgeschätzt. Allerdings fiel die Steigerung des Ausbildungsplatzangebots nicht so hoch aus, wie erwartet worden war (+38.800). Zwar nahm das *betriebliche* Angebot (vgl. Kapitel A1.1) um 30.800 zu, doch ging das außerbetriebliche Angebot um 10.500 zurück. Da aber die Ausbildungsplatznachfrage (berechnet nach der erweiterten Formel) nur moderat stieg (+2.300), verbesserten sich die Ausbildungsmarktverhältnisse insgesamt deutlich.

E Ausbildungsplatzangebot, Ausbildungsplatznachfrage und Angebots-Nachfrage-Relation

Das **Ausbildungsplatzangebot** errechnet sich in Anlehnung an § 86 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) als Summe der zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September neu besetzten Ausbildungsplätze (= neu abgeschlossene Ausbildungsverträge) und der bei den Beratungs- und Vermittlungsdiensten registrierten Berufsausbildungsstellen, die Ende des Berichtsjahres[37] (30. September) noch nicht besetzt waren.

Zur **Ausbildungsplatznachfrage** zählen in Anlehnung an § 86 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September einen neuen Ausbildungsvertrag abschlossen (= erfolgreiche Nachfrage) oder aber *zum* Stichtag 30. September bei der Bundesagentur für Arbeit als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert waren, welche auch noch *zu diesem Zeitpunkt* nach einer Berufsausbildungsstelle suchten (= erfolglose Nachfrage). Im Rahmen der **traditionellen Nachfrageberechnung** werden zu den noch suchenden Bewerbern und Bewerberinnen nur jene gerechnet, für die zum Stichtag 30. September keine alternative Verbleibsmöglichkeit wie z. B. Praktika oder berufsvorbereitende Maßnahmen registriert werden konnte. Im Rahmen der **erweiterten Nachfrageberechnung** werden auch jene Bewerber/-innen zu den noch Suchenden gezählt, die aus solchen Alternativen heraus weiter nach einer Ausbildungsgelegenheit suchen.

Die **Angebots-Nachfrage-Relation** gibt an, wie viele Ausbildungsplatzangebote rechnerisch auf 100 Ausbildungsplatznachfrager/-innen entfallen. Da die Ausbildungsplatznachfrage in 2 verschiedene Varianten berechnet wird (siehe oben), gibt es auch 2 verschiedene Formeln zur Ermittlung der Angebots-Nachfrage-Relation. Dabei führt die **traditionelle Formel** stets zu numerisch höheren Werten als die **neue, erweiterte Formel.**

37 Wenn im Folgenden von „Jahr" oder „Berichtsjahr" die Rede ist, ist – sofern nicht explizit anders vermerkt – stets der Zeitraum vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September des genannten Jahres gemeint.

A2.2 Vorausschätzung der Ausbildungsmarktverhältnisse im Jahr 2012

Ausbildungsplatzangebot

Die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots ist von zahlreichen Determinanten abhängig, die sich teilweise gegenseitig beeinflussen und deren Veränderungen zum Teil nur schwer vorherzusagen sind. Dazu zählen unter anderem die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (z. B. Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes, des Auftragseingangs der Unternehmen) und die Entwicklung des Arbeitsmarktes (z. B. der Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen).

Zur Abschätzung des Ausbildungsplatzangebots hat das BIBB deshalb den Aufbau eines „Ökonometrischen Prognose- und Simulationsmodells des Ausbildungssystems“ (PROSIMA) initiiert. Dabei handelt es sich um ein komplexes, zeitreihengestütztes Simulationsmodell, das vielfältige Einflussgrößen auf die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots berücksichtigt. Eine umfassende Beschreibung des Modells findet sich im BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A2 und bei Lösch/Kau (2005).

Als ein bekannter und besonders relevanter Richtwert für die Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dient die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes. Allerdings ist die Vorhersage dieser Größe mit größeren Herausforderungen verbunden. Dies gilt insbesondere für PROSIMA: „Können Regierung, internationale Organisationen sowie die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognosen im Laufe des Jahres 2012 aufgrund der aktuell eingehenden Informationen nahezu stetig korrigieren, sind die Prognosen von PROSIMA, basierend auf den Informationen zu Beginn des Jahres, festgelegt. Daher sind die Vorhersagen für die zentralen Größen immer als Szenarioprognosen zu verstehen, die sich im Rahmen der prognostizierten konjunkturellen Entwicklung einstellen“ (Lösch/Maier 2012).

PROSIMA schätzt modellendogen die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes für das Jahr 2012 auf 2 % (Lösch/Maier 2012).[38] Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011, S. 11) geht in seinem Gutachten von einem Wachstum von ca. 0,9 % aus, auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nimmt in seiner Kurzfristprognose ein Wachstum von ca. 1 % an (Fuchs u. a. 2011). Versteht man diese Werte als weitgehend valide Richtgrößen, so würde das Wachstum in PROSIMA mit 2 % etwas überschätzt.

Allerdings besteht durch das Simulationsmodel PROSIMA auch die Möglichkeit, unterschiedliche Szenarien hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen. Geht man nun von einem Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von 1 % für 2012 aus, gelangt man zu einer Punktprognose des Ausbildungsplatzangebots von 606.245 Stellen. Demnach käme es gegenüber dem Vorjahr 2011 zu einer Steigerung des Ausbildungsplatzangebots um rund 6.400 Plätze → **Tabelle A2.2-1**.[39]

Bei einer Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes um 1 Prozentpunkt auf 2 % würde sich das Ausbildungsplatzangebot um weitere ca. 5.000 Plätze erhöhen. Nach den Simulationsergebnissen von PROSIMA ist ein Anstieg (Absinken) des wirtschaftlichen Wachstums um 1 Prozentpunkt somit gegenwärtig mit einer Angebotserhöhung (Verringerung) von ca. 5.000 Ausbildungsplatzstellen verbunden. Angesichts der Größe des Gesamtangebots an Ausbildungsplatzstellen sind die Auswirkungen wirtschaftlicher Änderungen für das kommende Jahr also als relativ gering und weniger bedeutsam als in früheren Zeiten einzuschätzen (vgl. dazu z. B. Werner 2005, S. 55 f.).[40]

---

38 Die Standardabweichung beträgt 0,5 %. Mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % liegt das modellendogen prognostizierte Wachstum für 2012 somit zwischen 1 % und 3 %.

39 Unter Berücksichtigung des üblichen Schätzfehlers ist der tatsächliche Wert des Ausbildungsplatzangebots mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % im Bereich zwischen 587.000 und 625.000 zu vermuten. Damit liegt die Untergrenze des Vertrauensintervalls leicht unter dem im Jahr 2011 erreichten Wert von 599.702.

40 Werner (2005, S. 55) veranschlagte für den Zeitraum 1993 bis 2003 den Effekt eines einprozentigen BIP-Wachstums auf 14.300 zusätzliche Ausbildungsplatzangebote, kam aber zugleich auch zu dem Schluss, dass in diesem Zeitraum zusätzliche Ausbildungsplätze „erst ab einem Wachstum des BIP von etwa 2,1 % angeboten wurden“.

Tabelle A2.2-1: **Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30.09.2012 (Angaben in Tausend)**

	Ist-Wert 2011	Prognose für 2012		
		Punktschätzung durch PROSIMA	Veränderung gegenüber 2011	Standardabweichung der Punktschätzung[1]
Ausbildungsplatzangebot	599,8	606,2	6,4	9,6
Unbesetzte Ausbildungsplätze	29,7	34,6	4,9	4,8
Ausbildungsplatznachfrage (erweiterte Definition)	646,9	644,8	-2,1	6,9
Ausbildungsplatznachfrage (alte Definition)	581,7	581,9	0,2	6,8
Unversorgte Bewerber/-innen	11,6	10,3	-1,3	2,3
Noch suchende Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09.	65,2	63,0	-2,2	2,7
Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Definition)	92,7	94,0	1,3	1,1
Angebots-Nachfrage-Relation (alte Definition)	103,1	104,2	1,1	1,1
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	570,1	571,6	1,5	6,5

[1] Maß für die Unsicherheit der Punktschätzung. Durch Verdoppelung der Standardabweichung lässt sich ungefähr der Wertebereich nach unten und oben abschätzen (Vertrauensintervall), innerhalb dessen der wahre Wert zu vermuten ist (bei fünfprozentiger Irrtumswahrscheinlichkeit).

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bundesagentur für Arbeit, Lösch/Maier (2012)

Die Ursachen hierfür dürften zum einen „Deckeneffekte“ sein. Angesichts der zuletzt überdurchschnittlich positiven Wirtschaftskonjunktur stoßen weitere Angebotssteigerungen bei einem Teil der Unternehmen womöglich bereits auf Grenzen ihrer innerbetrieblichen Ausbildungskapazität; das Ausbildungsplatzangebot reagiert damit nicht mehr so elastisch auf eine weitere Verbesserung der Wirtschaftslage. Zum anderen dürfte auch das sinkende „Angebot“ an Jugendlichen (als potenzielle Ausbildungsplatznachfrager/-innen) eine Rolle spielen. Die Unternehmen reagieren darauf, dass die Möglichkeiten von Neueinstellungen begrenzter als in früheren Jahren sind, und passen ihr Ausbildungsplatzangebot dementsprechend an.

Die Folgen des sinkenden Nachfragepotenzials E spiegeln sich allerdings auch in einem Anstieg der unbesetzten Ausbildungsplatzstellen wider. Nach PROSIMA wird sich deren Volumen im Jahr 2012 um ca. 5.000 Stellen auf 34.600 (2011: 29.700) erhöhen → **Tabelle A2.2-1**.[41]

41 Bei einem Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von 1 % liegt das Vertrauensintervall zwischen 20.000 und 44.000 unbesetzten Ausbildungsplatzstellen.

Ausbildungsplatznachfrage

Die Vorausschätzung der Ausbildungsplatznachfrage bezieht sich wie beim Ausbildungsplatzangebot auf den Stichtag 30. September. Da zu den Ausbildungsplatznachfragern neben den erfolgreichen Jugendlichen mit neuem Ausbildungsvertrag nur jene Ausbildungsstellenbewerber/-innen zählen, die *zu diesem Stichtag* noch nach einer Ausbildungsstelle suchen, bleiben im Rahmen der Nachfrageprognose all jene erfolglosen Bewerber/-innen unberücksichtigt, die ihre Suche bereits aufgegeben bzw. auf das nächste Jahr verschoben haben. Ihre Zahl war in den vergangenen Jahren durchaus beträchtlich, zumal zum Bilanzierungszeitpunkt das neue Ausbildungsjahr bereits mehrere Wochen alt ist und die Wahrscheinlichkeit, im Zuge des Nachvermittlungsgeschäfts in eine vollqualifizierende Berufsausbildungsstelle zu gelangen, relativ gering ausfällt (**vgl. Kapitel A1.1**).

Da der Anteil der Bewerber/-innen, die ihre Suche *vor* dem 30. September einstellen, in Abhängigkeit von den Marktverhältnissen schwankt, ist es erforderlich, diese Größe bei der Vorausschätzung der offiziellen Ausbildungsplatznachfrage zumindest als ergebnisrelevante Hintergrundvariable in das

Schätzmodell einzubeziehen. PROSIMA erreicht dies, indem es mit einer endogenen Variablen operiert, die sich als *Nachfragepotenzial* interpretieren lässt.

Im Allgemeinen wird das Nachfragepotenzial definiert als die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich im Laufe einer Berichtsperiode (1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September) an einer Ausbildung im entsprechenden Jahr interessiert zeigen. Es stammt aus 3 unterschiedlichen Personenkreisen:

1. aus dem Kreis der aktuellen Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen,
2. aus dem Kreis der aktuell Entlassenen aus den (teilqualifizierenden) beruflichen Schulen sowie
3. aus dem Kreis der Jugendlichen aus früheren Schulentlassjahren, die aber ebenfalls noch eine Berufsausbildung beginnen möchten.

E **Nachfragepotenzial**

Zum **Nachfragepotenzial** werden alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerechnet, die sich zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September für eine duale Berufsausbildung interessierten. Im Unterschied zur Ausbildungsplatznachfrage zählen hierzu auch jene Personen, die ihr Ausbildungsinteresse noch vor dem 30. September wieder aufgeben oder auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Das Nachfragepotenzial wird in PROSIMA nun durch eine endogene Größe abgebildet, die neben den Schulabgängern und Schulabgängerinnen des entsprechenden Jahres Bewerber/-innen berücksichtigt, die sich *im Laufe des Jahres* an einer Ausbildungsstelle interessiert zeigten. Darin sind auch jene Bewerber/-innen enthalten, die nicht in eine Berufsausbildungsstelle einmünden und dennoch ihre Suche vor dem 30. September einstellen oder sich im Zuge ihrer Berufswahl freiwillig umorientieren.[42]

PROSIMA rechnet nun für 2012 mit einem deutlichen Rückgang des Nachfragepotenzials um rund 30.000 Personen. Zum einen ebben die Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht ab (die 2011 zu einer zusätzlichen Nachfrage geführt hatten), und zum anderen werden in 2012 erneut die Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen als auch die Zahl der Altbewerber/-innen zurückgehen **vgl. Tabelle A2.3-1**.

Dennoch prognostiziert PROSIMA den offiziellen Umfang der Ausbildungsplatznachfrage zum Stichtag 30. September 2012 auf einen Wert von 644.800. Dies wären lediglich 2.100 weniger als ein Jahr zuvor → **Tabelle A2.2-1**. Demnach würde ein größerer Einbruch der Ausbildungsplatznachfrage in 2012 durch jene Bewerberkreise verhindert, die in früheren Jahren bzw. bei schlechterer Ausbildungsmarktlage ihre Ausbildungsplatzsuche vorzeitig abgebrochen hätten, nun aber – infolge der verbesserten Ausbildungschancen – ihre Suche erfolgreich beenden können. Damit gelangt PROSIMA auch zu einer verhalten optimistischen Vorausschätzung in Hinblick auf die weitere Entwicklung der Zahl der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager/-innen. Sie dürfte um 3.400 Personen auf insgesamt 73.300 Personen sinken. PROSIMA geht davon aus, dass sich darunter 10.300 unversorgte Bewerber/-innen (-1.300) und 63.000 noch suchende Bewerber/-innen mit Alternative (-2.200) befinden.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Nach PROSIMA führen die unterstellte positive wirtschaftliche Entwicklung (Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes um 1 %), der mäßige Anstieg des Ausbildungsplatzangebots (+6.400) und der geringfügige Rückgang der Nachfrage im Jahr 2012 zu 571.600 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und damit zu einem ähnlichen Ergebnis wie ein Jahr zuvor (2011: 570.140)[43] → **Tabelle A2.2-2**.

42 Da es auch zu freiwilligen Umorientierungen kommt, darf das Nachfragepotenzial nicht pauschal mit dem Versorgungsbedarf der Jugendlichen gleichgesetzt werden. Dieser ist niedriger, als er sich in der Potenzialgröße widerspiegelt.

43 PROSIMA geht dabei davon aus, dass Industrie und Handel ihre dominierende Marktstellung im Jahr 2012 noch weiter ausbauen dürften. Denn die doppelten Abiturientenjahrgänge, die 2012 in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen die Schulen verlassen, fragen vor allem Ausbildungsplätze in den kaufmännischen bzw. sonstigen Dienstleistungsberufen nach.

Tabelle A2.2-2: **Entwicklung der Ausbildungsmarktlage in Deutschland von 2001 bis 2012 (Ist-Werte bis 2011, Vorausschätzung für 2012)**

Jahr	Ausbildungsplatzangebot				Ausbildungsplatznachfrage						Angebots-Nachfrage-Relation	
	Insgesamt	darunter:			Insgesamt	darunter:					nach früherer Definition[1]	nach neuer, eweiterter Definition[2]
		erfolgreich besetztes Angebot	unbesetzte Angebote			erfolg-reiche Nachfrage	noch suchende Ausbildungsstellen-bewerber/-innen		darunter:			
			absolut	in %			absolut	in %	mit Alter-native zum 30.09.	unversorgte Bewerber/ -innen		
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12
2001	638.773	614.238	24.535	3,8	–	614.238	–	–	–	20.462	100,6	–
2002	590.328	572.323	18.005	3,0	–	572.323	–	–	–	23.383	99,1	–
2003	572.474	557.634	14.840	2,6	–	557.634	–	–	–	35.015	96,6	–
2004	586.358	572.980	13.378	2,3	–	572.980	–	–	–	44.084	95,0	–
2005	562.816	550.180	12.636	2,2	–	550.180	–	–	–	40.504	95,3	–
2006	591.554	576.153	15.401	2,6	–	576.153	–	–	–	49.487	94,6	–
2007	644.244	625.885	18.359	2,8	756.763	625.885	130.878	17,3	98.218	32.660	97,8	85,1
2008	635.849	616.342	19.507	3,1	712.667	616.342	96.325	13,5	81.810	14.515	100,8	89,2
2009	581.562	564.307	17.255	3,0	657.096	564.307	92.789	14,1	77.110	15.679	100,3	88,5
2010	579.565	559.960	19.605	3,4	644.557	559.960	84.597	13,1	72.342	12.255	101,3	89,9
2011	599.829	570.140	29.689	4,9	646.880	570.140	76.740	11,9	65.190	11.550	103,1	92,7
2012	606.200	571.600	34.600	5,7	644.800	571.600	73.300	11,4	63.000	10.300	104,2	94,0
Entwick-lung 2012 zu 2011	6.400	1.500	4.900	+0,8 %-Punkte	-2.100	1.500	-3.400	-0,5 %-Punkte	-2.200	-1.300	1,1	1,3
in %	1,1	0,3	16,5	–	-0,3	0,3	-4,5	–	-3,4	-10,8	–	–

[1] Als erfolglose Nachfrager/-innen werden hier lediglich die „unversorgten Bewerber" berücksichtigt; d. h., weiter suchende Bewerber/-innen mit alternativer Verbleibsmöglichkeit werden ausgeschlossen.

[2] Die Zahl der erfolglosen Nachfrager/-innen wird errechnet aus der Zahl aller bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerber/-innen, für die Ende September die Vermittlungs-bemühungen weiterlaufen.

Quellen: Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

Angebots-Nachfrage-Relation

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Schätzergebnisse sollte sich die Ausbildungsmarktlage für die Jugendlichen im Jahr 2012 weiter verbessern. PROSIMA rechnet mit einer Steigerung der Angebots-Nachfrage-Relation auf ANR = 94,0 (+1,3 Prozentpunkte gegenüber 2011) nach der neuen, erweiterten Berechnungsformel bzw. auf ANR = 104,2 (+1,1 Prozentpunkte gegenüber 2011) nach der alten, traditionellen Berechnungsformel.

Wie die Zeitreihen in → **Tabelle A2.2-2** zeigen, dürften die Ausbildungschancen der Jugendlichen im Jahr 2012 somit so gut ausfallen wie noch nie seit Beginn des neuen Jahrhunderts. Zwar fiel im Jahr 2001 das Ausbildungsplatzangebot mit 638.800 noch deutlich höher aus, als dies für 2012 erwartet wird. Doch ermöglichen die demografische Entwicklung und die daraus resultierende sinkende Ausbildungsplatznachfrage eine wesentlich bessere Marktposition der ausbildungsinteressierten Jugendlichen.

A2.3 Ausblick auf die weitere Entwicklung bis 2025

Für die kommenden Jahre dürfte sich der Trend zugunsten einer deutlich günstigeren Marktposition der Jugendlichen fortsetzen. Denn alle 3 Personenkreise, aus denen sich das Nachfragepotenzial nach dualer Berufsausbildung im Wesentlichen rekrutiert (aktuelle Abgänger/-innen, Absolventen und Absolventinnen aus allgemeinbildenden bzw. aus beruflichen Schulen sowie Altbewerber/-innen als ausbildungsinteressierte Personen aus früheren Schulentlassjahren), werden weiter schrumpfen → **Tabelle A2.3-1**.

Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen

So wird, wie Spalte 1 der → **Tabelle A2.3-1** zu entnehmen ist, die Zahl der *nicht studienberechtigten* Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen von 549.100 im Jahr 2011 auf 447.100 im Jahr 2025 absinken (-102.000 bzw. 18,6 %). Gegenüber 2005, als noch 703.400 Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen gezählt worden waren, wird der Rückgang sogar 256.300 Personen bzw. 36,4 % umfassen.

Tabelle A2.3-1: **Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen sowie der Altbewerber/-innen 2005 bis 2025**

Jahr	aus allgemeinbildenden Schulen		aus beruflichen Schulen		Altbewerber/-innen	
	nicht studienberechtigt	studienberechtigt	BVJ, BGJ und BFS	FOS und FGYM	Szenario 1[1]	Szenario 2[2]
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6
2005	703.436	235.843	303.793	105.569	342.060	342.060
2006	696.817	249.949	312.659	107.827	385.248	385.248
2007	677.587	264.542	302.587	119.422	384.878	384.878
2008	634.609	272.474	291.495	121.522	320.393	320.393
2009	597.018	273.727	277.713	117.409	256.174	256.174
2010	568.787	273.616	267.363	121.931	255.799	255.799
2011	549.088	316.689	257.039	120.715	234.747	234.747
2012	540.220	316.806	251.302	119.871	206.056	206.056
2013	556.943	335.717	241.735	118.436	187.660	184.284
2014	545.064	285.194	241.241	118.918	198.445	188.316
2015	531.033	292.830	235.844	118.966	207.719	190.838
2016	516.892	298.991	231.181	118.713	200.983	177.348
2017	502.601	289.790	226.764	116.653	193.069	162.682
2018	484.382	287.644	221.103	115.011	185.019	147.880
2019	478.375	282.261	215.129	112.449	174.847	130.954
2020	470.523	271.797	210.842	109.810	168.987	118.342
2021	469.879	269.162	206.386	106.983	168.525	111.127
2022	462.379	262.945	203.537	105.120	170.854	106.703
2023	460.379	263.795	200.715	103.614	173.367	102.464
2024	458.057	260.068	199.264	102.461	175.174	97.518
2025	447.124	258.055	197.343	101.869	179.676	95.268

BVJ = schulisches Berufsvorbereitungsjahr, BGJ = schulisches Berufsgrundbildungsjahr, BFS = Berufsfachschule (ohne vollqualifizierende Abschlüsse), FOS = Fachoberschule, FGYM = berufliches Fachgymnasium.

[1] Szenario 1: im Jahr 2011 rd. 600.000 Ausbildungsplatzangebote (Ist-Wert) und ab 2012 jährlich um 10.000 Plätze sinkendes Ausbildungsangebot.
[2] Szenario 2: im Jahr 2011 rd. 600.000 Ausbildungsplatzangebote (Ist-Wert) und ab 2012 konstante Werte von jeweils 600.000 Angeboten.

Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen: Ist-Werte bis 2010, Prognosewerte ab 2011. Altbewerber/-innen: Ist-Werte bis 2011, Prognosewerte ab 2012.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des Bundesinstitut für Berufsbildung

Zwar bleibt die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen bis 2014 im Vergleich zu 2011 noch relativ stabil (in 2013 steigt sie sogar noch einmal an), doch kommt es ab 2015 von Jahr zu Jahr zu kontinuierlichen Rückgängen.

Bei den *studienberechtigten* Abgängern/Abgängerinnen und Absolventen/Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen (Spalte 2) zeichnet sich eine tendenziell abweichende Entwicklungslinie ab. Denn die doppelten Abiturientenjahrgänge der Jahre 2011 und 2013 führ(t)en zunächst zu einem deutlichen Anstieg auf weit über 300.000 Personen. Ab 2014 sinken die Zahlen aber wieder auf unter 300.000, bleiben allerdings bis zum Ende dieses Jahrzehntes auf einem höheren Niveau als im Jahr 2010. Erst ab 2020 macht sich die demografische Entwicklung auch in einer chronisch sinkenden Zahl der Abiturienten/Abiturientinnen bemerkbar.

Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus teilqualifizierenden beruflichen Schulen

Die Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus teilqualifizierenden beruflichen Schulen rekrutieren sich nahezu ausschließlich aus Jugendlichen, die ein oder mehrere Jahre zuvor das allgemeinbildende Schulsystem *ohne Studienberechtigung* verlassen hatten. Abiturienten und Abiturientinnen sind in diesem Bildungssegment fast nicht zu finden. Deshalb verläuft der Trend ähnlich wie bei den nicht studienberechtigten Abgängern/Abgängerinnen und Absolventen/Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen. Die Zahl der Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus dem schulischen Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr und aus den teilqualifizierenden Berufsfachschulen wird von 257.000 im Jahr 2011 auf nur noch 197.300 im Jahr 2025 sinken. Die Differenz im Vergleich beider Jahre umfasst ein Minus von 59.700 Personen bzw. 23,2 % (→ **Tabelle A2.3-1**, Spalte 3).[44] Die Zahl der Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus den Fachoberschulen und beruflichen Fachgymnasien schrumpft im selben Zeitraum um 18.800 bzw. 15,6 % (Spalte 4). Der Rückgang setzt dabei aber im Wesentlichen erst ab 2017 ein.

Altbewerber/-innen

Als „Altbewerber" werden traditionellerweise ausbildungsinteressierte Jugendliche und junge Erwachsene bezeichnet, welche das allgemeinbildende oder berufliche Schulsystem bereits vor einem Jahr oder noch früher verlassen haben und sich von den Beratungs- und Vermittlungsdiensten als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registrieren lassen (**vgl. Kapitel A1.2**).

Wie Zeitreihenanalysen für den Zeitraum 1997 bis 2011 zeigen, ist die Zahl der Altbewerber/-innen nicht nur abhängig von Umfang der Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen, die in früheren Jahren die Schulzeit beendeten, sondern auch von der Höhe des Ausbildungsplatzangebots, das im Vorjahr oder noch früher die Ausbildungschancen der Jugendlichen mitbestimmte. Je höher das Angebot ausfiel, desto niedriger ist die Zahl der aktuellen Altbewerber/-innen.[45]

Die hier geschilderten Zusammenhänge lassen sich somit auch für eine Vorausschätzung künftiger Altbewerberzahlen nutzen. Zur künftigen Zahl der Schulabgänger/-innen – eine der beiden Determinanten der Altbewerberentwicklung – liegen die oben bereits genutzten Prognosen vor (→ **Tabelle A2.3-1**, Spalten 1 bis 4). Die Entwicklung des Aus-

44 Diese Vorausschätzungen basieren im Wesentlichen auf dem demografischen Trend. Es ist zu erwarten, dass die Zahl der Absolvierenden und Abgänger/-innen aus dem schulischen Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr und den teilqualifizierenden Berufsfachschulen bei einer relativ günstigen Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots noch deutlich stärker sinken könnte.

45 Für die Jahre 1997 bis 2011 lässt sich die jeweilige Zahl der Altbewerber/-innen recht effizient „vorhersagen" über die frühere Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen sowie über das frühere Ausbildungsplatzangebot (jeweils des Vor- und Vorvorjahres). Die multiple Korrelation allein dieser beiden Größen mit der Altbewerberzahl beträgt R = 0,957. Mit ß = ,861 fällt der absolute Betrag des standardisierten Regressionskoeffizienten der Schulabgängervariable dabei merklich größer aus als der Koeffizient des Ausbildungsplatzangebots (ß = -,425). Dies zeigt, dass der quantitative Umfang der Gruppe der „Altbewerber" nicht nur von den Ausbildungschancen der Jugendlichen abhängig ist, sondern auch anderen institutionellen Logiken folgt (z. B. entstehen „Altbewerber" allein dadurch, dass Jugendliche vor dem Beginn ihrer Ausbildung einen Bundesfreiwilligendienst absolvieren). – Vgl. zum Schätzansatz auch **Kapitel C3**, in dem mit einem ähnlich sparsamen Modell die Zahl künftiger Ausbildungsanfänger/-innen im „Übergangsbereich" vorausgeschätzt wird.

bildungsplatzangebots – die zweite Determinante der Altbewerberentwicklung – lässt sich über längere Zeiträume allerdings kaum verlässlich vorausschätzen. Deshalb wird an dieser Stelle mit 2 alternativen Szenarien gearbeitet (Spalten 5 und 6). Im 1. Szenario (Spalte 5) wird davon ausgegangen, dass das Ausbildungsplatzangebot in den Jahren 2012 bis 2025 kontinuierlich um jährlich 10.000 Plätze sinkt und sich das Angebot somit an die demografische Entwicklung anpasst. Das 2. Szenario (Spalte 6) ist optimistischer und fixiert die Höhe des Ausbildungsplatzangebots bis zum Jahr 2025 auf jährlich 600.000 (und damit auf das Ist-Ergebnis von 2011).

Wie nun die Ergebnisse zeigen, wird die Zahl der Altbewerber/-innen unter Zugrundelegung des 1. Szenarios (kontinuierlicher Ausbildungsplatzangebotsrückgang) von 234.700 im Jahr 2011 auf 179.700 im Jahr 2025 sinken (-55.100 bzw. -23,5 %). Noch deutlicher ist der Rückgang bei Verwendung des 2. Szenarios (Ausbildungsplatzangebot stets so hoch wie im Jahr 2011). In diesem Fall gäbe es 2025 nur noch 95.300 Altbewerber/-innen (-139.500 bzw. -59,4 %). Der Ergebnisvergleich der beiden Szenarien verdeutlicht den Einfluss des Ausbildungsplatzangebots auf die Entwicklung der Altbewerberzahl. Zugleich zeigt sich aber auch, dass die demografischen Veränderungen auf jeden Fall einen beträchtlichen Rückgang der Altbewerberzahlen erwarten lassen – selbst bei einer relativ ungünstigen Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots.[46]

(Tobias Maier, Joachim Gerd Ulrich)

46 Eine tendenzielle Unsicherheit ergibt sich für die Prognose infolge der schwer einzuschätzenden Zahl künftiger Studienabbrecher/-innen, die infolge der starken Zunahme der Studienanfänger/-innen erheblich wachsen könnte. 2011 verfügten allerdings nur 6,6 % der Altbewerber/-innen über eine allgemeine Hochschulreife (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2011); die Gruppe bildete somit bislang eine eher vernachlässigbare Größe.

A3 Bildungsverhalten von Jugendlichen – Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) führt die BA/BIBB-Bewerberbefragung zurzeit im Abstand von 2 Jahren gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf Weisung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durch. Die Befragung erfolgt jeweils nach Abschluss des Berichtsjahres der BA, das jeweils vom 1. Oktober eines Jahres bis zum 30. September des nachfolgenden Jahres dauert, und verfolgt das Ziel, die Daten der amtlichen Statistik durch wichtige Informationen zu ergänzen. Durch die BA/BIBB-Bewerberbefragung können Sachverhalte geklärt werden, die sich im Rahmen der Ausbildungsmarktstatistik der BA nicht ermitteln lassen, jedoch bildungspolitisch von großer Bedeutung sind. Die Bewerberbefragung fand zuletzt Ende 2010/Anfang 2011 statt und bezog sich auf das Berichtsjahr 2009/2010 E. Auf dieser Datenbasis wurden für die bildungspolitisch besonders relevante Gruppe der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund (**vgl. auch Kapitel A4.9**) die Übergangschancen in duale Berufsausbildung differenziert analysiert (**vgl. Kapitel A3.1**) und untersucht, wie sich die Unterstützung von Berufseinstiegsbegleitern und -begleiterinnen auf den Übergangserfolg in duale Ausbildung auswirkte (**vgl. Kapitel A3.2**).

E BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

Hierbei handelt es sich um eine schriftlich-postalische Repräsentativbefragung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Vermittlungsjahr 2009/2010 als Ausbildungsstellenbewerber/-innen gemeldet waren (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A3.2). Die BA zog zu diesem Zweck eine Stichprobe aus allen Bewerbern und Bewerberinnen, die ihren Wohnsitz im Inland hatten. 13.000 zufällig ausgewählte Personen erhielten den Fragebogen zugesandt (Bruttostichprobe). Nach Abschluss der Erhebungsphase, die von Anfang Dezember 2010 bis Mitte Februar 2011 dauerte, lagen 4.621 weitgehend vollständig ausgefüllte, auswertbare Fragebogen vor (Nettostichprobe). Die Rücklaufquote betrug damit 36 %.

Die Erhebungsdaten wurden über eine Soll-Ist-Anpassung – nach den Merkmalen Herkunftsregion, Geschlecht und offiziell registrierter Verbleib der Bewerber/-innen – gewichtet und auf die Grundgesamtheit der Bewerber/-innen mit inländischem Wohnsitz hochgerechnet.[47]

Das Besondere an dem Personenkreis der gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen ist, dass es sich hierbei um Jugendliche handelt, die nach Einschätzung der BA über die notwendige Ausbildungsreife und Berufseignung für eine duale Berufsausbildung verfügen. Allerdings umfasst diese Gruppe nicht alle Jugendlichen, die tatsächlich eine betriebliche Ausbildung anstreben. Vielmehr suchen auch Jugendliche ohne Einschaltung der Arbeitsagenturen oder Jobcenter nach einer Ausbildungsstelle. Wie viele Jugendliche jährlich auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle sind, kann nur näherungsweise bestimmt werden. Anhand der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (2010: 560.073) lässt sich jedoch abschätzen, dass rund 292.000 Jugendliche eine Ausbildung aufgenommen hatten, ohne dass sie bei der BA als Bewerber/-in registriert waren.[48] Als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert waren im Berichtsjahr 2009/2010 insgesamt 552.000 Personen. Dabei sind neben Bewerbern und Bewerberinnen, die in eine duale Ausbildung einmündeten, auch diejenigen einbezogen, die keinen dualen Ausbildungsplatz gefunden haben und in einer Alternative – z. B. einem Bildungsgang des Übergangssystems – oder unbekannt verblieben sind.

47 Weitere Informationen zu den regelmäßig durchgeführten BA/BIBB-Bewerberbefragungen sind im Internet unter **http://www.bibb.de/de/wlk30081.htm** abrufbar.

48 Von den insgesamt 551.944 gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen verblieben zum 30. September 2010 267.641 in einer Ausbildung. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge lag jedoch bei 560.073.

A3.1 Einmündungserfolg in duale Berufsausbildung von Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund differenziert nach Herkunftsregionen[49]

Nach der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 hatten von den rubd 552.000 im Berichtsjahr 2009/2010 gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen um eine Ausbildungsstelle insgesamt 26 % einen Migrationshintergrund E. Von ihnen kamen über ein Drittel (36 %) aus osteuropäischen Staaten und den GUS-Staaten. Sie selbst bzw. ihre Familien waren meist ab Ende der 1980er-Jahre als (Spät-)Aussiedler/-innen nach Deutschland gekommen. Fast ebenso groß war der Anteil der Bewerber/-innen mit türkischem oder arabischem Hintergrund (35 %), wobei die Mehrheit aus der Türkei stammte. Bei ihnen handelte es sich größtenteils um Nachfahren türkischer „Gastarbeiter/-innen", die in den 1960er- bis Anfang der 1970er-Jahre zuwanderten. Nur etwa halb so groß war die Gruppe der Bewerber/-innen südeuropäischer Herkunft (18 %), die ebenfalls oftmals aus ehemaligen Gastarbeiterfamilien kamen. Die übrigen Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund bzw. ihre Familien waren aus anderen Staaten der Erde nach Deutschland zugereist (12 %).

E Definition des Migrationshintergrunds

In der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 wurde das Vorliegen eines Migrationshintergrunds wie folgt indirekt definiert: Bewerber/-innen, die in Deutschland geboren waren und alleine die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und ausschließlich Deutsch als Muttersprache gelernt hatten, gelten als Deutsche ohne Migrationshintergrund; für alle anderen wird von einem Migrationshintergrund ausgegangen. Dies bedeutet allerdings, dass bei Jugendlichen, die zwar aus einer Familie mit einer Zuwanderungsgeschichte stammen, gleichzeitig aber einen deutschen Geburtsort, ausschließlich die Muttersprache Deutsch und ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit aufwiesen, der Migrationshintergrund nicht identifiziert werden konnte. Die Erfassung der hierfür notwendigen Informationen über die Herkunft der Eltern ist im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragungen generell nicht möglich.

Von den gemeldeten Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen mit Migrationshintergrund hatten 44 % einen Hauptschul-, Sonderschul- oder keinen Schulabschluss erreicht. Am häufigsten besaßen diejenigen mit südeuropäischer Herkunft maximal einen Hauptschulabschluss, und zwar mit 48 % fast die Hälfte. Bei türkisch-arabischem Hintergrund waren es 45 %, bei osteuropäischer Herkunft 43 %, bei Herkunft aus anderen Staaten 40 %. Lag hingegen kein Migrationshintergrund vor, so betrug der Anteil derjenigen mit maximal Hauptschulabschluss lediglich 33 %. 43 % der Bewerber/-innen aus Familien mit einer Zuwanderungsgeschichte verfügten über einen mittleren Schulabschluss, 10 % über die (Fach-)Hochschulreife. Bei türkisch-arabischer Herkunft war ein mittlerer Schulabschluss (45 %) relativ häufig zu verzeichnen, aber nur selten die (Fach-)Hochschulreife (7 %). Bei osteuropäischer Herkunft erreichten die entsprechenden Anteile 42 % bzw. 13 %, bei südeuropäischer Herkunft 38 % bzw. 10 %, bei Herkunft aus sonstigen Staaten 45 % bzw. 11 %. Von den Bewerbern und Bewerberinnen ohne Migrationshintergrund verfügten 51 % über einen mittleren Abschluss und 14 % über die (Fach-)Hochschulreife.

Die Unterschiede in den erreichten Schulabschlüssen sind vor allem damit zu erklären, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im deutschen Schulsystem erhebliche Nachteile haben. Bislang gelingt eine ausreichende Förderung der jungen Migranten und Migrantinnen in deutschen Schulen nicht, wie durch die internationalen Schulleistungstests in den vergangenen 10 Jahren immer wieder nachgewiesen wurde (vgl. u. a. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010). Dies führt dazu, dass sie bei Verlassen der allgemeinbildenden Schule viel häufiger als diejenigen ohne Migrationshintergrund über einen Hauptschulabschluss oder keinen Schulabschluss verfügen, womit ihre Ausgangsbedingungen beim Übergang in die Berufsausbildung bedeutend ungünstiger sind.

Die Analysen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 zeigen, dass das Engagement junger Migranten und

49 In diesem Kapitel sind die zentralen Ergebnisse des BIBB-Reports 16/11 dargestellt (vgl. Beicht 2011a).

Tabelle A3.1-1: **Einmündung in betriebliche bzw. betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen nach Migrationshintergrund und Schulabschlussniveau (Anteile je Personengruppe in %)[1]**

Einmündung in Ausbildung/ Schulabschluss	ohne Migrations-hintergrund	mit Migrations-hintergrund	*davon:* mit Herkunft aus:				Insgesamt
			ost-europäischen Staaten, GUS-Staaten	süd-europäischen Staaten	Türkei, arabischen Staaten	anderen Staaten	
Einmündung in *betriebliche* Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen							
bei maximal Hauptschulabschluss	27,8	23,7	29,1	22,4	19,7	21,9	26,5
bei mittlerem Schulabschluss	47,7	29,3	34,5	40,0	19,8	29,5	43,5
bei (Fach-)Hochschulreife	53,5	44,9	48,7	59,2	26,4	45,0	51,7
Insgesamt	**41,8**	**28,0**	**33,6**	**32,8**	**20,1**	**27,5**	**38,1**
Einmündung in *betriebliche/außerbetriebliche* Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen							
bei maximal Hauptschulabschluss	40,6	34,7	41,7	34,9	27,1	37,4	38,7
bei mittlerem Schulabschluss	51,1	32,2	37,1	42,2	22,9	33,9	46,8
bei (Fach-)Hochschulreife	55,5	46,4	52,1	59,2	26,4	45,0	53,6
Insgesamt	**48,3**	**34,4**	**40,6**	**40,5**	**24,8**	**35,6**	**44,6**

[1] Als „Einmündung" gilt hier, wenn im Berichtsjahr 2009/2010 einschließlich der Nachvermittlungsphase (d. h. von Oktober 2009 bis Ende 2010/Anfang 2011) eine Ausbildung aufgenommen wurde, die bis zum Befragungszeitpunkt andauerte. Zwischenzeitlich bereits wieder beendete Ausbildungsverhältnisse konnten hierbei nicht berücksichtigt werden, da diese Information in der BA/BIBB-Bewerberbefragung nicht erhoben wurde.

Basis: Bewerber/-innen des Vermittlungsjahres 2009/2010 (gewichtete Ergebnisse; ungewichtete Fallzahl: n = 4.566).

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

Migrantinnen bei der Ausbildungsplatzsuche oftmals besonders groß war. Trotzdem wurden sie deutlich seltener von Betrieben zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Während sich mehr als drei Fünftel (61 %) der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund persönlich in Betrieben vorstellen konnten, traf dies nur auf die Hälfte der Bewerber/-innen aus Familien mit einer Migrationsgeschichte zu. Besonders niedrig lag mit 46 % der Anteil bei Jugendlichen türkisch-arabischer Herkunft.

Bis zum Jahresende 2010 waren nur 28 % der Bewerber/-innen aus Familien mit einer Zuwanderungsgeschichte in eine *betriebliche* Berufsausbildung nach BBiG/HwO eingemündet, gegenüber 42 % bei denjenigen ohne Migrationshintergrund → **Tabelle A3.1-1**. Während bei einer osteuropäischen oder südeuropäischen Herkunft die Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung mit 34 % bzw. 33 % etwas häufiger gelang, waren es bei einem türkisch-arabischem Hintergrund lediglich 20 %.

Die Einmündungsquoten stiegen in der Regel an, je höher die Schulabschlüsse der Bewerber/-innen waren. Die Vorteile einer besseren schulischen Qualifikation fielen allerdings unterschiedlich aus: So erhöhte sich bei jungen Migranten und Migrantinnen der Anteil erfolgreicher Übergänge in *betriebliche* Ausbildung bei einem mittleren Schulabschluss (29 %) im Vergleich zu maximal einem Hauptschulabschluss (24 %) bei Weitem nicht so stark wie bei Jugendlichen ohne Migrationsgeschichte (48 % zu 28 %).

Bei Bewerbern und Bewerberinnen mit türkisch-arabischem Hintergrund ließ sich jedoch überhaupt kein Vorteil eines mittleren Schulabschlusses erkennen:

Die Übergangsquoten waren in diesem Fall mit 20 % ebenso niedrig wie bei maximal einem Hauptschulabschluss. Selbst wenn sie die (Fach-)Hochschulreife vorweisen konnten, blieben ihre Aussichten auf einen *betrieblichen* Ausbildungsplatz sehr gering (26 %). Bei Bewerbern und Bewerberinnen mit südeuropäischem Hintergrund war dies ganz anders: Während ihnen nur vergleichsweise selten der Übergang in *betriebliche* Ausbildung gelang, wenn sie maximal einen Hauptschulabschluss hatten (22 %), stieg ihre Erfolgswahrscheinlichkeit bei einem mittleren Schulabschluss beträchtlich an (40 %). Besaßen sie die (Fach-)Hochschulreife, so war ihre Einmündungsquote mit 59 % sogar die höchste im Vergleich zu den übrigen Herkunftsgruppen einschließlich der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Durch *außerbetriebliche Ausbildung*[50] in BBiG/HwO-Berufen wird zum Teil eine Kompensation für fehlende betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen, die benachteiligten Jugendlichen zugutekommen soll.[51] Bei Berücksichtigung auch dieser Ausbildungsform erhöhten sich die Übergangsquoten in duale Berufsausbildung zwar bei Bewerberinnen und Bewerbern mit bzw. ohne Migrationshintergrund auf 34 % bzw. 48 %,[52] der Abstand zwischen beiden Gruppen blieb damit aber unvermindert groß → **Tabelle A3.1-1**.

Vor allem stieg durch die *außerbetriebliche Ausbildung* der Anteil erfolgreicher Einmündungen in eine duale Ausbildung für Bewerber/-innen, die über maximal einen Hauptschulabschluss verfügten, deutlich an. Bei jungen Migrantinnen und Migranten führte dies dazu, dass die Aussichten auf einen (betrieblichen oder außerbetrieblichen) Ausbildungsplatz in BBiG/HwO-Berufen bei einem Hauptschulabschluss sogar höher waren als bei einem mittleren Schulabschluss. Dies traf auf alle Migrantengruppen mit Ausnahme der Jugendlichen südeuropäischer Herkunft zu. Am wenigsten profitierten bei maximal einem Hauptschulabschluss die Bewerber/-innen türkisch-arabischer Herkunft von der *außerbetrieblichen Ausbildung*: Während bei ihnen die Einmündungsquote nur um 7 Prozentpunkte anstieg, nahm sie bei vergleichbaren Bewerbern und Bewerberinnen ohne Zuwanderungsgeschichte sowie mit ost- bzw. südeuropäischer Herkunft um jeweils 13 Prozentpunkte zu.

Es ist bekannt, dass die Chancen für einen erfolgreichen Übergang in Berufsausbildung nicht allein vom erreichten Schulabschluss abhängen, sondern auch die Schulnoten, die im Such- und Bewerbungsprozess angewandten Strategien, die Situation auf dem Ausbildungsmarkt sowie die persönlichen Merkmale Geschlecht und Alter eine Rolle spielen. Um festzustellen, welche Faktoren für die Bewerber und Bewerberinnen des Berichtsjahres 2009/2010 von besonderer Relevanz waren, wurden multivariate Analysen (binäre logistische Regressionen) durchgeführt. Damit lässt sich für jedes einzelne Merkmal der eigenständige Effekt auf den Übergangserfolg in Ausbildung feststellen, denn die Einflüsse aller übrigen in die Analyse einbezogenen Größen werden dabei jeweils berücksichtigt. Vor allem kann auf diese Weise auch geklärt werden, ob die Chancen junger Migrantinnen und Migranten selbst bei gleichzeitiger Beachtung aller anderen Einflussgrößen immer noch geringer waren als die von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Die wichtigsten Ergebnisse der Analysen[53] zur Einmündung in *betriebliche Berufsausbildung* können wie folgt zusammengefasst werden:

- Die **schulische Qualifikation** der Ausbildungsstellenbewerber/-innen hatte grundsätzlich einen sehr großen Einfluss. Sowohl ein mittlerer und höherer Schulabschluss als auch gute Schulnoten in Deutsch und Mathematik ließen die Chancen auf einen erfolgreichen Übergang

50 Unter dem Begriff außerbetriebliche Ausbildung werden neben der außerbetrieblichen Ausbildung nach § 242 SGB III die Ausbildung an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO sowie Programme (z. B. Bund-Länder-Programme Ost) subsummiert.

51 Sie ist grundsätzlich für Jugendliche vorgesehen, die geringere Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz haben, sei es aufgrund der Ausbildungsmarktsituation („marktbenachteiligte" Jugendliche), sei es aufgrund anderer Benachteiligungen („sozial benachteiligte" Jugendliche bzw. Jugendliche mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen), **vgl. Kapitel A4.2.2**.

52 Nach der Ausbildungsmarktstatistik der BA betrug im Berichtsjahr 2009/2010 die Einmündungsquote in duale Berufsausbildung 48,5 % (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2011). Nach der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 ergab sich mit 44,6 % insgesamt eine etwas niedrigere Quote, was damit zu erklären ist, dass Einmündungen in Ausbildungsverhältnisse, die bis zum Befragungszeitpunkt Ende 2010/Anfang 2011 bereits wieder abgebrochen worden waren, unberücksichtigt blieben.

53 Zu den genauen Ergebnissen der Regressionsanalysen vgl. Beicht 2011.

beträchtlich ansteigen, im Vergleich zu maximal einem Hauptschulabschluss bzw. ausreichenden oder schlechteren Zensuren.

- Im **Such- und Bewerbungsprozess** erhöhten schriftliche Bewerbungen in mehreren Berufen die Erfolgschancen deutlich. Förderlich war es auch, wenn Jugendliche im Berufswahlprozess und bei der Ausbildungssuche alle wichtigen Fragen mit ihren Eltern erörterten. Positive Wirkungen gingen zudem von einer vorher absolvierten betrieblichen Einstiegsqualifizierung aus.
- Erhebliche Auswirkungen hatte die **Situation auf dem regionalen Ausbildungsmarkt.** War diese sehr günstig – mit einer Relation von ausbildungsinteressierten Jugendlichen zu betrieblichen Ausbildungsangeboten von 80 % und mehr –, so waren die Einmündungschancen in betriebliche Ausbildung immerhin dreimal so hoch wie bei einer schlechten Ausbildungsmarktlage in der Wohnregion der Bewerber/-innen (Relation von unter 50 %).
- Im Hinblick auf die **persönlichen Merkmale Geschlecht und Alter** zeigte sich, dass die Übergangschancen junger Männer deutlich besser waren als die junger Frauen und ältere Bewerber/-innen von über 20 Jahren geringere Erfolgsaussichten hatten als jüngere Bewerber/-innen.
- Lag ein **Migrationshintergrund** vor, so sanken die Chancen auf einen erfolgreichen Übergang in Ausbildung auch bei gleichzeitiger Berücksichtigung aller anderen Einflussfaktoren. Bewerber/-innen aus Familien mit einer Zuwanderungsgeschichte hatten somit insgesamt gesehen selbst *bei ansonsten gleichen Bedingungen* schlechtere Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Bei Betrachtung der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund getrennt nach den unterschiedlichen Herkunftsgruppen zeigen sich schlechtere Chancen zwar bei allen Gruppen, statistisch abgesichert ist dies jedoch nur noch für die Jugendlichen türkisch-arabischer Herkunft. Klar nachzuweisen ist allerdings, dass sich bei Bewerbern und Bewerberinnen türkisch-arabischer und osteuropäischer Herkunft ein mittlerer Schulabschluss weit weniger förderlich beim Zugang in eine betriebliche Ausbildung auswirkte als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

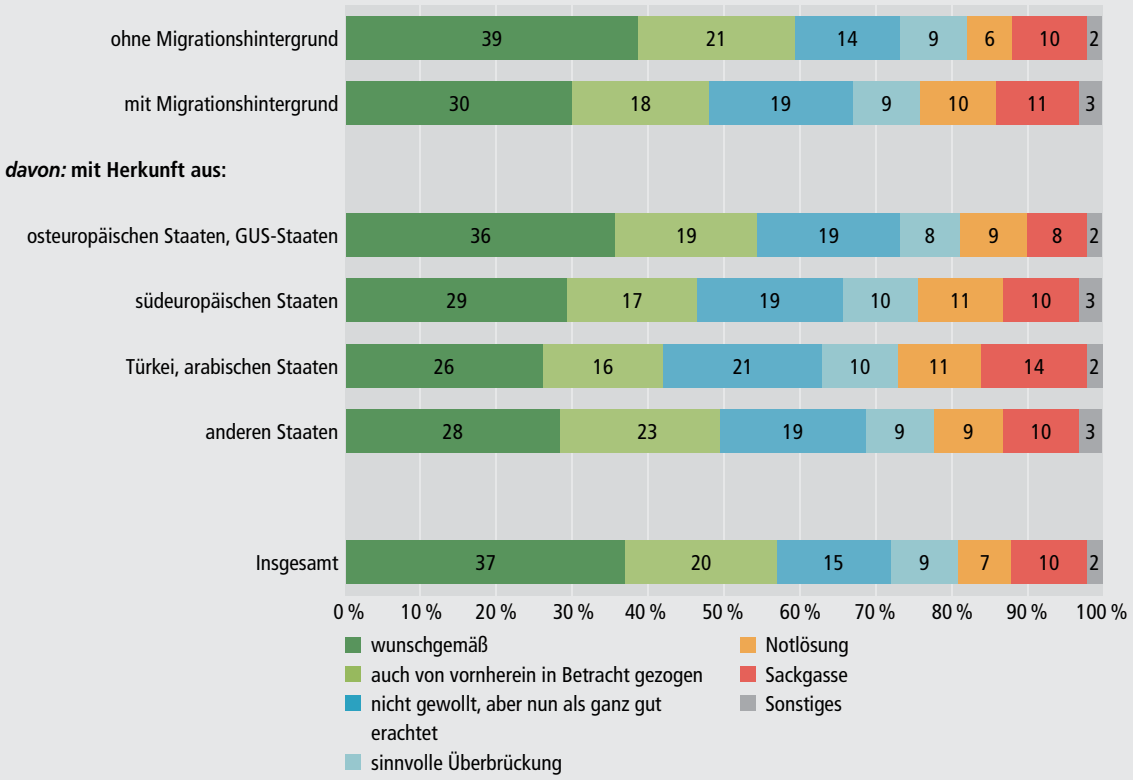
Wird in den Analysen über die betriebliche Ausbildung hinaus auch die *außerbetriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen* berücksichtigt, so ist als zentrales Ergebnis Folgendes hervorzuheben: Im Vergleich zu Bewerbern und Bewerberinnen ohne Migrationshintergrund verbesserten sich durch die außerbetriebliche Ausbildung die Übergangschancen junger Migranten und Migrantinnen *nicht*. Die außerbetriebliche Ausbildung schaffte demnach für junge Menschen mit Migrationshintergrund keinerlei Ausgleich für die schlechteren Chancen, die sie beim Zugang zu betrieblicher Ausbildung hatten. Dies galt insbesondere für junge Menschen türkisch-arabischer Herkunft.

Die Bewerber/-innen, die keinen betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildungsplatz in BBiG/HwO-Berufen gefunden hatten, waren am Jahresende 2010 in unterschiedliche Alternativen gemündet. Ein kleiner Teil befand sich in einer Ausbildung in einem Schulberuf oder in einem Studium (mit Migrationshintergrund: 6 %, ohne Migrationshintergrund: 7 %). Die übrigen Bewerber/-innen gingen z. B. weiter zur Schule, besuchten einen teilqualifizierenden Berufsbildungsgang, jobbten oder waren arbeitslos. Solche Verbleibe kamen bei jungen Migrantinnen und Migranten erheblich häufiger vor als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (55 % zu 40 %).

Insgesamt waren die Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund mit ihrer Situation daher auch unzufriedener als diejenigen ohne Migrationshintergrund. Wesentlich seltener bezeichneten sie ihren Verbleib als wunschgemäß oder als eine von vornherein ebenfalls in Betracht gezogene Alternative (48 % zu 60 %). Deutlich öfter stuften sie hingegen ihre Situation als „Notlösung“ oder als „Sackgasse“ ein (21 % zu 16 %); bei Jugendlichen mit türkisch-arabischer Herkunft traf dies sogar auf ein Viertel zu → **Schaubild A3.1-1**.

Worauf die geringeren Einmündungschancen in eine duale Ausbildung, die sich auch unter Kontrolle

Schaubild A3.1-1: **Bewertung des Verbleibs am Jahresende 2010 durch die Bewerber/-innen nach Migrationshintergrund (Anteile in %)**



Basis: Bewerber/-innen des Vermittlungsjahres 2009/2010 (gewichtete Ergebnisse; ungewichtete Fallzahl: n = 4.429).
Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

wesentlicher Einflussgrößen für junge Menschen mit Migrationshintergrund – und vor allem bei einer türkisch-arabischen Herkunft – deutlich zeigen, letztlich zurückzuführen sind, ist anhand der durchgeführten Analysen auf Datenbasis der BA/BIBB-Bewerberbefragung nicht aufzuklären. Andere vorliegende Studien deuten darauf hin, dass die Gründe für den wesentlich schwierigeren Zugang zu betrieblicher Ausbildung vor allem in den Selektionsprozessen der Betriebe bei der Vergabe ihrer Ausbildungsplätze zu suchen sind (Imdorf 2010a, 2010b).

A3.2 Einmündungserfolg in duale Berufsausbildung von Bewerbern und Bewerberinnen mit Einstiegsbegleitung

Seit Februar 2009 wird nach § 421s SGB III die Berufseinstiegsbegleitung an 1.000 ausgewählten allgemeinbildenden Schulen gefördert.[54] Ziel der Berufseinstiegsbegleitung ist es, leistungsschwächere Jugendliche auf dem Weg zu einem Schulabschluss sowie bei der Berufswahl und Ausbildungsstellensuche individuell zu unterstützen. Hierbei sollen fest

54 Seit November 2010 werden auch im Rahmen der BMBF-Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss" Berufseinstiegbegleiter an Schulen eingesetzt. Im Unterschied zu der Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III kann die aus dem BMBF-Sonderprogramm geförderte Begleitung bereits in der 7. Klasse mit einer Potenzialanalyse beginnen und bis zu einem Jahr nach Eintritt in eine Berufsausbildung andauern (**vgl. Kapitel C4.1**).

angestellte Berufseinstiegsbegleiter/-innen die Rolle von Mentoren und Mentorinnen übernehmen und ein besonderes Vertrauensverhältnis zu dem Jugendlichen aufbauen. Angesiedelt ist die Einstiegsbegleitung auf der Schulebene. Sie beginnt in den Vorabgangsklassen und endet spätestens 24 Monate nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule. Mündet der Jugendliche in eine Ausbildungsstelle ein, wird die Begleitung zur Stabilisierung des Ausbildungsverhältnisses bis zu 6 Monate fortgesetzt, sofern damit die maximale Förderdauer von 24 Monaten nach Verlassen der Schule nicht überschritten wird.

Im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 wurden die befragten Bewerber gebeten anzugeben, ob sie im Rahmen ihrer Ausbildungsstellensuche durch einen Berufseinstiegsbegleiter bzw. eine Berufseinstiegsbegleiterin (Mentor, Lotse) unterstützt wurden. Die Studie kann somit Hinweise auf Zusammenhänge zwischen einer Einstiegsbegleitung und der Einmündung in eine Ausbildungsstelle liefern. Aussagen zur Wirkung der Berufseinstiegsbegleitung können dagegen nicht getroffen werden, da keine Prozessdaten vorliegen und im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung eine besondere Gruppe – die bei der BA gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber – betrachtet wird. Welche Wirkung die Einstiegsbegleitung auf den Übergangsprozess hat und ob sie die individuellen Qualifikationen der Jugendlichen verbessert, werden die Ergebnisse der Evaluation zeigen, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegeben hat (**vgl. Kapitel A7.2**).[55]

Nach den Ergebnissen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 gaben von den rund 552.000 im Berichtsjahr 2009/2010 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen insgesamt 8 % an, während der Zeit der Ausbildungsstellensuche von einem Berufseinstiegsbegleiter bzw. einer -begleiterin unterstützt worden zu sein. Da die Berufseinstiegsbegleitung vor allem an Hauptschulen ansetzt, hat rund die Hälfte der geförderten Jugendlichen (48 %) maximal einen Hauptschulabschluss erworben. In der Gruppe der ungeförderten Bewerber/-innen traf dies dagegen nur auf 34 % zu. Aber auch Bewerber/-innen mit mittlerem Abschluss (39 %) und selbst mit Fachhochschul- oder Hochschulreife (10 %) waren unter jenen vertreten, die beim Übergang durch einen Berufseinstiegsbegleiter bzw. eine Berufseinstiegsbegleiterin unterstützt wurden. Bei den Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen ohne Einstiegsbegleitung fielen die jeweiligen Anteile höher aus (mittlerer Abschluss: 50 %, Fachhochschul- oder Hochschulreife: 13 %). Hinsichtlich weiterer Merkmale wie beispielsweise des Alters oder des Geschlechts ließen sich keine nennenswerten Unterschiede zwischen den geförderten und ungeförderten Bewerbern und Bewerberinnen feststellen. So wurden etwa 9 % der gemeldeten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund und 8 % der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung professionell unterstützt.

Was das Bewerbungsverhalten betrifft, so zeigen die Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010, dass Personen mit Einstiegsbegleitung zwar etwas aktiver waren als Bewerber/-innen, die nicht betreut wurden. Allerdings erwiesen sich diese Unterschiede statistisch als nicht signifikant. Lediglich bei der Informationssuche waren signifikante Unterschiede zwischen geförderten und ungeförderten Personen feststellbar. So nutzten bei der Ausbildungsstellensuche 78 % der Bewerber/-innen mit Einstiegsbegleitung die Jobbörse der BA im Internet und 44 % weitere Internetjobbörsen. Die entsprechenden Anteile lagen bei den Bewerbern und Bewerberinnen ohne Berufseinstiegsbegleitung bei 68 % und 38 %.

Jugendliche, denen eine Berufseinstiegsbegleitung zur Seite stand, gaben seltener an, sie hätten während der Zeit der Lehrstellensuche mehr Unterstützung benötigt. So beklagten 7 % der Ausbildungsstellenbewerber/-innen mit Einstiegsbegleitung, aber ein Viertel der Bewerber/-innen ohne Begleitung, die Unterstützung beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung sei nicht ausreichend gewesen.

---

55 Die Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III wird im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales durch ein Forschungskonsortium evaluiert. Informationen über die Evaluationen können unter **http://www.iaw.edu/iaw/De:Forschung:Arbeitsm%C3%A4rkte_und_Soziale_Sicherung:Laufende_Projekte:BerEB** abgerufen werden.

Tabelle A3.2-1: **Einmündung in betriebliche, außerbetriebliche und Ausbildung insgesamt in BBiG/HwO-Berufen nach Berufseinstiegsbegleitung und Schulabschlussniveau (Anteile je Personengruppe in %)[1]**

Einmündung in Ausbildung/Schulabschluss	mit Berufseinstiegsbegleitung	ohne Berufseinstiegsbegleitung	Insgesamt
Einmündung in *betriebliche* Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen			
bei maximal Hauptschulabschluss	26,7	29,4	29,1
bei mittlerem Schulabschluss	53,5	46,4	46,8
bei (Fach-)Hochschulreife	67,6	53,9	54,7
Insgesamt	**41,7**	**41,4**	**41,5**
Einmündung in *außerbetriebliche* Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen			
bei maximal Hauptschulabschluss	29,5	11,3	13,3
bei mittlerem Schulabschluss	8,5	3,0	3,4
bei (Fach-)Hochschulreife	2,7	1,8	1,9
Insgesamt	**18,3**	**5,8**	**6,7**
Einmündung in *betriebliche bzw. außerbetriebliche* Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen			
bei maximal Hauptschulabschluss	56,3	40,6	42,3
bei mittlerem Schulabschluss	62,0	49,4	50,2
bei (Fach-)Hochschulreife	70,3	55,7	56,6
Insgesamt	**60,0**	**47,2**	**48,2**

[1] Als „Einmündung" gilt hier, wenn im Berichtsjahr 2009/2010 einschließlich der Nachvermittlungsphase (d. h. von Oktober 2009 bis Ende 2010/Anfang 2011) eine Ausbildung aufgenommen wurde, die bis zum Befragungszeitpunkt andauerte. Zwischenzeitlich bereits wieder beendete Ausbildungsverhältnisse konnten hierbei nicht berücksichtigt werden, da diese Information in der BA/BIBB-Bewerberbefragung nicht erhoben wurde.

Basis: Bewerber/-innen des Vermittlungsjahres 2009/2010 (gewichtete Ergebnisse; ungewichtete Fallzahl: n = 4.511).

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

Einmündung in eine duale Berufsausbildung

Vergleicht man die Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die begleitet wurden, mit den Bewerbern und Bewerberinnen, die ohne professionelle Begleitung den Übergang bewältigen mussten, so zeigen sich bei der Einmündung in eine *betriebliche Ausbildung* nach BBiG/HwO zunächst keine Unterschiede: 41,7 % der Bewerber/-innen mit Berufseinstiegsbegleitung und 41,4 % der Bewerber/-innen ohne Begleitung hatten eine betriebliche Berufsausbildung begonnen. Verfügten Bewerber/-innen jedoch über eine Studienberechtigung oder einen mittleren Schulabschluss, mündeten sie, wenn sie eine Einstiegsbegleitung erhielten, häufiger in eine betriebliche Ausbildungsstelle ein, als wenn sie nicht unterstützt wurden → **Tabelle A3.2-1**.

Große Unterschiede zeigen sich bei der Einmündung in eine *außerbetriebliche Ausbildung* nach BBiG/HwO. Wurden Bewerber/-innen von einem Berufseinstiegsbegleiter bzw. einer -begleiterin betreut, verblieben sie mit 18,3 % rund dreimal häufiger in einer außerbetrieblichen Ausbildungsstelle als ungeförderte Bewerber/-innen → **Tabelle A3.2-1**.

Um zu überprüfen, ob die professionelle Unterstützung durch Berufseinstiegsbegleiter bzw. -beglei-

terinnen auch unter Berücksichtigung der anderen Faktoren einen positiven Einfluss auf die Einmündungschance in eine betriebliche bzw. außerbetriebliche Ausbildung hat, wurden Regressionsanalysen (binäre logistische Regressionen) durchgeführt. Hierzu wurde auf das in **Kapitel A3.1** vorgestellte Regressionsmodell zur Einmündung in eine betriebliche Ausbildungsstelle zurückgegriffen und zusätzlich die Interaktionen zum einen zwischen dem Migrationshintergrund der Bewerber/-innen und der Einstiegsbegleitung sowie zum anderen dem Schulabschluss der Bewerber/-innen und der Einstiegsbegleitung berücksichtigt. Des Weiteren wurden Regressionsmodelle zur Überprüfung der Zusammenhänge zwischen der Einstiegsbegleitung und den Einmündungschancen in eine außerbetriebliche Ausbildung untersucht.

Übergangserfolg in eine betriebliche Ausbildungsstelle

Unter Kontrolle der schulischen Qualifikationen, des Such- und Bewerbungsverhaltens, der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt und persönlichen Merkmalen (**vgl. Kapitel A3.1**) hatte die Tatsache, dass Jugendliche von einem Berufseinstiegsbegleiter bzw. einer Berufseinstiegsbegleiterin betreut wurden, insgesamt keinen signifikanten Einfluss auf den Einmündungserfolg in eine betriebliche Ausbildung. Dennoch verbesserte die Einstiegsbegleitung die Übergangschancen bei bestimmten Gruppen. So hatten Migranten und Migrantinnen, die durch eine Einstiegsbegleitung unterstützt wurden, signifikant höhere Chancen, in eine betriebliche Ausbildungsstelle einzumünden, als Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht unterstützt wurden. Ferner zeigt sich auch unter Berücksichtigung aller anderen Faktoren, dass Studienberechtigte und Bewerber/-innen mit mittlerem Abschluss signifikant höhere Einmündungschancen hatten, wenn sie von einem Einstiegsbegleiter bzw. einer Einstiegsbegleiterin betreut wurden, als wenn sie nicht gefördert wurden.

Übergangserfolg in eine außerbetriebliche Ausbildungsstelle

Wird ausschließlich die Einmündungschance in eine außerbetriebliche Berufsausbildung betrachtet, verändern sich im Vergleich zum betrieblichen Einmündungsmodell die einflussnehmenden Variablen. So wirkt sich beispielsweise weder die elterliche Unterstützung noch die Schulnoten auf die Chance aus, in eine außerbetriebliche Ausbildung einzumünden. Anders als beim marktgeregelten Zugang in eine betriebliche Ausbildung hatten ältere Bewerber/-innen und Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss bessere Chancen, eine außerbetriebliche Ausbildungsstelle aufzunehmen, als jüngere Bewerber/-innen bzw. diejenigen mit mittlerem oder höherem Schulabschluss. Was die Berufseinstiegsbegleitung betrifft, so erhöhte diese – anders als beim Zugang zu einer betrieblichen Ausbildungsstelle – die Übergangschance in außerbetriebliche Ausbildung enorm, und zwar sowohl bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund als auch bei Bewerbern und Bewerberinnen ohne Migrationshintergrund.

Die Analysen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 geben Hinweise darauf, dass eine individuelle Berufseinstiegsbegleitung den Übergang in eine duale Ausbildung zu erleichtern vermag. Vor allem Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund scheint sie die Tür in eine betriebliche Ausbildungsstelle zu öffnen. Der förderliche Einfluss der Einstiegsbegleitung ist hier möglicherweise auf die von den Betrieben antizipierte Unterstützung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund während der Ausbildung zurückzuführen. Denn die Betreuung der Jugendlichen endet nicht mit der Einmündung in eine Berufsausbildung, sondern erfolgt auch noch während der Ausbildung. Eine Tatsache, die Betriebe als wichtigen Faktor zur Verbesserung des Übergangs bewerten (Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung 2011) und die sie daher bewogen haben könnte, Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund einzustellen – trotz möglicher Skepsis ihnen gegenüber (Imdorf 2010a, 2010b).

Warum Jugendliche mit Hauptschulabschluss keine erhöhten Übergangschancen in eine betriebliche Ausbildung haben, wenn sie durch einen Berufseinstiegsbegleiter bzw. eine Berufseinstiegsbegleiterin unterstützt wurden, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Denkbar wäre, dass die Berufseinstiegsbegleiter und -begleiterinnen bei Bewerbern und Bewerberinnen mit Hauptschulabschluss von

vornherein auf den Beginn einer außerbetrieblichen Ausbildung hinwirken oder alternative Bildungswege aufzeigen. Aber auch individuelle Entscheidungsprozesse aufseiten der Jugendlichen und ihrer Einstiegsbegleitung (z. B. weiterer Schulbesuch, um die Qualifikation zu verbessern) könnten dazu geführt haben, dass für sie trotz professioneller Unterstützung keine erhöhten Übergangsraten in betriebliche Ausbildung verbucht werden konnten.

A3.3 Zusammenfassung

Anhand der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010, einer repräsentativen schriftlich-postalischen Befragung von bei der BA gemeldeten Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen des Berichtsjahres 2009/2010, kann der Migrationshintergrund der gemeldeten Bewerber/-innen differenziert abgebildet werden. Damit liefert die Befragung wichtige Hinweise zu den Übergangschancen von Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund und ergänzt die Ausbildungsmarktstatistik der BA, die lediglich die Staatsangehörigkeit der gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen erfasst.

Die Analysen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 zeigen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund unter Kontrolle zentraler einflussnehmender Variablen, wie beispielsweise der regionalen Ausbildungsplatzsituation, dem Bewerbungsverhalten oder der schulischen Qualifikation, geringere Chancen auf den Erhalt einer betrieblichen Ausbildungsstelle haben als Personen ohne Migrationshintergrund. Besonders benachteiligt sind Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen mit türkisch-arabischem Hintergrund. Stand den Migranten und Migrantinnen jedoch ein Berufseinstiegsbegleiter bzw. eine Berufseinstiegsbegleiterin zur Seite, verbesserten sich ihre Zugangschancen in eine betriebliche Ausbildung signifikant. Die Ergebnisse deuten somit an, dass die professionelle Übergangsbegleitung die Benachteiligungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund beim Übergang in eine betriebliche Ausbildung teilweise aufzufangen vermag. Bei Bewerbern und Bewerberinnen mit Hauptschulabschluss konnte jedoch keine Chancenverbesserung festgestellt werden, wenn sie professionell begleitet worden waren.

Betrachtet man neben der betrieblichen Ausbildung auch die Übergangschance in eine außerbetriebliche Ausbildung bzw. alleine den Zugang in eine außerbetriebliche Ausbildung, zeigen sich bei einer Unterstützung durch einen Berufseinstiegsbegleiter bzw. eine Berufseinstiegsbegleiterin keine Chancenunterschiede zwischen Bewerbern und Bewerberinnen mit und ohne Migrationshintergrund. Deutlich wird zudem der insgesamt starke Zusammenhang zwischen der Berufseinstiegsbegleitung und dem Übergang in außerbetriebliche Ausbildung.

(Ursula Beicht, Verena Eberhard)

A4 Indikatoren zur Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung

A4.1 Anerkannte Ausbildungsberufe

A4.1.1 Zukünftige Entwicklungen hinsichtlich der Neuordnung anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO

Umsetzung des Deutschen Qualifikationsrahmens wird verstetigt – Ordnungsmittel sind zugeordnet und zukünftig kompetenzbasiert zu gestalten

Am 31. Januar 2012 fand auf Einladung des Präsidenten der Kultusministerkonferenz, dem Hamburger Senator Ties Rabe, im Sekretariat der Kultusministerkonferenz ein Abstimmungsgespräch zur Klärung der noch offenen Fragen bei der Zuordnung der Bildungsgänge zum DQR statt. An dem Gespräch nahmen Vertreter und Vertreterinnen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, der Kultusministerkonferenz der Länder, der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Bundesinstituts für Berufsbildung teil.

In dem Gespräch wurde einvernehmlich eine gemeinsame Position zur Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) auf einen Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) erarbeitet und verabschiedet.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesprächs betonten die zentrale Bedeutung des EQR als gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für die verschiedenen nationalen Qualifikationssysteme. Als Übersetzungsinstrument für den EQR wurde auf der nationalen Ebene der DQR entwickelt, der am 22. März 2011 vom Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen (AK DQR) einvernehmlich verabschiedet wurde.[56]

In dem Abstimmungsgespräch bestand Einigkeit darüber, die Umsetzung des DQR-Prozesses zügig fortzusetzen, im Einzelnen wurden dazu folgende Vereinbarungen getroffen:

- Alle zweijährigen beruflichen Erstausbildungen werden pauschal dem Niveau 3 zugeordnet.
- Alle drei- und dreieinhalbjährigen Berufen werden pauschal dem Niveau 4 zugeordnet.
- Eine Zuordnung der allgemeinbildenden Schulabschlüsse zum DQR erfolgt vorerst nicht.
- Einigkeit besteht darüber, die Abschlüsse Bachelor, Meister, Fachwirte und Techniker dem Niveau 6 zuzuordnen.
- Eine Verständigung wurde darüber erzielt, die Berufsausbildungsvorbereitung den Niveaus 1 und 2 zuzuordnen.
- Nach Ablauf von 5 Jahren ist eine erneute Beratung der bis dahin vorgenommenen Zuordnungen vorgesehen. Die Erörterungen finden auf der Grundlage der vorliegenden kompetenzbasierten Ausbildungsordnungen der beruflichen Erstausbildung und der vorliegenden kompetenzorientierten Bildungsstandards für die allgemeinbildenden Schulabschlüsse unter der Maßgabe der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung statt. Dabei wurde ausdrücklich vereinbart, die weitere Entwicklung auf der europäischen Ebene auch unter dem Gesichtspunkt einer Höherstufung zu berücksichtigen.

Kompetenzorientierung bei der Gestaltung der Ordnungsmittel steht im Fokus der weiteren Entwicklung

Mit dieser Einigung besteht die vordringliche Aufgabe für die Berufsbildung darin, die Aus- und Fortbildungsregelungen konsequent in der „Logik des Deutschen Qualifikationsrahmens“ kompetenzorientiert auszurichten und den entsprechenden Niveaus zuzuordnen → **Tabelle A4.1.1-1**.

Im Zusammenhang mit der Erprobung des DQR wurden 2009/2010 u. a. Ausbildungsordnungen aus dem kaufmännisch-verwaltenden, dem technisch-gewerblichen, dem IT-Bereich und aus dem Bereich des Gesundheitswesens auf der Grundlage der DQR-Deskriptoren reformuliert und in einem 2. Schritt

56 Siehe dazu **http://www.deutscherqualifikationsrahmen.de/**.

Tabelle A4.1.1-1: **Struktur des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR)**

Niveauindikator/Niveaustufe			
Anforderungsstruktur			
Fachkompetenz		***Personale Kompetenz***	
Wissen	***Fertigkeiten***	***Sozialkompetenz***	***Selbstständigkeit***
Tiefe und Breite	Instrumentelle und systematische Fertigkeiten, Beurteilungsfähigkeit	Team-/Führungsfähigkeit, Mitgestaltung und Kommunikation	Selbstständigkeit/Verantwortung, Reflexivität und Lernkompetenz

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Die Einführung eines Nationalen Qualifikationsrahmens in Deutschland (DQR) – Band 2 der Reihe der Berufsbildungsforschung

den DQR-Niveaus zugeordnet. Darüber hinaus liegen Forschungsergebnisse aus dem BIBB zur Entwickung kompetenzorientierter Curricula und zur Strukturierung kompetenzorientierter Ausbildungsordnungen in 2 Berufen vor. An diese Entwicklungsarbeiten ist bei den weiteren Arbeiten anzuknüpfen.

Neuordnung der vor 1990 erlassenen staatlich anerkannten Ausbildungsberufe

Ein besonderes Augenmerk bei der Umsetzung des DQR sollte auf die Berufsbilder gerichtet werden, die vor 1990 erlassen wurden. Die Anzahl der Berufe beträgt – nach dem gegenwärtigen Stand – 55, die Anzahl der Auszubildenden liegt bei 27.681 (Bundesinstitut für Berufsbildung: Neue und modernisierte Ausbildungsberufe, verschiedene Jahrgänge). Eine differenzierte Auflistung der vor 1990 erlassenen Berufe mit den aktuellen Auszubildendenzahlen ist in → **Tabelle A4.1.1-2** enthalten.

Anfang der 1990er-Jahre lässt sich im historischen Rückblick eine entscheidende Weichenstellung in der Ausrichtung der Berufsbilder erkennen. Mit der zunehmenden Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien und den zeitgleich stattfindenden Diskussionen in Bezug auf die Einbeziehung der „Schlüsselqualifikationen“ in die Berufsbilder sind in den 1990er-Jahren Berufe mit völlig neuen Anwendungsfeldern (z. B. IT-Branche) entstanden. Diese beinhalten in Struktur und inhaltlicher Ausrichtung eine Abkehr von der bis dahin überwiegend praktizierten Verrichtungsorientierung hin zu einer Handlungsorientierung. Entscheidend dazu beigetragen hat im Weiteren die Diskussion „um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, der zunehmenden Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation“.

Eine erste Analyse der vor 1990 erlassenen Ausbildungsordnungen ergibt, dass diese in der Ausrichtung in erster Linie verrichtungsorientiert gestaltet sind und damit das im DQR zugrunde gelegte umfassende Verständnis einer umfassenden beruflichen Kompetenz- und Handlungsorientierung keine Entsprechung findet. Rahmenlehrpläne existieren darüber hinaus für die überwiegende Anzahl der Berufe vor 1990 nicht. Von den insgesamt 55 Berufen wurden 15 Berufe in den 1930er- und 1940er-Jahren erlassen, 7 zwischen 1960 und 1970 in Kraft gesetzt, während die weiteren 33 Berufe in den Jahren zwischen 1972 und 1989 neu geordnet bzw. modernisiert wurden (Bundesinstitut für Berufsbildung: Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe, verschiedene Jahrgänge).

Bei diesen Berufen sollte eine Überprüfung stattfinden, mit dem Ziel, den Bedarf für eine Aufrechterhaltung zu klären um dann in einem weiteren Schritt eine zeitnahe Neuordnung oder Modernisierung der Berufe vorzunehmen bzw. im Zuge dieser Verfahren Berufe, die nicht zukunftsfähig sind, aufzuheben oder mit anderen Berufen zusammenzuführen und Berufsgruppen zu bilden.

Tabelle A4.1.1-2: **Liste der 1½-, 2-, 3- und 3½-jährigen Ausbildungsberufe, die vor 1990 erlassen wurden, mit den jeweiligen Erlassdaten und der Gesamtzahl der Auszubildenden**

Ausbildungsberuf	Erlassdatum	Dauer	Anzahl Auszubildende (2009)
Feinpolierer/Feinpoliererin	1937	36	18
Edelmetallprüfer/Edelmetallprüferin	22.12.37	36	9
Revolverdreher/Revolverdreherin	19.10.38	24	0
Biologiemodellmacher/Biologiemodellmacherin	22.10.38	36	6
Chemielaborjungwerker/Chemielaborjungwerkerin	08.11.38	24	12
Metallschleifer/Metallschleiferin	07.03.39	24	51
Gerätezusammensetzer/Gerätezusammensetzerin	02.10.39	18	30
Maschinenzusammensetzer/Maschinenzusammensetzerin	02.10.39	18	9
Teilezurichter/Teilezurichterin	02.10.39	24	4.026
Stoffprüfer (Chemie)/Stoffprüferin (Chemie) Glas-, Keramische Industrie sowie Steine und Erden	05.10.39	36	36
Werkgehilfe/Werkgehilfin Schmuckwarenindustrie, Taschen- und Armbanduhren	10.11.39	36	24
Kabeljungwerker/Kabeljungwerkerin	14.03.40	24	51
Drahtwarenmacher/Drahtwarenmacherin	30.03.40	24	6
Federmacher/Federmacherin	30.03.40	24	54
Vorpolierer/Vorpoliererin Schmuck- und Kleingeräteherstellung	24.04.40	24	0
Tankwart/Tankwartin[1]	18.08.52	36	540
Drahtzieher/Drahtzieherin	27.09.55	24	60
Fräser/Fräserin	06.06.58	24	102
Schleifer/Schleiferin	06.06.58	24	0
Luftverkehrskaufmann/Luftverkehrskauffrau	02.12.60	36	102
Glas- und Porzellanmaler/Glas- und Porzellanmalerin	07.02.62	36	3
Landwirtschaftlich-technischer Laborant, Landwirtschaftlicher Laborant/ Landwirtschaftlich-technische Laborantin, Landwirtschaftliche Laborantin	15.08.67	36	27
Fischwirt/Fischwirtin	16.11.72	36	246
Berg- und Maschinenmann	22.06.79	24	30
Fachkraft für Süßwarentechnik	03.10.80	36	243
Fotolaborant/Fotolaborantin	16.01.81	24	9
Destillateur/Destillateurin	22.01.81	36	33
Brenner/Brennerin	30.01.81	36	6
Pelzveredler/Pelzveredlerin	29.07.81	36	0
Gerber/Gerberin	13.08.81	36	36
Film- und Videolaborant/Film- und Videolaborantin	07.12.82	36	9
Weinküfer/Weinküferin	07.12.82	36	207
Klavier- und Cembalobauer/Klavier- und Cembalobauerin	07.12.82	42	69
Glasapparatebauer/Glasapparatebauerin	21.12.83	36	69
Asphaltbauer/Asphaltbauerin	19.03.84	36	27
Fachkraft für Fruchtsafttechnik	25.06.84	36	135
Bürsten- und Pinselmacher/Bürsten- und Pinselmacherin	14.12.84	36	30
Orgel- und Harmoniumbauer/Orgel- und Harmoniumbauerin	14.12.84	42	60
Wachszieher/Wachszieherin	21.12.84	36	18
Glasmacher/Glasmacherin	15.07.85	36	15
Betonfertigteilbauer/Betonfertigteilbauerin, Betonteile- und Terrazohersteller/Betonteile- und Terrazoherstellerin	09.09.85	36	390
Leuchtröhrenglasbläser/Leuchtröhrenglasbläserin	13.12.85	36	3
Thermometermacher/Thermometermacherin	27.05.86	36	3
Leichtflugzeugbauer/Leichtflugzeugbauerin	02.12.86	36	39
Notarfachangestellter/Notarfachangestellte	23.11.87	36	675
Patentanwaltsfachangestellter/Patentanwaltsfachangestellte	23.11.87	36	381
Rechtsanwalts- und Notarfachangestellter/Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte[2]	23.11.87	36	4.959
Rechtsanwaltsfachangestellter/Rechtsanwaltsfachangestellte	23.11.87	36	12.060
Drechsler (Elfenbeinschnitzer)/Drechslerin (Elfenbeinschnitzerin)	07.12.87	36	27
Milchwirtschaftlicher Laborant/Milchwirtschaftliche Laborantin	31.05.88	36	528
Klempner/Klempnerin	10.03.89	42	1.509
Behälter- und Apparatebauer/Behälter- und Apparatebauerin	31.03.89	42	312
Chirurgiemechaniker/Chirurgiemechanikerin	23.03.89	42	189
Schneidwerkzeugmechaniker/Schneidwerkzeugmechanikerin	10.04.89	42	192
Diamantschleifer/Diamantschleiferin	20.11.89	36	6
Summe der Auszubildenden in den 55 Ausbildungsberufen			**27.681**

[1] Das Bundesinstitut für Berufsbildung führt gegenwärtig eine Studie zu dem Beruf durch mit dem Ziel, den Bedarf für einen novellierten Beruf zu klären.

[2] Ein Neuordnungsverfahren mit dem Ziel der Bildung einer Berufsgruppe wurde im Frühjahr 2012 gestartet, der Erlass der Neuordnung ist für 2013 geplant.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe, verschiedene Jahrgänge

Änderung der Eckwerte: Kompetenzorientierung als rechtsverbindliche Vorschrift

Für die rechtsverbindliche Entwicklung von kompetenzorientierten Ordnungsentwürfen und einer anschließenden Zuordnung in den DQR sind von den zuständigen Ministerien entsprechende Weisungen zu erteilen. Das heißt, die Weisung muss den Zusatz enthalten: Ordnungsmittel sind kompetenzorientiert zu entwickeln. Das mittelfristige Ziel sollte darin bestehen, diese Angaben in den Eckwertekatalog aufzunehmen. Nur dann kann eine stringente und eine an verbindlichen Kriterien orientierte Entwicklung und anschließende Zuordnung sichergestellt werden.

(Irmgard Frank)

A4.1.2 Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO

Die nachfolgenden Beschreibungen und Definitionen beziehen sich auf Ausbildungsberufe, die nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) staatlich anerkannt sind oder als staatlich anerkannt gelten. Als staatlich anerkannt im Sinne des § 4 BBiG gelten nach § 104 Absatz 1 BBiG auch die vor dem 1. September 1969 anerkannten Lehrberufe und Anlernberufe oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberufe, deren Berufsbilder, Berufsbildungspläne, Prüfungsanforderungen und Prüfungsordnungen bis zum Erlass von Ausbildungsordnungen nach § 4 BBiG anzuwenden sind.[57]

Die Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe nach BBiG und HwO hat sich in den letzten 10 Jahren kaum verändert und schwankt relativ konstant um die 350. Im Zeitraum von 2002 bis 2011 veränderte sich ihre Anzahl lediglich von 349 auf 344 → **Schaubild A4.1.2-1**.

In den letzten 10 Jahren gab es, bezogen auf die Strukturmodelle E der Ausbildungsberufe, kaum quantitative Veränderungen. Eine Ausnahme davon bilden nur die Wahlqualifikationen:

- Die Anzahl der Monoberufe blieb nahezu unverändert, sie betrug 267 im Jahr 2002 und 262 im Jahr 2011.
- Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung (Fachrichtungen oder Schwerpunkte) blieb – bis auf wenige Jahre mit geringfügigen Abweichungen – von 2002 bis 2011 (82 Ausbildungsberufe) gleich. Ihr Anteil an allen Ausbildungsberufen beträgt konstant rund 24 %.
- Ausbildungsberufe mit Wahlqualifikationen werden seit 2000 erlassen. Damals gab es 5 anerkannte Ausbildungsberufe mit Wahlqualifikationen, bis zum Jahr 2011 ist die Gesamtzahl auf 25 gestiegen.

E Strukturmerkmale

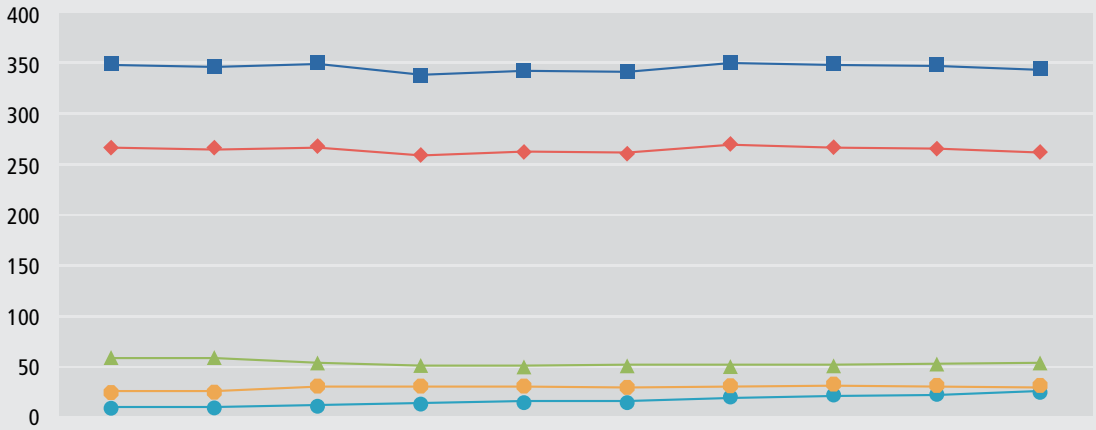
Monoberufe beschreiben in sich geschlossene Ausbildungsgänge, deren Qualifikationsprofil formal keine Spezialisierung aufweist. Für alle Auszubildenden sind die Ausbildungsinhalte somit identisch.

Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung sind Ausbildungsgänge mit besonderen Ausbildungsinhalten für einzelne Aufgabenbereiche oder Tätigkeitsfelder. Die Spezialisierung erfolgt insbesondere in Form von Schwerpunkten und Fachrichtungen. Eine Differenzierung nach **Schwerpunkten** berücksichtigt betriebliche Besonderheiten. Im 2. und 3. Ausbildungsjahr beanspruchen Schwerpunkte in der Regel nicht mehr als 6 Monate der gesamten Ausbildungszeit. Wenn branchenspezifische Besonderheiten vorliegen, erfolgt eine stärkere Differenzierung über **Fachrichtungen.** Das 3. Ausbildungsjahr ist zur Vermittlung der nötigen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vorgesehen. Im Unterschied zu Schwerpunkten werden die Prüfungsanforderungen für jede Fachrichtung festgelegt.

Die Verwendung von **Wahlqualifikationen** kommt vor allem für hoch spezialisierte Branchen in Betracht, in denen jeder Betrieb ein anderes Spektrum bearbeitet und eine über Fachrichtungen hinausgehende Spezialisierung erforderlich ist. Mit diesem Modell können unterschiedliche „Qualifikationsbündel" in der 2. Hälfte der Ausbildung individuell zu

57 Außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG (§ 3 Absatz 2 Nummer 3) gibt es darüber hinaus den vergleichbaren betrieblichen Ausbildungsgang „Schiffsmechaniker/-in". Dieser Ausbildungsgang wird bei der folgenden Darstellung nicht mitgezählt.

Schaubild A4.1.2-1: **Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (2002 bis 2011)**



	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Monoberufe[1]	267	265	267	259	263	262	270	267	266	262
Berufe mit Fachrichtungen	58	58	53	50	50	51	51	51	52	53
Berufe mit Schwerpunkten	24	24	30	30	30	29	30	31	30	29
Gesamt	349	347	350	339	343	342	351	349	348	344
Wahl-qualifikationen[2]	8	8	11	13	15	15	18	20	21	25

[1] In den Monoberufen sind Altausbildungsberufe (die vor dem BBiG von 1969 erlassen wurden) sowie ein vergleichbar geregelter Ausbildungsberuf (nach § 104 Abs. 1 BBiG) enthalten.
[2] Wahlqualifikationen werden bei der Gesamtzahl der Ausbildungsberufe nicht berücksichtigt.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

einem beruflichen Profil kombiniert werden. Die Anzahl der angebotenen und auszuwählenden Wahlqualifikationseinheiten sowie der zeitliche Umfang während der Ausbildung weisen zum Teil eine erhebliche Variationsbreite auf.

Hinsichtlich der Kategorisierung der anerkannten Ausbildungsberufe ist zu beachten, dass diese mehrere Merkmale besitzen können. Je nach Fokus kann beispielsweise ein und derselbe Ausbildungsberuf sowohl der Kategorie „Monoberufe“ als auch der Kategorie „Berufe, die angerechnet werden können bzw. auf die angerechnet werden kann“ zugeordnet werden.

Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Anzahl der Ausbildungsberufe, die auf weitere Berufsausbildungen angerechnet E werden können, hat sich von 2002 (12 Ausbildungsberufe) bis 2011 (24 Ausbildungsberufe) verdoppelt. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Ausbildungsberufe, auf die andere Ausbildungsberufe angerechnet werden können, von 25 (2002) auf 65 (2011) an → **Tabelle A4.1.2-1**.

E Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Ausbildungsordnungen (AO) regeln eigenständige Ausbildungsberufe mit unterschiedlicher Ausbildungsdauer. Nach dem Berufsbildungsgesetz (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BBiG) kann eine abgeschlossene Berufsausbildung, die 18 bis 24 Monate dauert, in einem in der AO festgelegten Ausbildungsberuf fortgesetzt werden. Diese Berufe, auf die angerechnet werden kann, haben eine Ausbildungsdauer von 36 bis 42 Monaten.

Es wird unterschieden nach Ausbildungsberufen, die angerechnet werden können, und Ausbildungsberufen, auf die angerechnet werden kann. Bei Ausbildungsberufen mit Anrechnungsmöglichkeiten handelt es sich nicht um Stufenausbildung im Sinne des § 5 Abs. 2 Nr.1 BBiG.

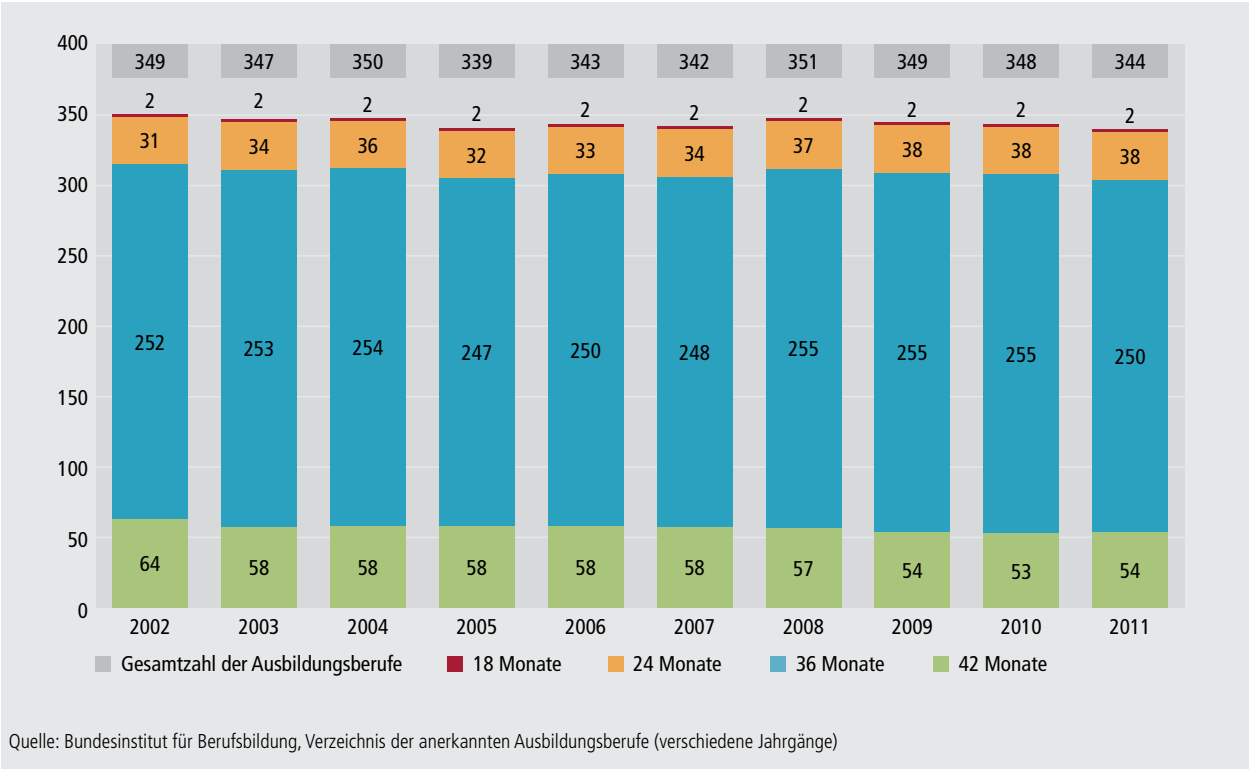
Tabelle A4.1.2-1: **Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (2002 bis 2011)**[1]

Jahr	Ausbildungsberufe, die *angerechnet* werden können	Ausbildungsberufe, *auf die* angerechnet werden kann	Gesamtzahl der Ausbildungsberufe
2002	12	25	349
2003	13	26	347
2004	14	31	350
2005	19	44	339
2006	17	45	343
2007	19	47	342
2008	22	49	351
2009	23	56	349
2010	23	63	348
2011	24	65	344

[1] Dies betrifft Berufe, die eine Anrechnung nach BBiG § 5 Absatz 2 Satz 4 ermöglichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

Schaubild A4.1.2-2: **Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (2002 bis 2011)**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

Ausbildungsdauer

Die Ausbildungsdauer soll grundsätzlich nicht mehr als 3 und nicht weniger als 2 Jahre betragen (§ 5 Abs. 1 Satz 2 BBiG). Abweichungen von dieser Regelung sind möglich; es werden beispielsweise auch Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 3,5 Jahren verordnet.
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat im Jahr 2011 erstmalig 2 Ausbildungsberufe – mit einer Ausbildungsdauer von 3,5 Jahren – mit einer zeitlichen Befristung von jeweils 5 Jahren (bis 2016) erlassen. Es sind die Ausbildungsberufe:

- Technischer Produktdesigner/Technische Produktdesignerin,
- Technischer Systemplaner/Technische Systemplanerin.

Bei den Verordnungen handelt es sich nicht um Erprobungsverordnungen nach § 6 BBiG bzw. § 27 HwO.

In den Jahren von 2002[58] bis 2011 sank die Zahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 42 Monaten von 64 auf 54. Die Zahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 36 Monaten (im Jahr 2002 252 und im Jahr 2011 250) blieb relativ konstant.[59] Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 24 Monaten stieg von 31 im Jahre 2002 auf 38 im Jahre 2011 an. Darüber hinaus gibt es im Zeitverlauf konstant 2 Ausbildungsberufe mit einer 18-monatigen Ausbildungsdauer[60] → **Schaubild A4.1.2-2**.

58 Angaben zur Ausbildungsdauer sind erst seit 1998 EDV-gestützt verfügbar.
59 Bis 2007 gab es den Ausbildungsberuf Mathematisch-technischer Assistent mit einer Ausbildungsdauer von 30 Monaten. Dieser wird hier zu den 36-monatigen Ausbildungsberufen gezählt.
60 Es handelt sich um die 1939 erlassenen Ausbildungsberufe Gerätezusammensetzer/-in und Maschinenzusammensetzer/-in.

A4.1.3 Neue und modernisierte Ausbildungsberufe

In den Jahren von 2002 bis 2011 wurden insgesamt 214 Ausbildungsberufe neu geordnet E. Darunter waren 171 modernisierte und 43 neue Ausbildungsberufe → **Tabelle A4.1.3-1**. Im Jahr 2011 wurden 1 neuer und 16[61] modernisierte Ausbildungsberufe in Kraft gesetzt → **Tabelle A4.1.3-2**.

Ein Neuordnungsverfahren (für die Modernisierung eines bereits bestehenden Ausbildungsberufes oder für einen neuen Ausbildungsberuf) dauert derzeit durchschnittlich 10 Monate.

E Neuordnung von Ausbildungsberufen

Ausgangspunkt einer Neuordnung von Ausbildungsberufen im dualen System auf der Grundlage der §§ 4 Absatz 1 BBiG und 25 Abs. 1 HwO ist ein entsprechender Qualifikationsbedarf in der Wirtschaft. Wenn die Inhalte eines Ausbildungsberufs modernisiert werden sollen oder ein neuer Ausbildungsberuf entstehen soll, geht die Initiative hierfür in der Regel von den Fachverbänden, von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber, von den Gewerkschaften oder vom Bundesinstitut für Berufsbildung aus (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2006).

Die Klassifikation nach neuen und modernisierten Ausbildungsberufen wird auf die Neuordnungen seit 1996 angewandt – das Jahr, seit dem das Neuordnungsgeschehen intensiviert wurde. Hintergrund für die damals rasante Ausweitung der Ordnungsarbeit war die „Diskussion um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, dem Sprung von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation" (Bundesinstitut für Berufsbildung 1998, S. 1).

Neu geordnete Ausbildungsberufe
Der Begriff „neu geordnet" bezeichnet den Sachverhalt, dass eine Ausbildungsordnung erlassen wird. Es handelt

61 Da die Änderungsverordnung zum/zur Schifffahrtskaufmann/-frau nur kleinere, vor allem sprachliche Anpassungen in der Ausbildungsordnung vorsieht, wird die Zuordnung zu modernisierten Ausbildungsberufen noch geprüft.

sich um den Oberbegriff, der sowohl neue als auch modernisierte Ausbildungsberufe sowie bloße Überführungen in Dauerrecht umfasst. Die Merkmale neu bzw. modernisiert werden nicht auf die Berufe für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO) angewandt.

Neue Ausbildungsberufe

Ein Ausbildungsberuf wird dann als neu bezeichnet, wenn mit seiner Ausbildungsordnung kein Vorgängerberuf nach BBiG/HwO aufgehoben wird.

Modernisierte Ausbildungsberufe

Ausbildungsberufe, mit deren Ausbildungsordnung ein Vorgängerberuf aufgehoben oder geändert wird, gelten als modernisiert. Berichtigungen von Ausbildungsordnungen gelten nicht als Modernisierung (z. B. Schreib- oder Nummerierungsfehler). Vorgängerberufe nach BBiG/HwO sind staatlich anerkannte oder als anerkannt geltende Ausbildungsberufe (siehe Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe). Ein Vorgängerberuf wird aufgehoben, wenn die Ausbildungsordnung außer Kraft tritt oder wenn entsprechende Vorschriften zu bisher festgelegten Berufsbildern, Berufsbildungsplänen und Prüfungsanforderungen nicht mehr angewandt werden.

Für weitere Erläuterungen zu Erprobungsverordnungen, Überführung in Dauerrecht, Hinweise zur Zuordnung vor 2003 und Inkrafttretens- und Erlassdatum siehe E im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.1.2.

Tabelle A4.1.3-1: **Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (2002 bis 2011)**

Jahr	neu	modernisiert	insgesamt
2002	8	16	24
2003	8	22	30
2004	5	27	32
2005	5	18	23
2006	4	17	21
2007	3	20	23
2008	7	12	19
2009	2	12	14
2010	0	11	11
2011	1	16[1]	17
Gesamt	**43**	**171**	**214**

[1] Da die Änderungsverordnung zum/zur Schifffahrtskaufmann/-frau nur kleinere, vor allem sprachliche Anpassungen in der Ausbildungsordnung vorsieht, wird die Zuordnung zu modernisierten Ausbildungsberufen noch geprüft.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

Im Jahr 2012 laufen (Stand 29. März 2012[62]/Stichtag Ende März 2012) folgende Neuordnungsverfahren:

- Fachangestellter/Fachangestellte für Arbeitsmarktdienstleistungen,
- Verfahrensmechaniker/Verfahrensmechanikerin für Kunststoff und Kautschuktechnik,
- Schornsteinfeger/Schornsteinfegerin,
- Schilder- und Lichtreklamehersteller/Schilder- und Lichtreklameherstellerin,
- Pharmazeutisch-kaufmännischer Angestellter/Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte,
- Kaufmann für Büromanagement/Kauffrau für Büromanagement,
- Pflanzentechnologe/Pflanzentechnologin,
- Stanz- und Umformmechaniker/Stanz- und Umformmechanikerin,
- Fertigungsmechaniker/Fertigungsmechanikerin,
- Fachkraft für Metalltechnik

(Andreas Stöhr)

62 Eine aktuelle Übersicht kann im Internet unter **http://www2.bibb.de/tools/aab/aabjahr.php** abgerufen werden.

Tabelle A4.1.3-2: **Neue und modernisierte Ausbildungsberufe 2011**

Bezeichnung	neu/ modernisiert	Ausbildungs-dauer	Ausbildungs-bereich[1]	Strukturmerkmale				Anrechenbarkeit		Prüfungs-modalität[2]
				Monoberuf	mit Schwer-punkten	mit Fach-richtungen	mit Wahlqua-lifikationen	Ausbildungs-beruf kann angerechnet werden	Ausbildungs-beruf, auf den angerechnet werden kann	
Augenoptiker/Augenoptikerin	modernisiert	3 Jahre	Hw	ja	nein	nein	nein	nein	nein	GAP
Bootsbauer/Bootsbauerin	modernisiert	3½ Jahre	IH, Hw	nein	nein	ja	nein	nein	nein	GAP
Buchbinder/Buchbinderin	modernisiert	3 Jahre	Hw	ja	nein	nein	ja	nein	nein	traditionell
Buchhändler/Buchhändlerin	modernisiert	3 Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	nein	traditionell
Fachkraft für Lederverarbeitung	modernisiert	2 Jahre	IH	ja	nein	nein	nein	ja	nein	traditionell
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice	modernisiert	3 Jahre	IH	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
Mechatroniker/Mechatronikerin	modernisiert	3½ Jahre	IH	ja	nein	nein	nein	nein	nein	GAP
Mediengestalter Flexografie/Mediengestalterin Flexografie	modernisiert	3 Jahre	IH, Hw	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
Medientechnologe Druck/Medientechnologin Druck	modernisiert	3 Jahre	IH, Hw	ja	nein	nein	ja	nein	nein	traditionell
Medientechnologe Druckverarbeitung/ Medientechnologin Druckverarbeitung	neu	3 Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	ja	traditionell
Medientechnologe Siebdruck/Medientechnologin Siebdruck	modernisiert	3 Jahre	IH, Hw	ja	nein	nein	ja	nein	nein	traditionell
Packmitteltechnologe/Packmitteltechnologin	modernisiert	3 Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	ja	traditionell
Schifffahrtskaufmann/Schifffahrtskauffrau[3]	modernisiert	3 Jahre	IH	nein	nein	ja	nein	nein	nein	traditionell
Technischer Produktdesigner/Technische Produktdesignerin	modernisiert	3½ Jahre	IH	nein	nein	ja	nein	nein	nein	GAP
Technischer Systemplaner/Technische Systemplanerin	modernisiert	3½ Jahre	IH	nein	nein	ja	nein	nein	nein	GAP
Textilgestalter im Handwerk/Textilgestalterin im Handwerk	modernisiert	3 Jahre	Hw	nein	nein	ja	nein	nein	nein	traditionell
Tourismuskaufmann/Tourismuskauffrau (Kaufmann/Kauffrau für Privat- und Geschäftsreisen)	modernisiert	3 Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	nein	traditionell

[1] Ausbildungsbereiche: IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; Lw = Landwirtschaft; öD = öffentlicher Dienst.

[2] Prüfungsmodalität: traditionell = Zwischenprüfung und Abschluss- bzw. Gesellenprüfung; GAP = gestreckte Abschluss- bzw. Gesellenprüfung.

[3] Da die Änderungsverordnung zum/zur Schifffahrtskaufmann/-frau nur kleinere, vor allem sprachliche Anpassungen in der Ausbildungsordnung vorsieht, wird die Zuordnung zu modernisierten Ausbildungsberufen noch geprüft.

Quelle: Verordnung über die Berufsausbildung zum Augenoptiker/zur Augenoptikerin vom 26. April 2011 (BGBl. I Nummer 20, Seite 698)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Bootsbauer/zur Bootsbauerin vom 8. Juni 2011 (BGBl. I Nummer 28, Seite 1058)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Buchbinder/zur Buchbinderin vom 20. Mai 2011 (BGBl. I Nummer 25, Seite 966)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Buchhändler/zur Buchhändlerin vom 15. März 2011 (BGBl. I Nummer 11, Seite 422)
Verordnung über die Berufsausbildung zur Fachkraft für Lederverarbeitung vom 14. Februar 2011 (BGBl. I Nummer 7, Seite 255)
Verordnung über die Berufsausbildung zur Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice vom 06. April 2011 (BGBl. I Nummer 15, Seite 558)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Mechatroniker/zur Mechatronikerin vom 21. Juli 2011 (BGBl. I Nummer 39, Seite 1516)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Mediengestalter Flexografie/zur Mediengestalterin Flexografie vom 15. März 2011 (BGBl. I Nummer 11, Seite 440)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Medientechnologen Druck/zur Medientechnologin Druck vom 7. April 2011 (BGBl. I Nummer 16, Seite 570)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Medientechnologen Druckverarbeitung/zur Medientechnologin Druckverarbeitung vom 20. Mai 2011 (BGBl. I Nummer 25, Seite 976)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Medientechnologen Siebdruck und zur Medientechnologin Siebdruck vom 7. April 2011 (BGBl. I Nummer 16, Seite 590)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Packmitteltechnologen/zur Packmitteltechnologin vom 20. Mai 2011 (BGBl. I Nummer 25, Seite 988)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Schifffahrtskaufmann/zur Schifffahrtskauffrau vom 9. Juni 2011 (BGBl. I Nummer 28, Seite 1075)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Technischen Produktdesigner/zur Technischen Produktdesignerin sowie zum Technischen Systemplaner/zur Technischen Systemplanerin vom 21. Juni 2011 (BGBl. I Nummer 32, Seite 1215)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Textilgestalter/zur Textilgestalterin im Handwerk vom 17. Juni 2011 (BGBl. I Nummer 31, Seite 1178)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Tourismuskaufmann (Kaufmann für Privat- und Geschäftsreisen)/zur Tourismuskauffrau (Kauffrau für Privat- und Geschäftsreisen) vom 19. Mai 2011 (BGBl. I Nummer 25, Seite 953)

A4.1.4 Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen

Der Prozess der Erarbeitung von BIBB-Hauptausschuss-Empfehlungen für die Berufsausbildung behinderter Menschen E gemäß § 66 BBiG bzw. § 42m HwO ist fortgesetzt worden (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.1.3)[63]. Im Jahr 2011 wurden Musterregelungen für den Fachpraktiker Küche (Beikoch)/die Fachpraktikerin Küche (Beiköchin) und den Fachpraktiker für Zerspanungsmechanik/die Fachpraktikerin für Zerspanungsmechanik verabschiedet. Damit liegen den regelungsbefugten zuständigen Stellen jetzt für insgesamt 7 Berufsbereiche Musterregelungen als Orientierungsmarken vor.[64] Weitere berufsspezifische Musterregelungen sollen folgen. Konkret beraten wird derzeit die Einleitung eines Projektverfahrens für den Bereich Bäckerei.

E Duale Ausbildungsberufe für behinderte Menschen

Im Regelfall sollen „behinderte Menschen … in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden" (§ 64 BBiG), wenn notwendig unter Anwendung des Nachteilsausgleichs (§ 65 BBiG). Nur wenn aufgrund Art und Schwere der Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht infrage kommt, sollen behinderte Menschen nach besonderen Regelungen ausgebildet werden.

Bei diesen Ausbildungsberufen handelt es sich um Berufe mit speziellen Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO). Sie finden vor allem in Handwerk, Industrie, Landwirtschaft/Gartenbau und in der Hauswirtschaft Anwendung, während es in anderen Bereichen wie z. B. den freien Berufen und im öffentlichen Dienst kaum Ausbildungsregelungen gibt. Um die im Laufe der Jahre entstandene Vielzahl an Regelungen zu reduzieren und zu vereinheitlichen, wurde vom BIBB-Hauptausschuss eine Rahmenregelung für Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen gemäß § 66 BBiG bzw. § 42m HwO erlassen.

Um das Spektrum an Berufsbereichen zu erweitern, das behinderten Menschen zur Ausbildung auf der Grundlage von Ausbildungsregelungen offensteht, hat man sich auf eine Voruntersuchung im Bereich Tierpflege verständigt. Auch andere Berufsfelder, wie beispielsweise die nachfragerelevante Logistik, stehen diesbezüglich im Blickfeld. Hier sind noch Grundsatzentscheidungen bezüglich des zwei- oder dreijährigen Bezugsberufs zu treffen.

Für die in § 6 der Rahmenregelung geforderte rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation der Ausbilder und Ausbilderinnen wird im Rahmen eines vom BMBF geförderten Projektes unter Beteiligung des BIBB ein Rahmencurriculum erarbeitet. Das Rahmencurriculum soll dazu beitragen, Qualität und Fachlichkeit der Ausbildungsprozesse von behinderten Menschen sicherzustellen und die Betriebe zu befähigen, durch entsprechend geschultes Personal die Fachpraktiker- und Fachpraktikerinnen-Ausbildungen als Potenzial stärker zu nutzen.

(Kirsten Vollmer)

63 Die Empfehlungen des BIBB-Hauptausschusses zu den Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen können unter **http://www.bibb.de/de/wlk8220.htm** eingesehen werden.

64 Informationen zu den Musterregelungen finden sich unter **http://www2.bibb.de/tools/aab/aab_start_al_behberufe.php.**

A4.2 Gesamtbestand der Ausbildungsverhältnisse zum 31. Dezember

A4.2.1 Entwicklungen nach Zuständigkeitsbereichen

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember) E erfasst Auszubildenden-, Vertrags- und Prüfungsdaten im dualen System. Im Folgenden werden hieraus die Bestandszahlen der Auszubildenden E nach Zuständigkeitsbereich betrachtet. Anhand dieser lässt sich der Umfang der gesamten Ausbildungsleistung von Betrieben und Berufsschulen bemessen. Analysen zu berufsstrukturellen Entwicklungen (**vgl. Kapitel A4.4**) und zur Vorbildung (**vgl. Kapitel A4.6.1 und A4.6.2**) erfolgen auf Basis der Neuabschlussdaten.

E Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Berufsbildungsstatistik) ist eine Totalerhebung von Auszubildenden-, Vertrags- und Prüfungsdaten zu staatlich anerkannten Ausbildungsberufen (§ 4 Absatz 1 Berufsbildungsgesetz [BBiG] bzw. § 25 Absatz 1 Handwerksordnung [HwO]) sowie dualen Ausbildungsberufen in Erprobung nach § 6 BBiG bzw. § 27 HwO. Auch Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO sind hierin enthalten.[65] Vollzeitschulische Berufsausbildungen und sonstige Berufsausbildungen, die nicht nach BBiG bzw. HwO geregelt sind, werden nicht erfasst.

Mit Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes (BerBiRefG) vom 23. März 2005 (Bundesgesetzblatt 2005, 5.931)[66], der zum 1. April 2007 in Kraft getreten ist, sind weitreichende Änderungen der Berufsbildungsstatistik eingeleitet worden. Die Erhebung der statistischen Ämter ist in § 88 BBiG geregelt. Die frühere Aggregatdatenerhebung wurde in 2007 auf eine Individualdatenerfassung umgestellt und erhielt einen ausgeweiteten Merkmalskatalog.

Diese Umstellung zog bedeutende Analysevorteile nach sich. Bis 2006 waren die Daten der Berufsbildungsstatistik als Tabellendaten erfasst worden. Je Ausbildungsberuf wurde so etwa eine Tabelle mit der Zahl der Auszubildenden (Bestandszahlen) nach Ausbildungsjahren und weiter die Zahl der ausländischen Auszubildenden je Ausbildungsberuf erhoben, außerdem die Zahl der Neuabschlüsse insgesamt sowie nach den einzelnen Kategorien der schulischen Vorbildung. Die **Aggregatdatenerfassung** bedeutete eine erhebliche Einschränkung der Analysemöglichkeiten, da sie sich ausschließlich auf die Merkmalskombinationen, die die jeweilige Erfassungstabelle enthält, begrenzt. Mit der **Individualdatenerfassung** wird für jedes Ausbildungsverhältnis, das in das von den zuständigen Stellen geführte Verzeichnis eingetragen ist, ein Datensatz mit allen in § 88 BBiG festgelegten Merkmalen erhoben. Die Individualdaten ermöglichen bei der Auswertung der Daten eine freie Kombination der erfassten Merkmale.

Derlei umfangreiche Statistikumstellungen gehen in der Praxis der Datenmeldung und -erfassung in den ersten Jahren mit **Umsetzungsproblemen** einher (vgl. Schmidt 2008 und Statistisches Bundesamt 2009 und 2010), sodass die grundsätzlich erweiterten Analysemöglichkeiten (siehe Uhly 2006; Schaubild 10 in Uhly u. a. 2010; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, S. 112 ff.) anfangs noch nicht voll ausgeschöpft werden können. Zunehmend hat sich dieser Zustand jedoch gebessert. Zudem können die neuen Merkmale zunächst nur für die Neuabschlüsse ausgewertet werden (**vgl. Kapitel A4.3 und A4.6**), da für Auszubildende, die bereits vor April 2007 in die Verzeichnisse der zuständigen Stellen eingetragen waren, neue Merkmale nicht rückwirkend erfasst werden.

Grundsätzlich ist aufgrund der erhebungstechnischen Umstellung der Vergleich der Daten ab 2007 mit denen der Vorjahre nicht uneingeschränkt möglich.

Die Daten der Berufsbildungsstatistik werden mit der **Fachserie 11, Reihe 3** des Statistischen Bundesamtes (Destatis) veröffentlicht und können im Publikationsservice von Destatis kostenfrei heruntergeladen werden (**https://www.destatis.de**). Außerdem stellt das BIBB Auszubildenden-Daten der Berufsbildungsstatistik auch in dem Online-Datensystem Auszubildende (DAZUBI) bereit, das eine Ergänzung zum Datenreport darstellt (**http://www.bibb.de/dazubi**). Dort können Daten, Berechnungen und ergänzende Berufsmerkmale für alle einzelnen Ausbildungsberufe und alle Länder abgerufen werden. Umfangreiche Erläuterungen zu den Daten sind dort bereitgestellt.

Aus **Datenschutzgründen** veröffentlicht das BIBB alle Daten der Berufsbildungsstatistik nur noch als gerundete

65 Die Daten basieren auf den in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragenen Ausbildungsverträgen sowie den Prüfungsstatistiken der zuständigen Stellen. Außerdem werden weitere Daten z. B. zu Umschulungsprüfungen, Externenprüfungen, Fortbildungsprüfungen und zum Ausbildungspersonal erhoben.

66 Siehe: **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/z3_berufsbildungsreformgesetz.pdf**.

Werte (Vielfaches von 3; der Datenfehler beträgt dadurch je ausgewiesener Zahl maximal 1; detaillierte Erläuterungen siehe unter **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf**).

Gesamtbestand 2010 und langfristige Entwicklung

Am 31. Dezember 2010 waren 1.508.328 Personen als Auszubildende in einer dualen Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO gemeldet. Der Großteil wurde im westlichen Bundesgebiet (83,0 %; 1.252.665) beschäftigt, 17,0 % entfielen auf das östliche Bundesgebiet (255.663) → **Tabelle A4.2.1-1**. Der Bestand ist damit, wie im Vorjahr, gesunken. Auf Bundesebene betrug der Rückgang mit -63.129 Auszubildenden -4,0 %. Sowohl insgesamt als auch in beiden Landesteilen verstärkte sich der Trend leicht. Im Westen lag die Veränderung bei -2,4 % (Vorjahr: -1,1 %), im Osten erreichte sie -11,1 % (Vorjahr: -8,8 %).

E **Erfassung von Auszubildenden**

Bei der Zählung der Auszubildenden erfolgt im Rahmen der Berufsbildungsstatistik eine stichtagsbezogene Abgrenzung. Bei den Neuabschlüssen und Prüfungsdaten ist sie hingegen zeitraumbezogen. Zum Auszubildendenbestand zählen alle Personen, die jeweils zum 31. Dezember in einem Ausbildungsverhältnis mit einem Ausbildungsvertrag nach BBiG bzw. HwO stehen.[67]

Die Berufsbildungsstatistik wurde mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom 7. September 1976 als Bundesstatistik eingeführt, die die Auszubildendenzahl differenziert nach Geschlecht ab 1977 erfasst.[68] Ausländische Auszubildende wurden erst ab 1982 gesondert erfasst.

Blickt man auf die Entwicklung der Auszubildendenzahlen in den alten Ländern (inkl. Berlin) seit 1977 → **Schaubild A4.2.1-1**, zeichnen sich verschiedene Phasen ab. Zunächst prägte v. a. die demografische Entwicklung die Zahl der Auszubildenden im dualen System. Die Entwicklung der Auszubildenden und die der Abgänger/-innen allgemeinbildender Schulen verliefen parallel. Mitte der 1970er-Jahre drängten die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre auf den Markt und fragten Berufsausbildungsplätze nach. Entsprechend kam es zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der Ausbildungsplätze. Mitte der 1980er-Jahre bis Anfang der 1990er-Jahre ging die Zahl der Auszubildenden dann wieder stark zurück. Zunehmend löste sich die Entwicklung im dualen System von der demografischen Lage und wurde von wirtschaftlichen Effekten überlagert. Ab Mitte der 1990er-Jahre bis zum Jahr 2000 stieg die Zahl der Auszubildenden erneut, aber nicht in dem Maße wie die Zahl der Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen. Während die Zahl der Schulabgänger/-innen zudem besonders in den alten Ländern nach 2001 weiter anstieg, sank die Zahl der Auszubildenden ab (vgl. Schaubilder 1.1 bis 1.5 in Uhly u. a. 2010). Nach Analysen von Troltsch und Walden (2007) scheint die Zahl der Auszubildenden seit den 1990er-Jahren verstärkt angebotsinduziert, also merklich durch Aufschwünge oder Krisen im Wirtschafts- und Beschäftigungssystem bestimmt.

In den letzten Jahren gewinnt allerdings der demografische Wandel zunehmend an Dynamik. Demzufolge ist der Rückgang des Auszubildendenbestands, der bundesweit seit dem Berichtsjahr 2009 feststellbar ist, neben der Wirtschafts- und Finanzkrise auch auf den starken demografischen Einbruch in der jugendlichen Wohnbevölkerung zurückzuführen. Dies gilt insbesondere für Ostdeutschland, wo die Bestandszahlen bereits seit Ende der 1990er-Jahre sinken. Zur Analyse der Entwicklungen am Ausbildungsstellenmarkt für das Berichtsjahr 2010 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A1.1; zur Ausbildungsmarktbilanz 2011 **vgl. Kapitel A1**.

67 Zu den Prüfungen werden alle Prüfungen des Kalenderjahres gezählt (Zeitraumbezug) und zu den Neuabschlüssen alle im Kalenderjahr abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die bis zum 31. Dezember nicht wieder gelöst wurden (Kombination Zeitraum und Stichtag); wenn Personen mit einem im Kalenderjahr neu abgeschlossenen Ausbildungsvertrag vor dem 31. Dezember erfolgreich eine Abschlussprüfung abgelegt haben, zählen sie nicht mehr zu den Auszubildenden gemäß der Berufsbildungsstatistik.

68 Bereits seit 1950 wurden entsprechende Daten von den zuständigen Stellen erfasst. Seit 1976 hat sich die Rechtsgrundlage der Bundesstatistik mehrfach geändert. Zur Entwicklung der Berufsbildungsstatistik seit 1950 siehe Werner 2000 und Uhly 2006.

Tabelle A4.2.1-1: **Auszubildende am 31.12. nach Zuständigkeitsbereichen[1], Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2010**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst[2]	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt
Westdeutschland								
1992	1.345.305	670.959	445.761	58.371	23.904	138.201	7.713	399
1993	1.286.754	621.078	439.947	57.162	22.722	138.069	7.431	342
1994	1.226.262	567.627	442.242	49.431	22.359	136.542	7.749	309
1995	1.194.042	536.532	448.635	40.551	22.725	137.175	8.136	291
1996	1.182.429	528.513	449.946	34.884	23.694	136.596	8.475	318
1997	1.201.866	548.637	451.680	33.900	25.482	132.651	9.186	330
1998	1.240.449	584.679	454.773	35.319	27.000	128.475	9.843	360
1999	1.279.602	627.159	455.142	35.001	27.177	125.409	9.393	324
2000	1.297.203	653.001	448.560	34.482	26.025	125.802	8.988	345
2001	1.296.327	669.348	430.893	34.137	25.005	127.887	8.718	339
2002	1.255.635	651.726	407.028	34.155	24.336	129.516	8.523	348
2003	1.226.493	639.924	392.391	32.685	25.194	127.449	8.484	360
2004	1.214.025	639.213	384.258	33.213	26.628	121.581	8.685	444
2005	1.210.179	649.818	377.124	32.964	27.456	114.483	7.734	600
2006	1.232.169	674.169	380.214	32.652	28.131	108.765	7.512	723
2007[3]	1.264.941	712.734	384.594	29.199	29.340	100.623	7.557	894
2008	1.298.139	742.383	386.940	28.770	29.844	102.825	7.380	–
2009	1.283.979	734.139	380.286	28.638	30.219	103.284	7.413	–
2010	1.252.665	718.059	368.829	28.950	29.193	100.530	7.104	–
Ostdeutschland								
1992	320.904	170.646	107.688	12.984	8.700	16.359	4.359	171
1993	342.558	165.432	127.797	16.350	6.960	20.793	5.199	24
1994	353.619	156.354	145.863	17.301	7.050	22.431	4.602	18
1995	385.296	166.332	166.716	16.173	8.532	23.172	4.350	18
1996	409.800	178.809	177.867	14.490	10.197	23.997	4.428	12
1997	420.813	187.647	179.223	13.710	11.931	23.937	4.353	9
1998	417.315	194.205	170.208	12.864	13.089	22.665	4.254	30
1999	418.728	205.857	161.730	12.456	13.209	21.192	4.245	39
2000	404.814	207.813	147.603	11.838	12.897	20.445	4.179	42
2001	388.341	206.793	133.590	11.316	12.525	19.698	4.389	33
2002	366.807	198.432	120.825	11.079	12.717	19.296	4.422	39
2003	355.137	198.444	109.974	10.653	13.095	18.282	4.653	36
2004	350.040	198.699	104.913	10.806	13.770	17.130	4.677	42
2005	343.260	198.399	100.059	10.401	13.857	15.936	4.566	42
2006	338.448	198.636	96.399	10.320	13.893	14.877	4.266	57
2007[3]	329.832	197.583	90.474	9.795	13.554	14.247	4.110	66
2008	315.204	191.838	84.099	9.270	12.363	13.842	3.792	–
2009	287.478	174.933	75.285	9.342	10.809	13.731	3.381	–
2010	255.663	155.340	66.078	8.637	9.474	13.152	2.979	–
Bundesgebiet								
1992	1.666.209	841.605	553.449	71.355	32.604	154.560	12.072	570
1993	1.629.312	786.513	567.744	73.512	29.685	158.862	12.633	366
1994	1.579.878	723.981	588.102	66.732	29.409	158.973	12.351	327
1995	1.579.338	702.867	615.351	56.721	31.257	160.350	12.486	309
1996	1.592.226	707.322	627.813	49.374	33.894	160.593	12.903	327
1997	1.622.679	736.284	630.903	47.613	37.413	156.588	13.536	342
1998	1.657.764	778.884	624.981	48.183	40.089	151.137	14.097	390
1999	1.698.330	833.016	616.872	47.457	40.386	146.598	13.638	363
2000	1.702.017	860.811	596.163	46.320	38.922	146.247	13.170	387
2001	1.684.668	876.141	564.480	45.453	37.530	147.585	13.107	372
2002	1.622.442	850.158	527.853	45.237	37.053	148.812	12.945	387
2003	1.581.630	838.368	502.365	43.338	38.292	145.731	13.137	396
2004	1.564.065	837.915	489.171	44.019	40.398	138.711	13.362	486
2005	1.553.436	848.217	477.183	43.365	41.313	130.419	12.300	639
2006	1.570.614	872.805	476.616	42.972	42.024	123.642	11.778	780
2007[3]	1.594.773	910.320	475.065	38.994	42.894	114.870	11.667	963
2008	1.613.343	934.221	471.039	38.043	42.204	116.664	11.172	–
2009	1.571.457	909.072	455.568	37.980	41.028	117.015	10.794	–
2010	1.508.328	873.402	434.907	37.587	38.667	113.682	10.086	–

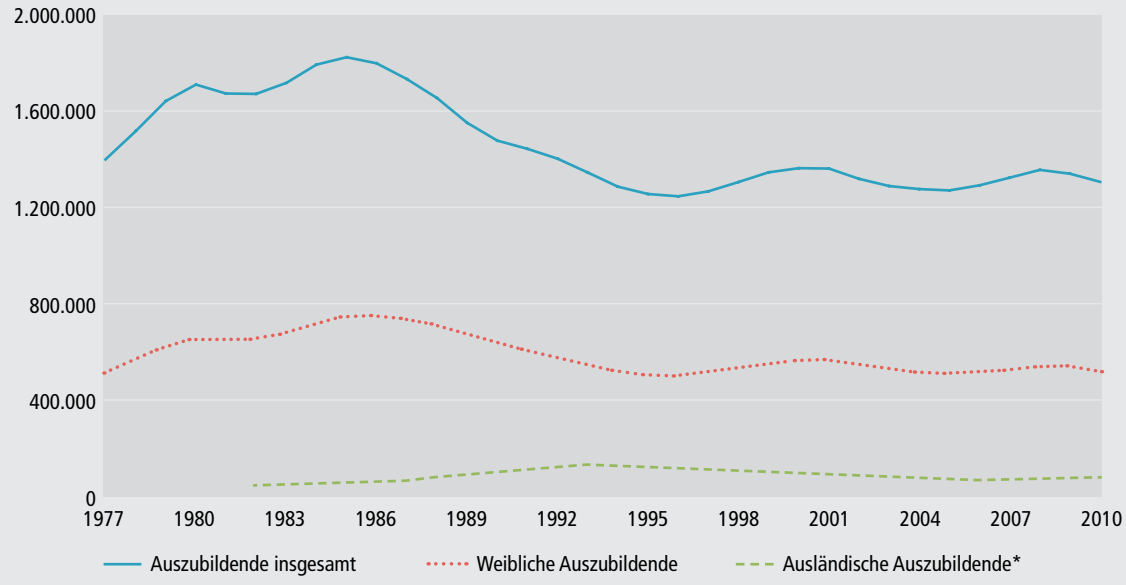
[1] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe; vgl. E in Kapitel A1.2. Seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

[2] Hierbei handelt es sich lediglich um die Auszubildenden in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes; da in Betrieben des öffentlichen Dienstes auch in bereichsfremden Berufen ausgebildet wird, fällt die Zahl und der Anteil derer, die im öffentlichen Dienst ausgebildet werden, höher aus. Die Auswertung des neu erhobenen Betriebsmerkmals „Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst" kann derzeit nur für die Neuabschlüsse und noch nicht für die Bestandszahlen ausgewertet werden (keine rückwirkende Erfassung neuer Merkmale), unter den Neuabschlüssen beträgt der Anteil derer in Berufen des öffentlichen Dienstes 2,3 % und der Anteil der Neuabschlüsse in Betrieben des öffentlichen Dienstes 3,5 %.

[3] Aufgrund erheblicher meldetechnischer Umstellungen in 2007 ist ein Vergleich der Daten ab 2007 mit den Daten bis 2006 nur mit Einschränkung möglich.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Schaubild A4.2.1-1: **Zahl der Auszubildenden am 31.12., alte Länder inklusive Berlin (vor 1991 nur Berlin-West), 1977–2010**



*Die Zahl der ausländischen Auszubildenden wurde erst ab 1982 gesondert erfasst.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1977 bis 2010

Bestandsentwicklung in den Zuständigkeitsbereichen

Die Bestandsentwicklung unterscheidet sich in den Zuständigkeitsbereichen (vgl. E in Kapitel A1.1). Im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel waren am 31. Dezember 2010 873.402 Auszubildende gemeldet. Er bleibt deutlich der größte Zuständigkeitsbereich. Allerdings umfasste der Bestand rund 35.670 Personen weniger als im Vorjahr (-3,9 %). 1995 hatte die Zahl der Auszubildenden in Industrie und Handel auf einem Tiefstwert von 702.867 Auszubildenden gelegen. Maßgeblich bedingte ein zurückgehendes Ausbildungsplatzangebot in Westdeutschland, etwa in den Metall- und Elektroberufen, den Rückgang. Seitdem war die Zahl der Auszubildenden mit kurzer Unterbrechung zwischen 2001 bis 2004 stetig angestiegen. Das Berichtsjahr 2010 ist nun das zweite Jahr in Folge, in dem die Zahl der Auszubildenden wieder sinkt. Über die Hälfte des Rückgangs geht auf die gesunkenen Bestandszahlen im östlichen Bundesgebiet zurück. Im Vorjahr war der Rückgang im Osten noch stärker ins Gewicht gefallen.

Im Handwerk umfasste der Auszubildendenbestand 434.907 Personen. Gegenüber 2009 ergibt sich hier ein Rückgang von 20.661 Personen bzw. 4,5 %. → **Tabelle A4.2.1-1**. Die längerfristige Betrachtung zeigt, dass auch hier zunehmend demografische Faktoren Einfluss üben. Seit Anfang der 1990er-Jahre war die Zahl der Auszubildenden insbesondere durch den Aufbau handwerklicher Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland angestiegen. 1998 begann die Zahl der Auszubildenden allerdings kontinuierlich zu sinken. Nach einem gemäßigten Rückgang in den Jahren 2005 bis 2008 scheint sich der Trend seit 2009 zu beschleunigen. In Ostdeutschland erreicht die negative Entwicklung inzwischen -12,2 % (-9.207). In Westdeutschland fällt sie mit -3,0 % (-11.457) bislang noch gemäßigt aus.

In den dualen Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst bestanden am 31. Dezember 2010 37.587 Ausbildungsverhältnisse. Von allen Zuständigkeitsbereichen wies dieser Bereich, der nach der Hauswirtschaft der kleinste ist, die geringsten Veränderungsraten auf. Im Vergleich zum Vorjahr gab es einen Rückgang von nur 393 Personen bzw. 1 %. Allerdings verstärkt sich die abnehmende Entwicklung. Denn während die Zahl der Auszubildenden in Westdeutschland um 1,1 % bzw. 312 zunahm, sank sie 2010 in Ostdeutschland, wo der Bestand noch im Vorjahr leicht anstieg (+0,8 %), mit 7,5 % und 705 Auszubildenden deutlich ab.

Insgesamt ging der Auszubildendenbestand in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes seit Anfang der 1990er-Jahre stetig zurück. 2010 beträgt er gegenüber 1992 fast nur noch die Hälfte. Dabei ging der Einbruch der Zahlen nach 1994 v. a. auf Privatisierungen im Post- und Bahnbereich und den Wechsel der entsprechenden Ausbildungsberufe in den Zuständigkeitsbereich von Industrie und Handel zurück. Bis 2006 schwächte sich die sinkende Tendenz in den Berufen des öffentlichen Dienstes ab. Der in 2007 wieder stärkere Rückgang kann teilweise durch die Umstellungen in der Berufsbildungsstatistik bedingt sein.[69] Zumindest in Teilen geht dieser Rückgang aber auch auf ein verändertes Ausbildungsverhalten im öffentlichen Dienst zurück (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.2.1). Schließlich ist auch hier von demografischen Effekten auszugehen.

Seit 2007 erfasst die Berufsbildungsstatistik auch das Betriebsmerkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst". Im Jahre 2010 kommen zu den 37.587 Auszubildenden des öffentlichen Dienstes mindestens 17.940 Auszubildende hinzu, die in Betrieben des öffentlichen Dienstes in Berufen der anderen Zuständigkeitsbereiche ausgebildet werden. Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass das Merkmal „Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst" im Rahmen der Berufsbildungsstatistik untererfasst ist. Ein Vergleich mit den Daten der Personalstandsstatistik der statistischen Ämter (**vgl. Kapitel A4.2.3**) ergibt eine Untererfassung von ca. 20 %.[70]

Am 31. Dezember 2010 befanden sich 113.682 Personen in einer dualen Berufsausbildung in den freien Berufen. Nach dem kurzzeitigen Anstieg in 2008 und 2009 sinkt die Bestandszahl damit wieder und verzeichnet 3.333 Auszubildende bzw. 2,8 % weniger. Die in Ostdeutschland bereits im Vorjahr sinkende Tendenz verstärkt sich und beträgt -4,2 %. Insgesamt gehen die Zahlen schon längerfristig zurück. 1996 war mit 160.593 Auszubildenden die höchste Zahl an Auszubildenden erreicht worden. Der anschließend einsetzende Rückgang kann mit kleineren Unterbrechungen bis heute nachverfolgt werden.

In den Berufen der Landwirtschaft waren 38.667 Auszubildende gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr waren dies 5,8 % (2.361) weniger. Längerfristig kann insgesamt festgestellt werden, dass der Bestand an Auszubildenden in diesem Zuständigkeitsbereich zugenommen hat. Er stieg von 32.604 zu Beginn der 1990er-Jahre zunächst auf 40.386 in 1999 und erhöhte sich noch einmal auf 42.894 in 2007. Seit 2008 sinken die Zahlen nun. Während im Vorjahr nur in Ostdeutschland die Bestände zurückgingen, sind sinkende Zahlen nun in beiden Landesteilen zu verzeichnen. In Ostdeutschland betrug die Veränderung zum Vorjahr -12,4 %, im Westen -3,4 %.

Im Zuständigkeitsbereich der Hauswirtschaft mit dem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf Hauswirtschafter/-in sowie den beiden Berufen für Menschen mit Behinderung Hauswirtschaftshelfer/-in und Hauswirtschaftstechnische/-r Betriebshelfer/-in sind bundesweit vergleichsweise wenige Auszubildende zu finden. Die Zahl beträgt am 31. Dezember 2010 10.086. Sie ist bereits seit Ende der 1990er-

69 Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes führte die Umstellung der Datenlieferung im Jahr 2007 insbesondere im Zuständigkeitsbereich des öffentlichen Dienstes zu Einschränkungen in der zeitlichen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Allerdings zeigt sich auch in der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Jahr 2007 ein starker Rückgang in den Berufen des öffentlichen Dienstes (→ **http://www.bibb.de/de/14492.htm**). Insofern ist unklar, in welchem Ausmaß der Rückgang in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes in der Berufsbildungsstatistik durch die Umstellung der Datenlieferung und in welchem Maße durch reale Entwicklungen bedingt ist.

70 Für diesen Vergleich wurde die Auszubildendenbestandszahl zum Stichtag 30. Juni auf Basis der Individualdatensätze der Berufsbildungsstatistik berechnet. Diese wurde mit der Auszubildendenzahl aus der Personalstandsstatistik (allerdings ohne „Arbeitnehmer im Pflegedienst" und zumindest ohne einen Teil der „Auszubildenden an Unikliniken und Krankenhäusern") verglichen.

Jahre mit kurzer Unterbrechung in 2002 und 2003 rückläufig.[71]

Unter den Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt fällt der Ausbildungsberuf Schiffsmechaniker/-in. Der Bereich ist entsprechend klein. Insbesondere ab dem Jahre 2004 war er zuletzt allerdings deutlich angewachsen und erreichte 963 Auszubildende. Seit 2008 wird er nicht mehr für die Berufsbildungsstatistik gemeldet.[72]

Frauen in den dualen Ausbildungsberufen

599.565 Frauen waren am 31. Dezember 2010 Auszubildende im dualen System, dies entspricht einem Anteil von 39,8 % → **Tabelle A4.2.1-2**. Gegenüber dem Vorjahr blieb dieser Anteil nahezu unverändert. Er schwankt seit 1992 ohnehin nur geringfügig zwischen 39 % und 41 %. Insgesamt sind Frauen im dualen System gegenüber ihrem Anteil in der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter unterrepräsentiert (48,8 %) (**vgl. auch Kapitel A4.5**). Sie sind häufiger in vollzeitschulischen Berufsausbildungsgängen zu finden (**vgl. Kapitel A5.2**). Auch innerhalb des dualen Systems zeigen sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. So variiert der Frauenanteil etwa in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen deutlich. Am höchsten liegt er im Bereich der freien Berufe (94,7 %) und in der Hauswirtschaft (92,5 %). In den Berufen des öffentlichen Dienstes ist er gegenüber Anfang der 1990er-Jahre (1992: 50,7 %) deutlich gestiegen und liegt seit 1998 bei mindestens 63 %. In 2010 betrug er 65,3 %. Durchschnittlich sind Frauen mit 39,6 % in den Berufen des Zuständigkeitsbereichs Industrie und Handel vertreten. Der Wert liegt seit Jahren gleichbleibend zwischen 39 % und 43 %. Im Handwerk sind Frauen mit nur 23,8 % deutlich seltener unter den Auszubildenden. Die Anteile sind gegenüber Anfang der 1990er-Jahre auch nur geringfügig gestiegen (1992: 22,1 %). Dass sich die Zahlen ab 1995 erhöhten, geht auf die starken Rückgänge bei den männlich dominierten Berufen im Bau- und Ausbaugewerbe zurück. Deutlich unterproportional ist der Frauenanteil zudem auch in der Landwirtschaft mit 22,7 %. Seit 1992 (35,7 %) ist er hier fast stetig zurückgegangen.

Insgesamt existiert unter den Ausbildungsberufen des dualen Systems eine deutliche Geschlechtersegregation. Die berufsstrukturellen Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind seit Mitte der 1980er-Jahre nahezu unverändert (vgl. Uhly 2007). Ein Großteil der Ausbildungsberufe ist jeweils überwiegend mit Frauen oder mit Männern besetzt, entsprechend variieren die Frauenanteile deutlich. Diese strukturelle Beständigkeit lässt sich anhand von Daten für Westdeutschland darlegen[73] → **Tabelle A4.2.1-3**. Unterteilt man die dualen Ausbildungsberufe auf Basis des jeweiligen Frauenanteils am Auszubildendenbestand im Jahr 1977 bzw. des ersten Jahres des Auftretens eines Berufs (oder seines Vorgängerberufs), zeigt sich, dass die Mehrheit der Frauen eine Ausbildung in einem weiblich dominierten Beruf absolviert, also in einem Beruf mit mindestens 80 % Frauenanteil. In 2010 waren in Westdeutschland fast 40 % aller weiblichen Auszubildenden des dualen Systems in weiblich dominierten Berufen. Gegenüber 1980 hat sich dieser Anteil nur um -5,5 Prozentpunkte verändert. Weitere 17,9 % der Frauen befinden sich 2010 in einer Ausbildung in einem überwiegend weiblich besetzten Beruf, d. h. mit einem Frauenanteil von 60–80 %. Im Vergleich zu 1980 (23,4 %) ist der Wert nur wenig abgesunken. In den männlich dominierten und überwiegend männlich besetzten Ausbildungsberufen (Frauenanteil 0–20 % bzw. 20–40 %) befinden sich 2010 zwar mit 10,5 % und 8,2 % anteilig fast doppelt so viele Frauen wie noch 1980. Insgesamt erscheinen die Anteile jedoch gering. Die gemischt besetzten Berufe integrieren rund ein Viertel der weiblichen Auszu-

71 Der deutliche Rückgang der Auszubildenden im Zuständigkeitsbereich der Hauswirtschaft in Westdeutschland im Jahr 2005 (-11 %) ist teilweise durch veränderte Zuständigkeiten bedingt, denn für das Land Hessen werden Hauswirtschafter/-innen seit 2005 nicht mehr unter dem Bereich Hauswirtschaft, sondern unter dem Bereich Industrie und Handel gemeldet.

72 Da der Ausbildungsberuf nicht nach BBiG oder HwO geordnet ist, sondern einen vergleichbar geregelten Beruf außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG darstellt, wurde er bis 2007 freiwillig gemeldet (die gesetzliche Grundlage für die Berufsbildungsstatistik, insbesondere § 88 BBiG, betrifft nur Ausbildungsberufe, die nach BBiG bzw. HwO geregelt sind). Mit den erweiterten Meldepflichten im Rahmen der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz wurde die Datenmeldung im Jahr 2008 eingestellt. Ausbildungsverträge werden im Zuständigkeitsbereich der Seeschifffahrt weiterhin abgeschlossen.

73 Im Rahmen der Aggregatdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik wurde bis 1992 lediglich die Bestandszahl der Auszubildenden differenziert nach Geschlecht erhoben; die hier erfolgte Differenzierung der Berufe (in stark männlich oder weiblich besetzt) kann deshalb nur auf Basis der Bestandszahlen und nicht anhand der Neuabschlusszahlen erfolgen.

Tabelle A4.2.1-2: **Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen[1], Bundesgebiet 1992 bis 2010 (in %)**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt
1992	40,8	41,8	22,1	50,7	35,7	95,0	97,0	1,9
1993	40,4	41,8	20,8	52,0	34,3	95,1	96,7	2,5
1994	40,0	42,7	19,6	54,1	33,1	94,8	96,3	4,0
1995	39,8	43,2	19,2	56,7	32,7	94,9	95,7	4,2
1996	39,8	43,5	19,3	59,2	31,7	95,0	95,4	5,5
1997	39,9	43,5	19,8	62,3	30,7	95,3	95,0	7,3
1998	40,0	43,1	20,6	62,9	29,7	95,3	94,9	5,9
1999	40,5	43,4	21,3	63,0	28,5	95,5	94,6	4,4
2000	40,9	43,2	21,9	64,4	28,5	95,6	94,6	5,4
2001	41,0	42,4	22,4	64,6	27,2	95,6	94,1	6,2
2002	41,0	41,4	22,6	65,3	26,4	95,6	93,8	5,2
2003	40,6	40,5	22,7	64,9	25,2	95,5	93,0	4,3
2004	40,1	39,8	22,7	64,2	24,1	95,3	92,8	4,3
2005	39,7	39,5	22,9	63,4	23,2	95,1	92,5	4,1
2006	39,5	39,5	23,1	63,5	22,4	95,2	92,5	3,9
2007[2]	39,3	39,6	23,3	64,1	22,4	95,0	92,1	4,5
2008	39,6	39,8	23,7	64,3	23,0	95,0	92,2	–
2009	39,9	39,9	24,0	64,8	22,9	94,9	92,5	–
2010	39,8	39,6	23,8	65,3	22,7	94,7	92,5	–

[1] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe; seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.
[2] Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2010

Tabelle A4.2.1-3: **Weibliche Auszubildende (Bestände) in männlich und weiblich besetzten Ausbildungsberufen, Westdeutschland 1980, 1995 und 2010, Ostdeutschland 2010**

Gruppe der Ausbildungsberufe[1]	Weibliche Auszubildende							
	Insgesamt, Anzahl				Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Auszubildenden (in %)			
	Westdeutschland			Ostdeutschland	Westdeutschland			Ostdeutschland
	1980	1995	2010	2010	1980	1995	2010	2010
Männlich dominierte Berufe (0–20 % weibliche Auszubildende)	34.209	42.804	52.425	18.357	5,4	8,9	10,5	18,5
Überwiegend männlich besetzte Berufe (20–40 % weibliche Auszubildende)	35.244	32.448	41.094	5.979	5,5	6,7	8,2	6,0
Gemischt besetzte Berufe (40–60 % weibliche Auszubildende)	134.226	124.800	120.972	21.261	21,0	26,0	24,2	21,4
Überwiegend weiblich besetzte Berufe (60–80 % weibliche Auszubildende)	149.604	66.873	89.325	19.368	23,4	13,9	17,9	19,5
Weiblich dominierte Berufe (80–100 % weibliche Auszubildende)	285.765	213.825	195.912	34.299	44,7	44,5	39,2	34,5
Insgesamt	**639.048**	**480.750**	**499.728**	**99.264**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**

[1] Gruppenbildung nach dem Anteil der weiblichen Auszubildenden im jeweiligen Beruf (bzw. dessen Vorgängerberuf) in Westdeutschland im Jahre 1977 oder später (für die Berufe, die nach 1977 zum ersten Mal auftreten).

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980, 1995 und 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

bildenden im dualen System (24,2 %). Nicht so stark fällt die Geschlechtersegregation in Ostdeutschland aus. So befand sich dort in 2010 mit 18,5 % fast jede fünfte Frau in einem männlich dominierten Beruf. Umgekehrt besetzten die ostdeutschen Frauen mit 34,5 % weniger häufig einen weiblich dominierten Ausbildungsberuf als im Westen. Zu bemerken ist allerdings, dass sich die Verteilung in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren zunehmend an Westdeutschland anpasst. Denn der Anteil der ostdeutschen Frauen, die einen weiblich dominierten Ausbildungsberuf erlernen, lag im Berichtsjahr 1991 sogar nur bei 26,3 % und damit noch deutlich niedriger als heute (vgl. Uhly u. a. 2010).

Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den dualen Ausbildungsberufen

In der Berufsbildungsstatistik wird zu den Auszubildenden auch die Staatsangehörigkeit erfasst, ein möglicher Migrationshintergrund kann jedoch nicht ausgewiesen werden. Der Anteil der Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit[74] unter den Auszubildenden ist seit Anfang der 1990er-Jahre stark zurückgegangen. 2010 beträgt er 5,1 % → **Tabelle A4.2.1-4**. Um das Ausmaß der Integration in die duale Berufsausbildung abzuschätzen, muss allerdings Bezug zum Ausländeranteil in der Wohnbevölkerung genommen werden. Der Ausländeranteil unter den Auszubildenden ist hierzu nicht geeignet. Beispielsweise sank der Ausländeranteil unter den Auszubildenden allein des dualen Systems seit Mitte der 1990er-Jahre stark; dies war jedoch teilweise durch verstärkte Einbürgerungen bedingt. In der Wohnbevölkerung ging der Ausländeranteil folglich ebenfalls zurück.[75] Ob die Entwicklung im dualen System der der Wohnbevölkerung entspricht oder auf andere Faktoren zurückzuführen ist, lässt sich auf Basis der Ausbildungsbeteiligungsquote bzw. Ausbildungsanfängerquote betrachten (**vgl. Kapitel A4.5**). Der Ausländeranteil unter den Auszubildenden eignet sich jedoch für einen Vergleich der Zuständigkeitsbereiche oder die Analyse berufsspezifischer Besonderheiten.

Der in 2010 gestiegene Ausländeranteil unter den Auszubildenden ist in fast allen Zuständigkeitsbereichen zu beobachten. Allerdings bleibt er fast überall unterhalb des Ausländeranteils in der entsprechenden Altersgruppe der Wohnbevölkerung. Am stärksten besetzen ausländische Personen mit 9,1 % den Bereich der freien Berufe. Hier lag der Anteil schon immer höher und schwankte seit Anfang der 1990er-Jahre nur geringfügig zwischen 7 % und 9 %. Der aktuelle Anteil ist jedoch bislang der höchste Wert. Einzelne Berufe dieses Zuständigkeitsbereichs wie die Berufe Pharmazeutisch-kaufmännische/-r Angestellte/-r (18,3 %) oder Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r (12,7 %) sind sogar überproportional mit ausländischen Auszubildenden besetzt. In beiden Berufen findet man fast ausschließlich weibliche Auszubildende (96,7 % bzw. 99,4 %), sowohl unter Auszubildenden mit deutscher als auch ausländischer Staatsangehörigkeit.

Auch im Handwerk und im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel ist der Ausländeranteil im Jahr 2010 wieder gestiegen. Im Handwerk beträgt der Anteil 5,9 %. Der Zuwachs fällt mit 7,3 % leicht überproportional aus. In Industrie und Handel liegt der Anteil bei 4,5 %, die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist etwas schwächer ausgeprägt.

Unterdurchschnittlich ist der Ausländeranteil auch in der Hauswirtschaft mit 4,6 %, er hat sich jedoch seit 1992 (2,4 %) deutlich erhöht. Mit Abstand am niedrigsten liegt der Anteil von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den Berufen des öffentlichen Dienstes und der Landwirtschaft. Im Jahr 2010 lag er dort nur bei 1,7 % und 0,7 %. Diese beiden kleinen Zuständigkeitsbereiche waren die einzigen Bereiche, in denen 2010 sinkende Ausländeranteile beobachtet werden konnten. 1992 hatten die Anteile in den Ausbildungsberufen im öffentlichen Dienst wenig höher gelegen. Nach Höchstwerten Mitte der 1990er-Jahre waren sie kontinuierlich abgesunken.

74 Als ausländische Auszubildende werden alle Auszubildenden ohne deutschen Pass gezählt. Jugendliche, die sowohl über eine deutsche als auch eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, werden nicht als ausländische Auszubildende erfasst.

75 In der Wohnbevölkerung der 16- bis 24-Jährigen stieg der Ausländeranteil bis 1997 noch auf 14,9 %. Seither sank er kontinuierlich ab. In 2010 beträgt er 10,9 %.

Tabelle A4.2.1-4: **Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen[1], Bundesgebiet 1992 bis 2010 (in %)**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt
1992	7,2	6,4	9,4	2,6	1,2	7,5	2,4	0,9
1993	7,8	6,9	9,8	3,0	1,2	8,3	2,7	1,6
1994	8,0	7,2	9,7	3,1	1,4	8,5	2,9	1,2
1995	7,7	7,0	9,0	3,1	1,8	8,6	3,6	1,0
1996	7,3	6,7	8,3	2,7	1,6	9,0	4,1	1,2
1997	6,8	6,3	7,6	2,4	1,4	8,8	4,5	1,2
1998	6,3	5,9	7,0	2,4	1,1	8,2	4,7	1,8
1999	5,9	5,6	6,6	2,3	0,9	8,0	3,9	1,7
2000	5,7	5,2	6,4	2,1	0,9	8,2	4,2	1,3
2001	5,5	5,0	6,2	2,2	0,8	7,9	4,3	0,3
2002	5,3	4,7	6,0	2,0	0,9	8,3	4,2	0,8
2003	5,0	4,4	5,7	2,1	0,8	8,3	4,1	2,0
2004	4,6	4,0	5,3	1,8	0,8	7,7	4,2	2,5
2005	4,4	3,8	5,1	1,7	0,8	7,3	4,0	2,2
2006	4,2	3,7	4,8	1,7	0,8	7,1	3,8	1,4
2007[2]	4,3	3,9	4,9	1,5	0,7	7,7	3,2	1,1
2008	4,5	4,1	5,2	1,5	0,7	8,1	3,6	–
2009	4,8	4,3	5,5	1,8	0,8	8,5	4,1	–
2010	5,1	4,5	5,9	1,7	0,7	9,1	4,6	–

[1] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe; seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.
[2] Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2010

Generell sind Ausbildungsberufe im dualen System[76], die zu 10 % oder mehr von Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit besetzt sind, nur in geringem Maße zu finden. Von den Berufen mit mindestens 100 Auszubildenden sind dies lediglich die Berufe Verkäufer/-in (10,4 %), Friseur/-in (15,3 %), Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r (12,7 %), Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie (10,2 %), Fachkraft im Gastgewerbe (12,4 %), Pharmazeutisch-kaufmännische/-r Angestellte/-r (18,3 %), Fliesen-, Platten- und Mosaikleger/-in (10,2 %), Stuckateur/-in (14,0 %), Tankwart/-in (11.0 %), Änderungsschneider/-in (19,3 %), Industrie-Isolierer/-in (12,0 %), Chirurgiemechaniker/-in (10,9 %) und Estrichleger/-in (11,4 %).

Einen Überblick über die Ausbildungssituation von ausländischen Jugendlichen bzw. Jugendlichen mit Migrationshintergrund gibt **Kapitel A4.9**.

(Naomi Gericke)

76 Staatlich anerkannte Ausbildungsberufe oder Ausbildungsberufe in Erprobung (ohne Berufe für Menschen mit Behinderung).

A4.2.2 Auszubildende mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen

Die Ausbildung in den nach Berufsbildungsgesetz bzw. Handwerksordnung anerkannten Berufen (BBiG/HwO-Berufe) findet weit überwiegend an den Lernorten Betrieb und (Teilzeit-)Berufsschule statt. Die Kosten des betrieblichen Teils der dualen Berufsausbildung werden in der Regel von den ausbildenden Unternehmen getragen, während der Staat die Kosten der berufsschulischen Ausbildung übernimmt. Das betriebliche Ausbildungsangebot konnte allerdings in der Vergangenheit wegen seiner starken Marktabhängigkeit eine Versorgung aller Ausbildungsstellenbewerber/-innen oft bei Weitem nicht sicherstellen (vgl. Ulrich/Eberhard 2008) – und dies gelang trotz der deutlich verbesserten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt auch im vergangenen Ausbildungsjahr nicht (**vgl. Kapitel A1**). Hinzu kommt, dass für Jugendliche, die eine besondere pädagogische Betreuung benötigen und deshalb außerhalb realer Arbeitsabläufe ausgebildet werden müssen, eine betriebliche Ausbildung meist nicht in Betracht kommt. Aus diesen Gründen wird seit vielen Jahren eine nicht unerhebliche Anzahl von zusätzlichen außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen bereitgestellt, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln bzw. Mitteln der Bundesagentur für Arbeit (BA) finanziert werden. In diesen Fällen schließen die Auszubildenden ihren Ausbildungsvertrag nicht – wie sonst in der dualen Berufsausbildung üblich – mit einem Betrieb, sondern mit einem außerbetrieblichen Träger der Ausbildung. Wie hoch der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung an allen Ausbildungsverhältnissen ist, geht bislang aus der Berufsbildungsstatistik zum Stichtag 31. Dezember nicht hervor.[77] Seit dem Jahr 1999 differenziert das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) daher die Gesamtzahl der Auszubildenden näherungsweise unter Hinzuziehung anderer Datenquellen nach betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen **E**.

E **Differenzierung nach betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen**

Das BIBB schätzt jährlich zum Stand 31. Dezember den Anteil der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse differenziert nach Bundesländern. Dabei wird zunächst die Zahl der Auszubildenden ermittelt, die sich an diesem Stichtag in einer außerbetrieblichen, d. h. überwiegend öffentlich finanzierten Berufsausbildung befanden. Der Umfang der betrieblichen Ausbildung wird dann auf indirektem Weg berechnet, indem von der Gesamtzahl der Auszubildenden, die das Statistische Bundesamt ausweist, die Anzahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse abgezogen wird. Das Ergebnis ist deshalb als Schätzung aufzufassen, weil die Zusammenführung unterschiedlicher Datenquellen in der Regel mit Ungenauigkeiten bzw. Unsicherheiten verbunden ist.

Außerbetriebliche Ausbildung wird nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und SBG III), im Rahmen der Bund-Länder-Programme Ost, durch ergänzende Programme der neuen Länder sowie durch Förderprogramme einiger alter Länder finanziert. Für die Berechnungen wird der jeweilige Teilnehmerbestand Ende Dezember eines Jahres herangezogen. Die Angaben werden von der Bundesagentur für Arbeit und den Ländern zur Verfügung gestellt. Dabei werden ausschließlich Ausbildungsverhältnisse in BBiG/HwO-Berufen einbezogen, die mit einem bei der zuständigen Stelle (z. B. Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer) eingetragenen Ausbildungsvertrag verbunden sind. Denn nur diese Ausbildungsverhältnisse werden in der Berufsbildungsstatistik mitgezählt. Geförderte schulische Ausbildungsgänge bleiben dagegen unberücksichtigt, da die Teilnehmer/-innen dort keinen entsprechenden Ausbildungsvertrag geschlossen und somit nicht den Status „Auszubildender" haben.

Zu beachten ist, dass auch in der außerbetrieblichen Berufsausbildung teilweise längere Ausbildungsphasen in Betrieben stattfinden. Maßgeblich für die hier vorgenommene Zuordnung ist jedoch allein die Finanzierungsform – und nicht der Lernort. Zugrunde gelegt wird damit auch hier die „überwiegend öffentliche Finanzierung von Berufsausbil-

77 Seit dem Jahr 2007 wird im Rahmen der auf eine Individualdatenerfassung umgestellten Berufsbildungsstatistik auch die Finanzierungsart der Ausbildung erhoben. Da die neuen Merkmale der Berufsbildungsstatistik verpflichtend nur für Verträge zu erheben sind, die ab April 2007 in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragen wurden, können sie bislang nur für die Neuabschlüsse, nicht jedoch für die Bestandszahlen ausgewertet werden (vgl. Kapitel A4.3). Im Hinblick auf den Gesamtbestand 2010 ist noch von einer deutlichen Untererfassung der öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse in der Berufsbildungsstatistik auszugehen.

dungsverhältnissen", wie sie im Rahmen der BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September sowie der Berufsbildungsstatistik zum 31. Dezember definiert ist (**vgl. Kapitel A1.2 und Kapitel A4.3**).

Anteile betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung 2010

Die öffentliche Finanzierung von Ausbildungsplätzen erfolgt für unterschiedliche Zielgruppen: So fördert die BA nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB III) die außerbetriebliche Ausbildung von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen, die sozialpädagogischer Begleitung bedürfen und auch mit ausbildungsbegleitenden Hilfen nicht in eine betriebliche Berufsausbildung vermittelt werden können (Berufsausbildung Benachteiligter – BaE, siehe § 242 SGB III, **vgl. Kapitel A7.1**). Darüber hinaus werden von der BA Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Eingliederung von jungen Menschen mit Behinderungen finanziert (Ausbildung Reha – RehabMA, siehe § 102 SGB III). Die Bund-Länder-Programme Ost, die ergänzenden Programme der neuen Länder sowie die Förderprogramme in einigen alten Bundesländern richten sich in der Regel an sogenannte „marktbenachteiligte" Jugendliche, die allein aufgrund eines in der Region nicht ausreichenden betrieblichen Ausbildungsstellenangebots unversorgt blieben (**vgl. Kapitel D1**).

Ende 2010 befanden sich nach den Berechnungen des BIBB bundesweit 145.075 Auszubildende in einer der öffentlich geförderten außerbetrieblichen Ausbildungsformen. Dies waren 9,6 % der insgesamt 1.508.328 Auszubildenden, die es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zum Stichtag 31. Dezember 2010 gab → **Tabelle A4.2.2-1.** Der Anteil der Auszubildenden in betrieblicher Ausbildung betrug dementsprechend 90,4 % (1.363.253). In den alten Ländern lag der Anteil der außerbetrieblichen Auszubildenden bei 7,0 % (87.569) aller Auszubildenden (1.252.665). In den neuen Ländern einschließlich Berlin erreichte der Anteil der außerbetrieblichen Auszubildenden 22,5 % (57.502) aller Auszubildenden (255.663).

Die außerbetriebliche Ausbildung verteilte sich 2010 wie folgt auf die verschiedenen Förderarten bzw. Zielgruppen: In den alten Ländern nahmen die nach SGB geförderten Ausbildungsverhältnisse lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher mit 59,3 % (51.949) den größten Anteil ein. Die geförderte Ausbildung Jugendlicher mit Behinderungen folgte mit 35,8 % (31.306). Auf die Förderung von marktbenachteiligten Jugendlichen im Rahmen von Länderprogrammen entfielen lediglich 4,9 % (4.314) der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse. Allerdings gab es auch nur in 3 der alten Länder (Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen) solche Förderprogramme.

In den neuen Ländern hatte die nach SGB geförderte Ausbildung lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher mit 50,4 % (29.000) ebenfalls die größte quantitative Bedeutung, gefolgt von der durch die Bund-Länder-Programme Ost sowie die ergänzenden Länderprogramme finanzierten Ausbildung marktbenachteiligter Jugendlicher mit insgesamt 29,5 % (16.968). Die Förderung der beruflichen Eingliederung junger Menschen mit Behinderungen nahm einen Anteil von 20,1 % (11.534) an den außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen ein.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die außerbetriebliche Ausbildung in den neuen Ländern noch immer in wesentlich höherem Maße als in den alten Ländern die Funktion hatte, Benachteiligungen auszugleichen, die allein durch das in der Region nicht ausreichende betriebliche Ausbildungsstellenangebot verursacht wurden. In den alten Ländern stand dagegen die Förderung der Ausbildung von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen sowie jungen Menschen mit Behinderungen im Vordergrund. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in der Förderpraxis die Grenze zwischen „Marktbenachteiligung" und originärer Benachteiligung fließend ist, d. h., bei schwieriger Ausbildungsmarktlage wird insbesondere der Kreis der lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen weiter gezogen (vgl. Ulrich 2003). Dies ist in den neuen Ländern möglicherweise nach wie vor stärker als in den alten Ländern der Fall, worauf der erheblich höhere Anteil der Förderung von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen an der Gesamtzahl aller (betrieblichen und außerbetrieblichen) Ausbildungsverhältnisse hindeutet: Dieser lag 2010 in den

Tabelle A4.2.2-1: **Zahl der Auszubildenden mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen 2010**

Bundesland	Insgesamt[1]		davon:								außerbetrieblich insgesamt		betrieblich	
			Bund-Länder-Programme Ost		(ergänzende) Länderprogramme		Berufsausbildung Benachteiligter (BaE)[2]		Ausbildung Reha (Reha-bMA)[2]					
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Baden-Württemberg	**205.362**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	6.034	2,9	7.018	3,4	**13.052**	**6,4**	**192.310**	**93,6**
Bayern	**256.788**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	6.558	2,6	6.111	2,4	**12.669**	**4,9**	**244.119**	**95,1**
Berlin	**49.359**	**100,0**	1.872	3,8	2.276	4,6	4.886	9,9	2.004	4,1	**11.038**	**22,4**	**38.321**	**77,6**
Brandenburg	**38.604**	**100,0**	1.136	2,9	967	2,5	4.704	12,2	2.599	6,7	**9.406**	**24,4**	**29.198**	**75,6**
Bremen	**15.792**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	610	3,9	272	1,7	**882**	**5,6**	**14.910**	**94,4**
Hamburg	**34.947**	**100,0**	0	0,0	1.383	4,0	1.122	3,2	449	1,3	**2.954**	**8,5**	**31.993**	**91,5**
Hessen	**105.531**	**100,0**	0	0,0	1.188	1,1	6.311	6,0	2.853	2,7	**10.352**	**9,8**	**95.179**	**90,2**
Mecklenburg-Vorpommern[3]	**28.788**	**100,0**	806	2,8	0	0,0	4.592	16,0	467	1,6	**5.865**	**20,4**	**22.923**	**79,6**
Niedersachsen	**151.416**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	6.606	4,4	3.654	2,4	**10.260**	**6,8**	**141.156**	**93,2**
Nordrhein-Westfalen	**331.884**	**100,0**	0	0,0	1.743	0,5	17.643	5,3	7.228	2,2	**26.614**	**8,0**	**305.270**	**92,0**
Rheinland-Pfalz	**76.155**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	3.740	4,9	2.074	2,7	**5.814**	**7,6**	**70.341**	**92,4**
Saarland	**20.850**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	934	4,5	571	2,7	**1.505**	**7,2**	**19.345**	**92,8**
Sachsen	**63.219**	**100,0**	2.518	4,0	2.804	4,4	7.028	11,1	2.066	3,3	**14.416**	**22,8**	**48.803**	**77,2**
Sachsen-Anhalt	**39.903**	**100,0**	1.993	5,0	654	1,6	4.400	11,0	2.259	5,7	**9.306**	**23,3**	**30.597**	**76,7**
Schleswig-Holstein	**53.940**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	2.391	4,4	1.076	2,0	**3.467**	**6,4**	**50.473**	**93,6**
Thüringen	**35.787**	**100,0**	1.577	4,4	365	1,0	3.390	9,5	2.139	6,0	**7.471**	**20,9**	**28.316**	**79,1**
Alte Länder	**1.252.665**	**100,0**	**0**	**0,0**	**4.314**	**0,3**	**51.949**	**4,1**	**31.306**	**2,5**	**87.569**	**7,0**	**1.165.096**	**93,0**
Neue Länder und Berlin	**255.663**	**100,0**	**9.902**	**3,9**	**7.066**	**2,8**	**29.000**	**11,3**	**11.534**	**4,5**	**57.502**	**22,5**	**198.158**	**77,5**
Deutschland	**1.508.328**	**100,0**	**9.902**	**0,7**	**11.380**	**0,8**	**80.952**	**5,4**	**42.841**	**2,8**	**145.075**	**9,6**	**1.363.253**	**90,4**

[1] Aus Datenschutzgründen rundet das Statistische Bundesamt alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3; die Gesamtwerte weichen deshalb von der Summe der Einzelwerte ab.

[2] Es handelt sich um Angaben **mit** den Förderinformationen zugelassener kommunaler Träger. Die geringen Abweichungen zwischen der Summe der Werte für die einzelnen Länder und des Gesamtwertes für das Bundesgebiet sind auf regional nicht zuordenbare Fälle zurückzuführen.

[3] Die Angaben zu den Bund-Länder-Programmen Ost und den ergänzenden Ländermaßnahmen beziehen sich in Mecklenburg-Vorpommern auf den Stand 01.03.2011.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Angaben der Länder; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

neuen Ländern bei 11,3 % gegenüber nur 4,1 % in den alten Ländern.[78]

Zwischen den einzelnen Bundesländern gab es deutliche Unterschiede in der Verbreitung der außerbetrieblichen Ausbildung. In den alten Ländern kam Hessen mit 9,8 % auf den höchsten prozentualen Anteil an außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen, Bayern wies dagegen mit 4,9 % den geringsten Anteil auf. Unter den neuen Ländern (einschließlich Berlin) hatte die außerbetriebliche Ausbildung in Brandenburg mit einem relativen Anteil von 24,4 % die größte quantitative Bedeutung, in Mecklenburg-Vorpommern war dagegen mit 20,4 % der niedrigste prozentuale Anteil zu verzeichnen.

Entwicklung der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung

In den alten Ländern verringerte sich die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse um 5,9 % von 93.033 im Jahr 2009 auf 87.569 im Jahr 2010.[79] In der betrieblichen Ausbildung betrug die Abnahme nur 2,2 % (von 1.190.945 auf 1.165.096). In den neuen Ländern sank die Zahl der Auszubildenden in außerbetrieblicher Ausbildung mit 20,5 % (von 72.322 auf 57.502) ebenfalls deutlich stärker als in betrieblicher Ausbildung mit 7,9 % (von 215.157 auf 198.158).[80]

Im Hinblick auf die einzelnen Förderarten entwickelte sich die außerbetriebliche Ausbildung von 2009 zu 2010 wie folgt: In den alten Ländern ging bei den Länderprogrammen zur Förderung der Ausbildung marktbenachteiligter Jugendlicher die Zahl der Ausbildungsverhältnisse mit -40,4 % (von 7.242 auf 4.314) erheblich zurück. Dagegen gab es bei der nach SGB geförderten Ausbildung lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher nur einen Rückgang um 2,8 % (von 53.430 auf 51.949) und bei der Förderung der Berufsausbildung von Jugendlichen mit Behinderungen um 3,3 % (von 32.361 auf 31.306).

In den neuen Ländern verringerte sich die Zahl der durch die Bund-Länder-Programme Ost finanzierten Ausbildungsverhältnisse für marktbenachteiligte Jugendliche erheblich, und zwar um 36,3 % (von 15.554 auf 9.902). In den ergänzenden Länderprogrammen fiel der Rückgang der Auszubildendenzahl mit 16,5 % (von 8.465 auf 7.066) nicht so stark aus. Bei den nach SGB geförderten Ausbildungsverhältnissen von lernbeeinträchtigten bzw. sozial benachteiligten Jugendlichen betrug die Abnahme 18,1 % (von 35.404 auf 29.000), bei den Ausbildungsmaßnahmen für Jugendliche mit Behinderungen 10,6 % (von 12.899 auf 11.534).

Zusammenfassend ist festzustellen: Aufgrund der in den neuen Ländern seit einigen Jahren stark gesunkenen Schulabgängerzahlen wurde inzwischen die Förderung von Ausbildungsplätzen für marktbenachteiligte Jugendliche insgesamt beträchtlich reduziert. Auch in den alten Ländern ging die – allerdings nicht sehr verbreitete – Förderung marktbenachteiligter Jugendlicher deutlich zurück. Die Zahl der geförderten Ausbildungsverhältnisse lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher sowie Jugendlicher mit Behinderungen sank in den neuen Ländern vor allem aufgrund der verringerten Nachfrage ebenfalls relativ stark, während in den alten Ländern bei diesen Förderarten vergleichsweise geringe Rückgänge zu verzeichnen waren.

(Ursula Beicht)

---

78 In den neuen Ländern ist bei dieser Förderart allerdings auch der Anteil der Jugendlichen aus dem Rechtskreis des SGB II (Bezieher von Arbeitslosengeld II, das alle erwerbsfähigen Personen erhalten, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie nicht aus eigener Kraft sichern können) mit 52,5 % erheblich höher als in den alten Ländern mit 32,9 %. Zugrunde gelegt sind dabei die Bestandszahlen im Dezember 2010 (ohne Förderinformationen zugelassener kommunaler Träger), vgl. Bundesagentur für Arbeit 2010a.

79 Die Angaben zu den außerbetrieblichen und betrieblichen Ausbildungsverhältnissen 2009 weichen aufgrund einer Datenrevision der BA von den im Datenreport 2011 ausgewiesenen Zahlen ab (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.2.2).

80 Zur zahlenmäßigen Entwicklung der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse von 1999 bis 2006 siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.3.2. Eine Gesamtübersicht über die Entwicklung von 1999 bis 2008 differenziert nach Bundesländern ist im Internet verfügbar, siehe Tabelle A5.2.2-2 Internet, Tabellen zum BIBB-Datenreport 2010 im Internet (**http://datenreport.bibb.de/media2010/a12voe_datenreport_bbb_2010_tabellen.pdf**).

A4.2.3 Ausbildung im öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst werden nicht nur spezielle Berufe für den öffentlichen Dienst, sondern auch Berufe, die bei den Industrie- und Handels- oder Handwerkskammern eingetragen werden, und Berufe des Gesundheitswesens ausgebildet. In der Personalstandsstatistik des Statistischen Bundesamtes zählen darüber hinaus auch Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst, Anwärterinnen und Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare zum Personal in Ausbildung.

Nach dieser erweiterten Abgrenzung befanden sich am 30. Juni 2010[81] rund 202.400 Personen in einer Ausbildung im öffentlichen Dienst E (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände, Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform). 100.400 Personen absolvierten ihre Ausbildung in einem Beamtenverhältnis. 21.100 hatten einen Ausbildungsvertrag im Rahmen eines Hochschulstudiums oder im Anschluss an ein solches abgeschlossen, ohne in ein Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Für die übrigen Ausbildungsberufe wurden 80.900 Auszubildende gemeldet. Dabei handelt es sich überwiegend um Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) sowie Ausbildungen in Gesundheitsfachberufen. Bei den folgenden Ausführungen wird unter dem Begriff „Auszubildende“ nur der zuletzt genannte Personenkreis berücksichtigt.

E Ausbildung im öffentlichen Dienst

Die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes ist nicht mit den gemeldeten Zählergebnissen nach Zuständigkeitsbereichen vergleichbar, da Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst in Ausbildungsberufen von Industrie, Handel oder Handwerk abschließt, diesen Bereichen zugerechnet werden (vgl. Kapitel A4.2.1).

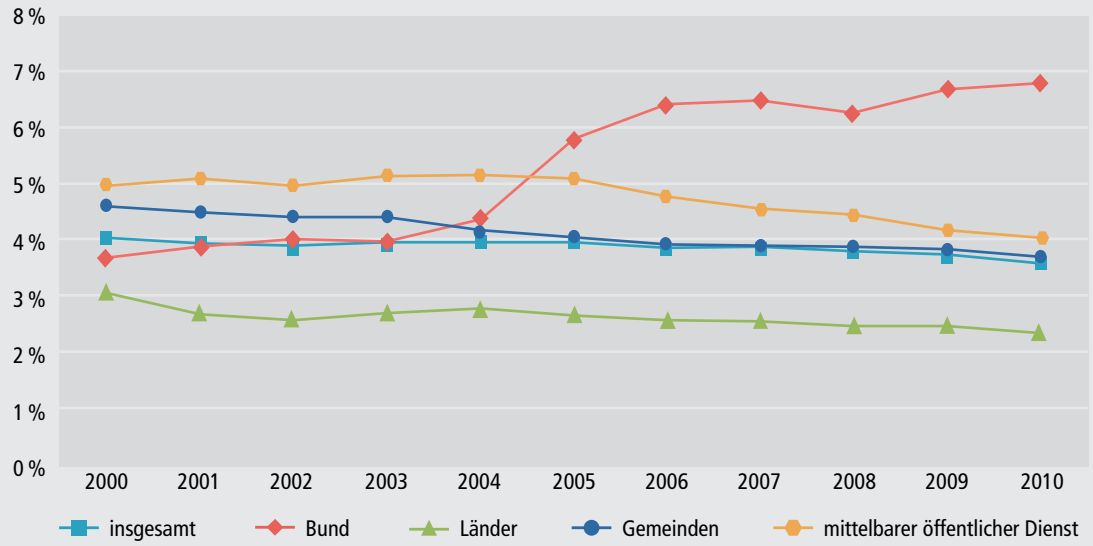
Hinsichtlich der Ausbildungsquoten ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des Erhebungsstichtags der Personalstandsstatistik zum 30. Juni die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes nur unvollständig wiedergegeben wird. Zu diesem Stichtag können bereits ganze Ausbildungsjahrgänge die Ausbildung beendet haben, während neue Ausbildungsjahrgänge erst zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres die Ausbildung antreten. Aus der Statistik des Bundesministeriums des Innern zur Ausbildungsleistung des Bundes ergibt sich für den Stichtag 15. Oktober 2009 eine Ausbildungsquote von 7,6 %, für den Stichtag 15. Oktober 2010 von 7,7 %.

Setzt man die 80.900 Auszubildenden ins Verhältnis zum Vollzeitäquivalent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, erhält man zum Stichtag 30. Juni 2010 eine Ausbildungsquote von 3,6 %. Relativ viele Ausbildungsverhältnisse gab es beim Bund mit einer Quote von 6,8 %. Bei den Ländern lag die Quote nur bei 2,3 %, bei den Gemeinden (einschl. Zweckverbänden) bei 3,7 % und im mittelbaren öffentlichen Dienst bei 4,0 %.

Insgesamt war die Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst in den letzten 10 Jahren relativ konstant → **Schaubild A4.2.3-1**. Dabei gab es jedoch Verschiebungen zwischen den verschiedenen Bereichen. Während bei den Ländern und den Gemeinden ein leichter Rückgang zu verzeichnen war, hat die Ausbildungsoffensive beim Bund zu einem erheblichen Anstieg der Ausbildungsquote geführt. Seit 2000 hat sich die Quote hier nahezu verdoppelt. Der Rückgang im kommunalen Bereich ist nicht zuletzt auf die Ausgliederung kommunaler Krankenhäuser aus dem öffentlichen Dienst zurückzuführen, da diese einen relativ hohen Ausbildungsanteil aufweisen. Mitte 2010 befanden sich 15.200 Ausbildungsplätze des öffentlichen Dienstes in Krankenhäusern, Universitätskliniken und Pflegeeinrichtungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Krankenhäuser, die in privater Rechtsform z. B. als GmbH betrieben werden, nicht zum öffentlichen Dienst zählen, selbst wenn sie sich vollständig im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. So gab es weitere 20.200 Auszubildende in privatrechtlichen Krankenhäusern, die mehrheitlich öffentlichen Arbeitgebern gehörten.

81 Stichtag.

Schaubild A4.2.3-1: **Entwicklung der Ausbildungsquoten[1] im öffentlichen Dienst**



[1] Auszubildende ohne Beamtenausbildung und Ausbildung im Rahmen oder im Anschluss an ein Hochschulstudium im Verhältnis zum Vollzeitäquivalent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mit einem Anteil von 61,1 % waren die Frauen bei den Auszubildenden im öffentlichen Dienst deutlich in der Mehrheit. In den letzten 10 Jahren gab es einen leichten Rückgang, der ebenfalls teilweise auf die Ausgliederung von Krankenhäusern zurückzuführen ist. Im Jahr 2000 hatte der Frauenanteil noch bei 66,5 % gelegen.

Mitte 2010 waren in den 5 neuen Bundesländern 12.400 Ausbildungsplätze des öffentlichen Dienstes angesiedelt; 68.500 befanden sich im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin. Damit ist die Ausbildungsplatzquote in den neuen Ländern mit nur 2,8 % deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet, wo die Quote bei 3,8 % lag.

(Alexandros Altis, Statistisches Bundesamt)

A4.3 Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)

Mit der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz (BerBiRefG) wurden neben der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung auch zusätzliche Merkmale eingeführt E. Im Folgenden wird zum einen eine Übersicht über die Neuabschlüsse 2010 nach ausgewählten neuen Merkmalen gegeben, und zum anderen werden „wirkliche" Ausbildungsanfänger/-innen von anderen Arten von Neuabschlüssen E abgegrenzt; diese Abgrenzung konnte nach genauerer Analyse der Individualdatensätze der Berufsbildungsstatistik weiter verfeinert werden und unterscheidet sich geringfügig von der im Datenreport 2011 dargestellten Abgrenzung der Ausbildungsanfänger und Ausbildungsanfängerinnen.

E Neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik

Folgende neue Merkmale werden seit dem Berichtsjahr 2007 im Rahmen der Berufsbildungsstatistik erfasst:

- Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse
- Finanzierungsart (überwiegend öffentliche vs. betriebliche Finanzierung)
- vorherige Berufsausbildung der Auszubildenden
- Anschlussverträge (werden aus den erhobenen Angaben zur vorherigen Berufsausbildung sowie zu Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages ermittelt)
- Monat und Jahr ausbildungsrelevanter Ereignisse (Beginn, Lösung, Prüfung, Ende)
- Abkürzung des Ausbildungsvertrages (als Variable gemeldet; kann aber auch aus dem Vergleich der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Dauer und den Variablen zu dem vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages berechnet werden)
- Wirtschaftszweig der Ausbildungsstätte*[82]
- Ort der Ausbildungsstätte*
- Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst* (**vgl. Kapitel A4.2.1**)
- höchster allgemeinbildender Schulabschluss* (**vgl. Kapitel A4.6.2**)
- Maßnahmen der Berufsvorbereitung oder beruflichen Grundbildung* (**vgl. Kapitel A4.6.1**)

Der allgemeinbildende Schulabschluss sowie vorherige Maßnahmen der Berufsvorbereitung und -grundbildung sind nicht gänzlich neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik, sie stellen eine Modifikation und Erweiterung der früheren Erfassung der schulischen Vorbildung der Jugendlichen mit Neuabschluss dar.

In den ersten Jahren der Umstellung der Berufsbildungsstatistik wurden die Neuerungen in der Praxis der Datenmeldung und -erfassung noch nicht voll umgesetzt. Deshalb wurden für das Berichtsjahr 2007 – mit Ausnahme des allgemeinbildenden Schulabschlusses – keine Daten zu den neuen Merkmalen und für 2008 nicht zu allen neuen Merkmalen Daten veröffentlicht. Die im Folgenden dargestellten Daten und Analysen zum Berichtsjahr 2010 sind teilweise auch noch mit Vorsicht zu interpretieren; insbesondere ist nicht auszuschließen, dass sich hinter den Meldungen „Merkmal liegt nicht vor" auch fehlende Angaben (die eigentlich nicht vorgesehen sind) verbergen und somit die Zahl der Neuabschlüsse mit entsprechenden Merkmalen zu gering ausgewiesen wird.

Umsetzungsprobleme der Datenmeldungen nach der Revision der Berufsbildungsstatistik konnten im Berichtsjahr 2010 weiter reduziert werden, allerdings ist die Wirtschaftszweigzugehörigkeit der Ausbildungsstätte noch nicht auswertbar, da für den Zuständigkeitsbereich Handwerk überwiegend fehlende Angaben hierzu vorliegen; außerdem gibt es weiterhin Hinweise darauf, dass folgende Merkmale noch untererfasst sind: vorherige Berufsausbildung, vorherige Teilnahme an beruflicher Grundbildung oder Berufsvorbereitung, Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst (siehe hierzu auch **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berichtsjahre.pdf**).

Für Auszubildende, die bereits vor April 2007 in die Verzeichnisse der zuständigen Stellen eingetragen waren, müssen die neuen Merkmale nicht rückwirkend erfasst werden. Deshalb können die neuen Merkmale auch in den nächsten Jahren grundsätzlich nur in die Analysen zu den Neuabschlüssen einbezogen werden.

82 In diesem Kapitel werden die mit * gekennzeichneten Merkmale aus verschiedenen Gründen nicht dargestellt: Analysen differenziert nach Wirtschaftszweigen können aufgrund der fehlenden Angaben aus dem Handwerk noch nicht erfolgen. Auf tiefer gegliederte Regionalanalysen wird bei deskriptiven Analysen verzichtet (bei multivariaten Modellen werden Regionalvariablen aufgenommen). Die neuen bzw. modifizierten Merkmale zum allgemeinbildenden Schulabschluss sowie zur Berufsvorbereitung und Grundbildung der Auszubildenden (vor 2007 beides zusammen erfasst mit der schulischen Vorbildung) werden in **Kapitel A4.6.1** und **Kapitel A4.6.2** behandelt. Auf Befunde zur Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst wird in **Kapitel A4.2.1** eingegangen (**vgl. auch Kapitel A4.2.3**).

Tabelle A4.3-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern, 2009 sowie 2010**

Land	Neuabschlüsse insgesamt		Industrie und Handel		Handwerk		Öffentlicher Dienst		Landwirtschaft		Freie Berufe		Hauswirtschaft	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010
Baden-Württemberg	76.248	75.489	45.165	45.519	21.585	20.580	2.034	2.070	1.620	1.575	5.202	5.208	642	537
Bayern	93.486	95.319	53.649	55.248	28.023	28.419	1.593	1.503	2.214	2.220	7.584	7.497	426	432
Berlin	19.467	18.993	11.721	11.457	4.953	4.803	714	579	291	318	1.668	1.728	117	111
Brandenburg	15.075	13.587	9.531	8.592	3.576	3.129	462	492	672	567	684	666	153	141
Bremen	5.862	5.865	3.987	3.927	1.182	1.221	105	129	69	63	441	459	75	63
Hamburg	13.206	13.881	9.387	9.840	2.376	2.586	156	213	141	117	1.107	1.080	39	48
Hessen	39.243	39.633	24.156	24.426	10.155	10.341	1.344	1.233	717	747	2.874	2.886	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	11.151	9.957	7.161	6.300	2.406	2.298	387	330	501	399	480	480	219	150
Niedersachsen	57.135	58.155	30.444	31.560	18.108	18.111	1.293	1.299	2.226	2.034	4.566	4.695	501	459
Nordrhein-Westfalen	120.669	124.224	71.946	74.499	32.757	33.975	2.595	2.523	2.682	2.544	9.918	9.984	768	702
Rheinland-Pfalz	28.572	28.683	15.792	15.873	8.949	9.084	660	648	753	774	2.124	2.031	291	276
Saarland	8.151	7.776	4.704	4.341	2.430	2.481	114	120	225	213	591	546	87	72
Sachsen	23.781	21.246	15.654	13.788	5.187	4.812	747	648	957	894	963	879	276	225
Sachsen-Anhalt	14.673	13.071	9.108	8.277	3.825	3.234	468	381	561	522	558	516	153	144
Schleswig-Holstein	20.748	20.844	11.088	11.052	6.678	6.768	432	462	852	828	1.698	1.734	–	–
Thüringen	13.704	12.309	8.742	7.881	3.402	3.003	393	333	525	438	459	471	183	183
Bundesgebiet insgesamt	**561.171**	**559.032**	**332.232**	**332.571**	**155.589**	**154.839**	**13.500**	**12.960**	**15.006**	**14.253**	**40.917**	**40.860**	**3.924**	**3.546**

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 und 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Siehe hierzu auch die Datenblätter im BIBB-Online-Datensystem DAZUBI, in dem die Daten nach einzelnen Ausbildungsberufen und Ländern abgerufen werden können: **http://www.bibb.de/dazubi**.

Bevor die verschiedenen Arten von Neuabschlüssen E betrachtet werden, werden die Neuabschlusszahlen nach Zuständigkeitsbereichen und im Vorjahresvergleich, wie sie sich im Rahmen der Berufsbildungsstatistik zeigen, skizziert. Analysen zur aktuellen Ausbildungsstellenmarktsituation erfolgen nicht auf Basis der Berufsbildungsstatistik, sondern anhand der Neuabschlusszahlen der BIBB-Erhebung zum 30. September (**vgl. Kapitel A1.1**).

→ **Tabelle A4.3-1** zeigt, dass im Berichtsjahr 2010 insgesamt 559.032[83] Ausbildungsverträge neu abgeschlossen wurden; die Neuabschlusszahl hat sich damit in 2010 gegenüber dem Vorjahr (561.171) kaum verändert, sie ist um nur 0,4 % zurückgegangen. Mit Ausnahme von Berlin (-2,4 %) waren in den ostdeutschen Ländern größere Rückgänge von -10 % bis -11 % zu verzeichnen, in einigen westdeutschen Ländern (Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen sowie Hamburg) wurden steigende Neuabschlusszahlen gemeldet.

E Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (kurz: Neuabschlüsse)

Neuabschlüsse sind definiert als die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) eingetragenen Berufsausbildungsverträge, die im jeweiligen Kalenderjahr begonnen haben und die am 31. Dezember noch bestehen (Definition bis 2006) bzw. die bis zum 31. Dezember nicht gelöst wurden (Definition seit 2007); dabei werden nur solche Ausbildungsverhältnisse erfasst, die auch angetreten wurden. Im Jahr 2007 hat sich die Abgrenzung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Rahmen der

83 Alle Zahlen der Berufsbildungsstatistik sind aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Berufsbildungsstatistik geringfügig geändert. Da einige Ausbildungsverhältnisse im Kalenderjahr abgeschlossen und durch eine erfolgreiche Prüfung vor dem 31. Dezember enden, stimmen beide Abgrenzungen nicht überein. Hätte man in 2010 entsprechend der vorherigen Definition abgegrenzt, würde die Neuabschlusszahl um knapp 1 % geringer ausfallen.

Die Definition der Neuabschlüsse im Rahmen der Berufsbildungsstatistik und der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September stimmen aufgrund grundsätzlich konzeptioneller Unterschiede beider Erhebungen nicht überein; siehe zum Vergleich beider Erhebungen Uhly u. a. 2009.

Zudem ist zu beachten, dass Neuabschlüsse nicht mit Ausbildungsanfängern gleichzusetzen sind.[84] Ausbildungsverträge werden auch dann neu abgeschlossen, wenn sogenannte Anschlussverträge vorliegen (nach Abschluss einer dualen Berufsausbildung in einem der zweijährigen Berufe wird die Ausbildung in einem weiteren Ausbildungsberuf fortgeführt) oder wenn nach Abschluss einer dualen Berufsausbildung noch eine Zweitausbildung begonnen wird. Außerdem schließt ein Teil derjenigen mit vorzeitiger Lösung eines Ausbildungsvertrages erneut einen Ausbildungsvertrag ab (bei Wechsel des Ausbildungsbetriebs und/oder des Ausbildungsberufs).

→ **Tabelle A4.3-2** stellt für ausgewählte neue Merkmale die Zahl und den Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2010 nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern dar.[85]

Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverhältnisse

Überwiegend öffentliche Finanzierung von Berufsausbildungsverhältnissen wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik analog der „BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September“ definiert (**vgl. Kapitel A1**). Überwiegend öffentlich finanzierte Berufsausbildungsverhältnisse dienen der Versorgung von Jugendlichen mit Marktbenachteiligung (wegen Lehrstellenmangels kann kein Ausbildungsplatz gefunden werden), mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwäche sowie mit Behinderung. Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gelten solche Ausbildungsverhältnisse, bei denen die öffentliche Förderung mehr als 50 % der Gesamtkosten im 1. Ausbildungsjahr abdeckt, als überwiegend öffentlich finanziert.[86] Etwaige Erträge durch die Mitarbeit der Auszubildenden bleiben dabei unberücksichtigt. Von allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden für das Berichtsjahr 2010 im Rahmen der Berufsbildungsstatistik 7,5 % als überwiegend öffentlich finanziert gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr (8,4 %) ist dieser Anteil somit zurückgegangen. Er variiert deutlich nach Bundesländern: In Ostdeutschland liegt er zwischen 14 % und 23 % und fällt damit deutlich höher aus als in Westdeutschland, wo eine überwiegend öffentliche Finanzierung für maximal 11 % der Neuabschlüsse (zum Teil auch deutlich geringer) gemeldet wurde. Für 2010 ergab die BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September insgesamt ähnliche Werte; diese Daten der BIBB-Erhebung werden auch im Zusammenhang mit der Ausbildungsmarktbilanz ausgewertet (**vgl. Kapitel A1**).[87]

In Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs der Hauswirtschaft machen überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge im Berichtsjahr 2010 bundesweit 58,5 % aller Neuabschlüsse aus. In den Landwirtschaftsberufen liegt der Anteil bei 16,7 %, im Handwerk bei 9,6 % und im Bereich Industrie und Handel bei 6,6 %. In Berufen der Zuständigkeitsbereiche freie Berufe und öffentlicher Dienst sind lediglich 0,9 % bzw. 0,5 % als überwiegend öffentlich finanziert gemeldet.

84 Hierbei handelt es sich um einen altbekannten Sachverhalt (vgl. z. B. Uhly 2006; Althoff 1984), dennoch werden die Neuabschlüsse immer wieder als Indikator für Ausbildungsanfänger/-innen verwendet.

85 → **Tabelle A4.3-1** enthält ausschließlich Daten zu unmittelbar gemeldeten Variablen. Neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik, die aus den Meldungen zu verschiedenen Variablen ermittelt werden, werden in → **Tabelle A4.3-2** dargestellt.

86 Dabei zählen zu den Gesamtkosten die Ausbildungsvergütung, aber auch alle weiteren im Zusammenhang mit der Ausbildung anfallenden Personal- und Sachkosten sowie Gebühren.

87 Zur Analyse der Finanzierung bezüglich der Gesamtbestände der Ausbildungsverhältnisse zum 31. Dezember siehe Schätzungen in **Kapitel A4.2.2**.

Tabelle A4.3-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2010 (absolut und in % der Neuabschlüsse[1]) (Teil 1)**

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft[2]	Freie Berufe	Hauswirtschaft[3]
	absolut	in %	in % der Neuabschlüsse des Zuständigkeitsbereichs					
Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge								
Baden-Württemberg	3.165	4,2	3,8	5,2	0,0	1,3	0,5	62,0
Bayern	3.384	3,6	2,3	6,2	0,0	4,9	0,8	40,3
Berlin	3.780	19,9	19,6	26,4	0,0	41,5	1,6	94,6
Brandenburg	2.682	19,7	20,5	19,8	0,0	27,0	1,8	100,0
Bremen	498	8,5	6,6	14,7	0,0	28,6	0,7	61,9
Hamburg	1.152	8,3	6,3	18,0	0,0	20,5	0,6	68,8
Hessen[2]	4.251	10,7	8,6	12,5	0,5	95,6	4,9	–
Mecklenburg-Vorpommern	1.773	17,8	20,5	14,2	0,9	7,5	0,6	78,0
Niedersachsen	1.902	3,3	2,4	3,7	0,2	8,7	0,8	54,2
Nordrhein-Westfalen	7.362	5,9	3,4	12,5	0,5	9,0	0,1	47,0
Rheinland-Pfalz[3]	1.341	4,7	5,1	4,8	0,0	10,1	0,9	0,0
Saarland	657	8,4	5,8	10,3	0,0	40,8	2,2	75,0
Sachsen	4.797	22,6	26,2	14,8	0,0	30,5	1,0	88,0
Sachsen-Anhalt	2.499	19,1	17,4	22,8	3,9	30,5	1,7	97,9
Schleswig-Holstein	852	4,1	2,8	6,7	0,0	10,1	0,2	–
Thüringen	1.770	14,4	12,9	15,5	5,4	23,3	0,6	90,2
Bundesgebiet insgesamt	**41.865**	**7,5**	**6,6**	**9,6**	**0,5**	**16,7**	**0,9**	**58,5**
Teilzeitberufsausbildung								
Baden-Württemberg	114	0,2	0,2	0,0	0,4	0,0	0,2	0,0
Bayern	96	0,1	0,1	0,0	1,6	0,0	0,2	0,0
Berlin	72	0,4	0,4	0,0	0,0	7,5	0,2	5,4
Brandenburg	6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0
Bremen	27	0,5	0,5	0,2	4,7	0,0	0,0	0,0
Hamburg	57	0,4	0,2	1,4	0,0	0,0	0,3	0,0
Hessen	147	0,4	0,3	0,0	0,5	0,0	2,1	–
Mecklenburg-Vorpommern	42	0,4	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Niedersachsen	96	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0
Nordrhein-Westfalen	216	0,2	0,2	0,0	0,7	0,0	0,3	1,3
Rheinland-Pfalz	21	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0
Saarland	48	0,6	0,5	0,0	2,5	0,0	2,7	8,3
Sachsen	3	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0
Sachsen-Anhalt	3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schleswig-Holstein	105	0,5	0,4	0,5	1,9	0,0	0,9	–
Thüringen	0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bundesgebiet insgesamt	**1.056**	**0,2**	**0,2**	**0,1**	**0,6**	**0,2**	**0,4**	**0,7**
Neuabschlüsse mit mindestens 6 Monaten Abkürzung (ohne Anschlussverträge)[1, 4]								
Baden-Württemberg	20.502	27,7	23,5	45,3	0,0	32,0	5,6	10,1
Bayern	23.244	24,8	26,8	25,1	4,8	50,3	5,8	32,6
Berlin	3.129	16,8	20,3	13,4	0,0	6,6	11,6	0,0
Brandenburg	1.449	10,9	11,5	13,2	0,6	12,2	1,4	4,3
Bremen	999	17,4	20,6	16,0	2,3	0,0	2,6	4,8
Hamburg	3.366	24,4	26,3	19,2	52,1	10,3	16,4	12,5
Hessen	7.803	20,0	22,5	20,4	3,4	20,5	5,5	–
Mecklenburg-Vorpommern	1.131	11,7	13,0	10,5	0,9	20,3	1,9	10,0
Niedersachsen	12.852	22,4	21,5	27,7	0,9	43,5	3,5	26,8
Nordrhein-Westfalen	22.323	18,3	21,7	16,4	10,9	12,5	4,1	3,4
Rheinland-Pfalz	5.619	20,0	21,7	21,6	2,3	20,2	8,0	8,7
Saarland	1.533	20,1	25,2	15,9	0,0	12,7	9,3	0,0
Sachsen	2.556	12,4	12,8	13,8	0,5	17,4	2,0	10,7
Sachsen-Anhalt	1.353	10,5	12,7	7,1	3,9	11,5	4,7	4,2
Schleswig-Holstein	3.477	16,8	17,1	19,7	1,3	23,6	4,7	–
Thüringen	1.905	15,9	16,7	16,5	14,4	13,7	5,1	9,8
Bundesgebiet insgesamt	**113.244**	**20,6**	**21,7**	**23,4**	**4,7**	**26,7**	**5,4**	**12,5**

Tabelle A4.3-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2010 (absolut und in % der Neuabschlüsse[1]) (Teil 2)**

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft[2]	Freie Berufe	Hauswirtschaft[3]
	absolut	in %	in % der Neuabschlüsse des Zuständigkeitsbereichs					
Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	7.458	9,9	9,2	12,1	2,9	22,1	6,1	9,5
Bayern	10.443	11,0	8,6	17,6	9,8	11,5	3,6	9,0
Berlin	2.610	13,7	9,8	24,9	13,0	5,7	10,9	5,4
Brandenburg	2.448	18,0	17,2	23,1	15,2	14,8	10,4	12,8
Bremen	402	6,9	9,2	0,0	18,6	9,5	1,3	4,8
Hamburg	1.227	8,8	7,2	18,2	4,2	0,0	1,4	56,3
Hessen	4.584	11,6	9,4	18,9	11,2	6,0	4,9	–
Mecklenburg-Vorpommern	1.884	18,9	17,1	23,1	15,5	25,6	21,3	12,0
Niedersachsen	3.042	5,2	4,7	6,5	9,0	0,0	5,5	0,0
Nordrhein-Westfalen	8.223	6,6	4,8	11,7	5,7	4,8	3,7	3,4
Rheinland-Pfalz	3.981	13,9	11,8	21,1	2,3	13,2	3,0	2,2
Saarland	765	9,8	4,4	20,6	5,0	2,8	7,1	20,8
Sachsen	4.479	21,1	22,1	22,4	4,6	19,5	11,9	21,3
Sachsen-Anhalt	1.332	10,2	7,3	15,8	15,0	12,1	16,3	8,3
Schleswig-Holstein	1.638	7,9	3,1	14,4	3,9	12,7	11,6	–
Thüringen	2.166	17,6	13,5	29,3	17,1	21,2	8,9	19,7
Bundesgebiet insgesamt	**56.685**	**10,1**	**8,5**	**15,1**	**7,9**	**10,7**	**5,6**	**8,6**
Neuabschlüsse mit vorheriger nicht erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung (Vertragswechsel)								
Baden-Württemberg	4.218	5,6	3,8	9,9	0,1	18,1	2,6	6,1
Bayern	5.712	6,0	3,9	12,2	0,4	0,0	1,5	0,0
Berlin	1.761	9,3	5,4	21,2	1,6	5,7	4,9	5,4
Brandenburg	1.227	9,0	7,3	16,0	1,8	9,0	3,2	12,8
Bremen	216	3,7	5,3	0,0	0,0	4,8	0,7	4,8
Hamburg	810	5,8	4,2	14,4	1,4	0,0	0,3	31,3
Hessen	2.943	7,4	5,5	14,6	1,2	0,8	2,5	–
Mecklenburg-Vorpommern	981	9,9	7,8	16,1	1,8	17,3	6,3	12,0
Niedersachsen	1.599	2,7	2,0	4,6	2,1	0,0	2,1	0,0
Nordrhein-Westfalen	4.632	3,7	1,9	9,0	1,2	0,2	1,3	1,7
Rheinland-Pfalz	2.820	9,8	7,2	17,6	0,5	3,9	1,9	2,2
Saarland	612	7,9	3,2	17,9	0,0	1,4	2,7	16,7
Sachsen	2.610	12,3	12,9	13,9	0,9	12,4	1,7	18,7
Sachsen-Anhalt	642	4,9	2,7	10,5	1,6	7,5	3,5	8,3
Schleswig-Holstein	1.146	5,5	1,8	11,3	0,0	6,2	7,6	–
Thüringen	1.431	11,6	9,5	19,2	0,9	13,0	3,2	16,4
Bundesgebiet insgesamt	**33.363**	**6,0**	**4,2**	**11,3**	**1,0**	**5,1**	**2,3**	**5,8**
Neuabschlüsse mit vorheriger erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung (Anschlussverträge und Mehrfachausbildungen)								
Baden-Württemberg	3.294	4,4	5,7	2,1	2,3	3,4	2,4	3,4
Bayern	4.602	4,8	5,1	5,0	2,0	9,7	1,7	2,1
Berlin	759	4,0	4,1	3,1	9,3	0,0	4,7	0,0
Brandenburg	1.317	9,7	11,7	6,0	11,6	5,3	5,9	0,0
Bremen	180	3,1	3,8	0,0	18,6	4,8	1,3	0,0
Hamburg	354	2,6	2,6	2,9	2,8	0,0	0,8	25,0
Hessen	1.491	3,8	3,9	4,0	3,6	5,2	1,1	–
Mecklenburg-Vorpommern	1.047	10,5	12,1	6,5	12,7	7,5	13,1	2,0
Niedersachsen	1.344	2,3	2,6	1,7	5,5	0,0	2,7	0,0
Nordrhein-Westfalen	3.351	2,7	2,9	2,5	3,3	4,6	1,4	0,9
Rheinland-Pfalz	1.299	4,5	5,8	3,2	1,4	8,5	0,7	0,0
Saarland	282	3,6	4,3	2,8	5,0	1,4	3,3	4,2
Sachsen	1.503	7,1	7,5	6,4	3,2	6,7	9,2	2,7
Sachsen-Anhalt	795	6,1	6,8	3,7	11,8	4,0	9,9	0,0
Schleswig-Holstein	486	2,3	1,2	3,2	3,9	6,2	3,6	–
Thüringen	648	5,3	3,9	8,1	11,7	6,2	5,7	3,3
Bundesgebiet insgesamt	**22.755**	**4,1**	**4,5**	**3,4**	**4,6**	**5,0**	**2,5**	**1,8**

Tabelle A4.3-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2010 (absolut und in % der Neuabschlüsse[1]) (Teil 3)**

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft[2]	Freie Berufe	Hauswirtschaft[3]
	absolut	in %	in % der Neuabschlüsse des Zuständigkeitsbereichs					
Neuabschlüsse mit vorheriger schulischer Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	387	0,5	0,5	0,3	0,4	0,6	1,4	0,0
Bayern	798	0,8	0,8	0,5	8,0	1,8	0,5	6,9
Berlin	108	0,6	0,4	0,5	2,1	0,0	1,6	0,0
Brandenburg	159	1,2	1,1	1,2	1,8	0,5	1,8	0,0
Bremen	9	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,7	0,0
Hamburg	84	0,6	0,5	1,4	0,0	0,0	0,3	0,0
Hessen	264	0,7	0,4	0,3	6,6	0,0	1,5	–
Mecklenburg-Vorpommern	54	0,5	0,4	0,5	0,0	0,8	2,5	0,0
Niedersachsen	144	0,2	0,1	0,2	1,6	0,0	0,8	0,0
Nordrhein-Westfalen	387	0,3	0,2	0,3	1,5	0,0	1,1	0,9
Rheinland-Pfalz	213	0,7	0,9	0,6	0,5	0,8	0,4	0,0
Saarland	21	0,3	0,1	0,4	0,0	0,0	1,6	0,0
Sachsen	486	2,3	2,6	2,2	0,5	0,3	1,4	0,0
Sachsen-Anhalt	114	0,9	0,4	1,8	2,4	0,6	2,3	0,0
Schleswig-Holstein	36	0,2	0,0	0,2	0,0	0,4	1,0	–
Thüringen	111	0,9	0,2	2,5	4,5	1,4	0,0	0,0
Bundesgebiet insgesamt	**3.372**	**0,6**	**0,5**	**0,5**	**2,5**	**0,5**	**1,0**	**1,2**

[1] Ausnahme: Anteile in % der Neuabschlüsse ohne Berücksichtigung der Anschlussverträge bei Neuabschlüssen mit mindestens 6 Monaten Abkürzung.

[2] Der extrem hohe Anteil überwiegend öffentlich finanzierter Ausbildungsverträge in der Landwirtschaft Hessens beruht auf einem Meldefehler; der Vorjahreswert (11,4 %; vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.3) sowie der entsprechende Anteil bei der BIBB-Erhebung zum 30.09.2010 (13,4 %) fällt deutlich geringer aus (vgl. Tabelle 65, URL: **http://www.bibb.de/de/56565.htm**).

[3] Der Wert 0 % überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge in der Hauswirtschaft Rheinland-Pfalz ist nach Auskunft der zuständigen Stelle auf einen Meldefehler zurückzuführen; der entsprechende Anteil bei der BIBB-Erhebung zum 30.09.2010 beträgt 60,4 % (vgl. Tabelle 65, URL: **http://www.bibb.de/de/56565.htm**).

[4] Der Anteil verkürzter Ausbildungsverträge fällt bei der BIBB-Erhebung zum 30.09.2010 insbesondere für den Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel mit 14,4 % deutlich geringer aus (vgl. Tabelle 15, URL: **http://www.bibb.de/de/59170.htm**). Es gibt jedoch keinen Anlass anzunehmen, dass der berechnete Anteil im Rahmen der Berufsbildungsstatistik auf Meldefehlern beruht, eher ist er bei der BIBB-Erhebung zum 30.09. für einige Länder untererfasst.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Die Ausbildung in den Berufen für Menschen mit Behinderung wird mit 62 % überproportional häufig überwiegend öffentlich finanziert; aber auch bei allen anderen Ausbildungsberufen werden insgesamt 6 % der Ausbildungsverhältnisse überwiegend öffentlich finanziert.

Auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik können darüber hinausgehende Analysen durchgeführt werden, wie z. B. die Differenzierung der Neuabschlüsse mit überwiegend öffentlicher Finanzierung und Personenmerkmalen der Auszubildenden. Trotz des hohen Anteils öffentlich finanzierter Ausbildungsverträge im weiblich dominierten Zuständigkeitsbereich ist der Anteil der männlichen Auszubildenden mit überwiegend öffentlich finanziertem Neuabschluss (8 %) ähnlich dem der Frauen (7 %); denn auch in der männlich dominierten Landwirtschaft, die insgesamt einen höheren Anteil an allen Neuabschlüssen ausmacht als die Hauswirtschaft, ist der Anteil der öffentlich finanzierten Ausbildungsverträge relativ hoch.

Bei Auszubildenden ohne deutschen Pass (Ausländer) machen die überwiegend öffentlich finanzierten Verträge (10 %) einen höheren Anteil aus als bei denen mit deutschem Pass (7 %). Differenziert nach Ost- und Westdeutschland fallen die Unterschiede

zwischen den deutschen und ausländischen Auszubildenden noch etwas stärker aus; in Ostdeutschland sind 28 % der mit ausländischen Jugendlichen abgeschlossenen Ausbildungsverträge überwiegend öffentlich finanziert, bei den Deutschen sind dies 19 %, und in Westdeutschland sind die jeweiligen Anteile 9 % bzw. 5 %.

Der Anteil der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse variiert erwartungsgemäß deutlich nach Schulabschluss und ist bei Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss mit ca. 38 % deutlich höher als bei denjenigen mit Hauptschulabschluss (14 %), Realschulabschluss (4 %) oder Studienberechtigung (1 %). Betrachtet man nur die Finanzierung auf Basis von Sonderprogrammen des Bundes bzw. der Länder (insgesamt knapp 2 % der Neuabschlüsse), die sich eher an Marktbenachteiligte richten, fallen die Unterschiede zwischen den Vorbildungsgruppen weniger stark aus (ohne bzw. mit Hauptschulabschluss 2 %, Realschulabschluss 1 %, Studienberechtigte 0,4 %). Zu der Art der Finanzierung und vorherigen Maßnahmen der Berufsvorbereitung bzw. Grundbildung **vgl. Kapitel A4.6.1**.

Teilzeitberufsausbildung

Die Möglichkeit der Teilzeitberufsausbildung wurde 2005 im Berufsbildungsgesetz verankert. Teilzeitausbildungsverhältnisse sind solche Berufsausbildungsverhältnisse mit einer Verkürzung der täglichen oder wöchentlichen Ausbildungszeit nach § 8 Absatz 1 Satz 2 BBiG. Sie machen bislang einen sehr geringen Anteil aller Neuabschlüsse aus.[88] Für das Berichtsjahr 2010 wurden 0,2 % aller Neuabschlüsse bzw. 1.056 Neuabschlüsse als Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse gemeldet; in keinem Bundesland ist dieser Anteil größer als 0,5 %.

Wie zu erwarten war, ist der Teilzeitanteil bei den weiblichen Auszubildenden (ca. 0,4 %) höher als bei den männlichen, von denen nur sehr wenige mit einem Teilzeitausbildungsverhältnis gemeldet wurden (0,025 % bzw. 81 Neuabschlüsse).

88 Da andere Statistiken fehlen, die als Vergleichsgröße herangezogen werden könnten, und uns auch keine entsprechenden Hinweise vorliegen, gibt es keinen Anlass anzunehmen, dass hierzu ein Meldefehler vorliegt.

Neuabschlüsse mit verkürzter Ausbildungsdauer von mindestens 6 Monaten

Die reguläre Ausbildungsdauer (die gemäß der Ausbildungsordnung vorgesehene Dauer) und die tatsächliche Ausbildungszeit können aus verschiedenen Gründen voneinander abweichen. Mit der Variablen „Abkürzung der Ausbildungsdauer“ erhebt die Berufsbildungsstatistik solche Verkürzungen der Ausbildungsdauer, die gemäß § 8 oder § 7 BBiG vereinbart und im Ausbildungsvertrag festgehalten werden. Auszubildende und Ausbildungsbetriebe können solche Abkürzungen gemeinsam beantragen, wenn ein nach Rechtsverordnung von den jeweiligen Landesregierungen anrechnungsfähiger Bildungsgang einer „berufsbildenden Schule oder die Berufsausbildung in einer sonstigen Einrichtung ganz oder teilweise auf die Ausbildungszeit angerechnet“ (§ 7 BBiG) werden soll oder wenn „zu erwarten ist, dass das Ausbildungsziel in der gekürzten Zeit erreicht wird“[89] (§ 8 BBiG). Nicht gemeint sind kürzere Ausbildungsdauern aufgrund vorzeitiger Prüfungszulassung sowie die Vereinbarung einer kürzeren Ausbildungsdauer bei sogenannten Anschlussverträgen, die aufgrund der Anrechnung einer zweijährigen Berufsausbildung erfolgt, die gemäß Ausbildungsordnung anzurechnen ist.

Auf Basis der Berufsbildungsstatistik lässt sich die Verkürzung des Ausbildungsvertrages zum einen aus der Variablen Verkürzung ermitteln, zum anderen auch indirekt über Berufsinformationen und die Meldungen zum vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages.[90] → **Tabelle A4.3-2** enthält die Werte auf Basis der unmittelbaren Meldungen zur Abkürzung der Ausbildungsdauer. Hinsichtlich dieser Meldungen bestehen allerdings noch Unsicherheiten: Zum einen werden hierunter auch Anschlussverträge gemeldet, obwohl sie keine Abkürzungen nach den §§ 7 oder 8 BBiG darstellen, zum anderen weichen

89 Siehe hierzu die „Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitausbildung“ vom 27. Juni 2008.

90 Da die Verkürzung auch auf Basis des Vergleichs von der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Dauer und der vereinbarten Dauer des Ausbildungsvertrages (errechnet aus den Meldungen zum vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages) ermittelt werden kann, wurde die gemeldete Variable der Abkürzung bislang nicht ausgewertet. Sie wird in → **Tabelle A4.3-2** im BIBB-Datenreport 2012 erstmals ausgewiesen.

die gemeldeten Abkürzungen von den errechneten Abkürzungen teilweise ab (allerdings nur in geringerem Ausmaß)[91], und schließlich weichen die diesbezüglichen Meldungen zur Berufsbildungsstatistik und zur BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge insbesondere im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel deutlich voneinander ab.[92]

Von allen Neuabschlüssen, die keine Anschlussverträge sind, werden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik ca. 21 % mit einer Verkürzung von mindestens 6 Monaten gemeldet.[93] Überdurchschnittlich hohe Anteile verkürzter Ausbildungsverträge (knapp 28 %) werden aus Baden-Württemberg gemeldet. Ursachen für die überproportional hohen Anteile an Verkürzungen könnte hier die hohe Teilnahme an grundbildenden Maßnahmen und deren Anrechnung sein (ca. 11 % der Neuabschlüsse werden mit (nicht vollqualifizierender) Berufsfachschule und weitere 2 % mit schulischem Grundbildungsjahr als Vorbildung gemeldet (**vgl. Kapitel A4.6.1**). Mit 24 % bis 25 % fallen sie auch in Hamburg und Bayern höher aus. Insgesamt sind diese Verkürzungen überproportional häufig in den Zuständigkeitsbereichen Landwirtschaft, Handwerk sowie Industrie und Handel zu verzeichnen. In den anderen Zuständigkeitsbereichen fallen sie nur in einzelnen Ländern höher aus.

Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung

Ein weiterer Grund für kürzere Ausbildungsverträge kann eine vorherige Berufsausbildung sein. Die Berufsbildungsstatistik unterscheidet 3 Ausprägungen einer vorherigen Berufsausbildung: und zwar eine vorherige duale Berufsausbildung, die erfolgreich abgeschlossen wurde, eine vorherige duale Berufsausbildung, die nicht abgeschlossen wurde, und eine erfolgreich abgeschlossene schulische Berufsausbildung. Insgesamt wurde für rund 10 % der Neuabschlüsse mindestens eine Art dieser Vorbildung gemeldet (Mehrfachnennungen sind möglich)[94]. Hierbei handelt es sich mehrheitlich um eine vorherige duale Berufsausbildung, und zwar sowohl zuvor nicht erfolgreich absolvierter (6,0 % bzw. 33.363) als auch erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildungen im dualen System (4,1 % bzw. 22.755); für vergleichsweise wenige Auszubildende mit Neuabschluss (0,6 % bzw. 3.372) wurde eine vorherige abgeschlossene schulische Berufsausbildung[95] gemeldet. Da Hinweise vorliegen, dass die vorherige Berufsausbildung untererfasst ist, wird auf einen Vorjahresvergleich verzichtet. Die Auswertung der Individualdaten hat ergeben, dass bei ca. 10 % der Verträge ohne Meldung einer vorherigen Berufsausbildung eine Verkürzung von 11 Monaten und mehr vorliegt. Selbst wenn man als weitere potenzielle Abkürzungsgründe Berufsgrundbildung, Berufsfachschule, Studienberechtigung und ein Lebensalter von mindestens 22 Jahren kontrolliert, bleiben ca. 5 % ungeklärte Verkürzungen. Insofern ist bei der Interpretation der Meldungen zu dieser Variablen noch Vorsicht geboten.[96]

Hinsichtlich der vorherigen Berufsausbildung ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern sowie den Zuständigkeitsbereichen. Überdurchschnittlich hohe Anteile von Neuabschlüssen mit einer vorherigen Berufsausbildung werden im Handwerk gemeldet (Bundesdurchschnitt 15 %);

91 Gemeldete und errechnete Abkürzung stimmen im Berichtsjahr 2010 in knapp 91 % der Neuabschlüsse überein (erlaubt man einen Toleranzbereich von +/-1 Monat, so beträgt die Übereinstimmung ca. 97 %).

92 Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik werden in den meisten Abweichungsfällen höhere Anteile an abgekürzten Ausbildungsverträgen gemeldet. Es gibt jedoch keine Hinweise darauf, dass dieses Merkmal in der Berufsbildungsstatistik untererfasst wäre.

93 Ermittelt man diesen Anteil auf Basis des Vergleichs der nach Ausbildungsordnung gemeldeten Dauer und der vertraglich vereinbarten Dauer (berechnet aus vereinbartem Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages), ergibt sich ein geringfügig höherer Anteil von 21,5 %. Im Rahmen der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge wurden für das Berichtsjahr 2009/2010 16 % der Neuabschlüsse (ohne Anschlussverträge) als verkürzte Verträge gemeldet.

94 Insgesamt sind die Mehrfachnennungen jedoch sehr gering; lediglich die Kombination „vorherige duale Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen" und „vorherige duale Berufsausbildung nicht erfolgreich abgeschlossen" kommt bei einer etwas größeren Anzahl an Neuabschlüssen vor (2.448 bzw. 0,4 % der Neuabschlüsse).

95 Unter diejenigen mit vorheriger schulischer Berufsausbildung fallen nicht die Externenprüfungen, denn diese werden nicht mit den Auszubildendendaten, sondern als eine Gruppe der sonstigen Prüfungen erhoben.

96 Wenn man annimmt, dass Befunde einer Studie zu Vertragslösungen und Ausbildungsabbruch, die im Herbst 2002 durchgeführt wurde, noch zutreffen (vgl. Schöngen 2003, S. 37), wäre dies ein weiteres Argument dafür, dass Vertragswechsler im Rahmen der Berufsbildungsstatistik derzeit immer noch untererfasst sind. Denn nach der Studie von 2002 hätte man mit mehr als 10 % Neuabschlüssen, die zuvor bereits eine duale Berufsausbildung begonnen, aber wieder gelöst hatten, zu rechnen; denn ca. die Hälfte aller Auszubildenden mit einem vorzeitig gelösten Ausbildungsvertrag (jährlich 20 %) schließt erneut einen Ausbildungsvertrag im dualen System ab.

in Ostdeutschland (mit Ausnahme von Berlin und Sachsen-Anhalt) auch im Bereich Industrie und Handel sowie in einzelnen Ländern auch in anderen Zuständigkeitsbereichen. Hierbei sind insbesondere sogenannte Vertragswechsel ausschlaggebend, also eine vorherige nicht erfolgreich beendete duale Berufsausbildung. Der Anteil an Neuabschlüssen, die mit einer vorherigen erfolgreich absolvierten dualen Berufsausbildung gemeldet wurden, liegt lediglich in den meisten Ländern Ostdeutschlands (Ausnahme: Berlin) bei deutlich über 5 % (Mecklenburg-Vorpommern: 10,5 %; Brandenburg: 9,7 %; Sachsen: 7,1 %; Sachsen-Anhalt: 6,1 %).[97] Hinsichtlich einer vorherigen absolvierten schulischen Berufsausbildung ergeben sich lediglich für einzelne kleinere Zuständigkeitsbereiche in einzelnen Ländern höhere Anteile, wobei die Fallzahlen dort sehr gering ausfallen.

Auch bei der vorherigen Berufsausbildung zeigen sich Unterschiede nach Personengruppen. Beispielsweise fällt der Anteil derer, die mit einer nicht abgeschlossenen vorherigen dualen Berufsausbildung gemeldet wurden (Vertragswechsler), je nach allgemeinbildendem Schulabschluss unterschiedlich hoch aus. Von den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss haben ca. 8 % vor Neuabschluss bereits eine duale Berufsausbildung nicht erfolgreich beendet; bei denen mit Hauptschulabschluss sind dies sogar 9 %, bei denjenigen mit Realschulabschluss 5 % und bei den Studienberechtigten weniger als 3 %. Der Anteil derjenigen, die zuvor bereits erfolgreich eine duale Berufsausbildung absolviert haben, unterscheidet sich zwischen den Auszubildenden mit unterschiedlichen allgemeinbildenden Abschlüssen ebenfalls, er schwankt zwischen 2 % bei den Studienberechtigten und 5 % bei den Auszubildenden (Neuabschlüsse) mit Hauptschulabschluss.[98]

Zwischen Männern und Frauen sowie Auszubildenden mit deutschem oder ausländischem Pass bestehen kaum Unterschiede in der vorherigen Berufsausbildung.

Die Variablen vorheriger Berufsausbildungen, Abkürzungen des Ausbildungsvertrages bzw. die Erhebung der vereinbarten Dauer der Ausbildungsverträge wurden u. a. deshalb in die Berufsbildungsstatistik aufgenommen, um wirkliche Ausbildungsanfänger/-innen von anderen Arten von Neuabschlüssen abzugrenzen. Bislang wurden die direkten Meldungen zu diesen einzelnen Variablen analysiert. Um Ausbildungsanfänger und Ausbildungsanfängerinnen von anderen Arten von Neuabschlüssen abgrenzen zu können, muss man die Kombination aus Variablen zur vorherigen Berufsausbildung und Verkürzungsangaben betrachten, denn – wie bereits erwähnt – ist davon auszugehen, dass die vorherige duale Berufsausbildung untererfasst ist, und zum anderen reicht es nicht aus, die Angaben zur Verkürzung heranzuziehen, da auch die Ausbildungsverträge der Ausbildungsanfänger und -anfängerinnen verkürzt sein können. Im folgenden Abschnitt werden auf Basis der Kombination der Meldungen zu diesen Variablen[99] Ausbildungsanfänger/-innen von anderen Arten von Neuabschlüssen unterschieden.

Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen

Fälschlicherweise werden Neuabschlüsse häufig mit Ausbildungsanfängern E gleichgesetzt. Nicht alle neuen Ausbildungsverträge werden aber von Ausbildungsanfängern abgeschlossen. Der Neuabschluss stellt ein vertragsbezogenes Merkmal dar, das auch in den folgenden Fällen vorliegt:

- Ein Ausbildungsvertrag wird vorzeitig gelöst und ein neuer Ausbildungsvertrag in einem anderen Beruf (Berufswechsler innerhalb des dualen Systems) und/oder mit einem anderen Ausbildungsbetrieb (Ausbildungsbetriebswechsler innerhalb des dualen Systems) abgeschlossen.

97 Für Bremen (18,6 %) wird im Zuständigkeitsbereich öffentlicher Dienst und für Hamburg in den Berufen der Hauswirtschaft (25 %) ein sehr hoher Anteil an Neuabschlüssen mit vorheriger erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung gemeldet; diese machen insgesamt aber nur extrem wenige Neuabschlüsse aus.

98 Realschulabschluss: für 4 % wurde eine zuvor erfolgreich beendete duale Berufsausbildung gemeldet; für diejenigen ohne Hauptschulabschluss waren es im Berichtsjahr 2010 3 %.

99 Als Information wird nicht die gemeldete Verkürzung verwendet, sondern es wird eine aus den Meldungen zum vereinbarten Vertragsbeginn und -ende berechnete Verkürzung herangezogen.

- Eine vorherige zweijährige Berufsausbildung wird in einem „Anschlussberuf“ fortgeführt (Anschlussverträge innerhalb des dualen Systems).
- Außerdem kann nach erfolgreichem Abschluss einer dualen Berufsausbildung erneut ein Ausbildungsvertrag in einem Beruf des dualen Systems abgeschlossen werden, der keinen Anschlussvertrag darstellt (Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems).

Insofern sind nicht alle Neuabschlüsse mit Anfängern im dualen System (nach BBiG bzw. HwO) gleichzusetzen. Zudem haben einige Auszubildende des dualen Systems zuvor eine Ausbildung außerhalb des dualen Systems begonnen oder abgeschlossen (Mehrfachausbildungen).

E **Ausbildungsanfänger/-innen als Teilgruppe der Neuabschlüsse**

Neue Ausbildungsverträge werden nicht immer von Ausbildungsanfängern abgeschlossen. Ausbildungsverträge werden auch bei Berufs- und/oder Betriebswechsel, bei sogenannten Anschlussverträgen sowie bei Mehrfachausbildungen abgeschlossen.

Folgende Kriterien werden zur Abgrenzung von Ausbildungsanfängern als Teilgruppe der Neuabschlüsse sukzessive angewandt:

(1) Vorherige duale Berufsausbildung: Neuabschlüsse von Auszubildenden mit vorheriger dualer Berufsausbildung (erfolgreich beendet oder nicht erfolgreich beendet) werden nicht als Anfänger/-innen gezählt; diejenigen ohne vorherige duale Berufsausbildung gelten als Anfänger/-innen.

Dies ist das zentrale Abgrenzungskriterium für Ausbildungsanfänger/-innen. 2 Ausnahmekriterien sind jedoch erforderlich: Zum einen kann nicht allein das Merkmal der vorherigen dualen Berufsausbildung zur Abgrenzung von Ausbildungsanfängern herangezogen werden, da nicht gesichert ist, dass alle Meldungen zur vorherigen dualen Berufsausbildung korrekt erfolgen. Deshalb muss auch die vertraglich vereinbarte Ausbildungsdauer kontrolliert werden (2). Die zweite Ausnahme (3) kommt zur Anwendung, da nicht alle Ausbildungsanfänger/-innen als Neuabschluss gezählt werden und bei ausnahmsloser Anwendung des ersten Kriteriums (1) manche Auszubildende des dualen Systems niemals als Anfänger/-innen gezählt würden. Wenn der erste Vertrag von Vertragswechslern (mit vorheriger nicht erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung) nicht als Neuabschluss gezählt wurde und der aktuelle Neuabschluss aufgrund des Vertragswechsels auch nicht gezählt wird, würde die Person nie als Ausbildungsanfänger/-in gezählt. Da die verschiedenen Vertragsdaten einer Person aber nicht zu identifizieren bzw. zu verknüpfen sind, kann man nur versuchen, solche Fälle über die Dauer der Verkürzung des aktuellen Neuabschlusses zu identifizieren.

(2) Es wurde zwar keine vorherige duale Berufsausbildung gemeldet, allerdings eine starke Verkürzung: Diese Neuabschlüsse werden trotz fehlender Meldung einer vorherigen dualen Berufsausbildung nicht als Anfänger/-innen gezählt. Dies allerdings nur, wenn nicht ein anderer potenzieller Verkürzungsgrund vorliegt. Solche Verkürzungsgründe sind: Studienberechtigung, Auszubildende im Alter von mindestens 22, schulisches Grundbildungsjahr, Berufsfachschule (nicht vollqualifizierend) oder eine absolvierte schulische Berufsausbildung.

Als starke Verkürzung wird hier eine Verkürzung von mindestens einem Jahr bzw. von mindestens 11 Monaten festgelegt.

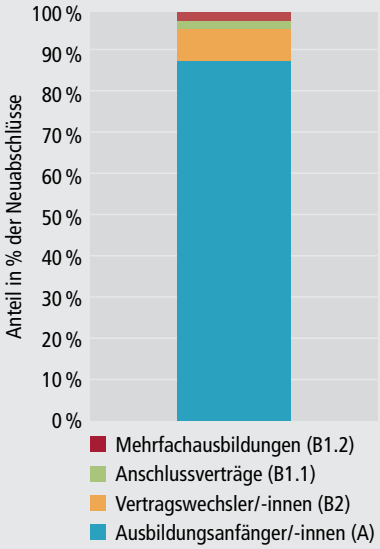
(3) Es wurde zwar eine vorherige duale Berufsausbildung gemeldet, allerdings nur eine kurze Verkürzung. Diese Verträge werden trotz der vorherigen dualen Berufsausbildung als Anfänger/-innen gezählt. Als kurze Verkürzung werden solche, die geringer als die Zahl des Beginnmonats ausfallen, und solche, die nicht mehr als 5 Monate betragen, festgelegt.[100]

Hinweis: Die Abgrenzung der Ausbildungsanfänger/-innen konnte nach genauerer Analyse der Individualdaten verfeinert werden. Deshalb weicht die hier dargestellte Abgrenzung von der im BIBB-Datenreport 2011 angewandten und in Ebbinghaus/Gericke/Uhly 2012 dargestellten Vorgehensweise etwas ab. Insgesamt ergibt sich jedoch eine ähnlich hohe Zahl an Ausbildungsanfängern als Teilgruppe der Neuabschlüsse.

100 Wenn die Verkürzung maximal der Zahl des Beginnmonats des aktuellen Vertrages entspricht, könnte der erste Vertrag im gleichen Kalenderjahr begonnen haben (der erste Vertrag wäre nicht als Neuabschluss gezählt worden). Falls der erste Ausbildungsvertrag im Vorjahr begonnen wurde und vor dem 31. Dezember des Vorjahres gelöst wurde (er wäre dann auch im Vorjahr nicht als Neuabschluss gezählt worden), könnten i. d. R. bei Neuvertrag im Folgejahr bis zu 5 Monate angerechnet werden (die meisten Verträge beginnen in den Monaten August/September).

Schaubild A4.3-1: **Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen, Bundesgebiet 2010**

<table>
<tr><td colspan="3">A Ohne vorherige duale Berufsausbildung</td></tr>
<tr><td colspan="3">Ausbildungsanfänger/-innen
Neuabschlüsse ohne vorherige duale Berufsausbildung (teilweise mit vorher nicht absolvierter Berufsausbildung gemeldet, allerdings geringe Verkürzung; manche Vertragswechsler waren im gleichen Kalenderjahr oder im Vorjahr Anfänger/-innen. Aufgrund der Neuabschlussdefinition wurden sie mit dem Erstvertrag jedoch nicht zu den Neuabschlüssen gezählt. Die Wechsler mit geringer Verkürzung müssen deshalb auch zu den Anfängern gezählt werden, da sie ansonsten nie als Anfänger/-innen gezählt würden).</td></tr>
<tr><td colspan="3">B Mit vorheriger dualer Berufsausbildung</td></tr>
<tr><td colspan="2">B1 Mit vorheriger dualer Berufsausbildung, die erfolgreich absolviert wurde</td><td>B2 Mit vorheriger dualer Berufsausbildung, die nicht erfolgreich beendet wurde</td></tr>
<tr><td>B1.1 Anschlussverträge
mit Anrechnung einer zuvor absolvierten zweijährigen Berufsausbildung
(Fortführung entsprechend Ausbildungsordnung)</td><td>B1.2 Mehrfachausbildungen
kein Anschlussvertrag</td><td>Vertragswechsler/-innen
Betriebs- und/oder Berufswechsler, die im Kalenderjahr oder im Herbst des Vorjahres nicht auch Anfänger/-innen waren
(teilweise ohne diese Vorbildung gemeldet, allerdings hohe Verkürzung ohne sonstigen potenziellen Verkürzungsgrund)</td></tr>
</table>



Quelle: Individualdatensatz des BIBB auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Berichtsjahr 2010; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Um eine Abgrenzung von wirklichen Ausbildungsanfängern vornehmen zu können, sind verschiedene Wege denkbar. Bezogen auf die Anfänger/-innen innerhalb des dualen Systems, würde auch eine bundesweite (zuständigkeits- und regionenübergreifende) unveränderliche Personennummer für die Auszubildenden entsprechende Analysen erlauben. Anhand dieser Personennummern könnten verschiedene Meldungen für die jeweilige Person bei der Datenanalyse verknüpft werden, und die Erfassung von vorherigen dualen Berufsausbildungen wäre nicht erforderlich. Der Einführung einer solchen Personennummer standen jedoch datenschutzrechtliche Bedenken entgegen, sie war nicht realisierbar. Deshalb wurde in der Berufsbildungsstatistik der Weg der Erfassung der vorherigen Berufsausbildung sowie der Ausbildungsdauer gewählt, auch wenn die Erhebung von vorherigen Berufsausbildungen im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht unproblematisch ist.[101]

→ **Schaubild A4.3-1** gibt einen Überblick darüber, wie sich die Neuabschlüsse auf Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten (Nichtanfänger) aufteilen. Die genaue Vorgehensweise der Abgrenzung der Ausbildungsanfänger/-innen wird im Folgenden genauer erläutert.

Verwendet man zur Abgrenzung der *Ausbildungsanfänger und Ausbildungsanfängerinnen* E nicht allein die Angaben zur vorherigen dualen Berufsausbildung, sondern auch die zur vereinbarten Vertragsdauer, so kann man knapp 88 % der Neuabschlüsse als Ausbildungsanfänger/-innen identifizieren → **Tabelle A4.3-3**. Die anderen gut 12 % teilen sich auf in diejenigen mit einer zuvor bereits erfolgreich absolvierten dualen Berufsausbildung (ca. 4 %) und Vertragswechsler (8 %). Letztere sind diejenigen, die zuvor bereits einen dualen Ausbildungsvertrag abgeschlossen und nach der Vertragslösung erneut einen Ausbildungsvertrag im gleichen oder in einem anderen Ausbildungsberuf (*Ausbildungs- oder Betriebswechsler* innerhalb des dualen Systems) neu abgeschlossen haben; wobei nur diejenigen mit einer längeren Verkürzung

101 Die Jugendlichen müssen die Ausbildungsbetriebe hierüber informieren (selbst wenn sie selbst kein Interesse an der Weitergabe dieser Informationen haben oder dies ihren Interessen entgegensteht), und die Betriebe müssen diese Informationen an die zuständigen Stellen melden (auch dann, wenn kein Eigeninteresse vorliegt).

(mindestens 6 Monate) zu den Vertragswechslern gezählt werden, die anderen werden noch zu den Anfängern gezählt. Die 4 % der Neuabschlüsse, die mit einer vorherigen absolvierten dualen Berufsausbildung gemeldet wurden, lassen sich in Mehrfachausbildungen im dualen System und in sogenannte Anschlussverträge differenzieren. Gemäß der hier verwendeten Abgrenzung handelt es sich bei nur knapp 2 %[102] der Neuabschlüsse um *Anschlussverträge* E, also um die Fortführung einer zuvor abgeschlossenen zweijährigen Berufsausbildung im dualen System. Bei gut 2 % der Neuabschlüsse handelt es sich folglich um *Mehrfachausbildungen* innerhalb des dualen Systems.

E Anschlussverträge (in Fortführungsberufen)

Als Anschlussverträge werden solche Neuabschlüsse bezeichnet, die eine *Fortführung einer bereits erfolgreich abgeschlossenen zweijährigen Berufsausbildung* darstellen. Eine zuvor bereits abgeschlossene (zweijährige) Berufsausbildung wird in einem (i. d. R. drei- oder vierjährigen) Ausbildungsberuf angerechnet. Wobei nur solche Fortführungen zu Anschlussverträgen gezählt werden, bei denen die Ausbildungsordnung die Anrechnung der zweijährigen Berufsausbildung explizit vorsieht (§ 5 Absatz 2 Nr. 4 BBiG). Bislang sind solche Fortführungen ausschließlich in Berufen der Zuständigkeitsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk vorgesehen. In den Ausbildungsordnungen ist von Fortführung/Fortsetzung der Berufsausbildung, von aufbauenden Ausbildungsberufen, von Anrechnungsregelungen und in älteren Ausbildungsordnungen auch (noch) von Stufenausbildung[103] die Rede. Die dualen Ausbildungsberufe, auf die eine abgeschlossene zweijährige duale Berufsausbildung laut Ausbildungsordnung angerechnet werden kann, werden im Folgenden „Fortführungsberufe" genannt.

Dieses Merkmal wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder nicht gemeldet, sondern auf Basis von Berufsinformationen und Meldungen zum Ausbildungsvertrag sowie zur Vorbildung ermittelt.

Anschlussverträge werden in der Berufsbildungsstatistik folgendermaßen abgegrenzt:[104]

- es handelt sich um einen Ausbildungsberuf, bei dem laut Ausbildungsordnung die Fortführung einer abgeschlossenen zweijährigen dualen Berufsausbildung vorgesehen ist („Fortführungsberuf"),
- es liegt eine zuvor abgeschlossene duale Berufsausbildung vor und
- die Dauer des Ausbildungsvertrags liegt in einem Bereich +/-3 Monate um die laut Ausbildungsordnung vorgesehene Restdauer[105] bei Anschlussverträgen.

Generell bleibt die Einschränkung zu beachten, dass die auf Basis der Berufsbildungsstatistik ermittelte Anschlussvertragszahl nur als Höchstwert zu interpretieren ist. Denn hinsichtlich des dritten Abgrenzungskriteriums wird angenommen, dass die kürzere Ausbildungsdauer aufgrund der Anrechnung einer vorherigen zweijährigen dualen Berufsausbildung erfolgt ist, die laut Ausbildungsordnung auf den „Fortführungsberuf" angerechnet wurde; es ist jedoch nicht auszuschließen, dass hierbei auch Neuabschlüsse im Anschluss an eine zuvor abgeschlossene duale Berufsausbildung gezählt werden, die keine Anschlussverträge im engeren Sinne der Definition von „Anschlussverträgen" sind (vgl. Uhly 2011).

Wie → **Tabelle A4.3-3** zeigt, variiert der Anteil der Anschlussverträge nach Bundesländern nur in geringem Maße. Bislang können Anschlussverträge ausschließlich in den beiden Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk abgeschlossen werden. Ihr Anteil an allen Neuabschlüssen fällt in den Berufen von Industrie und Handel mit 2,5 % zwar auch relativ gering, aber deutlich höher aus als

102 Die Zahl der Anschlussverträge fällt bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (2010: 6.519) deutlich geringer aus; es gibt Hinweise darauf, dass die Zahl der Anschlussverträge dort untererfasst ist (vgl. Uhly 2011).

103 Hinsichtlich des Begriffs der Stufenausbildung ist im Anschluss an die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 23. März 2005 eine Begriffsklärung erfolgt. Von der bislang üblichen Begriffsverwendung wird nun abgewichen. „Echte" Stufenausbildung im Sinne des BBiG liegt derzeit nicht vor. Es handelt sich hierbei um eine Stufung, bei der nach der ersten Stufe kein Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf erworben wird. Bei dieser Stufenausbildung endet der Ausbildungsvertrag stets erst nach Abschluss der letzten Stufe (§ 21 Absatz 1 BBiG).

104 Nach einer detaillierten Auswertung der Individualdaten hat sich gezeigt, dass die frühere Operationalisierung der Anschlussverträge, die im BIBB-Datenreport 2010 noch Anwendung fand, problematisch war. Deshalb wurde sie modifiziert (zu den Details siehe Uhly 2011).

105 Die Ausbildungsordnungen legen fest, in welches Ausbildungsjahr des jeweiligen Fortführungsberufs der Einstieg bei Anschlussverträgen erfolgt; aus dieser Angabe und der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen regulären Dauer des „Fortführungsberufs" kann man die maximale Restdauer ermitteln. Hierbei ist nicht die Verkürzung im Sinne des § 8 BBiG gemeint.

Tabelle A4.3-3: **Ausbildungsanfänger/-innen, Anschlussverträge, Mehrfachausbildungen und Vertragswechsler nach Ländern bzw. Zuständigkeitsbereichen (absolut und in % der Neuabschlüsse) 2010**

Land/Zuständigkeitsbereich	Ausbildungsanfänger/-innen		Anschlussverträge		Mehrfachausbildungen		Vertragswechsler/-innen	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden-Württemberg	67.038	88,8	1.530	2,0	1.764	2,3	5.157	6,8
Bayern	82.299	86,3	1.746	1,8	2.859	3,0	8.418	8,8
Berlin	17.097	90,0	318	1,7	441	2,3	1.137	6,0
Brandenburg	11.316	83,3	324	2,4	993	7,3	954	7,0
Bremen	5.304	90,4	108	1,8	72	1,2	378	6,4
Hamburg	12.441	89,6	84	0,6	267	1,9	1.086	7,8
Hessen	35.190	88,8	699	1,8	792	2,0	2.955	7,5
Mecklenburg-Vorpommern	8.298	83,3	300	3,0	747	7,5	612	6,1
Niedersachsen	50.037	86,0	663	1,1	681	1,2	6.771	11,6
Nordrhein-Westfalen	111.789	90,0	1.983	1,6	1.371	1,1	9.084	7,3
Rheinland-Pfalz	25.122	87,6	645	2,2	654	2,3	2.262	7,9
Saarland	6.897	88,7	153	2,0	129	1,7	597	7,7
Sachsen	17.958	84,5	570	2,7	933	4,4	1.785	8,4
Sachsen-Anhalt	11.511	88,1	240	1,8	555	4,2	762	5,8
Schleswig-Holstein	17.838	85,6	162	0,8	324	1,6	2.520	12,1
Thüringen	10.494	85,3	330	2,7	318	2,6	1.167	9,5
Industrie und Handel	293.004	88,1	8.388	2,5	6.738	2,0	24.441	7,3
Handwerk	130.800	84,5	1.467	0,9	3.783	2,4	18.789	12,1
Landwirtschaft	12.147	85,2	–	–	717	5,0	1.392	9,8
Öffentlicher Dienst	12.345	95,3	–	–	597	4,6	21	0,2
Freie Berufe	39.186	95,9	–	–	1.008	2,5	666	1,6
Hauswirtschaft	3.147	88,7	–	–	63	1,8	336	9,5
Bundesgebiet insgesamt	**490.629**	**87,8**	**9.852**	**1,8**	**12.903**	**2,3**	**45.645**	**8,2**

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

bei den Handwerksberufen (0,9 %). Mehrfachausbildungen werden in 4 ostdeutschen Ländern überproportional häufig gemeldet; dies sind Mecklenburg-Vorpommern (7,5 %), Brandenburg (7,3 %) und in geringerem Maße auch Sachsen (4,4 %) sowie Sachsen-Anhalt (4,2 %). Nach Zuständigkeitsbereichen differenziert zeigt sich, dass Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems überproportional häufig in den Berufen der Landwirtschaft (5,0 %) und des öffentlichen Dienstes gemeldet werden (4,6 %). Der Anteil der Vertragswechsler fällt mit ca. 12 % in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein überproportional hoch aus.

Aufgrund dieser Abgrenzung von Neuabschlüssen, die Ausbildungsanfänger/-innen sind, lassen sich weitere Indikatoren zum dualen System verbessern; beispielsweise kann statt der Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen die Ausbildungsanfängerquote des dualen Systems berechnet werden; Erstere hatte den Anteil der Jugendlichen, die einen dualen Ausbildungsvertrag abschließen, überschätzt (**vgl. Kapitel A4.5**).

(Alexandra Uhly)

A4.4 Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung

In diesem Kapitel werden berufsstrukturelle Entwicklungen innerhalb der dualen Berufsausbildung (nach BBiG und HwO) analysiert, wie sie im Rahmen von Dauerbeobachtungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Berufsbildungsstatistik durchgeführt werden. Betrachtet werden hierbei: Produktions- und Dienstleistungsberufe, technische Ausbildungsberufe, neue Ausbildungsberufe, zweijährige Ausbildungsberufe sowie Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung. Solche Strukturentwicklungen im dualen System sind zum einen vor dem Hintergrund der Frage der Entwicklungsperspektiven des dualen Systems von Interesse (vgl. Uhly/Troltsch 2009), zum anderen aber auch für die Chancen unterschiedlicher Gruppen von Jugendlichen von Bedeutung (zu Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss im Kontext berufsstruktureller Entwicklungen siehe Uhly 2010).[106]

Zur Analyse der berufsstrukturellen Entwicklungen wird der Indikator neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (**vgl. E in Kapitel A4.3**) der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember **vgl. E in Kapitel A4.2.1**) herangezogen. Es werden nicht die Bestandszahlen verwendet, in denen die Berufe je nach Ausbildungsdauer unterschiedlich stark vertreten sind (zweijährige Ausbildungsberufe sind i. d. R. unterrepräsentiert, dreieinhalbjährige sind eher überrepräsentiert). Außerdem zeigen sich aktuelle Entwicklungen deutlicher in den Neuabschlussals in den Bestandszahlen. Seit dem Erhebungsjahr 2004 werden auch im Rahmen der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge alle Ausbildungsberufe einzeln erhoben, sodass auch mit diesen Daten Berufsstrukturen analysiert werden können[107]; langfristige Entwicklungen sowie die Repräsentanz von Jugendlichen mit unterschiedlichen allgemeinbildenden Schulabschlüssen in den Berufsgruppen (**vgl. Kapitel A4.6.2**) lassen sich allerdings nur auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder betrachten.

Tertiarisierung der dualen Berufsausbildung

Wie auch im Beschäftigungssystem ist in der dualen Berufsausbildung ein Zuwachs des Anteils an Personen in Dienstleistungsberufen E zu beobachten. Langfristig steigt seit Mitte der 1990er-Jahre der Anteil der Neuabschlüsse in den Dienstleistungsberufen. Auch die Zahl der Neuabschlüsse ist in den Dienstleistungsberufen seit Mitte der 1990er-Jahre gestiegen; trotz Schwankungen im Zeitverlauf fällt sie im Jahr 2010 (332.094) immer noch höher aus als im Jahr 1993 (298.299). Im Vergleich zum Vorjahr (329.028) ist in diesen Berufen wieder ein leichter Anstieg der Neuabschlusszahl von knapp 1 % zu beobachten. Steigende Neuabschlusszahlen sind insbesondere bei den primären Dienstleistungsberufen zu beobachten; die Neuabschlusszahl der sekundären Dienstleistungsberufe schwankt leicht um ca. 100.000 pro Jahr. In den Produktionsberufen ist die Zahl der Neuabschlüsse dagegen bei Schwankungen längerfristig gesunken. Im Jahr 2010 beträgt sie in den Produktionsberufen 226.938 und ist damit deutlich unterhalb der des Jahres 1993 (272.907). Im Vorjahresvergleich ist die Neuabschlusszahl in den Produktionsberufen in 2010 um ca. 2,2 % zurückgegangen. Entsprechend ist der Anteil der Neuabschlüsse in den Dienstleistungsberufen von 52,2 % im Jahr 1993 auf 59,4 % in 2010 gestiegen und der Anteil der Produktionsberufe gesunken → **Tabelle A4.4-1**. Diese Entwicklung verläuft seit 1996 nahezu stetig, lediglich zwischen 1993 und 1995 war noch ein Anstieg des Anteils der Neuabschlüsse in den Produktionsberufen zu verzeichnen.

106 Die Repräsentanz von Frauen in dualen Ausbildungsberufen, die traditionell überwiegend mit Frauen oder überwiegend mit Männern besetzt werden, erfolgt auf Basis der Bestandszahlen an Auszubildenden (in den ersten Jahren der Berufsbildungsstatistik lagen Informationen zum Geschlecht der Auszubildenden nur für die Bestandszahlen vor) in **Kapitel A4.2.1**.

107 Zum Vergleich beider Erhebungen, insbesondere den konzeptionellen Unterschieden, siehe Uhly u. a. 2009.

E **Klassifizierung der Produktions- und Dienstleistungsberufe**

Die Berufsbildungsstatistik verwendet für die Erhebung nach Einzelberufen die Klassifikation der Berufe (KldB) des Jahres 1992 (Statistisches Bundesamt 1992); deren oberste Gliederungseinheit unterscheidet neben der Kategorie „sonstige Arbeitskräfte" 5 „Berufsbereiche". Entsprechend der Konzeption des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)[108] werden in Anlehnung an Bells Konzept eines quartären Sektors (Informationsgesellschaft) nicht die 3 Bereiche Landwirtschaft, Produktion und Dienstleistung unterschieden, sondern Produktionsberufe (Landwirtschaft, Bergbau und Fertigungsberufe) von den primären und sekundären Dienstleistungsberufen abgegrenzt (vgl. Wolff 1990, S. 64).

Im Folgenden werden auf der Basis der Berufskennziffern (KldB 1992) Produktions- von primären und sekundären Dienstleistungsberufen unterschieden:

Produktionsberufe
- I Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau
- II Bergleute, Mineralgewinner
- III Fertigungsberufe ohne Berufsgruppe 52 „*Warenprüfer/Versandfertigmacher*"

Primäre Dienstleistungsberufe
- Berufsgruppe 52 „*Warenprüfer/Versandfertigmacher*"
- aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 66–68 *(Warenkaufleute)*, 71–74 *(Verkehrsberufe)*, 771–773 *(Buchhalter; Kassenfachleute)*, 78–81 *(Büroberufe; Ordnungs- und Sicherheitsberufe)*, 90–93 *(Berufe der Körperpflege; Hotel- und Gaststättenberufe; Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe; Reinigungs- und Entsorgungsberufe)*

Sekundäre Dienstleistungsberufe
- IV Technische Berufe
- aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 69 und 70 *(Dienstleistungskaufleute)*, 75 und 76 *(Berufe in der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung)*, 774–776 *(Fachinformatiker/-in und Mathematisch-technische/-r Softwareentwickler/-in)*, 7791 *(IT-Kaufleute)*, 82–89 *(Schriftwerkschaffende, -ordnende und künstlerische Berufe; Gesundheitsdienstberufe; Sozial- und Erziehungsberufe)*[109]

Eine vollständige Berufsliste (alle Einzelberufe) findet man unter: ***http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2010.pdf***.

Unter sekundären Dienstleistungstätigkeiten werden Tätigkeiten zusammengefasst, die auch als „Kopf- oder Wissensarbeit" bezeichnet werden; es handelt sich um Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten Forschen, Entwickeln, Organisieren, Managen, Betreuen, Pflegen, Beraten, Lehren und Publizieren (vgl. Kupka/Biersack 2005). Unter die primären Dienstleistungsberufe fallen Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten: Handels- und Bürotätigkeiten sowie allgemeine Dienste wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren. Aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen, Analysen auf Basis der Berufsbildungsstatistik (Uhly 2007a) und Analysen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 (Hall 2007), die eine Modifikation der Berufszuordnung ergeben haben, weicht die Abgrenzung teilweise von der IAB-Einteilung[110] ab (vgl. Uhly/Troltsch 2009). Diese Berufsgruppe entspricht nicht der Berufsgruppe der wissensintensiven Berufe nach Tiemann (2010), der sowohl unter den Dienstleistungsberufen als auch den Produktionsberufen wissensintensive Berufe abgrenzt.

Damit liegt der Dienstleistungsanteil in der dualen Berufsausbildung zwar immer noch deutlich unter dem in der Beschäftigung, wo er mehr als 70 % beträgt. Teilweise ist die große Differenz aber auch durch Spezifika der Berufsklassifikation sowie durch die Tatsache bedingt, dass im Bereich der mittleren Qualifikationsebene die Berufsausbildung insbesondere im Bereich von Dienstleistungsberufen nicht nach BBiG/HwO erfolgt, sondern („vollzeitschulisch") an Berufsfachschulen und insbesondere an Schulen des Gesundheitswesens. Die berufsstrukturelle Entwicklung in der dualen Berufsausbildung zeigt deut-

108 Siehe Berufsgliederung des IAB: **http://bisds.infosys.iab.de/bisds/erlaeuterungen.htm**.

109 3 Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung werden trotz einer Berufskennziffer entsprechend den sekundären Dienstleistungsberufen aufgrund der Tätigkeitsbeschreibungen den primären Dienstleistungsberufen zugeordnet (Assistent/-in in sozialen Einrichtungen, Fachhelfer/-in für personale Dienstleistungen und Fachkraft für Medien- und Informationsdienste).

110 Dienstleistungskaufleute werden dort den primären Dienstleistungsberufen zugerechnet. Außerdem werden in der Zuordnung des IAB die Berufe der Körperpflege (Friseur/-in und Kosmetiker/-in) unter den sekundären und Datenverarbeitungsfachleute/Informatiker unter den primären Dienstleistungsberufen erfasst.

Tabelle A4.4-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen[1], Bundesgebiet 1980[2] und 1993 bis 2010[3]**

Berufsgruppe \ Jahr	1980	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	2010
insgesamt, absolut									
Produktionsberufe	342.030	272.907	287.607	295.530	251.874	241.575	257.412	232.140	226.938
Dienstleistungsberufe	328.827	298.299	291.768	340.029	316.209	317.487	350.154	329.028	332.094
davon:									
primäre DL-Berufe	240.369	197.214	199.194	237.516	215.274	228.258	249.198	234.780	236.847
sekundäre DL-Berufe	88.458	101.085	92.574	102.513	100.935	89.229	100.956	94.248	95.244
Insgesamt	670.857	571.206	579.375	635.559	568.083	559.062	607.566	561.171	559.032
Männer, absolut									
Produktionsberufe	–	241.230	254.049	260.253	222.300	214.209	225.834	202.584	198.726
Dienstleistungsberufe	–	84.402	83.631	102.693	101.796	112.719	127.269	119.652	126.756
davon:									
primäre DL-Berufe	–	56.109	57.891	69.438	68.433	80.583	89.478	85.230	90.966
sekundäre DL-Berufe	–	28.293	25.740	33.255	33.366	32.136	37.791	34.419	35.787
Insgesamt	–	325.629	337.680	362.946	324.099	326.928	353.103	322.236	325.482
Frauen, absolut									
Produktionsberufe	–	31.677	33.555	35.277	29.571	27.363	31.578	29.556	28.212
Dienstleistungsberufe	–	213.897	208.137	237.336	214.413	204.768	222.885	209.379	205.338
davon:									
primäre DL-Berufe	–	141.105	141.303	168.075	146.841	147.675	159.720	149.550	145.881
sekundäre DL-Berufe	–	72.792	66.834	69.258	67.569	57.093	63.165	59.829	59.457
Insgesamt	–	245.577	241.695	272.613	243.984	232.134	254.463	238.935	233.550
insgesamt, in % aller Neuabschlüsse									
Produktionsberufe	51,0	47,8	49,6	46,5	44,3	43,2	42,4	41,4	40,6
Dienstleistungsberufe	49,0	52,2	50,4	53,5	55,7	56,8	57,6	58,6	59,4
davon:									
primäre DL-Berufe	35,8	34,5	34,4	37,4	37,9	40,8	41,0	41,8	42,4
sekundäre DL-Berufe	13,2	17,7	16,0	16,1	17,8	16,0	16,6	16,8	17,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

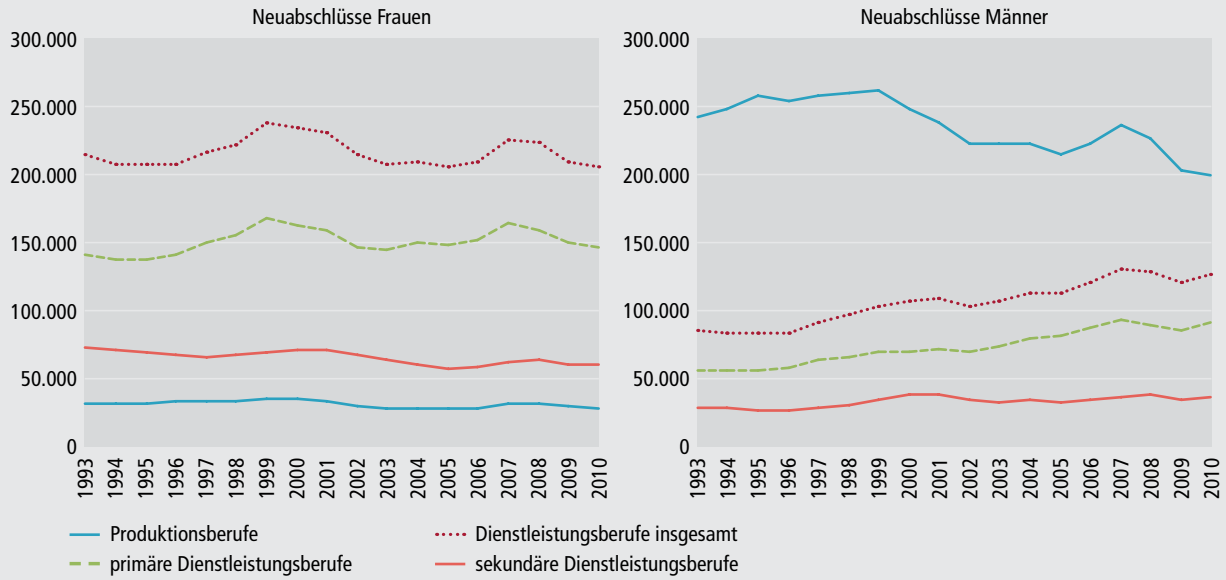
[1] Berufsgruppendifferenzierung nach Tätigkeitsschwerpunkten durch das BIBB; in Anlehnung an Kupka/Biersack (IAB) 2005, modifiziert nach Hall 2007; siehe Uhly/Troltsch 2009 sowie **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2010.pdf**.

[2] 1980 Westdeutschland und Berlin-West; Neuabschlusszahlen in 1980 nicht nach Geschlecht differenziert gemeldet.

[3] Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980 (Westdeutschland) und 1993–2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Schaubild A4.4-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen**[1] **nach Geschlecht, Bundesgebiet 1993 bis 2010**



[1] Berufsgruppendifferenzierung nach Tätigkeitsschwerpunkten durch das BIBB; in Anlehnung an Kupka/Biersack (IAB) 2005, modifiziert nach Hall 2007; siehe Uhly/Troltsch 2009 sowie **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2010.pdf**.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993–2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

liche Entwicklungen hin zur Dienstleistungs- und Wissensökonomie (Walden 2007), wobei primäre Dienstleistungsberufe im dualen System besonders stark vertreten sind. Unter den insgesamt 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen des dualen Systems findet man 6 primäre Dienstleistungsberufe, 2 sekundäre Dienstleistungsberufe und 2 Produktionsberufe.[111]

Der Anteil der Neuabschlüsse in den sekundären Dienstleistungsberufen ist im Vergleich zu den Beschäftigtenanteilen noch sehr gering. In 2010 beträgt er bei den Auszubildenden 17 % aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Seit 1993 schwankt der Anteil der sekundären Dienstleistungsberufe an allen Neuabschlüssen des dualen Systems zwischen ca. 16 % und 18 %. Hinter der Entwicklung dieser Berufsgruppe insgesamt stehen unterschiedlich verlaufende Entwicklungen in einzelnen Berufen, die durch unterschiedliche Determinanten beeinflusst werden (vgl. Uhly/Troltsch 2009, S. 15). Konjunkturelle Gründe mögen beispielsweise den stärkeren Einbruch der IT-Berufe zwischen 2002 und 2005 erklären können. Bei den Bankkaufleuten war der Rückgang eher auf Strukturveränderungen im Bankensektor zurückzuführen (zum Rückgang der Auszubildendenzahl durch Reorganisationsstrategien im Zusammenhang mit „Lean Banking" siehe auch Brötz/Paulini-Schlottau/Trappmann-Webers 2007 oder Baethge 2001). Diese Befunde für den Bankensektor sind jedoch nicht generell auf die sekundären Dienstleistungsberufe übertragbar. Mit der Modernisierung der Berufsausbildung durch Neuordnung von Ausbildungsberufen sind bereits Erfolge erzielt worden, die auch den Bereich der sekundären Dienstleistungsberufe betreffen, sodass

111 Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Verkäufer/-in, Bürokaufmann/-kauffrau, Industriekaufmann/-kauffrau, Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel und Friseur/-in sind primäre Dienstleistungsberufe; Medizinische/-r Fachangestellte/-r und Bankkaufmann/-kauffrau sind den sekundären Dienstleistungsberufen zugeordnet; die Berufe Kraftfahrzeugmechatroniker/-in und Koch/Köchin werden zu den Produktionsberufen gezählt.

sich insgesamt der Anteil der Auszubildenden in den sekundären Dienstleistungsberufen stabilisiert hat. Im Umfeld von hoch qualifizierten Tätigkeiten sind auch Fachkräftetätigkeiten auf dem Qualifikationsniveau dualer Ausbildungsberufe relevant. Hier mögen besondere Potenziale für neue Ausbildungsberufe oder die Stärkung der Berufsausbildung in bereits existierenden Ausbildungsberufen bestehen, da sich im Bereich sekundärer Dienstleistungsberufe ein weiter steigender Arbeitskräftebedarf abzeichnet (vgl. Hummel/Thein/Zika 2010, S. 92 ff.), der jedoch auch für primäre Dienstleistungsberufe, wie die Gastronomie- und Reinigungsberufe, vorausberechnet wird.

Frauen sind in den Dienstleistungsberufen (Frauenanteil 2010: ca. 62 %) deutlich überrepräsentiert, Männer in den Produktionsberufen (Männeranteil 2010: ca. 88 %). Der berufsstrukturelle Wandel der Tertiarisierung verlief jedoch nicht zuungunsten der Männer, vielmehr ist der Männeranteil innerhalb der Dienstleistungsberufe von 28,3 % im Jahr 1993 auf 38,2 % deutlich gestiegen. Bei den Frauen ist die Neuabschlusszahl in den sekundären Dienstleistungsberufen längerfristig rückläufig, bei den Männern ist sie dagegen angewachsen → **Tabelle A4.4-1**. In den primären Dienstleistungsberufen ist bei den Männern ein nahezu stetiger Anstieg der Neuabschlusszahlen zu verzeichnen → **Schaubild A4.4-1**. Bei den Frauen schwankt sie in diesen Berufen und ist im Jahr 2010 nur etwas höher als 1993. Die steigende Neuabschlusszahl der Männer bei den Dienstleistungsberufen (+42.354) hat den Rückgang bei den Produktionsberufen (-42.504) kompensiert; entsprechend sind trotz Tertiarisierung die Frauen- und Männeranteile im dualen System seit 1993 kaum verändert (**vgl. Kapitel A4.2.1**).

Duale Berufsausbildung in technischen Ausbildungsberufen

Von 1980 bis Mitte der 1990er-Jahre ist der Anteil der technischen Ausbildungsberufe E im dualen System stark zurückgegangen. Mitte der 1990er-Jahre zeigten sich Erfolge der Modernisierung der dualen Berufsausbildung insbesondere bei den Technikberufen, sodass eine Trendwende steigender Anteile[112] technischer Ausbildungsberufe zu verzeichnen war → **Tabelle A4.4-2**. Im Zeitraum von 2002 bis 2006 zeigen sich am Ausbildungsstellenmarkt allerdings auch Probleme bei den Technikberufen. Der erneute Einbruch der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge betraf die technischen Ausbildungsberufe noch stärker als die dualen Ausbildungsberufe insgesamt (vgl. Uhly 2005 und 2007b). Seit 2002 geht der Anteil der Neuabschlüsse in Technikberufen somit zurück; nach einem Anstieg in 2007 und 2008 sind weitere Rückgänge auch in 2009 und 2010 zu verzeichnen.

E **Technische Ausbildungsberufe**

Hier wird eine breiter gefasste Abgrenzung von technischen Ausbildungsberufen als die des Berufsbereichs IV der Klassifikation der Berufe des Statistischen Bundesamtes herangezogen, denn diese ist eng begrenzt auf Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker sowie Techniker und technische Sonderfachkräfte. Technische Berufe des Berufsbereichs der Fertigungsberufe sind dort nicht enthalten. Auch in der Fachliteratur findet sich keine konkrete Definition der technischen Berufe des gewerblich-technischen Bereichs. Die hier verwendete Berufsauswahl basiert auf der im Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit des Jahres 2002 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2003, S. 12 ff.) zugrunde gelegten Abgrenzung (vgl. auch Troltsch 2004), die in 2 Einzelstudien (Uhly 2005 und 2007b) fortgeführt wurde. Technische Ausbildungsberufe sind demnach solche, deren Tätigkeits- und Kenntnisprofile hohe Technikanteile (z. B. hohe Anteile von Überwachen, Steuern von Maschinen, Anlagen, technischen Prozessen etc.) ergeben haben.

Eine vollständige Berufsliste (alle Einzelberufe) findet man unter: ***http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-t_2010.pdf***.

In den technischen Ausbildungsberufen ist der Frauenanteil sehr gering, er schwankt seit 1993 zwischen 10 % und 12 %. Damit konnte der Frauenanteil in dieser Berufsgruppe trotz vielfältiger Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung von Frauen in technischen Berufen nicht erhöht werden (vgl. hierzu auch

112 Auch absolut ist die Zahl der Neuabschlüsse in den Technikberufen gestiegen.

Tabelle A4.4-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen[1], Bundesgebiet 1980[2] und 1993 bis 2010[3]**

Jahr	absolut	in % aller Neuabschlüsse	darunter Frauen	Frauenanteil in den Technikberufen, in %
1980	185.805	27,7	–	–
1993	136.392	23,9	16.953	12,4
1996	131.655	22,7	15.747	12,0
1999	151.908	23,9	17.904	11,8
2002	145.224	25,6	16.476	11,3
2005	136.251	24,4	13.731	10,1
2008	156.714	25,8	17.472	11,1
2009	135.411	24,1	15.927	11,8
2010	133.464	23,9	15.453	11,6

[1] Zur Abgrenzung der technischen Ausbildungsberufe siehe auch Uhly 2007b sowie http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-t_2010.pdf.
[2] 1980 Westdeutschland und Berlin-West; Neuabschlüsse wurden in 1980 noch nicht differenziert nach Geschlecht erhoben.
[3] Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980 (Westdeutschland) und 1993–2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Uhly 2007b, S. 22 ff.). Insgesamt zeigt sich, dass berufsstrukturelle Unterschiede bei weiblichen und männlichen Auszubildenden seit Mitte der 1980er-Jahre (von wenigen Ausnahmen in einzelnen Ausbildungsberufen abgesehen) nahezu unverändert sind, sodass man von geschlechtsspezifischer Segregation sprechen kann (**vgl. Kapitel A4.2.1**). Berufswahlentscheidungen und geschlechtsspezifisches Rekrutierungsverhalten sind offensichtlich in tief verwurzelte Werte und Normen hinsichtlich der Geschlechterrollen und der Berufsanforderungen eingebettet, was zu dieser Beharrungstendenz der geschlechtsspezifischen beruflichen Segregation führt (vgl. Uhly 2007b, S. 34 ff.).

Modernisierung der dualen Berufsausbildung

Im Folgenden werden als neue duale Ausbildungsberufe die Berufe des dualen Systems betrachtet, die seit 1996 neu geschaffen wurden. Seit 1996 wurde die Modernisierung der dualen Berufsausbildung durch die Neuordnung von Ausbildungsberufen intensiviert. Hintergrund war die „Diskussion um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, dem Sprung von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation" (Bundesinstitut für Berufsbildung 1998, S. 1). Im Jahr 1999 haben sich die Sozialpartner auf eine Fortführung dieser Modernisierungsoffensive geeinigt (Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung 1999; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2002, S. 26 ff.). Von 1996 bis 2010 wurden 83 Ausbildungsberufe neu geschaffen. In diesen Berufen wurden im Jahr 2010 60.627 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen → **Tabelle A4.4-3**. Dies entspricht einem Anteil von 10,8 % aller Neuabschlüsse. Damit ist der Anteil der Neuabschlüsse in den seit 1996 neu geschaffenen Ausbildungsberufen gegenüber dem Vorjahr unverändert; bis 2008 war er stetig gestiegen, in 2009 war erstmals ein geringfügiger Rückgang zu beobachten.

Mit 8.730 Neuabschlüssen in 2010 ist der Beruf Fachinformatiker/-in der am stärksten besetzte neue Ausbildungsberuf, gefolgt vom Beruf Mechatroniker/-in mit 6.699 Neuabschlüssen. Mit deutlichem Abstand folgen die Ausbildungsberufe Mediengestalter/-in Digital und Print (3.753) und Automobilkaufmann/-kauffrau (3.444). Insgesamt bleibt ein

Tabelle A4.4-3: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen[1], Bundesgebiet 1996 bis 2010 (Teil 1)**

In Kraft getreten	Neue Berufe	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
1996	Film- und Videoeditor/-in	15	21	27	51	42	45	33	45	36	42	30	39	48	36	33
	Mediengestalter/-in Bild und Ton	168	315	522	642	681	732	609	618	696	597	660	750	738	672	687
	Werbe- und Medienvorlagenhersteller/-in[2]	486	1.143	354	12	3	0	0								
1997	Bauwerksabdichter/-in		60	105	108	60	54	33	21	33	36	45	60	48	45	42
	Elektroanlagenmonteur/-in		144	330	360	330	222	273	351	429	270	222	297	270	201	174
	Fertigungsmechaniker/-in		261	999	1.140	1.134	1.275	1.176	1.344	1.314	1.233	1.374	1.395	1.266	1.107	1.020
	Fluggerätelektroniker/-in[3]		54	78	81	75	129	144	138	96	126	84	132	150	156	135
	Industrie-Isolierer/-in		69	84	84	78	93	99	84	72	66	120	153	192	162	147
	IT-Berufe		4.788	8.919	13.059	18.363	20.157	16.203	14.514	14.382	13.875	13.476	14.820	15.543	13.596	13.500
	davon:															
	Informatikkaufmann/-kauffrau		771	1.404	1.938	2.496	2.991	2.304	1.830	1.767	1.566	1.479	1.506	1.446	1.236	1.209
	Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in		1.485	2.166	2.838	3.429	3.633	3.186	2.916	2.601	2.535	2.256	2.340	2.370	2.055	1.896
	Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufmann/ Kauffrau		756	1.452	2.088	2.958	3.027	2.544	2.310	2.385	2.316	2.187	2.247	2.199	1.797	1.662
	Fachinformatiker/-in		1.779	3.897	6.192	9.480	10.506	8.169	7.458	7.629	7.461	7.554	8.727	9.525	8.505	8.730
	Isolierfacharbeiter/-in		30	63	75	84	66	54	39	57	51	60	63	78	51	42
	Kaufmann/Kauffrau für Verkehrsservice		918	1.275	1.572	708	498	603	660	531	438	465	435	441	360	345
	Naturwerksteinmechaniker/-in		18	54	45	54	54	63	120	132	123	150	129	150	129	111
	Spielzeughersteller/-in		15	12	9	15	9	18	6	3	3	3	0	0	3	0
	Verfahrensmechaniker/-in in der Steine- und Erdenindustrie		144	138	114	135	84	102	108	177	135	123	147	165	123	108
1998	Automobilkaufmann/-kauffrau			2.400	3.612	3.690	3.597	3.666	3.636	3.732	3.738	3.804	4.002	3.711	3.246	3.444
	Fachangestellte/-r für Medien- und Informationsdienste[4]			444	474	495	489	501	555	627	603	642	666	642	645	645
	Fachkraft für Veranstaltungstechnik			339	588	657	822	795	942	876	981	1.101	1.191	1.194	1.182	1.116
	Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie			396	642	864	894	1.050	1.299	1.968	2.055	2.457	2.853	3.090	2.859	2.583
	Fotomedienlaborant/-in			147	180	204	204	192	153	150	120	96	81	96	54	45
	Glasbläser/-in			6	3	0	6	3	0	3	0	3	0	0	0	0
	Kaufmann/Kauffrau für audiovisuelle Medien			261	309	375	363	318	315	282	315	276	297	276	249	258
	Mechatroniker/-in			1.311	3.648	4.875	5.775	5.571	5.844	6.336	6.573	6.819	7.509	8.031	7.080	6.699
	Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien[5]			2.433	4.014	5.181	5.484	4.341	3.885	3.828	3.672	4.005	4.347	4.425	3.726	3.753
	Mikrotechnologe/Mikrotechnologin			132	165	213	201	219	204	255	165	195	207	222	153	168
	Servicekaufmann/-kauffrau im Luftverkehr			33	114	114	126	102	114	114	123	114	114	117	105	87
1999	Fassadenmonteur/-in				51	75	36	42	33	27	9	9	15	12	15	12
	Informationselektroniker/-in				435	1.635	1.659	1.494	1.311	1.149	1.098	990	1.032	948	765	786
	Spezialtiefbauer/-in				18	54	45	24	18	24	24	24	33	27	30	42
	Verfahrensmechaniker/-in für Beschichtungstechnik				30	336	324	315	252	279	255	279	378	342	267	303

Tabelle A4.4-3: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen[1], Bundesgebiet 1996 bis 2010 (Teil 2)**

In Kraft getreten	Neue Berufe	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
2000	Bühnenmaler/-in und Bühnenplastiker/-in					42	27	33	45	51	39	54	45	33	48	45
	Fachkraft für Straßen- und Verkehrstechnik					24	21	36	51	66	39	45	42	51	48	39
	Fachkraft für Wasserwirtschaft					0	6	15	18	12	3	12	9	9	9	6
	Verfahrensmechaniker/-in Glastechnik					72	123	99	105	105	99	108	126	132	102	111
2001	Kaufmann/Kauffrau im Gesundheitswesen						174	663	732	810	1.008	987	1.005	1.113	1.272	1.341
	Sport- und Fitnesskaufmann/-kauffrau						513	930	1.158	1.266	1.311	1.545	1.797	1.836	1.911	1.953
	Veranstaltungskaufmann/-kauffrau						360	873	1.224	1.434	1.524	1.710	1.929	1.995	1.878	1.914
2002	Bodenleger/-in							147	255	225	291	279	264	255	237	249
	Fachkraft für Abwassertechnik							312	381	420	450	420	381	369	402	342
	Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft							102	162	183	213	219	186	201	162	162
	Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice							24	75	78	81	93	105	141	153	171
	Fachkraft für Schutz und Sicherheit							174	477	759	714	972	1.032	936	849	987
	Fachkraft für Wasserversorgungstechnik							81	132	168	162	141	144	123	138	135
	Fachkraft im Fahrbetrieb								15	24	45	78	129	207	267	315
	Maskenbildner/-in							30	48	57	39	48	57	45	51	45
2003	Bauten- und Objektbeschichter/-in								417	1.122	1.455	1.713	1.818	1.761	1.686	1.443
	Bestattungsfachkraft*								66	111	141	162	174	189	186	189
	Elektroniker/-in für Gebäude- und Infrastruktursysteme*								42	78	84	114	111	114	195	105
	Fahrzeuglackierer/-in								2.097	2.685	2.652	2.757	3.195	2.913	2.625	2.748
	Investmentfondskaufmann/-kauffrau								36	45	57	60	54	60	51	42
	Kosmetiker/-in								438	444	423	492	540	486	501	474
	Mechaniker/-in für Karosserieinstandhaltungstechnik*								210	258	249	246	240	228	210	255
	Systeminformatiker/-in*								48	198	147	195	174	180	156	159
2004	Bauwerksmechaniker/-in für Abbruch- und Betontrenntechnik									15	15	27	51	36	27	24
	Fahrradmonteur/-in									165	387	555	501	399	363	291
	Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in*									462	975	1.350	1.866	1.719	1.776	1.863
	Maschinen- und Anlagenführer/-in									603	1.734	2.448	3.306	3.408	2.811	3.012
	Schädlingsbekämpfer/-in									18	24	42	24	30	30	36
2005	Änderungsschneider/-in										90	255	270	270	267	231
	Fachkraft Agrarservice*										123	141	177	177	210	225
	Kaufmann/Kauffrau für Tourismus und Freizeit										387	474	486	543	462	474
	Servicefahrer/-in										90	156	204	213	180	171
	Technische/-r Produktdesigner/-in										27	159	288	462	351	384

Tabelle A4.4-3: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen[1], Bundesgebiet 1996 bis 2010 (Teil 3)**

In Kraft getreten	Neue Berufe	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
2006	Fachangestellte/-r für Markt- und Sozialforschung											60	72	90	90	96
	Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice*											465	648	600	492	528
	Kaufmann/Kauffrau für Dialogmarketing											957	1.233	1.407	1.356	1.329
	Servicefachkraft für Dialogmarketing											480	624	654	495	429
2007	Fachkraft für Holz- und Bautenschutz												18	21	24	21
	Holz- und Bautenschützer												45	36	48	60
	Sportfachmann/-fachfrau												114	168	138	87
2008	Automatenfachmann/-fachfrau*													39	60	66
	Fachkraft für Automatenservice													57	144	132
	Fotomedienfachmann/-fachfrau													93	102	84
	Personaldienstleistungskaufmann/-kauffrau													1.107	669	906
	Produktionstechnologe/Produktionstechnologin													24	33	48
	Servicekraft für Schutz und Sicherheit													192	285	279
	Speiseeishersteller/-in*													36	39	30
2009	Industrieelektriker/-in														129	258
	Werkfeuerwehrmann/-wehrfrau														36	51
Neue Ausbildungsberufe (seit 1996) insgesamt		**666**	**7.980**	**20.859**	**31.638**	**40.665**	**44.673**	**41.571**	**44.841**	**49.476**	**51.810**	**57.633**	**64.632**	**67.386**	**60.771**	**60.627**
Alle dualen Ausbildungsberufe		579.375	598.110	611.820	635.559	622.968	609.576	568.083	564.492	571.977	559.062	581.181	624.177	607.566	561.171	559.032
Anteil der (seit 1996) neuen Ausbildungsberufe in % aller dualen Ausbildungsberufe		**0,1**	**1,3**	**3,4**	**5,0**	**6,5**	**7,3**	**7,3**	**7,9**	**8,6**	**9,3**	**9,9**	**10,4**	**11,1**	**10,8**	**10,8**

* Ausbildungsberuf zunächst in Erprobung.

[1] Neu geordnete staatlich anerkannte Ausbildungsberufe und Ausbildungsberufe in Erprobung nach BBiG/HwO, die keinen staatlich anerkannten Vorgängerberuf haben. Vor 2003 wurden auch solche neu geordneten Berufe als neu bezeichnet, bei denen zwar Vorgängerberufe existierten, aber wesentliche Änderungen der Ausbildungsordnung erfolgt sind (z. B. Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien).

[2] Der in 1996 neu geschaffene Ausbildungsberuf Werbe- und Medienvorlagenhersteller/-in wurde 1998 wieder aufgehoben.

[3] Seit 2003 Elektroniker/-in für luftfahrttechnische Systeme.

[4] Seit 2000 zusätzliche Fachrichtung.

[5] Seit 2007 Mediengestalter/-in Digital und Print.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1996–2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Großteil der neuen Ausbildungsberufe auch nach einigen Jahren vergleichsweise gering besetzt. Eine Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe erfolgt jedoch nicht allein bei den neuen Ausbildungsberufen, sondern ist für die duale Berufsausbildung insgesamt zu beobachten. In ca. zwei Dritteln aller staatlich anerkannten Ausbildungsberufe bzw. dualen Ausbildungsberufen in Erprobung werden jeweils weniger als 500 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen; in den 20 am stärksten besetzten Berufen findet man mehr als die Hälfte aller Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag.

Die Neuabschlusszahlen entwickeln sich in den einzelnen neuen Ausbildungsberufen im Zeitverlauf unterschiedlich. Im Beruf Mechatroniker/-in ist die Zahl der Neuabschlüsse seit 1998 (Jahr des Inkrafttretens der Ausbildungsordnung) nahezu stetig gestiegen, seit 2009 geht auch in diesem Beruf die Zahl der Neuabschlüsse deutlich zurück. Die Neuabschlusszahlen der beiden Berufe Automobilkaufleute sowie Fahrzeuglackierer/-in sind bis 2007 auf einem relativ hohen Niveau verblieben; nach einem Rückgang in den Jahren 2008 und 2009 zeigt sich im Jahr 2010 wieder ein leichter Anstieg. In den Berufen Fachinformatiker/-in (neu seit 1997) sowie Mediengestalter/-in Digital und Print (Vorgängerberuf Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien neu seit 1998) ist die Neuabschlusszahl nach einem anfänglich starken Anstieg bis auf 10.506 bzw. 5.484 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den Jahren 2002 bis 2005 stark eingebrochen; seither schwanken sie deutlich stärker als die Neuabschlusszahlen in den dualen Ausbildungsberufen insgesamt. Auch bei den anderen IT-Berufen sind seit 2002 starke Rückgänge zu verzeichnen, die bis 2010 anhalten und lediglich durch vergleichsweise geringe Zuwächse in einzelnen Jahren gemindert werden. Eine durchweg positive Entwicklung der Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge (allenfalls unterbrochen durch Rückgänge in einzelnen Jahren) kann in folgenden relativ stark besetzten neuen Berufen beobachtet werden: Sport- und Fitnesskaufleute, Veranstaltungskaufleute, Kaufleute im Gesundheitswesen, Maschinen- und Anlagenführer/-in sowie Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in.

Die Entwicklung zweijähriger Ausbildungsberufe

Neben den oben genannten Neuordnungsmotiven wurde in der letzten Dekade auch wieder verstärkt das Ziel verfolgt, zweijährige[113] („theoriegeminderte“) Ausbildungsberufe speziell für Jugendliche mit schlechten Startchancen zu schaffen (Kath 2005; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005), wobei das Potenzial dieser Berufe zur Chancenbesserung der Jugendlichen kontrovers diskutiert wird (vgl. Uhly/Kroll/Krekel 2011, S. 5 f.). Dennoch sind seit 2003 12 neue Ausbildungsordnungen für zweijährige Ausbildungsberufe in Kraft getreten, 6 weitere wurden modernisiert. Auszubildende in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen oder Ausbildungsberufen in Erprobung, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht (kurz: zweijährige Ausbildungsberufe), machen im Jahr 2010 52.497 Neuabschlüsse bzw. 9,6 % aller Neuabschlüsse aus → **Tabelle A4.4-4**.[114] In den 1980er-Jahren lag der Anteil zweijähriger Ausbildungsberufe in den alten Ländern noch höher (1980: 13,8 %). Mit dem Wegfall von sogenannten gestuften Ausbildungen bei den Elektroberufen im Jahr 1987 ist deren Anteil bis Mitte der 1990er-Jahre auf unter 3 % stark geschrumpft; zur Wiederabschaffung der zweijährigen Ausbildungsberufe in der Metall- und Elektroindustrie siehe Musekamp (2009, S. 152). Bereits seit 1995 – insbesondere in den Jahren 2003 bis 2006 – steigt der Anteil der zweijährigen Ausbildungsberufe des dualen Systems wieder an. In Westdeutschland fällt der Anteil der zweijährigen Ausbildungsberufe mit 8,9 % (2010) deutlich geringer aus als in Ostdeutschland (13,5 %). Der am stärksten besetzte zweijährige Ausbildungsberuf ist mit bundesweit 27.438 Neuabschlüssen der Beruf Verkäufer/-in, es folgen mit deutlichem

113 Innerhalb des dualen Systems machen die dreijährigen Ausbildungsberufe den größten Anteil aus. Neben den zweijährigen Ausbildungsberufen bestehen – insbesondere im Bereich der Metall- und Elektroberufe – auch Ausbildungsberufe, deren Ausbildungsordnung eine Ausbildungsdauer von 42 Monaten vorsehen (dreieinhalbjährige Ausbildungsberufe). Das BIBB hat auch zu den dreieinhalbjährigen Ausbildungsberufen Sonderanalysen auf Basis verschiedener Statistiken und Erhebungen durchgeführt, die demnächst veröffentlicht werden.

114 Alle Werte zu den zweijährigen Ausbildungsberufen beziehen sich ausschließlich auf die staatlich anerkannten dualen Ausbildungsberufe und die dualen Ausbildungsberufe in Erprobung; die Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO) sind nicht einbezogen.

Tabelle A4.4-4: **Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Ausbildungsberufen[1] an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland 1980 und 1993 bis 2010, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2010[2]**

Westdeutschland[3]	**1980**	**1993**	**1996**	**1999**	**2002**	**2005**	**2008**	**2009**	**2010**
Zweijährige Berufe	92.319	14.907	13.203	17.508	16.767	25.065	37.866	38.685	41.043
Alle staatlich anerkannten Berufe[4]	670.857	449.007	429.636	477.378	434.409	429.231	486.033	454.107	461.646
Anteil in zweijährigen Berufen, in %	13,8	3,3	3,1	3,7	3,9	5,8	7,8	8,5	8,9
Ostdeutschland[5]		**1993**	**1996**	**1999**	**2002**	**2005**	**2008**	**2009**	**2010**
Zweijährige Berufe		6.021	10.308	16.128	13.005	16.230	14.445	13.101	11.454
Alle staatlich anerkannten Berufe[4]		114.387	138.924	146.397	119.556	114.930	106.695	92.886	85.047
Anteil in zweijährigen Berufen, in %		5,3	7,4	11,0	10,9	14,1	13,5	14,1	13,5
Bundesgebiet		**1993**	**1996**	**1999**	**2002**	**2005**	**2008**	**2009**	**2010**
Zweijährige Berufe[4]		20.928	23.514	33.636	29.769	41.295	52.311	51.786	52.497
Alle staatlich anerkannten Berufe		563.394	568.560	623.775	553.965	544.161	592.725	546.993	546.693
Anteil in zweijährigen Berufen, in %		3,7	4,1	5,4	5,4	7,6	8,8	9,5	9,6

[1] Berufe mit 24 oder mit 18 Monaten Ausbildungsdauer; bis 1999 inklusive Ausbildungsberuf Gerüstbauer/-in, der erst seit 2000 dreijährig ist, und bis 2000 inklusive Berufskraftfahrer/-in, der erst seit 2001 dreijährig ist; ohne Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO.

[2] Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4; im Datenreport 2010 fehlten jedoch noch die Neuabschlüsse des Berufs Berufskraftfahrer/-in, der bis einschließlich des Jahres 2000 zweijährig war und jährlich seit 1983 ca. 0,1 % der Neuabschlüsse ausmachte.

[3] Westdeutschland ohne Berlin; Ausnahme 1980: Westdeutschland und Berlin-West.

[4] Ohne Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO; inklusive Ausbildungsberufe in Erprobung nach § 6 BBiG bzw. § 27 HwO.

[5] Ostdeutschland inklusive Berlin.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980 (Westdeutschland) und 1993–2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Abstand die Berufe Fachlagerist/-in (6.300), Fachkraft im Gastgewerbe (3.555), Maschinen- und Anlagenführer/-in (3.012), Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in (1.863), Teilezurichter/-in (1.485), Bauten- und Objektbeschichter/-in (1.443), Hochbaufacharbeiter/-in (1.341), Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen (1.329), Tiefbaufacharbeiter/-in (1.200) und Ausbaufacharbeiter/-in (942). Alle anderen sind mit deutlich geringeren Neuabschlusszahlen besetzt.

Die überwiegende Mehrheit (ca. 94 %) der Jugendlichen, die im Jahr 2010 in einem zweijährigen Ausbildungsberuf einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, befindet sich in einem Beruf, dessen Ausbildungsordnung die Möglichkeit der Anrechnung der Ausbildung in einem (i. d. R.) drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf vorsieht.[115]

Allerdings ist hierbei zu beachten, dass die Berufsbildungsstatistik nicht erfasst, ob die Ausbildung nach Abschluss der zweijährigen Berufsausbildung auch wirklich fortgeführt wird. Echte Ausbildungsverläufe lassen sich aufgrund der fehlenden festen Personen-

115 Neben den dualen Berufen für Menschen mit Behinderung sind hierbei auch die Neuabschlüsse des Ausbildungsberufs Teilezurichter/-in nicht einbezogen, obwohl für diesen in der Praxis auch Fortführungsregelungen bestehen, z. B. das 1999 entwickelte Projekt Südwestmetall gemeinsam mit der Arbeitsagentur, dem DGB, der Industrie- und Handelskammer und der Jugendhilfe Ortenau e.V. (siehe **http://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/pa_fb_ausbildung.html**). Es liegt für den aus dem Jahr 1939 stammenden Beruf jedoch keine bundeseinheitliche Ausbildungsordnung vor. Es handelt sich hierbei um einen Beruf nach § 104 Absatz 1 BBiG bzw. § 122 Absatz 4 HwO.

nummer auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht ermitteln (Meldungen aus verschiedenen Berichtsjahren für einzelne Auszubildende lassen sich nicht verknüpfen). Allerdings wird seit dem Berichtsjahr 2008 die Zahl der Anschlussverträge ermittelt. Berechnet wird sie als Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in potenziellen Fortführungsberufen mit einer entsprechend kürzeren Vertragsdauer und dem Vorliegen einer vorherigen abgeschlossenen dualen Berufsausbildung der Auszubildenden (**vgl. Kapitel A4.3**). Somit kann der rechnerische Anteil der Anschlussverträge an den Absolventen (erfolgreiche Abschlussprüfungen) in zweijährigen Ausbildungsberufen als näherungsweise Berechnung des Anteils derer, die eine zweijährige Ausbildung in einem dualen Ausbildungsberuf fortführen, herangezogen werden. Allerdings lässt sich die Zahl der Anschlussverträge auf Basis der Meldungen zur Berufsbildungsstatistik nicht exakt ermitteln; sie kann lediglich als Höchstwert betrachtet werden, der eine Überschätzung darstellen kann (vgl. Uhly 2011). Von allen Neuabschlüssen des Jahres 2010 lassen sich maximal 9.852[116] als Anschlussverträge ausmachen. Somit ergibt sich als Näherungswert, dass maximal 27 % der Absolventen zweijähriger Ausbildungsberufe des Berichtsjahres 2010, deren Ausbildungsordnungen eine Fortführung grundsätzlich vorsehen, die Ausbildung fortführen. Dieser Anteil fällt somit insgesamt vergleichsweise gering aus. Eine differenzierte Analyse der Daten des Berichtsjahres 2009 hat ergeben, dass der Fortführungsanteil im Vergleich der einzelnen zweijährigen Berufe deutlich variiert und in keinem Beruf über 50 % liegt (vgl. Uhly/Kroll/Krekel 2011).

Eine systematische Aufbereitung der Daten zu den zweijährigen Ausbildungsberufen auf Basis der jährlichen Statistiken zu den Ausbildungsverträgen – der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember) sowie der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September – findet man in Uhly/Kroll/Krekel (2011).

Diese Studie liefert umfassendes Datenmaterial zu den zweijährigen Ausbildungsberufen in tiefer regionaler und beruflicher Gliederung und zeigt neue Analysemöglichkeiten, die durch die Weiterentwicklung beider Erhebungen erfolgt sind. Allerdings können viele Argumentationen in der Diskussion um zweijährige Ausbildungsberufe nicht anhand solcher Statistiken überprüft werden. Zur Einschätzung der Zukunftschancen zweijähriger Ausbildungsberufe bzw. der Frage, wie sich die genauen Bildungs- und Erwerbschancen der Auszubildenden dieser Berufe darstellen, sind berufsspezifische Evaluationsstudien erforderlich (siehe z. B. Becker u. a. 2012; Musekamp/Spöttl/Becker 2011; Weber 2009; Gruber/Weber 2007). Für den Beruf Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in kommt eine vom BIBB in Auftrag gegebene Evaluationsstudie des Berufsbildungsinstituts Arbeit und Technik der Universität Flensburg (biat) und des Instituts Technik und Bildung der Universität Bremen (ITB)zu dem Schluss, dass diesem „vonseiten der Betriebe in der Branche kaum Zukunftschancen eingeräumt [werden]. Deshalb sollte er als eigenständiger Ausbildungsberuf nicht weiter fortbestehen und in den dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf des Kfz-Mechatronikers integriert werden“ (BIBB-Pressemitteilung 48/2011).[117]

Die Entwicklung der Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

In Berufen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG und § 42m HwO) E wurden im Jahr 2010 12.336 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen (Bestand am 31. Dezember 2010: 34.734 Auszubildende); die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in diesen Ausbildungsberufen machen im Jahr 2010 einen Anteil von 2,2 % aller Neuabschlüsse aus **→ Tabelle A4.4-5**.

116 Im Rahmen der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge werden deutlich weniger Anschlussverträge gemeldet; allerdings gibt es Hinweise darauf, dass dort die Anzahl der Anschlussverträge untererfasst ist (**vgl. Kapitel A4.3** sowie Uhly 2011).

117 Siehe auch **http://www.bibb.de/evaluation-kfz-servicemechaniker** sowie Becker u. a. 2012.

Tabelle A4.4-5: **Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung[1], Bundesgebiet, Westdeutschland und Ostdeutschland 1993 bis 2010[2], in % der Neuabschlüsse**

Jahr	Bundesgebiet	Westdeutschland	Ostdeutschland
1993	1,4	1,0	3,0
1996	1,9	1,2	4,0
1999	1,9	1,3	3,6
2002	2,5	1,7	5,3
2005	2,7	1,9	5,5
2008	2,4	1,8	5,2
2009	2,5	2,0	5,1
2010	2,2	1,8	4,6

[1] Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO (bis April 2005 § 48 BBiG bzw. § 42b HwO); Neuabschlüsse in diesen Berufen wurden erst ab 1987 erfasst.
[2] Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993–2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Duale Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

Im Regelfall sollen „behinderte Menschen … in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden" (§ 64 BBiG). Nur wenn aufgrund der Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht infrage kommt, sollen Menschen mit Behinderung nach besonderen Regelungen ausgebildet werden. Bei diesen Ausbildungsberufen handelt es sich um Berufe mit speziellen Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO) (**vgl. Kapitel A4.1.4**).

Bei den Daten der Berufsbildungsstatistik ist zu beachten, dass *kein personenbezogenes Merkmal* zur Behinderung erhoben wird. Erfasst ist lediglich, ob es sich bei den jeweiligen Meldungen der Ausbildungsverträge um staatlich anerkannte Ausbildungsberufe (bzw. duale Ausbildungsberufe in Erprobung) oder um Ausbildungsgänge gemäß einer Regelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung handelt.

In Ostdeutschland liegt der Anteil der Neuabschlüsse in den Berufen für Menschen mit Behinderung im gesamten Beobachtungszeitraum mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland (in 2010 Ost: 4,6 % und West: 1,8 %). In Westdeutschland ist er bis 2004 kontinuierlich angestiegen und liegt seither bei ca. 2 %. In Ostdeutschland stieg er insbesondere zwischen 1993 und 1996 sowie 1998 und 2003, verblieb bis 2005 auf 5,5 % und liegt bis 2010 bei ca. 5 %. Die Ausbildungssituation von Menschen mit Behinderung im dualen System kann auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht analysiert werden, da auf Basis dieser Statistik lediglich eine berufsbezogene Betrachtung möglich ist; ein personenbezogenes Merkmal zur Behinderung wird nicht erfasst. Menschen mit Behinderung werden auch in den staatlich anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet, das BBiG sieht dies sogar als Regelfall vor (§ 64 BBiG).

(Alexandra Uhly)

A4.5 Alter der Auszubildenden und Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System

In der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird zu den neu abgeschlossenen Verträgen im dualen System auch das Geburtsjahr der Auszubildenden erfasst. Darüber hinaus liegen Altersangaben seit der Revision der Berufsbildungsstatistik auch für Auszubildende in weiteren Differenzierungen vor. Sie werden im ersten Abschnitt dieses Kapitels für die neu abgeschlossenen Verträge, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen und Absolventinnen ausgewiesen. Mithilfe der Altersangaben lässt sich zudem die Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System berechnen. Die vom Bundesinstitut für Berufsbildung hierzu ausgewiesenen Indikatoren werden im zweiten Abschnitt des Kapitels behandelt.

Das Alter der Auszubildenden

Altersangaben für die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegen seit 1993 vor. In der längerfristigen Betrachtung ist festzustellen, dass das Durchschnittsalter der Auszubildenden seit der Erfassung des Merkmals stetig angestiegen ist. 1993 betrug es durchschnittlich noch 18,5 Jahre, in 2010 dagegen waren die Auszubildenden bei Vertragsabschluss bereits 20,0 Jahre alt. Während zu Beginn der 1990er-Jahre noch über die Hälfte der Auszubildenden aus 16- und 17-Jährigen bestand, hat sich die Verteilung immer stärker ausgeweitet. Heute machen diese

Tabelle A4.5-1: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 1993 bis 2010 (in %)**[1]

Jahr	Altersjahrgang										Durchschnittsalter	Neuabschlüsse insgesamt	Fehlende Altersangaben
	16-Jährige und jünger	17-Jährige	18-Jährige	19-Jährige	20-Jährige	21-Jährige	22-Jährige	23-Jährige	24-Jährige bis unter 40-Jährige	40-Jährige und älter			
1993	24,8	27,7	15,8	11,2	7,6	4,5	2,8	2,1	3,4	–	18,5	571.206	133.281
1994	23,1	27,3	16,8	11,3	8,3	4,7	2,7	1,6	4,2	–	18,6	567.438	135.837
1995	22,3	27,1	17,2	11,9	8,4	4,9	2,6	1,5	4,1	–	18,6	578.583	144.522
1996	22,5	26,2	16,9	12,2	8,8	5,2	2,8	1,5	3,8	–	18,7	579.375	112.011
1997	20,9	26,8	17,0	12,2	9,2	5,8	2,9	1,5	3,7	–	18,7	598.110	108.111
1998	20,1	25,8	17,8	12,3	9,5	6,0	3,2	1,6	3,7	–	18,8	611.820	110.793
1999	18,8	25,1	17,8	13,3	9,9	6,2	3,4	1,9	3,7	–	18,8	635.559	109.863
2000	18,2	24,5	18,4	13,4	10,3	6,3	3,4	1,9	3,7	–	18,9	622.968	102.948
2001	18,1	24,7	18,0	13,2	10,2	6,5	3,5	2,0	3,8	–	18,9	609.576	104.874
2002	17,5	23,7	18,0	13,2	10,4	6,7	3,9	2,2	4,4	–	19,0	568.083	97.920
2003	16,6	23,5	17,8	13,1	10,4	7,1	4,2	2,6	4,7	–	19,1	564.492	102.072
2004	15,2	22,4	17,7	13,4	11,0	7,4	4,6	2,9	5,5	–	19,2	571.977	267
2005	14,3	21,7	17,8	14,2	11,3	7,5	4,6	3,1	5,6	–	19,3	559.062	474
2006	14,4	20,0	17,8	14,6	11,8	7,6	4,7	3,1	5,8	–	19,3	581.181	855
2007	11,7	20,2	17,6	15,6	12,5	8,2	5,0	3,2	6,0	563	19,5	624.177	–
2008	11,5	17,9	18,2	15,5	13,1	8,6	5,4	3,4	6,4	728	19,7	607.566	–
2009	11,1	17,2	16,1	15,9	13,2	9,2	6,0	3,9	7,4	864	19,8	561.171	–
2010	10,4	16,7	15,7	14,8	13,9	9,4	6,4	4,3	8,3	969	20,0	559.032	–

[1] Die Durchschnittsalterberechnung bis zum Berichtsjahr 2006 basiert auf hochgerechneten Neuabschlusszahlen, wobei die Hochrechnung getrennt je Bereich und Bundesland erfolgt (um unterschiedliche Altersverteilungen in den Bereichen und Ländern zu berücksichtigen). Bei der Berechnung des Durchschnittsalters gingen die Altersgruppen mit +0,5 in die Berechnungen ein, also z. B. 17 mit 17,5; die obere und untere Altersgruppe gingen mit 24,5 bzw. 16,5 ein. Da bislang unbekannt ist, wie hoch das Alter der einzelnen Personen in diesen Gruppen ist und da das genaue Geburtsdatum unbekannt ist, kann eine exakte Durchschnittsalterberechnung nicht erfolgen. Die Veränderungen im Zeitverlauf sind jedoch interpretierbar. Seit 2007 wird im Rahmen der Individualdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik das Geburtsjahr erhoben. Ab dem Berichtsjahr 2007 gehen daher bei der Berechnung des Durchschnittsalters nicht die gruppierten Altersdaten ein. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, werden alle Auszubildenden mit Neuabschluss im Alter von 40 und älter nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Tabelle A4.5-2: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen/-innen nach Alter, Bundesgebiet 2010**

Personengruppe	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag										
	Absolutangaben	Altersjahrgang									Durchschnittsalter[1]
		in %								absolut	
		bis 16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 bis 39 Jahre	40 Jahre und älter	
Insgesamt	559.032	10,4	16,7	15,7	14,8	13,9	9,4	6,4	4,3	8,3	968	20,0
Männer	325.482	11,6	18,3	15,8	13,3	12,4	8,9	6,5	4,5	8,8	462	19,9
Frauen	233.550	8,7	14,5	15,6	17,0	16,1	10,1	6,3	4,0	7,7	507	20,1
Deutsche	526.926	10,6	16,9	15,6	14,7	13,9	9,4	6,4	4,3	8,1	891	19,9
Ausländer/-innen	32.106	6,8	13,2	17,2	15,9	13,6	10,0	6,9	4,9	11,6	78	20,5
Personengruppe	**Ausbildungsanfänger/-innen**										
	Absolutangaben	Altersjahrgang									Durchschnittsalter[1]
		in %								absolut	
		bis 16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 bis 39 Jahre	40 Jahre und älter	
Insgesamt	490.629	11,7	18,4	16,4	14,7	13,3	8,6	5,8	3,8	7,3	603	19,8
Männer	285.690	13,1	20,2	16,4	12,9	11,6	8,1	5,9	4,1	7,7	267	19,7
Frauen	204.939	9,8	15,9	16,3	17,2	15,7	9,2	5,6	3,5	6,7	333	19,9
Deutsche	462.609	12,0	18,6	16,2	14,6	13,4	8,6	5,8	3,8	7,1	543	19,7
Ausländer/-innen	28.020	7,6	14,7	18,4	16,0	12,8	9,0	6,3	4,5	10,7	57	20,3
Personengruppe	**Absolventen/-innen**										
	Absolutangaben	Altersjahrgang									Durchschnittsalter[1]
		in %								absolut	
		bis 19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 Jahre	25 Jahre	26 Jahre	27 bis 39 Jahre	40 Jahre und älter	
Insgesamt	479.031	11,7	20,0	19,5	16,5	12,4	7,8	4,5	2,8	4,9	693	21,9
Männer	273.915	11,0	20,6	20,8	15,3	11,2	7,7	4,7	3,1	5,4	279	21,9
Frauen	205.116	12,5	19,0	17,8	18,0	14,0	7,8	4,1	2,4	4,3	417	21,9
Deutsche	458.475	11,8	20,2	19,5	16,5	12,4	7,7	4,4	2,8	4,8	624	21,9
Ausländer/-innen	20.556	9,4	14,9	19,0	16,9	13,0	8,5	5,4	3,5	9,3	69	22,5

[1] Bei der Berechnung des Durchschnittsalters für die Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Ausbildungsanfänger/-innen gingen die Altersgruppen mit +0,5 in die Berechnungen ein, also z. B. 17 mit 17,5. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, werden Auszubildende mit Neuabschluss, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen/-innen im Alter von 40 Jahren und älter nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

beiden Altersgruppen nur noch 27,1 % aus, zunehmend sind Jugendliche in höherem Alter unter den Neuabschlüssen → **Tabelle A4.5-1**. Damit haben sich die verlängerte Schulzeit im Sekundarbereich I, die zunehmend höheren Schulabschlüsse unter den Auszubildenden im dualen System sowie die schwierigen Eintritte in die Berufsausbildung vergangener Jahre deutlich auf die Altersstruktur der Auszubildenden ausgewirkt.[118]

118 Zu Determinanten der Übergangsdauer in die duale Berufsausbildung siehe die Analysen auf Basis der Daten der BIBB-Übergangsstudie von Beicht/Friedrich/Ulrich 2007.

Durch die Revision der Berufsbildungsstatistik in 2007 lassen sich Altersangaben erstmals auch für Ausbildungsanfänger/-innen (**vgl. Kapitel A4.3**) und Absolventen/-innen der dualen Ausbildung ausweisen → **Tabelle A4.5-2**. Im Berichtsjahr 2010 waren 87,8 % der Auszubildenden mit Neuabschluss Ausbildungsanfänger/-innen. Ihr Durchschnittsalter lag bei 19,8 Jahren. Die 17- und 18-Jährigen bildeten die größten Altersgruppen und machten zusammen mit den 19-Jährigen fast die Hälfte der Ausbildungsanfänger/-innen aus. Nur 11,7 % waren 16 Jahre oder jünger, rund 40 % dagegen hatten bereits mindestens das 20. Lebensjahr erreicht. Da Frauen im dualen System über höhere Schulabschlüsse verfügen (**vgl. Kapitel A4.6.2**), lag ihr Durchschnittsalter bei Ausbildungsbeginn mit 19,9 Jahren etwas höher als bei männlichen Ausbildungsanfängern (19,7 Jahre). Dass die Männer trotz des höheren Hauptschüleranteils nicht sehr viel jünger waren, deutet auf Schwierigkeiten beim Übergang in die duale Ausbildung hin. So hatte bei den Männern ein größerer Anteil zuvor an einer berufsvorbereitenden oder grundbildenden Maßnahme teilgenommen (**vgl. Kapitel A4.6.1**). Auch bezüglich der Staatsangehörigkeit deuten die Ergebnisse auf einen erschwerten Übergang hin. Obwohl über die Hälfte der ausländischen Auszubildenden einen Hauptschulabschluss besitzt (**vgl. Kapitel A4.6.2**), lag das Durchschnittsalter unter den Ausbildungsanfängern bei 20,3 Jahren. Die deutsche Vergleichsgruppe war deutlich jünger (19,7).

Am Ende der Ausbildung im dualen System waren die Absolventen/-innen 2010 im Durchschnitt 21,9 Jahre alt → **Tabelle A4.5-2.** Über die Hälfte der Auszubildenden war beim erfolgreichen Abschluss der Ausbildung 20 bis 22 Jahre alt. 11,7 % waren 19 Jahre oder jünger. Männliche und weibliche Auszubildende waren bei Abschluss ihrer Ausbildung im Durchschnitt exakt gleich alt. Unterschiede ergeben sich nur bei der Differenzierung nach Staatsangehörigkeit. Absolvierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit waren mit 22,5 Jahren etwas älter als jene mit deutscher Staatsangehörigkeit (21,9 Jahre). Gegenüber Absolventen/-innen, die erstmals ihre Ausbildung im dualen System abschlossen, gab es beim Durchschnittsalter keinen Unterschied.

Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System

Quoten zur Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen E werden als Indikator für die quantitative Bedeutung des dualen Systems sowie als Maß der Integration verschiedener Personengruppen interpretiert. Sie geben den Anteil der Jugendlichen in der Wohnbevölkerung an, die eine duale Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO beginnen oder erfolgreich abschließen. Wie lange die Übergangsphase von der allgemeinbildenden Schule bis zu dem beobachteten Ereignis dauert, bleibt dabei unberücksichtigt. Generell dient die Quote vor allem dem Vergleich im Zeitverlauf und vergleichenden Analysen verschiedener Personengruppen. Zur Berechnung werden Daten aus der Berufsbildungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder verwendet.

Lange bildeten die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge die Grundlage für die Berechnung der Ausbildungsbeteiligung. Denn nur für diese lagen Altersangaben vor. Da aber einige Personen im Verlaufe ihres Lebens wiederholt Ausbildungsverträge abschließen[119], überschätzt die Ausbildungsbeteiligungsquote (basierend auf Neuabschlüssen) den Anteil der Jugendlichen, die in ihrer Biografie irgendwann eine Ausbildung beginnen. Durch die frühere Aggregatdatenerhebung der Berufsbildungsstatistik war eine bessere Berechnungsweise jedoch nicht möglich. Die Neuerungen der Berufsbildungsstatistik erlauben jetzt die Abgrenzung von Ausbildungsanfängern und -anfängerinnen als Teilgruppe der Neuabschlüsse (**vgl. Kapitel A4.3**), sodass eine Ausbildungsanfängerquote E berechnet und die Überschätzung vermieden werden kann. Die notwendigen Altersangaben können, wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt, nun entsprechend differenziert werden.

119 Ausbildungsverträge werden u. a. auch bei Anschlussverträgen, Zweitausbildungen, erneuter Ausbildung nach vorzeitiger Lösung eines ersten Vertrags oder auch bei Wechsel von einer außerbetrieblichen in eine betriebliche Ausbildungsstelle abgeschlossen.

E **Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen (AQ)**

Die Ausbildungsbeteiligungsquote gibt den rechnerischen Anteil einer synthetischen Alterskohorte in der Wohnbevölkerung wieder, der einen Ausbildungsvertrag im dualen System abschließt. Die Zahl der Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag wird der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gegenübergestellt (Uhly/Gericke 2010; zu Bildungsindikatoren im Vergleich vgl. Gericke/Uhly 2012).

$$AQ = \sum_{i=16}^{24} \frac{\text{Auszubildende mit Neuabschluss}_i}{\text{Wohnbevölkerung}_i} \times 100$$

i = *Alter**

* *Auszubildende mit Neuabschluss im Alter von „16 und jünger" werden in der unteren Altersgruppe zusammengefasst, jene im Alter von „24 und älter" in der oberen.*

Bis zur Revision der Berufsbildungsstatistik konnten aus der Berufsbildungsstatistik nur Neuabschlüsse bzw. Bestandsangaben zur Quantifizierung der Ausbildungsbeteiligung verwendet werden (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.7). Die Verwendung der Neuabschlussangaben führte wegen Mehrfachzählungen von Verträgen aber zu einer Überhöhung der Quote. Da mit Einführung der Ausbildungsanfängerquote eine genauere Bemessung des Anfängeranteils möglich ist, mit der Mehrfachzählungen vermieden werden, wird die Ausbildungsbeteiligungsquote nun vor allem für Vergleiche im längerfristigen Zeitverlauf genutzt, für die noch keine Ausbildungsanfängerquoten vorliegen.

E **Ausbildungsanfängerquote der Jugendlichen (AAQ)**

Nicht alle Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag sind Ausbildungsanfänger/-innen (**vgl. Kapitel A4.3**). Die auf Basis der Neuabschlüsse berechnete Ausbildungsbeteiligungsquote überschätzt den Anteil der Ausbildungsanfänger/-innen, weil u. a. auch bei Betriebs- oder Berufswechsel ein Neuabschluss erfolgt (zu Einschränkungen bei der Berechnung vgl. Uhly 2006 und Althoff 1997).

Anhand der Angaben zur vorherigen Berufsausbildung der Auszubildenden und zur faktischen Ausbildungsdauer sowie der Daten zu Schulqualifikationen und Alter lassen sich seit der Revision der Berufsbildungsstatistik zumindest näherungsweise die Ausbildungsanfänger/-innen unter den Neuabschlüssen im dualen System identifizieren. Bei der Berechnung der AAQ werden anstelle der Neuabschlüsse die Anfänger/-innen nach Alter auf die Wohnbevölkerung bezogen (vgl. Gericke/Uhly 2012; Gericke/Uhly/Ulrich 2011). Die AAQ gibt den rechnerischen Anteil einer synthetischen Alterskohorte in der Wohnbevölkerung wieder, der erstmals eine Ausbildung mit Ausbildungsvertrag im dualen System beginnt.

$$AAQ = \sum_{i=16}^{24} \frac{\text{Ausbildungsanfänger}_i}{\text{Wohnbevölkerung}_i} \times 100$$

i = *Alter**

* *Ausbildungsanfänger/-innen im Alter von „16 und jünger" werden in der unteren Altersgruppe zusammengefasst, jene im Alter von „24 und älter" in der oberen.*

Doch nicht nur der Anteil der Jugendlichen, die eine duale Ausbildung beginnen, ist von Interesse, sondern auch der Anteil derer, die sie mit bestandener Abschlussprüfung beenden. So kann durch die Revision der Berufsbildungsstatistik nun auch eine entsprechende Ausbildungsabsolventenquote **E** berechnet werden (Gericke/Uhly 2012).

E **Ausbildungsabsolventenquote der Jugendlichen (AbsQ)**

Nicht nur der Umfang der Anfänger/-innen, sondern auch der Anteil der Absolventen/Absolventinnen gibt Auskunft über die Bedeutung des dualen Systems. Um Mehrfachzählungen zu vermeiden, werden hierzu nur jene Absolventen/Absolventinnen betrachtet, die zuvor nicht bereits eine duale Ausbildung mit Vertrag erfolgreich abgeschlossen haben. Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik können diese Erstabsolventen nach Alter differenziert werden. Die Ausbildungsabsolventenquote gibt den rechnerischen Anteil einer synthetischen Alterskohorte in der Wohnbevölkerung wieder, der eine duale Berufsausbildung mit Ausbildungsvertrag erfolgreich absolviert. Die Quote berechnet sich auf Basis der Berufsbildungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter des Bundes und der

Länder, jeweils zum Stichtag 31. Dezember. Auszubildende mit bestandener Abschlussprüfung, die zuvor noch keine duale Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, werden der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gegenübergestellt (vgl. Gericke/Uhly 2012).

$$AbsQ = \sum_{i=19}^{27} \frac{Erstabsolventen_i}{Wohnbevölkerung_i} \times 100$$

*i = Alter**

** Erstabsolventen im Alter von „19 und jünger" werden in der unteren Altersgruppe zusammengefasst, jene im Alter von „27 und älter" in der oberen.*

In Zukunft kann die Ausbildungsabsolventenquote mit der zugehörigen Ausbildungsanfängerquote verglichen werden, um einzuschätzen, wie groß der Anteil derer ist, die zwar eine Ausbildung im dualen System beginnen, diese aber nicht erfolgreich beenden. Hierzu ist ein Vergleich der aktuellen Ausbildungsabsolventenquoten mit Ausbildungsanfängerquoten früherer Jahre notwendig. Da Letztere erst seit dem Berichtsjahr 2009 berechnet werden kann, ist der Vergleich zurzeit nicht möglich.

Längerfristige Entwicklung der Ausbildungsbeteiligung

Eine Analyse langfristiger Entwicklungen kann auf Basis der neuen Indikatoren noch nicht erfolgen, da sie für die Jahre vor 2009 nicht berechnet werden können. An dieser Stelle muss auf die Ausbildungsbeteiligungsquote basierend auf Neuabschlusszahlen zurückgegriffen werden (auch wenn diese eine Überschätzung darstellt). Zu Beginn der 1990er-Jahre betrug die Ausbildungsbeteiligungsquote rund 66 % → **Tabelle A4.5-3**. Im Laufe des Jahrzehnts stieg die Ausbildungsbeteiligung und erreichte zum Ende gar einen Wert von 68,7 %. Die Integrationskraft des dualen Systems ging danach jedoch zurück. Ein Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage bedingt durch sinkende Neuabschlüsse und gleichzeitig ansteigende Bevölkerungszahlen führte in den Folgejahren zu Lehrstellenmangel, steigenden Altbewerberbeständen und der Ausweitung des Übergangssystems. Zwischen den Jahren

Tabelle A4.5-3: **Ausbildungsbeteiligungsquote 1993 bis 2010**

Jahr	Ausbildungsbeteiligungsquote (in %)[1]	Neuabschlüsse
1993	65,8	571.206
1994	65,2	567.438
1995	65,9	578.583
1996	64,8	579.375
1997	65,8	598.110
1998	66,5	611.820
1999	68,7	635.559
2000	67,2	622.968
2001	65,5	609.576
2002	60,5	568.083
2003	59,5	564.492
2004	59,5	571.977
2005	57,8	559.062
2006	59,9	581.181
2007	64,9	624.177
2008	64,6	607.566
2009	61,0	561.171
2010	62,1	559.032

[1] Die hier dargestellte Ausbildungsbeteiligungsquote wird basierend auf neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen berechnet. Sie überschätzt die tatsächlichen Ausbildungsbeteiligten. Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik in 2007 können Neuabschlüsse von Ausbildungsanfänger/-innen unterschieden werden, sodass sich eine entsprechende Ausbildungsanfängerquote berechnen lässt. Ausbildungsbeteiligungsquoten auf Basis neu abgeschlossener Ausbildungsverträge werden für langfristige Zeitreihenanalysen verwendet.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2010, und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes, Berichtsjahre 1993 bis 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

2000 und 2005 ging die Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen immer weiter zurück. Die Quote betrug schließlich nur noch 57,8 %. Seitdem ist ein Aufwärtstrend zu erkennen, der allerdings nicht stetig verläuft. Zwar begann die Zahl der Neuabschlüsse schon in 2006 wieder leicht zu steigen, doch auch die Bevölkerung erhöhte sich weiter. Hier kam es erst 2007 zum Wendepunkt. Nach Jahren geburtenstarker Jahrgänge unter den Schulabgängern sinkt die Zahl der Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren seitdem. Im Ergebnis konnte in

Tabelle A4.5-4: **Ausbildungsanfängerquote nach Personenmerkmal und Region[1], 2009 bis 2010 (in %)[2]**

Jahr	Gesamt	Ausbildungsanfängerquote						West	Ost
		Deutsche davon:			Ausländer/-innen davon:				
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen		
2009	53,5[3]	56,4	63,6	48,9	27,5	29,3	25,8	53,6	53,7
2010	54,9	57,8	66,1	49,0	29,5	32,1	26,8	55,1	54,4

[1] Da die Berufsbildungsstatistik den Wohnort der Auszubildenden nicht erfasst, können Pendlerbewegungen nicht berücksichtigt werden. Diese können die berechneten Quoten für einzelne Regionen verzerren, da Pendler bei den Ausbildungsanfängerzahlen dem Ort der Ausbildungsstätte zugeordnet werden, während sie bei der Wohnbevölkerung am Ort ihres Hauptwohnsitzes erfasst sind.

[2] Seit der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung im Berichtsjahr 2007 kann unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag die Personengruppe der Ausbildungsanfänger/-innen identifiziert werden; da somit Mehrfachzählungen von Vertragsabschlüssen vermieden werden können, erfolgte zum Berichtsjahr 2009 die Einführung der Ausbildungsanfängerquote.

[3] Die Berechnungsweise der Ausbildungsanfängerquote wurde im Laufe des Jahres 2011 verfeinert, sodass es gegenüber dem Vorjahr zu abweichenden Ergebnissen kommt. Die im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.5, ausgewiesene Ausbildungsanfängerquote wurde neu berechnet.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2010, und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes, Berichtsjahre 2009 bis 2010. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

2007 ein Anstieg der Ausbildungsbeteiligung auf einen Wert von 64,9 % beobachtet werden. Da die Neuabschlusszahlen in 2009 jedoch nicht zuletzt aufgrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise abermals einbrachen und deutlich stärker zurückgingen als die Wohnbevölkerung, sank die Ausbildungsbeteiligung kurzfristig noch einmal auf 61,0 %. In 2010 stagniert die Zahl der Neuabschlüsse, die Wohnbevölkerung sinkt weiterhin ab. Entsprechend stieg der Anteil der Jugendlichen, der in 2010 einen Ausbildungsvertrag abschloss (die Quote erreichte 62,1 %). Zu bemerken ist dabei, dass zu diesem Zeitpunkt eine ähnlich niedrige Neuabschlusszahl vorlag wie im Krisenjahr 2005. Durch den zwischenzeitlichen Rückgang der Wohnbevölkerung wirkt sich diese jedoch nicht so stark auf die Quote aus wie im Jahr 2005. Vor diesem Hintergrund führte 2010 die quantitative Entlastung des Ausbildungsstellenmarktes (siehe auch Ulrich 2010) zu einer höheren Integration der Wohnbevölkerung in die duale Ausbildung.

Ähnliche Auswirkungen zeigen sich auch im Hinblick auf die Bildungsbeteiligung der Ausländer/-innen. Mitte der 1980er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre war ein enger Zusammenhang zwischen der generellen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt und der Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher beobachtet worden, bei dem Verdrängungstendenzen ausländischer Jugendlicher auftraten, sobald sich relativ viele Jugendliche um ein knappes Ausbildungsplatzangebot bewarben. Bei rückläufigen Bewerberzahlen aber griffen Betriebe wieder stärker auf das Bewerberangebot ausländischer Jugendlicher zurück (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.8; Uhly/Granato 2006; Granato/Werner 1999). Angesichts des starken Bewerberrückgangs scheint die aktuell steigende Ausbildungsbeteiligung unter den Ausländern und Ausländerinnen diese Zusammenhänge zu bestätigen. Obwohl in 2010 erstmals seit 5 Jahren wieder ein Zuwachs in der ausländischen Wohnbevölkerung konstatiert wurde, stieg die Ausbildungsbeteiligung auf 33,5 %, weil der Anstieg der Neuabschlüsse noch stärker erfolgte als in der Bevölkerung. Mögliche Gründe sind auch erfolgreiche Aktivitäten zur Verbesserung der Integration bestimmter Personengruppen.

Im östlichen Bundesgebiet, das schon seit einigen Jahren von demografischen Veränderungen geprägt ist (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.5; Ebbinghaus/Loter 2010; Gericke/Krupp/Troltsch 2009; Ulmer/Ulrich 2008), lässt sich eine demografisch bedingte Zunahme der Bildungsbeteiligung allerdings nicht beobachten. Dort sinkt die Zahl der Neuabschlüsse weiterhin stärker als die Wohnbevölkerung, sodass die Ausbildungsbeteiligungsquote in

2010 bei 61,3 % verharrte. Dabei ist zu bemerken, dass in den östlichen Bundesländern immer noch jeder fünfte Neuabschluss überwiegend öffentlich finanziert wurde. Ohne diese Förderung läge die Ausbildungsbeteiligung in Ostdeutschland nur bei 49,9 %.

Anteil der Jugendlichen, die 2010 eine Ausbildung beginnen

Wie zuvor erläutert, ist die Ausbildungsanfängerquote der geeignetste Indikator, um den Anteil der Jugendlichen zu bemessen, die eine duale Berufsausbildung beginnen. Denn sie vermeidet die Überschätzung durch Mehrfachzählungen von Verträgen. Sie kann allerdings erst ab 2009 berechnet werden. Die Quote fällt deutlich niedriger aus als die entsprechende Ausbildungsbeteiligungsquote. Für das Berichtsjahr 2010 ergibt sich ein rechnerischer Anteil von 54,9 %[120]. Rund 55 % der Wohnbevölkerung beginnen demnach irgendwann im Laufe der Biografie eine duale Berufsausbildung → **Tabelle A4.5-4**. Im Vergleich zum Vorjahr (53,5 %)[121] ist die Ausbildungsanfängerquote gestiegen. Die Unterschiede zwischen West (55,1 %) und Ost (54,4 %) sind gering. Zwischen den Personengruppen variieren die Quoten deutlicher, und es ergeben sich vergleichbare Muster wie bei der Ausbildungsbeteiligungsquote (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.5): So ist bei Männern der Anteil, der eine Ausbildung im dualen System beginnt, mit 62,6 % deutlich größer als bei Frauen (46,7 %). Hier spielen geschlechtsspezifische Bildungsorientierungen und die höheren schulischen Qualifikationen der Frauen eine Rolle, die diesen neben dem dualen System auch schulische Berufsausbildungen oder akademische Wege eröffnen. Chancen auf einen Neuabschluss hängen aber auch mit Zugangsbedingungen im dualen System zusammen. So ist empirisch belegt, dass Frauen, die eine betriebliche Ausbildung anstreben, gegenüber ihren männlichen Bewerbern trotz besserer Schulqualifikationen geringere Realisierungschancen haben (vgl. Beicht/Friedrich/Ulrich 2007). Da sich Frauen auf ein engeres Berufsspektrum mit personenbezogenen Dienstleistungsberufen und Büroberufen konzentrieren, sind sie zudem einer erhöhten Wettbewerbssituation in diesen Ausbildungsberufen ausgesetzt.

Trotz der positiven Entwicklungen der Neuabschluss- und Anfängerzahlen in jüngerer Zeit liegt die Ausbildungsanfängerquote der Jugendlichen ausländischer Staatsangehörigkeit mit 29,5 % nur halb so hoch wie die der Jugendlichen deutscher Staatsangehörigkeit (57,8 %). Die Vertragsabschlüsse mit ausländischen Jugendlichen konzentrieren sich dabei ebenfalls auf ein deutlich engeres Berufsspektrum. Auch hier spielen sowohl nachfrage- als auch angebotsseitige Gründe eine Rolle. Einerseits schränken die niedrigeren Schulabschlüsse ausländischer Jugendlicher ihre Chancen im dualen System ein. Andererseits deutet sich aufgrund von Studien zu Migranten an (**vgl. Kapitel A5.9**), dass auch bei Kontrolle der schulischen Leistung und des Wunsches nach einer betrieblichen Ausbildung deutlich geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz bestehen als in der entsprechenden Vergleichsgruppe (Beicht 2011a; Friedrich 2009).[122] Die Befunde sind kritisch, da den betreffenden Personen aufgrund der tendenziell niedrigeren Schulabschlüsse ohnehin weniger alternative (schulische oder akademische) Bildungswege offenstehen.

Anteil der Jugendlichen, die einen Abschluss im dualen System machen

Entscheidend für das Individuum und angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels auch für den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft ist nicht allein das Einmünden in eine Berufsausbildung und der Vertragsabschluss, sondern auch das erfolgreiche Absolvieren und Erlangen eines qualifizierten Berufsabschlusses. Im Berichtsjahr 2010 bestanden 479.031 Auszubildende im dualen System ihre Abschlussprüfung (**vgl. Kapitel A4.8**). Rund 95 %

120 Nicht ausgeschlossen werden kann, dass es sich hierbei noch um eine Untergrenze handelt, da ein Teil der Neuabschlüsse von den zuständigen Stellen nach dem Stichtag in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nachgetragen werden.

121 Für das Berichtsjahr 2009 wurde im BIBB-Datenreport 2011 eine Ausbildungsanfängerquote von 53,6 % ausgewiesen. Die Berechnungsweise wurde im Laufe des vergangenen Jahres fortentwickelt. Der Wert beträgt nach neuer Berechnung 53,5 % (vgl. Gericke/Uhly/Ulrich 2011; Klaukien 2011).

122 Migranten und Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind formal nicht gleichzusetzen. Die Studienergebnisse können daher nur bedingt auf die Situation der Ausländer/-innen übertragen werden.

Tabelle A4.5-5: **Ausbildungsabsolventenquote[1] nach Personenmerkmal und Region[2], 2009 bis 2010 (in %)**

Jahr	Gesamt	Ausbildungsabsolventenquote						West	Ost
		Deutsche davon:			Ausländer/-innen davon:				
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen		
2009	45,6	49,2	55,7	42,4	16,5	17,5	15,5	46,7	41,6
2010	46,3	50,0	56,3	43,4	17,1	18,0	16,2	47,4	42,0

[1] Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik und der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung kann unter den Auszubildenden mit bestandener Abschlussprüfung nach Alter und vorheriger Berufsausbildung differenziert werden; für das Berichtsjahr 2009 erfolgte im Zuge dessen die Einführung der Ausbildungsabsolventenquote. Die Berechnungsweise der Ausbildungsabsolventenquote wurde im Laufe des Jahres 2011 weiter verfeinert, sodass die im Vorjahr im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.5, ausgewiesene Ausbildungsabsolventenquote neu berechnet wurde.

[2] Da die Berufsbildungsstatistik den Wohnort der Auszubildenden nicht erfasst, können Pendlerbewegungen nicht berücksichtigt werden. Diese können die berechneten Quoten für einzelne Regionen verzerren, da Pendler bei den Ausbildungsabsolventen dem Ort der Ausbildungsstätte zugeordnet werden, während sie bei der Wohnbevölkerung am Ort ihres Hauptwohnsitzes erfasst sind.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2010, und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes, Berichtsjahre 2009 bis 2010. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

darunter schlossen erstmals erfolgreich eine duale Ausbildung ab. Um Mehrfachzählungen zu vermeiden, werden diese Erstabsolventen und nicht sämtliche Absolventen in Bezug gesetzt zur entsprechenden Wohnbevölkerung. Daraus ergab sich für das Berichtsjahr 2010 eine Ausbildungsabsolventenquote E von 46,3 %[123] → **Tabelle A4.5-5**. Gegenüber dem Vorjahr (45,6 %)[124] ist eine steigende Tendenz zu beobachten.

Die Absolventenquote 2010 lag bei Männern mit 52,0 % deutlich höher als bei Frauen (40,2 %). In der deutschen Bevölkerung betrug sie 50,0 %, unter den Ausländern/Ausländerinnen lediglich 17,1 %. Da sich die Ausbildungsbeteiligungsquoten zwischen Ost und West vor wenigen Jahren noch deutlicher unterschieden (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.5), ergeben sich 2010 bei der Absolventenquote entsprechend größere regionale Unterschiede. So schlossen in der westlichen Wohnbevölkerung 47,4 %, in der östlichen nur 42,0 % erfolgreich eine duale Ausbildung ab.

(Naomi Gericke)

123 Nicht ausgeschlossen werden kann, dass es sich bei diesem Wert um eine Unterschätzung handelt. In den Statistiken der großen Zuständigkeitsbereiche Handwerk und Industrie und Handel wurden für das Berichtsjahr 2010 höhere Zahlen an Ausbildungsabsolventen gemeldet als in der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

124 Die Berechnungsweise der Ausbildungsabsolventenquote wurde in 2011 fortentwickelt. Der im BIBB-Datenreport 2011 ausgewiesene Gesamtwert für das Berichtsjahr 2009 weicht daher von dem hier veröffentlichten Wert ab. Wurde im BIBB-Datenreport 2011 für die AbsQ 2009 ein Wert von 47,7 % veröffentlicht, liegt sie nach der aktuellen Berechnungsweise bei 45,6 %.

A4.6 Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss

A4.6.1 Vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung unter Auszubildenden mit Neuabschluss

Seit 2007 wird in der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder erfasst, ob die Auszubildenden im dualen System zuvor eine berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung E abgeschlossen haben und um welche Art der Maßnahme(n) es sich handelte. Veröffentlicht wurden die Daten erst für das Berichtsjahr 2008, da die Einführung der revidierten Berufsbildungsstatistik[125] anfänglich noch von Meldeproblemen begleitet wurde. Wenngleich sich die Datenlage verbessert, bestehen weiterhin Hinweise darauf, dass die Angaben zur vorherigen Teilnahme an Maßnahmen im Übergangssystem noch untererfasst sind. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse sind vor diesem Hintergrund auch in 2010 noch mit entsprechender Vorsicht und eher als Untergrenzen zu interpretieren.

E Berufsbildungsstatistik: Erfassung der berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung seit 2007

In 2007 wurde die Berufsbildungsstatistik neu konzipiert und auf eine Individualstatistik mit erweitertem Merkmalskatalog umgestellt. Seither werden 3 Vorbildungsarten getrennt voneinander erfasst: der höchste allgemeinbildende Schulabschluss (**Kapitel A4.6.2**), eine vorausgegangene berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung sowie Angaben zu einer vorherigen Berufsausbildung. Auf diese Weise kann die Vorbildung für alle Auszubildenden mit Neuabschluss jeweils vollständig ausgewiesen werden.

Als berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung werden nur abgeschlossene berufsvorbereitende und grundbildende Qualifizierungen von mindestens 6 Monaten Dauer erfasst. Unterschieden werden:

- Betriebliche Qualifizierungsmaßnahme (Einstiegsqualifizierung (EQ), Qualifizierungsbaustein, Betriebspraktikum)
- Berufsvorbereitungsmaßnahme[126]
- Schulisches Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)
- Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) (damit ist nicht das BGJ in kooperativer Form [Teilzeit] gemeint)
- Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss (BFS)

Mehrfachnennungen sind möglich. Verlaufsdaten, die die Übergangsprozesse bis zum Einmünden in eine Ausbildungsstelle abbilden, liegen nicht vor, da die jeweiligen Zeitpunkte, zu denen die Qualifizierungen absolviert wurden, nicht mit erhoben werden.

Aufgrund von Umsetzungsschwierigkeiten der revidierten Berufsbildungsstatistik wurde dieses Merkmal erst ab dem Berichtsjahr 2008 veröffentlicht. Generell gilt, dass die neu eingeführten Merkmale der Berufsbildungsstatistik in den ersten Jahren der Umstellung noch mit Vorsicht zu interpretieren sind, da v. a. nicht ausgeschlossen werden kann, dass unter der Ausprägung „liegt nicht vor" auch fehlende Angaben gemeldet wurden. Analysen auf Basis der BIBB-Übergangsstudie (Beicht 2009; Beicht/Friedrich/Ulrich 2007) sowie der Schulabgängerstatistik der statistischen Ämter geben Hinweise darauf, dass auch für das Merkmal „berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung" davon auszugehen ist, dass die Vorbildung der Auszubildenden im Übergangssystem wahrscheinlich noch deutlich untererfasst ist.[127]

Für Zeitreihen des früheren Merkmals „schulische Vorbildung" bis 2006 und dessen Erfassung siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.

125 Vgl. hierzu **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Ab10_revision.pdf**.

126 Berufsvorbereitungsmaßnahmen, die mindestens 6 Monate andauern und keiner der anderen genannten Kategorien zuzuordnen sind.

127 Berechnungen auf Grundlage der Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2006 und der Daten der Schulstatistik des Statistischen Bundesamtes deuten noch auf eine deutliche Untererfassung in der Berufsbildungsstatistik hin. Auf Basis dieser Berechnungen und der aktuellen Schulabgängerzahlen wären bundesweit näherungsweise 112 bzw. 109 Tsd. Personen als Auszubildende mit Neuabschluss und vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung zu erwarten. Mittlerweile sind die Anfängerzahlen im Übergangsbereich rückläufig (vgl. Dionisius/Lissek/Schier 2010). Aus diesem Grund wird für den BIBB-Datenreport 2013 eine neue Schätzung auf der Basis der BIBB-Übergangsstudie 2011 vorgenommen.

Auszubildende mit vorheriger Teilnahme an Berufsvorbereitung und beruflicher Grundbildung 2010

Im Berichtsjahr 2010 hatten 61.203 Auszubildende mit Neuabschluss zuvor eine mindestens 6-monatige Maßnahme zur Berufsvorbereitung oder beruflichen Grundbildung absolviert → **Tabelle A4.6.1-1.** Dies entsprach einem Anteil von 10,9 %. Seit Veröffentlichung des Merkmals war dies der niedrigste Wert.[128] Die Rückgänge scheinen vor allem auf die sinkende öffentliche Finanzierung der Berufsausbildung in 2010 zurückzugehen. Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl überwiegend öffentlich finanzierter Verträge unter den Neuabschlüssen um über 10 %. Rund ein Viertel der Personen mit vorheriger Berufsvorbereitung oder beruflicher Grundbildung befindet sich in einer öffentlich finanzierten Stelle. Der Rückgang des Vorbildungsanteils unter den Neuabschlüssen betraf zu drei Vierteln außerbetriebliche Stellen.

Die Einzelmaßnahmen der Berufsvorbereitung und beruflichen Grundbildung sind unter den Neuabschlüssen unterschiedlich verteilt → **Tabelle A4.6.1-2**.

Am häufigsten wurde in 2010 der Besuch von Berufsfachschulen ohne vollqualifizierenden Abschluss gemeldet (22.257, 4,0 %).[129] Unter den Auszubildenden, die zuvor im Übergangsbereich waren, hatte diese jede/jeder Dritte absolviert. An zweiter Stelle folgten Berufsvorbereitungsmaßnahmen (13.575, 2,4 %), die bei jeder/jedem Fünften mit berufsvorbereitender Vorbildung gemeldet wurden. Dann kamen zu gleichen Anteilen Auszubildende mit Abschluss einer betrieblichen Qualifizierungsmaßnahme (9.684, 1,7 %), eines Berufsgrundbildungsjahres (9.450, 1,7 %) und eines Berufsvorbereitungsjahres (9.114, 1,6 %). Innerhalb der letzten 3 Jahre zeigen sich damit, auch bei noch zurückhaltender Interpretation der zeitlichen Entwicklung, deutliche Verschiebungen in der Zusammensetzung der berufsvorbereitenden oder grundbildenden Vorbildung. Die Berufsfachschule, die in 2008 noch einen Anteil von 3,3 % hatte, gewinnt an Bedeutung, der Anteil des schulischen Berufsgrundbildungsjahres geht zurück (2008: 2,7 %).

Am höchsten sind die Vorbildungsanteile in Berufen der Zuständigkeitsbereiche Hauswirtschaft und Landwirtschaft → **Tabelle A4.6.1-3**. Unter den Aus-

Tabelle A4.6.1-1: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung und überwiegend öffentlich finanzierte Stellen, Berichtsjahre 2008 bis 2010 (Mehrfachnennungen möglich)**

Region	Berichtsjahr	Neuabschlüsse insgesamt	darunter: vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung		darunter: überwiegend öffentlich finanzierte Stellen	
		absolut	absolut	in %	absolut	in %
West	2008	495.063	54.363	11,0	19.695	4,0
	2009	463.320	51.150	11,0	23.832	5,1
	2010	469.869	49.500	10,5	24.564	5,2
Ost	2008	112.506	16.290	14,5	27.015	24,0
	2009	97.851	14.316	14,6	23.151	23,7
	2010	89.163	11.703	13,1	17.301	19,4
Bundesgebiet	2008	607.566	70.653	11,6	46.710	7,7
	2009	561.171	65.469	11,7	46.983	8,4
	2010	559.032	61.203	10,9	41.865	7,5

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2008 bis 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

128 Die Neuzugänge in den Übergangsbereich 2009 gingen gegenüber 2005 um 17 % zurück (Dionisius/Lissek/Schier 2010); BIBB-Pressemitteilung 43/2010 vom 11. November 2010; siehe: **http://www.bibb.de/de/56237.htm**.

129 Unter den Einzelmaßnahmen sind Mehrfachnennungen möglich. Die aufsummierten Einzelanteile entsprechen daher nicht zwingend dem Gesamtanteil berufsvorbereitender Qualifizierung und beruflicher Grundbildung unter den Neuabschlüssen.

Tabelle A4.6.1-2: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2010 (Mehrfachnennungen möglich)**

Region	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden-Württemberg	75.489	13.620	18,0	1.185	1,6	1.251	1,7	1.989	2,6	1.479	2,0	8.361	11,1
Bayern	95.319	6.912	7,3	1.812	1,9	1.551	1,6	876	0,9	2.604	2,7	228	0,2
Berlin	18.993	1.905	10,0	294	1,5	735	3,9	243	1,3	60	0,3	606	3,2
Brandenburg	13.587	2.034	15,0	345	2,5	1.476	10,9	150	1,1	27	0,2	66	0,5
Bremen	5.865	312	5,3	75	1,3	81	1,4	48	0,8	21	0,4	111	1,9
Hamburg	13.881	1.002	7,2	312	2,2	318	2,3	279	2,0	24	0,2	135	1,0
Hessen	39.633	3.810	9,6	894	2,3	816	2,1	681	1,7	585	1,5	1.113	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	9.957	1.386	13,9	180	1,8	687	6,9	399	4,0	12	0,1	144	1,4
Niedersachsen	58.155	6.069	10,4	657	1,1	759	1,3	606	1,0	1.008	1,7	3.456	5,9
Nordrhein-Westfalen	124.224	12.768	10,3	1.770	1,4	2.265	1,8	870	0,7	1.536	1,2	6.645	5,3
Rheinland-Pfalz	28.683	3.261	11,4	1.062	3,7	690	2,4	531	1,9	519	1,8	663	2,3
Saarland	7.776	732	9,4	192	2,5	123	1,6	87	1,1	342	4,4	63	0,8
Sachsen	21.246	3.732	17,6	315	1,5	1.431	6,7	1.206	5,7	873	4,1	150	0,7
Sachsen-Anhalt	13.071	1.539	11,8	93	0,7	603	4,6	651	5,0	279	2,1	144	1,1
Schleswig-Holstein	20.844	1.020	4,9	363	1,7	396	1,9	111	0,5	45	0,2	162	0,8
Thüringen	12.309	1.107	9,0	138	1,1	390	3,2	384	3,1	36	0,3	210	1,7
West	**469.869**	**49.500**	**10,5**	**8.322**	**1,8**	**8.250**	**1,8**	**6.081**	**1,3**	**8.163**	**1,7**	**20.937**	**4,5**
Ost	**89.163**	**11.703**	**13,1**	**1.362**	**1,5**	**5.322**	**6,0**	**3.033**	**3,4**	**1.287**	**1,4**	**1.320**	**1,5**
Bundesgebiet	**559.032**	**61.203**	**10,9**	**9.684**	**1,7**	**13.575**	**2,4**	**9.114**	**1,6**	**9.450**	**1,7**	**22.257**	**4,0**

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

zubildenden in der Hauswirtschaft hatten 44,1 % zuvor eine Berufsvorbereitung durchlaufen. Zumeist waren es Berufsvorbereitungsmaßnahmen oder ein Berufsvorbereitungsjahr. Im Zuständigkeitsbereich Landwirtschaft betrug der Anteil 18,1 %. Hier überwogen das Berufsgrundbildungsjahr und Berufsvorbereitungsmaßnahmen. Die beiden Bereiche sind jedoch sehr klein und ihre Vorbildungsanteile umfassen zusammen weniger als 7 % der insgesamt 61.203 Auszubildenden mit Vorbildung im Übergangsbereich. Bedeutsamer ist quantitativ das Handwerk. Mit 16,4 % und 25.455 Meldungen hatte es 2010 den dritthöchsten Anteil an Personen, die zuvor eine Berufsvorbereitung durchlaufen hatten. Die Berufsfachschule löste hier das Berufsgrundbildungsjahr als häufigste Maßnahme ab, insgesamt ist die Verteilung der Einzelmaßnahmen allerdings relativ ausgewogen. Der Gesamtanteil hatte in 2009 noch 20,1 % betragen und ist damit stark rückläufig. In den Berufen des öffentlichen Diensts wurden mit 11,6 % und 1.503 Meldungen durchschnittliche Vorbildungsanteile gemeldet. Betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen waren eindeutig die häufigste Maßnahme. Unterdurchschnittlich, wenn auch etwas angestiegen, ist der Vorbildungsanteil mit 8,1 % im Bereich Industrie und Handel (26.952). Hier überwog der Besuch einer Berufsfachschule, die anderen Maßnahmen spielten eine deutlich geringere Rolle. Am geringsten war der Anteil der Personen mit vorheriger Berufsvorbereitung oder beruflicher Grundbildung in den freien Berufen mit 7,7 %. Hier wurden wie im öffentlichen Dienst betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen als häufigste Einzelmaßnahme genannt, dicht gefolgt von Berufsfachschule und Berufsvorbereitungsmaßnahmen.

Regionale Unterschiede und Zusammenhang mit der überwiegend öffentlichen Finanzierung

Auch regional variieren Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung unter den Auszubildenden. Die

Tabelle A4.6.1-3: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereich, Bundesgebiet 2010 (Mehrfachnennungen möglich)**

Zuständigkeitsbereich	Neu-abschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungs-maßnahme		Berufs-vorbereitungs-maßnahme		schulisches Berufs-vorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrund-bildungsjahr		Berufsfachschule ohne voll-qualifizierenden Berufsabschluss	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	332.571	26.952	8,1	3.357	1,0	5.124	1,5	3.906	1,2	2.181	0,7	13.494	4,1
Handwerk	154.839	25.455	16,4	3.990	2,6	5.715	3,7	3.900	2,5	5.751	3,7	7.296	4,7
Öffentlicher Dienst	12.960	1.503	11,6	1.155	8,9	60	0,5	36	0,3	39	0,3	228	1,8
Landwirtschaft	14.253	2.586	18,1	180	1,3	873	6,1	384	2,7	1.002	7,0	198	1,4
Freie Berufe	40.860	3.147	7,7	945	2,3	876	2,1	471	1,2	375	0,9	903	2,2
Hauswirtschaft	3.546	1.563	44,1	57	1,6	927	26,1	414	11,7	99	2,8	135	3,8
Insgesamt	**559.032**	**61.203**	**10,9**	**9.684**	**1,7**	**13.575**	**2,4**	**9.114**	**1,6**	**9.450**	**1,7**	**22.257**	**4,0**

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Unterschiede betreffen sowohl den Umfang als auch die Art der Vorbildung im Übergangsbereich →**Tabelle A4.6.1-2**. In Ostdeutschland haben mit einem Anteil von 13,1 % mehr Personen an einer Maßnahme zur berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung teilgenommen als in Westdeutschland (10,5 %). Am höchsten waren die Anteile mit bis zu 18,0 % in Baden-Württemberg, Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.[130] Die niedrigsten Anteile werden mit Werten bis zu 4,9 % aus Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Bayern gemeldet →**Tabelle A4.6.1-2**. Im Westen überwiegen Berufsfachschulen, betriebliche Qualifizierungs- und Berufsvorbereitungsmaßnahmen als Einzelnennungen. Dabei gewinnen die Berufsfachschulen im Vorjahresvergleich noch hinzu, während das Berufsgrundbildungsjahr an Bedeutung verliert. Im Osten hingegen haben Berufsvorbereitungsmaßnahmen und das Berufsvorbereitungsjahr ein deutlich größeres Gewicht, Berufsfachschulen sind nachrangig. Die einzelnen Maßnahmen sind z. T. an unterschiedliche Zielgruppen gerichtet, so wirkt sich hier auch die unterschiedliche Verteilung der allgemeinbildenden Schulabschlüsse unter den Auszubildenden aus. Grundsätzlich ist aber in beiden Landesteilen ein Rückgang der Auszubildenden mit Vorbildung im Übergangssystem festzustellen. Da sich die Intensität aber unterscheidet und der Anteil im Osten stärker sinkt als im Westen, nähern sich die Vorbildungsanteile an.

Die höheren Vorbildungsanteile in den östlichen Bundesländern sind in Zusammenhang mit der übrigen Förderlandschaft zu sehen. Aufgrund des enormen Lehrstellenmangels wurden in der Vergangenheit im Osten stärker als im Westen außerbetriebliche Stellen eingerichtet. Der Anteil überwiegend öffentlich finanzierter Verträge betrug unter den östlichen Neuabschlüssen 2010 19,4 % (17.301 Verträge), im Westen waren es hingegen nur 5,2 % (24.564 Verträge). Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge sind an bestimmte Fördervoraussetzungen geknüpft (Eberhard/Ulrich 2010). Solche liegen nach SGB III § 242 u. a. vor, wenn der/die Auszubildende zuvor an einer berufsvorbereitenden Maßnahme von mindestens 6 Monaten Dauer teilgenommen hat. Bei einem hohen Anteil öffentlich finanzierter Verträge kann also – unabhängig von der Größe des Übergangssystems – der Anteil an Personen mit entsprechender Vorbildung unter den Auszubildenden vergleichsweise hoch ausfallen. Tatsächlich befanden sich 59,6 % der Auszubildenden mit vorheriger Berufsvorbereitung im Osten in einer öffentlich finanzierten Ausbildung. Im Westen umfasste diese Personengruppe nur 13,8 %. Weil das Angebot an außerbetrieblichen Stellen im Osten so groß ist, fällt der Anteil der Auszubildenden mit berufsvorbereitender oder grundbildender Vorbildung hoch aus.

130 Niedersachsen gehört nicht mehr zu der Ländergruppe mit erhöhten Anteilen; sein Anteil sinkt von zuletzt 15,3 % auf 10,4 %.

Da der Anteil öffentlich geförderter Stellen allerdings zurückgeht und dies deutlich stärker in den östlichen Bundesländern erfolgt (**vgl. Tabelle A4.6.1-1**), lässt sich auch der vergleichsweise starke Rückgang des Anteils der Auszubildenden mit vorheriger Berufsvorbereitung im Osten erklären. Trotzdem ist anzumerken, dass noch weitere Regionalfaktoren die höheren Anteile im Osten begründen. Denn bei einem Vergleich der Auszubildenden, die keine Förderung erhalten, gibt es im Osten immer noch relativ mehr Personen mit Vorbildung im Übergangsbereich als im Westen. So hatten unter den betrieblichen Stellen im Osten 9,6 % der Auszubildenden eine Berufsvorbereitung oder berufliche Grundbildung absolviert, im Westen waren es nur 6,6 %.

Berufsvorbereitung nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss

Berufsvorbereitende Maßnahmen und berufliche Grundbildung sollen Personen, die eine berufliche Ausbildung aufnehmen möchten und persönlich oder ggf. auch schulisch noch nicht die notwendigen Voraussetzungen mitbringen, auf diese vorbereiten. Es lässt sich erkennen, dass die vorherige Teilnahme an Maßnahmen des Übergangsbereichs generell in engem Zusammenhang mit der Höhe des allgemeinbildenden Schulabschlusses der Jugendlichen steht und umso höher ausfällt, je geringer die Schulqualifikation der Auszubildenden ist. Bei der Betrachtung der konkreten Anteile unter den verschiedenen Abschlussgruppen wird die eingangs erwähnte Untererfassung allerdings noch einmal besonders deutlich; die Anteile sollten hier entsprechend als Untergrenzen aufgefasst werden.

Unter den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss wurde mit 28,3 % (4.863) der höchste Anteil an Personen gemeldet, die zuvor eine Maßnahme im Übergangsbereich besucht haben → **Tabelle A4.6.1-4**. Mehr als die Hälfte darunter nahm zuvor an Berufsvorbereitungsmaßnahmen teil, fast jede/-r Dritte an einem Berufsvorbereitungsjahr. Überdurchschnittlich war der Anteil auch unter den Auszubildenden mit Hauptschulabschluss. Rund 16,3 % hatten zuvor an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung teilgenommen. Hier waren die erfassten Einzelmaßnahmen der Berufsvorbereitung oder beruflichen Grundbildung etwas ausgewogener verteilt. Am häufigsten wurden Berufsvorbereitungsmaßnahmen besucht; Berufsfachschule, Berufsvorbereitungsjahr und Berufsgrundbildungsjahr folgten auf ähnlichem Niveau. Betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen kamen etwas seltener vor. Auszubildende mit Realschulabschluss wiesen deutlich geringere Werte bei der Vorbildung im Übergangsbereich auf. Ihr Anteil betrug 8,4 %. Deutlich überwog hier der Besuch einer Berufsfach-

Tabelle A4.6.1-4: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Berichtsjahr 2010**

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
ohne Hauptschulabschluss	17.208	4.863	28,3	333	1,9	2.685	15,6	1.476	8,6	225	1,3	480	2,8
Hauptschulabschluss	182.823	29.760	16,3	4.722	2,6	7.983	4,4	6.126	3,4	5.970	3,3	6.630	3,6
Realschulabschluss	238.449	20.049	8,4	3.258	1,4	2.631	1,1	1.320	0,6	2.958	1,2	10.641	4,5
Studienberechtigung	116.769	5.919	5,1	1.344	1,2	246	0,2	96	0,1	228	0,2	4.095	3,5
Insgesamt	**559.032**	**61.203**	**10,9**	**9.684**	**1,7**	**13.575**	**2,4**	**9.114**	**1,6**	**9.450**	**1,7**	**22.257**	**4,0**

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010; Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.6.1-5: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Personengruppen, Bundesgebiet 2010 (Mehrfachnennungen möglich)**

Personengruppe	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Männer	325.482	38.946	12,0	4.884	1,5	8.127	2,5	5.907	1,8	7.452	2,3	14.220	4,4
Frauen	233.550	22.260	9,5	4.800	2,1	5.448	2,3	3.207	1,4	1.995	0,9	8.037	3,4
Deutsche	526.926	56.529	10,7	8.859	1,7	12.477	2,4	8.229	1,6	8.961	1,7	20.601	3,9
Ausländer/-innen	32.106	4.674	14,6	825	2,6	1.095	3,4	885	2,8	486	1,5	1.656	5,2
Insgesamt	**559.032**	**61.203**	**10,9**	**9.684**	**1,7**	**13.575**	**2,4**	**9.114**	**1,6**	**9.450**	**1,7**	**22.257**	**4,0**

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

schule. Die anderen Maßnahmen spielen eher eine nachrangige Rolle. Offensichtlich hat sowohl unter den Auszubildenden mit Hauptschulabschluss als auch mit Realschulabschluss die Kategorie Berufsfachschule zugenommen. Unter den Studienberechtigten waren immerhin 5,1 % (5.919) der Auszubildenden zuvor im Übergangsbereich gewesen. Das größte Gewicht hatten hier ebenfalls die Berufsfachschule und betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen. Da insbesondere an Berufsfachschulen höhere Schulabschlüsse nachgeholt werden können und in der Berufsbildungsstatistik nicht erhoben wird, wo der gemeldete Schulabschluss der Auszubildenden erworben wurde, ist nicht auszuschließen, dass ein Teil der Auszubildenden seinen Schulabschluss bei Absolvieren dieser Maßnahme erreicht hat.

Auszubildende nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Differenziert man die Auszubildenden nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, so variieren die Anteile der Personen mit Vorbildung im Übergangssystem z. T. wesentlich. Die Verteilung der Einzelmaßnahmen zeigt wiederum sehr ähnliche Muster, auch die rückläufige Tendenz der Anteile gegenüber den Vorjahren ist allen Gruppen gemeinsam → **Tabelle A4.6.1-5**. Männliche Auszubildende weisen mit 12,0 % gegenüber weiblichen Auszubildenden (9,5 %) einen höheren Anteil an Auszubildenden mit vorheriger Teilnahme im Übergangsbereich auf. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr fiel zudem schwächer aus. Der geringere Anteil unter den Frauen spiegelt die höheren Schulabschlüsse wider, über die die weiblichen Auszubildenden verfügen. Bei beiden Geschlechtern wurde der Besuch einer Berufsfachschule am häufigsten genannt und nahm zu. Bei beiden folgten an zweiter Stelle die Berufsvorbereitungsmaßnahmen. Danach überwog bei den Männern das schulische Berufsgrundbildungsjahr, bei Frauen waren es die betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen.

Auszubildende mit deutschem Pass haben mit 10,7 % seltener vor Vertragsabschluss eine berufsvorbereitende Maßnahme oder berufliche Grundbildung absolviert als Auszubildende mit ausländischem Pass (14,6 %). Sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländern sind die Quoten gegenüber dem Vorjahr gesunken; bei denjenigen mit deutschem Pass war der Rückgang etwas stärker. Als häufigste Einzelmaßnahmen wurden in beiden Gruppen die Berufsfachschule und Berufsvorbereitungsmaßnahmen besucht. Unter den Deutschen folgten das Berufsgrundbildungsjahr und betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen; unter den Ausländern/Ausländerinnen war es das Berufsvorbereitungsjahr.

(Naomi Gericke)

A4.6.2 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss unter den Auszubildenden mit Neuabschluss

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder erfasst seit der Revision der Berufsbildungsstatistik in 2007 zu allen Auszubildenden im dualen System den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss E. Die Angaben können seither beliebig mit allen anderen Angaben der Statistik kombiniert werden und haben die Analysemöglichkeiten erheblich ausgeweitet.

E Erfassung des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses in der Berufsbildungsstatistik

Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik in 2007[131] wird der höchste allgemeinbildende Schulabschluss der Auszubildenden als eigenständiges Merkmal neben der vorherigen Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung sowie der vorherigen Berufsausbildung erfasst. Die Schulform, an der der Abschluss erworben wurde, ist dabei unerheblich. Unterschieden werden die folgenden Kategorien:

- ohne Hauptschulabschluss
- Hauptschulabschluss
- Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss
- Studienberechtigung
- im Ausland erworbener Abschluss, der den obigen Kategorien nicht zugeordnet werden kann („Restkategorie")

Da es bei den Angaben zu „im Ausland erworbener Abschluss, der nicht zuordenbar ist" 2008 erhebliche Probleme bei der Datenerhebung gab und auch in den Folgejahren noch davon auszugehen ist, dass hier über die eigentliche Abschlussgruppe hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, wird diese Kategorie in den dargestellten Tabellen nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Bis 2006 wurden Angaben zum allgemeinbildenden Schulabschluss nur alternativ zu Abschlüssen an der zuletzt besuchten beruflichen Schule gemeldet (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1). Daten zur schulischen Vorbildung bis 2006 und zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss ab 2007 können daher nur eingeschränkt miteinander verglichen werden. Ein Vergleich der Angaben im Zeitverlauf ist erst ab dem Berichtsjahr 2007 möglich, wobei in den ersten Jahren nach der Revision der Berufsbildungsstatistik Veränderungen mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Zeitreihen bis zum Berichtsjahr 2006 finden sich im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.1.

Im Berichtsjahr 2010 verfügten die meisten Auszubildenden mit Neuabschluss im dualen System wie in den Vorjahren über einen Realschulabschluss (42,9 %) oder einen Hauptschulabschluss (32,9 %).[132] Geringer, jedoch mit merklichem Zuwachs (+3,4 %) gegenüber dem Vorjahr, fiel mit 21,0 % der Anteil der Studienberechtigten aus. Auszubildende ohne Hauptschulabschluss sanken auf 3,1 % → **Tabelle A4.6.2-1**. Auswirkungen der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium (G 8) spiegeln sich in dem gestiegenen Abiturientenanteil nicht wider, da im Berichtsjahr 2010 in den allermeisten Bundesländern noch keine doppelten Abiturjahrgänge die Schule verließen.[133] Vielmehr kann bei Betrachtung der vergangenen 4 Jahre ein längerfristiger Anstieg der Studienberechtigten beobachtet werden. Schon in der früheren Erhebung der schulischen Vorbildung bis 2006 lässt sich ab 2002 eine steigende Tendenz nachzeichnen (siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.1). In der revidierten Erfassung ab 2007 lag der Anteil der Auszubildenden mit Studienberechtigung in 2007 bei 19,4 % und erhöhte sich seither um fast 2 Prozentpunkte → **Tabelle A4.6.2-2**. Auch der Rückgang der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss vollzieht sich bereits seit einigen Jahren. Ihr Anteil lag 2007 noch bei 3,9 % und war seither um 0,9 Pro-

131 Mit Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes (BerBiRefG) vom 23. März 2005 (Bundesgesetzblatt 2005, S. 931), der zum 1. April 2007 in Kraft getreten ist, sind weitreichende Änderungen der Berufsbildungsstatistik eingeleitet worden. Die Erhebung der statistischen Ämter ist in § 88 BBiG geregelt. Die frühere Aggregatdatenerhebung wurde in 2007 auf eine Individualdatenerfassung umgestellt und erhielt einen ausgeweiteten Merkmalskatalog (**http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Ab10_revision.pdf**).

132 In dieser Darstellung sind die Abschlüsse der Kategorie „im Ausland erworben und nicht einer der anderen Abschlüsse zuordenbar" aus der Prozentuierung ausgenommen, da davon auszugehen ist, dass hier auch fehlende Angaben enthalten sind. Andere Darstellungen (z. B. Klaukien 2011) weisen hingegen auch diese Meldungen prozentual aus.

133 Hamburg war in 2010 das einzige Bundesland, in dem infolge der G8-Umstellung doppelte Abiturjahrgänge die Schule verließen. Im Vorjahresvergleich sind dort unter den Auszubildenden deutliche Verschiebungen in der Vorbildungsstruktur zu erkennen. Der Abiturientenanteil unter den Neuabschlüssen stieg von 33,5 % auf 35,1 %, der Anteil der Realschulabsolventen dagegen sank von 39,3 % auf 37,1 % → **Tabelle A4.6.2-1.**

Tabelle A4.6.2-1: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Region 2010**

Region	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben[1]	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden-Württemberg	75.489	1.626	2,2	26.580	35,3	34.728	46,1	12.345	16,4	210	–
Bayern	95.319	2.505	2,6	42.129	44,3	40.686	42,8	9.819	10,3	180	–
Berlin	18.993	780	4,2	5.421	29,2	6.756	36,4	5.607	30,2	429	–
Brandenburg	13.587	828	6,1	3.693	27,2	5.517	40,6	3.540	26,1	9	–
Bremen	5.865	147	2,5	1.404	24,1	2.403	41,3	1.866	32,1	45	–
Hamburg	13.881	426	3,1	3.417	24,6	5.148	37,1	4.872	35,1	18	–
Hessen	39.633	1.251	3,2	12.573	31,8	16.491	41,7	9.237	23,4	81	–
Mecklenburg-Vorpommern	9.957	696	7,0	2.766	27,8	4.668	46,9	1.818	18,3	9	–
Niedersachsen	58.155	1.344	2,3	16.383	28,5	29.532	51,4	10.230	17,8	663	–
Nordrhein-Westfalen	124.224	4.053	3,3	35.382	28,9	44.841	36,7	37.968	31,1	1.983	–
Rheinland-Pfalz	28.683	699	2,4	10.965	38,3	11.853	41,4	5.100	17,8	66	–
Saarland	7.776	270	3,5	2.823	36,4	2.442	31,5	2.217	28,6	24	–
Sachsen	21.246	921	4,3	5.232	24,6	11.067	52,1	4.023	18,9	3	–
Sachsen-Anhalt	13.071	666	5,1	3.180	24,4	6.894	52,9	2.304	17,7	27	–
Schleswig-Holstein	20.844	480	2,3	7.851	37,7	9.084	43,6	3.396	16,3	33	–
Thüringen	12.309	513	4,2	3.027	24,6	6.339	51,5	2.424	19,7	6	–
Ost	89.163	4.404	5,0	23.319	26,3	41.241	46,5	19.719	22,2	480	–
West	469.869	12.807	2,7	159.504	34,2	197.205	42,3	97.050	20,8	3.303	–
Bundesgebiet	**559.032**	**17.208**	**3,1**	**182.823**	**32,9**	**238.449**	**42,9**	**116.769**	**21,0**	**3.783**	–

[1] Unter „keine Angaben" fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

zentpunkte zurückgegangen. Unverändert blieb der Anteil der Hauptschulabsolventen. Die Zunahme der Studienberechtigten und gleichzeitige Abnahme der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss ist in fast allen Zuständigkeitsbereichen zu beobachten →**Tabelle A4.6.2-2**. Der Anstieg des Abiturientenanteils während der vergangenen 4 Jahre erreicht in den Bereichen Handwerk, Landwirtschaft und öffentlicher Dienst gar über 20 %. Der stärkste Rückgang der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss fiel mit mehr als 20 % in den freien Berufen, in der Landwirtschaft und im Handwerk aus.

Ob im Zuge eines sich entlastenden Ausbildungsmarktes (Ulrich 2010) verstärkt Personen mit formal schwächeren Qualifikationen in das duale System aufgenommen werden, muss in weitergehenden Analysen untersucht werden. Angesichts steigender Abiturientenanteile und sinkender Anteile an formal Geringqualifizierten in der betrieblichen Ausbildung kann ein solcher Trend zunächst nicht bestätigt werden.

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss nach Personengruppen

Die Vorbildungsstruktur unter den Auszubildenden im dualen System hängt stark von berufsstrukturellen Entwicklungen, der Abschlussverteilung unter den Bewerbern, Möglichkeiten alternativer Bildungswege, Zugangschancen, aber auch Förderprogrammen ab, die je nach Personengruppe erheblich variieren können. Frauen, die in den allgemeinbildenden Schulen höhere Abschlüsse erwerben und im

Tabelle A4.6.2-2: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Zuständigkeitsbereich, Bundesgebiet 2007 bis 2010**

Zuständigkeitsbereich[1]	Berichtsjahr	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
			ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben[2]	
		absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	2010	332.571	8.163	2,5	84.591	25,7	147.882	44,9	88.965	27,0	2.970	–
	2009	332.232	8.436	2,6	82.701	25,6	145.926	45,3	85.389	26,5	9.780	–
	2008	365.211	6.465	2,0	79.650	24,9	143.937	45,1	89.322	28,0	45.840	–
	2007	368.907	10.386	3,0	87.426	24,9	161.904	46,2	90.750	25,9	18.444	–
Handwerk	2010	154.839	6.474	4,2	82.710	53,5	54.681	35,4	10.743	6,9	231	–
	2009	155.589	8.070	5,2	83.448	53,7	54.135	34,8	9.729	6,3	207	–
	2008	166.941	9.243	5,5	89.106	53,4	58.140	34,9	10.230	6,1	219	–
	2007	176.253	9.171	5,3	93.498	53,7	61.542	35,4	9.855	5,7	2.190	–
Öffentlicher Dienst	2010	12.960	36	0,3	561	4,3	6.783	52,4	5.577	43,0	3	–
	2009	13.500	15	0,1	618	4,6	7.239	53,7	5.619	41,7	12	–
	2008	12.639	42	0,3	615	4,9	7.026	55,7	4.938	39,1	18	–
	2007	12.951	36	0,3	564	4,4	7.662	59,2	4.671	36,1	18	–
Landwirtschaft	2010	14.253	1.251	8,8	6.369	45,0	4.848	34,3	1.683	11,9	102	–
	2009	15.006	1.548	10,4	6.897	46,2	4.842	32,5	1.635	11,0	87	–
	2008	16.131	1.926	12,0	6.786	42,4	5.637	35,2	1.671	10,4	114	–
	2007	17.616	2.067	11,8	7.467	42,5	6.336	36,0	1.710	9,7	39	–
Freie Berufe	2010	40.860	252	0,6	6.576	16,3	23.808	58,9	9.756	24,2	465	–
	2009	40.917	255	0,6	6.417	15,9	24.159	59,7	9.609	23,8	477	–
	2008	42.513	231	0,6	6.702	16,1	25.197	60,4	9.594	23,0	786	–
	2007	43.404	360	0,8	6.765	15,8	25.881	60,4	9.864	23,0	534	–
Hauswirtschaft	2010	3.546	1.029	29,1	2.016	57,0	444	12,6	45	1,3	9	–
	2009	3.924	1.122	29,2	2.211	57,5	462	12,0	51	1,3	81	–
	2008	4.134	1.473	36,2	1.956	48,1	588	14,5	51	1,3	66	–
	2007	4.680	1.542	33,5	2.358	51,2	648	14,1	60	1,3	75	–
Insgesamt	**2010**	**559.032**	**17.208**	**3,1**	**182.823**	**32,9**	**238.449**	**42,9**	**116.769**	**21,0**	**3.783**	**–**
	2009	**561.171**	**19.443**	**3,5**	**182.286**	**33,1**	**236.763**	**43,0**	**112.032**	**20,3**	**10.644**	**–**
	2008	**607.566**	**19.380**	**3,5**	**184.815**	**33,0**	**240.522**	**42,9**	**115.803**	**20,7**	**47.046**	**–**
	2007	**624.177**	**23.568**	**3,9**	**198.114**	**32,9**	**264.144**	**43,8**	**117.051**	**19,4**	**21.300**	**–**

[1] Seit 2008 werden Auszubildende der Seeschifffahrt in der Berufsbildungsstatistik nicht mehr gemeldet.

[2] Unter „keine Angaben" fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2007 bis 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

dualen System überwiegend in die Bereiche Industrie und Handel und freie Berufe einmünden, haben in der betrieblichen Ausbildung überdurchschnittlich hohe Anteile an Studienberechtigten (26,7 %) → **Tabelle A4.6.2-3**, während Auszubildende mit Hauptschulabschluss (26,0 %) unter ihnen vergleichsweise selten sind und Frauen ohne Hauptschulabschluss nur zu 2,4 % auftreten. Das engere Berufsspektrum der Frauen im dualen System, das dort auch eine entsprechend stärkere Konkurrenz bewirkt, dürfte die Tendenz zur Höherqualifizierung noch verstärken. Die meisten männlichen Auszubildenden haben hingegen einen Realschulabschluss (41,6 %) oder einen Hauptschulabschluss (37,9 %). Der Anteil der Studienberechtigten ist mit 16,9 % wesentlich niedriger, und der Anteil ohne Hauptschulabschluss liegt bei 3,6 %.

Ausländische Auszubildende sind im dualen System eher mit niedrigeren Abschlüssen vertreten → **Tabelle A4.6.2-3**. Unter den Neuabschlüssen verfügte über die Hälfte über einen Hauptschulabschluss

Tabelle A4.6.2-3: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Bundesgebiet 2010**

Personengruppe	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben[1]	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Männer	325.482	11.763	3,6	122.484	37,9	134.481	41,6	54.789	16,9	1.962	–
Frauen	233.550	5.448	2,4	60.336	26,0	103.965	44,9	61.980	26,7	1.818	–
Deutsche	526.926	15.696	3,0	166.428	31,8	228.363	43,6	113.148	21,6	3.291	–
Ausländer/-innen	32.106	1.515	4,8	16.392	51,9	10.083	31,9	3.624	11,5	492	–
Insgesamt	**559.032**	**17.208**	**3,1**	**182.823**	**32,9**	**238.449**	**42,9**	**116.769**	**21,0**	**3.783**	**–**

[1] Unter „keine Angaben" fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.6.2-4: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Berufsgruppen[1], Bundesgebiet 2010**

Berufsgruppe[1]	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben[2]	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Produktionsberufe	226.938	9.552	4,2	97.260	43,1	95.967	42,5	23.076	10,2	1.086	–
Dienstleistungsberufe	332.094	7.656	2,3	85.563	26,0	142.482	43,3	93.696	28,4	2.697	–
Primäre Dienstleistungsberufe	236.847	6.891	2,9	76.881	32,7	100.653	42,8	50.553	21,5	1.869	–
Sekundäre Dienstleistungsberufe	95.244	768	0,8	8.682	9,2	41.826	44,3	43.140	45,7	828	–
Technikberufe	133.464	2.052	1,5	35.367	26,6	69.672	52,4	25.788	19,4	585	–
Neue Berufe	60.627	1.515	2,5	12.996	21,6	25.863	43,0	19.758	32,9	495	–
Zweijährige Berufe[3]	52.497	3.180	6,1	31.326	60,4	15.606	30,1	1.779	3,4	606	–
Berufe für Menschen mit Behinderung	12.336	5.034	41,4	6.720	55,3	390	3,2	18	0,1	174	–
Ausbildungsberufe insgesamt	**559.032**	**17.208**	**3,1**	**182.823**	**32,9**	**238.449**	**42,9**	**116.769**	**21,0**	**3.783**	**–**

[1] Erläuterungen zur Untergliederung der Berufsgruppen siehe Kapitel A4.4.

[2] Unter „keine Angaben" fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

[3] Zweijährige Berufe ohne Berufe für Menschen mit Behinderung.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

(51,9 %), jede/-r Dritte (31,9 %) hatte einen Realschulabschluss. Personen mit Studienberechtigung waren mit 11,5 % deutlich seltener vertreten. Rund 5 % unter den ausländischen Auszubildenden hatten keinen Hauptschulabschluss (4,8 %). Die Schulabschlussverteilung unter den deutschen Auszubildenden, die fast 95 % der Auszubildenden mit Neuabschluss umfassen, ähnelt aufgrund des quantitativen Umfangs weitgehend der Struktur der Neuabschlüsse im dualen System insgesamt. So besaßen 43,6 % der deutschen Auszubildenden einen Realschulabschluss und bildeten damit die stärkste Gruppe. Auszubildende mit Hauptschulabschluss machten 31,8 % der Neuabschlüsse aus, die Studienberechtigten 21,6 %, und Auszubildende ohne Hauptschulabschluss lagen bei 3,0 % (zu einem Vergleich mit den Schulabgängern aus allgemeinbildenden Schulen siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1). Im Folgenden werden die einzelnen Vorbildungsgruppen näher betrachtet.

Auszubildende ohne Hauptschulabschluss

Im Berichtsjahr 2010 wurden in der Berufsbildungsstatistik 17.208 Auszubildende ohne Hauptschulabschluss gemeldet → **Tabelle A4.6.2-1**. Mit -11,5 % (-2.235) ist ihre absolute Zahl in 2010 deutlich und als einzige der 4 Abschlussgruppen gesunken. Zu 55,5 % ging dieser Rückgang auf überwiegend öffentlich finanzierte Stellen zurück, deren Umfang sich 2010 um 10,9 % verringerte. Er betraf zudem vor allem das Handwerk (1.590; -19,8 %), in dem zwei Drittel (1.020) der weggefallenen Stellen öffentlich gefördert wurden. Männliche Auszubildende dominierten unter den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss mit 68,3 %. Die Schwierigkeiten und längeren Übergangsdauern werden in dem relativ hohen Durchschnittsalter von 20,4 Jahren bei Neuabschluss deutlich. Fast 40 % der von Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss besetzten Ausbildungsplätze wurden überwiegend öffentlich finanziert (38,1 %). Wenngleich diese Jugendlichen anteilig in den Zuständigkeitsbereichen Hauswirtschaft und Landwirtschaft am häufigsten waren → **Tabelle A4.6.2-2**, so ist zu bemerken, dass die meisten Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss in den Bereichen Industrie und Handel (47,4 %) und im Handwerk (37,6 %) ausgebildet wurden. Die höchsten Anteile hatten Auszubildende ohne Hauptschulabschluss in den Berufen für Menschen mit Behinderung (41,4 %) und in den zweijährigen Berufen mit 6,1 % → **Tabelle A4.6.2-4**. Mehr als die Hälfte dieser Auszubildenden (55,5 %) hatte einen Ausbildungsvertrag in einem Produktionsberuf, 44,5 % erlernten einen Dienstleistungsberuf, darunter ergriff mehr als jede/-r zehnte Auszubildende mit Neuabschluss einen Technikberuf (11,9 %). Es ist eine sehr heterogene Personengruppe. Die breite Fächerung wird auch deutlich darin, dass lediglich 36,7 % der Auszubildenden sich in den 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen befanden. In anderen Schulabschlussgruppen lag diese Konzentration deutlich höher. Zu diesen Berufen gehören die zweijährigen Berufe Verkäufer/-in und Fachlagerist/-in, aber auch die Berufe Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel oder Koch/Köchin → **Tabelle A4.6.2-5**. Neben den Handwerksberufen Maler/-in, Lackierer/-in und Friseur/-in schlossen viele Auszubildende einen Ausbildungsvertrag für einen Beruf für Menschen mit Behinderung ab (Hauswirtschaftshelfer/-in, Werker/-in im Gartenbau, Beikoch/Beiköchin, Bau- und Metallmaler/-in). Diese Verteilung hat sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Dabei gibt es hohe Anteile an Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss mit bis zu 56 % nur in den Berufen für Menschen mit Behinde-

Tabelle A4.6.2-5: **Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2010**

Ausbildungsberufe[1]	Auszubildende ohne Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
	Anzahl	in %	in %
Verkäufer/-in	1.062	6,2	3,9
Hauswirtschaftshelfer/-in (§ 66 BBiG)	873	5,1	55,7
Maler/-in und Lackierer/-in	651	3,8	6,8
Werker/-in im Gartenbau (§ 66 BBiG)	627	3,6	46,7
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	588	3,4	1,8
Koch/Köchin	558	3,2	3,9
Beikoch/Beiköchin (§ 66 BBiG)	525	3,1	31,7
Friseur/-in	501	2,9	3,5
Fachlagerist/-in	495	2,9	7,9
Bau- und Metallmaler/-in (§ 42m HwO)	438	2,5	49,7

[1] Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

rung. In allen anderen genannten Berufen lagen sie anteilig unter 8 %. Entsprechend stark konkurrieren Auszubildende ohne Hauptschulabschluss hier mit anderen Vorbildungsgruppen.

Auszubildende mit Hauptschulabschluss

Die Zahl der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss lag unter den Neuabschlüssen 2010 bei 182.823 Personen (32,9 %). Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieser Wert kaum verändert (+537). Vorwiegend waren die Auszubildenden in dieser Gruppe männlich (67,0 %). Sie bilden die zweitstärkste Vorbildungsgruppe im dualen System. Im Durchschnitt waren die Auszubildenden bei Neuabschluss 19,6 Jahre alt. Öffentlich finanziert wurden rund 14,0 % der Ausbildungsplätze.

Zwar waren die Anteile dieser Abschlussgruppe in der Hauswirtschaft, im Handwerk und in der Landwirtschaft am höchsten →**Tabelle A4.6.2-2**, gleichwohl wurden über 90 % der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss in Industrie und Handel (46,3 %) und im Handwerk ausgebildet (45,2 %). Mehr als die Hälfte der Auszubildenden mit Neuabschluss in den zweijährigen Berufen (60,4 %) und in den Berufen für Menschen mit Behinderung (55,3 %) hatten einen Hauptschulabschluss. Überdurchschnittlich waren die Werte der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss auch in den Produktionsberufen (43,1 %). Die von der Zahl der Neuabschlüsse her am stärksten besetzten Ausbildungsberufe stammten vorwiegend aus dem Einzelhandel und dem Handwerk →**Tabelle A4.6.2-6**. Angeführt wird diese Liste von den Berufen Verkäufer/-in, Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Friseur/-in und Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk. Es folgen die Berufe Kraftfahrzeugmechatroniker/-in, Koch/Köchin, Maler/-in und Lackierer/-in, Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Metallbauer/-in und Fachlagerist/-in. Anders als im Vorjahr befanden sich 2010 anstelle des Tischlers/der Tischlerin nun lediglich der/die Fachlagerist/-in unter den 10 am stärksten besetzten Berufen. Hohe Hauptschulanteile wiesen unter diesen mit über 65 % die Berufe Maler/-in und Lackierer/-in, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk sowie Fachlagerist/-in auf. Die 10 am stärksten besetzten Berufe umfassten bereits 44,0 % der Neuabschlüsse dieser Abschlussgruppe und deuten auf ein deutlich engeres Berufsspektrum hin. Dabei ist zu beachten, dass der Abschluss eines Ausbildungsvertrages nicht allein das Ergebnis der

Tabelle A4.6.2-6: **Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2010**

Ausbildungsberufe[1]	Auszubildende mit Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden mit Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
	Anzahl	in %	in %
Verkäufer/-in	15.438	8,4	56,3
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	11.688	6,4	35,1
Friseur/-in	9.042	4,9	64,0
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	8.040	4,4	71,2
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	7.503	4,1	40,2
Koch/Köchin	7.146	3,9	50,2
Maler/-in und Lackierer/-in	6.897	3,8	72,5
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	5.814	3,2	56,1
Metallbauer/-in	4.623	2,5	62,9
Fachlagerist/-in	4.218	2,3	67,0

[1] Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Berufswahlentscheidung des Bewerbers/der Bewerberin ist, sondern aus einem vielschichtigen Zusammenspiel angebots- und nachfrageseitiger Faktoren resultiert.

Auszubildende mit Realschulabschluss

Die Realschulabsolventen/-absolventinnen bildeten mit 238.449 Neuabschlüssen (42,9 %) in 2010 unverändert die größte Abschlussgruppe unter den Neuabschlüssen. In dieser Gruppe war das Geschlechterverhältnis mit einem Männeranteil von 56,4 % etwas ausgewogener. Trotz des theoretisch späteren Verlassens der Schule waren sie etwas jünger als die Auszubildenden mit und ohne Hauptschulabschluss. Offenbar ist die Übergangsdauer kürzer. Das Durchschnittsalter lag bei 19,4 Jahren. Es wurden insgesamt nur wenige Ausbildungsplätze überwiegend öffentlich finanziert (3,5 %). Die Anteile dieser Vorbildungsgruppe lagen zwar mit über 50 % in den freien Berufen und im öffentlichen Dienst am höchsten → **Tabelle A4.6.2-2**. Insgesamt betrachtet wurden jedoch fast zwei Drittel der Auszubildenden mit Realschulabschluss in Industrie und Handel (62,0 %) und mehr als jede/r Fünfte im Handwerk (22,9 %) ausgebildet.

Der Anteil der Auszubildenden mit Realschulabschluss variierte in den Berufsgruppen etwas weniger → **Tabelle A4.6.2-4**. In Produktions- wie Dienstleistungsberufen und in den neuen Berufen lag er bei ca. 43 %. Etwas stärker waren die Auszubildenden mit Realschulabschluss mit 52,4 % in den Technikberufen vertreten, schwächer in den zweijährigen Berufen (30,1 %). Lediglich in den Berufen für Menschen mit Behinderung war ihr Anteil mit 3,2 % gering. Die am stärksten besetzten Ausbildungsberufe der Auszubildenden mit Realschulabschluss sind stark geprägt von Berufen aus dem kaufmännischen Bereich wie Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Bürokaufmann/-kauffrau, Verkäufer/-in, Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel, Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation oder Industriekaufmann/-kauffrau → **Tabelle A4.6.2-7**. Aber wie in den Vorjahren finden sich auch Berufe aus dem Fertigungsbereich (Kraftfahrzeugmechatroniker/-in, Industriemechaniker/-in) und aus dem Gesundheitsbereich (Medizinische/-r Fachangestellte/-r, Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r). Die höchsten Anteile hatten Auszubildende mit Realschulabschluss hierbei mit über 60 % bei den Berufen Medizinische/-r Fachangestellte/-r, Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r und Industriemechaniker/-in. Die Neuabschlüsse in den 10 am stärksten besetzten Berufen umfassten 38,5 % ihrer Neuabschlüsse insgesamt. Die Konzentration ist somit vergleichsweise niedrig, nimmt jedoch in den vergangenen Jahren zu (2008: 36,4 %).

Auszubildende mit Studienberechtigung

Im Jahr 2010 wurden unter den Neuabschlüssen 116.769 Auszubildende mit Studienberechtigung gemeldet. Ihre Zahl stieg somit sowohl absolut als auch prozentual an und erreichte 21,0 % (+4.737). Dies lag vor allem an den Bereichen Industrie und Handel (+3.576) und dem Handwerk (+1.014). In 2007 lag der Anteil der Studienberechtigten noch bei 19,4 %. Nur in dieser Abschlussgruppe gab es mit 53,1 % mehr weibliche Auszubildende. Bei Neuabschluss waren die Personen durchschnittlich 21,5 Jahre alt. Lediglich 0,8 % der Verträge mit studienberechtigten Auszubildenden waren öffentlich finanziert. Der Zuständigkeitsbereich, der von dieser Vorbildungsgruppe am stärksten besetzt wurde, war mit 43,0 % der öffentliche Dienst. Überdurchschnittliche Anteile führte mit 27,0 % auch der Bereich Industrie und Handel → **Tabelle A4.6.2-2**. Tatsächlich wurden mehr als drei Viertel der Auszubildenden mit Studienberechtigung in diesem Bereich ausgebildet (Industrie und Handel 76,2 %). Auszubildende mit Studienberechtigung hatten besonders hohe Anteile in den sekundären Dienstleistungsberufen (45,7 %) und in den neuen Berufen (32,9 %). Deutlich geringer vertreten waren sie in den Produktionsberufen (10,2 %), in den zweijährigen Berufen (3,4 %) und in den Berufen für Menschen mit Behinderung (0,1 %) → **Tabelle A4.6.2-4**.

Auszubildende mit Studienberechtigung besetzten am häufigsten Ausbildungsberufe im kaufmännischen Bereich → **Tabelle A4.6.2-8**. Hierzu zählten die Berufe Industriekaufmann/-kauffrau, Bank-/Sparkassenkaufmann/-kauffrau, Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel, ebenso wie die Berufe Bürokaufmann/-kauffrau, Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Kaufmann/Kauffrau für Bürokommu-

Tabelle A4.6.2-7: **Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2010**

Ausbildungsberufe[1]	Auszubildende mit Realschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden mit Realschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
	Anzahl	in %	in %
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	16.452	6,9	49,3
Bürokaufmann/-kauffrau	11.940	5,0	56,6
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	9.501	4,0	50,9
Verkäufer/-in	9.447	4,0	34,4
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	9.405	3,9	66,9
Industriemechaniker/-in	8.364	3,5	64,7
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	6.990	2,9	47,4
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r	6.672	2,8	61,0
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	6.660	2,8	52,0
Industriekaufmann/-kauffrau	6.378	2,7	35,5

[1] Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Tabelle A4.6.2-8: **Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Studienberechtigung am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2010**

Ausbildungsberufe[1]	Auszubildende mit Studienberechtigung	Anteil an allen Auszubildenden mit Studienberechtigung	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
	Anzahl	in %	in %
Industriekaufmann/-kauffrau	11.097	9,5	61,7
Bank-/Sparkassenkaufmann/-kauffrau	9.081	7,8	69,3
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	6.615	5,7	44,8
Bürokaufmann/-kauffrau	5.814	5,0	27,6
Fachinformatiker/-in	4.914	4,2	56,3
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	4.314	3,7	12,9
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	3.960	3,4	30,9
Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen	3.684	3,2	61,8
Steuerfachangestellte/-r	3.549	3,0	57,9
Hotelfachmann/-fachfrau	2.994	2,6	26,5

[1] Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

nikation, Kaufmann/Kauffrau für Versicherung und Finanzen. Hierbei waren Studienberechtigte mit Anteilen von über 60 % besonders stark in den Berufen Bank-/Sparkassenkaufmann/-kauffrau, Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen und Industriekaufmann/-kauffrau vertreten. Weitere Berufe mit hohen Neuabschlusszahlen waren die Berufe Fachinformatiker/-in, Steuerfachangestellte/-r und Hotelfachmann/-fachfrau. Das Berufsspektrum unter den Auszubildenden mit Studienberechtigung ist unter allen Abschlussgruppen am engsten. Fast die Hälfte aller Auszubildenden mit Studienberechtigung (47,9 %) fand sich in den 10 von dieser Gruppe am stärksten besetzten Ausbildungsberufen.

(Naomi Gericke)

A4.6.3 Studienberechtigte[134] im dualen System

Im Studienjahr 2011 erreichte die Anzahl der Erstsemester mit rund 515.800 ein Rekordhoch; um 16 % stieg deren Zahl im Vergleich zum Jahr 2010 (444.719) u. a. infolge doppelter Abiturientenjahrgänge sowie der Aussetzung der Wehrpflicht. Mit 55 % übertrifft die Studienanfängerquote für 2011 die des Vorjahres um 10 Prozentpunkte. Gleichwohl ist derzeit auch eine praxisnahe Ausbildung im dualen System für Studienberechtigte, wie in früheren Jahrzehnten, recht attraktiv.[135] So haben im Ausbildungsjahr 2010 laut Berufsbildungsstatistik rund 116.800 junge Leute mit einer schulisch erworbenen Fachhochschul- oder Hochschulreife eine Ausbildung im dualen System begonnen;[136] darunter waren 61.980 Frauen sowie rund 3.600 studienberechtigte Ausländer/-innen (Statistisches Bundesamt 2011b, S. 76 ff.; **vgl. Kapitel A4.6.2**). Damit besitzt mehr als ein Fünftel (20,9 %) der dualen Ausbildungsanfänger/-innen des Jahres 2010 bereits zu Beginn der Ausbildung die Hochschulzugangsberechtigung, nutzt diese aber nicht (umgehend) zum Erwerb einer akademischen Qualifikation.[137]

Studienberechtigte des Abschlussjahres 2010: Ausbildungsverhalten und Bedeutung des dualen Systems

Hinweise darauf, wie attraktiv derzeit für Hochschulzugangsberechtigte eine nicht akademische Berufsausbildung ist, und Einblick in das Ausbildungsverhalten von Studienberechtigten eines einzelnen Entlassjahrgangs 2010 gibt eine Panelstudie des Hochschul-Informations-Systems (HIS) E. Anfang 2011 wurden dazu rund 8.400 junge Männer und Frauen befragt, die im Schuljahr 2009/2010 mit einer Fachhochschulreife oder Hochschulreife von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen abgegangen waren (455.500). Dieselben Personen waren bereits rund ein halbes Jahr vor ihrem Schulabgang (Anfang 2010) ein erstes Mal zum Entscheidungsprozess kurz vor Schulabgang oder weiteren Studien- und Ausbildungsplänen befragt worden (vgl. Lörz/Quast/Woisch 2011; BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.6.3).[138]

E Panelstudie des Hochschul-Informations-Systems (HIS)

Die Ergebnisse basieren auf vom Hochschul-Informations-System (HIS) durchgeführten Befragungen von Studienberechtigten des Entlassjahrgangs 2010; es handelt sich dabei um eine Panelstudie, d. h. um mehrmalige Befragungen derselben Personen zu verschiedenen Zeitpunkten.

Befragt wurde von HIS in der ersten Befragungsrunde Ende 2009/Anfang 2010 eine repräsentative Stichprobe (Auswahlmerkmale waren: Bundes- und Landesebene, besuchte Schulart, Art der Hochschulreife und Geschlecht) von angehenden Studienberechtigten ein halbes Jahr vor dem Erwerb der Hochschulreife, so unter anderem zu ihren nachschulischen Studien- und Berufsausbildungsplänen oder zu schon erworbenen Berufsausbildungsabschlüssen. Dazu wurden zuerst rund ca. 60.000 Fragebogen an Schülerinnen und Schüler von 647 zufällig ausgewählten Schulen versandt. Einbezogen wurden Schüler/-innen allgemeinbildender oder beruflicher Schulen, die im Schulentlassjahr 2009/2010 die Berechtigung zum Studium angestrebt haben (allgemeine, fachgebundene Hochschulreife oder Fachhochschulreife). Befragt wurde damit auch eine Personengruppe, die mit dem schulischen Teil der Fachhochschulreife die Schule verlässt. Die volle Fachhochschulreife erhalten diese jedoch erst 1 bis 3 Jahre später: etwa erst nach einem gelenkten Praktikum mit bestimmter Mindestdauer oder nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung; insofern gehören sie nicht zum Kreis der „Studienberechtigten 2010". Diese Gruppe wurde deshalb nicht in die hier vorgelegten Analysen einbezogen. Für die zweite

134 Die Begriffe „Studienberechtigte" und „Abiturienten" werden hier synonym gebraucht für Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Sekundarstufe II, die dort eine allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife oder die Fachhochschulreife erworben haben.

135 Vgl. zur längerfristigen Entwicklung des Ausbildungsverhaltens von Abiturientinnen/Abiturienten seit Ende der 1980er-Jahre: BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.2 sowie Herget 1997.

136 Die Studienberechtigung haben sie in 2010 bzw. in den Jahren davor erhalten. Im Vorjahr (2009) zählte man rund 112.000 Ausbildungsanfänger/-innen mit einer Hochschulzugangsberechtigung.

137 Gemäß KMK-Beschluss 2009 können Personen aufgrund ihrer beruflichen Ausbildung und anschließenden Berufstätigkeit bzw. einer weiteren beruflichen Fortbildung ebenfalls die Zulassung für ein Studium an einer Fachhochschule oder Hochschule erhalten.

138 Grundsätzlich handelt es sich bei Angaben zum angestrebten Bildungsweg stets um Absichten zum jeweiligen Befragungszeitpunkt; nicht selten werden diese in der Folgezeit geändert.

Folgebefragung (schriftlich-postalisch) wurden dann am Jahresende 2010/Anfang 2011 knapp 22.900 Probanden der Erstbefragung erneut befragt. Den hier vorgestellten Ergebnissen zugrunde liegen 8.398 auswertbare Fragebogen von jenen Studienberechtigten des Abschlussjahres 2010, die an der ersten und zweiten Befragung teilnahmen.

→ **Tabelle A4.6.3-1** zeigt die bis 6 Monate nach dem Schulabgang realisierten Ausbildungsschritte und Tätigkeiten der Studienberechtigten des Entlassjahres 2010 als erstes Ergebnis des Ausbildungswegs und Entscheidungsprozesses.[139] Noch im Abgangsjahr haben 43 % der insgesamt 455.500 Studienberechtigten das Studium an Fachhochschulen oder wissenschaftlichen Hochschulen aufgenommen; fast 46 % der befragten Frauen bzw. 41 % der Männer sind dort im Wintersemester 2010/2011 eingeschrieben. An Berufsakademien oder Verwaltungsfachhochschulen (Beamtenausbildung) ausgebildet werden rund 2 % der Studienberechtigten (Männer: 2,0 %, Frauen: 2,8 %). Eine Berufsausbildung außerhalb der Hochschulen angetreten hatten bis zum Dezember 2010 rund 14 % der befragten Studienberechtigten. Für Frauen (19 %) trifft das doppelt so oft zu wie für Männer (9 %). Besonders gefragt war dabei die betriebliche Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen. Insgesamt fast 10 % der Studienberechtigten 2010 waren schon im Entlassjahr ins duale System eingemündet – sie verzichteten also (zunächst) darauf, ihre Studienoption einzulösen. Frauen haben mit fast 12 % häufiger schon im Abgangsjahr eine Lehre begonnen als Männer (7,5 %). Lediglich 15 % der jungen Leute in betrieblicher Ausbildung äußerten zum Befragungszeitpunkt auf die Frage nach einer festen Studienabsicht: „Ja, sicher“.[140] Demnach sind Abiturienten des Jahres 2010 nur mäßig interessiert, den dualen Ausbildungsabschluss noch um einen hochschulischen Abschluss zu ergänzen (sogenannte Doppelqualifizierung). Es gibt ferner ein gewisses Potenzial Interessierter, die für sich unter gewissen Umständen nach der betrieblichen Ausbildung noch ein Studium in Betracht ziehen.[141] Außerdem befanden sich rund 5 % der Studienberechtigten Ende 2010 in einer schulischen Berufsausbildung (Frauen: 7,5 %, Männer: 1,7 %); von ihnen sind sich 14 % sicher, dass sie im Anschluss an die Ausbildung ein Studium aufnehmen werden.

→ **Tabelle A4.6.3-1** gibt außerdem Auskunft über weitere ausgeübte Tätigkeiten von Abiturienten und Abiturientinnen und deren weitere Studienabsicht. Danach sind im Dezember 2010 nach ihren Angaben 5 % der Befragten in einer Erwerbstätigkeit; als arbeitslos bezeichneten sich dagegen nur wenige (1 %). In einem Praktikum befanden sich 3,7 % der Befragten, von ihnen hatten 68 % eine feste Studienabsicht angegeben. Mehr als ein Viertel der Männer war zum Befragungszeitpunkt im Wehr- oder Zivildienst (27,1 %). Von diesen waren sich 80 % sicher, dass sie danach studieren wollen. Etwas niedriger liegt mit 72 % der Anteil derer mit fester Studienabsicht bei den Befragten in „Sonstigen Tätigkeiten“. In solchen Übergangstätigkeiten wie freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Jobben, Haushalts- oder Familienarbeit, Au-pair-Tätigkeit oder Auslandsaufenthalte befanden sich 6 Monate nach Schulabgang immerhin noch jede fünfte weibliche und jeder achte männliche Studienberechtigte des Abschlussjahres 2010 (insgesamt: 17,2 %).

Die Rolle des dualen Systems für die Qualifizierung von Studienberechtigten (Abschlussjahr 2010) kommt darin zum Ausdruck, dass bereits im Abgangsjahr hochgerechnet rund 44.200 der Studienberechtigten in eine betriebliche Ausbildung eingemündet waren. Hinzu kommen Personen, die nach eignen Angaben als nächsten Schritt eine Lehre anstreben, aber bis Dezember 2010 weder eine Berufsausbildung noch ein Studium begonnen hatten. Zusammengenommen möchten demnach hochgerechnet rund 59.000 Studienberechtigte des Jahres 2010 nach dem Schulabgang im dualen System ausgebildet werden. Die Bedeutung des dualen Systems für die Qualifizierung von Studienberechtigten geht noch darüber hinaus, insofern weitere 11 % des

139 Je nach individueller Lebensplanung handelt es sich hier oft um mehrjährige Prozesse: So schreiben sich viele Studienberechtigte teils erst mehrere Jahre nach Schulabschluss an Hochschulen ein; bedingt ist das etwa durch das Ableisten des Wehr-/Ersatzdienstes, eine vorhergehende Berufsausbildung, bestehende Zulassungsbeschränkungen oder Verzögerungen beim Hochschulzugang oder der Unentschlossenheit beim Schulabgang.

140 Männer haben dies mit 17 % etwas öfter vor als Frauen (13 %).

141 27 % antworteten auf die Frage nach einer Studienabsicht mit „ja, wahrscheinlich“ bzw. 30 % mit „eventuell“.

Tabelle A4.6.3-1: **Tätigkeit ein halbes Jahr nach Schulabgang und Studienabsicht von Studienberechtigten[1] des Abschlussjahrgangs 2010 (in %)**

Ausgeübte Tätigkeit im Dezember 2010	Abschlussjahrgang 2010*			Noch feste Studienabsicht?
	Männer	Frauen	Insgesamt	Anteil: Ja, sicher
Studium an Fachhochschulen[2]	19,6	14,0	16,6	–
Studium an wissenschaftlichen Hochschulen	21,1	31,8	26,8	–
Besuch Verwaltungsfachhochschule, Beamtenausbildung[3]	1,5	2,0	1,7	–
Besuch einer Berufsakademie	0,5	0,8	0,7	–
Betriebliche Ausbildung	7,5	11,6	9,7	15
Schulische Berufsausbildung[4]	1,7	7,5	4,7	14
Praktikum	2,4	4,8	3,7	68
Erwerbstätigkeit[5]	4,9	5,1	5,0	13
Wehr- und Zivildienst	27,1	–	12,8	80
Arbeitslosigkeit	1,2	1,0	1,1	42
Sonstige Tätigkeiten[6]	12,6	21,3	17,2	72
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**100,0**	

* Abweichung von 100 % durch Rundung möglich.
[1] Allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife (Abitur) oder Fachhochschulreife.
[2] Einschließlich Studiengängen an Gesamthochschulen und dualer Hochschule Baden-Württemberg (ehemalige Berufsakademie).
[3] In der Regel Ausbildung gehobener bzw. mittlerer Dienst.
[4] Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien.
[5] Einschließlich Zeit- und Berufssoldaten.
[6] Freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Jobben, Haushaltstätigkeit, Au-pair-Tätigkeit, Auslandsaufenthalt, Urlaub usw.

Quelle: Hochschul-Informations-System (HIS), HIS Studienberechtigtenpanel 2010; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Studienberechtigtenjahrgangs 2010 schon vor dem Abgang aus der Schule eine betriebliche Ausbildung abgeschlossen hatten.[142]

Die von den Studienberechtigten mit einer bereits abgeschlossenen dualen Berufsausbildung (vor bzw. beim Schulabgang) des Abschlussjahrgangs 2010 im Dezember 2010 ausgeübte Tätigkeit ist in → **Tabelle A4.6.3-2** dargestellt: Demnach studiert von diesem Personenkreis mehr als die Hälfte (56 %) zu diesem Zeitpunkt an Fachhochschulen bzw. wissenschaftlichen Hochschulen. Für Männer traf dies deutlich öfter zu als für Frauen (58,5 % bzw. 48,5 %). Andererseits gingen jede vierte Frau (25,9 %) und knapp ein Fünftel der Männer (18,2 %) mit einem Ausbildungsabschluss einer bezahlten Erwerbstätigkeit nach. Eher selten sind die Befragten an Verwaltungsfachhochschulen bzw. Berufsakademien (2 %); 2,9 % sind in einer weiteren nicht akademischen Berufsausbildung, darunter haben 1,5 % eine zweite betriebliche Ausbildung begonnen.

Zusammenfassend ist also auch weiterhin das duale System für junge Leute mit Studienoption attraktiv als praxisnahe Qualifizierung für den Beruf neben den Hochschulen. Zudem erschließen sich auf dem berufspraktischen Weg über Lehre und weiteren Schulbesuch zusätzliche Potenziale für eine akademische Höherqualifizierung. Das Berufsbildungssystem motiviert also offenbar junge, leistungswillige Menschen, sich weiterzuqualifizieren und zum sozialen Aufstieg und erfüllt eine wichtige Zubringerfunktion zum Hochschulbereich.

142 Zu weiteren Befunden vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.6.3.

Tabelle A4.6.3-2: **Tätigkeit ein halbes Jahr nach Schulabgang von Studienberechtigten[1] des Abschlussjahrgangs 2010 mit bereits abgeschlossener dualer Ausbildung vor bzw. beim Schulabgang (in %)**

Ausgeübte Tätigkeit im Dezember 2010	Abschlussjahrgang 2010*		
	Insgesamt	Männer	Frauen
Studium an Fachhochschulen[2]	45,1	50,2	32,0
Studium an wissenschaftlichen Hochschulen	10,9	8,3	16,5
Besuch Verwaltungsfachhochschule, Beamtenausbildung[3]	1,3	1,5	1,0
Besuch einer Berufsakademie	0,7	0,6	0,7
Weitere Berufsausbildung[4]	2,9	1,5	6,0
darunter: (2.) Betriebliche Ausbildung	*(1,5)*	*(1,0)*	*(2,7)*
Praktikum	1,0	1,2	0,4
Erwerbstätigkeit[5]	20,9	18,2	25,9
Wehr- und Zivildienst	5,3	7,4	–
Arbeitslosigkeit	2,4	2,4	2,3
Sonstige Tätigkeiten[6]	9,4	8,6	15,3
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**100,0**

* Abweichung von 100 % durch Rundung möglich.
[1] Allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife (Abitur) oder Fachhochschulreife.
[2] Einschließlich Studiengängen an Gesamthochschulen und dualer Hochschule Baden-Württemberg (ehemalige Berufsakademie).
[3] In der Regel Beamtenausbildung gehobener Dienst.
[4] Betriebliche Ausbildung bzw. schulische Berufsausbildung, Beamtenausbildung mittlerer Dienst.
[5] Einschließlich Zeit- und Berufssoldaten.
[6] Freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Jobben, Haushaltstätigkeit, Au-pair-Tätigkeit, Auslandsaufenthalt, Urlaub usw.

Quelle: Hochschul-Informations-System (HIS), HIS Studienberechtigtenpanel 2010; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ausbildungswahl, Berufsaussichten und Vorteile einer Berufsausbildung aus Sicht Studienberechtigter in betrieblicher Ausbildung

Die Befunde belegen eine stark arbeitsmarktbezogene Ausbildungs- und Berufswahl der Abiturientinnen und Abiturienten des Entlassjahres 2010. Die Hälfte der Befragten (51 %; Männer: 54 % bzw. Frauen: 48 %) gab an, dass für sie Arbeitsmarkterwägungen eine große oder sehr große Rolle gespielt hätten.[143] Besonders häufig wurde dies von der Gruppe der Doppelqualifizierer angeführt (59 %), also jenen in betrieblicher Ausbildung bzw. mit entsprechender Ausbildungsabsicht, die anschließend noch studieren wollen. Hinsichtlich der Ausbildungsentscheidung ist aufschlussreich, welche Vorteile einer Berufsausbildung Abiturientinnen und Abiturienten in betrieblicher Ausbildung bzw. mit einer entsprechenden Ausbildungsabsicht sehen → **Tabelle A4.6.3-3**. Von mehr als vier Fünftel bzw. rund drei Viertel wurden am wichtigsten die „baldige finanzielle Unabhängigkeit“ und die „eigenverantwortliche Tätigkeit“ eingeschätzt.[144] Weitere Vorzüge einer Ausbildung für den späteren Beruf sind: sicherer Job (Männer: 67 %; Frauen: 66 %), die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Männer: 61 %; Frauen: 65 %), eigene Interessen verwirklichen bzw. gute Arbeitsbedingungen (Männer: 59 %; Frauen: 55 %). Hinsichtlich typischer

143 Addierte Anteilswerte der Antwortkategorien 1 und 2 auf einer fünfstufigen Skala von 1 = „sehr große Rolle“ bis 5 = „überhaupt keine Rolle“. Überhaupt keine Rolle spielten dagegen Arbeitsmarktüberlegungen nach Angaben von 10 % der befragten Studienberechtigten.

144 Vorgegeben waren 13 Aspekte, die auf einer Skala von 1 („in hohem Maße“) bis 5 („gar nicht“) nach ihrer Wichtigkeit bewertet werden sollten. Die Prozentangaben beziehen sich auf die zusammengefassten Werte 1 und 2.

Tabelle A4.6.3-3: **Vorteile einer Berufsausbildung aus Sicht von Studienberechtigten (Abschlussjahr 2010) in dualer Ausbildung bzw. mit Ausbildungsabsicht nach Geschlecht (in %)**[1]

Vorteile, die mit einer Berufsausbildung verbunden sind …	Männer	Frauen
baldige finanzielle Unabhängigkeit	82	84
eigenverantwortliche Tätigkeit	71	75
sicherer Job	67	66
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	61	65
eigene Interessen verwirklichen	59	59
gute Arbeitsbedingungen	59	55
gute Karrierechancen	56	48
gesellschaftliche Anerkennung	54	47
Zeit für Privatleben	52	48
politische/gesellschaftliche Teilhabe	41	37
berufliches Prestige	37	36
hohes Einkommen	40	32
einflussreiche Position	30	33

[1] Prozentanteile für die Werte 1 und 2 auf einer fünfstufigen Skala von 1 = „in hohem Maße" bis 5 = „gar nicht".

Studienberechtigte, die im Dezember 2010 in betrieblicher Berufsausbildung sind bzw. noch eine solche anstreben.

Vorgegeben waren 13 Aspekte; nach Wichtigkeit angeordnet.

Quelle: Hochschul-Informations-System (HIS), HIS-Studienberechtigtenpanel 2010; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Erfolgsfaktoren wie „gute Karrierechancen" (56 %) oder „gesellschaftliche Anerkennung" (54 %) betrachten dies über die Hälfte der Männer als Vorteile der nicht akademischen Ausbildung, die befragten Frauen waren diesbezüglich zurückhaltender (48 % bzw. 47 %). Seltener in Verbindung gebracht wird die Berufsausbildung von den Befragten in betrieblicher Ausbildung/mit Lehrabsicht mit klassischen Karrierekriterien: Berufliches Prestige, eine einflussreiche Position oder hohes Einkommen fanden bei jeweils rund einem Drittel Zustimmung; besonders bezüglich der Einkommenshöhe waren die weiblichen Studienberechtigten skeptischer (32 %) als die männlichen (40 %).

Bezüglich ihrer persönlichen beruflichen Zukunft äußerten sich die jungen Leute in dualer Ausbildung bzw. entsprechender Ausbildungsabsicht sehr zuversichtlich:[145] Drei Viertel der Befragten schätzen die eigenen Berufsaussichten als sehr gut oder gut ein (74 %), weitere 17 % vergaben das Urteil „teils-teils", und nur 2 % gehen von eher schlechten Aussichten aus („weiß nicht": 7 %). Dagegen wurden die Perspektiven von Akademikern von den Befragten in Ausbildung/mit Ausbildungsabsicht etwas verhaltener beurteilt: 60 % bewerteten die Berufsperspektiven von Absolventen/Absolventinnen eines Studiums als „sehr gut" oder „gut", 31 % als „teils-teils", und 6 % sehen eher schlechte Chancen („weiß nicht": 4 %).

(Hermann Herget)

145 Die Einschätzung reichte von 1 = „sehr gut" bis 5 = „sehr schlecht", möglich war außerdem als Antwort „weiß nicht".

A4.7 Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen

Begonnene Ausbildungsverhältnisse werden nicht immer erfolgreich abgeschlossen. Endgültig nicht bestandene Abschlussprüfungen oder vorzeitige Vertragslösungen E können zu einem Ende des Ausbildungsverhältnisses ohne erworbenen Berufsabschluss führen. Zu einer Lösung des Vertrags kann es sowohl seitens des Auszubildenden als auch des Ausbildungsbetriebes oder in beiderseitigem Einvernehmen kommen. Die Gründe für Vertragslösungen sind vielfältig und mitunter komplex. Sie reichen von Betriebsschließungen und gesundheitlichen Gründen, revidierten Berufswahlentscheidungen bis hin zu Konflikten zwischen Ausbildern und Auszubildenden (vgl. Bohlinger 2003; Schöngen 2003). Nach § 22 BBiG kann ein Ausbildungsverhältnis während der Probezeit (maximal 4 Monate) von beiden Seiten jederzeit und ohne Einhalten einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Nach der Probezeit ist eine ordentliche Kündigung nur noch seitens der Auszubildenden möglich; will der Ausbildungsbetrieb den Vertrag auflösen, muss dieser – in Anbetracht der besonderen Bedeutung des Ausbildungsverhältnisses für die berufliche Entwicklung – erst einen „wichtigen Grund" vorbringen. An diesen sind umso strengere Anforderungen zu stellen, je länger das Ausbildungsverhältnis bereits bestanden hat (Bundesarbeitsgericht v. 10.05.1973, 2 AZR 328/72).

Vorzeitig gelöste Verträge sind dabei jedoch keinesfalls mit einem endgültigen Ausbildungsabbruch gleichzusetzen. Etwa die Hälfte der Auszubildenden mit gelöstem Ausbildungsvertrag, so ergab eine Studie zu Vertragslösungen und Ausbildungsabbrüchen aus dem Jahre 2002, schließt erneut einen Ausbildungsvertrag ab und bleibt dem dualen System damit erhalten (vgl. Schöngen 2003, S. 37).

Zwar sind Vertragslösungen nicht gänzlich vermeidbar und können durchaus notwendig und sinnvoll sein (vgl. Bessey/Backes-Gellner 2008), dennoch erscheinen Bemühungen zur Vermeidung von vorzeitigen Vertragslösungen aus verschiedenen Gründen erforderlich.[146] Vertragslösungen bedeuten immer auch einen Ressourcenverlust und können stark demotivierende Effekte zur Folge haben, im schlimmsten Fall führen sie zum Ausstieg aus der Bildungsbeteiligung sowohl des Jugendlichen als auch des Ausbildungsbetriebs (vgl. Jasper u. a. 2009). Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird eine Senkung der Lösungsquote als strategischer Ansatz für eine bessere Ausschöpfung des Ausbildungspotenzials diskutiert (vgl. Ulmer/Ulrich 2008).

E Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge (kurz: Vertragslösungen) der Berufsbildungsstatistik

Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge sind definiert als vor Ablauf der im Berufsausbildungsvertrag genannten Ausbildungszeit gelöste Ausbildungsverträge. Eine Form[147] der vorzeitigen Auflösung eines Berufsausbildungsverhältnisses stellt dabei die Kündigung von Ausbildungsverträgen dar. Sie wird im Berufsbildungsgesetz explizit geregelt:

„§ 22 BBiG Kündigung
(1) Während der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis jederzeit ohne Einhalten einer Kündigungsfrist gekündigt werden.
(2) Nach der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis nur gekündigt werden
1. aus einem wichtigen Grund ohne Einhalten einer Kündigungsfrist,
2. von Auszubildenden mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen, wenn sie die Berufsausbildung aufgeben oder sich für eine andere Berufstätigkeit ausbilden lassen wollen.
(3) Die Kündigung muss schriftlich und in den Fällen des Absatzes 2 unter Angabe der Kündigungsgründe erfolgen.
(4) Eine Kündigung aus einem wichtigen Grund ist unwirksam, wenn die ihr zugrunde liegenden Tatsachen dem zur Kündigung Berechtigten länger als zwei Wochen bekannt sind.

146 Siehe hierzu z. B. die JOBSTARTER-Initiative VerA: **http://www.jobstarter.de/de/1760.php.**

147 Weitere Fälle vorzeitiger Vertragslösung können sein: der Abschluss von Aufhebungsvereinbarungen; das Schließen eines gerichtlichen Vergleichs, der eine Aufhebung zum Gegenstand hat; die Anfechtung des Ausbildungsvertrags, z. B. wegen Irrtums oder wegen Täuschung nach §§ 119 ff. BGB; der Tod des Auszubildenden (nicht der Tod des Ausbildenden, da dann in der Regel dessen Rechtsnachfolger Ausbilder wird); die tatsächliche Beendigung wegen Fernbleibens von der Ausbildung oder wegen unterlassener Ausbildung.

Ist ein vorgesehenes Güteverfahren vor einer außergerichtlichen Stelle eingeleitet, so wird bis zu dessen Beendigung der Lauf dieser Frist gehemmt."

In der Berufsbildungsstatistik (siehe E in **Kapitel A4.2.1** und E in **Kapitel A4.3**) werden als Vertragslösungen grundsätzlich nur solche Verträge erfasst, die tatsächlich angetreten wurden. Bereits vor dem Beginn der Ausbildung gelöste Ausbildungsverträge gehen somit nicht in die Meldungen ein.

Revision der Berufsbildungsstatistik ab Berichtsjahr 2007

Seit der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung wird für jeden gemeldeten Ausbildungsvertrag erhoben, ob er gelöst wurde oder nicht. Das jeweilige Ausbildungsjahr sowie der Zeitraum zwischen Vertragsbeginn und -lösung kann auf Basis der gemeldeten Variablen berechnet werden. Erst die Individualdaten ermöglichen überdies, die Zahl der gelösten Verträge und die Vertragslösungsquote nach allen in der Berufsbildungsstatistik erhobenen Variablen auszuwerten (z. B. Lösungsquoten differenziert nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Schulabschluss der Auszubildenden). Außerdem können Kohortendatensätze gebildet werden, auf deren Basis man den Ausbildungsverlauf einer Anfängerkohorte analysieren kann; bislang können die ersten 24 Monate nach Ausbildungsbeginn (maximal bis zur Vertragslösung oder einem sonstigen Ende des Ausbildungsvertrages) für die Anfängerkohorte 2008 betrachtet werden (vgl. Uhly 2012).

Die Umsetzung der umfassenden Neuerungen der Berufsbildungsstatistik ist in den ersten Jahren nicht ohne größere Meldeprobleme erfolgt[148], die insbesondere auch die Lösungsdaten betrafen. Deshalb wurden im Jahr 2007 keine Lösungsdaten veröffentlicht, und auch für die Daten des Berichtsjahres 2008 wurden die neuen Auswertungsmöglichkeiten der Berufsbildungsstatistik noch nicht genutzt. Seit dem Berichtsjahr 2009 sind zwar noch nicht alle Meldeprobleme behoben (siehe hierzu → **Tabelle A4.7-1**), die Datenlage hat sich jedoch deutlich verbessert.

Zu beachten ist weiterhin, dass *Vertragslösungen nicht mit Ausbildungsabbrüchen gleichzusetzen* sind. Ein Großteil der Jugendlichen mit gelöstem Ausbildungsvertrag schließt erneut einen Ausbildungsvertrag im dualen System ab. Da im Rahmen der Berufsbildungsstatistik keine feste Personennummer (die über alle Jahre und auch bei Vertragswechsel hinweg gleichbleibend ist) erfasst wird, liegen leider auch nach der Revision der Berufsbildungsstatistik keine echten Verlaufsdaten vor; der Verbleib der Auszubildenden mit gelöstem Vertrag kann auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht nachgezeichnet werden (vgl. Uhly 2006, S. 58). Allerdings kann der Ausbildungsverlauf bis zur Vertragslösung betrachtet werden.

Im Folgenden wird das Vertragslösungsgeschehen 2010 auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (**vgl. E in Kapitel A4.2.1** und **E in Kapitel A4.3**) dargestellt. Auf eine Betrachtung der Vertragslösungen im längerfristigen Zeitverlauf wird hier verzichtet (siehe hierzu BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.7 und Uhly 2012a), zum einen, da seit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik Meldeprobleme insbesondere auch bezüglich der Vertragslösungsdaten aufgetreten sind, die eine Vergleichbarkeit der Daten im Zeitverlauf mindern; zum anderen, da hier der Schwerpunkt auf neue Möglichkeiten der Auswertung auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik gelegt wird. Die Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf eine Individualdatenerfassung ermöglicht eine exaktere Berechnung der Vertragslösungsquote nach dem Schichtenmodell E. Zudem können Lösungsquoten nun auch getrennt für verschiedene Personengruppen von Auszubildenden berechnet werden. Außerdem lässt sich die monatsgenaue Dauer zwischen Vertragsbeginn und vorzeitiger Lösung ermitteln. Und schließlich kann für eine Anfängerkohorte der Ausbildungsverlauf in den ersten 24 Monaten nach Vertragsbeginn (bis zum Zeitpunkt der Lösung oder einem sonstigen Ende des Ausbildungsvertrages) betrachtet werden.

Vertragslösungsquote nach dem Schichtenmodell

Die Vertragslösungsquote gibt den Anteil der Vertragslösungen an den begonnenen Ausbildungsverhältnissen wieder. Die Berechnung der Lösungsquote durch das BIBB erfolgt nach einem sogenannten Schichtenmodell E; die so berechnete Quote kann als Näherungswert für den Anteil der gelösten

148 Siehe hierzu **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berichtsjahre.pdf**.

Ausbildungsverträge an den im Berichtsjahr begonnenen Ausbildungsverträgen interpretiert werden. Auf Basis der früheren Aggregatdaten der Berufsbildungsstatistik konnte die Lösungsquote nur suboptimal berechnet werden. Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik werden die erforderlichen Angaben erfasst, sodass sich nun die Lösungsquote exakter berechnen lässt. Nachdem bei den Auszubildendendaten schwerwiegendere Umsetzungsprobleme der revidierten Berufsbildungsstatistik überwunden sind, wird die Neuberechnung der Vertragslösungsquote seit dem Berichtsjahr 2009 umgesetzt. Die im Folgenden dargestellten Lösungsquoten wurden alle nach der neuen Berechnungsweise des Schichtenmodells berechnet.[149]

Im Berichtsjahr 2010 wurden bundesweit 142.242 Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst. Damit lag die Lösungsquote bei 23,0 % und ist gegenüber dem Vorjahr (22,1 %) leicht gestiegen → **Tabelle A4.7-1**. Im Vergleich zur Studienabbruchquote von Studierenden deutscher Hochschulen, die für den Absolventenjahrgang 2010 für Diplomstudiengänge 23 % und für Bachelorstudiengänge 28 % (Heublein u. a. 2012), fällt die Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge im dualen System vergleichsweise moderat aus. Insbesondere da auch zu berücksichtigen ist, dass ein Großteil der Auszubildenden mit gelöstem Vertrag die duale Ausbildung noch fortsetzt (also keine endgültigen Ausbildungsabbrecher/-innen darstellen) und dass die Studienabbruchquote dagegen nur den Anteil der deutschen Studienanfänger/-innen angibt, die überhaupt kein Studium abschließen.[150] Dennoch muss konstatiert werden, dass die Lösungsquote trotz Maßnahmen zur Vermeidung von Vertragslösungen und Ausbildungsabbrüchen[151] und trotz einer Verbesserung der Ausbildungsstellenmarktlage in 2010 (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A1) auch im Berichtsjahr 2010 nicht gesenkt werden konnte. Aufgrund noch bestehender partieller Unregelmäßigkeiten hinsichtlich der Datenmeldungen ist zwar auch hinsichtlich des Vorjahresvergleichs der Lösungsquoten Vorsicht geboten, doch kann man feststellen, dass nahezu in allen Zuständigkeitsbereichen und Ländern[152] die Lösungsquote gestiegen ist. Was die Ursachen hierfür sind, kann allein auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik nicht beurteilt werden. Allerdings war auch schon in der Vergangenheit zu beobachten, dass sich die Lösungsquote in Zeiten einer Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt erhöht und bei zunehmendem Ausbildungsplatzmangel abnimmt (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006, Teil II, Kapitel 2.2.4, S. 121).

Die Lösungsquote variiert deutlich zwischen den Zuständigkeitsbereichen und Ländern → **Tabelle A4.7-1**. In den Berufen des Handwerks zeigt sich mit 28,6 % im Bundesdurchschnitt die höchste Lösungsquote, gefolgt von den Berufen der Hauswirtschaft mit 24,5 %. Eine extrem niedrige durchschnittliche Lösungsquote von nur 6,2 % ergibt sich lediglich in den Berufen des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst. In allen anderen Zuständigkeitsbereichen liegt sie bei 20 % bis 23 %. Auch zwischen den Ländern unterscheiden sich die Lösungsquoten, sie reichen von durchschnittlich 19,5 % in Baden-Württemberg bis hin zu 31,5 % in Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt fallen die Lösungsquoten in Ostdeutschland eher höher aus[153]; allerdings liegen sie auch in Schleswig-Holstein, im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Hamburg bei 25 % bis 28 %. Die auffallend niedrigen Werte in der Land- und/oder Hauswirtschaft in den Ländern Bremen, Hamburg und Sachsen sind mit großer Wahrscheinlichkeit auf Meldefehler zurückzuführen und stellen eine deutliche Untererfassung dar. Da beide Bereiche, gemessen an allen begonnenen Ausbildungsverträgen, vergleichsweise klein ausfallen, verzerren diese Fehlmeldungen die Lösungsdaten insgesamt in nur geringem Maße.

149 Die Wahl des Schichtenmodells und dessen frühere Umsetzung auf Basis der Aggregatdaten wird von Werner (2003) erläutert; in diesem Sammelband findet man außerdem eine Diskussion weiterer Modelle zur Berechnung von Vertragslösungsquoten.

150 Fach- und Hochschulwechsel, die zu einem Abschluss führen, bedeuten also keinen Studienabbruch.

151 Vgl. Jasper u. a. 2009, S. 15 ff.; siehe auch JOBSTARTER-Initiative VerA: **http://www.jobstarter.de/de/1760.php** sowie die Zielformulierung des Ausbildungspaktes: **http://bmwi.de/BMWi/Navigation/Ausbildung-und-Beruf/ausbildungspakt.html**.

152 Ausnahmen: Für Berlin und Brandenburg ergeben sich auf Basis der Datenmeldungen geringere Lösungsquoten in 2010 (allerdings auf sehr hohem Niveau), und für Nordrhein-Westfalen bleibt die Lösungsquote nahezu auf dem Niveau des Vorjahres.

153 Hierbei ist allerdings zu beachten, dass Vertragslösungen auch bei einem Wechsel von einem öffentlich finanzierten in ein betrieblich finanziertes Berufsausbildungsverhältnis auftreten können. Zumindest aus Brandenburg liegen entsprechende Hinweise vor.

Tabelle A4.7-1: **Vertragslösungsquote in % der begonnenen Ausbildungsverträge[1] nach Zuständigkeitsbereichen[2] und Ländern 2010, Bundesgebiet 2009 sowie 2010**

Land	LQ_{neu} 2010						LQ_{neu} 2010	LQ_{neu} 2009
	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Land-wirtschaft[3]	Freie Berufe	Haus-wirtschaft[3]	Insgesamt	Insgesamt
Baden-Württemberg	17,2	24,9	2,6	18,1	23,7	24,9	19,5	18,3
Bayern	17,8	25,6	5,5	14,3	23,6	18,9	20,4	18,8
Berlin (ab 1991 mit Berlin-Ost)	28,2	24,6	6,9	32,2	31,0	39,8	27,1	28,8
Brandenburg	26,7	29,7	5,5	27,4	26,5	27,5	26,8	27,4
Bremen[3]	19,0	37,5	15,0	0,0	23,7	32,8	23,1	21,7
Hamburg[3]	22,1	38,3	6,1	10,0	28,8	6,0	25,4	24,3
Hessen	20,5	27,5	6,2	28,5	23,3	–	22,2	21,1
Mecklenburg-Vorpommern	31,1	37,1	7,5	33,9	23,9	32,9	31,5	30,2
Niedersachsen	21,4	26,6	6,5	18,5	20,2	23,2	22,6	21,5
Nordrhein-Westfalen	19,5	29,2	7,8	20,9	21,6	24,0	22,2	22,0
Rheinland-Pfalz	21,8	32,6	9,8	28,3	18,3	36,0	25,0	24,4
Saarland	21,4	42,5	5,7	34,2	15,6	41,2	27,9	24,5
Sachsen[3]	26,6	31,3	6,6	1,3	21,5	0,0	25,7	23,4
Sachsen-Anhalt	29,1	34,4	5,2	20,3	23,3	21,1	29,2	26,7
Schleswig-Holstein	25,4	30,4	6,6	26,2	19,4	–	26,2	24,6
Thüringen	25,4	35,4	7,2	25,1	30,6	28,4	27,7	25,2
Bundesgebiet (LQ_{neu}) 2010	**21,1**	**28,6**	**6,2**	**20,1**	**22,8**	**24,5**	**23,0**	
Bundesgebiet (LQ_{neu}) 2009	**20,2**	**27,7**	**5,0**	**18,6**	**21,3**	**22,6**	**22,1**	

[1] Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge; zur Berechnung des Anteils fließen Daten aus den 4 letzten Berichtsjahren ein.
[2] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe.
[3] Die auffallend niedrigen Werte in der Land- und/oder Hauswirtschaft in den Ländern Bremen, Hamburg und Sachsen sind mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auf Meldefehler zurückzuführen und stellen eine deutliche Untererfassung dar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2007–2010. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

E **Lösungsquote (Schichtenmodell, neue Berechnungsweise) des BIBB**

Das BIBB berechnet die Lösungsquote als Anteil der vorzeitigen Vertragslösungen an allen begonnenen Ausbildungsverträgen. Zu Letzteren werden dabei nicht nur die Neuabschlüsse, sondern auch jene im Kalenderjahr begonnenen Ausbildungsverträge gezählt, die bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres wieder gelöst wurden. Zwar werden für das jeweilige Berichtsjahr alle gelösten Ausbildungsverträge einbezogen (nicht nur die im Berichtsjahr begonnenen Verträge), dennoch wird die Lösungsquote nicht als Anteil an dem gesamten Bestand an Ausbildungsverträgen berechnet. Denn die Berechnung bezogen auf die Bestandszahl an Auszubildenden würde das faktische Ausmaß an Lösungen unterschätzen. Im Bestand sind aus den in den Vorjahren begonnenen Ausbildungsverträgen nur noch die Verträge enthalten, die nicht gelöst wurden, es sind Verträge mit geringerer Lösungswahrscheinlichkeit.

Berechnet man die Lösungsquote als Anteil an den begonnenen Verträgen, kann die Lösungszahl eines Jahres jedoch nicht alleine in Relation zur Zahl der begonnenen Verträge des betrachteten Jahres gesetzt werden. Denn die gelösten Verträge stammen aus unterschiedlichen Beginnjahrgängen. Insbesondere wenn man die Lösungsquote für einzelne Berufe oder Berufsgruppen berechnet, ist zu beachten, dass die Größe der Beginnjahrgänge von Jahr zu Jahr deutlich schwanken kann.

Deshalb berechnet das BIBB die Lösungsquote als Schichtenmodell, indem die Lösungen des aktuellen Berichtsjahres differenziert werden nach dem jeweiligen Jahr des Beginns des gelösten Ausbildungsvertrages. Es werden Teilquoten für die einzelnen Beginnjahre berechnet, die dann zur Lösungsquote summiert werden. Die so berechnete Quote kann interpretiert werden als die näherungsweise Berechnung des Anteils der gelösten Ausbildungsverträge an den im Berichtsjahr begonnenen Ausbildungsverträgen.[154] Auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik lassen sich jetzt auch Kohortendatensätze bilden, die die Analyse des Ausbildungsverlaufs (bis zur Vertragslösung oder einem sonstigen Ende des Ausbildungsvertrages) erlauben. Auf Basis dieser Kohortendatensätze kann ex post der genaue Anteil der gelösten Verträge berechnet werden (man muss also nicht auf eine näherungsweise Berechnung zurückgreifen), allerdings lässt sich dies bislang nur für die Anfängerkohorte des Jahres 2008 berechnen, und für diese können auch nur 24 Monate nach Beginn des Vertrages beobachtet werden (also ist bislang auch nicht der Anteil der Lösungen im gesamten Ausbildungsverlauf der Anfängerkohorte zu ermitteln). Deshalb wird weiterhin das Schichtenmodell angewandt. Die ex post berechneten Lösungsquoten der Anfängerkohorte 2008 zeigen jedoch, dass die mittels Schichtenmodell berechneten Lösungsquoten plausible Werte darstellen (vgl. Uhly 2012).

Die Lösungsquote wird entsprechend folgender Formel auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik berechnet:

$$LQ_{neu} = \frac{\text{Lösungen im aktuellen Berichtsjahr, die Beginn des Ausbildungsvertrages in t hatten}}{\text{Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge in t}} + \frac{\text{Lösungen im aktuellen Berichtsjahr, die Beginn des Ausbildungsvertrages in (t–1) hatten}}{\text{Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge in (t–1)}} + \frac{\text{Lösungen im aktuellen Berichtsjahr, die Beginn des Ausbildungsvertrages in (t–2) hatten}}{\text{Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge in (t–2)}} + \frac{\text{Lösungen im aktuellen Berichtsjahr, die Beginn des Ausbildungsvertrages in (t–3) oder früher hatten}}{\text{Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge in (t–3)}} \times 100$$

LQ: Lösungsquote; t: aktuelles Berichtsjahr; t–1: Vorjahr; t–2: Vorvorjahr; t–3: Vorvorvorjahr

Begonnene Ausbildungsverträge: Ausbildungsvertrag mit Beginnjahr = Berichtsjahr (Neuabschlüsse + begonnene Ausbildungsverträge, die bis zum 31. Dezember des Berichtsjahres wieder gelöst wurden)

Die Lösungen werden nach dem Vertragsbeginn differenziert und auf die Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge mit entsprechendem Beginndatum bezogen. Die Lösungsdaten stammen aus dem aktuellen Berichtsjahr, die Zahl der begonnenen Ausbildungsverträge aus den letzten 4 Berichtsjahren. Da vor 2007 noch keine Individualdaten mit entsprechenden Differenzierungsmöglichkeiten vorlagen, können erst seit dem Berichtsjahr 2010 4 Teilquoten berechnet werden.

Zum Vergleich der neuen Berechnungsweise (LQ_{neu}) mit der früheren (LQ_{alt}) des Schichtenmodells siehe BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.8.

Berechnet man die Lösungsquoten für Teilgruppen, werden die einzelnen Bestandteile der Lösungsquotenformel entsprechend für diese Teilgruppen berechnet. Die Lösungsquoten können grundsätzlich nach allen erhobenen Merkmalen differenziert werden (Geschlecht, Vorbildung etc.); allerdings ist dabei zu beachten, dass einige neuen Variablen in den ersten Jahren untererfasst sind, was zur Verzerrung der Lösungsquote führen kann, da hierbei Basisdaten aus 4 Berichtsjahren verwendet werden (denn dann ist auch die Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge, die das entsprechende Merkmal aufweisen,

154 Im Berichtsjahr 2010 ist noch unbekannt, wie viele der in 2010 begonnenen Ausbildungsverhältnisse in 2011 oder später gelöst werden. Die in 2009 oder früher begonnenen und in 2010 gelösten Verträge können als stellvertretende Größen hierfür betrachtet werden. Zur detaillierten Beschreibung des Schichtenmodells und dessen Interpretation siehe Ebbinghaus/Gericke/Uhly 2012; außerdem Erläuterungen im Online-Datensystem Auszubildende des BIBB (DAZUBI) unter **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf**.

untererfasst). Da insbesondere im Jahr 2008 relativ viele Ausbildungsverträge ohne den allgemeinbildenden Schulabschluss gemeldet wurden, führt dies zu einer Überschätzung der Lösungsquoten nach Schulabschluss bei den Lösungsquoten 2009 (es wird durch eine zu geringe Anzahl von in 2008 begonnenen Verträgen dividiert). BIBB-Hochrechnungen für das Berichtsjahr 2009 haben jedoch ergeben, dass die Überschätzung der Lösungsquoten nach Schulabschlüssen gering ausfällt (maximal ein Prozentpunkt) und die Ergebnisse zu den Lösungsquoten ansonsten auch nicht verändert werden. Für die Lösungsquoten des Berichtsjahres 2010 fällt diese Verzerrung noch geringer aus. Für die Verträge, die mit der Kategorie „im Ausland erworbener Abschluss, der nicht zuordenbar ist" gemeldet wurden, ist die Berechnung einer Lösungsquote derzeit nicht sinnvoll (vgl. hierzu **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf**).

Tabelle A4.7-2: **Ausbildungsberufe[1] mit den höchsten und niedrigsten Vertragslösungsquoten in %[2], Bundesgebiet 2010**

Ausbildungsberufe mit den höchsten Lösungsquoten	Zuständigkeitsbereich[3]	Neuabschlüsse	Lösungsquote (LQ_{neu})	Ausbildungsberufe mit den niedrigsten Lösungsquoten	Zuständigkeitsbereich[3]	Neuabschlüsse	Lösungsquote (LQ_{neu})
Restaurantfachmann/-fachfrau	IH/HwEx	5.304	47,6	Verwaltungsfachangestellte/-r	ÖD/Hw	5.205	3,4
Koch/Köchin	IH/HwEx	14.247	46,3	Kaufmann/Kauffrau für Verkehrsservice	IH	345	4,9
Servicekraft für Schutz und Sicherheit	IH	279	45,9	Elektroniker/-in für Automatisierungstechnik	IH/HwEx	1.704	5,1
Fachkraft im Gastgewerbe	IH/HwEx	3.555	42,1	Fluggerätmechaniker/-in	IH/HwEx	702	5,4
Gerüstbauer/-in	Hw/IH	435	41,3	Forstwirt/-in	Lw	621	5,5
Fachkraft für Schutz und Sicherheit	IH	987	41,1	Justizfachangestellte/-r	ÖD	717	6,0
Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie	IH/HwEx	2.583	40,9	Bankkaufmann/-kauffrau	IH	13.113	6,0
Berufskraftfahrer/-in	IH/HwEx	2.466	39,8	Fachangestellte/-r für Medien- und Informationsdienste	IH/ÖD	645	6,6
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice	IH/HwEx	528	39,6	Verfahrensmechaniker/-in in der Hütten- und Halbzeugindustrie	IH	417	6,6
Friseur/-in	Hw	14.139	39,5	Schifffahrtskaufmann/-kauffrau	IH	345	6,8

[1] Ausbildungsberufe, in denen mindestens 300 neue Ausbildungsverträge im Jahr 2010 begonnen hatten.
[2] Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge; zur Berechnung des Anteils fließen Daten aus den 4 letzten Berichtsjahren ein.
[3] IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; HwEx = IH-Beruf im Handwerk ausgebildet; ÖD = Öffentlicher Dienst; Lw = Landwirtschaft.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2007–2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Berechnungen des BIBB.

Lösungsquoten in Ausbildungsberufen

Die Lösungsquoten variieren auch deutlich zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen →**Tabelle A4.7-2**. Betrachtet man die Berufe[155] mit den jeweils höchsten und niedrigsten Lösungsquoten, ergeben sich weitgehend übereinstimmende Ergebnisse gegenüber den Vorjahren. Unter den Berufen mit sehr hohen Lösungsquoten von 40 % bis 48 % sind vor allem die Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes (Restaurantfachmann/-fachfrau, Koch/Köchin, Fachkraft im Gastgewerbe, Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie) sowie weitere primäre Dienstleistungsberufe[156] (Servicekraft für Schutz und Sicherheit sowie Fachkraft für Schutz und Sicherheit, Gerüstbauer/-in, Berufskraftfahrer/-in und Fachkraft für Möbel-, Küchen-

155 Einbezogen wurden duale Ausbildungsberufe mit mindestens 300 neu begonnenen Verträgen im Jahre 2010.

156 Zur Unterscheidung von primären und sekundären Dienstleistungsberufen sowie Fertigungsberufen **siehe Kapitel A4.4**.

Tabelle A4.7-3: **Vertragslösungsquote (in %)[1] in den 20 am stärksten besetzten dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 2010**

Duale Ausbildungsberufe (BBiG/HwO)	Zuständigkeits-bereich[2]	Neuabschlüsse	Vertragslösungsquoten (LQ_{neu})				
			Insgesamt	Frauen	Männer	Ausländer/-innen	Deutsche
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	IH/HwEx	33.345	20,7	19,8	21,9	24,6	20,4
Verkäufer/-in	IH/HwEx	27.438	28,8	27,8	30,4	30,6	28,6
Bürokaufmann/-kauffrau	IH/Hw	21.093	21,5	20,5	24,1	25,2	21,3
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	Hw/IH	18.681	19,4	25,7	19,2	24,9	19,1
Industriekaufmann/-kauffrau	IH/HwEx	17.985	7,4	7,1	7,9	11,1	7,3
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	IH/HwEx	14.751	13,0	12,4	13,4	20,6	12,7
Koch/Köchin	IH/HwEx	14.247	46,3	46,3	46,3	50,4	46,1
Friseur/-in	Hw	14.139	39,5	38,4	48,3	38,0	39,8
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	FB	14.052	21,0	20,9	31,1	25,4	20,6
Bankkaufmann/-kauffrau	IH	13.113	6,0	5,6	6,5	8,9	5,9
Industriemechaniker/-in	IH/HwEx	12.918	7,5	8,3	7,5	13,2	7,3
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	IH/HwEx	12.804	22,5	20,9	28,4	32,3	21,9
Hotelfachmann/-fachfrau	IH/HwEx	11.307	36,2	35,9	37,2	40,4	36,0
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	IH/HwEx	11.286	34,7	34,2	40,0	36,7	34,5
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r	FB	10.929	24,2	24,1	43,9	25,0	24,1
Elektroniker/-in	Hw	10.818	26,4	24,5	26,4	32,6	26,0
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	Hw/IH	10.362	27,6	29,9	27,6	31,8	27,3
Fachkraft für Lagerlogistik	IH/HwEx	9.885	20,4	15,9	20,9	27,7	20,0
Maler/-in und Lackierer/-in	Hw	9.510	35,8	36,5	35,7	34,5	35,9
Fachinformatiker/-in	IH/HwEx	8.730	12,9	18,8	12,5	24,3	12,7
Duale Ausbildungsberufe insgesamt		**559.032**	**23,0**	**23,6**	**22,6**	**29,2**	**22,6**

[1] Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge; zur Berechnung des Anteils fließen Daten aus den 4 letzten Berichtsjahren ein.
[2] IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; HwEx = IH-Beruf im Handwerk ausgebildet; ÖD = Öffentlicher Dienst; FB = Freie Berufe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2007–2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des BIBB.

und Umzugsservice, Friseur/-in) vertreten. Dagegen weisen neben den Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst (Verwaltungsfachangestellte/-r, Justizfachangestellte/-r und Fachangestellte/-r für Medien- und Informationsdienste) vor allem sekundäre Dienstleistungsberufe (Kaufmann/Kauffrau für Verkehrsservice, Bankkaufmann/-kauffrau, Schifffahrtskaufmann/-kauffrau) mit 3 % bis 7 % sehr niedrige Lösungsquoten auf. Aber auch bei einigen Produktionsberufen war der Anteil vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge sehr gering. Unter die 10 Berufe mit den geringsten Lösungsquoten fallen auch die Produktionsberufe Elektroniker/-in für Automatisierungstechnik, Fluggerätmechaniker/-in sowie Verfahrensmechaniker/-in in der Hütten- und Halbzeugindustrie. Auch der Landwirtschaftsberuf Forstwirt/-in weist mit 5,5 % eine sehr geringe Lösungsquote auf.

Betrachtet man die 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe des dualen Systems → **Tabelle A4.7-3**, die zusammen mehr als die Hälfte aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge umfassen, so zeigt sich auch hier die große Bandbreite an Lösungsquoten von 6 % bis 46 %.

Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik ist eine Differenzierung von Lösungen und Lösungsquoten nach allen erfassten Merkmalen der Berufsbildungsstatistik möglich. Erstmals lassen sich damit neben berufsspezifischen und regionalen Lösungsquoten auch personengruppenspezifische Quoten berechnen. Zudem können multivariate Zusammenhänge zwischen verschiedenen berufs-, personenbezogenen und regionalen Variablen einerseits sowie der „Lösungswahrscheinlichkeit“ andererseits betrachtet werden.

Lösungsquoten nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit

In den meisten der 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe ist zwar die Lösungsquote der Verträge von Frauen geringer als die der Männer → **Tabelle A4.7-3**. Im Gesamtdurchschnitt zeigt sich jedoch – wie auch nach der näherungsweisen Berechnung früherer Berichtsjahre – auch im Berichtsjahr 2010, dass die Lösungsquote der mit Frauen abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit durchschnittlich 23,6 % insgesamt etwas höher ausfällt als die der Männer (22,6 %) → **Tabelle A4.7-4**. Bei den Frauen finden die Lösungen häufiger zu einem früheren Zeitpunkt statt (während der Probezeit bzw. im ersten Jahr nach Ausbildungsbeginn) als bei den Männern. Höhere Lösungsquoten der Frauen ergeben sich in den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie insbesondere in der Landwirtschaft und im Handwerk. In den Ausbildungsberufen der Hauswirtschaft, der freien Berufe und des öffentlichen Dienstes fallen die Lösungsquoten der Frauen niedriger aus als die der Männer. Auffallend ist, dass die Lösungsquoten der Frauen in jenen Zuständigkeitsbereichen besonders hoch ausfallen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind; umgekehrt fallen die Lösungsquoten der Männer in den Zuständigkeitsbereichen vergleichsweise hoch aus, in denen der Männeranteil an den Auszubildenden geringer ist.[157]

Deutliche Unterschiede in den Lösungsquoten zeigen sich auch bei den Verträgen der Auszubildenden mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit → **Tabelle A4.7-4**. Von den Ausbildungsverträgen der ausländischen Auszubildenden werden im Durchschnitt 29,2 % vorzeitig gelöst, von den Ausbildungsverträgen der Auszubildenden mit deutschem Pass nur 22,6 %; höhere Lösungsquoten bei den ausländischen Auszubildenden ergeben sich in nahezu allen Zuständigkeitsbereichen; Ausnahme ist der Zuständigkeitsbereich öffentlicher Dienst, in diesen dualen Berufen befindet sich allerdings nur ein sehr geringer Anteil an ausländischen Jugendlichen in Ausbildung. Die Abstände fallen in der Landwirtschaft, in Industrie und Handel sowie im Handwerk am höchsten aus. Bei den freien Berufen fällt der Abstand der Lösungsquoten von Ausbildungsverträgen mit ausländischen und deutschen Jugendlichen nur gering aus. Auch bei den 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen des dualen Systems ergeben sich in nahezu allen dieser Berufe größere Lösungsquoten bei den Ausbildungsverträgen ausländischer Auszubildender → **Tabelle A4.7-3**. Teilweise sind die Unterschiede in den Lösungsquoten zwischen deutschen und ausländischen Auszubildenden auch auf Unterschiede hinsichtlich des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses zurückzuführen.

Lösungsquoten nach allgemeinbildendem Schulabschluss

Bei der Betrachtung der Lösungsquoten nach dem zuvor erworbenen allgemeinbildenden Schulabschluss → **Tabelle A4.7-4** zeigt sich deutlich, dass die Lösungsquote umso höher ausfällt, je niedriger der allgemeinbildende Schulabschluss der Auszubildenden ist (**vgl. Kapitel A4.6.2**). So weisen Auszubildende ohne Hauptschulabschluss mit 37,4 % eine nahezu dreimal höhere Lösungsquote auf als Studienberechtigte (13,2 %). Bei den Verträgen der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss beträgt die Lösungsquote 32,2 %, die Verträge von Auszubildenden mit Realschulabschluss werden zu 20,2 % vorzeitig gelöst. Diese Rangfolge der Abschlussgruppen ergibt sich in fast allen Zuständigkeitsbereichen; lediglich in den Ausbildungsberufen der Hauswirtschaft fällt

157 In den Bereichen Landwirtschaft und Handwerk sind mehr als 70 % aller Auszubildenden Männer. In den Bereichen öffentlicher Dienst, freie Berufe und Hauswirtschaft beträgt der Frauenanteil 65 % bis 95 % (**vgl. Kapitel A4.2.1**). Auf Basis der Betrachtung von Lösungsquoten bei einzelnen (männlich bzw. weiblich dominierten) Ausbildungsberufen weist auch Huth (2000, S. 37 f.) auf einen solchen Zusammenhang hin.

Tabelle A4.7-4: **Vertragslösungsquoten (LQ_{neu} in %)[1] nach Personenmerkmalen und Zuständigkeitsbereichen[2], Bundesgebiet 2010**

Personenmerkmal	Insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Land-wirtschaft	Freie Berufe	Haus-wirtschaft
Geschlecht							
männlich	22,6	20,3	27,1	7,6	19,4	25,9	29,9
weiblich	23,6	22,2	32,5	5,4	22,5	22,6	24,0
Staatsangehörigkeit							
deutsche Staatsangehörigkeit	22,6	20,7	28,3	6,2	20,0	22,6	24,4
ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Ausländer/-innen)	29,2	28,3	33,2	5,4	26,3	24,4	26,5
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss[3]							
ohne Hauptschulabschluss	37,4	41,0	37,3	12,5	26,1	40,3	27,5
mit Hauptschulabschluss	32,2	33,2	32,4	10,0	23,6	29,4	25,5
mit Realschulabschluss	20,2	19,6	23,2	6,1	15,6	22,0	16,4
mit Studienberechtigung	13,2	12,2	18,8	5,8	13,2	19,7	17,8
Insgesamt	**23,0**	**21,1**	**28,6**	**6,2**	**20,1**	**22,8**	**24,5**

[1] Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge.
[2] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe.
[3] Geringfügige Verzerrung der Lösungsquote nach Schulabschlüssen aufgrund eines größeren Anteils fehlender Angaben zum Schulabschluss im Berichtsjahr 2008 insbesondere im Bereich IH; Überschätzung der Lösungsquote, allerdings um maximal 0,5 Prozentpunkte.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2007–2010. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

die Lösungsquote bei den Ausbildungsverträgen der Studienberechtigten höher aus als die der Auszubildenden mit Realschulabschluss.

Obwohl die Lösungsquoten im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel insgesamt leicht unterdurchschnittlich ausfallen, ergeben sich hier bei den Verträgen der Auszubildenden mit maximal Hauptschulabschluss sogar etwas höhere Quoten als im Zuständigkeitsbereich Handwerk. Für die Ausbildungsverträge der Jugendlichen mit mindestens Realschulabschluss gilt jedoch, dass die Lösungsquoten jeweils im Handwerk und in den freien Berufen am höchsten ausfallen. In den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes fallen die Lösungsquoten in allen Schulabschlussgruppen deutlich unterdurchschnittlich aus.

Insgesamt ist bei all diesen bivariaten Befunden jedoch zu beachten, dass eine höhere Lösungsquote bei einer bestimmten Personengruppe nicht bedeutet, dass diese Personen in stärkerem Maße Verträge lösen, die Ausbildung oder den Ausbildungsbetrieb wechseln oder gar gänzlich die Berufsausbildung abbrechen. Ebenso wenig kann man schlussfolgern, dass Ausbildungsbetriebe grundsätzlich eher die Ausbildungsverträge mit diesen Jugendlichen lösen. Zum einen erfasst die Berufsbildungsstatistik nicht, von welcher Seite der Vertragspartner die Lösung ausging und was der Grund für die Lösung war. Zum anderen sind die Zusammenhänge komplex. Lösungen können bei einer Personengruppe hoch ausfallen, weil sie stärker in Ausbildungsberufen, Betrieben oder Regionen mit hohen Lösungsquoten zu finden sind. Zum anderen können die Lösungsquoten in Berufen höher oder niedriger ausfallen, weil Personen mit geringerer Lö-

sungswahrscheinlichkeit in diesen Berufen zu finden sind oder weil sie in Betrieben, Branchen oder Regionen mit geringeren Lösungsquoten vorzufinden sind.

Zur Klärung dieser komplexen Zusammenhänge, die zu höheren oder niedrigeren Vertragslösungsquoten führen, besteht noch ein erheblicher Forschungsbedarf (vgl. Jasper u. a. 2009). Teilweise sind hierzu Forschungsprojekte mit eigenen Datenerhebungen zu den spezifischen Fragestellungen (Primärerhebungen) erforderlich. Teilweise können nun – nach verbesserter Datenlage – die Individualdaten der Berufsbildungsstatistik ausgewertet werden. Erste multivariate Zusammenhangsanalysen auf Basis des Kohortendatensatzes der Anfänger/-innen des Berichtsjahres 2008[158] bestätigen eine höhere relative Lösungswahrscheinlichkeit („Odds“) innerhalb der ersten 24 Monate nach Ausbildungsbeginn bei Ausbildungsverträgen von Auszubildenden mit maximal Hauptschulabschluss, in Handwerksberufen, bei überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverträgen, bei Ausbildungsverträgen von Frauen sowie von ausländischen Auszubildenden, in primären Dienstleistungsberufen sowie in geringem Maße in den freien Berufen; die Variablen sind hier in der Reihenfolge einer abnehmenden Effektstärke sortiert. In diesen Modellen wurden verschiedene berufs-, personenbezogene und regionale Variablen aufgenommen, sodass die soeben genannten Effekte unter Kontrolle aller aufgenommenen Variablen bestätigt sind. Die Einflussgröße der Staatsangehörigkeit (Effektkoeffizient) geht im multivariaten Modell im Vergleich zum bivariaten Modell jedoch stark zurück.

Neben der Höhe der Lösungsquote kann auf Basis der Individualdaten auch der zeitliche Verlauf des Lösungsgeschehens genauer analysiert werden. Zum einen können die Lösungen des aktuellen Berichtsjahres nach der Zeitdauer, mit der der Beginn des Ausbildungsvertrages zurückliegt, differenziert werden. Zum anderen kann auf Basis des soeben angesprochenen Kohortendatensatzes der Anfänger/-innen des Jahres 2008 monatsgenau das Lösungsgeschehen nach Ausbildungsbeginn betrachtet werden. Im Folgenden werden die Befunde dieser Analysen dargestellt.

Lösungsgeschehen im Zeitverlauf

Betrachtet man den Anteil der Lösungen an allen Lösungen differenziert nach der Dauer seit Beginn des Ausbildungsvertrages (hierbei handelt es sich nicht um Vertragslösungsquoten) →**Tabelle A4.7-5**, so zeigt sich, dass der größte Teil der gelösten Ausbildungsverträge des Berichtsjahres 2010 Lösungen waren, die innerhalb des ersten Jahres nach Beginn des Ausbildungsvertrages erfolgten.[159] 62,7 % aller Vertragslösungen fielen 2010 in den Zeitraum der ersten 12 Monate nach Vertragsbeginn, 32 % wurden noch während der ersten 4 Monate (Probezeit) gelöst und 30,7 % zwischen dem fünften und zwölften Monat. Auch in das zweite Jahr nach Vertragsbeginn fällt mit 26,0 % noch ein großer Anteil der Lösungen; bei 11,3 % der Lösungen lag der Vertragsbeginn weiter als 24 Monate zurück. Im Zuständigkeitsbereich freie Berufe finden die Lösungen überproportional häufig in der Probezeit statt (43,2 %). In den Ausbildungsberufen der Hauswirtschaft treten Lösungen noch in vergleichsweise starkem Maße zu späteren Zeitpunkten der Ausbildung auf; 21,6 % der Lösungen erfolgten später als 2 Jahre nach Beginn des Ausbildungsvertrages.

Die soeben beschriebenen Anteile ergeben sich bei der Betrachtung der gemeldeten Vertragslösungen des Berichtsjahres 2010. Will man den zeitlichen Ablauf des Vertragslösungsgeschehens analysieren, so ist aufgrund methodischer Überlegungen eine andere Vorgehensweise zu präferieren, nämlich die Betrachtung einer Anfängerkohorte. Für diese Kohorte kann der Anteil gelöster Verträge nach Beginn des Ausbildungsvertrages im Zeitverlauf betrachtet werden. Auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik können solche Datensätze aus den Meldungen verschiedener Berichtsjahre gebildet werden (obwohl die Meldungen der verschiedenen

158 Ohne Einbezug der dualen Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO.

159 Hier dargestellt sind die Lösungen des Kalenderjahres 2010 und nicht die Anteile gelöster Verträge einer Anfängerkohorte; bislang können Kohortenbetrachtungen nur für die Anfängerkohorte 2008 erfolgen, und für diese können auch nur die ersten 24 Monate betrachtet werden (vgl. Uhly 2012). Auf Basis dieses Kohortendatensatzes ergeben sich die gleichen Tendenzen, soweit sie innerhalb der ersten 24 Monate zu beobachten sind.

Tabelle A4.7-5: **Vorzeitige Vertragslösungen nach Zuständigkeitsbereichen[1] und Zeitpunkt der Lösung[2] (absolut und in %[3]), Bundesgebiet 2010**

Zuständigkeitsbereich	Vorzeitige Vertragslösungen insgesamt		davon gelöst:									
			in der Probezeit		nach 5 bis 12 Monaten		nach 13 bis 24 Monaten		nach 25 bis 36 Monaten		nach mehr als 36 Monaten	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Industrie und Handel	77.178	100,0	25.554	33,1	24.807	32,1	19.476	25,2	6.273	8,1	1.071	1,4
Handwerk	49.563	100,0	14.196	28,6	14.667	29,6	13.833	27,9	5.946	12,0	921	1,9
Öffentlicher Dienst	825	100,0	243	29,5	234	28,4	231	28,0	90	10,9	27	3,3
Landwirtschaft	3.234	100,0	855	26,4	981	30,3	930	28,8	393	12,2	75	2,3
Freie Berufe	10.413	100,0	4.494	43,2	2.709	26,0	2.163	20,8	909	8,7	138	1,3
Hauswirtschaft	1.026	100,0	180	17,5	321	31,3	306	29,8	186	18,1	36	3,5
Alle Bereiche	**142.242**	**100,0**	**45.522**	**32,0**	**43.719**	**30,7**	**36.939**	**26,0**	**13.797**	**9,7**	**2.265**	**1,6**

[1] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe.
[2] Zeitraum zwischen Beginn und Lösung (in Monaten).
[3] Anteil der Lösungen, bei denen der Ausbildungsbeginn eine bestimmte Anzahl an Monaten zurückliegt, an allen Lösungen (es handelt sich nicht um die Lösungsquote und auch nicht um echte Verlaufsdaten).

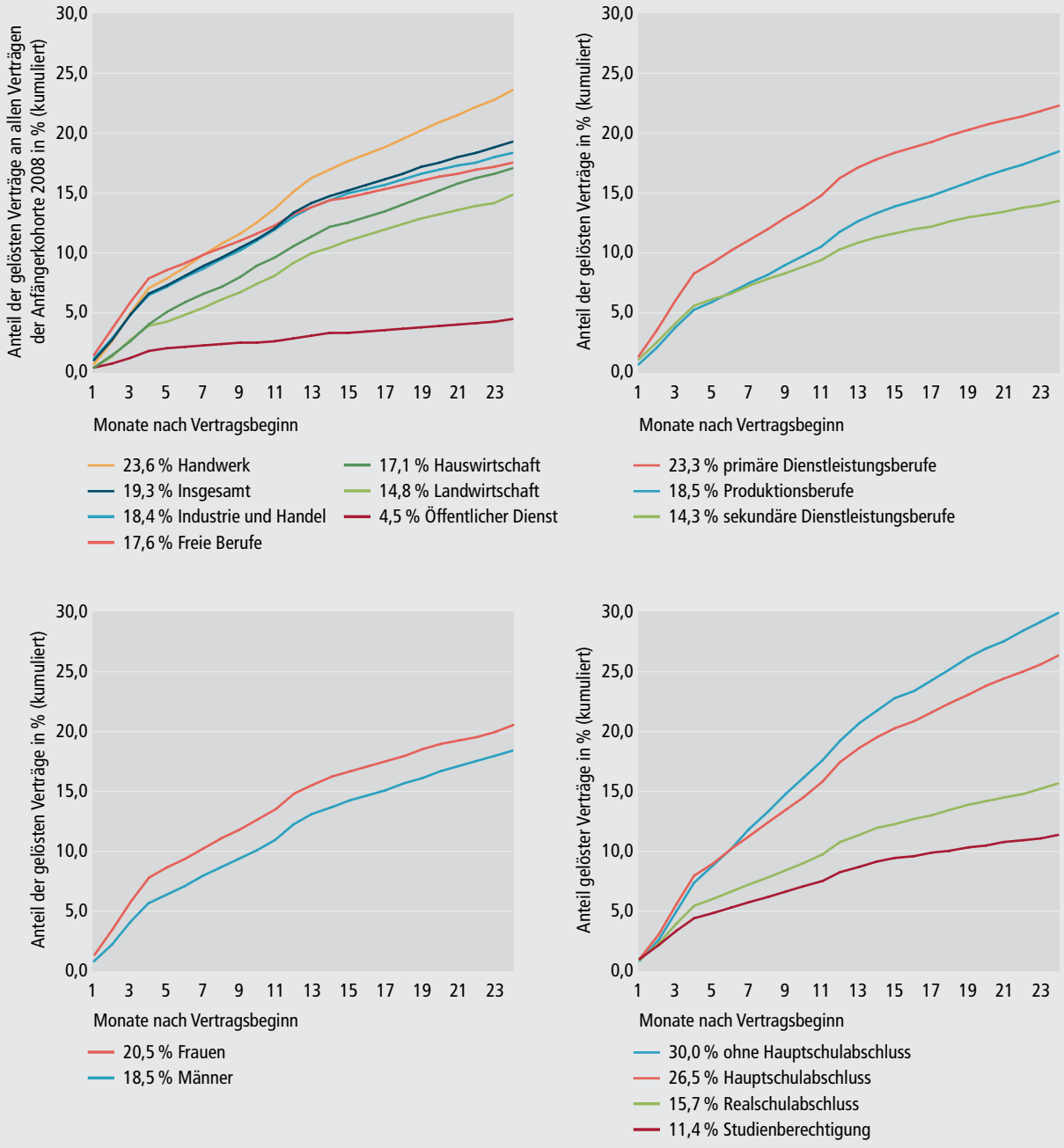
Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2010. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Berichtsjahre für die einzelnen Auszubildenden nicht verknüpft werden können). Eine ausführliche Erläuterung der Konstruktion und Analyse dieses Kohortendatensatzes findet man in Uhly (2012). Derzeit kann auf Basis der Berufsbildungsstatistik der Berichtsjahre 2008 bis 2010 erstmals für die Anfängerkohorte 2008 ein solcher Datensatz gebildet werden, der es erlaubt, die Vertragslösungen innerhalb der ersten 24 Monate nach Vertragsbeginn monatsgenau zu betrachten.

→ **Schaubild A4.7-1** zeigt für verschiedene Berufs- und Personengruppen unterschiedliche Lösungsverläufe der Anfängerkohorte 2008 in den ersten 24 Monaten nach Ausbildungsbeginn. Hierbei ist erkennbar, dass sich die Lösungsquoten nicht nur in der Höhe unterscheiden, sondern auch im Verlauf. In den ersten 4 Monaten verläuft der Anstieg des Anteils gelöster Verträge insgesamt steiler und flacht nach der Probezeit ab. Im Zuständigkeitsbereich öffentlicher Dienst verläuft die Kurve gelöster Verträge auch schon in den ersten 4 Monaten sehr flach, d. h., dass in den Berufen des öffentlichen Dienstes auch in der Probezeit ein relativ geringer Anteil an Ausbildungsverträgen vorzeitig gelöst wird. Bei den dualen Ausbildungsberufen der freien Berufe ist der Anteil der gelösten Verträge in den ersten 4 Monaten relativ hoch, danach flacht die Kurve deutlich ab, d. h., der je Monat hinzukommende Anteil an gelösten Verträgen nimmt dort nach der Probezeit deutlich ab. In den freien Berufen ist der Anteil gelöster Verträge in den ersten Monaten im Vergleich zu den Berufen der anderen Zuständigkeitsbereiche am höchsten, 24 Monate nach Ausbildungsbeginn fällt der Anteil der vorzeitig gelösten Verträge in den Ausbildungsberufen der freien Berufe (17,6 %) jedoch geringer aus als in den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel (18,4 %) sowie Handwerk (23,6 %).

Gruppiert man die dualen Ausbildungsberufe in Produktions- und Dienstleistungsberufe (zu dieser Berufsgruppierung vgl. **Kapitel A4.4**), so zeigt sich, dass der Anteil gelöster Ausbildungsverträge inner-

Schaubild A4.7-1: **Vertragslösungen der Anfängerkohorte 2008 in den ersten 24 Monaten nach Ausbildungsbeginn (kumulierter Anteil der gelösten Verträge in %)**



Quelle: BIBB-Kohortendatensatz „Ausbildungsanfänger/-innen 2008" auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Berichtsjahre 2008 bis 2010

halb der Probezeit in den primären Dienstleistungsberufen (also in den Berufen mit den Tätigkeitsschwerpunkten: Handels- und Bürotätigkeiten sowie allgemeine Dienste wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren) besonders stark ansteigt. In diesem Zeitraum liegen die beiden Kurven gelöster Verträge in den Produktionsberufen und in den sekundären Dienstleistungsberufen (den sogenannten Wissensberufen) dicht beieinander, erst nach der Probezeit flacht die Kurve für die sekundären Dienstleistungsberufe stärker ab, sodass sie nach dem sechsten Monat unterhalb der Lösungskurve der Produktionsberufe liegt. 24 Monate nach Ausbildungsbeginn ist die Lösungsquote in den 3 Berufsgruppen deutlich auseinandergedriftet und reicht von 23,3 % in den primären Dienstleistungsberufen bis hin zu 14,3 % in den sekundären Dienstleistungsberufen, in den Produktionsberufen liegt sie mit 18,5 % dazwischen.

Die Lösungskurve der Ausbildungsverträge von Frauen steigt innerhalb der Probezeit in etwas stärkerem Maße an als die der Männer; danach verlaufen die Kurven nahezu parallel, wobei die Kurve der Frauen oberhalb der Kurve der Männer liegt. Deutlicher unterscheiden sich die Lösungsverläufe, wenn man die Auszubildenden nach dem zuvor erzielten allgemeinbildenden Schulabschluss gruppiert. In allen Vorbildungsgruppen steigt der Anteil vorzeitig gelöster Verträge innerhalb der Probezeit im Vergleich zu den späteren Monaten relativ stark an. Bei den Auszubildenden mit höheren Schulabschlüssen fällt der Anstieg jedoch geringer aus als bei den Auszubildenden mit maximal Hauptschulabschluss. Hinsichtlich des Lösungsverlaufs nach der Probezeit zeigt sich, dass bei den Verträgen der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss der monatliche Zuwachs an gelösten Verträgen auch nach der Probezeit noch sehr hoch bleibt. Innerhalb der ersten 24 Monate driften die Lösungsquoten der Vorbildungsgruppen deutlich auseinander. 2 Jahre nach Ausbildungsbeginn sind nur 11,4 % der Verträge der Studienberechtigten gelöst; bei den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss sind es 30,0 %.[160]

Da auf Basis eines Kohortendatensatzes die aktuellen Ausbildungsanfänger/-innen noch nicht betrachtet werden können und auch für die gesamte Anfängerkohorte 2008 bislang nur 24 Monate des Ausbildungsverlaufs und nicht die volle Vertragsdauer beobachtbar sind, berechnet das BIBB auch weiterhin die oben dargestellten Lösungsquoten nach dem Schichtenmodell. Analysen auf Basis des Kohortendatensatzes stehen noch in den Anfängen und werden künftig weiter ausgebaut. Hinsichtlich der Vertragslösungen haben sich die Analysemöglichkeiten der Berufsbildungsstatistik erheblich erweitert. Als Totalerhebung bietet die Berufsbildungsstatistik umfassendes Datenmaterial, das bis zur Ebene der Einzelberufe und auch in tiefer regionaler Gliederung analysiert werden kann. Will man allerdings Kausalzusammenhänge oder gar der Frage nach den Ursachen für Vertragslösungen nachgehen, liegt eine erhebliche Beschränkung allein schon deshalb vor, weil die Berufsbildungsstatistik nicht erhebt, von welcher Seite die Lösung initiiert wurde oder was der Grund für die Vertragslösung war. Die Möglichkeiten zu multivariaten Analysen sind durch die fehlende Möglichkeit der Differenzierung verschiedener Vertragslösungsarten nur eingeschränkt möglich. Deshalb sind trotz der erweiterten Analysemöglichkeiten auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik zusätzliche Datenerhebungen zu Vertragslösungen und Ausbildungsabbruch dringend erforderlich.

(Alexandra Uhly)

160 Geringfügige Abweichungen zu Uhly 2011 ergeben sich, da in der Zwischenzeit eine genauere Abgrenzung von Ausbildungsanfängern möglich war.

A4.8 Teilnahmen an Abschlussprüfungen sowie Berufsabschlüsse

In allen anerkannten Ausbildungsberufen finden am Ende der Ausbildungszeit Abschlussprüfungen (Gesellenprüfungen) statt. Sie dienen dem Nachweis der erreichten beruflichen Qualifikation, indem festgestellt wird, ob der Prüfling die für den Berufsabschluss und die qualifizierte Ausübung des erlernten Berufes erforderlichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten (berufliche Handlungsfähigkeit) erworben hat (BBiG § 38/HwO § 32). Wird die Abschlussprüfung nicht bestanden, kann sie bis zu zweimal wiederholt werden (BBiG § 37 Abs. 1/HwO § 31 Abs. 1) (Wiederholungsprüfungen).

Zur Abschlussprüfung werden Auszubildende zugelassen, die die reguläre bzw. vertraglich festgelegte Ausbildungszeit durchlaufen haben (fristgemäße Zulassung). Bei besonders guten Leistungen der Auszubildenden ist die Zulassung auch vor Ablauf der Ausbildungszeit möglich (vorzeitige Zulassung). Wird die Ausbildungszeit verlängert, um das Ausbildungsziel zu erreichen, erfolgt entsprechend auch die Zulassung zur Abschlussprüfung später (Zulassung nach Verlängerung).

Neben Auszubildenden können auch Personen zur Abschlussprüfung zugelassen werden, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen. Zulassungsbedingungen sind hier, dass die Personen entweder eine Mindestdauer einschlägiger praktischer Berufstätigkeit haben oder auf andere Weise nachweisen können, die beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten erworben zu haben, die die Zulassung zur Prüfung rechtfertigen, oder aber einen einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgang abgeschlossen haben (BBiG § 45 Abs. 2 und 3 bzw. BBiG § 43 Abs. 2/HwO § 37 Abs. 2 bzw. HwO § 36 Abs. 2). Über diesen Weg der sogenannten Externenprüfung können sich Personen die erworbenen beruflichen Qualifikationen auf eine in der Arbeitswelt anerkannte Weise zertifizieren lassen und darüber ihre beruflichen Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten verbessern.

Die folgenden Ergebnisse zu den im Jahr 2010 durchgeführten Abschlussprüfungen und ihrer Entwicklungen seit Mitte der 1990er-Jahre basieren auf Daten aus der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (nachfolgend als Berufsbildungsstatistik bezeichnet).[161] E
Für das Berichtsjahr 2007 wurden in der Berufsbildungsstatistik keine Angaben zu Abschlussprüfungen veröffentlicht (Statistisches Bundesamt 2008, S. 11; Schmidt 2008).[162]

E Statistik über Abschlussprüfungen

Bis 2006 wurden mit der Aggregatdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember) ausschließlich die während des Kalenderjahres (= Berichtszeitraum) in den dualen Ausbildungsberufen abgelegten Abschlussprüfungen und damit die Zahl der *Prüfungsteilnahmen* und nicht die Zahl der *Prüfungsteilnehmer/-innen* erhoben. Seit der Umstellung auf Individualdaten im Jahr 2007 lassen sich sowohl Teilnahmen als auch Teilnehmer/-innen ausweisen.

Die Zahl der *Prüfungsteilnahmen* setzt sich wie folgt zusammen:

- Teilnahmen von Prüflingen, die im Berichtsjahr zum ersten Mal an der Abschlussprüfung teilnehmen (Erstprüfung).
- Teilnahmen von Prüflingen, die an Wiederholungsprüfungen zu der im Berichtsjahr nicht bestandenen Abschlussprüfung teilnehmen (Wiederholungsprüfung).
- Teilnahmen von Prüflingen, die im Berichtsjahr an Wiederholungsprüfungen zu einer in einem früheren Jahr nicht bestandenen Abschlussprüfung teilnehmen (ebenfalls Wiederholungsprüfung).

Damit werden Teilnehmer/-innen, die eine im Berichtsjahr durchgeführte Abschlussprüfung nicht bestanden haben und im Berichtsjahr an Wiederholungsprüfungen zu dieser

161 Von 1993 bis 2006 erfolgten die Erhebungen auf Grundlage der §§ 4 und 5 des Berufsbildungsförderungsgesetzes. Seit dem 1. April 2007 bildet die revidierte Fassung des § 88 des Berufsbildungsgesetzes die Rechtsgrundlage. Damit erfolgte eine Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten. Für den betrachteten Zeitraum liegen bis 2006 somit vergleichbare Daten zu Abschlussprüfungen vor; ab 2007 ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

162 Bedingt war dies durch die Neukonzeption der Berufsbildungsstatistik mit einer technisch und inhaltlich geänderten Form der Datenlieferung. So waren etwa zusätzliche oder differenzierter erhobene Merkmale für externe Prüfungen erst ab dem 1. April 2007 von den zuständigen Stellen zu erfassen; dagegen galten im ersten Quartal 2007 noch die früheren gesetzlichen Regelungen.

nicht bestandenen Prüfung teilnehmen, bei den Prüfungsteilnahmen mehrfach gezählt; das wird für die Berechnung und Beurteilung der Erfolgsquoten berücksichtigt (vgl. Werner 1998). Allerdings wurde für die Jahre 2007 bis 2009 bei den Wiederholungsprüfungen nur maximal eine (die letzte) Wiederholungsprüfung im Kalenderjahr erfasst. Seit 2010 werden – wie dies auch bis 2006 erfolgte – alle in einem Kalenderjahr durchgeführten Wiederholungsprüfungen gezählt. Damit fällt die Zahl aller Prüfungsteilnahmen sowie die der Teilnahmen an Wiederholungsprüfungen für die Jahre 2007 bis 2009 tendenziell geringer aus als für die Jahre bis 2006 bzw. ab 2010.

Bei der Zahl der *Prüfungsteilnehmer/-innen* handelt es sich im Unterschied zur Zahl der Prüfungsteilnahmen, die eine fallbezogene Größe ist, um eine personenbezogene Größe. Entsprechend wird jede Person, die sich im Berichtsjahr prüfen lässt, unabhängig von der Anzahl ihrer Prüfungsteilnahmen nur einmal gezählt. Somit ist die Zahl der Prüfungsteilnehmer/-innen in der Regel kleiner als die der Prüfungsteilnahmen in einem Kalenderjahr. Eine Ausnahme besteht bei alleiniger Betrachtung der Erstprüfungen, hier ist die Zahl der Teilnehmer/-innen identisch mit der der Teilnahmen.

Mit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten hat sich auch die Erfassung der sogenannten *Externenprüfung* geändert. Bis zum Jahr 2006 sind Teilnahmen an der Externenprüfung in der Statistik der Abschlussprüfungen enthalten (für den Bereich Handwerk auch die Umschulungsprüfungen). Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Externenprüfungen sind jedoch keine Auszubildenden; sie werden daher nicht bei den Auszubildenden nachgewiesen. Für einzelne Ausbildungsberufe kann deshalb die Zahl der Teilnahmen an Prüfungen ggf. die der Auszubildenden übersteigen. Die Meldung zu Externenprüfungen erfolgt differenziert nach der Art der Zulassung.

Bis zum Berichtsjahr 2006 meldete der Bereich Handwerk im Gegensatz zu den anderen Zuständigkeitsbereichen die Externenprüfungen nicht gesondert, sodass sie aus den Abschlussprüfungsdaten nicht extrahiert werden können. Seit 2007 werden Umschulungsprüfungen und Externenprüfungen generell gesondert erfasst; bei Externenprüfungen werden jedoch nach wie vor nur Teilnahmen gezählt.

Die Umstellung der Berufsbildungsstatistik von einer Aggregatdatenerhebung zu einer Individualdatenerfassung bietet grundsätzlich erweiterte Analysemöglichkeiten. Beispielsweise können Erfolgsquoten differenziert nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss der Auszubildenden betrachtet werden. Zudem kann die Berechnung des Indikators Erfolgsquote auf Basis von Individualdaten grundsätzlich verbessert werden. So kann die Erfolgsquote nicht nur wie bisher bezogen auf die Prüfungsteilnahmen (fallbezogene Erfolgsquote: EQ I), sondern jetzt auch bezogen auf die Prüfungsteilnehmer (personenbezogene Erfolgsquote: EQ II) berechnet werden. Ferner lässt sich als neuer Indikator die Erfolgsquote bei Erstprüfungen (EQ_{EP}) bestimmen, welche den Anteil derer ausweist, die die Abschlussprüfung im ersten Versuch bestehen.[163] Bei Zeitreihen wird aus Vergleichsgründen die bisherige Berechnungsweise auf Basis der Prüfungsfälle beibehalten. Die fallbezogene Erfolgsquote liegt dabei in der Regel etwas niedriger als die personenbezogene Erfolgsquote.

→ **Tabelle A4.8-1** zeigt die Entwicklung der Prüfungsteilnahmen an Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung anhand ausgewählter Zeitpunkte seit Mitte der 1990er-Jahre.[164] In den Jahren 1995, 2000 und 2002 war die Zahl der durchgeführten Abschlussprüfungen mit jeweils rund 600.000 Fällen relativ konstant; im Jahr 2004 sank die Zahl der Prüfungsteilnahmen auf knapp 575.000, im Jahr 2006 um weitere 15.000 Prüfungsfälle auf knapp 560.000 Prüfungsteilnahmen. Im Jahr 2008 wurden rund 505.000 Teilnahmen an Abschlussprüfungen gezählt; hierbei sind – nach der Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 – nun erstmals die durchgeführten Externenprüfungen nicht mehr enthalten. Für das Jahr 2009 ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg der durchgeführten Abschlussprüfungen um rund 15.000 Fälle auf annähernd 520.000 Teilnahmen zu verzeichnen. In 2010 stieg die Zahl der Prüfungsteilnahmen abermals um rund 15.000 Fälle, sodass die Anzahl der Prüfungsteilnahmen bei knapp 536.000 lag. Der Anstieg ist dabei in Teilen auf die veränderte Erfassung bei den Wiederholungsprüfungen zurückzuführen. Für die Jahre 2008 und 2009 wurde jeweils nur eine (die letzte) Wiederholungsprüfung gezählt, seit 2010 werden – wie auch in den Jahren bis 2006 – alle (d. h. bis zu 2) Wiederholungs-

163 Detaillierte Ausführungen zu den einzelnen Erfolgsquoten finden sich bei Dionisius/Lissek/Schier 2012.

164 Für eine umfassende, jahresbezogene Darstellung seit 1993 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

Tabelle A4.8-1: **Teilnahmen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 1995 sowie 2000 bis 2010**

Jahr	Prüfungsteilnahmen						
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:			
				mit bestandener Prüfung		Wiederholungsprüfungen[1]	
	Anzahl			Anzahl	in %[2]	Anzahl	in %
1995	338.862	253.641	592.503	502.674	84,8	59.403	10,0
2000	341.499	247.104	588.603	502.578	85,4	57.468	9,8
2002	346.467	255.864	602.331	513.444	85,2	60.267	10,0
2004	329.379	245.583	574.962	492.837	85,7	61.422	10,7
2006	327.651	231.648	559.299	479.574	85,7	54.825	9,8
2007[3]	–	–	–	–	–	–	–
2008	296.883	207.558	504.438	454.851	90,2	29.183	5,8
2009	304.176	215.433	519.609	468.852	90,2	30.804	5,9
2010	310.686	225.105	535.791	479.031	89,4	32.850	6,1

[1] In den Jahren 2008 und 2009 wurde jeweils nur eine – die letzte – Wiederholungsprüfung erfasst, bis zum Jahr 2006 und ab dem Jahr 2010 sind alle Wiederholungsprüfungen erfasst.

[2] Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen (Erfolgsquote I).

[3] Durch die Neukonzeption und Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung eingeschränkt. Für das Jahr 2007 wurden infolge der methodischen Umstellung der Statistik keine Teilnahmen an Abschlussprüfungen ausgewiesen. Bis 2006 einschließlich der Teilnehmer/-innen an Externenprüfungen, ab dem Berichtsjahr 2008 ohne Externenprüfungen. Bis 2007 einschließlich Teilnahmen an Abschlussprüfungen im Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

prüfungen erfasst. Der Anteil der auf Frauen entfallenden Prüfungsteilnahmen ist über den betrachteten Zeitraum hinweg mit Werten zwischen gut 41 % und knapp 43 % relativ konstant geblieben.

Im Berichtsjahr 2010 haben knapp 480.000 Männer und Frauen die Abschlussprüfung bestanden und damit ihre Berufsausbildung mit einem qualifizierten Berufsabschluss beendet. Bezogen auf alle im Berichtsjahr durchgeführten Abschlussprüfungen liegt die Erfolgsquote I (EQ I) mit 89,4 % annähernd auf dem Vorjahresniveau; die geringfügige Abweichung nach unten ist in erster Linie dadurch bedingt, dass in 2010 nicht – wie in den beiden Vorjahren – nur eine, sondern alle Wiederholungsprüfungen gezählt wurden, wodurch die Bezugsgröße höher ausfällt. Gleichwohl liegt die Erfolgsquote I auch im Berichtsjahr 2010 über den bis 2006 beobachteten Erfolgsquoten I. Hierin kommt der allgemein geringere Prüfungserfolg der Teilnehmer/-innen an den Externenprüfungen zum Ausdruck, die bis zur Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 in die Berechnung der Erfolgsquote I mit eingingen.[165] Legt man nicht die Anzahl der Prüfungsteilnahmen, sondern die der Prüfungsteilnehmer/-innen als Bezugsgröße zugrunde[166], beläuft sich der Prüfungserfolg (Erfolgsquote II) im Jahr 2010 auf 91,5 % und erreicht damit einen ähnlichen Wert wie im Vorjahr, in welchem die personenbezogene Erfolgsquote II bei 92,0 % lag.

165 Die Erfolgsquote der extern zur Abschlussprüfung Zugelassenen bewegte sich in der Zeit von 1993 bis 2006 zwischen 70 % und 81 %, vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

166 Die Zahl der Prüfungsteilnehmer/-innen (= Personen, die im Berichtsjahr erstmals zur Abschlussprüfung angetreten sind, und Personen, die im Berichtsjahr eine Wiederholungsprüfung zu einer in einem der Vorjahre nicht bestandenen Abschlussprüfung angetreten haben) betrug im Berichtjahr 509.667 Personen.

Tabelle A4.8-2: **Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2010 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen**

Zuständigkeitsbereich	Prüfungsteilnahmen						
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:			
				mit bestandener Prüfung		Wiederholungen[1]	
	Anzahl			Anzahl	in %[2]	Anzahl	in %
Industrie und Handel[3]	190.836	139.725	330.561	300.363	90,9	21.513	6,5
Handwerk	101.226	33.936	135.159	114.945	85,0	7.113	5,3
Öffentlicher Dienst[4]	4.569	8.025	12.594	11.901	94,5	423	3,4
Landwirtschaft	11.886	3.363	15.249	12.684	83,2	1.914	12,5
Freie Berufe[4]	1.887	36.789	38.676	35.970	93,0	1.617	4,2
Hauswirtschaft	282	3.267	3.549	3.168	89,3	273	7,7
Alle Bereiche	**310.686**	**225.105**	**535.791**	**479.031**	**89,4**	**32.850**	**6,1**

[1] In den Jahren 2008 und 2009 wurde jeweils nur eine – die letzte – Wiederholungsprüfung erfasst. Bis zum Jahr 2006 und ab dem Jahr 2010 sind alle Wiederholungsprüfungen erfasst.
[2] Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen (Erfolgsquote I).
[3] Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.
[4] Ohne Ausbildungsverträge, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen außerhalb dieses Zuständigkeitsbereichs registriert werden.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

→ **Tabelle A4.8-2** zeigt die teilnahmebezogene Erfolgsquote (EQ I: Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen) für das Jahr 2010 differenziert nach Zuständigkeitsbereichen. Im Bereich des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe liegt sie über dem Durchschnitt, im Bereich der Landwirtschaft und im Handwerk unter dem Durchschnitt. Im Vorjahresvergleich sind die Erfolgsquoten in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen weitgehend konstant geblieben.[167]

Viele Prüfungsteilnehmer/-innen, die nicht erfolgreich waren, wiederholen die Abschlussprüfung, um den gewünschten Berufsabschluss zu erlangen. Im Berichtsjahr 2010 betrug der Anteil der Wiederholungsprüfungen an allen durchgeführten Abschlussprüfungen 6,1 % → **Tabelle A4.8-1**.[168] Allerdings tritt nur ein Teil der erfolglosen Prüfungsteilnehmer/-innen in dem Jahr zur Wiederholungsprüfung an, in dem die erste Abschlussprüfung (Erstprüfung) nicht bestanden wurde. Im Jahr 2010 nahmen rund 8.400 Prüflinge, denen die Erstprüfung im Berichtsjahr misslang, an der ersten Wiederholungsprüfung teil, gut 5.400 davon mit Erfolg. Von den rund 3.000 erneut erfolglosen Kandidaten und Kandidatinnen traten etwas über 100 noch im selben Jahr zur zweiten Wiederholungsprüfung an.

167 Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

168 In 2008 und 2009 wurden nicht mehr alle von einem Prüfungsteilnehmer abgelegten Wiederholungsprüfungen gezählt, sondern je Kalenderjahr nur noch maximal eine, und zwar die im Kalenderjahr zuletzt abgelegte. Im Vergleich zu den Vorjahren fällt die Anzahl der Wiederholungsprüfungen damit geringer aus. Seit 2010 werden wieder alle in einem Kalenderjahr durchgeführten Wiederholungsprüfungen erfasst.

Tabelle A4.8-3: **Erste Teilnahme an Abschlussprüfungen in 2010 nach Zuständigkeitsbereichen**

Zuständigkeitsbereich	Teilnehmer und Teilnehmerinnen									
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:						
				Art der Zulassung					Prüfungserfolg	
				fristgemäß		vorzeitig		nach Verlängerung	bestanden	
	Anzahl			Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %[1]
Industrie und Handel[2]	178.023	131.025	309.048	287.307	93,0	19.431	6,3	2.310	0,7	286.740	92,8
Handwerk	95.445	32.601	128.049	121.431	94,8	3.099	2,4	3.519	2,7	111.003	86,7
Öffentlicher Dienst[3]	4.362	7.812	12.171	11.211	92,1	747	6,1	216	1,8	11.604	95,3
Landwirtschaft	10.299	3.036	13.335	12.771	95,8	216	1,6	348	2,6	11.337	85,0
Freie Berufe[3]	1.848	35.211	37.059	33.207	89,6	2.889	7,8	963	2,6	34.824	94,0
Hauswirtschaft	249	3.030	3.276	3.192	97,4	18	0,5	66	2,0	2.997	91,5
Alle Bereiche	**290.223**	**212.715**	**502.941**	**469.119**	**93,3**	**26.400**	**5,2**	**7.422**	**1,5**	**458.505**	**91,2**

[1] Erfolgsquote bei Erstprüfungen (EQ_{EP}): Anteil erfolgreicher Erstprüfungen an allen Erstprüfungen.
[2] Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.
[3] Ohne Ausbildungsverträge, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen außerhalb dieses Zuständigkeitsbereichs registriert werden.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Erste Teilnahme an der Abschlussprüfung und Berufsabschluss

Für eine umfassende Abbildung des Prüfungsgeschehens ist es sinnvoll, nicht nur den Anteil erfolgreicher Prüfungen an allen Abschlussprüfungen zu betrachten, sondern auch zu beziffern, wie viele junge Männer und Frauen die Abschlussprüfung im ersten Anlauf (Erstprüfung) bestehen.

Im Berichtsjahr unterzogen sich rund 290.000 junge Männer und knapp 213.000 junge Frauen zum ersten Mal der Abschlussprüfung im erlernten Ausbildungsberuf → **Tabelle A4.8-3**. Mit 93,8 % wurde die große Mehrheit aller Erstprüfungsteilnehmer/-innen fristgemäß nach Ablauf der regulären Ausbildungsdauer zur Abschlussprüfung zugelassen; 5,2 % nahmen aufgrund besonderer Ausbildungsleistungen vorzeitig an der Erstprüfung teil, 1,5 % nach Verlängerung der Ausbildungszeit. Wie im Vorjahr führte auch im Berichtsjahr 2010 mit 91,2 % die große Mehrheit aller absolvierten Erstprüfungen unmittelbar zum Erwerb des qualifizierten Berufsabschlusses.

Aus → **Tabelle A4.8-3** geht zudem hervor, dass zwischen den einzelnen Zuständigkeitsbereichen deutliche Unterschiede sowohl in Bezug auf den Anteil der Erstprüfungsteilnehmer/-innen mit vorzeitiger Prüfungszulassung resp. Prüfungszulassung nach Verlängerung der Ausbildungszeit als auch hinsichtlich der Erfolgsquote bei den Erstprüfungen (EQ_{EP}) bestehen. In den Bereichen Industrie und Handel, öffentlicher Dienst sowie freie Berufe ist der Anteil vorzeitig zugelassener Erstprüfungsteilnehmer/-innen vergleichsweise hoch, und die Erfolgsquote liegt um 1,6 bis 4,1 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Umgekehrt weisen die Bereiche Handwerk, Landwirtschaft und Hauswirtschaft vergleichsweise niedrige Anteile an vorzeitig zugelassenen Erstprüfungskandidaten und -kandidatinnen auf, zudem bleiben die EQ_{EP} in zweien dieser Zuständigkeitsbe-

Tabelle A4.8-6: **Teilnahmen an Externenprüfungen 2010 nach Zuständigkeitsbereichen**

Zuständigkeitsbereich	Teilnahmen							Prüfungserfolg			
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter: Zulassung aufgrund abgeschlossenen schulischen Bildungsgangs		darunter: Zulassung aufgrund Berufserfahrung		bestandene Prüfungen bei Zulassung aufgrund abgeschl. schul. Bildungsgangs	bestandene Prüfungen bei Zulassung aufgrund Berufserfahrung	bestandene Prüfungen insgesamt	
	Anzahl			Anzahl	in %	Anzahl	in %	in %	in %	Anzahl	in %
Industrie und Handel[1]	16.893	10.941	27.843	6.198	22,3	21.636	77,7	78,3	78,3	21.786	78,2
Handwerk	1.803	720	2.523	1.218	48,3	1.305	51,7	82,8	86,3	2.136	84,6
Öffentlicher Dienst	189	144	333	78	23,7	255	76,3	81,0	88,2	288	86,5
Landwirtschaft	1.014	615	1.629	120	7,4	1.509	92,6	79,2	89,2	1.440	88,5
Freie Berufe	27	270	297	141	47,8	156	52,2	70,4	69,7	207	70,0
Hauswirtschaft	174	3.159	3.333	2.232	66,9	1.104	33,1	83,8	85,2	2.811	84,3
Alle Bereiche	**20.103**	**15.849**	**35.949**	**9.987**	**27,8**	**25.962**	**72,2**	**80,0**	**79,6**	**28.668**	**79,7**

[1] Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet, der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

reiche erkennbar hinter dem Durchschnitt zurück; im Bereich Handwerk um 4,5 und im Bereich Landwirtschaft um 6,2 Prozentpunkte.

Bei einer nach Bundesländern differenzierten Betrachtung fällt auf, dass die Erfolgsquote bei Erstprüfungen in den westdeutschen Bundesländern, mit Ausnahme des Saarlandes, bei 90 % und höher liegt, während sie in allen ostdeutschen Bundesländern unter der 90 %-Marke bleibt → **Tabelle A4.8-4 Internet**.

Deutliche Variationen in der EQ_{EP} zeigen sich zudem zwischen einzelnen Ausbildungsberufen, was nicht zuletzt mit der unterschiedlichen schulischen Vorbildung der Auszubildenden bzw. Prüfungsteilnehmenden in den einzelnen Berufen in Beziehung steht → **Tabelle A4.8-5 Internet**.

Externe Prüfungsteilnahmen und Berufsabschluss

Neben der Abschlussprüfung nach einer regulären Ausbildung eröffnet das Berufsbildungsgesetz auch die Möglichkeit, als externer Prüfungsteilnehmer/externe Prüfungsteilnehmerin zur Abschlussprüfung vor der zuständigen Stelle zugelassen zu werden. Diese Möglichkeit steht vor allem Absolventen und Absolventinnen vollzeitschulischer Bildungsgänge und ausbildungslosen Personen mit Berufserfahrung offen (BBiG § 45 Abs. 2 und 3 bzw. BBiG § 43 Abs. 2/HwO § 37 Abs. 2 bzw. HwO § 36 Abs. 2).

→ **Tabelle A4.8-6** weist die Teilnahmen an Externenprüfungen im Berichtsjahr 2010 insgesamt sowie differenziert nach Zuständigkeitsbereichen aus.[169] Mit rund 36.000 durchgeführten Externen-

169 Für eine Darstellung der Entwicklung der Teilnahmen an Externenprüfungen zwischen 1993 und 2006 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

prüfungen (einschließlich Wiederholungen) liegt die Zahl der Teilnahmen um knapp 800 Fälle über dem Vorjahresniveau.[170] Der Anteil der Externenprüfungen an allen in 2010 erfolgten Abschlussprüfungen[171] liegt bei 6,3 %. Zwischen den einzelnen Zuständigkeitsbereichen variieren die Anteilswerte der Externenprüfung allerdings erheblich. Mit Abstand die größte Bedeutung für den Erwerb eines Berufsabschlusses kommt der Externenprüfung im Bereich Hauswirtschaft zu. Hier entfallen 48,4 % aller durchgeführten Abschlussprüfungen auf Teilnahmen externer Prüfungskandidaten. Dagegen fällt die Externenprüfung im Bereich der freien Berufe mit knapp 0,8 % so gut wie gar nicht ins Gewicht. Zwischen diesen beiden Extremen liegen die übrigen Bereiche mit Anteilen von 1,8 % im Handwerk, 2,5 % im öffentlichen Dienst, 7,8 % im Bereich Industrie und Handel und 9,6 % in der Landwirtschaft. Änderungen gegenüber dem Vorjahr haben sich damit kaum ergeben.

Ferner verdeutlicht → **Tabelle A4.8-6**, dass die beiden Formen der Zulassung zur Externenprüfung eine unterschiedliche Rolle spielen. Bei 72,2 % der externen Prüfungsfälle erfolgte die Zulassung aufgrund der gesetzlich geforderten Mindestdauer einschlägiger berufspraktischer Erfahrung (Vorjahr: 70,7 %), in den übrigen Fällen (27,8 %; Vorjahr 29,3 %) absolvierten die Prüfungskandidaten und -kandidatinnen einen einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgang. In den einzelnen Zuständigkeitsbereichen kommt den beiden Zulassungsformen allerdings unterschiedliche Bedeutung zu. In Industrie und Handel, im öffentlichen Dienst sowie im Bereich Landwirtschaft dominiert die Berufserfahrung als Zulassungsvoraussetzung. Im Bereich Hauswirtschaft erfolgt die Zulassung zur Externenprüfung überwiegend nach Abschluss eines schulischen Bildungsgangs. Im Handwerk und in den freien Berufen haben die beiden Zulassungsformen annähernd das gleiche Gewicht. Auch hier ist weitgehende Konstanz gegenüber 2009 gegeben.

Annähernd 29.000 extern zugelassene Prüfungsteilnehmer/-innen haben im Jahr 2010 die Prüfung bestanden und auf diesem Weg einen qualifizierten Berufsabschluss erworben. Das entspricht einer Erfolgsquote (Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen) von 79,7 %. Die Quote liegt damit rund 10 Prozentpunkte unter der Erfolgsquote derer, die eine duale Ausbildung durchlaufen haben → **Tabelle A4.8-1**. Auch hier bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Zuständigkeitsbereichen: Im Handwerk, im öffentlichen Dienst, in der Landwirtschaft sowie in der Hauswirtschaft gingen 2010 überdurchschnittlich viele extern zugelassene Prüfungsteilnehmer/-innen erfolgreich aus der Prüfung, in den freien Berufen liegt die Erfolgsquote deutlich unter dem Durchschnitt. Ferner zeigen sich auch Unterschiede in der Erfolgsquote in Abhängigkeit der Zulassungsart. Mit Ausnahme des Bereichs Industrie und Handel sowie der freien Berufe liegen die Erfolgsquoten der berufserfahrenen externen Prüfungsteilnehmer/-innen – wie im Vorjahr auch – erkennbar über denen der schulisch qualifizierten Prüfungskandidaten und -kandidatinnen.

(Margit Ebbinghaus)

170 Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.
171 D. h. einschließlich der Externenprüfungen.

A4.9 Jugendliche mit Migrationshintergrund

Der Migrationshintergrund von Jugendlichen scheint für den allgemein- wie berufsbildenden Bildungsverlauf von großer Bedeutung zu sein. Neben dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009, 2010 und 2011 greift auch der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration in seinem Jahresgutachten (2010, S. 164) die Schwierigkeiten junger Menschen beim Zugang in eine Ausbildung auf: Die Ergebnisse sprechen „für eine strukturelle Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung". Da die Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sehr heterogen ist sowohl hinsichtlich ihrer Migrationsgeschichte, ihrer schulischen Voraussetzungen und Lebenslagen (Beicht 2011a; Beicht/Granato 2011), aber auch hinsichtlich ihrer geografischen Herkunft, sind die Chancen beim Zugang in Ausbildung zusätzlich nach unterschiedlichen Herkunftsgruppen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu differenzieren (**vgl. Kapitel A3.1**; Beicht 2011a; Eberhard/Ulrich 2011; Ulrich 2011; Diehl/Friedrich/Hall 2009). Um die uneinheitliche Definition dieser Zielgruppe und den Begriff „Migrationshintergrund", der als sozialwissenschaftliches Konstrukt zu verstehen ist, gibt es eine breite Diskussion. E

E Migrationshintergrund

Das Konstrukt „Migrationshintergrund" wird in sehr unterschiedlicher Weise operationalisiert. Der Blick auf aktuelle Erhebungen und Studien zeigt, dass für die Definition des Begriffs verschiedene Merkmale herangezogen werden: In der empirischen Berufsbildungsforschung des BIBB sind dies meist die aktuelle Staatsangehörigkeit und die Muttersprache (bzw. die als erste erlernte/-n Sprache/-n), teilweise auch das Geburtsland und in Deutschland verbrachte Zeiten. Studien, die sich auf den Mikrozensus stützen, können auf die Merkmale Staatsangehörigkeit, Einbürgerung, Geburtsland und auf entsprechende Angaben zu den Eltern zurückgreifen. Außerdem wird im Mikrozensus zwischen Personen mit eigener Migrationserfahrung (Ausländer, Deutsche [Spät-]Aussiedler und Eingebürgerte) sowie Personen ohne eigene Migrationserfahrung (Ausländer der 2. und 3. Generation, Deutsche, d. h. Eingebürgerte, Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil) unterschieden.

Unterschiedliche Definitionen führen nicht nur zu quantitativen Unterschieden der jeweils als Personen mit Migrationshintergrund bestimmten Gruppe, sondern können auch qualitative Konsequenzen nach sich ziehen, wenn man zu unterschiedlichen Aussagen, z. B. hinsichtlich des Bildungserfolgs, kommt. Die Offenlegung der für die Definition von Migrationshintergrund jeweils verwendeten Kriterien und die Begründung ihrer Auswahl ist deswegen zwingend erforderlich (vgl. Settelmeyer/Erbe 2010; Statistisches Bundesamt 2010).

Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung ist gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund oft besonders schwierig und langwierig (s. u.). Die Ausbildungsanfängerquote ausländischer Jugendlicher war 2010 mit 29,5 % fast nur halb so hoch wie die der deutschen Jugendlichen (57,8 %). Weitere Unterschiede zeigen sich bei der Differenzierung nach Geschlecht. So betrug die Ausbildungsanfängerquote junger Frauen ausländischer Nationalität 26,8 %, die junger Männer ausländischer Nationalität 32,1 % (**vgl. Tabelle A4.5-4**). Die Ausbildungsanfängerquote deutscher Frauen lag 2010 mit 49,0 % rund 20 Prozentpunkte höher als die ausländischer Frauen, die der männlichen deutschen Jugendlichen mit 66,1 % sogar rund 30 Prozentpunkte über derjenigen männlicher Jugendlicher ausländischer Nationalität (**vgl. Kapitel A4.5**).

Berechnet wird die Ausbildungsanfängerquote auf Basis der Berufsbildungsstatistik, die über die Staatsangehörigkeit einen Migrationshintergrund identifiziert (**vgl. Kapitel A4.5**). Das bedeutet, dass sich die Aussagen zur Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund an beruflicher Ausbildung nur auf die Teilgruppe der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit beziehen. Auf die Frage, wie es zu den oben genannten Unterschieden in der Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund kommt, können die amtlichen Statistiken (z. B. Berufsbildungsstatistik, Schulstatistik, integrierte Ausbildungsberichterstattung, **vgl. Kapitel A6**) keine

Antworten geben. Zur Untersuchung der Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund muss deshalb auf Stichprobenerhebungen zurückgegriffen werden. Daher werden im Folgenden vorrangig zentrale Ergebnisse des BIBB-Forschungsprojekts „Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ zu den Übergangsprozessen und Einmündungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund in eine berufliche Ausbildung dargestellt (Granato u. a. 2011). Ziel war es, auf der Grundlage von Stichprobenuntersuchungen des BIBB die Chancen von Jugendlichen beim Zugang in eine berufliche Ausbildung zu untersuchen.

Junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund haben nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule ein ebenso hohes Interesse an einer Berufsausbildung wie junge Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund (BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A3.1; Beicht/Granato 2010; Diehl/Friedrich/Hall 2009). 70 % der Schulabgänger/-innen wollten, so die Ergebnisse der BIBB-Schulabgängerbefragung 2010, im Ausbildungsjahr 2010/11 oder später eine duale Ausbildung beginnen, wobei der Anteil der Ausbildungsinteressierten unter den Absolvent/-innen mit Migrationshintergrund mit 78 % höher ausfiel als unter den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (68 %) (BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A3.1).[172]

Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2006 und der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 zeigen, dass es bei den angewandten Bewerbungsstrategien im Rahmen der Ausbildungsplatzsuche keine wesentlichen Unterschiede zwischen Jugendlichen bzw. jungen Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund gibt (Beicht 2011a; Beicht/Granato 2010). Dennoch zeigen sich starke Unterschiede bei den Übergangsprozessen und Einmündungschancen junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Übergang Schule – Ausbildung

Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund besuchen nach Ende der Schulzeit mit 38 % häufiger eine Bildungsmaßnahme im Übergangssystem als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (31 %; Beicht/Granato 2011). Jugendliche mit Migrationshintergrund, die eine Maßnahme oder einen Bildungsgang im Übergangssystem besuchen, nutzen diesen genauso oft wie diejenigen ohne Migrationshintergrund, um einen (weiterführenden) Schulabschluss zu erreichen. Häufiger als diese erreichen sie dabei weiterführende Schulabschlüsse. Dennoch gelingt ihnen nach Maßnahmenende der Übergang in die Berufsausbildung wesentlich seltener: Ein Jahr nach Besuch der ersten Maßnahme sind 47 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die eine Ausbildung anstrebten, in eine betriebliche Lehre eingemündet gegenüber 60 % derjenigen ohne Migrationshintergrund (Beicht/Granato 2011). Selbst unter Berücksichtigung zentraler Einflussgrößen wie der sozialen Herkunft oder der Bildungsvoraussetzungen sind ihre Aussichten geringer: Sie haben mit den gleichen schulischen und familiären Voraussetzungen, auch wenn sie die gleiche Art von Übergangsmaßnahme besuchen und dort den gleichen Schulabschluss erwerben, geringere Chancen als Nichtmigranten und Nichtmigrantinnen, nach Beendigung des Bildungsgangs (rasch) in eine vollqualifizierende Ausbildung einzumünden (Beicht 2009).[173] Häufiger durchlaufen junge Menschen mit Migrationshintergrund prekäre Übergangsprozesse (Beicht/Granato 2009, 2011).

Einmündung in berufliche Ausbildung

Jugendliche mit Migrationshintergrund münden sowohl seltener in eine betriebliche als auch seltener in alle anderen Formen beruflicher Ausbildung ein als Jugendliche ohne Migrationshintergrund.[174] Selbst unter Berücksichtigung der schulischen Voraussetzungen, bemessen an den Schulabschlüssen sowie

172 Im Rahmen der BIBB-Schulabgängerbefragungen liegt ein Migrationshintergrund vor, „wenn ein Elternteil oder beide Eltern nicht in Deutschland geboren wurden und/oder die Kindheit und Jugend nicht in Deutschland verbracht wurde und/oder Deutsch nicht als erste Sprache oder gemeinsam mit einer anderen Sprache erlernt wurde“ (Friedrich 2009, S. 70).

173 Zur Identifizierung wichtiger Einflussgrößen wurden auf der Grundlage der BIBB-Übergangsstudie 2006 Cox-Regressionen gerechnet. Berücksichtigt wurden folgende Faktoren: Maßnahmeart, Abschluss/Abbruch des Bildungsgangs, Schulabschluss nach der Teilnahme, Region (West-/Ostdeutschland), Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund (Beicht 2009). Im Rahmen der BIBB-Übergangsstudie wird der Migrationshintergrund „indirekt“ definiert: Kein Migrationshintergrund wird angenommen, wenn ein Jugendlicher die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, zudem als Kind in der Familie zuerst ausschließlich die deutsche Sprache gelernt hat und außerdem Vater und Mutter in Deutschland geboren sind (Beicht/Granato 2010).

174 Beicht 2011a; Diehl/Friedrich/Hall 2009; Eberhard/Ulrich 2011; Ulrich 2011; BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A3.1; Beicht/Granato 2010.

der Notendurchschnitte auf dem Abgangszeugnis, sind die Einmündungschancen von Schulabgängern und Schulabgängerinnen mit Migrationshintergrund in eine berufliche Ausbildung geringer als die der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund (Beicht/Granato 2009, 2010; Diehl/Friedrich/Hall 2009). Ein Jahr nach Ende der Schulzeit sind, so Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2006, 55 % der Realschulabsolventen und -absolventinnen mit Migrationshintergrund, die eine berufliche Ausbildung anstrebten, und 74 % derjenigen ohne Migrationshintergrund in eine vollqualifizierende Ausbildung eingemündet (Beicht/Granato 2009). Der Übergang Schule – Ausbildung wird zwar durch die schlechteren schulischen Voraussetzungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund erschwert, diese reichen aber nicht zur vollständigen Erklärung ihrer geringeren Aussichten auf einen Ausbildungsplatz aus. Dies gilt auch, wenn als Indikator die kognitive oder schulische Leistungsfähigkeit von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund herangezogen wird (Kohlrausch 2011; Seeber 2011; Imdorf 2005).

Neben der schulischen Vorbildung wirken sich familiäre sowie andere individuelle Ressourcen auf die Einmündung von Jugendlichen in eine berufliche Ausbildung aus. In Regressionsmodellen wurden daher neben den schulischen Voraussetzungen eine Reihe weiterer Einflussfaktoren berücksichtigt, die sich mehrheitlich als relevant (statistisch signifikant) für den Einmündungserfolg in eine Ausbildung, d. h. förderlich oder hinderlich für die Einmündung in eine betriebliche oder vollqualifizierende Ausbildung, erweisen.[175] Die größeren Risiken bzw. geringeren Chancen von Schulabsolventen/-absolventinnen mit Migrationshintergrund beim Zugang in Ausbildung erklären sie dennoch nicht vollständig. Junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund verfügen zwar häufiger als junge Nichtmigranten und Nichtmigrantinnen über einen Hauptschulabschluss, und ihre Schulnoten fallen im Durchschnitt etwas schlechter aus. Ihre Eltern haben seltener einen Berufsabschluss, und sie selbst sind seltener in Vereinen oder bei der Feuerwehr eingebunden. Bei gleichzeitiger Berücksichtigung all dieser Faktoren bleibt dennoch ein eigenständiger Einfluss des Migrationshintergrunds bestehen (Beicht/Granato 2010; vgl. auch Diehl/Friedrich/Hall 2009). Das heißt, junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund haben selbst bei gleichen Voraussetzungen in Bezug auf Schulabschluss, Schulnoten, soziale Herkunft und soziale Einbindung sowie die einbezogenen ausbildungsmarktrelevanten Merkmale schlechtere Chancen, einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz zu erhalten, als junge Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund (Beicht/Granato 2010). Dies gilt auch, wenn die regionalen Unterschiede im Ausbildungsangebot, wie z. B. der Mangel an vollqualifizierenden Ausbildungsplätzen im Westen, der sich bei Bewerbern/Bewerberinnen mit Migrationshintergrund, die überwiegend hier leben, deutlich chancenmindernd auf ihre Zugangschancen in eine betriebliche Ausbildung auswirkt, in den Analysen mitberücksichtigt werden (Beicht 2011a; Eberhard/Ulrich 2011; Ulrich 2011). Die Schwierigkeiten bei der Einmündung in eine berufliche Ausbildung betreffen nicht nur die Zeit unmittelbar nach Ende der Schulzeit, sondern erstrecken sich auf einen Zeitraum von 3 Jahren (Beicht/Granato 2010).

Zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus unterschiedlichen Herkunftsgruppen bestehen erhebliche Unterschiede bei den Zugangschancen in eine berufliche Ausbildung, die sich auch unter Kontrolle der schulischen Bildungsvoraussetzungen wie anderer Einflussfaktoren nicht vollständig erklären lassen. Dies betrifft verschiedene Migrantengruppen (Beicht 2011a; Eberhard/Ulrich 2011; Ulrich 2011; Diehl/Friedrich/Hall 2009). Insbesondere Bewerber/-innen türkisch-arabischer Herkunft haben, so Ergebnisse auf der Grundlage der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008 und 2010, geringere Aussichten auf eine betriebliche Ausbildung.[176] Während ein Hauptschulabsolvent/-absolventin ohne Migrationshintergrund mit befriedigenden Deutsch- und Mathematiknoten, der mit seinen Eltern alle wichtigen Fragen der Berufswahl und Ausbildungsplatz-

175 In den Regressionsanalysen wurden folgende Faktoren berücksichtigt: Schulabschluss, -note, die soziale Herkunft (Schul- und Berufsabschluss der Eltern, berufliche Positionierung des Vaters), weitere familiäre bzw. soziale Ressourcen (offenes, problemorientiertes Gesprächsklima in der Familie, soziale Einbindung der Jugendlichen) sowie ausbildungsmarktrelevante Merkmale (Wohnort in West- bzw. Ostdeutschland, Siedlungsdichte in der Wohnregion, Zeitpunkt des Schulabschlusses) (Beicht/Granato 2010).

176 Im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragungen gelten als Personen ohne Migrationshintergrund alle Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in Deutschland geboren wurden und mit Deutsch als alleiniger Muttersprache aufwuchsen. Alle sonstigen Personen werden den Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund zugerechnet (Beicht 2011a).

suche besprochen hat und in einer Region mit einer mittleren Ausbildungsmarktlage lebt, zu 36 % in eine betriebliche Ausbildung einmündet, trifft dies auf einen Hauptschulabsolventen/-absolventin türkisch-arabischer Herkunft mit den gleichen personalen und regionalen Voraussetzungen nur zu 29 % zu. Auch mit einem mittleren Abschluss und sonst gleichen Voraussetzungen hat ein Bewerber türkisch-arabischer Herkunft mit 29 % die gleichen und keine höheren Chancen, in eine betriebliche Ausbildung einzumünden (**vgl. Kapitel A3.1**; Beicht 2011a; Eberhard/Ulrich 2011; Ulrich 2011).

Die Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund in eine duale Ausbildung ist 2010 trotz einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt im Vergleich zu 2006, einem sehr schwierigen Jahr auf dem Ausbildungsmarkt, nicht gestiegen, sondern gesunken. Die Differenz zwischen der Einmündungsquote von Schulabgänger/-innen mit und ohne Migrationshintergrund ist 2010 im Vergleich zu 2006 deutlich größer (BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A3.1). Bei einem sich entspannenden Ausbildungsmarkt lässt sich die Schlechterstellung selbst offiziell ausbildungsreifer Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund beim Zugang in betriebliche Ausbildung im Vergleich zu denjenigen ohne Migrationshintergrund unter Berücksichtigung zentraler Einflussgrößen auf der Grundlage der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 nachweisen (Beicht 2011a; Ulrich 2011).[177]

Die vorliegenden Ergebnisse zu den schwierigen Übergangsprozessen und geringeren Einmündungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund in eine berufliche Ausbildung machen deutlich, dass sich ein Migrationshintergrund auch bei Berücksichtigung der genannten Faktoren negativ auf die Einmündungschancen in berufliche Ausbildung auswirkt. Dies deutet darauf hin, dass über die berücksichtigten Faktoren hinaus weitere Einflussgrößen wirksam sein könnten oder sich schon allein das Vorhandensein eines Migrationshintergrunds bei der Ausbildungsplatzsuche nachteilig auswirkt (Beicht/Granato 2010).

Die Forschung konnte die prekäre Situation junger Migranten und Migrantinnen bei den Übergängen und der Einmündung in Ausbildung belegen.[178] Auch für die ungünstigere Platzierung im Ausbildungssystem der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, denen es gelingt, einen Ausbildungsplatz zu finden, liegen inzwischen unter Einbeziehung zentraler Einflussgrößen empirische fundierte Hinweise vor.[179] Ein weiterer Anhaltspunkt hierfür ist die stärkere Konzentration von Jugendlichen ausländischer Nationalität in 10 Ausbildungsberufen (ausländische Auszubildende 46 %, deutsche Auszubildende 36 %).[180]

In der Frage des Übergangs, der Einmündung und Platzierung in Ausbildung wurde die Bedeutung zentraler Faktoren – der individuellen, familiären und sozialen Ressourcen sowie der regionalen Ausbildungsmarktsituation – geprüft, die zwar größtenteils einen Einfluss haben, dennoch aber nicht abschließend die Schlechterstellung junger Menschen mit Migrationshintergrund bei Übergang und Einmündung in Ausbildung erklären können. Es erweist sich somit als einfacher, die geringeren Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Übergang und bei der Einmündung in eine Ausbildung empirisch zu belegen, als die Ursachen für diese Phänomene herauszufinden. Zwar wurde der Weg von individuellen zu institutionellen Erklärungsansätzen beschritten, die Wende aber nicht stringent vollzogen: Noch immer existieren nur wenige Forschungsarbeiten zu den institutionellen Rahmenbedingungen des Ausbildungssystems, die den Zugang von Jugendlichen (mit Migrationshintergrund) in Ausbildung beeinflussen. In der Frage des institutionellen Gefüges des Ausbildungssystems wurden regionale Differenzen beim Ausbildungsangebot zwar gelegentlich berücksichtigt,[181] ausbildungsstättenspezifische Selektionsmechanismen jedoch nur punktuell (Imdorf 2010).

(Mona Granato, Christine Schwerin, Ursula Weiß)

177 Berücksichtigt wurden u. a.: Besuch unterschiedlicher Maßnahmearten, Bildungsangebote in der Region, Unterstützung im Übergangsprozess, schulische Voraussetzungen (Schulabschluss, Deutsch- und Mathematiknote, Suchstrategien, soziodemografische Merkmale (Beicht 2011a; Eberhard/Ulrich 2011; Ulrich 2011).

178 Beicht 2011a; Eberhard/Ulrich 2011; Geier/Kuhnke/Reißig 2011; Hupka-Brunner u. a. 2011; Kohlrausch 2011; Seeber 2011; Ulrich 2011; Beicht/Granato 2010, 2011; Diehl/Friedrich/Hall 2009; Seibert/Hupka-Brunner/Imdorf 2009; Imdorf 2005.

179 Hupka-Brunner u. a. 2011; Diehl/Friedrich/Hall 2009; Imdorf 2005.

180 Zu den von ausländischen und deutschen Auszubildenden am stärksten besetzten Ausbildungsberufen nach BBiG/HwO vgl. **http://www.bibb.de/dazubi/zusatztabellen**.

181 Beicht 2011a; Ulrich 2011; Eberhard/Ulrich 2010, 2011; Seibert/Hupka-Brunner/Imdorf 2010.

A4.10 Betriebliche Ausbildungsbeteiligung

A4.10.1 Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik zur Ausbildungsbeteiligung

Beteiligung der Betriebe an der beruflichen Ausbildung

Die betriebliche Ausbildungsbeteiligung ging auch 2010 zurück und folgte dem negativen Verlauf, der im Jahr zuvor eingesetzt hatte. Von den bundesweit rund 2,1 Mio. Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis E beteiligten sich zum Ende des Berichtsjahres 468.800 Betriebe an der beruflichen Ausbildung →**Tabellen A4.10.1-1** bis **A4.10.1-3 Internet**. Gegenüber 2009 sank die Zahl der ausbildenden Betriebe um 16.100, dies entspricht einem Rückgang um 3,3 %. Gleichzeitig nahm die Gesamtzahl der Betriebe um 12.600 bzw. 0,6 % zu, womit sich die Ausbildungsbetriebsquote E um einen Prozentpunkt auf 22,5 % verringerte.

Ähnlich verlief die Entwicklung in den alten Ländern. Die Zahl der Ausbildungsbetriebe ging dort um 10.700 (-2,6 %) zurück, während die Gesamtzahl der Betriebe um 11.000 (+0,7 %) zulegte. Die Ausbildungsbetriebsquote sank dadurch um 0,8 Prozentpunkte auf 24,2 % →**Tabellen A4.10.1-4** bis **A4.10.1-6 Internet**.

Deutlich stärker als in den alten Ländern sank die betriebliche Ausbildungsbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin →**Tabellen A4.10.1-7** bis **A4.10.1-9 Internet**. Die Zahl der ausbildenden Betriebe brach dort um 5.400 (-7,3 %) ein, während sich der Bestand an Betrieben mit einem Zuwachs von 1.600 (+0,4 %) leicht erhöhte. Der Anteil der ausbildenden Betriebe fiel dadurch binnen eines Jahres von 17,3 % auf 16,0 %.

Mit diesen Werten markieren die Ausbildungsbetriebsquoten für West-, Ost- und Gesamtdeutschland neue Tiefststände seit 1999.[182] Verantwortlich für die massiven Rückgänge waren 2 Trends: Zum einen haben gegenläufige Bestandsentwicklungen bei Betrieben und Ausbildungsbetrieben die betriebliche Ausbildungsbeteiligung erheblich gesenkt →**Schaubild A4.10.1-1**. Diese Divergenz hatte im Osten bereits 2006 eingesetzt und war ab 2009 auch im Westen zu verzeichnen. Zum anderen hat ein auffällig hoher Bestandsverlust bei den Ausbildungsbetrieben die Situation zusätzlich verschärft. Weder in den alten noch in den neuen Ländern hatte es bei den Ausbildungsbetrieben in den letzten 11 Jahren so große prozentuale Bestandsrückgänge gegeben wie 2010.

E Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Auszubildender, die kranken-, renten- oder pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die der Arbeitgeber Beitragsanteile zu entrichten hat.

Auszubildende

Als Auszubildende werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Ausbildung gezählt, die der Bundesagentur für Arbeit über die Personengruppenschlüssel 102 und 141 gemeldet wurden. Dies sind in der Regel Auszubildende, deren Ausbildungsverhältnis den Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) unterliegt bzw. die eine Berufsausbildung auf unter Bundesflagge fahrenden Seeschiffen der Kauffahrteischifffahrt absolvieren. Aufgrund relativ weit gefasster Zuordnungskriterien enthalten die Arbeitgebermeldungen allerdings auch Meldungen zu Auszubildenden im Gesundheitswesen, deren Ausbildung nicht durch das BBiG geregelt ist, sowie Meldungen zu Auszubildenden, die einen Vertrag mit einer außerbetrieblichen Einrichtung abgeschlossen haben.

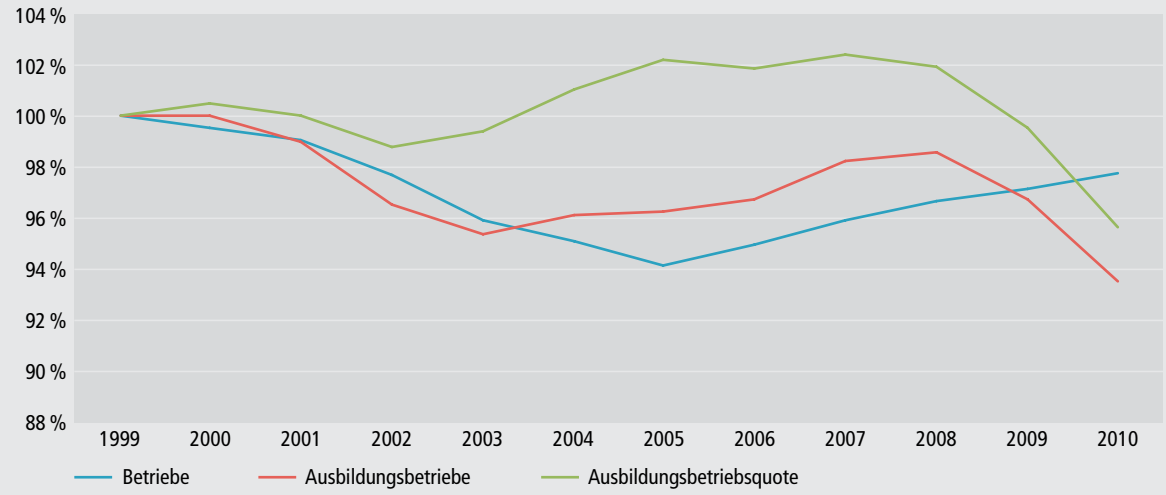
Ausbildungsbetriebsquote[183]

Die Ausbildungsbetriebsquote bezeichnet den Anteil der Betriebe mit Auszubildenden an allen Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich

182 Vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel 5.9.1 und BIBB-Datenreport 2010, Kapitel 5.10.1.

183 Ausführliche methodische Hinweise zu den im Folgenden verwendeten Daten und Indikatoren finden sich im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.9.1 und bei Hucker/Troltsch 2012.

Schaubild A4.10.1-1: **Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung in Deutschland zwischen 1999 und 2010 (Referenzjahr 1999 = 100 %)**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag jeweils 31.12.; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

der Ausbildungsbetriebe. Hierbei wird nicht unterschieden, ob die Betriebe ausbildungsberechtigt sind oder nicht. Insofern unterscheidet sich die Ausbildungsbetriebsquote von der sogenannten Ausbildungsaktivität, die den Anteil der ausbildenden Betriebe an allen ausbildungsberechtigten Betrieben ausweist (**vgl. Kapitel 4.10.2**).

Ausbildungsquote

Die Ausbildungsquote bezeichnet den Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich Auszubildender.

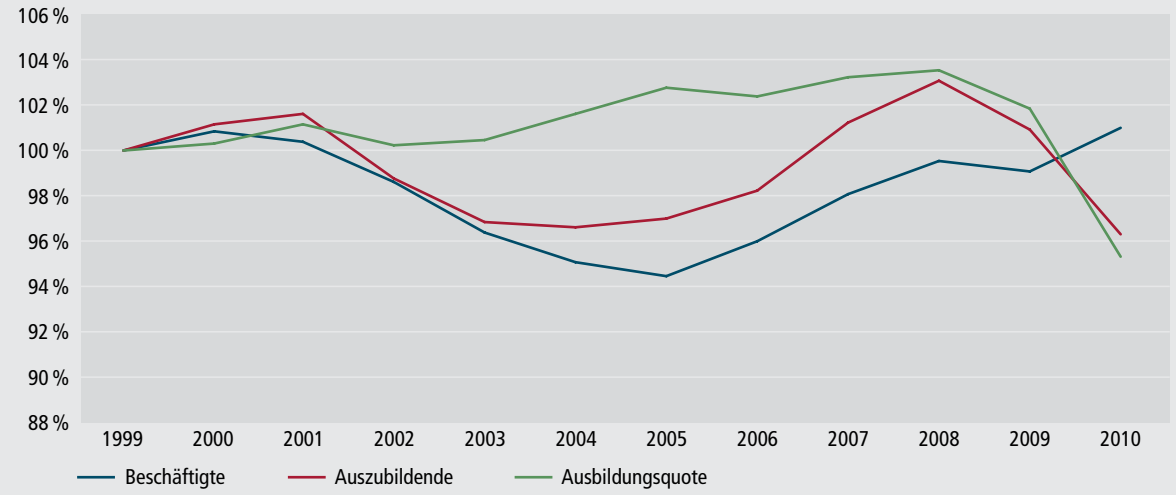
Ausbildung und Beschäftigung

Auch beim Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war 2010 ein auffällig starker Rückgang zu verzeichnen → **Tabellen A4.10.1-10** bis **A4.10.1-12 Internet**. Die Zahl der Auszubildenden fiel gegenüber 2009 um 81.400 (-4,6 %) auf rund 1,7 Mio. Der gesunkenen Auszubildendenzahl steht ein deutlicher Anstieg der Beschäftigtenzahl gegenüber. Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm gegenüber 2009 um 545.900 auf 28,0 Mio. zu, dies entspricht einem Wachstum von 2,0 %. Die Ausbildungsquote fiel dadurch gegenüber 2009 um 0,4 Prozentpunkte auf rund 6,0 %.[184]

Die Schere zwischen der Beschäftigten- und der Auszubildendenzahl hat sich insbesondere in Ostdeutschland weit geöffnet → **Tabellen A4.10.1-16** bis **A4.10.1-18 Internet**. Während bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2010 ein leichter Zuwachs von 1,6 % bzw. 84.700 Personen zu verzeichnen war, schrumpfte die Zahl der Auszubildenden im selben Jahr um 34.600 (-10,9 %). Die Ausbildungsquote im Osten folgte damit dem Abwärtstrend der vergangenen Jahre und sank von 6,0 % auf 5,3 %. Ein Grund für diese Entwicklung ist neben stark rückläufigen Schulabgängerzahlen im Abbau überwiegend öffentlich finanzierter Ausbildungsverhältnisse zu sehen (**vgl. Kapitel A1**), die in der Vergangenheit zur vergleichsweise hohen Ausbildungsquote im Osten beigetragen hatten (vgl. Troltsch/Walden/Zopf 2009).

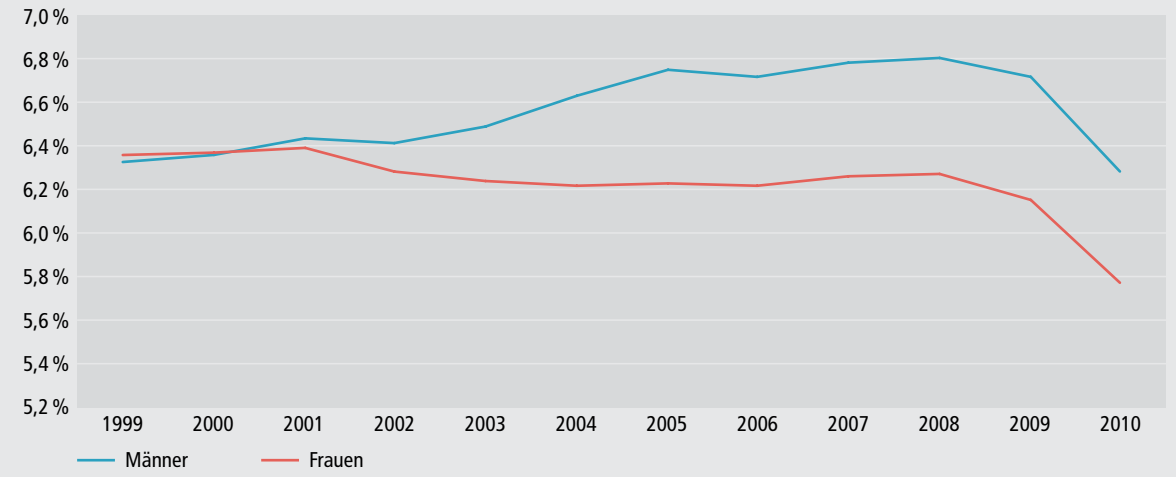
184 Wie in den Jahren 2006 bis 2008 wurde die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse auch 2010 in hohem Maße von einer Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung getragen. Während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 320.000 bzw. 1,4 % anstieg, gab es bei den Teilzeitbeschäftigten einen Zuwachs von 222.000 bzw. 4,2 % (vgl. Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2011). Das Beschäftigungswachstum ist daher nicht mit einer entsprechenden Zunahme des Arbeitsvolumens gleichzusetzen (vgl. auch Brenke 2011), was den allgemeinen Rückgang der Ausbildungsquote relativiert.

Schaubild A4.10.1-2: **Entwicklung von Ausbildung und Beschäftigung in Deutschland zwischen 1999 und 2010 (Referenzjahr 1999 = 100 %)**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag jeweils 31.12.; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A4.10.1-3: **Entwicklung der geschlechtsbezogenen Ausbildungsquoten in Deutschland zwischen 1999 und 2010**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag jeweils 31.12.; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

In Westdeutschland vollzog sich 2010 eine ähnliche Entwicklung, wenn auch in schwächerem Maße →**Tabellen A4.10.1-13** bis **A4.10.1-15 Internet**. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg dort um 461.200, was einem Plus von 2,1 % entspricht. Gleichzeitig ging die Auszubildendenzahl um 48.800 bzw. 3,3 % zurück. Die Ausbildungsquote in den alten Ländern sank infolgedessen von 6,6 % auf 6,2 %.

Im Vergleich zum Zeitraum 1999 bis 2009 weisen die Ergebnisse für das aktuelle Berichtsjahr einige Besonderheiten auf. Erstmals steht einer steigenden Beschäftigtenzahl ein negatives Wachstum bei den

Auszubildenden gegenüber →**Schaubild A4.10.1-2**. Dies gilt für den Westen ebenso wie für den Osten Deutschlands. Auffällig ist nicht nur die Divergenz der Entwicklungen, sondern auch das Ausmaß der Veränderungen. In keinem Jahr des Vergleichszeitraums gab es bei den Auszubildenden so große Verluste[185] wie 2010. Letztere führten dazu, dass die Bestandszahlen[186] für Ost- und Gesamtdeutschland neue Tiefstmarken erreichten. Umgekehrt haben überdurchschnittliche Wachstumsraten die Beschäftigtenzahlen in Deutschland und den alten Ländern auf neue Höchststände steigen lassen und zum massiven Einbruch der Ausbildungsquoten beigetragen. Wie schon die Ausbildungsbetriebsquoten erreichten auch die Ausbildungsquoten für Deutschland und die ostdeutschen Länder ihr niedrigstes Niveau seit 1999. Im Westen ging die Ausbildungsquote ebenfalls stark zurück, blieb aber noch knapp über den bisherigen Tiefstwerten zu Beginn der letzten Dekade.

Geschlechtsspezifische Differenzierungen

Auffällige Diskrepanzen zeigen sich bei einem Vergleich der geschlechtsspezifischen Ausbildungsquoten. Deutschlandweit fiel 2010 die Ausbildungsquote der Männer mit 6,3 % rund einen halben Prozentpunkt höher aus als die der Frauen, die bei 5,8 % lag. Im Vergleich zum Vorjahr blieb der Abstand zwischen beiden Quoten nahezu unverändert. Die Ausbildungsquote der Männer lag 2009 bei 6,7 % und die der Frauen bei 6,2 % →**Schaubild A4.10.1-3**. Die unterschiedlichen Niveaus korrespondieren mit den Differenzen, die bereits zwischen den geschlechtsbezogenen Ausbildungsbeteiligungsquoten festgestellt wurden (**vgl. Kapitel A4.5**).

Besonders groß waren 2010 die Abstände zwischen den geschlechtsspezifischen Ausbildungsquoten in Ostdeutschland. Die Ausbildungsquote der Männer betrug dort 6,0 %, während die der Frauen mit 4,6 % wesentlich niedriger ausfiel. In Westdeutschland lagen die Quoten mit 6,3 % bei den Männern und 6,1 % bei den Frauen dagegen verhältnismäßig dicht beieinander →**Tabelle A4.10.1-39 Internet**.

Länderbezogene Betrachtungen

Erhebliche Unterschiede in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung bestanden 2010 zwischen den einzelnen Bundesländern →**Tabelle A4.10.1-37 Internet**. Die niedrigste Ausbildungsbetriebsquote hatte Berlin, wo sich 14,3 % der Betriebe an der Ausbildung Jugendlicher beteiligten. Den mit 28,7 % höchsten Anteil ausbildender Betriebe hatte das Saarland, gefolgt von den Ländern Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die mit Anteilswerten zwischen 26,1 % und 25,4 % deutlich über dem Durchschnitt lagen. Eklatant war die Kluft vor allem zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern. Kein Land im Osten kam selbst an die niedrigste Ausbildungsbetriebsquote heran, die unter den westdeutschen Bundesländern zu finden war (Hamburg: 18,9 %).

Auch die Ausbildungsquote variierte zwischen den einzelnen Bundesländern beträchtlich →**Tabelle A4.10.1-38 Internet**. Die Spanne reichte von 7,3 % in Schleswig-Holstein bis zu 4,8 % in Berlin und Hamburg. Dabei fiel das West-Ost-Gefälle erkennbar geringer aus als bei den Ausbildungsbetriebsquoten. Während Mecklenburg-Vorpommern mit einer Ausbildungsquote von 6,3 % leicht über dem westdeutschen Durchschnitt (6,2 %) lag, konnte sich Brandenburg mit einer Quote von 5,6 % zumindest vor den westlichen Bundesländern Hamburg (4,8 %) und Hessen (5,4 %) platzieren.

Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung im Einzelnen

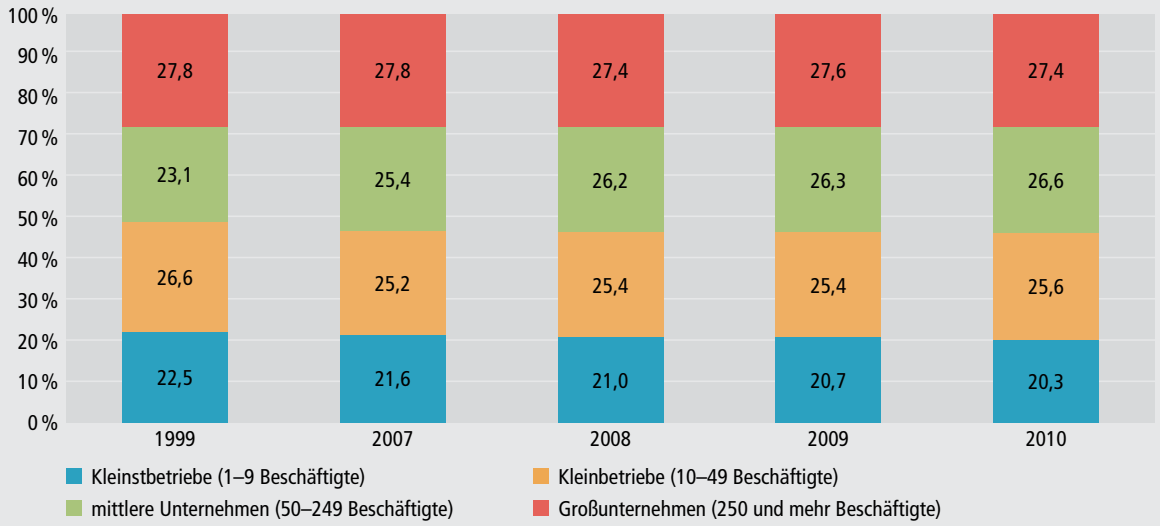
Veränderung nach Betriebsgröße

Der Rückgang der Ausbildungsbetriebsquote betraf 2010 alle Betriebsgrößenklassen. Die Verluste reichten von 0,9 Prozentpunkten bei den Kleinstbetrieben bis zu 1,4 Prozentpunkten bei den mittleren Unternehmen →**Tabellen A4.10.1-1** bis **A4.10.1-9 Internet**. Unter den Klein- und Kleinstbetrieben

185 Prozentual und in absoluten Zahlen.

186 Die hier angeführten Bestände an Auszubildenden weichen von den in Kapitel A4.2 angeführten Bestandszahlen zum Teil deutlich ab. Die Differenzen ergeben sich aus den spezifischen Zählweisen der verwendeten Statistiken. Während die Berufsbildungsstatistik des Bundes und der Länder ausschließlich Auszubildende erfasst, die in einem Ausbildungsverhältnis nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. der Handwerksordnung stehen, zählt die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit auch Auszubildende, deren Ausbildung nicht unter die genannten Regelungen fällt.

Schaubild A4.10.1-4: **Prozentuale Verteilung der Auszubildenden auf Betriebsgrößenklassen zwischen 1999 und 2010 in Deutschland**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag jeweils 31.12.; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

war der Quotenrückgang vor allem einer sinkenden Anzahl an Ausbildungsbetrieben (-1,2 % bzw. -5,6 %) geschuldet, die auf moderat steigende Betriebszahlen stieß. Anders verhielt sich die Situation im Bereich der mittleren und großen Unternehmen, wo die Zahl der Ausbildungsbetriebe zwar um 0,7 % bzw. 1,4 % zunahm, aber deutlich langsamer wuchs als die Zahl der Betriebe insgesamt.

In Westdeutschland beschränkten sich die Verluste bei den Ausbildungsbetrieben auf Kleinstbetriebe sowie Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten. Die Zahl der Ausbildungsbetriebe nahm hier um bis zu 6,4 % ab. In allen übrigen Betriebsgrößenklassen waren leichte Anstiege zwischen 0,1 % und 1,8 % zu verzeichnen, die die kräftigen Verluste kleinerer Ausbildungsbetriebe jedoch nicht kompensieren konnten.

In Ostdeutschland waren neben den Klein- und Kleinstbetrieben auch mittlere Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten vom Rückgang der Ausbildungsbetriebe betroffen. In der Gruppe der Kleinstbetriebe lag die Verlustrate bei -11,4 % und in der Kategorie der Kleinbetriebe bei -5,1 %. Zuwächse gab es lediglich unter den Großunternehmen, wo die Zahl der ausbildenden Betriebe mit einem Plus von 1,4 % im Osten ebenso stark anstieg wie im Westen.

Differenziert man die Entwicklung der Beschäftigten- und Auszubildendenbestände nach Betriebsgrößenklassen, zeigt sich klassenübergreifend das gleiche Bild: In sämtlichen Größenklassen ging ein positives Beschäftigungswachstum mit einer sinkenden Anzahl an Auszubildenden einher. Überdurchschnittlich starke Rückgänge gab es unter den Kleinstbetrieben, die 6,2 % weniger Jugendliche ausgebildet hatten als im Vorjahr, aber auch in Großbetrieben, die ein Minus von 5,2 % verbuchten → **Tabellen A4.10.1-10** bis **A4.10.1-18 Internet**.

Bereits in der Vergangenheit ließ sich ein sinkender Anteil an Auszubildenden beobachten, die ihre Ausbildung in Kleinstbetrieben absolvieren.[187] Dieser Trend setzte sich auch 2010 fort. Von den insgesamt 1,7 Mio. Auszubildenden waren 20,3 % in Kleinstbetrieben anzutreffen. Gegenüber 2009 ist das ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte und im Vergleich zu 2007 um 1,3 Prozentpunkte → **Schaubild A4.10.1-4**. Umgekehrt verlief die Entwicklung bei den kleinen und

187 Vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.9.1.

mittleren Betrieben, die in den letzten Jahren einen stetig wachsenden Prozentsatz aller Auszubildenden auf sich vereinigen konnten und zuletzt auf Anteilswerte von 25,6 % und 26,6 % kamen. Einen geringen Anteilsverlust gab es bei den großen Betrieben ab 250 Beschäftigten, die 27,4 % aller Auszubildenden auf sich vereinigten. Im Vergleich zu 2009 ging dieser Anteilswert um 0,2 Prozentpunkte zurück.

Veränderung nach Wirtschaftszweigen

Von den Bestandsrückgängen bei Ausbildungsbetrieben waren 2010 nahezu sämtliche Wirtschaftszweige E betroffen. Lediglich im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung nahm die Anzahl der ausbildenden Betriebe zu und stieg gegenüber dem Vorjahr um 6,2 %. In allen anderen Wirtschaftszweigen ging die Zahl der Ausbildungsbetriebe zurück. Mit einem Minus von 0,5 % fielen die prozentualen Verluste unter Betrieben der Energieversorgung und des Gesundheits- und Sozialwesens am geringsten aus. Besonders starke Rückgänge gab es in den Bereichen Erziehung und Unterricht (-6,9 %), Information und Kommunikation (-5,2 %) sowie sonstige Dienstleistungen (-8,4 %).

Wie schon in der Vergangenheit hatte das verarbeitende Gewerbe auch 2010 mit 35,3 % den höchsten Anteil an Ausbildungsbetrieben. Überdurchschnittliche Ausbildungsbetriebsquoten gab es zudem im Baugewerbe (30 %), im Bereich öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (26,8 %), im Gesundheits- und Sozialwesen (28,5 %) sowie im Handel (25,7 %). Stark unterdurchschnittlich waren Ausbildungsbetriebe dagegen in den Bereichen Erziehung und Unterricht (10,1 %), Verkehr und Lagerei (9,8 %) sowie Grundstücks- und Wohnungswesen (7,8 %) vertreten → **Tabellen A4.10.1-19** bis **A4.10.1-27 Internet**.

E Wirtschaftliche Gliederung

Der wirtschaftsfachlichen Differenzierung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung liegt die aktualisierte „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2008" (WZ2008) zugrunde, die sich in ihrer Struktur erheblich von früheren Systematiken unterscheidet (vgl. Statistisches Bundesamt 2008). Rückwirkend ab dem Berichtsjahr 2008 werden Betriebe den 21 Abschnitten der ersten Gliederungsebene der WZ2008 zugeordnet. Durch die Umstellung sind die nachfolgend ausgewiesenen Daten und Indikatoren zu einzelnen Wirtschaftszweigen nicht direkt mit den entsprechenden Angaben in früheren Ausgaben des BIBB-Datenreports vergleichbar.

Im Vergleich zu 2009 ging in fast allen Wirtschaftszweigen die Zahl der Auszubildenden zurück → **Tabellen A4.10.1-28** bis **A4.10.1-36 Internet**. Geringe Zuwächse waren lediglich im Gesundheits- und Sozialwesen (+0,7 %) sowie im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung (+0,4 %) zu verzeichnen, während in den übrigen Wirtschaftszweigen die Bestände an Auszubildenden zum Teil erheblich schrumpften. Die höchsten absoluten Verluste betrafen das verarbeitende Gewerbe (-21.800), gefolgt vom Bereich Erziehung und Unterricht (-15.800) und dem Handel (-11.300). Die größten prozentualen Rückgänge gab es in den Wirtschaftszweigen Erziehung und Unterricht sowie Erbringung sonstiger Dienstleistungen, wo jeweils 12,7 % weniger Personen ausgebildet wurden als im Jahr 2009.

Trotz der hohen Verlustrate blieb die Ausbildungsquote im Bereich Erziehung und Unterricht mit 9,7 % am höchsten. Stark überdurchschnittliche Ausbildungsquoten fanden sich auch im Baugewerbe (9,4 %), im Gastgewerbe (9,3 %) und in der Land- und Forstwirtschaft/Fischerei (9,3 %).

Die bundesweiten Trends in der Ausbildungsbeteiligung ließen sich auch im Westen Deutschlands beobachten, negative Trends waren dort allerdings schwächer und positive Entwicklungen stärker ausgeprägt. Für den Osten ließ sich feststellen, dass die Zahl der Auszubildenden in sämtlichen Wirtschaftszweigen abgenommen hat und auch die Ausbildungsquote fast überall gesunken ist. Lediglich im Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung entwickelte sich der Bestand an Auszubildenden proportional zur Beschäftigung, sodass die Ausbildungsquote hier konstant blieb.

(Tobias Hucker)

A4.10.2 Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), hier insbesondere der Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung", arbeiten bereits seit 1995 zu Fragen der betrieblichen Bildung erfolgreich zusammen und veröffentlichen jedes Jahr empirische Ergebnisse (siehe u. a. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.10.1; BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.10.3; Möller/Stegmaier 2008) auf Basis des IAB-Betriebspanels E. Grundlage der nachfolgend berichteten Indikatoren zur Ausbildungsberechtigung, zur Ausbildungsaktivität und zum Übernahmeverhalten der Betriebe ist eine Expertise[188] des IAB, in der diese sowie weitere Indikatoren detailliert beschrieben werden. Während die Ergebnisse hier im Datenreport neben den Gesamtwerten in Differenzierung nach Region (Ost-/Westdeutschland)[189] und Betriebsgröße dargestellt werden, erfolgt in der Expertise zusätzlich die Differenzierung nach Branche.

E IAB-Betriebspanel

Das IAB-Betriebspanel ist eine Erhebung, deren Grundgesamtheit die Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit darstellt. In ihr sind alle Betriebe in Deutschland erfasst, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Hiervon ausgehend verwendet die Erhebung den Betrieb als Untersuchungseinheit, also die örtliche Einheit, in der die konkreten Tätigkeiten eines Unternehmens durchgeführt werden. Das IAB-Betriebspanel wird als jährliche Panelerhebung (Stichtag: 30. Juni) realisiert. Derzeit gehen die Angaben von rund 16.000 Betrieben ein. Die Rücklaufquoten liegen je nach Welle zwischen 63 % und 73 %. Inhaltlich ist das IAB-Betriebspanel eine Mehrthemenbefragung. Während die Angaben zur Ausbildung jährlich erhoben werden, stehen die Angaben zur betrieblichen Weiterbildung erst seit 2007 jährlich zur Verfügung, vorher wurden die Angaben alle 2 Jahre erhoben. Alle Angaben basieren auf der Hochrechnung von Stichprobendaten. Somit kann die wahre Zahl von der ausgewiesenen abweichen, kleine Veränderungen sollten daher nur mit Vorsicht interpretiert werden. Zudem sind manche Zellen der Tabellen mit einem Asterisk (*) versehen, was darauf hinweist, dass die Anzahl der hinter den Angaben stehenden befragten Betriebe für eine inhaltliche Interpretation zu gering ist. Weitere Hinweise zur Datengrundlage finden sich bei Fischer u. a. (2009).

Ausbildungsberechtigung

Der Indikator Ausbildungsberechtigung zeigt an, ob die gesetzlichen Voraussetzungen zum Ausbildungsbetrieb erfüllt sind. Die Betriebe werden direkt gefragt, ob sie die Voraussetzungen zur Berufsausbildung alleine, im Verbund oder nicht erfüllen.

Ausbildungsaktivität (bei Berechtigung)

Der Indikator Ausbildungsaktivität bildet den Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe ab, die gemäß einer Kombination verschiedener Szenarien als ausbildungsaktiv bezeichnet werden können. Die tatsächliche Ermittlung erfolgt nach der Befragung der Betriebe, anhand unterschiedlicher Kriterien, wie etwa dem Bestand an Auszubildenden, der Zahl der Neuzugänge und Abgänge im laufenden Ausbildungsjahr u. v. m. (siehe IAB-Expertise).

Übernahmequote

Der Indikator Übernahmequote ist ein Quotient mit der Anzahl der in ein Beschäftigungsverhältnis übernommenen Auszubildenden als Zähler und der Anzahl der Ausbildungsabsolventen und -absolventinnen des Betriebs als Nenner. Der Referenzzeitraum ist das Kalenderjahr.

Hinweis: Aufgrund eines Programmierfehlers in der Berechnung der Quoten weichen die ermittelten Werte – auch für die zurückliegenden Jahre ab 2000 – zum Teil von den bisher berichteten Ergebnissen im Datenreport ab. Die Abweichungen bewegen sich meist in einer Größenordnung von 1 bis 3 Prozentpunkten. Grundlegende Trends und Zusammenhänge sind hiervon nicht betroffen.

188 Die Expertise ist unter **http://datenreport.bibb.de/IAB-Expertise_fuer_den_Datenreport_zum_Berufsbildungsbericht_2012.pdf** einsehbar.

189 Seit der Welle 2007 wird Berlin vollständig zu den neuen Ländern gezählt, zuvor wurde Westberlin den alten und Ostberlin den neuen Ländern zugeschlagen.

Ausbildungsberechtigung

Generell ist zur (später im Beitrag erfolgenden) Betrachtung der Ausbildungsaktivität der Betriebe als Basisinformation die Ermittlung der Ausbildungsberechtigung vonnöten. Ein Betrieb kann die Berechtigung E nur erlangen, wenn die „Ausbildungsstätte nach Art und Einrichtung für die Berufsausbildung geeignet ist und die Zahl der Auszubildenden in einem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Ausbildungsplätze oder zur Zahl der beschäftigten Fachkräfte steht“. Darüber hinaus ist die Eignung der Person des Arbeitgebers bzw. Ausbilders bedeutsam, und es gibt die Möglichkeit zur gemeinsamen Ausbildung im Verbund mit anderen Betrieben (Verbundausbildung).[190]

→ **Tabelle A4.10.2-1** zeigt, dass im zeitlichen Verlauf kaum Veränderungen feststellbar sind und sich die Quote der Ausbildungsberechtigung nach leichten Schwankungen zu Beginn des Jahrtausends nunmehr eingependelt hat. So weist etwas mehr als die Hälfte der Betriebe, mittlerweile konstant 56 %, eine direkte Berechtigung zur Ausbildung auf. Lediglich die Unterscheidung nach neuen und alten Ländern ergibt eine nahezu zeitinvariante Differenz von ca. 10 Prozentpunkten, was nicht zuletzt auf die deutlich stärker kleinbetrieblich geprägte Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern zurückzuführen ist. Zudem lässt sich konstatieren, dass die Verbundausbildung eine eher untergeordnete Rolle spielt.

Bei Berücksichtigung der Betriebsgröße zeigt sich, dass der Anteil derjenigen Betriebe → **Tabelle A4.10.2-2**, die eine (direkte) Ausbildungsberechtigung besitzen, mit der Betriebsgröße zunimmt. Unter den Großbetrieben ab 500 Beschäftigten sind nur noch rund 3 % der Betriebe gänzlich ohne Ausbildungsberechtigung. Neben der allgemeinen Berechtigung nimmt auch die Berechtigung im Verbund mit der Betriebsgröße zu, sodass jeder zehnte Großbetrieb solch eine Berechtigung besitzt. Verfolgt man die zeitliche Entwicklung von 2000 bis 2010 unter Berücksichtigung der Betriebsgröße, lässt sich weiterhin konstatieren, dass unter den Betrieben der Größenklasse 50 bis 499 Beschäftigte der Anteil derer mit (direkter) Ausbildungsberechtigung nahezu kontinuierlich angestiegen ist.

Tabelle A4.10.2-1: **Ausbildungsberechtigung (in %)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Alte Länder											
keine Berechtigung	40	44	42	39	42	40	40	40	39	40	39
Berechtigung im Verbund	2	3	3	4	3	4	4	4	3	3	4
Berechtigung	59	54	55	58	56	57	57	57	58	58	58
Neue Länder											
keine Berechtigung	49	51	49	47	51	49	50	51	48	49	48
Berechtigung im Verbund	4	6	5	5	5	5	4	4	4	4	4
Berechtigung	49	46	48	50	46	47	47	46	49	48	49
Bundesgebiet											
keine Berechtigung	41	45	43	40	43	42	42	42	41	42	41
Berechtigung im Verbund	2	4	4	5	3	4	4	4	4	3	4
Berechtigung	57	52	54	56	54	55	55	55	56	56	56

Ausbildungsberechtigung: Anteil der zur Ausbildung berechtigten, im Verbund berechtigten oder nicht berechtigten Betriebe an allen Betrieben.
Da es sich um Mehrfachantworten handelt, kann die Summe der Angaben zur Berechtigung über 100 % liegen.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2010, hochgerechnete Angaben

190 Vgl. BBiG § 27 und § 28.

Tabelle A4.10.2-2: **Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße (in %)**

Bundesgebiet		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
1–9 Beschäftigte	keine Berechtigung	47	52	49	46	50	48	48	49	49	49	48
	Berechtigung im Verbund	1	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3
	Berechtigung	52	46	48	51	47	49	50	48	49	49	49
10–49 Beschäftigte	keine Berechtigung	30	30	29	27	27	28	29	28	25	28	25
	Berechtigung im Verbund	4	5	5	6	5	6	5	5	5	4	5
	Berechtigung	68	66	67	68	69	68	68	69	71	70	71
50–499 Beschäftigte	keine Berechtigung	18	16	16	14	14	14	14	14	13	13	12
	Berechtigung im Verbund	8	8	8	8	7	8	9	9	8	8	8
	Berechtigung	77	79	78	81	81	81	80	80	82	82	82
500 + Beschäftigte	keine Berechtigung	6	4	5	4	3	3	3*	3*	4	3	3
	Berechtigung im Verbund	11	11	11	10	10	11	13	11	11	9	10
	Berechtigung	88	91	88	90	91	92	91	93	92	93	91

Ausbildungsberechtigung: Anteil der zur Ausbildung berechtigten, im Verbund berechtigten oder nicht berechtigten Betriebe an allen Betrieben.
Da es sich um Mehrfachantworten handelt, kann die Summe der Angaben zur Berechtigung über 100 % liegen.
* = weniger als 30 Fälle (beteiligt)

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2010, hochgerechnete Angaben

Die zwischenzeitlich deutliche Zunahme von 88 % auf 93 % in der Größenklasse 500 und mehr Beschäftigte ist dabei maßgeblich auf die Entwicklung in Ostdeutschland zurückzuführen, wobei auch hier – analog zur Gesamtquote – zuletzt ein Rückgang zu verzeichnen war → **Tabelle A4.10.2-3 Internet**.

Ausbildungsaktivität

Nach Analyse der Ausbildungsberechtigung wird nachfolgend die Ausbildungsaktivität der Betriebe im Falle bestehender Berechtigung betrachtet. Ob ein Betrieb als ausbildungsaktiv eingeschätzt wird oder nicht, hängt von einer Vielzahl von Merkmalen ab, die über den Bestand an Auszubildenden hinausgehen. Selbst bei der gewählten, sehr umfassenden Definition der Ausbildungsaktivität E können nicht alle berechtigten Betriebe jedes Jahr als Ausbildungsbetrieb klassifiziert werden. Viele Betriebe bilden beispielsweise nicht jedes Jahr, sondern in größeren Abständen aus. Fischer u. a. (2007) haben sich der Analyse dieses Zusammenhangs angenommen und anhand der Daten des IAB-Betriebspanels für die Jahre 2000 bis 2005 den Anteil dauerhaft nicht ausbildender Betriebe bestimmt. Demnach sind nur 27 % der ausbildungsberechtigten Betriebe nicht dauerhaft ausbildungsaktiv, wobei dies insbesondere Kleinbetriebe betrifft.

→ **Tabelle A4.10.2-4** gibt die Quote der ausbildungsaktiven Betriebe wieder. Demzufolge konnten zuletzt nur etwas mehr als die Hälfte der ausbildungsberechtigten Betriebe tatsächlich auch als ausbildungsaktiv bezeichnet werden. Dabei zeigt der zeitliche Verlauf, dass die Quote den geringsten Wert im Jahr 2003 erreicht, was wohl auch auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen ist – im Jahr 2003 gab es seit längerer Zeit wieder ein negatives BIP-Wachstum in Deutschland. Seitdem hat die Ausbildungsaktivität um 4 bis 5 Prozentpunkte zugenommen, obgleich sie nunmehr stagniert und es in Ostdeutschland zuletzt gar einen Rückgang von 5 Prozentpunkten (innerhalb von 2 Jahren) zu verzeichnen gab. Insgesamt fallen die Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland im zeitlichen Verlauf eher gering aus, wobei die Quote in den alten Bundesländern seit 2005 geringfügig über der der neuen Länder liegt und die Diskrepanz seither stetig zunimmt.

Tabelle A4.10.2-4: **Ausbildungsaktivität nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Alte Länder											
1 bis 9 Beschäftigte	38	43	44	38	42	43	42	42	43	43	43
10 bis 49 Beschäftigte	68	73	70	66	71	70	69	70	71	73	71
50 bis 499 Beschäftigte	83	86	87	85	87	87	87	87	86	87	85
500+ Beschäftigte	92	94	96	96	94	95	93	95	95	97	96
Gesamt	**49**	**54**	**54**	**49**	**53**	**54**	**53**	**54**	**55**	**55**	**55**
Neue Länder											
1 bis 9 Beschäftigte	36	42	38	35	41	37	35	39	38	33	31
10 bis 49 Beschäftigte	80	81	75	73	77	77	73	71	73	72	69
50 bis 499 Beschäftigte	88	92	89	90	91	89	89	87	90	88	87
500+ Beschäftigte	97	95	98	98	97	97	96	96	97	98	100
Gesamt	**51**	**55**	**50**	**47**	**53**	**50**	**49**	**51**	**51**	**48**	**46**
Bundesgebiet											
1 bis 9 Beschäftigte	38	43	43	38	42	42	41	41	42	41	41
10 bis 49 Beschäftigte	70	74	70	67	72	71	70	70	71	72	71
50 bis 499 Beschäftigte	84	87	87	86	88	87	87	87	87	87	85
500+ Beschäftigte	93	94	96	96	95	95	94	95	96	97	97
Gesamt	**50**	**55**	**53**	**49**	**53**	**53**	**52**	**53**	**54**	**54**	**53**

Ausbildungsaktivität: Anteil der ausbildenden Betriebe an allen ausbildungsberechtigten Betrieben.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2010, hochgerechnete Angaben

Die Betrachtung nach Betriebsgröße ergibt, dass der Anteil der ausbildungsaktiven Betriebe bei kleineren Betrieben mit 41 % in der kleinsten Betriebsgrößenklasse deutlich am geringsten ausfällt. Dieser Wert steigert sich mit zunehmender Betriebsgröße und beträgt bei den Großbetrieben schließlich ca. 97 % im Jahr 2010. Im zeitlichen Verlauf erkennt man insgesamt kaum nennenswerte Veränderungen. Ein Vergleich zwischen den Landesteilen ergibt ebenfalls nur geringe Unterschiede. Zuletzt hat sich zwar der deutliche Unterschied, der in den mittleren Größenklassen bestand, merklich reduziert. Die Differenz der Quote in der kleinsten Betriebsgrößenklasse fällt mittlerweile jedoch wieder etwas höher aus.

Übernahme von erfolgreichen Absolventen und Absolventinnen

Um das Bild aus betrieblicher Sicht zu vervollständigen, wird als dritter Indikator die Übernahme erfolgreicher Absolventen und Absolventinnen durch die ausbildenden Betriebe betrachtet. Die Übernahmequote E des IAB-Betriebspanels gibt dabei an, wie viele der Auszubildenden nach dem Ende ihrer Ausbildung einen Arbeitsplatz in ihrem Ausbildungsbetrieb erhalten. Somit lässt sich also nicht das gesamte Geschehen an der zweiten Schwelle darstellen, weil Absolventen und Absolventinnen einer Ausbildung auch einen Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb oder Unternehmen erhalten können.

Tabelle A4.10.2-5: **Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Alte Länder											
1 bis 9 Beschäftigte	46	43	47	50	40	50	45	49	51	43	47
10 bis 49 Beschäftigte	60	50	52	54	53	51	58	57	62	57	57
50 bis 499 Beschäftigte	65	66	61	58	60	58	58	69	70	64	68
500+ Beschäftigte	74	77	72	68	68	69	73	75	78	74	78
Gesamt	**61**	**59**	**57**	**57**	**55**	**57**	**58**	**63**	**66**	**60**	**63**
Neue Länder											
1 bis 9 Beschäftigte	49	41	41	31	41	34	45	45	35	45	51
10 bis 49 Beschäftigte	49	46	50	44	50	51	49	54	51	53	53
50 bis 499 Beschäftigte	41	44	42	39	43	36	43	44	53	47	50
500+ Beschäftigte	48	36	43	37	33	34	46	46	41	58	57
Gesamt	**46**	**43**	**44**	**39**	**43**	**40**	**45**	**47**	**47**	**50**	**52**
Bundesgebiet											
1 bis 9 Beschäftigte	46	43	46	47	40	48	45	48	48	44	48
10 bis 49 Beschäftigte	57	50	51	52	53	51	56	56	60	56	57
50 bis 499 Beschäftigte	60	61	57	54	57	54	55	63	67	60	64
500+ Beschäftigte	70	70	68	63	62	64	69	70	72	73	75
Gesamt	**58**	**55**	**55**	**53**	**53**	**54**	**56**	**60**	**62**	**58**	**61**

Übernahmequote: Anteil der in ein Beschäftigungsverhältnis im ausbildenden Betrieb übernommenen Auszubildenden an allen Auszubildenden.
Vgl. der Definition beigefügten Hinweis.
Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2010, hochgerechnete Angaben

Die Übernahmequote liegt nach den Angaben des IAB-Betriebspanels im Jahr 2010 bei 61 % → **Tabelle A4.10.2-5**. Damit ist der Rückgang der Quote im Jahr 2009 fast vollständig wieder kompensiert (2008: 62 %). Vergleicht man die Ergebnisse der neuen und alten Bundesländer miteinander, fällt auf, dass die Übernahmequote in Ostdeutschland wesentlich geringer ausfällt als im Westen, was nicht zuletzt auf den hohen Anteil an außerbetrieblicher Ausbildung zurückzuführen sein sollte. Die Differenz entwickelte sich seit Beginn des Jahrtausends lange Zeit sehr volatil, wobei sie 2009 auf ein vergleichsweise niedriges Niveau von etwa 10 Prozentpunkten gesunken ist und auch im Jahr 2010 dort verharrt.

Die Übernahmequoten sind in allen betrachteten Jahren positiv mit der Betriebsgröße korreliert. Der Vergleich zwischen neuen und alten Ländern offenbart jedoch einen erheblichen Unterschied zwischen den 2 Landesteilen. Hier wird nämlich deutlich, dass die positive Korrelation von Übernahmequote und Betriebsgröße auf die westdeutschen Betriebe zurückzuführen ist, in Ostdeutschland dieser Zusammenhang hingegen nicht vorhanden ist.

(Philipp Grunau, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)

A4.10.3 Ausbildungspersonal in der betrieblichen Ausbildung

Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen im dualen System nur Personen ausbilden, die dazu persönlich und fachlich geeignet sind. Die fachliche Eignung umfasst sowohl die für den jeweiligen Beruf erforderlichen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten als auch entsprechende berufs- und arbeitspädagogische Qualifikationen. Die berufs- und arbeitspädagogische Eignung nachweisen – in der Regel durch eine Prüfung nach der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) E – muss nur, wer für die Planung und Durchführung der Ausbildung verantwortlich ist. Die Betriebe melden diese Mitarbeiter/-innen dann den zuständigen Stellen. Von den als verantwortlich gemeldeten Ausbildern und Ausbilderinnen ist jedoch nur eine Minderheit ausschließlich mit dieser Aufgabe befasst; die überwiegende Mehrheit bildet nebenberuflich aus.

E Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO)

Geltungsbereich (§ 1)[191]

Ausbilder und Ausbilderinnen haben für die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) den Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten nach dieser Verordnung nachzuweisen. Dies gilt nicht für die Ausbildung im Bereich der Angehörigen der freien Berufe.

Berufs- und arbeitspädagogische Eignung (§ 2)

Die berufs- und arbeitspädagogische Eignung umfasst die Kompetenz zum selbstständigen Planen, Durchführen und Kontrollieren der Berufsausbildung in den Handlungsfeldern:

1. Ausbildungsvoraussetzungen prüfen und Ausbildung planen,
2. Ausbildung vorbereiten und bei der Einstellung von Auszubildenden mitwirken,
3. Ausbildung durchführen und
4. Ausbildung abschließen.

Prüfung (§ 4)

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem praktischen Teil. Im schriftlichen Teil sind fallbezogene Aufgaben aus allen Handlungsfeldern innerhalb von 180 Minuten zu bearbeiten. Der praktische Teil der Prüfung ist in 2 Teile aufgeteilt, bestehend aus der Präsentation einer Ausbildungssituation und einem Fachgespräch mit einer Dauer von insgesamt maximal 30 Minuten. Hierfür wählt der/die Prüfungsteilnehmer/-in eine berufstypische Ausbildungssituation aus.

Historie

1972	Erlass der AEVO
1999	Erste Novellierung der AEVO
01.08.2003 – 31.07.2009	Aussetzung der AEVO
2009	Zweite Novellierung und Wiedereinsetzung der AEVO

Ausbildereignungsprüfungen

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nahmen im Jahr 2010 insgesamt 71.991 Personen (65 % Männer; 35 % Frauen) in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft an Ausbildereignungsprüfungen teil (Statistisches Bundesamt 2011).[192] Davon legten 67.182 Personen die Prüfung mit Erfolg ab, was einer Erfolgsquote von 93,3 % entspricht. Auf die neuen Länder entfielen 14.343 bestandene Ausbildereignungsprüfungen → **Tabelle A4.10.3-1**. Der Anteil der Frauen an allen erfolgreichen Prüfungsteilnehmern lag bei 35,2 % (neue Länder: 37,7 %; alte Länder: 34,6 %).

Die gegenüber dem Vorjahr signifikant höhere Anzahl der Prüfungsteilnehmer/-innen lässt sich durch die Wiedereinsetzung der AEVO zum 1. August 2009 erklären, nachdem diese vom 1. August 2003 bis zum 31. Juli 2009 ausgesetzt war (zum Vergleich: 2009 nahmen insgesamt lediglich 30.164 Personen an Ausbildereignungsprüfungen teil, wobei zusätzlich berücksichtigt werden muss, dass von vielen

191 Siehe **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ausbilder_eignungsverordnung.pdf**.

192 Sofern nicht anders angegeben, basieren die Angaben auf den Daten des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 11, Reihe 3.

Tabelle A4.10.3-1: **Bestandene Ausbildereignungsprüfungen 2010 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder**

Ausbildungsbereich	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	46.371	69,0	37.047	70,1	9.324	65,1
Handwerk	19.395	28,9	14.841	28,1	4.551	31,7
Landwirtschaft	468	0,7	312	0,6	153	1,1
Öffentlicher Dienst	933	1,4	621	1,2	312	2,2
Hauswirtschaft	18	–	18	–	–	–
Insgesamt	**67.182**	**100,0**	**52.839**	**100,0**	**14.343**	**100,0**

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Kammern keine Meldungen eingegangen sind und daher eine Untererfassung vorlag).

Die Zahl der Befreiungen von der Ausbildereignungsprüfung lag 2010 im Ausbildungsbereich Industrie und Handel bei 44.088. Im Jahr 2009 lag sie bei 36.239. Auch hier ist der deutliche Anstieg im Zusammenhang mit der Wiedereinsetzung der AEVO zu betrachten.

Meisterprüfungen

Bei den Meisterprüfungen ergibt sich für das Jahr 2010 folgendes Bild: Insgesamt nahmen in den Bereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft 34.374 Personen (84,6 % Männer; 15,4 % Frauen) an Meisterprüfungen teil. Die Zahl der bestandenen Meisterprüfungen lag bei 31.203, was einer Erfolgsquote von 90,8 % entspricht → **Tabelle A4.10.3-2**. Der Anteil der Frauen an allen erfolgreichen Teilnehmenden lag – abgesehen vom Bereich Hauswirtschaft (97,8 %) – in der Landwirtschaft mit 20,0 % sowie im Handwerk mit 18,9 % am höchsten. Der öffentliche Dienst stellte 9,5 %, der Bereich Industrie und Handel 6,2 % aller neuen Meisterinnen → **Tabelle A4.10.3-3**.

Tabelle A4.10.3-2: **Bestandene Meisterprüfungen 2010 nach Ausbildungsbereichen**

Ausbildungsbereich	Insgesamt	
	absolut	in %
Industrie und Handel	9.678	31,0
Handwerk	19.659	63,0
Landwirtschaft	1.407	4,5
Öffentlicher Dienst	189	0,6
Hauswirtschaft	270	0,9
Insgesamt	**31.203**	**100,0**

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A4.10.3-3: **Bestandene Meisterprüfungen 2010 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht**

Ausbildungsbereich	Geschlecht			
	männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	9.081	93,8	597	6,2
Handwerk	15.948	81,1	3.711	18,9
Landwirtschaft	1.125	80,0	282	20,0
Öffentlicher Dienst	171	90,5	18	9,5
Hauswirtschaft	3	1,1	264	97,8
Insgesamt	**26.328**	**84,4**	**4.875**	**15,6**

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A4.10.3-4: **Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2010 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder**

Ausbildungsbereich	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	280.224	41,5	235.155	40,9	45.069	44,8
Handwerk	253.434	37,5	218.271	38,0	35.163	34,9
Landwirtschaft	22.341	3,3	18.612	3,2	3.729	3,7
Öffentlicher Dienst	18.909	2,8	15.585	2,7	3.324	3,3
Freie Berufe	97.182	14,4	84.246	14,7	12.936	12,8
Hauswirtschaft	3.105	0,5	2.646	0,5	462	0,5
Insgesamt	**675.198**	**100,0**	**574.515**	**100,0**	**100.683**	**100,0**

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Zahl der bei den zuständigen Stellen registrierten Ausbilder/-innen

Im Jahr 2010 waren in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, freie Berufe und Hauswirtschaft insgesamt 675.198 Personen als Ausbilder/-innen in Deutschland registriert. Auf die alten Länder entfielen dabei 85,1 % (574.515) der Ausbilder/-innen und auf die neuen Länder 14,9 % (100.683). Bezogen auf die einzelnen Ausbildungsbereiche waren 41,5 % der Ausbilder/-innen im Bereich Industrie und Handel, 37,5 % im Handwerk und 14,4 % in den freien Berufen tätig. Auf die Landwirtschaft entfielen 3,3 %, den öffentlichen Dienst 2,8 % und die Hauswirtschaft 0,5 % → **Tabelle A4.10.3-4**.

Tabelle A4.10.3-5: **Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2010 nach Geschlecht, alte und neue Länder**

Geschlecht	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
weiblich	158.604	23,5	125.412	21,8	33.192	33,0
männlich	516.594	76,5	449.103	78,2	67.491	67,0
Insgesamt	**675.198**	**100,0**	**574.515**	**100,0**	**100.683**	**100,0**

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A4.10.3-6: **Alter des Ausbildungspersonals 2010 nach Geschlecht**

Altersgruppe	Insgesamt		Geschlecht			
			männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
29 Jahre und jünger	30.429	4,5	15.690	3,0	14.739	9,3
30 bis 39 Jahre	120.564	17,9	82.542	16,0	38.022	24,0
40 bis 49 Jahre	264.390	39,2	204.264	39,5	60.126	37,9
50 Jahre und älter	259.815	38,5	214.098	41,4	45.717	28,8
Insgesamt	**675.198**	**100,0**	**516.594**	**100,0**	**158.604**	**100,0**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berufsbildungsstatistik; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

23,5 % der als Ausbilder/-innen gemeldeten Personen sind weiblich. Dabei bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den neuen und alten Ländern. Während in den alten Ländern der Frauenanteil bei 21,8 % liegt, beträgt er in den neuen Ländern 33,0 % → **Tabelle A 4.10.3-5**.

Die Verteilung nach Altersgruppen ergibt folgendes Bild: Die stärkste Gruppe bilden die 40- bis 49-Jährigen mit 39,2 %, gefolgt von den über 50-Jährigen mit 38,5 % und den 30- bis 39-Jährigen mit 17,9 %. 4,5 % der Ausbilder/-innen sind unter 29 → **Tabelle A4.10.3-6**.

Mit dem Internetportal Foraus E bietet das Bundesinstitut Ausbilderinnen und Ausbildern eine Informations- und Kommunikationsplattform an.

E Foraus – das Internetportal des BIBB für Ausbilderinnen und Ausbilder

www.foraus.de präsentiert ein Informations- und Kommunikationsangebot zur Unterstützung der täglichen Ausbildungspraxis im Betrieb.

Foraus.de hat 3 Funktionen:

Lernen: Bereitstellung von Online-Lernmodulen,

Informieren: Verbreitung aktueller Informationen rund um die Berufsbildung und das Tätigkeitsfeld des Ausbildungspersonals,

Kommunizieren: Erfahrungsaustausch mit Expertinnen und Experten in der Berufsausbildung.

Zu den wichtigsten Angeboten von Foraus gehören z. B.

- Meldungen aus den Rubriken Aktuelles, Publikationen, E-Learning/Digitale Medien, Best Practice, Wettbewerbe und Ausschreibungen, Veranstaltungen,
- ein umfangreicher Servicebereich mit Informationen, Links und Quellen zu Publikationen, Institutionen und Verbänden, Fort- und Weiterbildungsangeboten, E-Learning und Mediendatenbanken sowie für die Ausbildung interessanten Adressen zur Online-Recherche,
- ein Lernzentrum mit zahlreichen Online-Lernmodulen und Lernbausteinen zur kostenlosen Weiterbildung,
- eine moderne und benutzerfreundliche Diskussionsplattform, um sich mit anderen Ausbilderinnen und Ausbildern sowie Fachexperten auszutauschen,
- ein monatlicher Newsletter.

(Thomas Neuhaus, Michael Härtel)

A4.10.4 Betriebliche Ausbildungsbeteiligung, unbesetzte Ausbildungsplätze und Fachkräftebedarf – Ergebnisse aus dem BIBB-Qualifizierungspanel

In einer Vielzahl empirischer Studien (z. B. Bellmann/Hartung 2005; Gericke/Krupp/Troltsch 2009; Zika/Helmrich 2011; Fuchs/Söhnlein/Weber 2011; Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2012; Ausbildungspakt 2012; Deutscher Gewerkschaftsbund 2012) wird seit Jahren auf die zunehmenden Probleme von Betrieben verwiesen, qualifizierte Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu rekrutieren und Jugendliche für eine Ausbildung im eigenen Betrieb zu gewinnen. Als primäre Gründe werden bei Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt insbesondere der demografische Wandel und sinkende Schulabsolventenzahlen[193] genannt. Bei Problemen auf dem Arbeitsmarkt wird angesichts des Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstums vor allem auf den Mangel an qualifizierten Fachkräften hingewiesen.

Im Folgenden wird auf Grundlage des BIBB-Qualifizierungspanels E untersucht, welche Betriebe bei der Deckung ihres Fachkräftebedarfs und bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen besondere Probleme hatten und ob sich die betriebliche Ausbildungsbeteiligung als Folge dieser Schwierigkeiten mittelfristig verändern könnte. Ausgegangen wird in diesem Zusammenhang von der Vermutung, dass Betriebe aufgrund von Schwierigkeiten bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen verstärkt aus der Ausbildung aussteigen.[194] In der Folge würde die betriebliche Ausbildungsbeteiligung in den nächsten Jahren weiter zurückgehen (**vgl. Kapitel A4.10.1**).

E BIBB-Qualifizierungspanel[195]

Das BIBB-Betriebspanel zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung ist eine jährliche Wiederholungsbefragung, mit der repräsentative Längsschnittdaten zum Qualifizierungsgeschehen von Betrieben in Deutschland erhoben werden. Das BIBB-Qualifizierungspanel wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert und vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt.

Bei der ersten Erhebungswelle im Frühjahr 2011 nahmen über 2.000 Betriebe teil. Dies entspricht einer Ausschöpfungsquote von 30 %. Die Auswahl der Betriebe erfolgte über eine disproportional geschichtete Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit aller Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Betriebsadressen wurden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) und vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) zur Verfügung gestellt. Die Daten werden über computergestützte persönlich-mündliche Interviews (CAPI) vom Interviewerstab von TNS Infratest Sozialforschung erhoben.

Zur Untersuchung der aktuellen Situation von Betrieben, die Ausbildungs- und Arbeitsstellen für externe Arbeitskräfte angeboten haben und bei denen Probleme mit der Besetzung aufgetreten sind, werden im Folgenden 4 Indikatoren E verwendet und nach ausgewählten Strukturmerkmalen dargestellt. Bei diesen Indikatoren handelt es sich um den

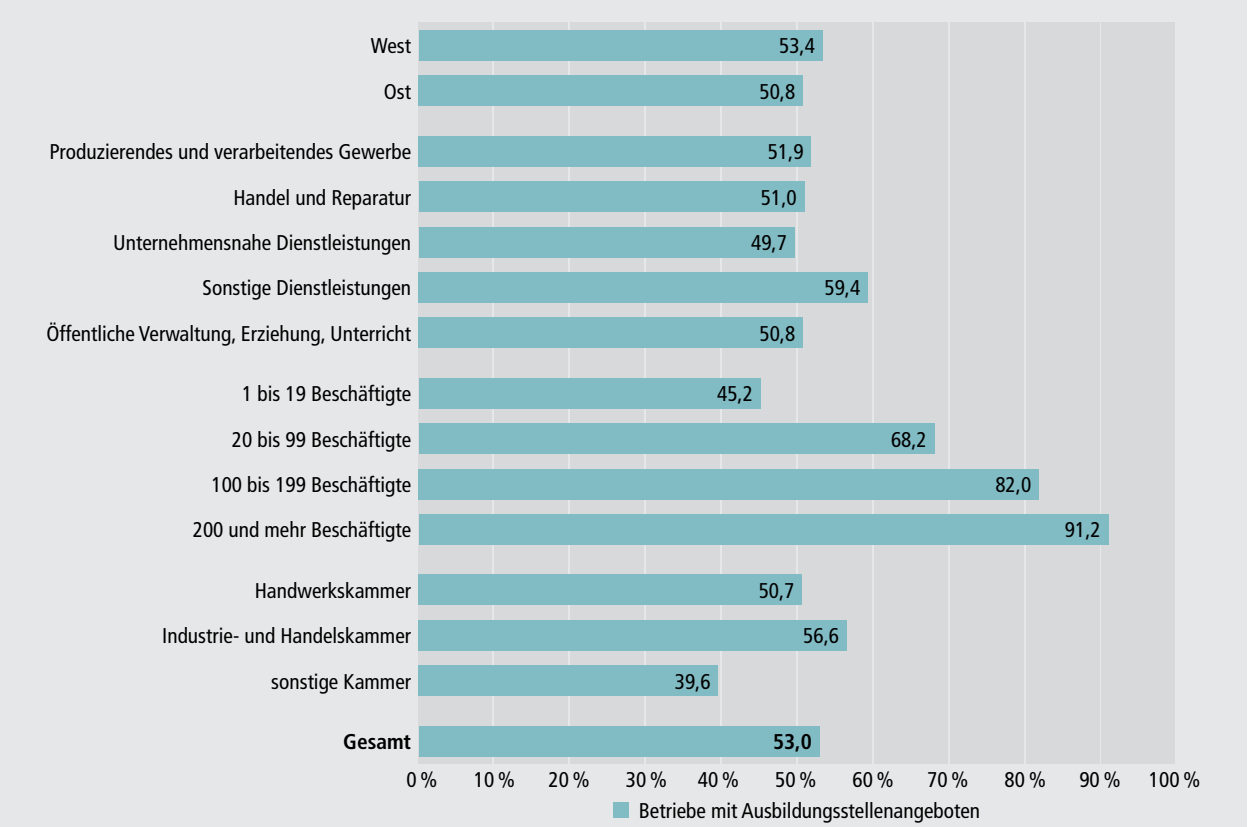
- Anteil an Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten,
- Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen,
- Anteil an Betrieben mit Arbeitsstellenangeboten,
- Anteil an Betrieben mit unbesetzten Arbeitsstellen.

193 Entgegen anderslautenden Einschätzungen zur Entwicklung der Nachfrageseite auf dem Ausbildungsstellenmarkt stehen Prognosen zufolge auch in den nächsten Jahren genügend Ausbildungsstellenbewerber/-innen dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung (vgl. z. B. Maier/Troltsch/Walden 2011).

194 Zum Zusammenhang zwischen der Ausbildung eigener Fachkräfte und der Einstellung qualifizierter Fachkräfte vom Arbeitsmarkt als die beiden zentralen Rekrutierungsstrategien zur Deckung des Qualifikationsbedarfs von Betrieben vgl. Bellmann/Janik 2007.

195 Die teilnehmenden Betriebe am BIBB-Qualifizierungspanel wurden in der Erhebung 2011 schwerpunktmäßig zu ihren Aktivitäten im Bereich der betrieblichen Ausbildung und der Personalrekrutierung befragt. Im Mittelpunkt stand insbesondere die Erfassung (a) der Leistungs-, Produktivitätsgrade und Kompetenzniveaus der Auszubildenden, (b) der Probleme bei der Besetzung neu angebotener Ausbildungsstellen, (c) des betrieblichen Übernahmeverhaltens nach Abschluss der Ausbildung und (d) der Ausbildungsplanung für die kommenden Jahre. Weiterhin wurden die Betriebe zur Personal- und Qualifikationsstruktur der Beschäftigten, zur Arbeitsorganisation sowie zu wichtigen ökonomischen Kennzahlen und anderen betrieblichen Handlungsfeldern befragt. In den nächsten Erhebungswellen sind als Schwerpunktsetzungen die betriebliche Weiterbildung und Kompetenzentwicklung der Beschäftigten vorgesehen.

Schaubild A4.10.4-1: **Anteil an Ausbildungsbetrieben mit Angebot an Ausbildungsstellen für das Ausbildungsjahr 2010/2011 an allen Ausbildungsbetrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011

Verwendete Indikatoren

Anteil an Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten

Anteil von Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für das Ausbildungsjahr 2011/2012 an allen Ausbildungsbetrieben, d. h. Betrieben, die zum Stichtag Auszubildende beschäftigten.

Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen

Anteil von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit neuen Ausbildungsstellenangeboten für das Ausbildungsjahr 2011/2012.

Anteil an Betrieben mit Stellenangeboten

Anteil von Betrieben, die im Kalenderjahr 2010 Arbeitsstellen für Mitarbeiter angeboten haben, an allen Betrieben.

Anteil an Betrieben mit unbesetzten Arbeitsstellen

Anteil von Betrieben, die im Kalenderjahr 2010 Arbeitsstellen nicht besetzen konnten, an allen Betrieben, die Arbeitsstellen in diesem Zeitraum angeboten haben.

Strukturmerkmale von Betrieben mit Angeboten an Ausbildungsstellen

Im Durchschnitt bildet zum Stichtag 31. Dezember 2010 mit 23,8 % knapp jeder vierte der befragten Betriebe Jugendliche im eigenen Betrieb aus. Dies entspricht in etwa der Ausbildungsbetriebsquote in Höhe von 22,5 %, die im Dezember 2010 für die Gesamtheit aller Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland gemessen wurde (**vgl. Kapitel A4.10.1, → Tabellen 1–18 im Internet**).

Von den ausbildenden Betrieben haben insgesamt 53,0 % für das Ausbildungsjahr 2010/2011 Ausbildungsstellen nach BBiG oder HwO angeboten →**Schaubild A4.10.4-1**. Auch von den zum Stichtag nicht ausbildenden Betrieben – worunter auch ehemals ausbildende Betriebe fallen, die nach eigenen Angaben in den letzten 5 Jahren Jugendliche ausgebildet haben – versuchen insgesamt 8,0 % erstmalig oder wieder in die Ausbildung Jugendlicher einzusteigen.[196]

Bei den Ausbildungsbetrieben zeigen sich im Ausbildungsstellenangebot keine besonderen Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern. Im Osten liegt der Anteil von Ausbildungsbetrieben mit neuen Ausbildungsstellenangeboten für das Ausbildungsjahr 2010/2011 bei 50,8 % und somit auf einem Niveau wie im Westen, wo im Jahr 2010 mit durchschnittlich 53,4 % ebenfalls jeder zweite ausbildende Betrieb mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Ausbildungsstellen für Jugendliche angeboten hat.

Nach Wirtschaftssektoren **E** betrachtet bieten vor allem Ausbildungsbetriebe aus dem Bereich der sonstigen Dienstleistungen mit 59,4 % weit überdurchschnittlich viele Ausbildungsstellen an. Demgegenüber liegen die Prozentanteile im produzierenden bzw. verarbeitenden Gewerbe und im Handels- bzw. Reparaturgewerbe relativ nahe am Durchschnitt. Bei Betrieben mit unternehmensnahen Dienstleistungen und im Bereich öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht ergeben sich Angebotsquoten von 49,7 % und 50,8 %.

E **Klassifikation der Wirtschaftssektoren im BIBB-Qualifizierungspanel**

- **Produzierendes und verarbeitendes Gewerbe** (Land-/Forstwirtschaft, Bergbau, Energie-/Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe)
- **Handel und Reparatur** (Kfz-Handel, Groß-/Einzelhandel)
- **Unternehmensnahe Dienstleistungen** (Finanz-/Versicherungsdienstleistungen, wirtschaftliche, wissenschaftliche und freiberufliche Dienstleistungen)
- **Sonstige Dienstleistungen** (Verkehrs-/Lagergewerbe, Informations-/Kommunikationsgewerbe, Beherbergungs-/Gastronomiegewerbe)
- **Öffentliche Verwaltung, Erziehung, Unterricht** (Gesundheits-/Sozialwesen, Organisationen ohne Erwerbscharakter)

Die deutlichsten Unterschiede zwischen den Betrieben zeigen sich, wenn nach Betriebsgrößenklassen unterschieden wird: Mit steigender Betriebsgröße nimmt der Anteil an Ausbildungsbetrieben mit Neuangeboten an Ausbildungsstellen deutlich zu: von 45,2 % bei den Kleinstbetrieben mit bis zu 19 Beschäftigten bis hin zu 91,2 % bei den Großbetrieben mit 200 und mehr Beschäftigten. Auch nach der Kammerzugehörigkeit zeigt sich ein unterschiedliches Angebotsverhalten: 56,6 % der Ausbildungsbetriebe mit einer IHK-Mitgliedschaft stellen Ausbildungsstellen zur Verfügung, bei den ausbildenden Betrieben mit einer Zugehörigkeit zur Handwerkskammer sind dies 50,7 %. Den geringsten Anteil an Neuangeboten bieten mit 39,6 % Betriebe, die Mitglied in einer sonstigen Kammer der freien Berufe, einer Landwirtschaftskammer o. a. sind.

Strukturmerkmale von ausbildenden Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen

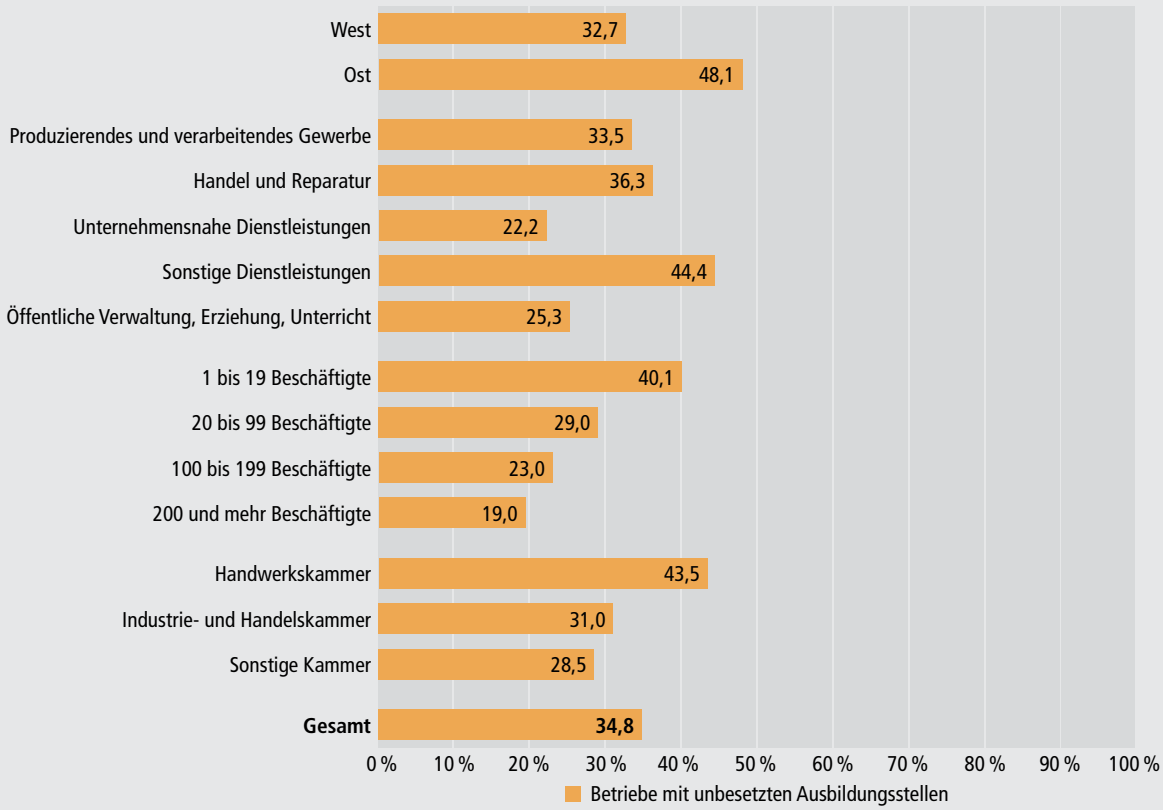
Von den Ausbildungsbetrieben mit Ausbildungsangeboten konnte mit 34,8 % jeder dritte Betrieb seine neu angebotenen Ausbildungsstellen teilweise oder vollständig nicht besetzen →**Schaubild A4.10.4-2**.[197] Dieser Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen beträgt im Osten Deutschlands 48,1 %, während in den alten Bundesländern nur 32,7 % der Betriebe Schwierigkeiten bei der Besetzung der Ausbildungsstellen hatten.[198] Bei der Besetzung von Ausbildungsstellen zeichnet sich nach Wirtschafts-

196 Aufgrund niedriger Fallzahlen dieser Betriebsgruppe kann eine genauere statistische Auswertung der Angaben – ähnlich wie sie bei den Ausbildungsbetrieben erfolgt – nicht durchgeführt werden. Die Erfolgschancen dieser Betriebe, für ihre Ausbildungsstellen Jugendliche zu finden, sind im Übrigen sehr gering. Nach eigenen Angaben konnten 93,8 % der bisher nicht ausbildenden Betriebe mit Ausbildungsangeboten ihre Ausbildungsstellen nicht besetzen.

197 Vergleiche mit anderen Studien sind aufgrund unterschiedlicher Stichproben, Fragenformulierungen, Bezugsgrößen und Stichtage nur bedingt möglich. Eine genauere Darstellung dieser Unterschiede wird in einer gesonderten Publikation erfolgen.

198 Zur unverändert schwierigen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt in den neuen Bundesländern vgl. Troltsch/Walden/Zopf 2009; BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A1.3.

Schaubild A4.10.4-2: **Anteil an Ausbildungsbetrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für das Ausbildungsjahr 2010/2011 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)**



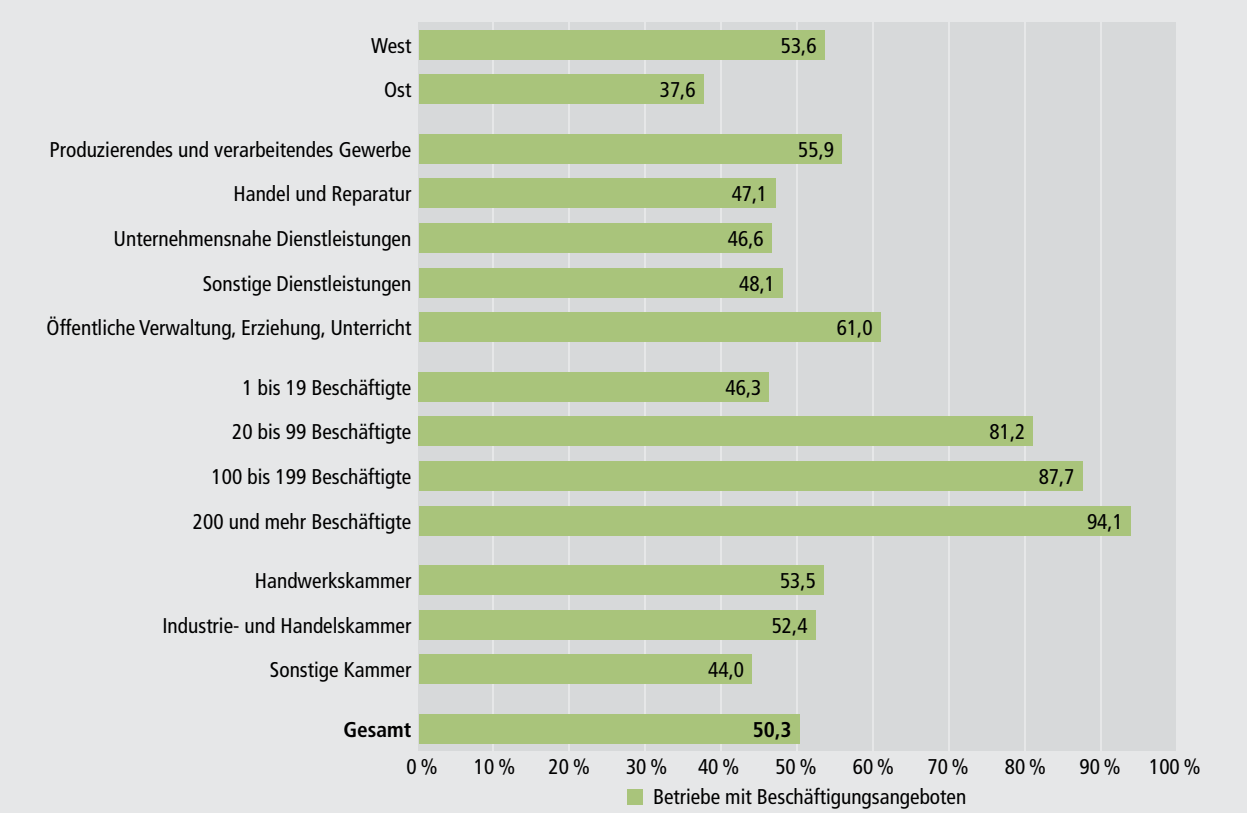
Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011

bereichen ein sehr heterogenes Bild ab: Während das produzierende und verarbeitende Gewerbe sowie das Handels- und Reparaturgewerbe auf durchschnittliche Anteile kommen, sieht es bei den unternehmensnahen Dienstleistungsbetrieben und bei Behörden und Betrieben aus dem Bereich öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht deutlich besser aus. Hier können nur 22,2 % bzw. 25,3 % der ausbildenden Betriebe ihre angebotenen Stellen nicht vollständig mit Ausbildungsstellenbewerbern besetzen. Die größten Probleme entstehen für Betriebe aus dem Bereich der sonstigen Dienstleistungen, bei denen zu 44,4 % Rekrutierungsprobleme bestehen.

Der Anteil derjenigen Ausbildungsbetriebe, die Probleme mit der Besetzung von Ausbildungsstellen haben, sinkt mit steigender Betriebsgröße: Bei Großbetrieben mit 200 und mehr Beschäftigten beträgt beispielsweise der Anteil von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen nur 19,0 %, während er bei den Kleinstbetrieben bei 40,1 % liegt. Damit bestehen vor allem bei Kleinstbetrieben mit bis zu 19 Beschäftigten besondere Probleme, ihre Ausbildungsangebote vollständig zu besetzen.

Dies spiegelt sich auch bei der Kammerzugehörigkeit der Betriebe wider. Hier zeigen sich zwischen Handwerks- und IHK-Bereich sehr unterschiedliche Erfolgschancen bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen. Handwerksbetriebe haben mit einem Anteil von 43,5 % deutlich größere Schwierigkeiten, Ausbildungsstellen zu besetzen, Industrie- und Handelsunternehmen liegen bei 31,0 %.

Schaubild A4.10.4-3: **Anteil an Betrieben mit Angebot an Arbeitsstellen im Jahr 2010 an allen Betrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011

Strukturmerkmale von Betrieben mit Arbeitsstellenangeboten

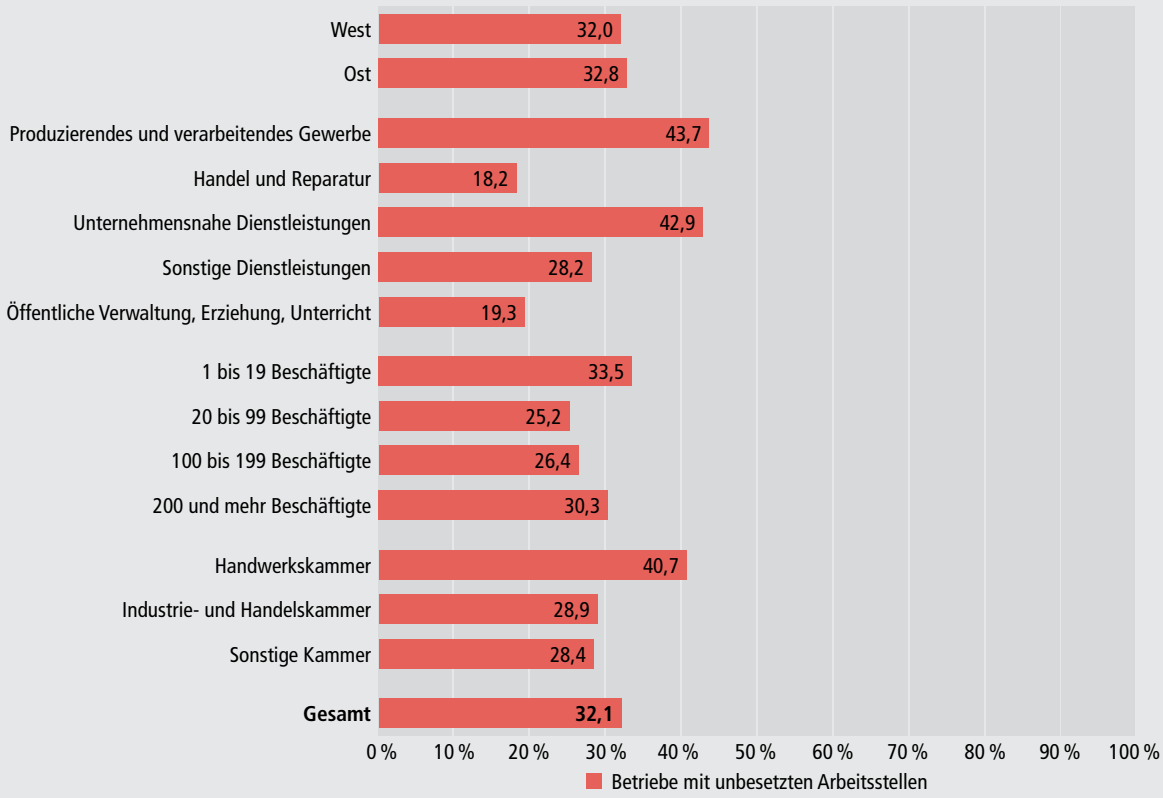
Von den insgesamt über 2 Mio. Betrieben, die in Deutschland im Jahr 2010 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse an die Rentenversicherungsträger zum Stichtag 31. Dezember gemeldet haben, sucht im Verlauf des Jahres 2010 mit insgesamt 50,3 % die Hälfte aller Betriebe nach geeigneten Fach- und Arbeitskräften, wobei ostdeutsche Betriebe mit 37,6 % deutlich weniger Neueinstellungen vornehmen wollen bzw. können als westdeutsche Unternehmen, von denen mit 53,6 % über die Hälfte der Betriebe nach einem oder mehreren geeigneten Arbeitskräften sucht → **Schaubild A4.10.4-3**. Besonders das produzierende und verarbeitende Gewerbe sowie die öffentliche Verwaltung, worunter auch das Gesundheits- und Sozialwesen gezählt wird, zeichnen sich durch einen hohen Bedarf an Fach- und Arbeitskräften aus (55,9 % bzw. 61,0 %). Alle anderen Wirtschaftsbereiche liegen etwas unter dem Durchschnitt. Je größer der Betrieb, desto höher wird der Anteil an Betrieben, die offene Stellen zu besetzen hatten. Von den Großbetrieben sind dies z. B. 9 von 10 Betrieben.

Strukturmerkmale von Betrieben mit Problemen bei der Besetzung von Arbeitsstellen

Im Durchschnitt fallen Probleme bei der Besetzung von Arbeitsstellen mit Arbeits- oder Fachkräften[199] deutlich niedriger aus als bei der Besetzung von Aus-

199 In der ersten Erhebungswelle des BIBB-Qualifizierungspanels wurden die Betriebe im Falle von Neueinstellungen danach gefragt, ob diese neuen Beschäftigten für einfache oder für qualifizierte Tätigkeiten vorgesehen waren. Diese differenzierteren Angaben sollen zusammen mit anderen Indikatoren in weiteren Veröffentlichungen entsprechend ausgewertet werden.

Schaubild A4.10.4-4: **Anteil an Betrieben mit unbesetzten Arbeitsstellen im Jahr 2010 an allen Betrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011

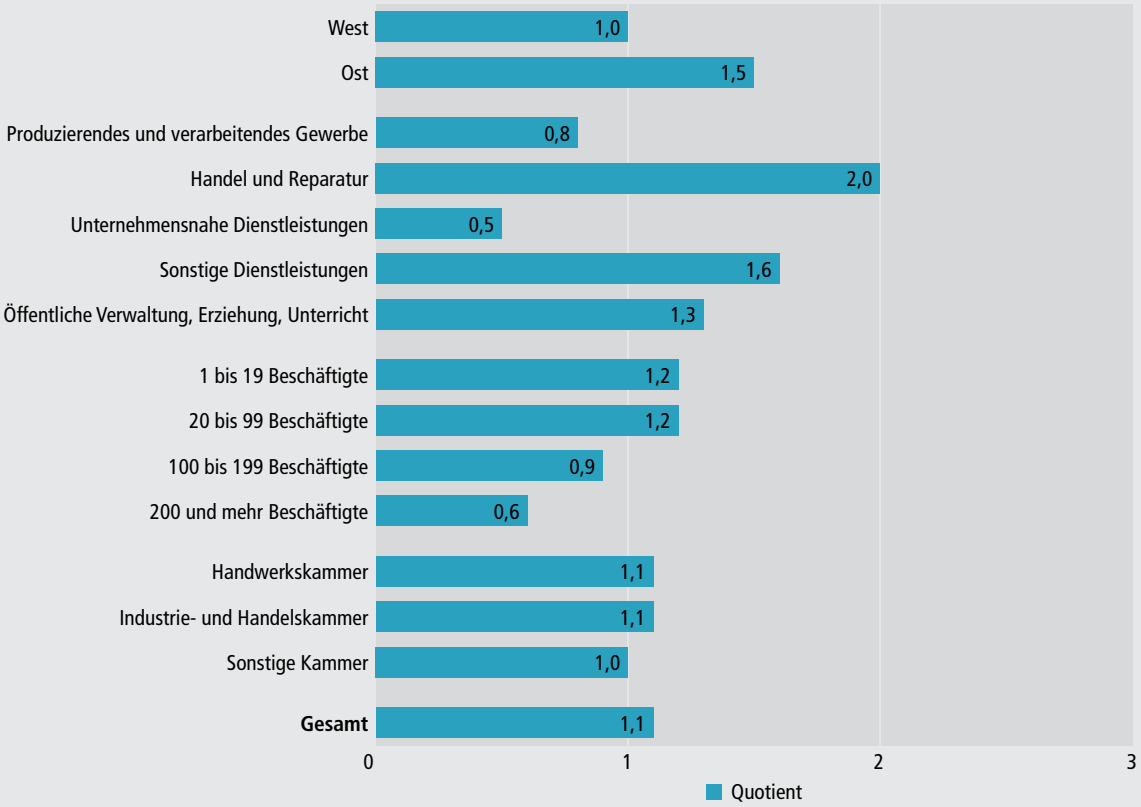
bildungsstellen →**Schaubild A4.10.4-4**. Jeder dritte Betrieb findet keine oder nicht ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte auf dem freien Arbeitsmarkt. Betriebe mit diesen Problemen bei der Rekrutierung erreichen dabei einen durchschnittlichen Anteil von 32,1 %, in Ost- und Westdeutschland vergleichbar hoch.

Vor allem Betriebe aus dem produzierenden bzw. verarbeitenden Gewerbe und Betriebe mit unternehmensnahen Dienstleistungen suchen mit 43,7 % bzw. 42,9 % zum Teil vergeblich nach Arbeitskräften, um alle angebotenen Arbeitsstellen besetzen zu können. In den anderen Wirtschaftssektoren – und hier vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung, Erziehung, Unterricht sowie im Handel bzw. Reparaturgewerbe – fallen Probleme bei der Personalrekrutierung deutlich unterdurchschnittlich aus. Unter den Groß- und Kleinstbetrieben versucht nach eigenen Angaben fast jeder dritte Betrieb vergeblich, sein Neuangebot an Arbeitsstellen vollständig zu besetzen. Besonders betroffen sind zudem Handwerksbetriebe, die mit 40,7 % weit über dem allgemeinen Durchschnitt liegen.

Zusammenhang zwischen den Problemen bei der Besetzung von Ausbildungs- und Arbeitsstellen

Aufgrund der derzeitigen Auswertungsmöglichkeiten des BIBB-Qualifizierungspanels kann noch nicht eindeutig geklärt werden, in welchem Zusammenhang die beiden Rekrutierungsstrategien – Besetzung von Stellen durch externes Personal und betriebsinterne Ausbildung – stehen, da es sich bei der ersten Befragungswelle des BIBB-Qualifizierungspanels um eine erste Querschnitterhebung handelt und erst in den nächsten Jahren genaue Aussagen darüber getroffen werden können, wie Betriebe ihre Rekrutierungsstrategien aufeinander abstimmen und welche

Schaubild A4.10.4-5: **Quotienten aus den Prozentanteilen der Betriebe mit unbesetzten Arbeitsstellen und den Prozentanteilen der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen im Jahr 2010 nach ausgewählten Strukturmerkmalen**

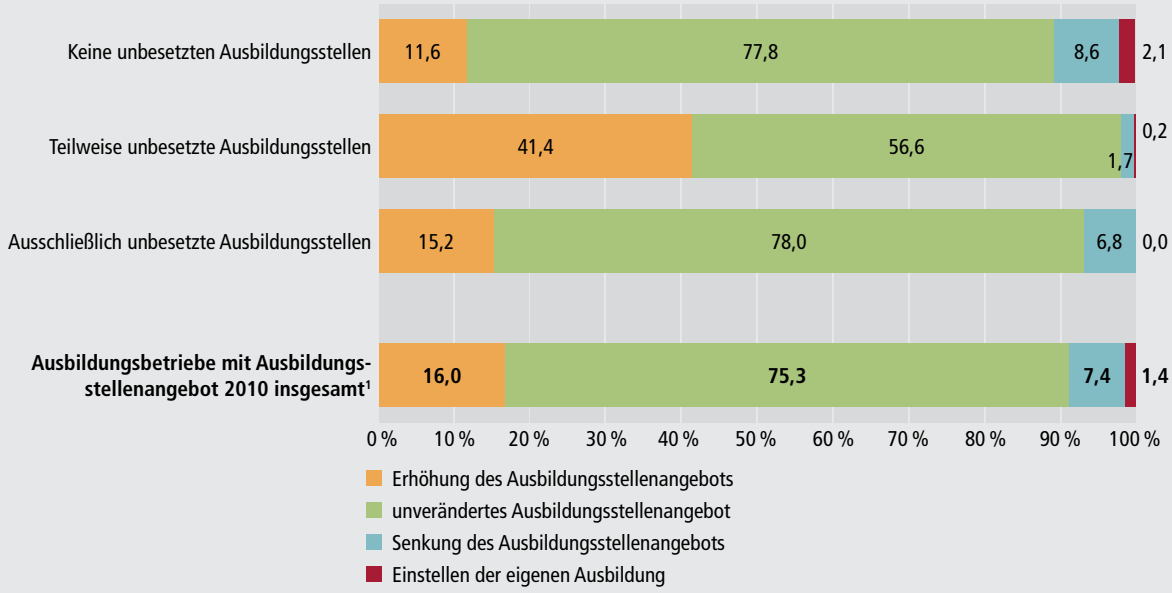


Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011

Konsequenzen sie beispielsweise bei Besetzungsproblemen im Ausbildungsbereich für die Personalbeschaffung ziehen.

Um dennoch Aussagen darüber treffen zu können, in welchen Bereichen Betriebe derzeit unter einem höheren Problemdruck stehen, kann der Quotient aus den Anteilen an Betrieben mit Problemen bei der Besetzung von Ausbildungs- und Arbeitsstellen herangezogen werden E. Dadurch erhält man ein relatives Maß für das Verhältnis der Rekrutierungsprobleme. Daran gemessen ergeben sich bei ostdeutschen Betrieben, bei Kleinstbetrieben bzw. kleineren mittelständischen Unternehmen und vor allem bei den Betrieben aus den Wirtschaftsbereichen Handel und Reparatur, sonstige Dienstleistungen und öffentliche Verwaltung überdurchschnittliche Probleme bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen → **Schaubild A4.10.4-5**. Hier liegen die Quotienten um bis zu zweifach höher als im Durchschnitt. Dies ist ein Zeichen dafür, dass es im Vergleich zur Besetzung von Arbeitsstellen und bei der Deckung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs mehr Probleme bei der Suche nach Ausbildungsstellenbewerbern gibt. Probleme, auf dem freien Arbeitsmarkt im Vergleich zur Ausbildung entsprechend qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte zu finden, bestehen nach Angaben der Betriebe eher bei größeren mittelständischen Betrieben und bei Großunternehmen, generell aber auch im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, deren Quotienten zum Teil deutlich unter dem Durchschnitt liegen und eher für vergleichsweise hohe Schwierigkeiten bei der Neueinstellung von Arbeitskräften sprechen.

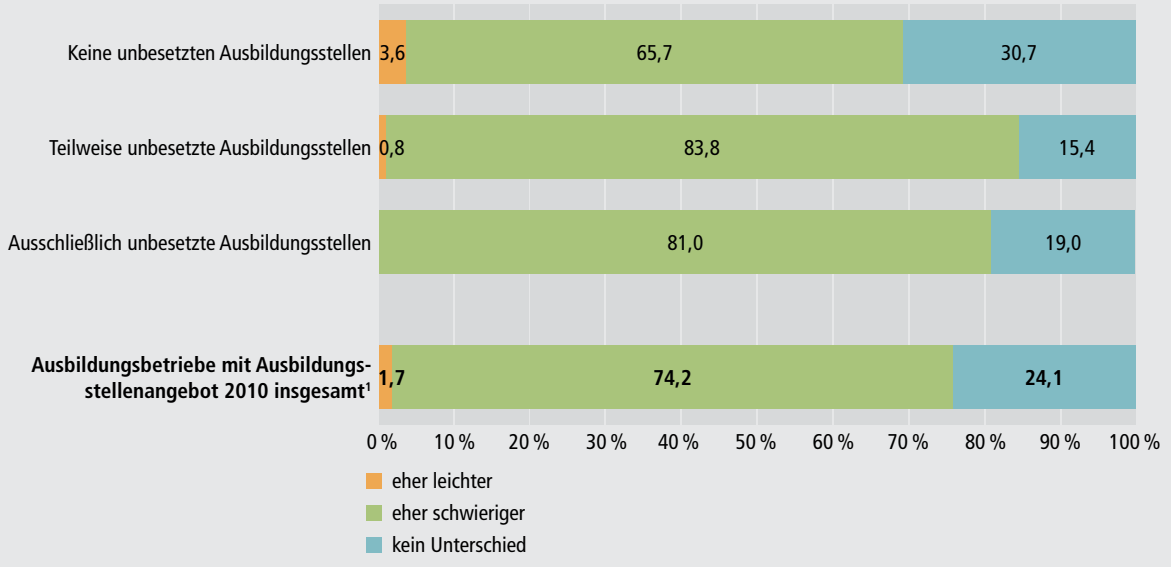
Schaubild A4.10.4-6: **Angebotsplanungen von Betrieben mit und ohne unbesetzte Ausbildungsstellen in den kommenden 3 Jahren (in %)**



[1] Für Auswertungen, die alle Ausbildungsbetriebe berücksichtigen (auch solche ohne Ausbildungsstellenangebot im Jahr 2010) vgl. BIBB-Qualifizierungspanel 2012.

Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011

Schaubild A4.10.4-7: **Einschätzungen von Betrieben mit und ohne unbesetzte Ausbildungsstellen zu den künftigen Schwierigkeiten, geeignete Bewerber/-innen zu finden (in %)**



[1] Für Auswertungen, die alle Ausbildungsbetriebe berücksichtigen (auch solche ohne Ausbildungsstellenangebot im Jahr 2010) vgl. BIBB-Qualifizierungspanel 2012.

Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011

E **Quotient aus den Prozentanteilen von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungs- und mit unbesetzten Arbeitsstellen**

$$BT_{UBA_quot} = \frac{BT_{UBA_ausbst}}{BT_{UBA_arbst}}$$

BT_{UBA_ausbst} Anteil von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen

BT_{UBA_arbst} Anteil von Betrieben mit unbesetzten Arbeitstellen

Werte, die etwa bei 1 liegen, zeigen an, dass bei beiden Rekrutierungsstrategien ähnlich gelagerte Probleme für Betriebe bestehen, Stellen zu besetzen. Liegen Werte über 1, so bestehen relativ gesehen vor allem Besetzungsprobleme bei den angebotenen Ausbildungsstellen, Werte unter 1 weisen vor allem auf Probleme bei der Besetzung von Arbeitsstellen hin. Ein Wert von 2 bedeutet beispielsweise, dass relative Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsstellen um das Doppelte höher liegen als im Beschäftigungsbereich.

Mittelfristige Folgen unbesetzter Ausbildungsstellen aus Sicht der Betriebe

Die Betriebe wurden zu ihren Planungen in Bezug auf ihr Ausbildungsstellenangebot und zu den aus ihrer Sicht kommenden Schwierigkeiten bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen befragt. Ausgegangen wurde von der Überlegung, dass Stellenbesetzungsprobleme im Ausbildungsbereich zwangsläufig zu einer Reduzierung der Ausbildungsangebote und mittelfristig zu einem Rückgang der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung führen werden.

Den Angaben zufolge sind aus Sicht der Betriebe in Zukunft zunehmende Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu erwarten. Betrachtet man zunächst die Planungen der Ausbildungsbetriebe zu ihren Stellenangeboten in den kommenden 3 Jahren, so zeigt sich, dass entgegen der Ausgangsvermutung mit 75,3 % die Mehrheit ihre Ausbildungsaktivitäten unverändert beibehalten wollen → **Schaubild A4.10.4-6**. Allerdings sehen sich 7,4 % der Betriebe gezwungen, ihre Ausbildungsangebote in den kommenden 3 Jahren zu reduzieren. Weitere 1,4 % planen, ihre Ausbildung sogar vollständig einzustellen. Demgegenüber planen 16,0 % eine Ausweitung ihres Angebots an Ausbildungsstellen. Erstaunlicherweise ist festzustellen, dass gerade Betriebe mit schlechten Erfahrungen bei der Suche nach Ausbildungsstellenbewerbern ihre Angebotsplanung durchaus optimistisch gestalten. Von denjenigen Betrieben, die überhaupt keine Bewerber/-innen für ihre Stellen gefunden haben, planen nur 6,8 %, ihr Angebot zu senken, während mit 78,0 % die Mehrheit von einem unveränderten Stellenangebot in ihrem Betrieb ausgeht. Jeder sechste Betrieb geht hier sogar von einer Angebotserhöhung aus. Diese Strategie ähnelt derjenigen von Betrieben, die keine unbesetzten Ausbildungsstellen zu verzeichnen haben. Verstärkte Bemühungen in den kommenden Jahren finden sich bei Betrieben, deren Angebot nur teilweise besetzt werden konnte.

Diese Ergebnisse sind umso erstaunlicher, als die befragten Betriebe durchaus von zunehmenden Problemen ausgehen, in den kommenden Jahren ausreichend viele und geeignete Bewerber/-innen für ihre Ausbildungsstellen zu finden; damit rechnen durchschnittlich 74,2 % → **Schaubild A4.10.4-7**. Jeder vierte Betrieb sieht dagegen keine Unterschiede zur augenblicklichen Situation. Bei den Betrieben, die aktuell Stellenbesetzungsprobleme haben, sagen 83,8 % bzw. 81,0 %, also jeweils mehr als 4 von 5 Betrieben, dass sie hier zukünftig mit größeren Schwierigkeiten rechnen. Ergaben sich für das Ausbildungsjahr 2010/2011 keine Stellenbesetzungsprobleme, so sehen dagegen nur 2 von 3 Betrieben einen kommenden Mangel an geeigneten Bewerbern.

(Christian Gerhards, Sabine Mohr, Klaus Troltsch)

A5 Ausbildung außerhalb des dualen Systems der Berufsausbildung

Das berufliche Bildungssystem in Deutschland zeichnet sich durch einen hohen Differenzierungsgrad aus. Diese Differenzierung erfolgt nach den unterschiedlichen Funktionen der verschiedenen Teilbereiche (von der Ausbildungsvorbereitung über die Vermittlung einer Teilqualifikation bis hin zum Erwerb eines Berufsabschlusses), durch die unterschiedlichen Lernorte (von rein schulisch über dual bis zu rein betrieblich), durch unterschiedliche Finanzierungsformen (von rein staatlicher Finanzierung über Mittel der Arbeitsverwaltung bis hin zu privater Finanzierung) sowie – bedingt durch die föderale Struktur – durch die unterschiedliche Anlage der Bildungssysteme in den 16 Bundesländern.

Neben der Ausbildung im dualen System besteht auch an beruflichen Schulen die Möglichkeit, sowohl allgemeinbildende als auch teilqualifizierende und vollqualifizierende berufliche Bildungsabschlüsse zu erwerben. Im Rahmen einer Vollqualifizierung können an Berufsfachschulen (BFS) Ausbildungen außerhalb oder gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) absolviert werden. Die Datengrundlage hierzu bildet die Fachserie 11, Reihe 2 „Berufliche Schulen“ des Statistischen Bundesamtes.[200] Diese fasst die Ergebnisse der Schulstatistiken der einzelnen Bundesländer zusammen. Darüber hinaus werden die Ausbildungen an Schulen des Gesundheitswesens von den statistischen Ämtern gesondert erfasst.

E Datengrundlage „Berufliche Schulen“

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben und Berechnungen auf die Daten der Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2009/2010 sowie 2010/2011 des statistischen Bundesamtes. Besondere Beachtung findet hier die Entwicklung auf Einzelberufsebene, da diese im Rahmen der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) nicht ausgewiesen wird. Bei den im Text ausgewiesenen Absolutwerten der Schüler/-innen handelt es sich jeweils um Bestandszahlen. Ein Vergleich mit den Daten der iABE ist nur eingeschränkt möglich, da die Daten hierfür einer Sonderauswertung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder entstammen. Eine ausführliche Beschreibung der unterschiedlichen Datengrundlagen findet sich im Kapitel „Überblick über das Ausbildungsgeschehen“ (**vgl. Kapitel A6**).

A5.1 Vollqualifizierende Berufsausbildung an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO (Schuljahr 2010/2011)

Die Zahl der Schüler/-innen an Berufsfachschulen in Ausbildungsgängen, die zu einem Berufsabschluss in Berufen außerhalb des Geltungsbereichs von BBiG und HwO E führen, ist – wie bereits in den vergangenen Jahren – erneut gesunken (-1,1 %). Absolut bedeutet dies im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 2.470 auf nunmehr 223.451 Schüler/-innen.[201] Jedoch sank aufgrund der demografischen Entwicklung ebenfalls die Zahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen, sodass die Bedeutung dieses Bildungsganges weiterhin hoch ist.

E Vollqualifizierende Berufsfachschulen (BFS)[202]

BFS außerhalb BBiG/HwO[203] unterstehen den Kultusministerien und qualifizieren anstatt nach BBiG/HwO in anerkannten Ausbildungsberufen (überwiegend) in

200 Die vom Statistischen Bundesamt in der Fachserie 11, Reihe 2 publizierten Ergebnisse stammen aus den Schulstatistiken der einzelnen Bundesländer. Die Zusammenfassung zu Bundesergebnissen erfolgte auf der Grundlage des von der Kultusministerkonferenz (KMK) erstellten Schulartenkatalogs, der – aus Gründen des Umfangs – nicht alle institutionellen Besonderheiten in den 16 Bundesländern berücksichtigt. Nur in einzelnen Ländern vorkommende Schularten – mit Ausnahme der Fachakademien in Bayern – sind deshalb mit anderen zusammengefasst worden. Eine Übersicht der Schulartengliederung und institutionellen Zuordnungen in den Statistiken der beruflichen Schulen findet sich in der Fachserie 11, Reihe 2, 2010/2011, S. 340 ff. Die Vergleichbarkeit zwischen den Länderergebnissen wird durch die unterschiedliche Bildungspolitik der Länder beeinträchtigt. Dies kann auch durch formale Regelungen der Zuordnung zu bundeseinheitlichen Bezeichnungen nur z. T. kompensiert werden (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, 2010/2011, S. 8 ff.).

201 Eine Zeitreihe über die Entwicklung der Bestandszahlen der Schüler/-innen an BFS außerhalb BBiG/HwO seit dem Schuljahr 1992/1993 findet sich im Internet → **Tabelle A5.1-1 Internet.**

202 Weiterführende Literatur zum Thema unter **http://www.bibb.de/de/wlk8246.htm.**

203 Im weiteren Verlauf wie folgt verkürzt: „BFS außerhalb BBiG/HwO“.

Tabelle A5.1-2: **Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln, nach Berufsbereichen**

Berufsbereiche[1]	Schüler/-innen insgesamt	Anteil des Berufsbereichs (Spaltenprozent)	davon weiblich	Anteil der Schülerinnen im jeweiligen Berufsbereich (Zeilenprozent)
Land-, Tier-, Forstwirtschaft und Gartenbau (01–06)	–	–	–	–
Bergleute, Mineralgewinner (07–08)	–	–	–	–
Fertigungsberufe (10–55)	1.591	0,7	127	8,0
Technische Berufe (60–65)	17.247	7,7	6.213	36,0
Dienstleistungsberufe (66–93)	204.400	91,5	146.288	71,6
Sonstige Berufe und ohne Angabe	213	0,1	98	46,0
Alle Berufsbereiche insgesamt	**223.451**	**100**	**152.726**	**68,3**

[1] Berufsbereiche: siehe Statistisches Bundesamt: Klassifizierung der Berufe 1992.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2010/2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

„Schulberufen nach Landesrecht". Sie bilden mehrheitlich für sach- und personenbezogene Dienstleistungen aus. In einigen Ländern werden Gesundheitsdienstberufe nicht an Schulen des Gesundheitswesens, sondern an BFS außerhalb BBiG/HwO ausgebildet.

BFS gemäß BBiG/HwO[204] vermitteln einen beruflichen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf gemäß Berufsbildungsgesetz bzw. Handwerksordnung.

Die Differenzierung nach Berufsbereichen zeigt, dass BFS außerhalb BBiG/HwO vorwiegend in Dienstleistungsberufen ausbilden (vgl. Statistisches Bundesamt 1992). Über 90 % der Schüler/-innen in einer vollqualifizierenden schulischen Berufsausbildung an BFS außerhalb BBiG/HwO finden sich im Schuljahr 2010/2011 in diesem Bereich. Einen nennenswerten Anteil nimmt mit knapp 8 % auch der Bereich der technischen Berufe ein. In den Bereichen Land-, Tier-, Forstwirtschaft und Gartenbau sowie Bergleute, Mineralgewinner finden sich keine Schüler/-innen, und auch der Anteil der Fertigungsberufe ist mit 0,7 % gering → **Tabelle A5.1-2**.

Traditionell sind Mädchen und junge Frauen in schulischen Ausbildungen überproportional vertreten. So hat sich auch der hohe Frauenanteil an den BFS außerhalb BBiG/HwO seit dem Schuljahr 2005/2006 (68,6 %) in der Folgezeit bis 2010/2011 (68,3 %) nur geringfügig verändert. Im Berufsbereich „Dienstleistungsberufe" sind Mädchen und junge Frauen mit 71,6 % wesentlich häufiger vertreten als Jungen und junge Männer. Erwartungsgemäß gestaltet sich die Verteilung im Berufsbereich „Technische Berufe" anders. Hier sind verstärkt die Männer (64 %) vertreten.

Entwicklung einzelner Berufe (BFS außerhalb BBiG/HwO)

Angeführt wird die Liste der 10 am stärksten besetzten Berufe an BFS außerhalb BBiG/HwO im Schuljahr 2010/2011 mit knapp 28.000 Schülern/Schülerinnen von der Ausbildung zum/zur Sozialassistenten/Sozialassistentin bzw. zum/zur Sozialpädagogischen Assistenten/Assistentin. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier der Bestand an Schülern/Schülerinnen um 4,2 % gestiegen → **Tabelle A5.1-3**.

Die Bestandszahlen bei der Ausbildung zum/zur Altenpfleger/-in befinden sich mit rund 27.500 Schülern und Schülerinnen auf annähernd gleichem Niveau. Der Bestandszuwachs zwischen den Schuljahren 2009/2010 und 2010/2011 an BFS außerhalb BBiG/HwO ist hier allerdings mit 13,8 % wesentlich deutlicher. Überdies wird ein nennenswerter Anteil der Altenpfleger/-innen auch an Fachschulen und

204 Im weiteren Verlauf wie folgt verkürzt: „BFS gemäß BBiG/HwO".

Tabelle A5.1-3: **Am stärksten besetzte Berufe an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln – Schuljahr 2010/2011**

Beruf (Berufsklasse)[1]	Schüler/-innen	Veränderung zum Vorjahr	davon weiblich	Anteil der Schülerinnen	Außerdem: Schüler/-innen an Schulen des Gesundheitswesens	Veränderung zum Vorjahr
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Die 10 am stärksten besetzten Berufe						
Sozialassistent/-in und Sozialpädagogische/-r Assistent/-in (8617)	27.706	4,2	23.027	83,1		
Altenpfleger/-in (+3446 Schüler/-innen an Fachschulen)[2] (8640)	27.577	13,8	22.247	80,7	20.942	11,6
Kaufmännische/-r und Wirtschaftsassistent/-in (7889)	18.141	-8,0	10.074	55,5		
Kinderpfleger/-in (8670)	16.198	-3,1	14.715	90,8		
Technische/-r Assistent/-in für Informatik, Assistent/-in für Wirtschaftsinformatik und Kaufmännische/-r Assistent/-in für Informationsverarbeitung (7744)	16.149	12,6	2.115	13,1		
Sozialbetreuer/-in und Sozialhelfer/-in (8690 + 8697)	14.055	9,3	11.093	78,9		
Gestaltungstechnische/-r Assistent/-in und Screen-Desginer/-in (8343)	10.333	-0,4	6.634	64,2		
Fremdsprachenassistent/-in, Europa-Sekretär/-in und Kaufmännische/-r Assistent/-in, Fremdsprachen (7894)	7.147	9,2	5.680	79,5		
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in (8530)	6.492	4,2	5.008	77,1	52.680	3,5
Erzieher/-in (+36.580 an FS, +4.526 an Fachakademien in BY)[2] (8630)	6.122	5,8	5.516	90,1		
Zusammen	**149.920**		**106.109**	**70,8**		
Anteil an allen Berufen an BFS außerhalb BBiG/HwO	**67,1**		**69,5**			
nachrichtlich: Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO insgesamt	**223.451**	**-1,1**	**152.726**	**68,3**		

[1] Berufsklasse: siehe Statistisches Bundesamt: Klassifizierung der Berufe 1992.
[2] Alle Schuljahre.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2010/2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet (**vgl. Kapitel A5.3**).

Die Zahl der Schüler und Schülerinnen in der Ausbildung zum/zur Kinderpfleger/-in ist mit 3,1 % im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig, wohingegen die Ausbildungen zum/zur Technischen Assistenten/Assistentin für Informatik, Assistenten/Assistentin für Wirtschaftsinformatik und Kaufmännischen Assistenten/Assistentin für Informationsverarbeitung mit rund 16.000 Schülern und Schülerinnen einen deutlichen Zuwachs verzeichnen (+12,6 %).

Die Differenzierung nach Berufsbereichen und Geschlecht hat gezeigt, dass Frauen an BFS außerhalb BBiG/HwO insbesondere im Dienstleistungsbereich und weniger in den technischen Berufen zu finden sind. Folgerichtig spiegelt sich dieses Bild auch auf der Einzelberufsebene wider. So sind beispielsweise knapp 80 % der Jugendlichen in der Ausbildung zum/zur Altenpfleger/-in an BFS außerhalb BBiG/HwO weiblich. Im Dienstleistungsbereich sind männliche Jugendliche vor allem in den Berufen vertreten, die eine stärker technische Ausrichtung haben. So ist die Ausbildung zum/zur Technischen Assistenten/Assistentin für Informatik mit rund 90 % deutlich von den männlichen Jugendlichen dominiert. Vice versa finden sich im Berufsbereich der technischen Berufe nur wenige, die überwiegend von Mädchen und jungen Frauen besetzt sind. Ausnahmen gibt es dennoch. Die Ausbildung zum/zur Textil- und bekleidungstechnischen Assistenten/Assistentin bzw. zum/zur Assistenten/Assistentin in der Textilwirtschaft ist fast ausschließlich mit Frauen besetzt (95 %).

A5.2 Vollqualifizierende Berufsausbildung an BFS gemäß BBiG/HwO (Schuljahr 2010/2011)

Auch bei den BFS gemäß BBiG/HwO E setzt sich der rückläufige Trend der vergangenen Jahre fort. Im Vergleich zu den BFS außerhalb BBiG/HwO ergibt sich hier allerdings ein weitaus stärkerer Rückgang bei den Schülerzahlen. So ist der Bestand an Schüler/-innen zwischen den Schuljahren 2009/2010 und 2010/2011 um 11,8 % (absolut 3.559) auf nunmehr 26.615 gesunken.[205] Bei einer Erweiterung des Vergleichszeitraums zeigt sich, dass zwischen 2005/2006 und 2010/2011 die Schülerzahl insgesamt um rund 35 % abgenommen hat, bei den Mädchen und jungen Frauen sind es sogar 41 %.

Der Vergleich der Anteile der jeweiligen Berufsbereiche zeigt, dass auch bei den BFS gemäß BBiG/HwO die Dienstleistungsberufe mit knapp 60 % den am stärksten besetzten Bereich stellen. Anders als an den BFS außerhalb BBiG/HwO bilden hier aber die Fertigungsberufe mit rund 36 % den zweitstärksten Bereich → **Tabelle A5.2-2**.

Frauen sind an BFS gemäß BBiG/HwO mit 54 % nur leicht stärker vertreten als Männer, allerdings ergeben sich starke Ungleichgewichte in den einzelnen Berufsbereichen. So sind beispielsweise im Dienstleistungsbereich Frauen mit 73 % deutlich häufiger zu finden als Männer, wohingegen sie bei den Fertigungsberufen mit 25 % stark unterrepräsentiert sind.

Entwicklung einzelner Berufe (BFS gemäß BBiG/HwO)

Die ersten 5 Berufe in der Liste der 10 am stärksten besetzten Berufsgruppen an BFS gemäß BBiG/HwO sind im Dienstleistungssektor angesiedelt. Der größte Bestand an Schülern/Schülerinnen findet sich hier bei den Berufen in der Körperpflege inkl. Kosmetiker/-in. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich

Tabelle A5.2-2: **Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln, nach Berufsbereichen**

Berufsbereiche[1]	Schüler/-innen insgesamt	Anteil des Berufsbereichs (Spaltenprozent)	davon weiblich	Anteil der Schülerinnen im jeweiligen Berufsbereich (Zeilenprozent)
Land-, Tier-, Forstwirtschaft und Gartenbau (01–06)	254	1,0	145	57,1
Bergleute, Mineralgewinner (07–08)	–	–	–	–
Fertigungsberufe (10–55)	9.519	35,8	2.360	24,8
Technische Berufe (60–65)	789	3,0	316	40,1
Dienstleistungsberufe (66–93)	15.953	59,9	11.600	72,7
Sonstige Berufe und ohne Angabe	100	0,4	11	11,0
Alle Berufsbereiche insgesamt	**26.615**	**100**	**14.432**	**100**

[1] Berufsbereiche: siehe Statistisches Bundesamt: Klassifizierung der Berufe 1992.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2010/2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

205 Eine Zeitreihe über die Entwicklung der Bestandszahlen der Schüler/-innen an BFS gemäß BBiG/HwO seit dem Schuljahr 1992/1993 findet sich im Internet → **Tabelle A5.2-1 Internet.**

Tabelle A5.2-3: **Die 10 am stärksten besetzten Berufsgruppen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss gemäß BBiG/HwO vermitteln – Schuljahr 2010/2011**

Berufe (Berufsgruppe)[1]	Schüler/-innen	Veränderung zum Vorjahr	davon weiblich	Anteil der Schülerinnen
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Berufe in der Körperpflege inkl. Kosmetiker/-in (90)	3.788	-8,1	3.757	99,2
Büroberufe, Kaufmännische/-r Angestellte/-r (78)	3.183	-17,0	2.018	63,4
Bank- und Versicherungskaufleute (69)	2.404	2,3	1.347	56,0
Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe inkl. Hauswirtschafter/-in (92)	2.392	-31,0	2.223	92,9
Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- und Verkaufsfachleute (67)	1.710	-6,4	1.112	65,0
Elektroberufe (31)	1.631	-7,5	59	3,6
Maschinenbau- und -wartungsberufe (27)	1.171	-12,2	68	5,8
Feinwerktechnische und verwandte Berufe (30)	911	-0,8	434	47,6
Berufe in der Textilverarbeitung (35)	853	0,4	787	92,3
Rechnungskaufleute, Informatiker/-innen (77)	832	9,9	138	16,6
Zusammen	**18.875**		**11.943**	
in % aller Schüler/-innen	**70,9**		**82,8**	
nachrichtlich: Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO insgesamt	**26.615**	**-11,8**	**14.432**	**54,2**

[1] Berufsgruppe: siehe Statistisches Bundesamt: Klassifizierung der Berufe 1992.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2010/2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

allerdings mit -8,1 % ein klarer Rückgang → **Tabelle A5.2-3**. Noch wesentlich deutlicher zeigt sich dieser allerdings bei den Büroberufen, Kaufmännischen Angestellten (-17 %) und den haus- und ernährungswirtschaftlichen Berufen inklusive Hauswirtschafter/-in (-31 %). Unter den Top 5 verzeichnen lediglich die Bank- und Versicherungskaufleute einen leichten Bestandszuwachs (+2,3 %) an Schülern und Schülerinnen in der schulischen Ausbildung an BFS gemäß BBiG/HwO. Bei den unter den Top 10 rangierenden Fertigungsberufen zeigen sich ebenfalls überwiegend Rückgänge. So sank der Bestand an Schülern/Schülerinnen im Vergleich zum Vorjahr in den Elektroberufen um 7,5 % und den Maschinenbau- und wartungsberufen um 12,2 %.

Auch bei der Ausbildung an BFS gemäß BBiG/HwO zeigt sich, dass insbesondere in den stark besetzten Dienstleistungsberufen zum Teil fast ausschließlich Frauen zu finden sind. Beispiele hierfür wären mit einem Frauenanteil von deutlich über 90 % die Berufe in der Körperpflege (99 %) und haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe (93 %). Bei den Bank- und Versicherungsfachleuten hingegen ist das Verhältnis annähernd ausgeglichen (56 %). Die Fertigungsberufe sind im Gegensatz dazu männlich dominiert. Unter den Schülern/Schülerinnen in Elektroberufen finden sich mit 3,6 % und den Maschinenbau- und -wartungsberufen mit 5,8 % kaum Mädchen und junge Frauen.

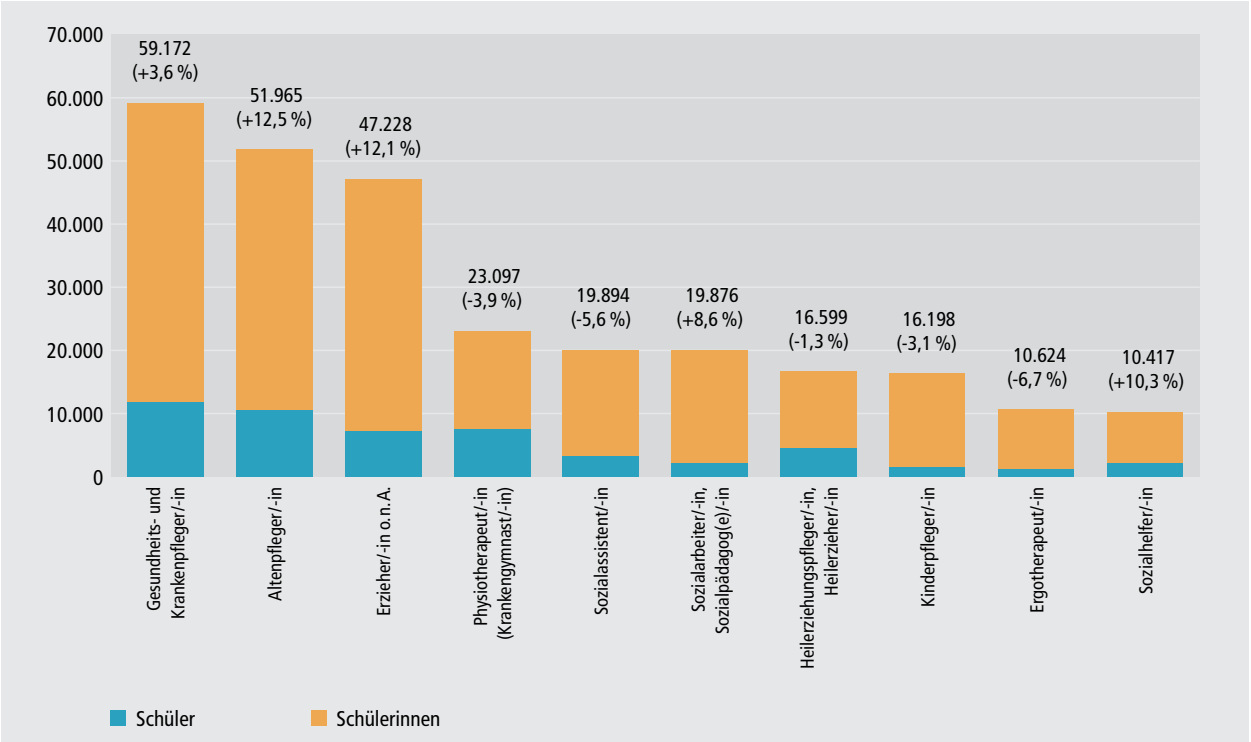
A5.3 Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen

Die nicht akademische Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens erfolgt zum überwiegenden Teil an Schulen des Gesundheitswesens. Im Jahr 2010/2011 befanden sich 132.030 Schüler/-innen an 1.635 Schulen des Gesundheitswesens E.[206] Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen deutlichen Anstieg des Schülerbestandes um 3,0 %.[207] Mädchen und junge Frauen sind aufgrund der geschlechtsspezifischen Berufswahl traditionell an Schulen des Gesundheitswesens stark überrepräsentiert. Im Schuljahr 2010/2011 sind hier knapp 78,1 % der Jugendlichen weiblich.

E Schulen des Gesundheitswesens

„Diese Einrichtungen vermitteln die Ausbildung für nicht akademische Gesundheitsdienstberufe (z. B. Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-innen, Hebammen, Masseure, Ergotherapeuten, medizinische Bademeister u. a. m.). […] Der erfolgreiche Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens wird durch ein staatlich anerkanntes Abschlusszeugnis bestä-

Schaubild A5.3-1: **Anzahl der Schüler/-innen in den am stärksten besetzten Sozial- und Gesundheitsdienstberufen nach Geschlecht** (Veränderungen zum Vorjahr in Klammern)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2010/2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

206 Ohne Hessen, Erhebung wurde eingestellt. Nachweis von Sachsen und Thüringen erfolgt bei den Berufsfach- und Fachschulen. Nachweis von Mecklenburg-Vorpommern erfolgt bei den Berufsfachschulen.

207 Vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A5.3.

tigt, das zur Ausübung des gewählten Berufes berechtigt" (Statistisches Bundesamt 2011). Schulen des Gesundheitswesens unterstehen i. d. R. der Aufsicht der Gesundheitsministerien der Länder.

„In einigen Ländern findet die Ausbildung in Gesundheitsdienstberufen (unterhalb der akademischen Ebene) nicht in Schulen des Gesundheitswesens, sondern in Berufsfachschulen und Fachschulen statt" (Statistisches Bundesamt 2011).

Neben den Schulen des Gesundheitswesens werden Ausbildungen zu den Sozial- und Gesundheitsdienstberufen unterhalb der akademischen Ebene aufgrund des unterschiedlich strukturierten föderalen Schulsystems auch an Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder E durchgeführt.[208] Für eine differenziertere Betrachtung auf der Ebene einzelner Berufe werden im Folgenden die Schülerzahlen aus den Schulen des Gesundheitswesens sowie den Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder aufsummiert.[209]

Die Zahl der Schüler und Schülerinnen in der Ausbildung zum/zur Gesundheits- und Krankenpfleger/-in hat erneut im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Zuwachs zu verzeichnen. Mit nun 59.172 Schülern/Schülerinnen befinden sich 3,6 % mehr junge Menschen in diesem Ausbildungsgang als noch ein Jahr zuvor. Vier Fünftel hiervon sind Mädchen und junge Frauen → **Schaubild A5.3-1**.

Wie bereits im Vorjahr kennzeichnet erneut ein massiver Zuwachs die Entwicklung bei der Ausbildung zum/zur Altenpfleger/-in. Vom Schuljahr 2009/2010 zum Schuljahr 2010/2011 kam es hier zu einem Anstieg bei der Anzahl der Schüler/-innen um 12,5 %. Diese erneut positive Entwicklung kann auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen sein. Angesichts des Fachkräftemangels sind unter Umständen mehr Pflegeeinrichtungen bereit, Ausbildungsplätze anzubieten. Auch könnten sich die gezielten Initiativen der Bundesregierung, der Länder und Verbände zur Steigerung der Attraktivität der Altenpflegeausbildung ausgewirkt haben.

Bei der ebenfalls stark besetzten schulischen Ausbildung zum/zur Physiotherapeuten/Physiotherapeutin setzt sich der negative Trend der letzten Jahre fort. Die Zahl der Schüler/-innen reduziert sich – wie schon in den Vorjahren – erneut deutlich um 3,9 % auf nunmehr 23.097. Die Ausbildung zum/zur Physiotherapeuten/Physiotherapeutin ist einer der wenigen im Bereich der Sozial- und Gesundheitsdienstberufe mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Männern (33 %). Anteilig mehr männliche Auszubildende finden sich nur noch bei der Ausbildung zum/zur Masseur/-in und zum/zur Medizinischen Bademeister/-in (41 %) und zum/zur Rettungsassistenten/Rettungsassistentin (75 %). Hier sind insgesamt drei Viertel aller Schüler/-innen junge Männer.

(Stephan Kroll)

208 Eine gesonderte Betrachtung zum Bestand der Schüler und Schülerinnen in Berufen des Gesundheitswesens findet sich in → **Tabelle A5.3-1 Internet**.

209 Eine Zeitreihe zur Entwicklung der Anzahl der Schüler und Schülerinnen in Berufen des Gesundheitswesens (Schuljahre 2002/2003 bis 2010/2011) ist in → **Tabelle A5.3-2 Internet** zusammengestellt.

A6 Überblick über das Ausbildungsgeschehen

Die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) ist ein bundeseinheitliches Berichtssystem, mit dessen Hilfe Strukturen und Entwicklungen des beruflichen (Aus-)Bildungsgeschehens abgebildet werden können. Im Mittelpunkt des Systems von (Bildungs-)Sektoren und Konten (Bamming/Schier 2010, S. 39) stehen die formalisierten, quantitativ erfassbaren Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote. Die aus den Sektoren und Konten abgeleiteten Indikatoren zeigen die Bildungsbeteiligung junger Menschen im Ausbildungsgeschehen an; sie stellen Informationen zu bildungstheoretisch und bildungspolitisch relevanten Sachverhalten bereit.

A6.1 Grundlagen der iABE

Die iABE strukturiert den Übergang nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule in

- Sektoren und Konten des Ausbildungsgeschehens und
- sonstige Sektoren und Konten.[210]

Das Ausbildungsgeschehen wird in 4 Sektoren erfasst, welche sich durch ihre Zielsetzungen unterscheiden (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A4.2). In einem nächsten Schritt werden Bildungsprogramme mit vergleichbarem berufspädagogischen Inhalt in einheitlichen Klassen nach dem International Standard Classification of Education (ISCED) zu Konten zusammengefasst und entsprechend ihren Zielen den Sektoren zugeordnet. Der Sektor „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“ besteht z. B. aus 10 Konten, die sich zum Teil aus mehreren Bildungsprogrammen zusammensetzen. Das Ausbildungsgeschehen umfasst im Kernbereich jene Konten, die mittels amtlicher Statistiken quantitativ abgebildet werden können → **Schaubild A6.1-1**. Zusätzlich werden Personen nachgewiesen, die sich noch in der Sekundarstufe I oder in Weiterbildung befinden: Der Verbleib eines Altersjahrgangs in formaler Bildung soll so vollständig dokumentiert werden. Die iABE verwendet Daten der amtlichen Statistik, die nach dem Bildungsgangprinzip erhoben wurden E.

E Datengrundlage der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE)

Die Datengrundlage zur integrierten Ausbildungsberichterstattung wurde neu aufgebaut:

Anhand einer Sonderauswertung der „Statistik Berufliche Schulen“ für die Jahre 2005 bis 2010 wurden bereits vorliegende Daten nach neuen Anforderungen aufbereitet: Die Sonderauswertungen beziehen sich einerseits auf Merkmale, die bisher nicht veröffentlicht wurden (Geburtsjahr, Vorbildung, Schulabschluss); andererseits konnten die Daten erstmals mithilfe der Zuordnungsmatrix der beruflichen Bildungsgänge nach ISCED (Fest u. a. 2010) geordnet werden.

Die Zuordnungsmatrix erfasst vergleichbare Bildungsgänge mit den jeweiligen Teilnehmenden. Dadurch kann die bisherige Erfassung von Schülern und Schülerinnen nach dem Lernortprinzip, z. B. Schüler/-innen an Berufsfachschulen, durch das Bildungsgangprinzip ergänzt werden; so können nun beispielsweise „Schüler/-innen, die eine Erstausbildung sowie eine zusätzliche Fachhochschulreife anstreben“, nach dem Bildungsgang unterschieden werden.

Ein Vergleich mit den aggregierten Daten nach dem Lernortprinzip, wie sie z. B. in der Fachserie „Berufliche Schulen“ vorgestellt werden (**vgl. E in Kapitel A5**), ist nur eingeschränkt möglich; z. B. werden Sozial- und Gesundheitsberufe in einigen Ländern in den Berufsfachschulen, in anderen wiederum in Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet. Des Weiteren wurden fehlende Werte (z. B. für Schulen des Gesundheitswesens in Hessen) für die iABE geschätzt. Um eine möglichst große Vergleichbarkeit und Trennschärfe zwischen den Bildungskonten herzustellen, wird der Großteil der Konten – so auch das Konto „duale Berufsausbildung“ – auf Basis der „Statistik Berufliche Schulen“ abgebildet.[211] Die Daten der Fachserie Berufliche Schulen sind wichtig für die Entwicklung der berufsschulischen Lernorte, da sie auf der Grundlage des von der Kultusministerkonferenz (KMK) erstellten Schulartenkatalogs ausgewertet werden.

210 In den sonstigen Sektoren werden weitere Werdegänge von Jugendlichen erfasst: „Beschäftigung mit Qualifizierung“, „Gesellschaftliche Dienste“, „Sonstige Wege mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung“. Die Quantifizierung der „Sonstigen“ dient dem Ziel, den Verbleib aller jungen Menschen vollständig zu dokumentieren.

211 Siehe **http://indikatorik.bibb.de**.

Schaubild A6.1-1: **Übersicht der Sektoren und Konten der iABE – Beispiel Sektor Integration in Berufsausbildung**

Konten des Sektors Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)

1. Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvB) der BA
2. Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln
3. Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann
4. Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) inkl. einjähriger Berufseinstiegsklassen
5. Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), vollzeitschulisch
6. Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung
7. Einstiegsqualifizierung (EQ) der BA
8. Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag
9. Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben
10. Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen

Quelle: Projekt: integrierte Ausbildungsberichterstattung

A6.2 Indikatoren zum Ausbildungsgeschehen

Für die Sektoren und Konten der iABE liegen Daten zu Anfängern und Anfängerinnen sowie zu Beständen[212] vor. Die Bestandsdaten bilden alle Schüler/-innen bzw. Teilnehmende eines Bildungsgangs zu einem Stichtag ab, während die Anfängerdaten nur Neuzugänge darstellen. Die Anfänger- und Bestandsdaten unterscheiden sich erheblich, insbesondere bei mehrjährigen Bildungsgängen. So befanden sich im Jahr 2010 rund 2 Mio. Jugendliche (Bestand) in einer vollqualifizierenden Berufsausbildung, während nur rund 730.000 (Anfänger/-innen) eine solche begannen. Um die Bedeutung der Bildungssektoren bzw. -konten des Ausbildungsgeschehens einordnen zu können, ist es erforderlich, diese an Referenzgrößen zu spiegeln. Je nach Fragestellung müssen unterschiedliche Datentypen (Anfänger/-innen oder Bestände) und Referenzgrößen (z. B. die Wohnbevölkerung, eine Altersgruppe oder die Summe aller Anfänger/-innen) ins Verhältnis gesetzt werden: Für die Frage, in welchen Bildungssektoren sich die Jugendlichen eines bestimmten Alters befinden, sind die Jugendlichen der Altersgruppe (Bestandsdaten)

212 Im Rahmen der iABE werden auch Absolventendaten erhoben. Diesbezügliche Indikatoren werden derzeit noch entwickelt. Zur genauen Definition der Anfänger- und Bestandsdaten sowie zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der unterschiedlichen Indikatoren vgl. Dionisius/Lissek/Schier 2012.

in Relation zur Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter zu setzen (z. B. Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren/Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 19 Jahren). Geht es um die relative Bedeutung der einzelnen Sektoren des Ausbildungsgeschehens, so sollten die Anfänger/-innen eines Sektors altersunabhängig ins Verhältnis zu allen Anfängern und Anfängerinnen des Ausbildungsgeschehens gesetzt werden (z. B. Anfänger/-innen im Sektor Berufsausbildung/Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen) (siehe E bzgl. des Vergleiches von iABE und dem Bericht „Bildung in Deutschland").

Im Rahmen der iABE geht es vor allem darum, mehr Informationen über die unterschiedlichen Bildungswege junger Menschen nach Verlassen der allgemeinbildenden Schulen zu gewinnen. Hierzu können auch weitere Referenzgrößen, wie beispielsweise die Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen, das Ausbildungsplatzangebot, die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September (nach BBiG/HwO) oder die arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren als Bezugsgröße relevant sein → **Tabelle A6.2-1**.

E Die iABE im Vergleich zum Bericht „Bildung in Deutschland"

Die iABE informiert über die Nutzung aller Bildungsangebote des Ausbildungsgeschehens. Dabei spielen die Anfänger/-innen in den 4 Bildungssektoren eine besondere Rolle.

Die Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung", die eine vollqualifizierende Berufsausbildung aufnehmen (betrieblich oder schulisch), bilden in Bezug zu den Anfängern in allen Bildungssektoren den Indikator „Relative Bedeutung der Wege zur Berufsausbildung". Die Quote betrug 37,8 % (2008).

Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung fokussiert auf das „berufliche Ausbildungssystem" und unterscheidet dort die 3 Sektoren: duales System, Schulberufssystem, Übergangssystem.

Sowohl die iABE als auch der Bericht „Bildung in Deutschland" nutzen Anfängerdaten der „Statistik Berufliche Schulen", die nach dem „Bildungsgangprinzip" erhoben wurden (vgl. E zur Datengrundlage der iABE). Obwohl beide Berichtssysteme die gleichen Daten nutzen, haben die Indikatoren einen anderen Fokus, da sie mit unterschiedlichen Größen arbeiten, d. h., sowohl die Beobachtungsgrößen (Zähler) als auch die Bezugsgrößen (Nenner) der Indikatoren sind unterschiedlich. Somit sind auch die Quoten verschieden: Der Bericht „Bildung in Deutschland" weist 2008 eine Quote der Neuzugänge ins duale System mit 47,9 % aus, als Anteil der Neuzugänge ins duale System an der Summe aller Neuzugänge (duales System + Schulberufssystem + Übergangssystem) (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 96).

Indikatoren zum Verbleib von Jugendlichen

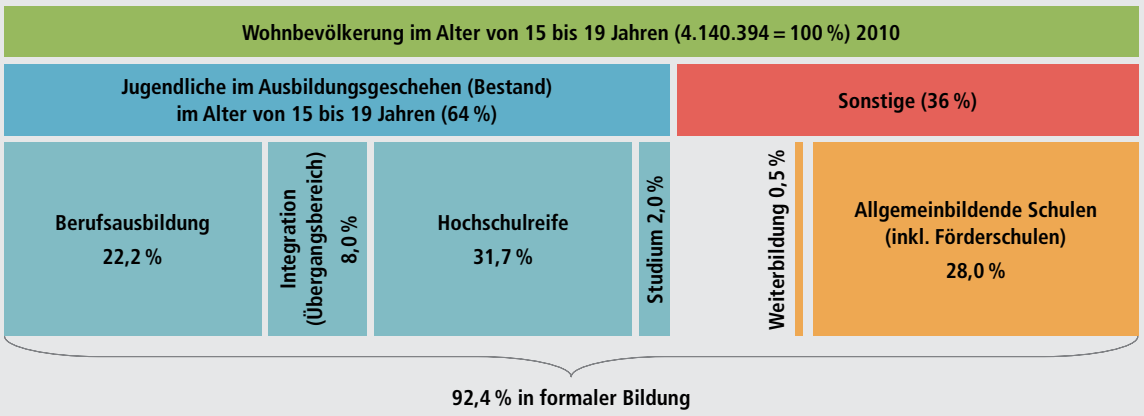
Setzt man die jungen Menschen im Alter von 15 bis 19 Jahren im Ausbildungsgeschehen ins Verhältnis zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung, so zeigt sich, dass sich im Jahr 2010 in Deutschland ca. 64,0 % im Ausbildungsgeschehen befanden. Wenn man die Jugendlichen hinzurechnet, die die Sekundarstufe I besuchten (28,0 %) oder sich bereits in Weiterbildung befanden (0,5 %), haben insgesamt 92,4 %[213] der jungen Menschen unter 20 Jahren ein Bildungsangebot beruflicher oder allgemeinbildender Art wahrgenommen.

Auch nach der Berechnung der OECD – die ebenfalls die iABE-Zahlen nutzt, jedoch die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit herausrechnet – liegt die Bildungsbeteiligung der Altersgruppe im Jahr 2009 bei 88,5 %. Dieser Wert ist international vergleichbar und liegt oberhalb des OECD-Durchschnitts (82,1 %) und auch über dem Durchschnitt der EU 21 (86,2 %) (vgl. OECD 2011, S. 373) → **Schaubild A6.2-1**.

→ **Schaubild A6.2-2** stellt die altersspezifischen Anteile der Sektoren an der Wohnbevölkerung dar. Es zeigt sich, dass beispielsweise in der Altersgruppe der 19-Jährigen der Anteil der Jugendlichen in Berufsausbildung mit rund 37,3 % dominiert. Weiterhin ist ablesbar, dass – trotz des Rückgangs des Übergangsbereichs – in der Altersgruppe der 17-Jährigen immer noch 14,3 % der Jugendlichen ein Bildungsprogramm in diesem Sektor besuchen. In diesem Alter streben die meisten jungen Menschen die Hochschulreife an (47,2 %).

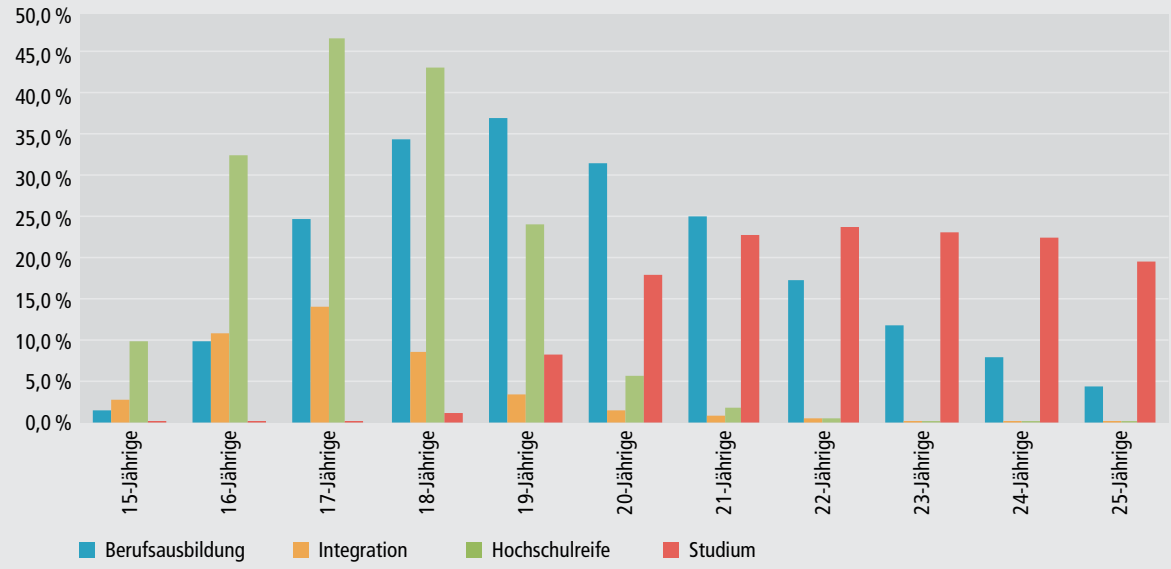
213 Aufgrund von Rundungen ergibt sich die Gesamtsumme nicht exakt aus den einzelnen Werten der Sektoren.

Schaubild A6.2-1: **„FormBild" – Junge Menschen in formaler Bildung 2010**



Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung" auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand: 27.10.2011. Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung, GENESIS-Online-Datenbank, Tabelle 12411-0005. Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Schaubild A6.2-2: **Altersspezifische Anteile der Sektoren an der Wohnbevölkerung 2010**



Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung" auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand: 27.10.2011. Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung, GENESIS-Online-Datenbank, Tabelle 12411-0005. Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Indikatoren zur relativen Bedeutung der Bildungssektoren

Im Jahr 2011 begannen 36,0 % der Anfänger/-innen des Ausbildungsgeschehens eine vollqualifizierende Berufsausbildung. Rund 24,5 % strebten eine Hochschulzugangsberechtigung an, während 14,3 % in den Übergangsbereich einmündeten (vgl. Kapitel C2). Gleichzeitig begannen 25,2 % ein Studium. Hier muss allerdings berücksichtigt werden, dass aufgrund des „doppelten Abiturjahrgangs" in Niedersachsen und Bayern mehr Jugendliche die Schule verlassen hatten.

Tabelle A6.2-1: **Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2011* (Teil 1)**

Sektoren Konten der iABE**		2011		2010		2009		2008		2007		2006		2005		Veränderung 2011 zu 2005
		Anzahl[1]	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	
I	**Sektor: Berufsausbildung**	**742.148**	**100**	**729.573**	**100**	**728.484**	**100**	**774.684**	**100**	**788.893**	**100**	**751.563**	**100**	**739.149**	**100**	**0,4**
I 01	Berufsausbildung im dualen System nach BBiG (anerkannte Ausbildungsberufe) inkl. vergleichbarer Berufsausbildung (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 BBiG)	503.226	67,8	489.040	67,0	512.518	70,4	558.502	72,1	569.460	72,2	531.471	70,7	517.342	70,0	-2,7
I 02	Kooperatives BGJ in Teilzeit[14]	21.552	2,9	20.860	2,9											
I 03	Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	5.974	0,8	6.113	0,8	6.709	0,9	8.631	1,1	9.813	1,2	11.903	1,6	11.472	1,6	-47,9
I 04	Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HWO	19.427	2,6	20.677	2,8	23.352	3,2	25.295	3,3	29.683	3,8	31.341	4,2	32.514	4,4	-40,3
I 05	Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln[5]	24.352	3,3	25.718	3,5	25.623	3,5	34.191	4,4	32.171	4,1	31.477	4,2	29.159	3,9	-16,5
I 06	Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens[6]	160.301	21,6	159.849	21,9	153.840	21,1	142.431	18,4	143.099	18,1	140.503	18,7	142.709	19,3	12,3
I 07	Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst)	7.316	1,0	7.316	1,0	6.442	0,9	5.634	0,7	4.667	0,6	4.868	0,6	5.953	0,8	22,9
II	**Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)**	**294.294**	**100**	**320.013**	**100**	**348.235**	**100**	**362.058**	**100**	**390.552**	**100**	**412.083**	**100**	**417.647**	**100**	**-29,5**
II 01	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln	52.219	17,7	54.180	7,4	59.812	17,2	59.940	16,6	63.976	16,4	67.949	16,5	68.095	16,3	-23,3
II 02	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	44.051	15,0	47.478	6,5	49.821	14,3	51.304	14,2	55.548	14,2	59.341	14,4	58.706	14,1	-25,0
II 03	Berufsgrundbildungsjahr (Vollzeit/schulisch)	28.150	9,6	30.620	4,2	32.473	9,3	42.543	11,8	44.337	11,4	46.446	11,3	48.581	11,6	-42,1
II 04	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	25.076	8,5	28.468	3,9	31.928	9,2	33.909	9,4	35.635	9,1	27.811	6,7	29.106	7,0	-13,8
II 05	Berufsvorbereitungsjahr inkl. einjähriger Berufseinstiegsklassen[7]	38.968	13,2	40.661	5,6	41.973	12,1	42.496	11,7	46.841	12,0	55.339	13,4	58.431	14,0	-33,3
II 06	Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag[8]	16.251	5,5	19.186	2,6	20.875	6,0	21.266	5,9	25.789	6,6	28.671	7,0	27.035	6,5	-39,9
II 07	Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeine Abschlüsse der Sek. I anstreben[9]	6.238	2,1	6.808	0,9	8.968	2,6	9.769	2,7	11.498	2,9	13.192	3,2	13.477	3,2	-53,7
II 08	Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.821	1,3	3.854	0,5	3.724	1,1	3.531	1,0	3.391	0,9	3.561	0,9	3.524	0,8	8,4
II 09	Berufsvorbereitende Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit	63.369	21,5	70.020	9,6	77.949	22,4	78.080	21,6	80.193	20,5	86.171	20,9	91.811	22,0	-31,0
II 10	Einstiegsqualifizierung (Bundesagentur für Arbeit)	16.151	5,5	18.738	2,6	20.712	5,9	19.220	5,3	23.344	6,0	23.602	5,7	18.881	4,5	-14,5

Tabelle A6.2-1: **Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2011* (Teil 2)**

	Sektoren Konten der iABE**	2011		2010		2009		2008		2007		2006		2005		Veränderung 2011 zu 2005
		Anzahl[1]	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	
III	**Sektor: Erwerb HZB (Sek. II)**	**504.291**	**100**	**554.699**	**100**	**526.684**	**100**	**514.434**	**100**	**463.464**	**100**	**466.700**	**100**	**454.423**	**100**	**11,0**
III 01	Bildungsgänge an Fachoberschulen, die eine HZB vermitteln, ohne vorhergehende Berufsausbildung	66.822	13,3	68.846	9,4	67.975	12,9	65.639	12,8	62.560	13,5	63.861	13,7	60.898	13,4	9,7
III 02	Bildungsgänge an Fachgymnasien (Berufliche Gymnasien), die eine HZB vermitteln	58.479	11,6	57.199	7,8	56.468	10,7	52.898	10,3	52.692	11,4	52.546	11,3	51.715	11,4	13,1
III 03	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine HZB vermitteln[9]	42.255	8,4	42.896	5,9	43.464	8,3	32.649	6,3	32.158	6,9	34.050	7,3	34.395	7,6	22,9
III 04	Sek. II an allgemeinbildenden Schulen[11]	336.735	66,8	385.758	52,9	358.777	68,1	363.248	70,6	316.054	68,2	316.243	67,8	307.415	67,6	9,5
IV	**Sektor: Studium[12, 13]**	**519.271**		**448.335**		**428.000**		**400.600**		**373.510**		**355.472**		**366.242**		**41,8**
Insgesamt[1, 2, 3, 4]		**2.060.004**		**2.052.620**		**2.031.403**		**2.051.776**		**2.016.419**		**1.985.818**		**1.977.461**		**4,2**
II	Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen[10]	27.121	9,2	32.448	10,1	34.712	10,0	36.346	10,0	39.727	10,2	41.703	10,1	44.444	10,6	-39,0
	Ausgewählte Referenzgrößen	**2011**		**2010**		**2009**		**2008**		**2007**		**2006**		**2005**		**Veränderung 2011 zu 2005**
	Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 19 Jahren	4.058.000		4.140.394		4.317.072		4.479.630		4.642.964		4.762.364		4.835.789		-16,1
	Absolventen/Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen***	865.777		842.403		870.745		907.083		942.129		946.766		939.279		-7,8
	Altbewerber/-innen	234.747		255.799		256.174		320.393		384.878		385.248		342.060		-31,4
	Ausbildungsplatzangebot	599.829		579.565		581.451		635.758		644.028		591.540		562.816		6,6
	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09. (BBiG/HwO) insgesamt	570.140		559.960		566.004		616.342		625.885		576.153		550.180		3,6
	Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren (Jahresdurchschnitt)	47.746		55.268		65.476		66.646		82.821		109.158		124.055		-61,5

* Vorläufige Ergebnisse.

** Für Hinweise/Metadaten zu den Jahren 2005 bis 2010 vgl. Statistisches Bundesamt: Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden 2011 sowie Qualitäts- und Ergebnisbericht – Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Wiesbaden 2011.

*** Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen ohne Teilnehmer/-innen am zweiten Bildungsweg (Abendhaupt-, Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg) und ohne Teilnehmer/-innen an der Schulfremdenprüfung (entsprechend den Sonderauswertungen für den Datenreport).

1 Eine abweichende Zuordnung des BGJ-Kooperativ führt zu geringfügigen Unterschieden für die Sektoren Berufsausbildung und Übergangsbereich mit den Ergebnissen des Landesprojektes zur integrierten Ausbildungsberichterstattung in Hessen.

2 Geschätzte Angaben zu Schulen des Gesundheitswesens enthalten (in Hessen).

3 Anfängerdefinition teilweise landesspezifisch, teilweise 1. Jahrgangsstufe (Mecklenburg-Vorpommern).

4 Für das Berichtsjahr 2011 zum Teil Vorjahresdaten (Niedersachsen).

5 Für das Berichtsjahr 2011: Vorjahresdaten für Schulen des Gesundheitswesens in Hessen und Nordrhein-Westfalen.

6 Beamtenausbildung: ohne Beamtenanwärter des Bundes, deren Dienstort im Ausland ist (Vorjahresdaten).

7 Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich (nicht in Rheinland Pfalz).

8 Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich (nicht in Baden-Württemberg).

9 Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich.

10 Wegen möglicher Doppelzählungen werden Anfänger nur nachrichtlich ausgewiesen.

11 Doppelter Anfängerjahrgang wg. Einführung von G8 enthalten (Hessen 2010–2011, Nordrhein-Westfalen in 2010).

12 Inkl. Studierender im 1. Studienjahr an Berufsakademien (Vorjahresdaten).

13 In Hamburg 2010, Bayern und Niedersachsen 2011 doppelter Abiturientenjahrgang.

14 Die Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes summiert das BGJ kooperativ unter dem Konto I01.

Quelle: Sonderauswertung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Stand 04.11.2011) und der Bundesagentur für Arbeit (Stand Mai 2011); Statistisches Bundesamt (2010): Bevölkerungsfortschreibung, Genesis-Online Datenbank (Abruf: 15.11.2010); Statistisches Bundesamt (2010): Fachserie 11, Reihe 1; BIBB-Erhebung zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2009, Bundesagentur für Arbeit (2010): Ausbildungsstellenmarkt und Arbeitsmarkt in Zahlen

Tabelle A6.2-2: **Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) 2011 – Anteil der Konten am jeweiligen Sektor (in %)* (Teil 1)**

	Sektoren und Konten der iABE	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen [1, 2]	Mecklenburg-Vorpommern [3]	Niedersachsen [4]	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen [3]	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Alte Länder	Neue Länder (inkl. Berlin)
I	**Sektor: Berufsausbildung**	**98.408**	**113.219**	**30.518**	**15.104**	**8.087**	**19.133**	**52.713**	**11.654**	**79.306**	**170.319**	**40.360**	**8.568**	**32.215**	**18.462**	**27.208**	**16.874**	**742.148**	**617.321**	**124.827**
entspricht 100 % davon:	I 1 Berufsausbildung im dualen System nach BBiG (anerkannte Ausbildungsberufe) inkl. vergleichbarer Berufsausbildung (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 BBiG)	73,2	74,8	59,1	63,4	78,2	75,2	74,5	68,8	72,1	70,8	68,0	74,8	59,1	62,9	73,2	60,7	70,7	72,6	61,3
	I 2 Kooperatives BGJ in Teilzeit [14]	0,0	18,6	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,9	3,5	0,0
	I 3 Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	0,6	1,1	7,5	0,0	0,7	0,2	0,6	0,4	0,7	0,1	0,5	0,0	0,1	0,0	0,1	1,5	0,8	0,5	2,1
	I 4 Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	1,2	4,9	3,6	2,9	9,4	5,6	5,0	2,3	3,6	0,5	0,0	1,4	5,0	4,5	0,0	0,4	2,6	2,4	3,5
	I 5 Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	4,1	0,0	4,6	0,0	0,0	0,1	0,0	0,3	0,0	7,1	11,4	0,0	0,0	0,0	7,1	1,8	3,3	3,7	1,4
	I 6 Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens [5]	19,6	18,3	23,4	32,9	10,8	17,4	18,9	24,7	22,8	20,7	19,3	22,7	34,9	32,3	18,7	34,2	21,6	19,8	30,4
	I 7 Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst) [6]	1,2	0,9	1,7	0,7	1,0	1,5	0,9	3,6	0,7	0,8	0,8	1,1	0,9	0,2	1,0	1,4	1,0	0,9	1,3
II	**Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)**	**63.052**	**21.045**	**7.430**	**3.224**	**3.288**	**4.981**	**18.731**	**2.224**	**47.578**	**71.083**	**16.301**	**4.192**	**6.033**	**4.936**	**16.298**	**3.898**	**294.294**	**266.549**	**27.745**
entspricht 100 % davon:	II 1 Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln	22,7	0,0	0,0	6,3	45,3	26,7	0,0	0,0	60,7	0,0	16,9	0,0	0,0	0,0	20,0	0,0	17,7	19,5	0,7
	II 2 Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	36,7	1,6	0,0	0,0	0,0	2,1	35,9	0,0	0,0	17,2	0,0	21,6	1,5	9,8	0,0	0,0	15,0	16,3	2,1
	II 3 Berufsgrundbildungsjahr (Vollzeit/schulisch)	0,4	15,5	0,2	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	30,0	0,0	29,4	14,4	11,5	2,5	0,0	9,6	10,0	5,2
	II 4 Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	15,6	0,0	33,0	0,0	0,0	2,3	0,0	0,0	0,0	0,8	40,0	0,0	1,3	0,0	27,1	27,5	8,5	8,1	13,0
	II 5 Berufsvorbereitungsjahr inkl. einjähriger Berufseinstiegsklasse [7]	5,6	23,7	30,2	0,0	36,0	47,6	8,5	20,4	19,1	6,4	12,5	9,4	35,7	26,7	11,1	32,2	13,2	11,8	26,8
	II 6 Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag [8]	2,7	0,0	0,0	5,0	0,7	0,0	18,0	6,4	0,0	12,2	2,0	0,0	0,6	0,0	11,2	0,0	5,5	6,0	1,2

Tabelle A6.2-2: **Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) 2011 – Anteil der Konten am jeweiligen Sektor (in %)* (Teil 2)**

Sektoren und Konten der iABE			Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen [1, 2]	Mecklenburg-Vorpommern[3]	Niedersachsen[4]	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen[3]	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Alte Länder	Neue Länder (inkl. Berlin)
entspricht 100 % davon:	II 7	Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeine Abschlüsse der Sek. I anstreben[9]	0,0	19,3	0,0	0,0	0,0	0,0	2,8	0,0	3,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,1	2,3	0,0
	II 8	Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	5,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	11,7	0,0	0,0	0,0	0,0	1,3	1,4	0,0
	II 9	Berufsvorbereitende Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit	8,5	31,1	33,2	76,6	11,6	14,7	29,0	65,1	13,7	25,3	22,0	22,1	41,9	44,5	21,1	35,7	21,5	19,1	45,1
	II 10	Einstiegsqualifizierung (Bundesagentur für Arbeit)	2,5	8,8	3,4	12,1	6,3	6,6	4,8	8,1	3,1	8,0	6,6	5,8	4,5	7,5	7,0	4,6	5,5	5,4	6,0
III	**Sektor: Erwerb HZB (Sek. II)**		**76.054**	**61.520**	**17.400**	**10.463**	**4.362**	**11.288**	**46.698**	**5.549**	**63.569**	**136.379**	**20.581**	**7.419**	**13.554**	**6.606**	**15.105**	**7.744**	**504.291**	**442.975**	**61.316**
entspricht 100 % davon:	III 1	Bildungsgänge an Fachoberschulen, die eine HZB vermitteln, ohne vorhergehende Berufsausbildung	0,0	29,7	10,6	8,4	12,5	0,0	20,0	0,0	30,4	7,0	2,2	40,0	15,0	9,9	0,0	12,2	13,3	13,6	10,4
	III 2	Bildungsgänge an Fachgymnasien (Berufliche Gymnasien), die eine HZB vermitteln	26,2	0,0	7,0	8,5	9,4	8,4	11,7	14,2	14,6	6,2	16,9	7,6	15,0	6,8	24,2	12,0	11,6	11,8	10,3
	III 3	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine HZB vermitteln	22,2	0,0	0,0	0,0	0,0	5,7	0,0	0,0	0,0	18,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	8,4	9,5	0,0
	III 4	Sek. II an allgemeinbildenden Schulen[11]	51,6	70,3	82,4	83,1	78,1	85,9	68,2	85,8	55,0	68,7	80,9	52,4	70,0	83,2	75,8	75,9	66,8	65,0	79,4
IV	**Sektor: Studium[12, 13]**		**77.676**	**85.758**	**30.699**	**9.496**	**7.017**	**17.559**	**41.135**	**7.552**	**37.342**	**119.486**	**24.031**	**5.891**	**22.782**	**10.495**	**10.704**	**11.648**	**519.271**	**426.599**	**92.672**
	II	Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen[10]	0,0	12,8	16,2	69,0	0,0	2,0	11,7	78,1	0,0	17,0	0,7	2,2	27,4	0,0	18,7	0,0	9,2	7,6	24,6
Insgesamt	**Anteile der Bundesländer am Ausbildungsgeschehen**		**15,3**	**13,7**	**4,2**	**1,9**	**1,1**	**2,6**	**7,7**	**1,3**	**11,1**	**24,1**	**4,9**	**1,3**	**3,6**	**2,0**	**3,4**	**1,9**	**100,0**	**85,1**	**14,9**

* Vorläufige Ergebnisse.
[1] Eine abweichende Zuordnung des BGJ-Kooperativ führt zu geringfügigen Unterschieden für die Sektoren Berufsausbildung und Übergangsbereich mit den Ergebnissen des Landesprojektes zur integrierten Ausbildungsberichterstattung in Hessen.
[2] Geschätzte Angaben zu Schulen des Gesundheitswesens enthalten.
[3] Anfängerdefinition teilweise landesspezifisch, teilweise 1. Jahrgangsstufe.
[4] Für das Berichtsjahr 2011 zum Teil Vorjahresdaten.
[5] Für das Berichtsjahr 2011: Vorjahresdaten für Schulen des Gesundheitswesens in Hessen und Nordrhein-Westfalen.
[6] Beamtenausbildung: ohne Beamtenanwärter des Bundes, deren Dienstort im Ausland ist (Vorjahresdaten).
[7] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich (nicht in Rheinland Pfalz).
[8] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich (nicht in Baden-Württemberg).
[9] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich.
[10] Wegen möglicher Doppelzählungen werden Anfänger nur nachrichtlich ausgewiesen.
[11] Doppelter Anfängerjahrgang wg. Einführung von G8 enthalten (Hessen 2010–2011, Nordrhein-Westfalen in 2010).
[12] Inkl. Studierender im 1. Studienjahr an Berufsakademien (Vorjahresdaten).
[13] In Hamburg 2010, Bayern und Niedersachsen 2011 doppelter Abiturientenjahrgang.
[14] Die Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes summiert das BGJ kooperativ unter dem Konto I01.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung auf Basis der Sonderauswertung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und der Bundesagentur für Arbeit (Stand 07.03.2012)
Weitere Hinweise: Qualitäts- und Ergebnisbericht – Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wiesbaden 2011.

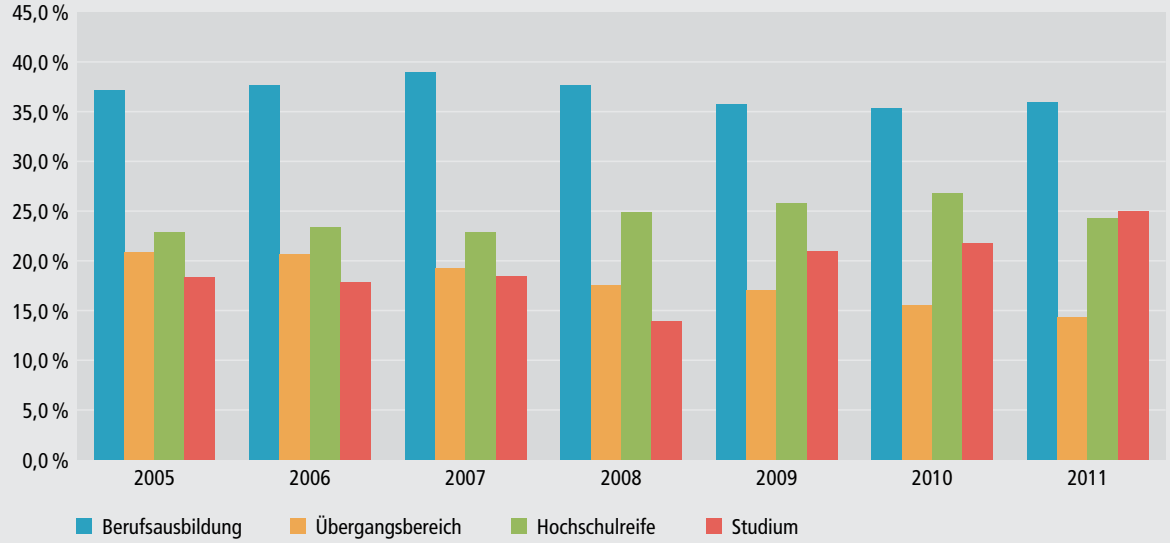
Es ist anzunehmen, dass diese verstärkt in die Sektoren Berufsausbildung und Studium eingemündet sind.

Betrachtet man die Anfängerzahlen 2011, so sind im Vergleich zu 2005 ca. 123.350 Jugendliche (-29,5 %) weniger in die Maßnahmen des Übergangsbereichs eingemündet. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Anfänger/-innen im größten Sektor, der Berufsausbildung, um 0,4 % gestiegen. Des Weiteren stieg die Zahl der jungen Menschen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben wollen, seit 2005 um 11,0 % an. Auch die Zahl der Studienanfänger/-innen hat sich um 41,8 % erhöht. Dahingegen gibt es bei der relativen Veränderung der Bildungskonten keine gleichförmige Entwicklung, wie die Vergleiche 2005 zu 2011 zeigen → **Tabelle A6.2-1**.

Auch die Situation in den Bundesländern stellt sich unterschiedlich dar: So zeigen sich beispielsweise Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland aufgrund des unterschiedlichen Umgangs mit erfolglosen Ausbildungsplatzbewerbern: Jugendliche, die in der dualen Ausbildung keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, münden in Ostdeutschland vor allem in vollqualifizierende „außerbetriebliche“ oder schulische Berufsausbildungen ein. Daneben werden Unterschiede zwischen Stadt- und Flächenstaaten deutlich; insbesondere Pendlerbewegungen ins benachbarte Bundesland können nicht transparent gemacht werden. Auch spielt es eine große Rolle, wie das jeweilige Bundesland vom demografischen Wandel betroffen ist: Bundesländer mit starkem Bevölkerungsrückgang haben beispielsweise einen tendenziell stärker schrumpfenden Übergangsbereich → **Tabelle A6.2-2**.

→ **Schaubild A6.2-3** zeigt ergänzend die Entwicklung in relativen Zahlen. Hier ist der Anfängeranteil des jeweiligen Sektors an der Summe aller Anfänger im Ausbildungsgeschehen berechnet. Die Entwicklung der relativen Anteile entspricht in der Tendenz den Entwicklungen der Absolutwerte: Relativ betrachtet gehen seit 2005 die Anteile der Sektoren Berufsausbildung (-1,4 %), und Integration (-6,8 %) zurück, während die Sektoren Hochschulreife (+1,5 %) und Studium (+6,7 %) ansteigen.

Schaubild A6.2-3: **Entwicklung der Anfängeranteile im Ausbildungsgeschehen 2011**



Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung. Datenstand: 07.03.2012

Vergleicht man die absoluten und relativen Entwicklungen der Anfängeranteile am Ausbildungsgeschehen zudem mit den veränderten Anfängeranteilen von Jugendlichen einer Altersgruppe an der Wohnbevölkerung, so zeigt sich auch dort ein Trend zu höheren Schul- und Bildungsabschlüssen. So lag z. B. im Jahr 2006 der Anteil der 16-Jährigen, die eine Hochschulzugangsberechtigung anstreben, bei 19,5 %, im Jahr 2009 bei 23,5 %. Im gleichen Zeitraum hat sich auch der Anteil der 19-Jährigen, die ein Studium aufnehmen, von 5,2 % auf 6,0 %[214] erhöht. Somit kann insgesamt eine Bedeutungszunahme der Sektoren Hochschulreife und Studium festgestellt werden, die nicht allein mit dem doppelten Abiturjahrgang zu begründen ist.

In den letzten Jahren hat sich der Anteil der Jugendlichen in formaler Bildung erhöht, während sich der Anteil der Anfänger am Ausbildungsgeschehen, die in den Integrationssektor einmünden, verringerte. Als ein wichtiger Einflussfaktor für diese Entwicklung ist der demografische Wandel zu nennen: Immer weniger junge Menschen im Alter von 15 bis 19 Jahren verlassen die allgemeinbildende Schule; seit 2005 geht ihre Zahl kontinuierlich zurück.

A6.3 Demografische Entwicklung der jungen Menschen

Um die Veränderungen im Ausbildungsgeschehen richtig einschätzen zu können, ist es wichtig, die demografischen Rahmenbedingungen zu kennen. Aus →**Schaubild A6.3-1** ist ablesbar, dass nicht nur die absolute Zahl der jungen Menschen zurückgeht, sondern auch deren Anteil an der Bevölkerung. Bei dem Vergleich der Gruppe der 15- bis 19-Jährigen mit den 20- bis 24-Jährigen zeigen sich deutliche Unterschiede: Während der Anteil der 20- bis 24-Jährigen an der Gesamtbevölkerung seit 2005 um 1,8 % angestiegen ist, sank der Anteil der 15- bis 19-Jährigen an der Bevölkerung um 15,0 %.

Um die Entwicklung insgesamt beurteilen zu können, müssen auch die Veränderungen innerhalb der Gruppe der jungen Menschen betrachtet werden. Hier stehen insbesondere die Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sowie diejenigen mit Migrationshintergrund im Fokus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den Schulstatistiken i. d. R. nur die Staatsangehörigkeit erfasst wird, während für Aussagen zum Migrationshintergrund empirische Erhebungen wie z. B. der Mikrozensus notwendig sind (**vgl. Kapitel A4.9**).

Das →**Schaubild A6.3-2** stellt die Veränderung der Anteile dar. Ausgehend von den Ergebnissen des Mikrozensus werden abgebildet:

- junge Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Anteil an der Altersgruppe) sowie
- junge Menschen mit Migrationshintergrund[215] (Anteil an der Altersgruppe).

Die Anteile sind sowohl für die Altersgruppen 15 bis 19 Jahre als auch für die Altersgruppe 20 bis 24 Jahre dargestellt. Die Entwicklungen beziehen sich auf das Referenzjahr 2005.

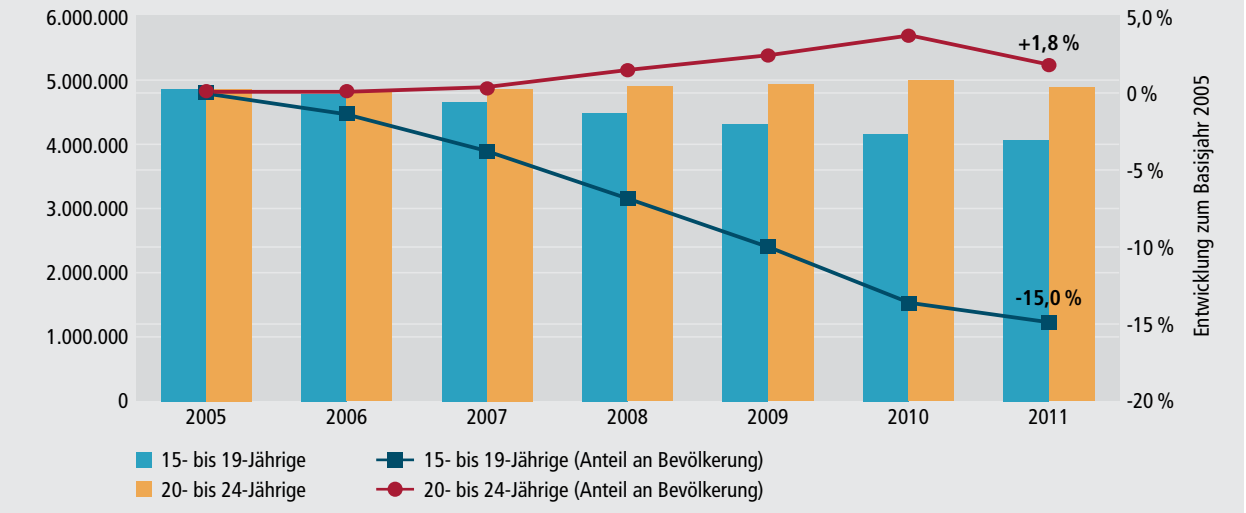
Bei den 20- bis 24-Jährigen nimmt sowohl der Anteil derjenigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit als auch der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund seit 2005 ab. Die 15- bis 19-Jährigen weisen hingegen einen gegensätzlichen Trend auf: Hier steigen die Anteile der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und die der jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund steigt allerdings sehr viel stärker an als der Anteil derjenigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Ausländer/-innen).

Aufgrund der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) am 1. Januar 2000 werden zukünftig mehr junge Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen – trotz Migrationshintergrund. Kinder und Jugendliche mit ausländischen Eltern(teilen) können dann nicht mehr über das Merkmal der ausländischen Staatsangehörigkeit identifiziert werden. Das bedeutet, dass die Schnittmenge zwischen den Merkmalen „nicht deutsch“ und „Migrations-

214 Für die Studienanfänger/-innen nach Geburtsjahr liegen derzeit nur Zahlen bis 2008 vor.

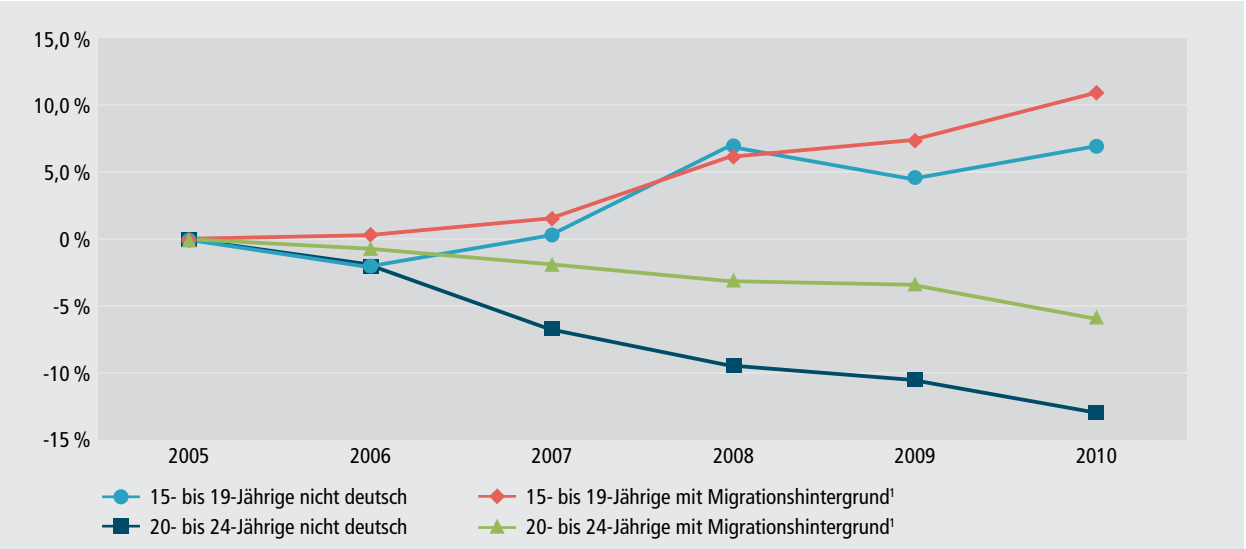
215 Der Mikrozensus unterscheidet bei der Migration vor allem „eigene Migrationserfahrung“ und „keine eigene Migrationserfahrung“. Zur Definition des Migrationshintergrunds im Datenreport vgl. **E in Kapitel A4.9.**

Schaubild A6.3-1: **Demografische Entwicklung der 15- bis 24-Jährigen 2005 bis 2011**



Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung und -vorausberechnung, GENESIS-Online-Datenbank, Tabelle 12411-0005 und Tabelle 12421-0002

Schaubild A6.3-2: **Ausländische Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund von jungen Menschen im Vergleich (Referenzjahr 2005)**



[1] Mit Migrationshintergrund im engeren Sinn, da dieses Merkmal durchgängig von 2005 bis 2010 erhoben wurde.

Quelle: Statistisches Bundesamt (jährlich): Fachserie 1, Reihe 2.2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus

hintergrund“ künftig noch geringer sein wird. Die „nicht deutschen“ Jugendlichen werden dann nur noch einen sehr geringen Teil der Zielgruppe „Jugendliche mit Migrationshintergrund“ abbilden. Diese Jugendlichen werden ab ca. 2015 im Alter von 15 Jahren in das Ausbildungsgeschehen eintreten.

(Regina Dionisius, Nicole Lissek, Friedel Schier)

A7 Angebote für bestimmte Zielgruppen

A7.1 Regelangebote und Förderprogramme des Bundes am Übergang Schule – Beruf

Eine Reihe von Maßnahmen tragen dazu bei, die Chancengerechtigkeit im Übergang von der Schule in Ausbildung (**vgl. Kapitel C**) und dauerhafte Beschäftigung zu sichern. Viele Jahre firmierten sie unter dem Namen Benachteiligtenförderung und wandten sich an bestimmte Zielgruppen, an diejenigen, die im Wettbewerb um Ausbildungsplätze, Existenzsicherung und Entwicklungsperspektiven benachteiligt sind. In den klassischen Maßnahmen erhalten die Teilnehmenden in verschiedenen Handlungsfeldern gezielte Förderung, z. B. in der Berufsvorbereitung und in der Ausbildung. Durch kompensationspädagogische Maßnahme soll ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft gesichert werden. Die Bildungs-, Qualifizierungs- und Förderangebote sind im Schnittbereich von Arbeitsmarkt, Bildung und Jugendhilfe angesiedelt. Die traditionellen Ansätze, Benachteiligungen und Defizite zu definieren und zum Ausgangspunkt von Förderung zu machen, werden zunehmend abgelöst, stattdessen stehen Kompetenzen im Mittelpunkt. Strukturelle Probleme als Ursachen von Benachteiligung rücken stärker in den Blick. So soll das BMBF-Programm „Perspektive Berufsabschluss“ durch strukturelle Veränderungen den Anteil junger Menschen ohne Berufsabschluss senken.

Gleichzeitig wirft die veränderte Situation auf dem Ausbildungsmarkt – gekennzeichnet durch demografische Veränderungen und den drohenden bzw. in einigen Branchen oder Regionen bemerkbaren Fachkräftemangel – ein neues Licht auf die notwendige Förderung. Sie soll nicht länger als spät einsetzender und im Dickicht der Angebote oft unüberschaubarer Sonderweg verlaufen.

Um Potenziale besser auszuschöpfen, müssen Unterstützungsmaßnahmen frühzeitig einsetzen und *innerhalb des Bildungssystems* Abschlüsse und Anschlüsse verbessert werden. Übergangsmaßnahmen sollen mit dem Ziel einer deutlichen Effizienzsteigerung reduziert, abgestimmt und gebündelt werden und zu verwertbaren Qualifikationen führen. Förderung soll künftig stärker innerhalb der Regelsysteme stattfinden und die berufliche Bildung geöffnet werden für diejenigen, denen der Zugang zu betrieblicher Ausbildung bislang verwehrt war. Damit verbunden setzt ganz allmählich ein Perspektivenwechsel ein: von einer Förderung, die mit dem Stigma „Benachteiligte“ verbunden ist, zu einem Angebot für alle Jugendliche, die einer Unterstützung bedürfen – in welcher Weise auch immer. Ein Beispiel dafür ist die Modellversuchsreihe des BIBB „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“.

Aktuell befindet sich dieses Feld in einer „Übergangsphase“, es existieren neben den Maßnahmen traditionellen Zuschnitts neue Konzepte und Modelle, die den neuen Zielen stärker Rechnung tragen.

Maßnahmen für junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf umfassen verschiedene Handlungsfelder:

- **Berufsorientierung**

Angebote zur Berufsorientierung ermöglichen Schülerinnen und Schülern, sich mit eigenen Interessen und Kompetenzen auseinanderzusetzen und Anforderungen von Berufen, Branchen sowie der Arbeitswelt kennenzulernen und beide Seiten miteinander in Bezug zu setzen. Die einzelnen Bausteine der Berufsorientierung sollen konzeptionell verbunden werden und möglichst aufeinander aufbauen. So setzen im BMBF-Sonderprogramm Bildungsketten die Potenzialanalysen bereits in der 7. Klasse an und schaffen Gelegenheiten, eigene Stärken zu erleben. Zeigt sich in der Potenzialanalyse Förderbedarf, sollen die Ergebnisse Anhaltspunkte liefern für eine individuelle Förderung durch die Berufseinstiegsbegleitung. In der 8. Klasse können die Jugendlichen in Werkstätten Berufsfelder praktisch erfahren und ihre Erfahrungen in Hinblick auf die eigene Person, Ziele und Aufgaben reflektieren.

In der Berufsorientierung stehen zahlreiche Angebote nebeneinander, sie werden finanziert u. a. durch die Bundesagentur für Arbeit (BA), die Kultusministerien, z. T. unter Verwendung von ESF-Mitteln, durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie durch die Jugendhilfe (Ange-

bote für spezifische Zielgruppen). In vielen Ländern gibt es Ansätze, landesweit und regional die Kooperation von allgemeinbildenden Schulen, Berufsberatung, Betrieben, Jugendsozialarbeit und anderen regionalen Akteuren zu fördern und einheitliche Qualitätsstandards zu entwickeln.

- **Hilfen beim Übergang**

Zahlreiche Maßnahmen sollen junge Menschen insbesondere an den kritischen Übergängen absichern. Wurden in der Vergangenheit i. d. R. die erste Schwelle von der Schule in die Ausbildung und die zweite von der Ausbildung in dauerhafte Beschäftigung unterschieden, weisen Fachleute heute darauf hin, dass insbesondere junge Menschen mit ungünstigen Startchancen in ihren Erwerbsbiografien viele Schwellen und Hürden überwinden müssen. Eine Reihe von Angeboten unterstützt die Gestaltung der eigenen beruflichen und privat-gesellschaftlichen Biografie, so z. B. die „Hilfen im Übergang Schule – Beruf" innerhalb der Jugendsozialarbeit (Jugendhilfe), sie bieten *einzelfallbezogene* Beratungs- und Betreuungsangebote.

Über die individuelle Gestaltung hinaus bezeichnet das Übergangsmanagement die regionale *Steuerung*. Es soll dauerhafte, vernetzte Strukturen für die passgenaue Beratung und Vermittlung von Jugendlichen aufbauen und die Abstimmung regionaler Qualifizierungsangebote ermöglichen. In einem kooperativen Prozess wird der individuelle Förder- und Unterstützungsbedarf der einzelnen Jugendlichen mit dem vor Ort zugänglichen Angebot an Bildung, Ausbildung, Arbeit und sozialpädagogischer Förderung zusammengebracht.

Hilfen im Übergang werden von unterschiedlichen Seiten finanziert, durch die Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement" des BMBF-Modellprogramms „Perspektive Berufsabschluss", das Programm „JUGEND STÄRKEN" des BMFSFJ und entsprechende Programme der Länder (zu finden im Portal LänderAKTIV des GPC). Darüber hinaus fördert das stadt- und ortsteilbezogene Arbeitsmarktprogramm ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Projekte im Übergang Schule – Beruf.

Neue Wege in die Ausbildung erprobt das durch das BMBF geförderte Programm JOBSTARTER CONNECT. Es entwickelt und erprobt Lösungsansätze für eine frühzeitige Integration junger Menschen in die duale Berufsausbildung mittels bundeseinheitlicher Ausbildungsbausteine. Das Programm umfasst verschiedene Teilsysteme der beruflichen Bildung sowie unterschiedliche Zielgruppen im Übergang zwischen Schule und Beruf.

Dieser Aufgabe stellt sich auch die BIBB-Modellversuchsreihe „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung". Sie verabschiedet sich von Programmen für explizit definierte Zielgruppen. Gemeinsam mit Betrieben und Bildungsträgern werden Modelle erprobt, die unterschiedliche Menschen auf unterschiedlichen Wegen in Ausbildung bringen.

- **Berufs(ausbildungs)vorbereitung**

Die Berufs(ausbildungs)vorbereitung (BBiG § 1, S. 68 ff.) vermittelt Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit und soll an eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf heranführen. Berufs(ausbildungs)vorbereitung wird von unterschiedlichen Trägern angeboten:

- als berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der BA (Grundlage: SGB III), die bei Trägern, z. T. aber auch in Betrieben stattfindet;
- als Einstiegsqualifizierung in Betrieben, finanziert durch die BA;
- in berufsbildenden Schulen auf der Grundlage der Schulgesetze der Länder (z. B. als Berufsvorbereitungsjahr – BVJ)[216];
- als ergänzende Angebote der Jugendhilfe (SGB VIII), z. B. in Jugendwerkstätten.

- **Berufsausbildung**

Zu den Regelangeboten in der Förderung der Ausbildung gehören die ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) und die Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung (BaE). Das Angebot wird von Bildungsträgern im Auftrag der BA erbracht.

216 **Vgl. Kapitel A6** bzgl. Daten zu Anfängern/Anfängerinnen in schulischen Angeboten der Berufsvorbereitung.

Tabelle A7.1-1: **Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit**

Berufsorientierung	Berufsvorbereitung	Berufsausbildung	Berufliche Nachqualifizierung, sonstige Qualifizierung
Erweiterte Berufsorientierung	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB)	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)	Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer
Vertiefte erweiterte Berufsorientierung	Einstiegsqualifizierung (EQ)	Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)	Arbeitsgelegenheiten (Mehraufwandvariante) mit Qualifizierungsanteil
Berufseinstiegsbegleitung	Aktivierungshilfen	Ausbildungsbonus	
	EQ plus		

Quelle: Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ausbildungsbegleitende Hilfen unterstützen junge Menschen, die in einer betrieblichen Ausbildung sind und bei denen der erfolgreiche Ausbildungsabschluss gefährdet ist. Die Maßnahmen umfassen Stützunterricht und individuelle sozialpädagogische Begleitung zur Sicherung des Ausbildungserfolges. Dabei soll die Aufnahme, Fortsetzung sowie der erfolgreiche Abschluss einer erstmaligen betrieblichen Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen ermöglicht und ein Ausbildungsabbruch verhindert werden.

Die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) ist eine spezifische Form der dualen Berufsausbildung für Jugendliche, denen eine Ausbildungsstelle in einem Betrieb nicht vermittelt werden kann. Die praktische Ausbildung absolvieren die Auszubildenden in einer eigenen Ausbildungseinrichtung (z. B. bei einem Bildungsträger) bzw. in kooperierenden Betrieben. Das Konzept verbindet fachpraktische Unterweisung, Förderunterricht und eine sozialpädagogische Begleitung. Der Berufsschulunterricht findet in Berufsschulen statt.

Neben diesen traditionellen Formen entstehen – zunächst eher in Modellversuchen – unterschiedliche Modelle, die flexible Dienstleistungen für Jugendliche in und während der Ausbildung, aber auch für Betriebe anbieten, z. B. ein externes Ausbildungsmanagement oder Qualifizierungen für Ausbilder/-innen. Unter der Bezeichnung „assistierte Ausbildung“ oder „triale Modelle“ kooperieren Betriebe, Träger und Berufsschule und öffnen die Regelausbildung für Jugendliche, für die das Angebot der dualen Ausbildung bislang nicht ausreicht.

- **Berufliche Nachqualifizierung und sonstige Qualifizierung**

Qualifizierungsangebote und Nachqualifizierungsprogramme[217] wenden sich an junge Erwachsene, die über Arbeitserfahrung verfügen, aber noch keinen Berufsabschluss erworben haben.[218] Qualifizierung und Beschäftigung werden dabei kombiniert. Der modulare Aufbau ermöglicht differenzierte und individualisierte Qualifizierungswege. Je nach gesetzlicher Grundlage können sie in Betrieben, bei Bildungsträgern oder Einrichtungen der öffentlichen Hand stattfinden.

Darstellung der Maßnahmen

Der größte Teil der Regelangebote liegt in der Zuständigkeit der BA → **Tabelle A7.1-1**.[219] Die folgende Beschreibung baut auf den Darstellungen im BIBB-Datenreport 2009 bis 2011 auf.[220] Relevante Neuerungen, Veränderungen und Ergänzungen werden in den Vordergrund gestellt.

Neben den Bildungs-, Förder- und Qualifizierungsangeboten, die im Übergang von der Schule in die

217 zur Nachqualifizierung **vgl Kapitel B3.4**.
218 zu nicht formal Qualifizierten **vgl Kapitel A9.3**.
219 Das nachfolgend verwendete Zahlenmaterial stammt, soweit nicht anders angegeben, aus den Förderstatistiken der BA. Diese sind teilweise frei über das Statistikportal der BA zugänglich **http://statistik.arbeitsagentur.de** hier „Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ → „Förderung der Berufsausbildung“, teilweise sind Sonderauswertungen für das BIBB erstellt worden.
220 Zum Zeitpunkt der Berichterstellung waren Zahlen der BA, die auch die zugelassenen kommunalen Träger einschließen, nicht durchgängig verfügbar. Um Vergleichbarkeit zu gewährleisten, sind deshalb in diesem Berichtsteil nur Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (ohne zkT) aufgenommen (sofern nicht anders angegeben).

Tabelle A7.1-2: **Auswahl für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevanter Förderinitiativen und Sonderprogramme des Bundes 2010**

Förderzeitraum		Ziel	Zielgruppe	Größenordnung[1]	Internet
BMBF: Bildungsketten mit dem Sonderprogramm „Berufseinstiegsbegleitung" und dem BOP (s. u.)	2010–2017	Berufseinstiegsbegleitung: individuelle Unterstützung beim Übergang Schule – Beruf und darüber hinaus	Bildungsgefährdete Schüler/-innen	42 Mio. € für die Initiative Bildungsketten (vorgesehen für 2011, ohne BOP)	http://www.bildungsketten.de
BMBF: Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP): Potenzialanalysen und Werkstatttage	verstetigt	Erkennen von Potenzialen, Fähigkeiten und Begabungen sowie frühzeitige, praxisbezogene Berufsorientierung als Grundlage für Praktikum und Berufswahl	Schüler/-innen, die an der allgemeinbildenden Schule den Hauptschulabschluss oder Vergleichbares anstreben	31,5 Mio. € (in 2010) ca. 260 Projekte (Stand: Dezember 2010)	http://www.bibb.de/berufsorientierung
BMBF: Perspektive Berufsabschluss mit den Förderinitiativen „Regionales Übergangsmanagement" und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung"	01/2008–12/2013	Förderinitiative 1: Optimierung des Übergangsmanagements Schule – Ausbildung Förderinitiative 2: Nachqualifizierung durch strukturelle Verbesserung der beruflichen Integrationsförderung	Programme zur strukturellen Veränderung bezogen auf: Jugendliche und junge Erwachsene mit schlechteren Startchancen An- und Ungelernte	67 Mio. € Förderinitiative 1: 55 Projekte Förderinitiative 2: 42 Projekte	http://www.perspektive-berufsabschluss.de/
BMBF: Neue Wege in die duale Ausbildung	2011–2014	Aufzeigen innovativer Wege in die Ausbildung	Junge Menschen mit vielfältigen (Bildungs-)Biografien	1,8 Mio. € (vorgesehen für 2011)	http://www.bibb.de/de/55819.htm
BMBF: JOBSTARTER CONNECT	2. Förderrunde (bis 2013)	Sicherung des Fachkräftebedarfs und Verbesserung des Übergangs in das duale Berufsausbildungssystem durch Ausbildungsbausteine	Akteure am Übergang Schule – Berufsausbildung	60 Mio. € 27 Projekte in 1. Förderrunde	http://www.jobstarter.de/de/1208.php
BMFSFJ: JUGEND STÄRKEN[2] mit den Programmen „Kompetenzagenturen" und „Schulverweigerung – die 2. Chance"	09/2011–12/2013	Kompetenzagenturen: Verbesserung und Ausweitung von Unterstützungsleistungen für benachteiligte Jugendliche zur eigenständigeren Lebensführung Schulverweigerung – die 2. Chance: Reintegration von Schulverweigerern in Schulen, Erhöhen ihrer Chancen auf einen Schulabschluss	Jugendliche mit multiplen Problemlagen (Potenzielle) Schulverweigerer/-innen, Eltern, Lehrkräfte	50 Mio. €[3] 181 Kompetenzagenturen 191 Koordinierungsstellen (Stand: Dezember 2011)	http://www.jugend-staerken.de/ http://www.kompetenzagenturen.de/ http://www.zweitechance.eu/
BMVBS: Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)	2008–2015	Förderung von Projekten zur Beschäftigung, Bildung und Qualifizierung Stärkung der Ökonomie in Verbindung mit städtebaulichen Investitionen	Jugendliche, Langzeitarbeitslose	156 Mio. € 72 Projekte im Übergang Schule – Beruf	http://www.biwaq.de/cln_032/nn_343982/DE/1Programm/node.html?__nnn=true

[1] Alle folgenden Angaben in dieser Spalte „Größenordnung" beziehen sich auf die gesamte Förderdauer, wenn nicht anders angegeben.
[2] Die weiteren Programme der Initiative „JUGEND STÄRKEN" sind „Aktiv in der Region", „Jugendmigrationsdienste" und „Stärken vor Ort".
[3] Bei den beiden Förderprogrammen „Kompetenzagenturen" und „2. Chance" sind Kofinanzierungen erforderlich, die aus kommunalen Mitteln (örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe) eingebracht werden müssen.

Quelle: BMBF, BMFSFJ, BMVBS, Deutscher Bundestag, Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Arbeitswelt derzeit als Regelangebote durchgeführt werden, bieten verschiedene Bundesministerien Sonder- und Modellprogramme[221] an, die für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevant sind →**Tabelle A7.1-2**. Programmrichtlinien beschreiben die Konzeption und Durchführung dieser zeitlich begrenzten Sonder- und Modellprogramme.[222]

Die folgende Darstellung gliedert die Angebote nach Handlungsfeldern. Hinweise auf Akteure, gesetzliche Grundlagen und Verantwortungsebenen sind jeweils enthalten. Das Programm „Perspektive Berufsabschluss" umfasst mit den 2 Förderinitiativen „Regionales Übergangsmanagement" und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung" 2 Handlungsfelder, die Förderinitiativen werden unter den Rubriken „Übergang Schule – Beruf" und „Nachqualifizierung" dargestellt.

221 Eine ausführliche Übersicht findet sich unter **http://www.good-practice.de/1060.php**.
222 Die Förderprogramme der Länder sind einzusehen im Webportal LänderAKTIV (**http://www.laenderaktiv.de**).

1. Handlungsfeld Berufsorientierung

Die Berufsorientierung hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung und öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen. In allen Bundesländern sind durch die Förderung der BA und darüber hinaus Programme initiiert bzw. weiterentwickelt worden.

BA: Vertiefte Berufsorientierung (§ 33 SGB III) und erweiterte vertiefte Berufsorientierung (§ 33 i. V. m. § 421q)

Berufsorientierung ist eine gesetzliche Aufgabe der BA. Sie wird um die „vertiefte Berufsorientierung“ und die „erweiterte vertiefte Berufsorientierung“ ergänzt. Letztere wurde 2007 mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen“ eingeführt. Über diesen Personenkreis hinaus richten sich Angebote der Berufsorientierung vielfach an alle Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Jahrgänge an den beteiligten Schulen, insbesondere an Haupt-, Real- und Gesamtschulen.

Vertiefte Berufsorientierung (VBO) in allgemeinbildenden Schulen setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen: umfassende Information zu Berufsfeldern, Interessenerkundung, Eignungsfeststellung/Kompetenzfeststellung, Strategien zur Berufswahl- und Entscheidungsfindung, fachpraktische Erfahrungen im Betrieb, Reflexion eigener Eignung, Neigungen und Fähigkeiten sowie verbesserte Selbsteinschätzung, Realisierungsstrategien sowie sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung. VBO nach § 33 SGB III muss in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden und ist auf maximal 4 Wochen begrenzt.

Mit der *erweiterten vertieften Berufsorientierung* wurde die Möglichkeit geschaffen, Berufsorientierungsmaßnahmen über einen Zeitraum von 4 Wochen hinaus und innerhalb des Unterrichts durchzuführen. Damit besteht auch die Möglichkeit, Elemente modular zu bündeln und kontinuierliche Maßnahmen anzubieten, die das ganze Schuljahr begleiten. Gefördert werden kann nur, wenn sich Dritte mit mindestens 50 % beteiligen, z. B. Land, Kommunen, Kammern, Schulen, Fördervereine der Schulen, Betriebe.

Der Jahresdurchschnittsbestand (JD-Bestand) für die vertiefte und erweiterte vertiefte Berufsorientierung wird für 2010 mit 63.336 angegeben, eine Steigerung von knapp 12.000 Plätzen gegenüber dem Vorjahr. Die Zugänge liegen für 2010 bei 171.268. Sie sind im letzten Jahr wieder etwas gesunken, 2009 waren es noch 180.331.

BA: Berufseinstiegsbegleitung (SGB III § 421s)

Aufgabe der Berufseinstiegsbegleitung ist es, Jugendliche beim erfolgreichen Abschluss der allgemeinbildenden Schule, bei der Berufsorientierung und Ausbildungsplatzsuche sowie bei der Stabilisierung des Ausbildungsverhältnisses zu unterstützen. Für eine Erprobungsphase wurden zunächst 1.000 Schulen ausgewählt, die zum Hauptschulabschluss führen, insbesondere Förder- und Sonderschulen und Schulen mit hohem Migrantenanteil. Im Jahr 2010 umfasste die Förderung nach Auskunft der BA 14.651 Plätze (Zugänge).

Darüber hinaus sollen im Rahmen der Initiative „Bildungsketten“ des BMBF hauptamtliche Berufseinstiegsbegleiter/-innen bis zu 30.000 bildungsgefährdete Schüler/-innen von rund 1.000 ausgewählten Schulen[223] beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Ausbildung unterstützen (**vgl. Kapitel A7.2**). Seit November 2010 haben 713 Berufseinstiegsbegleiter/-innen ihre Arbeit an ausgewählten Schulen aufgenommen. Ihre Zahl soll bis Ende 2014 auf etwa 1.000 aufgestockt werden.

BMBF: Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten

Das Programm wurde 2010 nach einer Programmphase verstetigt. Es wendet sich an Schülerinnen und Schüler ab den achten Klassen der allgemeinbildenden Schulen. Sie erhalten die Möglichkeit, in den Werkstätten in mindestens 3 verschiedenen Berufsfeldern ihre Fähigkeiten und Stärken praktisch zu erproben. Mit diesem Programm will das BMBF den

223 Die Auswahl der Schulen kann eingesehen werden unter **http://www.bildungslandschaft.eu/uploads/Berufseinstiegsbegleitung/2008__11__04__liste__der__schulen__mit__berufseinstiegsbegleitung.pdf**.

Übergang zwischen Schule und Ausbildung erleichtern und die Zahl der Ausbildungsabbrecher und -abbrecherinnen senken. Das Programm läuft über 2 Wochen (80 Stunden) in den überbetrieblichen Bildungsstätten (ÜBS) oder Trägereinrichtungen, dazu kooperieren diese mit den Schulen und Lehrkräften. Dem Werkstattpraktikum ist eine Potenzialanalyse ab Klasse 7 vorgeschaltet, bei der die Schülerinnen und Schüler ihr Potenzial, Fähigkeiten Interessen und Neigungen kennenlernen und diese zur Grundlage ihrer Praktikums- und Berufswahl machen. Die Potenzialanalyse liefert Hinweise für die individuelle Förderung, z. B. im Rahmen der Berufseinstiegsbegleitung.

Das BIBB führt die Förderung für das BMBF durch und bewilligte 2010 für insgesamt knapp 100.000 Schülerinnen und Schüler 262 Projekte. Für das Jahr 2010 sah der Haushaltsplan 31,5 Millionen Euro vor, ausgezahlt wurden 18,7 Millionen Euro.

2. Handlungsfeld: Übergang von der Schule in den Beruf

BMBF: Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement

Die Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement innerhalb des BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ will den Aufbau von regionalen Übergangsmanagements anstoßen, die Umsetzung wirksamer Verfahren des Übergangsmanagements unterstützen und die in der Entwicklung und Erprobung des Übergangsmanagements gewonnenen Erfahrungen, Einsichten, Standards und Instrumente für eine Nachnutzung für Politik, Verwaltungen und Praxis bundesweit bereitstellen. Die Förderinitiative stimmt an 55 Standorten die verschiedenen bereits vorhandenen Förderangebote und Unterstützungsleistungen aufeinander ab, um Jugendlichen den Anschluss von der Schule in eine Berufsausbildung zu erleichtern. Die Projekte sind bei Kommunen angesiedelt.[224]

BMFSFJ: „Kompetenzagenturen“ (JUGEND STÄRKEN)

Kompetenzagenturen unterstützen besonders benachteiligte Jugendliche dabei, ihren Weg in einen Beruf und in die Gesellschaft zu finden. Sie bieten Hilfen für diejenigen, die vom bestehenden System der Hilfsangebote für den Übergang von der Schule in den Beruf nicht (mehr) erreicht werden. Ansprechpartner suchen die Jugendlichen auf, vereinbaren mit ihnen individuelle Förder- und Qualifizierungspläne und kontrollieren die Umsetzung. Sie begleiten die Jugendlichen langfristig und beziehen dabei ihr familiäres und persönliches Umfeld ein. Bundesweit standen im Jahr 2010 rund 200 Kompetenzagenturen zur Verfügung. Das BMFSFJ fördert das Programm aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen der Initiative „JUGEND STÄRKEN“[225].

BMFSFJ : „Schulverweigerung – die 2. Chance“ (JUGEND STÄRKEN)

Das Programm „Schulverweigerung – die 2. Chance“ richtet sich an Jugendliche, die ihren Hauptschulabschluss durch aktive oder passive Schulverweigerung gefährden. Ziel des Programms ist es, diese Jugendlichen in das Schulsystem zurückzuführen und ihre Chancen auf einen Schulabschluss zu verbessern. Bundesweit wurden 2010 rund 200 Anlauf- und Beratungsstellen gefördert. Das Programm wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert.[226]

3. Handlungsfeld Berufsvorbereitung

Maßnahmen der Berufsvorbereitung hatten bis 2007 eine deutliche Ausweitung erfahren. Sie hatten – vor allem in Westdeutschland – einen erheblichen Teil der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz aufgenommen. Seit 2008 gehen die Zahlen berufsvorbereitender Maßnahmen zurück, 2010 setzte sich dieser Trend weiter fort. Der angesichts der demografischen Entwicklungen erwartete Rückgang der BvB ist für 2010 nur in Ostdeutschland zu belegen. Wie in

224 Siehe **http://www.perspektive-berufsabschluss.de**.

225 Siehe **http://www.kompetenzagenturen.de/**.
226 Siehe **http://www.zweitechance.eu/**.

den letzten Jahren befand sich mehr als ein Viertel der Teilnehmenden in einer Einstiegsqualifizierung, also in einer betrieblichen Berufsvorbereitung, der weitaus größte Teil davon in Westdeutschland.

BA: Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) (SGB III § 61)

Mit den BvB wird die Eingliederung in Ausbildung angestrebt; wenn dieses Ziel nicht erreicht werden kann, die Aufnahme einer Beschäftigung. Zur Zielgruppe gehören – unabhängig von der erreichten Schulbildung – Jugendliche und junge Erwachsene, sofern sie ohne berufliche Erstausbildung sind, ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt und in der Regel das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, insbesondere junge Menschen, die noch nicht über die erforderliche Ausbildungsreife oder Berufseignung verfügen oder deren Vermittelbarkeit am Ausbildungsmarkt durch die weitere Förderung verbessert werden kann. Die maximale individuelle Förderdauer beträgt i. d. R. bis zu 10 Monate, kann aber in begründeten Fällen verlängert werden. Ausnahmen betreffen junge Menschen mit Behinderung und junge Menschen, die innerhalb der BvB ausschließlich an einer Übergangsqualifizierung teilnehmen.

Den fachlichen Debatten über demografische Entwicklungen und Fachkräftebedarf zufolge wäre ein erheblicher Abbau der Berufsvorbereitung zu erwarten gewesen, insbesondere dadurch, dass die Zahl der zu versorgenden „Marktbenachteiligten", das heißt derjenigen, die die Anforderungen einer Ausbildung bereits erfüllen, abschmilzt. Diese Entwicklung zeigt sich, aber noch nicht so stark: Die Maßnahmeplätze (Zugänge) gingen um etwas weniger als 10.000 zurück, das sind rund -15 %, rehaspezifische BvB nahmen zu.

Nachdem in den Jahren 2005 bis 2007 durchschnittlich jeweils rund 63.000 Teilnehmende im Rahmen der BvB allgemein gefördert worden waren, ging der Jahresdurchschnittsbestand (JD-Bestand) im Jahr 2010 bereits zum dritten Mal in Folge auf nun 53.476 zurück, davon waren rund 41 % weiblich **→Schaubild A7.1-1**. Hinzu kamen 2010 mit durchschnittlich 11.596 etwas mehr Teilnehmende an rehaspezifischen berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr.

BA: Aktivierungshilfen für Jüngere (SGB III § 46 Abs. 1 S. 1 Nr. 1)

Im Vorfeld von Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung richten sich Aktivierungshilfen an Jugendliche, die z. B. für eine Förderung im Rahmen berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen (noch) nicht in Betracht kommen, z. B. aufgrund vielfältiger und schwerwiegender Hemmnisse insbesondere im Bereich Motivation/Einstellungen, Schlüsselkompetenzen und sozialer Kompetenzen (Bundesagentur für Arbeit 2009f, S. 3 f.). Die Zielgruppe sind junge Menschen, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben, aber über keine berufliche Erstausbildung verfügen und aus den in ihrer Person liegenden Gründen ohne diese Förderung nicht bzw. noch nicht eingegliedert werden können. Ziel ist, die Personen für eine berufliche Qualifizierung zu motivieren und sie zu stabilisieren. Die Förderdauer beträgt in der Regel 6 Monate, eine Verlängerung bis zu 12 Monaten ist möglich.

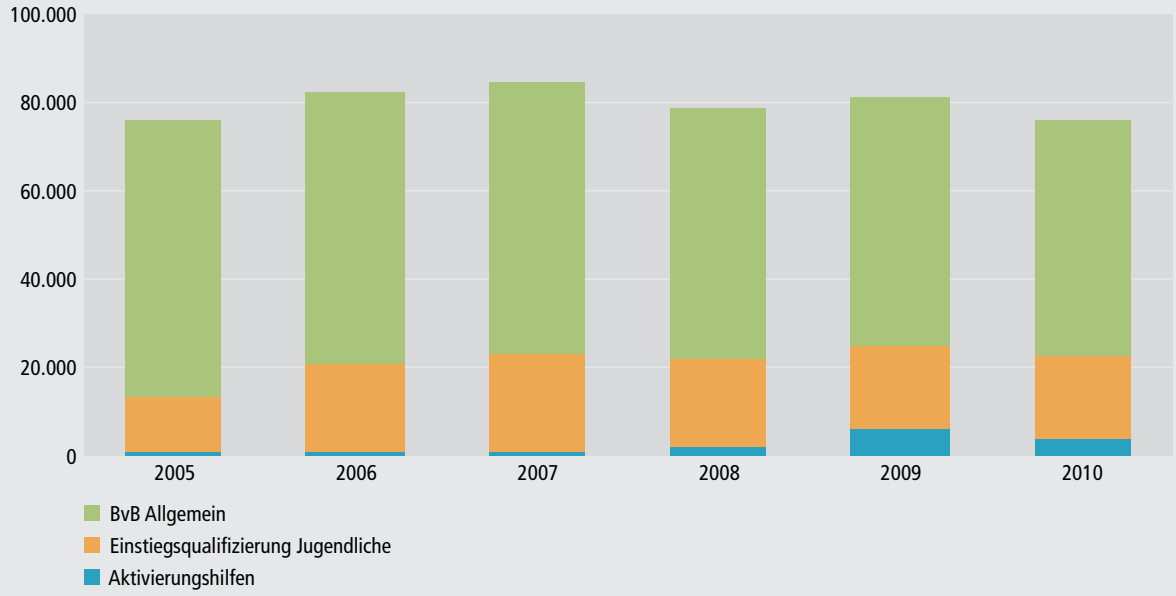
Die Zugänge betrugen 2010 insgesamt 14.569. Im Berichtsjahr 2009 hatte die Zahl der Eintritte (in die alte Maßnahme nach § 241 Abs. 3a SGB III) noch bei 16.887 gelegen (Bundesagentur für Arbeit, 2011f) **→Schaubild A7.1-1**. Der Schwerpunkt lag bei Teilnehmenden aus dem Rechtskreis SGB II, hier gab es 2010 13.007 Zugänge in Aktivierungshilfen, aus dem Bereich des SGB III waren es 1.562. Der Jahresdurchschnitt für beide Rechtskreise lag bei 3.678 (SGB II: 3.214, SGB III: 464) (Bundesagentur für Arbeit 2011f).

BA: Einstiegsqualifizierung (SGB III § 235b)

Die betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)[227] wurde zum 1. Oktober 2007 als Leistung für Arbeitgeber gesetzlich verankert (§ 235b SGB III). Sie soll jungen Menschen mit erschwerten Vermittlungsperspektiven ein „Türöffner" in eine betriebliche Berufsausbildung sein. Eine EQ, die mindestens 6, aber längstens

227 Vormals Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ).

Schaubild A7.1.1: **Maßnahmen der Berufsvorbereitung der Bundesagentur für Arbeit – Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen (Jahresdurchschnittsbestand)**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Förderstatistik, Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

12 Monate dauert, dient der Vermittlung und Vertiefung von Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit. Die Inhalte einer EQ orientieren sich an den Inhalten eines anerkannten Ausbildungsberufes.

Zur Zielgruppe gehören nicht vollzeitschulpflichtige junge Menschen unter 25 Jahren:

- Ausbildungsbewerber/-innen mit individuell eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach dem 30. September eines Jahres noch nicht in Ausbildung vermittelt sind;
- Teilnehmer/-innen, die noch nicht in vollem Umfang über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen;
- Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche.

Für Jugendliche, die einer zusätzlichen Förderung bedürfen, bietet „EQ plus“ eine Kombination aus Einstiegsqualifizierung und ausbildungsbegleitenden Hilfen.

Im Jahresdurchschnitt ging der Bestand für EQJ und EQ in den Vorjahren zurück, von 22.295 Plätzen im Jahr 2007 auf 18.558 im Jahr 2009. Dieser Trend hat sich nicht fortgesetzt →**Schaubild A7.1-1**. An einer EQ nahmen im Jahr 2010 im Jahresdurchschnitt 18.783 junge Menschen teil. Wie in den Vorjahren liegt der Anteil der weiblichen Teilnehmer in der EQ ein wenig höher als in den BvB (allgemein). Sie waren in der EQ mit ca. 44 % vertreten, in den BvB dagegen nur mit ca. 41 % (Bundesagentur für Arbeit 2011d). Die EQ ist in Westdeutschland deutlich mehr verbreitet als in den östlichen Bundesländern. Die Plätze im Osten (1.673) machen im Jahresdurchschnitt nur ca. 8,9 % der Gesamtzahl für 2010 aus (17.110 Plätze in Westdeutschland).

4. Handlungsfeld Berufsausbildung

Den größeren Teil der Förderung im Handlungsfeld Berufsausbildung macht die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) aus, die 2. Säule bilden die ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH). Die BaE ist 2010 leicht zurückgegangen, der Rückgang fand allerdings überwiegend, beim

Bestand ausschließlich, in Ostdeutschland statt. Die Bestandszahlen für abH sind 2010 etwas angestiegen, die Zugänge aber erheblich zurückgegangen. Die deutlichen Zuwächse beim Ausbildungsbonus haben sich 2010 nicht weiter fortgesetzt, die Zahlen sind leicht rückläufig.

BA: Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) (SGB III §§ 242 ff.)

Für benachteiligte Jugendliche, bei denen eine Vermittlung in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis auch mit ausbildungsbegleitenden Hilfen und nach Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme nicht erfolgreich ist, kann eine Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung gefördert werden. Seit dem 1. August 2009 kann auch nach der vorzeitigen Lösung eines betrieblichen oder außerbetrieblichen Berufsausbildungsverhältnisses die Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung fortgesetzt werden, wenn eine Eingliederung in betriebliche Berufsausbildung aussichtslos erscheint. Eine individuelle Benachteiligung braucht in diesem Fall nicht vorzuliegen. Ein Fall der vorzeitigen Vertragslösung kann z. B. Folge einer Insolvenz, Stilllegung bzw. Schließung des ausbildenden Betriebes sein.

Im Jahresdurchschnitt 2010 war der Bestand für BaE mit 74.170 Auszubildenden insgesamt etwas niedriger als im Vorjahr. Von 2006 (63.857 Auszubildende) bis 2009 (76.831 Auszubildende) hatte der Bestand im Schnitt jährlich zugenommen, im Jahr 2010 erfolgte die Trendwende mit immer noch 74.170 Auszubildenden **→ Schaubild A7.1-2**. Der demografische Wandel zeigt sich vor allem in Ostdeutschland, hier wurden im Jahresdurchschnitt mit 28.457 fast 5.000 Auszubildende weniger gefördert als im Vorjahr. In Westdeutschland waren es 2010 mit durchschnittlich 45.713 sogar rund 1.500 Auszubildende mehr als 2009 (BaE West 2009: 43.345, BaE Ost: 33.486). Der Bestand steigerte sich somit im Westen von 2009 auf 2010 um 5 %, im Osten sank er um 15 %.

Betrachtet man die Zugänge, die die aktuelle Entwicklung des letzten Jahres abbilden, ist die oben beschriebene Trendwende auch im Westen erkennbar. Im Jahr 2010 haben insgesamt 37.193 Auszubildende eine BaE begonnen. Die Eintritte BaE West lagen bei 25.978, BaE Ost bei 11.215. Im Verhältnis zum Vorjahr ging die Zahl im Westen (West 2009: 27.879) um 7 % zurück, im Osten (Ost 2009: 13.525) deutlich stärker, nämlich um 17 %.

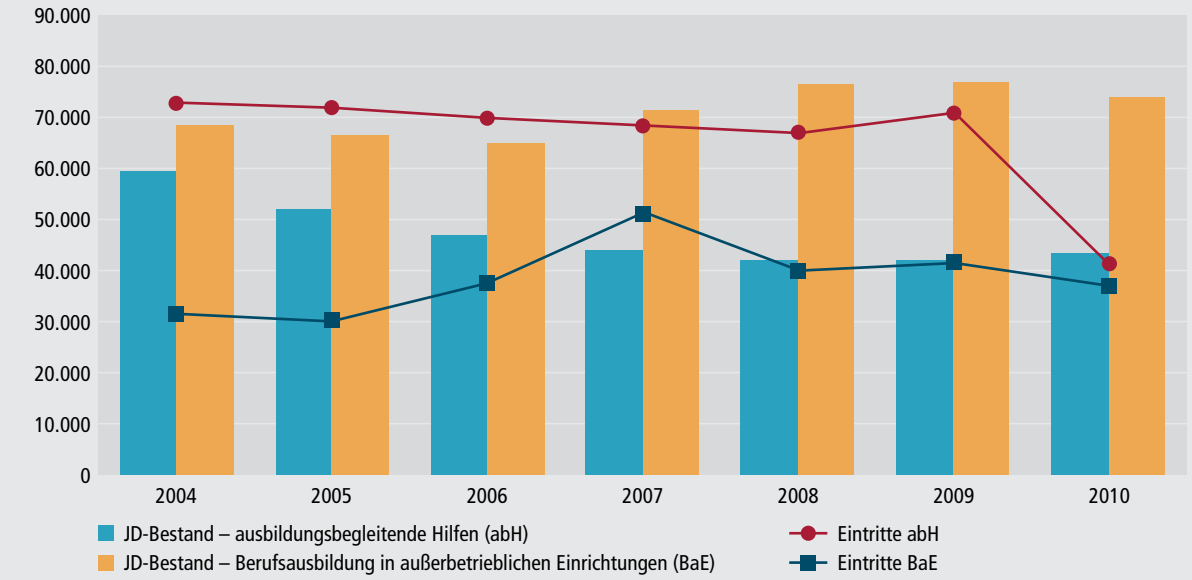
BA: Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) (SGB III § 241)

Auszubildende mit Förderbedarf können begleitend zu einer betrieblichen Berufsausbildung abH erhalten, wenn sie zusätzliche Unterstützung benötigen, ohne die der Ausbildungserfolg gefährdet wäre. AbH werden von Bildungsträgern im Auftrag der BA oder des Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende angeboten. Unterstützt werden Maßnahmen, die über betriebs- und ausbildungsübliche Inhalte hinausgehen, z. B. Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten, Förderung der Fachpraxis und Fachtheorie sowie sozialpädagogische Begleitung. Seit dem 1. August 2009 können diese nach Abbruch einer betrieblichen Berufsausbildung bis zur Aufnahme einer weiteren betrieblichen bzw. einer außerbetrieblichen Berufsausbildung oder nach erfolgreicher Beendigung bis zur Begründung oder Festigung eines Arbeitsverhältnisses fortgeführt werden; abH können seitdem auch bereits während einer Einstiegsqualifizierung erbracht werden.

Im Jahr 2010 betrug der durchschnittliche Bestand für abH 43.722 Teilnehmende. Diese Zahl hatte von 2005 (51.531 Teilnehmende) bis 2009 (41.936 Teilnehmende) jährlich kontinuierlich abgenommen und ist erst jetzt wieder angestiegen **→ Schaubild A7.1-2.** Die Zahl der Zugänge in abH betrug 2010 insgesamt 41.838 Personen und damit deutlich weniger als in den Vorjahren (2006 = 69.124; 2007 = 67.931; 2008 = 67.146; 2009 = 71.100) (Bundesagentur für Arbeit 2011e).

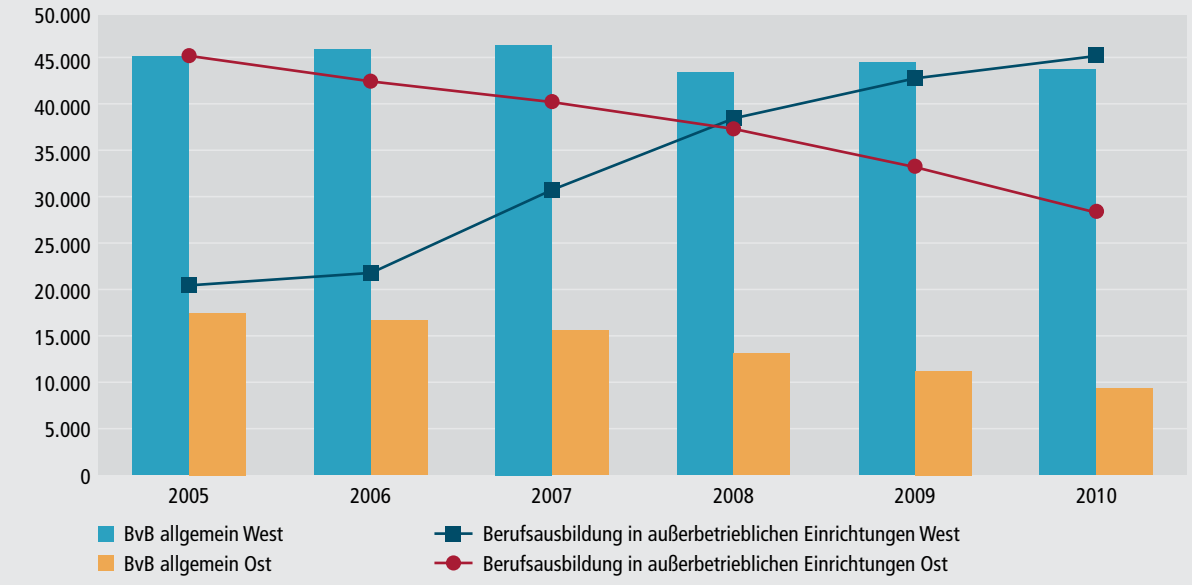
Junge Frauen sind in beiden Maßnahmen – wie bereits in den Jahren zuvor – unterrepräsentiert: Sie stellten 2010 in BaE 40 %, in abH sogar nur 36 % der Teilnehmenden (Bundesagentur für Arbeit 2011e).

Schaubild A7.1-2: **Maßnahmen der Förderung der Berufsausbildung der Bundesagentur für Arbeit**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Förderstatistik, Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A7.1-3: **Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen – Ost-West-Unterschiede (Jahresdurchschnittsbestand)**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Förderstatistik, Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Auffällige Unterschiede sind zwischen *Ost- und Westdeutschland* zu verzeichnen → **Schaubild A7.1-3**. Der Schwerpunkt der Förderung liegt im Osten nach wie vor mehr bei der außerbetrieblichen Berufsausbildung, im Westen bei den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen. In Ostdeutschland ist der Bestand der BaE-Plätze seit 2004 durchgängig mehr als doppelt so hoch wie der Bestand bei BvB (JD-Bestand 2010: BaE Ost: 28.457, BvB Ost: 9.337). In Westdeutschland liegen BvB- und BaE-Bestandszahlen ungefähr gleichauf (JD-Bestand 2010: BaE West: 45.713, BvB West: 44.137).

BA: Ausbildungsbonus (SGB III § 421r)

Der Ausbildungsbonus wurde 2009 auf Beschluss des Bundestags ausgeweitet. Es handelt sich um einen einmaligen pauschalen Zuschuss für Unternehmen, die zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige junge Menschen schaffen oder Azubis aus insolventen Unternehmen übernehmen.

Im Jahr 2010 hatten Betriebe für 15.771 Ausbildungsstellen (Eintritte bzw. Bewilligungen) einen Ausbildungsbonus erhalten. Das sind rund 20 % weniger gegenüber 2009 (18.959 Eintritte) .

5. Handlungsfeld: Nachqualifizierung/ sonstige Qualifizierung

Seit 1995 ist in Modellversuchen zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung und auf Landesebene eine Vielzahl von Modellen, Konzepten und Initiativen entwickelt worden. Entsprechende Strukturen für eine Förderung aufzubauen und Nachqualifizierung als eigenes Handlungsfeld zu etablieren ist das Ziel der Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ des aktuellen BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ → **Tabelle A7.1-2**.

BA: Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer (SGB III § 421o)

Arbeitgeber können zur Eingliederung von Personen, die bei Aufnahme der Beschäftigung das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Zuschüsse erhalten, wenn diese vor Aufnahme der Beschäftigung mindestens 6 Monate arbeitslos (§ 119 SGB III) waren, nicht über einen Berufsabschluss verfügen und im Rahmen des Arbeitsverhältnisses qualifiziert werden. Inhalt der Qualifizierung soll die betriebsnahe Vermittlung von arbeitsmarktverwertbaren Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten sein, die die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und auf einen beruflichen Abschluss vorbereiten können. Sie kann auch durch einen Träger durchgeführt werden, wenn eine Qualifizierung im Betrieb nicht möglich ist.

Das Instrument wird weiterhin wenig genutzt. Beim Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer waren 2010 insgesamt 399 Zugänge zu verzeichnen, 2009 waren es mit 366 Zugängen noch etwas weniger (Bundesagentur für Arbeit 2010e).

BA: Arbeitsgelegenheiten (SGB II §§ 3, 16, Grundsicherung für Arbeitsuchende)

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH ME) sind nachrangig gegenüber Vermittlung in Arbeit, Ausbildung, Qualifizierung oder anderen Eingliederungselementen. Sie sollen an den allgemeinen Arbeitsmarkt heranführen, die soziale Integration fördern und Beschäftigungsfähigkeit erhalten. AGH ME für junge Menschen unter 25 Jahren (U 25) sollen insbesondere mit Qualifizierungselementen gestaltet sein (z. B. Sprachkurse), diese sind bis zu einer Dauer von 8 Wochen zulässig, Praktika bei einem oder mehreren Arbeitgebern bis zu einer Dauer von 4 Wochen.

AGH ME sollen im Rahmen der Eingliederungsvereinbarung als zweckmäßiges Modul einer ganzheitlichen Betreuungs- und Integrationsstrategie einen Teilschritt in einer Förderkette darstellen. Die Strategie soll individuell auf die Bedarfsgemeinschaft abgestimmt sein. Für junge Menschen mit besonderen Problemlagen soll eine begleitende und möglichst umfassende sozialpädagogische Betreuung sichergestellt werden (Bundesagentur für Arbeit 2009e).

Im Jahr 2010 wurde in den AGH U 25 ME mit Qualifizierungsanteil mit insgesamt 77.928 Zugängen an Teilnehmenden gegenüber 87.025 im Jahr 2009 ein Rückgang verzeichnet (Bundesagentur für Arbeit 2010d, 2011d).

BMBF: „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ (Förderprogramm: Perspektive Berufsabschluss)

Die Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ ist als Strukturveränderungsprogramm angelegt. Sie will nachhaltig geeignete Rahmenbedingungen für Nachqualifizierung schaffen und so zur Verringerung des Anteils an- und ungelernter junger Erwachsener mit und ohne Beschäftigung beitragen. Dazu werden im Zusammenwirken mit den regional tätigen Arbeitsmarktakteuren – insbesondere Kammern, Unternehmen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Träger der Arbeitsförderung/Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Bildungsträger, kommunale/regionale Wirtschaftsförderung – Konzepte für bedarfsgerechte Nachqualifizierung regional angepasst und implementiert, bestehende Fördermöglichkeiten transparent gemacht und gebündelt sowie Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Betroffene und insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen aufgebaut. Arbeitslosen An- und Ungelernten werden Möglichkeiten eröffnet, nachträglich einen Berufsabschluss zu erwerben und so ihre Beschäftigungschancen zu verbessern. Unternehmen werden Wege aufgezeigt, Qualifizierungspotenziale an- und ungelernter Beschäftigter zu erschließen und so ihren Fachkräftebedarf zu decken. Die Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ schafft durch 42 Projekte geeignete Rahmenbedingungen, um an- und ungelernten jungen Erwachsenen mit und ohne Beschäftigung einen nachträglichen Berufsabschluss zu ermöglichen. Durch die Entwicklung regionaler Strukturen soll die Nachqualifizierung zum Regelangebot werden.

(Petra Lippegaus-Grünau, Thomas Materna)

A7.2 Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III für Leistungsschwächere

Rund 1.000 allgemeinbildende Schulen haben seit Februar 2009 die Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III erprobt. E Der Gesetzgeber hat vorgesehen, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Auswirkungen der Berufseinstiegsbegleitung auf das Erreichen des Abschlusses der allgemeinbildenden Schule und den Erfolg insbesondere beim Übergang in eine betriebliche Berufsausbildung untersucht. Im Auftrag des Ministeriums evaluiert daher ein Forschungskonsortium das Instrument. Bislang liegen die Zwischenberichte für die Jahre 2010 und 2011 vor.[228]

E Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Das Ziel dieses Instruments ist es, Jugendliche in eine berufliche Ausbildung einzugliedern. Dies erfolgt durch eine Begleitung der Jugendlichen von Personen, die aufgrund ihrer Lebens- und Berufserfahrung eine erfolgreiche Unterstützung erwarten lassen. Gefördert werden sollen insbesondere das Erreichen des Abschlusses einer allgemeinbildenden Schule, die Berufsorientierung und -wahl, die Suche nach einem Ausbildungsplatz und die Stabilisierung des Ausbildungsverhältnisses. Die Begleitung beginnt in der Regel mit dem Besuch der Vorabgangsklasse der allgemeinbildenden Schule und endet ein halbes Jahr nach Beginn einer beruflichen Ausbildung (**vgl. Kapitel 4.1**).

Zwischenbericht 2010

Der erste Zwischenbericht enthält aufgrund der erst im Februar 2009 begonnenen Berufseinstiegsbegleitung im Wesentlichen eine Darstellung der Implementierung und Durchführung der Berufseinstiegsbegleitung. Hierfür hat das Forschungskonsortium standardisierte Befragungen von Schülern, Trägern und Mitarbeitern der Berufseinstiegsbegleitung sowie Schulleitungen und Lehrern vorgenommen.

228 Die Berichte können auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unter **http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Forschungsberichte/Forschungsberichte-Berufseinstiegsbegleitung/inhalt.html** abgerufen werden.

Darüber hinaus hat es zwölf Fallstudien durchgeführt, in denen es neben den genannten Akteuren auch die Berufsberatung und weitere Experten befragt hat. Die Ergebnisse waren überwiegend positiv. Die Maßnahme wurde gut angenommen und erzielte bereits nach kurzer Zeit erste Erfolge. Dazu im Einzelnen:

Am 1. Mai 2010 wurden 22.559 junge Menschen gefördert. Die Quote der vorzeitigen Beendigungen lag bei 13,7 % (3.595), wobei die Austritte in erster Linie wegen fehlender Motivation und Mitwirkung erfolgten. Die Meinung der Lehrer über die Verbesserung der Chancen auf den Schulabschluss, der Lernbereitschaft und der schulischen Leistungen war geteilt, wobei jedoch gut 70 % meinten, dass sich realistischere Berufsvorstellungen bei den Teilnehmenden eingestellt hätten. Die Berufseinstiegsbegleiter und die Lehrerschaft attestierten den Schülern einen Motivationsschub – dies war ihrer Meinung nach ein zentraler Erfolg der Berufseinstiegsbegleitung.

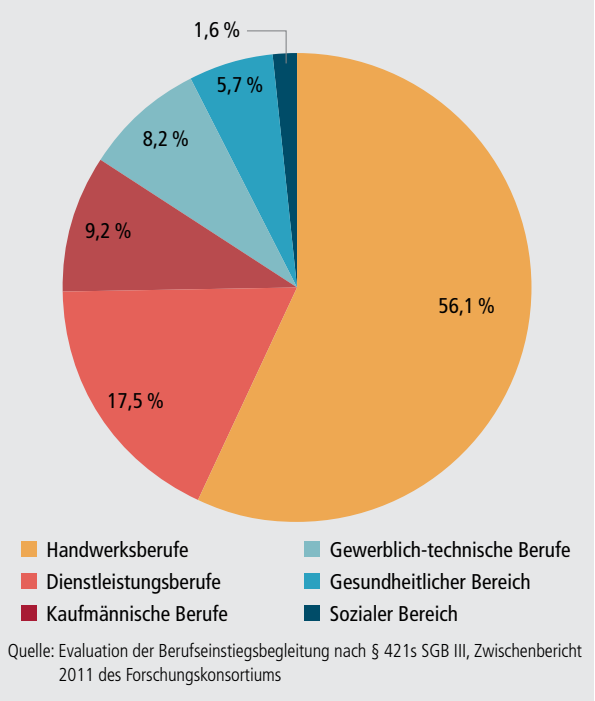
Auch die Resonanz der Jugendlichen war überwiegend positiv. Die Teilnehmenden sahen ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz/Praktikumsplatz/Schulabschluss durch die Berufseinstiegsbegleitung in über 80 % der Fälle als verbessert an. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass sich die Erfolge der Berufseinstiegsbegleitung zu diesem Zeitpunkt der Befragung noch nicht in tatsächlichen Vermittlungszahlen widerspiegeln konnten. Die Akzeptanz des Instruments beschrieben insbesondere die Teilnehmenden als hoch. Sie zeigten sich auch überwiegend zufrieden mit ihrem persönlichen Begleiter. Ein ähnliches Bild ergab die Befragung der Schulleitungen und Lehrer. Sie hielten die Berufseinstiegsbegleitung in über 90 % der Fälle für einen guten Ansatz, die Umsetzung davon empfanden immerhin noch rund zwei Drittel der Befragten als gut bis sehr gut.

Mehr als die Hälfte der Berufseinstiegsbegleiter hatte mehrmals wöchentlich mit den Teilnehmenden Kontakt. Zwei Drittel der Berufseinstiegsbegleiter machten Hausbesuche und suchten in 84 % der Fälle den Kontakt zu den Eltern. Dabei hat über die Hälfte sogar verbindliche Vereinbarungen mit den Eltern geschlossen. Inhaltlich sahen die Berufseinstiegsbegleiter ihre Hauptaufgaben in Einzelgesprächen mit den Schülern sowie in der Unterstützung der Jugendlichen bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen und bei der Praktikumsplatzsuche und -begleitung. Zentral in den Gesprächen waren die Themen berufliche Zukunft und Schule.

Zwischenbericht 2011

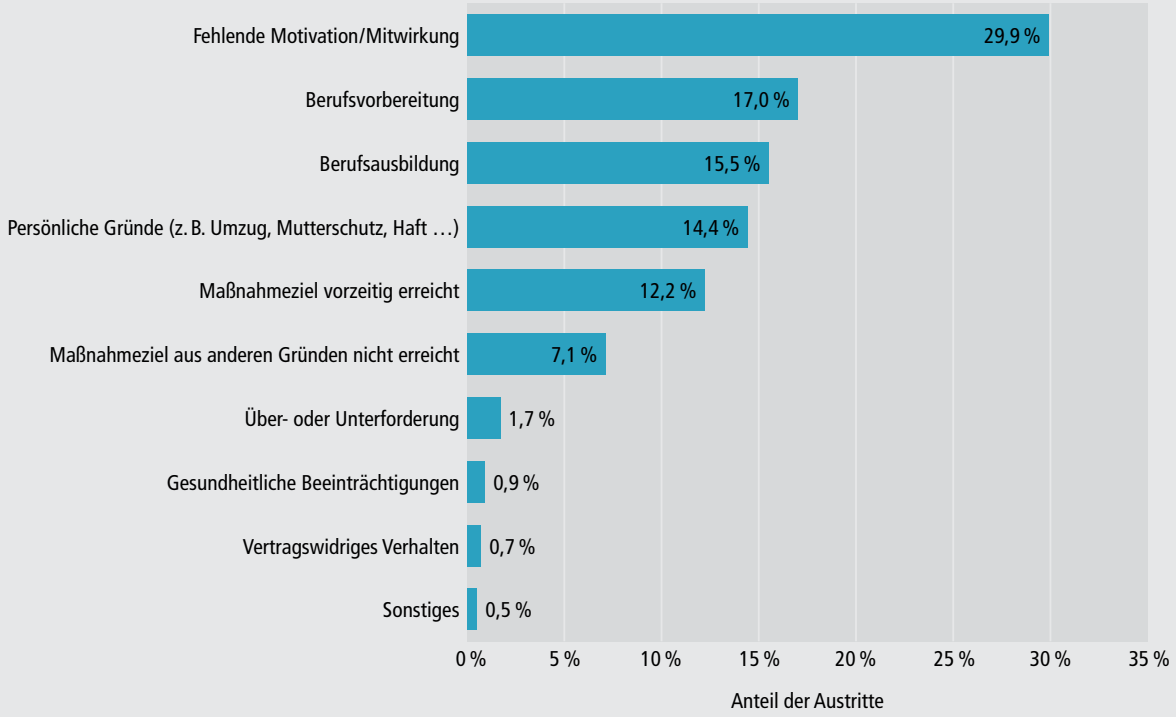
Die Forschung hat auch mit dem Zwischenbericht 2011 positive Ergebnisse festgestellt. So haben sich bei den Teilnehmenden leichte Verbesserungen der Noten in Mathematik, Deutsch und Englisch ergeben. Von den Teilnehmenden der ersten Kohorte sind 37,7 % entweder noch auf derselben Schule oder sie sind auf eine andere allgemeinbildende Schule gewechselt. 27,6 % haben eine berufsvorbereitende Maßnahme und 27,9 % eine Berufsausbildung begonnen. Mehr als die Hälfte dieser Ausbildungen waren im handwerklichen Bereich → **Schaubild A7.2-1**.

Schaubild A7.2-1: **Ausbildungsbereiche, in denen eine Ausbildung begonnen wurde**



Quelle: Evaluation der Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III, Zwischenbericht 2011 des Forschungskonsortiums

Schaubild A7.2-2: **Gründe für den Austritt nach Angaben der Einstiegsbegleiter/-innen**



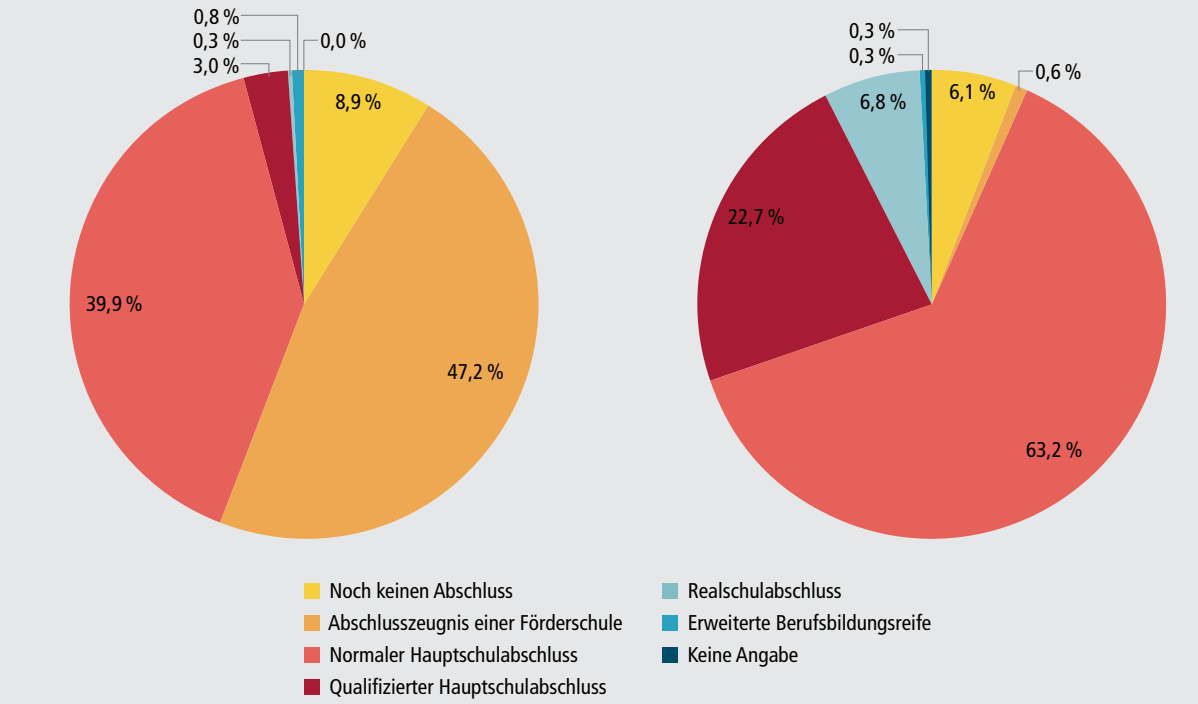
Quelle: Evaluation der Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III, Zwischenbericht 2011 des Forschungskonsortiums

Bis April 2011 wurden rund 37.000 Teilnahmen (inkl. Nachbesetzungen) registriert. Davon sind 36,7 % bis zum 30. April 2011 wieder aus der Maßnahme ausgeschieden. Fast ein Drittel aller Austritte ging auf Ursachen zurück, die im Verhalten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer begründet lagen. Hierzu gehörten zum Beispiel fehlende Motivation beziehungsweise fehlende Bereitschaft zur Mitwirkung, was in 29,9 % der Austrittsfälle zu verzeichnen war. Weitere 14,4 % der Austritte ereigneten sich aufgrund persönlicher Umstände der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie zum Beispiel eines Wohnortwechsels. Ein weiteres Drittel von Austritten erfolgte im Zusammenhang mit der Aufnahme einer Maßnahme zur Berufsvorbereitung (17,0 %) oder wegen einer Berufsausbildung (15,5 %) → **Schaubild A7.2-2**.

Die Fluktuation bei den Berufseinstiegsbegleitern hat sich leicht reduziert. Während 33 % der Begleiter bis Mitte 2010 ihre Stelle schon wieder verlassen hatten, gaben in dem Vergleichszeitraum 2011 27 % der Teilnehmenden an, dass sie einen Begleiterwechsel hatten, und 22,3 % der befragten Begleiter hatten die Stelle gewechselt.

Der Fokus der Berufseinstiegsbegleitung lag aus Sicht der Schüler/-innen zunächst auf der Verbesserung der schulischen Leistungen. → **Schaubild A7.2-3** informiert über die beim Verlassen der Schule erreichten Schulabschlüsse. Die Begleiter sollten in der Berufseinstiegsbegleitung ihr „spezifisches Wissen“ zugänglich machen und bei gemeinsamen Terminen (bspw. in einem Betrieb) eine „Brückenfunktion“ wahrnehmen. Die Schüler/-innen nutzten das Instrument auch, um sich auf Einstellungstests der Arbeitgeber vorzubereiten. Die Teilnehmenden erkannten, dass die Angebote vielfältig sind und dass ihre Eigeninitiative zur Nutzung dieser Angebote gefragt ist.

Schaubild A7.2-3: **Schulabschlüsse der Teilnehmenden nach Verlassen der Schule**



Quelle: Evaluation der Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III, Zwischenbericht 2011 des Forschungskonsortiums

Aufgrund der positiven Ergebnisse der Evaluierung hat der Gesetzgeber das Instrument modifiziert und ab 1. April 2012 als neue unbefristete Regelung in § 49 SGB III eingeführt. Die Berufseinstiegsbegleitung kann nun an allen allgemeinbildenden Schulen durchgeführt werden und wird damit als das Begleitinstrument für den Übergang von förderungsbedürftigen Schülerinnen und Schülern allgemeinbildender Schulen in die Berufsausbildung verankert.

(Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

A7.3 Die Entwicklung von Zusatzqualifikationen zu dualen Ausbildungsberufen zwischen 2004 und 2011

Zusatzqualifikationen E dienen als Instrument der Flexibilisierung, Differenzierung und Individualisierung der dualen Berufsausbildung. Sie geben Betrieben die Möglichkeit, individuelle Qualifikationsanforderungen, die aus der Perspektive des Unternehmens nicht oder nicht in ausreichendem Maße in der jeweiligen Ausbildungsordnung berücksichtigt werden, abzudecken und zeitnah und bedarfsgerecht auf veränderte Qualifikationsanforderungen zu reagieren. Jugendliche erhalten auf der anderen Seite die Möglichkeit, Ausbildungsinhalte nach individuellen Interessen zu erweitern und zu ergänzen. Gerade für leistungsstärkere Abiturientinnen und Abiturienten ist die berufliche Bildung eine Erfolg versprechende Alternative zum Studium, wenn die Ausbildung durch Zusatzqualifikationen aufgewertet wird. Aus bildungspolitischer Sicht sind Zusatzqualifikationen von Bedeutung, weil sie die berufliche Erstausbildung mit der Weiterbildung enger verzahnen und die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöhen.

E Zusatzqualifikationen

Gesetzliche Grundlage ist das Berufsbildungsgesetz (BBiG). Gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 5 BBiG werden unter Zusatzqualifikationen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten verstanden, die über die Ausbildungsinhalte hinausgehen. In der fachwissenschaftlichen Diskussion wie in der Berufsbildungspraxis werden unter Zusatzqualifikationen darüber hinaus solche Maßnahmen verstanden,

- die parallel zur Berufsausbildung stattfinden oder unmittelbar im Anschluss daran,
- die einen gewissen zeitlichen Mindestumfang nicht unterschreiten (40 Stunden) und
- zertifiziert werden können.

Die AusbildungPlus-Datenbank (vgl. E in Kapitel A7.4) erfasst bundesweit über 2.200 Modelle von Zusatzqualifikationen. Während das Angebot verschiedener Modelle seit 2004 relativ stabil erscheint, sind die Beteiligung der Wirtschaft und das Interesse der Auszubildenden von Schwankungen gekennzeichnet. So verzeichnete die AusbildungPlus-Datenbank zum 30. April 2011 erstmals seit 2006 einen Rückgang der Angebote von Zusatzqualifikationen durch Unternehmen, und zwar um 4,2 % auf knapp über 16.000. Gleichzeitig stieg die Zahl der Auszubildenden, die eine Zusatzqualifikation absolvieren, um 4,1 % auf über 83.000 an. In → Tabelle A7.3-1 wird die

Tabelle A7.3-1: **Zusatzqualifikationen – Modelle, Anzahl der Unternehmen und Auszubildenden von 2004 bis 2011**

Jahr	Modelle von Zusatzqualifikationen	Veränderung zum Vorjahr in %	Angebote von Unternehmen	Veränderung zum Vorjahr in %	Auszubildende	Veränderung zum Vorjahr in %
2004	2.107		9.996		65.097	
2005	2.160	2,5	11.772	17,8	72.945	12,1
2006	2.124	-1,7	11.860	0,7	67.811	-7,0
2007	2.177	2,5	13.292	12,1	76.125	12,3
2008	2.257	3,7	14.292	7,5	77.724	2,1
2009	2.253	-0,2	15.108	5,7	81.102	4,3
2010	2.262	0,4	16.902	11,9	80.040	-1,3
2011	2.227	-1,5	16.197	-4,2	83.316	4,1

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Entwicklung des Angebots von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2011 dargestellt.

Anbieter

Die meisten Zusatzqualifikationen werden von den Berufsschulen angeboten. Sie stellen mit 1.090 knapp die Hälfte der Modelle. Einen Rückgang um 7,4 % verzeichneten die Ausbildungsbetriebe, die selbst Zusatzqualifikationen anbieten. Weitgehend stabil ist das Angebot der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern → **Tabelle A7.3-2**.

Inhaltliche Schwerpunkte

Zusatzqualifikationen werden in einem breiten inhaltlichen Spektrum angeboten → **Tabelle A7.3-3**. Das größte Angebot gibt es für internationale Zusatzqualifikationen. Von den 700 Angeboten in diesem Bereich entfallen 81 % auf Fremdsprachen, 12 % auf Auslandspraktika und 7 % auf internationales Management/Außenhandel. Es folgen die Bereiche Technik (303 Modelle) und Informationstechnologie (259 Modelle). Beliebte Beispiele aus diesem Bereich sind CNC-Techniken, Computer Aided Design (CAD), der europäische Computerführerschein (ECDL), Programmiersprachen wie C++ oder auch die Fortbildung zur Elektrofachkraft für festgelegte Tätigkeiten.

Bei den kaufmännischen Qualifikationen (259 Modelle) sind vor allem die anerkannten Fortbildungen zum Handelsassistenten/zur Handelsassistentin und zum Handelsfachwirt/zur Handelsfachwirtin, aber auch der Betriebsassistent/die Betriebsassistentin im Handwerk stark nachgefragt. Seit 2004 haben Modelle für den Erwerb der Fachhochschulreife parallel zur Berufsausbildung stark zugenommen. Derzeit gibt es 185 verschiedene Modelle, zusammen mit einer Ausbildung das Fachabitur zu erwerben (2004: 133 Modelle). Den stärksten Zuwachs mit 7,4 % verzeichnete 2011 der Bereich Tourismus/Gastronomie.

Die in diesem Überblick enthaltenen Zusatzqualifikationen sind nicht im Rahmen einer Ausbildungsordnung geregelt. Sie unterscheiden sich damit von den kodifizierten Zusatzqualifikationen. Mit der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes 2005 wurde die Möglichkeit geschaffen, Zusatzqualifikationen in Ausbildungsordnungen zu verankern. § 49 Berufsbildungsgesetz regelt u. a. die Prüfung von in Ausbildungsordnungen aufgenommenen Zusatzqualifikationen. Von dieser Möglichkeit wurde bisher in den Ausbildungsordnungen der Ausbildungsberufe Musikfachhändler/-in, Buchhändler/-in und Tourismuskaufmann/-frau Gebrauch gemacht. Durch die einheitliche Regelung in der Ausbildungsordnung besitzen sie eine bundesweite Gültigkeit, d. h., es gibt keine regionalen Unterschiede bei diesen Zusatzqualifikationen.

Tabelle A7.3-2: **Anbieter von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2011**

Jahr	Ausbildungsbetrieb	Berufsschule	HWK	IHK	Fachhochschule/ Universität	Hersteller/ Lieferant	Verband/Bildungseinrichtung	Sonstige	Summe
2004	343	780	227	282	0	27	43	405	**2.107**
2005	332	880	220	269	0	13	44	402	**2.160**
2006	332	906	208	200	0	13	50	415	**2.124**
2007	317	1.036	207	192	0	8	49	368	**2.177**
2008	316	1.116	208	195	1	6	52	363	**2.257**
2009	312	1.085	208	195	1	6	54	392	**2.253**
2010	310	1.090	209	189	2	6	56	400	**2.262**
2011	287	1.090	207	187	2	6	56	392	**2.227**

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.3-3: **Inhaltliche Schwerpunkte von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2011**

Inhaltliche Schwerpunkte	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Kaufmännische Qualifikationen	266	275	260	238	244	251	261	259
Internationale Qualifikationen	538	570	606	646	718	709	708	700
Technik	334	338	322	312	306	309	307	303
EDV/IT	293	307	263	282	282	274	270	261
Körper/Gesundheit	116	104	97	93	90	90	88	89
Medien/Telekommunikation	33	31	30	28	28	28	20	20
Gartenbau/Land- und Forstwirtschaft, Tierpflege	10	11	13	12	12	11	11	11
Bau-/Ausbauwesen	135	133	127	125	126	126	129	128
Tourismus/Gastronomie	41	43	47	48	49	56	54	58
Fächerübergreifende Qualifikationen	133	135	149	156	160	157	166	151
Sonstige	74	66	60	58	59	62	67	62
Fachhochschulreife	134	147	150	179	183	180	181	185
Summe	**2.107**	**2.160**	**2.124**	**2.177**	**2.257**	**2.253**	**2.262**	**2.227**

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.3-4: **Regionale Verteilung von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2011**

Bundesland	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	373	385	374	399	398	397	398	398
Bayern	118	117	113	115	117	110	120	119
Berlin	60	57	65	71	72	74	70	70
Brandenburg	79	80	76	59	57	57	56	56
Bremen	10	10	8	7	7	7	7	7
Hamburg	43	41	40	46	46	48	43	45
Hessen	128	124	136	138	139	148	159	154
Mecklenburg-Vorpommern	58	49	47	48	48	45	48	47
Niedersachsen	188	199	181	188	188	183	177	171
Nordrhein-Westfalen	408	455	468	476	542	541	543	524
Rheinland-Pfalz	68	66	68	61	59	57	52	50
Saarland	14	17	14	16	16	18	18	17
Sachsen	295	292	284	276	296	301	300	295
Sachsen-Anhalt	39	37	28	29	30	28	27	26
Schleswig-Holstein	44	43	43	56	56	54	55	55
Thüringen	182	188	179	192	186	185	189	193
Summe	**2.107**	**2.160**	**2.124**	**2.177**	**2.257**	**2.253**	**2.262**	**2.227**

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Regionale Verteilung

Starke regionale Schwerpunkte des Angebots von Zusatzqualifikationen finden sich in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Sachsen, gefolgt von Thüringen, Niedersachsen, Hessen und Bayern → **Tabelle A7.3-4**. Zusammen mit Bayern und Hamburg verzeichnete das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen einen überdurchschnittlichen Rückgang in den Angeboten der Unternehmen. Besonders hohe Zuwächse bei den Auszubildenden, die eine Zusatzqualifikation erwerben, verzeichneten das Saarland und Hessen.

(Jochen Goeser)

A7.4 Die Entwicklung dualer Studiengänge zwischen 2004 und 2011

Duale Studiengänge E erfreuen sich seit ihrer Einführung in den Siebzigerjahren stetig steigender Beliebtheit. Gerade in den letzten Jahren nahm die Steigerungsrate des in der Datenbank AusbildungPlus erfassten Angebots dualer Studiengänge rasant zu. Sie betrug von April 2009 bis April 2010 12,5 % und stieg bis April 2011 auf 20 % (AusbildungPlus 2010, AusbildungPlus 2011).

E Duale Studiengänge

Als dualer Studiengang wird ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie mit integrierter Berufsausbildung bzw. Praxisphasen in einem Unternehmen bezeichnet. Neben dem Begriff des dualen Studiums werden für diese Studienform auch Bezeichnungen wie „Verbundstudium", „kooperatives Studium", „Studium mit vertiefter Praxis" u. v. m. verwendet. Von klassischen Studiengängen unterscheidet sich ein dualer Studiengang durch einen höheren Praxisbezug, der abhängig von Studiengang und Hochschule variiert. Kennzeichnend für duale Studiengänge sind außerdem immer die beiden Lernorte Hochschule bzw. Akademie und Betrieb, an denen sie stattfinden. Berufspraxis und Studium sind organisatorisch und curricular miteinander verzahnt. In der Literatur werden 4 Typen von dualen Studiengängen unterschieden:

- ***Ausbildungsintegrierende duale Studiengänge*** verbinden das Studium mit einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Dabei werden die Studienphasen und die Berufsausbildung sowohl zeitlich als auch inhaltlich miteinander verzahnt. Es wird neben dem Studienabschluss, mittlerweile ist das im Regelfall der Bachelor, noch ein zweiter anerkannter Abschluss in einem Ausbildungsberuf erworben.
- ***Praxisintegrierende duale Studiengänge*** verbinden das Studium mit längeren Praxisphasen im Unternehmen. Zwischen den Lehrveranstaltungen an der Hochschule und der praktischen Ausbildung besteht ein inhaltlicher Bezug. Voraussetzung für eine Immatrikulation in einen praxisintegrierenden Studiengang ist eine vertragliche Bindung an ein Unternehmen, häufig in Form eines Arbeitsvertrags oder auch Praktikanten- oder Volontariatsvertrags.
- ***Berufsintegrierende duale Studiengänge*** sind Studiengänge für die berufliche Weiterbildung. Das Studium wird mit einer beruflichen Teilzeittätigkeit kombiniert. Ein wechselseitiger inhaltlicher Bezug zwischen der beruflichen Tätigkeit und dem Studium ist auch bei diesem Modell vorgesehen.
- ***Berufsbegleitende duale Studiengänge*** ähneln Fernstudiengängen. Das Studium wird neben einer Vollzeitberufstätigkeit hauptsächlich im Selbststudium mit Begleitseminaren absolviert. Im Unterschied zu normalen Fernstudiengängen leistet bei diesem Modell der Betrieb einen spezifischen, dem Studium förderlichen Beitrag. Das kann beispielsweise die Freistellung von der Arbeit für die Präsenzphasen oder das Bereitstellen von betrieblichen Arbeitsmitteln sein.

Ausbildungs- und praxisintegrierende duale Studiengänge sind Angebote für die berufliche Erstausbildung und richten sich an Abiturienten bzw. Interessenten mit Fachhochschulreife. Berufsintegrierende und berufsbegleitende duale Studiengänge sind auf die berufliche Weiterbildung ausgerichtet und sprechen Studieninteressierte an, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit ein Studium absolvieren möchten.

In der AusbildungPlus-Datenbank E wurden zum 30. April 2011 929 verschiedene duale Studiengänge erfasst. Dies bedeutete eine Zunahme um 153 Studiengänge im Vergleich zum Vorjahr. In ähnlicher Weise stieg die Zahl der angebotenen Studienplätze um 21 % auf mehr als 61.000 an. Deutlich überproportional war die Zunahme bei den Angeboten der Unternehmen. Sie betrug 47 % und illustriert eindrucksvoll das gestiegene Interesse der Wirtschaft an dieser Ausbildungsform, die hier zum einen die Möglichkeit sieht, Fachkräftenachwuchs bedarfsgerecht und praxisnah auszubilden. Zum anderen wird der Wettbewerb um Absolventen/Absolventinnen vor den Hochschuleintritt verschoben und so ein Wettbewerbsvorteil ermöglicht. In → Tabelle A7.4-1 wird die Entwicklung des Angebots von dualen Studiengängen von 2004 bis 2011 auf Basis der AusbildungPlus-Datenbank dargestellt.

Die in der AusbildungPlus-Datenbank enthaltenen dualen Studiengänge sind dabei bis auf wenige Ausnahmen den Studiengängen für die Erstausbildung zuzuordnen und schließen mit dem akademischen Abschluss Bachelor of Arts, Bachelor of Engineering

oder Bachelor of Science ab. Duale Studiengänge für die Weiterbildung schließen in der Regel mit einem Master ab.

E **AusbildungPlus-Datenbank**

Die Datenbank AusbildungPlus ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Projekt des Bundesinstituts für Berufsbildung. Sie bietet einen Überblick über bundesweite Ausbildungsangebote mit Zusatzqualifikation und über duale Studiengänge (**http://www.ausbildungplus.de**). Diese werden seit 2001 in einer Datenbank erfasst und Interessierten Jugendlichen, Unternehmen, Bildungsanbietern und der Wissenschaft zugänglich gemacht. Die AusbildungPlus-Datenbank bietet mit ihrem umfassenden Datenbestand die Möglichkeit, Trends und Entwicklungen im Bereich hochwertiger Ausbildungsangebote aufzuzeigen, sie bildet das entsprechende Angebot jedoch nicht im Sinne einer statistischen Vollerhebung ab.

Anbieter

Duale Studiengänge sind traditionell eine Domäne der Fachhochschulen. Sie boten 2011 die meisten dualen Studienangebote an (545) und verzeichneten mit einer Zunahme um 38 % auch die höchste Steigerungsrate. Die „sonstigen Hochschulen" haben ihr Angebot um 7 % auf 203 Studienangebote gesteigert, darin enthalten sind 189 Angebote der dualen Hochschule Baden-Württemberg. In **→ Tabelle A7.4-2** wurde 2010 mit der Zusammenfassung der Berufsakademien in Baden-Württemberg zur dualen Hochschule Baden-Württemberg die Kategorie „Sonstige Hochschule" eingeführt. Dies erklärt auch den Rückgang des Angebots der Berufsakademien im gleichen Jahr. Die Berufsakademien standen mit 153 Studienangeboten an dritter Stelle. Das geringste Angebot machten die Universitäten zum Stichtag 30. April 2011 mit lediglich 28 Studiengängen. Die Wirtschafts- und Verwaltungsakademien (VWA) werden nicht mehr gesondert ausgewiesen. Sie sind privatrechtliche Bildungseinrichtungen, die eine duale Abiturientenausbildung anbieten. Die Absolvierenden dieser Ausbildung erwerben in der Regel erst durch Kooperationen mit staatlich anerkannten Hochschulen oder Akademien einen akademischen Abschluss und werden in der Auswertung der AusbildungPlus-Datenbank bei den prüfenden Ausbildungsinstitutionen gezählt.

Tabelle A7.4-1: **Duale Studiengänge von 2004 bis 2011**

Jahr	Anzahl dualer Studiengänge	Veränderung zum Vorjahr in %	Angebote von Unternehmen	Veränderung zum Vorjahr in %	Studierende	Veränderung zum Vorjahr in %
2004	512		18.168		40.982	
2005	545	6,4	18.911	4,1	42.467	3,6
2006	608	11,6	22.003	16,4	43.536	2,5
2007	666	9,5	24.246	10,2	43.220	-0,7
2008	687	3,2	24.572	1,3	43.991	1,8
2009	712	3,6	26.121	6,3	48.796	10,9
2010	776	12,5	27.900	8,9	50.764	6,1
2011	929	19,7	40.874	46,5	61.195	20,5

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.4-2: **Anbieter von dualen Studiengängen von 2004 bis 2011**

Jahr	Fachhochschulen	Berufsakademien	Universitäten	Verwaltungs- und Wirtschafts-akademien	Sonstige Hochschulen	Summe
2004	278	184	13	37	k.A.	**512**
2005	213	279	15	38	k.A.	**545**
2006	280	279	15	34	k.A.	**608**
2007	292	322	23	29	k.A.	**666**
2008	311	324	23	29	k.A.	**687**
2009	328	333	24	27	k.A.	**712**
2010	394	164	29	0	189	**776**
2011	545	153	28	0	203	**929**

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.4-3: **Fachrichtung von dualen Studiengängen von 2004 bis 2011**

Anzahl dualer Studiengänge nach Fachrichtung und Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Architektur	0	0	1	1	1	1	1	0
Bauingenieurwesen	15	17	24	25	27	25	29	37
Elektrotechnik	47	48	51	56	60	65	77	87
Informatik	72	83	93	97	103	108	113	133
Ingenieurwesen	34	33	34	35	31	34	42	58
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	84	89	98	97	104	106	120	142
Mathematik	1	1	1	1	1	1	1	2
Sozialwesen	0	0	0	23	23	23	23	27
Verkehrstechnik/Nautik	5	5	7	10	10	10	11	13
Wirtschafts- und Gesellschaftslehre	15	24	21	14	14	13	12	17
Wirtschaftsingenieurwesen	16	19	24	24	26	26	28	35
Wirtschaftswissenschaften	223	226	254	282	286	300	319	378
Sonstiges	0	0	0	1	1	0	0	0
Summe	**512**	**545**	**608**	**666**	**687**	**712**	**776**	**929**

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.4-4: **Regionale Verteilung dualer Studiengänge von 2004 bis 2011**

Bundesland	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	141	152	167	192	194	201	214	236
Bayern	21	24	28	48	55	62	67	126
Berlin	21	22	23	21	21	23	24	27
Brandenburg	4	4	3	3	3	4	3	2
Bremen	2	2	4	6	6	6	8	8
Hamburg	8	13	12	13	13	14	15	16
Hessen	40	45	50	66	70	74	68	70
Mecklenburg-Vorpommern	2	2	5	5	7	6	6	9
Niedersachsen	68	71	72	62	61	59	60	65
Nordrhein-Westfalen	86	93	112	112	114	113	156	198
Rheinland-Pfalz	8	9	12	12	12	13	12	23
Saarland	6	6	8	9	9	9	11	10
Sachsen	52	51	58	65	69	71	72	77
Sachsen-Anhalt	2	2	5	9	10	10	11	14
Schleswig-Holstein	21	19	19	14	14	15	16	15
Thüringen	30	30	30	29	29	32	33	33
Summe	**512**	**545**	**608**	**666**	**687**	**712**	**776**	**929**

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Fachrichtungen

Die meisten dualen Studiengänge in der AusbildungPlus-Datenbank sind den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften sowie der Informatik zuzuordnen. → **Tabelle A7.4-3** zeigt sehr deutlich den Einfluss der Unternehmen auf das Fächerspektrum dualer Studiengänge: Duale Studienplätze werden in den Fächern angeboten, mit deren Absolventen/Absolventinnen die Unternehmen ihren künftigen Fachkräftebedarf decken möchten. Über 40 % des Gesamtangebots der Jahre 2004 bis 2011 entfielen dabei auf die Wirtschaftswissenschaften. Das Schwerpunktfach ist hierbei die Betriebswirtschaftslehre. Überdurchschnittliche Steigerungsraten im Angebot verzeichneten auch das allgemeine Ingenieur- und das Bauingenieurwesen. Damit setzte sich ein Trend aus dem Vorjahr fort: Auch in 2010 verzeichneten diese Fächer und zusätzlich die Elektrotechnik Steigerungsraten deutlich über dem Durchschnitt.

Regionale Verteilung

Die beiden Bundesländer mit den meisten dualen Studienangeboten waren wie im Vorjahr Baden-Württemberg mit 236 Angeboten und Nordrhein-Westfalen mit 198 Angeboten. Eine außergewöhnliche Steigerung der angebotenen dualen Studiengänge verzeichnete Bayern mit 88 % auf nunmehr 126 Angebote, wie → **Tabelle A7.4-4** zeigt. Im Mittelfeld lagen Sachsen (77 Angebote), Hessen (70 Angebote) und Niedersachsen (65 Angebote). Hohe Steigerungsraten auf allerdings niedrigerem Gesamtniveau verzeichneten Rheinland-Pfalz (+92 % auf 23 Angebote), Mecklenburg-Vorpommern (+50 % auf 9 Angebote) und Sachsen-Anhalt (+27 % auf 14 Angebote). In 3 Bundesländern nahm das Angebot ab: Brandenburg, Saarland und Schleswig-Holstein.

(Jochen Goeser)

A8 Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Ausbildung

A8.1 Entwicklung der Ausbildungsvergütungen

Die Ausbildungsvergütungen sind in der dualen Berufsausbildung sowohl für die Auszubildenden als auch für die Betriebe von erheblicher finanzieller Bedeutung. Jeder Betrieb ist gesetzlich verpflichtet, seinen Auszubildenden eine angemessene und mit jedem Ausbildungsjahr ansteigende Vergütung zu zahlen (§ 17 Berufsbildungsgesetz). Diese soll spürbar zur Deckung der Lebenshaltungskosten der Auszubildenden beitragen und zugleich eine Entlohnung für ihre im Betrieb geleistete produktive Arbeit darstellen. Für die Betriebe sind die Ausbildungsvergütungen der größte Kostenfaktor bei der Durchführung der Berufsausbildung; auf sie entfallen 46 % der Bruttoausbildungskosten (vgl. Schönfeld u. a. 2010).

In den meisten Wirtschaftszweigen gibt es zur Höhe der Ausbildungsvergütungen tarifliche Vereinbarungen, die von den Tarifpartnern (Arbeitgeber und Gewerkschaften) im Rahmen von Tarifverhandlungen getroffen werden.[229] Tarifgebundene Betriebe[230] müssen ihren Auszubildenden die tariflich festgelegten Vergütungssätze zahlen. Niedrigere Vergütungsbeträge sind dann unzulässig, übertarifliche Zuschläge allerdings erlaubt. Nicht tarifgebundene Betriebe können hingegen die in ihrer Branche und Region geltenden tariflichen Ausbildungsvergütungen unterschreiten, und zwar nach derzeitiger Rechtsprechung um bis zu 20 %. Dennoch halten sich auch diese Betriebe häufig freiwillig an die tariflichen Vergütungssätze.

Nach der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung 2007 waren für insgesamt 54 % der Ausbildungsbetriebe die Vergütungen verbindlich durch Tarifvertrag festgelegt (vgl. Beicht 2011b). In diesen tarifgebundenen Betrieben waren 65 % der Auszubildenden vertreten. 27 % der Ausbildungsbetriebe waren zwar ohne Tarifbindung, zahlten die Ausbildungsvergütungen aber trotzdem in Anlehnung an einen Tarifvertrag; 22 % der Auszubildenden wurden in diesen Betrieben ausgebildet. Nur 19 % der Ausbildungsbetriebe – mit 13 % der Auszubildenden – waren nicht tarifgebunden und zahlten auch nicht nach Tarif. Insgesamt wurde somit die Vergütungshöhe in über 80 % der Ausbildungsbetriebe durch Tarife bestimmt. Allerdings war in den neuen Ländern eine Tarifbindung weit weniger verbreitet als in den alten Ländern. Während in den alten Ländern 58 % der Ausbildungsbetriebe (mit 70 % der Auszubildenden) tarifgebunden waren, traf dies in den neuen Ländern nur auf 37 % der Betriebe zu (mit 44 % der Auszubildenden). 26 % der westdeutschen Betriebe (mit 21 % der Auszubildenden) und 33 % der ostdeutschen Betriebe (mit 29 % der Auszubildenden) orientierten sich freiwillig an einem Tarif. Keine Zahlung nach Tarif erfolgte in den alten Ländern in 16 % der Ausbildungsbetriebe (mit 9 % der Auszubildenden), in den neuen Ländern in 30 % der Betriebe (mit 28 % der Auszubildenden). Ostdeutsche Betriebe nutzten somit relativ oft den Flexibilitätsspielraum bei den Ausbildungsvergütungen, den eine fehlende Tarifbindung ermöglicht.

Obwohl die Tarifbindung der Betriebe seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich abgenommen hat (vgl. Kohaut/Ellguth 2008), werden die Vergütungszahlungen in der betrieblichen Ausbildung somit nach wie vor in relativ großem Umfang durch die Tarife bestimmt – in den alten Ländern allerdings deutlich stärker als in den neuen Ländern.[231] Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) beobachtet und analysiert die Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen in den alten Ländern seit 1976 und in den neuen Ländern seit 1992 E.

229 Es gibt allerdings vor allem im Dienstleistungssektor auch eine Reihe von Bereichen, in denen keine oder keine flächendeckenden tariflichen Regelungen der Ausbildungsvergütungen getroffen werden.

230 Eine Tarifbindung besteht in der Regel dann, wenn der Betrieb dem tarifschließenden Arbeitgeberverband angehört. In eher seltenen Fällen sind Tarifvereinbarungen eines Wirtschaftszweigs auch für allgemein verbindlich erklärt worden.

231 Die tariflichen Ausbildungsvergütungen gelten nicht in der aus öffentlichen Mitteln finanzierten außerbetrieblichen Ausbildung. Dort erhalten die Auszubildenden in der Regel wesentlich niedrigere Vergütungen, die gesetzlich bzw. durch Verordnung festgelegt sind.

E **Tarifliche Ausbildungsvergütungen**

Tarifliche Vereinbarungen zu den Ausbildungsvergütungen werden meistens für einen bestimmten Wirtschaftszweig in einer bestimmten Region (Tarifbereich) geschlossen. Innerhalb eines Tarifbereichs werden in der Regel für *alle* Auszubildenden – unabhängig vom Ausbildungsberuf – einheitliche Vergütungssätze festgelegt. Zwischen den Wirtschaftszweigen unterscheidet sich das Vergütungsniveau jedoch beträchtlich, hinzu kommen oft noch regionale Unterschiede innerhalb der Wirtschaftszweige.

Jährlich zum Stand 1. Oktober wird im BIBB eine Auswertung tariflicher Ausbildungsvergütungen durchgeführt. Die Grundlage bilden dabei rund 500 Vergütungsvereinbarungen aus den gemessen an den Beschäftigtenzahlen größten Tarifbereichen Deutschlands. Die Angaben werden jeweils vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Verfügung gestellt. Getrennt nach alten und neuen Ländern werden die Vergütungsdurchschnitte für stärker besetzte Ausbildungsberufe ermittelt. Derzeit sind 185 Berufe in den alten und 150 Berufe in den neuen Ländern einbezogen. In diesen Berufen werden 90 % aller Auszubildenden in den alten und 81 % in den neuen Ländern ausgebildet. Im Rahmen der Auswertungen wird zunächst pro Ausbildungsberuf ein Vergütungsdurchschnitt über die Wirtschaftszweige bzw. Tarifbereiche berechnet, in denen der betreffende Beruf schwerpunktmäßig bzw. typischerweise ausgebildet wird (vgl. Beicht 2011b). Anschließend werden auf Basis der ermittelten berufsspezifischen Vergütungen weitere Durchschnittswerte berechnet, wobei die einzelnen Berufe jeweils mit dem Gewicht ihrer Auszubildendenzahlen berücksichtigt werden.

Vergütungsstrukturen 2011

In den alten Ländern betrug 2011 der Durchschnitt der tariflichen Ausbildungsvergütungen 708 € pro Monat. Er erhöhte sich damit um 2,9 % gegenüber dem Vorjahreswert von 688 €.[232] In den neuen Ländern stieg der monatliche Vergütungsdurchschnitt von 612 € im Vorjahr um 4,9 % auf 642 € an. Die Vergütungen nahmen damit 2011 wieder deutlich stärker zu als im Jahr zuvor, in dem die durchschnittliche Vergütungssteigerung in den alten Ländern bei 1,3 % und in den neuen Ländern bei 2,9 % gelegen hatte → **Schaubild A8.1-1**. In den neuen Ländern erreichten 2011 die Vergütungen 91 % der westlichen Höhe, womit sich der Abstand zum Tarifniveau der alten Länder weiter verringerte (2010: 89 %). Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet war 2011 ein Durchschnitt der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 700 € pro Monat zu verzeichnen. Dies bedeutete einen Anstieg um 3,2 % gegenüber dem Vorjahr (678 €).

Zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen bestehen beträchtliche Vergütungsunterschiede.[233] So waren 2011 in den Berufen des Bauhauptgewerbes (z. B. Maurer/Maurerin) hohe Ausbildungsvergütungen vor allem in den alten Ländern tariflich vereinbart: Sie lagen dort mit durchschnittlich 943 € pro Monat noch deutlich höher als in den neuen Ländern mit 750 €. Ebenfalls hoch waren die Vergütungen beispielsweise in den Berufen Mechatroniker/Mechatronikerin (alte Länder: 868 €, neue Länder: 847 €) und Industriemechaniker/Industriemechanikerin (alte Länder: 865 €, neue Länder: 826 €); die Ost-West-Abweichungen fielen hier wesentlich geringer aus. Einheitlich hohe Vergütungen in den alten und neuen Ländern gab es z. B. in den Berufen Medientechnologe/Medientechnologin Druck mit jeweils 885 € sowie Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen mit jeweils 853 €.

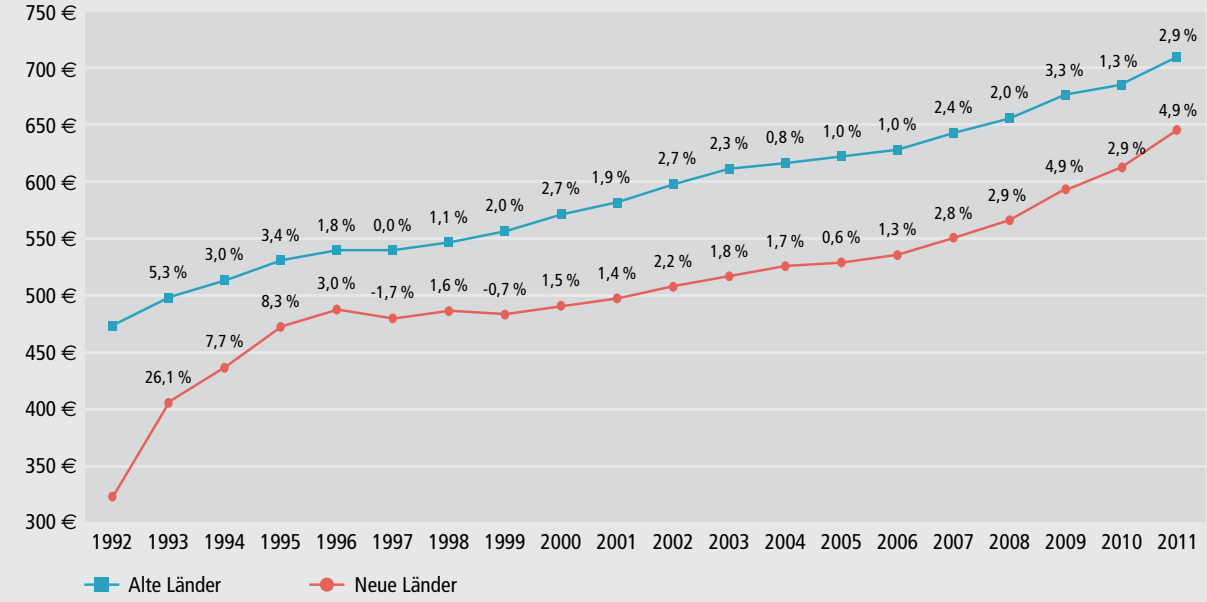
Eher niedrige Ausbildungsvergütungen waren 2011 z. B. in den Berufen Tischler/Tischlerin (alte Länder: 543 €, neue Länder: 433 €), Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin (alte und neue Länder: 528 €), Bäcker/Bäckerin (alte Länder: 500 €, neue Länder: 463 €), Florist/Floristin (alte Länder: 460 €, neue Länder: 312 €) und Friseur/Friseurin (alte Länder: 456 €, neue Länder: 269 €) festzustellen.

Bei einer Gewichtung der Berufe mit der Zahl ihrer Auszubildenden ergab sich 2011 folgende Verteilung nach Vergütungshöhe: In den alten Ländern kamen

232 Die tariflichen Ausbildungsvergütungen stellen Bruttobeträge dar. Überschreitet die monatliche Vergütung die Geringverdienergrenze von 325 €, so muss der Auszubildende hiervon den Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung leisten, andernfalls trägt der Ausbildungsbetrieb die gesamten Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil). Unter Umständen erfolgt auch ein Lohnsteuerabzug von der Ausbildungsvergütung.

233 Eine Gesamtübersicht mit den Ergebnissen für alle erfassten Ausbildungsberufe 2011 ist abrufbar unter **http://www.bibb.de/de/783.htm**.

Schaubild A8.1-1: **Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1992 bis 2011**
Durchschnittliche monatliche Bruttobeträge in € und Anstieg gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

38 % der Auszubildenden auf hohe monatliche Beträge von 800 € und mehr. Für 59 % bewegten sich die Vergütungen zwischen 500 € und 799 €. Relativ gering fielen die Beträge für 3 % der Auszubildenden mit weniger als 500 € aus. In den neuen Ländern gab es für 22 % der Auszubildenden eine Vergütung von 800 € und mehr. Für 51 % der Auszubildenden lagen die Vergütungen zwischen 500 € und 799 €. 27 % der Auszubildenden hatten Vergütungen von weniger als 500 €.

Nach Ausbildungsbereichen unterscheidet sich das Niveau der tariflichen Ausbildungsvergütungen erheblich. In den alten Ländern wurde 2011 in Industrie und Handel mit 781 € pro Monat ein relativ hoher Durchschnitt erreicht, ebenso im öffentlichem Dienst mit 760 €. Weit darunter befanden sich die durchschnittlichen Beträge im Handwerk (583 €), bei den freien Berufen (597 €) und in der Landwirtschaft (616 €). Noch größere Unterschiede traten in den neuen Ländern auf: Hier war der Vergütungsdurchschnitt im öffentlichen Dienst mit 760 € mit Abstand am höchsten, gefolgt von Industrie und Handel mit 701 €. Erheblich niedriger lagen die Durchschnittswerte im Handwerk (477 €), in der Landwirtschaft (502 €) und bei den freien Berufen (595 €). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass vor allem innerhalb der Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk die Vergütungen der einzelnen Berufe sehr stark differieren.

Es sind auch deutliche Vergütungsunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Auszubildenden festzustellen. In den alten Ländern betrug 2011 der durchschnittliche Monatsbetrag für männliche Auszubildende 721 € und für weibliche 688 €. In den neuen Ländern kamen männliche Auszubildende auf 658 € und weibliche auf 614 €. Die abweichenden Vergütungsdurchschnitte resultieren ausschließlich aus der unterschiedlichen Verteilung von männlichen und weiblichen Auszubildenden auf die Berufe. In Berufen, in denen weit überwiegend junge Männer ausgebildet werden, sind die Ausbildungsvergütungen oft sehr hoch. Umgekehrt werden in den Berufen, in denen sehr stark junge Frauen vertreten sind, häufig relativ niedrige Vergütungen gezahlt.

Tabelle A8.1-1: **Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) insgesamt von 2005 bis 2010**

Jahr	Durchschnittliche AV pro Monat	Gesamtanstieg seit 2005			Anstieg gegenüber dem Vorjahr		
		nominaler Anstieg der AV	Preisanstieg[1]	realer Anstieg der AV	nominaler Anstieg der AV	Preisanstieg[1]	realer Anstieg der AV
	in €	in %			in %		
Alte Länder							
2010	688	10,4	8,2	2,2	1,3	1,1	0,2
2009	679	9,0	7,0	2,0	3,3	0,4	2,9
2008	657	5,5	6,6	-1,1	2,0	2,6	-0,6
2007	644	3,4	3,9	-0,5	2,4	2,3	0,1
2006	629	1,0	1,6	-0,6	1,0	1,6	-0,6
2005	623						
Neue Länder							
2010	612	15,7	8,2	7,5	2,9	1,1	1,8
2009	595	12,5	7,0	5,5	4,9	0,4	4,5
2008	567	7,2	6,6	0,6	2,9	2,6	0,3
2007	551	4,2	3,9	0,3	2,8	2,3	0,5
2006	536	1,3	1,6	-0,3	1,3	1,6	-0,3
2005	529						

[1] Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreis-Gesamtindex (Basisjahr 2005).

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Bei den bisherigen Angaben handelte es sich immer um Durchschnittswerte über die gesamte Ausbildungsdauer der Berufe. Für die einzelnen Ausbildungsjahre wurden 2011 folgende Durchschnittswerte ermittelt: In den alten Ländern betrugen die monatlichen Vergütungen im 1. Ausbildungsjahr 633 €, im 2. Jahr 703 €, im 3. Jahr 785 € und im 4. Jahr 812 €. In den neuen Ländern ergaben sich im 1. Ausbildungsjahr durchschnittlich 571 €, im 2. Jahr 642 €, im 3. Jahr 706 € und im 4. Jahr 783 € pro Monat.[234]

Der Vergütungsanstieg 2005 bis 2010 vor dem Hintergrund der Preissteigerung sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung

In den alten Ländern erhöhten sich die tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2010 durchschnittlich um insgesamt 10,4 % → **Tabelle A8.1-1**.[235] In den neuen Ländern lag der entsprechende Gesamtanstieg bei 15,7 %. Hierbei handelt es sich um die nominalen Vergütungssteigerungen. Um Aufschluss über den realen Zuwachs zu bekommen, d. h. den tatsächlichen Zugewinn an Kaufkraft, muss die Preissteigerung berücksichtigt werden. Hierfür kann

234 Beim 4. Ausbildungsjahr ist zu beachten, dass in den Vergütungsdurchschnitt bei Weitem nicht alle erfassten Berufe eingingen, sondern nur diejenigen mit einer dreieinhalbjährigen Ausbildungsdauer.

235 Zur Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1976 bis 2010 vgl. Beicht 2011b.

Tabelle A8.1-2: **Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) im Vergleich zu den tariflichen Monatsverdiensten der Arbeitnehmer von 2005 bis 2010**

Jahr	Durchschnittliche AV pro Monat	Gesamtanstieg seit 2005		Anstieg gegenüber dem Vorjahr	
		AV	Tarifverdienste[1]	AV	Tarifverdienste[1]
	in €	in %		in %	
Alte Länder					
2010	688	10,4	10,7	1,3	1,6
2009	679	9,0	9,0	3,3	2,8
2008	657	5,5	6,0	2,0	3,3
2007	644	3,4	2,6	2,4	1,6
2006	629	1,0	1,0	1,0	1,0
2005	623				
Neue Länder					
2010	612	15,7	12,7	2,9	1,9
2009	595	12,5	10,6	4,9	3,0
2008	567	7,2	7,4	2,9	5,2
2007	551	4,2	2,1	2,8	1,3
2006	536	1,3	0,8	1,3	0,8
2005	529				

[1] Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Index der tariflichen Monatsverdienste im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Verbraucherpreisindex (Gesamtindex für Deutschland) herangezogen werden. Danach stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland von 2005 bis 2010[236] um insgesamt 8,2 % an. In den alten Ländern betrug die reale Erhöhung der tariflichen Ausbildungsvergütungen in diesem Zeitraum somit lediglich 2,2 %. In den neuen Ländern ist mit einem Plus von 7,5 % ein etwas stärkerer Realanstieg festzustellen, allerdings basierend auf einem deutlich niedrigeren Vergütungsniveau als in den alten Ländern.

Inwieweit die Anhebung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2010 der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung entsprach, lässt sich anhand der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Indizes der tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer beurteilten. In den alten Ländern war demnach der prozentuale Gesamtanstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2010 mit 10,4 % fast ebenso hoch wie bei den tariflichen Monatsverdiensten der Arbeitnehmer mit 10,7 % → **Tabelle A8.1-2**. In den neuen Ländern erhöhten sich die tariflichen Vergütungen der Auszubildenden im gleichen Zeitraum mit 15,7 % etwas stärker als die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer mit 12,7 %.

(Ursula Beicht)

236 Für 2011 lagen die Angaben noch nicht vor.

A8.2 Ausgaben der öffentlichen Hand für die berufliche Ausbildung

→ **Tabelle A8.2-1** dokumentiert die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die berufliche Ausbildung in den Jahren 2006 bis 2011, verglichen mit dem Jahr 2001. Es finden alle Aufwendungen Berücksichtigung, welche verursachungsgerecht in Zusammenhang mit der Entwicklung, Verbesserung, Durchführung und Förderung von Ausbildungsgängen nach § 1 Abs. 1 und 2 BBiG stehen. Ausgaben, die zwar einen Bezug zur beruflichen Bildung aufweisen, aber nach dem Verursacherprinzip nicht eindeutig dem Berufsbildungssystem zugerechnet werden können, sind in → **Tabelle A8.2-1** nicht enthalten. Dies betrifft z. B. die Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe des Bundesministeriums für Familie, Senioren und Jugend (BMFSFJ), die teilweise zwar den Übergang in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen, aber mit großer Wahrscheinlichkeit auch stattfinden würden, wenn ein Berufsbildungssystem nicht existierte.

Durch Kreuze wird in → **Tabelle A8.2-1** angedeutet, ob eine Ausgabenposition eher durch die anerkannten Berufsausbildungen des dualen Systems (DS) und/oder durch die Maßnahmen des Übergangssystems (ÜS) verursacht wird. Die Einteilung ist allerdings nicht exakt; eine Position kann Ausgaben für beide Bereiche enthalten. Zudem existiert keine eindeutige definitorische Abgrenzung des ÜS.[237] Weiterhin schließen einige Einzelpositionen Aufwendungen für Weiterbildung in teilweise beträchtlichem Umfang ein (**vgl. Kapitel B3.5**). Durch Summierung der entsprechend markierten Zeilen der Tabelle erhält man infolge dieser Abgrenzungsschwierigkeiten jeweils lediglich eine Obergrenze der öffentlichen Gesamtausgaben für die berufliche Ausbildung in DS und ÜS. Die tatsächlich den beiden Systemen zurechenbaren Ausgabenvolumina liegen vermutlich etwas niedriger.

Folgende weitere Hinweise sind bei der Interpretation der Tabelle sowie bei Vergleichen mit Vorjahren zu berücksichtigen:

Für die Bundesministerien sind alle Aufwendungen erfasst, die nach sachlichen Erwägungen der beruflichen Bildung zuzuordnen sind. Aufgrund des Funktionenplans werden sie in der Jahresrechnungsstatistik und im Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes zwar meist den Bereichen Weiterbildung und Arbeitsmarktpolitik zugerechnet. Faktisch dienen die in → **Tabelle A8.2-1** ausgewiesenen Positionen aber zu großen Teilen der Ausbildungsförderung. Sie sind an den Haushaltstiteln der Ministerien orientiert und fassen teilweise mehrere Förderprogramme und Maßnahmen zusammen. Detailliertere Informationen zu den jeweiligen Programmen sowie weiteren Fördermaßnahmen, die einen Bezug zur beruflichen Ausbildung aufweisen, finden sich in **Kapitel D1.** Da sie zum größten Teil vorübergehender Natur sind und es zudem regelmäßig zu Abgrenzungsänderungen in den Haushaltstiteln kommt, kann die Entwicklung der einzelnen Positionen nur schwer vergleichend im Zeitablauf interpretiert werden.

Die Ausgaben der Länder und Kommunen für berufliche Schulen (Teilzeit- und Vollzeitberufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen, berufliche Gymnasien) sind der Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes entnommen. Da die Belastung der öffentlichen Haushalte dargestellt werden soll, ist das Konzept der Grundmittel anzuwenden. Hier werden die Nettoausgaben mit den unmittelbaren Einnahmen der öffentlichen Hand verrechnet. Die vorläufigen Ist-Ausgaben im Jahr 2010 betrugen gut 7,8 Mrd. €.[238] Für das Jahr 2011 wurden in den öffentlichen Haushalten ebenfalls knapp 7,8 Mrd. € veranschlagt. Zwischen 2001 und 2010 nahmen die öffentlichen Ausgaben damit nominal um 13,8 % zu. Je Schüler an beruflichen Schulen beträgt der Anstieg etwa 11,6 %. Bezogen auf die Entwicklung des vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreisindex sind die Ausgaben sogar leicht rückläufig. Insgesamt gingen sie seit 2001 um gut 0,6 % zurück, je Schüler sogar um 2,5 %. Von den für das

237 Die Elemente des Übergangsbereichs bilden nach Meinung vieler Experten keine abgestimmte, zweckgebundene Einheit, sodass auch der Begriff „Übergangssystem" umstritten ist.

238 Dieser Wert beinhaltet auch die Fachschulen, die eher der Weiterbildung als der Ausbildung zuzurechnen sind (**vgl. Kapitel B3.5**). Zum Vergleich: Die in der Finanzstatistik für das Jahr 2010 ausgewiesenen Grundmittel für das gesamte Bildungswesen lagen bei ca. 103 Mrd. €, wobei es sich hierbei aber noch um vorläufige Ist-Angaben handelt (siehe Statistisches Bundesamt 2011e).

Tabelle A8.2-1: **Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung (Teil 1)**

	2001 in Mrd. €	2006 in Mrd. €	2007 in Mrd. €	2008 in Mrd. €	2009 in Mrd. €	2010 in Mrd. €	2011 in Mrd. €	DS	ÜS	Enthält WB[1]
BMBF[2]										
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten[3]	0,043	0,029	0,029	0,029	0,046	0,043	0,040	X		
Sonderprogramme des Bundes, der neuen Länder und Berlin zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern[4]	0,095	0,077	0,075	0,060	0,049	0,032	0,020	X		
Schüler-BAföG für berufliche Vollzeitschüler (BFS, BAS sowie FOS ohne BB)[5]	0,227	0,340	0,332	0,356	0,387	0,389	k.A.		X	X
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,005	0,005	0,005	0,007	0,010	0,012	X		X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung	k.A.	0,044	0,037	0,035	0,044	0,050	0,068	X	X	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,027	0,026	0,028	0,029	0,030	0,029	X	X	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	0,014	0,015	0,016	0,019	0,024	0,035	0,044	X		X
Sonderprogramm Lehrstellenentwickler und Regionalverbünde Berufsbildung in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost)	0,021	–	–	–	–	–	–	X		
Zukunftsinitiative für Berufliche Schulen (ZIBS)	0,175	–	–	–	–	–	–	X	X	X
Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	–	–	–	–	0,010	0,019	0,019		X	
BMWi[2]										
Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk	0,042	0,040	0,045	0,047	0,046	0,047	0,045	X		
Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen	–	–	0,001	0,003	0,003	0,003	–	X	X	
BMAS[2]										
Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher[6]	–	0,070	0,072	0,008	–	–	–		X	
Leistungen für Menschen mit Behinderung im Rechtskreis SGB II[7]										
• Teilnahmekosten für Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	k.A.	0,076	0,076	0,077	0,082	0,084	k.A.			X
Spezielle Maßnahmen für Jüngere im Rechtskreis SGB II[7]										
• Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender	k.A.	0,166	0,277	0,374	0,381	0,378	k.A.	X		
• Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung	k.A.	0,001	0,001	0,002	0,002	0,001	k.A.		X	
• Sozialpädagogische Begleitung bei Berufsausbildungsvorbereitung	k.A.	0,001	0,000	0,001	0,000	0,000	k.A.		X	
• Einstiegsqualifizierung	k.A.	–	0,001	0,013	0,016	0,017	k.A.		X	
Länder										
Berufliche Schulen[8]										
• Teilzeitberufsschule[9]	3,453	2,870	2,885	2,968	3,081	3,116	3,058	X		
• Berufsfachschulen[9]	1,965	2,365	2,312	2,203	2,218	2,247	2,201	X	X	
• Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr[9]	0,502	0,501	0,464	0,426	0,407	0,387	0,377		X	
• Andere berufsbildende Schulen (außer Fachschulen)	0,954	1,095	1,144	1,242	1,330	1,438	1,468	X		
Ausbildungsprogramme der Länder[10]										
• Westdeutschland[10]	0,053	0,126	k.A.	k.A.	ca. 0,5	ca. 0,5	ca. 0,5	X		
• Ostdeutschland	0,120	0,066	k.A.	k.A.				X		

Tabelle A8.2-1: **Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung (Teil 2)**

	2001 in Mrd. €	2006 in Mrd. €	2007 in Mrd. €	2008 in Mrd. €	2009 in Mrd. €	2010 in Mrd. €	2011 in Mrd. €	DS	ÜS ÜS	enthält WB[1]
Bundesagentur für Arbeit[7]										
Berufsausbildungsbeihilfen (BAB, betriebliche Berufsausbildung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) einschließlich BAB-Zweitausbildung	0,405	0,506	0,497	0,512	0,584	0,579	0,540	X		
Lehrgangskosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	0,388	0,365	0,349	0,337	0,333	0,326	0,293		X	
Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher	0,811	0,808	0,707	0,737	0,728	0,672	0,587	X		
Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Behinderte										
• Für die Erstausbildung	k.A.	0,323	0,283	0,287	0,297	0,295	0,284			
• Nicht auf berufliche Erstausbildung oder WB aufteilbare Bildungsausgaben	k.A.	1,690	1,690	1,822	1,892	1,871	1,806			X
Ausbildungsbonus	–	–	–	0,011	0,034	0,036	0,032	X		
Einstiegsqualifizierung[6]	–	–	0,006	0,051	0,055	0,055	0,049		X	
Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung[11]	k.A.	0,004	0,004	0,008	0,008	0,066	0,061		X	
Sozialpädagogische Betreuung bei Berufsausbildungsvorbereitung	k.A.	0,001	0,001	0,000	–	–	–		X	
Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit[12]	0,862	–	–	–	–	–	–	X	X	
Berufseinstiegsbegleitung für Jugendliche	–	–	–	–	0,035	0,055	0,060		X	
Institutionelle Förderung[13]	0,044	0,004	0,002	0,000	–	–	–	X	X	X

[1] Positionen, die in signifikantem Umfang auch Weiterbildungsausgaben enthalten, sind mit einem Kreuz gekennzeichnet.
[2] Ist-Werte für 2001 und 2006 bis 2010. Haushaltsansätze für 2011.
[3] Die Angaben enthalten die Ausgaben für Investitionen und laufende Zwecke.
[4] Der Bund trägt 50 % der Gesamtförderung von Bund und Ländern.
[5] Förderung für Schüler an Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen und in Fachoberschulklassen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen.
[6] Seit 1. Oktober 2008 als Regelleistung im Rahmen des SGB III.
[7] Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.
[8] Ist-Werte für 2001 und 2006 bis 2008. Vorläufige Ist-Werte für 2009 und 2010. Soll-Werte für 2011.
[9] Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001, 2006 bis 2010: Schülerzahlen der im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahre sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2011: Schülerzahlen des Schuljahres 2010/2011 sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Ab dem Datenreport 2011 wurde das Ausgabenkonzept von Nettoausgaben auf Grundmittel umgestellt. Da dies auch rückwirkend für die Jahre ab 2007 geschah, unterscheiden sich die Angaben für die Jahre 2007 bis 2010 leicht von den Angaben in früheren Ausgaben des Datenreports.
[10] Bis 2006: Veranschlagtes Mittelvolumen nach Angaben der Länder (einschließlich ESF-Mitteln) für das im jeweiligen Kalenderjahr beginnende Ausbildungsjahr. Die Angabe für das Jahr 2006 enthält nicht die Programme des Landes Rheinland-Pfalz, da das zuständige Ministerium hierzu keine Daten geliefert hat. Ab 2007 liegen nur von wenigen Ländern Informationen vor, sodass keine Angaben über den Gesamtumfang gemacht werden können. Zu den für die Jahre 2009 bis 2011 ausgewiesenen Werten sind die Hinweise im Text zu beachten.
[11] Voraussetzung für die Förderung ist gemäß §33 SGB III die Beteiligung Dritter in Höhe von mindestens 50 %. Zum Anteil öffentlicher und privater Mittel im Rahmen dieser Kofinanzierung liegen jedoch keine Zahlen vor.
[12] Nur Ausgaben für Leistungen nach Artikel 2, 3, 4, 6, 7 und Qualifizierungsanteil nach Artikel 9 (bei Quali-ABM nur Zuschüsse zur Qualifizierung) des Sofortprogramms, teilweise mitfinanziert aus ESF-Mitteln. Die Jahre 2006 ff. enthalten möglicherweise Restbeträge, die hier nicht ausgewiesen werden.
[13] Die institutionelle Förderung beinhaltet z. B. Zuschüsse für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen sowie Zuschüsse für die Förderung von Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung oder der beruflichen Rehabilitation. Die institutionelle Förderung im Bereich der Aus- und Weiterbildung wurde jedoch 2009 abgeschafft.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne
Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes
Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen
Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 7 – BAföG
Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamtHH
Bundesagentur für Arbeit, Quartalsberichte
Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben im Rechtskreis SGB II
Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB III
Auskünfte des Statistischen Bundesamtes (Oktober 2011) und der Bundesagentur für Arbeit (Februar 2012)

Jahr 2011 eingestellten Haushaltsmitteln entfallen geschätzte 3,1 Mrd. € auf die Teilzeitberufsschulen. Dies folgt aus der Verwendung von Schülertagen des Ausbildungsjahres 2010/2011 als Verteilungsschlüssel. Mit den verbleibenden 4,7 Mrd. € werden weitere Schularten im beruflichen Bildungswesen finanziert, wie z. B. Berufsfachschulen, Fachgymnasien, Fachoberschulen, das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundbildungsjahr.

Die landeseigenen Ausbildungsförderungsprogramme können nicht genau quantifiziert werden. Wie die Bundesprogramme werden sie in der Jahresrechnungsstatistik vermutlich größtenteils zum Bereich der Weiterbildung oder der Arbeitsmarktpolitik gezählt. Einen Überblick über die Förderprogramme zur Berufsausbildung sowie Informationen zu Fördergegenstand, -berechtigten und -bedingungen gibt **Kapitel D1.** Die Fördermittel in den einzelnen Programmen wurden durch eine vom BIBB beauftragte Erhebung bei den zuständigen Ministerien für das Jahr 2010 ermittelt. Das gesamte Volumen kann mithilfe dieser Studie allerdings nur sehr grob geschätzt werden. Einerseits liegen nicht für alle Programme Informationen vor. Andererseits führt die Studie auch Programme auf, die zwar einen Bezug zur Berufsbildung aufweisen, aber nicht ursächlich durch das Berufsausbildungssystem bedingt sein müssen. Größenordnungsmäßig lag das geplante Fördervolumen der Länder im Jahr 2010 im Bereich einer halben Milliarde €. Hierin sind auch Mittel des Europäischen Sozialfonds enthalten.[239]

Die berufsbildungsbezogenen Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) betreffen neben der Berufsausbildung auch die Berufsvorbereitung. Nicht berücksichtigt ist in **→ Tabelle A8.2-1** die Förderung der Integration an der zweiten Schwelle, welche eine beschäftigungspolitische Maßnahme darstellt. Ein Großteil der BA-Mittel fließt in die Unterstützung besonders benachteiligter Auszubildender und Behinderter. Allerdings ist zu beachten, dass es – je nach Aussagezweck – eventuell nicht sinnvoll ist, die in der Tabelle ausgewiesenen Kosten der Maßnahmen für Behinderte vollständig dem Berufsausbildungssystem zuzurechnen, da sie nicht ursächlich mit ihm in Zusammenhang stehen müssen. Auf eine Zuordnung zum dualen System oder dem Übergangssystem wird daher gänzlich verzichtet. Die sozialpädagogische Betreuung bei der Berufsausbildungsvorbereitung endete 2008 und wies in den letzten Jahren nur noch Restbeträge auf. Ebenso wurde die seit Jahren rückläufige institutionelle Förderung 2009 abgeschafft.

Der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand wird durch den Beitrag der ausbildenden Betriebe in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst ergänzt. Deren Aufwendungen werden traditionell durch das Bundesinstitut für Berufsbildung geschätzt. Nach den neuesten Berechnungen, welche auf einer repräsentativen Erhebung für das Jahr 2007 basieren, betrugen die Bruttokosten, d. h. die Ausbildungskosten ohne Berücksichtigung der Ausbildungserträge, rd. 23,8 Mrd. €. Die Nettokosten der Betriebe für die Ausbildung im dualen System lagen bei rd. 5,6 Mrd. € (vgl. Schönfeld u. a. 2010), wobei zu bedenken ist, dass auch den Nettokosten noch Erträge gegenüberstehen, die allerdings schwer zu quantifizieren sind, wie z. B. eingesparte Personalgewinnungskosten oder ein Imagegewinn. Durch den produktiveren Einsatz der Auszubildenden in den Betrieben sind die Nettokosten seit der letzten Erhebung stark gesunken (vgl. Beicht/Walden 2002, S. 42).

(Normann Müller, Ulrike Azeez)

239 Vgl. auch die in **Kapitel B3.5** beschriebene Problematik bei der Berücksichtigung von ESF-Mitteln.

A8.3 Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung

Seit vielen Jahren ermittelt das BIBB die Kosten und den Nutzen der dualen Berufsausbildung für Betriebe. Bisher wurden vier Erhebungen für die Jahre 1980, 1991, 2000 und 2007 durchgeführt. Die nächste Befragung ist für 2013 geplant und wird Ergebnisse für das Jahr 2012 liefern. Im Jahr 2007 betrugen die durchschnittlichen Bruttokosten pro Auszubildendem/Auszubildende und Jahr 15.288 €. Dem standen Erträge durch die produktiven Leistungen der Auszubildenden in Höhe von 11.692 € gegenüber, die 76 % der Bruttokosten deckten. Nach Abzug der Erträge von den Bruttokosten ergaben sich somit für einen Ausbildungsbetrieb durchschnittliche Nettokosten in Höhe von 3.596 € pro Jahr und pro Auszubildendem/Auszubildende[240] → **Tabelle A8.3-1**. Betriebe können durch die Übernahme von Ausgebildeten noch zusätzlich von der Ausbildung profitieren (z. B. durch das Einsparen von Personalgewinnungskosten, die bei der Einstellung von Fachkräften über den externen Arbeitsmarkt anfallen). Werden darüber hinaus noch weitere Nutzenaspekte wie Imagegewinn oder die Verringerung des Risikos von Fehleinstellungen berücksichtigt, dürfte der Gesamtnutzen die Kosten, die während der Ausbildung angefallen sind, für einen Großteil der Betriebe mehr als aufwiegen.

Das Statistische Bundesamt (Statistisches Bundesamt 2011d; Statistisches Bundesamt 2011e) stellt jährlich die Ausgaben der öffentlichen Haushalte (Bund, Länder und Gemeinden), des privaten Bereichs (Unternehmen, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck) sowie des Auslands für den gesamten Bildungsbereich von der Kinderkrippe bis zur Erwachsenenbildung im Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft zusammen.[241] Die Daten der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung von 2007

Tabelle A8.3-1: **Bruttokosten, Erträge und Nettokosten pro Auszubildendem und Jahr (2007)**

Kostenarten	in €
Bruttokosten	**15.288**
davon:	
Personalkosten der Auszubildenden	9.490
Personalkosten der Ausbilder	3.292
Anlage- und Sachkosten	691
Sonstige Kosten	1.814
Erträge	**11.692**
Nettokosten	**3.596**

Quelle: BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung 2007

werden dabei für die Schätzung der Ausgaben der betrieblichen Ausbildung im dualen System genutzt. Grundlage der Schätzung sind die sogenannten Bildungsprozesskosten (vgl. Baumann/Schönfeld/Wenzelmann 2010), die sich aus den Personalkosten der Ausbilder, den Anlage- und Sachkosten und den sonstigen Kosten zusammensetzen. Die Personalkosten der Auszubildenden werden nicht berücksichtigt, da sie als Kompensation für die geleistete produktive Arbeit der Auszubildenden verstanden werden und nicht unmittelbar den Bildungsprozess finanzieren, sondern den Lebensunterhalt sichern. Die budgetrelevanten Ausgaben betrugen somit 5.797 € je Auszubildendem/Auszubildende. Zur Ermittlung der Gesamtausgaben wird dieser Wert mit der Zahl der Auszubildenden in den Betrieben multipliziert. Es ergibt sich ein Betrag von rund 8,5 Mrd. €, der 2007 für die betriebliche Ausbildung aufgewandt wurde. Da das Budget jährlich berechnet wird, die Kosten-Nutzen-Erhebungen jedoch in größeren Zeitabständen durchgeführt werden, werden für die Zwischenjahre die Ergebnisse auf der Basis der vorliegenden BIBB-Daten und ergänzender Informationen fortgeschrieben: Hierfür werden die Bildungsprozesskosten je Auszubildendem bzw. je Auszubildende mit der Veränderung des Preisindexes des

240 Vgl. ausführlich Schönfeld u. a. 2010, für eine Zusammenfassung BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A9.3.

241 Das Budget besteht aus den drei Teilbereichen Bildungsbudget (Ausgaben für das formale [u. a. Schulen, Kindergärten, Hochschulen] und non-formale Bildungssystem [u. a. Krippen, Horte, Volkshochschulen, betriebliche Weiterbildung]), Budget für Forschung und Entwicklung und Budget für sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur. Die Ausgaben für die betriebliche Ausbildung im dualen System werden im Bildungsbudget ausgewiesen.

Tabelle A8.3-2: **Auszug aus dem Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Ausgaben in Mrd. €**

	1995	2000	2005	2007	2008
Bildungsbudget	125,4	135,3	142,4	147,8	153,9
davon:					
Betriebliche Ausbildung im dualen System[1]	10,4	11,9	12,3	10,8	11,1
Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft	162,5	182,1	193,0	204,1	214,2

[1] Ausgaben der betrieblichen, überbetrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung im dualen System, ohne Berufsschulen, einschließlich ausbildungsrelevanter Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildungsbudget 2008/2009

Bruttoinlandsprodukts zwischen dem Erhebungsjahr 2007 und dem jeweiligen Berichtsjahr des Budgets sowie der Zahl der Auszubildenden im jeweiligen Jahr geschätzt.

Zu den Ausgaben für die betriebliche Ausbildung werden noch die Ausgaben für die überbetriebliche und außerbetriebliche duale Ausbildung und ausbildungsrelevante Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit addiert. Insgesamt werden im Bildungsbudget für das Jahr 2008 Ausgaben für die duale Ausbildung in Höhe von 11,1 Mrd. € ausgewiesen → **Tabelle A8.3-2**. Dies entspricht 0,4 % des BIP. Die öffentlichen Haushalte trugen rund 3 Mrd. € zur Finanzierung bei, auf den privaten Bereich entfielen rund 8 Mrd. €.

(Gudrun Schönfeld, Felix Wenzelmann)

A9 Übergang von Ausbildung in Beschäftigung

Berufliche Ausbildung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Integration ins Erwerbsleben und zur Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen. Ein erfolgreicher Einstieg in die Arbeitswelt ist eine grundlegende Voraussetzung zur Realisierung individueller Berufs- und Arbeitschancen. Diese „zweite Schwelle" markiert die Schnittstelle zwischen Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, an der entscheidende Weichen für den späteren Berufsverlauf gestellt werden. Die Phase des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem verläuft jedoch nicht für alle Absolventen/Absolventinnen reibungslos. Vielmehr kann sie von Brüchen und Unwägbarkeiten begleitet sein (**Kapitel A9.1**). Im Hinblick auf die demografische Entwicklung gewinnt die formale Qualifizierung der erwerbsfähigen Bevölkerung in Zukunft weiter an Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Arbeitskräfteentwicklung (**Kapitel A9.2**). Bleiben junge Erwachsene gänzlich ohne eine formale Qualifizierung, ergeben sich – im Vergleich zu Personen mit einem Berufsabschluss – über das gesamte Erwerbsleben geringere Erwerbsquoten (**Kapitel A9.3**).

A9.1 Übergang an der zweiten Schwelle: Auswertung des Mikrozensus sowie der Statistik der BA

Der folgende Abschnitt analysiert aus der Perspektive der Absolventen/Absolventinnen die berufliche Übergangsphase junger Menschen mit beruflicher Ausbildung. Zunächst wird anhand von Daten aus der amtlichen Statistik dargestellt, wie groß der Anteil der erfassten dualen Ausbildungsabsolventen/Ausbildungsabsolventinnen ist, die sich unmittelbar nach der Ausbildung arbeitslos melden. Anschließend wird anhand der Daten des Mikrozensus E die berufliche Situation von Ausbildungsabsolventen/Ausbildungsabsolventinnen näher in Augenschein genommen. Aus Sicht der Betriebe wird die Übernahme der ausgebildeten Fachkräfte in **Kapitel A4.10.2** betrachtet.

A9.1.1 Arbeitslosenzugänge nach abgeschlossener dualer Ausbildung

Über die Zahl der Personen, die sich direkt nach einer betrieblichen Ausbildung arbeitslos meldeten, wird jährlich Bericht erstattet.[242] Dabei beziehen sich die Angaben zur Arbeitslosigkeit auf den Zeitpunkt unmittelbar nach der Ausbildung, unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit.

Im Jahr 2010 meldeten sich nach Hochrechnungen, die auf Angaben der BA basieren, 162.000 Personen nach abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung arbeitslos → **Tabelle A9.1.1-1**. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Absolventen/Absolventinnen einer dualen Ausbildung (479.000 Personen, 10.000 Personen mehr als 2009) ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 33,9 %. Daraus ergibt sich ein leichter Rückgang in Höhe von 0,6 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr (34,5 %). Im Jahr zuvor war die Arbeitslosenquote um 3 Prozentpunkte angestiegen.

Die Arbeitslosenquote im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung variiert weiterhin zwischen alten und neuen Ländern. Diese Quote, die Sucharbeitslosigkeit einschließt[243], ist in den neuen Ländern über 16 Prozentpunkte höher als in den alten (47,3 % zu 30,8 %). Die Differenz zwischen alten und neuen Ländern ist gegenüber 2009 um 1 Prozentpunkt zurückgegangen. Denn während der Anteil der Arbeitslosen 2010 in den alten Ländern im Vergleich zu 2008 fast konstant geblieben ist, ging er in den neuen Ländern um 1 Prozentpunkt zurück (2009: Ost – 48,4 %, West – 31,1 %). Ein Jahr zuvor war diese Differenz bereits um 2,5 Prozentpunkte zurückgegangen, da der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern geringer ausgefallen war. Dennoch bleibt der Unterschied zwischen alten und neuen Ländern groß.

Unterscheidet man zwischen männlichen und weiblichen Fachkräften, so zeigt sich sowohl bei jungen Männern als auch bei jungen Frauen nur

242 Wegen größerer Umstellungen in der Statistik der BA sind die Daten vor 2008 nur eingeschränkt vergleichbar.

243 Daher ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosenquote im ersten Jahr nach der Ausbildung stark sinkt (vgl. auch Dorau/Höhns 2006).

Tabelle A9.1.1-1: **Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2010 (in Klammern: 2009)**

	Männer			Frauen			Insgesamt		
	West	Ost	Bundesgebiet	West	Ost	Bundesgebiet	West	Ost	Bundesgebiet
Zugang an Arbeitslosen nach abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung	67.524 (66.195)	25.354 (27.432)	92.878 (93.627)	52.219 (50.514)	17.109 (17.785)	69.328 (68.299)	119.743 (116.709)	42.463 (45.217)	162.206 (161.926)
abgeschlossene duale Ausbildungen[1]	220.845 (214.634)	53.070 (55.953)	273.915 (270.587)	168.405 (160.771)	36.711 (37.493)	205.116 (198.264)	389.250 (375.405)	89.781 (93.446)	479.031 (468.851)
Quote: arbeitslos nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung	30,6 % (30,8 %)	47,8 % (49,0 %)	33,9 % (34,6 %)	31,0 % (31,4 %)	46,6 % (47,4 %)	33,8 % (34,4 %)	30,8 % (31,1 %)	47,3 % (48,4 %)	33,9 % (34,5 %)

[1] Aus Datenschutzgründen sind die Absolventenzahlen der Berufsbildungsstatistik jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

ein geringfügiger Rückgang der Arbeitslosenquote, verglichen mit dem Vorjahr. Sie liegt bei den jungen männlichen Fachkräften (2009: 34,6 %, 2010: 33,9 %) wie im Vorjahr auf dem gleichen Niveau wie bei den jungen Frauen (2009: 34,4 %, 2010: 33,8 %). Die Arbeitslosenquote in den alten Ländern beträgt bei den jungen Männern 30,6 % (2009: 30,8 %), bei den jungen Frauen 31,0 % (2009: 31,4 %). In den neuen Ländern wurden 47,8 % der jungen Männer und 46,6 % der jungen Frauen nach dem dualen Ausbildungsabschluss arbeitslos (2008: 49,0 % bzw. 47,4 %). Während in den alten Ländern die Arbeitslosenquote der jungen weiblichen Fachkräfte geringfügig höher als die der männlichen Fachkräfte ist, liegt die Arbeitslosenquote der jungen Männer in den neuen Ländern gut 1 Prozentpunkt über der der jungen Frauen.

Insgesamt hat sich die Situation 2010 im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Lediglich die neuen Länder weisen eine leicht positive Tendenz auf. Allerdings ist in den neuen Ländern die Arbeitslosenquote immer noch wesentlich höher als in den alten.

A9.1.2 Die berufliche Situation bis zu 3 Jahre nach dem Abschluss

Nachfolgend wird die berufliche Einstiegsphase – hier die ersten 3 Jahre nach dem Ende der beruflichen Ausbildung – von Absolventen/Absolventinnen dualer Berufsausbildungen sowie schulischer Berufsausbildungen analysiert. Dabei steht der Vergleich von schulischen und dualen Berufsausbildungen im Vordergrund. Für den Bereich der dualen Berufsausbildung wird zusätzlich nach der Ausbildungsdauer differenziert.[244] Aufgrund der nach wie vor unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse – die sich nicht zuletzt am Arbeitsmarkt widerspiegeln – sind sämtliche Darstellungen nach Ost und West differenziert, wobei Berlin komplett den neuen Bundesländern zugeschlagen wurde. Für die Auswertungen wurde die Stichprobe des Mikrozensus E auf die hier interessierende Personengruppe der Absolventen/Absolventinnen dualer und vollzeitschulischer Ausbildungen eingeschränkt E.

244 Die Ausbildungsdauer wird hier als Näherungswert für unterschiedliche Leistungserwartungen und Anforderungsprofile in dualen Ausbildungsgängen verwendet. Für einen nächsten Analyseschritt sollte die Anforderungshöhe direkt aus den Ausbildungsberufen abgeleitet werden.

E **Mikrozensus**

Der Mikrozensus ist eine amtliche Repräsentativstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Jedes Jahr nehmen etwa 1 % aller Haushalte in Deutschland an der Befragung teil (laufende Haushaltsstichprobe). Insgesamt beteiligen sich rund 390.000 Haushalte mit 830.000 Personen an der Befragung. Im Gegensatz zu den meisten Befragungen besteht beim Mikrozensus eine gesetzliche Auskunftspflicht. Daher beantworten ca. 96 % der Befragten die Pflichtfragen im Mikrozensus. Diese Tatsache und die Zahl der befragten Personen machen ihn zur wichtigsten Repräsentativbefragung in Deutschland.

Untersuchungsgesamtheit im Mikrozensus

In die Untersuchung wurden Personen einbezogen, die zum Befragungszeitpunkt
- mindestens 15 und höchstens 35 Jahre alt waren,
- eine berufliche Ausbildung als höchsten beruflichen Abschluss angegeben haben und
- deren Abschluss nicht länger als 3 Jahre zurücklag.

Fälle mit fehlenden Angaben in benötigten Variablen wurden ausgeschlossen.

Zunächst werden anhand unterschiedlicher Kennzahlen das Ausmaß und die verschiedenen Qualitäten von Erwerbsarbeit gezeigt, mit denen die Absolventen/Absolventinnen in den ersten 3 Jahren nach dem Abschluss konfrontiert sind → **Tabellen A9.1.2-1** bis **A9.1.2-3**. Anschließend wird erläutert, wie häufig eine weitere Ausbildung der vollen Erwerbstätigkeit vorgezogen wird → **Tabelle A9.1.2-4.**

Prekäre Arbeitsmarktsituation für Absolventen/Absolventinnen in Ostdeutschland

Im Bereich der Erwerbsbeteiligung **E** treten besonders gravierende Differenzen zwischen den Arbeitsmarktsituationen in Ost- und Westdeutschland zutage. So ist die Erwerbslosenquote im Osten Deutschlands unabhängig vom beruflichen Ausbildungsabschluss meist etwa doppelt so hoch wie im Westen → **Tabelle A9.1.2-1**.

E **Arbeitslosigkeit gegenüber Erwerbslosigkeit im Mikrozensus**

Der Erwerbsstatus wird im Mikrozensus nach dem ILO-Konzept erfasst (Rengers 2004). Demnach gelten alle Personen, die in der Referenzwoche mindestens eine Stunde einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, als Erwerbstätige. Diejenigen, auf die das nicht zutrifft und die zudem innerhalb von maximal 2 Wochen ab dem Befragungszeitpunkt bereit wären, eine Tätigkeit aufzunehmen, werden als erwerbslos eingestuft. Alle übrigen Personen werden zu den Nichterwerbspersonen gezählt.

Dieses Konzept ist nicht deckungsgleich mit dem Begriff und der Erfassung von Arbeitslosigkeit, für die eine Meldung bei der Bundesagentur für Arbeit ausschlaggebend ist.

Ein Vergleich von Ergebnissen, die auf diesen unterschiedlichen Konzepten der Erfassung von Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt basieren, ist daher nur beschränkt möglich. Allenfalls Entwicklungsmuster (Trends) können mit Vorsicht verglichen werden.

Bei der Betrachtung der verschiedenen beruflichen Ausbildungsabschlüsse zeigen sich deutliche Unterschiede: So sind die Absolventen/Absolventinnen bis zu 30-monatiger[245] dualer Berufsausbildungen in Ost- wie Westdeutschland überdurchschnittlich häufig erwerbslos. Eher selten erwerbslos sind demgegenüber Absolventen/Absolventinnen beruflicher Ausbildungen in Gesundheitsberufen. Sie markieren in Ostdeutschland mit 12,1 % und auch in Westdeutschland mit 6,1 % die untere Grenze. Nur Personen mit einer 42-monatigen dualen Ausbildung haben ein ähnlich geringeres Risiko, erwerbslos zu sein.

In regionaler Hinsicht zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede: Die Anteile der Erwerbstätigen liegen in Westdeutschland fast ausnahmslos etwa 10 Prozentpunkte oder mehr über denen Ostdeutschlands. Einzig die zuvor bereits genannten dualen

245 Für die Auswertungen des Mikrozensus wurde die Kategorie bis zu 30 Monaten gebildet. Zum weitaus größten Teil handelt es sich hierbei um zweijährige Ausbildungsberufe. Darunter gefasst werden auch der zum 31. Juli 2007 aufgehobene Ausbildungsberuf Mathematisch-technischer Assistent mit einer Ausbildungsdauer von 30 Monaten sowie 2 Ausbildungsberufe mit einer 18-monatigen Ausbildungsdauer (**vgl. Kapitel A4.1.2**).

Tabelle A9.1.2-1: **Erwerbsbeteiligung von Absolventen/Absolventinnen beruflicher Ausbildungen bis zu 3 Jahre nach Ausbildungsende (in %)**

	Erwerbstätige		Erwerbslose		Nichterwerbspersonen	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
duale Ausbildung	71,2	81,8	19,0	8,9	9,9	9,3
bis 30 Monate	57,6	69,8	31,6	18,1	10,8	12,1
36 Monate	71,0	81,9	19,0	8,9	10,0	9,2
42 Monate	79,6	83,4	12,6	7,3	7,8	9,3
vollzeitschulische Ausbildung	67,7	81,9	15,4	7,2	16,9	10,9
soziale Berufe	49,4	73,8	22,5	9,3	28,1	16,9
Gesundheitsberufe	76,2	85,9	12,1	6,1	11,7	8,0

Quelle: Mikrozensus 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ausbildungen mit einer Dauer von 42 Monaten unterscheiden sich regional nur geringfügig, die Erwerbstätigenanteile liegen nur etwa 4 Prozentpunkte auseinander.

Die Anteile der Nichterwerbspersonen differieren regional deutlich weniger als die zuvor genannten Kennzahlen. Absolventen/Absolventinnen vollzeitschulischer Ausbildungen in sozialen Berufen haben erkennbar höhere Anteile bei Nichterwerbspersonen. Sie heben sich dabei besonders deutlich von allen weiteren Gruppen ab. In Ostdeutschland ist der Anteil der Nichterwerbspersonen in dieser Gruppe mit 28,1 % nahezu dreimal so hoch wie in den sonstigen Gruppen. Dieser besonders hohe Wert stellt einen Ausreißer dar, dessen Erklärung vermutlich in → **Tabelle A9.1.2-4** zu suchen ist. Die gleiche Personengruppe hat eine stark überdurchschnittliche Neigung, eine berufliche Weiterqualifizierung zu beginnen. Daher ist die Annahme naheliegend, dass diese Ausbildungen parallel keine Erwerbstätigkeit zulassen und folglich der Anteil der Nichterwerbspersonen ansteigt.

Hoher Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse in Ostdeutschland

Das bloße Ausmaß der Erwerbstätigkeit gibt nur begrenzt Auskunft über die Arbeitsmarktsituation. Um weitere Einblicke zu erhalten, werden nachfolgend die Befristung von Arbeitsverträgen und die Anteile von Teilzeitbeschäftigung betrachtet.

Der Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse liegt im Osten kontinuierlich auf einem höheren Niveau als im Westen Deutschlands → **Tabelle A9.1.2-2**. Die Differenz ist mit etwa 6 bis zu etwa 16 Prozentpunkten noch vergleichsweise moderat. Angesichts der Tatsache, dass das Niveau der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland aber insgesamt bereits niedriger ist als in Westdeutschland, gewinnt der höhere Anteil atypischer Beschäftigung zusätzlich an Gewicht. Hinzu kommen noch die etwas höheren Anteile an Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung in Ostdeutschland → **Tabelle A9.1.2-3**. Im Schnitt ist in Ostdeutschland der Anteil der Vollzeitbeschäftigung etwas geringer als in Westdeutschland, wobei die Anteile für Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung entsprechend höher ausfallen. Die Differenzen verweisen auf strukturelle Defizite, die den beruflichen Einstieg in Ostdeutschland erschweren.

In Bezug auf die unterschiedlichen beruflichen Ausbildungen zeigen sich sowohl in Hinblick auf die Befristung von Arbeitsverträgen → **Tabelle A9.1.2-2** als auch hinsichtlich des zeitlichen Umfangs der Beschäftigung → **Tabelle A9.1.2-3** nennenswerte Effekte. So wird deutlich, dass das Risiko, geringfügig beschäftigt zu sein, mit zunehmender Dauer der Ausbildung abnimmt: Personen mit einer 42-mona-

Tabelle A9.1.2-2: **Absolventen/Absolventinnen beruflicher Ausbildungen nach Arbeitsvertrag und Region bis zu 3 Jahre nach Ausbildungsende (nur Erwerbstätige in %)**

	Unbefristet		Befristet		Nicht zutreffend[1]	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
duale Ausbildung	58,5	69,5	35,5	25,5	6,0	5,0
bis 30 Monate	53,0	62,0	43,9	35,9	3,1	2,1
36 Monate	58,4	70,0	35,0	24,5	6,6	5,5
42 Monate	61,1	68,4	36,1	29,5	2,8	2,1
vollzeitschulische Ausbildung	51,3	59,9	48,7	37,3	0,0	2,8
soziale Berufe	34,1	47,6	65,9	50,1	0,0	2,3
Gesundheitsberufe	54,7	65,2	42,2	31,9	3,1	2,9

[1] Selbstständige und mithelfende Familienangehörige

Quelle: Mikrozensus 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

tigen Ausbildung sind fast immer in Vollzeit berufstätig (West: 96,3 %, Ost: 95,7 %), während dieser Anteil bei bis zu 30-monatigen dualen Ausbildungen mit 77,3 % in Westdeutschland und 73,8 % in Ostdeutschland deutlich geringer ist. Im Anschluss an vollzeitschulische berufliche Ausbildungen sind mit etwa zwei Dritteln (West: 69,9 %, Ost: 66,8 %) der Absolventen/Absolventinnen besonders wenige vollzeiterwerbstätig.

Dieses Schema zeigt sich auch bezüglich befristeter Beschäftigungsverhältnisse. Absolventen/Absolventinnen vollzeitschulischer beruflicher Ausbildungen sind vergleichsweise häufig befristet beschäftigt (West: 37,3 %, Ost: 48,7 %). Den höchsten Anteil mit befristeter Beschäftigung haben Absolventen/Absolventinnen vollzeitschulischer Ausbildungen in sozialen Berufen. Bei ihnen ist dieser Anteil im Vergleich mit den anderen Personengruppen teilweise nahezu doppelt so hoch (Ost: 65,9 %, West: 50,1 %). Zudem sind sie besonders selten vollzeiterwerbstätig **→ Tabelle A9.1.2-3**. Diese Tatsache kann viele Gründe haben, unter anderem den, dass der Frauenanteil in sozialen Berufen höher ist und Frauen häufiger freiwillig teilzeiterwerbstätig sind. Somit sollte die hohe Teilzeitquote in diesen Berufen nicht per se als Ausdruck prekärer Beschäftigungsverhältnisse angesehen werden. Gleiches gilt für den hohen Anteil befristeter Arbeitsverträge in dieser Personengruppe. Dieser kann zu einem erheblichen Teil durch die bei einigen Ausbildungen üblichen Anerkennungsjahre entstehen – beispielsweise bei Erzieherinnen und Erziehern.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass hinsichtlich der Qualität von Erwerbstätigkeit erstens sehr deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zutage treten. In Ostdeutschland bestehen offenkundig nach wie vor strukturelle Defizite, die den beruflichen Einstieg in eine reguläre Erwerbstätigkeit erschweren. Zweitens begünstigen die hier betrachteten dualen und vollzeitschulischen Ausbildungswege in unterschiedlichem Maße den Übergang von der Ausbildung in eine Erwerbstätigkeit. Je länger die reguläre Ausbildungsdauer ist, desto günstiger verläuft bei dualen Ausbildungsberufen der Einmündungsprozess.

An eine vollzeitschulische Ausbildung wird häufiger eine weitere berufliche Ausbildung angeschlossen

Relativ viele Absolventen/Absolventinnen einer Ausbildung entscheiden sich nach deren Ende nicht für den direkten Übergang in die Erwerbstätigkeit, sondern schließen eine weitere Ausbildung an. Die Motive dafür können vom Verbleib im Ausbildungssystem wegen eines schwierigen Arbeitsmarktumfeldes über Höherqualifizierungen bis hin zu Neuqualifizierungen reichen (vgl. Jacob 2004).

Tabelle A9.1.2-3: **Absolventen/Absolventinnen beruflicher Ausbildungen nach Arbeitszeittyp und Region bis zu 3 Jahre nach Ausbildungsende (nur Erwerbstätige in %)**

	Vollzeit		Teilzeit		Geringfügig beschäftigt	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
duale Ausbildung	85,1	89,5	9,1	6,4	5,9	4,0
bis 30 Monate	73,8	77,3	14,7	15,9	11,5	6,8
36 Monate	84,2	88,6	9,8	7,0	6,0	4,4
42 Monate	95,7	96,3	2,1	1,7	2,2	2,0
vollzeitschulische Ausbildung	66,8	69,9	25,7	23,4	7,5	6,7
soziale Berufe	60,3	65,6	28,3	24,5	11,4	9,9
Gesundheitsberufe	68,7	71,8	24,9	22,9	6,4	5,3

Quelle: Mikrozensus 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A9.1.2-4: **Weitere Bildungsbeteiligung von Absolventen/Absolventinnen beruflicher Ausbildungen bis zu 3 Jahre nach Ausbildungsende (in %)**

	Allgemeinbildende Schule		Berufliche Ausbildung		Hochschulbesuch		Nicht in Ausbildung	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
duale Ausbildung	0,5	0,6	6,2	8,5	4,5	5,2	89,3	86,3
bis 30 Monate	0,3	0,5	6,6	11,2	1,3	1,5	91,8	86,8
36 Monate	0,6	0,6	6,1	8,2	4,8	5,4	88,5	85,8
42 Monate	0,4	0,7	6,6	9,5	4,2	4,6	88,8	85,2
vollzeitschulische Ausbildung	XXX*	0,5	14,7	10,1	5,2	4,5	80,1	84,9
soziale Berufe	XXX*	1,1	30,6	17,6	3,3	4,8	66,1	76,5
Gesundheitsberufe	0,5	0,2	7,4	6,4	6,0	4,4	86,1	89,0

* anonymisierte Werte

Quelle: Mikrozensus 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

→ **Tabelle A9.1.2-4** gibt einige Hinweise auf Art und Umfang dieser Mehrfachausbildungen.[246] Zunächst ist deutlich zu erkennen, dass sich die Absolventen/Absolventinnen dualer und vollzeitschulischer Ausbildungsgänge hinsichtlich ihrer Entscheidungen zu einer weiteren Ausbildung unterscheiden. Absolventen/Absolventinnen vollzeitschulischer Ausbildungen insgesamt und hier vor allem der sozialen Berufe haben eine überdurchschnittliche Weiterqualifizierungsquote. Demgegenüber ist bei dualen Ausbildungen der Anteil der Weiterqualifikationen insgesamt geringer und stärker auf die berufliche Ausbildung konzentriert. So absolvieren von den Personen mit einer bis zu 30-monatigen Ausbildung mehr als 11 % in Westdeutschland und 6 % in Ostdeutschland eine weitere berufliche Ausbildung.[247] Die Anteile für den Besuch einer Hochschule sind mit 1,5 % (West) bzw. 1,3 % (Ost) vergleichsweise gering. Bei den

246 In der Tabelle wird nicht danach differenziert, ob eine weitere Ausbildung auch erfolgreich beendet wird. Sie gibt den Anteil der Personen an, die zum Befragungszeitpunkt eine weitere Ausbildung begonnen hatten.

247 Für mehrere 2-jährige Ausbildungsberufe gibt es gesetzlich geregelte Anschlussmöglichkeiten, aufgrund derer die 2-jährige Ausbildung auf die Ausbildung in anderen Ausbildungsberufen angerechnet werden kann (**vgl. Kapitel A4.1.2**).

dualen Ausbildungen mit einer Dauer von 36 und 42 Monaten liegt der Anteil der weiteren beruflichen Ausbildungen auf einem ähnlichen Niveau, wobei die Differenz zwischen den Regionen etwas geringer ausfällt. Die Anteile für den Besuch einer Hochschule liegen zwischen 4 % und 5 %.

Die Absolventen/Absolventinnen der vollzeitschulischen Ausbildungen sind bezüglich der Übergangsrate zur Hochschulausbildung (West: 4,5 %, Ost 5,2 %) vergleichbar mit Absolventen/Absolventinnen dualer Ausbildungen mit einer Ausbildungsdauer von mindestens 36 Monaten. Demgegenüber weisen sie mit fast 15 % in Ostdeutschland und über 10 % in Westdeutschland in Bezug auf die Weiterqualifizierung mittels einer beruflichen Ausbildung überdurchschnittliche Quoten auf. Die Absolventen/Absolventinnen vollzeitschulischer Ausbildungen in sozialen Berufen entscheiden sich hierbei überdurchschnittlich häufig für eine Weiterqualifizierung. Von ihnen nehmen im Osten mehr als 30 % eine weitere berufliche Ausbildung auf, während es im Westen mit knapp 18 % deutlich weniger, aber dennoch viele sind. In den Gesundheitsberufen liegen dagegen alle Anteile auf durchschnittlichem Niveau.

Fazit

Gegenstand dieses Kapitels war es, den Übergang von der Ausbildung in Beschäftigung näher zu beschreiben. Dafür wurde die berufliche Situation von Absolventen/Absolventinnen einer beruflichen Ausbildung bis einschließlich 3 Jahre nach dem Abschluss unter Verwendung von Mikrozensusdaten ausgewertet.

Anhand der Daten zeigte sich, dass innerhalb der ersten 3 Jahre nach dem beruflichen Abschluss die berufliche Festigung der Absolventen/Absolventinnen in vielen Fällen noch nicht abgeschlossen ist. Dabei sind innerhalb der untersuchten Personengruppe starke Unterschiede der Arbeitsmarktintegration zu erkennen. Bei den dualen Ausbildungsberufen gelingt sie besser, wenn die Ausbildungsdauer mindestens 36 Monate beträgt. Vollzeitschulische Ausbildungen scheinen ebenfalls eine gute Grundlage für den Übergang in die Erwerbstätigkeit zu sein. Unabhängig von den hier differenzierten Merkmalen zeigt sich, dass in Ostdeutschland schlechtere Bedingungen für den Übergang von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit vorherrschen. Weitere Befunde sind:

- In Ostdeutschland schließt nahezu jede/-r dritte Absolvent/-in in sozialen Ausbildungsberufen eine weitere berufliche Ausbildung an. In Westdeutschland ist es fast jede/-r fünfte. Unter den Absolventen/Absolventinnen dualer Ausbildungsberufe ist es dagegen nur etwa jede/r zehnte.
- In Ostdeutschland ist etwa jede/-r sechste Absolvent/-in erwerbslos, während es in Westdeutschland etwa jede/-r zwölfte ist.
- Etwa jede/-r dritte Absolvent/-in hat einen befristeten Arbeitsvertrag.

(Manuel Schandock, Ralf Dorau)

A9.2 Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeld-projektionen bis zum Jahr 2030

Gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarkt-entwicklung bis 2030

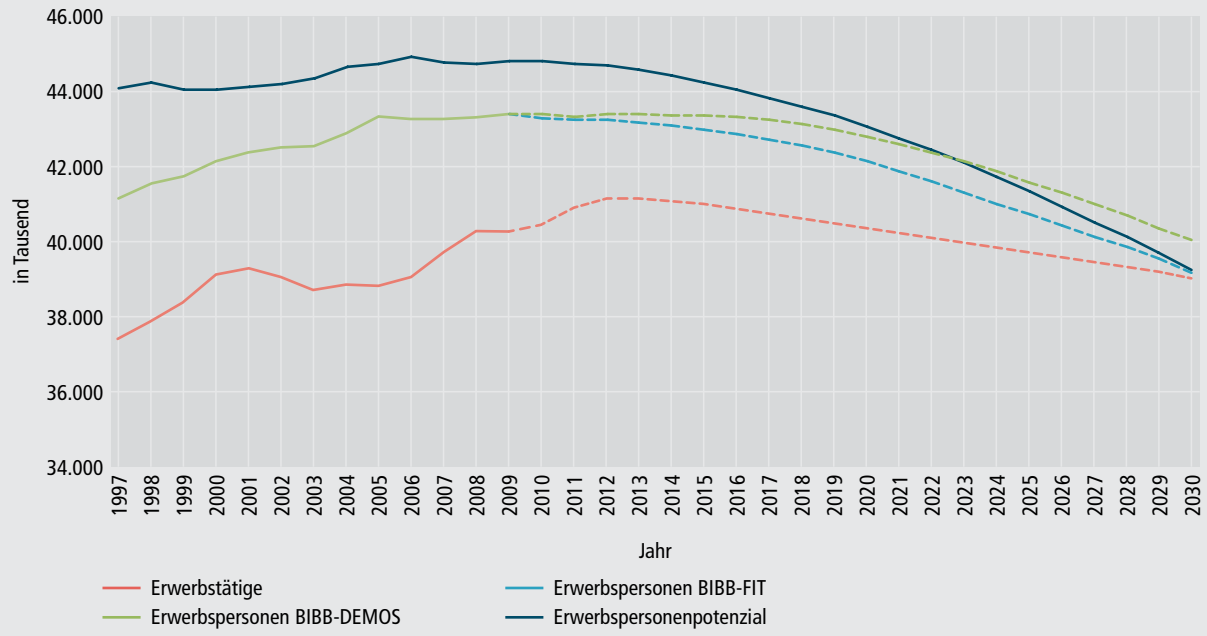
Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich gestiegenen Erwerbsquoten insbesondere von älteren Arbeitnehmern sowie der Zunahme von Studienanfängern ihre zweite Modellrechnung der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots und -bedarfs bis 2030 insgesamt sowie differenziert nach 4 Qualifikationsstufen und 12 Berufshauptfeldern vorgelegt (Helmrich u. a. 2012, zu den methodischen und datentechnischen Fragen siehe Helmrich/Zika 2010) E.

E BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeld-projektionen

Die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen (Helmrich/Zika 2010) sind eine koordinierte Angebots- und Bedarfsprojektion auf der Grundlage gemeinsam definierter Berufsfelder und Datengenerierungen. Datengrundlage ist hierbei der Mikrozensus, eine amtliche Repräsentativstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland beteiligt ist, angepasst an die Eckwerte der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (vgl. Bott u. a. 2010). Für die Berufsdifferenzierung wurde zunächst seitens des BIBB eine einheitliche Berufsfeldsystematik entwickelt (vgl. Tiemann u. a. 2008).

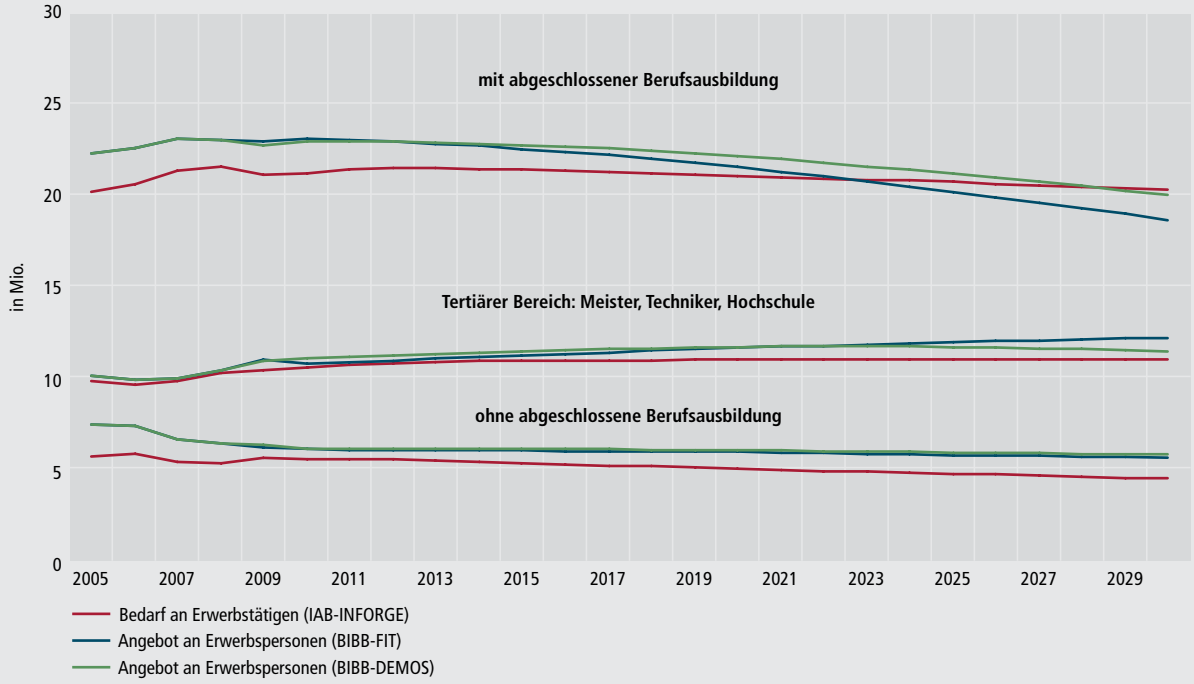
Das IAB hat mit dem IAB/INFORGE-Modell eine Projektion des realisierten Arbeitskräftebedarfs (ohne Berücksichtigung offener Stellen) nach 59 Wirtschaftssektoren erstellt und diese anhand der Berufsfeldsystematik und der entsprechenden vom BIBB aufbereiteten Daten aus

Schaubild A9.2-2: **Arbeitsmarktentwicklungen bis zum Jahr 2030 nach Erwerbstätigen, Erwerbspersonen und Erwerbspersonenpotenzial**



Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, Berechnungen und Darstellungen QuBe-Projekt, Fuchs/Söhnlein/Weber 2011

Schaubild A9.2-3: **Erwerbspersonen und Erwerbstätige nach Qualifikationsniveaus (ISCED) – in Mio.**



Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, Berechnungen und Darstellungen QuBe-Projekt

dem Mikrozensus nach 4 Qualifikationsstufen und 54 Berufsfeldern disaggregiert, die anschließend zu 12 Berufshauptfeldern bzw. 3 Berufsoberfeldern zusammengefasst werden. Das INFORGE-Modell ist ein nach Produktionsbereichen und Gütergruppen tief disaggregiertes ökonometrisches Prognosemodell für die Bundesrepublik Deutschland. Ausführliche Modellbeschreibungen finden sich in Schnur/Zika (2009), Meyer u. a. (2007) sowie Hummel/Thein/Zika (2010).

Auf der anderen Seite wurden sowohl mit dem BIBB-FIT-Modell des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Informationstechnik (Fraunhofer-FIT) (Kalinowski/Quinke 2010) als auch mit dem BIBB-DEMOS-Modell (vgl. Drosdowski u. a. 2010), das von der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) entwickelt worden ist und Verbindungsstellen zum INFORGE-Modell aufweist, Projektionen für das Arbeitskräfteangebot erstellt, die ebenfalls 4 Qualifikationsstufen und 54 Berufsfelder unterscheiden.

Alle Projektionen basieren auf dem Jahr 2010 und reichen bis 2030. In der Gegenüberstellung werden auf der Angebotsseite sowohl der jeweils erlernte Beruf als auch die berufsspezifische berufliche Flexibilität betrachtet.

Auf der Angebotsseite wurden 2 unterschiedliche Projektionssysteme genutzt, um aufzeigen zu können, wie Modelle auf die Veränderungen von Einflussfaktoren reagieren können. Im Sinne der Modellvielfalt wird zum einen mit einem Übergangsmodell (BIBB-FIT) und zum anderen mit einem Kohortenmodell (BIBB-DEMOS) projiziert. Damit können die methodischen Unsicherheiten dargestellt und zugleich Ansätze für eine Validierung der Ergebnisse geboten werden. Eine grafische Darstellung des Projektionssystems findet sich in → **Schaubild A9.2-1 Internet**.

Weitere Informationen unter **www.QuBe-Projekt.de**.

In der Gegenüberstellung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitskräfteangebots und -bedarfs wird deutlich, dass sich das Arbeitskräfteangebot – bedingt durch die demografische Entwicklung – zunehmend stärker als der Arbeitskräftebedarf reduzieren wird. Je nach Modellannahme wird dies unterschiedlich schnell geschehen, jedoch in der Tendenz kommen beide

der durchgeführten Modellrechnungen zum Arbeitskräfteangebot zu einer identischen Einschätzung →**Schaubild A9.2-2** .[248] Nach der Angebotsprojektion des BIBB-FIT-Modells, würde im Jahr 2030 das Angebot genau den projizierten Bedarf der Wirtschaft decken. Allerdings würde dies keinen Idealzustand darstellen, weil in der Realität in einer solchen Situation vielerorts bereits ein massiver Arbeitskräfteengpass herrschen würde. Aus →**Schaubild A9.2-2** wird auch ersichtlich, dass bei den mit dem BIBB-DEMOS-Modell erstellten Projektionen höhere Erwerbsquoten angenommen werden. Damit verschiebt sich der Zeitpunkt des rechnerischen Schnittpunktes von Angebot und Bedarf um einige Jahre. Das Konzept des Erwerbspersonenpotenzials des IAB schließt neben den Erwerbspersonen auch die sogenannte „stille Reserve" ein (Fuchs/Weber 2005).

Fachkräfteengpässe vor allem bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung

Das Angebot an Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung wird insbesondere demografisch bedingt sinken und würde – ein unverändertes Verhalten auf der Arbeitskräftebedarfsseite vorausgesetzt – gegen Ende des Projektionszeitraums den Bedarf nicht mehr decken können →**Schaubild A9.2-3**. Schon vor diesem Zeitpunkt wird man bei diesem Qualifikationsniveau mit einem schnell zunehmenden Fachkräfteengpass konfrontiert sein, vor allem weil das Angebot zunehmend auch von der fachlichen Ausrichtung dem Bedarf nicht entsprechen wird. Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften wird nur geringfügig aufgrund der durch die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt erreichbaren Lohnsteigerungen zurückgehen.

Im tertiären Bereich werden sowohl Angebot als auch Bedarf weiter ansteigen – beide liegen bereits heute dicht beieinander. Bei den Hochschulabsolventen und -absolventinnen setzt sich der zu erwartende Bedarf zu etwa gleichen Teilen aus dem Ersatzbedarf und dem durch den wirtschaftlichen Strukturwandel bedingten Neubedarf zusammen. Der Ersatzbedarf wird ab Ende des 2. Jahrzehnts (ab 2020) aufgrund des Ausscheidens der geburtenstarken Jahrgänge (Stichwort „Baby-Boomer-Generation") sehr deutlich anwachsen. Das leichte akademische Überangebot beruht auf der gegenwärtigen Tendenz zu mehr akademischen Abschlüssen. Dieser Zuwachs hat in den letzten Jahren an Geschwindigkeit zugenommen, wohingegen der Zuwachs beim betrieblichen Bedarf zwar ebenfalls steigend ist, aber nicht das gleiche Ausmaß hat.

Zu erwarten sind hier Anpassungs- und Ausgleichsprozesse mit dem mittleren Qualifikationsbereich. Hiervon sind insbesondere die Bachelorabschlüsse betroffen. Empirisch liegen aber bislang über deren Chancen und Verbleib auf dem Arbeitsmarkt noch keine hinreichenden Informationen vor.

Der Bedarf an Arbeitskräften ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung wird leicht sinken. Das entsprechende Angebot wird seinerseits etwas langsamer zurückgehen, womit sich das bestehende Überangebot leicht vergrößern wird. Diese Personengruppe wird damit auch künftig keine besseren Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt vorfinden. Jedoch bietet sich hier die Möglichkeit, insbesondere bei Neuzugängen und jüngeren Erwerbspersonen durch frühzeitige Intervention bzw. Nachqualifizierungen Potenziale für die mittlere Fachkräfteebene zu gewinnen.

Fachkräfteengpässe in be- und verarbeitenden Berufen sowie in Gesundheitsberufen

Engpässe bei der Personalrekrutierung sind jedoch für die Unternehmen seltener ein Problem der Qualifikationsstufe der Bewerber/-innen, sondern der fachlichen Qualifikation und der Kompetenzen. Daher vergleichen die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen auch die Passung von Angebot und Bedarf auf der Ebene der 12 BIBB-Berufshauptfelder E. Hinter dem Merkmal Berufsfeld stehen jeweils spezifische Tätigkeitscluster, wobei die Berufe bezogen auf deren Tätigkeiten innerhalb der Berufsfelder homogen und zwischen den Berufsfeldern heterogen sind.

248 Im Vergleich zu anderen Studien (z. B. Prognos 2011) werden in der vorliegenden Studie aktuellere Zahlen, die Verrentung mit 67 und auch die derzeit Erwerbslosen in die Analysen einbezogen. In der Potenzialbetrachtung bzw. den Angebotsprojektionen werden die Entwicklungen der Erwerbsquoten unterschiedlich modelliert, insbesondere hinsichtlich der Wirkungen der Verrentung ab 67 Jahren. Zu den Annahmen siehe Fuchs/Söhnlein/Weber 2011; Kalinowski/Quinke 2010 und Drosdowski u. a. 2010.

E Berufshauptfelder (BHF) und Berufsfelder (BF)

Für die Projektion des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs und -angebots sind die Daten aus dem Mikrozensus auf Basis der Klassifikation der Berufe (KldB 1992) für den ausgeübten Beruf und ab 2005 auch für den erlernten Beruf verwendet worden. Der Detaillierungsgrad der Angaben im Mikrozensus zum ausgeübten Beruf bzw. zur Aus- oder Weiterbildungsfachrichtung auf der Basis der Klassifizierung der Berufe ist allerdings für längerfristige Qualifikations- und Arbeitsmarktprojektionen zu feinmaschig. Projektionen, die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in einem Zeitrahmen von bis zu 15 Jahren umfassen, sind auf der Ebene von Einzelberufen wissenschaftlich seriös nicht umsetzbar. Daher wurde auf der Basis der 369 Berufsordnungen (3-Steller) der KldB 1992 eine Verdichtung zu 54 Berufsfeldern vorgenommen (vgl. Tiemann u. a. 2008).

Bei der Definition der Berufsfelder des BIBB wurden die Berufsgruppen (2-Steller) auf Ähnlichkeiten in Bezug auf die ausgeübten Tätigkeiten der in ihnen enthaltenen Berufsordnungen (3-Steller) untersucht und entsprechend zusammengefasst. So konnten schließlich für die Qualifikations- und Arbeitsmarktprojektionen, insbesondere zur Analyse von Berufswechseln und zu beruflichen Flexibilitäten (Wechsel zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf) 54 Berufsfelder definiert werden, die in Bezug auf eine übergeordnete Trendabschätzung zu 12 Berufshauptfeldern und 3 Berufsoberfeldern weiter aggregiert wurden. Einen Überblick über die gebildeten Zusammenfassungen hinsichtlich der Tätigkeitsschwerpunkte liefert **→ Tabelle A9.2-1 Internet**.

Vorausgesetzt, das Ausbildungsverhalten entwickelt sich im Trend der letzten Jahre weiter, so weisen einige Berufshauptfelder bereits 2030 einen massiven Fachkräfteengpass auf, während andere durch einen Angebotsüberhang gekennzeichnet sind. Bei der Gegenüberstellung von Angebot und Bedarf sind unterschiedliche Betrachtungen möglich:

Zunächst kann der Bedarf an Fachkräften eines spezifischen Berufshauptfelds mit dem Angebot derjenigen verglichen werden, die einen Beruf in diesem Berufshauptfeld erlernt haben. Viele der Erwerbstätigen bleiben aber nicht in ihrem erlernten Beruf, sondern wechseln in ein anderes Berufshauptfeld. Die Gründe hierfür sind mannigfaltig. Anreiz für einen Wechsel können sowohl bessere Beschäftigungs- oder Einkommenschancen, bessere Arbeitsbedingungen, Aufstiegschancen, aber auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein.

Als Indikator für berufliche Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt weist der Anteil der sogenannten Steher (Erwerbstätige, die in ihrem erlernten Beruf bleiben) gegenüber dem Anteil der externen Fachkräfte (Erwerbstätige, die einen anderen Beruf als den ausgeübten Beruf erlernt haben) in einem Berufshauptfeld hin. Das Ausmaß der beruflichen Flexibilität pro Berufshauptfeld beschreibt die sogenannte Flexibilitätsmatrix des BIBB **→ Tabelle A9.2-2** (vgl. Maier/Schandock/Zopf 2010), die für die 12 BIBB-Berufshauptfelder aufzeigt, wer mit welchem erlernten Beruf in welchem ausgeübten Beruf arbeitet. Es geht hier nicht um die Gründe des Wechsels, sondern um die Darstellung der Chancen und mögliche Konkurrenzen zwischen Berufsfeldern, die mit einem bestimmten Beruf verbunden sind.

Wird diese Flexibilitätsmatrix bei der Entwicklung des Angebots in der Projektion berücksichtigt, so werden die „beruflichen Wanderungsbewegungen“ teilweise zu einem Ausgleich von Angebot und Bedarf führen und vor allem zeigen, wohin Personen ohne eine formale berufliche Qualifikation wandern – welche Berufsfelder (besser: Berufshauptfelder) also gerade von dieser Gruppe profitieren. **→ Schaubild A9.2-4** zeigt den Einfluss dieser beruflichen Wanderungsbewegungen. Die linke Seite des Schaubilds illustriert die Ergebnisse ohne berufliche Flexibilität, im mittleren Teil werden diese Flexibilitäten berücksichtigt. Ohne berufliche Wanderungen zeigt sich demnach ein Fachkräfteengpass insbesondere in den Lager-, Transport-, Sicherheits-, Wachberufen (BHF 5), Gastronomie- und Reinigungsberufen (BHF 6) sowie Büro-, kaufmännischen Dienstleistungsberufen (BHF 7) und lehrenden Berufen (BHF 12). Be-, verarbeitende und instandsetzende Berufe (BHF 2) und MINT-Berufe (BHF 8) haben hingegen ebenso wie die Gesundheitsberufe (BHF 11) ein leichtes Überangebot.

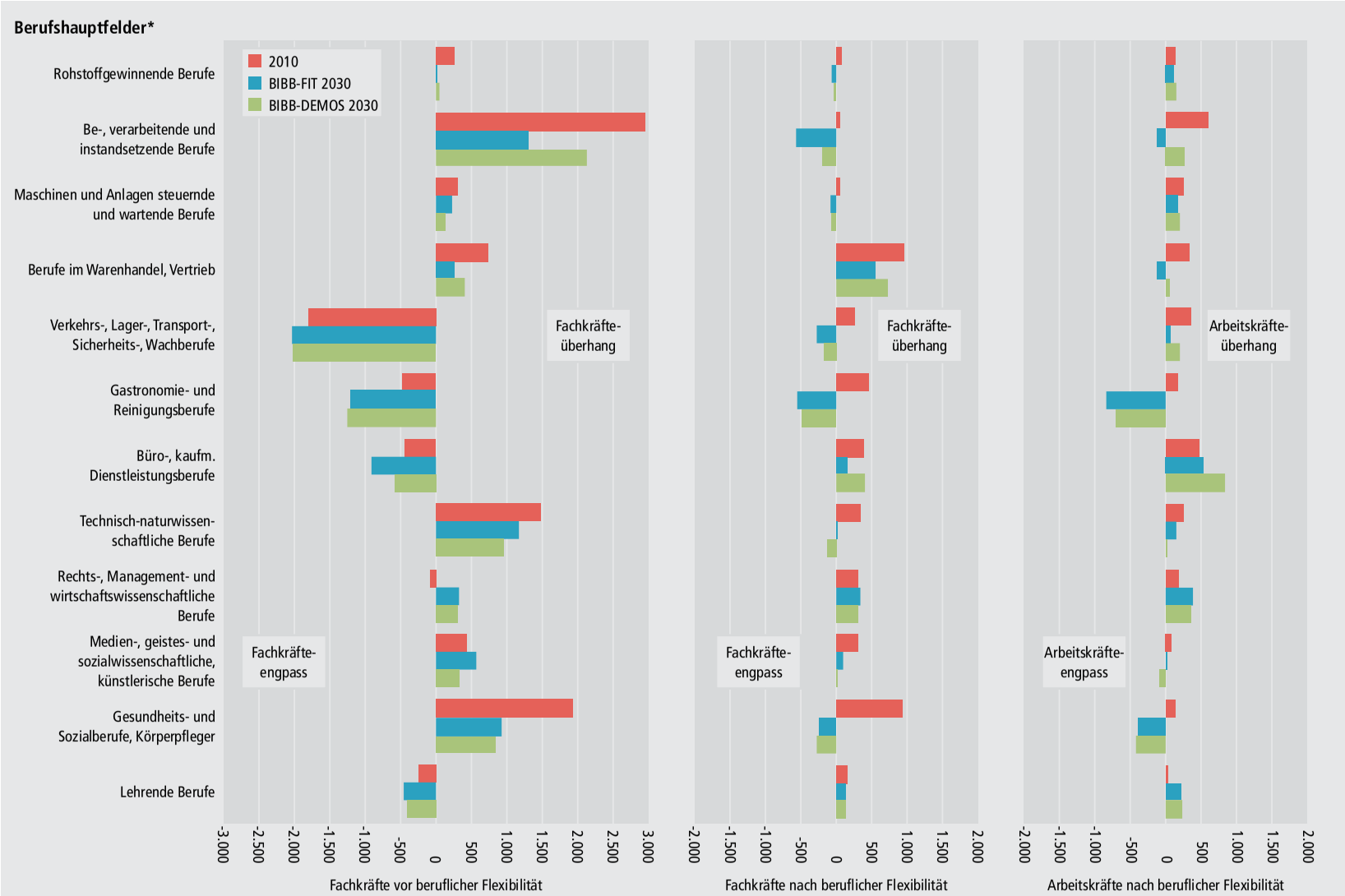
Tabelle A9.2-2: **Berufliche Flexibilitätsmatrix 2008 auf der Ebene der Berufshauptfelder**

Berufshauptfeld des erlernten Berufs	Anteilswerte[1] für Wechsel von erlerntem Berufs- in ausgeübtes Berufshauptfeld												Zeilen-prozente
	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5	P 6	P 7	P 8	P 9	P 10	P 11	P 12	
1: Rohstoffgewinnende Berufe	49,2 %	8,3 %	2,7 %	5,9 %	13,6 %	6,3 %	5,2 %	2,7 %	2,2 %	0,7 %	2,3 %	0,9 %	**100,0 %**
2: Be-, verarbeitende und instandsetzende Berufe	1,8 %	46,3 %	8,0 %	5,8 %	16,0 %	5,5 %	4,1 %	7,0 %	2,5 %	1,1 %	1,3 %	0,5 %	**100,0 %**
3: Maschinen und Anlagen steuernde und wartende Berufe	1,2 %	15,6 %	42,3 %	4,9 %	12,0 %	5,1 %	4,2 %	7,6 %	2,6 %	2,6 %	1,4 %	0,5 %	**100,0 %**
4: Berufe im Warenhandel, Vertrieb	0,8 %	3,0 %	1,0 %	51,2 %	6,0 %	10,2 %	18,7 %	1,2 %	3,5 %	1,2 %	2,9 %	0,4 %	**100,0 %**
5: Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits-, Wachberufe	1,0 %	6,0 %	2,4 %	4,4 %	65,9 %	3,6 %	10,5 %	2,1 %	1,4 %	0,6 %	1,4 %	0,7 %	**100,0 %**
6: Gastronomie- und Reinigungsberufe	3,0 %	5,0 %	2,6 %	9,3 %	7,9 %	58,0 %	6,4 %	1,0 %	2,3 %	0,8 %	3,0 %	0,7 %	**100,0 %**
7: Büro-, kaufm. Dienstleistungsberufe	0,5 %	1,2 %	0,4 %	8,8 %	3,9 %	3,8 %	70,2 %	1,9 %	5,4 %	1,3 %	2,1 %	0,5 %	**100,0 %**
8: Technisch-naturwissenschaftliche Berufe	0,8 %	7,5 %	2,5 %	5,1 %	3,8 %	2,5 %	7,8 %	52,8 %	8,6 %	3,4 %	1,7 %	3,6 %	**100,0 %**
9: Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	0,3 %	0,6 %	0,2 %	7,7 %	2,1 %	1,6 %	26,0 %	3,9 %	49,4 %	4,3 %	1,6 %	2,2 %	**100,0 %**
10: Medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche, künstlerische Berufe	0,2 %	1,5 %	0,6 %	6,4 %	2,3 %	2,6 %	10,4 %	5,8 %	7,0 %	46,5 %	3,8 %	12,8 %	**100,0 %**
11: Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	0,4 %	2,2 %	0,4 %	4,6 %	1,9 %	5,2 %	6,7 %	0,8 %	1,4 %	1,0 %	71,8 %	3,4 %	**100,0 %**
12: Lehrende Berufe	0,2 %	0,7 %	0,3 %	2,1 %	1,1 %	2,7 %	3,9 %	1,0 %	1,5 %	2,2 %	4,7 %	79,6 %	**100,0 %**
Ohne berufliche Ausbildung	3,1 %	16,6 %	5,3 %	10,8 %	16,0 %	27,5 %	8,9 %	2,3 %	1,8 %	2,3 %	4,6 %	0,9 %	**100,0 %**
In Schule/Ausbildung	1,9 %	15,1 %	4,9 %	14,7 %	7,3 %	12,1 %	16,6 %	5,9 %	1,4 %	4,7 %	12,6 %	2,9 %	**100,0 %**
Gesamt	2,4 %	13,8 %	4,9 %	10,8 %	9,4 %	10,3 %	16,8 %	8,3 %	4,9 %	3,2 %	11,5 %	3,7 %	**100,0 %**

[1] Die Nummer nach dem „P" stellt die Nummer des jeweiligen Berufshauptfeldes dar. **Lesebeispiel:** So befinden sich beispielsweise in der rot umrandeten Zelle der Spalte „P 8" die Anteilswerte der Erwerbstätigen, die aus den technisch-naturwissenschaftlichen Berufen in das Berufshauptfeld „Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe" wandern.

Quelle: Mikrozensus 2008 des Statistischen Bundesamtes, Berechnungen und Darstellungen QuBe-Projekt

Schaubild A9.2-4: **Gewinn- und Verlustrechnung nach Fachkräften und Arbeitskräften nach Berufshauptfeldern 2005 und 2030 vor und nach Einbeziehung der beruflichen Flexibilität in Tausend**



Bei den Berufshauptfeldern handelt es sich um hochaggregierte Zusammenfassungen von Berufen. Bei Einzelberufen unterhalb dieser Ebene, aber auch bei bei regionalen Betrachtungen, sind davon abweichende Entwicklungen möglich.

Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, Berechnungen und Darstellungen QuBe-Projekt

Unter Einbeziehung der beruflichen Flexibilität weisen bei der Gegenüberstellung von Fachkräftebedarf und -angebot Gastronomie- und Reinigungsberufe (BHF 6), Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege (BHF 11), Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits- und Wachberufe (BHF 5), be-, verarbeitende und instandsetzende Berufe (BHF 2) und geringfügig bei Maschinen und Anlagen steuernden und wartenden Berufen (BHF 3) bis 2030 einen drohenden Fachkräfteengpass auf.

Ein Überhang von Fachkräften ist bei Berufen im Warenhandel und Vertrieb (BHF 4), Büro-, kaufmännischen Dienstleistungsberufen (BHF 7), Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftlichen Berufen (BHF 9) und in kleinerem Umfang bei lehrenden Berufen (BHF 12) zu erwarten.

In den übrigen Berufsfeldern ist die Situation bis 2030 nahezu ausgeglichen, auch wenn in einem der beiden Angebotsmodelle ein leichtes Überangebot oder ein Engpass auftreten kann.

Arbeitskräfteengpässe in Gastronomie-, Reinigungs- und Gesundheitsberufen

Bei der Betrachtung von Fachkräften werden allerdings die weit über 6 Mio. Erwerbstätigen ohne formalen beruflichen Abschluss nicht berücksichtigt. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Gruppe überwiegend einfache Tätigkeiten ausüben wird, für die eine qualifizierte Ausbildung nicht zwingend notwendig ist. In Ausnahmefällen werden aber auch sie qualifizierte Tätigkeiten ausüben. Die rechte Seite von **→ Schaubild A9.2-4** veranschaulicht die Auswirkungen einer Berücksichtigung der ungelernten Erwerbstätigen. Zum Vergleich werden alle Erwerbstätigen mit den Ergebnisse für die Fachkräfte verglichen (siehe mittlerer Teil von **→ Schaubild A9.2-4**).

Es zeigt sich, dass aufgrund der Berücksichtigung aller Erwerbstätigen einschließlich der Personen ohne eine formale berufliche Qualifikation sich leicht abweichende Ergebnisse gegenüber der ausschließlichen Betrachtung der Fachkräfte ergeben:

- Angebotsüberhang 2030: Die 1. Gruppe beinhaltet Berufshauptfelder, in denen dem projizierten Bedarf auch bis 2030 ein ausreichendes Angebot gegenübersteht: Hierzu gehören:
  - Maschinen und Anlagen steuernde und wartende Berufe (BHF 3)
  - Büro-, kaufmännische Dienstleistungsberufe (BHF 7)
  - Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe (BHF 9)
- Ausgeglichene Situation 2030: In der 2. Gruppe sind Berufshauptfelder zusammengefasst, die zwar durch eine angespannte Arbeitsmarktsituation gekennzeichnet sind, das projizierte Angebot aber den Bedarf rein rechnerisch noch deckt. Im Einzelnen sind dies:
  - rohstoffgewinnende Berufe (BHF 1)
  - Verkehrs-, Lager-, Transport, Sicherheits- und Wachberufe (BHF 5)
  - technisch-naturwissenschaftliche Berufe (BHF 8)
  - Lehrberufe (BHF 12)
- Nachfrageüberschuss 2030: Die 3. Gruppe umfasst Berufshauptfelder, für die die Projektionen ein quantitativ nicht ausreichendes Arbeitskräfteangebot projizieren, wo also ein Arbeitskräfteengpass auftreten kann. Hierzu zählen:
  - be-, verarbeitende und instandsetzende Berufe (BHF 2)
  - Berufe im Warenhandel und Vertrieb (BHF 4)
  - Gastronomie- und Reinigungsberufe (BHF 6)
  - Medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche, künstlerische Berufe (BHF 10)
  - Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger (BHF 11)

Arbeitskräftelücken wie auch -überhänge werden in der Realität allerdings nicht so eintreten. Sowohl regional als auch unterhalb der hier dargestellten Berufshauptfelder kann es zu Engpässen kommen, die auf den höheren Aggregatebenen nicht auftreten. Zudem können antizipatorische Anpassungsreaktionen der Unternehmen auf der Nachfrageseite, sich wandelnde Ausbildungs- und Berufsoptionen der Jugendlichen auf der Angebotsseite sowie mögliche politische Interventionen Arbeitskräftelücken und -überhänge entschärfen.

Anpassungsreaktionen bei Arbeitskräfteengpässen gestalten sich umso einfacher, je weniger spezia-

lisiert der Arbeitskräftebedarf ist, weil in solchen Fällen keine langfristigen Qualifizierungsprozesse initiiert werden müssen. Insofern erscheint der hohe Arbeitskräftebedarf des Berufshauptfeldes „Gastronomie- und Reinigungsberufe“ vergleichsweise wenig problematisch, weil in ihm hohe Anteile von Beschäftigten ohne Ausbildungsabschluss oder in Schule/Ausbildung tätig sind.

Die entgegengesetzte Konstellation bieten die Berufsfelder, in denen der Anteil an Hochqualifizierten groß und die Flexibilität gering ist, weil antizipatorische Anpassungsleistungen in diesen Fällen vor allem langwierige Qualifizierungsprozesse voraussetzen.

(Robert Helmrich, Gerd Zika [Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung], Manuel Schandock, Tobias Maier, Felix Bremser, Peter Bott)

A9.3 Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Der Anteil der jungen Menschen, die ohne Berufsabschluss bleiben („Ungelernte“, nicht formal Qualifizierte [nfQ] E), liegt bereits seit vielen Jahren bei rund 15 %. Im Zeitverlauf sind geringe Veränderungen beobachtbar, ohne dass ein eindeutiger Trend zu erkennen wäre. Die nachfolgenden Ergebnisse beruhen auf den Daten des Mikrozensus 2009 (vgl. E in Kapitel A9.1.2). Sie beziehen sich auf die 20- bis 34-Jährigen, die in drei Kohorten von je 5 Jahrgängen (20–24, 25–29, 30–34 Jahre) betrachtet werden.

E Nicht formal Qualifizierte (nfQ)

Unter nfQ bzw. „Ungelernte“ werden alle (erwerbsfähigen) Personen zusammengefasst, die keine „erfolgreiche, zertifizierte Teilnahme an formalen (standardisierten, staatlich ge-

Tabelle A9.3-1: **Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von 1996 bis 2009**

Jahr	20- bis 24-Jährige	20- bis 29-Jährige		20- bis 34-Jährige	
	Ungelerntenquote in %	Ungelerntenquote in %	absolut (in Mio., hochgerechnet)	Ungelerntenquote in %	absolut (in Mio., hochgerechnet)
1996	14,8	14,6	1,57	14,7	2,59
1997	15,1	14,6	1,50	14,3	2,45
1998	15,1	14,7	1,45	14,1	2,34
1999	14,8	14,7	1,40	14,6	2,37
2000	14,4	14,4	1,32	13,9	2,17
2001	14,3	14,5	1,32	14,1	2,15
2002	15,1	15,2	1,37	14,6	2,20
2003	14,6	14,9	1,36	14,6	2,15
2004	14,5	14,9	1,37	14,3	2,05
2005[1]	16,5	16,5	1,57	16,9	2,40
2007	14,5	15,2	1,45	15,3	2,24
2008	15,3	14,9	1,46	14,9	2,16
2009	14,1	14,6	1,44	15,2	2,21

[1] Aufgrund einer veränderten Erhebungsmethode sind die Ergebnisse des Mikrozensus ab 2005 nur unter Vorbehalt mit denen der Vorjahre vergleichbar (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A8).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 1996 bis 2009, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A9.3-2: **Junge Erwachsene ohne beruflichen Abschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren 2009**

	Mit beruflichem Abschluss		Ohne beruflichen Abschluss		Insgesamt		Anteil nfQ in %
	abs. (in Tsd.)	in %	abs. (in Tsd.)	in %	abs. (in Tsd.)	in %	
Männlich	6.279	50,9	1.105	50,1	7.384	50,8	15,4
Weiblich	6.059	49,1	1.102	49,9	7.161	49,2	15,0
Insgesamt	**12.338**	**100,0**	**2.207**	**100,0**	**14.545**	**100,0**	**15,2**
20–24 Jahre	4.195	34,0	688	31,2	4.883	33,6	14,1
25–29 Jahre	4.225	34,2	748	33,9	4.973	34,2	15,0
30–34 Jahre	3.918	31,8	771	34,9	4.688	32,2	16,4
Insgesamt	**12.338**	**100,0**	**2.207**	**100,0**	**14.545**	**100,0**	**15,2**
Hauptschulabschluss	2.123	17,2	997	45,2	3.120	21,5	32,0
Realschulabschluss	4.286	34,7	454	20,6	4.740	32,6	9,6
Studienberechtigung	5.761	46,7	356	16,1	6.117	42,1	5,8
Kein Abschluss	168	1,4	400	18,1	568	3,9	70,4
Insgesamt	**12.338**	**100,0**	**2.207**	**100,0**	**14.545**	**100,0**	**15,2**
Deutsche	10.886	88,2	1.421	64,4	12.306	84,6	11,6
Ausländer[1]	1.452	11,8	787	35,7	2.239	15,4	32,7
Insgesamt	**12.338**	**100,0**	**2.207**	**100,0**	**14.545**	**100,0**	**15,2**
Ostdeutschland	2.534	20,5	359	16,3	2.894	19,9	12,4
Westdeutschland	9.804	79,5	1.848	83,7	11.651	80,1	15,9
Insgesamt	**12.338**	**100,0**	**2.207**	**100,0**	**14.545**	**100,0**	**15,2**

[1] Auch doppelte Staatsangehörigkeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2009, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

regelten oder anerkannten) Bildungsgängen" (Gottsleben 1987, S. 1) vorweisen können, also den Abschluss einer dualen oder rein schulischen Berufsausbildung oder eines Fachhochschul- oder Hochschulstudiums (oder gleichwertigen Abschlusses). Personen mit Anlernausbildung bzw. mit einem Praktikum gelten als nicht formal qualifiziert. Da sich unter den nfQ vor allem in den untersuchten Altersjahrgängen noch eine erhebliche Anzahl von Personen befindet, die ihre berufliche Ausbildung noch nicht beendet haben oder ihre Wehrpflicht leisten, wurden bei der Auswertung der Mikrozensusdaten folgende Personen nicht zu denjenigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gezählt: Schüler/-innen, Studierende, Auszubildende, Wehr- oder Zivildienstleistende und Personen in Maßnahmen der beruflichen Fort- und Weiterbildung und Umschulung.

Im Jahr 2009 waren 2.207.000 junge Menschen im Alter von 20 bis unter 35 Jahren ohne beruflichen Abschluss → **Tabelle A9.3-1**. Das entspricht einem Anteil von 15,2 % in dieser Alterskohorte. Gegenüber dem Vorjahr (2008) ist sowohl die Anzahl (2,16 Mio.) als auch der Anteil (14,9 %) an der Wohnbevölkerung in der Altersgruppe der 20- bis unter 35-Jährigen leicht angestiegen, wobei dieser Anstieg bei den älteren Alterskohorten erfolgte → **Tabelle A9.3-2** (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Tabelle A8-2). So stieg die Quote der nfQ in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen von 14,4 % (2008) auf 15,0 % (2009) und bei den 30- bis 34-Jährigen von 15,0 % (2008) auf 16,4 % (2009). Bei den jüngeren Kohorten (20- bis 24-Jährige) ist hingegen eine Verringerung des An-

teils der nfQ von 15,3 % (2008) auf 14,1 % (2009) zu beobachten. Dieses Ergebnis könnte auf eine Trendwende bei den jüngeren Kohorten hindeuten. Der Befund muss allerdings noch anhand von neueren Mikrozensusdaten geprüft werden.[249]

Frauen in der Altersgruppe 20 bis unter 35 bleiben mit 15,4 % etwas häufiger als Männer (15,0 %) ohne formale Qualifikation →**Tabelle A9.3-2**. Die Höhe der Quote an nfQ hängt sehr stark mit den erreichten Schulabschlüssen zusammen: Von den Personen, die über keinen Schulabschluss verfügen, sind 70 % ohne einen Berufsabschluss. Bei denjenigen mit Hauptschulabschluss sind es 32 % und bei denjenigen mit Realschulabschluss fast 10 %. Von den Abiturienten und Abiturientinnen sind es knapp 6 %.[250] Neben sozialen und individuellen Merkmalen beeinflussen auch politische Maßnahmen den Bildungserfolg: In Ostdeutschland liegt die Quote der 20- bis unter 35-Jährigen ohne Berufsabschluss bei 12,4 %, in Westdeutschland bei 15,9 %. Hier zeigt sich die Wirkung des Ausbildungsplatzprogrammes Ost. Besonders deutlich tritt der Unterschied bei der ältesten Teilgruppe, den 30- bis 34-Jährigen, hervor: Die Ungelerntenquote liegt in Westdeutschland bei 17,3 %, in Ostdeutschland bei 12,9 %.

(Uta Braun, Manuel Schandock)

---

249 Eine plausible Annahme ist, dass die Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt zu einer Verringerung der Ungelerntenquote beigetragen haben könnte. Die Quote der nfQ hängt jedoch noch von verschiedenen Faktoren ab, wie etwa dem Anteil der Personen, die weiter eine Schule besuchen, und dem Anteil der Alterspopulation, der sich in betrieblicher, außerbetrieblicher oder schulischer Ausbildung befindet oder studiert, sodass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu früh ist, um auf eine klare Trendwende zu schließen.

250 Bei den Schulabschlüssen handelt es sich nicht nur um die Abschlüsse, mit denen die allgemeinbildende Schule verlassen wurde. Hauptschul- und Realschulabschlüsse können auch im Berufsvorbereitungsjahr und bei Vorliegen bestimmter Bedingungen im Rahmen einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung erworben werden. Der mit 3,9 % außerordentlich niedrig erscheinende Anteil derer ohne Schulabschluss an allen Schulabschlüssen gibt einen Eindruck davon, in welchem Maße nach Verlassen der Schule noch allgemeine Schulabschlüsse erworben werden. Vgl. Vereinbarung über den Abschluss der Berufsschule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01.06.1979 i. d. F. vom 04.12.1997); siehe: **http://www.kmk.org/dokumentation/veroeffentlichungen-beschluesse/bildung-schule/berufliche-bildung.html**.

B Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung

Das Wichtigste in Kürze

Auf der Basis ausgewählter Indikatoren werden im Kapitel B wichtige Entwicklungen in der beruflichen Weiterbildung dargestellt. Folgende Ergebnisse sind hervorzuheben:

- Daten des AES zu einem Vergleich der **Weiterbildung von Erwerbstätigen** für die Erhebungsjahre 2007 und 2010 zeigen einen Rückgang der Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung für Deutschland insgesamt sowie für West- und Ostdeutschland. Die Rückgänge bezogen sich dabei sowohl auf die betriebliche als auch die individuelle berufsbezogene Weiterbildung.
- **Frauen** hatten mit 33 % eine geringere Weiterbildungsquote als **Männer** (38 %). Die unterschiedliche Beteiligung von Männern und Frauen lässt sich dabei nur für die betriebliche Weiterbildung, nicht aber für die individuelle Weiterbildung beobachten.
- Vergleicht man die Weiterbildungsbeteiligung von Deutschen ohne und mit **Migrationshintergrund** und von Ausländern, so ist festzustellen, dass die Teilnahmequoten für Deutsche mit Migrationshintergrund und für Ausländer deutlich niedriger liegen.
- Hinsichtlich des **Schulabschlusses** bleibt es auch für die jüngsten Daten dabei, dass sich die Wahrscheinlichkeit für eine Weiterbildungsteilnahme mit höheren Schulabschlüssen deutlich erhöht.
- Auf der Grundlage von Daten des IAB-Betriebspanels beteiligten sich 2010 44 % der Betriebe an der Finanzierung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen. Die **Weiterbildungsbeteiligung** hängt dabei deutlich von der Betriebsgröße ab und ist in Großbetrieben traditionell deutlich höher als in kleinen und mittleren Betrieben. Nach den Ergebnissen des IAB hat die betriebliche Weiterbildungsaktivität im vergangenen Jahr leicht abgenommen.
- Nach Daten des BIBB-Qualifizierungspanels ist die **Weiterbildungsbeteiligung** von Ausbildungsbetrieben deutlich höher als die von Nichtausbildungsbetrieben. Dieser Unterschied bleibt auch bei der Differenzierung der Betriebe nach mehreren ausgewählten Strukturmerkmalen bestehen.
- Die Anzahl der **Fortbildungsprüfungen** betrug 2010 rund 110.000. Im Handwerk hat sich die Zahl der Prüfungen gegenüber dem Vorjahr um rund 8.500 erhöht, während sie sich im Bereich Industrie und Handel um ca. 5.300 verringert hat.
- Die WB-Monitor-Umfrage 2011 zeigt, dass das **Geschäftsklima** in der Weiterbildung stark vom Finanzier abhängig ist. Während bei Weiterbildungsanbietern, welche vor allem durch die Arbeitsagenturen finanziert werden, das Geschäftsklima deutlich gefallen ist und negative Werte erreicht hat, entwickelt sich das Geschäftsklima bei von Betrieben finanzierten Anbietern positiv.
- Das **Kursangebot der Volkshochschulen** an beruflicher Weiterbildung umfasste im Jahr 2010 bundesweit 70.800 Veranstaltungen und ist im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Der Programmbereich Arbeit-Beruf umfasste dabei 12,3 % der Kurse an Volkshochschulen insgesamt.
- Für 2010 werden insgesamt 203.083 Teilnahmen an staatlich zugelassenen **Fernlehrgängen** ausgewiesen.
- Im Jahr 2010 gab es rund 486.000 Eintritte in **Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung** nach SGB III und SGB II. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang von mehr als einem Fünftel zu verzeichnen. Der Jahresdurchschnittsbestand betrug 188.782 und ist gegenüber dem Vorjahr dagegen nur um knapp 5 % zurückgegangen.
- Im Jahr 2009 wurden im Rahmen des **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes** 166.395 Personen gefördert. Gegenüber dem Vorjahr stellt dies eine Steigerung um 5,6 % dar. Eine Vollzeitmaßnahme absolvierten 39 % und eine Teilzeitmaßnahme 61 % der Personen.
- Insgesamt gibt es zurzeit 218 **Regelungen des Bundes** für die berufliche Fortbildung und Umschulung. 91 Rechtsverordnungen entfallen dabei auf handwerkliche Meisterprüfungen.
- Im Schuljahr 2008/2009 gab es an **Fachschulen** 47.757 Absolventen mit bestandener Abschlussprüfung.

(Günter Walden)

B1 Beteiligungsstrukturen

B1.1 Beteiligung der Bevölkerung an berufsbezogener Weiterbildung

Weiterbildung hat in der politischen Diskussion einen hohen Stellenwert für den Aufbau und Erhalt von Qualifikationen und Kompetenzen einer alternden Erwerbsbevölkerung in Zeiten eines raschen Wandels der Arbeitswelt und ihrer Anforderungen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 135). Die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit „Employability" der Bevölkerung ist eines der zentralen Ziele des europäischen Aktionsprogramms zum lebenslangen Lernen (Education and Training – ET 2020) (Europäische Kommission 2001, S. 9; Bundesinstitut für Berufsbildung 2009b, S. 3). Mit dem Adult Education Survey (AES) wurde eine umfangreiche Datengrundlage geschaffen, auf deren Basis differenzierte Analysen der Weiterbildungsbeteiligung nach Personengruppen, Berufsbezug, Lernformen und vielen weiteren Kriterien möglich sind E. Die Beteiligung von Erwerbstätigen an beruflicher Weiterbildung kann anhand der Daten des Mikrozensus (MZ) dargestellt werden (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel B1.1.2).[251]

E Messung der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung im Adult Education Survey (AES) und in anderen Berichtssystemen

Der AES ist als Erhebung zur Erwachsenenbildung aufgrund einer Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates nunmehr verpflichtend für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Er ist die thematisch umfangreichste Erhebung zum lebenslangen Lernen. Die Piloterhebung zum AES wurde auf freiwilliger Basis in 29 Ländern zwischen 2006 und 2008 durchgeführt, die Regelerhebung soll ab 2012 regelmäßig alle 5 Jahre in den Mitgliedstaaten stattfinden.

In den beteiligten Ländern werden jeweils repräsentative Stichproben der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung zu ihren Lernaktivitäten in den letzten 12 Monaten befragt. Die Erfassung der Lernaktivitäten erfolgt nach der Classification of Learning Activities (CLA; Eurostat 2006) getrennt nach formaler Bildung, non-formaler Bildung und informellem Lernen (siehe unten). Zusätzlich werden Informationen zum soziodemografischen Hintergrund, zur Bildungsbiografie, zu den Themen und zu den Anbietern von Bildungsmaßnahmen, zu Weiterbildungsbarrieren, Teilnahmemotiven, Kostenübernahme, neuen Lernformen (E-Learning) und Kompetenzen im Bereich der PC-Kenntnisse und Fremdsprachen erfragt.

Die Erhebung erfolgt „gestützt", d. h., es werden den Befragten verschiedene mögliche Maßnahmetypen beispielhaft genannt, um die Erinnerung an die Teilnahme anzuregen. Daher liegen die mit dem AES gemessenen Teilnahmequoten deutlich über denen anderer Erhebungen (z. B. dem Mikrozensus), in denen die Weiterbildungsteilnahme ungestützt erfragt wird und bei denen die Weiterbildungsteilnahme nur eine unter vielen Fragen zu anderen Themen ist. Der Berufsbezug der non-formalen Maßnahmen wird im AES über die Frage nach dem subjektiven Zweck der Bildungsteilnahme dargestellt, ob hauptsächlich aus beruflichen Gründen oder mehr aus privatem Interesse teilgenommen wurde. Weiter ausdifferenziert wird nach betrieblicher, individueller berufsbezogener und nicht berufsbezogener Weiterbildung (siehe unten).

Von 1979 bis 2007 wurde in Deutschland im dreijährigen Turnus das Berichtssystem Weiterbildung (BSW) erstellt. Hier erfolgte die Erhebung beruflicher Weiterbildung noch nach einem anderen Konzept, wonach berufliche und allgemeine Weiterbildung von vornherein in der Befragung getrennt wurden (vgl. für die entsprechende Zeitreihe und Erläuterungen zu methodischen Details BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B1.1). In Deutschland soll der AES in Anknüpfung an diese Tradition jeweils zusätzlich zum fünfjährigen Turnus der europäischen Erhebung einmal dazwischen durchgeführt werden. Dies ist erstmalig mit dem AES 2010 geschehen. Befragt wurden 2007 und 2010 je etwa 7.000 Personen im Alter von 19 bis 64 (2007) bzw. 18 bis 64 (2010) Jahren.

Für eine differenzierte Bildungsberichterstattung ist es von Interesse, die Beteiligung an berufsbezogener von nicht berufsbezogener Weiterbildung zu trennen, um die Teilnahme an Lernaktivitäten mit beruflichem Kontext und Arbeitsplatzbezug separat beschreiben zu können. In der Tradition der deutschen Bildungsberichterstattung wurde lange Zeit

251 Vorbehaltlich der Verfügbarkeit der MZ-Daten werden diese Analysen in einem 2-jährigen Turnus durchgeführt. Für den BIBB-Datenreport 2013 ist dementsprechend eine Aktualisierung der Ergebnisse auf Basis des MZ 2010 geplant.

nach allgemeiner und beruflicher Weiterbildung unterschieden, die im Berichtssystem Weiterbildung nach einer je eigenen Systematik abgefragt wurden (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B1.1). Diese Unterscheidung lässt sich mit der neuen Datengrundlage des AES nicht mehr in der gleichen Weise abbilden. Der AES unterscheidet sich vom BSW einerseits durch die Zuordnung der abgefragten Lernaktivitäten (formal – non-formal – informell) E und andererseits durch die Abbildung des beruflichen Bezugs der Lernaktivität (vgl. für nähere Erläuterungen BIBB-Datenreport 2011, Kapitel B1.1.1 und von Rosenbladt/Bilger 2008, S. 25 ff. und S. 70 ff.).

E Formale – non-formale – informelle Bildung

Unter die formale Bildung fallen alle sogenannten „regulären Bildungsgänge", also Schulbesuch, duale Berufsausbildung, Studium, aber auch Lehrgänge der IHK, die zu einem anerkannten Abschluss führen (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2008, S. 49). Non-formale Bildung sind demgegenüber Kurse, Seminare, Vorträge, Einzelunterricht am Arbeitsplatz oder in der Freizeit sowie Fernunterricht und E-Learning, die nicht unter die regulären Bildungsgänge fallen (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2008, S. 20). Informelles Lernen sind schließlich alle Lernaktivitäten, die vom Individuum bewusst und zielgerichtet (intentional) unternommen werden und ohne institutionalisierte Lehrer-Lerner-Beziehungen stattfinden.

Im AES wird anhand der vorliegenden Informationen eine Dreigliederung der Weiterbildungsaktivitäten nach den Sektoren betriebliche, individuelle berufsbezogene und nicht berufsbezogene Weiterbildung vorgenommen, die erstmals mit den Daten von 2007 dargestellt wurde (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2008, S. 75) und mit den Daten von 2010 mit einer leicht modifizierten Definition fortgeführt wurde (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2011a, S. 35 ff.) E.

E Betriebliche – individuelle berufsbezogene – nicht berufsbezogene Weiterbildung

Als betriebliche Weiterbildung gelten im deutschen AES Lernaktivitäten, die ganz oder überwiegend in der bezahlten Arbeitszeit stattfinden und/oder für die der Arbeitgeber mindestens einen Teil der Kosten getragen hat (z. B. Spanisch-Kurs für Mitarbeiter, die ins Ausland gehen sollen, während der Arbeitszeit).[252] Als individuelle berufsbezogene Weiterbildung werden solche Lernaktivitäten eingeordnet, die nicht unter die betriebliche Weiterbildung fallen, aber von den Individuen „hauptsächlich aus beruflichen Gründen" wahrgenommen wurden (z. B. Spanisch-Kurs in der Freizeit ohne relevante Kostenbeteiligung des Arbeitgebers, wenn der/die Teilnehmende damit einen beruflichen Zweck verbindet). Nicht berufsbezogene Weiterbildung sind solche Aktivitäten, die nicht betrieblich in o. g. Sinne sind und nach Auskunft des/der Befragten „mehr aus privatem Interesse" belegt wurden (z. B. Spanisch-Kurs in der Freizeit, wenn der/die Teilnehmende dies aus privaten Gründen, z. B. Urlaub, lernt). Gemäß dieser Definition sind im AES 2010 59 % aller non-formalen Lernaktivitäten der betrieblichen Weiterbildung, 23 % der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung und 18 % der nicht berufsbezogenen Weiterbildung zuzuordnen (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2011a, S. 38). Damit verschiebt sich im Vergleich zum BSW der Schwerpunkt hin zu im weitesten Sinne beruflichen Bildungsmaßnahmen (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2008, S. 72).[253]

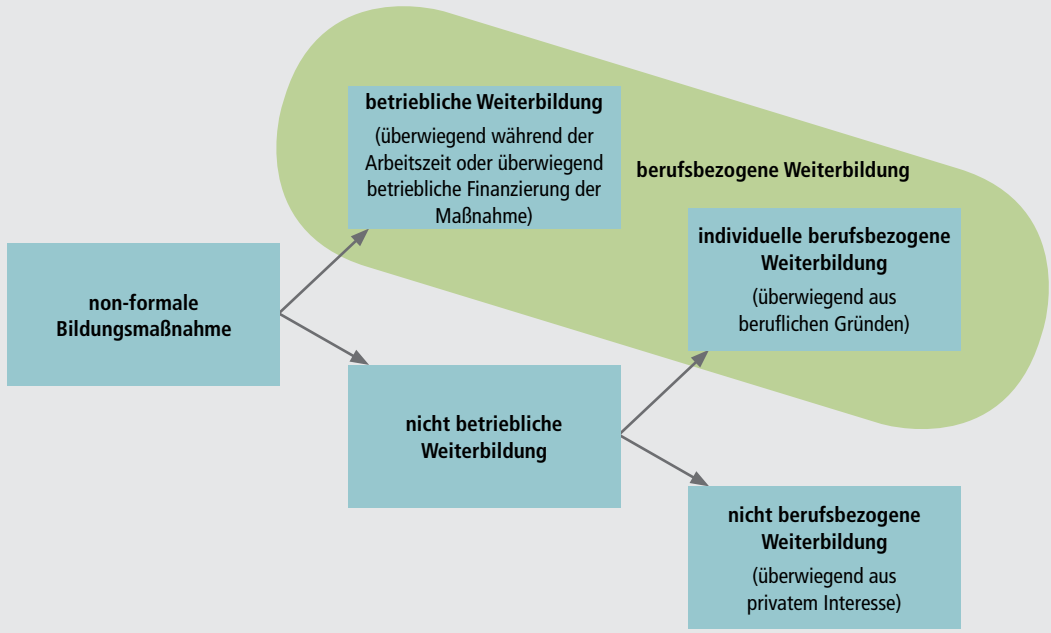
Im Kontext dieses Datenreports wird anhand der vorliegenden Informationen die Teilnahmequote an berufsbezogener Weiterbildung berichtet. Als berufsbezogene Weiterbildung werden hier die betriebliche und die individuelle berufsbezogene non-formale Bildung verstanden → **Schaubild B1.1-1**. Diese Wahl des Begriffs „berufsbezogen" soll deutlich machen, dass hier nunmehr ein anderer Ausschnitt des Lernens Erwachsener dargestellt wird als bei der beruflichen Weiterbildung nach BSW.

Unter dem Begriff „Weiterbildung" werden in der Berichterstattung zum deutschen AES nunmehr alle Maßnahmen der *non-formalen* Bildung gefasst, also organisierte und didaktisierte Lernaktivitäten

252 Im AES 2007 ist das Zusatzkriterium für die Abgrenzung der betrieblichen Weiterbildung nicht die betriebliche Finanzierung, sondern die betriebliche Anordnung der Maßnahme (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2008, S. 74 f.). Die in den folgenden Schaubildern dargestellten Werte nutzen die jeweils jahresspezifische Definition, da eine einheitliche Berechnung nach der Definition von 2010 aufgrund von Unterschieden in der Erhebungstechnik nicht möglich ist.

253 Das Beispiel „Spanisch-Kurs" wurde bewusst gewählt, um die Wirkung der neuen Definitionskriterien zu zeigen. Wie bei jeder Definition gibt es auch hier Unschärfebereiche (z. B. Bildungsurlaub, vgl. von Rosenbladt/Gnahs 2011, S. 125 f.). Zudem muss beachtet werden, dass die Teilnahmequote an berufsbezogener Weiterbildung möglicherweise überschätzt wird, weil die Individuen bei Unsicherheit aus Gründen sozialer Erwünschtheit vermutlich eher einen beruflichen Zweck angeben.

Schaubild B1.1-1: **Definition von berufsbezogener Weiterbildung für Daten des Adult Education Survey (AES)**



Eigene Darstellung unter Bezug auf von Rosenbladt/Bilger 2008, S. 72 und von Rosenbladt/Bilger 2011, S. 38

außerhalb regulärer Bildungsgänge (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2008, S. 30). Die Annäherung an Weiterbildung als „Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten Ausbildungsphase“ im Anschluss an eine Erwerbstätigkeit (Deutscher Bildungsrat 1970) wird vor allem über die Wahl der Altersgruppe hergestellt (siehe unten). Damit wird ein Teil dessen, was traditionell mit dem Begriff der beruflichen Weiterbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes verbunden wird (z. B. Aufstiegsfortbildung, Umschulung), nicht mehr als „Weiterbildung“ dargestellt, weil diese Formen der beruflichen Bildung normalerweise in einem regulären Bildungsgang stattfinden (z. B. Meisterkurs, duale Berufsausbildung) und daher im AES unter die *formale Bildung* fallen. Auch weiterbildende Studiengänge sind in dieser Abgrenzung von Weiterbildung damit nicht mehr berücksichtigt. Andere Formen der beruflichen Weiterbildung gemäß Berufsbildungsgesetz (z. B. Anpassungsfortbildung) können hier mit gefasst sein, je nachdem, welcher Art der Bildungsgang ist.

Ein Hintergrund für diese Abgrenzung ist, dass es im AES schwierig ist, zwischen wiederaufgenommener formaler Bildung und formaler Erstausbildung zu unterscheiden, die ja auch erst später im Erwachsenenalter stattfinden kann. Da zudem die non-formalen Aktivitäten das Gros aller Weiterbildungsmaßnahmen darstellen und die quantitativen Effekte einer Einrechnung der formalen Bildung in die Teilnahmequoten für Weiterbildung gering sind (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2011b, S. 210 ff.), erscheint die Beschränkung auf non-formale Bildung hier vertretbar (vgl. auch Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 136 ff.).

Teilnahme an berufsbezogener Weiterbildung

Die Teilnahmequote E ist der zentrale Indikator für die Beteiligung der erwerbsfähigen Bevölkerung an berufsbezogener Weiterbildung. In den folgenden Schaubildern werden die Teilnahmequoten jeweils für die 25- bis 64-jährige Bevölkerung ausgewiesen. Auch in der europäischen Berichterstattung und der internationalen Berichterstattung der OECD wird auf diese Altersgruppe Bezug genommen, mit dem Ziel, damit näherungsweise die Weiterbildungsaktivitäten und nicht die Erstausbildung zu erfassen.

E **Teilnahmequote an berufsbezogener Weiterbildung**

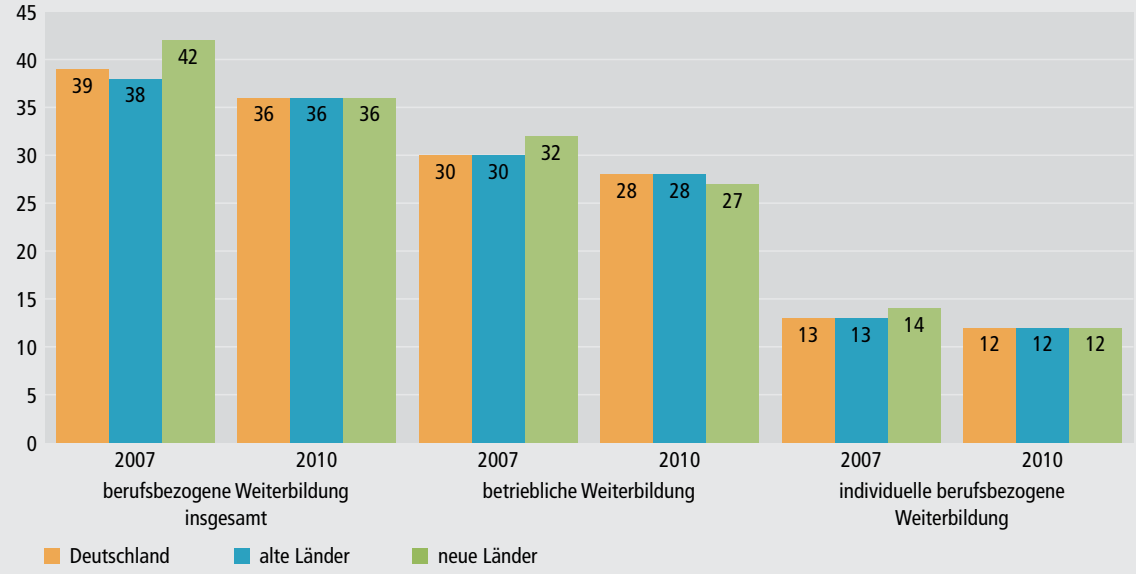
Die Teilnahmequote gibt den Anteil der Teilnehmer/-innen an allen befragten Personen wieder, die in den zurückliegenden 12 Monaten mindestens an einer Maßnahme teilgenommen haben, die der berufsbezogenen Weiterbildung im oben definierten Sinne zuzurechnen ist: Dies sind non-formale Bildungsmaßnahmen der betrieblichen oder individuellen berufsbezogenen Bildung.

Im Jahr 2007 nahmen insgesamt fast zwei Fünftel der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung mindestens an einer berufsbezogenen Weiterbildungsmaßnahme teil (39 %) → **Schaubild B1.1-2**. Die Teilnahmequote war mit 42 % in den neuen Ländern höher als in den alten Ländern mit 38 %. Dabei lag die Teilnahmequote in den neuen Ländern sowohl in der betrieblichen Weiterbildung als auch in der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung über der Beteiligung in den alten Ländern.

Das Niveau der Beteiligung ist in der betrieblichen Weiterbildung mit insgesamt 30 % Teilnahmequote deutlich höher als in der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung (13 %): Der Zugang zu berufsbezogener Weiterbildung erfolgt also in vielen Fällen über den Betrieb. Damit dient ein großer Teil der berufsbezogenen Weiterbildung der Weiterqualifizierung bzw. Kompetenzerweiterung zur Deckung eines Bedarfs im aktuellen Arbeitszusammenhang und wird deshalb vom Betrieb gefördert. Dies impliziert jedoch auch, dass Erwerbstätige von vornherein deutlich größere Chancen haben, sich beruflich weiterzubilden, als Personen, die aktuell nicht erwerbstätig sind → **Schaubild B1.1-3**.

Die Teilnahmequote im Sektor der nicht berufsbezogenen Weiterbildung lag 2010 deutschlandweit bei 10 % (2007: 9 %; eigene Berechnungen, ohne Schaubild) und ist damit im Gegensatz zur berufsbezogenen Weiterbildung leicht angestiegen. Ein Vergleich der Teilnahmequote in der allgemeinen Weiterbildung in weiter zurückliegenden Jahren ist aufgrund der unterschiedlichen Messkonzepte nicht möglich (für die Darstellung der Kategorien beruflicher Weiterbildung und allgemeiner Weiterbildung im BSW vgl. von Rosenbladt/Bilger 2008, S. 36 und S. 39; zu den Themenprofilen der 3 Weiterbildungssektoren mit dem AES 2010 vgl. von Rosenbladt/Gnahs 2011, S. 127, Bilger/Gnahs 2011, S. 144 und Gnahs/Bilger 2011, S. 151).

Schaubild B1.1-2: **Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Regionen 2007 und 2010 (in %)**



Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007 (N = 6.509), AES 2010 (N = 6.103), eigene Berechnungen, gewichtete Werte

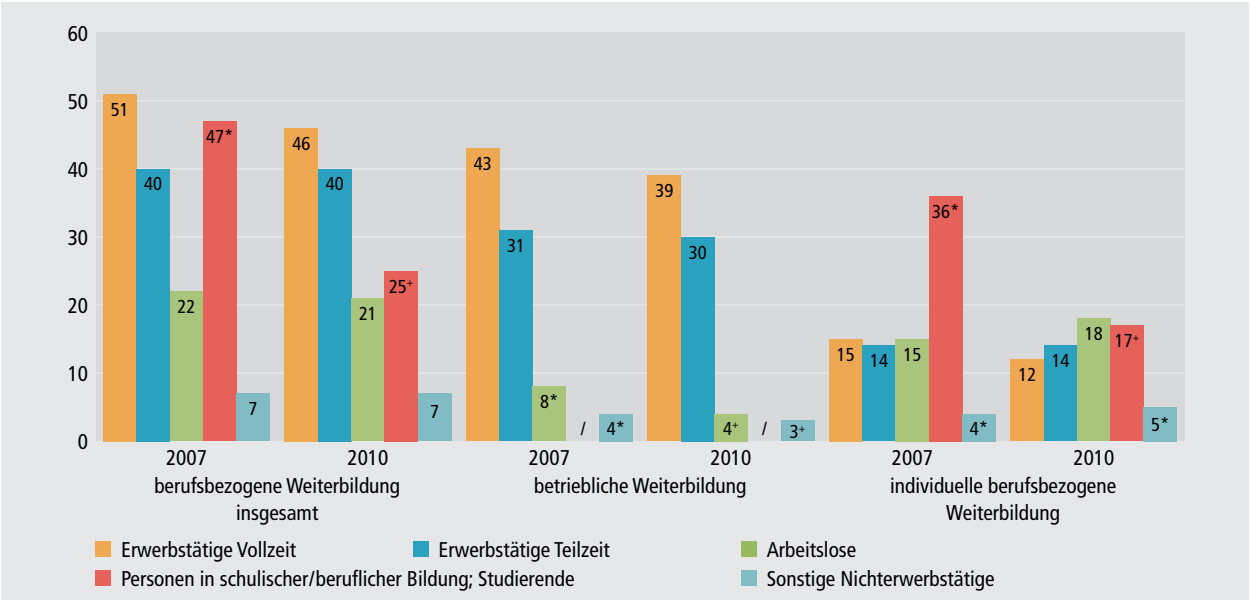
Zum Jahr 2010 hin ging die Teilnahmequote an berufsbezogener Weiterbildung insgesamt in beiden Landesteilen zurück auf 36 %. Eine mögliche Erklärung für diesen Rückgang ist in der Wirtschaftskrise des Jahres 2009 zu suchen, auf das sich die Beteiligungsinformationen des AES 2010 hauptsächlich beziehen (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2011a, S. 27 f.). Für diese Begründung spricht auch, dass sich der Rückgang in der betrieblichen Weiterbildung stärker auswirkt als in der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung: Während die Teilnahmequote in der betrieblichen Weiterbildung bundesweit um 2 Prozentpunkte zurückging, betrug der Rückgang dort nur 1 Prozentpunkt. Auffällig ist, dass 2010 so gut wie keine Unterschiede in den Teilnahmequoten zwischen alten und neuen Ländern zu beobachten waren, d. h., in den neuen Ländern hat ein verhältnismäßig starker Rückgang der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung stattgefunden, und zwar um 5 Prozentpunkte in der betrieblichen Weiterbildung und um 3 Prozentpunkte in der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung. Dies hat vermutlich mit der spezifischen wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland und der dortigen Betriebe zu tun (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2011a, S. 30).

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Erwerbsstatus

→ **Schaubild B1.1-3** zeigt die Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Erwerbsstatus. Die höchste Beteiligungsquote in der betrieblichen Weiterbildung weisen aktuell Vollzeiterwerbstätige auf, von denen 2007 51 % und 2010 46 % in den 12 Monaten vor der Befragung wenigstens an einer Maßnahme der berufsbezogenen Weiterbildung teilgenommen hatten. In Teilzeit Erwerbstätige haben sich in beiden Jahren jeweils zu 40 % an berufsbezogener Weiterbildung beteiligt. Die Werte für Personen in Ausbildung sind aufgrund der Fallzahlen mit einer Unsicherheit behaftet, sodass der beobachtete Unterschied nicht qualitativ interpretierbar ist. Arbeitslose sind zu 22 % (2007) bzw. 21 % (2010) an berufsbezogener Weiterbildung beteiligt, sonstige Nichterwerbstätige (Hausfrauen/-männer, Rentner/-innen, Wehr-/Zivildienstleistende, Personen in Elternzeit und Sonstige) zu jeweils 7 %.

Die Niveauunterschiede der Beteiligung der einzelnen Erwerbsstatusgruppen zeigen sich in der

Schaubild B1.1-3: **Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Erwerbsstatus 2007 und 2010 (in %)**



* = Fallzahl (ungewichtet) zwischen 40 und 80 Fällen; + = Fallzahl (ungewichtet) zwischen 20 und 40 Fällen;/ = Fallzahl (ungewichtet) unter 20 Fällen

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007 (N = 6.507), AES 2010 (N = 6.102), eigene Berechnungen, gewichtete Werte

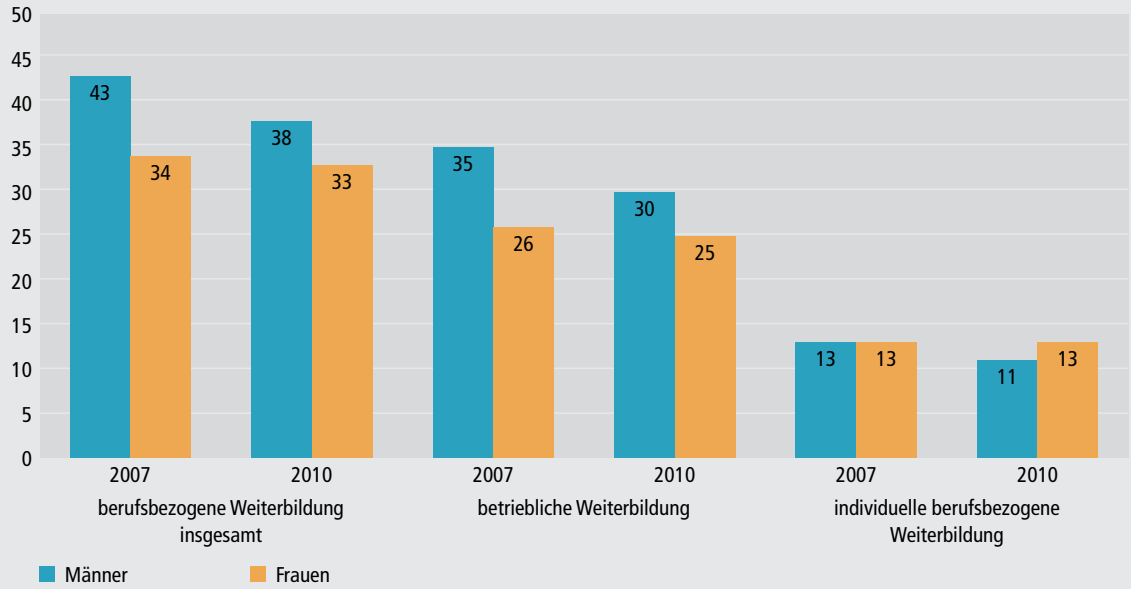
betrieblichen Weiterbildung ähnlich wie in der berufsbezogenen Weiterbildung insgesamt. Dass Arbeitslose und sonstige Nichterwerbstätige auch vereinzelt an betrieblicher Weiterbildung teilgenommen haben, ist überwiegend der Tatsache geschuldet, dass hier der aktuelle Erwerbsstatus berichtet wird, die Weiterbildungsaktivitäten aber bis zu 12 Monate vorher und damit ggf. in Erwerbstätigkeit stattgefunden haben können. In der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung verschieben sich jedoch die Gewichte: Arbeitslose weisen hier 2010 die höchste Teilnahmequote auf (18 %). Die Teilnahmequote Vollzeiterwerbstätiger liegt in diesem Jahr mit 12 % unter der Quote der Teilzeiterwerbstätigen (15 %). 2007 war die Beteiligung Vollzeiterwerbstätiger, Teilzeiterwerbstätiger und Arbeitsloser an individueller berufsbezogener Weiterbildung hingegen annähernd gleich.[254] Die Gruppe „sonstiger Nichterwerbstätiger" erreicht in beiden Weiterbildungssektoren Beteiligungsquoten von ca. 4 %.

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Geschlecht

Frauen beteiligen sich weniger an berufsbezogener Weiterbildung als Männer → **Schaubild B1.1-4**. Dabei hat sich der Unterschied in der Teilnahme in den zurückliegenden Jahren stetig verringert, wenn man die Daten des BSW zur beruflichen Weiterbildung betrachtet (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B1.1).

Die Daten des AES zeigen zwischen 2007 und 2010 einerseits einen Rückgang des Unterschieds zwischen den Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung insgesamt von 9 auf 5 Prozentpunkte. Andererseits belegt die neue Differenzierung zwischen betrieblicher und individueller berufsbezogener Weiterbildung, dass die unterschiedliche Beteiligung von Männern und Frauen auf eine unterschiedliche Teilnahme in der betrieblichen Weiterbildung zurückgeht; dagegen lagen schon 2007

Schaubild B1.1-4: **Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Geschlecht 2007 und 2010 (in %)**



Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007 (N = 6.509), AES 2010 (N = 6.103), eigene Berechnungen, gewichtete Werte

254 Der Stundenumfang von Maßnahmen der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung liegt jedoch bei Arbeitslosen deutlich über dem Erwerbstätiger (vgl. Bilger/Gnahs 2011, S. 142).

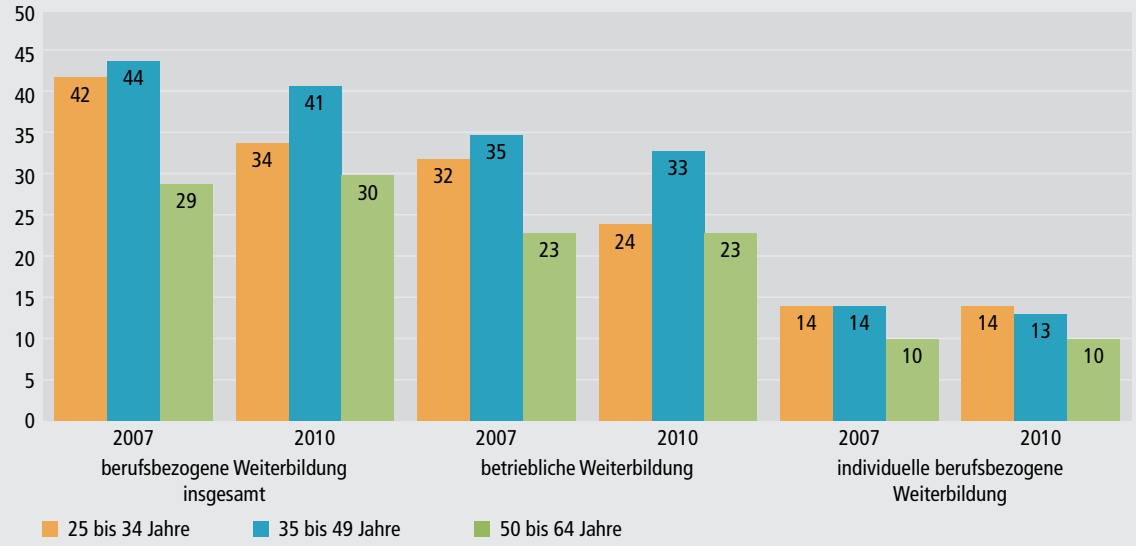
Frauen und Männer in der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung gleichauf, 2010 nahmen mehr Frauen als Männer an individueller berufsbezogener Weiterbildung teil.

Der entscheidende Faktor für die Möglichkeit zur Teilnahme an betrieblicher Weiterbildung liegt in der Erwerbstätigkeit. Vergleicht man die Weiterbildungsteilnahme nur von vollzeiterwerbstätigen Frauen und Männern, so liegt die Teilnahmequote von Frauen an betrieblicher Weiterbildung mit 40 % über der Teilnahmequote der Männer (39 %; eigene Berechnungen mit Daten des AES 2010, ohne Schaubild). Die insgesamt geringere Teilnahmequote der Frauen an berufsbezogener Weiterbildung ist also vermittelt über den Unterschied in der Erwerbsbeteiligung (in multivariaten Analysen verschwindet der Geschlechtseffekt, wenn der Erwerbsstatus kontrolliert wird, vgl. Kuwan/Eckert/Wieck 2008, S. 165). Die unterschiedliche Weiterbildungsbeteiligung von Frauen und Männern hängt damit auch stark von der familiären Situation ab (vgl. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung 2008, S. 35).

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Altersgruppen

Wie auch mit Daten des BSW für die berufliche Weiterbildung gezeigt wurde, sind die 35- bis 49-Jährigen die weiterbildungsaktivste Altersgruppe; dies gilt auch für die hier dargestellte berufsbezogene Weiterbildung → **Schaubild B1.1-5**. Während das Gesamtniveau der Beteiligung von 2007 auf 2010 sinkt, zeigen sich jedoch 2 besondere altersgruppenspezifische Entwicklungen: Die Teilnahmequote der 25- bis 34-Jährigen sinkt deutlich stärker ab als die der 35- bis 49-Jährigen, während die Teilnahmequote der ab 50-Jährigen entgegen dem Gesamttrend um 1 Prozentpunkt ansteigt. In den Einzelsektoren betriebliche und individuelle berufsbezogene Weiterbildung äußert sich diese Entwicklung als Stabilität der Teilnahmequote zwischen den Beobachtungszeitpunkten.[255] Dagegen sinken die Teilnahmequoten der beiden anderen Altersgruppen in der betrieblichen Weiterbildung ab.

Schaubild B1.1-5: **Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Altersgruppen 2007 und 2010 (in %)**



Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007 (N = 6.509), AES 2010 (N = 6.103), eigene Berechnungen, gewichtete Werte

255 Die Unterschiede sind durch Rundungseffekte bedingt.

Insgesamt ist die Weiterbildungsbeteiligung der Älteren, vor allem der Altersgruppen ab 55 Jahren, zwischen 2007 und 2010 stark gestiegen, betrachtet man die gesamte Weiterbildung unter Einschluss der nicht berufsbezogenen Weiterbildung (vgl. von Rosenbladt/Bilger 2011a, S. 64).

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Migrationshintergrund

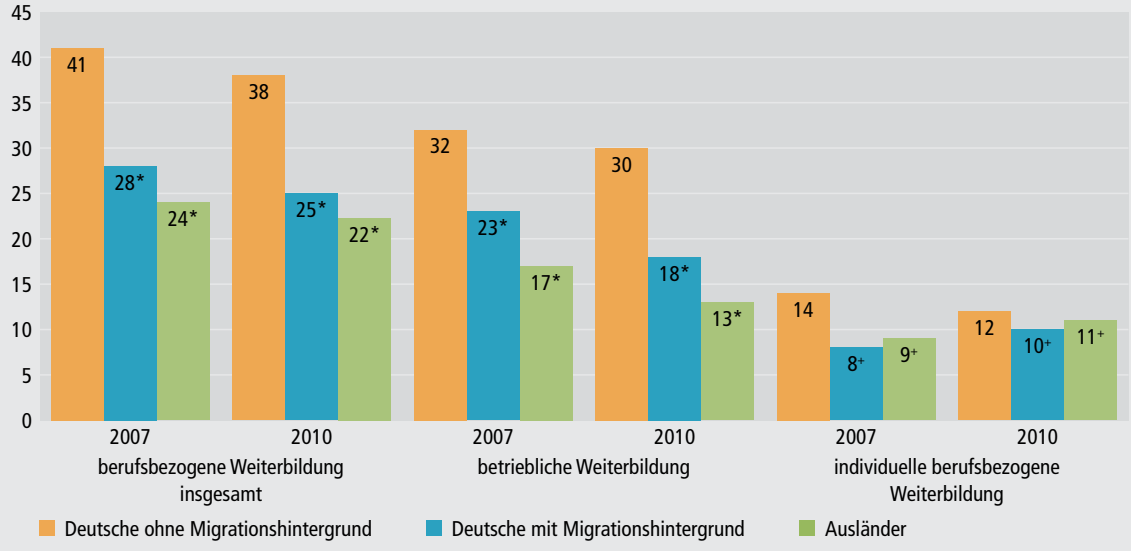
Migrantinnen und Migranten sind eine wichtige Zielgruppe der Bildungspolitik, was auch durch den Themenschwerpunkt im nationalen Bildungsbericht 2006 deutlich wurde (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2006). Allerdings ist die Datengrundlage zur Beteiligung an Weiterbildung noch unzureichend; die Aussagekraft der Daten der weiterbildungsspezifischen Berichtssysteme BSW und AES ist dadurch begrenzt, dass nur Migrantinnen und Migranten befragt wurden, die an einem Interview in deutscher Sprache teilnehmen konnten (vgl. Bilger/Hartmann 2011, S. 97). E

E Definition des Migrationshintergrundes

Die Einteilung der Befragten nach Migrationshintergrund erfolgt im AES 2010 anhand der Kriterien Staatsangehörigkeit und Muttersprache. Deutsche Staatsbürger mit deutscher Muttersprache werden als Deutsche ohne Migrationshintergrund,[256] deutsche Staatsbürger mit nicht deutscher Muttersprache als Deutsche mit Migrationshintergrund und ausländische Staatsbürger als Ausländer bezeichnet.

In der publizierten Auswertung des AES 2007 wurde eine andere Einteilung nach Staatsangehörigkeit und Herkunftsland vorgenommen (vgl. TNS Infratest Sozialforschung 2007); die hier dargestellten Auswertungen benutzen für beide Erhebungsjahre einheitlich die AES-Definition von 2010.

Schaubild B1.1-6: **Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Migrationshintergrund 2007 und 2010 (in %)**



* = Fallzahl (ungewichtet) zwischen 40 und 80 Fällen; + = Fallzahl (ungewichtet) zwischen 20 und 40 Fällen

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007 (N = 6.505), AES 2010 (N = 6.100), eigene Berechnungen, gewichtete Werte

256 Dies gilt auch dann, wenn neben dem Deutschen eine zweite Sprache als Muttersprache gesprochen wird (vgl. Bilger/Hartmann 2011, S. 97).

→ **Schaubild B1.1-6** zeigt die Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und Ausländern/Ausländerinnen im Vergleich. Die Befunde machen deutlich, dass die Teilnahmequote an berufsbezogener Weiterbildung bei den Ausländern niedriger liegt als bei den Deutschen, wobei die Deutschen ohne Migrationshintergrund wiederum eine sehr viel höhere Teilnahmequote aufweisen als die Deutschen mit Migrationshintergrund. Zwischen den Jahren 2007 und 2010 zeigt sich in der betrieblichen Weiterbildung ein leichter Rückgang des Gesamtniveaus, aber keine deutlichen Verschiebungen zwischen den Betrachtungsgruppen. In der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung liegt die Teilnahmequote der Ausländer/-innen 1 Prozentpunkt über der der Deutschen mit Migrationshintergrund; hier haben sich die Beteiligungsquoten zwischen den Vergleichsgruppen im Jahr 2010 der Tendenz nach angenähert.[257]

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Schulabschluss

Neben der Erwerbssituation ist der Schulabschluss E einer Person einer der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Teilnahme an Weiterbildung (vgl. Kuwan/Eckert/Wieck 2008, S. 165): Je höher der Schulabschluss einer Person, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich auch an Weiterbildung beteiligt. Dieses Bild zeigt sich auch für die berufsbezogene Weiterbildung mit den aktuellen Daten des AES → **Schaubild B1.1-7**.

E Kategorisierung der Schulabschlüsse

Die Bildungsabschlüsse werden im AES in 3 Kategorien unterteilt. Schulabschlüsse, die noch nach DDR-Recht erworben wurden, werden entsprechend berücksichtigt. Gibt eine Befragungsperson an, sie hätte keinen Abschluss, einen POS-8.-Klasse-Abschluss oder einen Volksschul- oder Hauptschulabschluss, wird sie der Kategorie niedriger Schulabschluss zugewiesen. Unter die Kategorie mittlerer Schulabschluss fallen alle Personen, die angeben, die mittlere Reife oder einen POS-10.-Klasse-Abschluss zu haben. Abitur und ein EOS-12.-Klasse-Abschluss werden unter hohem Schulabschluss zusammengefasst.

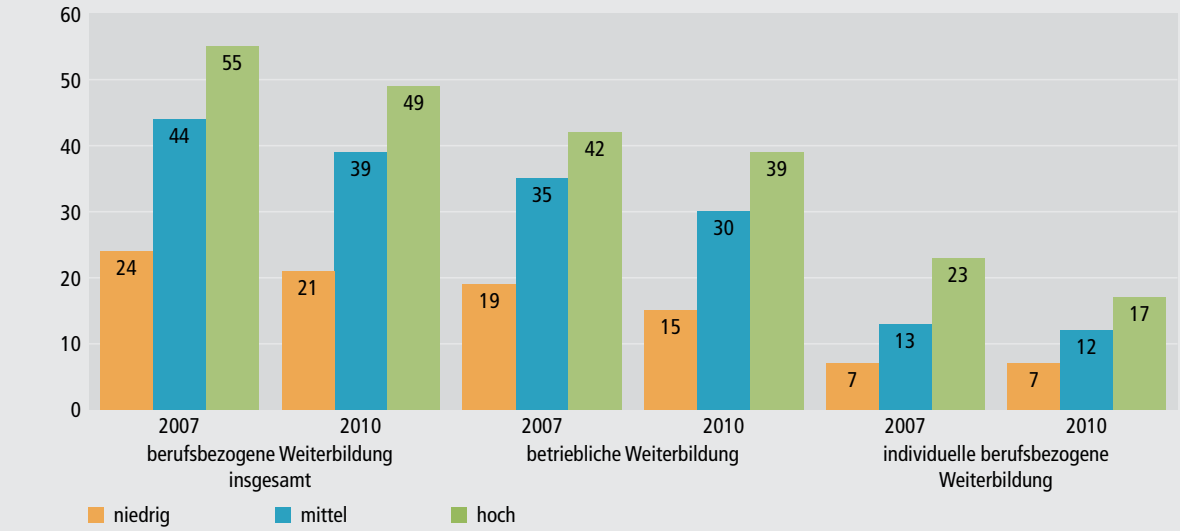
Im Vergleich zwischen 2007 und 2010 lassen sich leichte Niveauunterschiede für alle Sektoren der Weiterbildung beobachten; die Teilnahmequoten liegen 2010 tendenziell unter denen von 2007. Ansonsten ist jeweils ein deutlicher Abstand zwischen den niedrigsten Teilnahmequoten der Personen mit niedriger Schulbildung zu solchen mit mittlerer und von dort wieder zu Personen mit Abitur, Fachhochschulreife oder einem gleichwertigen Abschluss gegeben. Dabei lassen sich Unterschiede in der Entwicklung der Sektoren betriebliche und individuelle berufsbezogene Weiterbildung beobachten: Während Personen mit niedriger Schulbildung gegenüber den Personen mit hoher Schulbildung in der individuellen beruflichen Weiterbildung aufgeholt haben (Unterschied zwischen den Teilnahmequoten 2010: 10 Prozentpunkte, 2007: 16 Prozentpunkte), haben sich in der betrieblichen Weiterbildung die Weiterbildungsbedingungen für Personen mit niedriger Schulbildung relativ zu solchen mit hoher Schulbildung tendenziell verschlechtert; der Abstand der Teilnahmequoten beträgt 2010 24 Prozentpunkte, 2007 waren es noch 23 Prozentpunkte.

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach beruflichem Abschluss

Ähnlich wie beim Schulabschluss unterscheiden sich die Teilnahmequoten auch nach dem höchsten beruflichen Abschluss. Hier schlägt sich der Umstand nieder, dass in Deutschland generell ein enger Zusammenhang zwischen allgemeinen und beruflichen Bildungsabschlüssen besteht. → **Schaubild B1.1-8** illustriert, wie mit zunehmender Qualifikation die Teilnahmequote steigt. Zwischen 2007 und 2010 lassen sich gemäß dem allgemeinen Trend für alle Berufsabschlüsse leicht rückläufige Teilnahmequoten beobachten, mit einer Ausnahme: 2010 nahmen mit 10 % relativ etwas mehr Personen ohne Berufsaus-

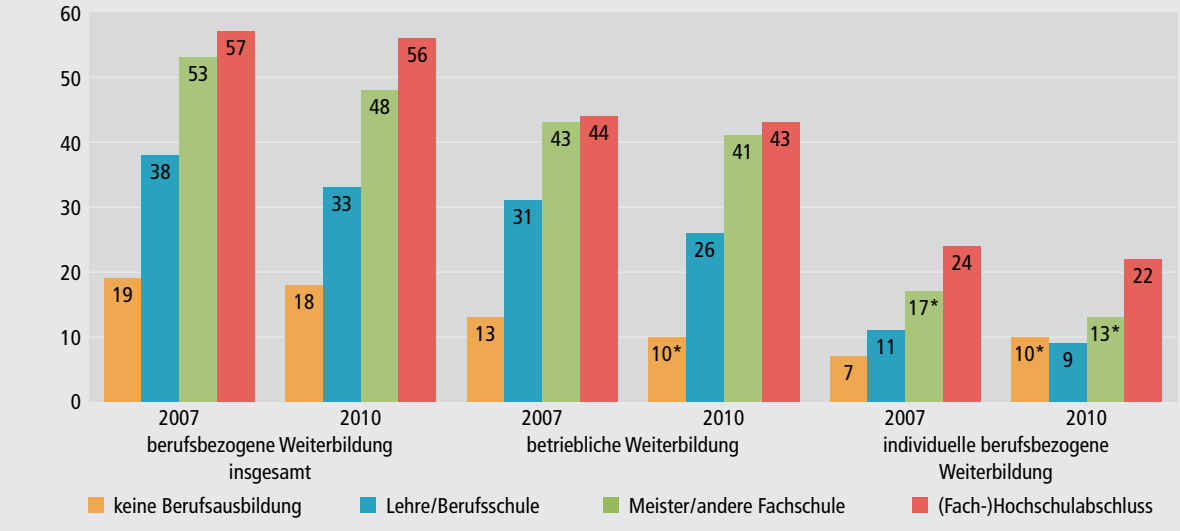
257 Bei der Interpretation der Werte für Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer/-innen sind die geringen Fallzahlen zu beachten → **Schaubild B1.1.6**. Die berichteten Prozentwerte sind daher nur als Näherungen zu verstehen.

Schaubild B1.1-7: **Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Schulabschluss 2007 und 2010 (in %)**



Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007 (N = 6.490), AES 2010 (N = 6.086), eigene Berechnungen, gewichtete Werte

Schaubild B1.1-8: **Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach beruflichem Abschluss 2007 und 2010 (in %)**



* = Fallzahl (ungewichtet) zwischen 40 und 80 Fällen

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007 (N = 6.402), AES 2010 (N = 6.020), eigene Berechnungen, gewichtete Werte

bildung als 2007 an individueller berufsbezogener Weiterbildung teil.[258] Auffällig ist weiterhin, dass die hohen Qualifikationsgruppen (Personen mit [Fach-]Hochschulabschluss, Meister oder Fachschulabschluss) vor allem in der betrieblichen Weiterbildung weniger von Rückgängen betroffen sind (die Teilnahmequote sinkt um 1 bzw. 2 Prozentpunkte) als die Absolvierenden einer betrieblichen Lehre oder Ausbildung an einer Berufsfachschule. Der Ten-

258 Aufgrund der geringen Fallzahl zeigt diese Zahl eher eine Tendenz als einen genauen Wert an.

denz nach zeigt sich hier derselbe Effekt wie beim Schulabschluss, dass die Schere zwischen Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und Hochqualifizierten mit (Fach-)Hochschulabschluss in der betrieblichen Weiterbildung aufgeht (Abstand der Teilnahmequoten 2007: 31 Prozentpunkte; 2010: 33 Prozentpunkte), während sich die Quoten in der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung annähern (Abstand der Teilnahmequoten 2007: 17 Prozentpunkte; 2010: 12 Prozentpunkte).

Zusammenfassend lässt sich für die Teilnahme an non-formaler berufsbezogener Weiterbildung festhalten, dass die Teilnahmequoten insgesamt und betrachtet für die meisten hier genannten Teilgruppen zwischen 2007 und 2010 leicht zurückgegangen sind. Dabei war die Beteiligung an der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung stabiler als in der betrieblichen Weiterbildung, die stärker von konjunkturellen Einflüssen bestimmt wird. Die festgestellten gruppenspezifischen Unterschiede entsprechen den bekannten Mustern sozialer Ungleichheit in der Weiterbildungsbeteiligung, wobei in der Entwicklung zwischen der betrieblichen und der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung teilweise Unterschiede bestehen.

Informelle berufsbezogene Weiterbildung

In den letzten Jahren hat sich die Diskussion um informelles Lernen intensiviert. Informelles Lernen gilt als passende Antwort auf den „schnellen Wandel von Arbeitsanforderungen in wissensbasierten Tätigkeiten, der allein mit berufsorientierten Erstausbildungskonzepten oder formalen Bildungsinterventionen nicht zu bewältigen ist“ (Severing 2010, S. 149). In Zeiten stagnierender Teilnahmequoten an organisierter Weiterbildung wird dem informellen Lernen kompensatorische Funktion zugesprochen verbunden mit der „Hoffnung, [das informelle Lernen] könne nachhaltig zur sozialen Integration und zur Verständigung in einer kulturell diversifizierten Gesellschaft beitragen“ (Brödel 2008, S. 116).

In der Definition des AES gilt als informelles Lernen „intentionales „Selbstlernen“ außerhalb von institutionalisierten Lehrer-Schüler-Beziehungen“ (von Rosenbladt/Bilger 2008, S. 55, siehe auch E). Beispiele sind Lesen von Büchern/Fachzeitschriften, gezielte Nutzung von elektronischen Medien, Führungen z. B. in Museen, Nutzung von Lernzentren oder Lernen von Familienmitgliedern, Freunden oder Kollegen (von Rosenbladt/Bilger 2008, S. 56).

In den letzten Jahren gab es unterschiedliche Konzepte zur Erfassung des informellen Lernens im letzten BSW 2007, im AES 2007 sowie im AES 2010. Unterschiede der Erhebungsinstrumente bestanden u. a. im Ausmaß der Unterstützung der Erinnerung (z. B. durch Nennung der oben genannten Beispiele) sowie in der Möglichkeit der Differenzierung des informellen Lernens nach berufsbezogen und nicht berufsbezogen. Daher sind über die letzten Jahre keine Trendaussagen möglich (zum Vergleich zwischen BSW 2007 und AES 2007 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B1.1; zum Vergleich zwischen AES 2007 und AES 2010 vgl. Kuwan/Seidel 2011, S. 221 f.).

Während im AES 2007 eine gestützte Fragetechnik verwendet wurde, hat man 2010 darauf verzichtet, dafür aber eine Unterscheidung zwischen informellem Lernen aus beruflichen Gründen und aus persönlichem Interesse eingeführt. Die Teilnahmequote am informellen Lernen insgesamt liegt im AES 2010 mit 25 % aller 25- bis 64-Jährigen weit unter der des Jahres 2007 (52 % derselben Altersgruppe, eigene Berechnungen). Nach den Daten des AES 2010 erfolgt informelles Lernen etwa zu gleichen Teilen aus beruflichen Gründen wie aus privatem Interesse und in etwa drei Fünftel der Fälle in der Freizeit, in zwei Fünftel der Fälle in der Arbeitszeit (vgl. Kuwan/Seidel 2011, S. 227; für detailliertere Auswertungen siehe ebenda, S. 222 ff.).

Für ein vollständiges Bild der berufsbezogenen Bildungsaktivitäten Erwachsener ist der Einbezug des informellen Lernens in Zukunft unverzichtbar; Trendaussagen werden sich jedoch erst nach Entwicklung einer über die Jahre kontinuierlichen Datengrundlage treffen lassen.

(Elisabeth Reichart, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B1.2 Betriebliche Weiterbildung

Betriebliche Weiterbildung ist ein wichtiger Teil des lebenslangen Lernens. Das IAB-Betriebspanel (**vgl. Kapitel B1.2.1**) und die CVTS-Studien (Continuing Vocational Training Survey) (**vgl. Kapitel B1.2.2**) sind – neben den Weiterbildungserhebungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) – zentrale Informationsquellen über die betriebliche Weiterbildung in Deutschland. Darüber hinaus werden in **Kapitel B1.2.3** Ergebnisse zur betrieblichen Weiterbildung auf Basis des im Jahr 2011 erstmalig durchgeführten BIBB-Betriebspanels zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung (kurz: BIBB-Qualifizierungspanel) berichtet.

B1.2.1 Betriebliche Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat auf Basis des IAB-Betriebspanels das betriebliche Weiterbildungsgeschehen in Deutschland analysiert. Dabei wird zur Erhebung der Paneldaten des Betriebspanels eine Stichprobe aus allen Betrieben der Bundesrepublik Deutschland mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gezogen. Nachfolgend werden die Ergebnisse zu den Indikatoren Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote dargestellt. Bislang wurden die Daten zur Weiterbildung in einem zweijährigen Rhythmus erhoben, seit 2008 erfolgt jedoch eine jährliche Abfrage. Weitere Indikatoren, ergänzende Informationen und methodische Erläuterungen sind der diesem Kapitel zugrunde liegenden Expertise des IAB zu entnehmen (**vgl. Kapitel A4.10.2**).[259]

Welche Betriebe bilden ihre Beschäftigten weiter, wie viele Betriebe nutzen diese Möglichkeit der Personalentwicklung? Die bilaterale Betrachtung der Weiterbildungsaktivität anhand zweier Indikatoren E soll einen Eindruck über die Verbreitung der betrieblichen Weiterbildung in Deutschland verschaffen. Das IAB-Betriebspanel stützt sich bei der Erfassung der Weiterbildung auf die direkte Befragung von Betrieben. Es berücksichtigt dabei Weiterbildungsaktivitäten, die ganz oder teilweise von den Betrieben finanziert bzw. durch Freistellung von Beschäftigten unterstützt wurden.

E Weiterbildungsbeteiligung

Der Indikator Weiterbildungsbeteiligung bezieht die Anzahl der Betriebe, die gemäß einer Frage des IAB-Betriebspanels im ersten Halbjahr eines Jahres weiterbildungsaktiv waren, auf die Anzahl aller Betriebe in Deutschland.

Weiterbildungsquote

Der Indikator Weiterbildungsquote wird als Quotient der Summe aller an Weiterbildungsmaßnahmen partizipierenden Mitarbeiter/-innen im ersten Halbjahr (Zähler) und der Summe aller Mitarbeiter/-innen zum Stichtag der Befragung (Nenner) ermittelt.

Weiterbildungsbeteiligung

Die Weiterbildungsbeteiligung hat unter den Betrieben in Deutschland lange Zeit leicht, aber dennoch stetig zugenommen →**Tabelle B1.2.1-1**. Gegenüber dem Wert von 2001 ergibt sich bis 2008 eine Progression um gut 13 Prozentpunkte. Dieses Wachstum ist sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern zu beobachten, wobei die Quote in Ost- stets leicht über der Westdeutschlands lag. Seit 2009 ist jedoch wieder ein Rückgang der Quote zu beobachten, welche mit 44 % inzwischen rund 5 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2008 liegt.

Bei der Differenzierung nach Betriebsgröße kommen 2 Phänomene zum Vorschein: Zunächst einmal ist die Weiterbildungsbeteiligung positiv mit der Betriebsgröße korreliert. Während unter den kleineren Betrieben zuletzt nur jeder Dritte (35 %) Weiterbildung anbot oder unterstützte, nimmt diese Quote entlang der Betriebsgröße zu, bis hin zu einer nahezu vollständigen Abdeckung unter den Großbetrieben (98 %). Dies ist insofern nicht überraschend, als der Schluss naheliegt, dass die Wahrscheinlichkeit der Förderung mindestens eines Beschäftigten bei größeren Betrieben höher ausfällt als bei kleineren, da dort unter anderem tendenziell

259 Die Expertise ist unter **http://datenreport.bibb.de/IAB-Expertise_fuer_den_Datenreport_zum_Berufsbildungsbericht_2012.pdf** einsehbar.

Tabelle B1.2.1-1: **Weiterbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)**

	2001	2003	2005	2007	2008	2009	2010
Alte Länder							
1–9 Beschäftigte	27	33	33	36	39	36	34
10–49 Beschäftigte	56	58	62	62	68	62	61
50–499 Beschäftigte	80	84	84	86	87	82	84
500 + Beschäftigte	97	98	97	95	98	97	97
Gesamt	**36**	**41**	**42**	**45**	**49**	**44**	**44**
Neue Länder							
1–9 Beschäftigte	29	37	38	41	44	39	38
10–49 Beschäftigte	58	63	62	67	67	61	60
50–499 Beschäftigte	82	87	85	86	90	82	84
500 + Beschäftigte	96	94	96	97	97	92	99
Gesamt	**37**	**44**	**45**	**48**	**51**	**45**	**45**
Bundesgebiet							
1–9 Beschäftigte	28	34	34	37	40	36	35
10–49 Beschäftigte	57	59	62	63	68	62	61
50–499 Beschäftigte	81	85	84	86	88	82	84
500 + Beschäftigte	97	97	97	95	98	96	98
Gesamt	**36**	**42**	**43**	**45**	**49**	**45**	**44**

Weiterbildungsbeteiligung: Anteil der Betriebe, die (in-)direkt Weiterbildung finanziert haben, an allen Betrieben.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2001–2010, hochgerechnete Angaben

mehr Einstellungen vorgenommen werden und somit auch mehr Einarbeitungen anfallen. Der Vergleich zwischen alten und neuen Ländern ergibt weiterhin, dass die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen bei Kleinstbetrieben (mit unter 9 Beschäftigten) in den neuen Ländern etwas über dem westdeutschen Niveau angesiedelt ist. Zudem ergibt eine Betrachtung des Zeitraumes seit 2001, dass sich die oben dargestellte Entwicklung der Weiterbildungsbeteiligung in allen Größenklassen und in beiden Landesteilen widerspiegelt, obgleich dies auf Großbetriebe am wenigsten zutrifft.[260]

260 Das Wachstum bei den Kleinstbetrieben erklärt auch teilweise, warum die Befragung CVTS3 von 2005 gegenüber der Befragung CVTS2 von 1999 einen Rückgang aufweist. Zu den methodischen Unterschieden zwischen IAB-Betriebspanel und CVTS3-Erhebung sowie den daraus resultierenden Divergenzen in den Ergebnissen vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel B1, Einleitung.

Weiterbildungsquote

Häufig wird darauf hingewiesen, dass kleinere Betriebe zwar seltener weiterbilden, dafür aber im Falle einer Förderung relativ mehr Mitarbeiter/-innen beteiligen würden. Nachdem bereits konstatiert wurde, dass kleine Betriebe tendenziell seltener weiterbilden, wird nachfolgend zum Test der eben genannten These die Weiterbildungsquote, also der Anteil der in Weiterbildung einbezogenen Beschäftigten, aller Betriebe verglichen.

Aus → **Tabelle B1.2.1-2** geht hervor, dass im Jahr 2010 ein Viertel (26 %) der Beschäftigten in Weiterbildungsmaßnahmen einbezogen war, wobei dieses Niveau seit 3 Jahren relativ konstant bleibt.

Tabelle B1.2.1-2: **Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)**

	2001	2003	2005	2007	2008	2009	2010
Alte Länder							
Einfache Tätigkeiten	6	11	8	9	–	12	–
Qualifizierte Tätigkeiten	21	27	22	27	–	33	–
Gesamt	**18**	**22**	**20**	**21**	**25**	**25**	**25**
Neue Länder							
Einfache Tätigkeiten	8	12	9	13	–	16	–
Qualifizierte Tätigkeiten	21	31	27	33	–	35	–
Gesamt	**19**	**26**	**25**	**27**	**30**	**29**	**30**
Bundesgebiet							
Einfache Tätigkeiten	6	11	8	10	–	12	–
Qualifizierte Tätigkeiten	21	28	23	29	–	32	-
Gesamt	**18**	**23**	**21**	**22**	**26**	**25**	**26**

Weiterbildungsquote: Anteil der weitergebildeten Beschäftigten an allen Beschäftigten.
Quelle: IAB-Betriebspanel 2001–2010, hochgerechnete Angaben

Die zusätzliche Differenzierung[261] in qualifizierte Beschäftigte und Beschäftigte mit einfachen Tätigkeiten macht deutlich, dass vor allem Qualifizierte von den betrieblichen Weiterbildungsbemühungen profitieren. Zuletzt wurde jeder dritte qualifizierte Beschäftigte, aber nur jeder achte in einfachen Tätigkeiten mit Weiterbildungsmaßnahmen gefördert. Dieses qualifikationsspezifische Muster findet sich in den alten und in den neuen Ländern, wobei die Weiterbildungsquote in Ostdeutschland insgesamt mit zuletzt rund 5 Prozentpunkten höher ausfällt als in Westdeutschland.

Die Betrachtung der Weiterbildungsquote differenziert nach Betriebsgröße macht deutlich, dass diese keinen bedeutsamen Einfluss hat →**Tabelle B1.2.1-3 Internet**. Vergleicht man diesen Befund mit dem Ergebnis zur Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe, kann man festhalten, dass kleinere Betriebe zwar seltener weiterbilden und auch eine geringfügig kleinere Weiterbildungsquote besitzen. Bedenkt man aber zusätzlich den Umstand, dass die Weiterbildungsquote alle Beschäftigten als Basis hat und nicht nur diejenigen tatsächlich weiterbildender Betriebe, so kann man in Kombination mit der geringeren Weiterbildungsbeteiligung kleiner Betriebe konkludieren, dass diese letztlich trotz geringerer Weiterbildungsquote im Falle einer Förderung vergleichsweise viele Mitarbeiter daran beteiligen.

(Philipp Grunau, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)

261 Diese Differenzierung ist in den Daten für 2008 und 2010 nicht enthalten.

B1.2.2 Betriebliche Weiterbildung im europäischen Vergleich

Grundlegende Ergebnisse der europäischen Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung CVTS3

Die 3. europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS3) E ermöglicht für das Jahr 2005 einen Vergleich der betrieblichen Weiterbildung in Deutschland mit anderen europäischen Ländern. Gleichzeitig können Entwicklungen und Veränderungen zum Jahr 1999 (CVTS2) aufgezeigt werden (vgl. Behringer und Schönfeld 2010 und Behringer u. a. 2008). Für Deutschland ergibt sich bei fast allen wichtigen Kennziffern der Weiterbildung ein Rückgang: Der Anteil der Unternehmen, die Weiterbildung in Form von Kursen oder anderen Formen anbieten, ist ebenso rückläufig wie der Anteil aller Beschäftigten, die an Weiterbildungskursen teilnahmen. Die betrieblichen Ausgaben für Weiterbildungskurse wurden deutlich reduziert. Die Weiterbildungsintensität ist dagegen leicht angestiegen; bei rückläufiger Teilnahmequote ergibt sich eine Steigerung der Weiterbildungsstunden je Teilnehmenden. Im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern kann Deutschland nur einen Platz im Mittelfeld einnehmen und liegt hinter den meisten skandinavischen und westeuropäischen Ländern zurück, bei einigen Indikatoren auch hinter einigen osteuropäischen Ländern (siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel B1.2). Im BIBB-Forschungsprojekt „Betriebliche Weiterbildung in Deutschland im europäischen Vergleich – Vergleichende Analysen auf der Grundlage der CVTS3-Daten“ werden die Daten zu CVTS3 weiter ausgewertet[262]; in diesem Kapitel werden die Ergebnisse zu den externen Weiterbildungsanbietern in Deutschland und Europa dargestellt.

E Die europäischen Erhebungen zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS)

Die europäischen Erhebungen zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS = Continuing Vocational Training Survey) stellen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (und weiterer interessierter Staaten) vergleichbare Daten zu den quantitativen und qualitativen Strukturen der betrieblichen Weiterbildung in Unternehmen zur Verfügung. Unter betrieblicher Weiterbildung wird dabei vorausgeplantes, organisiertes Lernen verstanden, das vollständig oder teilweise von den Unternehmen finanziert wird. Erfasst werden Angaben zur Weiterbildungspolitik der Unternehmen und zu den verschiedenen Formen der Weiterbildung (Lehrveranstaltungen in der Form von Kursen und Seminaren und andere Formen der betrieblichen Weiterbildung wie Einarbeitung und Unterweisung durch Vorgesetzte und andere Beschäftigte, Weiterbildung durch Teilnahme an Lern- und Qualitätszirkeln, durch selbstgesteuertes Lernen, durch Jobrotation oder Austauschprogramme/Abordnungen und durch den Besuch von Informationsveranstaltungen).

Bisher wurden 3 europäische Weiterbildungserhebungen abgeschlossen: An CVTS1 (1993) beteiligten sich 12 Länder, an CVTS2 (1999) 25 Länder, und CVTS3 (2005) lieferte Informationen für 28 Länder. Befragt wurden Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten aus den Wirtschaftsbereichen verarbeitendes Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verkehr und Nachrichtenübermittlung und dem Gastgewerbe. An CVTS3 nahmen in Europa über 100.000 Unternehmen teil, in Deutschland 2.857. Die wichtigsten Ergebnisse aus CVTS2 und CVTS3 sind von der Eurostat-Datenbank abrufbar.[263] Bei der Interpretation der europäischen Vergleichsdaten sollten stets die Datenqualität, die nationalen Rahmenbedingungen und die historisch gewachsenen Strukturen berücksichtigt werden – ein unreflektiertes Ranking kann zu falschen Folgerungen führen. Für CVTS3 prüfte das BIBB (gemeinsam mit Céreq [Marseille] und Isfol [Rom] im Auftrag von Cedefop) die Datenqualität und legte inhaltliche Analysen vor (Cedefop 2010).

262 Siehe **http://www.bibb.de/de/wlk54593.htm** (Abrufdatum: 15.09.2011).

263 Siehe **http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/education/data/database** (Abrufdatum: 14.09.2011).

Tabelle B1.2.2-1: **Anteil der Unternehmen je nach Kursangebot (in % der Unternehmen mit Kursen) und Anteil der externen bzw. internen Kursstunden an den gesamten Kursstunden 2005**

	Anteil der kursanbietenden Unternehmen ...			Anteil der jeweiligen Kurse an den gesamten Kursstunden	
	nur mit externen Kursen	mit externen und internen Kursen	nur mit internen Kursen	Anteil der externen Kurse	Anteil der internen Kurse
Deutschland	28	62	10	37	63
EU 27	46	43	11	47	53
Höchster Wert in der EU	78 (LV)	62 (DE)	26 (RO)	68 (HU)	73 (RO)
Niedrigster Wert in der EU	28 (DE)	19 (LV)	3 (LV)	27 (RO)	32 (HU)
Unternehmensgröße (Deutschland)					
10 bis 49 Beschäftigte	33	56	11	63	37
50 bis 249 Beschäftigte	20	72	8	48	52
250 und mehr Beschäftigte	5	89	6	29	71

Länderkürzel: DE (Deutschland), GR (Griechenland), HU (Ungarn), IE (Irland), LV (Lettland), NO (Norwegen), RO (Rumänien), UK (Vereinigtes Königreich).

Quelle: Eurostat, CVTS3 (Abrufdatum: 28.02.2011); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung. Daten für UK/NO wegen begrenzter Vergleichbarkeit, von GR/IE wegen fehlender/unsicherer Daten beim Anteil der externen/internen Kursstunden an den gesamten Kursstunden nicht berücksichtigt.

Träger der betrieblichen Weiterbildung

Betriebliche Weiterbildungskurse können entweder extern oder intern organisiert werden: Bei internen Kursen liegt die Verantwortung für Ziele, Inhalte und Organisation beim Unternehmen selbst, und es nehmen überwiegend Beschäftigte des Unternehmens an ihnen teil, externe Kurse werden hingegen von externen Trägern (z. B. Kammern, Bildungswerken, Akademien) auf dem freien Markt angeboten. Die Verantwortung für die Konzeption, Organisation und Durchführung liegt hier im Wesentlichen beim externen Anbieter. Der überwiegende Teil der Unternehmen in Europa, die Weiterbildungskurse anbieten, nutzt externe Kurse. Selbst in Rumänien, dem Land mit dem niedrigsten Anteil an Unternehmen mit externen Kursen, schicken fast drei Viertel der kursanbietenden Unternehmen zumindest einen Teil ihrer Belegschaft auf eine externe Fortbildung. Im EU-27-Durchschnitt haben im Jahr 2005 89 % der kursanbietenden Unternehmen externe Kurse genutzt → **Tabelle B1.2.2-1**. Obwohl externe Kurse von so vielen Unternehmen gebucht werden, entfallen nur in 13 Ländern mehr als 50 % der Kursstunden auf externe Kurse, der EU-27-Durchschnitt liegt bei 47 %. Besonders hohe Stundenanteile der externen Kurse werden dabei in den Niederlanden, Dänemark, Frankreich, Estland und Ungarn erzielt (zwischen 58 % und 68 %). In Deutschland haben externe Kurse mit einem Anteil von 37 % an den gesamten Kursstunden einen geringeren Stellenwert. In kleinen und mittleren Unternehmen liegen die Stundenanteile der externen Kurse in fast allen Ländern über 50 %, bei Großunternehmen meist darunter.

Welche Weiterbildungsanbieter haben die Unternehmen in Deutschland und Europa im Jahr 2005 für ihre externen Kurse in Anspruch genommen?[264]

Auf die privaten Bildungsanbieter entfällt mit Ausnahme von Dänemark, Zypern und der Slowakei in allen Ländern der höchste Anteil an externen Kursstunden → **Tabelle B1.2.2-2**. In 10 Ländern waren

264 In die folgenden Auswertungen gehen nur Angaben von Unternehmen ein, die externe Kurse genutzt haben. Dabei unterscheidet sich die Bedeutung der externen Kurse für das betriebliche Gesamtweiterbildungsangebot erheblich zwischen den Ländern, und der Markt für externe Weiterbildungsanbieter ist in den einzelnen Ländern – schon allein aufgrund der unterschiedlichen Zahl der weiterbildenden Unternehmen und der Erwerbstätigen – unterschiedlich groß. Zur Veranschaulichung dienen die Beispiele Ungarn und Schweden: In Ungarn entfallen zwar 68 % aller Kursstunden auf externe Kurse, insgesamt bieten aber nur 34 % aller Unternehmen überhaupt Weiterbildungskurse an, die Intensität ist mit 3 Weiterbildungsstunden auf 1.000 Arbeitsstunden gering. Das auf dem externen Markt nachgefragte Weiterbildungsvolumen ist daher eher begrenzt. In Schweden, das ähnlich viele Erwerbstätige wie Ungarn hat, beträgt der Anteil der externen Stunden zwar nur 49 %, jedoch bieten 72 % der Unternehmen Weiterbildungskurse an, und auch die Intensität ist mit 10 Stunden auf 1.000 Arbeitsstunden sehr viel höher.

sie mit einem Anteil von 50 % und mehr der dominierende Bildungsträger, nur in 6 Ländern – unter ihnen Deutschland mit 38 % – wird die 40%-Marke unterschritten. In Großunternehmen entfällt ein deutlich höherer Anteil der Stunden auf private Bildungsträger als bei kleineren Unternehmen. Diese Struktur zeigt sich nicht nur im EU-27-Durchschnitt (Großunternehmen: 52 %, Kleinunternehmen: 38 %), sondern auch in Deutschland (43 % zu 28 %) und in vielen anderen Ländern. Nach Wirtschaftsbereichen zeigen sich europaweit überdurchschnittliche Anteile im verarbeitenden Gewerbe und im Kredit- und Versicherungsgewerbe, leicht unterdurchschnittliche im Handel und bei der Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen. In Deutschland liegen das verarbeitende Gewerbe (45 %) und die Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ (43 %) über dem nationalen Durchschnittswert von 38 %, die anderen Branchen jeweils darunter, am deutlichsten der Handel (26 %) und die Branche „Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen“ (25 %). Im Vergleich zu 1999 hat sich an der dominierenden Position der privaten Anbieter nichts geändert. Auch damals wurden bei ihnen in fast allen Ländern (auch in Deutschland) die höchsten Stundenanteile verbucht.

In Deutschland sind die Organisationen der Wirtschaft und ihre Bildungseinrichtungen mit einem Anteil von 21 % an den externen Kursstunden der zweitwichtigste Anbieter. Im EU-27-Durchschnitt erreichen sie mit 11 % den dritthöchsten Wert, von quantitativer Bedeutung sind sie jedoch nur in Deutschland und Österreich und – mit einigem Abstand – in Schweden und Zypern. In allen anderen Ländern liegt ihr Anteil unter 10 %. Deutschland und Österreich verfügen über ein flächendeckendes und gut ausgebautes Netz von Industrie- und Handelskammern sowie Handwerks- und sonstigen Kammern, die zumeist eigene Bildungseinrichtungen unterhalten. Da die Unternehmen einer Pflichtmitgliedschaft unterliegen, ist die Kontaktaufnahme für beide Seiten relativ leicht. Die Kammern können so über ihre eigenen Kursangebote informieren und diese empfehlen. Gerade die kleinen Unternehmen in Deutschland nutzen die Kursangebote der Kammern, mit 26 % liegt hier der Anteil an den externen Kursstunden deutlich über dem nationalen Durchschnittswert.

Private Unternehmen, deren eigentliches Kerngeschäft nicht die Weiterbildung ist (Hersteller/Lieferanten sowie Mutter- und Beteiligungsgesellschaften), sind in Deutschland der dritt- und EU-weit der zweitwichtigste externe Bildungsträger. Deutschland liegt mit einem Anteil von 18 % an den externen Kursstunden über dem EU-27-Durchschnitt von 13 %. In den osteuropäischen Ländern spielen diese Bildungsträger kaum eine Rolle – Ausnahme ist hier die Slowakei, die mit einem Anteil von 37 % den insgesamt höchsten Wert erzielt. Kleinunternehmen greifen besonders häufig auf die Weiterbildungsangebote der Hersteller/Lieferanten sowie Mutter- und Beteiligungsgesellschaften zurück. Der EU-27-Durchschnitt beträgt für sie 20 %, für Großunternehmen 10 %, in Deutschland sind die Zahlen ähnlich (28 % für Klein- und 14 % für Großunternehmen). Die Hersteller/Lieferanten sowie die Mutter- und Beteiligungsgesellschaften nehmen vor allem im Handel eine bedeutende Position ein. Der EU-27-Durchschnitt ist hier mit 26 % doppelt so hoch wie der Gesamtdurchschnitt über alle Branchen hinweg, in Deutschland erreichen sie mit einem Anteil von 45 % an den externen Kursstunden einen besonders hohen Wert.

Auf die Fachschulen, Universitäten und Fachhochschulen entfällt im EU-27-Durchschnitt ein Anteil von 10 % an den gesamten externen Kursstunden, in Deutschland beträgt er 7 %. Auch in den anderen nord- und westeuropäischen Ländern sind Fachschulen, Universitäten und Fachhochschulen als Weiterbildungsanbieter von untergeordneter Bedeutung – allein in den Niederlanden haben sie mit 12 % einen etwas höheren Anteil. In einigen osteuropäischen Ländern nutzen die Unternehmen jedoch gerne die Angebote dieser Bildungsträger, so in Estland, Ungarn und Slowenien mit Anteilen über 20 % und in Bulgarien und Litauen mit Anteilen über 10 %. Nach Unternehmensgrößenklassen und Branchen gibt es in Deutschland kaum Unterschiede. Im Vergleich zu 1999 konnten die Fachschulen, Universitäten und Fachhochschulen ihren Anteil am Gesamtvolumen in Deutschland steigern. Lag der

Tabelle B1.2.2-2: **Stundenanteile an den gesamten externen Kursstunden nach Weiterbildungsträgern 2005 (in %)**

	Private Bildungsanbieter mit Erwerbszweck	Organisationen der Wirtschaft (IHK, HwK, Innungen) und ihre Bildungseinrichtungen	Hersteller/ Lieferanten, Muttergesellschaften/ Beteiligungsgesellschaften	Fachschulen, Universitäten und Fachhochschulen	Öffentliche Bildungsanbieter (z. B. Volkshochschulen)	Sonstige Bildungsanbieter	Gewerkschaften und ihre Bildungseinrichtungen
Deutschland	38	21	18	7	7	6	3
EU 27	48	11	13	10	9	7	1
Höchster Wert in der EU	71 (CZ)	21 (DE)	37 (SK)	28 (HU)	34 (DK)	34 (GR)	5 (MT)
Niedrigster Wert in der EU	27 (CY)	2 (GR, LT, NL)	4 (DK)	3 (ES, SK)	2 (ES)	2 (IT)	0 (11 Länder)
Unternehmensgröße (Deutschland)							
10 bis 49 Beschäftigte	28	26	28	8	4	5	2
50 bis 249 Beschäftigte	34	22	18	7	7	9	3
250 und mehr Beschäftigte	43	19	14	7	8	5	4
Wirtschaftszweige (Deutschland)							
Verarbeitendes Gewerbe	45	18	16	7	7	2	5
Handel	26	20	45	3	3	1	1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	34	22	16	7	5	13	3
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen	43	29	9	5	6	6	1
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	25	25	4	3	16	19	7
Sonstige Wirtschaftsbereiche	32	20	13	15	8	8	3
1999 (Deutschland)	**36**	**21**	**20**	**4**	**4**	**12**	**2**

Länderkürzel: CZ (Tschechien), CY (Zypern), DE (Deutschland), DK (Dänemark), ES (Spanien), FR (Frankreich), GR (Griechenland), HU (Ungarn), IE (Irland), IT (Italien), LT (Litauen), MT (Malta), NL (Niederlande), NO (Norwegen), SK (Slowakei), UK (Vereinigtes Königreich).

Sortierung nach Gesamtanteilswerten in Deutschland.

Quelle: Eurostat-Sonderauswertung zu CVTS3 vom 18.10.2010. UK, NO wegen begrenzter Vergleichbarkeit und FR, IE wegen fehlender/unsicherer Daten nicht berücksichtigt.

Anteil 1999 bei 4 %, wurden 2005 7 % erreicht. Dennoch fällt es den deutschen Universitäten schwer, sich auf dem Weiterbildungsmarkt zu platzieren, auch wenn ihnen für die Zukunft – u. a. bedingt durch die Bologna-Reform und die damit verbundene Möglichkeit der Verschiebung des Masterstudiums auf das spätere Berufsleben – größere Chancen eingeräumt werden. Zurzeit nehmen sie aber nur eine Nischenrolle ein und sind im öffentlichen Bewusstsein kaum als Anbieter von Weiterbildung verankert (vgl. Weiß 2010 und Meyer-Guckel u. a. 2008).

In Deutschland entfällt auf die öffentlichen Bildungsanbieter, zu denen z. B. die Volkshochschulen zählen, ein Anteil von 7 % an den externen Kursstunden. Mit Abstand der höchste Anteil wird mit 34 % in Dänemark gemessen. Dort sind die öffentlichen Bildungsanbieter der wichtigste Anbieter in der betrieblichen Weiterbildung und liegen knapp vor den privaten Bildungsanbietern. Im EU-27-Durchschnitt beträgt der Anteil der öffentlichen Bildungsträger 9 % – dies bedeutet allerdings nicht, dass diese Institutionen in den Ländern insgesamt überhaupt keine Rolle spielen, sondern nur, dass sie von den Unternehmen kaum für die betriebliche Weiterbildung genutzt werden beziehungsweise kaum Angebote auf diesem Gebiet machen. Öffentliche Bildungsanbieter sind vor allem für die individuelle Weiterbildung von großer Bedeutung. Angebote der Gewerkschaften und ihrer Bildungseinrichtungen nutzen in allen Ländern nur sehr wenige Unternehmen für ihre betriebliche Weiterbildung. Der höchste Anteil wurde mit 5 % in Malta gemessen, in 18 Ländern machte er gerade einmal höchstens 1 % aus.

Insgesamt stellt sich der externe Weiterbildungsmarkt in den europäischen Ländern heterogen dar. Allerdings zählen in allen Ländern die privaten Bildungsanbieter zu den wichtigsten Trägern der externen Kurse und nehmen zum Teil eine quantitativ dominierende Position ein. Die Hersteller/Lieferanten sowie die Mutter- und Beteiligungsgesellschaften sind in vielen Ländern der zweit- oder drittwichtigste Anbieter externer Kurse. Andere Bildungsanbieter sind nur in einem Teil der Länder von großer Bedeutung – so die Bildungseinrichtungen der Organisationen der Wirtschaft in Österreich und Deutschland, die Universitäten und Fachschulen in einigen osteuropäischen Ländern und die öffentlichen Bildungsanbieter in Dänemark.

Ausblick auf CVTS4

Im Jahr 2011 (mit dem Berichtsjahr 2010) wurde in den 27 EU-Mitgliedstaaten und weiteren Ländern (u. a. Norwegen und Schweiz) die 4. europäische Weiterbildungserhebung durchgeführt. Die grundlegenden Definitionen und Variablen, die schon in den Vorgängererhebungen genutzt wurden, blieben erhalten, sodass die Vergleichbarkeit zu früheren Erhebungen grundsätzlich sichergestellt ist. An einigen Stellen wurde der Fragebogen jedoch modifiziert, um die Zahl der Fragen und damit die Belastung der befragten Unternehmen zu reduzieren. So wurde auf einige Variablen, die auch in der AES-Erhebung zum Lernen im Erwachsenenalter (**vgl. Kapitel B1.1**) und im Mikrozensus (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel B1.1.2) erhoben werden, verzichtet. Dazu zählen z. B. Unterteilungen der Stunden und Teilnehmenden nach dem Alter, nach Geschlecht, Themenfeldern und externen Anbietern und Fragen zur Weiterbildung von speziellen Beschäftigtengruppen (wie Migranten, Teilzeitbeschäftigte u. a.). In Deutschland wurde die Erhebung vom Statistischen Bundesamt und einigen statistischen Landesämtern durchgeführt. Rund 11.000 Unternehmen wurden angeschrieben. Erstmals konnte der Fragebogen in Deutschland auch im Internet ausgefüllt werden. Daneben konnte – wie in den früheren Erhebungen – ein Papierfragebogen verwendet werden. Erste Ergebnisse aus einzelnen Staaten werden ab Mitte 2012 erwartet, in Deutschland geht das Statistische Bundesamt von Ende 2012 aus.

(Gudrun Schönfeld, Friederike Behringer)

B1.2.3 Betriebliche Weiterbildung, Ausbildungsbeteiligung und Rekrutierungsprobleme

Der folgende Beitrag untersucht anhand der Daten des BIBB-Qualifizierungspanels (**vgl. E in Kapitel A4.10.4**) den Zusammenhang zwischen der betrieblichen Weiterbildung und (a) der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung (vgl. Bellmann/Krekel/Stegmaier 2010) sowie (b) der Rekrutierung von Arbeitskräften auf dem externen Arbeitsmarkt. Angesichts zunehmender Probleme bei der Rekrutierung von Jugendlichen für die betriebliche Ausbildung und von Fachkräften (**vgl. Kapitel A4.10.4**) geht der Beitrag zusätzlich auf den Zusammenhang zwischen betrieblicher Weiterbildung und Besetzungsproblemen von Ausbildungsstellen und Arbeitsstellen (vgl. Düll/Bellmann 1998; Gerhards/Mohr/Troltsch 2012) ein und vergleicht die Anteile der weiterbildungsaktiven Betriebe mit unbesetzten Ausbildungs- bzw. Arbeitsstellen mit den Anteilen der Betriebe ohne solche Stellenbesetzungsprobleme.

Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben

Nach der im BIBB-Qualifizierungspanel verwendeten Definition wird dann von betrieblicher Weiterbildung gesprochen, wenn Betriebe ihre Beschäftigten für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ganz oder teilweise freistellen oder die Kosten für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ganz oder teilweise übernehmen. Betriebliche Weiterbildung umfasst dabei Weiterbildungsaktivitäten wie die Teilnahme von Beschäftigten an Kursen sowie an informeller, nicht kursförmiger Weiterbildung. Beispiele informeller Weiterbildungsformen sind geförderte Qualitätszirkel, Informationsveranstaltungen, Weiterbildung am Arbeitsplatz über Unterweisungen oder reguläre Einarbeitung oder selbstgesteuertes Lernen mit speziellen Programmen. Nicht berücksichtigt werden dabei Weiterbildungsmaßnahmen von Auszubildenden, Praktikanten oder Volontären. Als Indikator für die betriebliche Weiterbildung wird die Weiterbildungsbeteiligung, also der Anteil der weiterbildungsaktiven Betriebe an allen Betrieben, verwendet.[265]

Nach den Ergebnissen des BIBB-Qualifizierungspanels lag die Weiterbildungsbeteiligung im Jahr 2010 bei 57,1 %. Damit haben mehr als die Hälfte der etwa 2 Mio. Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Beschäftigten gefördert E.

E Methodische Hinweise zur Erfassung der Weiterbildungsbeteiligung im BIBB-Qualifizierungspanel und im IAB-Betriebspanel

Das BIBB-Qualifizierungspanel und das IAB-Betriebspanel kommen bei der Weiterbildungsbeteiligung zu unterschiedlichen Ergebnissen (57,1 % bzw. 44 %, **vgl. Kapitel B1.2.1**). Diese Differenz ist in erster Linie auf Unterschiede im Erhebungsdesign und in den Referenzzeiträumen zurückzuführen: Während im BIBB-Qualifizierungspanel die Weiterbildungsmaßnahmen des *gesamten Jahres* berücksichtigt werden, befragt das IAB-Betriebspanel Betriebe zur Förderungen von Weiterbildungsmaßnahmen, die während der *ersten Jahreshälfte* stattfinden. Damit liegt es auf der Hand, dass die Weiterbildungsbeteiligung im BIBB-Qualifizierungspanel einen höheren Wert aufweist.

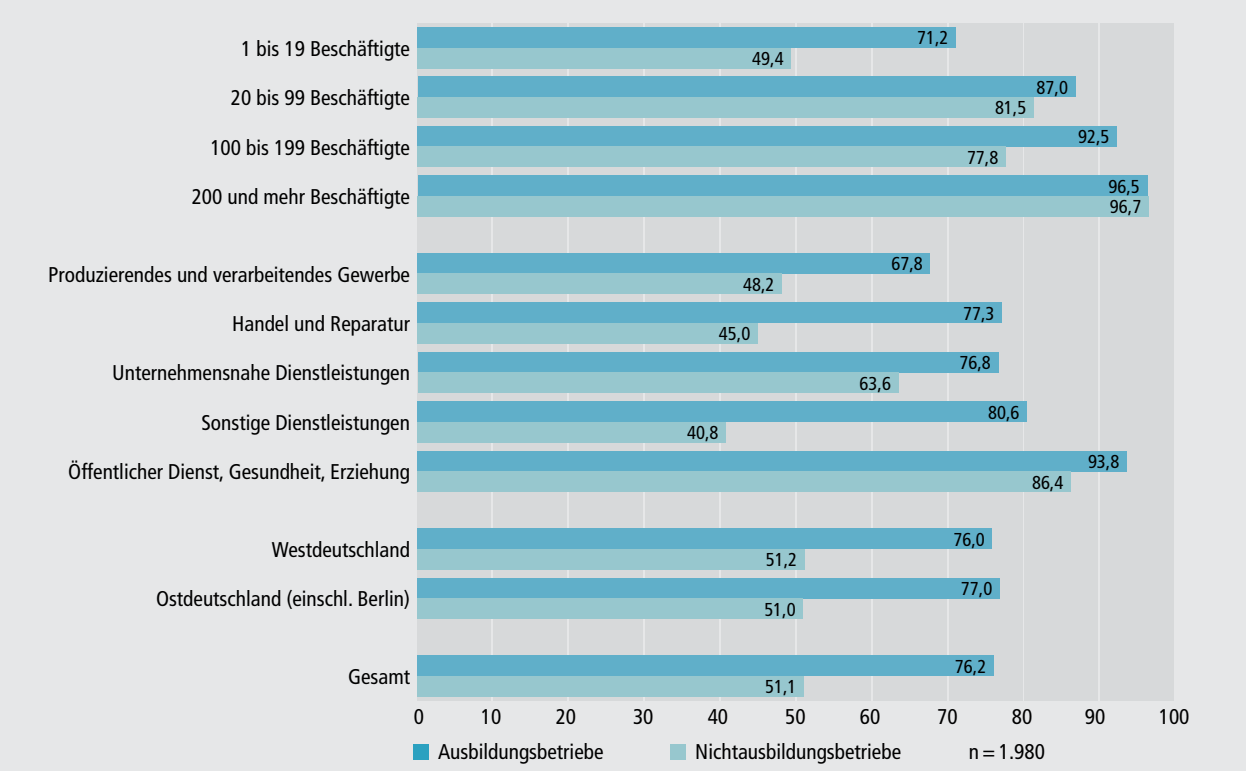
Weiterbildungsbeteiligung und betriebliche Ausbildung

Mehr als drei Viertel (76,2 %) der Ausbildungsbetriebe führten im Jahr 2010 Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Beschäftigten durch.[266] Deutlich geringer war dagegen die Weiterbeteiligung bei den Nichtausbildungsbetrieben. Von diesen förderte nur jeder zweite Betrieb (51,1 %) Weiterbildungsmaßnahmen für seine Beschäftigten (25 Prozentpunkte weniger). Dieser Unterschied bleibt auch bei der Differenzierung der Betriebe nach mehreren ausgewählten Strukturmerkmalen bestehen →**Schaubild B1.2.3-1**. Praktisch keine Unterschiede gibt es beim Vergleich zwischen Betrieben in Ost- und Westdeutschland: Es waren jeweils drei Viertel der Ausbildungsbetriebe und etwa die Hälfte der Nichtausbildungsbetriebe weiterbildungsaktiv. Größere Unterschiede sind dagegen bei der

265 Mit der Weiterbildungsbeteiligung wird gemessen, ob ein Betrieb weiterbildet oder nicht. Damit werden keine Aussagen zum Umfang der Weiterbildungsaktivitäten sowie zur Anzahl der Beschäftigten, die an betrieblicher Weiterbildung teilnehmen, gemacht (**vgl. Kapitel B1.2.1**).

266 Mit einem Anteil von 23,8 % hat etwa ein Viertel der Betriebe zum Stichtag 31. Dezember 2010 Jugendliche in ihrem Betrieb ausgebildet. Der Anteil der Nichtausbildungsbetriebe lag dementsprechend bei 76,2 % (**vgl. Kapitel A4.10.4**).

Schaubild B1.2.3-1: **Weiterbildungsbeteiligung von Ausbildungsbetrieben und Nichtausbildungsbetrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2010 (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011

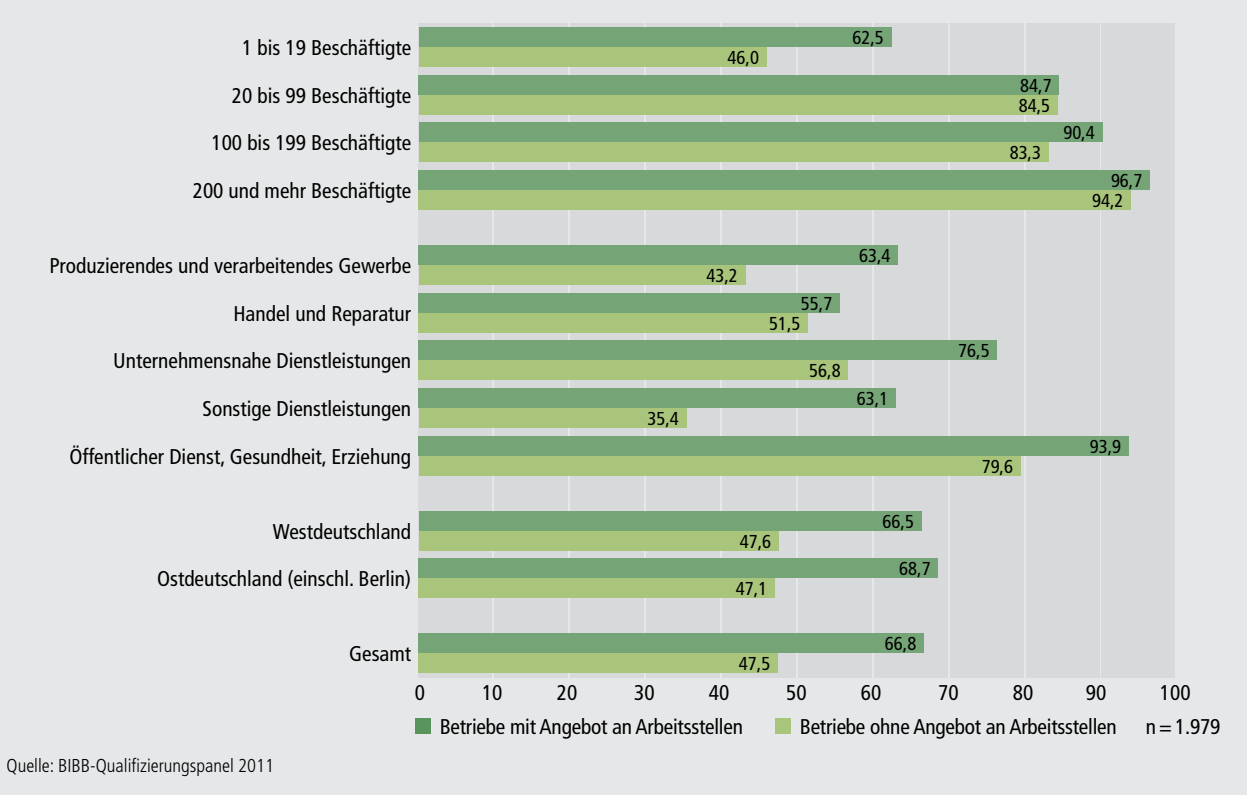
Differenzierung der Betriebe nach Wirtschaftssektoren (**vgl. Kapitel A4.10.4**) zu verzeichnen. Besonders deutlich wird dies im Bereich der sonstigen Dienstleistungen, bei denen die Weiterbildungsbeteiligung bei Ausbildungsbetrieben um etwa 40 Prozentpunkte höher liegt als bei Nichtausbildungsbetrieben, sowie in der Branche Handel und Reparatur (32 Prozentpunkte Unterschied). Dagegen waren aus der Branche öffentlicher Dienst, Gesundheit und Erziehung mit einem Anteil von 93,8 % nicht nur die Ausbildungsbetriebe überdurchschnittlich weiterbildungsaktiv, sondern auch die Nichtausbildungsbetriebe (86,4 %).

Am auffälligsten sind die Unterschiede zwischen Betrieben bei der Betrachtung nach Betriebsgrößenklassen. Während sich Ausbildungs- und Nichtausbildungsbetriebe bei Kleinstbetrieben mit weniger als 20 Beschäftigten sehr stark hinsichtlich ihrer Weiterbildungsbeteiligung unterscheiden, nehmen diese Unterschiede mit zunehmender Betriebsgröße ab. In Großbetrieben mit 200 und mehr Beschäftigten waren im Jahr 2010 sowohl von den Ausbildungsbetrieben als auch von den Nichtausbildungsbetrieben über 96 % weiterbildungsaktiv.

Weiterbildungsbeteiligung und externe Rekrutierung von Arbeitskräften

Jeder zweite Betrieb (50,2 %) mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland hat im Jahr 2010 nach neuen Fach- und Arbeitskräften gesucht und entsprechende Stellen angeboten. Wie die Ergebnisse in → **Schaubild B1.2.3-2** zeigen, sind diese Betriebe häufiger weiterbildungsaktiv als Betriebe, die im Jahr 2010 niemanden neu einstellen wollten. Insgesamt haben 66,8 % der Betriebe mit Stellenangeboten die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter gefördert, während der Anteil bei den Betrieben ohne Rekrutierungsabsichten mit 47,5 % um fast 20 Prozentpunkte niedriger ausfällt. Die

Schaubild B1.2.3-2: **Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben mit und ohne Angebot an Arbeitsstellen nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2010 (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011

Differenzierung nach Branchen, Betriebsgrößenklassen und nach Ost- und Westdeutschland bestätigt diesen Befund weitgehend. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Gliederung nach Betriebsgrößenklassen. Bei Kleinstbetrieben bis 19 Beschäftigte sind 62,5 % der Betriebe mit Stellenangeboten und 46,0 % der Betriebe ohne Stellenangebote weiterbildungsaktiv (rund 16 Prozentpunkte weniger). Mit zunehmender Betriebsgröße werden die Unterschiede zwischen Betrieben mit und ohne Rekrutierungsabsicht geringer. Von den Großbetrieben mit 200 und mehr Beschäftigten sind mit über 94 % nahezu alle Betriebe weiterbildungsaktiv, gleichgültig ob sie neue Mitarbeiter/-innen gesucht haben oder nicht.

Im Branchenvergleich fällt in der Branche Handel und Reparatur der geringe Unterschied zwischen der Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben mit und Betrieben ohne Arbeitsstellenangebote auf: 55,7 % der Betriebe mit Stellenangeboten bilden ihre Beschäftigten weiter, bei denjenigen ohne Stellenangebote sind es 51,5 %. In allen übrigen Branchen stellt man dagegen eine um 14 bis 28 Prozentpunkte höhere Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe mit Stellenangeboten gegenüber denjenigen fest, die keine neuen Mitarbeiter suchen.

Weiterbildungsbeteiligung und unbesetzte Ausbildungsstellen

Um den Zusammenhang zwischen der betrieblichen Weiterbildung und Besetzungsproblemen auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu untersuchen, wird die Weiterbildungsbeteiligung von Ausbildungsbetrieben mit Rekrutierungsproblemen und von Ausbildungsbetrieben ohne Rekrutierungsprobleme verglichen.[267]

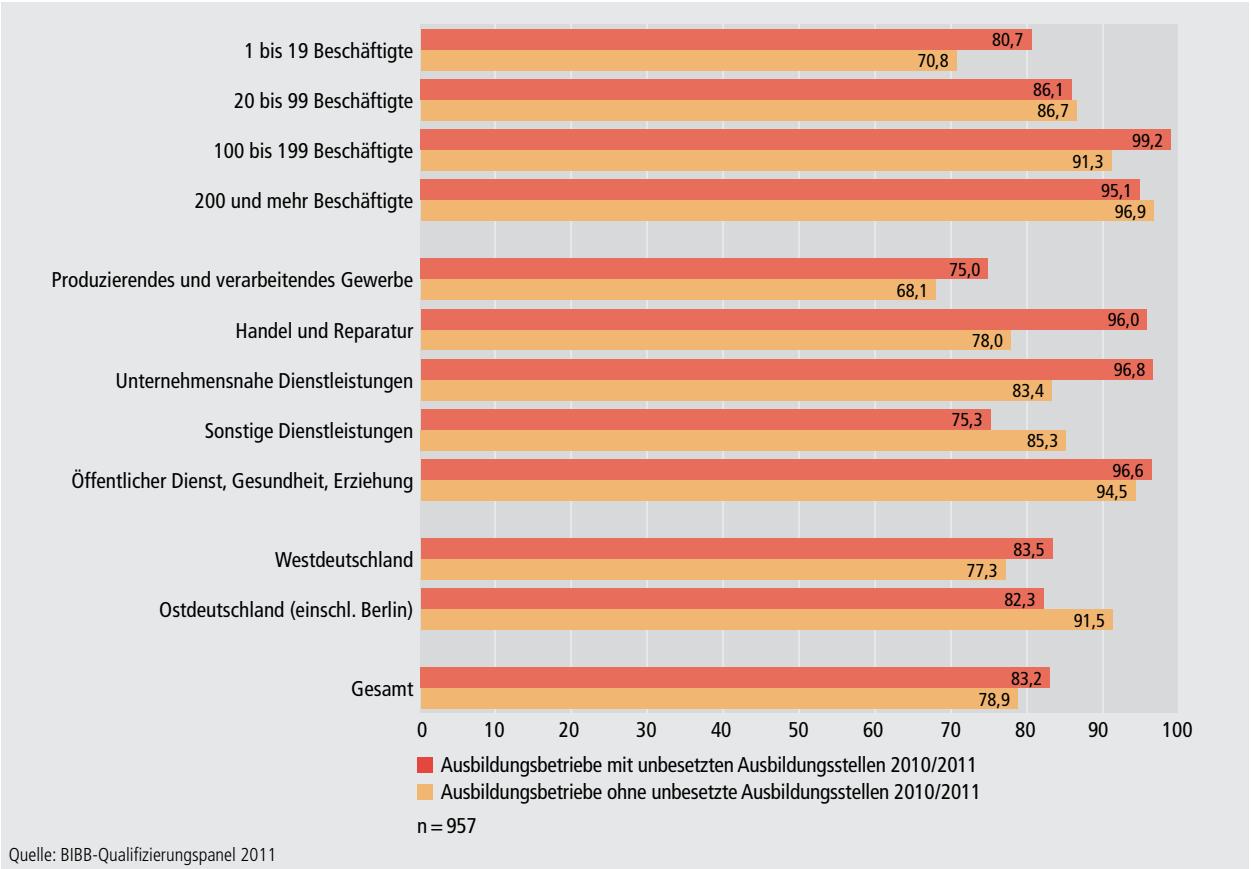
267 Betrachtet werden hier ausschließlich Betriebe, die zum Stichtag 31. Dezember 2010 Auszubildende beschäftigten und zudem für das Ausbildungsjahr 2010/2011 Ausbildungsstellen angeboten haben. Für weiterführende Informationen **vgl. Kapitel A4.10.4**.

Hierfür werden die Anteile der weiterbildungsaktiven Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen den Anteilen der Betriebe ohne solche Stellenbesetzungsprobleme gegenübergestellt. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Weiterbildungsbeteiligung von Ausbildungsbetrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen höher ausfällt als die Weiterbildungsbeteiligung derer, die alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen konnten (83,2 % gegenüber 78,9 %, →**Schaubild B1.2.3-3**). Bei der Differenzierung nach einzelnen Strukturmerkmalen wird dieser Befund zwar insgesamt bekräftigt, allerdings sind auch abweichende Ergebnisse erkennbar. Ostdeutsche Ausbildungsbetriebe, die alle angebotenen Ausbildungsstellen besetzen konnten, kommen im Vergleich zu denjenigen, die nicht alle Ausbildungsstellen besetzen konnten, auf eine um etwa 10 Prozentpunkte höhere Weiterbildungsbeteiligung (91,5 % gegenüber 82,3 %). Auch in der Branche der sonstigen Dienstleistungen sind es nicht die Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen, die eine höhere Weiterbildungsbeteiligung aufweisen, sondern die Betriebe, die alle angebotenen Ausbildungsstellen besetzen konnten (75,3 % gegenüber 85,3 %). In den anderen Wirtschaftssektoren, insbesondere bei Betrieben mit unternehmensnahen Dienstleistungen und in der Branche Handel und Reparatur, bestätigt sich jedoch, dass die Weiterbildungsbeteiligung bei Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen höher ausfällt als in Betrieben, die alle Ausbildungsstellen besetzen konnten.

Weiterbildungsbeteiligung und unbesetzte Arbeitsstellen

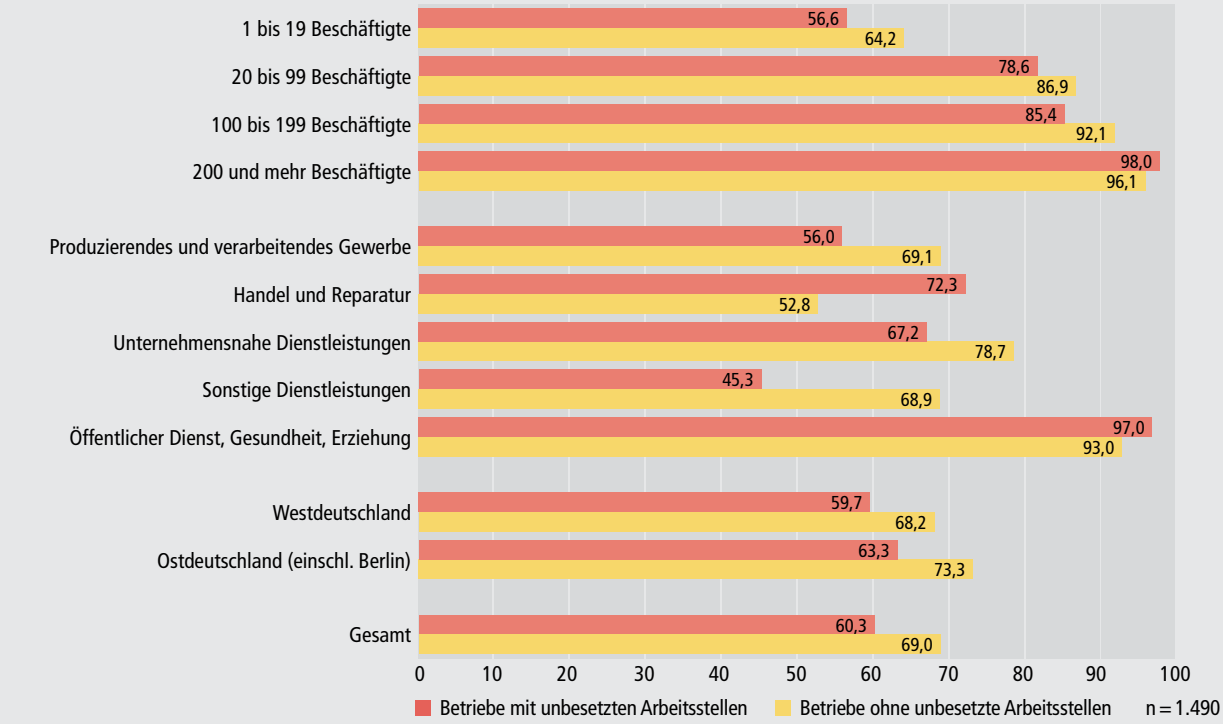
Anders als bei den oben dargestellten Besetzungsproblemen von *Ausbildungs*stellen gehen Beset-

Schaubild B1.2.3-3: **Weiterbildungsbeteiligung von Ausbildungsbetrieben mit unbesetzten und ohne unbesetzte Ausbildungsstellen nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2010 (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011

Schaubild B1.2.3-4: **Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben mit unbesetzten und ohne unbesetzte Arbeitsstellen nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2010 (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011

zungsprobleme von *Arbeits*stellen mit einer niedrigeren Weiterbildungsbeteiligung der betreffenden Betriebe einher. Nach den Ergebnissen in → **Schaubild B1.2.3-4** liegt der Anteil der weiterbildungsaktiven Betriebe ohne unbesetzte Arbeitsstellen bei 69,0 % gegenüber einem Anteil von 60,3 % bei weiterbildungsaktiven Betrieben mit unbesetzten Arbeitsstellen.[268] Dieser Befund wird bei der Differenzierung nach ostdeutschen und westdeutschen Betrieben weitgehend widergespiegelt.

Auch die Unterscheidung nach Betriebsgrößenklassen bekräftigt, dass Betriebe ohne Stellenbesetzungsprobleme im Vergleich zu Betrieben mit unbesetzten Stellen zu einem höheren Anteil weiterbildungsaktiv sind. Dieser Unterschied reduziert sich jedoch mit steigender Betriebsgröße.

Beim Vergleich über die Wirtschaftssektoren ist das Ergebnis dagegen uneinheitlich. Für die Branchen produzierendes Gewerbe, unternehmensnahe Dienstleistungen sowie sonstige Dienstleistungen stellt man bei den Betrieben ohne unbesetzte Arbeitsstellen eine höhere Weiterbildungsbeteiligung fest. In den Branchen Handel und Reparatur sowie öffentlicher Dienst, Gesundheit und Erziehung verhält es sich umgekehrt. Hier kommen die Betriebe mit unbesetzten Arbeitsstellen auf eine höhere Weiterbildungsbeteiligung als diejenigen, die für alle angebotenen Arbeitsstellen neue Mitarbeiter rekrutieren konnten.

(Alexander Christ, Christian Gerhards, Sabine Mohr)

268 Dabei werden nur Betriebe, die im Jahr 2010 Arbeitsstellen angeboten haben, betrachtet. Für weitere Informationen zum Anteil und der Struktur von Betrieben mit Angebot an Arbeitsstellen **vgl. Kapitel A4.10.4**.

B1.3 Fortbildungsprüfungen und Umschulungsprüfungen

Die berufliche Fortbildung und die berufliche Umschulung sind Teil der Berufsbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Nach dem Berufsbildungsgesetz dient die berufliche Fortbildung dazu, die Handlungsfähigkeit im Beruf zu erhalten und anzupassen oder zu erweitern und beruflich aufzusteigen (§ 1 Abs. 4 BBiG). Die berufliche Umschulung soll dagegen zu einer anderen beruflichen Tätigkeit befähigen (§ 1 Abs. 5 BBiG). Die mittels Fortbildungsordnungen „geregelte" Fortbildung ist eine besondere Form der beruflichen Weiterbildung (Erwachsenenbildung). Berufsbildungspolitische Aufgabe ist es, sie weiter auszubauen (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009, S. 43). Die geregelte Fortbildung baut auf der beruflichen (Erst-) Ausbildung auf, soll vorhandene berufspraktische Kenntnisse und Fertigkeiten des Einzelnen erweitern oder neuen Entwicklungen anpassen und führt zu einem weiteren anerkannten Fortbildungsabschluss mit eigener Berufsbezeichnung.[269] Die Abschlüsse qualifizieren für gehobene Sach- und Führungsaufgaben in den Betrieben und sind auch im Bildungssystem anschlussfähig, da sie den Übertritt in den hochschulischen Bereich ermöglichen.

Gemäß § 53 BBiG kann der Bund für die berufliche Aufstiegsfortbildung sogenannte Fortbildungsordnungen erlassen; sie sind einheitliche Grundlage zu Inhalten und Prüfungsregelungen für staatlich anerkannte Fortbildungsabschlüsse (**vgl. Kapitel B4.1**). Sofern solche bundeseinheitlichen Regelungen nicht vorliegen, können die zuständigen Stellen (Kammern) nach § 54 BBiG ihrerseits Fortbildungsprüfungsregelungen für ihren Zuständigkeitsbereich festlegen.[270] Durch die jeweilige Fortbildungsprüfung ist nachzuweisen, dass die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten in den Fortbildungsmaßnahmen fachlich geeigneter Träger (Betriebe, überbetriebliche Zusammenschlüsse, Kammern etc.) erworben worden sind.[271]

Nachfolgend werden Ergebnisse der Fortbildungsprüfungsstatistik **E** für das Berichtsjahr 2010 berichtet.[272] Die zugrunde liegenden Daten wurden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik von den Statistischen Ämtern gemäß den Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes erhoben. Bei den vom Statistischen Bundesamt anschließend veröffentlichten Ergebnissen handelt es sich aus Datenschutzgründen stets um gerundete Zahlen (vgl. Statistisches Bundesamt 2011b, S. 19 f.). Die Statistik erfasst sämtliche nach BBiG bzw. HwO abgelegten Prüfungen in bundeseinheitlich durch Rechtsverordnung geregelten Fortbildungsberufen sowie derjenigen nach Fortbildungsregelungen der zuständigen Stellen. Ebenfalls zu den Fortbildungsprüfungen zählen die durchgeführten Meisterprüfungen in den jeweiligen Ausbildungsbereichen.

E **Fortbildungsprüfungsstatistik und Umschulungsprüfungen**

Die Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erhebt unter den sonstigen Prüfungsteilnehmern jährlich u. a. die Teilnahmen an Fortbildungsprüfungen und Umschulungsprüfungen eines Berichtszeitraums (Berichtsjahr ist Kalenderjahr) gegliedert nach weiteren Merkmalen (z. B. Fortbildungsberuf, Ausbildungsbereich, Prüfungserfolg, Geschlecht und Geburtsjahr der Teilnehmer, Wiederholungsprüfung, regionale Merkmale). Die Statistik ist eine Vollerhebung, für die Auskunftspflicht besteht. Gemeldet werden die während des Kalenderjahres abgelegten Fortbildungs-/Meisterprüfungen bzw. Umschulungsprüfungen durch die zuständigen Stellen.

269 Vorausgesetzt werden dabei in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie eine Mindestzeit praktischer Berufstätigkeit. Große Bedeutung haben die gängigen gesetzlichen Fortbildungsabschlüsse wie Fachwirt/Fachwirtin, Fachkaufmann/Fachkauffrau, Betriebswirt/Betriebswirtin oder Meister/Meisterin. Zusätzlich fördern sie die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen und eröffnen inzwischen gemäß „Beschluss der Kultusministerkonferenz (6. März 2009) Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber/-innen ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung" die Aufnahme eines Hochschulstudiums.

270 Vgl. dazu die Ausführungen in § 53 BBiG bzw. § 42 HwO. Sofern keine bundeseinheitliche Regelung vorliegt, können die zuständigen Stellen nach § 54 bzw. § 42a HwO für ihren regionalen Bereich Inhalt, Ziel, Anforderungen, das Prüfungsverfahren sowie die Zulassungsvoraussetzung eigenständig regeln.

271 Diese Maßnahmen müssen den Erfordernissen beruflicher Erwachsenenbildung entsprechen.

272 Herangezogen wird dazu vorrangig die Veröffentlichung in Fachserie 11 Reihe 3 „Berufliche Bildung 2010" des Statistischen Bundesamtes (2011b).

Besteht die Fortbildungsprüfung aus mehreren Teilen (z. B. Kursen, Module), sind Prüfung und Teilnehmer/-innen nur dann statistisch zu erfassen und nachzuweisen, wenn sie sich in der letzten Stufe befinden, nach deren erfolgreichen Abschluss die neue Berufsbezeichnung geführt werden darf. Gezählt werden aber auch jene Prüfungen, die nicht erfolgreich bestanden wurden, sofern keine Wiederholungsmöglichkeit mehr besteht. Fortbildungsprüfungen sind auch dann zu melden, wenn in der Fortbildungsordnung/Fortbildungsregelung nicht auf das Berufsbildungsgesetz Bezug genommen wird. Es wird zudem stets erfasst, ob es sich bei der Prüfung um eine Wiederholungsprüfung handelt oder nicht. Der Prüfungserfolg wird danach unterschieden, ob die Prüfung bestanden oder nicht bestanden bzw. endgültig nicht bestanden worden ist.

Die Rechtsgrundlage der Statistik (§§ 4 und 5 Berufsbildungsförderungsgesetz) war zunächst für die Erhebungen der Jahre von 1993 bis 2006 unverändert geblieben; für diesen Zeitraum liegen somit vergleichbare zusammengefasste Daten (sog. Aggregatdaten) vor auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kammern. Erhoben wurden danach die Anzahl der Prüfungsfälle, nicht jedoch Prüfungspersonen. Prüflinge, die die Fortbildungsprüfung nicht bestanden haben und später an einer Wiederholungsprüfung teilnahmen (ggf. im selben Jahr), wurden deshalb mehrfach gezählt und dann als Wiederholer ausgewiesen. Die Revision des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931) führte auch zu weitreichenden inhaltlichen und methodischen Umstellungen der Berufsbildungsstatistik; die Bestimmungen traten zum April 2007 in Kraft (vgl. Schmidt 2008; Klaukien 2011). Danach werden ab dem Erhebungsjahr 2007 zu den Fortbildungsprüfungen Individualdatensätze statt Aggregatdaten gemeldet; darüber hinaus werden Merkmale teils neu bzw. differenzierter erfasst. Für die Umstellungsphase galten Übergangsregelungen: Danach konnten die zuständigen Stellen die Angaben zu Fortbildungsprüfungen noch einschließlich Berichtsjahr 2009 auch als aggregierte Summensätze je Fortbildungsberuf übermitteln, auch fehlende Angaben für Merkmale waren zulässig. Mit dem Berichtsjahr 2010 entfielen die Übergangsbestimmungen. Nach der Umstellung der Statistik zeigte sich ein starker Einbruch der gemeldeten Prüfungszahlen. Die Ergebnisse für die Berichtsjahre 2007 und 2008 wurden vom Statistischen Bundesamt aufgrund von Schwierigkeiten bei der Umstellung und erheblicher Meldeausfälle nicht veröffentlicht. Für die Jahre 2009 und 2010 konnte die Vollständigkeit der Meldungen und die Qualität der Daten weiter verbessert werden. Ergebnisse zu den Fortbildungsprüfungen sind vom Statistischen Bundesamt erstmals wieder für das Berichtsjahr 2009 veröffentlicht worden.

Rückblickend war die Entwicklung der Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen[273] in den Jahren 1992 bis 2002 geprägt durch starke Rückgänge; die Teilnahmezahlen für die Folgejahre bis 2006 waren dagegen relativ stabil (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009, S. 277 f.). Im aktuellen Berichtsjahr 2010 sind insgesamt rund 110.000 Prüfungsteilnahmen gezählt worden → **Tabelle B1.3-1**; im Jahr 2009 waren es 106.341 gewesen.[274] Die Zahl der Fortbildungsprüfungen im Ausbildungsbereich Handwerk hat sich in 2010 gegenüber dem Vorjahr um ca. 8.500 erhöht. Der Bereich Industrie und Handel verzeichnet für 2010 gegenüber 2009 einen Rückgang von ca. 5.300 Fortbildungsprüfungen. Nach wie vor ist die Zahl der erfassten Fortbildungsprüfungen im Bereich Industrie und Handel in der Tendenz eher überhöht.[275]

Differenziert nach Geschlecht beträgt die Zahl der Teilnahmen im Jahr 2010 für die Männer 70.758 (Anteil: 64,3 %), die der Frauen liegt bei 39.285, was einem Anteil von 35,7 % entspricht. Von den insgesamt 93.357 bestandenen Prüfungen sind 61.497 oder nahezu zwei Drittel von Männern und knapp 32.000 von Frauen abgelegt worden. Typisch ist auch im Berichtsjahr 2010 der deutlich differierende Anteil von Frauen an den Prüfungsteilnahmen in den einzelnen Ausbildungsbereichen: So legen Frauen danach mehr als 90 % der Fortbildungsprüfungen

273 **Vgl. Kapitel B4.4.2** z. B. für weiter gehende sozioökonomische Merkmale von Teilnehmern an Fortbildungsprüfungen sowie zur Verwertbarkeit derartiger Abschlüsse.

274 Generell ist der zeitliche Vergleich der Fortbildungsprüfungsdaten für die Jahre vor und nach 2007 nur bedingt möglich, und zwar infolge der methodischen Neukonzeption und Umstellung der Statistik. Ferner ist für die für 2009 gemeldeten Fortbildungsprüfungsdaten insgesamt eher von einer Untererfassung auszugehen: So hat damals etwa eine Reihe von Kammern dazu überhaupt keine Meldung gemacht; betroffen waren besonders die Bereiche Industrie und Handel sowie Handwerk.

275 So melden laut Statistischem Bundesamt (2011b, S. 110) einige Kammern dieses Bereichs nach wie vor entgegen der statistischen Vorgabe auch Modul- bzw. Teilprüfungen, die keine Endprüfung sind und deshalb nicht zur neuen Berufsbezeichnung berechtigen, als „nicht bestandene Prüfung". Da dies in die Berechnung der Erfolgsquote eingeht, liegt demzufolge der Anteil bestandener Prüfungen im IH-Bereich mit 75,9 % deutlich unter der Erfolgsquote insgesamt von 84,8 % bzw. der anderer Ausbildungsbereiche.

Tabelle B1.3-1: **Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2006 bis 2010 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht**[1]

	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen			Anzahl: mit bestandener Prüfung		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Fortbildungs-/Meisterprüfungen insgesamt[2]						
2006	120.433	77.457	42.976	96.526	63.846	32.680
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	106.341	68.502	37.839	83.949	55.386	28.566
2010	110.043	70.758	39.285	93.357	61.497	31.860
Industrie und Handel[2, 3]						
2006	60.961	35.157	25.804	42.517	25.154	17.363
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	61.734	37.062	24.672	42.348	25.929	16.419
2010	56.442	32.562	23.880	42.843	25.353	17.490
Handwerk						
2006	48.762	38.817	9.945	45.270	35.979	9.291
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	36.114	29.076	7.038	34.131	27.459	6.672
2010	44.685	35.604	9.081	42.741	33.993	8.748
Öffentlicher Dienst[4]						
2006	2.851	1.245	1.606	2.538	1.066	1.472
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	1.977	762	1.215	1.815	702	1.113
2010	1.725	687	1.038	1.623	648	978
Landwirtschaft						
2006	2.124	1.717	407	1.723	1.382	341
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	1.659	1.260	399	1.362	1.029	333
2010	1.935	1.566	369	1.542	1.248	291
Freie Berufe[4]						
2006	5.256	515	4.741	4.119	259	3.860
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	4.644	342	4.302	4.131	267	3.864
2010	4.854	333	4.521	4.326	252	4.074
Hauswirtschaft						
2006	479	6	473	359	6	353
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	213	–	213	165	–	165
2010	405	9	396	282	3	279

Hinweis: Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) ab Berichtsjahr 2007 jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Für die Berichtsjahre 2007 und 2008 wurden keine Daten zu Fortbildungs-/Meisterprüfungen veröffentlicht.

[1] Durch die Neukonzeption der Statistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung eingeschränkt.

[2] Die Zahl der Teilnahmen des Bereichs ist überhöht, da von einigen Kammern auch Teilprüfungen (als nicht bestanden) gemeldet wurden. Zudem liegt für 2009 keine vollständige Erfassung vor, da verschiedene Kammern hierzu keine Meldungen abgegeben haben.

[3] Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

[4] Ohne Prüfungen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3, Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle B1.3-2: **Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2010 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder**

Ausbildungsbereiche	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen		darunter mit bestandener Prüfung		Anteil bestandene Prüfungen in %	
	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder
Fortbildungsprüfungen insgesamt	**92.055**	**17.988**	**77.724**	**15.633**	**84,4**	**86,9**
Industrie und Handel[1, 2]	48.579	7.863	36.618	6.228	75,4	79,2
Handwerk	36.618	8.367	34.869	7.872	95,2	94,1
Öffentlicher Dienst[3]	1.119	608	1.083	540	96,8	88,8
Landwirtschaft	1.713	222	1.377	165	80,4	74,3
Freie Berufe[3]	3.936	918	3.507	819	89,1	89,2
Hauswirtschaft	393	12	273	9	69,5	75,0

Hinweis: Aus Datenschutzgründen sind alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen. Alte Länder ohne Berlin, neue Länder einschließlich Berlin.

[1] Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.
[2] Die Zahl der Teilnahmen des Bereichs ist überhöht, da von einigen Kammern auch Teilprüfungen (als nicht bestanden) gemeldet wurden.
[3] Ohne Prüfungen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

in den Bereichen Hauswirtschaft bzw. freie Berufe ab. Sie stellen anderseits lediglich ein Fünftel der Prüflinge in den Bereichen Landwirtschaft (19,1 %) bzw. Handwerk (20,3 %). Im Bereich Industrie und Handel sind etwas mehr als zwei Fünftel (42,3 %) der Prüfungsteilnehmer weiblich (23.880); bei den abgelegten Fortbildungsprüfungen im öffentlichen Dienst waren Frauen mit 60,2 % (1.038) in der Überzahl.

Wie →**Tabelle B1.3-1** zeigt, entfielen die im Jahr 2010 erfassten 110.043 Fortbildungs-/Meisterprüfungen fast vollzählig auf folgende 2 Ausbildungsbereiche: Die zuständigen Stellen von Industrie und Handel meldeten 56.442 Prüflinge, was einen Anteilswert von 51,3 % entspricht. Für den Handwerksbereich errechnet sich ein Wert von 40,6 %; dort hatten sich 44.685 Personen einer Prüfung unterzogen. Es folgt der Bereich freie Berufe mit 4.854 Prüfungsteilnahmen. Etwas weniger als 2.000 Fortbildungsprüfungen wurden in den Bereichen Landwirtschaft (1.935) und öffentlicher Dienst (1.725) gezählt. Die wenigsten Prüfungen führte der Hauswirtschaftsbereich mit 405 Teilnehmenden durch.

→**Tabelle B1.3-2** enthält die Strukturen und Zahl der Teilnahmefälle sowie der bestandenen Fortbildungs-/Meisterprüfungen in den Ausbildungsbereichen für das Berichtsjahr 2010 für die alten und neuen Länder (einschließlich Berlin). Sichtbar wird für die Ausbildungsbereiche die zahlenmäßig große Spannweite der Fortbildungsprüfungsfälle in den beiden Landesteilen. Bei rund 18.000 Teilnahmen in den neuen Ländern bzw. 92.000 in den alten Ländern sind mehr als vier Fünftel der insgesamt gezählten Fortbildungs-/Meisterprüfungen in Westdeutschland (84 %) durchgeführt worden.[276] Der Prüfungserfolg in der geregelten Fortbildung in den beiden Landesteilen stellt sich wie folgt dar: Die Zahl der für das Jahr 2010 gemeldeten bestandenen Prüfungen liegt bei 15.633 in den neuen Ländern und 77.724 Fortbildungsabschlüssen in den alten Ländern. Mit 84,4 % lag der Anteil der insgesamt bestandenen Prüfungen in den alten Ländern nahe

276 Die Prüfungsteilnahmen der alten Länder liegen anteilsmäßig, vom öffentlichen Dienst (65 %) und der Hauswirtschaft (97 %) abgesehen, für die übrigen Ausbildungsbereiche meist nahe dem Gesamtmittelwert von 84 %.

Tabelle B1.3-3: **Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2010 – Strukturen und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereich und ausgewählte Prüfungsgruppen**

Ausbildungsbereich Prüfungsgruppen/Beruf	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen				darunter mit bestandener Prüfung	Erfolgsquote	Anteil Wiederholer
	Männer	Frauen	Insgesamt	darunter Wiederholungsprüfungen			
	Anzahl					in %	in %
Industrie und Handel[1]	32.562	23.880	56.442	10.230	42.843	75,9	18,1
darunter:							
Fachkaufmann/Fachkauffrau	2.961	6.399	9.360	1.887	6.492	69,4	20,2
Fachwirt/Fachwirtin	9.834	11.307	21.141	4.617	15.084	71,3	21,8
Betriebswirt/Betriebswirtin	3.129	792	3.909	717	3.105	79,4	18,3
Industriemeister/Industriemeisterin	8.952	345	9.300	1.401	7.827	84,2	15,1
Fachmeister/Fachmeisterin	1.983	363	2.346	303	1.848	78,8	12,9
Handwerk	35.604	9.081	44.685	3.375	42.741	95,6	7,6
darunter:							
Handwerksmeister/Handwerksmeisterin	16.530	3.813	20.343	2.448	19.659	96,6	12,0
Öffentlicher Dienst	687	1.038	1.725	66	1.623	94,1	3,8
Landwirtschaft	1566	369	1.935	141	1.542	79,7	7,3
darunter:							
Sonstige Meisterprüfungen (Landw.)	1428	357	1.785	138	1.407	78,8	7,7
Freie Berufe	353	4.521	4.854	507	4.326	89,1	10,4
Hauswirtschaft	9	396	405	42	282	69,6	10,4
darunter:							
Meister/-in der Hauswirtschaft	9	381	390	42	270	69,2	10,8
Alle Bereiche[1]	**70.758**	**39.285**	**110.043**	**14.361**	**93.357**	**84,8**	**13,1**

Hinweis: Aus Datenschutzgründen sind alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

[1] Die Anzahl der Teilnahmen ist überhöht, da von einigen Kammern auch Teilprüfungen (als nicht bestanden) gemeldet wurden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

dem Anteilswert der neuen Länder von 86,9 %. Auch für den Bereich Industrie und Handel gilt Ähnliches, wobei der Fortbildungsabschluss in den neuen Ländern mit 79,2 % etwas häufiger erreicht wurde als in den alten Ländern (75,4 %). Kaum noch unterscheidet sich der relative Prüfungserfolg im Handwerksbereich zwischen alten und neuen Ländern (95,2 % zu 94,1 %) bzw. in den freien Berufen (89,1 % zu 89,2 %). Größere regionale Unterschiede bei der Erfolgsquote gibt es dagegen in den Bereichen öffentlicher Dienst (alte Länder: 96,8 %; neue Länder: 88,8 %) und Landwirtschaft (80,4 % bzw. 74,3 %).[277]

Einen Einblick in das Ausmaß und die Strukturen der geregelten beruflichen Aufstiegsfortbildung des Berichtsjahres 2010 nach Ausbildungsbereichen gibt → **Tabelle B1.3-3**. Anhand der Teilnahmezahlen zeigt sich die große Bedeutung einzelner Prüfungsgruppen wie Fachkaufleute (9.360 Teilnahmen) bzw. Fachwirte (21.141) oder Industriemeister/-innen (9.300) an allen Fortbildungsmaßnahmen des Ausbildungsbereichs Industrie und Handel bzw. der Handwerksmeister/-innen (20.343) für den Handwerksbereich. In anderen Bereichen entfiel das Gros der durchgeführten Fortbildungsprüfungen oftmals auf Meisterprüfungen.

277 Der Unterschied in der Hauswirtschaft ist aufgrund der geringen Fallzahl für die neuen Länder (n = 9) statistisch nicht aussagekräftig.

Frauen stellten im IH-Bereich fast 70 % der Prüflinge bei den Fachkaufleuten und mehr als die Hälfte bei der Fachwirte-Prüfung (53,5 %); bei den Prüfungen zum Betriebswirt/-in sind allerdings nur ein Fünftel der Teilnehmenden weiblich (20,3 %). Ähnlich gering fällt der Anteil der weiblichen Prüfungsteilnehmer auch vieler gewerblicher Fortbildungsberufe aus: Für die Prüfungsgruppe Handwerkmeister/-in errechnet sich ein Frauenanteil von 18,7 %, bei den Industriemeistern sogar nur von 3,7 %.

Weiterhin wiederholen viele, die im ersten Prüfungsversuch scheitern, die Fortbildungs-/Meisterprüfung, um zum gewünschten weiterführenden Berufsabschluss zu kommen. Insgesamt waren 14.361 der im Jahr 2010 durchgeführten Prüfungen Wiederholungsprüfungen; wie auch im Vorjahr beträgt somit deren Anteil an den Fortbildungsprüfungen rund 13 %. Der Anteil der Wiederholer und die Prüfungserfolgsquote stehen dabei in einem Zusammenhang. So errechnet sich für die Ausbildungsbereiche insgesamt für das Jahr 2010 eine durchschnittliche Erfolgsquote von 84,9 %.[278] So übertreffen etwa die Erfolgsquoten im Handwerk (95,6 %) und öffentlichen Dienst (94,1 %) den Durchschnittswert aller Ausbildungsbereiche um rund 10 Prozentpunkte. Der Anteil der Wiederholer dieser Bereiche ist demgemäß eher gering. Prüflinge des Bereichs Industrie und Handel kommen dagegen offenbar seltener im ersten Anlauf zum angestrebten Fortbildungsabschluss. Die Erfolgsquote im Bereich Industrie und Handel fällt also eher unterdurchschnittlich aus;[279] es zeigt sich durchaus eine gewisse Spannbreite im Prüfungserfolg der betreffenden Prüfungsgruppen → **Tabelle B1.3-3**. So führen etwa 7 von 10 der Fortbildungsprüfungen bei den Fachkaufleuten bzw. den Fachwirten zum Fortbildungsabschluss, die Erfolgsquote bei Industriemeisterprüfungen beträgt dagegen 84,2 %. Entsprechend verzeichnen Erstere mit 20,2 % bzw. 21,8 % auch die höchsten Anteile von Prüfungswiederholern.

Umschulungsprüfungen im Berichtsjahr 2010

Geeignete Maßnahmen der Umschulung sollen Erwachsenen die Möglichkeit bieten, sich beruflich neu zu orientieren, und sie zu einem Übergang oder Aufstieg in eine andere Berufstätigkeit befähigen (§ 1 Abs. 5 BBiG).[280] Die Umschulung erfolgt entweder in anerkannten Ausbildungsberufen oder in anderen Berufen.[281] Die Umschüler können im dualen System oder in entsprechenden Fördereinrichtungen ausgebildet werden. Durch Bildungsgutscheine für den Einzelnen kann etwa die Bundesagentur für Arbeit die Umschulung fördern. Die jeweiligen Umschulungsregelungen werden gemäß §§ 58 f. BBiG vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bundeseinheitlich oder mit regionaler Wirkung durch zuständige Stellen erlassen und regeln Inhalt, Art, Ziel und Dauer der jeweiligen Umschulungsmaßnahme. Die abschließende Umschulungsprüfung vor der zuständigen Stelle dient dem Nachweis, dass die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten erworben wurden.

Gemäß → **Tabelle B1.3-4** nahmen im Berichtsjahr 2010 rund 23.000 Personen an Prüfungen im Rahmen von Umschulungsmaßnahmen teil (§ 58 BBiG bzw. § 42e HwO). Im Jahr 2009 zählte man 21.039 Umschulungsprüfungen. Fast durchweg erfolgten die Umschulungen in anerkannten Ausbildungsberufen. In den alten Ländern unterzogen sich im Jahr 2010 rund 15.100 Personen einer Umschulungsprüfung, knapp 7.900 waren es in den neuen Ländern. Frauen stellen mit 8.256 etwas mehr als ein Drittel aller Prüfungsteilnehmer/-innen (35,9 %). Von den Ausbildungsbereichen führten Industrie und Handel mit 19.509 Prüflingen 84,9 % aller durchgeführten Umschulungsprüfungen durch. Mit Abstand folgt der Handwerksbereich mit rund 2.400 oder 10,4 % der

278 Die entsprechende rechnerische Erfolgsquote für das Berichtsjahr 2009 lag bei 78,9 %; vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel B1.3.

279 Allerdings lässt sich das auch darauf zurückführen, dass laut Hinweis des Statistischen Bundesamts im Jahr 2010 zuständige Stellen dieses Bereiches abweichend von der Vorgabe auch die von ihnen durchgeführten Teilprüfungen und dann „als nicht bestanden" gemeldet haben. Dadurch wird die Zahl der Teilnahmen und damit der Nenner für die Berechnung des Erfolgsanteils überhöht, was rechnerisch zu einer niedrigeren Erfolgsquote führt.

280 Eine vorherige Berufsausbildung wird nicht vorausgesetzt; so kann der Umschüler/die Umschülerin z. B. vorher auch als Ungelernte/-r tätig gewesen sein. Anders als bei der Nachqualifizierung soll im Rahmen der beruflichen Neuorientierung ein Beruf mit einem anderen Inhalt erlernt werden.

281 Bei einer Umschulung in anerkannten Ausbildungsberufen sind weitere, für die Berufsausbildung geltende Vorschriften heranzuziehen, z. B. Ausbildungsberufsbild, -rahmenplan oder Prüfungsanforderungen (§ 60 BBiG).

Tabelle B1.3-4: **Teilnahmen an Umschulungsprüfungen 2010 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder**

Ausbildungs-bereich	Teilnahmen an Umschulungsprüfungen			darunter mit bestandener Prüfung			Anteil bestandene Prüfungen in %		
	Bundesgebiet	Alte Länder	Neue Länder	Bundesgebiet	Alte Länder	Neue Länder	Bundesgebiet	Alte Länder	Neue Länder
Industrie und Handel[1]	19.509	12.972	6.537	16.377	11.013	5.364	83,9	84,9	82,1
Handwerk	2.397	1.539	858	2.112	1.410	702	88,1	91,6	81,8
Öffentlicher Dienst[2]	333	198	135	294	171	126	88,3	86,4	93,3
Landwirt-schaft	126	78	48	105	66	39	83,3	84,6	81,3
Freie Berufe[2]	612	333	279	507	276	231	82,8	82,9	82,8
Hauswirt-schaft	12	3	9	9	3	6	75,0	100,0	66,7
Insgesamt	**22.992**	**15.126**	**7.866**	**19.407**	**12.939**	**6.465**	**84,4**	**85,5**	**82,2**
nachrichtlich:									
Frauen	8.256	5.355	2.901	6.996	4.617	2.378	84,7	86,2	82,0
Männer	14.736	9.771	4.965	12.411	8.322	4.089	84,2	85,2	82,4

Hinweis: Aus Datenschutzgründen sind alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Alte Länder ohne Berlin, neue Länder einschließlich Berlin.

[1] Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.
[2] Ohne Prüfungen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

abgelegten Prüfungen, die restlichen ca. 5 % der Umschulungsprüfungen wurden in den anderen 4 Bereichen abgenommen.

Der Anteil bestandener Umschulungsprüfungen lag mit insgesamt rund 19.400 bei 84,4 % auf dem Niveau früherer Jahre. Insgesamt gesehen erreichten Frauen wie Männer den Umschulungsabschluss ähnlich häufig; auch in den beiden Landesteilen gab es kaum Unterschiede nach Geschlecht. Des Weiteren übertrifft der Anteil bestandener Prüfungen mit 85,5 % in den alten Ländern den der neuen Länder (82,2 %). In den jeweiligen Ausbildungsbereichen lag der Anteil erfolgreich abgelegter Umschulungsprüfungen durchweg über 80 %. Überdurchschnittlich fällt der Prüfungserfolg in den Bereichen Handwerk (88,1 %) und öffentlicher Dienst (88,3 %) aus. Höchste Erfolgsanteile bei den Umschulungsprüfungen 2010 meldeten dabei: erstens mit 91,6 % das Handwerk in Westdeutschland, wobei dem ein recht niedriger Erfolgsanteil in den neuen Ländern gegenübersteht (81,8 %). Zweitens der öffentliche Dienst in Ostdeutschland mit 93,3 % bestandenen Prüfungen; der vergleichbare Wert in den alten Ländern beträgt dagegen 86,4 %.

(Hermann Herget)

B2 Weiterbildungsanbieter

B2.1 Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2011

Der Themenschwerpunkt des wb**monitor** E befasste sich im Jahr 2011 mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Weiterbildungsanbieter (**vgl. Kapitel B2.1.2**). Weiterhin wurden das Geschäftsklima in der Weiterbildung sowie Daten zur Anbieterstruktur erhoben (**vgl. Kapitel B2.1.1**). Die Ergebnisse basieren auf den gewichteten und hochgerechneten Angaben von 1.700 Einrichtungen (11,5 % der wb**monitor**-Grundgesamtheit).

E **wbmonitor Umfragen**

wb**monitor** ist ein Kooperationsprojekt des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE). Jährlich im Mai wird die dem wb**monitor** bekannte Grundgesamtheit von aktuell rd. 15.000 Anbietern zu wechselnden Themenschwerpunkten sowie dem Geschäftsklima, Leistungen und Strukturen online befragt. Für weitere Informationen siehe **www.wbmonitor.de**.

B2.1.1 Geschäftsklima und Anbieterstrukturen im Fokus des wbmonitor

Die wb**monitor** Umfrage zeigt, dass das wahrgenommene Geschäftsklima in der Weiterbildung E stark vom Hauptfinanzier[282] des Anbieters abhängig ist →**Schaubild B2.1.1-1**. Besonders deutlich wird dies bei überwiegend durch Betriebe sowie von Arbeitsagenturen finanzierten Anbietern. Während sich das Weiterbildungsklima im Vergleich zum Vorjahr insgesamt stabilisiert und in Teilen sogar deutlich verbessert hat, brechen die vorwiegend durch Arbeitsagenturen finanzierten Weiterbildungsanbieter in ihrer Einschätzung stark ein und erreichen mit -23 erstmals negative Werte. Für das kommende Jahr wird ein weiterer wirtschaftlicher Rückgang erwartet (-32) →**Tabelle B2.1.1-1**.

E **wbmonitor Klimawert**

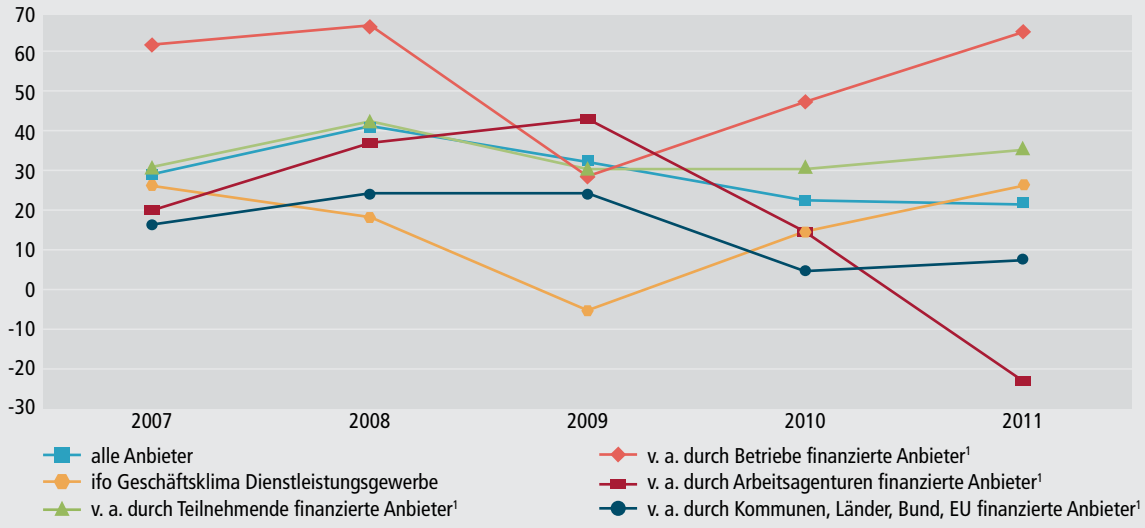
Der wb**monitor** Klimawert bildet die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation durch die Weiterbildungsanbieter ab. Er berechnet sich aus dem geometrischen Mittel der Differenzen zwischen den positiven und negativen Urteilen über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage sowie die Erwartung in einem Jahr. Die Anbieterangaben werden anhand des Unterrichtsstundenvolumens des Vorjahres gewichtet. Die Werte liegen zwischen -100 und +100. Der wb**monitor** Klimawert ist eine konzeptionelle Adaption des ifo Geschäftsklimas.

Hintergrund der den Abwärtstrend des Vorjahres fortsetzenden Einschätzung des Weiterbildungsklimas durch die überwiegend durch Arbeitsagenturen finanzierten Anbieter dürften die im zweiten Jahr in Folge rückläufigen Förderungen durch die Bundesagentur für Arbeit sein (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2011). Im Bereich der beruflichen Weiterbildung (Rechtskreis SGB II/III) verringerte sich der Bestand stetig von 210.000 Förderfällen im Mai 2009 auf 165.000 im Mai 2011. Der Zugang zu diesen Maßnahmen hatte sich 2011 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 40 % verringert, die übliche leichte Frühjahrsbelebung war ausgeblieben (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2011, eigene Berechnungen). Folgen für die Anbieter sind rückläufige Teilnehmerzahlen und damit einhergehend finanzielle Einbußen.

Völlig anders wird das Weiterbildungsklima durch jene Anbieter wahrgenommen, die sich vorwiegend durch Betriebe finanzieren. Während die Stimmung im Jahr 2009 erheblich unter den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise litt und mit +29 einen Tiefpunkt erreichte, knüpfen sie 2011 mit einem Klimawert von +66 an die Zeiten vor der Krise an und erwarten eine noch bessere Entwicklung für die Zukunft (+71). Diese Entwicklung folgt dem Trend des ifo-Geschäftsklima-Indexes für das Dienstleistungsgewerbe (vgl. ifo Institut 2012) auf einem deutlich höheren Niveau sowie der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (vgl. Statistisches Bundesamt 2012).

282 Mindestens 50 % der Einnahmen in der Weiterbildung stammen aus dieser Finanzierungsquelle.

Schaubild B2.1.1-1: **Entwicklung der** wb**monitor Klimawerte von 2007 bis 2011**



[1] Anteil von 50 % und mehr an den Einnahmen in der Weiterbildung.

Quellen: BIBB/DIE wb**monitor** Umfragen 2007–2011; ifo Geschäftsklima Dienstleistungsgewerbe 2007–2011, jeweils im Mai

Auch Anbieter, die sich überwiegend durch Teilnehmende finanzieren sowie durch Kommune, Land, Bund und/oder EU, folgen diesem positiven Trend. Beide Gruppen zeigen einen leichten Anstieg beim Klimawert, bewegen sich aber auf deutlich niedrigeren Niveaus. Anbieter mit Kommune, Land, Bund und/oder EU als Hauptfinanzier erreichen beim Weiterbildungsklima einen Wert von +8 (2010: +5), diejenigen, die sich überwiegend durch Teilnehmende finanzieren, sogar einen Wert von +36 (2010: +31). Während die überwiegend durch Kommunen, Länder, Bund und/oder EU finanzierten Anbieter für 2012 eine Stagnation ihrer wirtschaftlichen Situation erwarten, versprechen sich die überwiegend teilnehmerfinanzierten eine weitere Verbesserung.

Themen in der Weiterbildung

Im Folgenden werden Besonderheiten des Themenspektrums E der Weiterbildungsanbieter in Bezug auf Anbietertypen und Finanziers vorgestellt.[283]

E wbmonitor – Themen in der Weiterbildung**

Die Anbieter aktualisieren jährlich ihre Angaben zum Themenangebot. In der allgemeinen Weiterbildung werden die folgenden 7 Themenbereiche/-felder (neben einer offenen Kategorie für sonstige Angebote) abgefragt: Grundbildung, Schulabschlüsse (für Erwachsene); IT-Grundwissen; Sprachen, interkulturelle Kompetenz; Gesellschaft, politische Bildung, Religion, Umwelt; Kunst und kulturelle Bildung, Gestalten; Gesundheit, Wellness; Familie, Gender, Generationen. Für die berufliche Weiterbildung stehen 6 Bereiche zur Verfügung (sowie eine offene Kategorie für sonstige Angebote): Führungs-/Managementtraining, Selbstmanagement, Soft Skills; berufsbezogene Fremdsprachen; berufsbezogenes IT-Wissen (auch CNC und Programmierung); kaufmännische Weiterbildung; technische Weiterbildung (inkl. gewerblicher und naturwissenschaftlicher); soziale, medizinische, pflegerische, pädagogische Weiterbildung.

Private, kommerzielle Anbieter weisen unter allen Anbietertypen die geringste durchschnittliche Anzahl an Themenbereichen auf, denen sie ihre Veranstaltungen zuordnen. In der allgemeinen Weiterbildung sind es 2,1 und in der beruflichen 3,1 Themenbereiche.[284]

283 Die Kategorien „auch im Angebot" und „ein Angebotsschwerpunkt" wurden zusammengefasst und den Angaben zu „nicht im Angebot" gegenübergestellt.

284 BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2011. Basis der hochgerechneten Werte je nach Thema zwischen n = 215 und n = 1.046 Anbietern.

Tabelle B2.1.1-1: **Klimawert, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teilgruppen von Weiterbildungsanbietern 2011**

		Klimawert	Lagebeurteilung	Erwartung in einem Jahr	Anzahl Anbieter (Lage)
		gemittelt aus Lage und Erwartung	Saldo[1] positiv/negativ	Saldo[1] besser/schlechter	(hochgerechnet)
Alle Anbieter		22	27	17	12.735
Art der Einrichtung	kommerziell privat	30	27	33	3.636
	gemeinnützig privat	16	24	9	1.941
	Bildungseinrichtung eines Betriebes	49	58	40	528
	berufliche Schule	29	37	21	849
	Volkshochschule	18	31	6	1.907
	(Fach-)Hochschule, Akademie	9	3	15	390
	wirtschaftsnah (Kammer, Innung, Berufsverband u. Ä.)	39	51	28	964
	Einrichtung einer Kirche, Partei, Gewerkschaft, Stiftung, eines Verbandes, Vereins	7	6	7	1.997
Standort	alte Länder	24	29	20	10.458
	neue Länder mit Berlin	11	18	5	2.277
Angestellte/Beamte in der WB	0 bis 9	28	29	27	8.093
	10 bis 49	20	31	11	3.332
	50 und mehr	-1	3	-6	853
Einnahmen/Zuwendung von Teilnehmenden	keine Einnahmen	14	22	6	2.074
	bis 25 %	17	19	14	4.581
	26 % bis 49 %	17	20	14	1.871
	50 % und mehr	36	43	28	3.846
Einnahmen/Zuwendungen von Betrieben	keine Einnahmen	11	20	3	4.053
	bis 25 %	10	18	3	4.955
	26 % bis 49 %	47	45	50	842
	50 % und mehr	66	61	71	2.523
Einnahmen/Zuwendungen von Arbeitsagenturen	keine Einnahmen	31	37	25	6.064
	bis 25 %	38	37	38	3.597
	26 % bis 49 %	25	38	13	733
	50 % und mehr	-23	-14	-32	1.978
Einnahmen/Zuwendung von Kommunen, Ländern, Bund, EU	keine Einnahmen	43	42	43	4.756
	bis 25 %	11	16	7	3.420
	26 % bis 49 %	20	32	8	1.759
	50 % und mehr	8	15	2	2.437
Gesamtumsatz der Einrichtung	1 bis 10 Tsd. €	23	35	12	584
	1 bis 10 Tsd. €	38	38	37	2.500
	10 bis 100 Tsd. €	18	19	18	4.686
	100 bis 1 Mio. €	18	28	8	3.289
	1 bis 10 Mio. €	23	20	25	438
Zum Vergleich	ifo Dienstleistungsgewerbe	27,4	35,0	20,0	–

[1] Der Saldo ist die Differenz der positiven und negativen Anteilswerte mit einer theoretischen Spanne von +100 bis -100.

Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2011. Hochgerechnete Werte auf der Basis von n = 1.584 Anbietern.

Eine Konzentration auf bestimmte Themenfelder gibt es für diesen Anbietertyp jedoch nicht. Es vereint sie nur ein unterdurchschnittliches Angebot der 3 allgemeinen Weiterbildungsthemen Gesellschaft, Kultur und Familie (jeweils 12 % bis 19 % der Anbieter) sowie andererseits die knapp überdurchschnittliche Präsenz von Managementtrainings (69 % der Anbieter).

Volkshochschulen sind dagegen der Inbegriff für thematische Vielfalt in der deutschen Weiterbildungslandschaft, und sie heben sich damit von allen anderen Anbietertypen ab. Mit rd. 7,2 Themen sind sie in fast allen Feldern der allgemeinen Weiterbildung aktiv, und mit rd. 4,9 von 7 Themen ist ihr Engagement in der beruflichen Weiterbildung thematisch breiter als bei allen anderen Typen.

Die anderen Anbietertypen (private, gemeinnützige Anbieter; betriebliche Bildungseinrichtungen; berufliche Schulen; Fach-/Hochschulen, Akademien; wirtschaftsnahe Einrichtungen; Einrichtungen der Kirchen, Parteien, Gewerkschaften etc.) ordnen ihre Veranstaltungen durchschnittlich 2,9 allgemeinen und 3,4 beruflichen Themenfeldern zu.

Interessante Unterschiede zeigen sich, wenn man die einzelnen Anbieter nach jenen Themenbereichen gruppiert, denen sie ihre Veranstaltungen zuordnen. Anbieter von Managementtrainings finanzieren sich stärker über Betriebe und seltener über Arbeitsagenturen (durchschnittliche Finanzierungsanteile 25 % bzw. 16 %). Höhere Finanzierungsanteile der Arbeitsagenturen verzeichnen dagegen die Anbieter von technischen (27 %), kaufmännischen (23 %) sowie von IT-Weiterbildungen (Grundlagen und berufsbezogene Ausrichtung je 23 %) und von berufsbezogenen Fremdsprachen (22 %) bzw. Grundbildung (25 %). Anbieter von kultureller und Gesundheitsbildung erreichen die höchsten durchschnittlichen Finanzierungsanteile von Teilnehmenden/Selbstzahlern (41 % bzw. 38 %).

Gruppiert man die einzelnen Anbieter nach ihren Hauptfinanziers (von denen sie mindestens 50 % ihrer Einnahmen erhalten), weisen insbesondere überwiegend durch Arbeitsagenturen finanzierte Anbieter mit durchschnittlich 4,5 besetzten Themenfeldern in der beruflichen Weiterbildung eine hohe Diversität auf, die in Zusammenhang mit dem Aufwand für das Anerkennungs- und Zulassungsverfahren Weiterbildung (AZWV) stehen könnte (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel B2.1.2). Überdurchschnittlich durch Betriebe finanzierte Anbieter zeichnen sich dagegen durch eine Konzentration ihres Angebotes auf durchschnittlich 1,6 Themen in der allgemeinen und 3,0 Themen in der beruflichen Weiterbildung aus.

(Meike Weiland, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

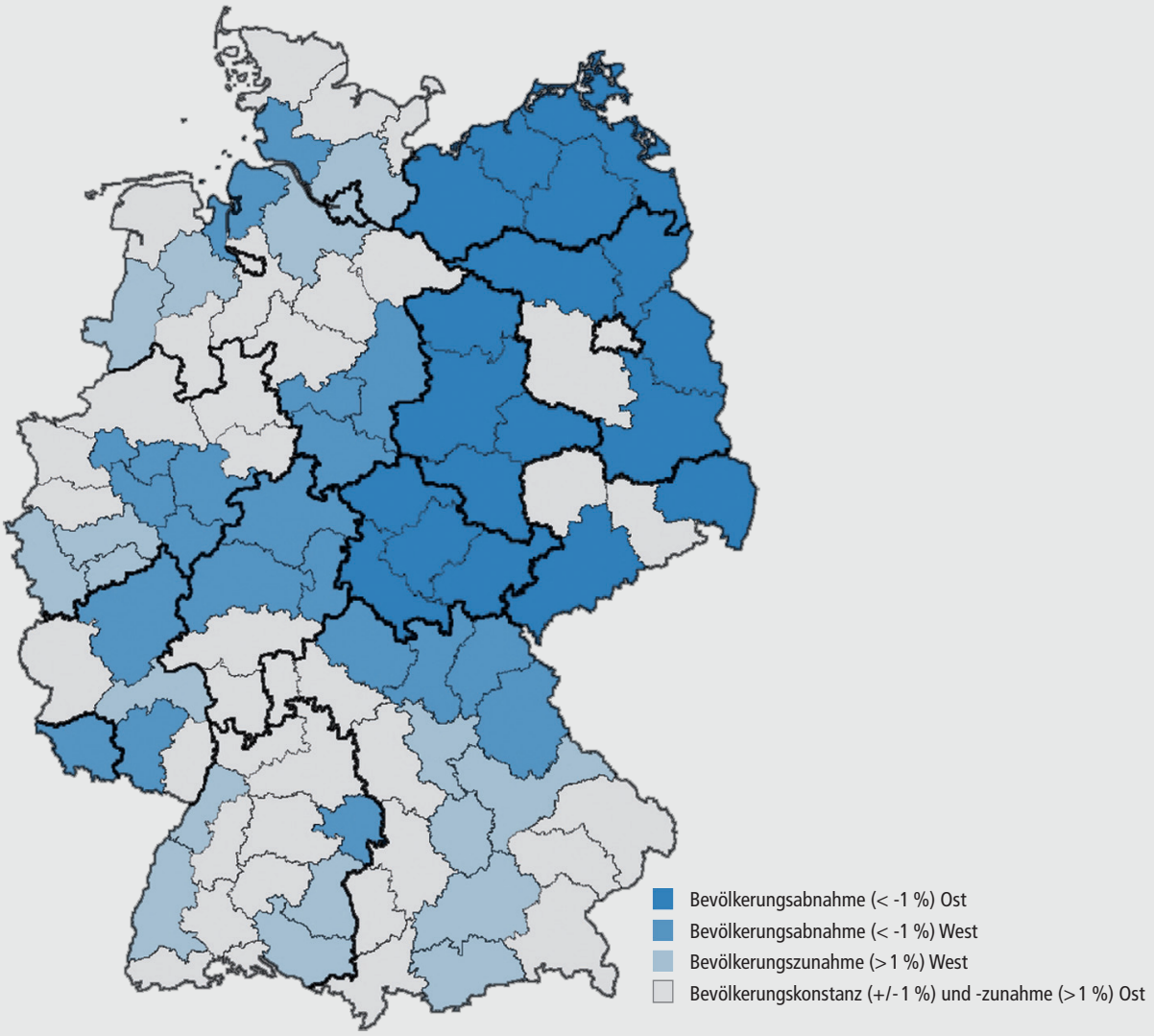
B2.1.2 Weiterbildungsanbieter im demografischen Wandel

Wie sich der viel diskutierte demografische Wandel auf Weiterbildungsanbieter auswirkt, war Gegenstand des Themenschwerpunktes der wb**monitor** Umfrage 2011. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Veränderung der Teilnehmendenstruktur sowie auf dem aktuellen und zukünftigen Weiterbildungsangebot, das einen Beitrag zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft leisten kann.

Der demografische Wandel verläuft regional unterschiedlich

In Deutschland werden zukünftig weniger Menschen leben, und gleichzeitig wird der Anteil Älterer an der Bevölkerung steigen. Diese Entwicklung verläuft allerdings nicht in allen Regionen gleich, sondern bedingt durch die lokale Wirtschaftskraft und das Arbeitsplatzangebot örtlich teilweise sehr unterschiedlich (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011, S. 10). In strukturschwachen Regionen beschleunigt die Abwanderung insbesondere von jungen Menschen zum Ausbildungsbeginn oder an der Schwelle zum Berufseinstieg den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung. In weiten Teilen der neuen Bundesländer geht zudem aufgrund der niedrigen Geburtenraten der unsicheren Nachwendejahre die Schulabgängerzahl aktuell besonders stark zurück. Durch diese Entwicklungen reduziert sich hier das Erwerbspersonenpotenzial, was für Betriebe die Personalauswahl einschränkt (vgl. Arent/Nagel 2010). Wirtschaftszentren, vor allem in Westdeutschland, können hingegen jüngere Arbeitskräfte anlocken und Perspektiven zur Familiengründung bieten. Der Alterungsprozess der Bevölkerung wird so verzögert, und die Einwohnerzahl steigt sogar an. Um dieser regional uneinheitlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, werden die Umfrageergebnisse im Folgenden differenziert dargestellt für Anbieter in Regionen mit rückläufiger Bevölkerungszahl getrennt nach Ost- und Westdeutschland sowie für Anbieter in westdeutschen Wachstumsregionen E.

Schaubild B2.1.2-1: **Regionen nach Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2007**



Quelle: Eigene Berechnung nach INKAR 2009

Methodik der Regionalklassifizierung

Regionen mit Bevölkerungsverlust verzeichneten zwischen 2002 und 2007 einen Rückgang der Einwohnerzahl von mehr als 1 %, Regionen mit Bevölkerungsgewinn ein Wachstum größer 1 %. Die Zuordnung erfolgte auf der Ebene der 96 Raumordnungsregionen in Deutschland. Der Zeitraum von 2002 bis 2007 stellt in der verwandten Indikatorensammlung „Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR)" des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) den zum Berichtszeitpunkt aktuellsten verfügbaren Stand dar. Da demografische Prozesse langfristig wirken, ist von keinen wesentlichen Veränderungen seit 2007 auszugehen.

Aufgrund sehr hoher Korrelationen (> 0.75) mit weiteren Kennzahlen der demografischen Entwicklung (Anteil Personen 50–65 Jahre sowie 65 Jahre und älter, Gesamtwanderungssaldo sowie der prognostizierten Veränderung der Einwohnerzahl bis 2025) steht die Klassifizierung nach Bevölkerungsentwicklung stellvertretend für die demografische Entwicklung insgesamt. Der Zusammenhang

zwischen Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftskraft ist statistisch mit einer starken (+/-0.6) Korrelation zur Bruttowertschöpfung und Arbeitslosenquote sowie einer moderaten Korrelation mit dem Haushaltseinkommen (0.3) gegeben.

In die Auswertung einbezogen wurden 207 Anbieter in ostdeutschen bzw. 296 Anbieter in westdeutschen Regionen mit Bevölkerungsabnahme und 402 Anbieter in westdeutschen Wachstumsregionen. Hochgerechnet entspricht dies 1.704, 2.734 bzw. 3.839 Weiterbildungsanbietern.

In Ostdeutschland nimmt die Bevölkerung in allen Regionen mit Ausnahme der Zentren Berlin/Potsdam sowie Leipzig und Dresden ab → **Schaubild B2.1.2-1**. In Westdeutschland sind die schrumpfenden Regionen überwiegend in der Mitte lokalisiert. Neben vom postindustriellen Strukturwandel betroffenen Gebieten wie dem Ruhrgebiet oder dem Saarland geht die Bevölkerung auch in peripheren ländlichen Regionen Nordbayerns und an der Nordseeküste zurück. Zu den Regionen mit Bevölkerungswachstum zählen wirtschaftsstarke Ballungsregionen wie die Achse München-Nürnberg, Hamburg mitsamt seinem Umland, die Region Köln/Bonn/Aachen sowie die Oberrheinische Tiefebene.[285]

Mobilisierung von Arbeitsmarkt- und Qualifikationsreserven

wb**monitor** fragte die Anbieter, ob sich das Teilnahmeverhalten an beruflicher Weiterbildung der sogenannten „Arbeitsmarkt-" bzw. „Qualifikationsreserven" (Ältere [50+ Jahre], Frauen, Migrantinnen und Migranten, gering qualifizierte Beschäftigte und Arbeitslose) in den vergangenen 5 Jahren bereits verändert hat. Da zur Deckung des Fachkräftebedarfs weniger Jüngere zu Verfügung stehen als in der Vergangenheit, rücken diese Personengruppen zunehmend in das Interesse von Politik und Wirtschaft und sollen mit Weiterbildung fit für den Arbeitsmarkt gemacht oder für höherwertige Tätigkeiten qualifiziert werden. Als Vergleichsgruppen dienen neben den Jüngeren (bis 34 Jahre) qualifizierte Beschäftigte (Fachkräfte, Akademiker/-innen).

Nachteilige Entwicklung der Weiterbildungsbeteiligung in ostdeutschen Schrumpfungsregionen

In den westdeutschen Regionen mit Bevölkerungswachstum verzeichnen bei fast allen Personengruppen deutlich mehr Anbieter Zuwächse als Abnahmen (Saldo[286] größer oder gleich 20), wobei die Anbieter am häufigsten von Gewinnen bei den Migrantinnen und Migranten berichten → **Schaubild B2.1.2-2**. Eine Ausnahme stellen arbeitslose Fachkräfte sowie arbeitslose Akademiker/-innen dar, bei denen leichte Abnahmen zu verzeichnen sind.

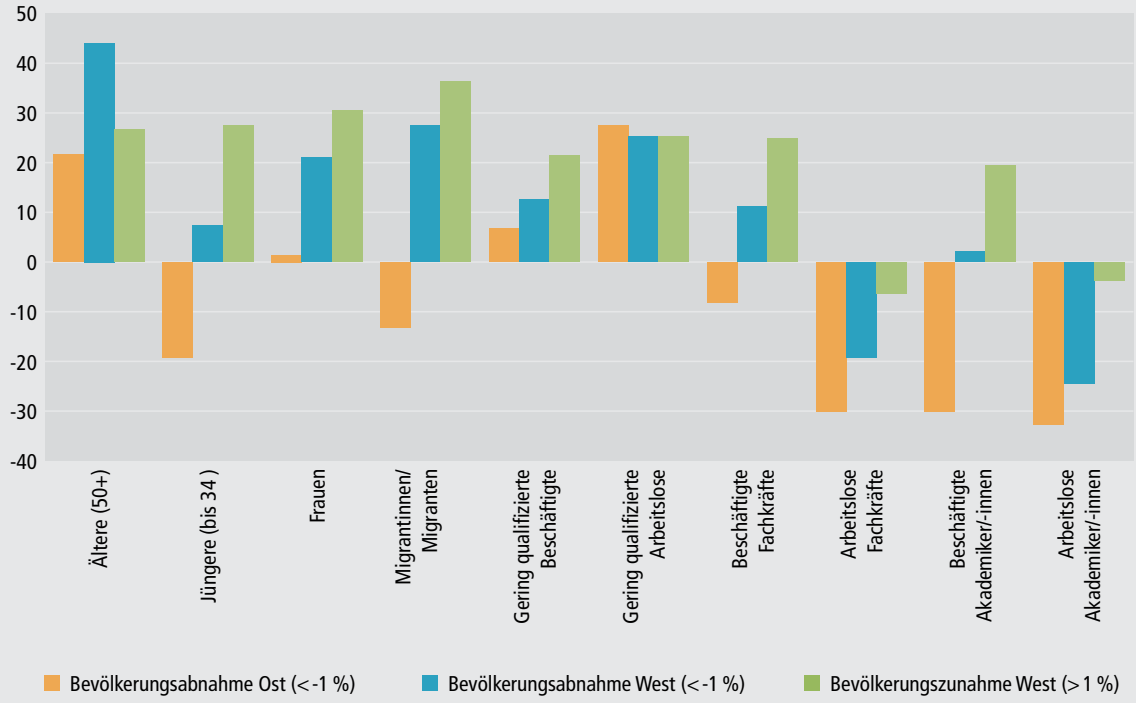
Sowohl in den ost- wie in den westdeutschen Regionen mit Bevölkerungsabnahme entwickelt sich die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung demgegenüber nachteilig, insbesondere aber in Ostdeutschland: In den Schrumpfungsregionen der neuen Bundesländer verzeichnen die Anbieter nur bei gering qualifizierten Arbeitslosen und Älteren deutliche Zuwächse an Teilnehmenden. Trotz des hier beschleunigten Anstiegs des Bevölkerungsanteils Überfünfzigjähriger fallen die Zuwächse der Weiterbildungsbeteiligung Älterer niedriger aus als in den vergleichsweise jungen westdeutschen Wachstumsregionen. Bei den übrigen Personengruppen sind in den ostdeutschen Regionen mit Bevölkerungsabnahme nur minimale Teilnahmesteigerungen erkennbar (Frauen, gering qualifizierte Beschäftigte), oder die Weiterbildungsteilnahme hat sich negativ (Jüngere, Migrantinnen und Migranten, beschäftigte Fachkräfte) bzw. stark negativ (arbeitslose Fachkräfte und Akademiker/-innen, beschäftigte Akademiker/-innen) entwickelt. In den westdeutschen Schrumpfungsregionen hingegen sind neben den gering qualifizierten Arbeitslosen und Älteren auch bei Frauen sowie Migrantinnen und Migranten deutliche Zunahmen zu verzeichnen.

Während in Westdeutschland die Regionen mit Bevölkerungsabnahme bei einigen Personengruppen den Anschluss an die Wachstumsregionen halten

285 Die einzige ostdeutsche Wachstumsregion Havelland-Fläming wurde zwecks einer Ost/West-Trennung in der Klasse der Regionen mit Bevölkerungszunahme nicht berücksichtigt.

286 Der Saldo stellt die Differenz von positiven und negativen Anteilswerten dar. Nicht berücksichtigt werden in diesem die Angaben der unveränderten Teilnehmendenentwicklung. Die Spannweite der gültigen Angaben zu „nicht verändert" reicht von 37,3 % (gering qualifizierte Arbeitslose) bis 70,8 % (beschäftigte Akademiker/-innen).

Schaubild B2.1.2-2: **Anbieter, die eine Veränderung der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung in den vergangenen 5 Jahren verzeichnen, differenziert nach regionaler Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2007 (Salden)[1]**



[1] Differenz der positiven/negativen Anteilswerte. Der Saldo gibt die Richtung und Stärke der Veränderung an.

Beispiel Ältere in Schrumpfungsregionen West: Der Anteil der Anbieter, die von einer Zunahme der Weiterbildungsbeteiligung Älterer berichten, übersteigt um 44 Prozentpunkte den Anteil der Anbieter, die eine Abnahme vermelden.

Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2011. Hochgerechnete Werte auf Basis von n = 292 (arbeitslose Akademiker/-innen) bis n = 638 (Jüngere) Anbietern.

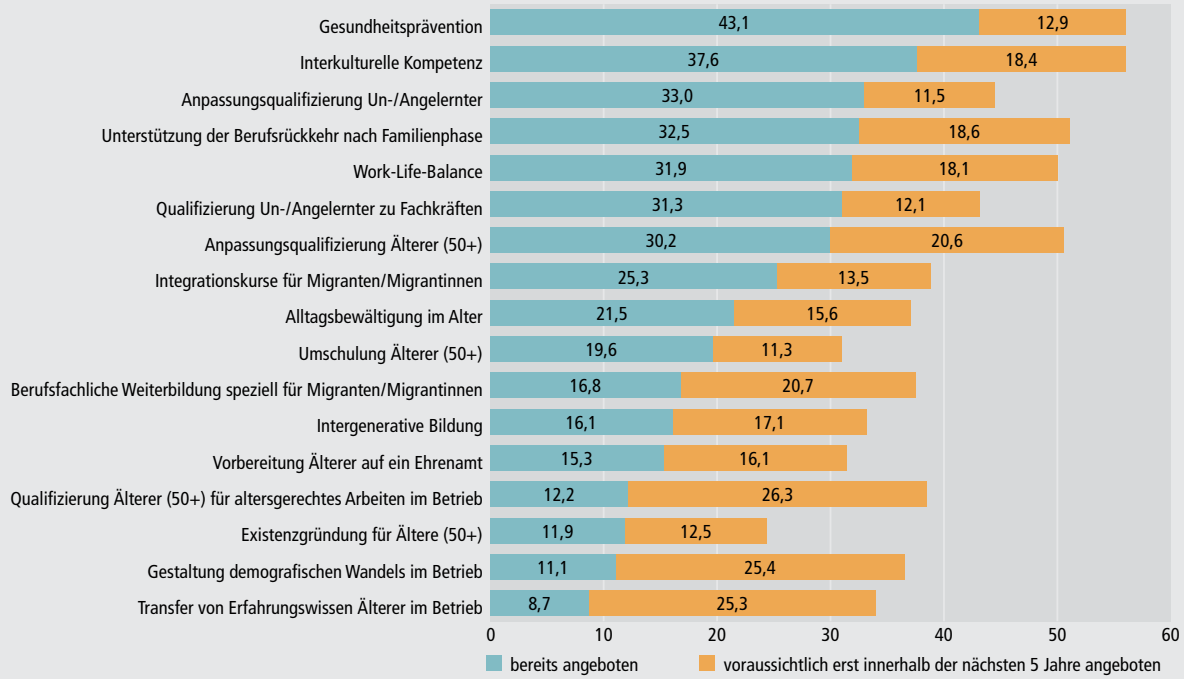
und bei Älteren den mit Abstand stärksten Zuwachs verzeichnen, sind in den ostdeutschen Schrumpfungsregionen kaum Entwicklungen erkennbar, in der Deckung des Qualifikationsbedarfs den hier beschleunigten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials mit Weiterbildung zu kompensieren. Bei Fortschreiten dieser Entwicklungen besteht die Gefahr, dass hier trotz fortbestehender Arbeitslosigkeit ein Fachkräftemangel entsteht und dass diese ohnehin strukturschwächeren Gebiete so in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber den anderen Landesteilen weiter zurückfallen, wohingegen die Wachstumsregionen mit Weiterbildung ihre Standortvorteile ausbauen werden. Die starken Einschnitte der Arbeitsagenturen in der Weiterbildungsförderung arbeitsloser Fachkräfte sowie arbeitsloser Akademiker/-innen können diese regionalen Disparitäten noch verstärken.

Demografieorientierte Angebote für Betriebe als Zukunftsmarkt

Kompetenzerwerb in Gesundheitsprävention[287] ist das aktuell am weitesten verbreitete Weiterbildungsthema mit Bezug zum demografischen Wandel → **Schaubild B2.1.2-3**. Demografieorientierte Angebote für Betriebe sind bisher die Schlusslichter. Jeweils nur etwa jeder zehnte Anbieter führt heute Qualifizierungen durch für altersgerechte Arbeitsplätze oder zum Management der Folgen alternder Belegschaften, wie z. B. zum Wissenstransfer ausscheidender Mitarbeitender.

287 Gesundheitsprävention ist insofern in Hinblick auf den demografischen Wandel relevant, als dass sie bei einem steigenden Renteneintrittsalter und einer Verknappung des Arbeitskräfteangebots zum langfristigen Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit beiträgt.

Schaubild B2.1.2-3: **Aktuelles und in den nächsten 5 Jahren vorgesehenes Weiterbildungsangebot mit Bezug zum demografischen Wandel (in %, Mehrfachnennungen)**



Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2011. Hochgerechnete Werte auf Basis von n = 1.559 (Intergenerative Bildung) bis n = 1.610 (Anpassungsqualifizierung Älterer) Anbietern.

Mittels einer Faktorenanalyse[288] lassen sich bei den Anbietern Muster in den Angebotskombinationen der verschiedenen Weiterbildungsthemen mit Demografiebezug ermitteln. Die abgefragten Angebote können so auf 4 verschiedene Marktsegmente verdichtet werden. Die 1. Anbietergruppe bündelt arbeitsmarktorientierte, berufliche Weiterbildungsangebote wie Anpassungsqualifizierungen und Umschulungen Älterer sowie Qualifizierungen Un-/Angelernter. Die 2. Gruppe ist im Bereich von Weiterbildungen mit dem Ziel der Persönlichkeitsentwicklung und sozialen Teilhabe tätig, wobei es sich vorrangig um Angebote der allgemeinen Weiterbildung handelt.[289] Die 3. Gruppe hat sich auf demografieorientierte Angebote für Betriebe spezialisiert, und die 4. Gruppe führt Qualifizierungen im Bereich Migration und Interkulturalität durch. Alleine die Angebote „Existenzgründung für Ältere“ sowie „Unterstützung der Berufsrückkehr nach Familienphase“ lassen sich keiner der 4 Gruppen zuweisen. Offensichtlich – in Hinblick auf das fortschreitende Alter der geburtenstarken Jahrgänge ab 1950 – werden in demografieorientierten Angeboten für Betriebe am häufigsten Wachstumschancen gesehen. Überdurchschnittlich häufig planen überwiegend arbeitsagenturfinanzierte Anbieter, dieses Geschäftsfeld für die nahe Zukunft zu erschließen. Zu vermuten ist, dass hierin eine Möglichkeit zur Kompensation der rückläufigen Einnahmen von Arbeitsagenturen gesehen wird (**vgl. Kapitel B2.1.1**). Nach Regionen betrachtet planen Anbieter in den ostdeutschen Schrumpfungsregionen überdurchschnittlich häufig Angebote für Betriebe. In den alten Ländern hingegen werden berufsfachliche Weiterbildungen für Migrantinnen und Migranten entsprechend dem größeren Personenpotenzial voraussichtlich stärker zunehmen als in den neuen Ländern.

(Stefan Koscheck)

288 Hierzu wurden die Angebote dichotomisiert in „bereits angeboten“ und „(noch) nicht angeboten“.

289 Hierunter fallen die Angebote „Alltagsbewältigung im Alter“, „Vorbereitung Älterer auf ein Ehrenamt“, „Intergenerative Bildung“, „Gesundheitsprävention“, „Work-Life-Balance“ und mit geringerer Faktorenladung auch „Interkulturelle Kompetenz“.

B2.2 Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung

B2.2.1 Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen

In vielen Bundesländern spielen die Volkshochschulen per Landesgesetz eine wichtige Rolle bei der Weiterbildung der erwachsenen Bevölkerung. In manchen Bundesländern hat die Bereitstellung einer Volkshochschule durch die Kommunen die Funktion der Grundversorgung mit Weiterbildung und wird einwohnerbezogen durch das Land gefördert (z. B. Niedersachsen). In anderen Ländern stehen die Volkshochschulen neben freien Trägern, die von Land und Kommunen gefördert werden (z. B. Bayern, Brandenburg). Auch wenn grundsätzlich der Bund für die berufliche Weiterbildung verantwortlich ist, während die Länder die Verantwortung für allgemeine und politische Weiterbildung innehaben (vgl. Deutscher Bildungsrat 1970, S. 51), schließen die Weiterbildungsgesetze der Länder dort, wo ein solches in Kraft ist, in der Regel neben allgemeiner und politischer Weiterbildung auch die berufliche Weiterbildung ein (für einen Überblick über die Landesgesetze siehe Grotlüschen u. a. 2009, S. 358; zur Einordnung der Landesregelungen in das Gesamtsystem der Erwachsenenbildung siehe Nuissl 2009). Insgesamt sind die Volkshochschulen in allen Bundesländern als öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen vertreten und bieten ein thematisch breit gefächertes Bildungsangebot, das in großen Teilen ohne Zugangsbeschränkungen der gesamten Bevölkerung offensteht (vgl. Süssmuth/Sprink 2009, S. 473 ff.).

Die Volkshochschul-Statistik E erfasst als bundesweite Statistik des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) und seiner Mitgliedseinrichtungen seit 1962 die personelle und finanzielle Ausstattung der Volkshochschulen sowie das Angebot in verschiedenen Veranstaltungsarten, Unterrichtsstunden und Belegungen; die statistische Erhebung wird jährlich vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) durchgeführt.[290] Die thematische Zuordnung der Veranstaltungen der Volkshochschulen erfolgt in der seit 1998 bestehenden Systematik der 6 sogenannten Programmbereiche: (1) Politik – Gesellschaft – Umwelt, (2) Kultur – Gestalten, (3) Gesundheit, (4) Sprachen, (5) Arbeit – Beruf, (6) Grundbildung – Schulabschlüsse. Zum Programmbereich Arbeit – Beruf gehören Lehrgänge zu den Themen IuK-Anwendungen[291], Büropraxis, Rechnungswesen, berufsqualifizierende Grund- und Fachlehrgänge sowie Angebote zum Komplex Organisation/Management (siehe für die einzelnen Fachgebiete Huntemann/Reichart 2011, Tabelle 10).

E Volkshochschul-Statistik

In → **Tabelle B2.2.1-1** sind **Kursveranstaltungen** sowie die dazugehörenden Unterrichtsstunden und Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf ausgewiesen. Die dargestellten Summen beziehen sich jeweils auf das zugehörige Kalenderjahr. Ein Kurs ist definiert als eine Weiterbildungsveranstaltung mit mindestens 3 Unterrichtsstunden, die am Sitzort der Volkshochschule stattfindet. Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten. Unter einer Belegung wird ein Teilnahmefall an einer Veranstaltung verstanden. Wenn dieselbe Person in einem Beobachtungszeitraum an mehreren Veranstaltungen teilnimmt, wird sie mehrfach als Belegung gezählt, die Anzahl der Belegungen ist also höher als die Anzahl der Personen, die an den Veranstaltungen teilnehmen. Außer im Programmbereich Arbeit – Beruf findet berufliche Weiterbildung auch in anderen Programmbereichen statt (z. B. im Programmbereich Sprachen: „Wirtschaftsenglisch"). Da die Erfassung der Veranstaltungen jedoch nach inhaltlichen Aspekten und nicht nach Zweck erfolgt, ist eine Ausdifferenzierung berufsbezogener Veranstaltungen hier nicht möglich. Daher sind die berichteten Werte als Mindestzahlen des Angebots beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen zu interpretieren.

Dargestellt sind die in den Volkshochschulen im Berichtsjahr jeweils durchgeführten Kurse sowie die zugehörigen Unterrichtsstunden und Belegungen. In der Regel sind die Angebote der Volkshochschulen öffentlich ausgeschrieben (z. B. über das Programmheft, die Website) und allen Interessierten (ggf. verbunden mit der Anforderung von Vorkenntnissen) zugänglich. Auftrags- und Vertragsmaßnahmen sind

290 Vgl. die online verfügbaren Jahresbände **http://www.die-bonn.de/publikationen/recherche.aspx?schlagwort=volkshochschul-statistik+arbeitsjahr** und Pehl/Reitz 1994–2002.

291 „Informations- und Kommunikationstechnik": PC-Kurse oder Kurse zum Umgang mit (teils fachspezifischer) Software.

Veranstaltungen für einen geschlossenen Teilnehmerkreis, die die Volkshochschule im Auftrag eines Dritten (z. B. lokale Arbeitsgemeinschaft als Träger [ARGE] für Leistungen nach dem SGB II, Bundesagentur für Arbeit, andere staatliche Instanz oder privatwirtschaftliches Unternehmen) durchführt. Diese werden erst seit 1998 getrennt erfasst. Vor 1998 sind diese Veranstaltungen in der Gesamtsumme enthalten. Neben den Kursen gibt es an den Volkshochschulen noch andere Veranstaltungsarten (Einzelveranstaltungen, Studienfahrten, Studienreisen), die in der Tabelle nicht eingeschlossen sind; im Programmbereich Arbeit – Beruf machen diese weniger als 1 % der Unterrichtsstunden aus.

Die in → **Tabelle B2.2.1-2** ausgewiesene **VHS-Weiterbildungsdichte** ist definiert als die Unterrichtsstunden in Kursen an VHS pro 1.000 Einwohner/-innen des jeweiligen Versorgungsgebiets auf Länderebene (Datenbasis für Bevölkerungsstand auf Landesebene bis einschließlich Berichtsjahr 2008: 30. Juni des Berichtsjahres; ab Berichtsjahr 2009: 31. Dezember des dem Berichtsjahr vorhergehenden Jahres). In der Tabelle ist diese Kennzahl jeweils nur auf die Veranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf bezogen und nach Landesteilen (alte/neue Bundesländer) differenziert.

Bei der **Erhebung der Teilnahmefälle nach Geschlecht** wird nicht zwischen offenen Kursen und Auftrags- und Vertragsmaßnahmen differenziert. Die in → **Schaubild B2.2.1-1** dargestellten Prozentanteile beziehen sich daher auf die Teilnehmenden in den Kursangeboten im Programmbereich Arbeit – Beruf insgesamt. Nicht alle Teilnahmefälle sind nach Geschlecht differenzierbar. Die Erfassungsquote betrug im Berichtsjahr 2010 82,8 % der Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf (85,9 % der Belegungen in Kursen an Volkshochschulen insgesamt).

Tabelle B2.2.1-1: **Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volkshochschulen 1991 bis 2010**[1]

Jahr	Kurse	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen[2]	Unterrichtsstunden	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen	Belegungen	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen
1991	57.305		2.488.042		776.436	
1992	61.165		2.627.921		819.944	
1993	62.709		2.511.608		824.698	
1994	64.931		2.454.588		831.082	
1995	70.606		2.754.100		869.417	
1996	76.357		2.877.652		912.512	
1997	80.965		2.776.602		934.566	
1998	85.188	4.397	3.061.012	651.734	964.542	58.369
1999	91.123	6.311	3.181.715	831.049	1.011.132	81.062
2000	103.783	7.001	3.384.369	857.737	1.141.382	87.758
2001	102.402	7.823	3.281.324	868.904	1.076.983	90.395
2002	90.075	7.321	3.197.180	978.760	913.724	89.158
2003	82.473	6.807	2.902.186	946.622	823.996	85.159
2004	78.809	7.325	2.587.382	819.748	761.649	75.495
2005	73.736	6.436	2.307.864	690.382	709.790	79.013
2006	73.482	6.922	2.342.569	776.598	711.772	88.690
2007	74.171	7.691	2.326.551	772.029	719.025	96.782
2008[3]	74.248	8.499	2.260.828	708.435	713.115	106.312
2009	72.480	9.286	2.277.573	743.589	693.740	115.600
2010	70.794	9.089	2.298.725	870.572	667.924	117.205

[1] Bis einschließlich 1997 wurden die Themen der Angebote an Volkshochschulen nach sog. „Stoffgebieten" gegliedert. Die bis zu diesem Jahr dargestellten Zahlen wurden aus den Stoffgebieten Verwaltung und Kaufmännische Praxis (vollständig) sowie anteilig aus Mathematik – Naturwissenschaften – Technik, Stoffgebietsübergreifende und sonstige Kurse und Haushaltsführung zusammengestellt.

[2] Bis einschließlich 1997 sind die Auftrags- und Vertragsmaßnahmen in den Gesamtsummen für Kurse, Unterrichtsstunden und Belegungen enthalten.

[3] Zahlen nachträglich korrigiert.

Quelle: Datenbasis Volkshochschul-Statistik (DIE)

Angebot beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen

Das Kursangebot der Volkshochschulen an beruflicher Weiterbildung umfasste im Jahr 2010 bundesweit knapp 70.800 Veranstaltungen → **Tabelle B2.2.1-1**. Die Gesamtzahl der Kurse ist damit, ebenso wie die Zahl der Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf insgesamt, gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Angestiegen ist hingegen die Zahl der Unterrichtsstunden im Programmbereich. Damit wird ein seit 2008 zu erkennender Trend fortgesetzt (zur Entwicklung in den Jahren seit 1991 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.2.1).

Bei den Auftrags- und Vertragsmaßnahmen nahmen Unterrichtsstunden (+17,1 %) und Belegungen (+1,4 %) gegenüber 2009 zu, während die Zahl der Kurse zurückging (-2,1 %). Dies entspricht dem Trend der vergangenen Jahre, wonach Auftrags- und Vertragsmaßnahmen in der beruflichen Weiterbildung an Volkshochschulen stetig an Bedeutung gewonnen haben. Inzwischen sind 12,8 % der Kursveranstaltungen, 37,9 % der Unterrichtsstunden und 17,5 % der Belegungen diesem Angebotssegment zuzuordnen.

Auftrags- und Vertragsmaßnahmen dauern in der Regel deutlich länger als offene Angebote; 2010 beinhaltete eine Auftrags- und Vertragsmaßnahme in der beruflichen Weiterbildung 95,8 Unterrichtsstunden, ein Kurs im offenen Angebot hingegen nur 23,1 Unterrichtsstunden. Die durchschnittliche Dauer beider Kursformen ist jedoch der Tendenz nach in den letzten Jahren zurückgegangen. Nur 2010 ist bei den Auftrags- und Vertragsmaßnahmen wieder ein höherer Wert als im Vorjahr zu beobachten (2009: 80,1).

Im Jahr 2010 umfasste der Programmbereich Arbeit – Beruf 12,3 % der Kurse an Volkshochschulen, mit 15,0 % der Unterrichtsstunden und 10,4 % der Belegungen (vgl. Huntemann/Reichart 2011, Tabelle 9).

Weiterbildungsdichte beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen

Wie → **Tabelle B2.2.1-2** zeigt, ist das Angebot an beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen in den alten Ländern deutlich größer als in den neuen Ländern. Bezogen auf die Einwohnerzahl in beiden Gebieten war die Versorgung mit Angeboten der Volkshochschulen im Programmbereich Arbeit – Beruf in Westdeutschland über den betrachteten Zeitraum hinweg stets höher (vgl. für die Beschreibung der Entwicklung seit 1991 BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.2.1).

In den letzten 2 Jahren hat sich die Versorgung mit VHS-Angeboten im Programmbereich Arbeit – Beruf in den neuen Ländern gegenüber den alten Ländern weiter reduziert; während in den alten Ländern die Unterrichtsstunden von 2009 auf 2010 leicht zunahmen (+1,3 %), sank deren Zahl in den neuen Ländern weiter ab (-3,6 %). Damit verringerte sich die VHS-Weiterbildungsdichte E im Programmbereich Arbeit – Beruf dort auf 11,1 Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner/Einwohnerinnen der neuen Länder. In den alten Ländern hat sich die VHS-Weiterbildungsdichte dagegen leicht erhöht (2010: 32,4). Dort entfiel 2010 mit über zwei Fünftel (40,2 %) ein deutlich höherer Anteil der Unterrichtsstunden auf Auftrags- und Vertragsmaßnahmen als in den neuen Ländern (10,9 %).

Verteilung der Teilnahmefälle an beruflicher Weiterbildung in Volkshochschulen nach Geschlecht

Insgesamt besuchen seit vielen Jahren deutlich mehr Frauen als Männer die Volkshochschule. Der Frauenanteil liegt im Kursbereich insgesamt bei etwa drei Viertel der Teilnahmefälle (seit 1991 zwischen 73,1 % und 75,1 %; vgl. Huntemann/Reichart 2011; Pehl/Reitz 1994–2002; PAS 1991–1993). Im Programmbereich Arbeit – Beruf ist der Frauenanteil bei den Teilnahmefällen geringer als bei Betrachtung der Gesamtzahlen, wie → **Schaubild B2.2.1-1** verdeutlicht.

Im Jahr 2010 betrug der Frauenanteil im Programmbereich Arbeit – Beruf 63,2 % und unterschritt damit geringfügig den bisherigen Höchstwert von 63,3 % (2008). Seit 1997 lag der Wert über der 60 %-Marke, mit seitdem bei leichten Schwankungen steigender Tendenz.

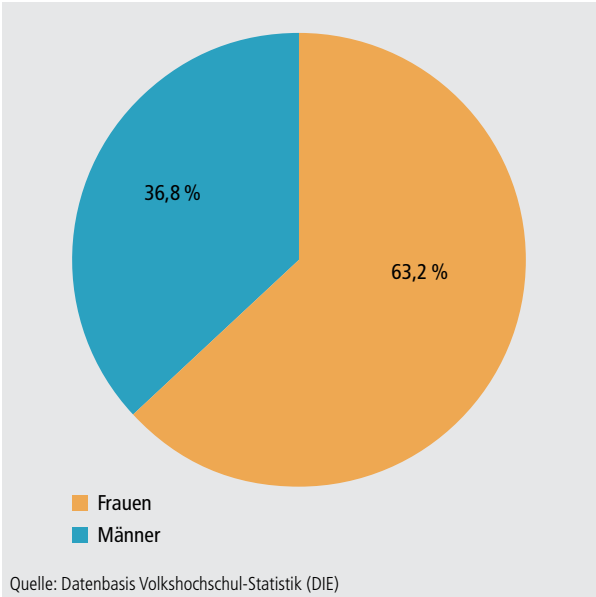
Tabelle B2.2.1-2: **Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2010**

Jahr	Unterrichtsstunden im Programmbereich Arbeit – Beruf		VHS-Weiterbildungsdichte[1] im Programmbereich Arbeit – Beruf	
	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder
1991	2.076.114	411.928	33,7	22,7
1992	2.118.474	509.447	33,8	28,5
1993	2.012.506	499.102	31,8	28,0
1994	2.011.693	442.895	31,6	25,0
1995	2.312.364	441.736	36,1	25,0
1996	2.443.463	434.189	37,9	24,7
1997	2.365.970	410.632	36,7	23,4
1998	2.637.742	423.270	40,9	24,2
1999	2.787.144	394.571	43,1	22,7
2000	2.965.697	418.672	45,7	24,2
2001	2.888.080	393.244	44,3	22,9
2002	2.861.131	336.049	43,7	19,7
2003	2.611.431	290.755	39,8	17,1
2004	2.335.414	251.968	35,6	14,9
2005	2.080.288	227.576	31,7	13,6
2006	2.121.535	221.034	32,3	13,2
2007	2.101.481	225.070	32,0	13,6
2008[2]	2.045.805	215.023	31,2	13,0
2009	2.088.543	189.030	31,8	11,5
2010	2.116.519	182.206	32,4	11,1

[1] VHS-Weiterbildungsdichte: Unterrichtsstunden in Kursen an VHS pro 1.000 Einwohner/-innen.
[2] Zahlen nachträglich korrigiert.

Quelle: Datenbasis Volkshochschul-Statistik (DIE)

Schaubild B2.2.1-1: **Anteile von Männern und Frauen an den Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf 2010**



Quelle: Datenbasis Volkshochschul-Statistik (DIE)

Insgesamt sind die Volkshochschulen Anbieter, die niedrigschwellige berufsbildende Angebote für die breite Bevölkerung (z. B. im Bereich der EDV-Kenntnisse) vorhalten, aber auch an berufsfachlichen Qualifizierungen beteiligt sind. Auch für Frauen, die durch ihre im Durchschnitt geringere Beteiligung am Erwerbsleben (vgl. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung 2010, S. 136 f.) seltener Gelegenheit zu beruflicher Weiterbildung haben, öffnen die Volkshochschulen einen Zugang zu beruflicher Weiterbildung. Darüber hinaus wird an den Volkshochschulen im Rahmen von Auftrags- und Vertragsmaßnahmen zielgruppenspezifische Weiterbildung durchgeführt, etwa für Arbeitssuchende (**vgl. Kapitel B3.1**) oder für Beschäftigte von Betrieben (**vgl. Kapitel B1.2**).

(Elisabeth Reichart, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.2.2 Berufliche Weiterbildung durch gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen

In Deutschland existiert eine Vielfalt von Institutionen unterschiedlicher Struktur, die berufliche Weiterbildung anbieten. Laut Anbieterbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) machen gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen zusammen rund 7 % der Weiterbildungsorganisationen in Deutschland aus (Einrichtungen der Gewerkschaft: 1,9 %; Einrichtungen der Wirtschaft: 5,2 %; vgl. Dietrich/Schade/Behrensdorf 2008, S. 26). Daten der wb**monitor** Umfrage 2010 des BIBB und des DIE weisen einen etwas höheren Wert für arbeitgebernahe Institutionen aus: 8,4 % der Weiterbildungsanbieter fallen in diese Kategorie.[292] E

E Datenbasis zu Angeboten gewerkschafts- und arbeitgebernaher Institutionen

Die in diesem Abschnitt dargestellten Daten stammen aus Veröffentlichungen der gewerkschafts- bzw. arbeitgebernahen Anbieter, teilweise wurden die Daten aber auch von den Anbietern selbst für die Veröffentlichung im BIBB-Datenreport zusammengestellt. Es handelt sich um Angaben zur Anzahl der Veranstaltungen und Anzahl der Teilnehmenden; teilweise liegen auch Angaben zu den Unterrichtsstunden und zum Umfang einzelner Themenbereiche vor.

Angebot an beruflicher Weiterbildung in gewerkschaftsnahen Institutionen

Bildungsarbeit der Gewerkschaften umfasst neben der politischen und gewerkschaftlichen Bildung, die insbesondere für Mitglieder der betrieblichen Interessenvertretungen, Funktionäre und Funktionärinnen angeboten wird, auch berufliche Weiterbildung, die für alle Interessierten offen zugänglich ist. Alle großen Gewerkschaften unterhalten Bildungsabteilungen oder Bildungswerke, in denen unterschiedliche Themenschwerpunkte angeboten werden. Das Berufsfortbildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes (bfw) und die Deutsche Angestellten-Akademie (DAA), die aus dem Bildungswerk der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) hervorging, führen neben anderen Angeboten auch Maßnahmen beruflicher Weiterbildung (Umschulung, Fortbildung) durch. Auch die gewerkschaftsnahe Institution Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben hat in ihrem Angebotsprofil auf Bundes- und Länderebene Maßnahmen beruflicher Weiterbildung integriert (**vgl. Kapitel B2.2.3**).

Die Anzahl der Veranstaltungen und Teilnehmenden in den beiden Berufsfortbildungswerken des Deutschen Gewerkschaftsbundes zeigt → **Tabelle B2.2.2-1**. Im Zeitraum von 2000 bis 2010 ist das Angebot rückläufig, insgesamt um 26 %, die Anzahl der Teilnahmen geht um 22 % zurück. Die Berufsfortbildungswerke in den neuen Bundesländern sind dabei in größerem Maße von Rückgängen betroffen. Die Veranstaltungen gehen um 47 %, die Teilnahmen um 44 % zurück. In den alten Bundesländern sinkt die Zahl der Veranstaltungen um 20 %, die Zahl der Teilnahmen um 16 %. Bundesweit wurden im Jahr 2010 2.991 Veranstaltungen mit rund 58.000 Teilnehmenden durchgeführt.

Die Deutsche Angestellten-Akademie bietet bundesweit Fortbildungen, Umschulungen und Weiterbildungen zu einem breiten thematischen Spektrum wie Informations- und Kommunikationstechniken, Fremdsprachen, Technik/Handwerk/Gewerbe, Hotel/Gastgewerbe an. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Bereich Wirtschaft und Verwaltung. Dieser Themenbereich erreicht im Jahr 2010 knapp ein Drittel der Teilnehmenden und macht 40 % der Veranstaltungen aus → **Tabelle B2.2.2-2**. Ein weiterer Schwerpunkt des Angebots liegt auf dem Bereich der sonstigen beruflichen Integration[293] mit aktuell mehr als der Hälfte der Teilnehmenden und einem Drittel der durchgeführten Angebote.

292 Gewerkschaftsnahe Einrichtungen werden nicht als Einzelkategorie ausgewiesen. Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung/Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Gewichtete Grundauszählung wb**monitor** 2010, S. 39.

293 Dazu gehören z. B. Maßnahmen zur Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt oder Maßnahmen zur Vermittlung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (§ 46 SGB III).

Tabelle B2.2.2-1: **Veranstaltungen und Teilnehmende der Berufsfortbildungswerke des DGB, 2000 bis 2010**

Jahr	Alte Länder		Neue Länder	
	Veranstaltungen	Teilnehmende	Veranstaltungen	Teilnehmende
2000	3.131	58.824	913	15.764
2001	3.155	57.350	851	15.905
2002	3.181	58.539	790	15.569
2003	2.779	46.075	628	10.681
2004	2.561	33.868	499	8.506
2005	2.334	31.889	444	7.579
2006	2.610	44.597	449	9.082
2007	2.575	45.925	490	9.294
2008	2.687	50.591	487	9.406
2009	2.865	56.026	606	9.973
2010	2.511	49.496	480	8.779

Quelle: Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw)

Tabelle B2.2.2-2: **Maßnahmen und Teilnehmende der Deutschen Angestellten Akademie GmbH (DAA) nach Themenbereichen, 2004 bis 2010**

Jahr	Informations- und Kommunikationstechnik	Fremdsprachen	Technik, Handwerk und Gewerbe	Gesundheit, Pflege und Soziales	Deutsch	Hotel- und Gastgewerbe	Sonstige berufliche Integration	Wirtschaft und Verwaltung	Insgesamt
Maßnahmen nach Themenbereichen									
2004	1.127	207	255	522	209	215	1.960	2.550	7.045
2005	752	186	202	506	201	236	2.190	2.520	6.793
2006	653	217	251	552	168	256	2.447	2.804	7.348
2007	614	226	289	495	152	243	2.255	2.636	6.910
2008	424	206	271	545	184	237	2.011	3.047	6.925
2009	320	233	255	711	223	225	2.451	2.976	7.394
2010	254	212	202	647	296	149	2.158	2.560	6.478
Teilnehmende nach Themenbereichen									
2004	6.548	2.113	2.399	6.438	1.246	2.296	29.320	30.171	80.531
2005	4.981	1.605	2.226	6.254	1.013	3.451	29.982	22.954	72.466
2006	5.121	1.997	2.467	3.028	6.233	1.447	36.755	30.577	87.625
2007	6.290	2.344	2.856	6.166	2.780	1.601	39.521	36.035	97.593
2008	4.448	1.968	2.580	6.616	3.534	1.125	45.251	42.486	108.008
2009	3.435	2.519	2.401	7.967	3.506	950	63.368	41.298	125.444
2010	2.771	2.322	2.133	8.629	5.325	689	73.594	35.687	131.150

Quelle: Persönliche Mitteilung der DAA GmbH

Tabelle B2.2.2-3: **Veranstaltungen, Teilnehmende, Standorte und Mitglieder des Wuppertaler Kreises 2000 bis 2010**

Jahr	Veranstaltungen[1]	Teilnehmende	Standorte[2]	Erfasste Mitglieds-einrichtungen	Mitgliedseinrichtungen insgesamt
2000	30.000	–	650	36	–
2001	31.000	–	765	35	–
2002	53.000	–	950	41	–
2003	110.000	–	800	46	–
2004	80.000	–	860	47	–
2005	90.000	–	780	47	–
2006	95.402	1.060.000	786	51	51
2007	105.900	1.050.000	844	51	51
2008	117.300	1.200.000	814	49	49
2009	121.000	1.100.000	849	46	50
2010	139.900	1.250.000	892	46	50

[1] 2000 bis 2005: ca.-Angaben.
[2] 2000 bis 2003: ca.-Angaben.

Quelle: Wuppertaler Kreis 2001–2011, je S. 2

Die Zahl der Teilnehmenden steigt seit 2004 an, auf rund 131.000 im Jahr 2010 (+73 %). Die Zahl der Teilnehmenden entwickelt sich in den einzelnen Themenbereichen sehr unterschiedlich. Zuwächse gibt es bei den Bereichen Gesundheit/Pflege/Soziales (+34 %), sonstige berufliche Integration (+151 %) und Deutsch (+327 %). Rückgänge sind bei den Themenbereichen Informations- und Kommunikationstechniken (-58 %) sowie Hotel- und Gastgewerbe (-70 %) zu finden.

Anders als bei den Teilnahmezahlen ist bei den Veranstaltungen insgesamt kein eindeutiger Trend ersichtlich, die Zahlen schwanken im Zeitverlauf zwischen rund 7.400 und 6.400.

Die Teilnehmenden sind sowohl Arbeitsuchende als auch Beschäftigte aus Firmen und Behörden. Teilweise wird die Teilnahme öffentlich gefördert, teilweise tragen die Teilnehmenden die Kosten für die Weiterbildung selbst. Hauptfinanziers im öffentlich geförderten Sektor sind die Arbeitsverwaltung, die Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und Optionskommunen (SGB II und SGB III), Berufsgenossenschaften und die Deutsche Rentenversicherung, die Bundeswehr, der Bund, die Länder und die Europäische Union.

Angebot an beruflicher Weiterbildung in arbeitgebernahen Institutionen

Der „Wuppertaler Kreis e. V. – Bundesverband betriebliche Weiterbildung“ versteht sich als Zusammenschluss von großen Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft. Der Wuppertaler Kreis hat im Jahr 2010 50 Mitglieder. Darunter sind neben branchen- und firmenbezogenen Einrichtungen einige Bildungswerke der Wirtschaft in großen Bundesländern (z. B. Bildungswerk der Bayerischen, Niedersächsischen und Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft). Es gibt neben den im Wuppertaler Kreis vertretenen Bildungswerken noch andere regional strukturierte Bildungswerke der Wirtschaft, zu deren Angebot keine Daten vorliegen.

→ **Tabelle B2.2.2-3** zeigt Daten aus der jährlichen Verbandsumfrage des Wuppertaler Kreises „Trends der Weiterbildung“. Ab 2004 ist die Zahl der von den

Tabelle B2.2.2-4: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern, 1995 und 2000 bis 2010**

Jahr	Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Teilnehmende
1995	22.229	–	362.796
2000	26.175	–	371.988
2001	23.154	–	413.735
2002	21.819	–	295.425
2003	22.605	–	316.883
2004	21.668	1.530.658	302.926
2005	22.315	1.501.373	330.499
2006	23.522	1.619.813	341.630
2007	24.110	1.773.012	341.047
2008	24.746	1.823.561	342.794
2009	24.360	1.912.196	342.163
2010	23.927	1.836.462	323.888

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) 2008, S. 66–69; DIHK 2009, S. 70–73; DIHK 2010, S. 70–73; DIHK 2011, S. 72–75

Tabelle B2.2.2-5: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern nach Themenbereichen, 2010**

Themenbereich		2010					
		Veranstaltungen	Anteil (in %)	Unterrichts-stunden	Anteil (in %)	Teilnehmende	Anteil (in %)
Aufstiegsbildung	Kaufmännisch	2.145	9,0 %	516.854	28,1 %	37.563	11,6 %
	Industriell-technisch	1.065	4,5 %	357.423	19,5 %	19.717	6,1 %
	IT und Medien	82	0,3 %	25.850	1,4 %	1.036	0,3 %
	AEVO	1.322	5,5 %	94.730	5,2 %	22.398	6,9 %
	Querschnittsthemen	93	0,4 %	7.903	0,4 %	1.349	0,4 %
	Zwischensumme	4.707	19,7 %	1.002.760	54,6 %	82.063	25,3 %
Anpassungs-bildung	Kaufmännisch	5.889	24,6 %	219.773	12,0 %	76.650	23,7 %
	Industriell-technisch	1.465	6,1 %	155.391	8,5 %	13.514	4,2 %
	IT und Medien	1.357	5,7 %	45.799	2,5 %	11.348	3,5 %
	Querschnittsthemen	5.257	22,0 %	177.271	9,7 %	62.355	19,3 %
	Zwischensumme	13.968	58,4 %	598.234	32,6 %	163.867	50,6 %
Vorbereitung auf neue Berufstätigkeit		529	2,2 %	165.389	9,0 %	5.798	1,8 %
Firmenseminare		2.940	12,3 %	60.963	3,3 %	32.107	9,9 %
Sonstige[1]		1.783	7,5 %	9.116	0,5 %	40.053	12,4 %
Insgesamt		**23.927**	100,0 %	**1.836.462**	100,0 %	**323.888**	100,0 %

[1] Fachvorträge und -tagungen, Weiterbildungsseminare für Ausbilder, sonstige Vorträge und Tagungen sowie Dozenten- und Prüferseminare.

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2011, S. 70–73

Mitgliedseinrichtungen durchgeführten Veranstaltungen auf zuletzt knapp 140.000 kontinuierlich gestiegen; ab 2005 stieg auch die Zahl der unterschiedlichen Standorte, an denen die Veranstaltungen durchgeführt wurden (2010: 892). Die Anzahl der Teilnehmenden steigt seit Beginn der Zählung (2006) tendenziell an und liegt 2010 bei über 1,2 Millionen.

Die meisten Mitgliedseinrichtungen des Wuppertaler Kreises bieten mehrere unterschiedliche Bildungsdienstleistungen an.[294] Durchschnittlich wurde etwa ein Drittel des Umsatzes (2010: 35,8 %) mit offenen Seminaren erzielt, die sich vor allem an Mitarbeitende mittelständischer Unternehmen richten. Der Bereich der offen zugänglichen Seminare, der im Jahr 2000 noch mehr als die Hälfte des Umsatzes erzielte, hat seitdem an Bedeutung verloren, er macht noch gut ein Drittel des Umsatzes aus. Daneben sind öffentlich geförderte Maßnahmen mit 22,5 % und firmenintern durchgeführte Seminare mit 20,0 % Umsatzanteil wichtige Geschäftsfelder (vgl. Wuppertaler Kreis 2011, S. 3 f.).

Angebot an beruflicher Weiterbildung bei den Kammern

Die Industrie- und Handelskammern (IHK) bieten an ihren lokalen und regionalen Standorten berufliche Weiterbildung an, häufig in Zusammenarbeit mit eigenen Bildungszentren. Bei den Veranstaltungen handelt es sich in der Regel um berufsbegleitende Seminare und Lehrgänge, von denen ein Teil direkt auf IHK-Prüfungen vorbereitet. Das Themenspektrum der Lehrgänge umfasst die Bereiche aller Wirtschaftsunternehmen, die Mitglied der jeweiligen IHK sind. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag veröffentlicht in seinem Bildungsbericht jährlich Daten zur Anzahl der Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmenden.[295] Die Daten sind in **→ Tabelle B2.2.2-4** dargestellt.

Insgesamt ist das Jahr 2010 bei den IHKs von leichten Rückgängen gekennzeichnet. Die Anzahl der Veranstaltungen geht im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 %, die der Teilnehmenden um 5,3 % zurück, die Zahl der Unterrichtsstunden um 4 %. Rückgänge gibt es insbesondere bei den Firmenseminaren und bei dem Bereich Vorbereitung auf eine neue Berufstätigkeit. Bei den Firmenseminaren sinkt die Zahl der Lehrgänge und der Teilnehmenden jeweils um ungefähr 5 %, die Unterrichtsstunden gehen um 30 % zurück. Im Bereich Vorbereitung auf eine neue Berufstätigkeit gibt es im Vergleich zu 2009 jeweils 25 % weniger Lehrgänge und Teilnehmende, die Unterrichtsstunden gehen um ein Drittel zurück.
Mit jeweils mehr als der Hälfte aller Veranstaltungen und Teilnehmenden entfällt der größte Teil des Angebots und der Nachfrage auf den Bereich der Anpassungsfortbildung. Die Aufstiegsbildungen sind demgegenüber zeitintensiver, mehr als die Hälfte aller Unterrichtsstunden entfällt auf diesen Bereich, jedoch nur 20 % der Veranstaltungen und ein Viertel aller Teilnahmen. Eine differenzierte Darstellung der Aufstiegs- und Anpassungsbildungen der IHKs für das Jahr 2010 zeigt **→ Tabelle B2.2.2-5.**

(Christina Weiß, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

294 Vgl. **http://www.wkr-ev.de/** (→ Ziele und Aufgaben; → Die Mitglieder, Stand 12.10.2011). Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Mitglieder liegt auf der betrieblichen Weiterbildung in offenen und firmeninternen Veranstaltungen, die in enger Kooperation mit Unternehmen, teilweise bezogen auf deren spezifischen Bedarf, durchgeführt werden. Einzelne Mitglieder bieten auch andere Bildungsdienstleistungen an, z. B. als Träger der freien Jugendhilfe berufsorientierende Maßnahmen für Jugendliche oder Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitsuchende in Zusammenarbeit mit Arbeitsagenturen. Die hier verwendete Einordnung als „arbeitgebernahe Institutionen" stützt sich einerseits auf die Geschichte vieler Mitgliedsinstitute des Wuppertaler Kreises, die von Arbeitgeberverbänden (mit-) gegründet wurden, andererseits auf die Tatsache der Mitgliedschaft im Wuppertaler Kreis, der sich laut Selbstdarstellung als Sprachrohr der Unternehmen in Fragen der Weiterbildung versteht.

295 Auch die Handwerkskammern bieten berufliche Weiterbildung an, hierzu sind aus den letzten Jahren jedoch keine bundesweiten Daten verfügbar.

B2.2.3 Weiterbildungsstatistik im Verbund

Seit dem Berichtsjahr 2002 werden in der Weiterbildungsstatistik im Verbund E jährlich Daten zu Personal, Finanzierung und Veranstaltungsprofilen der im Verbund zusammengeschlossenen Weiterbildungsorganisationen veröffentlicht, die statistische Erhebung wird vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) durchgeführt. Zu den im Verbund zusammengeschlossenen Organisationen gehören der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE). Der Deutsche Volkshochschul-Verband ist assoziiertes Mitglied im Verbund. Die Daten des Deutschen Volkshochschul-Verbandes werden in **Kapitel B2.2.1** gesondert aufgeführt, die folgenden Darstellungen beziehen sich auf die Verbände AL, DEAE und KBE. Der AdB hat sich 2009 einmalig nicht an der jährlichen Erhebung beteiligt, bei der Interpretation der Daten und einem Vergleich mit Vorjahreszahlen ist dies zu berücksichtigen.

Die im Verbund zusammengeschlossenen Einrichtungen bieten ein breites thematisches Spektrum an Weiterbildung an, die berufliche Weiterbildung stellt einen Teil des Angebotes dar. Die thematische Zuordnung der durchgeführten Veranstaltungen erfolgt anhand der Systematik Politik – Gesellschaft, Familie – Gender – Generationen, Religion – Ethik, Umwelt, Kultur – Gestalten, Gesundheit, Sprachen, Arbeit – Beruf, Grundbildung – Schulabschlüsse. Die Veranstaltungen des im Folgenden dargestellten Themenbereichs Arbeit – Beruf werden anhand verschiedener thematischer Oberkategorien erfasst, wie Arbeitstechniken, Interessenvertretung, kaufmännische Praxis, Management, Wirtschaft. Neben den Veranstaltungen des Bereichs Arbeit – Beruf können auch die Veranstaltungen der anderen Themenbereiche für die Teilnehmenden von beruflichem Interesse sein und für eine berufliche Weiterbildung genutzt werden. Da die Veranstaltungen jedoch nach inhaltlichen Kriterien erfasst und anders als im *Adult Education Survey* (**vgl. Kapitel B1.1**) nicht der Zweck der Teilnahmen erfragt werden, ist hier eine vollständige Abbildung von berufsbezogenen Veranstaltungen nicht möglich. Die dargestellten Daten können somit als Mindestwerte für berufliche Weiterbildung interpretiert werden.

E Weiterbildungsstatistik im Verbund (Verbundstatistik)

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die durchgeführten Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen eines Kalenderjahres aus dem Themenbereich Arbeit und Beruf der Verbände AL, DEAE und KBE. Als Veranstaltung gezählt werden durchgeführte Kurse, Seminare und Lehrgänge, Studienfahrten und -reisen sowie Vorträge und andere Kurzformen mit bis zu 3 Unterrichtsstunden. Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten. Unter einer Belegung wird ein Teilnahmefall an einer Veranstaltung verstanden. Eine Person, die mehrere Veranstaltungen belegt, wird mehrfach gezählt. Die Anzahl der Belegungen kann daher höher sein als die Anzahl der teilnehmenden Personen.

2009 bilden 1.200 Einrichtungen die Grundgesamtheit der Mitgliedseinrichtungen der im Verbund zusammengeschlossenen konfessionellen Träger von Weiterbildung und des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben. Die Erfassungsquoten fallen bei den Verbänden unterschiedlich aus, sie variieren zwischen 66 % und 93 %. Erfasst wurden die Daten von 960 Einrichtungen, die dargestellten Ergebnisse wurden auf Basis der Erfassungsquoten auf die Grundgesamtheit hochgerechnet (vgl. Weiß/Horn 2011).

Nicht für alle Teilnahmefälle liegen Informationen zum Geschlecht vor. Die in **Tabelle B2.2.3-2** dargestellten Prozentangaben beziehen sich auf die jeweils gültigen Nennungen. Für insgesamt 68 % der Belegungen in Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden im Bereich Arbeit – Beruf wurden Angaben zum Geschlecht gemacht.

Angebot an beruflicher Weiterbildung

Das im Themenbereich Arbeit – Beruf abgebildete Angebot von AL, DEAE und KBE umfasst im Jahr 2009 knapp 23.000 Veranstaltungen, die mit rund 762.000 Unterrichtsstunden durchgeführt werden und 419.000 Belegungen verzeichnen können → **Tabelle B2.2.3-1**.

Tabelle B2.2.3-1: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf" im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2009**

Bundes-organisationen[1]	Themenbereich „Arbeit und Beruf" (Hochrechnung)					
	Veranstaltungen	Anteil an allen Veranstaltungen in %	Unterrichtsstunden	Anteil an allen Unterrichtsstunden in %	Belegungen	Anteil an allen Belegungen in %
BAK AL	3.755	43,0	296.711	61,7	59.549	42,7
DEAE	5.580	2,8	72.583	4,2	134.404	3,3
KBE	13.377	5,4	393.041	11,1	225.045	4,1
Insgesamt	**22.712**	**4,9**	**762.335**	**13,3**	**418.999**	**4,3**

[1] In dem Verbund Weiterbildungsstatistik zusammengeschlossen sind die Organisationen Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE). 2009 beteiligte sich der AdB nicht an der Erhebung.

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Weiterbildungsstatistik im Verbund 2009

Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies für die 2008 und 2009 an der Statistik beteiligten Organisationen einen Anstieg bei den Veranstaltungen und den Belegungen. Die Veranstaltungen nehmen um 6 % zu, die Teilnahmen steigen um 9 %. Die durchgeführten Unterrichtsstunden gehen dagegen zurück, insgesamt um 15 %.

Die berufliche Weiterbildung nimmt bei den im Verbund zusammengeschlossenen Einrichtungen eine eher nachrangige Rolle ein. Der Bereich Arbeit – Beruf umfasst 5 % der insgesamt durchgeführten Veranstaltungen, auch der Anteil der Teilnahmen an der Summe aller Belegungen liegt bei 5 %. Der Anteil der Unterrichtsstunden am Gesamtvolumen liegt deutlich höher, er erreicht 14 %. Dieser höhere Anteil ist erklärbar durch die im Rahmen beruflicher Weiterbildungsangebote durchgeführten Auftrags- und Vertragsmaßnahmen, die durchschnittlich länger dauern als offene Angebote.

Die berufliche Weiterbildung prägt in unterschiedlichem Ausmaß das inhaltliche Programmprofil der einzelnen Verbände. Ein Vergleich zwischen den Organisationen des Verbundes zeigt deutliche Unterschiede in der thematischen Schwerpunktsetzung. Bei dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben stellt die berufliche Weiterbildung einen relevanten Teil des Angebots dar, wobei hier die Verbindung zwischen politischer und beruflicher Weiterbildung im Fokus steht. Zu den Themen Interessenvertretung, Mitbestimmung und Tarifrecht werden 3.800 Veranstaltungen und 297.000 Unterrichtsstunden durchgeführt. Der Anteil der Veranstaltungen mit beruflichen Themen liegt bei 43 % des Gesamtprogramms, der Anteil am gesamten Unterrichtsstundenvolumen beträgt 62 %.

Bei den konfessionell getragenen Bildungsstätten zeigt sich ein anderes Bild. Das inhaltliche Profil wird nicht durch berufliche Weiterbildung geprägt, dennoch ist das Angebotsvolumen an beruflicher Weiterbildung, gemessen an der Anzahl an Veranstaltungen, größer als bei Arbeit und Leben. Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung stellt mit über 13.000 Veranstaltungen und fast 400.000 Unterrichtsstunden das größte Angebotsvolumen im Bereich Arbeit – Beruf. Nach Anzahl der Unterrichtsstunden und durchgeführter Veranstaltungen ist sie unter den in diesem Kontext dargestellten Organisationen auch die größte Anbieterin von Weiterbildung. Im Gesamtangebot spielt die berufliche Weiterbildung allerdings eine nachrangige Rolle, die KBE versteht sich primär als Anbieterin religiöser und kultureller Weiterbildung. Deutlich sichtbar wird dies an dem Verhältnis des Themenbereichs Arbeit – Beruf zum Gesamtangebot: Der Anteil der Veranstaltungen liegt bei 5 %, der Anteil am Unterrichtsstundenvolumen bei 11 %. Von dem anderen konfessionellen Trägerverband, der Deutschen

Tabelle B2.2.3-2: **Belegungen differenziert nach Geschlecht der Teilnehmenden im Themenbereich „Arbeit und Beruf" im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2009**

Bundes-organisationen[1]	Themenbereich „Arbeit und Beruf" – Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden (Hochrechnung)						
	Veranstaltungen	Unterrichts-stunden	Belegungen	davon Frauen	Anteil von Frauen in %	davon Männer	Anteil von Männern in %
BAK AL	3.730	296.638	59.171	19.896	33,7	39.225	66,3
DEAE	3.207	66.858	49.349	18.002	72,3	6.903	27,7
KBE	7.071	359.284	94.662	38.749	71,9	15.126	28,1
Insgesamt	**14.008**	**722.779**	**203.182**	**76.648**	**55,6**	**61.254**	**44,4**

[1] In dem Verbund Weiterbildungsstatistik zusammengeschlossen sind die Organisationen Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE). 2009 beteiligte sich der AdB nicht an der Erhebung.

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Weiterbildungsstatistik im Verbund 2009

Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, werden mehr als 5.000 Veranstaltungen mit rund 73.000 Unterrichtsstunden angeboten. Die Themenbereiche religiöse Bildung, Lebensformen und politische Bildung werden von der DEAE als Aufgabenschwerpunkte erachtet, berufliche Weiterbildung hat einen eher untergeordneten Stellenwert. Der Anteil der Veranstaltungen im Themenbereich Arbeit – Beruf liegt bei 3 %, der Anteil am gesamten Unterrichtsstundenvolumen bei 4 %.

Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung nach Geschlecht

Laut Adult Education Survey 2010 beteiligen sich Männer in etwas höherem Maße an beruflicher Weiterbildung als Frauen (**vgl. Kapitel B1.1**). Dieses Verhältnis zeigt sich bei den Mitgliedseinrichtungen des Verbundes nicht. Der Anteil an Belegungen durch Männer im Bereich Arbeit – Beruf liegt bei 44 %. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den einzelnen Verbänden. Beim Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben ist der Anteil der männlichen Teilnehmer mit 66 % am höchsten, auch im Gesamtprogramm des Verbandes überwiegen mit einem Anteil von 59 % die männlichen Teilnehmer. Während AL mit seinem Fokus auf politisch orientierte berufliche Weiterbildung eher männliche Teilnehmer erreicht, überwiegt bei den konfessionellen Trägern KBE und DEAE der Anteil der Frauen. Bei der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung werden 72 % der Belegungen von beruflicher Weiterbildung durch Teilnehmerinnen gebucht. Der Frauenanteil an den Belegungen im Bereich Arbeit – Beruf liegt damit über dem durchschnittlichen Anteil weiblicher Belegungen an beruflicher Weiterbildung im Verbund, allerdings überwiegt mit 80 % auch der Frauenanteil an den Belegungen im Gesamtprogramm der KBE. Bei der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung liegt der Anteil der Frauen an beruflichen Veranstaltungen ebenfalls bei 72 % und damit sogar leicht über dem Frauenanteil von 71 % im Gesamtprogramm. Die Verteilung der Teilnahmen nach Geschlecht zeigt **Tabelle B2.2.3-2**.

(Christina Weiß, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.3 Fernlernen

Seit 1983 werden bei Anbietern im Bildungssegment Fernlernen jährlich auf freiwilliger Basis Daten zu Angebots-, Anbieter- und Teilnahmestrukturen erhoben. Bis 2006 erfolgten die Befragungen durch das Statistische Bundesamt (StBA), 2007–2008 durch das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) und seit 2009 durch den Fachverband Forum DistancE-Learning (FDL). Das Erhebungsinstrument selbst wurde – trotz der Diskontinuitäten hinsichtlich der erhebenden Stelle – kaum modifiziert. Neben den Befragungsergebnissen des FDL wird für die vorliegende Aufbereitung der Fernunterrichtsstatistik zusätzlich ergänzendes Datenmaterial der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) und der Arbeitsgemeinschaft für das Fernstudium an Hochschulen (AG-F), Sektion der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaftliche Weiterbildung e. V., herangezogen E. Damit steht für staatlich zugelassene Fernlehrgänge bzw. akkreditierte Fernstudiengänge eine relativ breite empirische Datenbasis zur Verfügung.

E Einbezogene Institutionen und Datenquellen

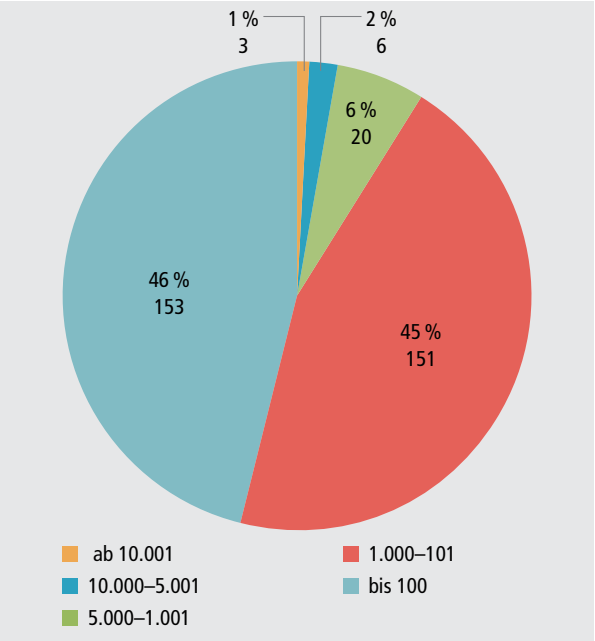
Arbeitsgemeinschaft für das Fernstudium an Hochschulen (AG-F), Sektion der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaftliche Weiterbildung e.V.
www.ag-fernstudium.de
Fernstudienstatistik 2010
Erhebungszeitraum: Wintersemester 2010
Veröffentlichung: 05/2011
Forum DistancE-Learning (FDL)
www.forum-distance-learning.de
Fernunterrichtsstatistik 2010
Veröffentlichung: 09/2011
Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU)
www.zfu.de
Angaben zu den bei der ZFU registrierten Anbietern und Angeboten
Stichtag: 1. August 2011

Anbieter von Fernlehrgängen

Die Zahl der bei der ZFU registrierten Anbieter von Fernlehrgängen hat sich im vergangenen Jahr wieder deutlich erhöht: Während es zum Stichtag 1. August 2010 331 waren, wurden zum Stichtag 1. August 2011 367 registrierte Anbieter ausgewiesen. Dies entspricht einer Zunahme um 9,8 %. Nähere Aussagen über deren Zusammensetzung ermöglicht die Fernunterrichtsstatistik 2010 des FDL. 2011 wurden dazu 333 Fernlehrinstitute angeschrieben, von denen sich 127 (ca. 38,1 %) an der Befragung beteiligten. Im Vergleich zum Vorjahr (316 angeschriebene Institute) hat sich damit die Zahl der Anbieter nach Angaben des FDL um 5,4 % erhöht.

Basierend auf den Daten der 333 einbezogenen Fernlehrinstitute stellt sich die Marktsituation folgendermaßen dar: Der größte Teil der Anbieter (294;

Schaubild B2.3-1: **Übersicht über die vom Forum DistancE-Learning (FDL) einbezogenen Fernlehrinstitute (n = 333) nach Teilnahmezahlen (absolut und in %)**



Quelle: Forum DistancE-Learning (FDL) 2011

88,2 %) ist relativ spezialisiert und bietet weniger als 11 Lehrgänge an; weitere 18 (5,4 %) haben bis zu 20 unterschiedliche Lehrgänge in ihrem Portfolio. 13 (3,9 %) halten zwischen 21 und 50 und 3 Anbieter (0,9 %) zwischen 51 und 100 verschiedene Lehrgänge bereit. Mehr als 100 Lehrgänge werden von 5 Instituten (1,5 %) angeboten.

Auch im Hinblick auf die Anzahl ihrer Teilnehmer/-innen weisen die vom FDL angeschriebenen Institute eine vergleichbare Ausdifferenzierung auf → **Schaubild B2.3-1**.

Teilnehmende an Fernlehrgängen

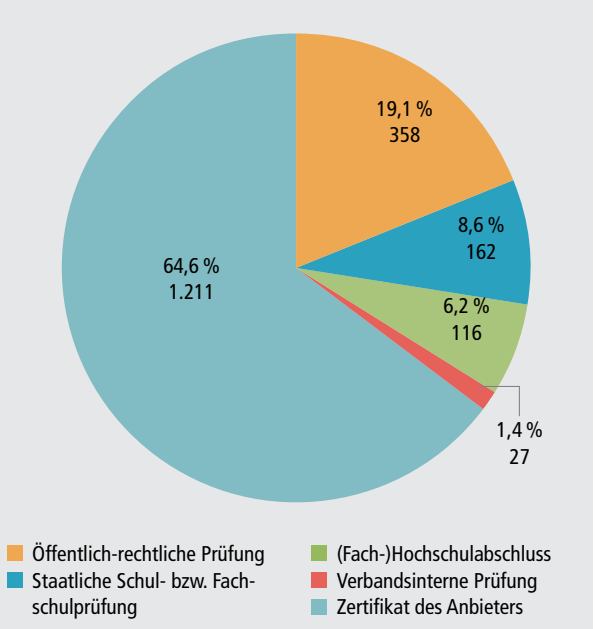
Für den Untersuchungszeitraum im Jahre 2010 wiesen die einbezogenen Institute insgesamt 203.083 Teilnahmen an staatlich zugelassenen Fernlehrgängen aus.[296] Mit 53,1 % entspricht der Frauenanteil exakt dem in 2009 ermittelten – die seit den letzten Jahren zu beobachtende leichte Dominanz von Frauen in Fernlehrgängen setzte sich damit auch in 2010 fort. Zwar lassen sich aufgrund einer geringfügig modifizierten Altersklassifizierung Veränderungen in der Altersstruktur nicht 1 : 1 mit den früheren Erhebungen vergleichen, doch zeigen sich beim Gros der Teilnehmenden kaum Unterschiede: 2010 waren mehr als zwei Drittel der Teilnehmenden (67,6 %) zwischen 21 und 40 Jahre alt; 2009 lag der Anteil in der Altersklasse der 20- bis 39-Jährigen bei 65,0 %. Der Anteil der bis 20-Jährigen ging mit 3,5 % im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück (2009: 4,0 %), und der Anteil der Personen über 40 stieg leicht an. 2010 waren knapp ein Viertel aller Teilnehmenden (23,1 %) über 41 Jahre alt (2009: 20,4 %).

Fernlehrgänge – Angebot

Wie in den Vorjahren ist auch im aktuellen Berichtszeitraum eine deutliche Zunahme von staatlich zugelassenen Fernlehrgängen zu beobachten: Nach einem Anstieg von 2.087 (2008) auf 2.264 (2009) und 2.470 (2010) weist die ZFU zum Stichtag 1. August 2011 2.807 durch sie zugelassene Fernlehrgänge aus, von denen 2.565 berufs- bzw. allgemeinbildende Themen behandeln und 242 der Freizeitgestaltung dienen. Von den 2.807 staatlich zugelassenen Bildungsangeboten im Fernlernen bereiten knapp zwei Drittel (1.790; 63,8 %) auf eine Abschlussprüfung vor, während 1.017 ohne abschließende Lernerfolgskontrolle enden. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine deutliche Zunahme von Fernlehrgängen mit Abschlussprüfung (2010 bereiteten 1.468 [59,4 %] der von der ZFU zugelassenen Fernlehrgänge auf eine Abschlussprüfung vor). Einen Überblick über die möglichen Abschlüsse bietet → **Schaubild B2.3-2****.** Dabei gilt es zu beachten, dass einige Lehrgänge 2 unterschiedliche Abschlussprüfungen ermöglichen, i. d. R. entweder den Erwerb eines Anbieterzertifikats oder eines formal anerkannten Abschlusses. Daher beruhen die folgenden Berechnungen nicht auf der eingangs erwähnten Zahl von 1.790 Lehrgängen, die auf eine Prüfung vorbereiten, sondern auf den 1.874 Prüfungsoptionen, die diese Bildungsangebote insgesamt ermöglichen.

Die Laufzeit der 2.807 staatlich zugelassenen Fernlehrgänge ist sehr unterschiedlich: 851 (30,3 %)

Schaubild B2.3-2: **Abschlussarten (absolut und in %)**



Quelle: Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) 2011

296 Eine ergänzende Schätzung des FDL (diese geht von weiteren 47.890 Teilnehmenden aus) bleibt in der vorliegenden Aufbereitung der Fernunterrichtsstatistik unberücksichtigt.

dauern bis zu 6 Monate, 1.089 (38,8 %) zwischen 6 und 12 Monate, ein knappes Viertel (656; 23,4 %) zwischen 12 und 24 Monate und 211 (7,5 %) länger als 24 Monate. Wie auch im Vorjahr haben somit gut zwei Drittel der zugelassenen Bildungsangebote eine Laufzeit bis zu 12 Monaten und lassen sich hier kaum Änderungen feststellen.

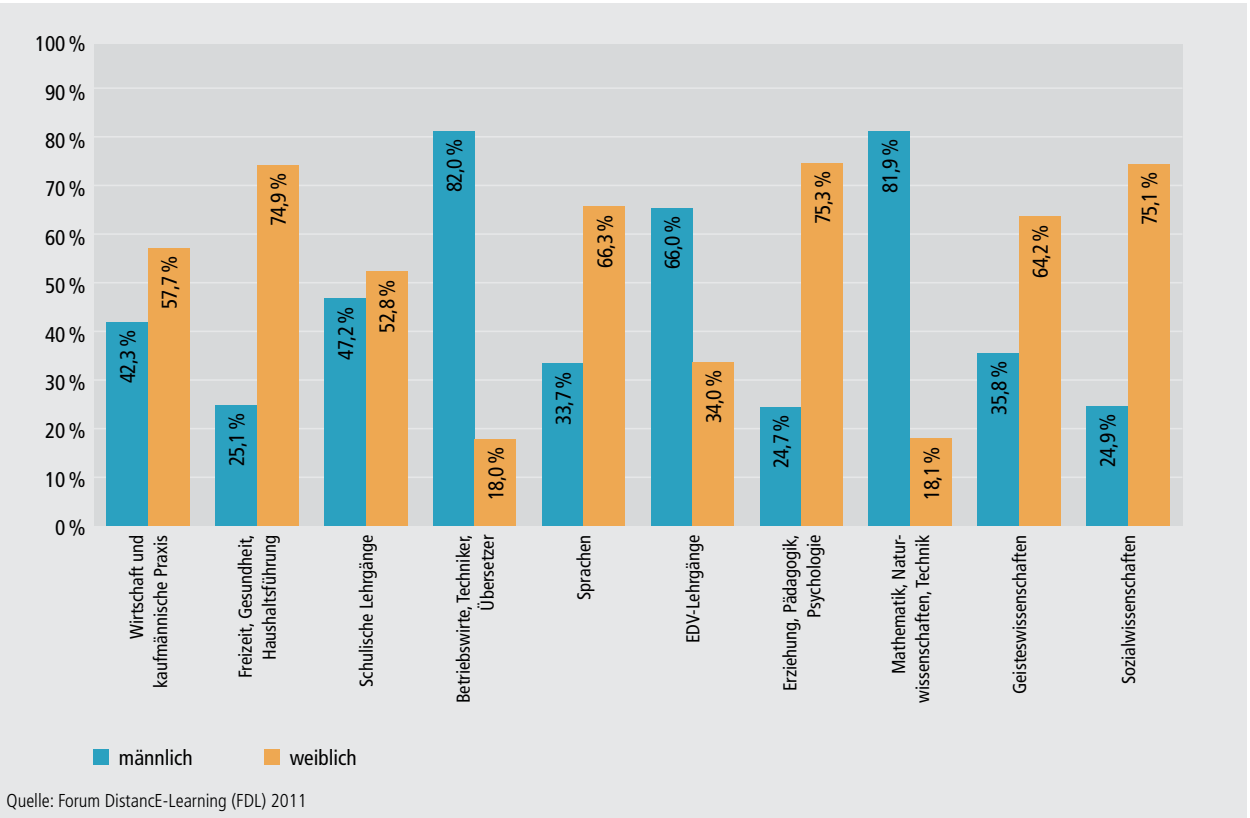
Auch hinsichtlich der bevorzugten Lehrgangsinhalte lassen sich im Vergleich zum Vorjahr kaum Unterschiede beobachten: So nahm – wie auch 2009 – ein Viertel (51.445; 25,3 %) aller Teilnehmenden an einem Fernlehrgang im Themenfeld „Wirtschaft und kaufmännische Praxis" teil. Lehrgänge, die auf einen Schulabschluss (z. B. Haupt- oder Realschulabschluss, Abitur) vorbereiten, wurden von 32.727 Fernlernenden (16,1 %) belegt. Weiterhin sehr beliebt sind Fernlehrgänge zur Freizeitgestaltung mit 14,5 % und Aufstiegsfortbildungen zum/zur Betriebswirt/-in, Techniker/-in, Übersetzer/-in mit 12,2 % aller Teilnahmen. Sprachen werden von 9,5 % der Teilnehmenden belegt; einen EDV-Lehrgang wählten 6,5 %. Hinsichtlich ihrer Teilnahmezahlen fast gleichauf liegen die Themenfelder „Erziehung, Pädagogik, Psychologie" mit 11.958 (5,9 %) und „Mathematik, Naturwissenschaften, Technik" mit 11.640 Belegungen (5,7 %). Weniger von Interesse sind Geisteswissenschaften mit 7.599 (3,7 %) und Sozialwissenschaften mit 1.289 Teilnahmen (0,6 %).

Differenziert man nach dem Geschlecht, zeigen sich – je nach Themenfeld – deutliche Unterschiede hinsichtlich der interessierenden Lehrgangsinhalte → **Schaubild B2.3-3**.

Entwicklung bei Fernstudiengängen

Neben der Erhebung des Forums DistancE-Learning (FDL) kann im Segment der Fernstudiengänge auch eine Befragung der Arbeitsgemeinschaft für das

Schaubild B2.3-3: **Teilnehmende 2010 nach Themenbereich und Geschlecht (in %)**

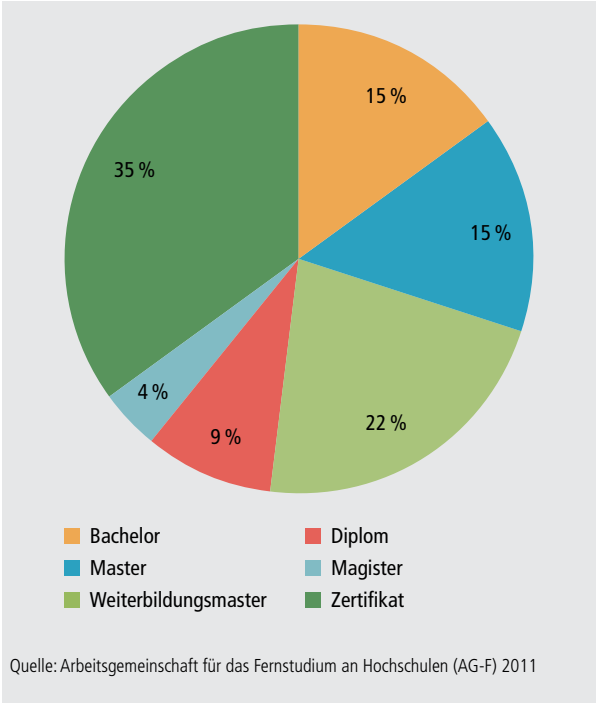


Quelle: Forum DistancE-Learning (FDL) 2011

Fernstudium an Hochschulen (AG-F), Sektion der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung e. V., herangezogen werden.

Die AG-F befragte im WS 2010/2011 19 staatliche Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen und Fachhochschulverbünde), von denen sich 16 an der Erhebung beteiligten. Die Hochschulen agieren entweder im „Single-Mode“ (d. h. ausschließlich als Fernhochschule) oder im „Dual-Mode“ (d. h., neben Präsenz- werden auch Fernstudiengänge angeboten, wie beispielsweise an der TU Kaiserslautern). Insgesamt waren an den befragten 16 Hochschulen im WS 2010/2011 92.286 Fernstudierende immatrikuliert, davon allein 73.131 an der FernUniversität in Hagen (an Universitäten insgesamt: 78.077; 84,6 %), an Fachhochschulen und Fachhochschulverbünden: 14.209). Nach Angaben der AG-F ist die Gesamtzahl damit gegenüber dem Vorjahr um 7 % gestiegen. Dabei sei zu beobachten, dass die Zahl der Gasthörer/-innen abnimmt, während die Zahl der „regulär“ immatrikulierten Fernstudierenden ansteigt.

Schaubild B2.3-4: **Fernstudiengänge an staatlichen Hochschulen nach Abschluss (WS 2010/2011) (in %)**



Quelle: Arbeitsgemeinschaft für das Fernstudium an Hochschulen (AG-F) 2011

Bei den angebotenen Abschlüssen überwiegen (nicht akademische) Zertifikate und weiterbildende Masterstudiengänge → **Schaubild B2.3-4.**

Demgegenüber basiert die Aufbereitung der Fernstudienstatistik des FDL vorrangig auf Daten des Statistischen Bundesamtes. 2010 waren demnach 68.093 Fernstudierende an einer der 4 Fernuniversitäten, 33.840 an einer der 12 Fernfachhochschulen und 16.686 an einer der im „Dual-Mode“ agierenden Präsenzhochschulen (hier werden 86 Hochschulen ausgewiesen) immatrikuliert. Im Gesamtdurchschnitt lag der Anteil weiblicher Fernstudierender bei 43,1 % (an Fernuniversitäten: 45,7 %, an Fernfachhochschulen: 40,2 % und an Präsenzhochschulen: 38,1 %). Damit dominieren im hochschulischen Sektor männliche Fernstudierende.

(Angela Fogolin)

B3 Öffentlich geförderte Weiterbildung

B3.1 SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen

Qualifizierung im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Instrumente wird durch die Agenturen für Arbeit nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) gefördert. Die Förderung hilfebedürftiger erwerbsfähiger Personen durch die Jobcenter erfolgt nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). E
Zu den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die Personen in den Rechtskreisen SGB II und SGB III Qualifizierung ermöglichen, zählen die berufliche Weiterbildung, die berufliche Weiterbildung für behinderte Menschen sowie die ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit → **Tabelle B3.1-1**. Die Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen sind im Jahr 2009 ausgelaufen; Förderfälle im Jahr 2010 erfolgten im Rahmen der Restabwicklung. Das mit § 46 SGB III zum 1. Januar 2009 eingeführte Instrument der Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, das u. a. Elemente der bisherigen Trainingsmaßnahmen aufnimmt, wird zu den vermittlungsunterstützenden Leistungen gerechnet, nicht zur Qualifizierung.

E Fördervoraussetzungen

Die Bundesagentur für Arbeit fördert die berufliche Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wenn sie notwendig ist, um Arbeitnehmer bei Arbeitslosigkeit beruflich einzugliedern, eine konkret drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden, oder weil die Notwendigkeit einer Weiterbildung wegen fehlenden Berufsabschlusses anerkannt ist (§ 77 SGB III). Dabei wird berücksichtigt, ob die Arbeitslosigkeit auch ohne eine Weiterbildung beendet werden könnte, ob andere arbeitsmarktpolitische Instrumente erfolgversprechender sind und ob mit dem angestrebten Bildungsziel eine Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt wahrscheinlich ist. Liegen die Voraussetzungen für eine Förderung vor, wird ein Bildungsgutschein ausgestellt, mit dem die Übernahme der Weiterbildungskosten zugesichert wird. Der Bildungsgutschein kann zeitlich befristet sowie regional und auf bestimmte Bildungsziele beschränkt werden und gilt für entsprechende zugelassene Maßnahmen. Neben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die durch die Agenturen für Arbeit nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) gefördert werden, gehören auch hilfebedürftige erwerbsfähige Personen, die nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) gefördert werden, zu den förderfähigen Personen.

Für Sonderprogramme der Bundesagentur für Arbeit gelten spezielle Förderbedingungen.

Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit

In der Förderstatistik werden Förderungen bzw. Teilnahmen von Personen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung erfasst. Gezählt werden nicht Personen, sondern Förderfälle bzw. Teilnahmen; eine Person, die in einem Zeitraum oder an einem Zeitpunkt mehrere Förderleistungen erhält, wird daher mehrfach gezählt.

Neben der beruflichen Weiterbildung liegt wie im Vorjahr der Schwerpunkt der Berichterstattung auf den aufgrund der Wirtschaftskrise initiierten bzw. ausgeweiteten Maßnahmen zur Förderung spezieller Zielgruppen wie z. B. Geringqualifizierter oder Personen in Kurzarbeit.

Tabelle B3.1-1: **Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen in den Rechtskreisen SGB III und SGB II im Jahr 2010**

	Teilnehmerbestand (Jahresdurchschnitt)			Zugänge/Eintritte/Bewilligungen (Jahressumme)		
	insgesamt	SGB III	SGB II	insgesamt	SGB III	SGB II
Qualifizierung 2010	**215.961**	**114.498**	**101.463**	**586.435**	**344.994**	**241.441**
Berufliche Weiterbildung	188.782	96.890	91.891	486.795	267.557	219.238
Berufliche Weiterbildung behinderter Menschen	18.318	10.424	7.894	23.609	11.272	12.337
Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (einschl. Reha) (Restabwicklung)[1]	1.702	24	1.677	10.050	184	9.866
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	7.160	7.160	–	65.981	65.981	–

[1] Die individuelle Förderung der Teilnehmer erfolgt auf der Grundlage des zum 01.01.2009 eingeführten § 46 SGB III.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011f: Arbeitsmarkt 2010; Datenstand: März 2011

Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)

Die Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung nach SGB III – Arbeitsförderung – und seit 2005 auch nach SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende – ist eines der wesentlichen Elemente der aktiven Arbeitsförderung. Es soll die individuellen Chancen von Menschen am Arbeitsmarkt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern. Dazu können Qualifikationen an geänderte Anforderungen angepasst oder bislang fehlende Berufsabschlüsse erworben werden.

In den vergangenen Jahren ist die Förderung der beruflichen Weiterbildung zunächst zwischen 2000 und 2005 durch Umsteuerung des Mitteleinsatzes im Rahmen der regionalen Arbeitsmarktprogramme reduziert worden. Innerhalb der Leistungen zur Verbesserung der Qualifikation wurden zudem verstärkt Trainingsmaßnahmen nach § 48 SGB III eingesetzt. Der Rückgang von FbW-Maßnahmen setzte sich abgeschwächt bis zum Jahr 2005 fort. Ab 2006 erfolgte wieder eine verstärkte Förderung beruflicher Weiterbildung, die ihren Höhepunkt 2009 erreichte.

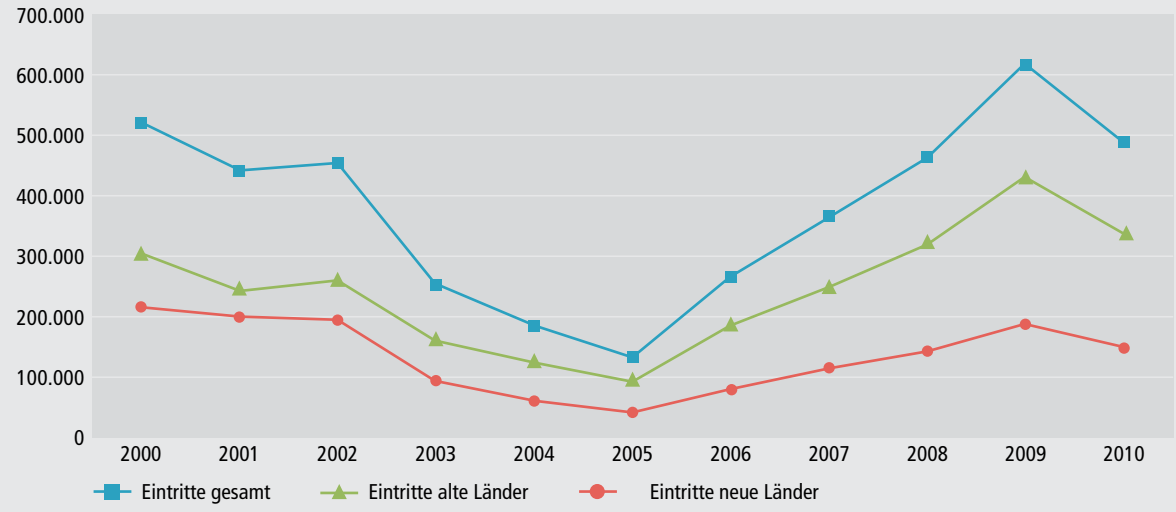
Im Jahr 2010 war die Förderung der beruflichen Weiterbildung rückläufig → **Schaubild B3.1-1** und → **Schaubild B3.1-2**.

Im Jahr 2010 sind 486.795 Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung zu verzeichnen. Das ist ein Rückgang um 21,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Anteil von Maßnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf ist weiter gestiegen: Von den 486.795 Eintritten im Jahr 2010 entfielen 52.100 auf Maßnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf (das entspricht 10,7 %; 2009: 7,3 %; 2008: 6,9 %). Der Anteil der unter 25-Jährigen bei den Eintritten betrug 2010 10,1 % (2009: 12 %; 2008: 13,4 %); der Anteil der Ausländer/-innen lag bei 10,8 % (2009: 11 %; 2008: 11,3 %). Langzeitarbeitslose waren mit einem Anteil von 11,4 % (2009: 7,8 %; 2008: 12,5 %) an den Eintritten vertreten (Statistisches Bundesamt 2010d, 2011i).

Der Rückgang der Eintritte von Frauen in FbW-Maßnahmen war im Jahr 2010 geringer als der Rückgang der Gesamteintritte → **Tabelle B3.1-2**. Bei den Arbeitslosen hat sich der Anteil von Männern

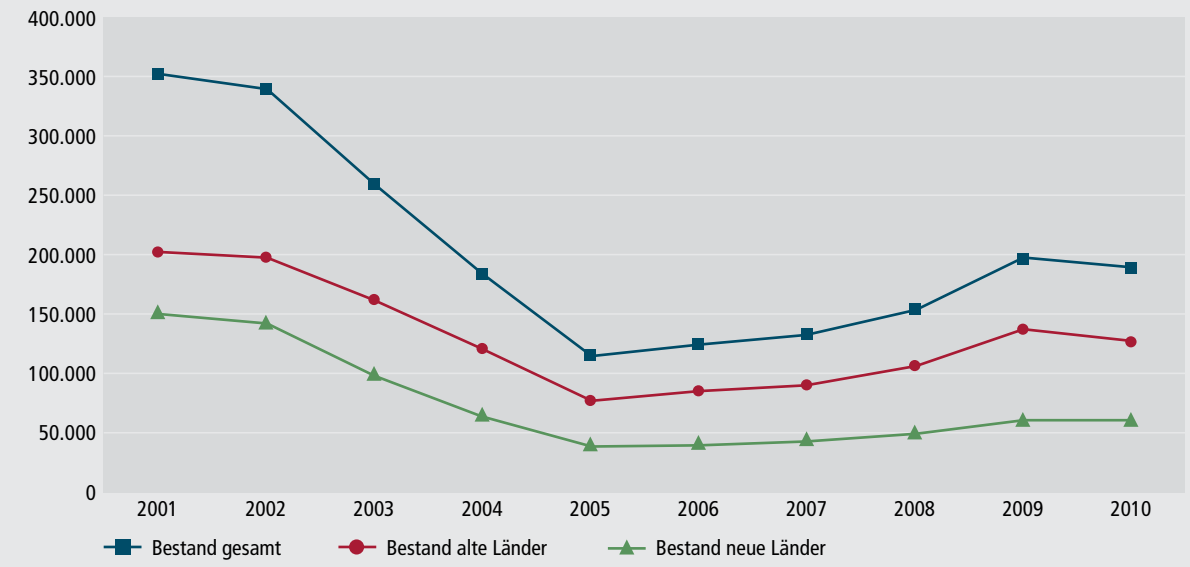
Schaubild B3.1-1: **Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB III und SGB II von 2000 bis 2010**[1]



[1] Datenstand Oktober 2011. Mit Daten der zugelassenen kommunalen Träger (nicht für 2005), ohne Reha.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011i: Teilnehmer in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik

Schaubild B3.1-2: **Durchschnittlicher Jahresbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB III und SGB II von 2001 bis 2010**[1]



[1] Datenstand Oktober 2011. Mit Daten der zugelassenen kommunalen Träger (nicht für 2005), ohne Reha.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011i: Teilnehmer in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, November 2011

Tabelle B3.1-2: **Zugang und Jahresdurchschnittsbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB III und SGB II in den Jahren 2005 bis 2010**[1]

Eintritte/Zugang		2005	2006	2007	2008	2009	2010
Bundesgebiet	**Gesamt**	131.521	264.343	364.894	462.532	618.435	486.795
	davon Frauen	53.994	114.721	168.022	210.719	253.965	206.087
Alte Länder	**Gesamt**	91.096	185.457	249.675	320.217	431.065	336.627
	davon Frauen	39.143	82.692	117.519	148.194	174.163	140.140
Neue Länder	**Gesamt**	40.425	78.886	115.219	142.315	187.370	150.158
	davon Frauen	14.851	32.029	50.503	62.525	79.802	65.947
Jahresdurchschnittsbestand		**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
Bundesgebiet	**Gesamt**	114.350	124.800	131.714	154.088	198.104	188.782
	davon Frauen	59.743	60.175	63.419	73.734	89.820	88.802
Alte Länder	**Gesamt**	76.157	85.535	90.056	105.508	137.049	128.177
	davon Frauen	40.792	41.756	43.845	51.168	61.199	58.081
Neue Länder	**Gesamt**	38.193	39.264	41.568	48.579	61.054	60.605
	davon Frauen	18.951	18.420	19.574	22.566	28.621	30.721

[1] Mit Daten der zugelassenen kommunalen Träger (nicht für 2005)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011h: Zugang und Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, Datenstand Januar 2011; Bundesagentur für Arbeit 2011i: Teilnehmer in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, Datenstand Oktober 2011

(ca. 54 %) und Frauen (ca. 46 %) im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Obwohl die Arbeitslosigkeit der Männer im Jahresdurchschnitt mit 6 % stärker zurückging als die der Frauen (jahresdurchschnittlicher Rückgang um 5 %), liegt die Arbeitslosenquote der Frauen weiter unter der der Männer, die von der Wirtschaftskrise stärker betroffen waren (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2011e).

Die Gesamtausgabemittel im Rechtskreis SGB III für die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung betrugen 2010 1,92 Mrd. € (2009: 2,3 Mrd. €; 2008: 1,5 Mrd. €). Davon entfielen rund 958 Mio. € (2009: 1,3 Mrd. €; 2008: 0,8 Mrd. €) aus dem Eingliederungstitel auf die Weiterbildungskosten (Lehrgangskosten, Fahrtkosten, Kinderbetreuungskosten, Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung). Dazu kommen rund 962 Mio. € (2009: 1,1 Mrd. €; 2008: 0,7 Mrd. €) für die Gewährung von Arbeitslosengeld bei Weiterbildung. In der Grundsicherung betrugen die Gesamtausgaben für die Förderung der beruflichen Weiterbildung 827 Mio. € (Bundesagentur für Arbeit 2011g, 2010c).

Um die Herausforderungen der Wirtschaftkrise zu bewältigen und einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wurden im Jahr 2010 zielgruppenspezifische FbW-Programme fortgeführt bzw. neu aufgelegt. Qualifizierungsangebote für nicht aus SGB-Mitteln förderbare Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld wurden darüber hinaus aus ESF-Mitteln finanziert.

WeGebAU (Förderung der Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer/-innen in Unternehmen)

Im Fokus des erstmals 2006 aufgelegten Programms steht eine Anschubfinanzierung für die Weiterbildung von Geringqualifizierten und von beschäftigten Älteren, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, um ihnen zusätzlich Qualifikationen für den Arbeitsmarkt zu verschaffen und ihre Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten bzw. zu erweitern. Im Rahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II) wurden die Förderungsmöglichkeiten befristet bis 31. Dezember 2010 um die Personengruppe der Arbeitnehmer/-innen erweitert, deren Berufsabschluss mit einer Ausbildungsdauer von mindestens 2 Jahren mindestens 4 Jahre zurückliegt und die in den letzten 4 Jahren nicht an einer mit öffentlichen Mitteln geförderten beruflichen Weiterbildung teilgenommen haben (Rechtsgrundlage: § 421t Abs. 4 SGB III).
Die Mittel für WeGebAU wurden im Rahmen des Konjunkturpaketes II finanziell aufgestockt, um einen Beitrag zum Ausbau der Weiterbildung Beschäftigter zu leisten. Im Jahr 2010 betrug das Gesamtvolumen der Förderungen 274 Mio. € (2009: 332,3 Mio. €; 2008: 167 Mio. €) (Bundesagentur für Arbeit 2011g).

Das Sonderprogramm WeGebAU bietet 2 Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung:

- *Zuschüsse zu Weiterbildungskosten (WK)*
Gering qualifizierten oder älteren Beschäftigten, die das 45. Lebensjahr vollendet haben, erstatten die Agenturen für Arbeit bzw. die Jobcenter die Lehrgangskosten und geben einen Zuschuss zu den notwendigen übrigen Weiterbildungskosten. Insbesondere Beschäftigte von kleinen und mittleren Unternehmen soll damit die Aufnahme einer Weiterbildung ermöglicht werden. Sie erhalten einen Bildungsgutschein und können damit zwischen Weiterbildungsmaßnahmen wählen, in denen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden, die über ausschließlich arbeitsplatzbezogene kurzfristige Anpassungsfortbildungen hinausgehen. Diese Förderungen nach §§ 235c und 77 Abs. 2 SGB III sind nicht begrenzt auf Weiterbildungen, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen; auch Teilqualifikationen können erworben werden → **Tabelle B3.1-3**.

- *Förderung mit Arbeitsentgeltzuschuss (AEZ)*
Für die Qualifizierung ungelernter oder gering qualifizierter Arbeitnehmer/-innen erhält der Arbeitgeber einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt für weiterbildungsbedingte Ausfallzeiten sowie eine Pauschale zu den Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zuschüsse können bis zur Höhe des Betrages erbracht werden, der sich als anteiliges Arbeitsentgelt einschließlich des darauf entfallenden pauschalierten Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag für weiterbildungsbedingte Zeiten ohne Arbeitsleistung errechnet. Die Höhe des AEZ kann für Zeiten ohne

Tabelle B3.1-3: **Sonderprogramm „WeGebAU" – Zugang und Bestand 2007 bis 2010**[1]

	Gesamt	FbW	davon: Geringqualifizierte § 77 Abs. 2 SGB III	davon: Ältere in KMU § 417 SGB III	davon: Qualifizierte § 421t Abs. 4 SGB III	Arbeitsentgelt-zuschuss (AEZ) § 235c SGB III
Zugang						
2007	29.100	14.573	10.458	4.115		14.527
2008	66.106	33.397	23.007	10.390		28.571
2009	101.890	65.311	38.441	11.108	15.762	36.579
2010	102.450	87.641	17.374	12.515	57.752	14.809
Bestand						
2007	4.138	1.960	1.397	564		2.178
2008	16.341	8.787	6.294	2.493		7.544
2009	29.077	17.347	11.573	3.495	2.279	11.730
2010	37.380	29.272	9.044	3.989	16.240	8.108

[1] Wird die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme sowohl mit der Übernahme der Weiterbildungskosten nach §§ 77 ff. SGB III als auch mit der Gewährung eines Arbeitentgelt-zuschusses an den Arbeitgeber nach § 235c SGB III gefördert, wird sie hier je Förderung und damit doppelt ausgewiesen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010d: Qualifizierungsförderung, 03.2010; Bundesagentur für Arbeit 2011j: Zugang und Bestand in das Sonderprogramm WeGebAU 2007 ff., Dezember 2011

Arbeitsleistung bis zu 100 % betragen (Rechtsgrundlage: § 235c SGB III).

Von 2009 auf 2010 sind die Eintritte in das Programm WeGebAU weiter gestiegen, die Teilnahmezahlen bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung haben sich in den 3 angesprochenen Beschäftigtengruppen jedoch unterschiedlich entwickelt. Während die Förderungen nach § 77 ff. SGB III rückläufig waren und die Zahl der geförderten älteren Beschäftigten in KMU sich um etwas mehr als 10 % erhöhte, hat sich die Zahl der Förderungen qualifizierter Beschäftigter mehr als verdreifacht → **Schaubild B3.1-3**.

FbW- und ESF-geförderte Qualifizierung während der Kurzarbeit

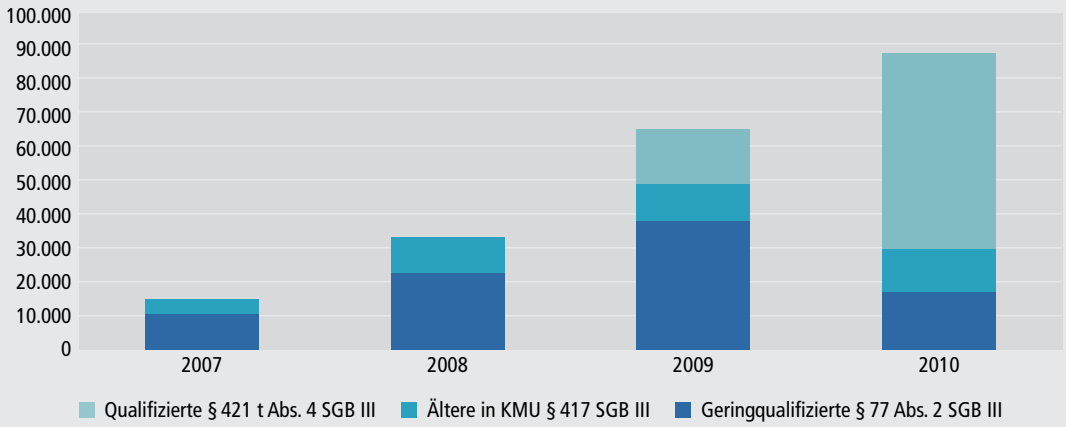
Während einer Qualifizierung in der Kurzarbeit gab es 2010 folgende Fördermöglichkeiten:

- Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) während Kurzarbeitergeldbezug nach §§ 77 ff. SGB III für gering qualifizierte Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld
- ESF-BA-Programm für qualifizierte Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld
- ESF-Förderung von Qualifizierung während Transfer-Kug (EQT): Transferkurzarbeitergeld wird gewährt bei betrieblichen Restrukturierungsmaßnahmen, bei denen Arbeitnehmer ihre versicherungspflichtige Beschäftigung in einer betriebsorganisatorisch eigenständigen Einheit (meist Transfergesellschaft) mit Ziel der Eingliederung in den Arbeitsmarkt fortsetzen (Voraussetzungen in §§ 216a und 216b SGB III).
- ESF-Förderung von Qualifizierung während konjunkturellem oder Saison-Kurzarbeitergeld (konj. Kug/Saison-Kug [EQK]): Konjunkturelles Kurzarbeitergeld wird gewährt, wenn aus wirtschaftlichen Ursachen in Betrieben die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit vorübergehend gekürzt wird (Voraussetzungen in §§ 169 bis 182 SGB III). Mit Saison-Kurzarbeitergeld werden Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe stabilisiert, die durch witterungsbedingten Arbeitsausfall bedroht sind → **Tabelle B3.1-4**.

Förderung beruflicher Weiterbildung während des Bezuges von Kurzarbeitergeld (KuG)

Im Programm „Fbw während KuG" wird seit 2009 die Weiterbildung von gering qualifizierten Bezieherinnen und Beziehern von Kurzarbeitergeld gefördert. Diese Förderung hat Vorrang vor den Maßnahmen des ESF-BA-Programms.

Schaubild B3.1-3: **Zugänge zu FbW im Sonderprogramm WeGebAU**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010d: Qualifizierungsförderung 03.2010; Bundesagentur für Arbeit 2011j: Zugang und Bestand in das Sonderprogramm WeGebAU 2007 ff.

Tabelle B3.1-4: **Zugang zu FbW- und ESF-geförderter Qualifizierung während der Kurzarbeit**[1]

	Insgesamt	FbW während Kug § 77 Abs. 2 SGB III	ESF-geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit		
			insgesamt	Transfer-Kug	ESF konj./Saison-Kug
2009	147.871	24.612	123.259	11.028	112.231
2010	71.595	5.614	65.981	12.914	53.067

[1] Datenstand März 2011.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011e: Arbeitsmarkt in Zahlen, Geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit

ESF-finanzierte Qualifizierung für Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld

Im Rahmen des ESF-BA-Programms kann die berufliche Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich in Kurzarbeit befinden, gefördert werden. Der Personenkreis der förderungsfähigen Teilnehmer/-innen an Qualifizierungsmaßnahmen, die Kurzarbeitergeld (KuG) beziehen, wurde 2009 ausgeweitet. Seit 1. Januar 2009 sind neben den Bezieherinnen und Beziehern von Transferkurzarbeitergeld auch die von konjunkturellem und saisonalem Kurzarbeitergeld in die ESF-Förderung einbezogen. Die Befristung dieser Förderung wurde verlängert bis 31. März 2012. Die Höhe der Förderung ist abhängig von der Art der Qualifizierung, der Betriebsgröße und dem förderungsfähigen Personenkreis. Unterschieden wird z. B. zwischen allgemeinen Qualifizierungsmaßnahmen, deren Inhalte über den betrieblichen Arbeitsplatz hinaus verwendbar sind (förderfähig zu 60 % der als angemessen geltenden Lehrgangskosten), und spezifischen Qualifizierungsmaßnahmen, deren Inhalte in erster Linie den betrieblichen Arbeitsplatz des Beschäftigten betreffen (förderfähig zu 25 % der als angemessen geltenden Lehrgangskosten). Zur Sicherstellung der Qualität werden grundsätzlich nur Maßnahmen gefördert, die nach der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZWV) zugelassen sind. Davon kann im Ausnahmefall abgewichen werden, wenn zum Beispiel weder zeitnah noch regional adäquate zugelassene Maßnahmen vorhanden sind. Maßnahmen im eigenen Betrieb mit eigenem Trainerpersonal können gefördert werden, wenn der Qualifizierungsbedarf in einem Qualifizierungsplan nachvollziehbar begründet wird. Die Antragstellung erfolgt durch den Arbeitgeber. Eine Förderung ist nur im KuG-Zeitraum möglich.

Die Eintritte in Qualifizierung während Kurzarbeit haben sich von 2009 auf 2010 mehr als halbiert. Dies entspricht ungefähr dem Rückgang der Kurz-

arbeit von jahresdurchschnittlich 1,144 Mio. auf 503.000 (Bundesagentur für Arbeit 2011, S. 13). Besonders stark ist die FbW-Förderung gering qualifizierter Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld zurückgegangen; die Zugänge betrugen 2010 weniger als ein Viertel des Vorjahreswertes. Leicht angestiegen ist die Zahl der Bezieher/-innen von Transfer-Kurzarbeitergeld, die im ESF-BA-Programm gefördert werden. Der Frauenanteil bei den Zugängen zu Qualifizierung (2010: 15,9 %: 2009: 17,6 %;) während Kurzarbeit liegt unter dem Frauenanteil bei Kurzarbeit (2010: 20,8 %; 2009:21,3 %) (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2011f, S. 91).

Laut Geschäftsbericht der BA wurden im Haushaltsjahr 2010 für die Förderung gering qualifizierter Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld (FbW während Kurzarbeit) 13 Mio. € ausgegeben. Die Ausgaben für die Förderung während des Bezugs von konjunkturellem oder Saison-Kurzarbeitergeld betrugen 31 Mio. €; für die Förderung der Qualifizierung während des Bezugs von Transfer-Kurzarbeitergeld wurden 12 Mio. € aufgewendet.

Initiative zur Flankierung des Strukturwandels

Da Geringqualifizierte auch weiterhin schlechtere Arbeitsmarktchancen haben und gleichzeitig ein Fachkräftemangel prognostiziert wird, unterstützt die Bundesagentur für Arbeit seit 2010 mit der *„Initiative zur Flankierung des Strukturwandels" (IFlaS)* den in einzelnen Bereichen und Regionen erkennbaren Strukturwandel durch geeignete, auch längerfristige Qualifizierungen. Geringqualifizierten wird im Rahmen von IFlaS ermöglicht, einen anerkannten Berufsabschluss oder eine zertifizierte Teilqualifikation zu erwerben. Damit führt IFlaS die Zielsetzung der Initiative zur Qualifizierung Geringqualifizierter in modifizierter Form fort. Dafür standen laut Geschäftsbericht 2009 für 2010 (Bundesagentur für Arbeit 2010c) 350 Mio. € aus dem Eingliederungstitel zur Verfügung, mit denen 2010 35.800 Förderungen für 126 Mio. € finanziert wurden (Bundesagentur für Arbeit 2011g).

(Katrin Gutschow)

B3.2 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Das seit 1996 existierende, von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)[297] – sog. „Meister-BAföG" – begründet einen individuellen Rechtsanspruch auf Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen, d. h. von Meisterkursen oder anderen auf einen vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereitenden Lehrgängen E.

E Aufstiegsfortbildungsgesetz (AFBG)

Das AFBG unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierungen. Für die berufliche Fortbildung ist das AFBG ein umfassendes Förderinstrument in grundsätzlich allen Berufsbereichen – unabhängig davon, in welcher Form die Fortbildung durchgeführt wird (Vollzeit/Teilzeit/schulisch/außerschulisch/mediengestützt/Fernunterricht). Über Darlehensteilerlasse hinaus werden Anreize geschaffen, nach erfolgreichem Abschluss der Fortbildung den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Die Förderung ist an bestimmte persönliche, qualitative und zeitliche Anforderungen geknüpft. Nicht gefördert werden Fortbildungsabschlüsse, die über dem angestrebten Fortbildungsabschluss liegen, wie z. B. ein Hochschulabschluss bzw. Bachelor.

Bereits zum 1. Januar 2002 wurden mit dem 1. AFBG-Änderungsgesetz die Leistungen deutlich verbessert; ein weiterer Ausbau erfolgte 2009 mit dem 2. AFBG-Änderungsgesetz[298]. Seit dem 1. Juli 2010 wird für Maßnahmen und Maßnahmenabschnitte, insbesondere auch zur Sicherheit für Fortbildungsinteressierte, von den Trägern der Maßnahmen die Anwendung eines Qualitätssystems verlangt.

In der Regel werden Aufstiegsfortbildungen gefördert, die im Inland stattfinden. Die Teilnahme an Maßnahmen, die vollständig oder teilweise in anderen Mitgliedstaaten der EU durchgeführt werden, wird dann gefördert, wenn sie auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen zwischen den in den jeweiligen Mitgliedstaaten zuständigen Stellen durchgeführt wird.

297 Siehe **http://www.meister-bafoeg.info/**.
298 Vgl. E in BIBB-Datenreport 2011, Kapitel B3.2.

Die Förderung beinhaltet den sog. Maßnahmebeitrag, der unabhängig vom Einkommen und Vermögen gewährt wird. Bei Vollzeitmaßnahmen kann ein Beitrag zum Lebensunterhalt beantragt werden. Unterhaltsbeiträge sind einkommens- und vermögensabhängig. Für Familien gibt es besondere Förderkonditionen. Die Darlehen zum „Meister-BAföG" werden bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Bonn beantragt und von ihr gewährt. Sie sind während der Fortbildung und während einer Karenzzeit von 2 Jahren – maximal bis zu 6 Jahren – zins- und tilgungsfrei. Ob sie ein Darlehen in Anspruch nehmen wollen, entscheiden die Geförderten selbst.

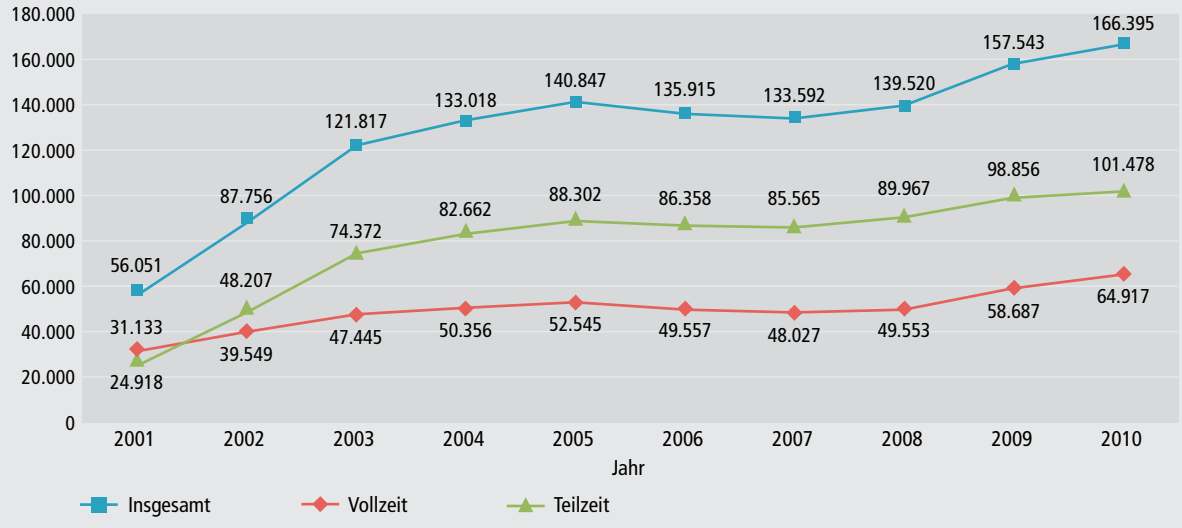
Mit der Erhöhung der BAföG-Sätze zum 1. Oktober 2010 wurden auch die Bedarfssätze und Freibeträge des „Meister-BAföG" erhöht. Dies gilt für alle Vollzeitmaßnahmen, die rückwirkend ab Oktober 2010 die erhöhten Sätze und Freibeträge erhalten.

Generell sind die Förderungsanträge schriftlich an die nach Landesrecht zuständige Behörde zu richten. Die Förderung erfolgt ab Maßnahmebeginn, frühestens jedoch ab dem Antragsmonat. Eine rückwirkende Förderung ist nicht möglich. Die Förderungshöchstdauer bei Vollzeitmaßnahmen liegt bei 24, bei Teilzeitmaßnahmen bei 48 Monaten. Gliedert sich der Kurs oder Lehrgang in mehrere Teile (Maßnahmeabschnitte), müssen diese innerhalb eines bestimmten Zeitraums absolviert werden (bei Vollzeit innerhalb von 36 Monaten, bei Teilzeit innerhalb von 48 Monaten).

Nach der im August 2011 erschienenen AFBG-Statistik (Statistisches Bundesamt 2011a) erhöhte sich die Zahl der Geförderten im Jahr 2010 um 5,6 % auf 166.395 Personen. Eine Vollzeitmaßnahme absolvierten 64.917 (39 %), eine Teilzeitmaßnahme 101.478 (61 %) Personen → **Schaubild B3.2-1**. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Veränderungsrate bei den geförderten Personen in Vollzeit +10,6 %, in Teilzeit +2,7 %.

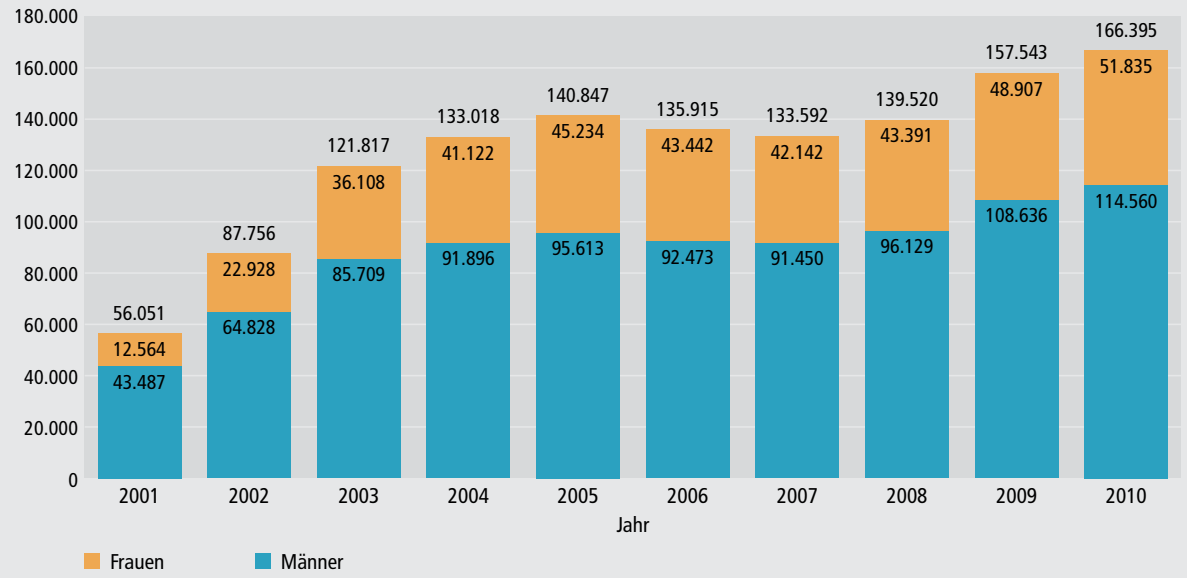
Der Frauenanteil an den insgesamt geförderten Personen lag bei 31,2 % (51.835) → **Schaubild B3.2-2**. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 6 %. Bei den Vollzeitmaßnahmen waren 25,6 % weiblich; in Teilzeitmaßnahmen lag der Frauenanteil bei 34,7 %. 82,5 % der Geförderten waren zwischen 20 bis unter 35 Jahre alt. Davon stellten Teilnehmende zwischen 25 bis unter 30 Jahren (34,3 %) den größten Anteil, danach folgten die 20- bis unter 25-Jährigen (32,8 %). Die Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen

Schaubild B3.2-1: **Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2001 bis 2010**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 8

Schaubild B3.2-2: **Geförderte Personen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2001 bis 2010**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 8

(15,4 %) lag an dritter Stelle, gefolgt von den 35- bis unter 40-Jährigen (8 %). Differenziert man nach Geschlecht, lag bei den Frauen die Gruppe der Teilnehmenden zwischen 20 bis unter 25 Jahren an erster Stelle, bei den Männern die Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen. Bei den Geförderten in Vollzeit war die stärkste Gruppe zwischen 20 und unter 25 Jahren, gefolgt von den 25- bis unter 30-Jährigen. In Teilzeitfortbildungen waren die 25- bis unter 30-Jährigen an erster Stelle, gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen.

Die Förderungen im Bereich Industrie und Handel nahmen mit 85.224 (51,2 %) wie in den Vorjahren die Spitzenposition ein, gefolgt vom Handwerksbereich mit 48.834 Förderbewilligungen (29,3 %).

An Förderleistungen wurden im Jahr 2010 insgesamt 518.674 Mio. € bewilligt (Statistisches Bundesamt 2011b). Darin enthalten sind Zuschüsse in Höhe von 164.850 Mio. € und Darlehen in Höhe von 353.823 Mio. €. Die Veränderungsrate beim finanziellen Aufwand insgesamt gegenüber dem Vorjahr betrug +13,8 %. In Anspruch genommen wurden von 159.633 Förderungswilligen insgesamt 416.071 Mio. € (Zuschüsse 156.196 Mio. €, Darlehensanteil 259.876 Mio. €). Der bewilligte durchschnittliche monatliche Förderungsbetrag pro Person im Jahr 2010 lag bei 1.115 €.

Im Jahr 2011 bewilligte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Rahmen des AFBG 56.332 Darlehen mit einem Fördervolumen von 268.697 Mio. €. Dies ist eine Steigerung von 3,4 % gegenüber dem Vorjahr mit einem Fördervolumen von 259.763 Mio. €. Die Ausgaben nach § 28 AFBG, einschließlich der Erstattung an die Kreditanstalt für Wiederaufbau nach § 14 Abs. 2, übernehmen der Bund zu 78 % und die Länder zu 22 %. Der Bundesanteil am AFBG wird vollständig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung getragen.

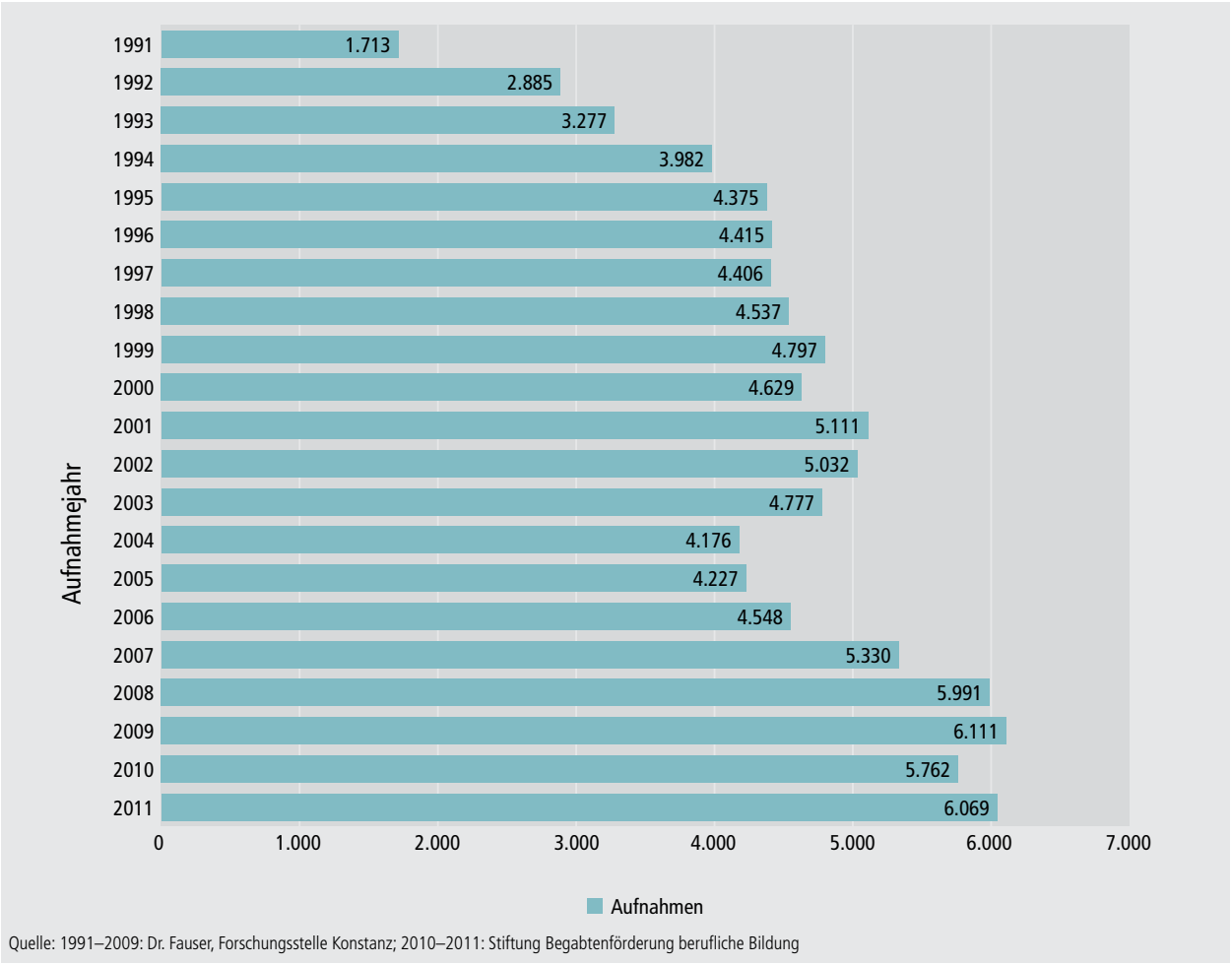
(Brigitte Seyfried)

B3.3 Programm Weiterbildungsstipendium

Das Programm Weiterbildungsstipendium[299] des BMBF unterstützt talentierte Berufseinsteiger/-innen bei der weiteren Qualifizierung im Anschluss an den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung. Das Stipendium fördert fachliche Weiterbildungen, zum Beispiel zur Technikerin/zum Techniker, zur Handwerksmeisterin/zum Handwerksmeister oder zur Fachwirtin/zum Fachwirt, aber auch fachübergreifende Weiterbildungen, wie EDV-Kurse oder Intensivsprachkurse, sowie berufsbegleitende Studiengänge. Gefördert werden Maßnahme-, Fahrt- und Aufenthaltskosten, zudem die Aufwendungen für notwendige Arbeitsmittel. Stipendiatinnen und Stipendiaten können Zuschüsse von insgesamt 6.000 € für beliebig viele förderfähige Weiterbildungen innerhalb des dreijährigen Förderzeitraums beantragen. Die Stipendiatin/Der Stipendiat trägt einen Eigenanteil in Höhe von 10 % der förderfähigen Kosten pro Maßnahme.

Das Weiterbildungsstipendium feierte im Jahr 2011 sein 20-jähriges Bestehen. Im Jahr 2012 wurde das 100.000ste Weiterbildungsstipendium vergeben. Das

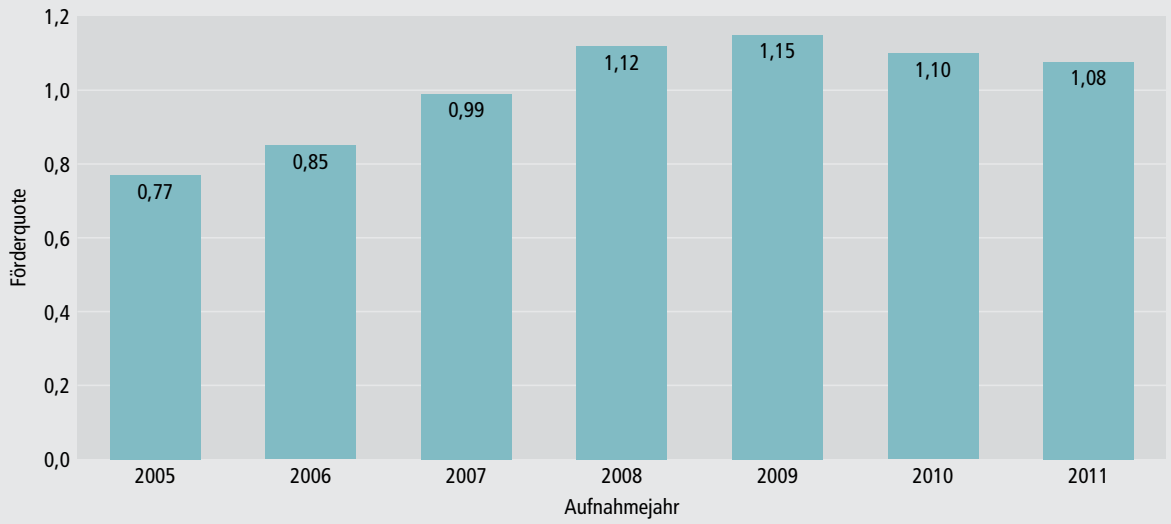
Schaubild B3.3-1: **Neustipendiatinnen und Neustipendiaten, 1991 bis 2011**



Quelle: 1991–2009: Dr. Fauser, Forschungsstelle Konstanz; 2010–2011: Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung

299 Siehe auch **http://www.bmbf.de/weiterbildungsstipendium**.

Schaubild B3.3-2: **Förderquote 2005 bis 2011 (in %)**

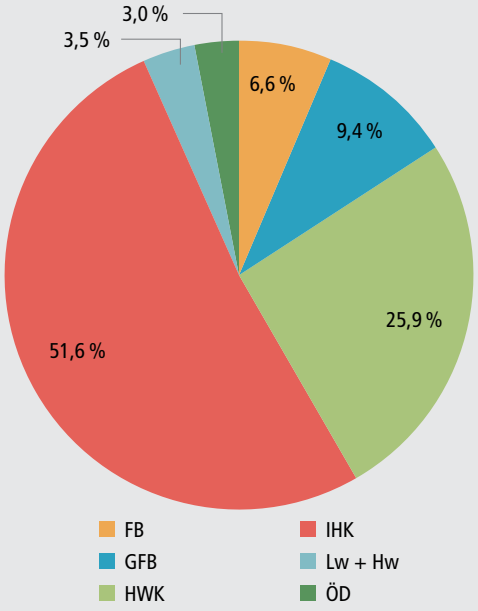


Quelle: 2005–2009: Dr. Fauser, Forschungsstelle Konstanz; 2010–2011: Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung

Programm „Begabtenförderung berufliche Bildung" des damaligen Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft startete im Jahr 1991 mit der Aufnahme von 1.713 dual ausgebildeten, besonders leistungsfähigen jungen Berufstätigen durch 192 für die Berufsbildung zuständige Stellen. Für diese Stipendiatinnen und Stipendiaten der ersten Stunde standen anfänglich Fördermittel in Höhe von (umgerechnet) 5 Mio. € für ihre berufliche und persönliche Weiterbildung bereit. 20 Jahre später, im Programmjahr 2011, betrug das Mittelvolumen 22,7 Mio. €. 2011 wurden über 6.000 neue Stipendiatinnen und Stipendiaten von knapp 300 Kammern und anderen zuständigen Stellen neu in das Förderprogramm aufgenommen → **Schaubild B3.3-1**.

Die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen/Kammern führen das Förderprogramm weitgehend eigenverantwortlich und ohne Kostenersatz vor Ort durch. Vom BMBF mit der zentralen Administration des Programms beauftragt ist die Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung (SBB). Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, der Deutsche Handwerkskammertag (DHKT) und der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) unterstützen als Gesellschafter der SBB das Programm.

Schaubild B3.3-3: **Aufnahmen 2011 nach Ausbildungsbereichen (in %)**



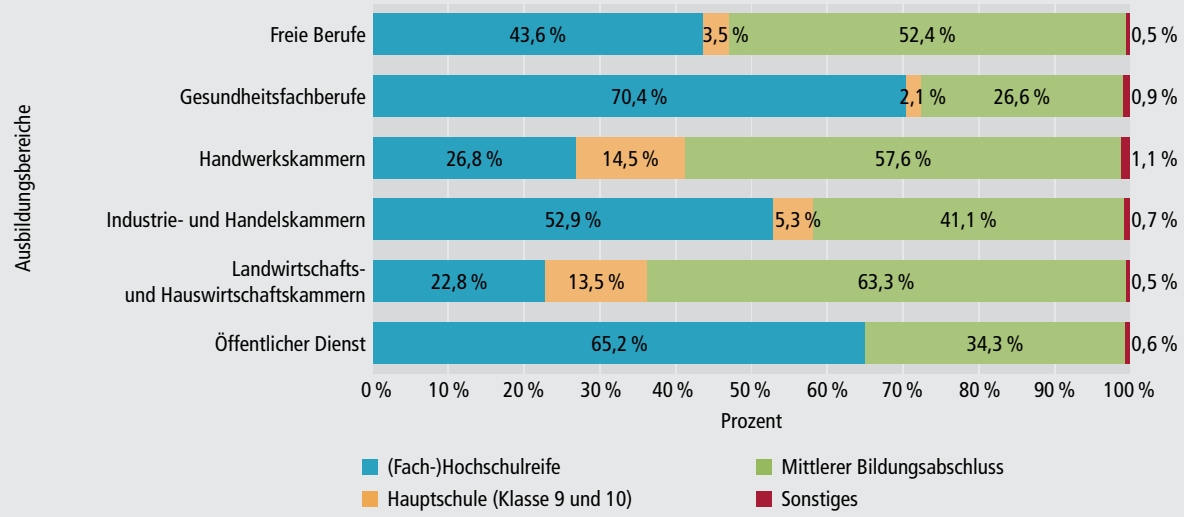
Legende:

FB	Freie Berufe	Lw + Hw	Landwirtschafts- und Hauswirtschaftskammern
GFB	Gesundheitsfachberufe		
HWK	Handwerkskammern	ÖD	Öffentlicher Dienst
IHK	Industrie- und Handelskammern		

Ohne Auslandshandelskammern, ohne kirchliche Träger und ohne Seeschifffahrt.

Quelle: Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung

Schaubild B3.3-4: **Schulische Vorbildung nach Ausbildungsbereichen 2011**



Differenz zu 100 % aufgrund von Rundungsfehlern.

Quelle: Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung

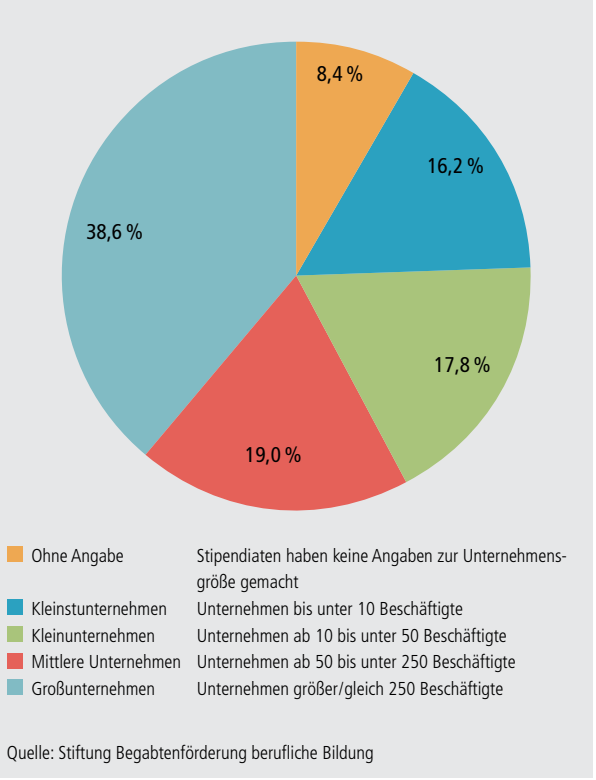
Die Förderquote im Programm Weiterbildungsstipendium gibt das Verhältnis zwischen aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten eines Jahres und erfolgreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung bzw. bei Gesundheitsfachberufen des Vorjahres wieder. → **Schaubild B3.3-2** zeigt, dass die Zielvorgabe der Bundesregierung zu Beginn der 16. Legislaturperiode im Jahr 2005, bis 2009 ein Prozent eines Ausbildungsjahrgangs aufzunehmen, erreicht wurde.

Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm Weiterbildungsstipendium ist eine überdurchschnittliche berufliche Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Diese kann nachgewiesen werden

- durch ein sehr gutes Ergebnis der Berufsabschlussprüfung oder
- durch eine besonders erfolgreiche Teilnahme an einem überregionalen beruflichen Leistungswettbewerb oder
- durch einen begründeten Vorschlag eines Betriebes oder der Berufsschule.

Im Jahr 2011 sind beinahe 90 % der Stipendiatinnen und Stipendiaten ausschließlich wegen exzellenter Leistungen bei der Berufsabschlussprüfung in die Förderung aufgenommen worden. Der Erfolg bei

Schaubild B3.3-5: **Größe der Unternehmen Aufnahmejahr 2011**



Quelle: Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung

einem überregionalen beruflichen Leistungswettbewerb als maßgebliches Aufnahmekriterium spielt bei Stipendiatinnen eine nachgeordnete Rolle – aber rund 13 % der männlichen Stipendiaten konnten sich über diesen Zugang für ein Stipendium qualifizieren.

Gut die Hälfte aller Neuaufnahmen 2011 erfolgt durch Industrie- und Handelskammern, etwa ein Viertel durch Handwerkskammern und ein Zehntel durch die Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung für die Gesundheitsfachberufe → **Schaubild B3.3-3**.

Die Begabtenförderung ist – rein quantitativ gesehen – in einigen Sektoren (Land- und Hauswirtschaft, Handwerk, freie Berufe) mehrheitlich ein Programm zur Förderung der Weiterbildung mittlerer Bildungsgruppen, in anderen Bereichen (Gesundheitsfachberufe, Industrie und Handel, öffentlicher Dienst) hingegen vorrangig ein Programm zur Förderung der Weiterbildung von Abiturientinnen und Abiturienten → **Schaubild B3.3-4**.

Nur 4 von 10 Stipendiatinnen und Stipendiaten sind in einem Großunternehmen beschäftigt. 3 von 10 arbeiten bei einem Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten → **Schaubild B3.3-5**.

(Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung, Bundesministerium für Bildung und Forschung)

B3.4 Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses

Für den nachträglichen Erwerb von Berufsabschlüssen gibt es grundsätzlich 2 Zugangswege: Die Zulassung zur Prüfung kann im Rahmen einer Umschulung (§§ 58 ff. BBiG, § 42e–42i HwO) oder über die Zulassung zur Prüfung nach § 45 Abs. 2 BBiG oder § 37 (2) HwO (sogenannte Externenprüfung) erfolgen.

Mit **Umschulungen** werden Erwerbstätige, die ihre bisherige Tätigkeit aufgeben müssen oder wollen, auf eine neue berufliche Tätigkeit vorbereitet. Geförderte Umschulungen sind im Vergleich zur Regelausbildung im Allgemeinen mindestens um ein Drittel der Ausbildungszeit gekürzt (**vgl. Kapitel B1.3**).

Die sogenannte **Externenprüfung** richtet sich hingegen insbesondere an Personen, die für einen Beruf, in dem sie tätig sind, ein anerkanntes Zertifikat erwerben wollen. Auf die Teilnahme an der Abschlussprüfung können sich extern zugelassene Teilnehmende auf unterschiedliche Arten vorbereiten: Sie können sich die benötigten Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten parallel zu ihrer Berufstätigkeit autodidaktisch aneignen, dabei auf betriebliche Weiterbildungsangebote zurückgreifen oder sich in einem speziellen Kurs auf die Prüfungsteilnahme vorbereiten. Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Externenprüfung werden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in der Regel in einem zeitlichen Umfang von 6 Monaten gefördert.

Weil eine große Anzahl junger Erwachsener noch keine abgeschlossene Berufsausbildung hat (**vgl. Kapitel A9.3**) und die Einmündungs- und Erfolgsaussichten bei – gegenüber der normalen Ausbildungszeit verkürzten – Umschulungen gering sind, wurde Mitte der 1990er-Jahre das Konzept der abschlussorientierten **Nachqualifizierung** entwickelt. Darunter werden Weiterbildungsmaßnahmen verstanden, die auf den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses vorbereiten und die sich insbesondere an Personen richten, deren berufliche Integration durch das Fehlen beruflicher Qualifikationen erschwert ist. Das Konzept der abschlussorientierten Nachqualifizierung sieht eine Qualifizierung vor, die – wie in der dualen

Ausbildung – Arbeiten und Lernen verknüpft und deren Dauer sich an der Ausbildungszeit orientiert. Durch einen modularen Aufbau soll es in der Nachqualifizierung auch möglich sein, erworbene Kompetenzen, z. B. aus Arbeitserfahrung oder absolvierten Qualifizierungen des sogenannten Übergangssystems oder aus abgebrochenen Ausbildungen, zu berücksichtigen. Der Berufsabschluss wird dabei im Allgemeinen über die Zulassung zur Prüfung nach § 45 Abs. 2 BBiG oder § 37 Abs. 2 HwO (sogenannte Externenprüfung) erreicht. Die Datenlage E bezüglich des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses ist sowohl heterogen als auch unvollständig.

E Datenlage zu abschlussorientierten Nachqualifizierungen

Erfasst wird die jährliche Anzahl der externen Teilnehmenden an Abschlussprüfungen in nach BBiG und HwO geordneten Berufen (**vgl. Kapitel A4.8**).

Die Teilnahmestatistik der BA (**vgl. Kapitel B3.1**) weist Zugänge und Jahresdurchschnittsbestände für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss eines anerkannten Ausbildungsberufes aus. Darin sind Umschulungen und Vorbereitungen auf die Externenprüfung und abschlussbezogene Nachqualifizierungen zusammengefasst. Diese Daten liegen nach Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus und Rechtskreis differenziert vor.

Abschlussorientierte Nachqualifizierungen gemäß der oben genannten Definition stellen eine nicht näher zu quantifizierende Teilmenge der Teilnehmenden an der Externenprüfung (zzgl. Berufe nach landesrechtlichen Regelungen) und der Förderzahlen abschlussorientierter Maßnahmen der BA dar.

Darüber hinaus liegen aktuelle Daten[300] aus einer Befragung von Teilnehmenden bzw. Interessenten an der Externenprüfung vor, die im BIBB-Forschungsprojekt „Anerkennung beruflicher Kompetenzen am Beispiel der Zulassung zur Abschlussprüfung im Rahmen der Externenregelung“ (FP 4.3.301) erhoben wurden.

300 Weitere Informationen unter **http://www.bibb.de/de/wlk52121.htm**.

Ansätze zur Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses

Zurzeit werden abschlussorientierte Qualifizierungen in folgenden Programmen angesprochen:

- Das vom BMBF mit der Laufzeit 2008-2013 aufgelegte Programm **„Perspektive Berufsabschluss“** zielt in der Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ darauf, nachhaltig geeignete Rahmenbedingungen für Nachqualifizierung zu schaffen und damit zur Verringerung des Anteils an- und ungelernter junger Erwachsener mit und ohne Beschäftigung beizutragen. Dazu werden im Zusammenwirken mit den regional tätigen Arbeitsmarktakteuren Konzepte für bedarfsgerechte Nachqualifizierung regional angepasst implementiert, bestehende Fördermöglichkeiten transparent gemacht und gebündelt und Beratungs- und Unterstützungsstrukturen aufgebaut.[301]
- Eine frühzeitige Integration junger Menschen in die duale Berufsausbildung mittels bundeseinheitlicher Ausbildungsbausteine ist Ziel des ebenfalls vom BMBF geförderten Programms **JOBSTARTER CONNECT.**[302] Der Fokus des Programms liegt auf den Teilsystemen der beruflichen Bildung im Übergang zwischen Schule und Beruf. Mit bundeseinheitlichen Ausbildungsbausteinen sollen die unterschiedlichen Möglichkeiten des „Übergangssystems“ stärker auf die duale Berufsausbildung ausgerichtet werden. Einer der 4 Anwendungsbereiche zur Erprobung der Ausbildungsbausteine ist die Nachqualifizierung.
- Für gering qualifizierte Beschäftigte können Maßnahmen, die auf den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses zielen, aus dem BA-Sonderprogramm **WeGebAU** (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen) finanziert werden. Des Weiteren fördert die BA den Erwerb von anerkannten Berufsabschlüssen bzw. Teilqualifikationen im Rahmen der Initiative zur Flankierung des Strukturwandels (**vgl. Kapitel B3.1**).

(Katrin Gutschow)

301 Für weitere Informationen siehe **http://www.perspektive-berufsabschluss.de/de/105.php**.

302 Für weitere Informationen siehe **http://www.jobstarter.de/de/1208.php**.

B3.5 Ausgaben der öffentlichen Hand für Weiterbildung

→ **Tabelle B3.5-1** dokumentiert die Ausgaben aus öffentlichen Haushalten für Weiterbildung in den Jahren 2006 bis 2011, verglichen mit dem Jahr 2001. Der größte Teil der Aufwendungen steht in Zusammenhang mit der beruflichen Weiterbildung. Teilweise sind aber auch Ausgaben für allgemeine, politische, kulturelle und wissenschaftliche Weiterbildung erfasst, da diese nicht immer eindeutig von den Aufwendungen für die berufliche Weiterbildung getrennt werden können.

Der Bund beteiligt sich an der Weiterbildungsfinanzierung durch die Förderprogramme verschiedener Ministerien. Die Ausgaben für diese Programme werden in den Haushalten zu Titeln zusammengefasst. Gemäß Funktionenplan nach § 14 Bundeshaushaltsordnung (BHO) kennzeichnen die Funktionskennziffern (FKZ) 151, 152, 153 und 155 die Titel, welche in der Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (StBA) dem Bereich Weiterbildungsförderung zugerechnet werden. Einige dieser Titel stehen allerdings schwerpunktmäßig in Zusammenhang mit dem allgemeinen oder tertiären Bildungswesen bzw. enthalten auch Ausgaben

Tabelle B3.5-1: **Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung (Teil 1)**

	2001	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Ausbildung[1]
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	
BMBF[2]								
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,005	0,005	0,005	0,007	0,010	0,012	X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung	k.A.	0,044	0,037	0,035	0,044	0,050	0,068	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,027	0,026	0,028	0,029	0,030	0,029	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	0,014	0,015	0,016	0,019	0,024	0,035	0,044	X
Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung gemäß AFBG	0,045	0,122	0,120	0,122	0,140	0,149	0,198	
Weiterbildung und lebenslanges Lernen	k.A.	0,036	0,035	0,040	0,039	0,048	0,035	
BMWi[2]								
Förderung überbetrieblicher Fortbildungseinrichtungen	0,027	0,023	0,035	0,024	0,026	0,024	0,027	
BMAS[2]								
Leistungen für Menschen mit Behinderung im Rechtskreis SGB II[3]								X
• Zuschüsse zu den Kosten beruflicher Weiterbildung für behinderte Menschen	k.A.	0,022	0,023	0,026	0,027	0,026	k.A.	
• Teilnahmekosten für Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	k.A.	0,076	0,076	0,077	0,082	0,084	k.A.	
Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rechtskreis SGB II[3]	k.A.	k.A.	0,504	0,670	0,802	0,827	k.A.	X
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung ungelernter und von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmer (AEZ-WB)	k.A.	k.A.	0,000	0,001	0,001	0,001	k.A.	X
Länder[4]								
Fachschulen[5]	k.A.	0,510	0,491	0,505	0,558	0,633	0,661	X
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	0,013	0,034	0,034	0,034	0,039	0,051	0,056	
Förderung der Weiterbildung[6]	0,126	0,088	0,062	0,057	0,058	0,054	0,057	X
Andere Einrichtungen der Weiterbildung	0,306	0,187	0,184	0,183	0,205	0,227	0,238	X
Einrichtungen der Lehrerfortbildung	0,130	0,097	0,090	0,083	0,081	0,088	0,117	
Volkshochschulen	0,176	0,139	0,137	0,139	0,140	0,144	0,150	
davon: Programmbereich „Arbeit – Beruf"[7]	0,038	0,022	0,021	0,021	0,021	0,021	0,023	
Weiterbildungsprogramme der Länder[6]	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.			
• Westdeutschland[6]	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	ca. 0,5	ca. 0,5	
• Ostdeutschland[6]	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.			
Gemeinden und Zweckverbände[4]								
Förderung der Weiterbildung[8]	0,053	–	–	–	–	–	–	X
Volkshochschulen	0,229	0,213	0,216	0,227	0,237	0,240	0,245	
davon: Programmbereich „Arbeit – Beruf"[7]	0,050	0,033	0,033	0,034	0,035	0,036	0,037	
Andere Einrichtungen der Weiterbildung	–	0,046	0,035	0,050	0,053	0,053	0,054	X

Fortsetzung Tabelle B3.5-1

	2001	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Aus-bildung[1]
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	
Bundesagentur für Arbeit[3]								
Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Behinderte								
• für Weiterbildungsmaßnahmen	k.A.	0,272	0,179	0,163	0,169	0,179	0,179	
• nicht auf berufliche Erstausbildung oder Weiterbildung aufteilbare Bildungsausgaben	k.A.	1,690	1,690	1,822	1,892	1,871	1,806	X
Förderung der beruflichen Weiterbildung[8]	6,982	1,341	1,413	1,618	2,584	2,026	1,773	
davon: Weiterbildungskosten	k.A.	0,527	0,619	0,788	1,262	0,958	0,824	
Unterhaltsgeld und Teilunterhaltsgeld	k.A.	0,083	0,014	-0,001	–	–	–	
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung[6]	k.A.	0,714	0,748	0,739	1,136	0,962	0,877	
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei der beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	k.A.	0,014	0,029	0,088	0,182	0,106	0,073	
Einstellungszuschüsse bei Vertretung	k.A.	0,004	0,003	0,004	0,002	–	–	
Beauftragung externer Weiterbildungsberater (i. R. v. WeGebAU – Projektförderung nach § 10 SGB III)	–	–	–	0,007	0,003	–	–	
Institutionelle Förderung[9]	0,044	0,004	0,002	0,000	–	–	–	X
Aus Mitteln des ESF mitfinanzierte ergänzende Qualifizierungsangebote bei Bezug von Kurzarbeitergeld, Saison-Kurzarbeitergeld oder Transferkurzarbeitergeld[10]	–	–	–	0,037	0,036	0,043	0,011	

[1] Positionen, die in signifikantem Umfang auch Ausbildungsausgaben enthalten, sind mit Kreuz gekennzeichnet.
[2] Ist-Werte für 2001 und 2006 bis 2010. Haushaltsansätze für 2011.
[3] Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.
[4] Ist-Werte für 2001 und 2006 und bis 2008. Vorläufige Ist-Werte für 2009 und 2010, Haushaltsansätze für 2011.
[5] Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001, 2006 bis 2010: Schülerzahlen der im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahre sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2011: Schülerzahlen des Schuljahres 2010/2011 sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Ab dem Datenreport 2011 wurde das Ausgabenkonzept von Nettoausgaben auf Grundmittel umgestellt. Da dies auch rückwirkend für die Jahre ab 2007 geschah, unterscheiden sich die Angaben für die Jahre 2007 bis 2010 leicht von den Angaben in früheren Ausgaben des Datenreports.
[6] Siehe Anmerkungen im Text.
[7] Geschätzt auf Grundlage des Anteils des Programmbereichs „Arbeit – Beruf" am Gesamtvolumen der Unterrichtsstunden (2006: 15,7 %, 2007: 15,5 %, 2008: 14,9 %, 2009: 14,9 %, 2010: 15,0 %).
[8] Enthalten sind Teile des Integrationsfortschrittsprogramms sowie das Sonderprogramm WeGebAU.
[9] Die institutionelle Förderung beinhaltete z. B. Zuschüsse für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen sowie Zuschüsse für die Förderung von Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung oder der beruflichen Rehabilitation. Die institutionelle Förderung im Bereich der Aus- und Weiterbildung wurde jedoch 2009 abgeschafft.
[10] Im Datenreport 2011 ist ein Tippfehler unterlaufen: für das Jahr 2010 waren dort 0,033 Mrd. € angegeben.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne
Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes
Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen
Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamtHH
Bundesagentur für Arbeit, Quartalsberichte
Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB III
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Volkshochschulstatistik
Auskünfte des Statistischen Bundesamtes (Oktober 2011) und der Bundesagentur für Arbeit (Februar 2012)

für Programme, die einen stärkeren Bezug zur Förderung der beruflichen Ausbildung aufweisen (**vgl. Kapitel A8.2**). Umgekehrt gibt es Titel, die laut Funktionskennziffer eigentlich nicht den Weiterbildungsausgaben zugeordnet sind, aber dennoch eindeutig der Weiterbildungsförderung dienen. Dies betrifft etwa die „Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und die Leistungen für Menschen mit Behinderung sowie für die speziellen Maßnahmen für Jüngere des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) im Bereich des SGB II. Daher greift → **Tabelle B3.5-1** nicht auf die Jahresrechnungsstatistik zurück, sondern weist die nach sachlichen Gesichtspunkten der Weiterbildung zuzurechnenden Haushaltstitel aus. Haushaltstitel des Bundes, die in bedeutendem Umfang auch Ausbildungsausgaben enthalten, sind durch ein Kreuz am Ende der Zeile gekennzeichnet. Das Gleiche gilt für die übrigen Tabellenpositionen.

Ähnlich wie der Bund sind auch die Länder durch Programme verschiedener Ministerien an der Weiterbildungsförderung beteiligt. Die Jahresrechnungsstatistik des StBA weist für die Förderung der Weiterbildung (FKZ 151) einen Beitrag der Länder in Höhe von 57 Mio. € aus. Allerdings sind dort – wie zuvor beschrieben – die Länderprogramme nur dann enthalten, wenn sie per Funktionskennziffer explizit dem Bereich Weiterbildung des Funktionenplans zugeordnet sind. Viele Programme mit Weiterbildungsbezug zählen beispielsweise zum Bereich Arbeitsmarktpolitik, weswegen der tatsächliche Beitrag der Länder zur Weiterbildungsförderung vermutlich unterschätzt wird. Eine BIBB-Erhebung zur Höhe der Fördermittel in den entsprechenden Programmen kommt zu dem Ergebnis, dass die (geplanten) Ausgaben der Länder im Jahr 2010 größenordnungsmäßig im Bereich von 0,5 Mrd. € lagen. Hierbei handelt es sich allerdings um eine sehr grobe Schätzung, die mit erheblichen Unsicherheiten belastet ist (vgl. Müller/Koscheck 2011).

Weiterhin finanzieren die Länder – teilweise gemeinsam mit Gemeinden und Zweckverbänden – die Volkshochschulen (VHS), Einrichtungen der Lehrerfortbildung und andere Einrichtungen der Weiterbildung. Die entsprechenden Ausgaben können ebenfalls der Jahresrechnungsstatistik entnommen werden. Da die tatsächliche Belastung der öffentlichen Haushalte dargestellt werden soll, ist bei der Nutzung der Jahresrechnungsstatistik das Konzept der Grundmittel anzuwenden. Hier werden die Nettoausgaben mit den unmittelbaren Einnahmen der öffentlichen Hand – wie etwa Teilnehmergebühren bei VHS-Kursen – verrechnet. Die Ausgaben für VHS sind jedoch anhand der Jahresrechnungsstatistik nicht nach beruflicher und nicht beruflicher Weiterbildung differenzierbar. Näherungsweise wurde daher der Anteil des VHS-Programmbereichs „Arbeit – Beruf“ aus den Gesamtausgaben der Länder und Gemeinden für VHS sowie dem Anteil des Programmbereichs am Gesamtvolumen der unterrichteten Stunden geschätzt. Es sei aber darauf hingewiesen, dass auch die anderen Programmbereiche „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, „Kultur – Gestalten“, „Gesundheit“, „Sprachen“ und „Grundbildung – Schulabschlüsse“ in weiten Teilen berufsrelevante Qualifikationen vermitteln.

Darüber hinaus sind die Länder an der Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung beteiligt (**vgl. Kapitel B3.1)**. Ihr Anteil ist gesetzlich auf 22 % festgelegt und kann aus den Angaben im Haushalt des BMBF berechnet werden, welches den gesamten Bundesanteil von 78 % trägt.

Die Länder finanzieren darüber hinaus die Fachschulen. Hingegen sind die Ausgaben der Hochschulen für Weiterbildung bei den Länderausgaben nicht berücksichtigt. Eine vom BMBF geförderte Studie zur Struktur und Organisation der Weiterbildung an Hochschulen kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass ein großer Teil der Kosten durch Teilnahmeentgelte gedeckt wird (vgl. Hanft/Knust, 2007).

Die Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist aufgrund einer Verschlechterung ihrer arbeitsmarktpolitischen Handlungsspielräume im Vergleich zu 2001 stark gesunken. Zwischen 2006 und 2009 war zwar wieder eine leicht steigende Tendenz zu erkennen, seit 2009 gehen die Ausgaben aber erneut zurück. Zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) im Rechtskreis des SGB III (**vgl. Kapitel B3.1**) zählen die Kosten der Weiterbildung, Unterhaltsgeld sowie Teilunterhaltsgeld, Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung, Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung sowie Einstellungszuschüsse bei Vertretung. Arbeitslosengeld wird nach Auskunft der BA als „Arbeitslosengeld bei Weiterbildung“ ausgewiesen, sobald es während der Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme gewährt wird. In der Regel besteht aber ohnehin ein Anspruch auf Arbeitslosengeld aufgrund von Arbeitslosigkeit, sodass die Ausgaben genau genommen nicht in voller Höhe als Bildungsausgaben interpretiert werden dürfen. Da sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld wegen Arbeitslosigkeit bei Teilnahme an einer Weiterbildung um die Hälfte der Weiterbildungsdauer erhöht, dürfte der den Bildungsausgaben zurechenbare Anteil aber bei mindestens 50 % liegen.

Das Sonderprogramm „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen“ (WeGebAU) (**vgl. Kapitel B3.1**) sowie weiterbildungsbezogene Teile des Integrationsfortschrittsprogramms für Betreuungskunden sind in den Angaben der BA bereits erfasst. Hinzuzurechnen sind teilwei-

se noch die Leistungen für Menschen mit Behinderung. Die genaue Zuordnung ist jedoch laut Angaben der BA lediglich bei einem kleinen Volumen möglich. Der größte Teil der Leistungen für Menschen mit Behinderung kann nicht auf Erstausbildung oder Weiterbildung aufgeteilt werden. Ähnlich wie beim Arbeitslosengeld ist es durchaus fragwürdig, ob es sachgerecht ist, die Ausgaben in voller Höhe als Bildungsausgaben zu interpretieren.

Neben der Aus- und Weiterbildungsförderung im Rechtskreis des SGB III ist die BA auch für die Durchführung der durch das BMAS finanzierten Maßnahmen im Rechtskreis des SGB II zuständig. Das Kriterium für die Förderung nach SGB II ist eine Phase der Arbeitslosigkeit, die länger als ein Jahr andauert; deshalb finden sich im Rechtskreis SGB III ähnliche berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung und Jüngere wie im Rechtskreis SGB II. Außer Kraft gesetzt wurde zum 1. Januar 2009 die Maßnahme zur institutionellen Förderung. Relativ neu im Förderspektrum der BA ist hingegen die Förderung der Qualifizierung während der Kurzarbeit (**vgl. Kapitel B3.1**). Gefördert werden gering qualifizierte Arbeitnehmer, die keine berufliche Ausbildung vorweisen können oder seit mindestens 4 Jahren anstatt der gelernten Tätigkeit einer anderen an- oder ungelernten Tätigkeit nachgehen.

Die von Bundesministerien, BA und Ländern bereitgestellten Mittel werden in einigen Fällen durch EU-Mittel ergänzt. Die entsprechenden Programme werden durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert. Je nach Zielgebiet liegt der Kofinanzierungssatz bei bis zu 50 % oder 75 %. In der Förderperiode 2007 bis 2013 stehen insgesamt ca. 9,4 Mrd. € für Bund und Länder zur Verfügung. Allerdings ist laut ESF derzeit keine Auskunft darüber möglich, in welcher Höhe in den einzelnen Jahren tatsächlich Ausgaben für die berufliche Aus- und Weiterbildung aus ESF-Mitteln getätigt wurden. Die unter Prioritätsachse B der Programmstruktur zu subsumierenden Ausgaben dienen fast vollständig der Weiterbildung.[303] Über die gesamte Förderperiode stehen Bund und Ländern hierfür insgesamt 2,84 Mrd. € zur Verfügung. Aber auch die übrigen Prioritätsachsen können Ausgaben mit Bezug zur beruflichen Aus- und Weiterbildung enthalten, sodass sich die jährlich der Aus- und Weiterbildung zugutekommenden ESF-Mittel größenordnungsmäßig zwischen 0,5 und 1 Mrd. € bewegen dürften. Die ESF-Mittel für Weiterbildung sind aber nicht gesondert in **→ Tabelle B3.5-1** berücksichtigt, da sie zumindest teilweise bereits in den dort aufgeführten Haushaltstiteln der Ministerien berücksichtigt sind. Denn nicht alle Ministerien weisen die verwendeten ESF-Mittel separat aus. Eine Aussage darüber, wie stark sich der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand durch ESF-Zuschüsse im Vergleich zur **→ Tabelle B3.5-1** noch erhöht, ist daher nicht ohne Weiteres möglich.

(Normann Müller, Ulrike Azeez)

303 A: Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist, B: Verbesserung des Humankapitals, C: Beschäftigung und soziale Integration, D: technische Hilfe, E: transnationale Maßnahmen.

B3.6 Tarifvertraglich geregelte Finanzierung der beruflichen Weiterbildung

Tarifliche Regelungen zur betrieblichen Weiterbildung und Qualifizierung wurden in den letzten Jahren in einer Reihe großer Tarifbereiche wie z. B. in der chemischen Industrie (2003), der Metall- und Elektroindustrie (2001/2006) und im öffentlichen Dienst (2005/2006) vereinbart. Der Geltungsbereich allein dieser neuen Tarifabkommen umfasst etwa 5 Mio. Beschäftigte (Bahnmüller/Hoppe 2011).

Qualifizierungstarifverträge regeln meist Verfahrensfragen der betrieblichen Weiterbildung, die häufig durch freiwillige Betriebsvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Betriebs- bzw. Personalräten detaillierter ausgestaltet werden können. Oft beinhalten die Qualifizierungstarifverträge einen verbindlichen „Anspruch auf ein regelmäßiges Gespräch mit der jeweiligen Führungskraft“ zur Feststellung des individuellen Qualifizierungsbedarfs wie z. B. beim Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD). Verbindliche Weiterbildungsansprüche, wie sie z. B. im Jahr 2009 für die Beschäftigten im Erziehungsdienst in den westdeutschen Kommunen tariflich vereinbart wurden, finden sich hingegen selten.

Die Mehrzahl der Qualifizierungstarifverträge hält am Prinzip der einzelbetrieblichen Weiterbildungsfinanzierung fest. Nur wenige Tarifverträge beteiligen über ein Fondssystem alle Betriebe des Tarifbereichs an der Weiterbildungsfinanzierung und begreifen damit die Qualifizierung von Fachkräften nicht mehr als einzelbetriebliches Problem, sondern als Herausforderung für die gesamte Branche.

Tariffonds zur Weiterbildungsfinanzierung

Der zentrale Ansatz eines tariflichen Branchenfonds zur Finanzierung betrieblicher Weiterbildung beruht auf der Entkopplung der betrieblichen Weiterbildungsentscheidung von der betrieblichen Weiterbildungsfinanzierung E. So zahlen alle Betriebe, die einem solchen Tarifvertrag unterliegen, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Bruttolohnsumme oder einen festen Beitrag pro Beschäftigten in einen meist von beiden Tarifparteien paritätisch verwalteten Fonds ein → **Tabelle B3.6-1**. Aus diesem Fonds können Betriebe, die in die Weiterbildung ihrer Beschäftigten investieren, ihre Kosten refinanzieren.

E **Tarifliche Branchenfonds zur Weiterbildungsfinanzierung**

Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Jahr 2001 eingesetzte Expertenkommission „Finanzierung lebenslangen Lernens“ forderte in ihrem Abschlussbericht „die Tarifparteien und die betrieblichen Partner auf, die Instrumente der Arbeits- und Lernzeitkonten intensiv zu nutzen und ggf. auf tarifvertraglicher Ebene kollektive Finanzierungsregeln zu entwickeln, wie sie etwa in der Baubranche bekannt sind“ (Expertenkommission 2004).

Während die Empfehlung an die Sozialparteien, tarifliche Regelungen zu Lernzeiten zu vereinbaren, im Konsens erfolgte, blieb das Instrument tariflicher Finanzierungsregelungen in der Kommission umstritten. Lediglich für die Leiharbeitnehmer/-innen im expandierenden Zeitarbeitsmarkt empfahl die Kommissionsmehrheit die Einrichtung tariflicher Branchenfonds, da weder Verleiher noch Entleiher einen Anreiz hätten, in die Weiterbildung der Leiharbeiter/-innen mit ihren schnell wechselnden Arbeitsorten zu investieren. Um hier einen Anreiz für betriebliche Weiterbildungsaktivitäten zu schaffen, soll nach dem Vorbild anderer EU-Mitgliedstaaten ein geringer Prozentsatz der Lohnsumme in einen Fonds eingezahlt werden, aus dem die Leiharbeitsfirmen Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Beschäftigten refinanzieren können. Die Kommission verweist hierbei u. a. auf die Einrichtung tariflicher Weiterbildungsfonds in der Leiharbeitsbranche der Niederlande. In den Niederlanden existieren tarifliche Branchenfonds zur Weiterbildungsfinanzierung jedoch nicht nur in der Leiharbeitsbranche, sondern spätestens seit den 1980er-Jahren in einer Vielzahl von Branchen. Mitte 2007 gab es in den Niederlanden 140 Aus- und Weiterbildungsfonds (O&O Fonds) in 116 Wirtschaftszweigen. 86 % der 6,9 Mio. Arbeitnehmer/-innen in den Niederlanden fallen unter diese O&O Fonds (Donker van Heel u. a. 2008, S. 10). Im Gegensatz dazu sind in Deutschland tarifliche Regelungen zur Einrichtung von Weiterbildungsfonds auf wenige kleine Branchen begrenzt (Berger/Moraal 2011).

Tabelle B3.6-1: **Tarifliche Branchenfonds zur Weiterbildungsfinanzierung für das Jahr 2011**

	Textilbranche				Land- und Forstwirtschaft		Gerüstbaugewerbe
	Tarifvertrag zur Förderung von Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten der Textilindustrie und der Bekleidungsindustrie		Tarifvertrag zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung, der Wettbewerbsfähigkeit und zur tarifpolitischen Zusammenarbeit in der Branche Textil Service[2]	Tarifvereinbarung über die Errichtung eines Vereins und einer Stiftung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Miederindustrie[2]	Qualifizierungsfonds Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein[3]	Qualifizierungsfonds Forstwirtschaft Niedersachsen[4]	Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes[5] (Angaben für 2010)
	arbeitgeberseitig[1]	arbeitnehmerseitig[2]					
Anzahl der tarifgebundenen Betriebe	357	372	15	3[c]	1.802	ca. 300	2.864
Arbeitnehmer im Tarifbereich	49.301	41.107	10.691	1.746	4.467	k.A.	20.000[h]
Beitragseinnahmen	279.741 €	k.A.	k.A.	k.A.	2001	k.A.	98.320.000 €[i]
Tarifliche Beitragsregelung	jährliche Pauschale von 12,50 € pro Beschäftigten, denen ein zusätzliches Urlaubsgeld gezahlt wird		35,- € je Beschäftigten pro Jahr	3,4 % der jährl. Bruttolohn- und Gehaltssumme[d]	monatlicher Beitrag von 5,11 € je Arbeitnehmer, 70 % trägt der Arbeitgeber und 30 % der Arbeitnehmer[f]	monatlicher Beitrag: 5 € für den Arbeitgeber und 3 € für den Arbeitnehmer	2,5 % der Bruttolohnsumme für Aus- und Fortbildung
Fondsbudget	539.770 €[a]	511.573 €	534.600 €	818.000 €[6, d, e]	190.000 €	ca. 35.000 €	101.909.000 €[k]
Weiterbildungsbudget 2010 gesamt (inkl. Mittel aus Vorjahren)	539.770 €	511.573 €	534.600 €	198.000 €[6, e]	190.000 €	ca. 35.000 €	10.200.000 €[l]
Genutzte Mittel	353.723 €	249.293 €	234.356 €	198.000 €[6, e]	155.000 €[g]	k.A.	1.760.000 €
Anzahl der Betriebe, die Fondsmittel beansprucht haben	102	k.A.	11	3[c]	k.A.	28	160
Anzahl der Arbeitnehmer, die den Fonds beansprucht haben	972[b]	314	723	272	580	43	281

Anmerkungen:

[a] Inklusive vorhandender Mittel aus den Vorjahren.

[b] Ein Arbeitnehmer kann bis zu 5 Tage p.a. gefördert werden. Die Zahl gibt die Teilnahmefälle an. Ein Arbeitnehmer, der im Jahr an 2 Fortbildungen teilnimmt, wird somit zweimal gezählt.

[c] Abweichend zu der von der kritischen Akademie genannten Betriebszahl gibt es laut IG-Metall-Vorstands Ressort Operative Tarifpolitik in der Miederindustrie 2 Unternehmen mit 4 Betrieben.

[d] Beiträge werden für Altersversorgung, Bildung, Kur und Erholungsmaßnahmen genutzt, es besteht eine Vorteilsregelung für IG-Metall-Mitglieder.

[e] Angaben für das Jahr 2010.

[f] In der Regel tragen die Arbeitgeber den Gesamtbeitrag.

[g] Hinzu kommen verbindliche Bezuschussungszusagen in Höhe von 26.000 €, die Anfang 2012 ausgezahlt werden.

[h] Gewerbliche Beschäftigte im Jahresdurchschnitt.

[i] Beiträge 2010 zur Sozialkasse inkl. Nachveranlagungen für die Vorjahre (Grundlage: 24,2 % der Bruttolohnsumme, davon 2,5 % für Berufsbildung).

[k] Für tarifliche Sozialleistungen inkl. Berufsbildung zur Verfügung stehende Mittel aus Beiträgen und Erträgen (Zinsen usw.).

[l] Für berufliche Aus- und Weiterbildung zur Verfügung stehender Betrag.

Quellen:

[1] Auskunft des Vereins zur Aus-, Fort- und Weiterbildung Aschaffenburg vom 19.01.2012.

[2] Auskunft der Stiftung zur Förderung von Bildung, Erholung und Gesundheitshilfe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Kritische Akademie Inzell vom 11.01.2012.

[3] Auskunft des Qualifizierungsfonds Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein (QLF S.H.) e.V. vom 16.01.2012 und telefonische Auskunft vom 24.01.2012.

[4] Auskunft des Vereins zur Förderung der Land- und Forstarbeiter e.V. in Kassel vom 24.01.2012.

[5] Jahresbericht 2010 der Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes, Wiesbaden 2011. Ergänzend Auskunft der Sozialkasse.

[6] Auskunft des IG-Metall-Vorstands Ressort Operative Tarifpolitik von 23.01.2012.

Bahnmüller (2009) hebt 3 Vorteile der tariflichen Fondsfinanzierung hervor. So ermöglichen Tariffonds eine Weiterbildungsfinanzierung unabhängig von konjunkturellen Schwankungen und der aktuellen wirtschaftlichen Lage eines Betriebes, wenngleich die Beitragszahlung an die Beschäftigtenzahlen in der jeweiligen Branche gekoppelt ist und die Höhe der zur Verfügung stehenden Fondsmittel somit auch von der aktuellen Wirtschaftslage abhängig ist. Durch die paritätische Beteiligung von Arbeitgebern und Gewerkschaften orientieren sich Finanzierungsentscheidungen weniger an betrieblichen Einzelinteressen, sondern mehr am Bedarf der gesamten Branche. In eher klein- und mittelbetrieblich geprägten Branchen entlasten Tariffonds gerade kleinere Einzelbetriebe nicht nur finanziell, sondern auch bei der Organisation von Weiterbildungsmaßnahmen.

Tariffonds beruhen auf „Kompensationstarifverträgen" in eher kleinen Branchen

Trotz der hier genannten Vorteile stimmen die Arbeitgeberverbände einer Fondslösung zur Weiterbildungsfinanzierung oft erst dann zu, wenn die Gewerkschaften ihrerseits auf andere Forderungen verzichten. Insofern handelt es sich bei Qualifizierungstarifverträgen immer um sogenannte „Kompensationstarifverträge", da der Finanzierungsbeitrag der Arbeitgeber meist durch Verzicht der Arbeitnehmer kompensiert wird. Beim Tariffonds der Textil- und Bekleidungsindustrie nahmen diese z. B. eine geringere Steigerung ihres Urlaubsgeldes in Kauf.

Bisher einigten sich die Tarifparteien vorrangig kleinerer Branchen mit meist klein- und mittelbetrieblicher Struktur auf die Einrichtung eines überbetrieblichen Tariffonds zur Weiterbildungsfinanzierung. Entsprechend fallen derzeit auch nur knapp 100.000 Arbeitnehmer/-innen in den Geltungsbereich eines Tariffonds. Das derzeit für Weiterbildung über Tariffonds verwaltete Mittelvolumen lässt sich dabei nicht genau beziffern, da es teilweise nicht nur für Weiterbildung, sondern auch für Ausbildung, Altersvorsorge und Gesundheitsförderung der Arbeitnehmer/-innen verwendet wird. Schätzungsweise standen im Kalenderjahr 2010 bzw. 2011 für die Finanzierung der beruflichen Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tarifliche Fondsmittel in Höhe von knapp 3,8 Mio. € zur Verfügung. Hiervon wurden in den betreffenden Branchen knapp 3 Mio. € zur Finanzierung der Weiterbildungsteilnahme der Beschäftigen ausgezahlt.

Tarifliche Fonds zur Finanzierung der Weiterbildungsteilnahme bestehen derzeit in den folgenden Branchen:

Textil- und Bekleidungsindustrie

Im Wirtschaftsbereich Textil und Bekleidung haben sich die Tarifparteien von 3 kleinen Branchen auf überbetriebliche Fondslösungen zur Weiterbildungsfinanzierung geeinigt. Zu Beginn des Jahres 2012 trat die neu verhandelte Tarifvereinbarung zur überbetrieblichen Fondsfinanzierung der Weiterbildung in der *Miederindustrie* in Kraft. Erstmals wurde dieser Tariffonds im Jahr 1963 ausgehandelt und seitdem immer wieder verlängert. In der aktuellen Vereinbarung verpflichten sich die Arbeitgeber, 3,4 % der Bruttolohn- und Gehaltssumme in einen Fonds zur Altersversorgung, Bildung und Gesundheitsförderung der Arbeitnehmer/-innen einzuzahlen.

In der *Branche Textil Service* trat im Jahr 2009 ein Tarifvertrag in Kraft, bei dem der Industrieverband Textil Service – intex – e.V. und die IG Metall übereinkamen, „die Aus-, Fort-, Weiterbildung, präventiven Gesundheitsschutz sowie die Altersversorgung der Beschäftigten zu fördern". Die intex-Mitgliedsbetriebe verpflichten sich zu diesem Zweck, jährlich 35 € je Beschäftigten an einen Verein zur Verwaltung des Tariffonds abzuführen.

Im Jahr 1997 vereinbarten die Tarifparteien der *Textil- und der Bekleidungsindustrie* den Tarifvertrag zur Förderung von Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten in diesem Industriezweig. Zentrale Elemente dieses Tarifvertrags waren die Regelung eines individuellen Weiterbildungsanspruchs für die Beschäftigten bei gleichzeitiger Begrenzung des jährlichen Anspruchs auf maximal 2 % der Belegschaft und die Einführung eines paritätisch verwalteten Bildungsfonds. Die Fondsmittel stehen jeweils zur Hälfte für arbeitgeberseitig und für arbeitnehmerseitig veranlasste Weiterbildung zur Verfügung.

Land- und Forstwirtschaft

Mitte der 1990er-Jahre vereinbarten die für Land- und Forstwirtschaft zuständigen Tarifparteien einen tariflichen „Qualifizierungsfonds“ für das ostdeutsche Tarifgebiet. Die Besonderheit dieses Fonds bestand darin, dass über ihn Qualifizierungsmaßnahmen gefördert wurden, die sich auch an ehemalige Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft richteten, die eine Wiederaufnahme der land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit anstrebten. Mit Datum vom 10. November 2006 wurde der Qualifizierungsfonds der Land- und Forstwirtschaft e.V. (QLF) schließlich liquidiert. Die Modalitäten des eingestellten Tariffonds waren im Jahr 2001 Vorbild für die Errichtung von Qualifizierungsfonds, die die Tarifparteien der Forstwirtschaft in Niedersachsen und der Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein vereinbarten.

Gerüstbaugewerbe

Der finanziell bedeutendste Tariffonds mit langer Tradition stellt die *Sozialkasse im Gerüstbaugewerbe* dar (Berger/Häusele/Moraal 2012). Die Tarifvertragsparteien des Gerüstbaugewerbes vereinbarten dieses tarifliche Fondsmodell im Jahr 1981. Aus der Sozialkasse werden die tarifvertraglich geregelten Sozialleistungen einschließlich der Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung finanziert. Förderfähig sind nach Tarifvertrag dieser Branche nur die Fortbildungslehrgänge zum geprüften Gerüstbau-Kolonnenführer, zur Vorbereitung auf die Ausbildereignungsprüfung und zur Abschlussprüfung Gerüstbauer/Gerüstbauerin gemäß § 45 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz. Die Teilnahmen an diesen Lehrgängen wurden im Jahr 2010 mit 1,76 Mio. € aus der Sozialkasse bezuschusst.

→ **Tabelle B3.6-1** verdeutlicht, dass die für Weiterbildung zur Verfügung stehenden Fondsmittel oft nur zum Teil ausgeschöpft werden. Die Nutzung der Fonds könnte möglicherweise durch eine stärkere aufsuchende Betriebsberatung durch die fondsverwaltenden Stellen gefördert werden. Die Tabelle zeigt ferner, dass die Nutzung der hier aufgeführten Tariffonds weder im Gerüstbau noch bei den Fonds der Textilbranchen auf die alleinige Weiterbildungsfinanzierung fokussiert ist. Sie dient teilweise ebenso der Ausbildungsfinanzierung wie auch der Förderung anderer tariflich festgelegter Sozialleistungen. In diesem Zusammenhang ist auch der im Jahr 2008 in der chemischen Industrie aufgelegte Demografiefonds zu erwähnen. Er dient jedoch in erster Linie der Schaffung alters- und leistungsgerechter Arbeitsbedingungen und flexibler Übergänge in den Ruhestand. In der Verbindung mit Langzeitkonten ist allerdings auch hier eine Fondsnutzung für Qualifizierungszwecke nicht ausgeschlossen. Das Beispiel des Demografietarifvertrags in der chemischen Industrie zeigt, dass derartige tarifliche Fondsmodelle zur Berufsbildungsfinanzierung nicht auf kleine Branchen begrenzt bleiben müssen.

(Klaus Berger, Daniela Decker, Dick Moraal)

B4 Geregelte Fortbildungsabschlüsse

B4.1 Regelungen des Bundes, der Länder und der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung

„Die berufliche Fortbildung soll es ermöglichen, die beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erhalten, zu erweitern, der technischen Entwicklung anzupassen oder beruflich aufzusteigen. Die berufliche Umschulung soll zu einer anderen beruflichen Tätigkeit befähigen“ (Berufsbildungsgesetz [BBiG] § 1 Absatz 3, 4). Rechtsgrundlagen für Fortbildungs- und Umschulungsverordnungen E sind neben BBiG und Handwerksordnung (HwO) das Seemannsgesetz[304] und das Bundesbeamtengesetz. Durch Absolvieren der darin geregelten Prüfungen werden staatlich anerkannte Fortbildungs- und Umschulungsabschlüsse erworben.

E Fortbildungsordnungen

Im Gegensatz zu Ausbildungsordnungen, in denen u. a. die zu vermittelnden beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, sachlich und zeitlich gegliedert, festgeschrieben werden, definieren die als Rechtsverordnungen erlassenen Fortbildungsregelungen im Wesentlichen die Prüfungsanforderungen. Nach den Regelungen des BBiG und der HwO sind darüber hinaus in den Fortbildungsordnungen festzulegen (§ 53 Absatz 2 BBiG bzw. § 42 Absatz 2 HwO):

- die Bezeichnung des Fortbildungsabschlusses,
- das Ziel, der Inhalt und die Anforderungen der Prüfung,
- die Zulassungsvoraussetzungen sowie
- das Prüfungsverfahren.

Umschulungsordnungen

Bei den Umschulungsordnungen (§ 58 BBiG bzw. § 42e HwO) wird eine geordnete und einheitliche Regelung festgelegt. Bestandteil der Rechtsverordnungen sind folgende Sachverhalte:

- die Bezeichnung des Umschulungsabschlusses,
- das Ziel, der Inhalt, die Art und Dauer der Umschulung,
- die Anforderungen der Umschulungsprüfung und die Zulassungsvoraussetzungen sowie
- das Prüfungsverfahren der Umschulung.

Es gibt 218 Rechtsverordnungen und Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung und Umschulung:

- 91 Rechtsverordnungen über handwerkliche Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-1 Internet**
- 14 fortgeltende Regelungen bei handwerklichen Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-2 Internet**
- 47 Rechtsverordnungen über die Anforderungen in Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-3 Internet**
- 64 Rechtsverordnungen zur beruflichen Fortbildung → **Tabelle B4.1-4 Internet**
- 1 Rechtsverordnung zur Regelung der beruflichen Umschulung → **Tabelle B4.1-5 Internet**
- 1 Rechtverordnung über die Eignung der Ausbilder → **Tabelle B4.1-6 Internet**

In den Jahren 2010 und 2011 wurden 7 Rechtsverordnungen des Bundes für die berufliche Fortbildung erlassen, darunter 5 zu anerkannten Fortbildungsabschlüssen, im Einzelnen: Geprüfte/r Betriebswirt/-in nach der Handwerksordnung, Geprüfte/r Fachwirt/-in im Gesundheits- und Sozialwesen, Geprüfte/r Klauenpfleger/-in, Fachagrarwirt/-in Klauenpflege, Geprüfte/r Sportfachwirt/-in, ferner die erste Verordnung zur Änderung der Meisterprüfungsverfahrensverordnung und die Verordnung über die Meisterprüfung in den Teilen III und IV im Handwerk und in handwerksähnlichen Gewerben.

Regelungen der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung

Die zuständigen Stellen (siehe Teil 4 des Verzeichnisses der anerkannten Ausbildungsberufe) können Rechtsvorschriften zu den Themen Fortbildung (§ 54 BBiG bzw. § 42a HwO) und Umschulung (§ 59 BBiG bzw. § 42f HwO) erlassen. Gegenwärtig gibt es 2.863 Rechtsvorschriften zu 719 Fortbildungsberufen und 32 Rechtsvorschriften von zuständigen Stellen zu 20 Umschulungsregelungen.

Die landesrechtlichen Weiterbildungsregelungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen können → **Tabelle B4.1-7 Internet** entnommen werden.

(Joachim von Hagen)

304 Es liegen keine Rechtsverordnungen vor.

B4.2 Neuere strukturelle Entwicklungen: Konzept für übergreifende Qualifikationen in kaufmännischen Fortbildungsordnungen

Um eine stärkere Handlungsorientierung und gleichzeitige Vereinheitlichung in den bundesweit anerkannten kaufmännischen Fortbildungsregelungen zu verankern, hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ein Konzept für gemeinsame Qualifikationen kaufmännischer Fortbildungsordnungen entwickelt.

Ausgangspunkt der Konzeptentwicklung

In den vergangenen Jahren hat es eine zunehmende Aktivität zur bundesweit einheitlichen Regelung (§ 53 BBiG) kaufmännischer Fortbildungsberufe gegeben **vgl. Tabelle B4.1-4**. Im Jahr 2008 hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag gemeinsam mit Vertretern der IGM ein Konzept zur Standardisierung mit 4 Modulen vorgelegt, die in vielen Einzelregelungen auf Kammerebene und vereinzelt auch in bundeseinheitliche Regelungen Eingang gefunden haben. Dieses Konzept sieht eine Trennung der Fortbildungsprüfung in 2 Teile vor, sodass in deren 1. Teil die „Wirtschaftsbezogenen Qualifikationen“ in den Bereichen Recht, Volks- und Betriebswirtschaft, Rechnungswesen und Unternehmensführung geprüft werden und im 2. Teil die jeweils berufsspezifischen Qualifikationen. In Anlehnung an Tillmanns Analysen von 2000, wonach „im Mittelpunkt der Qualifikationsprofile (der kaufmännischen Fortbildungen) die Qualifikationsanforderungen des Projektmanagements und der Gestaltung der Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen im Unternehmen stehen“ (Tillmann 2000, S. 10), wurde das Konzept mit seiner kognitiven Fächerorientierung einer kritischen Prüfung unterzogen und für den neuen Entwurf die bestehenden Fortbildungsordnungen systematisch analysiert (Brötz/Kaiser 2010).

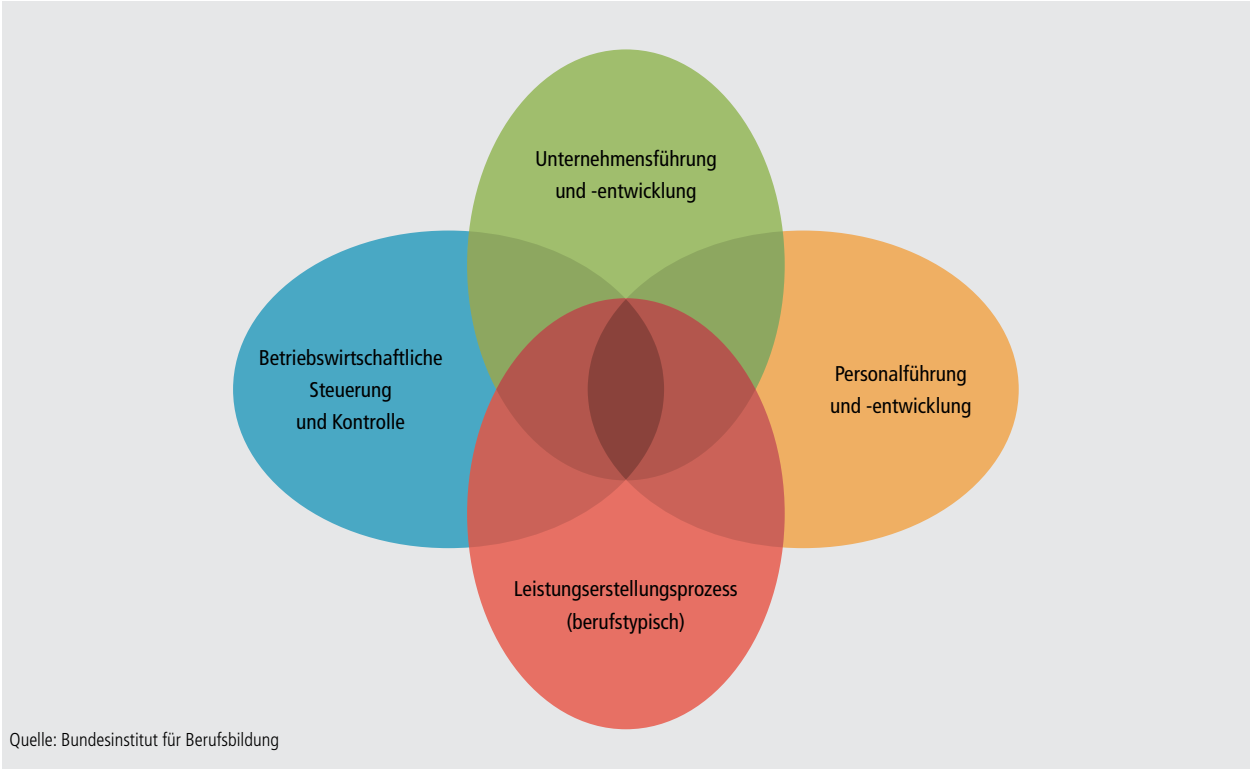
Konzept für berufsübergreifende Qualifikationen

Maßgabe für das BIBB-Konzept war die Orientierung an Geschäftsprozessen und die Berücksichtigung beruflicher Handlungsfähigkeit (Brötz/Kaiser 2009). Zum gemeinsamen Ausgangspunkt der Qualifikationsanforderungen an kaufmännischen Fortbildungsordnungen wurden die Anforderungen, die an mittlere Führungskräfte kaufmännisch-betriebswirtschaftlicher Prägung gestellt werden (Kaiser/Brötz 2011, S. 9 ff.).

Für die Entwicklung des Konzepts wurden die bestehenden Fortbildungsregelungen und Prüfungsaufgaben analysiert, die Erfahrungen der beteiligten Projektleitungen kaufmännischer Fortbildungsordnungsentwicklungen aufgenommen und einschlägige Fachliteratur herangezogen. Es wurden gemeinsame Handlungsbereiche mit ihren jeweiligen Teilprozessen beschrieben und voneinander abgegrenzt. Daraus ergaben sich 3 gemeinsame und 1 spezifischer Handlungsbereich.

Auch wenn nicht alle Absolventinnen und Absolventen von kaufmännischen Fortbildungsprüfungen in einer mittleren Führungsposition beschäftigt sind, sind die damit verbundenen Aufgaben ausschlaggebend für die Profilentwicklung der Verordnungen. **→ Schaubild B4.2-1** verdeutlicht die Schnittstellen der verschiedenen Handlungsbereiche, die von den Fortbildungsabsolventen/Fortbildungsabsolventinnen kommunikativ und organisatorisch zu gestalten sind. Zudem werden Qualifikationen benötigt, die sich auf die Gestaltung von Außenbeziehungen des Unternehmens wie auch auf die Mitwirkung an der Unternehmensentwicklung und -führung beziehen. Durch die Übernahme der selbstständigen betriebswirtschaftlichen Steuerung und Kontrolle von Unternehmenseinheiten oder Filialen müssen die Budgets und wirtschaftliche Entscheidungen verantwortet, entsprechende Daten dokumentiert und hierbei rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Zugleich übernehmen die Fortgebildeten Verantwortung in der Personalführung und -entwicklung, die von der Personalgewinnung über die Planung und Steuerung des Personaleinsatzes

Schaubild B4.2-1: **Handlungsbereiche mittlerer Führungskräfte kaufmännisch-betriebswirtschaftlicher Prägung**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

bis zur Weiterbildung des Personals und Gestaltung der Zusammenarbeit reicht.

Die Steuerung und Sicherstellung der Leistungserstellung im jeweiligen Verantwortungsbereich verlangt berufsspezifische Qualifikationen, die von der Branche, der jeweiligen Produktpalette und den damit verbundenen Märkten und technologischen Faktoren abhängig sind. Das vorliegende Konzept beschreibt deshalb hierfür die zugehörigen Teilprozesse in abstrakter Form, weil diese bei der Erarbeitung von Fortbildungsregelungen mit Sachverständigen aus den jeweiligen Branchen entwickelt und konkretisiert werden müssen.

Insgesamt liegt nun ein integratives Konzept vor, auf dessen Basis handlungsorientierte Fortbildungsordnungen entwickelt werden können, die es ermöglichen, in einer offenen Prüfungsstruktur die Teilprozesse unterschiedlicher Handlungsbereiche miteinander verbunden zu prüfen. Mit einem integrativen Ansatz im Lernverlauf zur Vorbereitung auf den Abschluss kann die berufliche Ausgangssituation der Lernenden stärker berücksichtigt werden. Die Grundideen der BIBB-Konzeption wurden bereits in mehreren Fortbildungsregelungen umgesetzt und verordnet.

(Franz Kaiser, Rainer Brötz)

B4.3 Berufliche Weiterbildung an Fachschulen

Fachschulen sind Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung und bieten Bildungsgänge in den Fachbereichen Agrarwirtschaft, Gestaltung, Technik, Wirtschaft[305] und Sozialwesen an E. Die Bildungsgänge schließen an eine berufliche Erstausbildung und an Berufserfahrungen an und führen – in Vollzeit- oder Teilzeitform – zu qualifizierten Abschlüssen der beruflichen Weiterbildung. Ziel ist es, „Fachkräfte mit in der Regel beruflicher Erfahrung zu befähigen, Führungsaufgaben in Betrieben, Unternehmen, Verwaltungen und Einrichtungen zu übernehmen und/oder selbstständig verantwortungsvolle Tätigkeiten auszuführen. Die Fachschulen leisten einen Beitrag zur Vorbereitung auf die unternehmerische Selbstständigkeit." Darüber hinaus bieten Fachschulen Ergänzungs- sowie Aufbaubildungsgänge und Maßnahmen der Anpassungsweiterbildung an (Kultusministerkonferenz 2010).

Aus dem Schuljahr 2008/2009 haben an Fachschulen laut Angaben des Statistischen Bundesamtes insgesamt 47.757 Absolvierende die Abschlussprüfung bestanden → **Tabelle B4.3-1**. Der Frauen- und Männeranteil ist insgesamt ausgewogen mit einem Anteil weiblicher Absolventen von 47,3 %. Deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch auf der Ebene der Berufsklassen. Frauen sind in den Dienstleistungsberufen mit 75,3 % deutlich überrepräsentiert, in den technischen Berufen mit 6,4 % deutlich unterrepräsentiert.

E Datenbasis zu Fachschulen

Die in der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 11, Reihe 2, 2009/2010) enthaltenen Ergebnisse stammen aus den Schulstatistiken der einzelnen Bundesländer. „Die Vergleichbarkeit zwischen den Länderergebnissen wird durch die unterschiedliche Bildungspolitik der Länder […] beeinträchtigt. Dies kann auch durch

Tabelle B4.3-1: **Absolventen/-innen des Schuljahres 2008/2009 mit bestandener Abschlussprüfung an Fachschulen nach Berufsklassen und rechtlichem Status der Schulen**

Berufsbereich	Absolventen/-innen		davon aus			
			öffentlichen Schulen		privaten Schulen	
	insgesamt	weiblich	zusammen	weiblich in %	zusammen	weiblich in %
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau	2.893	13,4	2.873	13,5	20	0
Fertigungsberufe	2.651	13,0	2.323	10,4	328	31,4
technische Berufe	14.254	6,4	11.703	6,6	2.551	5,6
Dienstleistungsberufe	26.723	75,3	15.338	75,9	11.385	74,5
ohne Berufsangabe	1.236	66,7	930	64,8	306	72,2
insgesamt	**47.757**	**47,3**	**33.167**	**41,2**	**14.590**	**61,3**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, 2009/2010; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

305 In einzelnen Ländern wird die Fachrichtung Hauswirtschaft als eigenständiger Fachbereich geführt.

formale Regelungen der Zuordnung zu bundeseinheitlichen Bezeichnungen nur z.T. kompensiert werden (…). Ihre Zusammenfassung zu Bundesergebnissen erfolgte auf der Grundlage des von der Kultusministerkonferenz (KMK) erstellten Schulartenkatalogs, der – schon allein aus Gründen des Umfangs – nicht alle institutionellen Besonderheiten in den 16 Bundesländern berücksichtigen kann" (Statistisches Bundesamt 2010).

Dies bedeutet für die Auswertung der Daten, dass eine trennscharfe Abgrenzung der beruflichen Weiterbildung an Fachschulen nicht in jedem Fall gegeben ist, da die amtliche Statistik nicht eindeutig zwischen Absolventen/Absolventinnen mit Abschlüssen beruflicher Weiterbildung und Absolventen/Absolventinnen anderer Bildungsgangabschlüsse an Fachschulen differenziert.

Ergänzend zu erwähnen ist, dass die Ausbildung in Gesundheitsdienstberufen (unterhalb der akademischen Ebene) in einigen Ländern ebenfalls in Fachschulen oder Berufsfachschulen und nicht in Schulen des Gesundheitswesens stattfindet (Statistisches Bundesamt 2010). Nach Maßgabe der Vereinbarung über den Erwerb der Fachhochschulreife in beruflichen Bildungsgängen kann an Fachschulen zusätzlich die Fachhochschulreife erworben werden (Kultusministerkonferenz 2010). Bundesweit gibt es im Schuljahr 2009/2010 insgesamt 1.325 Fachschulen mit 7.917 Klassen → **Tabelle B4.3-2**. Von den insgesamt 167.554 Schülern und Schülerinnen an Fachschulen betrug der Ausländeranteil bundesweit 3,5 %. Den niedrigsten Anteil an ausländischen Schülern und Schülerinnen hat Thüringen mit 0,1 % zu verzeichnen, den höchsten Anteil hat Hamburg mit 11,5 %.

Für fachlich tiefer untergliederte länderspezifische Angaben sei an dieser Stelle auf die Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter für den Bereich Schulen verwiesen:

Tabelle B4.3-2: **Fachschulen 2009/2010: Schulen, Klassen und Schüler/-innen nach Ländern**

Jahr	Schulen	Klassen	Schüler/-innen	
			insgesamt	darunter: Ausländer/-innen in %
Baden-Württemberg	228	979	20.367	4,6
Bayern	198	707	15.431	2,2
Berlin	34	327	7.202	3,7
Brandenburg	33	248	5.403	0,4
Bremen	4	36	799	5,8
Hamburg	18	184	4.420	11,5
Hessen	110	633	13.247	7,3
Mecklenburg-Vorpommern	24	126	2.817	0,6
Niedersachsen	118	647	13.455	1,5
Nordrhein-Westfalen	262	2.177	47.158	4,0
Rheinland-Pfalz	66	511	10.998	4,2
Saarland	12	91	2.088	2,2
Sachsen	99	52	10.179	0,3
Sachsen-Anhalt	33	170	3.200	0,2
Schleswig-Holstein	47	231	4.726	1,7
Thüringen	39	328	6.064	0,1
Deutschland	**1.325**	**7.917**	**167.554**	**3,5**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, 2009/2010; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Land	E-Mail	Homepage
Baden-Württemberg	poststelle@stala.bwl.de	www.statistik-bw.de
Bayern	poststelle@lfstad.bayern.de	www.statistik-bayern.de
Berlin	Bildung@statistik-bbb.de	www.statistik-berlin-brandenburg.de
Brandenburg	statistik.schuldaten@statistik-bbb.de	www.statistik-berlin-brandenburg.de
Bremen	office@statistik.bremen.de	www.statistik.bremen.de
Hamburg	schulen.ausbildung@statistik-nord.de	www.statistik-nord.de
Hessen	schulen@statistik-hessen.de	www.statistik-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	statistik.auskunft@statistik-mv.de	www.statistik-mv.de
Niedersachsen	schulstatistik@lskn.niedersachsen.de	www.lskn.niedersachsen.de
Nordrhein-Westfalen	313-schulstatistik@it.nrw.de	www.it.nrw.de
Rheinland-Pfalz	info@statistik.rlp.de	www.statistik.rlp.de
Saarland	bildung@lzd.saarland.de	www.statistik.saarland.de
Sachsen	info@statistik.sachsen.de	www.statistik.sachsen.de
Sachsen-Anhalt	info@stala.mi.sachsen-anhalt.de	www.statistik.sachsen-anhalt.de
Schleswig-Holstein	schulen.ausbildung@statistik-nord.de	www.statistik-nord.de
Thüringen	auskunft@statistik.thueringen.de	www.statistik.thueringen.de

Für die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung gibt es je nach individueller Voraussetzung unterschiedliche finanzielle Fördermöglichkeiten von Bund und Ländern wie z. B. das Meister-BAföG, das Weiterbildungsstipendium oder die Förderung nach SGB III. Bildungsurlaub oder Bildungsfreistellung sind weitere Unterstützungsmaßnahmen, die in den meisten Bundesländern gesetzlich geregelt sind. Darüber hinaus können Kosten für berufliche Weiterbildung in einem gewissen Umfang steuerlich geltend gemacht werden.

(Maria Zöller)

B4.4 Bedeutung, Strukturen und Nutzen beruflicher Aufstiegsfortbildung

B4.4.1 Lernen für die Arbeitswelt: Nationaler Hintergrundbericht zur OECD-Aktivität „Skills beyond School"

Nach „Learning for Jobs"[306] hat die OECD mit dem Projekt „Skills beyond School" 2011 eine weitere Aktivität gestartet, die auf den Bereich der beruflichen Bildung gerichtet ist. Im Fokus stehen berufliche Qualifikationen, die nach Abschluss der Schule bzw. einer Erstausbildung auf Sekundarstufe-II-Niveau erworben werden. Das BIBB hat im Auftrag des BMBF in Kooperation mit der KMK einen nationalen Hintergrundbericht hierzu erarbeitet.

Den thematischen Schwerpunkt der Initiative setzt die OECD aufgrund der von ihr festgestellten wachsenden Bedeutung des Kompetenzerwerbs in dieser Lebensphase. In ihr finden Fortbildung, Weiterbildung oder berufliche Neuorientierung statt, Bildungsaktivitäten, die für den Erhalt qualifizierter Fachkräfte essenziell sind und maßgeblich die Wettbewerbsfähigkeit von Volkwirtschaften beeinflussen. Im Bereich der postsekundaren Berufsbildung gibt es unterschiedliche nationale Modelle, über die die OECD im Jahr 2012 im Rahmen eines Reviewverfahrens Ländervergleiche als auch einzelne Länderstudien erarbeiten wird.

In Abstimmung mit BMBF und KMK sind Gegenstand des deutschen Berichtes die beruflichen Fortbildungsgänge, ihre Abschlüsse sowie die unterschiedlichen Bildungsanbieter der Qualifikationen auf dem Niveau ISCED 5B (*International Standard Classification of Education, Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen).* Dazu gehören Fortbildungsgänge nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) sowie Fachschulen und Fachakademien nach Landesrecht. Nicht einbezogen wurden Berufsakademien und duale Hochschulen, da sie als dem hochschulischen Bildungsbereich zugehörig angesehen werden, sowie die Schulen des Gesundheitswesens und die Schulen der öffentlichen Verwaltung, da hier der Schwerpunkt auf beruflicher Erstausbildung liegt.

Nicht enthalten in der ISCED-Klassifikation sind die beruflichen Fortbildungsgänge der zuständigen Stellen, insbesondere der Industrie- und Handelskammern (IHK) sowie der Handwerkskammern (HWK). Ihnen kommt im Bereich der postsekundaren Berufsbildung in Deutschland jedoch eine wichtige Rolle zu, und sie sind deshalb ebenfalls Gegenstand des Berichtes. Strukturiert ist der Länderbericht nach einer Bandbreite von Fragestellungen, die von der Frage nach Steuerung und Organisation, der Rolle der Sozialpartner, der Zugangswege, Durchlässigkeit, Nachqualifizierung und Chancengerechtigkeit etc. bis zur Thematisierung von Finanzierung und Anreizen reicht.

Insgesamt wird die berufliche Fortbildung als das strukturelle Kernelement innerhalb der vielfältigen Weiterbildungsangebote in Deutschland gesehen, die sich durch eine starke Einbeziehung von Experten aus der betrieblichen Praxis, von Arbeitgebern und Gewerkschaften auszeichnet. Problematisiert werden u. a. der Teilnehmerrückgang in einigen Fortbildungsberufen in den vergangenen 10 Jahren, die Strukturen der Weiterbildungsberatung und auch die Frage der Durchlässigkeit, z. B. des Übergangs in die hochschulische Bildung.

Die Bedeutung der Aufstiegsfortbildung für den Karriereweg insbesondere für dual Ausgebildete wird in der 7. Absolventenbefragung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) aus dem Jahr 2011 deutlich. Sie zeigt, dass knapp zwei Drittel nach der Fortbildungsprüfung positive Auswirkungen in ihrer beruflichen Entwicklung erkennen. Die von den meisten Absolvierenden genannte positive Entwicklung – der Aufstieg – zeigt sich bei der Frage nach der hierarchischen Stellung oder Funktion, in der die Absolventen vor und nach der Weiterbildungsprüfung beschäftigt sind. Die Zahl der Sach-, Fach- und Vorarbeiter ist gesunken, während die Zahl der Personen in Fach- und Führungspositionen deutlich angestiegen ist (Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2011, S. 21). 73 % der Absolventen gaben an, aufgestiegen zu

306 Siehe **http://www.oecd.org/edu/learningforjobs**.

sein oder einen größeren Verantwortungsbereich zu haben, 66 % hätten sich finanziell verbessert (ebd., S. 18). Bei 60 % von denen, die eine finanzielle Verbesserung festgestellt haben, schlägt sich diese mit bis zu 450 € brutto monatlich nieder.

Ein weiterer Nutzen beruflicher Aufstiegsfortbildung und wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Verbesserung der Durchlässigkeit in den Hochschulbereich ist der Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) zum „Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung“ vom 6. März 2009 (Kultusministerkonferenz 2009) und dessen Umsetzung durch die Länder. Mit dem Beschluss einigten sich die Länder auf gemeinsame Kriterien des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte Bewerber und Bewerberinnen ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung (HZB). Danach erhalten Inhaber von Abschlüssen der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Meister, Techniker, Fachwirte oder ähnliche) eine allgemeine HZB.

Betrachtet man die Entwicklung der Fallzahlen beruflicher Aufstiegsfortbildungsprüfungen in den vergangenen 10 Jahren und den deutlichen Rückgang in einigen Berufsbereichen, stellen sich die Fragen, ob das Modell aktuellen betrieblichen und individuellen Anforderungen noch entspricht und wo möglicherweise Modernisierungspotenzial liegt. Einen Hinweis auf einen möglichen Rückgang der Attraktivität des beruflichen Aufstiegsfortbildungsweges gibt auch eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Im Vergleich zum Beginn der 1990er-Jahre ist der Anteil der 25- bis 64-Jährigen, die über einen Meister- oder Technikerabschluss verfügen und in einem Haushalt mit hohem Einkommen leben, von 27 % auf 19 % in 2009 zurückgegangen. Der Anteil, der in Haushalten mit mittlerem Einkommen lebt, ist von 59 % auf 66 % gestiegen (Institut der deutschen Wirtschaft 2011).

Für die statistische Erfassung des Bildungsbereichs wurden einige Sonderauswertungen durchgeführt. Sie werden im Folgenden auszugsweise vorgestellt. Der gesamte Bericht soll nach Abstimmung mit der OECD veröffentlicht werden.

(Ute Hippach-Schneider)

B4.4.2 Strukturen der geregelten Fortbildung

Der folgende statistische Überblick(**vgl. E in Kapitel A9.1.2**) soll dabei behilflich sein, die gegenwärtige Bedeutung postsekundarer beruflicher Bildung in Deutschland im Umfeld des Arbeitsmarktes beurteilen zu können und diese Einschätzung mit empirischen Belegen zu untermauern. Diesem Anspruch folgend wird zunächst die Bedeutung beruflicher Aufstiegsfortbildung für unterschiedliche Altersgruppen vergleichend zu alternativen beruflichen Bildungswegen quantifiziert. Anschließend werden einige Kennzahlen der Arbeitsmarktintegration diskutiert. Abschließend wird mittels Pfaddiagrammen die Bedeutung verschiedener Bildungswege veranschaulicht.

Die Bedeutung postsekundarer Bildungskombinationen im Vergleich

Die berufliche Ausbildung kombiniert mit einer anerkannten Aufstiegsfortbildung ist nur eine Möglichkeit für eine berufliche Karriere unter vielen. Darunter ist die Ausbildung auch ohne den späteren Erwerb eines Fortbildungsabschlusses mit über 50 % in der Bevölkerung sehr häufig vertreten **→ Tabelle B4.4.2-1.** Dies trifft auf Männer und auf Frauen gleichermaßen zu, wobei der Anteil bei den Frauen kontinuierlich leicht über dem der Männer liegt. Ob es sich bei den etwas geringeren Quoten der unter 35-Jährigen um einen reinen Alterseffekt oder wenigstens partiell um veränderte Präferenzen der jüngeren Geburtenjahrgänge handelt, ist aus dieser Darstellung nicht ersichtlich. Vor dem Hintergrund vergleichsweise hoher Anteile mit Hochschulstudium in diesen Jahrgängen ist zu vermuten, dass sich die Bildungsentscheidungen in den jüngeren Kohorten leicht zugunsten der Hochschulabschlüsse verschoben haben. Trotz alledem bleibt die berufliche Ausbildung die beliebteste berufliche Qualifikation, und die Zahlen deuten nicht darauf hin, dass sich an dieser Tatsache sehr bald etwas ändern könnte.

Der Bereich der anerkannten Aufstiegsfortbildungen als weiterführender Bildungsweg beansprucht in den Altersgruppen der über 40-Jährigen einen relativ

Tabelle B4.4.2-1: **Verteilung verschiedener beruflich qualifizierender Abschlüsse in der Bevölkerung – Betrachtung der Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen**

Alter (gruppiert)	Ausbildung ohne Fortbildung		Ausbildung mit Fortbildungsabschluss		Ausbildung und Studium (mit oder ohne Fortbildungsabschluss)[1]		Hochschulabschluss		ohne beruflich qualifizierenden Abschluss[1]	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
15–19	2,3 %	2,7 %	0 %	0,1 %	0 %	0 %	0 %	0 %	97,5 %	97,0 %
20–24	40,2 %	39,1 %	1,2 %	1,3 %	0,1 %	0,2 %	1,2 %	2,4 %	57,0 %	56,8 %
25–29	54,4 %	56,1 %	4,1 %	2,5 %	2,0 %	2,1 %	11,0 %	14,0 %	28,3 %	25,0 %
30–34	55,3 %	58,1 %	6,6 %	3,3 %	4,4 %	3,2 %	15,4 %	15,8 %	17,9 %	19,1 %
35–39	56,9 %	62,5 %	8,4 %	4,0 %	5,3 %	3,7 %	14,0 %	12,2 %	14,8 %	17,2 %
40–44	57,7 %	64,9 %	10,3 %	4,8 %	5,5 %	3,6 %	12,9 %	9,8 %	13,2 %	16,4 %
45–49	58,3 %	63,4 %	10,3 %	4,9 %	4,6 %	2,8 %	12,8 %	9,7 %	13,5 %	18,6 %
50–54	57,9 %	62,2 %	10,3 %	5,0 %	4,7 %	2,7 %	13,9 %	10,4 %	12,7 %	19,1 %
55–59	57,8 %	61,0 %	10,9 %	4,4 %	5,6 %	2,3 %	13,1 %	8,5 %	11,9 %	23,1 %
60–64	56,1 %	59,0 %	11,2 %	4,1 %	5,7 %	1,7 %	13,0 %	7,1 %	13,2 %	27,5 %
65+	56,2 %	43,6 %	11,9 %	2,7 %	3,9 %	0,5 %	10,0 %	3,2 %	16,9 %	48,2 %

Die Differenz der Summe der Zeilenprozente zu 100 sind fehlende Angaben im Datensatz (< 1 % bei den unter 65-Jährigen).

[1] Nicht vergleichbar mit den Berechnungen der Quote der nicht formal Qualifizierten (vgl. Kapitel A9.3), da inkl. Schüler/-innen, Studierender, Auszubildender, Wehr- oder Zivildienstleistenden und Personen in Maßnahmen der beruflichen Fort- und Weiterbildung und Umschulung.

Quelle: Gesamtbevölkerung von 82,1 Mio., Mikrozensus 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

konstanten Anteil. Über 10 % der Männer dieser Jahrgänge wählen demnach diesen Bildungsweg. Frauen sind mit höchstens 5 % nur etwa halb so oft in dieser Gruppe vertreten. Da ein großer Teil der anerkannten Aufstiegsfortbildungen auf männliche Domänen in den Fertigungsberufen und im Handwerk entfällt, ist der sehr viel geringere Anteil von Frauen mit anerkannten Aufstiegsfortbildungen wenig verwunderlich. Dieses Verhältnis zwischen den Anteilen der Männer und der Frauen ist in den jüngeren Kohorten ebenfalls zu beobachten – wenn auch auf einem niedrigeren Niveau.

Arbeitsmarktbezogene Ergebnisse postsekundarer Berufsbildungsprogramme

Eine wichtige Frage – sowohl für die Entwicklung des Systems als auch für individuelle Bildungsentscheidungen – ist die nach dem Nutzen bestimmter beruflicher Bildungswege im Vergleich zu alternativen Bildungsoptionen. Unter der Annahme, dass eine höhere berufliche Qualifizierung die individuellen Arbeitsmarktchancen steigert, sollte sich eine höhere Qualifikation in einigen Kennzahlen für die Qualität von Arbeitsverhältnissen widerspiegeln und auf diese Weise Anreize für eine hochwertige berufliche Bildung schaffen.

Ein wichtiger Indikator für den beruflichen Erfolg ist die Wahrscheinlichkeit unfreiwilliger Erwerbslosigkeit. Die Zahlen im ersten Teil von → **Tabelle B4.4.2-2** dokumentieren, in welchem Umfang die Erwerbslosenquoten zwischen den verschiedenen Gruppen variieren. Dabei ist gut zu erkennen, dass Personen ohne berufliche Ausbildung das höchste Risiko tragen, erwerbslos zu sein. Bei einer Erwerbslosigkeit von ca. 6 % tragen Personen mit einer beruflichen Ausbildung bereits ein deutlich geringeres Risiko, erwerbslos zu

Tabelle B4.4.2-2: **Returns on Investment – Arbeitsmarktbezogene Ergebnisse beruflicher Bildung**

	Ausbildung ohne Fortbildung		Ausbildung mit Fortbildungsabschluss		Ausbildung und Studium (mit oder ohne Fortbildungsabschluss)[1]		Hochschulabschluss		ohne beruflich qualifizierenden Abschluss[1]	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Erwerbsstatus										
Erwerbslose	6,3 %	5,4 %	2,8 %	4,1 %	2,5 %	2,9 %	2,8 %	3,5 %	11,1 %	7,3 %
Nichterwerbspersonen	11,5 %	22,6 %	9,4 %	17,4 %	8,0 %	11,4 %	7,4 %	16,8 %	26,4 %	44,0 %
Einkommen (€)										
1. Quartil (25 %)	2.000	1.000	2.400	1.500	2.900	1.600	3.000	1.800	700	400
2. Quartil (Median)	2.500	1.500	3.000	2.200	3.800	2.500	4.000	2.600	1.850	900
3. Quartil (75 %)	3.200	2.300	4.000	2.900	5.000	3.350	5.000	3.500	2.600	1.600
Art der ausgeübten Tätigkeit										
einfache Tätigkeit	9,5 %	18,2 %	1,3 %	6,2 %	1,5 %	3,3 %	1,9 %	5,4 %	37,9 %	48,8 %
leitende Tätigkeit	23,9 %	12,7 %	46,9 %	20,7 %	44,9 %	21,9 %	36,5 %	21,1 %	16,7 %	10,4 %
qualifizierte Tätigkeit	66,6 %	69,2 %	51,8 %	73,1 %	53,6 %	74,8 %	61,6 %	73,5 %	45,4 %	40,8 %
Berechtigung, andere Mitarbeiter anzuleiten										
ja	73,0 %	59,9 %	86,0 %	67,0 %	77,8 %	60,4 %	72,3 %	57,1 %	57,8 %	45,0 %
Arbeitsverhältnis befristet										
ja	9,2 %	10,6 %	5,6 %	9,5 %	8,9 %	14,5 %	12,1 %	19,4 %	21,7 %	18,7 %

[1] Einschließlich Personen mit Hochschulstudium, Fortbildungsabschluss und Ausbildung.

Quelle: Erwerbstätigenbefragung (BIBB/BAuA) 2006 und Mikrozensus 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

sein. Sowohl Fortbildungsabschlüsse als auch Hochschulabschlüsse führen zu einer weiteren Reduzierung auf bis unter 3 %. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind diesbezüglich vergleichsweise gering.

Im zweiten Teil von → **Tabelle B4.4.2-2** sind jeweils die ersten 3 Quartile E der Einkommensverteilung untergliedert nach Bildungswegen und Geschlecht dargestellt.

E Quartile

Quartile werden berechnet, indem die vorliegende Verteilung zunächst geordnet wird. In diesem Fall wird die Stichprobe nach dem Einkommen aufsteigend und für jede der im Tabellenkopf unterschiedenen Teilgruppen getrennt sortiert. Das 1. Quartil ist gleich dem Einkommen, das dem letzten Datum der ersten 25 % der (aufsteigend sortierten) Fälle entspricht. Das 2. Quartil – der Median – wird bei 50 % der Verteilung gemessen und das 3. Quartil analog dazu bei 75 %.

Die Einkommen der Erwerbstätigen mit verschiedenen Bildungswegen unterscheiden sich deutlich voneinander. Hohe berufliche Qualifikation führt in der Regel zu deutlich höheren Einkommen sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Dabei ist sehr deutlich zu erkennen, dass eine fehlende berufliche Qualifikation (äußerste rechte Spalte) zu auffallend geringen Einkommen führt. Der Median beträgt im Vergleich zu Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (äußerste linke Spalte) mit 1.850 € nur

etwa zwei Drittel gegenüber 2.500 € bei den Männern und 900 € gegenüber 1.500 € bei den Frauen. Damit liegt das Einkommen von Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung um etwa 50 % über den Einkommen nicht formal Qualifizierter.

Zwischen Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung und denen mit einem auf einer Ausbildung aufbauenden Fortbildungsabschluss sind ebenfalls starke – wenn auch weniger drastische – Differenzen zwischen den Einkommen zu erkennen. Demnach führt eine Aufstiegsfortbildung im Median zu 500 € (25 %) mehr Einkommen bei den Männern und 700 € (47 %) mehr Einkommen bei den Frauen. An dieser Stelle ist Vorsicht bei der Interpretation geboten, insbesondere der Zahlen für Frauen. Die dargestellten Ergebnisse kontrollieren nicht die Effekte durch Teilzeitbeschäftigung, deren Anteil bei Frauen in der Regel besonders hoch ist. Der starke Einkommensgewinn der Frauen mit einem Fortbildungsabschluss ist ggf. auf eine geringere Teilzeitquote dieser Frauen zurückzuführen. Dennoch kann festgehalten werden, dass ein Fortbildungsabschluss zu deutlich höheren Einkommen führt.

Die Einkommen der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss (Spalten 3 und 4) liegen nochmals stark über den Einkommen von Erwerbstätigen mit einem Fortbildungsabschluss. Die Steigerungsraten liegen wiederum im Bereich von 25 % bis 35 %. Demzufolge liegen Fortbildungsabschlüsse in Bezug auf das resultierende Einkommen zwischen reinen Ausbildungsabschlüssen und Hochschulabschlüssen.

Ähnlich wie beim Einkommen führt ein höherer Bildungsabschluss auch zu anderen Arten von Beschäftigung. Insbesondere die Bedeutung einfacher Tätigkeiten nimmt mit höheren Bildungsabschlüssen ab. Während von den Personen ohne beruflichen Abschluss annähernd 50 % der Frauen bzw. knapp 40 % der Männer mit einfachen Tätigkeiten beschäftigt werden, sind es bei den Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung lediglich knapp 20 % der Frauen bzw. knapp 10 % der Männer. Bei den Personen mit Fortbildungsabschluss und in gleichem Ausmaß bei Personen mit Hochschulabschluss ist der Anteil der Beschäftigung mit einfachen Tätigkeiten nahezu bedeutungslos niedrig. Zwischen den Letztgenannten sind diesbezüglich kaum Differenzen auszumachen.

Übergänge in andere Bildungsangebote

Die folgenden Darstellungen sollen dazu dienen, die quantitative Bedeutung verschiedener Bildungswege und – darin eingebettet – den Stellenwert von Fortbildungsabschlüssen zu verdeutlichen. Wegen der Komplexität der Abbildungen wird auf eine erschöpfende Erklärung verzichtet. Stattdessen werden punktuell einige Befunde bezüglich Fortbildungsabschlüssen erläutert, die hier besonders nennenswert erscheinen.

Spezifik der Datengrundlage
Bei der Interpretation der Zahlen sollte beachtet werden, dass die Angaben ausschließlich Abschlüsse repräsentieren und keine abgebrochenen Versuche enthalten. Daher könnten beispielsweise Übergänge zur Hochschule in anderen Statistiken merklich höher ausfallen, wenn beispielsweise alle Studienanfänger berücksichtigt werden. Weiterhin werden bei der Erhebung ausschließlich Personen berücksichtigt, die in der Regel mindestens 10 Stunden pro Woche erwerbstätig sind. Es ist anzunehmen, dass das beobachtete Bildungsverhalten mit der Erwerbsneigung korreliert. Insofern kann es zu einer weiteren Ergebnisverzerrung kommen.[307]

Erläuterung der Darstellungsform
In den Flussdiagrammen der → **Schaubilder B4.4.2-1** bis **B4.4.2-3** kann abgelesen werden, wie sich die Bildungsverläufe verschiedener Alterskohorten zusammensetzen. Im Sinne eines Stufenmodells des beruflichen Bildungssystems ist zu erkennen, welcher Anteil einer Alterskohorte ausgehend vom Erwerb der Ausbildungs- bzw. Hochschulreife die jeweils nachfolgende Stufe erreicht. Der vorgesehene Weg für Hochschulzugangsberechtigte kann bis an die Hochschule führen, während ohne HZB mit einer Aufstiegsfortbildung in der Regel die höchste Stufe erreicht ist. In der

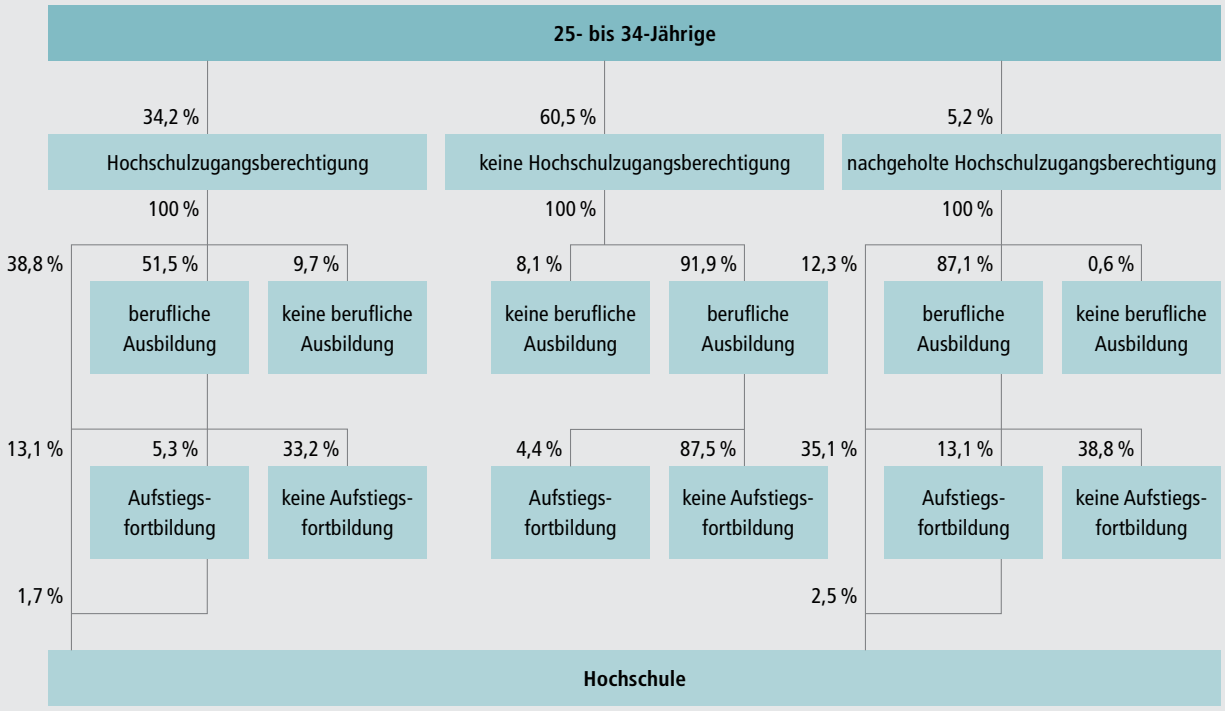
307 In den → **Schaubildern B4.4.2-1** bis **B4.4.2-3** erscheinen die Anteile der Hochschulzugangsberechtigen, die eine berufliche Ausbildung absolvieren, etwas überhöht (vgl. Spangenberg u. a. 2010, Krewerth 2004).

Darstellung wird allen Personen einer Stufe eine Position auf der darauffolgenden Stufe zugeordnet, sodass die Summe auf jeder Stufe dem Anteil der Personen auf der vorangehenden Stufe entspricht. Die Grundlage der Daten ist die BIBB/BAuA-Erhebung 2006 E. Es ist deshalb bei der Interpretation zu berücksichtigen, dass sich in den Darstellungen ausschließlich bereits realisierte Abschlüsse, aber keine abgebrochenen Versuche wiederfinden lassen. Weiterhin sollte beachtet werden, dass die Reihenfolge der Abschlüsse im Einzelfall nicht zwingend der hier dargestellten entspricht. So kann ein beruflicher Ausbildungsabschluss auch nach einem Studium erfolgen.[308]

E BIBB/BAuA (ETB)

Die BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006 ist eine Repräsentativbefragung von 20.000 Erwerbstätigen in Deutschland, die gemeinsam vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) durchgeführt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird. Ziel der Erhebung ist es, differenzierte repräsentative Informationen über Erwerbstätige und Arbeitsplätze in Deutschland für die quantitative Berufs- und Qualifikationsforschung und die Arbeitsschutzberichterstattung bereitzustellen.

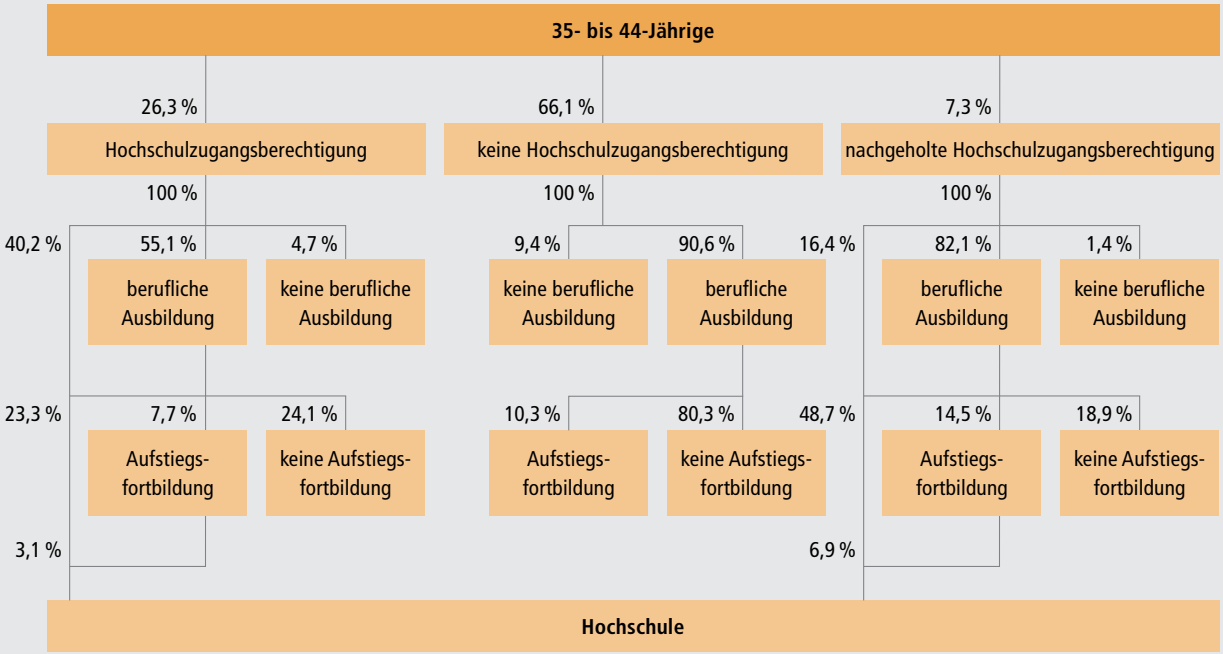
Schaubild B4.4.2-1: **Bildungswege der 25- bis 34-Jährigen**



Quelle: Erwerbstätigenbefragung (BIBB/BAuA) 2006, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

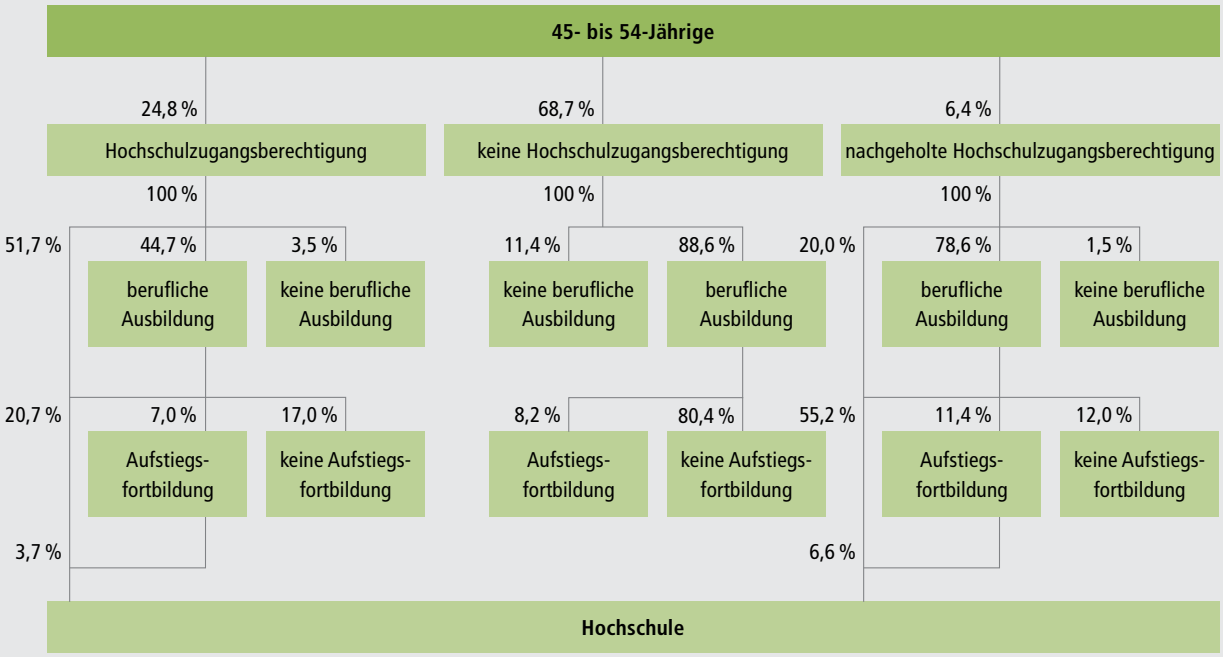
308 Besonders bei Personen mit nachgeholter Hochschulzugangsberechtigung kann es häufiger der Fall sein, dass diese erst zusammen mit einer bestimmten Ausbildung erworben wird. Dies würde den hohen Anteil derer erklären, die mit einer nachgeholten Hochschulzugangsberechtigung eine berufliche Ausbildung mit einem Studium kombinieren, da die berufliche Ausbildung in diesen Fällen Voraussetzung für das Studium war.

Schaubild B4.4.2-2: **Bildungswege der 35- bis 44-Jährigen**



Quelle: Erwerbstätigenbefragung (BIBB/BAuA) 2006, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild B4.4.2-3: **Bildungswege der 45- bis 54-Jährigen**



Quelle: Erwerbstätigenbefragung (BIBB/BAuA) 2006, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ergebnisse
Zunächst wird deutlich, dass die berufliche Ausbildung innerhalb aller dargestellten Alterskohorten eine überaus bedeutsame Position einnimmt. Unter Personen ohne Hochschulzugangsberechtigung (HZB) ist sie mit etwa 90 % die häufigste weiterführende Ausbildung nach der allgemeinbildenden Schule. Aber auch unter Hochschulzugangsberechtigten ist die berufliche Ausbildung für etwa 45 % bis 55 % eine Alternative zur Hochschule. Von ihnen erreichen später mehr als 50 % einen Hochschulabschluss (nicht bei nachgeholter HZB). So verbleiben letztlich etwa 25 % bis 30 % eines Altersjahrgangs mit HZB (bspw. in →**Schaubild B4.4.2-2**: 7,7 + 24,1), die eine berufliche Ausbildung abschließen, ohne einen Hochschulabschluss zu erwerben. Insgesamt erwerben etwa 65 % bis 70 % einen Hochschulabschluss, von denen mehr als ein Drittel zusätzlich eine berufliche Ausbildung abgeschlossen hat (bspw. →**Schaubild B4.4.2-3**: [20,7 + 3,7]/[51,7 + 20,7 + 3,7]).

Die Übergänge von einer beruflichen Ausbildung zu einem Fortbildungsabschluss sind ebenfalls ungleich verteilt. Einerseits zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Personen mit und ohne HZB, wobei Erstere eine um etwa ein Drittel höhere Neigung aufweisen, eine Fortbildung abzuschließen. Andererseits sind zwischen den Alterskohorten ebenfalls erhebliche Differenzen auszumachen. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

(1) Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Fortbildungsabschlüsse. Dieser Prozess scheint in der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen weitgehend abgeschlossen zu sein, da bei den 45- bis 54-Jährigen keine weitere Steigerung zu erkennen ist.

(2) Insgesamt erlangt etwa ein Achtel aller Personen mit beruflicher Ausbildung eine abgeschlossene Aufstiegsfortbildung (unabhängig von der HZB).

(3) Hochschulzugangsberechtigte schließen relativ häufiger eine anerkannte Aufstiegsfortbildung ab. Je nach Alterskohorte ist ihre Neigung zu einer Aufstiegsfortbildung bis zu 50 % höher (25- bis 34-Jährige) oder um etwa 25 % höher (45- bis 54-Jährige) als bei Personen ohne HZB.

(4) Unter den Hochschulzugangsberechtigen erfolgen Fortbildungsabschlüsse zu einem früheren Zeitpunkt.

(5) Von den Hochschulzugangsberechtigten mit abgeschlossener Berufsausbildung und Fortbildungsabschluss schließen etwa 50 % ein Hochschulstudium ab (ohne nachgeholte HZB). Damit verbleiben etwa 7 % bis 8 % eines Jahrgangs auf dem Niveau des Fortbildungsabschusses. Dies liegt unterhalb des Anteils bei Personen ohne HZB, der bei über 8 % bis 10 % liegt →**Schaubild B4.4.2-2** und →**Schaubild B4.4.2-3**.

(6) Die Daten lassen den Schluss zu, dass die betriebliche Karriere mit einer anerkannten Aufstiegsfortbildung nach wie vor eine hohe Bedeutung innerhalb des Systems der beruflichen Bildung besitzt.

(Manuel Schandock)

C Schwerpunktthema: Übergänge von der Schule in die Ausbildung

Vorbemerkungen

Übergänge von der Schule in die Ausbildung sind ein zentrales bildungspolitisches Thema. In hohem Maße werden daran Leistungsfähigkeit und Erfolg der dualen Berufsausbildung in Deutschland bemessen. In der Berufsbildungsforschung geht es darum, Bedarfe und Wünsche junger Menschen, ihre Bildungswege und Ausbildungschancen zu erfassen und auf dieser Grundlage systemische Schwachstellen am Übergang Schule – Beruf aufzuzeigen und Verbesserungsvorschläge zu formulieren.

Die Schwerpunkte und Zielrichtungen der Diagnosen und Diskussionen zum Thema „Übergänge" haben sich im Verlauf der vergangenen Jahre verändert: Lange Zeit standen gleichermaßen die Übergänge an der ersten Schwelle, Schule – Ausbildung, und an der zweiten Schwelle, Ausbildung – Beruf, im Fokus von Problemanalysen. Aufgrund des Fachkräftebedarfs und sinkender Arbeitslosenzahlen haben sich inzwischen die Einmündungschancen von der Ausbildung in die Berufstätigkeit verbessert. An der ersten Schwelle haben sich die Übergangsprozesse durch den Rückgang der Schulabgängerzahlen und den steigenden Bedarf an Fachkräftenachwuchs zwar ebenfalls verändert. Diese Entwicklungen führen jedoch interessanterweise nicht dazu, dass in der bildungspolitischen Diskussion für die erste Schwelle ebenfalls Entwarnung signalisiert würde. Vielmehr hat eine breite Diskussion über Reformen, Systematisierung und methodische Ausgestaltung des Übergangs Schule – Ausbildung eingesetzt, in der die Begriffe **„Übergangssystem"** und **„Übergangsmanagement"** für 2 unterschiedliche konzeptionelle Vorstellungen und Argumentationsstränge stehen. E Der eine zielt auf **spezielle Systemelemente für nicht ausbildungsreife respektive leistungsschwächere Jugendliche,** der andere auf ein **Regelangebot für alle Jugendlichen im Übergang.**

Anlass der Debatten sind die vielfältig differenzierten und ausgebauten Übergangsmaßnahmen, die der Entlastung des Ausbildungsstellenmarkts dienen und die für die vielen Jugendlichen, die ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, ausbildungsähnliche und in Ausbildung führende Alternativen bieten sollten. Mit der Vielzahl der Maßnahmen wuchs die Kritik an ihnen, und sie hält weiter an. Im Mittelpunkt steht insbesondere die mangelnde Effizienz all jener Maßnahmen, die nicht in eine reguläre Ausbildung, sondern lediglich in weitere schulische oder außerbetriebliche Ausbildung führen, in sogenannte Warteschleifen, sowie die Unübersichtlichkeit der Angebote im Übergangsbereich. Bessere Übersichtlichkeit – oder gar die Ordnung der Maßnahmen als „Übergangssystem" – ist die Forderung in dem einen Argumentationsstrang der bildungspolitischen Diskussion, bessere Passgenauigkeit von Maßnahmen – oder gar die nachhaltige Etablierung eines Übergangsmanagements auch zur Prävention von Benachteiligung – ist die Forderung in dem anderen Argumentationsstrang.

In den vergangenen Jahren ist der Zeitraum, der in den Blick genommen wird, zu einem **Übergangsbereich im weiteren Sinne** E ausgedehnt worden, indem Berufsorientierungsmaßnahmen mit einbezogen wurden. Sie gelten als ein Schlüssel zur Reduzierung der Zahl der Jugendlichen im Übergangssektor, weil sie Berufswahlkompetenzen verbessern und damit den direkten Übergang von der Schule in die Ausbildung unterstützen. Der **Übergangsbereich im engeren Sinne** E, der neuerdings im Rahmen der integrierten Ausbildungsberichterstattung betrachtet wird, bezieht demgegenüber zeitlich begrenzte Berufsorientierungsmaßnahmen und vollzeitschulische Maßnahmen ohne starke berufspraktische Komponente, die ergänzend zum Schulunterricht in allgemeinbildenden Schulen stattfinden, nicht mit ein. Vielmehr werden hier in den **Sektor „Integration in Berufsausbildung"** nur Maßnahmen und Bildungs-

gänge einbezogen, die der Vorbereitung oder Hinführung auf eine Berufsausbildung dienen. Diese Daten geben Hinweise darauf, welche Anforderungen sich aus den Bildungspräferenzen und Voraussetzungen der Teilnehmenden im Integrationssektor ableiten und welche Konzepte hier als Teil eines regulären Angebots „Übergangsmanagement“ verankert werden oder bleiben sollten.

E Übergänge von der Schule in die Ausbildung: Terminologie

Übergangsbereich im engeren Sinne
Dieser Bereich umfasst Maßnahmen und Bildungsgänge, die der Vorbereitung oder Hinführung auf eine Berufsausbildung dienen und die sich an Jugendliche wenden, die nicht unmittelbar in eine Ausbildung im dualen Berufsbildungssystem einmünden. Ausgenommen sind vollzeitschulische Maßnahmen ohne starke berufspraktische Komponenten (entspricht dem Sektor „Integration in Berufsausbildung“/„Übergangssektor“ in der integrierten Ausbildungsberichterstattung).

Übergangsbereich im weiteren Sinne
Zum Übergangsbereich im weiteren Sinne werden zusätzlich vollzeitschulische Maßnahmen ohne starke berufspraktische Komponenten und Berufsorientierungsmaßnahmen (z. B. Berufsorientierungsprogramm des BMBF, vertiefte Berufsorientierung, Berufseinstiegsbegleitung) gezählt.

Übergangssystem
Dieser Begriff ist umstritten, da es bisher kein konsistentes System des Übergangs gibt. Aktuell verfolgen jedoch eine Reihe von Initiativen in den Bundesländern das Ziel, ein solches Übergangssystem aufzubauen.

Übergangsmanagement
Aktive Gestaltung des Übergangsbereichs im engeren oder weiteren Sinne, in der Regel durch Akteurinnen und Akteure auf regionaler Ebene (= Regionales Übergangsmanagement).

Zum besseren Verständnis der Komplexität des Gegenstandes wird im Folgenden in **Kapitel C1** die Reformdiskussion der letzten 5 Jahre im Bereich Übergang Schule – Ausbildung referiert. In **Kapitel C2** werden Daten zur aktuellen Situation (insbesondere Teilnehmerzahlen) im Übergangsbereich im engeren Sinne dargestellt, so wie sie die integrierte Ausbildungsberichterstattung liefert. Eine vertiefte Betrachtung der Teilnehmendenzahlen in den letzten Jahren im Übergangsbereich aus Sicht der integrierten Ausbildungsberichterstattung findet sich in **Kapitel A6**. Darüber hinaus werden in **Kapitel A7.1** aus Sicht der Benachteiligtenförderung auch vollzeitschulische Maßnahmen ohne starke berufspraktische Komponente mit betrachtet. In **Kapitel C3** wird der Versuch einer Prognose für die Weiterentwicklung des Übergangsbereichs in den nächsten Jahren unternommen. Anschließend erfolgt eine Darstellung derzeitiger Programme und Ansätze zur Gestaltung des Übergangsbereichs sowohl im engeren als auch im weiteren Sinne, die entweder vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) initiiert wurden oder an denen das BIBB beteiligt ist (**vgl. Kapitel C4**). Besonderer Wert wird dabei auf die in den letzten Jahren zunehmend in den Mittelpunkt rückenden Berufsorientierungsmaßnahmen gelegt. Zum Modellversuchsprogramm „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ finden sich zudem weitere Ausführungen in **Kapitel D2**. Eine Darstellung der Initiativen in den Bundesländern, die neuerdings wieder in Richtung eines konsistenten Übergangssystems tendieren (**vgl. Kapitel C5**), sowie ein kurzes Fazit (**vgl. Kapitel C6**) beschließen die Darstellung.

C1 Reformdiskussionen und Strukturreformen

Bereits 2007 hatte der Innovationskreis berufliche Bildung in seine „10 Leitlinien zur Modernisierung und Strukturverbesserung der beruflichen Bildung“ 3 Aspekte aufgenommen, die zum Übergang gehören: Die Verbesserung der Ausbildungsreife soll vor allem durch die Stärkung von Berufsorientierung, durch individuelle Betreuung und Begleitung von der Schule bis zum Übergang in Ausbildung und Beschäftigung sowie durch die Verknüpfung von Schulunterricht und Praxiserfahrung erreicht und unterstützt werden. Die Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte soll durch konzertierte Regionalinitiativen und -netzwerke und die Koordinierung der Instrumente zur Benachteiligtenförderung optimiert werden. Optimiert werden sollen auch Übergänge,

und zwar dadurch, dass Wege in betriebliche Ausbildung – speziell auch für Altbewerber/-innen – durch anschlussfähige und anrechenbare Qualifizierungsmaßnahmen gesichert werden, insbesondere durch Zulassung zur Externenprüfung, durch Ausbildungsbausteine sowie durch den Ausbau der Einstiegsqualifizierungen. Die Leitlinien beziehen sich also auf 3 Handlungsfeldern: die Schule, den Übergang zwischen Schulabschluss und Ausbildung und den Übergang von Maßnahmen in Ausbildung und Beruf. Zielgruppen sind Schüler/-innen mit schwächeren Schulleistungen, benachteiligte Jugendliche, darunter vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund, und Altbewerber/-innen.[309]

Ebenfalls im Jahr 2007 verabschiedete der Hauptausschuss des BIBB ein Positionspapier zur „Ausbildung für Altbewerber über Ausbildungsbausteine“ (vgl. Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung 2007) sowie die Empfehlung „Handlungsvorschläge für die berufliche Qualifizierung benachteiligter junger Menschen“ (vgl. Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung 2008). Beides wurde zielgruppenbezogen stark ausdifferenziert. Das Positionspapier zu den Ausbildungsbausteinen bezieht sich auf die Zielgruppe Altbewerber/-innen, wobei diese teilweise sehr heterogen gesehen wird. Es wird dafür plädiert, dass spezielle Maßnahmen für diese Zielgruppe zeitlich begrenzt sein sollen, nämlich bis zur Veränderung der demografischen Entwicklung und der Verringerung der Anzahl der Schulabsolventen/-absolventinnen. Die Empfehlung enthält eine weit gefasste Definition der jungen Menschen, die als benachteiligt gelten, und ebenso breit gefächerte Handlungsvorschläge, um deren individuellen Unterstützungsbedarfen gerecht werden zu können.

Hier schlagen sich die vielfältigen Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Benachteiligtenpädagogik und -förderung nieder, wie sie speziell durch das Good Practice Center zur Förderung von Benachteiligten in der Berufsbildung (GPC) des BIBB dokumentiert und verbreitet werden.[310] Dazu gehört die Hervorhebung des Lernorts Betrieb auch für Benachteiligte, Angebote zur Begleitung beim Übergang in die Ausbildung, der stärkere Einsatz von Qualifizierungsbausteinen mit dem Ziel der Verbesserung von Chancen auf eine betriebliche Ausbildung sowie eine Verbesserung der Kooperation der Akteure vor Ort.

Die Diskussionen und Vorschläge zur besseren Gestaltung von Übergängen zwischen Schule und Ausbildung bezogen auch kommunale Ansätze und Verantwortungsstrukturen mit ein. Sie fanden Eingang in die „Weinheimer Erklärung“ von 2007, in der Expertinnen und Experten aus Kommunen, Betrieben, Stiftungen, Verbänden, Instituten und zivilgesellschaftlichen Projekten vorschlagen, wie öffentliche Verantwortung für Bildung, Ausbildung und Zukunftsperspektiven vor allem auch durch lokale Verantwortungsgemeinschaften und kommunale Koordinierung wahrgenommen werden sollte (Freudenbergstiftung 2007).

Die Kooperation der Akteure vor Ort zur Umsetzung effektiver Modelle von Übergangsmanagement wurde auch aus Sicht des Bundes ein wichtiges Thema. Von 2008 bis 2010 wurden im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ entsprechende Projekte gefördert. Dabei sollten vorhandene Förderangebote und Unterstützungsleistungen so aufeinander abgestimmt werden, dass Jugendlichen der Übergang von der Schule in eine Ausbildung erleichtert wird. Während die erste Förderrunde auf „eine effektivere zielgruppenbezogene Förderung Jugendlicher“ ausgerichtet war, zielt die zurzeit laufende zweite Förderrunde darauf ab, die gesammelten Erfahrungen dafür zu nutzen, „Kooperationsstrukturen und strukturelle Verantwortung so zu gestalten, dass die Instrumente der Förderung flexibler, bedarfs- und zielgruppenorientierter genutzt werden können“.[311]

2009 befasste sich eine „Vereinbarung der Partner des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland, der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Integrationsbeauftragten mit der Kultusministerkonferenz“ mit den beiden Zielen „Ausbildungsreife sicherstellen – Berufsorientierung stärken“. Unter Einbeziehung der bisherigen Impul-

309 Vgl. **http://www.bmbf.de/pub/leitlinien_innovationskreis.pdf**.
310 Vgl. **http://www.good-practice.de/**.
311 Vgl. **http://www.perspektive-berufsabschluss.de/de/215.php**.

se und Konzepte wird dafür plädiert, aus einzelnen Projekten Regelangebote zu schaffen und bundesweit in der Praxis zu verankern. Zur Förderung Jugendlicher mit Lernproblemen sollen bundesweit bedarfsgerecht Praxisklassen angeboten werden. Berufsorientierung soll an allen Schulen eingeführt und, in Kombination damit, das Übergangsmanagement unter Nutzung positiver Erfahrungen aus einigen Ländern optimiert sowie die regionale Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben ausgebaut werden.[312]

Im Jahr 2010 erschienen die „Eckpunkte der Initiative ‚Übergänge mit System'", die Erfahrungen und Vorschläge aus den zunächst 5 beteiligten Bundesländern umfassen, die sich in der Initiative der Bertelsmann Stiftung engagierten. Mit der Unterscheidung zwischen 2 „Strängen" im Übergangsbereich soll ein transparentes System zwischen Schule und Arbeitswelt gefördert werden: Der Strang für nicht ausbildungsreife Jugendliche beinhaltet Angebote, mit denen die Ausbildungsreife und eine abschlussorientierte Berufsausbildung erreicht werden soll. Der Strang für ausbildungsreife Jugendliche ohne Ausbildungsplatz beinhaltet keine Übergangsmaßnahmen, sondern 3 Segmente: duale Ausbildung, Ausbildung durch Schulen und Ausbildung bei Bildungsträgern (Bertelsmann Stiftung 2010).

Angesichts der Kritik, dass Übergangsmaßnahmen eher Umwege als Wege in eine Berufsausbildung seien, wozu auch die Vielzahl und Unübersichtlichkeit des Maßnahmespektrums beitrage, wurde die Frage der Gestaltung des Übergangs nun auch stärker unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten diskutiert. Dazu war es erforderlich, einen systematischen Überblick über alle Maßnahmen und Angebote sowie deren Kosten zu gewinnen. Im Rahmen der Initiative „Übergänge mit System" wurden entsprechende Studien über Ausgaben und Einsparmöglichkeiten auf Bundes- und Länderebene, bei der BA sowie bei weiteren Trägern (Unternehmen, Jugendhilfe, karitative Einrichtungen) erstellt (Werner/Neumann/Schmidt 2008). Ein Fazit der Studie lautete: „… von einem geschlossenen Konzept zwischen den 4 Zielbereichen der Integration Jugendlicher, namentlich der Berufsorientierung, der Berufsvorbereitung, der Förderung von Ausbildungsplätzen und der Integration an der zweiten Arbeitsmarktschwelle, (kann) in der deutschen Förderlandschaft derzeit nicht die Rede sein" (ebda, S. 318).

Ein Zuviel an Maßnahmen und Kosten im Übergangsbereich wird in den letzten beiden Jahren in der bildungspolitischen Diskussion immer häufiger unter 2 Aspekten – der Entspannung der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt und der demografischen Entwicklung – thematisiert (vgl. Euler 2010). Das Hauptaugenmerk liegt darauf, dass bei weniger Jugendlichen die Zahl der unversorgten Ausbildungsplatzbewerber/-innen sinken werde und dass zugleich Betriebe dazu neigen werden, auch Jugendliche mit schwächeren Schulleistungen einzustellen. Aus dieser veränderten Konstellation ergibt sich aus Sicht der Bundesregierung die Notwendigkeit, „Programme und Förderinstrumente für junge Menschen zur Eingliederung in Ausbildung oder Arbeit besser aufeinander abzustimmen und – wo es sinnvoll und möglich ist – zu bündeln" (Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP, Rz 2717 ff.). Mit dieser Aufgabe wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe beauftragt, die Ziele und Handlungsschwerpunkte am Übergang Schule – Beruf (neu) definieren will und – angesichts der veränderten Lage am Ausbildungsstellenmarkt – dafür plädiert, Programme für „marktbenachteiligte" junge Menschen einzustellen.[313] Auch von der Ressort-AG werden Maßnahmen des Bundes und der Länder überprüft, um etwaige Überschneidungen zu erkennen.[314] Die Ressort-AG empfiehlt, eine Bund-Länder-AG einzurichten, in der Förderungen von Bund und Ländern im Übergangsbereich koordiniert und abgestimmt werden sollen.

Ganz im Sinne von koordinierten Maßnahmen hilft die im Jahr 2010 auf den Weg gebrachte BMBF-Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss" Jugendlichen dabei, sich auf den Schulabschluss und ihren beruflichen

312 Vgl. **http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_06_19-Ausbildungsreife-Berufsorientierung.pdf**.

313 Vgl. **http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Meldungen/bericht-zur-besseren-abstimmung-foerderprogramme.pdf?__blob=publicationFile**.

314 Auch auf Länderebene werden entsprechende Systematiken entwickelt (vgl. z. B. Krüger-Charlé/Leisering/Rolff 2011).

Einstieg vorzubereiten und den Ausbildungsabschluss zu erreichen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) setzt hierbei auf die systemische, bundesweite Umsetzung bereits in der Praxis erprobter und erfolgreicher Instrumente und verzahnt diese miteinander. So soll in Kooperation mit den Ländern, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), der BA und dem BIBB ein neuer konzeptioneller Rahmen geschaffen werden, um die präventive Förderung junger Menschen auszuweiten und möglichst zu verstetigen.

Auch der Hauptausschuss des BIBB hatte sich in seiner Empfehlung „Leitlinien zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf“ im Jahre 2011 erneut an der Diskussion beteiligt (Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung 2011). Er unterstreicht insbesondere den Vorrang regulärer betrieblicher Ausbildung. Die Empfehlung des Hauptausschusses hat keine zielgruppenbezogene Ausrichtung, sondern formuliert Leitlinien, an denen das „Übergangsmanagement“ – im Sinne der Organisation des Übergangsbereichs – ausgerichtet sein soll: Es soll frühzeitig vorbereiten, individuell fördern, begleiten und beraten, Nähe zur Berufs- und Betriebspraxis haben, regional koordiniert und gesteuert werden, transparent und anschlussfähig sein und prozessbegleitend evaluiert werden. Hier wird das Thema Übergang nun zu einer Normalität im Feld der Bildungspolitik und verliert seinen bisherigen Status als Sonderthema für spezielle Zielgruppen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf.

Das Übergangsgeschehen ist komplex und vielschichtig. Eine Studie des BIBB zeigt, dass die Übergangsprozesse zwischen den beiden Extremen „Verbesserung von Ausbildungschancen“ und „Warteschleifen“ liegen können und deshalb eine differenzierte Bewertung erforderlich ist (Beicht 2009). So konnten beispielsweise Jugendliche, die in teilqualifizierende Berufsfachschulen einmündeten, zum großen Teil einen höherwertigen Schulabschluss erwerben und dadurch ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz verbessern. Teilnehmende an berufsvorbereitenden Maßnahmen (BVB/BVJ, BGJ) gelangten hingegen viel seltener zu einem höheren Schulabschluss, der Anteil, der in betriebliche Berufsausbildung einmündete, war geringer, und der Übergangsprozess dauerte länger. Zahlreiche Jugendliche, die direkt nach der Schule eine Übergangsmaßnahme begonnen haben, nach dieser aber keine Ausbildung beginnen konnten, sondern erneut in eine Übergangsmaßnahme eingemündet sind, laufen Gefahr, auf Dauer ohne Ausbildung zu bleiben (ebda., S. 14, **vgl. Kapitel A9.3**). Auch unter dem Aspekt der Übergangschancen ist es notwendig, den Übergangsbereich differenziert zu betrachten.

C2 Daten und Fakten zum Übergangsbereich

Während bisher versucht wurde, die allgemeinen Diskussionslinien zum Übergangsbereich zu beschreiben, wird nun anhand der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) der Fokus auf die aktuellen Anfängerzahlen und die Angebotsstruktur im Übergangsbereich gelegt. Die iABE ist ein bundeseinheitliches Berichtssystem, mit dessen Hilfe Strukturen und Entwicklungen des beruflichen (Aus-)Bildungsgeschehens abgebildet und die (Aus-)Bildungswege der Jugendlichen genauer und differenzierter dargestellt werden (**vgl. Kapitel A6.1**).

Der Sektor „Integration in Berufsausbildung“ („Übergangsbereich“) umfasst 10 Bildungskonten mit Maßnahmen, welche die jungen Menschen auf eine anschließende Berufsausbildung vorbereiten oder hinführen sollen. Bildungsprogramme[315] mit ähnlichem berufspädagogischen Inhalt werden zu Konten zusammengefasst.

Im Jahr 2011 begannen rund 294.294 Personen eine Maßnahme im Übergangsbereich. Dies entspricht 14,3 % der Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen. Die Anfänger/-innen verteilen sich unterschiedlich stark auf die Konten → **Tabelle C2-1**. Den größten Anteil innerhalb des Sektors machen die „Berufsvorbereitenden Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit“ mit 21,5 % aus. Den zweithöchsten Anfängeranteil stellt das Konto „Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln“ mit

315 Die Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen wurden bundesweit erfasst und in einer Datenbank zusammengeführt (vgl. Fest/Freitag/Fritzsch/Skripski 2009).

Tabelle C2-1: **Anfänger/-innen im Sektor „Integration in Berufsausbildung" 2011**

Konten	Deutschland	Anteil in %
Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)	294.294	100,0
darunter:		
Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvB) der BA	63.369	21,5
Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln	52.219	17,7
Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	44.051	15,0
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) incl. einjähriger (Berufs-)Einstiegsklassen[1]	38.968	13,2
Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), vollzeitschulisch	28.150	9,6
Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	25.076	8,5
Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag[2]	16.251	5,5
Einstiegsqualifizierung (EQ) der BA	16.151	5,5
Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben[3]	6.238	2,1
Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.821	1,3
Zum Vergleich: Ausbildungsgeschehen insgesamt	2.060.004	

[1] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, soweit möglich (nicht in Rheinland Pfalz).
[2] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, soweit möglich (nicht in Baden-Württemberg).
[3] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, soweit möglich.

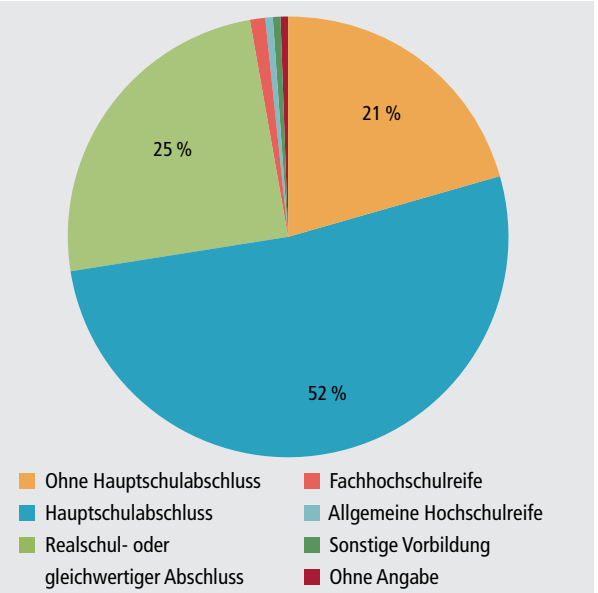
Quelle: Berechnung des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand 07.03.2012

17,7 %. Die geringsten Anfängerzahlen verzeichnen die Konten „Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben" (2,1 %) und „Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen" (1,3 %).

Die Anfänger/-innen im Sektor Integration haben keine einheitliche Vorbildung → **Schaubild C2-1**. Den Großteil machen diejenigen ohne (21 %) und mit Hauptschulabschluss (52 %) aus. Weitere 25 % aller Anfänger/-innen verfügen über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss. Der Anteil derjenigen mit noch höherer Vorbildung ist mit 2 % verschwindend gering.

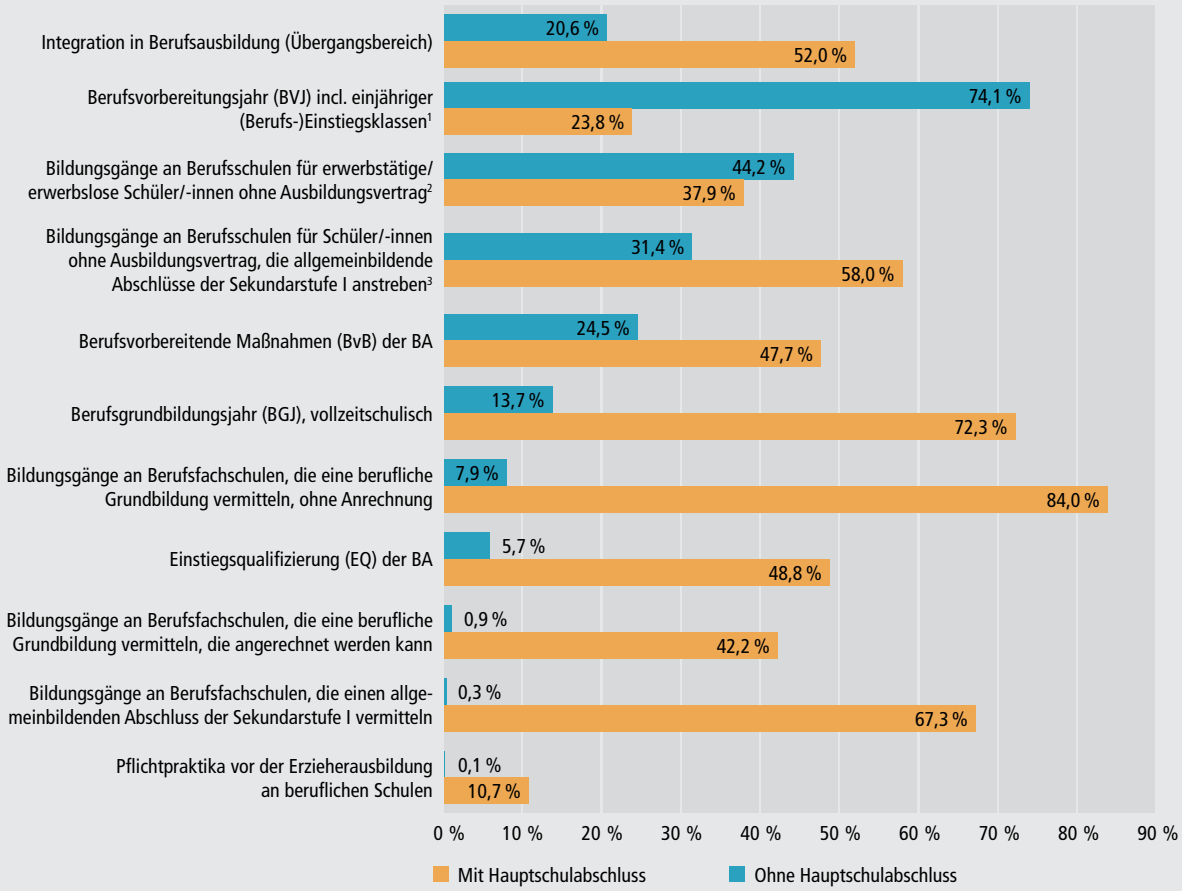
Die Aufteilung der Vorbildung nach Konten zeigt bei einer Selektion derjenigen mit Hauptschulabschluss bzw. ohne Hauptschulabschluss ebenfalls beträchtliche Unterschiede → **Schaubild C2-2**. Während das BVJ einen extrem hohen Anteil an Anfängern und Anfängerinnen ohne Hauptschulabschluss aufweist, beginnen im Konto „Bildungsgänge an Berufsfach-

Schaubild C2-1: **Vorbildung der Anfänger/-innen im Sektor Integration 2010**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, eigene Darstellung auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand: 04.11.2011

Schaubild C2-2: **Anfänger/-innen im Sektor Integration 2010 mit und ohne Hauptschulabschluss**



[1] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, soweit möglich (nicht in Rheinland Pfalz).
[2] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, soweit möglich (nicht in Baden-Württemberg).
[3] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, soweit möglich.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, eigene Darstellung auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand 04.11.2011

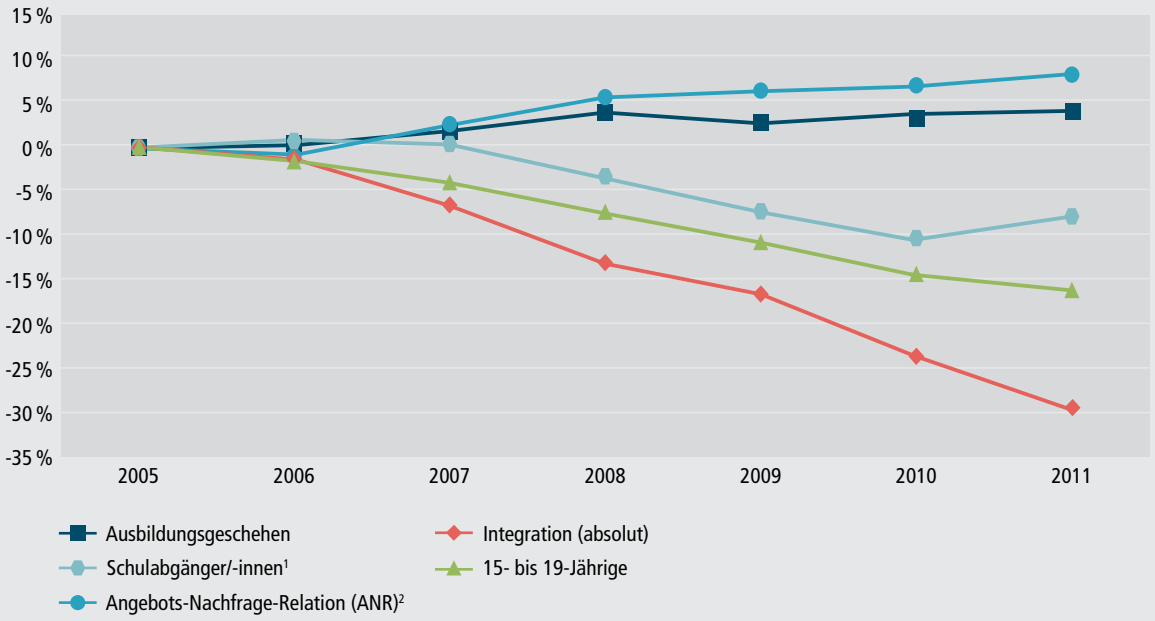
schulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann“ weniger als 1 % der jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss.

Der Blick auf die Entwicklung der Anfängerzahlen der letzten Jahre zeigt, dass der Integrationssektor seit 2005 kontinuierlich zurückgeht, und zwar sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zu den anderen Sektoren im Ausbildungsgeschehen → **Schaubild C2-3**. Der Verlauf der dargestellten Faktoren zeigt einen Gleichklang zwischen Integrationssektor, Altersgruppe und Schulabgängern.

Mit der Angebots-Nachfrage-Relation wird die klassische Marktbetrachtung für den Ausbildungsstellenmarkt mit hinzugenommen, die einen entgegengesetzten Verlauf hat. Damit wird deutlich, dass die Entwicklung im Integrationssektor weniger mit mangelnder „Ausbildungsreife“ zu tun hat als vielmehr mit klassischen Marktgesetzen (Ausbildungsplatzangebot vs. -nachfrage).

Im Verhältnis zum gesamten Ausbildungsgeschehen ist die Zahl der Anfänger/-innen im Integrationssektor im Zeitraum von 2005 bis 2011 um rund 30 %

Schaubild C2-3: **Entwicklung des Sektors Integration im Vergleich**



[1] Absolventen/-innen und Abgänger/-innen allgemeinbildender Schulen ohne Teilnehmer am zweiten Bildungsweg (Abendhaupt-, Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg) und ohne Teilnehmer/-innen an der Schulfremdenprüfung (entsprechend den Sonderauswertungen für den Berufsbildungsbericht).
[2] Angebots-Nachfrage-Relation nach alter Definition, da bis 2005 verfügbar, ohne zugelassene kommunale Träger.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, eigene Darstellung auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand 07.03.2012; eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten der Kultusministerkonferenz und des Statistischen Bundesamtes, Bevölkerungsfortschreibung und -vorausberechnung, GENESIS-Online-Datenbank, Tabelle 12411-0005 und Tabelle 12421-0002

zurückgegangen. Parallel dazu hat sich die Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen um 16,1 % verringert, und die Zahl der Schulabgänger/-innen ging um 7,8 % zurück (**vgl. Kapitel A2**).

Dabei ist jedoch bemerkenswert, dass die Zahl der Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen im selben Zeitraum angestiegen ist.[316] Der Rückgang der „potenziellen Einmünder" ist also nicht mit der Entwicklung der „tatsächlichen Einmünder" gleichzusetzen. Trotz des Anstiegs der Anfängerzahlen sind keine Verschiebungen in Richtung des Integrationssektors zu erkennen – im Gegenteil: Der Anteil des Integrationssektors am Ausbildungsgeschehen ist deutlich gesunken.[317]

Es bleibt festzuhalten: Der Übergangssektor geht seit 2005 kontinuierlich zurück. Die Anteile der dazugehörigen Bildungskonten bleiben im gleichen Zeitraum jedoch weitgehend stabil. Das deutet darauf hin, dass die Verteilung der Anfängerzahlen im Übergangssektor Mechanismen folgt, die nicht durch Schwankungen der Gesamtzahl beeinflusst werden. Vielmehr erfolgt das Zurückfahren von Länderprogrammen und Programmen der BA über alle Konten gleichmäßig verteilt.

316 Dies ist vermutlich zu einem großen Teil auf die Einführung von G8 zurückzuführen, da die Umstellung eine Erhöhung der Einmünderzahlen in den Sektor „Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)" zur Folge hat (sowohl bei den allgemeinbildenden als auch bei den beruflichen Schulen).

317 Der Anteil der Anfänger/-innen in den Sektoren „Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung (HZB)" und „Studium" hat sich hingegen deutlich erhöht. Auch die Anfängerzahlen im Sektor „Berufsausbildung" haben sich leicht erhöht (**vgl. Kapitel A6.2**).

C3 Prognosen zur weiteren Entwicklung des Übergangsbereichs

Die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) kann für die Vergangenheit die Entwicklungen im Übergangssektor nachzeichnen. Doch wie werden die Anfängerzahlen sich in diesem Bereich weiterentwickeln? Ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung mit einem weiteren Rückgang oder gar einem vollständigen Verschwinden dieses Sektors zu rechnen? Lassen sich hierfür überhaupt halbwegs belastbare Zahlen liefern?

Eine erste Abschätzung der künftigen Entwicklung der Gesamtzahl der Schüler/-innen im „Übergangssystem“ in Anlehnung an die Definitionen der iABE wurde 2010 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder (2010, S. 22 ff. und 63 f.) vorgenommen. Die Vorausberechnung erfolgte, indem zunächst unter Zugrundelegung der Ist-Daten des Jahres 2008 feste Zugangs- und Übergangsquoten ermittelt wurden, bei denen z. B. die Anfänger/-innen der beruflichen Bildungsgänge „auf Basis ihrer schulischen Vorbildung zu der Zahl der aktuellen Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen nach Art des Abschlusses in Beziehung gesetzt“ wurden (ebd., S. 22). Anschließend wurden diese Quoten auf die vorausberechneten Schulabsolvierendenzahlen nachfolgender Jahre projiziert. Unterstellt wurde also ein konstantes Übergangsverhalten der Schulabgänger/-innen und ein konstantes Verhältnis zwischen den verschiedenen Sektoren beruflicher Bildung (vgl. auch Maier/Troltsch/Walden 2011, S. 6). Demnach reduziert sich der Bestand von 354.400 Schülern und Schülerinnen im Übergangsbereich im Jahr 2008 auf 251.800 im Jahr 2020 und weiter bis auf 238.300 im Jahr 2025.

Eine solche Berechnung spiegelt im Wesentlichen die demografischen Effekte in Kombination mit dem Trend zum Erwerb höherer Schulabschlüsse wider. Im Nationalen Bildungsbericht 2010 wurde der Versuch unternommen, zugleich den Arbeitskräftebedarf in die Projektion mit einfließen zu lassen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 176 f.). Da dabei von einem weitgehend unveränderten Beschäftigungsbedarf im mittleren Qualifikationsbereich bis 2025 ausgegangen wird, wurde das bis 2025 jährlich zu erwartende Ausbildungsplatzangebot im dualen System auf rd. 621.000 fixiert (als Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009). Unter dieser Annahme wurde errechnet, dass sich die Neuzugänge in das duale System und das Schulberufssystem lediglich um 4 bis 5 Prozentpunkte verringern werden, während der Anfängerbestand im „Übergangssystem“ bis 2025 auf nur noch 8,1 % des 2008er-Wertes absinken wird (ebd., S. 177). Demnach ließen sich also die drohenden Verluste an Ausbildungsanfängern im dualen System zumindest bis 2025 durch einen nahezu vollständigen Abbau der Schülerzahlen im Übergangsbereich begrenzen. Allerdings ist dies eine Modellannahme, die ohne praktische Konsequenz bleiben dürfte.

Die Projektion des Nationalen Bildungsberichts 2010 unterstreicht die indirekte Abhängigkeit des Übergangsbereichs vom Beschäftigungsbedarf. Allerdings zeigt die bisherige Entwicklung (2008 bis 2010), dass der Abbau der Anfängerzahlen im „Übergangssystem“ überschätzt wurde. So reduzierte sich der Umfang nicht, wie im Modell indiziert, von 2008 bis 2010 bereits um mehr als ein Drittel (ebd., S. 177), sondern „lediglich“ um 11,8 % (**vgl. Kapitel C2**). Dabei spielte zum einen eine Rolle, dass das Ausbildungsplatzangebot zuletzt (2010) nur 580.000 und nicht 621.000 Plätze umfasste (**vgl. Kapitel A1.1**). Und zum anderen ist der eigenständige, von der Wirtschafts- und Beschäftigungskonjunktur *unabhängige* Anteil in der Existenzlogik des Übergangsbereichs womöglich doch größer, als unterstellt wurde. Solche „eigenständigen“ Anteile resultieren u. a. aus dem Erfordernis, offensichtlich nicht immer zu vermeidende Qualifikationsdefizite allgemeinbildender Schulabgänger/-innen vor Eintritt in die vollqualifizierende Berufsausbildung abzubauen (Baethge 2011, S. 107), aber auch aus den Interessen von Schulabsolvierenden, vor Berufsausbildungsbeginn einen höheren (mittleren) Schulabschluss im Übergangsbereich zu erwerben (Beicht 2009). Darüber hinaus sind die organisationalen Interessen der Bildungsanbieter im Übergangsbereich in Rechnung zu stellen, deren Einrichtungen „aufgrund sinkender Auslastung zur Disposition stehen“ (Schmidt/Walter 2011, S. 6) und die mit attraktiven und konkurrenzfähigen Angeboten an die Jugendlichen ihre eigenen Tätigkeitsfelder sichern möchten (vgl. dazu auch Zöller 2011).

Von einer dauerhaften Existenzberechtigung des Übergangsbereichs gehen viele Berufsbildungsfachleute aus. Dies zeigt die Ende 2010 durchgeführte Befragung von 482 Berufsbildungsexperten und -expertinnen im Rahmen des Expertenmonitors Berufliche Bildung → **Tabelle C3-1**. So mahnten zwar viele Fachleute Reformen im „Übergangssystem" an. Die Ressourcen müssten effektiver eingesetzt, die Zahl der Maßnahmen auf wenige Grundtypen reduziert, Praxisphasen stärker implementiert und der Erwerb höherer Schulabschlüsse grundsätzlich ermöglicht werden. Doch waren 81 % der Überzeugung, dass der Übergangsbereich nichtsdestotrotz auch in Zukunft unverzichtbar sei. Nur 12 % glaubten, im Zuge des demografisch bedingten Einbruchs der Schulabgängerzahlen (und der besseren Marktposition der Bewerber) werde das „Übergangssystem" überflüssig. Ähnlich wie die Berufsfachleute reagierten Schüler/-innen im Berufsbildungssystem, die zu Vergleichszwecken ebenfalls befragt wurden. 75 % erachteten das „Übergangssystem" auch für die kommenden Jahre als unverzichtbar (Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung 2011, S. 18 f.).

Dass die Existenz des Übergangsbereichs zwar auch von der Höhe des Angebots an vollqualifizierenden Berufsausbildungsplätzen abhängig sein dürfte, aber gleichwohl nicht allein davon bestimmt wird (vgl. dazu auch Baethge 2011, S. 109), ist eine Schlussfolgerung, die Zeitreihenanalysen stützen. Untersuchungen der Entwicklungen in den Jahren 1992 bis 2011 zeigen zweierlei:

- Von grundsätzlicher Bedeutung für die Anfängerzahl im Übergangsbereich E ist die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen. Denn je mehr Schulabgänger/-innen es gibt, desto höhere Anfängerbestände sind auch von vornherein im Übergangsbereich zu erwarten ($r = ,914$; $p < ,000$)[318].
- Zusätzlich und in weitgehend eigenständiger Form trägt die Höhe des Angebots an vollqualifizierenden Ausbildungsplätzen zur Erklärung der quantitativen Entwicklung des Übergangsbereichs bei: Denn je mehr Ausbildungsangebote im dualen System vorhanden sind, desto seltener kommt dem Sektor „Integration in Ausbildung" die Funktion eines Auffangbeckens zu und desto niedrigere Anfängerbestände sind im Integrationssektor zu erwarten ($r = -,530$; $p = ,020$).

Beide Einflussgrößen – Schulabgängerzahl und Umfang des Ausbildungsangebots – entwickelten sich in den vergangenen 20 Jahren weitgehend unabhängig voneinander, prägten zusammen aber maßgeblich die Zahl der Einmündungen in den Sektor „Integration in Ausbildung" → **Tabelle C3-2**. Die multiple Korrelation allein dieser beiden Größen mit dem Anfängerbestand im Übergangssektor beträgt $R = ,964$ ($p < ,000$). Der Zusammenhang ist somit so eng, dass auf die Einbeziehung weiterer Faktoren zugunsten eines sparsamen Erklärungsmodells weitgehend verzichtet werden kann. E

E Schätzung der Determinanten der Anfängerzahlen im Übergangsbereich

Daten zum Übergangsbereich „Integration in Ausbildung" aus der integrierten Ausbildungsberichterstattung (vgl. Statistisches Bundesamt 2012) gibt es erst ab dem Jahr 2005. Um die Schätzung der hier interessierenden Zusammenhänge breiter zu fundieren (1992 bis 2011), wurden für den Zeitraum 1992 bis 2004 die jährlichen Summen aus diversen teilqualifizierenden Bildungsgängen (Schüler/-innen im Berufsvorbereitungs- und Grundbildungsjahr, Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen, Anfänger einer Einstiegsqualifizierung, erwerbstätige und arbeitslose Schüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag in der Berufsschule) mit einbezogen. Die Differenzen zwischen den beiden Teilen der Zeitreihe (1992 bis 2004 und 2005 bis 2011), die aus der abweichenden Konstruktion resultieren, wurden über eine Dummy-Variable aufgefangen.

Die bivariaten Korrelationskoeffizienten wurden unter Auspartialisierung des Einflusses der Dummy-Variable berechnet; bei der Berechnung der multiplen Korrelation R wurde die Dummy-Variable integriert. Das Korrelogramm der quadrierten Residuen gibt keinen Hinweis auf eine die Aussagekraft der Ergebnisse substanziell einschränkende Autokorrelation.

318 Die jeweilige Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger und -absolvierenden wurde als Mittelwert des aktuellen und des vorausgegangenen Jahres berechnet, um die Effekte verzögerter Einmündungen berücksichtigen zu können.

Tabelle C3-1: **Standpunkte von Berufsbildungsexperten zum Übergangssystem**[1]

	Alle Experten	Organisationale Herkunft								
		Betrieb	ÜBS	Schule	Kammer	Arbeitgeberverband	Gewerkschaft	Forschung, Hochschule	Öffentliche Verwaltung	Sonstige
Bisherige Existenzgründe des „Übergangssystems"										
Ein großer Teil der heutigen Schulabgänger ist nicht ausbildungsreif.	52	50	58	44	62	64	18	32	33	64
Das Übergangssystem ist in der Lage, nicht ausbildungsreife Jugendliche zur Ausbildungsreife zu führen.	63	54	74	71	67	52	54	51	79	60
Das Übergangssystem trägt dazu bei, die Chancen der Teilnehmer auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen.	68	73	72	76	70	64	39	60	70	72
Wenn die allgemeinbildende Schule besser die für eine Berufsausbildung notwendigen Kompetenzen vermitteln würde, könnte man auf das Übergangssystem verzichten.	60	69	49	60	75	70	61	40	47	75
Wenn Betriebe mehr Unterstützung bei der Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen erhielten, wären die meisten Maßnahmen des Übergangssystems überflüssig.	43	41	28	29	42	43	70	47	35	68
Es gibt das Übergangssystem nur deshalb, weil zu wenige Ausbildungsplätze vorhanden sind.	23	20	16	24	13	20	50	38	18	23
Kritikpunkte										
Im Übergangssystem gibt es zu viele verschiedene Maßnahmen und Bildungsgänge.	79	74	76	71	85	80	79	73	91	81
Jugendliche, die Maßnahmen oder Bildungsgänge des Übergangssystems absolviert haben, haben bei den Betrieben einen schlechten Ruf.	41	35	40	37	29	41	44	56	49	38
Für Jugendliche sind die Maßnahmen und Bildungsgänge des Übergangssystems Warteschleifen, in denen sie ihre Zeit verschwenden.	41	42	26	38	37	36	68	50	37	44
Reformvorschläge										
Die Ressourcen im Übergangssystem müssen effektiver eingesetzt werden.	89	91	87	84	90	100	88	90	91	88
Statt zahlloser Programme im Übergangssystem sollte es nur noch wenige Grundtypen von Maßnahmen und Bildungsgängen geben.	85	77	79	87	90	91	93	86	88	84
Grundsätzlich sollten alle Bildungsgänge im Übergangssystem so gestaltet sein, dass betriebliche Praxisphasen im Vordergrund stehen.	91	83	95	91	95	96	85	90	91	91
Das Übergangssystem muss stärker dazu beitragen, dass seine Teilnehmenden einen ersten oder höherwertigen Schulabschluss erwerben.	73	86	71	76	64	59	75	82	54	79
Alle Maßnahmen/Bildungsgänge im Übergangssystem sollten so gestaltet sein, dass sie den Erwerb eines ersten oder höherwertigen Schulabschlusses ermöglichen.	80	78	79	84	73	59	93	85	74	96
Erwartungen zur Zukunft des „Übergangssystems"										
Der demografisch bedingte Rückgang bei den Schulabsolventen wird dazu führen, dass das Übergangssystem nicht mehr erforderlich sein wird.	12	16	0	16	16	14	19	16	11	5
Auch in Zukunft wird das Übergangssystem unverzichtbar sein.	81	81	90	78	83	82	64	79	79	84
Absolute Zahl der Befragten	**482**	**70**	**62**	**45**	**81**	**22**	**28**	**73**	**57**	**44**

[1] Wiedergegeben in % werden die jeweiligen Anteile der Fachleute, die der Aussage („eher" oder „voll und ganz") zustimmen.

Quelle: Expertenmonitor 2010

Tabelle C3-2: **Entwicklung der Anfängerzahl im Übergangsbereich in Abhängigkeit von der Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und des Umfangs des Ausbildungsplatzangebots (Stützzeitraum der Schätzungen: Entwicklung 1992 bis 2011)**

Jahr	Nichtstudien-berechtigte Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/ Schulabsolventinnen aus allgemein-bildenden Schulen[1]	Ausbildungsangebot im dualen Berufsausbildungssystem (Ist-Zahlen bis 2011)			Anfänger/-innen im Übergangssektor „Integration in Ausbildung“ (Ist-Daten)	Schätzungen des Übergangssektors auf Basis von Schulabgänger/-innen- und Angebotsdaten		
		Szenario 1:	Szenario 2:	Szenario 3:		Szenario 1:	Szenario 2:	Szenario 3:
		ab 2011 jährlich um 10.000 Plätze sinkendes Angebot	ab 2011 konstantes Angebot	ab 2011 jährlich um 10.000 Plätze steigendes Angebot		ab 2011 jährlich um 10.000 Plätze sinkendes Angebot	ab 2011 konstantes Angebot	ab 2011 jährlich um 10.000 Plätze steigendes Angebot
2005	709.113	562.816	562.816	562.816	417.647	447.777	447.777	447.777
2006	700.127	591.554	591.554	591.554	412.083	425.330	425.330	425.330
2007	687.202	644.244	644.244	644.244	390.552	387.868	387.868	387.868
2008	656.098	635.849	635.849	635.849	363.037	359.323	359.323	359.323
2009	615.814	581.562	581.562	581.562	348.217	342.135	342.135	342.135
2010	582.903	579.678	579.678	579.678	320.013	308.794	308.794	308.794
2011	558.938	599.829	599.829	599.829	294.294	274.618	274.618	274.618
2012	544.654	590.000	600.000	610.000	–	264.231	259.675	255.118
2013	548.582	580.000	600.000	620.000	–	272.876	263.763	254.649
2014	551.004	570.000	600.000	630.000	–	279.954	266.283	252.613
2015	538.049	560.000	600.000	640.000	–	271.028	252.801	234.573
2016	523.963	550.000	600.000	650.000	–	260.925	238.141	215.357
2017	509.747	540.000	600.000	660.000	–	250.687	223.346	196.005
2018	493.492	530.000	600.000	670.000	–	238.326	206.428	174.531
2019	481.379	520.000	600.000	680.000	–	230.277	193.822	157.367
2020	474.449	510.000	600.000	690.000	–	227.621	186.610	145.598
2021	470.201	500.000	600.000	700.000	–	227.757	182.189	136.620
2022	466.129	490.000	600.000	710.000	–	228.076	177.951	127.826
2023	461.379	480.000	600.000	720.000	–	227.689	173.007	118.325
2024	459.218	470.000	600.000	730.000	–	229.997	170.758	111.519
2025	452.591	460.000	600.000	740.000	–	227.657	163.861	100.066

[1] Mittelwert aus der aktuellen Jahreszahl und der Zahl des Vorjahres

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, 2009/2010, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Angesichts des engen Zusammenhangs und der Ökonomie des Erklärungsmodells liegt es nahe, die Regressionsgleichung auch für eine Vorausschätzung der künftigen Anfängerzahlen im Übergangssektor bis zum Jahr 2020 zu nutzen. Dem kommt zugute, dass zur künftigen Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger und -absolvierenden aktualisierte Prognosezahlen der Kultusministerkonferenz bzw. des Statistischen Bundesamts vorliegen (vgl. Kultusministerkonferenz 2011, **vgl. Kapitel A2**), die nach den Erfahrungen vergangener Jahre eine relativ hohe Vorhersagegenauigkeit aufweisen.

Größere Schwierigkeiten bereitet allein die Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots. Zwar liegen Szenarien zur künftigen Entwicklung des Beschäftigungsbedarfs der Wirtschaft vor, wie sie auch im Rahmen des Nationalen Bildungsberichts 2010 genutzt wurden (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 176 ff.). Es scheint allerdings fraglich, ob sich der Bedarf tatsächlich in einem konstant hohen Angebot an dualen Ausbildungsplätzen niederschlägt, wenn – wie absehbar – die Rekrutierungsprobleme der Betriebe weiter zunehmen werden. Dies hätte im ungünstigen Falle eine von Jahr zu Jahr wachsende Zahl von unbesetzten Ausbildungsstellen zur Folge – mit geringen Aussichten der Betriebe auf künftig größere Besetzungschancen. So rechnen Maier/Troltsch/Walden (2011, S. 7 f.) selbst unter Zugrundelegung optimistischer Annahmen mit einem Rückgang der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf 530.000 im Jahr 2020, unter Zugrundelegung pessimistischer Annahmen sogar mit einem Absinken auf 466.000. Damit wäre aber – ein Ausbildungsplatzangebot im Jahr 2020 von 621.000 Plätzen vorausgesetzt, wie im Nationalen Bildungsbericht (2010) unterstellt – eine Spannweite in der Zahl unbesetzter Plätze im Umfang zwischen 91.000 und 155.000 verbunden. Es ist fraglich, ob die Betriebe dies akzeptieren würden, ohne zu versuchen, auf alternative Strategien zur Deckung ihres Fachkräftebedarfs auszuweichen. Im Expertenmonitor 2010 rechneten 34 % der befragten Berufsbildungsfachleute damit, dass Betriebe bei massiv einsetzendem Bewerbermangel ihren Fachkräftebedarf eher verstärkt durch die Rekrutierung von z. B. extern ausgebildeten Fachkräften oder Bachelorabsolvierenden abzudecken versuchen würden, als selbst auszubilden.

Letztlich ist eine tragfähige Prognose der Ausbildungsplatzangebotsentwicklung bis 2025 kaum möglich, zumal auch Zeitpunkt und Ausmaß konjunktureller Zyklen und potenzieller Wirtschaftskrisen nicht vorherzusagen sind. Aus pragmatischen Gründen scheint es daher sinnvoll, behelfsweise mit verschiedenen Szenarien zu arbeiten **→ Tabelle C3-2**:

- In Szenario 1 wird davon ausgegangen, dass sich das Ausbildungsplatzangebot ab 2012 bis 2025 jährlich um rd. 10.000 Plätze verringert und sich somit der sinkenden Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger und -absolvierenden anpasst.
- Dagegen wird in Szenario 2 ab 2012 mit einem konstanten, gegenüber 2011 unveränderten Ausbildungsangebot von rund 600.000 Stellen gerechnet.
- Schließlich wird im eher unrealistischen Szenario 3 der Anschaulichkeit halber und als Gegenmodell zu Szenario 1 unterstellt, dass sich das Ausbildungsplatzangebot gegenüber 2011 jährlich um jeweils 10.000 Plätze erhöht.

Wie nun **→ Tabelle C3-2** zeigt, ist unter Zugrundelegung aller 3 Szenarien bis 2025 mit einer weiteren starken Abnahme der Anfängerzahlen im Sektor „Integration in Berufsausbildung“ zu rechnen. Der Grund liegt im dominierenden Effekt des demografischen Einbruchs. Dessen Auswirkungen sind so stark, dass sie selbst unter Annahme des pessimistischen Szenarios 1 (starker Rückgang des Ausbildungsplatzangebots von 600.000 in 2011 auf 460.000 in 2025) ein weiteres Absinken der Teilnehmerzahlen auf unter 230.000 erwarten lassen. Denn für die Mitte der 2020er-Jahre wird mit etwa 100.000 nicht studienberechtigten Schulabgängern und -absolvierenden weniger als 2011 gerechnet; im Vergleich zu 2005 wird das Minus sogar über 250.000 Personen umfassen.

Sollte das Angebot bis 2025 jährlich jeweils rund 600.000 betragen (Szenario 2), würde die Anfängerzahl im Übergangsbereich sogar auf unter 165.000 absinken. Am sicherlich viel zu optimistischen und

letztlich unrealistischen Szenario 3 lässt sich andererseits jener Kern identifizieren, der es erlaubt, von einer institutionellen Eigenständigkeit des Übergangsbereichs zu sprechen. Denn selbst wenn das Ausbildungsplatzangebot bis 2025 stark von zuletzt 600.000 auf 740.000 steigen würde, wäre immer noch mit einem Anfängerbestand von Jugendlichen im Übergangsbereich von etwa 100.000 zu rechnen. Dies wären zwar deutlich weniger Personen als zum Höhepunkt der Ausbildungsmarktkrise im Jahr 2005 (446.500), doch immerhin noch so viele, dass auch für die Zukunft von der Existenz eines (geschrumpften) Übergangsbereichs auszugehen ist.

C4 Bildungspolitische Programme und Konzepte zur Gestaltung des Übergangsbereichs

Der Blick auf die Ergebnisse der integrierten Ausbildungsberichterstattung und die Zahlen der gerade vorgenommenen Prognose verdeutlichen, dass es sich sowohl aktuell als auch zukünftig lohnt, Effizienzsteigerungen im Bereich des Übergangs Schule – Beruf anzustreben. Die Vielfältigkeit des hier festzustellenden Maßnahmebündels lässt sich sehr gut darstellen, wenn man die einzelnen Programme und (Forschungs-)Projekte betrachtet, die zu dieser Thematik aktuell im BIBB durchgeführt werden bzw. an denen das BIBB beteiligt ist.

An ihnen wird deutlich: Neben Strukturfragen hat die konkrete Praxis vor Ort bei der Umsetzung neuer Ausrichtungen im Übergangsbereich gemeinsam mit den vielfältigen Akteuren stark an Bedeutung gewonnen. Zudem wird deutlich, dass Maßnahmen im Übergangsbereich im weiteren Sinne eine immer wichtigere Rolle zukommt.

C4.1 Frühzeitig und praxisnah: Trends bei der Berufsorientierung

Trotz einer Entspannung der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt, regional sogar eines Überangebots an Ausbildungsplätzen, wird ein direkter Übergang von der Schule in die duale Ausbildung auch zukünftig nicht allen ausbildungsinteressierten Jugendlichen gelingen. Der Bedarf der Wirtschaft an bestimmten Qualifikationen deckt sich nicht automatisch mit den Interessen und Fähigkeiten der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (Stichwort: mangelnde Ausbildungsreife). Deswegen setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass eine frühzeitige Berufsorientierung und Förderung berufsübergreifender Schlüsselkompetenzen für gelungene Übergänge von der Schule in den Beruf unerlässlich sind. Große Erfolgserwartungen werden in dieser Hinsicht laut BIBB-Expertenmonitor in die Kombination von Potenzialanalyse und individueller Übergangsbegleitung sowie die Steigerung betrieblicher Praxis in der Übergangsphase gesetzt (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2011). Diesen Grundgedanken folgend setzt auch die BMBF-Bildungsketteninitiative auf Prävention, Kontinuität, sowie Kompetenz- und Handlungsorientierung. 2 zentrale Säulen der Bildungsketteninitiative sind das BMBF-Berufsorientierungsprogramm BOP und das Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung (BerEb-BK). Beide BMBF-Programme starten in der Regel bereits in Klasse 7 mit einer Potenzialanalyse.

Das Berufsorientierungsprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Mit der Verstetigung des vom BIBB umgesetzten Programms zur „Förderung von Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“ im Juni 2010 ist die Durchführung einer Potenzialanalyse obligatorischer Bestandteil des Berufsorientierungsprogramms geworden. Fast 150.000 Schülerinnen und Schülern konnte bisher die Teilnahme an der Potenzialanalyse und den sich anschließenden Werkstatttagen zugesichert werden. Etwa 100.000 Schülerinnen und Schüler durchliefen das Programm in der Pilot- und Übergangsphase noch ohne Potenzialanalyse. Bisher wurden insgesamt über 100 Mio. € in das Programm investiert. Angesichts der weiterhin hohen Nachfrage wird das Fördervolumen auf 60 Mio. € Projektmittel pro Jahr aufgestockt.

Für die meisten Jugendlichen in der 7. Klasse spielt die Berufswahl noch keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle. Vielmehr ist ihre Lebensphase

geprägt vom Beginn der Pubertät, von Abgrenzungstendenzen und Identitätsfragen (vgl. Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik 2010). Durch systematische Selbst- und Fremdeinschätzung unterstützt die Potenzialanalyse diese ersten Phasen der Selbstreflexion und fördert eine realistische Selbstwahrnehmung im Hinblick auf externe Anforderungen. Sie zeigt, welche verborgenen Talente in den Jugendlichen schlummern, und gibt Hinweise, wie Kompetenzen durch individuelle Förderung weiterentwickelt werden können.

Im Rahmen der **Werkstatttage** (in der Regel in der 8. Klasse) haben die Jugendlichen anschließend die Gelegenheit, für 80 Stunden in einer Berufsbildungsstätte unter Anleitung erfahrener Ausbilder/-innen praktische Erfahrungen in mindestens 3 Berufsfeldern bzw. 5 Berufsfeldern in der ab dem Jahr 2012 geltenden neuen Förderrichtlinie zu machen. Im praktischen Tun eröffnen sich gerade auch den Jugendlichen neue Chancen, die sich mit schulischen Leistungen schwerer tun. Besonders motivierend ist, wenn die Aufgaben in den Berufsfeldern produkt- und prozessorientiert angelegt sind. Das fördert das Selbstvertrauen der jungen Menschen und den Stolz auf die eigene Leistung.

Das Gesamtpaket einer Berufsorientierung wird mit einer Zertifizierung abgeschlossen, die Schülern und Schülerinnen als Entscheidungshilfe für die spätere Berufswahl dienen und Betriebe bei der Einstellung von Auszubildenden unterstützen soll.

Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung

Durch das **Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung** werden die bereits etablierten Instrumente Potenzialanalyse (siehe Berufsorientierungsprogramm) und Berufseinstiegsbegleitung verzahnt. Das Programm sieht bis Ende 2014 die Etablierung von rund 1.000 hauptamtlichen Berufseinstiegsbegleiterinnen und Berufseinstiegsbegleitern (BerEb) an bundesweit 1.070 Haupt- und Förderschulen vor. Sie betreuen über mehrere Jahre insgesamt bis zu 30.000 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf. Die BerEb entwickeln individuelle Förderpläne und stimmen ihre Begleitung der Jugendlichen eng mit dem Schulpersonal, mit Eltern, Unternehmen, der BA und weiteren relevanten Akteuren ab. Zu den Aufgaben der Berufseinstiegsbegleitung gehören insbesondere die Unterstützung beim Erreichen des Schulabschlusses, bei der Persönlichkeitsentwicklung und der Erlangung der Ausbildungsreife, bei Berufsorientierung, Berufswahl und Ausbildungsplatzsuche. Die Begleitung im Übergang kann als Stabilisierung bis ins erste Ausbildungsjahr hineinreichen.

Umgesetzt wird das Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung von der BA. Die Länder haben die 1.000 Haupt- und Förderschulen benannt, die sich an der Initiative Bildungsketten beteiligen. Seit 2011 nehmen jährlich rund 60.000 Schülerinnen und Schüler an Potenzialanalysen teil. Die ersten 500 starteten am 29. November 2010. Damit ergänzen sie die über 1.000 Berufseinstiegsbegleiter/-innen der BA, die seit 2009 bundesweit bereits ca. 20.000 junge Menschen betreuen. Zur Evaluation der Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III für Leistungsschwächere **vgl. Kapitel A7.2**.

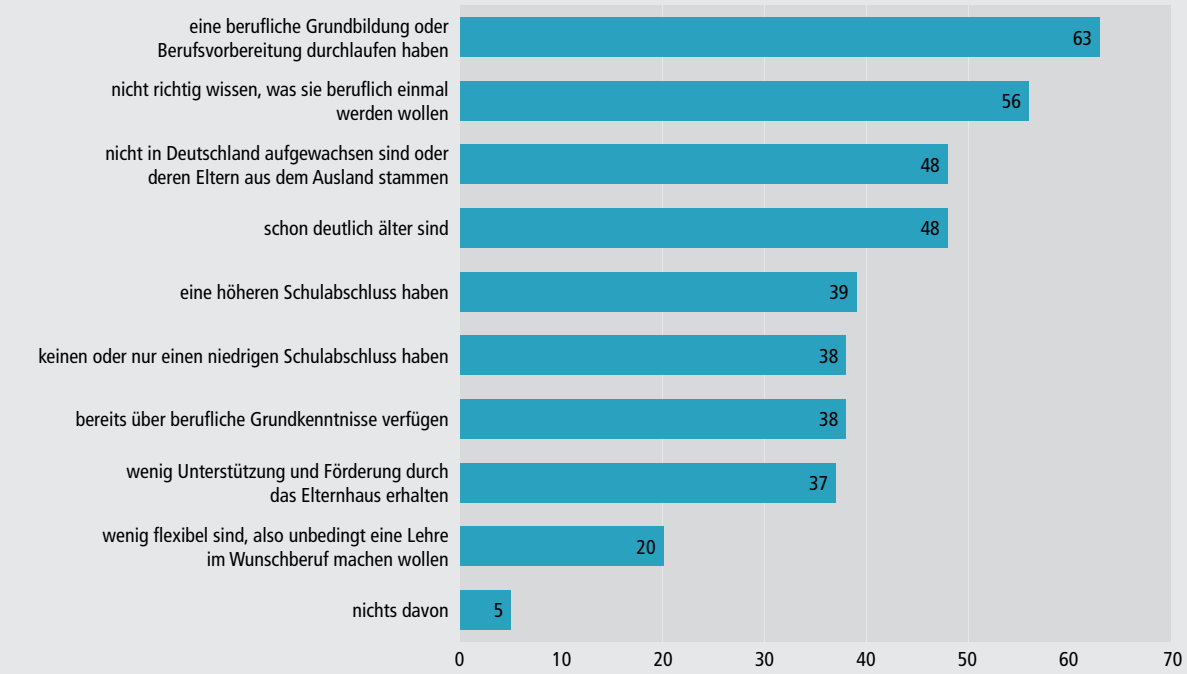
Bund-Länder-Begleitgruppe zur Initiative Bildungsketten

Zur Begleitung der Initiative Bildungsketten wurde ein Bund-Länder-Gremium ins Leben gerufen, welches Ergebnisse und aktuelle Entwicklungen diskutiert, unterschiedliche Ansätze abgleicht und gute Praxis und Konzepte transferiert. Neben 16 Ländervertretern aus den Kultusministerien sind das BMBF, die BA und Ländervertreter aus der Wirtschafsministerkonferenz (WMK) und der Arbeitsministerkonferenz (ASMK) in diesem Gremium vertreten.

C4.2 Vielfalt und Individualisierung: Heterogene Wege in die Ausbildung

Die Forschungen des BIBB in Kooperation mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern der Forschung und der Praxis der beruflichen Bildung haben gezeigt, dass es sich bei dem Thema „Umgang mit heterogenen Lerngruppen“ nicht um eine fundamental neue Herausforderung handelt. Allerdings gibt es aufgrund des demografischen und gesellschaftlichen Wandels deutliche Veränderungen in der Struktur der Jugendlichen und parallel dazu

Schaubild C4-2.1: **Heterogenität der Bewerber und Bewerberinnen (in %)**



Quelle: Forschungsgruppe SALSS, Bundesinstitut für Berufsbildung 2010

wachsende Anforderungen an die Unternehmen. Lehrer/-innen in den berufsbildenden Schulen, Ausbilder/-innen in Betrieben und Bildungsdienstleistungsinstitutionen sowie die ausbildenden Fachkräfte in den Unternehmen benötigen Hilfe bei der täglichen Arbeit. Ergebnisse von standardisierten und offenen Interviews, die im Rahmen mehrerer Studien der Jahre 2008 bis 2010 durchgeführt wurden, haben gezeigt, dass vor allem KMU Sorge um die Sicherung des Bedarfs an qualifiziertem Nachwuchs äußern. Aber selbst größere Unternehmen, auch im süddeutschen Raum, der bisher weitgehend wenig von den Veränderungen berührt war (z. B. aufgrund von Zuwanderungen von Ausbildungsbewerber/-innen und von Fachkräften aus anderen schwächer strukturierten Regionen), schließen sich dieser Sorge inzwischen an.

Ins Zentrum der Wahrnehmung ausbildender Unternehmen rücken verstärkt Bewerberinnen und Bewerber, die aus dem Übergangsbereich stammen. Ergänzende Ergebnisse von Gruppendiskussionen und Experteninterviews zeigen jedoch, dass die Betriebe berufsvorbereitende Maßnahmen bisher nur in Ausnahmefällen als zusätzliche Qualifizierung der jungen Menschen und damit als Verbesserung der Ausbildungsreife ansehen. Das Gegenteil ist eher der Fall: Es herrschen deutliche Vorbehalte gegenüber diesem Bewerber/-innenkreis, die auch in der Einschätzung, dass immer mehr unter ihnen „nicht richtig wissen, was sie wollen“, zum Ausdruck kommen → **Schaubild C4.2-1**. Wie kann dem entgegengewirkt werden?[319]

Modellversuchsprogramm „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“

Im Förderschwerpunkt „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ arbeiten seit dem Frühjahr 2011

319 Vgl. zur Notwendigkeit eines Umdenkens bei den Betrieben und den damit verbundenen Schwierigkeiten Heister 2011, S. 71 ff.

bundesweit 18 neue Modellversuche. Das BIBB leitet, steuert und betreut das Programm wissenschaftlich sowie administrativ; es koordiniert, vernetzt und unterstützt die Modellversuche bei der Erreichung ihrer Ziele. Diese Arbeit erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung (Forschungsgruppe SALSS, Bonn und Berlin, in Kooperation mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und dem Institut für sozialwissenschaftliche Beratung, isob GmbH Regensburg). Die Fördersumme insgesamt beträgt ca. 9 Mio. € in einem Zeitraum von 3 Jahren.

Ziel des Förderschwerpunkts ist es, innovative Wege in die Ausbildung und zu erfolgreichen Ausbildungsabschlüssen bei zunehmender Heterogenität (potenzieller) Auszubildender vorzuzeichnen. Die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und die Ausbildung selbst, verbunden mit einer längerfristigen Perspektive der Berufstätigkeit, werden als integrierte Teile einer funktionierenden Bildungskette betrachtet. Im Fokus stehen dabei kleine und mittlere Unternehmen, die traditionell den größten Anteil der Ausbildungsleistung erbringen. Aufgrund des demografischen Wandels haben sie immer größere Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze adäquat zu besetzen, zumal sie dabei in besonderer Weise in Konkurrenz zu den größeren Unternehmen stehen. In dem neuen Modellversuchsprogramm werden in diesem Segment – anknüpfend an bestehende Förderinstrumente, Konzepte und Methoden – exemplarische innovative Lösungen erarbeitet, um den neuen Herausforderungen an die berufliche Bildung zu begegnen. So werden beispielsweise in einem der Modellversuche im Kontext des neuen Hamburger Übergangsmodells Betriebe, insbesondere auch von Migranten und Migrantinnen, in Handel, Dienstleistungen und Handwerk dazu motiviert, gezielt solche Auszubildende einzustellen, die nach bisheriger Einstellungspraxis keine Chance gehabt hätten. Durch enge Kooperation akquirierter Betriebe mit ausgewählten Schulen werden Modelle vertiefter Berufsorientierung und Vermittlung in Ausbildung entwickelt. Dabei finden individuelle und strukturelle Heterogenitätsmerkmale von Schülerinnen und Schülern Berücksichtigung. Die potenziellen Auszubildenden werden in einem speziellen Prozess von Profiling und Matching in Unternehmen vermittelt und begleitet. Das Projekt etabliert sich zugleich als Service- und Dienstleistungsstelle für Jugendliche, Betriebe und Schulen.[320]

Ausbildungsbausteine/Qualifizierungsbausteine

Die Verbesserung von Übergangschancen für Jugendliche zwischen allgemeinbildender Schule und dualer Ausbildung in die betriebliche Ausbildung ist ein Ziel des Programms **JOBSTARTER CONNECT.** Junge an- und ungelernte Erwachsene mit und ohne Beschäftigungsverhältnis sollen anhand eines gegliederten Qualifizierungswegs über die Externenprüfung zu einem Berufsabschluss geführt werden.

Im Auftrag des BMBF wurden vom BIBB auf Basis der jeweils geltenden Ausbildungsordnung **bundeseinheitliche Ausbildungsbausteine** in 14 Berufsbildern entwickelt. Mithilfe der Bausteine lassen sich erworbene berufliche Handlungskompetenzen transparent dokumentieren und die Maßnahmen zeitlich effektiver verwerten. Die Bescheinigung dessen, was jemand kann, bietet einen guten Ansatzpunkt, berufliche Handlungskompetenzen auf die Ausbildung anzurechnen oder den Zugang zur Externenprüfung zu erleichtern.

Seit April 2009 setzen im Rahmen von 2 Förderrunden inzwischen 40 regionale Projekte das Programm um. Bis Juli 2011 wurden 2.500 Jugendliche und junge Erwachsene in eine Qualifizierung über Ausbildungsbausteine aufgenommen. Für die beiden Förderrunden wurden insgesamt rd. 23,4 Mio. € an Projektmitteln bewilligt. Die bisherigen Ergebnisse bieten gute Ansatzpunkte für die weitere wissenschaftliche Begleitung und Evaluation.

Neben den Ausbildungsbausteinen sind auch Qualifizierungsbausteine für den Übergangsbereich von zentraler Bedeutung. Als inhaltlich und zeitlich abgegrenzte Lerneinheiten, die sich an Ausbildungsordnungen orientieren, sollen Qualifizierungsbausteine die Grundlagen beruflicher Handlungsfähigkeit vermitteln und auf die Aufnahme einer Ausbildung

320 Vgl. **http://www.bibb.de/de/59453.htm**

vorbereiten. Sie sind damit ein Element der Berufsausbildungsvorbereitung, die mit Wirkung zum 1. Januar 2003 in das Berufsbildungsgesetz (BBiG) aufgenommen wurde, und sollen dazu beitragen, berufsvorbereitende Maßnahmen inhaltlich auf transparente Weise auf eine angestrebte Berufsausbildung auszurichten.

Durch das BBiG und die Berufsausbildungsvorbereitungs-Bescheinigungsverordnung (BAVBVO) werden nur indirekt (über den Bezug auf die Ausbildungsordnungen) inhaltliche Vorgaben für Qualifizierungsbausteine gegeben, es wurden jedoch Standards für die Gestaltung, Bescheinigung und Bestätigung von Qualifizierungsbausteinen gesetzt. Um einen Gesamtüberblick über die nach der BAVBVO erstellten und durch die zuständigen Stellen bestätigten Qualifizierungsbausteine zu ermöglichen und diese an zentraler Stelle verfügbar zu machen, hat der Hauptausschuss des BIBB im Dezember 2003 die Empfehlung ausgesprochen, bestätigte Bausteine möglichst vollständig im Good Practice Center zur Förderung von Benachteiligten in der Berufsbildung (GPC) zu erfassen (**www.good-practice.de**). Darüber hinaus wurden zur Unterstützung der Praxis modellhafte Qualifizierungsbausteine entwickelt und u. a. über das Internetangebot des GPC zugänglich gemacht. Die Datenbank der Qualifizierungsbausteine im GPC enthält 534 Qualifizierungsbausteine (Stand September 2011). Handwerkliche Berufe stellen den größten Anteil, gefolgt von Industrie und Handel. Aber auch Landwirtschaft und freie Berufe sind vertreten. In letzter Zeit sind vor allem Qualifizierungsbausteine, die auf Pflegeberufe vorbereiten, dazugekommen. Beispiele sind hier etwa 2 Qualifizierungsbausteine im Themenfeld der Unterstützung alter Menschen, die für Einstiegsqualifizierungen im Bereich der Altenpflege genutzt werden sollen.[321]

C4.3 Prävention statt Reparatur: Anforderungen an das Personal im Übergangsbereich

Während die bisher beschriebenen Programme unmittelbar auf die jungen Menschen im Übergang abzielen, gibt es daneben eine Reihe von Maßnahmen und Förderprogrammen, die sich unmittelbar an das Personal im Übergangsbereich wenden.

BIBB-Forschungsprojekt „Anforderungen an die Professionalität des Bildungspersonals im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt"

Im Übergangsbereich stellen sich nicht nur an spezielles Begleitpersonal neue Anforderungen; vielmehr gelten die Aufgaben „individuelle Bildungs- und Übergangsbegleitung" und „Gestaltung eines strukturellen Übergangsmanagements" für alle pädagogischen Fachkräfte. Ein BIBB-Forschungsprojekt zeigt, dass es „Anforderungen an die Professionalität des Bildungspersonals im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt"[322] gibt, die in Aus- und Weiterbildung des Bildungspersonals einen Platz haben müssen.

Die **individuelle Bildungs- und Übergangsbegleitung** beinhaltet eine kontinuierliche und verlässliche Begleitung des jungen Menschen von der Schule in den Beruf. Sie endet nicht an einzelnen Bildungsabschnitten, sondern verknüpft diese miteinander und stellt Anschlüsse her. Dieses setzt voraus, dass alle beteiligten Bildungsinstitutionen „Hand in Hand" arbeiten. Damit stellt sich den beteiligten Bildungsinstitutionen und pädagogischen Fachkräften gemeinsam die Aufgabe, ein Konzept zu erarbeiten, das – von Kompetenzen, Stärken und Interessen des/der einzelnen Jugendlichen ausgehend – individuelle maßgeschneiderte Unterstützungsangebote entwickelt. Begleitung ist dann individuell an der Biografie des jungen Menschen orientiert und als Prozess zu verstehen, der system- und ressourcenorientiert angelegt ist und regional eingebettet sein muss. Ziel ist, gemeinsam mit der/dem Jugend-

321 Vgl. Datenbank Qualifizierungsbausteine des GPC: **http://www.good-practice.de/bbigbausteine.php**, Qualifizierungsbaustein „Alte Menschen bei der wohn- und lebensraumbezogenen Alltagsbewältigung unterstützen" und „Alte Menschen bei der Tagesgestaltung unterstützen".

322 Vgl. BIBB-Forschungsprojekt: **http://www.kibb.de/wlk51853.htm**

lichen realisierbare Bildungs- und Ausbildungsperspektiven zu entwickeln.

Die **Gestaltung eines strukturellen Übergangsmanagements** bezieht sich auf die Vernetzung und die Kooperation aller am regionalen Übergangsgeschehen beteiligten Akteure. Hier sind Konzepte gefordert, die den Nutzen einer Zusammenarbeit für alle Beteiligten nachvollziehbar machen. Dies darf nicht außer Acht lassen, dass die Zusammenarbeit auch davon geprägt wird, dass jede Institution auf einer eigenen Handlungslogik aufbaut, jeweils unterschiedliche gesetzliche Grundlagen (bspw. Sozialgesetzbücher II, III, VIII, XII; Schulgesetze) bestehen und jede Profession andere Zugänge zum Handlungsfeld und zur Zielgruppe mitbringt – abgesehen davon, dass jede Institution einen jeweils spezifischen Auftrag erfüllen muss. Markant für die neue, veränderte Form der Zusammenarbeit ist, dass aufgrund der enormen Komplexität des Übergangsgeschehens keine Institution mehr alleine ihre spezifische Aufgabe erfüllen kann – zur Bewältigung der Probleme werden Handlungsstrategien notwendig, die die eigene Zuständigkeit überschreiten (vgl. Bylinski 2008). In einem vernetzten System von Erziehung, Bildung und Betreuung in kommunalen Bildungslandschaften wird etwa auch die Jugendhilfe zu einem wichtigen Glied in der Förderkette und zu einem bedeutenden Akteur im Rahmen einer Bildungsbegleitung.

Die Fähigkeit zur Netzwerkbildung und Kooperation der am Übergangsgeschehen beteiligten Bildungsinstitutionen und pädagogischen Fachkräfte werden zum neuen Segment von Professionalität am Übergang Schule – Beruf. Professionalisierung schließt formale Qualifikationen, (Berufs-)Erfahrungen und informell erworbene Kompetenzen ein. Dieses (berufs-)biografische Potenzial aufzugreifen und für „pädagogisches Übergangshandeln“ nutzbar zu machen, muss Aufgabe von Fort- und Weiterbildung sein.

Good Practice Center – Förderung von Benachteiligten in der beruflichen Bildung

Im Kontext einer effizienteren und bedarfsgerechteren Gestaltung des Übergangsbereichs hat die Förderung Benachteiligter große Bedeutung. Bereits erprobte und erfolgreiche Ansätze und Praxiserfahrungen sind gerade hier für die Akteure hilfreich. Das **Good Practice Center (GPC**) stellt für all diejenigen ein Erfahrungs- und Wissensforum zur Verfügung, die in der beruflichen Förderung von jungen Menschen im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt engagiert sind. Die Angebote richten sich an Fachkräfte aus Berufsschulen, Betrieben und von Bildungsträgern sowie an Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Ihnen bietet das GPC aktuelle Informationen aus Wissenschaft, Praxis und Politik, dabei bildet die praxisorientierte Aufbereitung und Verbreitung von Erfahrungen und Erkenntnissen (Good Practice) den Mittelpunkt der Arbeit.

Für die Handlungsfelder Berufsorientierung, Schulsozialarbeit, Berufsvorbereitung, Ausbildung, Übergänge und Nachqualifizierung gestaltet und betreut das GPC inhaltlich und technisch 2 thematisch miteinander verbundene Internetangebote. Konzeptionell neu aufgestellt wurde der Bereich der „guten Praxis“. Qualitätskriterien lassen alle Interessierten nachvollziehen, was „gute Praxis“ eigentlich ausmacht, und neue, ausführliche Erfahrungsberichte schildern anschaulich, wie „gute Praxis“ im Alltag aussieht.

Das Portal **Benachteiligtenförderung online** ist das zentrale Medium für die Aufbereitung und den Transfer guter Praxis in der Benachteiligtenförderung. Es bietet aufbereitetes Fachwissen, Grundlageninformationen, Datenbanken mit Good-Practice-Lösungen, Materialien und Qualifizierungsbausteinen und weist auf aktuelle Veranstaltungen hin. Regelmäßig informieren Berichte über neue Entwicklungen und gute Projekte mit übertragbaren Ansätzen. Das Portal **Länder aktiv** ist die Plattform für die Aktivitäten der Bundesländer im Übergang Schule – Beruf und dokumentiert die vielfältigen Förderprogramme und -projekte aller 16 Bundesländer.

Monatlich verschickt das GPC aktuelle Informationen aus der Benachteiligtenförderung, der Forschung, dem BIBB und dem GPC an interessierte Fachleute. 2011 bezogen knapp 7.000 Abonnentinnen und Abonnenten den Newsletter.

Ausbildungswege begleiten, Ausbildungsabbrüche verhindern (Jobstarter-Programm)

Im Rahmen der Bildungsketten-Initiative (**vgl. Kapitel C4.1**) wird das Prinzip der individuell zugeschnittenen Begleitung und Unterstützung auch auf den Bereich der Ausbildung übertragen. Dabei steht die Prävention von Ausbildungsabbrüchen im Mittelpunkt.

In Deutschland wird etwa jeder fünfte Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst (2010: 23,0 %, **vgl. Kapitel A4.7**), oft schon im ersten Lehrjahr. Daher haben der Senior Experten Service (SES)[323] – eine gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Bonn – zusammen mit den Spitzenverbänden der deutschen Industrie, des Handwerks und der freien Berufe Ende 2008 die Initiative VerA aufgelegt. Förderer ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung über sein vom BIBB administriertes JOBSTARTER-Programm.

VerA ist ein Angebot an Jugendliche, die in der Ausbildung auf Schwierigkeiten stoßen und mit dem Gedanken spielen, ihre Lehre abzubrechen. Auf Wunsch stellt der SES diesen Jugendlichen berufs- und lebenserfahrene Senior-Expertinnen und -Experten zur Seite – Vertrauenspersonen, die ihnen Stärke und Orientierung vermitteln und individuell helfen: Sie beantworten fachliche Fragen, begleiten Übungen für die Berufspraxis, unterstützen die Vorbereitung auf Prüfungen, kümmern sich um den Ausgleich sprachlicher Defizite, fördern die soziale Kompetenz und Lernmotivation und stärken das Vertrauensverhältnis zwischen Auszubildendem und Ausbildenden.

SES-Ausbildungsbegleiter sind ehrenamtlich tätig. Eine VerA-Begleitung ist für den/die Auszubildende/-n und den Ausbildungsbetrieb kostenlos. Sie läuft zunächst über maximal 12 Monate, kann aber bis zum Abschluss der Lehre verlängert werden.

Der SES hat mit den Kammern ein Netz von mittlerweile 1.160 geschulten Senior-Expertinnen und -Experten aufgebaut und nimmt Anfragen nach Ausbildungsbegleitern von Auszubildenden selbst, den Beratern bei den Kammern, den Ausbildungsbetrieben und den Berufsschulen entgegen. Die Expertinnen und Experten werden auf ihre Aufgabe vorbereitet und bringen das Fachwissen aus Industrie, Handwerk und vielen technischen, kaufmännischen und sozialen Berufen mit. Die Zahl der Anfragen steigt stetig an; derzeit sind gibt es 1.500 Anfragen nach Begleitungen, und es werden 900 aktive Begleitungen von Senior-Expertinnen und -Experten durchgeführt.

C5 Strukturen verändern – Übergänge im System neu verankern: Initiativen in den Bundesländern

Wenn Übergangsschwierigkeiten kein vorübergehendes Problem sind und die Übergangsgestaltung sich nicht nur auf sogenannte „Benachteiligte“ ausrichtet, sondern zur ganz normalen Herausforderung für die (Berufs-)Bildungspolitik wird, dann sind vor dem Hintergrund der regionalen Ausrichtung insbesondere die Bundesländer aufgefordert, hierauf strukturpolitisch zu reagieren. Hierzu gibt es in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Initiativen zum Aufbau eines konsistenten Übergangssystems.

Eine sehr umfassende Variante ist die Verschränkung von Schulreform und Reform der beruflichen Bildung, die die Regelung von Übergängen in Berufsausbildung einschließt. Der Übergangsbereich ist hier integraler Bestandteil eines neuen Gesamtsystems. Damit gibt es einen verbindlichen Auftrag an die Institutionen, verbunden mit einer Ausbildungsgarantie oder einer verbindlichen Ausbildungszusage für die Jugendlichen, alle Schulabgänger und Schulabgängerinnen in eine duale Berufsausbildung, eine außerbetriebliche oder eine schulische Berufsausbildung – die in jedem Fall betriebsnah sein soll – zu führen. Besonders weit vorangeschritten ist hier das „Übergangssystem Schule – Beruf“ in Hamburg.[324]

323 **http://www.ses-bonn.de**.

324 „Maßnahmen zur Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg“. Drucksache 19/8472 vom 18.1.2011; Sturm, Hartmut u. a. (Hrsg.): Übergangssystem Schule – Beruf in Hamburg. Hamburg 2011.

Ansätze, die auf Veränderungen des bestehenden „Übergangssystems“ zielen, sind im Kontext strukturpolitischer Modelle zur Sicherung von Fachkräftebedarf zu finden, die durch die jeweiligen Bedingungen der Bundesländer geprägt sind. Dabei kann es um den Aufbau eines Gesamtsystems des Übergangs Schule – Studium – Beruf gehen, die Herstellung von Ausbildungsreife unmittelbar nach der Schule, systematische Beratung und Empfehlung, Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen an allen Lernorten oder um die Vermeidung und den Abbau von Doppelstrukturen. In diesem Modell findet sich eine „verbindliche Ausbildungsperspektive“. Aufbauend auf den unter **Kapitel C1** genannten Zielen der Bertelsmann-Initiative ist hier insbesondere das Land Nordrhein-Westfalen weit vorangeschritten.[325]

Bei anderen Aktivitäten kann es auch um die Implementierung eines transparenten Übergangsfeldes gehen, das kohärent ist und sich ebenso an individuellem wie gesellschaftlichem Bedarf orientiert. Dabei werden die Elemente Berufs- und Studienorientierung, Berufswegebegleitung, Herstellung von Ausbildungsreife mit Anschluss an abschlussorientierte Berufsausbildung und Hinführung Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz in duale oder schulische Ausbildung oder Ausbildung bei Bildungsträgern in Kooperation mit Betrieben miteinander verbunden. Als Beispiel sei hier der Berliner Masterplan Qualifizierung genannt.[326] Während in dem einen Fall also etwas Neues geschaffen werden soll, werden in anderen Fällen vorhandene Elemente verbunden und in einen kohärenten Zusammenhang gestellt.

Weitere Modelle konzentrieren sich auf die Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit[327], die Entwicklung eines Gesamtkonzepts auch zur Professionalisierung von Berufsorientierung[328] oder auf die Zusammenführung eines Gesamtkonzepts Berufsorientierung mit einem Konzept Übergang Schule – Beruf[329].

C6 Fazit

Gerade die zuletzt dargestellten Beispiele aus den Bundesländern zeigen, dass im Bereich des Übergangs Schule – Ausbildung vieles bewegt und auf den Weg gebracht wurde. Die zu Anfang dieses Kapitels dargestellten Diskussionen und Maßnahmen der letzten Jahre und auch die zurzeit laufenden Forschungs- und Programmaktivitäten, die oben beispielhaft an den Initiativen des BIBB verdeutlicht wurden, belegen diese These nachdrücklich.

4 Punkte sind besonders hervorzuheben:

- Es hat eine **zeitliche Ausdehnung** stattgefunden. Der ursprüngliche Übergangsbereich im engeren Sinne (Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die vor der Einmündung in eine duale Ausbildung stehen) wird durch den Ausbau von Berufsorientierungsmaßnahmen zu einem Übergangsbereich im weiteren Sinne ab Ende Klasse 7 mit dem Beginn der Potenzialanalyse. Durch einen Ausbau der Berufsorientierung kann einerseits dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden, andererseits können Matchingprobleme an der unmittelbaren Schnittstelle Schule – Beruf beseitigt werden. In welchem Maße beide Effekte tatsächlich auftreten, muss in einer umfassenden Evaluation ermittelt werden.
- Zahlreiche Initiativen der Bundesländer verdeutlichen, dass man sich auf Landesebene um den Aufbau eines **konsistenten Übergangssystems** bemüht. Die Ansätze sind sehr vielversprechend und gehen weitgehend von einem

325 MAIS-II A 2: „Umsetzungspapier für das Spitzengespräch Ausbildungskonsens am 18.11.2011“; s. auch: Schleimer, Ingrid, MAIS: „Berufsbildung und Umbau des Übergangssystems von der Schule in den Beruf zur Sicherung des Fachkräftebedarfs – neue Ansätze in Nordrhein-Westfalen. Vortrag vom 24.5.2011 in Mainz. **www.iwkoeln.de/_storage/asset/64197/storage/master/file/369834/download/47.pdf**.

326 Vgl. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin: Berliner Masterplan Qualifizierung. Ganzheitlich – Nachhaltig – Miteinander. Berlin, März 2011. **http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-arbeit/besch-impulse/lernen/berliner_masterplan_qualifizierung.pdf?start&ts=1302685974&file=berliner_masterplan_qualifizierung.pdf**.

327 Vgl. **http://www.olov-hessen.de/**.

328 Vgl. **http://www.iris-ev.de/frame_projekt.html**.

329 Vgl. Bremer Vereinbarungen für Fachkräftesicherung 2011–2013. **http://www.arbeit.bremen.de/sixcms/media.php/13/Deckblatt%20BV%20(end)_mit_BV_Logos_u%20_Anhang.pdf**.

Übergangsbereich im weiteren Sinne aus.

- Bei der **Gestaltung des Übergangs** muss weiterhin besonderes Augenmerk auf die **regionale Verankerung** und die **Betriebsnähe** gelegt werden. Zudem darf die **Professionalisierung des Bildungspersonals** in diesen Bereichen nicht aus den Augen verloren werden,
- Mit der **integrierten Ausbildungsberichterstattung** steht erstmals ein Instrument zur Verfügung, das für die **Anfängerzahlen im Übergangssektor** verlässliche Zahlen liefert. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Anfängerzahlen sind stark rückläufig.

In diesem Kapitel wurde jedoch noch einen Schritt weitergegangen und eine Prognose für die Zukunft skizziert: Im Übergangsbereich im engeren Sinne werden fast ausschließlich Jugendliche und junge Erwachsene ausgebildet, die über keine Hochschulzugangsberechtigung verfügen (**vgl. Kapitel C2**). Da die Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger/-innen und -absolventen/-absolventinnen bereits seit Mitte des letzten Jahrzehnts abnimmt und sich diese Entwicklung bis zum Ende der 2010er-Jahre fortsetzen wird (**vgl. Kapitel C3**), ist für die kommenden Jahre mit weiterhin sinkenden Anfängerzahlen in diesem Bildungssektor zu rechnen. Die seit 2005 vorliegenden Ist-Zahlen stützen diese Annahme. Allerdings ist der Anfängerbestand im Übergangsbereich nicht allein von der Zahl nicht studienberechtiger Schulabgänger/-innen und -absolventen/-absolventinnen abhängig. Vielmehr spielt auch die Entwicklung des vollqualifizierenden Berufsausbildungsangebots eine wesentliche Rolle (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 176; Euler 2010, S. 21; Pfeiffer/Kaiser 2009, S. 35 f.; Ulrich 2008, S. 4 ff.): Bleibt dieses Angebot deutlich hinter der Nachfrage der Jugendlichen zurück, werden erfolglose Nachfrager/-innen selbst bei ausreichender „Ausbildungsreife“ in den Übergangsbereich abgedrängt (Ulrich 2011; Münk 2010; Beicht 2009).

Darüber hinaus werden 2 weitere Faktoren dafür sorgen, dass der Übergangsbereich im engeren Sinne nicht verschwinden wird. Zum einen werden auch in den nächsten Jahren sicher nicht alle Schülerinnen und Schüler, die eine duale Ausbildung anstreben, die notwendige Ausbildungsreife mitbringen. Zum anderen haben Bildungsanbieter im Übergangsbereich ein breites Angebotsspektrum entwickelt, das auch weiterhin bildungspolitischen und individuellen Interessen an ergänzenden und weiterführenden Bildungsgängen entgegenkommt.

(Michael Heister, Angelika Puhlmann, Christoph Acker, Ursula Bylinski, Regina Dionisius, Katrin Gutschow, Katharina Kanschat, Carolin Kunert, Nicole Lissek, Tobias Maier, Jens Peschner, Friedel Schier, Joachim Gerd Ulrich, Gisela Westhoff)

D Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme, Modellinitiativen und Kompetenzzentren

Das Wichtigste in Kürze

Berufliche Bildung ist einem stetigen Veränderungs- und Modernisierungsprozess unterworfen. Dies gilt für die Übergänge zwischen Schule und Ausbildungssystem zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem und für die berufliche Weiterbildung. Um diesen Veränderungsprozess anzustoßen und wichtige Impulse zu geben, werden sowohl vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als auch von anderen Akteuren (z. B. weitere Bundes- und Länderministerien, die Europäische Kommission, die Bundesagentur für Arbeit) zahlreiche Programme und Modellinitiativen in ganz unterschiedlichen Themenbereichen aufgelegt. Eine wesentliche Bedeutung gewinnt im Rahmen des Modernisierungsprozesses auch der Ausbau von überbetrieblichen Berufsbildungszentren hin zu Kompetenzzentren.

Zunächst wird im **Kapitel D1** ein umfassender Überblick über die Programme zur Förderung der Berufsausbildung der beteiligten Bundes- und Länderministerien sowie der Bundesagentur für Arbeit und der Integrationsämter gegeben. Dabei handelt es sich sowohl um zeitlich begrenzte Programme als auch um Programme im Bereich gesetzlicher Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG). Die Finanzierung erfolgt aus Haushaltsmitteln des Bundes, der Länder und der Kommunen, aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der Bundesagentur für Arbeit sowie aus Eigenmitteln der Träger.

Die Übersicht verdeutlicht, wie vielfältig die Förderlandschaft ist. In den Jahren 2010 und 2011 hat sich auch eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit der Frage beschäftigt, wie Redundanzen vermieden und Bündelungen erfolgen können (vgl. Kapitel C1).

Das **Kapitel D2** liefert einen Überblick über Modellversuche in der beruflichen Bildung. Modellversuche nehmen innovative Trends auf und leiten beispielhaft praktische Schritte für bildungspolitische Neuentwicklungen sowohl in inhaltlicher als auch methodischer und struktureller Perspektive ein.

Seit Ende des Jahres 2010 bzw. dem ersten Quartal des Jahres 2011 haben in den Förderschwerpunkten „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“, „Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ sowie „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ insgesamt 35 Modellprojekte ihre Arbeit aufgenommen. Im Jahr 2011 haben die verschiedenen Projekte intensiv am Aufbau von Netzwerken gearbeitet und mit der Umsetzungs- und Erprobungsphase begonnen. Konkrete Projektergebnisse sind in den Jahren 2012 und insbesondere 2013 zu erwarten und werden dann für den Transfer aufbereitet. Das **Kapitel D2** wird ergänzt um eine Darstellung der Pilotinitiative DECVET zur Entwicklung und Erprobung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung. Die Ergebnisse der seit 2007 laufenden Initiative werden im Frühjahr 2012 der Öffentlichkeit auf einer Abschlusskonferenz präsentiert.

Im **Kapitel D3** erfolgt schließlich eine umfassende Analyse der Entwicklung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten hin zu Kompetenzzentren. Sie verfolgen Neuentwicklungen in Forschung und Technik, bewerten deren Nutzen für mittelständische Unternehmen und unterstützen die Umsetzung in die betriebliche Praxis durch passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen. Kompetenzzentren tragen dadurch erheblich zur Implementierung neuer Technologien und damit zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft etwa im Bereich Bau und Energie (Klimaschutz, Nachhaltigkeit) sowie Kfz und Elektromobilität bei.

(Michael Heister)

D1 Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung

Vorbemerkung

Bund, Länder und Europäische Union fördern die Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die Ausbildungsfähigkeit und den Übergang von jungen Menschen in die berufliche Ausbildung sowie die Leistungsfähigkeit des Berufsbildungssystems durch eine Vielzahl von Programmen. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die im Jahr 2011 bestehenden Programme zur Förderung der Berufsausbildung. Der Begriff „Förderprogramm" wird dabei analog zum Haushaltsrecht des Bundes und der Länder verwendet. Demnach wird unter einem Förderprogramm eine Regelung verstanden, auf deren Grundlage finanzielle Leistungen an Stellen außerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke bzw. übergeordneter Ziele erbracht werden.[330]

Befragung zur Förderung der Berufsausbildung

Im Oktober und November 2011 wurde eine schriftliche Befragung der zuständigen Bundes- und Landesministerien bzw. -behörden durchgeführt. Basierend auf einer begleitenden Auswertung der Förderdatenbank des Bundes im Internet[331] sowie den Ergebnissen der Befragung zur Förderung der Berufsausbildung der Jahre 2009 und 2010[332] wurden insgesamt 193 Fragebögen an 52 Adressaten gesandt. Die Beteiligung der Fördergeber war ausgesprochen positiv. Die Rücklaufquote betrug – bezogen auf die Zahl der Fragebögen – insgesamt 98,4 %.[333]

Folgende Merkmale wurden im Rahmen der Befragung erhoben:

- Programmtitel
- zuständiges Ministerium
- zuständige Antrags- bzw. Bewilligungsstelle
- Fördergegenstand
- Förderberechtigte
- Art und Höhe der Förderung
- Art und Anzahl der Förderfälle
- Mittelvolumen und -herkunft
- Programmlaufzeit
- Rechtsgrundlage

Ziele und Zielgruppen der Förderung

Öffentliche Förderprogramme verfolgen das Ziel, Anreize zur Verwirklichung wirtschaftlich und sozial erwünschter Vorhaben zu bieten, die ohne finanzielle Unterstützung nicht bzw. nicht im gewünschten Umfang oder zum gewünschten Zeitpunkt durchgeführt würden. Die Förderung im Bereich der Berufsausbildung konzentriert sich daher auf spezifische Themen und Akteure des Berufsbildungssystems. Im Rahmen der Dokumentation wurden folgende Schwerpunkte identifiziert:

- die Schaffung und Sicherung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze,
- die Stärkung der Verbundausbildung,
- die Förderung benachteiligter und behinderter Jugendlicher,
- die Vermittlung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben in Anschlussausbildungen,
- die Vermittlung von Altbewerbern und Altbewerberinnen und Ausbildungsabbrechern und -abbrecherinnen,
- die Mitfinanzierung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten und -lehrgänge,
- die Mitfinanzierung außerbetrieblicher Ausbildungsangebote,

330 Vgl. § 23 Bundeshaushaltsordnung (BHO) i. V. m. VV § 23 BHO. Es muss sich um Zuwendungen zur Deckung von Ausgaben des Empfängers für einzelne abgegrenzte Vorhaben (Projektförderung) handeln. Nicht berücksichtigt werden demnach Zuwendungen zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben des Zuwendungsempfängers (institutionelle Förderung), Sachleistungen, Transferleistungen sowie öffentliche Aufträge. In die Darstellung einbezogen wurden demgegenüber auch die gesetzlichen Förderinstrumente des SGB.

331 Mit der Förderdatenbank gibt die Bundesregierung einen umfassenden und aktuellen Überblick über die Förderprogramme des Bundes, der Länder und der Europäischen Union. Die Förderdatenbank steht im Internet unter der Adresse **http://www.foerderdatenbank.de** zur Verfügung.

332 Vgl. BIBB-Datenreport 2010 und 2011, jeweils Kapitel D1.

333 Dort, wo keine Antworten aus der Befragung vorliegen, basiert die Dokumentation auf einer ergänzenden Auswertung öffentlich zugänglicher Informationsquellen (insbesondere Richtlinien und Merkblätter der Fördergeber).

- die Stärkung der Ausbildungsberatung und -akquise,
- die Förderung der Berufsorientierung und -vorbereitung,
- die Vermittlung von Zusatzqualifikationen für Auszubildende,
- die Förderung transnationaler Ausbildung sowie
- die Förderung von Modellprojekten und innovativen Vorhaben zur Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems.

Im Rahmen der Berufsausbildungsförderung werden fast ausschließlich Zuschüsse ausgereicht. Begünstigte sind in erster Linie ausbildende Betriebe sowie Maßnahme- bzw. Projektträger im Bereich der Berufsausbildung. In geringem Umfang werden über die Förderbanken der Länder auch Darlehen zur Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze an Unternehmen vergeben. Förderschwerpunkte und -voraussetzungen sind zwischen Bund und Ländern sowie von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ausgestaltet.

Die vollständige Dokumentation der Förderprogramme und umfangreiche Tabellen mit Basisinformationen, Aufstellungen zu Förderfällen und Fördermitteln sowie zusammengefassten Informationen können im Internetangebot zum BIBB-Datenreport unter **http://datenreport.bibb.de** abgerufen werden.

(Michael Fritsche, Martin Nospickel, Wolters Kluwer Deutschland)

D2 Modellprojekte als Innovationspartnerschaften

Mit Modellversuchen sollen Innovationen in der betrieblichen Berufsbildung entwickelt, erprobt und für den Transfer aufbereitet werden. Zurzeit gibt es auf der Grundlage des § 90 Abs. 3 Nr. 1d BBiG 3 Förderschwerpunkte:

- Neue Wege in die duale Bildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung (mit 18 Modellprojekten),
- Qualität in der betrieblichen Berufsbildung (mit 10 Modellprojekten) und
- Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung (mit 7 Modellprojekten).

Hinzu kommt die

- Pilotinitiative DECVET zur Entwicklung und Erprobung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung.

Über die geförderten Modellprojekte im Einzelnen informiert **Tabelle D2-1 Internet**.

Modellprojekte und die Pilotinitiative werden durch Projektverbünde auf regionaler oder auf Branchenebene realisiert. In den Projektverbünden engagieren sich Vertreterinnen und Vertreter von beteiligten Unternehmen, Kammern, Sozialpartnern, kommunalen oder regionalen Verwaltungen, Schulen, überbetrieblichen Bildungseinrichtungen, Bildungsdienstleistern sowie wissenschaftlichen Einrichtungen.

Die umfassende Einbindung der relevanten Akteure in den Modellprojekten ist ein Erfolgsfaktor für die Entwicklung und Erprobung innovativer Maßnahmen im komplexen Wirkungsgefüge beruflicher Bildung. Zugleich wirken die Kooperationspartner in ihren Handlungsfeldern als Katalysatoren und tragen damit wesentlich zur Verstetigung und zum Transfer der Projektergebnisse bei.

Je nach Ziel und Gegenstand der Modellprojekte sind die Formen der Kooperationen recht vielfältig. Sie reichen von eher losen Bildungsnetzwerken bis hin zu vertraglich geregelten Konsortien. Diese Kooperationen weiterzuentwickeln und zu

vergrößern ist auch Bestandteil der Arbeit in den Modellprojekten selber. So schließen sich in den Modellprojekten Betriebe für die Entwicklung neuer Ausbildungsinhalte zusammen, neue Formen der Lernortkooperationen werden erprobt, und in regionaler und sektoraler Zusammenarbeit werden Strukturen für die nachhaltige Umsetzung der Innovationen gesichert.

Konstitutives Merkmal der Modellversuche ist die Kooperation von Praxis und Wissenschaft. So wird gewährleistet, dass die Projekte auf den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauen und die für die Vorhaben angemessenen Instrumente und Maßnahmen nutzen können. Qualitätssicherung und Evaluation der jeweiligen Projekte werden über wissenschaftliche Begleitung sichergestellt. Die Wissenschaftler/-innen wirken dabei aktiv bei den Prozessen in den Projekten mit (responsive Forschung). Aus der Interaktion von Wissenschaft und Praxis erwachsen Erkenntnisse für die Berufsbildungsforschung, die wiederum Impulse für weitere Innovationen und Gestaltung bieten.

Die Zusammenarbeit der Modellprojekte untereinander und mit der zentralen wissenschaftlichen Begleitung sowie mit der Programmleitung durch das BIBB wird durch verschiedene Instrumente und Kommunikationsformen mit entsprechenden Publikationen sichergestellt.

(Barbara Hemkes)

Förderschwerpunkt: Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung

Der Förderschwerpunkt „Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BBNE) steht in enger Beziehung zur UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014) und greift als eine ihrer zentralen Forderungen die Verankerung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung in die nationalen Bildungssysteme auf. Gefördert werden 4 Verbundprojekte (3 Jahre Laufzeit) und 3 Einzelprojekte (2 Jahre Laufzeit). Eine wissenschaftliche Begleitung berät und unterstützt alle Projekte bei der Umsetzung ihrer Projektziele und evaluiert den Projektverlauf sowie den Förderschwerpunkt insgesamt.[334]

Die Implementierung und Verstetigung einer BBNE auch über den Projektzeitraum hinaus soll durch einen Branchen- und/oder Regionalbezug der Projekte erreicht werden. Der Förderschwerpunkt umfasst die Branchen Metall/Elektro mit Schwerpunkt erneuerbare Energien (EE), Bauen und Wohnen, Chemie sowie Ernährung.

Die Umsetzung der Projektziele erfolgt in 4 Phasen: Konzeptions- und Entwicklungsphase, Umsetzungs- und Erprobungsphase, Evaluation und Transfer, Implementierung und Handlungsempfehlungen zur Verstetigung der Ergebnisse. Zur Dokumentation der Arbeitsverläufe wurde ein webbasiertes Monitoringsystem angelegt.

Die Projekte haben die erste Phase abgeschlossen und mit der zweiten Phase begonnen. Zur Erhebung projektrelevanter Daten und zur Beschreibung der Ausgangslage wurden Dokumentenanalysen vorgenommen sowie Potenzial-, Sektor- (Experteninterviews, schriftliche/Online-Befragungen) und Arbeitsprozessanalysen durchgeführt. Anhand der gewonnenen Daten konnten die Projektziele überprüft und modifiziert sowie die nächsten Arbeitsschritte festgelegt werden. Darüber hinaus wurden, insbesondere bei den Verbundprojekten Netzwerke mit berufsrelevanten Partnern aufgebaut und/oder Projektbeiräte gegründet.

Übergeordnetes Ziel des Förderschwerpunktes und seiner Projekte ist die Integration einer BBNE in die verschiedenen Ebenen der Berufsbildungssystematik. Dabei finden ein ganzheitlicher Ansatz, systemisches Denken sowie die Entwicklung von Qualitätsbewusstsein grundsätzlich Berücksichtigung. Die Fachkompetenz soll systematisch mit einer Methoden- und Sozialkompetenz verknüpft werden.

(Dagmar Winzier)

334 Für weitere Informationen siehe **http://bbne.bibb.de/de/nh_52475.htm**.

Förderschwerpunkt: Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung

Im Frühjahr 2011 hat der Förderschwerpunkt „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ mit 18 Modellversuchen seine Arbeit aufgenommen. Im Zentrum stehen kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die zwar den weitaus größten Teil der Ausbildungsleistungen im dualen System erbringen, aber zunehmend Schwierigkeiten haben, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Ursachen liegen vor allem in der demografischen Entwicklung und in der Konkurrenz zu Großunternehmen und anderen Bildungswegen (schulische Bildungsgänge, Hochschulen). Allen Jugendlichen mit ihren heterogenen Voraussetzungen sollen passende Angebote gemacht werden, um ihnen einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss und einen Übergang in den Beruf zu ermöglichen.

Verschiedene Studien zur Ausbildungssituation sowie aktuelle Informationen aus der Praxis und eigene Forschungsarbeiten des BIBB haben erkennen lassen, dass die zunehmende Heterogenität der Jugendlichen ein großes Potenzial in sich birgt. Gleichzeitig ist es aber notwendig, junge Menschen als eine Gesamtheit zu betrachten und entsprechende integrative Lösungen zu entwickeln. Deutlich wurde zudem ein erhöhter Fortbildungsbedarf für das Ausbildungspersonal: die Ausbilderinnen und Ausbilder sowie die ausbildenden Fachkräfte. Abgesehen von dem Wunsch nach einer finanziellen Förderung wird ein deutlicher Unterstützungsbedarf hinsichtlich der Gestaltung von Ausbildungsprozessen (Hilfe bei Konfliktlösungen, externes Ausbildungsmanagement) gesehen.

Der Modellversuch versteht sich als Teil einer funktionierenden Bildungskette. Mit dem Ziel der Verstetigung und der nachhaltigen Wirkung der Ergebnisse sind die Praxis, die Wissenschaft und die Politik als Bezugssysteme angesprochen. Transfer und Verstetigung der Projektergebnisse sind im Förderschwerpunkt nur durch regionale und überregionale Kooperation möglich. Deshalb zeichnet sich die Mehrzahl der Modellversuche durch das Zusammenwirken in Kooperationsverbünden aus.

Über diese Verbünde hinaus wurden in allen Modellversuchen strategische Partnerschaften mit Unternehmen, Kommunen, Kammern, Schulen, Bildungsdienstleistern und Verbänden aufgebaut, die eine Verankerung in den Regionen und darüber hinaus ermöglichen. Daraus ergibt sich für die 18 Modellversuche eine Zahl von ca. 49 Kooperationspartnern. Als strategische Partner sind KMU hervorzuheben, zwischen 10 bis 20 Unternehmen beteiligen sich pro Modellversuch; in einzelnen Modellversuchen werden bis zu 500 Unternehmen erreicht.

(Gisela Westhoff)

Förderschwerpunkt: Qualität in der betrieblichen Ausbildung

Innovationsnetzwerke und Verbünde bieten einen Rahmen für die Entwicklung und Erprobung von Berufsbildungsmaßnahmen, Methoden, Medien und Instrumenten. Vernetzung findet sich entsprechend der Pluralität der Lernorte in praktisch allen Modellversuchen. Im Rahmen des aktuellen Modellversuchsschwerpunkts „Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ werden Fragen der Abstimmung und des Austauschs im Rahmen von Lernortkooperationen und Innovationsnetzwerken weiter vertieft.

Ziel ist eine bessere Abstimmung und pädagogische Ausrichtung der Lern- und Kompetenzentwicklung an verschiedenen Orten mit unterschiedlichen Funktionen. Das Spektrum der Kooperationen in Modellversuchen erstreckt sich vom Informations- und Erfahrungsaustausch bis hin zur gemeinsamen Erarbeitung von Materialien und Konzepten.

Die Modellversuche im Förderschwerpunkt „Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ verfügen nach knapp einem Jahr Projektlaufzeit über ein umfangreiches Netzwerk, das weit über die Einbindung bzw. Kooperation mit Betrieben hinausgeht. Die Projekte arbeiten entsprechend ihren Zielsetzungen überwiegend regional mit den für die Berufsausbildung relevanten Akteuren und Institutionen zusammen und haben darüber hinaus weitere Stakeholder mit Multiplikatorfunktionen eingebunden.

In der Mehrzahl der Modellversuche werden neben betrieblichen Akteuren auch Auszubildende und Berufsschulpersonal aktiv in die Qualitätsentwicklungsarbeit einbezogen. Der grenznah agierende Modellversuch „Ganzheitlicher Ausbildungsnachweis“ kooperiert zusätzlich zu den deutschen Partnern im Rahmen der Bodensee-Konferenz mit Berufsbildungsausschüssen aus den angrenzenden Ländern (Österreich, Schweiz, Liechtenstein).

(Dorothea Schemme)

Pilotinitiative DECVET – Entwicklung und Erprobung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung

Mit dem Ziel der Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen innerhalb des deutschen Berufsbildungssystem, aber auch der Schaffung von mehr Transparenz und besser gestalteten Zu- und Übergängen soll mit der Pilotinitiative DECVET ein Beitrag zur Modernisierung der beruflichen Bildung geleistet werden.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung arbeiten seit November 2007 deutschlandweit 10 Pilotprojekte, wissenschaftlich begleitet durch ein Konsortium der Universitäten Jena und Magdeburg, an der Entwicklung und Erprobung transparenter und durchlässiger Verfahren zur Erfassung, Bewertung und Anrechnung von Lernergebnissen. Dadurch soll die vertikale und horizontale Durchlässigkeit an markanten Zu- und Übergängen in der beruflichen Bildung erhöht werden.

Die Erarbeitung der Verfahren und Modelle zur Erfassung, Bewertung und Anrechnung von Lernergebnissen erfolgte auf der Basis eines einheitlichen Arbeitsprogrammes. In einem ersten Schritt galt es, Lernergebnisse zu beschreiben und diese in Lernergebniseinheiten zusammenzufassen sowie Instrumente zu deren anschließender Bewertung, Validierung und Dokumentation zu entwickeln. Des Weiteren wurden Vorschläge zur Festlegung von Leistungspunkten vorgenommen. Mittels Äquivalenzprüfung sollten mögliche Anrechnungspotenziale an den Schnittstellen rund um das duale System identifiziert werden. In einem letzten Teilschritt sind transferierbare Modelle zu entwickeln, die es ermöglichen, Lernergebnisse von einem Teilbereich des beruflichen Bildungssystems in einen anderen zu übertragen und anzurechnen.

Die Entwicklung und vor allem die Erprobung solcher Modelle erfolgten im Kontext der Initiative unter Einbezug von Akteuren und Partnern der beruflichen Bildung. Jedes der 10 Pilotprojekte wurde durch einen Beirat bzw. Steuerkreis auf regionaler Ebene begleitet, und die Beteiligten erhielten somit die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zum Entwicklungs- und Erprobungsprozess frühzeitig einzubringen. Die Beiräte und Steuerkreise in den regionalen Pilotprojekten setzen sich aus Partnern der Bildungsträger, der Berufsschulen, der Kammern und Prüfungsausschüsse, der Ministerien und nicht zuletzt der Betriebe zusammen. Die Beteiligten konnten sowohl auf regionaler und auf Bundesebene die Entwicklungsprozesse mitgestalten als auch ihre Vorstellungen und Anforderungen an die Entwicklungs- und Erprobungsprozesse frühzeitig einbringen.

Die Durchführung der gesamten Pilotinitiative auf Bundesebene wurde ebenfalls durch einen Bundesbeirat unterstützt, beraten und begleitet. Diesem gehören Vertreter und Vertreterinnen der Bundesagentur für Arbeit, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutsches Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, der IG Bergbau, Chemie, Energie, der IG Metall, des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, der Länder und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung an.

Mit dem Aufbau solch kooperativer Strukturen sollten bereits zu Beginn der Initiative die Entwicklungsergebnisse transparent ausgewiesen und zugänglich gemacht werden. Im Dialog konnten so die Erprobungsergebnisse diskutiert werden. Die unterschiedlichen Positionen, Funktionen und Interessenlagen der Beteiligten wurden somit differenziert und gleichwertig in die weiteren Arbeiten einbezogen. Mitte des Jahres werden die Ergebnisse von DECVET auf einer Abschlusstagung der Öffentlichkeit dargestellt.

(Christiane Köhlmann-Eckel, Egon Meerten)

D3 Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) und Kompetenzzentren

Überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS) haben die Aufgabe, die Ausbildungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu sichern, die aufgrund ihrer Spezialisierung nicht alle in der Ausbildungsordnung vorgeschriebenen Lerninhalte vermitteln können. ÜBS bieten damit eine die betriebliche Ausbildung ergänzende Qualifizierung.

Mit der Förderung der ÜBS verfolgt das BMBF das Ziel, die berufliche Bildung in ganz Deutschland auf gleich hohem und dem jeweilig neuesten „State of the Art" entsprechenden Niveau zu halten. An der Finanzierung von Gebäuden und Ausstattung der überbetrieblichen Berufsbildung beteiligen sich neben dem Bund das jeweilige Bundesland und der Träger der Bildungsstätte, der einen angemessenen Eigenbeitrag zu leisten hat.

Neben der Qualitätssicherung haben die ÜBS eine wichtige Funktion als Wegbereiter und Vorreiter bei der Einführung neuer Lehr-/Lernkonzepte. Das *Lernen am Kundenauftrag* bzw. das *Lernen im Arbeitsprozess* hat zwar die betriebliche Praxis zur Grundlage; dennoch bietet der Unternehmensalltag mit seiner Hektik und seinem Erfolgsdruck nicht immer ein förderliches Umfeld für die systematische Entwicklung und Durchführung von Lernaufgaben.

Die betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder brauchen daher Unterstützung. Sie müssen nicht nur mit neuesten Technologien und Verfahren vertraut gemacht werden; sie brauchen auch Hilfe beim Umgang mit lernschwachen Jugendlichen. Die in vielen Ausbildungsordnungen vorgeschriebene Entwicklung verschiedenartiger Kompetenzen setzt neue Lernmethoden wie das lerneraktivierende Lehren und Lernen voraus. Die ÜBS, die auf berufliches Lernen und Lehren spezialisiert sind, bieten sich hier als Partner an.

Soweit „Soft Skills" das geforderte Lernergebnis sind, ist weniger der Einsatz von Hardware als der von „Software" bzw. methodischer Zuwendung erforderlich. Mit Investitionen in Gebäude und Werkstattausrüstung ist es daher nicht getan. Wenn ÜBS weiterhin bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gefördert werden sollen, muss die Förderung auch Entwicklungskonzepte und -leistungen umfassen.

Neben die Förderung von Investitionen ist daher eine zweite Förderlinie getreten, die nicht in „Beton und Maschinen", sondern in „Köpfe" investiert, d. h. in innovative Qualifizierungskonzepte. Empfänger dieser Förderung sind fachlich besonders qualifizierte ÜBS, die sich zu „Kompetenzzentren" weiterentwickeln. Mit Unterstützung des BMBF sind bisher 27 Kompetenzzentren mit hoch spezialisierten Fachgebieten entstanden. Sie verfolgen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von Universitäten und Forschungsinstituten, prüfen neue Produkte und Verfahren im Hinblick auf ihre Verwertbarkeit für KMU; sie bieten in ihren Räumen Demonstrationsmodelle und Schulungen an. Sie bereiten neues Wissen für die Aus- und Weiterbildung in ihrem Fachbereich auf und entwickeln IT-gestützte Lernmedien.

Die Umsetzung von Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung in die betriebliche Praxis mittelständischer Unternehmen wird durch diese Aktivitäten beschleunigt, Erfolg und Nachhaltigkeit der Innovationsprozesse werden durch die begleitenden Qualifizierungsangebote gesichert. ÜBS als Kompetenzzentren tragen damit in besonderer Weise zur Innovation und Qualitätssteigerung der beruflichen Bildung bei. Für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland spielen sie damit eine wesentliche Rolle.

Um mit dem Tempo der technologischen Neuentwicklungen Schritt halten zu können, müssen aber auch Kompetenzzentren sich weiter spezialisieren. Die ganze Bandbreite des heutigen Wissens auf einem Fachgebiet können nur noch Verbünde von Spezialisten darstellen. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) regt daher die Bildung von Netzwerken unter den Kompetenzzentren an.

Moderiert vom BIBB ist so das „Kompetenzzentren-Netzwerk der Bauwirtschaft" (**http://www.komzet-netzwerk-bau.de**) entstanden, ein Zusammenschluss von 14 Kompetenzzentren, die national und

international tätig sind. Ein Netzwerk der fahrzeugtechnischen Berufe ist zurzeit in Vorbereitung. Für 2013 sind Zusammenschlüsse im Bereich der Elektromobilität geplant. Die Implementierung von Elektromobilität in Deutschland setzt eine breite Palette von Qualifizierungsschritten voraus, die nur im Zusammenwirken von Vertretern der Fahrzeugtechnik, der Elektro- und IT-Technik sowie der Versorgungstechnik und Gebäudeautomation zu realisieren sind.

Hierbei stellt sich eine weitere Herausforderung für die berufliche Bildung. Um komplexe technische Systeme zu begreifen, zu installieren und zu steuern, ist eine umfassende Systemkompetenz erforderlich. Der Ausstieg aus der Kernenergie und die sogenannte Energiewende werden einen Durchbruch neuer Technologien zur Folge haben, die jetzt zur Marktreife gelangen. Für das Handwerk ergeben sich damit ganz neuartige, gewerkeübergreifende Einsatzgebiete und Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung. Die ÜBS und Kompetenzzentren werden in diesen Feldern verstärkt tätig werden.

(Christine Noske)

E Internationale Indikatoren, Systemmonitoring, Mobilität

Das Wichtigste in Kürze

Gegenstand dieses Kapitels ist zum einen das Schwerpunktthema „Übergänge von der Schule in die Ausbildung“ im internationalen Kontext, zum anderen die Entwicklung der Mobilität in der Berufsausbildung in Deutschland.

In der Mehrzahl der europäischen Länder ist der Übergang von der Schule in den Beruf ein zusammenhängender, mehrschwelliger Prozess. Gleichwohl zeigen sich hinsichtlich der Erwerbseinstiegsprozesse im Vergleich unterschiedliche Muster und eine große Variationsbreite zwischen den Ländern. Betrachtet man den Verbleib von Schulabgängern und Schulabgängerinnen (Hochschule/Weiterbildung, Berufsausbildung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Inaktivität) in den ersten fünf Jahren nach Verlassen der Schule, lassen sich empirisch acht Übergangstypen unterscheiden. Sie werden wie folgt bezeichnet: „Rückkehr“ (ins Bildungssystem), „Scheitern“, „Dropout“, „Link“, „Unterbrechung“, „Umweg“, „Brücke“ und „Express“.

In den Vergleich der Übergänge werden Dänemark, Frankreich, Irland und Polen einbezogen. Dänemark verfügt über eine relativ stark besetzte spezifische Variante des dualen Systems; die anderen Länder sind durch schulisch dominierte Systeme gekennzeichnet, gleichzeitig durch Variationen von Angeboten im „Übergangsbereich“. In Dänemark dominieren die Übergangstypen „Rückkehr“, gepaart mit „Brücke“; in Frankreich ist „Express“ am stärksten ausgeprägt, gefolgt von „Unterbrechung“; auch in Irland ist „Express“ am stärksten besetzt, gefolgt von „Unterbrechung“, daneben sind auch die Übergangstypen „Link“ und „Rückkehr“ bedeutend; in Polen sind „Rückkehr“ und „Umweg“ vorherrschend. In Deutschland sind 60 % dem „Brückentyp“ zuzuordnen – hier bietet das vorherrschende duale Berufsbildungssystem offensichtlich der Mehrheit eine tragfähige Grundlage für den Übergang.
Eine von der Nationalen Agentur Bildung für Europa im Jahr 2011 veröffentlichte Studie mit dem Titel „Verdeckte Mobilität in der beruflichen Bildung“ (Friedrich/Körbel 2011) hat erstmalig erfasst, wie viele Auszubildende und Berufsfachschüler/-innen in Deutschland im Rahmen ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt absolvieren. In den Jahren 2007 bis 2009 haben durchschnittlich 23.500 Personen in beruflicher Erstausbildung einen Lernaufenthalt im Ausland realisiert. Daraus ergibt sich, dass 3 % der Personen in beruflicher Erstausbildung einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren.

E1 Übergänge von der Schule in Ausbildung und Beruf im internationalen Vergleich

In diesem Kapitel wird das Schwerpunktthema „Übergänge von der Schule in die Ausbildung“ im internationalen Kontext betrachtet. Grundsätzlich gilt: Die Unterscheidung von erster und zweiter Schwelle findet sich nur in den Ländern mit dualen Systemen, also in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz. In der Mehrzahl der europäischen Länder gestaltet sich der Übergang von der Schule in den Beruf eher als ein zusammenhängender, mehrschwelliger Prozess, bei dem sich gleichwohl unterschiedliche Muster erkennen lassen. Diese werden im Folgenden identifiziert und exemplarisch anhand ausgewählter Länder vorgestellt.

E1.1 Übergang zwischen Schule und Erwerbstätigkeit

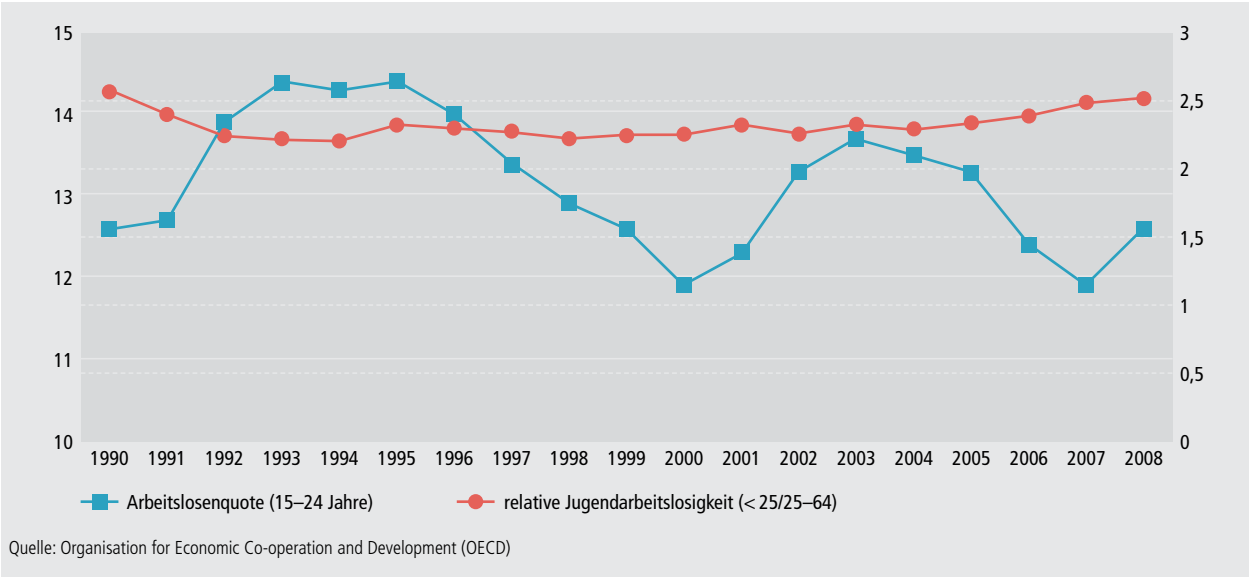
Der Übergang zwischen Schule und Erwerbstätigkeit ist in allen Ländern der OECD, auf die sich die folgenden Ausführungen beziehen, mit Risiken versehen. Der demografische sowie der anhaltende

strukturelle Wandel führen zu ständigen Veränderungen von Jugendarbeitsmärkten. Trotz dieser für alle entwickelten Volkswirtschaften geltenden Trends gibt es markante nationale Unterschiede hinsichtlich der Form und Güte von Erwerbseintrittsprozessen, die maßgeblich auf institutionelle Unterschiede zurückzuführen sind.

Die Entwicklung der relativen Jugendarbeitslosigkeit[335] in den OECD-Ländern insgesamt zeigt in den vergangenen 20 Jahren lediglich einen geringen positiven Trend → **Schaubild E1.1-1**. In den einzelnen Ländern ergeben sich z. T. signifikante Abweichungen von dieser allgemeinen Entwicklung, sowohl bezüglich des Niveaus als auch bezüglich der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit → **Schaubild E1.1-2**. Diese Unterschiede lassen sich zu einem nicht unbeträchtlichen Anteil daraus erklären, wie der Übergang zwischen Schule und Beruf strukturell eingebettet ist, d. h., welche Institutionen des Ausbildungssystems, aber auch des Arbeitsmarktes diesen beeinflussen. Diese Institutionen sind das Ergebnis spezifischer nationaler, historischer und wirtschaftlicher Entwicklungen und weisen eine relativ hohe Kontinuität aufgrund von Pfadabhängigkeiten auf. Deshalb würden aller Voraussicht nach selbst bei gleichen demografischen und ökonomischen Rahmenbedingungen die Jugendarbeitsmärkte in Abhängigkeit von der institutionellen Ausgestaltung des Übergangs in den Ländern höchst unterschiedlich ausfallen. Für das Bildungssystem sind die folgenden von der Forschung identifizierten Institutionen relevant: erstens die Form (bzw. der Anteil) der beruflichen Bildung, zweitens der Grad an Stratifizierung und drittens die Standardisierung der beruflichen und allgemeinen Schulabschlüsse. Wichtige Arbeitsmarktinstitutionen sind: der Grad an Beschäftigungsschutz sowie die Form von Lohnfindungsprozessen.

Die Form der beruflichen Bildung ist ein entscheidendes Merkmal von Übergangssystemen. In internationalen Vergleichen wird danach unterschieden, ob die berufliche Bildung in allgemeinbildenden Schulen, in speziellen Berufsschulen, in Unternehmen oder in einem dualen System stattfindet.[336]

Schaubild E1.1-1: **Durschnittliche Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen und relative Jugendarbeitslosigkeit in OECD-Ländern von 1990 bis 2008**

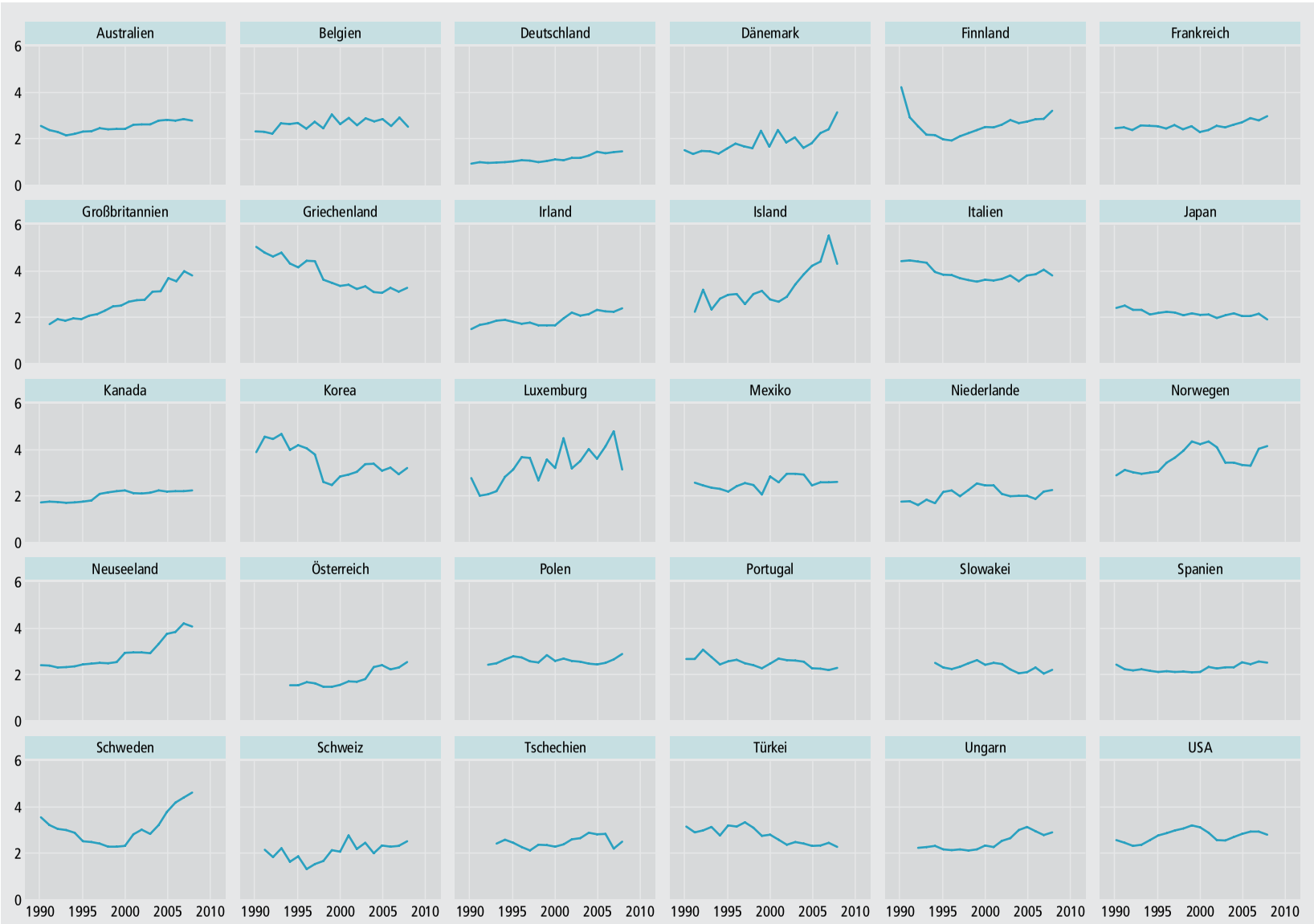


Quelle: Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)

335 Die relative Jugendarbeitslosigkeit gibt die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen im Verhältnis zur Gesamtarbeitslosenquote an und kann als Indikator für die relative Benachteiligung von Jugendlichen gewertet werden. Konjunkturelle Schwankungen der Jugendarbeitslosenquote können auf diese Weise weitgehend kontrolliert werden.

336 Häufig gibt es mehrere Formen in ein und demselben Land; zur Klassifikation der Länder wird dann die dominante Form der Berufsausbildung verwendet. In der Regel bezieht sich die Analyse von Beruflichkeit auf die mittlere und höhere Sekundarstufe, während Hochschulbildung gesondert untersucht wird.

Schaubild E1.1-2: **Relative Jugendarbeitslosigkeit in OECD-Ländern 1990 bis 2008**



Quelle: Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), Eurostat Labour Force Survey

Die deutschsprachigen Länder mit dualen Systemen der Berufsausbildung (Deutschland, Österreich, Schweiz) sind gekennzeichnet durch eine starke Einbeziehung der Sozialpartner bei der Definition von Ausbildungsinhalten, Ausbildungsvergütungen und Zertifikaten. Berufsbildung ist hochgradig standardisiert, Qualifikationen sind prinzipiell transferierbar, die Übereinstimmung („Matching“) zwischen Qualifikationsanforderungen von Arbeitsplätzen und Qualifikationen von Arbeitssuchenden ist relativ hoch. Man spricht hier von „beruflichen Arbeitsmärkten“ („occupationalised labour markets“). Da die duale Ausbildung zu einem beträchtlichen Teil in Unternehmen stattfindet, die auch als Ausbildungsplatzanbieter fungieren, ist außerdem die Wahrscheinlichkeit einer Übernahme als Arbeitnehmer/-in in das ausbildende Unternehmen vergleichsweise hoch. Diese Eigenschaften von dualen Systemen führen dazu, dass der Übergang von der Schule in die Erwerbstätigkeit relativ reibungslos funktioniert.

Gleichzeitig sind jedoch auch bei der dualen Berufsausbildung eine Reihe von Problemen zu konstatieren, z. B.: geringe berufliche Mobilität, geringe Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung, zeitintensive Veränderungsprozesse aufgrund des Konsensprinzips.

In Ländern ohne formalisierte berufliche Ausbildung – wie z. B. Frankreich, den USA, Italien und Spanien – herrschen sog. „interne Arbeitsmärkte“ („internal labour markets“) vor. Hier werden in der Schule vorrangig allgemeine Qualifikationen vermittelt, während das Erlernen von berufsspezifischen Qualifikationen weitgehend nach der Einstellung am Arbeitsplatz stattfindet („on-the-job training“). Unternehmen besetzen Arbeitsplätze hier anhand des Niveaus der schulischen Abschlüsse. Es liegt auf der Hand, dass das Risiko eines Qualifikations-Mismatches höher ist als in den Ländern mit dualem Ausbildungssystem, denn der allgemeinbildende Schulabschluss gibt den Arbeitgebern nur unzureichende Informationen über berufliche Fähigkeiten und Qualifikationen von Berufseinsteigern/-innen. Demzufolge dauern die Suchprozesse auf Jugendarbeitsmärkten in diesen Ländern länger, und die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch. Außerdem sind diese Länder in der Regel durch einen hohen Anteil von befristeten Beschäftigungsverhältnissen für Berufseinsteiger/-innen gekennzeichnet, da Unternehmen auf diese Weise versuchen, sich gegen hohe Transaktionskosten abzusichern.

In vielen Ländern werden berufliche Qualifikationen in mehr oder weniger spezialisierten Berufsschulen vermittelt bzw. berufliche Inhalte in die Curricula allgemeiner Schulen integriert, so z. B. in den Niederlanden und in Schweden. Da hier der Praxisbezug zu Arbeitsplätzen jedoch fehlt und in den meisten Fällen die Sozialpartner nicht in die Entwicklung von Curricula einbezogen sind, geben die entsprechenden beruflichen Abschlüsse den Unternehmen nur wenig aussagekräftige Hinweise über die beruflichen Qualifikationen der Bewerber/-innen, sodass das Risiko eines Mismatches nicht unerheblich bleibt. Außerdem ist die Bindung an Unternehmen und damit die Chance einer Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb geringer als in Ländern mit dualem System.

In internationalen Vergleichen (v. a. der OECD) wird anstelle der Form der Berufsausbildung häufig der Anteil von Jugendlichen gemessen, die sich in hauptsächlich beruflichen Bildungsgängen befinden. Dem liegt einerseits die Überzeugung zugrunde, dass entwickelte Volkswirtschaften spezialisierte Arbeitskräfte benötigen und andererseits berufliche Qualifikationen per se einen günstigeren Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Lässt man jedoch die Form der beruflichen Bildung außer Acht, ist der Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit eher gering.

Außer der Form und dem Anteil beruflicher Bildung bestimmen die Standardisierung und Stratifizierung des Bildungssystems Übergangsprozesse von Jugendlichen in Erwerbstätigkeit. Unter einer hohen Standardisierung versteht man eine hohe Vergleichbarkeit von Schul- bzw. Berufsabschlüssen, die Unternehmen klare Informationen über schulische und/oder berufliche Qualifikationen ermöglicht. Die Stratifizierung eines Bildungssystems bezieht sich auf den Grad der Segmentierung des Bildungssystems. Die Existenz verschiedener paralleler Schultypen führt zu geringerer Durchlässigkeit im Bildungssystem und vermindert Mobilität.

E1.2 Typen des Übergangs

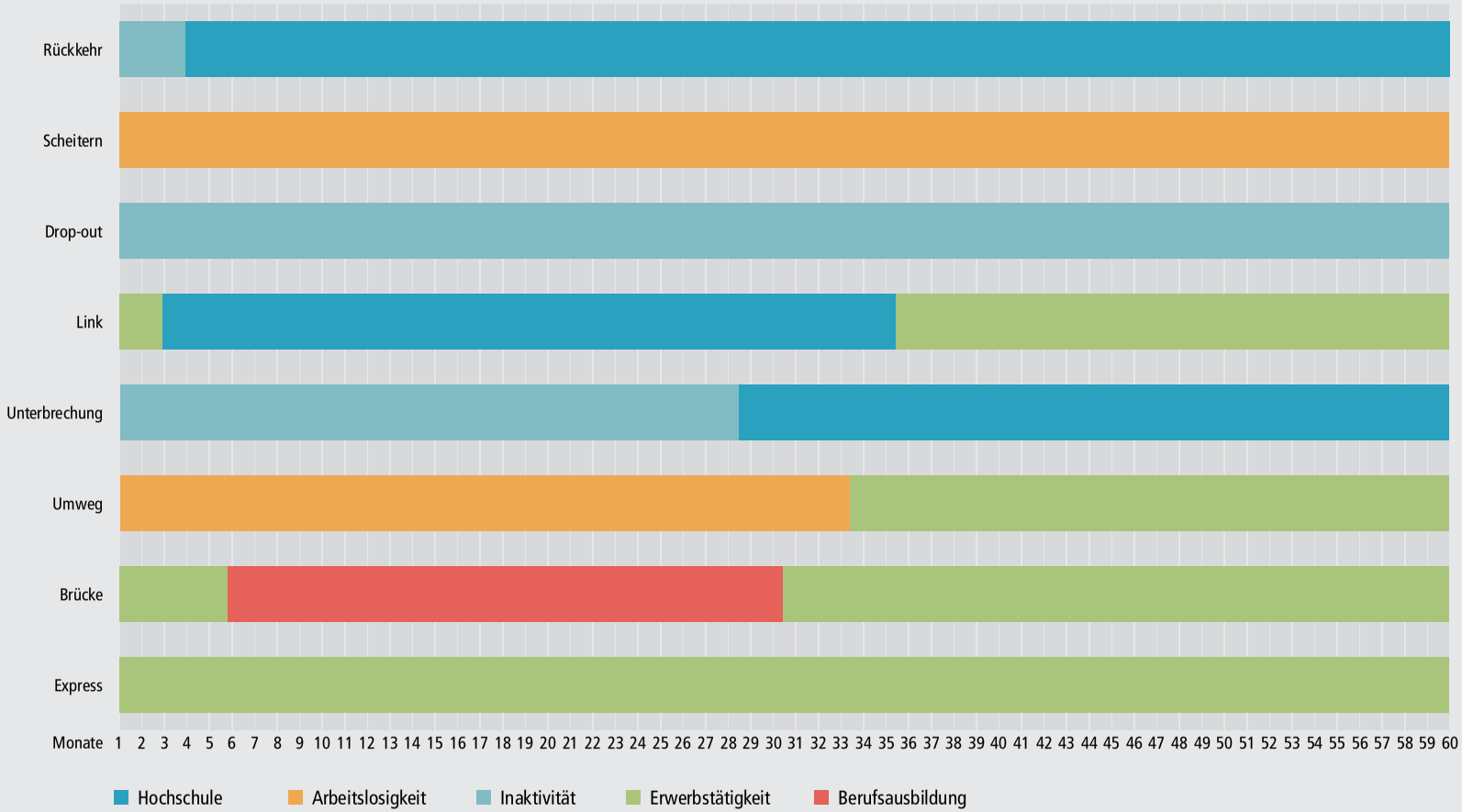
Die Untersuchung von Erwerbseinstiegsprozessen im internationalen Vergleich zeigt im Längsschnitt eine noch größere Varianz zwischen den Ländern.[337] Schaut man auf die Arbeitsmarktzustände (Hochschule/Weiterbildung, Berufsausbildung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Inaktivität) der ersten 5 Jahre (bzw. 60 Monate) nach dem Verlassen der Schule, lassen sich empirisch 8 Übergangstypen entwickeln **→Schaubild E1.2-1**.

Zunächst gibt es eine Reihe von Schulabgängern, die nach sehr kurzer Zeit in Inaktivität wieder für eine längere Zeit in das Bildungssystem zurückkehren bzw. ihre Bildungsbiografie an weiterführenden Schulen oder Hochschulen fortsetzen („Rückkehr"). Übergänge dieser Form dürften in Ländern mit hohem Anteil an tertiären Bildungsabschlüssen und in Ländern mit ausgebautem Weiterbildungssystem häufig auftreten. Der zweite Übergangstyp („Scheitern") umfasst diejenigen, die nach Verlassen der Schule für lange Zeit – d. h. für die Dauer von 5 Jahren – arbeitslos sind und deren Übergang damit als gescheitert zu betrachten ist. In den Ländern, in denen dieser Übergangstyp häufig vertreten ist, stehen Schulabgänger/-innen vor großen Problemen, da der Arbeitsmarkt und seine Institutionen nicht in der Lage sind, genügend Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Ähnliches gilt für Übergänge des dritten Typs („Drop-out"), die die ersten 5 Jahre nach der Schule inaktiv sind. Zwar sind nicht alle Inaktiven prinzipiell an einer Erwerbstätigkeit interessiert, aber es ist davon auszugehen, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Inaktiven dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht (sog. stille Reserve). Schulabgänger/-innen, die Übergänge des „Link"-Typs vollziehen, der eine kurze Bildungsphase von 2 bis 3 Jahren beinhaltet, sind weitgehend ins Erwerbsleben integriert. Das Auftreten dieses Übergangstyps weist ebenso wie der „Rückkehr"-Typ auf vorhandene und wahrgenommene weiterführende Bildungsmöglichkeiten hin. Die Typen „Unterbrechung" und „Umweg" führen nach 2 bis 3 Jahren ebenfalls in die Erwerbstätigkeit. Allerdings ist dieser eine kurze Phase von Inaktivität bzw. Arbeitslosigkeit vorgelagert. Bei Übergängen dieser beiden Typen kann von Suchphasen ausgegangen werden, die mit 2 bis 3 Jahren zwar relativ lang sind, aber letztendlich in Erwerbstätigkeit münden. Der Typ „Brücke" beinhaltet alle Schulabgänger/-innen, die eine Berufsausbildung machen. Die integrierende Wirkung zeigt sich hier in der anschließenden Erwerbstätigkeit. Länder mit stark ausgeprägtem Berufsausbildungssystem dürften über einen hohen Anteil an diesem Übergangstyp verfügen. Den direktesten Übergang in den Arbeitsmarkt vollziehen die Schulabgänger/-innen des Typs „Express", der unmittelbar nach Ende der Schule in Erwerbstätigkeit mündet.

Diese 8 Typen treten in den 10 untersuchten Ländern höchst unterschiedlich auf und spiegeln in einem starken Umfang die jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen wider **→Schaubild E1.2-2**. Im Vereinigten Königreich, in Irland, Frankreich und Belgien ist der „Expresstyp" vorherrschend, während die anderen Übergangstypen – mit Ausnahme des „Unterbrechungstyps" in Irland und Frankreich – lediglich eine marginale Rolle spielen. Diese Länder sind in der Regel durch interne Arbeitsmärkte gekennzeichnet, d. h., dass Schulabgänger/-innen in der Regel über keine beruflichen Qualifikationen verfügen und diese „On the Job" erwerben. Obwohl der Einstieg hier relativ schnell gelingt, ist davon auszugehen, dass die Qualität der ersten Jobs relativ gering ist, sowohl bezüglich der Bezahlung als auch der Arbeitsbedingungen (Befristung etc.). In den südeuropäischen Ländern dominieren diejenigen Übergangstypen, die durch Arbeitslosigkeit und Inaktivität geprägt sind, also die Typen „Scheitern" und „Drop-out". In diesen Ländern gibt es einerseits keine Berufsausbildungssysteme, die die Jugendarbeitslosigkeit verringern, andererseits aber einen hohen Beschäftigungsschutz, der Arbeitsmarkteinstiege generell erschwert. Auch die Typen „Unterbrechung" und „Umweg" sind hier relativ häufig vertreten. Dänemark zeichnet sich durch einen hohen Anteil der Übergangstypen aus, die Bildung beinhalten,

337 Für die vorliegende Analyse wurden die Daten des Europäischen Haushaltspanels für 10 EU-Länder ausgewertet. Dieser Datensatz enthält monatliche Informationen über den individuellen Arbeitsmarktstatus. Die individuellen Arbeitsmarktstatussequenzen wurden unter Zuhilfenahme des Optimal-Matching-Algorithmus miteinander verglichen und mit Clusteranalyse in Gruppen eingeteilt, sodass die Ähnlichkeit innerhalb einer Gruppe maximiert und die zwischen Gruppen minimiert worden ist (vgl. Brzinsky-Fay 2007).

Schaubild E1.2-1: **Übergangstypen**



Quelle: Europäisches Haushaltspanel (ECHP), Berechnungen Brzinsky-Fay (WZB)

Schaubild E1.2-2: **Übergangstypen nach Ländern**

Quelle: Europäisches Haushaltspanel (ECHP), Berechnungen Brzinsky-Fay (WZB)

also den „Rückkehr-“ bzw. den „Brückentyp“. Dieser Sachverhalt geht sowohl auf das Berufsausbildungssystem als auch auf die günstigen Bedingungen für weiterführende Bildungswege in Dänemark zurück. In Deutschland dominiert mit dem dualen System der Berufsausbildung der „Brückentyp“.

E1.3 Übergänge in ausgewählten Ländern

In die nähere Betrachtung werden Dänemark, Frankreich, Irland und Polen einbezogen. Dänemark verfügt über ein relativ stark besetztes duales System; die anderen Länder sind durch schulisch dominierte Systeme gekennzeichnet, gleichzeitig durch ein variantenreiches Angebot im „Übergangsbereich“. In allen diesen Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit deutlich höher als die Gesamtarbeitslosenquote → **Tabelle E1.3-1**. Am besten schneidet hier Dänemark ab. Vor allem in Polen und Irland übersteigt die Jugendarbeitslosenquote die der 25- bis 74-Jährigen besonders deutlich. Aber auch Frankreich ist von einer relativ hohen Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Die Faktoren hierfür sind vielfältig. Sie reichen von unterschiedlicher demografischer Entwicklung über die wirtschaftliche Situation und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bis zu den unterschiedlichen Mechanismen auf den Arbeitsmärkten etc. Sicherlich spielen aber auch die Passung von Angebot und Nachfrage, von Qualifikationen sowie die Formen beruflicher Bildung eine Rolle.

Ebenso relevant ist in diesem Kontext der Anteil der frühen Schulabgänger/-innen, definiert als die Gruppe der 15- bis 24-Jährigen mit einem höchsten Schulabschluss der Sekundarstufe I, die weder in Beschäftigung noch in Bildung/Ausbildung sind → **Tabelle E1.3-2**. Diese Gruppe steht im Fokus der bildungspolitischen Bemühungen im Übergangsbereich. Auffällig ist die geringe Quote in Polen; hier herrscht, wie in den meisten ehemaligen Ostblockländern, ein relativ hohes allgemeines Bildungsniveau. Deutschland liegt im Mittelfeld. Die etwas besseren, nahezu identischen Zahlen für Dänemark und Irland weisen auf eine vergleichbare Integrationskraft durchaus unterschiedlicher Systeme hin.

Die Vielfalt der Übergangsangebote einschließlich modularer Strukturen in den betrachteten Ländern bewahrt offensichtlich nicht vor Jugendarbeitslosigkeit, in der Regel auch nicht vor frühem Schulabgang. In allen Ländern sind Bemühungen im Gange, praxisorientierte Berufsbildung bzw. Berufsvorbereitung zu stärken; auch wenn dazu Ansätze formaler Programme gehören, geht der Trend dabei offensichtlich in Richtung von mehr Praktika, auch auf tertiärem Niveau.

Tabelle E1.3-1: **Arbeitslosenquoten (in %)**

	Dänemark	Frankreich	Irland	Polen	Deutschland	EU-27
15- bis 24-Jährige	14,9	23,8	29,3	27,8	8,1	22,7
25- bis 74-Jährige	6,4	8,1	13,1	8,1	5,2	8,4
Insgesamt	7,8	9,8	14,6	10	5,5	9,8

Quelle: Eurostat Labour Force Survey; http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/data/main_tables, Stand 19.01.2012

Tabelle E1.3-2: **Frühe Schulabgänger/-innen (in %)**

	Dänemark	Frankreich	Irland	Polen	Deutschland	EU-27
15- bis 24-Jährige	10,7	12,8	10,5	5,4	11,9	14,1

Quelle: Eurostat Labour Force Survey; http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/data/main_tables, Stand 19.01.2012

E1.3.1 Dänemark[338]

Grundzüge des Bildungs-/Berufsbildungssystems

Folgende Merkmale des dänischen Bildungs- und Berufsbildungssystems sind hier relevant:

- Dänemark verfügt über ein duales Berufsbildungssystem, in dem Sozialpartner und Staat gemeinsam Verantwortung tragen.
- Das System wird durch eine Ausbildungsumlage finanziert und durch die beruflichen Schulen auf lokaler Ebene gesteuert.
- Die breit angelegte berufliche Erstausbildung in 110 Berufen beginnt mit einer eineinhalb-jährigen beruflichen Grundbildung.
- Das dänische System reagiert empfindlicher auf Veränderungen in der gesamtwirtschaftlichen Lage (European Employment Observatory 2010, S. 2). Im internationalen Vergleich ist die Jugendarbeitslosigkeit aber relativ gering.
- Der Anteil Jugendlicher in dualer Ausbildung am Altersjahr liegt bei knapp 50 %.

Es existieren 3 verschiedene Wege in die berufliche Ausbildung: direkt aus der allgemeinbildenden *folkeskole* nach dem 9. oder 10. Schuljahr, nach vorheriger Erwerbstätigkeit oder nach Absolvierung eines Abschlusses der Sekundarstufe II. Die letzten beiden Varianten haben in den letzten Jahren zugenommen.

Aus der Kombination dieser verschiedenen Unterschiede ergeben sich auch die Differenzen zu Deutschland hinsichtlich der vorherrschenden Übergangstypen. Eine breite Grundlage für die Berufsausbildung in Dänemark bildet zwar das duale System, also der „Brückentyp". Dieser macht aber – im Vergleich zu Deutschland – nur 24 % aus und wird mit 39,4 % quantitativ vor allem um den „Rückkehrtyp" ergänzt. Die im deutsch-dänischen Vergleich höhere Jugendarbeitslosigkeit wird durch verschiedene flexible Wege im System der beruflichen Grundbildung, Produktionsschulen und eine hohe Binnendifferenzierung in der beruflichen Ausbildung begleitet. Der Staat setzt verschiedene Anreize und Zwänge, die niedrig qualifizierte Jugendliche dazu motivieren sollen, einen qualifizierten Schul- oder Bildungsabschluss zu erlangen. Sozialhilfeleistungen an Jugendliche bis 25 werden im internationalen Vergleich zwar großzügig, aber nur dann gewährt, wenn die Rückkehr ins Bildungssystem nachgewiesen wird (Organisation for Economic Co-operation and Development 2010, S. 113 ff.).

Berufsorientierung/Berufsvorbereitung

Eine vorberufliche Bildung findet in verschiedenen Formen statt. Es gibt für spezifische Zielgruppen ausgebaute Systeme und Maßnahme der Integration in die berufliche Erstausbildung. Zur Erleichterung des Übergangs in die berufliche Ausbildung oder direkt in den Arbeitsmarkt existieren verschiedene Programme und Möglichkeiten:

Im Anschluss an die Sekundarstufe I (nach der *folkeskole)* kann freiwillig ein Orientierungsjahr in der Schule wahrgenommen werden, das dazu dient, verschiedene sich anschließende Bildungsgänge kennenzulernen und auszuprobieren. Hierzu gehören:

- die stark individualisiert ausgestaltete berufliche Grundbildung *(erhvervsgrunduddannelsen – egu).* Sie soll Jugendlichen zur beruflichen Orientierung dienen. Das Programm besteht aus schulischen und betrieblichen Anteilen. Lernende werden eng von pädagogischem Personal begleitet. Das Programm dient dazu, die Jugendlichen mit den Kompetenzen auszustatten,

Verteilung der Übergangstypen in Dänemark

Link	Rückkehr	Scheitern	Umweg	Drop-out	Brücke	Unterbrechung	Express
9,1 %	39,4 %	6,1 %	1,0 %	1,0 %	24,2 %	8,1 %	11,1 %

338 Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Informationen aus den folgenden Quellen: Buske/Grollmann 2010, ReferNet Denmark 2010, Cort 2009.

die sie benötigen, um zumindest eine berufliche Ausbildung aufzunehmen oder direkt in den Arbeitsmarkt einzutreten.
- Programme, die dazu dienen, jugendliche Arbeitslose wieder in das Arbeitsmarktsystem oder in berufliche Ausbildung zu integrieren. In der Regel finden diese Programme in den sogenannten Produktionsschulen statt, die aber häufig eng mit den berufsbildenden Schulen zusammenarbeiten, um einen fließenden Übergang in das Regelsystem zu gewährleisten.

Das dänische Berufsbildungssystem ist ein duales System. So wird über die Lernformen und -organisation eine große Praxisnähe gewährleistet. In der Regel erfolgt in der dänischen Berufsausbildung der Wechsel zwischen Betrieb und Schule allerdings in Blockform. Dadurch, dass die berufsbildenden Schulen in Dänemark dezentral agieren und Beiräte besitzen, die die lokalen Sozialpartner und Fachleute beinhalten, existiert zudem eine gute Abstimmung der Ausbildung mit der beruflichen Praxis. Allerdings ist die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze über die letzten Jahrzehnte konstant zurückgegangen. Der dänische Staat hat darauf mit der Subventionierung von betrieblichen Ausbildungsplätzen reagiert.

Überdies werden zunehmend vollzeitschulische Ausbildungsgänge absolviert. Praxisnähe in der vorberuflichen Bildung wird über Praktika während der o. g. 3 Maßnahmen sichergestellt. Für den Fall der beruflichen Grundbildung (EGU) besteht insbesondere auch die Möglichkeit, Anteile praktischen Arbeitens aus solchen Betrieben in die Ausbildung einzubringen, die nicht für eine qualifizierte Ausbildung geeignet sind. Das Programm basiert auf einer Vereinbarung, die zwischen dem Lernenden und der Schule abgeschlossen wird, die bis zu 3 Jahre gelten kann und 20 bis 40 Wochen schulischen Unterricht enthält. Es ist auf die Erwerbstätigkeit ausgerichtet. Die Produktionsschulen verfügen ebenfalls über ein Netzwerk zur Platzierung der Schüler und Schülerinnen im Betrieb, die eigentliche Praxisnähe dieses Bildungsganges wird aber über die produktionsorientierte Ausrichtung der Schule erreicht.

Übergänge

Insbesondere das EGU-Programm misst dem einzelnen Lernenden eine wichtige Rolle zu, da der Ausbildungsplan individuell verhandelt wird. Die im Zusammenhang mit den Programmen vorberuflicher Bildung erworbenen Kompetenzen können im Rahmen einer sich anschließenden Ausbildung anerkannt werden.

In der beruflichen Ausbildung besteht ebenfalls ein hohes Maß an Flexibilität. So kann das erste Jahr der beruflichen Ausbildung auf 10 Wochen verkürzt oder auf eineinhalb Jahre ausgedehnt werden. Zudem besteht für schulmüde Jugendliche die Möglichkeit, das erste Jahr der Ausbildung vollständig im Betrieb zu absolvieren. In besonderen Fällen kann die Ausbildung auch bereits nach 2 Ausbildungsjahren mit einem Teilzertifikat abgeschlossen werden.

E1.3.2 Frankreich[339]

Grundzüge des Bildungs-/Berufsbildungssystems

Im Anschluss an die 10-jährige Pflichtschule stehen 2 Wege offen: (1) ein allgemeiner oder technologischer Zweig, der auf die Hochschule hinführt – nach einem gemeinsamen Jahr erfolgt eine Aufteilung in die (1a) allgemeine oder (1b) technologische

Verteilung der Übergangstypen in Frankreich

Link	Rückkehr	Scheitern	Umweg	Drop-out	Brücke	Unterbrechung	Express
5,6 %	5,3 %	9,5 %	5,0 %	7,9 %	0,2 %	23,5 %	43,1 %

339 Soweit nicht anders vermerkt, basieren die folgenden Ausführungen auf ReferNet France 2011.

Richtung (baccalauréat général bzw. baccalauréat technologique); (2) ein beruflicher Zweig, der den Zugang zum Arbeitsmarkt oder zur Weiterbildung eröffnet – hier erfolgt ebenfalls nach einem gemeinsamen Jahr eine Aufteilung, in (2a) Richtung „berufliches Abitur" (baccalauréat professionnel [Bac Pro]) bzw. (2b) Berufsbefähigung (certificat d'aptitude professionelle [CAP]). Das ebenfalls im beruflichen Zweig zu erwerbende eher „allgemein-beruflich" angelegte brevet d'études professionnelles (BEP) wird seit einigen Jahren zugunsten der anderen Zweige „zurückgefahren". Die Berufsbefähigung kann entweder schulisch oder „alternierend", in einer Kombination von Ausbildungszentrum und Betrieb, erworben werden, d. h. in Form einer Lehrlingsausbildung oder eines Qualifizierungsvertrages.

Die Lehrlingsausbildung („contrat d'apprentissage") dauert zwischen 1 und 3 Jahren; je nach Vorbildung kann die Ausbildung verkürzt werden. Eine andere, weniger standardisierte Form der Qualifizierung im Anschluss an die Schule ist der 2004 eingeführte „contrat de professionalisation" (eine Art „Qualifizierungsvertrag") zwischen Arbeitgebern und Jugendlichen mit Laufzeiten zwischen 6 und 24 Monaten. Er soll begleitend zur Berufstätigkeit den Jugendlichen helfen, eine anerkannte berufliche Qualifikation zu erwerben, wobei zwischen 15 % und 25 % der Arbeitszeit der formalen Qualifizierung dienen.

2010 besuchten ca. 2,6 Millionen Jugendliche den Sekundarbereich II. Davon befanden sich 56 % im allgemeinbildenden/technologischen und 44 % im berufsbildenden Zweig, davon wiederum ca. 70 % in schulischer und ca. 30 % in „alternierender" Ausbildung – zwei Drittel in Lehrlingsausbildung, ein Drittel in „Qualifizierungsverträgen". Die Zahl der Personen in einer Lehrlingsausbildung ist seit Beginn der Krise zurückgegangen; gleichzeitig gab es mehr Verträge für eine alternierende Ausbildung auf Tertiärniveau (DARES 2011a, 2011c).

Berufsorientierung/Berufsvorbereitung

Berufsvorbereitende Angebote sind in der Sekundarstufe I nur marginal verankert. Das Curriculum der letzten Klasse der Sekundarstufe I enthält ein Modul „Berufliche Erkundung", das zwischen 3 und 6 Wochenstunden umfasst. Ein Gesetz aus dem Jahr 2009 („Orientation pour tous") statuiert ein Recht auf Information und Orientierung; mit dem Gesetz wurde ein Beauftragter für die Entwicklung und Koordination der entsprechenden Politiken und Maßnahmen eingesetzt.

Übergänge

Die Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) hat 2012 nahezu 23,8 % erreicht und liegt weit über der allgemeinen Arbeitslosigkeit (9,8 %). Das hat seine Gründe im unzureichenden „Matching" von Bildung und Arbeitsmarkt, in unzureichender Kooperation zwischen Bildungssystem und Unternehmen (mit Ausnahme der Lehrlingsausbildung) sowie in der wachsenden Zahl von Abgängern aus dem Bildungssystem mit geringen oder gar keinen Qualifikationen.

Um die Jugendlichen mit Schwierigkeiten, einen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu finden, kümmern sich die Missions Locales mit ihren Netzwerken für Beratung und Integration (DARES 2011b). Im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die den Übergang von der Schule in Beschäftigung betreffen. Zu den nationalen politischen Initiativen für die Integration von Jugendlichen außerhalb formaler Bildung gehören:

- „Schulen der zweiten Chance" (Ecoles de la Deuxième Chance),
- Ausbildungsbegleitende Verträge (CAF – Contrats d'Accompagnement Formation).

Sie sollen den frühen Schulabgängern durch maßgeschneiderte Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten beim Übergang in Arbeit oder weiterführende (berufliche) Bildung helfen. „Schulen der zweiten Chance" wurden bereits in den 90er-Jahren eingerichtet. Die Schulen bieten individualisierte Wege des Erwerbs von Kenntnissen und Fertigkeiten; diese schließen ein Praxisprojekt mit einem Betrieb ein.

Mit einem – staatlich finanzierten – Contrat d'Accompagnement Formation CAF wird Jugendlichen (meist „frühe Schulabgänger") eine Möglichkeit zum berufsbegleitenden Qualifikations- und Kompetenzerwerb gegeben (DARES 2011b).

Darüber hinaus gibt es von Beratung und Unterstützung begleitete Praktika im Rahmen eines „Vertrags für die Integration ins soziale Leben“ oder in einem „Autonomievertrag“, der auf eine selbstständige Tätigkeit vorbereiten soll.

Innerhalb des regulären Systems wurden mit einer 2009 in Kraft getretenen Reform Übergänge zwischen der Lehrlingsausbildung und der schulischen Berufsbildung sowie zwischen dem CAP und dem Bac Pro ermöglicht. Die Reform zielt zugleich darauf, die beruflichen Inhalte in den Programmen stärker auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts auszurichten. Nicht zuletzt wurde das Bac-Pro-Programm von 4 auf 3 Jahre verkürzt und auf das allgemeine bzw. technologische baccalauréat abgestimmt.

Bereits in den 90er-Jahren wurden mit der Modularisierung aller beruflichen Programme hierfür Voraussetzungen geschaffen. Eine Akkumulation von Credits (für ein- bis dreijährige Programme) ist in einem Zeitraum von 5 Jahren möglich. Allgemeine Module sind von einem Abschluss auf den anderen (auf dem gleichen Niveau) übertragbar. Nicht bestandene Module können nachgeholt und so die Gesamtqualifikation erworben werden.

Der nationale Rat für Beratung und Beschäftigung (Conseil d’orientation et d’emploi, COE) stellt in seinem Bericht zur Lage der Jugendlichen für 2011 fest, dass die alternierende Ausbildung (in ihren beiden Ausprägungen) gegenüber den schulischen Programmen die effektivere Form des Übergangs in Beschäftigung darstellt (66 % vs. 43 % gehen direkt in Beschäftigung) und plädiert dafür, diese auszuweiten (COE 2011). Außerdem sollten die bestehenden Integrationsprogramme zusammengeführt oder besser voneinander abgegrenzt und die Information besser auf die Zielgruppen ausgerichtet werden.

Mit 2 Gesetzen zur alternierenden Ausbildung wurden 2011 Anreize für Unternehmen geschaffen, mehr Jugendlichen einen Lehrlings- bzw. Qualifizierungsvertrag anzubieten. Ziel ist, bis 2015 die Zahl der Jugendlichen mit einem solchen Vertrag von ca. 500.000 auf 800.000 anzuheben, mit klarem Akzent (75 %) auf der Lehrlingsausbildung.

E1.3.3 Irland[340]

Grundzüge des Bildungs-/Berufsbildungssystems

In Irland gilt bis zum Alter von 16 Jahren allgemeine Schulpflicht, identisch mit dem Ende der Sekundarstufe I. Allerdings verlassen die meisten Jugendlichen (ca. 85 %) die Schule erst mit 19, nach Abschluss der Sekundarstufe II. Die zweijährige Oberstufe gliedert sich in drei unterschiedliche Programme mit unterschiedlichen Abschlüssen:

- Das traditionelle (established) Leaving Certificate (LC) Programme (dem Abitur vergleichbar). Es umfasst allgemeinbildende Fächer und erlaubt eine Schwerpunktbildung, hat jedoch keine beruflichen Elemente. Das Leaving Certificate eröffnet den Zugang sowohl zu Universitäten als auch zu Fortbildungseinrichtungen.
- Das Leaving Certificate Vocational (LCV) Programme (eine Art „berufliches Abitur“). Es enthält außer den allgemeinen Fächern zusätzliche berufsrelevante Module. Das Programm richtet sich an Jugendliche, die – zunächst – eine Beschäftigung oder eine weiterführende Bildung (einschließlich Lehrlingsausbildung) anstreben; es eröffnet jedoch auch die Option auf einen Hochschulzugang.
- Das Leaving Certificate Applied (LCA) Programme (stark beschäftigungsorientiert). Es enthält praxisorientierte Module (44) und Aktivitäten,

Verteilung der Übergangstypen in Irland

Link	Rückkehr	Scheitern	Umweg	Drop-out	Brücke	Unterbrechung	Express
16,35	14,5 %	5,9 %	4,1 %	1,8 %	6,8 %	17,6 %	33,0 %

340 Soweit nicht anders vermerkt, basieren die folgenden Ausführungen auf ReferNet Ireland 2011.

in denen Inhalte verschiedener Fächer praktisch integriert werden. Das Zeugnis bereitet auf eine Beschäftigung vor, wird aber nicht als berufliche Ausbildung klassifiziert.

Die berufliche Erstausbildung ist im „Further Education Sector“ (im Anschluss an die Sekundarstufe II) verortet und gliedert sich in drei Zweige:

- Post Leaving Certificate (PLC) Programmes. Sie umfassen allgemeine und berufsbezogene Fächer sowie Arbeitserfahrung. Sie geben sowohl Zugang zum Arbeitsmarkt wie zu höherer Bildung. Sie haben einen Arbeitsmarktbezug und decken ein breites Berufsspektrum ab. In den letzten 5 Jahren sind die Anfängerzahlen von PLC-Programmen um fast 50 % angestiegen.
- Die blockweise gegliederte Lehrlingsausbildung (apprenticeship: 80 % Arbeitsplatz, 20 % Ausbildungszentrum) dauert 4 Jahre. Die Zahl der neuen Verträge ist zwischen 2006 und 2010 von über 8.000 auf 1.200 zurückgegangen.
- Der dritte Typ postsekundarer Ausbildung, die „Zweite Chance“, einen Abschluss zu erwerben, richtet sich in erster Linie an frühe Schulabgänger/-innen, nimmt aber auch spätere Schulabbrecher/-innen auf. Youthreach ist ein Programm für 15- bis 20-jährige frühe Schulabgänger/-innen, angeboten in Youthreach Centres, dauert 2 Jahre und umfasst eine Phase allgemeiner Grundbildung mit anschließender praktischer Ausbildung und Arbeitserfahrung. Gleiche Programme werden auch für Ältere in Community Training Centres angeboten. In 2010 haben ca. 4.000 Jugendliche eine Grundbildung begonnen.

Eine weitere – variable – Form des Übergangs von der Schule in den Beruf sind „Traineeships“. Sie stehen im Prinzip jedem/jeder nach der Pflichtschule offen, erfordern de facto jedoch meist den Abschluss der Sekundarstufe II. Dabei handelt es sich um strukturierte Programme, die Training am Arbeitsplatz und Abschnitte in Ausbildungszentren kombinieren; sie sind an beruflichen Standards ausgerichtet, die zwischen Sozialpartnern und Behörden abgestimmt sind. Sie dauern zwischen 15 und 59 Wochen und führen zu einem Zertifikat. Ursprünglich waren sie konzipiert für die Schulabgänger/-innen „auf dem beruflichen Bildungsweg“, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten. Mit dem krisenbedingten Rückgang der „Lehrlingsausbildung“ haben Traineeships an Bedeutung zugenommen; gleichzeitig werden sie zunehmend von Aspiranten höherer Bildung wahrgenommen.

Berufsorientierung/Berufsvorbereitung

Mit dem Education Act (Bildungsgesetz) von 1998 wurde ein allgemeiner Anspruch auf Bildungs- und Berufsberatung statuiert. Institutionell verankert ist diese insbesondere im Übergangsjahr zwischen Sekundarstufe I und II („transition year“) sowie in den Programmen, die zum LCA oder LCV führen.

In der Sekundarstufe I gibt es so gut wie keine arbeits-/berufsbezogene Bildung und Fächer mit praktischem Bezug nur in geringem Umfang. Das freiwillige „transition year“ gibt Jugendlichen die Möglichkeit, in Projekten, in Übungsfirmen oder in Praktika Erfahrungen zu sammeln, die ihnen bei der Entscheidung über ihren weiteren Werdegang helfen. Auf der Sekundarstufe II gibt es im Rahmen des LCV-Programms ein Modul „Vorbereitung auf die Arbeitswelt“, das vor allem Arbeitssuche und Bewerbungstraining umfasst; außerdem ein Modul „Unternehmenstraining“, zu dem Betriebsbesuche, Interviews mit Beschäftigten und Entwicklungsprojekte gehören. Das LCA-Programm bietet Schülern neben den allgemeinen Fächern ein breites Spektrum an berufsbezogenen Modulen.

Übergänge

Laut Eurostat gehören nur 10,5 % der jungen Generation zu den „Early School Leavers“. Meist bleiben die Schüler/-innen auch in der Sekundarstufe II an der gleichen Schule. Die meisten Jugendlichen (2010: 86 %) beenden die Schule mit einem Abschluss der Sekundarstufe II. Am Transition Year nehmen etwa 50 % teil. Die Verteilung auf die drei Oberstufenzweige Leaving Certificate/Leaving Certificate Vocational/Leaving Certificate Applied ist in den zurückliegenden Jahren relativ stabil geblieben: 2010 erwarben 67 % der Schulabgänger/-innen ein LC, 27 % ein LCV und 6 % ein LCA. Über 60 % der Jugendlichen setzen ihre Ausbildung an einer Hochschule fort, ca. 25 % in

einer „Fortbildungseinrichtung“ (Further Education and Training). Von diesen gehen 85 % in PLC-Programme; die restlichen 15 % verteilen sich – schwankend – auf „apprenticeship“ und „Zweite Chance“.

Mit gezielter Beratung und finanziellen Anreizen werden Jugendliche mit geringer Qualifikation in Bildung oder Ausbildung zurückgeholt. Die „Back to Education Initiative“ organisiert flexible Angebote, die auch Arbeitserfahrungen einschließen. Ein relativ junges Programm ist das National Internship Scheme – JobBridge (Mai 2011), das Arbeitserfahrung ermöglicht, allerdings kein formales Training enthält.

In den letzten 20 Jahren hat es immer wieder Versuche gegeben, Alternativen zum allgemeinen Zweig zu entwickeln – mit wenig Erfolg. „Berufsbildung“ bleibt eher marginal.

E1.3.4 Polen[341]

Grundzüge des Bildungs-/Berufsbildungssystems

Berufliche Ausbildung in Polen, die zum „Bildungssystem“ gerechnet wird, ist ausschließlich schulischer Art. Hierfür existieren unterschiedliche Schularten auf der Sekundarstufe II (z. B. *technikum, technikum uzupelnaijace, zasadnicza szkola zawodowa*). Die Bildungsgänge beinhalten unterschiedlich große Anteile an berufsbezogenen Fächern und bieten unterschiedliche Qualifikationen, u. a. Doppelqualifizierungen, d. h. den Erwerb der „Matura“ sowie einer beruflichen Qualifikation auf Facharbeiterniveau. Sie beinhalten Praxisanteile, die in erster Linie in schulischen Werkstätten und Labors durchgeführt werden, und sind von unterschiedlicher Dauer. Schulen, die ausschließlich eine berufliche Qualifizierung vermitteln, wurden im Schuljahr 2009/2010 von 240.699 Schülern besucht, an doppelqualifizierenden Schulen waren 559.530 Schüler/-innen angemeldet.

Die Berufsgrundschulen (*zasadnicza szkola zawodowa)* stellen dabei den wichtigsten Zweig für die Ausbildung von *Facharbeitern* dar und sind in der Regel dreijährig und nicht doppelqualifizierend. Eine Lehrlingsausbildung (Alternierende Ausbildung) findet hauptsächlich im Handwerk in kleinen und mittleren Betrieben statt. Politisch zuständig sind das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik sowie das Bildungsministerium für die schulische Seite. Die Prüfungen liegen im Verantwortungsbereich der Handwerkskammern. Nach Angaben des polnischen Handwerkskammerverbands nahmen im Jahr 2009/2010 90.669 Jugendliche an einer Lehrlingsausbildung teil, es beteiligten sich 26.662 Betriebe. 117 unterschiedliche Ausbildungsberufe können erlernt werden.

Zulassungsvoraussetzungen zu einer Schule im Sekundarbereich II sowie einer Lehrstelle sind ein Schulabschluss auf Sekundarstufe I und ein Mindestalter von 16 Jahren.

Ein zentrales bildungspolitisches Ziel der 1990er-Jahre war eine Erhöhung des Anteils der Jugendlichen mit Abitur auf 75 % (Hörner/Zielinska 2011). Gingen damals fast 50 % in eine Berufsbildung, besuchte 2009 die Hälfte der Jugendlichen ein Lyceum, 26 % einen doppelqualifizierenden Bildungsgang, und nur noch 23 % absolvierten eine Berufsausbildung. Neuere Initiativen der polnischen Regierung haben jedoch das Ziel, die Zahl der Absolventen und Absolventinnen beruflicher Bildung angesichts der Nachfrage des Arbeitsmarktes wieder zu vergrößern. Eine weitere Priorität der Bildungspolitik war bereits seit Mitte der 1980er-Jahren die Einführung einer breit angelegten beruflichen Bildung im Sekundarschulwesen. Breite, auf Allgemeinbildung gestützte Berufsprofile sollten berufliche Flexibilität in einer Zeit ermöglichen, die von zahlreichen Unsicherheiten und einer bevorstehenden tief gehenden Transformation der Wirtschaft gekennzeichnet war. In einem mehrstufigen und mehrjährigen Prozess wurden Ausbildungsberufe neu geordnet und konzentriert. Im Jahr 2002 gab es 195 Ausbildungsberufe im Vergleich zu 527 im Jahr 1982.

Legt man die oben beschriebenen Übergangstypen zugrunde, dürften aufgrund des hohen allgemeinbildenden Anteils und der Bedeutung der doppelqualifizierenden weiterführenden Schulen in hohem Maße

341 Soweit nicht anders vermerkt, basieren die folgenden Ausführungen auf ReferNet Poland 2011.

der Rückkehrtyp sowie aufgrund der relativ hohen Jugendarbeitslosigkeit der Umwegtyp vorherrschend sein.

Berufsorientierung

Im Anschluss an den sechsjährigen Primarbereich folgt das gemeinsame dreijährige *Gimnazjum* als Sekundarstufe I. Der Rahmenstundenplan sieht jeweils 2 Wochenstunden Technik und Informatik vor. Ein neues Kerncurriculum, das mit dem Schuljahr 2009/2010 implementiert wurde, sieht darüber hinaus das Fach „Gesellschaftskunde" vor, in dem in mindestens 65 Schulstunden über die 3 Jahre Themen wie „Unternehmertum", „wirtschaftliche Aktivitäten" oder Informationen über die weitere Schul- und Berufswahl behandelt werden (Eurydice 2009/2010).

Um Jugendlichen Orientierung und Beratung für ihre Bildungsplanung geben zu können, wurden seit 2003 entsprechende Beratungsstellen an Schulen der Sekundarstufe eingerichtet (*Szkolne Osrodki Kariery*). Im Jahr 2010 gab es hierfür 1.000 Vollzeitstellen, die in das jeweilige schulische Beratungsangebot integriert sind. Neben der Beratung über die weiteren Bildungsmöglichkeiten bieten diese Stellen auch Informationen über den regionalen Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht etc. an.

Übergänge

In den doppelqualifizierenden Bildungsgängen der Sekundarstufe II (*Technikum,* 4 Jahre; profiliertes Lyzeum [*Liceum profilowane*], 3 Jahre) werden berufsbezogene Fähigkeiten und Fertigkeiten insbesondere in den schuleigenen Labors und Werkstätten sowie in einem Pflichtbetriebspraktikum vermittelt. Da das Engagement der Betriebe hierfür nicht ausreicht, werden sie häufig in speziellen Bildungszentren (*Centrum Ksztalcenia Praktycznego*, CKP) absolviert. Unklar ist der Verbleib der Absolventen und Absolventinnen, die kein Studium aufgenommen haben[342], ob sie eine Erwerbstätigkeit aufgenommen, eine weitere berufliche Qualifikation angeschlossen haben oder in die Arbeitslosigkeit abgerutscht sind. Beim vierjährigen Technikum machen die „beruflichen Fächer" ca. ein Drittel der Wochenstunden aus (Hörner/Zielinska 2011). Bei den Berufsgrundschulen (*zasadnicza szkola zawodowa*), der wichtigsten Bildungseinrichtung für die Facharbeiterausbildung, umfassen die beruflichen Fächer knapp 50 % der Wochenstunden. Die theoretische und aufgabenbezogene fachliche Bildung findet in Labors oder Schulwerkstätten statt.

Bei der „Alternierenden Berufsausbildung" werden 2 Formen unterschieden. Zum einen die „Qualifizierung zum Gesellen" (Lehrlingsausbildung) mit einer Dauer von 24 bis 36 Monaten, wobei der fachtheoretische Unterricht überwiegend an den Berufsgrundschulen (*zasadnicza szkola zawodowa*) stattfindet, und die „Qualifizierung für eine bestimmte Tätigkeit". Sie ist ein Angebot für diejenigen, die keinen Schulabschluss auf Sekundarstufe I erreicht haben und mindestens 15 Jahre alt sind. Diese fachlich engere Qualifizierung hat eine Dauer von lediglich 3 bis 6 Monaten, endet mit einem staatlich anerkannten Zertifikat des Ausbildungsbetriebes und eröffnet die Möglichkeit, mit einer Ausbildung fortzufahren, die zu einem Facharbeiterabschluss führt. Die Zeiten werden angerechnet.

Ebenfalls ein Bildungsangebot für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf liegt in der Verantwortung des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik. So werden in landesweit 58 Bildungszentren Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren betreut, beherbergt und ausgebildet, die aus persönlichen, familiären oder wirtschaftlichen Gründen nach der Primarschule (6 Schuljahre) nicht den Einstieg in die Sekundarstufe des Schulsystems geschafft haben und nun intensiv betreut werden, um den Übergang in eine berufliche Ausbildung zu bewältigen. Hinzu kommt eine ganze Reihe von arbeitsmarktfördernden Maßnahmen, die sich z. T. auch an junge Menschen richten, die keinen Schulabschluss oder keine berufliche Qualifikation erworben haben.

(Georg Hanf, Christian Brzinsky-Fay [Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung], Philipp Grollmann, Ute Hippach-Schneider)

342 Im Schuljahr 1998/1999 haben 28 % der Absolventen/Absolventinnen der höheren beruflichen Schulen ein Hochschulstudium aufgenommen.

E2 Mobilität

Das Programm für lebenslanges Lernen (PLL) unterstützt die bildungspolitischen Ziele der Europäischen Union. Die Nationale Agentur Bildung für Europa beim BIBB ist im Rahmen des PLL verantwortlich für die Durchführung des Berufsbildungsprogramms LEONARDO DA VINCI und des Programms GRUNDTVIG im Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung. Zentrales Instrument des PLL ist die Projektförderung. LEONARDO DA VINCI fördert u. a. Mobilitätsprojekte, die Auslandsaufenthalte zu Lernzwecken von jungen Erwachsenen in der Ausbildung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und des Bildungspersonals ermöglichen, sowie Innovationstransferprojekte und Partnerschaften.

Auslandsaufenthalte – insbesondere langfristige – bieten eine hervorragende Möglichkeit, internationale Berufskompetenz zu erwerben. Fremdsprachenkenntnisse, internationale Fachkenntnisse sowie interkulturelle Kenntnisse sind wichtige Bausteine einer international zukunftsfähigen Qualifizierung.

Im Jahr 2011 wurden über 16.800 Stipendiatinnen und Stipendiaten in 700 Projekten gefördert → **Tabelle E2-1**. Damit setzt sich der starke Anstieg der beantragten und bewilligten Lernaufenthalte auch im Jahr 2011 weiter fort. Die Teilnehmerzahl im Bereich der Erstausbildung hat sich von 2006 bis 2011 verdoppelt → **Schaubild E2-1**. Dieser deutliche Anstieg geht u. a. auf die nationale Kofinanzierung von Mobilitätsprojekten durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zurück. Das europäische Mobilitätsbudget wurde im Jahr 2011 im Rahmen der Initiative LEO Plus um 1,4 Mio. € nationaler Fördermittel aufgestockt, wodurch mehr als 1.900 Auszubildende eine nationale Kofinanzierung erhielten.

Insbesondere für Personen in der beruflichen Erstausbildung und für das Berufsbildungspersonal stehen im Rahmen der Aktion LEONARDO DA VINCI Mobilität unterschiedliche, auf die Erfahrung der Betriebe und Bildungseinrichtungen sowie den Bedarf der Teilnehmenden abgestimmte Projekttypen zur Verfügung.

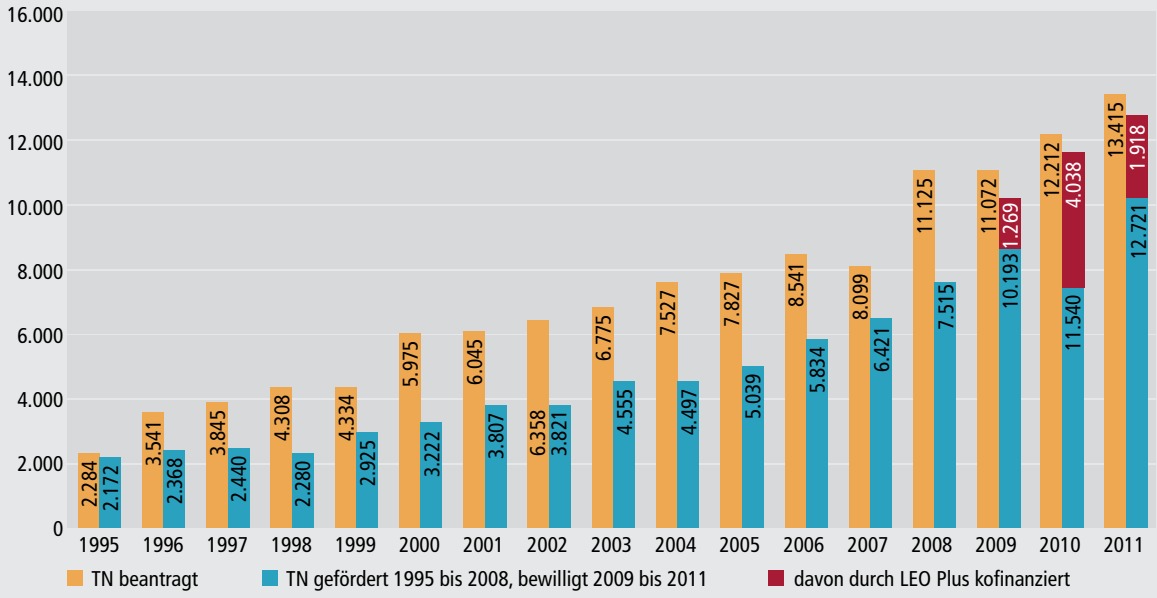
Als Einstieg in eine europäische Öffnung der Ausbildung konnten ausbildende Betriebe und Einrichtungen sogenannte „Kleine Projekte“ für maximal 3 Auszubildende oder Fachkräfte der beruflichen Bildung nutzen. „Kleine Projekte“ sind nicht an die europäische Antragsfrist gebunden und können fortlaufend und mit reduziertem Aufwand beantragt werden. Um auch einzelnen Auszubildenden einen Lernaufenthalt im Ausland zu ermöglichen, ohne dass der Ausbildungsbetrieb bzw. die Ausbildungseinrichtung sich als Projektträger engagiert, stehen sogenannte „Poolprojekte“ zur Verfügung. Diese

Tabelle E2-1: **Mobilitätsförderung 2011 im Rahmen des Programms LEONARDO DA VINCI**

Antragsrunde 2011 LEONARDI DA VINCI Mobilität beantragt/bewilligt						
	Zahl der Projekte beantragt	**Zahl der Projekte bewilligt**	**Zahl der Teilnehmer beantragt**	**Zahl der Teilnehmer bewilligt**	**Budget beantragt in Mio. €**	**Budget bewilligt in Mio. €**
Erstausbildung (IVT)	556	529	13.428	12.721	20,7	19,8
Personen am Arbeitsmarkt (PLM)	82	79	2.764	2.085	8,7	6,6
Fachkräfte in der Berufsbildung (VETPRO)	113	96	2.550	2.064	3,0	2,5
Gesamt	**751**	**704**	**18.715**	**16.870**	**32,4**	**28,8**

Quelle: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung

Schaubild E2-1: **LEONARDO DA VINCI Mobilität 1995–2011 – Teilnehmer/-innen Erstausbildung**



Quelle: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung

werden von Kammern, Bildungsträgern oder berufsbildenden Schulen angeboten und vergeben individuelle Stipendien. 2011 standen rund 2.600 Stipendien für Auszubildende, Arbeitnehmer/-innen mit abgeschlossener Berufsausbildung und Fachkräfte der Berufsbildung zur Verfügung. Für erfahrene Projektträger, die bereits erfolgreich Mobilitätsprojekte durchgeführt haben und die Projektförderung mit einer strategisch angelegten Internationalisierung verbinden, wurde im Jahr 2009 die Möglichkeit des LEONARDO-DA-VINCI-Mobilitätszertifikats geschaffen. Hier wurde eine bis zu vierjährige Förderperspektive eingeführt, die u. a. vereinfachte Antrags- und Berichtsverfahren ermöglicht. Seit Beginn der Einführung im Jahr 2009 wurden über 130 Mobilitätszertifikate vergeben.

Eine von der Nationalen Agentur Bildung für Europa im Jahr 2011 veröffentlichte Studie mit dem Titel „Verdeckte Mobilität in der beruflichen Bildung“ (vgl. Friedrich/Körbel 2011)[343] hat erstmalig erfasst, wie viele Auszubildende und Berufsfachschüler/-innen in Deutschland im Rahmen ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt absolvieren. Bislang lagen nur die Zahlen der Teilnehmenden in der Aktion LEONARDO DA VINCI Mobilität und den bilateralen Austauschprogrammen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vor. Unbekannt war bisher die Zahl der jungen Menschen, die ihren Auslandsaufenthalt im Rahmen anderer Programme oder privat finanziert absolvieren. In den Jahren 2007 bis 2009 haben durchschnittlich 23.500 Personen in beruflicher Erstausbildung einen Lernaufenthalt im Ausland realisiert. Daraus ergibt sich, dass 3 % der Personen in beruflicher Erstausbildung einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren. Die Studie gibt darüber hinaus Aufschluss über die Struktur der grenzüberschreitenden Mobilität zu Lernzwecken und zum Nutzen der Mobilität für die Teilnehmenden und Betriebe.

(Berthold Hübers)

343 Die Studie ist auf der Internetseite der Nationalen Agentur beim BIBB veröffentlicht. Siehe **http://www.na-bibb.de/service/publikationen/detailansicht.html?tt_products%5BbackPID%5D=82&tt_products%5Bproduct%5D=49&cHash=3d1eef2bbc0d51b2a02075134e55d915**.

Abkürzungsverzeichnis

Kurzbezeichnung	Langfassung
AAQ	Ausbildungsanfängerquote
abH	Ausbildungsbegleitende Hilfen
AbsQ	Ausbildungsabsolventenquote
AdB	Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
AES	Adult Education Survey
AEVO	Ausbilder-Eignungsverordnung
AEZ	Arbeitsentgeltzuschuss
AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AG-F	Arbeitsgemeinschaft für das Fernstudium an Hochschulen
AGH ME	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung
ANR	Angebots-Nachfrage-Relation
AO	Ausbildungsordnungen
AQ	Ausbildungsbeteiligungsquote
AQI	Angebotsquote zugunsten der Ausbildungsinteressierten
ARGEn	Arbeitsgemeinschaften
ArMiKo	Arbeitsministerkonferenz
AV	Ausbildungsvergütungen
AZWV	Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung
BA	Bundesagentur für Arbeit
BaE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAK AL	Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben
BAuA	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
BAVBVO	Berufsausbildungsvorbereitungs-Bescheinigungsverordnung
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BBNE	Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BerBiRefG	Berufsbildungsreformgesetz
BerEb	Berufseinstiegsbegleiterinnen und Berufseinstiegsbegleiter
BerEb-BK	Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung des BMBF
BF	Berufsfelder
BFB	Bundesverband der Freien Berufe
BFS	Berufsfachschule

bfw	Berufsfortbildungswerk des deutschen Gewerkschaftsbundes
BGBl	Bundesgesetzblatt
BGJ	Berufsgrundbildungsjahr
bhf	Berufshauptfelder
BHO	Bundeshaushaltsordnung
biat	Berufsbildungsinstitut Arbeit und Technik der Universität Flensburg
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIWAQ	Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier, ESF-Bundesprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BKZ	Berufskennziffer
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BOP	Berufsorientierungsprogramm des BMBF
BSW	Berichtssystem Weiterbildung
BvB	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
BWP	Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis
CAD	Computer Aided Design
CAPI	computergestützte persönlich-mündliche Interviews
CEDEFOP	European Centre for the Development of Vocational Training (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung)
Céreq	Centre d`études et de recherches sur les qualifications (Studien- und Forschungszentrum für Qualifikationen)
CLA	Classification of Learning Activities
CVTS	Continuing Vocational Training Survey (Europäische Betriebsbefragung)
DAA	Deutsche Angestellten Akademie GmbH
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DAZUBI	Online-Datensystem Auszubildende
DEAE	Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
DECVET	Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHKT	Deutscher Handwerkskammertag
DIE	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DQR	Deutscher Qualifikationsrahmen

DVV	Deutscher Volkshochschul-Verband
ECDL	Europäischen Computerführerschein
ECHP	Europäisches Haushaltspanel
EE	erneuerbare Energien
EQ	Einstiegsqualifizierung
EQ I	Erfolgsquote I – teilnahmebezogene Erfolgsquote
EQ II	Erfolgsquote II – teilnehmebezogene Erfolgsquote
EQ EP	Erfolgsquote für Erstprüfungen
EQI	Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten
EQJ	Einstiegsqualifizierungsjahr
EQK	ESF-Förderung von Qualifizierung während konjunkturellem oder Saisonkurzarbeitergeld (konj. Kug/Saison-Kug)
EQR	Europäischer Qualifikationsrahmen
EQT	ESF-Förderung von Qualifizierung während Transfer-Kug (Transferkurzarbeitergeld)
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
FB	Freie Berufe
FbW	Förderung der beruflichen Weiterbildung
FDL	Forum DistancE-Learning
FGYM	Fachgymnasium
FKZ	Funktionskennziffer/n
FormBild	Junge Menschen in formaler Bildung
FOS	Fachoberschule
GAP	gestreckte Abschluss- bzw. Gesellenprüfung
GFB	Gesundheitsfachberufe
GPC	Good Practice Center zur Förderung von Benachteiligten in der Berufsbildung des Bundesinstituts für Berufsbildung
GWS	Gesellschaft für wirtschaftlliche Strukturforschung
HIS	Hochschul-Informations-System GmbH
HWK	Handwerkskammer
Hw	Handwerk
HwEx	IH-Beruf im Handwerk ausgebildet
HwO	Handwerksordnung
HZB	Hochschulzugangsberechtigung
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
iABE	integrierte Ausbildungsberichterstattung

IFlaS	Initiative zur Flankierung des Strukturwandels
IGM	Industriegewerkschaft Metall
IH	Industrie- und Handel
IHK	Industrie- und Handelskammer
IKBB	Innovationskreis Berufliche Bildung
INKAR	Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung
ISCED	International Standard Classification of Education (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens)
Isfol	Istituto per lo Sviluppo della Formazione Professionale dei Lavoratori (Institut zur Förderung der Berufsbildung von Arbeitnehmern)
IT	Informationstechnik
ITB	Institut Technik und Bildung der Universität Bremen
IW	Institut der deutschen Wirtschaft Köln
JD-Bestand	Jahresdurchschnittsbestand
KBE	Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KldB	Klassifizierung der Berufe
KMK	Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KuG	Kurzarbeitergeld
LFS	Labour Force Survey
LQ alt	(Vertrags-)Lösungsquote auf Basis der Aggregatdatenerfassung bis Berichtsjahr 2008
LQ neu	(Vertrags-)Lösungsquote auf Basis der Individualdatenerfassung – ab Berichtsjahr 2009
Lw	Landwirtschaft
MZ	Mikrozensus
NA	Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung
nfQ	Nicht formal Qualifizierte
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
öD	öffentlicher Dienst
PLL	Programm für lebenslanges Lernen
PROSIMA	Ökonometrisches Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems

Quali-ABM	Qualifizierungs-Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
QLF	Qualifizierungsfond Land- und Forstwirtschaft
ReferNet	Europäisches Referenznetzwerk für Fachwissen und Expertise
Reha-bMA	Ausbildung Reha – Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Eingliederung von jungen Menschen mit Behinderungen
SBB	Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung
SES	Senioren Experten Service
SGB II	Sozialgesetzbuch II
SGB III	Sozialgesetzbuch III
SGB VIII	Sozialgesetzbuch VIII
SGB XII	Sozialgesetzbuch XII
StBA	Statistisches Bundesamt
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
TVöD	Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes
ÜBS	Überbetriebliche Berufsbildungsstätten
VBO	Vertiefte Berufsorientierung
VerBIS	Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem (Bundesagentur für Arbeit)
VHS	Volkshochschule
VWA	Wirtschafts- und Verwaltungsakademien
WB	Weiterbildung
WeGebAU	Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen
WiMiKo	Wirtschaftsministerkonferenz
WK	Weiterbildungskosten
WS	Wintersemester
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
ZDH	Zentralverband des Deutschen Handwerks
ZFU	Zentralstelle für Fernunterricht
ZIBS	Zukunftsinitiative für Berufliche Schulen
zkT	zugelassene kommunale Träger

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild A1.4-1:	Betriebliche Ausbildungsstellenangebote je 100 Nachfragende nach erweiterter Definition in den Arbeitsagenturbezirken im Jahr 2011	66
Schaubild A3.1-1:	Bewertung des Verbleibs am Jahresende 2010 durch die Bewerber/-innen nach Migrationshintergrund (Anteile in %)	82
Schaubild A4.1.2-1:	Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (2002 bis 2011)	91
Schaubild A4.1.2-2:	Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (2002 bis 2011)	92
Schaubild A4.2.1-1:	Zahl der Auszubildenden am 31.12., alte Länder inklusive Berlin (vor 1991 nur Berlin-West), 1977–2010	100
Schaubild A4.2.3-1:	Entwicklung der Ausbildungsquoten im öffentlichen Dienst	111
Schaubild A4.3-1:	Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen, Bundesgebiet 2010	22
Schaubild A4.4-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen nach Geschlecht, Bundesgebiet 1993 bis 2010	128
Schaubild A4.7-1:	Vertragslösungen der Anfängerkohorte 2008 in den ersten 24 Monaten nach Ausbildungsbeginn (kumulierter Anteil der gelösten Verträge in %)	176
Schaubild A4.10.1-1:	Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung in Deutschland zwischen 1999 und 2010 (Referenzjahr 1999 = 100 %)	190
Schaubild A4.10.1-2:	Entwicklung von Ausbildung und Beschäftigung in Deutschland zwischen 1999 und 2010 (Referenzjahr 1999 = 100 %)	191
Schaubild A4.10.1-3:	Entwicklung der geschlechtsbezogenen Ausbildungsquoten in Deutschland zwischen 1999 und 2010	191
Schaubild A4.10.1-4:	Prozentuale Verteilung der Auszubildenden auf Betriebsgrößenklassen zwischen 1999 und 2010 in Deutschland	193
Schaubild A4.10.4-1:	Anteil an Ausbildungsbetrieben mit Angebot an Ausbildungsstellen für das Ausbildungsjahr 2010/2011 an allen Ausbildungsbetrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)	205
Schaubild A4.10.4-2:	Anteil an Ausbildungsbetrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für das Ausbildungsjahr 2010/2011 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)	207
Schaubild A4.10.4-3:	Anteil an Betrieben mit Angebot an Arbeitsstellen im Jahr 2010 an allen Betrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)	208
Schaubild A4.10.4-4:	Anteil an Betrieben mit unbesetzten Arbeitsstellen im Jahr 2010 an allen Betrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)	209
Schaubild A4.10.4-5:	Quotienten aus den Prozentanteilen der Betriebe mit unbesetzten Arbeitsstellen und den Prozentanteilen der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen im Jahr 2010 nach ausgewählten Strukturmerkmalen	210
Schaubild A4.10.4-6:	Angebotsplanungen von Betrieben mit und ohne unbesetzte Ausbildungsstellen in den kommenden 3 Jahren (in %)	211
Schaubild A4.10.4-7:	Einschätzungen von Betrieben mit und ohne unbesetzte Ausbildungsstellen zu den künftigen Schwierigkeiten, geeignete Bewerber/-innen zu finden (in %)	211

Schaubild A5.3-1: Anzahl der Schüler/-innen in den am stärksten besetzten Sozial- und Gesundheitsdienstberufen nach Geschlecht (Veränderungen zum Vorjahr in Klammern) ... 218

Schaubild A6.1-1: Übersicht der Sektoren und Konten der iABE – Beispiel Sektor Integration in Berufsausbildung ... 221

Schaubild A6.2-1: „FormBild“ – Junge Menschen in formaler Bildung 2010 ... 223

Schaubild A6.2-2: Altersspezifische Anteile der Sektoren an der Wohnbevölkerung 2010 ... 223

Schaubild A6.2-3: Entwicklung der Anfängeranteile im Ausbildungsgeschehen 2011 ... 228

Schaubild A6.3-1: Demografische Entwicklung der 15- bis 24-Jährigen 2005 bis 2011 ... 230

Schaubild A6.3-2: Ausländische Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund von jungen Menschen im Vergleich (Referenzjahr 2005) ... 230

Schaubild A7.1.1: Maßnahmen der Berufsvorbereitung der Bundesagentur für Arbeit – Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen (Jahresdurchschnittsbestand) ... 238

Schaubild A7.1-2: Maßnahmen der Förderung der Berufsausbildung der Bundesagentur für Arbeit ... 240

Schaubild A7.1-3: Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen – Ost-West-Unterschiede (Jahresdurchschnittsbestand) ... 240

Schaubild A7.2-1: Ausbildungsbereiche, in denen eine Ausbildung begonnen wurde ... 243

Schaubild A7.2-2: Gründe für den Austritt nach Angaben der Einstiegsbegleiter/-innen ... 244

Schaubild A7.2-3: Schulabschlüsse der Teilnehmenden nach Verlassen der Schule ... 245

Schaubild A8.1-1: Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1992 bis 2011 Durchschnittliche monatliche Bruttobeträge in € und Anstieg gegenüber dem Vorjahr in % ... 255

Schaubild A9.2-2: Arbeitsmarktentwicklungen bis zum Jahr 2030 nach Erwerbstätigen, Erwerbspersonen und Erwerbspersonenpotenzial ... 271

Schaubild A9.2-3: Erwerbspersonen und Erwerbstätige nach Qualifikationsniveaus (ISCED) – in Mio. ... 272

Schaubild A9.2-4: Gewinn- und Verlustrechnung nach Fachkräften und Arbeitskräften nach Berufshauptfeldern 2005 und 2030 vor und nach Einbeziehung der beruflichen Flexibilität in Tausend ... 276

Schaubild B1.1-1: Definition von berufsbezogener Weiterbildung für Daten des Adult Education Survey (AES) ... 284

Schaubild B1.1-2: Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Regionen 2007 und 2010 (in %) ... 285

Schaubild B1.1-3: Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Erwerbsstatus 2007 und 2010 (in %) ... 286

Schaubild B1.1-4: Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Geschlecht 2007 und 2010 (in %) ... 287

Schaubild B1.1-5: Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Altersgruppen 2007 und 2010 (in %) ... 288

Schaubild B1.1-6: Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Migrationshintergrund 2007 und 2010 (in %) ... 289

Schaubild B1.1-7: Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach Schulabschluss 2007 und 2010 (in %) ... 291

Schaubild B1.1-8:	Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach beruflichem Abschluss 2007 und 2010 (in %)	291
Schaubild B1.2.3-1:	Weiterbildungsbeteiligung von Ausbildungsbetrieben und Nichtausbildungsbetrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2010 (in %)	302
Schaubild B1.2.3-2:	Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben mit und ohne Angebot an Arbeitsstellen nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2010 (in %)	303
Schaubild B1.2.3-3:	Weiterbildungsbeteiligung von Ausbildungsbetrieben mit unbesetzten und ohne unbesetzte Ausbildungsstellen nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2010 (in %)	304
Schaubild B1.2.3-4:	Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben mit unbesetzten und ohne unbesetzte Arbeitsstellen nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2010 (in %)	305
Schaubild B2.1.1-1:	Entwicklung der wbmonitor Klimawerte von 2007 bis 2011	314
Schaubild B2.1.2-1:	Regionen nach Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2007	317
Schaubild B2.1.2-2:	Anbieter, die eine Veränderung der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung in den vergangenen 5 Jahren verzeichnen, differenziert nach regionaler Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2007 (Salden)	319
Schaubild B2.1.2-3:	Aktuelles und in den nächsten 5 Jahren vorgesehenes Weiterbildungsangebot mit Bezug zum demografischen Wandel (in %, Mehrfachnennungen)	320
Schaubild B2.2.1-1:	Anteile von Männern und Frauen an den Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf 2010	324
Schaubild B2.3-1:	Übersicht über die vom Forum DistancE-Learning (FDL) einbezogenen Fernlehrinstitute (n = 333) nach Teilnahmezahlen (absolut und in %)	333
Schaubild B2.3-2:	Abschlussarten (absolut und in %)	334
Schaubild B2.3-3:	Teilnehmende 2010 nach Themenbereich und Geschlecht (in %)	335
Schaubild B2.3-4:	Fernstudiengänge an staatlichen Hochschulen nach Abschluss (WS 2010/2011) (in %)	336
Schaubild B3.1-1:	Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB III und SGB II von 2000 bis 2010	338
Schaubild B3.1-2:	Durchschnittlicher Jahresbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB III und SGB II von 2001 bis 2010	339
Schaubild B3.1-3:	Zugänge zu FbW im Sonderprogramm WeGebAU	342
Schaubild B3.2-1:	Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2001 bis 2010	344
Schaubild B3.2-2:	Geförderte Personen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2001 bis 2010	345
Schaubild B3.3-1:	Neustipendiatinnen und Neustipendiaten, 1991 bis 2011 Aufnahmejahr	346
Schaubild B3.3-2:	Förderquote 2005 bis 2011 (in %)	347
Schaubild B3.3-3:	Aufnahmen 2011 nach Ausbildungsbereichen (in %)	347
Schaubild B3.3-4:	Schulische Vorbildung nach Ausbildungsbereichen 2011	348
Schaubild B3.3-5:	Größe der Unternehmen Aufnahmejahr 2011	348
Schaubild B4.2-1:	Handlungsbereiche mittlerer Führungskräfte kaufmännisch-betriebswirtschaftlicher Prägung	361

Schaubild B4.4.2-1:	Bildungswege der 25- bis 34-Jährigen	370
Schaubild B4.4.2-2:	Bildungswege der 35- bis 44-Jährigen	371
Schaubild B4.4.2-3:	Bildungswege der 45- bis 54-Jährigen	371
Schaubild C2-1:	Vorbildung der Anfänger/-innen im Sektor Integration 2010	378
Schaubild C2-2:	Anfänger/-innen im Sektor Integration 2010 mit und ohne Hauptschulabschluss	379
Schaubild C2-3:	Entwicklung des Sektors Integration im Vergleich	380
Schaubild C4-2.1:	Heterogenität der Bewerber und Bewerberinnen (in %)	388
Schaubild E1.1-1:	Durschnittliche Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen und relative Jugendarbeitslosigkeit in OECD-Ländern von 1990 bis 2008	404
Schaubild E1.1-2:	Relative Jugendarbeitslosigkeit in OECD-Ländern 1990 bis 2008	405
Schaubild E1.2-1:	Übergangstypen	408
Schaubild E1.2-2:	Übergangstypen nach Ländern	409
Schaubild E2-1:	LEONARDO DA VINCI Mobilität 1995–2011 – Teilnehmer/-innen Erstausbildung	419

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle A1-1:	Entwicklung des Ausbildungsmarktes von 2010 bis 2011 im Überblick (Stichtag: 30. September)	12
Tabelle A1.1-1:	Entwicklung der Zahl der Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie der registrierten Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahrgängen	14
Tabelle A1.1-2:	Eckwerte zur Ausbildungsmarktentwicklung 2001 bis 2011 (Stichtag: 30. September)	16
Tabelle A1.1-3:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt im Jahr 2011 (Stichtag: 30. September)	17
Tabelle A1.1-5:	Entwicklung des Ausbildungsangebots von 1994 bis 2011 nach Berufsgruppen (Stichtag: 30. September)	21
Tabelle A1.1-6:	Entwicklung der Ausbildungsplatznachfrage nach dem Geschlecht	23
Tabelle A1.1-7:	Berufe mit einer relativ hohen Zahl an Ausbildungsplatznachfragern im Verhältnis zum betrieblichen Ausbildungsplatzangebot	24
Tabelle A1.1-8:	Berufe mit einer relativ geringen Zahl an Ausbildungsplatznachfragern im Verhältnis zum betrieblichen Ausbildungsplatzangebot	25
Tabelle A1.1-9:	Herkunft und Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber, für die im vierten Quartal des Kalenderjahres 2011 zeitweise oder dauerhaft ein Vermittlungsauftrag für den Beginn einer Berufsausbildung bis Ende 2011 bestand	27
Tabelle A1.2-1:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1992 bis 2011	29
Tabelle A1.2-2:	Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2011 und Veränderung gegenüber 2010 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen	32
Tabelle A1.2-3:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen von 1992 bis 2011 in Deutschland	33
Tabelle A1.2-4:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2011 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1)	36
Tabelle A1.2-4:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2011 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2)	38
Tabelle A1.2-5:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht	41
Tabelle A1.2-6:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2007 neuen Berufen und in den 2011 modernisierten Berufen	43
Tabelle A1.2-7:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Anschlussverträge mit Veränderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Regionen und Zuständigkeitsbereichen 2009 bis 2011	45
Tabelle A1.3-1:	Gemeldete Berufsausbildungsstellen in den Berichtsjahren 2010/2011, 2009/2010 und 2008/2009	48
Tabelle A1.3-2:	Geschlecht, Schulabschluss, besuchte Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der bei der BA (inkl. zkT) gemeldeten Bewerber/-innen der Berichtsjahre 2010/2011 und 2009/2010	49

Tabelle A1.3-3: Verbleib der bei der BA und den zugelassenen kommunalen Trägern gemeldeten Bewerber/-innen zum 30.09.2011 51

Tabelle A1.3-4: Entwicklung der Zahl der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern (mit zkT) gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen, welche die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verließen 53

Tabelle A1.3-5: Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2010/2011 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Bundesgebiet 55

Tabelle A1.3-6: Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2010/2011 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – alte Länder 56

Tabelle A1.3-7: Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2010/2011 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – neue Länder (einschließlich Berlin) 57

Tabelle A1.3-8: Unbesetzte Ausbildungsstellen (ohne zkT) und unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zkT) der Berichtsjahre 2010/2011 und 2009/2010 nach Ländern 59

Tabelle A1.3-9: Unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zkT) nach Geschlecht, Schulabschluss, besuchter Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der Berichtsjahre 2010/2011 und 2009/2010 60

Tabelle A1.3-10: Unbesetzte Ausbildungsstellen (ohne zkT) und unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zkT) der Berichtsjahre 2010/2011 und 2009/2010 nach Berufsbereichen 62

Tabelle A1.4-1: Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation 2011 65

Tabelle A2.2-1: Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30.09.2012 (Angaben in Tausend) 71

Tabelle A2.2-2: Entwicklung der Ausbildungsmarktlage in Deutschland von 2001 bis 2012 (Ist-Werte bis 2011, Vorausschätzung für 2012) 73

Tabelle A2.3-1: Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/ -absolventinnen sowie der Altbewerber/-innen 2005 bis 2025 74

Tabelle A3.1-1: Einmündung in betriebliche bzw. betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen nach Migrationshintergrund und Schulabschlussniveau (Anteile je Personengruppe in %) 79

Tabelle A3.2-1: Einmündung in betriebliche, außerbetriebliche und Ausbildung insgesamt in BBiG/HwO-Berufen nach Berufseinstiegsbegleitung und Schulabschlussniveau (Anteile je Personengruppe in %) 84

Tabelle A4.1.1-1: Struktur des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) 88

Tabelle A4.1.1-2: Liste der 1½-, 2-, 3- und 3½-jährigen Ausbildungsberufe, die vor 1990 erlassen wurden, mit den jeweiligen Erlassdaten und der Gesamtzahl der Auszubildenden (Stand 2011) 89

Tabelle A4.1.2-1: Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (2002 bis 2011) 92

Tabelle A4.1.3-1: Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (2002 bis 2011) 94

Tabelle A4.1.3-2: Neue und modernisierte Ausbildungsberufe 2011 95

Tabelle A4.2.1-1: Auszubildende am 31.12. nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2010 99

Tabelle A4.2.1-2: Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2010 (in %) ... 103
Tabelle A4.2.1-3: Weibliche Auszubildende (Bestände) in männlich und weiblich besetzten Ausbildungsberufen, Westdeutschland 1980, 1995 und 2010, Ostdeutschland 2010 ... 103
Tabelle A4.2.1-4: Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2010 (in %) ... 105
Tabelle A4.2.2-1: Zahl der Auszubildenden mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen 2010 ... 108
Tabelle A4.3-1: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2009 und 2010 ... 113
Tabelle A4.3-2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2010 (absolut und in % der Neuabschlüsse) ... 115
Tabelle A4.3-3: Ausbildungsanfänger/-innen, Anschlussverträge, Mehrfachausbildungen und Vertragswechsler nach Ländern bzw. Zuständigkeitsbereichen (absolut und in % der Neuabschlüsse) 2010 ... 124
Tabelle A4.4-1: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen, Bundesgebiet 1980 und 1993 bis 2010 ... 127
Tabelle A4.4-2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 1980 und 1993 bis 2010 ... 130
Tabelle A4.4-3: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 1996 bis 2010 ... 131
Tabelle A4.4-4: Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Ausbildungsberufen an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland 1980 und 1993 bis 2010, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2010 ... 135
Tabelle A4.4-5: Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung, Bundesgebiet, Westdeutschland und Ostdeutschland 1993 bis 2010, in % der Neuabschlüsse ... 137
Tabelle A4.5-1: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 1993 bis 2010 (in %) ... 138
Tabelle A4.5-2: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen/-innen nach Alter, Bundesgebiet 2010 ... 139
Tabelle A4.5-3: Ausbildungsbeteiligungsquote 1993 bis 2010 ... 142
Tabelle A4.5-4: Ausbildungsanfängerquote nach Personenmerkmal und Region, 2009 bis 2010 (in %) ... 143
Tabelle A4.5-5: Ausbildungsabsolventenquote nach Personenmerkmal und Region, 2009 bis 2010 (in %) ... 145
Tabelle A4.6.1-1: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung und überwiegend öffentlich finanzierte Stellen, Berichtsjahre 2008 bis 2010 (Mehrfachnennungen möglich) ... 147
Tabelle A4.6.1-2: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2010 (Mehrfachnennungen möglich) ... 148
Tabelle A4.6.1-3: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereich, Bundesgebiet 2010 (Mehrfachnennungen möglich) ... 149

Tabelle A4.6.1-4: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Berichtsjahr 2010 150
Tabelle A4.6.1-5: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Personengruppen, Bundesgebiet 2010 (Mehrfachnennungen möglich)..... 151
Tabelle A4.6.2-1: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Region 2010..... 153
Tabelle A4.6.2-2: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Zuständigkeitsbereich, Bundesgebiet 2007 bis 2010 154
Tabelle A4.6.2-3: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Bundesgebiet 2010 ... 155
Tabelle A4.6.2-4: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Berufsgruppen, Bundesgebiet 2010..... 155
Tabelle A4.6.2-5: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2010 156
Tabelle A4.6.2-6: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2010 157
Tabelle A4.6.2-7: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2010..... 159
Tabelle A4.6.2-8: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Studienberechtigung am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2010..... 159
Tabelle A4.6.3-1: Tätigkeit ein halbes Jahr nach Schulabgang und Studienabsicht von Studienberechtigten des Abschlussjahrgangs 2010 (in %) 162
Tabelle A4.6.3-2: Tätigkeit ein halbes Jahr nach Schulabgang von Studienberechtigten des Abschlussjahrgangs 2010 mit bereits abgeschlossener dualer Ausbildung vor bzw. beim Schulabgang (in %) 163
Tabelle A4.6.3-3: Vorteile einer Berufsausbildung aus Sicht von Studienberechtigten (Abschlussjahr 2010) in dualer Ausbildung bzw. mit Ausbildungsabsicht nach Geschlecht (in %)..... 164
Tabelle A4.7-1: Vertragslösungsquote in % der begonnenen Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2010, Bundesgebiet 2009 sowie 2010 168
Tabelle A4.7-2: Ausbildungsberufe mit den höchsten und niedrigsten Vertragslösungsquoten in %, Bundesgebiet 2010..... 170
Tabelle A4.7-3: Vertragslösungsquote (in %) in den 20 am stärksten besetzten dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 2010 171
Tabelle A4.7-4: Vertragslösungsquoten (LQneu in %) nach Personenmerkmalen und Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2010 173
Tabelle A4.7-5: Vorzeitige Vertragslösungen nach Zuständigkeitsbereichen und Zeitpunkt der Lösung (absolut und in %), Bundesgebiet 2010..... 175
Tabelle A4.8-1: Teilnahmen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 1995 sowie 2000 bis 2010 180
Tabelle A4.8-2: Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2010 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen 181

Tabelle A4.8-3: Erste Teilnahme an Abschlussprüfungen in 2010 nach Zuständigkeitsbereichen 182
Tabelle A4.8-6: Teilnahmen an Externenprüfungen 2010 nach Zuständigkeitsbereichen 183
Tabelle A4.10.2-1: Ausbildungsberechtigung (in %) 196
Tabelle A4.10.2-2: Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße (in %) 197
Tabelle A4.10.2-4: Ausbildungsaktivität nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %) 198
Tabelle A4.10.2-5: Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %) 199
Tabelle A4.10.3-1: Bestandene Ausbildereignungsprüfungen 2010 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder 201
Tabelle A4.10.3-2: Bestandene Meisterprüfungen 2010 nach Ausbildungsbereichen 201
Tabelle A4.10.3-3: Bestandene Meisterprüfungen 2010 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht 201
Tabelle A4.10.3-4: Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2010 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder 202
Tabelle A4.10.3-6: Alter des Ausbildungspersonals 2010 nach Geschlecht 202
Tabelle A4.10.3-5: Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2010 nach Geschlecht, alte und neue Länder 202
Tabelle A5.1-2: Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln, nach Berufsbereichen 214
Tabelle A5.1-3: Am stärksten besetzte Berufe an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln – Schuljahr 2010/2011 215
Tabelle A5.2-2: Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln, nach Berufsbereichen 216
Tabelle A5.2-3: Die 10 am stärksten besetzten Berufsgruppen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss gemäß BBiG/HwO vermitteln – Schuljahr 2010/2011 217
Tabelle A6.2-1: Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2011 224
Tabelle A6.2-2: Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) 2011 – Anteil der Konten am jeweiligen Sektor (in %) 226
Tabelle A7.1-1: Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit 233
Tabelle A7.1-2: Auswahl für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevanter Förderinitiativen und Sonderprogramme des Bundes 2010 234
Tabelle A7.3-1: Zusatzqualifikationen – Modelle, Anzahl der Unternehmen und Auszubildenden von 2004 bis 2011 246
Tabelle A7.3-2: Anbieter von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2011 247
Tabelle A7.3-3: Inhaltliche Schwerpunkte von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2011 248
Tabelle A7.3-4: Regionale Verteilung von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2011 248
Tabelle A7.4-1: Duale Studiengänge von 2004 bis 2011 250
Tabelle A7.4-2: Anbieter von dualen Studiengängen von 2004 bis 2011 251
Tabelle A7.4-3: Fachrichtung von dualen Studiengängen von 2004 bis 2011 251
Tabelle A7.4-4: Regionale Verteilung dualer Studiengänge von 2004 bis 2011 252
Tabelle A8.1-1: Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) insgesamt von 2005 bis 2010 256

Tabelle A8.1-2:	Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) im Vergleich zu den tariflichen Monatsverdiensten der Arbeitnehmer von 2005 bis 2010	257
Tabelle A8.2-1:	Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung	259
Tabelle A8.3-1:	Bruttokosten, Erträge und Nettokosten pro Auszubildendem und Jahr (2007)	262
Tabelle A8.3-2:	Auszug aus dem Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Ausgaben in Mrd. €	263
Tabelle A9.1.1-1:	Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2010 (in Klammern: 2009)	265
Tabelle A9.1.2-1:	Erwerbsbeteiligung von Absolventen/Absolventinnen beruflicher Ausbildungen bis zu 3 Jahre nach Ausbildungsende (in %)	267
Tabelle A9.1.2-2:	Absolventen/Absolventinnen beruflicher Ausbildungen nach Arbeitsvertrag und Region bis zu 3 Jahre nach Ausbildungsende (nur Erwerbstätige in %)	268
Tabelle A9.1.2-3:	Absolventen/Absolventinnen beruflicher Ausbildungen nach Arbeitszeittyp und Region bis zu 3 Jahre nach Ausbildungsende (nur Erwerbstätige in %)	269
Tabelle A9.1.2-4:	Weitere Bildungsbeteiligung von Absolventen/Absolventinnen beruflicher Ausbildungen bis zu 3 Jahre nach Ausbildungsende (in %)	269
Tabelle A9.2-2:	Berufliche Flexibilitätsmatrix 2008 auf der Ebene der Berufshauptfelder	275
Tabelle A9.3-1:	Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von 1996 bis 2009	278
Tabelle A9.3-2:	Junge Erwachsene ohne beruflichen Abschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren 2009	279
Tabelle B1.2.1-1:	Weiterbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	294
Tabelle B1.2.1-2:	Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)	295
Tabelle B1.2.2-1:	Anteil der Unternehmen je nach Kursangebot (in % der Unternehmen mit Kursen) und Anteil der externen bzw. internen Kursstunden an den gesamten Kursstunden 2005	297
Tabelle B1.2.2-2:	Stundenanteile an den gesamten externen Kursstunden nach Weiterbildungsträgern 2005 (in %)	299
Tabelle B1.3-1:	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2006 bis 2010 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht	308
Tabelle B1.3-2:	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2010 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder	309
Tabelle B1.3-3:	Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2010 – Strukturen und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereich und ausgewählte Prüfungsgruppen	310
Tabelle B1.3-4:	Teilnahmen an Umschulungsprüfungen 2010 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder	312
Tabelle B2.1.1-1:	Klimawert, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teilgruppen von Weiterbildungsanbietern 2011	315
Tabelle B2.2.1-1:	Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volkshochschulen 1991 bis 2010	322
Tabelle B2.2.1-2:	Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2010	324
Tabelle B2.2.2-1:	Veranstaltungen und Teilnehmende der Berufsfortbildungswerke des DGB, 2000 bis 2010	326

Tabelle B2.2.2-2:	Maßnahmen und Teilnehmende der Deutschen Angestellten Akademie GmbH (DAA) nach Themenbereichen, 2004 bis 2010	326
Tabelle B2.2.2-3:	Veranstaltungen, Teilnehmende, Standorte und Mitglieder des Wuppertaler Kreises 2000 bis 2010	327
Tabelle B2.2.2-4:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern, 1995 und 2000 bis 2010	328
Tabelle B2.2.2-5:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern nach Themenbereichen, 2010	328
Tabelle B2.2.3-1:	Veranstaltungen, Unterrichsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2009	331
Tabelle B2.2.3-2:	Belegungen differenziert nach Geschlecht der Teilnehmenden im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2009	332
Tabelle B3.1-1:	Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen in den Rechtskreisen SGB III und SGB II im Jahr 2010	337
Tabelle B3.1-2:	Zugang und Jahresdurchschnittsbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB III und SGB II in den Jahren 2005 bis 2010	339
Tabelle B3.1-3:	Sonderprogramm „WeGebAU“ – Zugang und Bestand 2007 bis 2010	341
Tabelle B3.1-4:	Zugang zu FbW- und ESF-geförderter Qualifizierung während der Kurzarbeit	342
Tabelle B3.5-1:	Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung	351
Tabelle B3.6-1:	Tarifliche Branchenfonds zur Weiterbildungsfinanzierung für das Jahr 2011	356
Tabelle B4.3-1:	Absolventen/-innen des Schuljahres 2008/2009 mit bestandener Abschlussprüfung an Fachschulen nach Berufsklassen und rechtlichem Status der Schulen	362
Tabelle B4.3-2:	Fachschulen 2009/2010: Schulen, Klassen und Schüler/-innen nach Ländern	363
Tabelle B4.4.2-1:	Verteilung verschiedener beruflich qualifizierender Abschlüsse in der Bevölkerung – Betrachtung der Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen	367
Tabelle B4.4.2-2:	Returns on Investment – Arbeitsmarktbezogene Ergebnisse beruflicher Bildung	368
Tabelle C2-1:	Anfänger/-innen im Sektor „Integration in Berufsausbildung“ 2011	378
Tabelle C3-1:	Standpunkte von Berufsbildungsexperten zum Übergangssystem	383
Tabelle C3-2:	Entwicklung der Anfängerzahl im Übergangsbereich in Abhängigkeit von der Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und des Umfangs des Ausbildungsplatzangebots (Stützzeitraum der Schätzungen: Entwicklung 1992 bis 2011)	384
Tabelle E1.3-1:	Arbeitslosenquoten (in %)	410
Tabelle E1.3-2:	Frühe Schulabgänger/-innen (in %)	410
Tabelle E2-1:	Mobilitätsförderung 2011 im Rahmen des Programms LEONARDO DA VINCI	418

Verzeichnis der Tabellen und des Schaubilds zum Datenreport im Internet

Tabelle A1.1-4 Internet – Teil 1:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt im Jahr 2011 (Stichtag: 30. September)	1
Tabelle A1.1-4 Internet – Teil 2:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt im Jahr 2010 (aktualisierte Daten; Stand Ende 2011)	2
Tabelle A1.1-4 Internet – Teil 3:	Veränderung der Eckwerte zum Ausbildungsmarkt von 2010 bis 2011 (absolute Differenzbeträge)	3
Tabelle A1.1-4 Internet – Teil 4:	Veränderung der Eckwerte zum Ausbildungsmarkt von 2010 bis 2011	4
Tabelle A1.4-2 Internet:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation nach Arbeitsagenturbezirken 2011	5
Tabelle A4.8-4 Internet:	Erfolge bei der ersten Teilnahme an Ausbildungsabschlussprüfungen 2010 nach Bundesländern (Erfolgsquote bei Erstprüfungen)	10
Tabelle A4.8-5 Internet:	Teilnehmende an Erstprüfungen und Erfolge in den 40 Ausbildungsberufen mit den höchsten Erstprüfungszahlen in 2010 insgesamt und nach Schulabschluss	11
Tabelle A4.10.1-1 Internet:	Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2008, 2009 und 2010	12
Tabelle A4.10.1-2 Internet:	Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2008, 2009 und 2010	12
Tabelle A4.10.1-3 Internet:	Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2008, 2009 und 2010	13
Tabelle A4.10.1-4 Internet:	Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	13
Tabelle A4.10.1-5 Internet:	Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	14
Tabelle A4.10.1-6 Internet:	Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	14
Tabelle A4.10.1-7 Internet:	Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	15
Tabelle A4.10.1-8 Internet:	Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	15
Tabelle A4.10.1-9 Internet:	Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	16
Tabelle A4.10.1-10 Internet:	Auszubildende nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2008, 2009 und 2010	16
Tabelle A4.10.1-11 Internet:	Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2008, 2009 und 2010	17
Tabelle A4.10.1-12 Internet:	Ausbildungsquote nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2008, 2009 und 2010	17
Tabelle A4.10.1-13 Internet:	Auszubildende nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	18
Tabelle A4.10.1-14 Internet:	Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	18

Tabelle A4.10.1-15 Internet:	Ausbildungsquote nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	19
Tabelle A4.10.1-16 Internet:	Auszubildende nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	19
Tabelle A4.10.1-17 Internet:	Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	20
Tabelle A4.10.1-15 Internet:	Ausbildungsquote nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2008, 2009 und 2010	20
Tabelle A4.10.1-19 Internet:	Ausbildungsbetriebe nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2008, 2009 und 2010	21
Tabelle A4.10.1-20 Internet:	Betriebe nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2008, 2009 und 2010	22
Tabelle A4.10.1-21 Internet:	Ausbildungsbetriebsquote nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2008, 2009 und 2010	23
Tabelle A4.10.1-22 Internet:	Ausbildungsbetriebe nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2008, 2009 und 2010	24
Tabelle A4.10.1-23 Internet:	Betriebe nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2008, 2009 und 2010	25
Tabelle A4.10.1-24 Internet:	Ausbildungsbetriebsquote nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2008, 2009 und 2010	26
Tabelle A4.10.1-25 Internet:	Ausbildungsbetriebe nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2008, 2009 und 2010	27
Tabelle A4.10.1-26 Internet:	Betriebe nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2008, 2009 und 2010	28
Tabelle A4.10.1-27 Internet:	Ausbildungsbetriebsquote nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2008, 2009 und 2010	29
Tabelle A4.10.1-28 Internet:	Auszubildende nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2008, 2009 und 2010	30
Tabelle A4.10.1-29 Internet:	Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2008, 2009 und 2010	31
Tabelle A4.10.1-30 Internet:	Ausbildungsquote nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2008, 2009 und 2010	32
Tabelle A4.10.1-31 Internet:	Auszubildende nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2008, 2009 und 2010	33
Tabelle A4.10.1-32 Internet:	Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2008, 2009 und 2010	34
Tabelle A4.10.1-33 Internet:	Ausbildungsquote nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2008, 2009 und 2010	35
Tabelle A4.10.1-34 Internet:	Auszubildende nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2008, 2009 und 2010	36
Tabelle A4.10.1-35 Internet:	Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2008, 2009 und 2010	37
Tabelle A4.10.1-36 Internet:	Ausbildungsquote nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2008, 2009 und 2010	38
Tabelle A4.10.1-37 Internet:	Betriebliche Ausbildungsbeteiligung nach Bundesländern 2010	39

Tabelle A4.10.1-38 Internet:	Ausbildung und Beschäftigung nach Bundesländern 2010	40
Tabelle A4.10.1-39 Internet:	Ausbildung und Beschäftigung nach Geschlecht	41
Tabelle A4.10.2-3 Internet:	Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder – in %	42
Tabelle A5.1-1 Internet:	Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln, im Zeitverlauf	43
Tabelle A5.2-1 Internet:	Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss gemäß BBiG/HwO vermitteln, im Zeitverlauf	44
Tabelle A5.3-1 Internet:	Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen 2009/2010 (Bestand)	45
Tabelle A5.3-2 Internet:	Entwicklung der Anzahl der Schüler/-innen an Schulen des Gesundheitswesens und Berufsfachschulen (Schuljahre 2002/2003 bis 2010/2011)	46
Tabelle A9.2-1 Internet:	Berufsfelder – Berufshauptfelder – Berufsoberfelder	47
Schaubild A9.2-1-Internet:	BIBB-IAB Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen	48
Tabelle B1.2.1-3 Internet:	Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)	49
Tabelle B4.1-1 Internet:	Rechtsverordnungen über die Anforderungen in der Meisterprüfung	50
Tabelle B4.1-2 Internet:	Fortgeltende Regelungen bei handwerklichen Meisterprüfungen nach § 122 HwO	52
Tabelle B4.1-3 Internet:	Rechtsverordnungen über die Anforderungen in der Meisterprüfung	53
Tabelle B4.1-4 Internet:	Rechtsverordnungen zur beruflichen Fortbildung	54
Tabelle B4.1-5 Internet:	Rechtsverordnung zur Regelung der beruflichen Umschulung	55
Tabelle B4.1-6 Internet:	Rechtsverordnung über die Eignung der Ausbilder/Ausbilderinnen	55
Tabelle B4.1-7 Internet:	Landesrechtliche Weiterbildungsregelungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen	56
Tabelle D2-1 Internet:	Modellversuchsförderschwerpunkte	83

Literaturverzeichnis

Althoff, Heinrich: Entwicklungen der Berufsbildungsstatistik und Probleme ihrer bildungspolitischen Verwertung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 13 (1984) 3, S. 77

Althoff, Heinrich: Die statistische Erfassung der neuen Ausbildungsverträge und der Ausbildungsabbrecher – Zwei ungelöste Probleme der Berufsbildungsstatistik. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, H. 4, 1997, S. 410

Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit: Strukturelle Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung. Gemeinsame Grundlagen und Orientierungen, Beschluss vom 22.10.1999. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit. Ergebnisse der Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung", Anhang 7. Berlin 1999

Arent, Stefan; Nagl, Wolfgang: Ostdeutscher Fachkräftemangel bis 2030. In: IFO Dresden berichtet 6/2010. – URL: http://www.cesifo-group.de/portal/pls/portal/docs/1/1183878.PDF

AusbildungPlus: AusbildungPlus in Zahlen, Trends & Analysen 2010. Bonn 2010. – URL.: http://www.ausbildungplus.de/files/aplus_2010_web.pdf

AusbildungPlus: AusbildungPlus in Zahlen, Trends & Analysen 2011. Bonn 2011. – URL.: http://www.ausbildungplus.de/files/aplus_2011_web.pdf

Ausbildungspakt: Erstes Jahr des erneuerten Ausbildungspaktes: Bessere Chancen auf eine Berufsausbildung. Pressemitteilung vom 01.02.2012. – URL: http://de.sitestat.com/hk/dihk/s?presse.meldungen.2012-02-01-paktlenkungsausschuss.efwfapm-paktpartner-feb-12.pdf&ns_type=pdf&ns_url=http://www.dihk.de/ressourcen/downloads/efwfapm-paktpartner-feb-12.pdf/at_download/file?mdate=1328088502940

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2006. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006. – URL: http://www.bildungsbericht.de/daten2008/bb_2008.pdf

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld 2010. – URL: http://www.bildungsbericht.de/daten2010/bb_2010.pdf

Autorengruppe Bundesinstitut für Berufsbildung/Bertelsmann Stiftung: Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung. Aktuelle Vorschläge im Urteil von Berufsbildungsexperten und Jugendlichen. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 122. Bonn 2011

Baethge, Martin: Qualifikationsentwicklungen im Dienstleistungssektor. In: Baethge, Martin; Wilkens, Ingrid (Hrsg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Opladen 2001, S. 85–106

Baethge, Martin: Im Zeichen demografischen Wandels. Neue Perspektiven für den Übergang in die Berufsausbildung. In: Henry-Huthmacher, Christine; Hoffmann, Elisabeth (Hrsg.): Aufstieg durch (Aus-) Bildung – Der schwierige Weg zum Azubi. St. Augustin, Berlin 2011, S. 107–124

Bahnmüller, Reinhard: Tarifverträge als Instrument der beruflichen (Weiter-)Bildung in Deutschland. „Die Rolle der Gewerkschaften in der beruflichen Bildung. Deutschland – China im Vergleich". Friedrich-Ebert-Stiftung. Shanghai Municipal Trade Union Council. Shanghai 2009

Bahnmüller, Reinhard; Hoppe Markus: Überbetriebliche und betriebsbezogene tarifvertragliche Qualifizierungsregelungen in Deutschland: Ein Überblick in 13 Punkten. BIBB-Konferenz 2011, Sektion 5.2. Überbetriebliche Zusammenarbeit in der Weiterbildungsfinanzierung im In- und Ausland. Berlin 2011

Bamming, Ruth; Schier, Friedel: Ausbildungsberichterstattung – Mehr Transparenz durch einen integrierten Ansatz. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 39 (2010) 1, S. 39–42

Barry, Margaret: A bridge to the future. European policy for vocational education and training 2002-10. National Policy Report – Ireland. FÁS Planning and Research. Cedefop ReferNet Network. 2010

Baumann, Thomas; Schönfeld, Gudrun; Wenzelmann, Felix: Neue Erhebung zu betrieblichen Ausbildungskosten und Bildungsbudget. In: Wirtschaft und Statistik (2010) 3, S. 264–274

Becker, Matthias; Spöttl, Georg; Karges, Torben; Musekamp, Frank; Bertram, Bärbel: Kfz-Servicemechaniker/in auf dem Prüfstand. Chancen und Grenzen zielgruppenspezifischer Berufsausbildung. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2012

Behringer, Friederike; Moraal, Dick; Schönfeld, Gudrun: Betriebliche Weiterbildung in Europa: Deutschland weiterhin nur im Mittelfeld. Aktuelle Ergebnisse aus CVTS3. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 37 (2008) 1, S. 9–14

Behringer, Friederike; Schönfeld, Gudrun: Betriebliche Weiterbildung in Deutschland – Ein Vergleich mit den EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage der vier Kernindikatoren aus CVTS3. Bonn 2010. – URL: http://www.nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0035-0438-0

Beicht, Ursula: Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule – Berufsausbildung. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), BIBB REPORT 3 (2009) 11. Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/de/52414.htm

Beicht, Ursula: Junge Menschen mit Migrationshintergrund: Trotz intensiver Ausbildungsstellensuche geringere Erfolgsaussichten: BIBB-Analyse der Einmündungschancen von Bewerberinnen und Bewerbern differenziert nach Herkunftsregionen. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), BIBB REPORT 5 (2011) 16. Bielefeld 2011a. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/BIBBreport_16_11_final_de.pdf

Beicht, Ursula: Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen in Deutschland. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 123. Bonn 2011b. – URL.: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6650

Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd: Deutlich längere Dauer bis zum Ausbildungseinstieg: Schulabsolventen auf Lehrstellensuche. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), BIBB REPORT 1 (2007) 2. Bielefeld 2007. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2007_02.pdf

Beicht, Ursula; Granato, Mona: Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), WIS0 Diskurs. Bonn 2009. – URL: http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06687.pdf

Beicht, Ursula; Granato, Mona: Ausbildungsplatzsuche: Geringere Chancen für junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund. BIBB-Analyse zum Einfluss der sozialen Herkunft beim Übergang in die Ausbildung unter Berücksichtigung von Geschlecht und Migrationsstatus. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), BIBB REPORT 4 (2010) 15. Bielefeld 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2010_15.pdf

Beicht, Ursula; Granato, Mona: Prekäre Übergänge vermeiden – Potenziale nutzen. Junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund an der Schwelle von der Schule zur Ausbildung. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), WIS0 Diskurs. Bonn 2011. – URL: http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08224.pdf

Beicht, Ursula; Krewerth, Andreas; Eberhard, Verena; Granato, Mona: Viel Licht – aber auch Schatten. Qualität dualer Berufsausbildung in Deutschland aus Sicht der Auszubildenden. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), BIBB REPORT 3 (2009) 9. Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2009_09.pdf

Beicht, Ursula; Walden, Günter: Wirtschaftlichere Durchführung der Berufsausbildung – Untersuchungsergebnisse zu den Ausbildungskosten der Betriebe. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 31 (2002) 6, S. 38–43

Bellmann, Lutz; Hartung, Silke: Betriebliche Ausbildung: Zu wenig Stellen und doch sind nicht alle besetzt. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB-Kurzbericht 27. Nürnberg 2005

Bellmann, Lutz; Janik, Florian: To recruit skilled workers or to train one›s own? Vocational training in the face of uncertainty as to the rate of retention of trainees on completion of training. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 40 (2007) 2/3, S. 205–220

Bellmann, Lutz; Krekel, Elisabeth M.; Stegmaier, Jörg: Aus- und Weiterbildung – Komplemente oder Substitute? Zur Bildungsbeteiligung kleinerer und mittlerer Betriebe in Deutschland. In: Report: Zeitschrift für Weiterbildungsforschung 33 (2010) 1, S. 41–54

Berger, Klaus; Häusele, Stefan; Moraal, Dick: Tarifvertraglich geregelte Finanzierung der beruflichen Weiterbildung am Beispiel der Sozialkasse im Gerüstbaugewerbe. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 41 (2012) 2, S. 49–53

Berger, Klaus; Moraal, Dick: Tarifliche Weiterbildungspolitik in Deutschland und in den Niederlanden. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), WSI-Mitteilungen. Düsseldorf, im Erscheinen

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Die demografische Lage der Nation. Berlin 2011. – URL: http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Die_demografische_Lage_2011/D-Engagement_online.pdf

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Eckpunkte der Initiative „Übergänge mit System“. Gütersloh, August 2010

Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2008/2009. Berlin, Düsseldorf 2009

Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2009/2010. Berlin, Düsseldorf 2010

Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2010/2011. Berlin, Düsseldorf 2011. – URL: http://www.bfw.de/fileadmin/files-bfw/Allgemein/Downloads/Brosch%C3%BCren/bfw_Geschaeftsbericht_2010_2011_scr_neu.pdf

Bessey, Donata; Backes-Gellner, Uschi: Warum Jugendliche eine Ausbildung abbrechen. In: Panorama: Bildung, Beratung, Arbeitsmarkt. Deutsche Ausgabe (2008) 7, Sonderheft. – URL: http://edudoc.ch/static/panorama/pan087d20.pdf

Bilger, Frauke; Gnahs, Dieter: Sektor „Individuelle berufsbezogene Weiterbildung“. In: von Rosenbladt, Bernhard; Bilger, Frauke: Weiterbildungsbeteiligung 2010. Trends und Analysen auf Basis des deutschen AES. Bielefeld 2011, S. 139–147

Bilger, Frauke; Hartmann, Josef: Weiterbildung von Personen mit Migrationshintergrund. In: von Rosenbladt, Bernhard; Bilger, Frauke: Weiterbildungsbeteiligung 2010. Trends und Analysen auf Basis des deutschen AES. Bielefeld 2011, S. 97–102

Bohlinger, Sandra: Ausbildungsabbruch im Handwerk. Strukturen vorzeitiger Vertragslösungen nach dem ersten Ausbildungsjahr. Bielefeld 2003

Bott, Peter; Helmrich, Robert; Schade, Hans-Joachim; Weller, Sabrina Inez: Datengrundlagen und Systematiken für die BIBB-IAB Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen. In: Helmrich, Robert; Zika, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. Bonn 2010, S. 63–80

Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011–2013. – URL: http://www.arbeit.bremen.de/sixcms/media.php/13/Deckblatt%20BV%20%28end%29_mit_BV_Logos_u%20_Anhang.pdf

Brenke, Karl: Anhaltender Strukturwandel zur Teilzeitbeschäftigung. DIW Wochenbericht 42. Berlin 2011

Brödel, Rainer: Entwicklungslinien und erwachsenenpädagogische Implikationen informellen Lernens. In: Gnahs, Dieter; Kuwan, Helmut; Seidel, Sabine (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Band 2: Berichtskonzepte auf dem Prüfstand. Bielefeld 2008

Brötz, Rainer; Paulini-Schlottau, Hannelore; Trappmann-Webers, Bettina: Stand und Perspektiven kaufmännisch-betriebswirtschaftlicher Dienstleistungsberufe. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007, S. 259–289

Brötz, Rainer; Schapfel-Kaiser, Franz (Hrsg.): Anforderungen an kaufmännisch-betriebswirtschaftliche Berufe aus berufspädagogischer und soziologischer Sicht. Bonn 2009

Brötz, Rainer; Schapfel-Kaiser, Franz: Gemeinsamkeiten in kaufmännischen Ausbildungsberufen ermitteln. Zwischenergebnisse einer computergestützten Dokumentenanalyse. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 39 (2010) 4, S. 26–30

Brzinsky-Fay, Christian: Lost in Transition? Labour Market Entry Sequences of School Leavers in Europe. In: European Sociological Review 23 (4), 2007, 409–422

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Maßnahmen zur Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg. Drucksache 19/8472 vom 18.01.2011. – URL: http://www.hibb.hamburg.de/index.php/file/download/1342

Bundesagentur für Arbeit: Fachliche Hinweise und Empfehlungen Arbeitsgelegenheiten (AGH) nach § 16d SGB II. Stand: Juli 2009. Nürnberg 2009a

Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsanweisungen Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) gem. § 61,61a, 64 Abs. 2 sowie § 69 SGB III. Stand: März 2009, 2009b

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Förderung der Berufsausbildung, Berichtsjahr 2010, Ostdeutschland bzw. Westdeutschland, jeweils Tabellen 4.2 und 4.3. Nürnberg 2010a

Bundesagentur für Arbeit: Bestand von Teilnehmern in Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer (§ 421o), September 2010. Erstellungsdatum: 11.10.2010. Nürnberg 2010b

Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsbericht 2009. Nürnberg 2010c. – URL: http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Intern/Geschaeftsbericht-2009.pdf

Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Qualifizierungsförderung, März 2010. Nürnberg 2010d

Bundesagentur für Arbeit: Zugang und Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers, September 2010, Erstellungsdatum: 08.10.2010. Nürnberg 2010e

Bundesagentur für Arbeit: Qualifizierung während des Bezugs von Kurzarbeitergeld. Investitionen in die Zukunft. Informationen für Arbeitgeber. Nürnberg 2010f. – URL: http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Merkblatt-Sammlung/MB-Qualifizierung-Kurzarbeitergeldbezieher-Arbeitgeber.pdf

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsmarktstatistik. Bewerber für Berufsausbildungsstellen für den Ausbildungsbeginn bis Ende 2011. Dezember 2011. Nürnberg 2011a

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Deutschland. September 2011. Nürnberg 2011b

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Berichtsjahr 2010/2011. Nürnberg 2011c

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Förderstatistik: Zeitreihen zu arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, November 2011. Nürnberg 2011d. – URL: http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Arbeitsmarktpolitische-Massnahmen/Ueberblick/Ueberblick-Nav.html

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit, Nürnberg 2011e

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2010. Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg 2011f. – URL: http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Jahresbericht-Arbeitsmarkt-Deutschland/Generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-2010.pdf

Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsbericht 2010. Nürnberg 2011g

Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Zugang und Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. Deutschland, Zeitreihe, Datenstand: Januar 2011. Nürnberg 2011h

Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Teilnehmer in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, November 2011. Nürnberg 2011i

Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Zugang und Bestand in das Sonderprogramm WeGebAU 2007 ff., Dezember 2011. Nürnberg 2011j

Bundesagentur für Arbeit: Sonderauswertung Aktivierungshilfen für Jüngere, Erstellungsdatum: 30.11.2011. Nürnberg 2011k

Bundesagentur für Arbeit: Sonderauswertung Zugang und Bestand (Jahresdurchschnitt) an Teilnehmern in ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach Geschlecht, Erstellungsdatum: 05.12.2011. Nürnberg 2011l

Bundesagentur für Arbeit: Sonderauswertung Zugang an Teilnehmern in ausbildungsbegleitende Hilfen nach Geschlecht, Erstellungsdatum: 09.01.2012. Nürnberg 2012

Bundesinstitut für Berufsbildung: Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge). Bielefeld

Bundesinstitut für Berufsbildung: Neue und modernisierte Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge). Bonn

Bundesinstitut für Berufsbildung: Referenz-Betriebs-System Information Nr. 11: Modernisierung der Ausbildung, Jg. 4/1998. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a1_rbs_info11.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung: Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 27.6.2008 zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitberufsausbildung (§ 8 BBiG/§ 27 HwO) sowie zur vorzeitigen Zulassung zur Abschlussprüfung (§ 45 Abs. 1 BBiG/§ 37 Abs. 1 HwO). Bundesanzeiger Nr. 129/2008 vom 27.8.2008. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ha-empfehlung_129_ausbildungszeit.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2009. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2009/datenreport_bbb_090525_screen.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung: Neues aus Europa, Ausgabe 17, Mai 2009

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2010. – URL: http://datenreport.bibb.de/a12voe_datenreport_bbb_2010.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Ausbildungsordnungen und wie sie entstehen. Bonn 2011

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2011. – URL: http://datenreport.bibb.de/Datenreport_2011.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung; Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Gewichtete Grundauszählung wbmonitor 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wbmonitor_umfrage-2010_grundauszaehlung-gewichtet.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung: BIBB-Erhebung „Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09." Ergebnisse der BIBB-Erhebung zum 30. September 2011. – URL http://www.bibb.de/naa309

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1977. Bonn 1977

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2002. Bonn, Berlin 2002. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb2002.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2002. Bonn 2003. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb2003.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2005. Bonn, Berlin 2005. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2005.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufliche Qualifizierung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf. Bonn, Berlin 2005

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2006. Bonn, Berlin 2006. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2006.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2008. Bonn 2008. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_08.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2009. Bonn; Berlin 2009. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_09.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2010. Bonn, Berlin 2010. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2010.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2011. Bonn; Berlin 2011. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2011.pdf

Buske, Ramona; Grollmann, Philipp: Dänemark. In Bundesinstitut für Berufsbildung; Institut für Berufs- und Betriebspädagogik; Otto von Guericke Universität Magdeburg; Grollmann, Philipp; Frommberger, Dietmar; Clement, Ute; Deißinger, Thomas; Lauterbach, Uwe; Pilz, Matthias; Spöttl, Georg (Hrsg.): Internationales Handbuch der Berufsbildung. Bielefeld 2010

Bylinski, Ursula: Netzwerkbildung im Übergangssystem. In: Münk, Dieter; Rützel, Josef; Schmidt, Christian (Hrsg.): Labyrinth Übergangssystem. Forschungserträge und Entwicklungsperspektiven der Benachteiligtenförderung zwischen Schule, Ausbildung, Arbeit und Beruf. Bonn, 2008, S. 121–132

CEDEFOP (Hrsg.): Employer-provided vocational training in Europe. Evaluation and interpretation of the third European Continuing Vocational Training Survey. Luxemburg 2010

COE: „Diagnostic sur l'emploi des jeunes", Rapport du Conseil d'Orientation pour l'Emploi (COE), 10 février 2011

Cort, Pia: Denmark. In Schreier, Claudia; Heidegger, Gerald; De Rick, Katleen; Cort, Pia; Patiniotis, Nikitas; Asimakou, Theodora; Figueira, Eduardo; Rainha, Liliana; Pacurari, Ottilia; Evans, Karen; Kersh, Natasha (Eds.): Modules: Overview of Vet in Germany, Belgium, Denmark, Greece, Portugal, Romania and United Kingdom. BIAT. Flensburg 2009

DARES: „L'apprentissage en 2009: baisse des entrées, hausse de la part du secteur tertiaire", Dares Analyses n°010, février 2011a

DARES: „L'activité des missions locales et PAIO en 2009 : Forte hausse des premiers accueils sous l'effet de la crise", Dares Analyse n°026, mars 2011b

DARES: „Le contrat de professionnalisation en 2010 : légère hausse des entrées", Dares Analyses n°028, avril 2011c

Deutscher Bildungsrat: Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart 1970

Deutscher Gewerkschaftsbund: Magerer Ausbildungspakt: Wirtschaft nutzt den Aufschwung nicht. Pressemeldung Nr. 16 vom 01.02.2012. – URL http://www.dgb.de/presse/++co++c5635496-4cd5-11e1-52b3-00188b4dc422/@@index.html?search_text=ausbildung

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2007/2008 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2008

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): Wirtschaftsbezogene Qualifikationen. Rahmenlehrplan mit Lernzielen. Berlin 2008

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2008/2009 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2009

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2009/2010 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2010

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2011 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2011

Deutscher Industrie- und Handelskammertag: Mit Weiterbildung voran. 7. Umfrage unter Absolventen der IHK-Weiterbildungsprüfungen. Meckenheim 2011

Deutscher Industrie- und Handelskammertag: Statement von DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben vom 1. Februar 2012 zum Ausbildungspakt. – URL http://de.sitestat.com/hk/dihk/s?presse.meldungen.2012-02-01-paktlenkungsausschuss.statement-wansleben-pakt-feb-12.pdf&ns_type=pdf&ns_url=http://www.dihk.de/ressourcen/downloads/statement-wansleben-pakt-feb-12.pdf/at_download/file?mdate=1328088502943

Deutscher Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen (DQR). – URL: www.deutscherqualifikationsrahmen.de

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Trends der Weiterbildung – DIE-Trendanalyse 2008. Bielefeld 2008

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE): Trends der Weiterbildung – DIE-Trendanalyse 2010. Bielefeld 2010

Diehl, Claudia; Friedrich, Michael; Hall, Anja: Jugendliche ausländischer Herkunft beim Übergang in die Berufsausbildung: Vom Wollen, Können und Dürfen. In: Zeitschrift für Soziologie 38 (2009) 1, S. 48–68

Dietrich, Stefan; Schade, Hans-Joachim; Behrensdorf, Bernd: Ergebnisbericht Projekt Weiterbildungskataster. Bonn 2008. – URL: http://www.die-bonn.de/doks/dietrich0803.pdf

Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel: Einmündungen im Übergangsbereich rückläufig. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 40 (2011) 4, S. 4–5

Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.): Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012

Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel: Indikatoren zur Bildungsbeteiligung. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.): Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012, S. 11–31

Donker van Heel, Peter; van Velden, Jaco; Siegert, Johan; Groenendijk, Ria; de Kogel, Marieke; Sincer, Ekim: Hoe werken sectorfondsen? Rotterdam 2008. – URL: http://docs.minszw.nl/pdf/129/2008/129_2008_3_11539.pdf

Dorau, Ralf; Höhns, Gabriela: Erfolg der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt als Maßstab für die Qualität der Ausbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 35 (2006) 6, S. 24–27

Drosdowski, Thomas; Wolter, Marc Ingo; Helmrich, Robert; Maier, Tobias: Entwicklung der Erwerbspersonen nach Berufen und Qualifikationen bis 2025: Modellrechnung mit dem BIBB-DEMOS-Modell. In: Helmrich, Robert; Zika, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. Bonn 2010, S. 125–152

Düll, Herbert; Bellmann, Lutz: Betriebliche Weiterbildungsaktivitäten in West- und Ostdeutschland. Eine theoretische und empirische Analyse mit den Daten des IAB-Betriebspanels 1997. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 31 (1998) 2, S. 205–225

Ebbinghaus, Margit; Gericke, Naomi; Uhly, Alexandra: Indikatoren zur Effizienz der dualen Berufsausbildung. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.): Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012, S. 101–128

Ebbinghaus, Margit; Loter, Katarzyna: Besetzung von Ausbildungsstellen: Welche Betriebe finden die Wunschkandidaten – welche machen Abstriche bei der Bewerberqualifikation – bei welchen bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt? Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/de/55671.htm

Eberhard, Verena; Scholz, Selina; Ulrich, Joachim Gerd: Image als Berufswahlkriterium. Bedeutung für Berufe mit Nachwuchsmangel. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 38 (2009) 3, S. 9–13

Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: Ins „Übergangssystem“ oder ersatzweise in geförderte Berufsausbildung. Regionale Unterschiede im Umgang mit Bewerberinnen und Bewerbern ohne betriebliche Lehrstelle. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 39 (2010) 6, S. 10–14

Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung. In: Bosch, Gerhard; Krone, Sirikit; Langer, Dirk (Hrsg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Aktuelle Entwicklungen und Standpunkte. Wiesbaden 2010, S. 133–164

Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: „Ausbildungsreif“ und dennoch ein Fall für das Übergangssystem? Institutionelle Determinanten des Verbleibs von Ausbildungsstellenbewerbern in teilqualifizierenden Bildungsgängen. In: Krekel, Elisabeth M.; Lex, Tilly (Hrsg.): Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld 2011, S. 97–112

Euler, Dieter: Einfluss der demografischen Entwicklung auf das Übergangssystem und den Berufsausbildungsmarkt. Expertise im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2010

Europäische Kommission: Einen europäischen Raum des Lebenslangen Lernens schaffen. Brüssel 2001

European Employment Observatory: EEO Review: Youth Employment Measures, 2010 Denmark. – URL: http://www.eu-employment-observatory.net/resources/reviews/Denmark-YMRvw2010.pdf

Eurostat: Classification of learning activities – Manual. Office for Official Publications of the European Communities. Luxembourg 2006

Eurydice: Structures of Education and Training Systems in Europe – Poland. European Commission 2009/10
Expertenkommission Finanzierung Lebenslanges Lernen: Schlussbericht der unabhängigen Expertenkommission Finanzierung Lebenslanges Lernen: Der Weg in die Zukunft. Bielefeld 2004

FÁS: Annual Report 2010. Dublin 2011. – URL: www.fas.ie
Fest, Manfred; Freitag, Hans-Werner; Fritzsch, Birgit; Skripski, Barbara: Zuordnung der beruflichen Bildungsgänge nach der ISCED auf Länderebene – Anschlussfähigkeit an die nationale und internationale Bildungsberichterstattung. In: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Indikatorenentwicklung für die Bildungsberichterstattung in Deutschland. Grundlagen, Ergebnisse, Perspektiven. Bonn, Berlin 2010, S. 95–101
Fischer, Gabriele; Janik, Florian; Müller, Dana; Schmucker, Alexandra: The IAB Establishment Panel – Things Users Should Know. In: Schmollers Jahrbuch 129, H. 1, 2009, S. 133–148
Fischer, Gabriele; Wahse, Jürgen; Dahms, Vera; Frei, Marek; Riedmann, Arnold; Janik, Florian: Standortbedingungen und Beschäftigung in den Regionen West- und Ostdeutschlands – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2006. IAB-Forschungsbericht 05/2007. Nürnberg 2007 – URL: http://doku.iab.de/forschungsbericht/2007/fb0507.pdf
Flemming, Simone; Granath Ralf-Olaf: Die BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bonn 2011. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_BIBB-Erhebung_Zusammenfassung_201103.pdf
Freudenbergstiftung GmbH (Hrsg.): WEINHEIMER INITIATIVE 2007: Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Eine öffentliche Erklärung. Weinheim, Mai 2007
Friedrich, Michael: Berufliche Pläne und realisierte Bildungs- und Berufswege nach Verlassen der Schule. Ergebnisse der BIBB-Schulabgängerbefragungen 2004 bis 2006. Bielefeld 2009
Friedrich, Michael; Hall, Anja: Jugendliche mit Hauptschulabschluss: Weniger Wahlmöglichkeiten und geringere Chancen auf eine vollqualifizierende Berufsausbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 4, S. 21–22
Friedrich, Werner; Körbel, Markus: Verdeckte Mobilität in der Berufsbildung. Bonn 2011. – URL: http://www.na-bibb.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/impuls_43_verdeckte_mobilitaet-web.pdf
Fuchs, Johann; Hummel, Markus; Hutter, Christian; Klinger, Sabine; Spitznagel, Eugen; Wanger, Susanne; Weber, Enzo; Zika, Gerd: Schwere Zeiten für den Arbeitsmarkt. Prognose 2011/2012. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB-Kurzbericht 19/2011. Nürnberg 2011
Fuchs, Johann; Söhnlein, Doris; Weber, Brigitte: Projektion des Arbeitskräfteangebots bis 2050: Rückgang und Alterung sind nicht mehr aufzuhalten. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB-Kurzbericht, 16/2011. Nürnberg 2011
Fuchs, Johann; Weber, Brigitte: Neuschätzung der Stillen Reserve und des Erwerbspersonenpotenzials für Westdeutschland (inkl. Berlin-West). Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB-Forschungsbericht 15/2005. Nürnberg 2005

Gehricke, Matthias; Kahler, Angela; Kohlmann, Annette: Methodenbericht der Statistik der BA. Statistiken über den Ausbildungsstellenmarkt: Bewerber aus früheren Berichtsjahren im aktuellen Berichtsjahr. Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.). Nürnberg 2010
Geier, Boris; Kuhnke, Ralf; Reißig, Birgit: Erfolgreiche Übergänge in Ausbildung und Arbeit durch verlängerten Schulbesuch? Ergebnisse des DJI-Übergangspanels. In: Krekel, Elisabeth M.; Lex, Tilly (Hrsg.): Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld 2011, S. 113–128
Gerhards, Christian; Mohr, Sabine; Troltsch, Klaus: Erhöht der Fachkräftemangel die Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben? Analysen auf der Basis des BIBB-Qualifizierungspanels. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 41 (2012) 1, S. 19–22

Gericke, Naomi; Krupp, Thomas; Troltsch, Klaus: Unbesetzte Ausbildungsplätze – warum Betriebe erfolglos bleiben. Ergebnisse des BIBB-Ausbildungsmonitors. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), BIBB REPORT 3 (2009) 10. Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2009_10.pdf

Gericke, Naomi; Uhly, Alexandra: Indikatoren zur quantitativen Bedeutung in der dualen Berufsausbildung und zur Integration von Personengruppen in die duale Berufsausbildung. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.): Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012, S. 84–100

Gericke, Naomi; Uhly, Alexandra; Ulrich, Joachim Gerd: Wie hoch ist die Quote der Jugendlichen, die eine duale Berufsausbildung aufnehmen? Indikatoren zur Bildungsbeteiligung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 40 (2011) 1, S. 41–43

Gnahs, Dieter; Bilger, Frauke: Sektor „Nicht-berufsbezogene Weiterbildung". In: von Rosenbladt, Bernhard; Bilger, Frauke (Hrsg.): Weiterbildungsbeteiligung 2010. Trends und Analysen auf Basis des deutschen AES. Bielefeld 2011, S. 149–155

Gottsleben, Volkmar: Randgruppe in der zertifizierten Arbeitsgesellschaft? Zur abnehmenden Bedeutung der nicht formal Qualifizierten (NFQ) am Arbeitsmarkt. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 20 (1987) 1, S. 1–14

Granato, Mona; Beicht, Ursula; Eberhard, Verena; Friedrich, Michael; Schwerin, Christine; Ulrich, Joachim Gerd, Weiß, Ursula: Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Abschlussbericht. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bonn 2011. – URL: https://www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/eb_24202.pdf

Granato, Mona; Werner, Rudolf: Ausländische Jugendliche in Deutschland. In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesagentur für Arbeit (ibv) Heft 16/1999. Nürnberg1999

Grotlüschen, Anke; Haberzeth, Erik; Krug, Peter: Rechtliche Grundlagen der Weiterbildung. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 347–366

Gruber, Sabine; Weber, Heiko: Differenzierung der Ausbildungsangebote: Integration von Hauptschülern durch zweijährige Berufe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 2, S. 18–21

Grunau, Philipp: Betriebliche Berufsausbildung und Weiterbildung in Deutschland. IAB-Expertise für den Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), ergänzende Informationen zum Datenreport im Internet. Bonn 2012. – URL: http://datenreport.bibb.de/html/index.html

Hall, Anja: Tätigkeiten, berufliche Anforderungen und Qualifikationsniveau in Dienstleistungsberufen – Empirische Befunde auf Basis der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 und des Mikrozensus. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007, S. 153–208

Hanft, Anke; Knust, Michaela (Hrsg.): Internationale Vergleichsstudie zur Struktur und Organisation der Weiterbildung an Hochschulen. Oldenburg 2007

Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung: Ausbildung für Altbewerber über Ausbildungsbausteine – Gemeinsame Position der Beauftragten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Länder des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zur Pilotinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)". In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 37 (2007) 4, Beilage. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1702

Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung: Handlungsvorschläge für die berufliche Qualifizierung benachteiligter junger Menschen. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 38 (2008) 1, Beilage. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1706

Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung: Leitlinien zur Verbesserung des Übergangs Schule-Beruf. Individuelle Förderung und konsistente Wege für den Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf schaffen. In: Bundesanzeiger Nr. 101 vom 8. Juni 2011, S. 2454

Heister, Michael: Heterogenität und/oder Diversity – wer trägt die Kosten? In: Albrecht, Günter; Unger, Ayel-Michael (Hrsg.): Betriebliches Ausbildungspersonal im (demografischen) Wandel. Konstanz 2011, S. 71–78

Helmrich, Robert; Zika, Gerd: Beruf und Qualifikation in der Zukunft – BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in den Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. In: Helmrich, Robert; Zika, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. Bonn 2010, S. 13–62

Helmrich, Robert; Zika, Gerd; Kalinowski, Michael; Wolter, Marc Ingo; Bott, Peter; Bremser, Felix; Drosdowski, Thomas; Hänisch, Carsten; Hummel, Markus; Maier, Tobias; Schandock, Manuel: Engpässe auf dem Arbeitsmarkt: Geändertes Bildungs- und Erwerbsverhalten mildert Fachkräftemangel. Neue Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), BIBB Report 6 (2012) 18. Bielefeld 2012

Herget, Hermann: Berufliche Perspektiven aus Sicht von Abiturienten mit dualem Berufsabschluss. In: Beicht, Ursula; Berger, Klaus; Herget, Hermann; Krekel, Elisabeth M. (Hrsg.): Berufsperspektiven mit Lehre. Bielefeld 1997, S. 219–246

Heublein, Ulrich; Richter, Johanna; Schmelzer, Robert; Sommer, Dieter: Die Entwicklung der Schwund- und Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen. Hochschul-Informations-System GmbH (Hrsg.), Forum Hochschule 3/2012. Hannover 2012. – URL: http://www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201203.pdf

Hörner, Wolfgang; Zielinska, Krystyna: Polen. Internationales Handbuch der Berufsbildung. Bundesinstitut für Berufsbildung und Institut für Berufs- und Betriebspädagogik der Otto von Guericke Universität Magdeburg. Bielefeld 2011

Hucker, Tobias; Troltsch, Klaus: Indikatoren zur betrieblichen Ausbildungsbeteiligung. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.): Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012, S. 11–31

Hummel, Markus; Thein, Angela; Zika, Gerd: Der Arbeitskräftebedarf nach Wirtschaftszweigen, Berufen und Qualifikationen bis 2025. In: Helmrich, Robert; Zika, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2010, S. 81–102

Huntemann, Hella; Reichart, Elisabeth: Volkshochschul-Statistik 2010. 49. Folge, Arbeitsjahr 2010 und elektronisch verfügbare Vorjahre ab 2003. Bonn 2011. – URL: http://www.die-bonn.de/publikationen/recherche.aspx?schlagwort=volkshochschul-statistik+arbeitsjahr

Hupka-Brunner, Sandra; Gaupp, Nora; Geier, Boris; Lex, Tilly; Stalder, Barbara: Chancen bildungsbenachteiligter Jugendlicher: Bildungsverläufe in der Schweiz und in Deutschland. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 31 (2011) 1, S. 62–78

Huth, Sandra: Ausbildungsabbruch in Rheinland-Pfalz – eine handlungsorientierte Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz. Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. und Verein zur Innovation und Evaluation von sozialer Arbeit und Sozialpolitik. Mainz 2000

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.: Das ifo-Geschäftsklima für Dienstleistungen in Deutschland 2012. – URL: http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-winfo/d6zeitreihen/15reihen/_reihenkt

Imdorf, Christian: Schulqualifikation und Berufsfindung. Wie Geschlecht und nationale Herkunft neben Schulqualifikationen den Übergang in die Berufsbildung strukturieren. Wiesbaden 2005

Imdorf, Christian: Wie Ausbildungsbetriebe soziale Ungleichheit reproduzieren: Der Ausschluss von Migrantenjugendlichen bei der Lehrstellenselektion. In: Krüger, Heinz-Hermann; Rabe-Kleberg, Ursula; Kramer, Rolf-Torsten; Budde, Jürgen (Hrsg.): Bildungsungleichheit revisited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule. Wiesbaden 2010a, S. 263–278

Imdorf, Christian: Die Diskriminierung „ausländischer“ Jugendlicher bei der Lehrlingsauswahl. In: Hormel, Ulrike; Scherr, Albert (Hrsg.): Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse. Wiesbaden 2010b, S. 197–219

Institut der deutschen Wirtschaft: Mehr Möglichkeiten zum Aufstieg. IW-Dienst 37: 4–5. 2011

Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) (Hrsg.): Handreichung zur Durchführung von Potenzialanalysen im Berufsorientierungsprogramm (BOP) des BMBF. Offenbach 2010

Jacob, Marita: Mehrfachausbildungen in Deutschland. Karriere, Collage, Kompensation? Wiesbaden 2004

Jasper, Gerda; Richter, Ulrike A.; Haber, Isabel; Vogel, Henri: Ausbildungsabbrüche vermeiden – neue Ansätze und Lösungsstrategien. Band 6 der Reihe Berufsbildungsforschung. Bonn, Berlin 2009

Kaiser, Franz; Brötz, Rainer: Konzept für berufsübergreifende Qualifikationen in kaufmännischen Fortbildungsregelungen. Abschlussbericht. Bonn 2011. – URL: http://www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/eb_42344.pdf

Kalinowski, Michael; Quinke, Hermann: Projektion des Arbeitskräfteangebots bis 2025 nach Qualifikationsstufen und Berufsfeldern. In: Helmrich, Robert; Zika, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft – BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in den Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. Bielefeld 2010, S. 103–123

Kath, Folkmar: Mehr Ausbildung durch verkürzte oder gestufte Ausbildungsberufe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 34 (2005) 3, S. 5–8

Klaukien, Anja: Die neue Berufsbildungsstatistik. Ergebnisse zur dualen Ausbildung im Berichtsjahr 2010 basierend auf Individualdaten. In: Wirtschaft und Statistik 63 (2011) 10, S. 1001–1011.

Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP Rz 2717 ff. – URL: http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf

Kohaut, Susanne; Ellguth, Peter: Branchentarifvertrag. Neu gegründete Betriebe sind seltener tarifgebunden. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB-Kurzbericht 16/2008. – URL: http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb1608.pdf

Kohlrausch, Bettina: Die Bedeutung von Sozial- und Handlungskompetenzen im Übergang in eine berufliche Ausbildung. In: Krekel, Elisabeth M.; Lex, Tilly (Hrsg.): Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld 2011, S. 129–141

Krekel, Elisabeth M.; Ulrich, Joachim Gerd: Jugendliche ohne Berufsabschluss. Handlungsempfehlungen für die berufliche Bildung. Kurzgutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2009

Krewerth, Andreas: Aspekte des lebenslangen Lernens: Absolvierung von Aufstiegsfortbildungen und nachträglicher Erwerb von Studienberechtigungen. Ein Vergleich von Bildungsverläufen in unterschiedlichen Alterskohorten. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 70. Bonn 2004

Krüger-Charlé, Michael; Leisering, Benedikt; Rolff, Katharina: Vorstudie für eine systematische Aufnahme und Bewertung von Maßnahmen im Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf in Nordrhein-Westfalen. Abschlussbericht. Institut Arbeit und Technik. Gelsenkirchen 2011. – URL: http://www.iat.eu/aktuell/veroeff/2011/gew.pdf

Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009. – URL: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Hochschulzugang-erful-qualifizierte-Bewerber.pdf

Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Rahmenvereinbarung über Fachschulen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.11.2002 i. d. F. vom 03.03.2010

Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Sekundarstufe II/Gymnasiale Oberstufe. Berlin, Bonn 2011

Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2010 bis 2025 (Dokumentation Nr. 192 vom August 2011). Berlin 2011

Kupka, Peter; Biersack, Wolfgang: Berufsstruktur im Wandel. Veränderungen zwischen 1994 und 2004. In: Jacob, Marita; Kupka, Peter (Hrsg.): Perspektiven des Berufskonzepts. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 297. Nürnberg 2005, S. 75–90

Kuwan, Helmut; Eckert, Thomas; Wieck, Markus: Einflussfaktoren auf die Teilnahme an Weiterbildung im AES: Ergebnisse logistischer Regressionen. In: von Rosenbladt, Bernhard; Bilger, Frauke: Weiterbildungsverhalten in Deutschland, Band 1. Berichtssystem Weiterbildung und Adult Education Survey 2007. Bielefeld 2008, S. 160–174

Kuwan, Helmut; Seidel, Sabine: Informelles Lernen. In: von Rosenbladt, Bernhard; Bilger, Frauke (Hrsg.): Weiterbildungsbeteiligung 2010. Trends und Analysen auf Basis des deutschen AES. Bielefeld 2011, S. 219–232

Lörz, Markus; Quast, Heiko; Woisch, Andreas: Bildungsintentionen und Entscheidungsprozesse: Studienberechtigte 2010 ein halbes Jahr vor Schulabgang. HIS: Forum Hochschule 14/2011. Hannover 2011

Lösch, Manfred; Kau, Winand: PROSIMA. Ein ökonometrisches Simulations- und Prognosemodell der betrieblichen Berufsausbildung. In: Greulich, Günther; Lösch, Manfred; Müller, Christian; Stier, Winfried (Hrsg.): Empirische Konjunktur- und Wachstumsforschung. Zürich 2005, S. 117–140

Lösch, Manfred; Maier, Tobias: Ex-Ante-Prognosen für das Jahr 2012 und 2013 aus dem aktualisierten und neu geschätzten Gleichungssystem (PROSIMA12). Bochum, Bonn 2012

Maier, Tobias; Schandock, Manuel; Zopf, Susanne: Flexibilität zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf. In: Helmrich, Robert; Zika, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2010, S. 153–180

Maier, Tobias; Troltsch, Klaus; Walden, Günter: Längerfristige Entwicklung der dualen Ausbildung. Eine Projektion der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bis zum Jahr 2020. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 40 (2011) 3, S. 6–8

Meyer, Bernd; Lutz, Christian; Schnur, Peter; Zika, Gerd: National economic policy simulations with global interdependencies. A sensitivity analysis for Germany. In: Economic systems research 19 (2007), S. 37–55

Meyer-Guckel, Volker; Schönfeld, Derk; Schröder, Ann-Katrin; Ziegele, Frank: Quartäre Bildung. Chancen der Hochschulen für die Weiterbildungsnachfrage von Unternehmen. Essen 2008

Möller, Iris; Stegmaier, Jens: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2006. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 99. Bonn 2008

Müller, Normann; Koscheck, Stefan: Finanzielle Förderung beruflicher Weiterbildung. In: Kreklau, Carsten; Siegers, Josef (Hrsg.): Handbuch der Aus- und Weiterbildung, Bd. 1, Aktualisierungslieferung Nr. 220 (2011), Ziffer 2632

Müller-Kohlenberg, Lothar; Schober, Karen; Hilke, Reinhard: Ausbildungsreife – Numerus clausus für Azubis? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 34 (2005) 3, S.19–23

Münk, Dieter: Berufliche Bildung im Labyrinth des pädagogischen Zwischenraums: Von Eingängen, Ausgängen, Abgängen – und von Übergängen, die keine sind. In: Münk, Dieter; Rützel, Josef; Schmidt, Christian (Hrsg.): Labyrinth Übergangssystem: Forschungserträge und Entwicklungsperspektiven der Benachteiligtenförderung zwischen Schule, Ausbildung, Arbeit und Beruf. 2. Auflage. Bonn 2010, S. 31–52

Musekamp, Frank: Konzepte zweijähriger Ausbildungsberufe im Spannungsfeld zwischen Bilden und Verwerten. In: lernen & lehren: Elektrotechnik-Informatik und Metalltechnik, 24 (2009) 96, S. 148–155. – URL: http://www.lernenundlehren.de/heft_dl/Heft_96.pdf

Musekamp, Frank; Spöttl, Georg; Becker, Matthias: Zweijährige Ausbildung im Kfz-Service. Kfz-Servicemechaniker/-innen aus der Perspektive von Auszubildenden, Lehrenden und betrieblichen Akteuren. Bielefeld 2011

Niedersächsisches Kultusministerium (Hrsg.): Niedersächsischer Aktionsplan zur Verbesserung von Studien- und Ausbildungschancen 2011 und 2012. Hannover 2010. – URL: http://www.mk.niedersachsen.de/download/5733

Nuissl, Ekkehard (unter Mitarbeit von Liana Druckenmüller und Daniela Jung): Ordnungsgrundsätze der Erwachsenenbildung in Deutschland. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 329–346

Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD): Bildung auf einen Blick 2011. OECD-Indikatoren. Deutsche Übersetzung veröffentlicht vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn, Berlin 2011. – URL: http://www.oecd.org/document/8/0,3746,de_34968570_34968855_39283656_1_1_1_1,00.html

Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD): Jobs for Youth. OECD Publications. Paris 2010

Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (PAS) (Hrsg.): Statistische Mitteilungen des Deutschen Volkshochschul-Verbandes. Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. Frankfurt am Main, Jahrgänge 1991-1993

Pehl, Klaus; Reitz, Gerhard: Volkshochschul-Statistik. Bielefeld, Jahrgänge 1994–2002

Pfeiffer, Iris; Kaiser, Simone: Auswirkungen von demographischen Entwicklungen auf die berufliche Ausbildung. Bonn, Berlin 2009

Prognos AG: Studie Arbeitslandschaft 2030. Eine Studie der Prognos AG im Auftrag der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., 2. Auflage. München 2011. – URL: http://www.vbw-bayern.de/agv/vbw-Aktionsfelder-Standort-Arbeitsmarkt-Neuauflage_der_Studie_Arbeitslandschaft_2030--45255,ArticleID__23138.htm

ReferNet Denmark. VET in Europe – Country Report 2010. Thessaloniki 2010

ReferNet France. VET in Europe – Country Report 2011. Thessaloniki 2011a

ReferNet Ireland. VET in Europe – Country Report 2011. Thessaloniki 2011b

ReferNet Poland. VET in Europe – Country Report 2011. Thessaloniki 2011c

Rengers, Martina: Das international vereinbarte Labour-Force-Konzept. In: Wirtschaft und Statistik 12/2004, S. 1369–1383

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Berlin 2010

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Verantwortung für Europa wahrnehmen. Jahresgutachten 2011/2012. Wiesbaden 2011

Schleimer, Ingrid: MAIS: Berufsbildung und Umbau des Übergangssystems von der Schule in den Beruf zur Sicherung des Fachkräftebedarfs – neue Ansätze in Nordrhein-Westfalen. Vortrag vom 24.5.2011 in Mainz

Schmidt, Christian; Walter, Marcel: Demografischer Wandel und berufliche Bildung: ein Querschnittsthema. In: Berufsbildung 130 (2011) 8, S. 6–8

Schmidt, Daniel: Die neue Berufsbildungsstatistik ab 2007: Erweiterte Möglichkeiten für eine Analyse der dualen Berufsausbildung. In: Wirtschaft und Statistik 60 (2008) 11, S. 982–992

Schnur, Peter; Zika, Gerd (Hrsg.): Das IAB/INFORGE-Modell. Ein sektorales makroökonometrisches Projektions- und Simulationsmodell zur Vorausschätzung des längerfristigen Arbeitskräftebedarfs. Nürnberg 2009

Schönfeld, Gudrun; Wenzelmann, Felix; Dionisius, Regina; Pfeifer, Harald; Walden, Günter: Kosten und Nutzen der dualen Ausbildung aus Sicht der Betriebe: Ergebnisse der vierten BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2010

Schöngen, Klaus: Ausbildungsvertrag gelöst = Ausbildung abgebrochen? Ergebnisse einer Befragung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 32 (2003) 2, S. 35–39

Seeber, Susan: Einmündungschancen von Jugendlichen in eine berufliche Ausbildung: Zum Einfluss von Zertifikat, Kompetenzen und sozioökonomischem Hintergrund. In: Granato, Mona; Münk, Dieter; Weiß, Reinhold (Hrsg.): Migration als Chance. Ein Beitrag der beruflichen Bildung. Bielefeld 2011, S. 55–78

Seibert, Holger; Hupka-Brunner, Sandra; Imdorf, Christian: Wie Ausbildungssysteme Chancen verteilen. Berufsbildungschancen ethnischer Herkunft in Deutschland und der Schweiz unter Berücksichtigung des regionalen Verhältnisses von betrieblichen und schulischen Ausbildungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4/2009, S. 595–620

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales: Berliner Masterplan Qualifizierung. Ganzheitlich-Nachhaltig-Miteinander. Berlin 2011

Settelmeyer, Anke; Erbe, Jessica: Migrationshintergrund. Zur Operationalisierung des Begriffs in der Berufsbildungsforschung. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliches Diskussionspapier 112. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_112_migrationshintergrund.pdf

Severing, Eckart: Informelles Lernen. In: Arnold, Rolf; Nolda, Sigrid; Nuissl, Ekkehard (Hrsg.): Wörterbuch der Erwachsenenbildung. Stuttgart 2010, S. 148–149

Spangenberg, Heike; Mühleck, Kai; Schramm, Michael; Schneider, Heidrun: 20 Jahre nach dem Erwerb der Hochschulreife. Abschließende Befragung der Studienberechtigten des Jahrgangs 1989/90 – Vorbericht. HIS: Forum Hochschule 10/2010. Hannover 2010

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Vorausberechnung der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer, des Personal- und Finanzbedarfs bis 2025. Wiesbaden 2010

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Qualitäts- und Ergebnisbericht – integrierte Ausbildungsberichterstattung. Wiesbaden 2011. – URL: http://www.statistik-hessen.de/fileadmin/media/fb12/dokumente/Qualitaetsbericht_2011_04_12.pdf

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden (Erscheinungsweise jährlich)

Statistisches Bundesamt: Klassifizierung der Berufe – Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen. Ausgabe 1992. Stuttgart 1992

Statistisches Bundesamt: Klassifikation der Wirtschaftszweige. Wiesbaden 2008a.

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung. Fachserie 11, Reihe 3. Berichtszeitraum 2007. Wiesbaden 2008b

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung in den Bundesländern, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2010a

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden 2010b

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Schulen. Schuljahr 2009/2010. Fachserie 11, Reihe 2. Wiesbaden 2010c

Statistisches Bundesamt: Weiterbildung 2010. Wiesbaden 2010d

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Schulen. Schuljahr 2010/2011, Fachserie 11, Reihe 2. Wiesbaden 2011a

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung. Berichtszeitraum 2010. Fachserie 11, Reihe 3. Wiesbaden 2011b

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2010, Fachserie 11 Reihe 8. Wiesbaden 2011c

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2008/2009. Wiesbaden 2011d

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildungsfinanzbericht 2011. Wiesbaden 2011e

Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung, GENESIS-Online Datenbank. Themen: Bevölkerung, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Tabelle 12411. Wiesbaden 2011f. – https://www-genesis.destatis.de/genesis/online

Statistisches Bundesamt: GENESIS-Online, Datenbank Aufstiegsfortbildungsförderung, Stand 28.09.2011; Wiesbaden 2011g. – URL.: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online

Statistisches Bundesamt: Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik zu Studierenden und Studienanfänger/-innen – vorläufige Ergebnisse. Wintersemester 2011/2012. Wiesbaden 2011h

Statistisches Bundesamt: Weiterbildung 2011. Wiesbaden, 2011i

Statistisches Bundesamt: Bruttoinlandsprodukt. Wiesbaden 2012.

Sturm, Hartmut; Schulze, Hartmut; Schipull-Gehring, Frauke; Klüssendorf, Andrea, Zagel, Sibylle (Hrsg.): Übergangssystem Schule-Beruf in Hamburg. Hamburg 2011

Süssmuth, Rita; Sprink, Rolf: Volkshochschule. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 473–490

Tiemann, Michael: Wissensintensive Berufe. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 114. Bonn 2010

Tiemann, Michael; Schade, Hans-Joachim; Helmrich, Robert; Hall, Anja; Braun, Uta, Bott, Peter: Berufsfeldprojektionen des BIBB auf Basis der Klassifikation der Berufe 1992. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 105. Bonn 2008

Tillmann, Heinrich: Abschlussbericht zum Forschungsprojekt. Entwicklungschancen durch kaufmännische Aufstiegsfortbildung. Bonn 2000. – URL: https://www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/eb_41007.pdf

TNS Infratest Sozialforschung: Materialband 1: BSW-AES 2007 Erhebung zum Weiterbildungsverhalten. Fragebogen BSW 2007 und AES 2007. München 2007

Troltsch, Klaus: Strukturen und Entwicklungen der dualen Ausbildung in Technikberufen und Trends im Fachkräfteangebot bis 2015. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 6/2004. Bonn 2004. – URL: http://www.bmbf.de/pubRD/sdi_06_04.pdf

Troltsch, Klaus; Walden, Günter: Beschäftigungssystem dominiert zunehmend Ausbildungsstellenmarkt: Zur Responsivität des dualen Ausbildungssystems. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 4, S. 5–9

Troltsch, Klaus; Walden, Günter; Zopf, Susanne: Im Osten nichts Neues? 20 Jahre nach dem Mauerfall steht die Berufsausbildung vor großen Herausforderungen. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), BIBB Report 3 (2009) 12. Bielefeld 2009

Uhly, Alexandra: Die Zukunftsfähigkeit technischer Berufe im dualen System. Empirische Analysen auf der Basis der Berufsbildungsstatistik. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 5/2005. Bonn 2005. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/sdi-05-05.pdf

Uhly, Alexandra: Weitreichende Verbesserungen der Berufsbildungsstatistik ab April 2007. Zur Aussagekraft der Berufsbildungsstatistik für die Berufsbildungsforschung und Politikberatung. In: Krekel, Elisabeth M.; Uhly, Alexandra; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld konkurrierender Interessen. Die Ausbildungsstatistik und ihr Beitrag für Praxis, Politik und Wissenschaft. Bielefeld 2006a, S. 39–63

Uhly, Alexandra: Zur Neuberechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote ausländischer Jugendlicher. Bonn 2006b. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a22_ausweitstat_bwp-3-2006_informationsbeitrag-uhly.pdf

Uhly, Alexandra: Der berufsstrukturelle Wandel in der dualen Berufsausbildung: empirische Befunde auf Basis der Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007a, S. 209–257

Uhly, Alexandra: Strukturen und Entwicklungen im Bereich technischer Ausbildungsberufe des dualen Systems der Berufsausbildung. Empirische Analysen auf der Basis der Berufsbildungsstatistik. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 2/2007. Bonn 2007b. – URL: http://www.bmbf.de/pubRD/sdi-02-07.pdf

Uhly, Alexandra: Jugendliche mit Hauptschulabschluss in der dualen Berufsausbildung. Bildungsvoraussetzungen im Kontext berufsstruktureller Entwicklungen. In: Euler, Dieter; Walwei, Ulrich; Weiß, Reinhold (Hrsg.): Berufsforschung für eine moderne Berufsbildung – Stand und Perspektiven. Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 24. Stuttgart 2010, S. 175–203

Uhly, Alexandra: Kurzexpertise zur „Variablendefinition Anschlussvertrag“ im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Bonn 2011a – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_expertise_neuabgrenzung_anschlussvertraege.pdf

Uhly, Alexandra: Duale Berufsausbildung von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss – Verbesserte Analysemöglichkeiten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (BBS). Vortrag auf dem 6. BIBB-Berufsbildungskongress 2011 „Kompetenzen entwickeln – Chancen eröffnen“, Forum 1 „Ausbildungsmarkt und Beschäftigungssystem“, Arbeitskreis 1.1 „Angebote transparent machen – Nachfrage identifizieren“. Berlin 2011b – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ak_1-1_uhly.pdf

Uhly, Alexandra: Weiterhin hohe Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 41 (2012a) 2, S. 4–5

Uhly, Alexandra: Die Konstruktion von Kohortendatensätzen auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Am Beispiel der Anfängerkohorte 2008. Diskussionspapier. Bonn 2012b. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_methodenpapier_kohortendatensaetze_bbs_bibb.pdf

Uhly, Alexandra; Erbe, Jessica: Auszubildende mit Hauptschulabschluss: vom Normalfall zur Randgruppe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 4, S. 15–20

Uhly, Alexandra; Flemming, Simone; Schmidt, Daniel; Schüller, Frank: Zwei Erhebungen zu neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Konzeptionelle Unterschiede zwischen der „Berufsbildungsstatistik zum 31.12.“ und der „BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09.“ Bonn 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_methodenpapier-vergleich-BIBB-StBA-2009.pdf

Uhly, Alexandra; Gericke, Naomi: Neuberechnung der Ausbildungsbeteiligungsquoten. Neuerungen der Berufsbildungsstatistik aus 2007 ermöglichen erstmals genauere Berechnung differenzierter Quoten für Personengruppen. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_informationsbeitrag-uhly-gericke_neuberechnung-ausbildungsbeteiligungsquote.pdf

Uhly, Alexandra; Gericke, Naomi; Lohmüller, Lydia; Arenz, Ute M.: Schaubilder zur Berufsbildung – Strukturen und Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung Deutschlands. Ausgabe 2008. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/schaubilder

Uhly, Alexandra; Granato, Mona: Werden ausländische Jugendliche aus dem dualen System der Berufsausbildung verdrängt? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 35 (2006) 3, S. 51–55

Uhly, Alexandra; Kroll, Stephan; Krekel, Elisabeth M.: Strukturen und Entwicklungen der zweijährigen Ausbildungsberufe des dualen Systems. Ergebnisse aus der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.) sowie der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 128. Bonn 2011. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6732

Uhly, Alexandra; Troltsch, Klaus: Duale Berufsausbildung in der Dienstleistungs- und Wissensökonomie. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Bd. 105/Heft 1/2009, S. 15–32

Ulmer, Philipp; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Der demografische Wandel und seine Folgen für die Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 106. Bonn 2008. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_106_demografischer_wandel_und_seine_folgen.pdf

Ulrich, Joachim Gerd: Benachteiligung – was ist das? Theoretische Überlegungen zu Stigmatisierung, Marginalisierung und Selektion. In: Lappe, Lothar (Hrsg.): Fehlstart in den Beruf? Jugendliche mit Schwierigkeiten beim Einstieg ins Arbeitsleben. München 2003, S. 21–35

Ulrich, Joachim Gerd: Probleme bei der Bestimmung von Ausbildungsplatznachfrage und Ausbildungsplatzangebot. Definitionen, Operationalisierungen, Messprobleme. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Der Ausbildungsmarkt und seine Einflussfaktoren. Bonn 2005, S. 5–36

Ulrich, Joachim Gerd: Jugendliche im Übergangssystem – eine Bestandsaufnahme. In: bwp@ Spezial 4 – HT2008, WS 12 2008. – URL: http://www.bwpat.de/ht2008/ws12/ulrich_ws12-ht2008_spezial4.pdf

Ulrich, Joachim Gerd: Ausbildungsmarkt im Umbruch. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2010 im Spiegel der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 121. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6524

Ulrich, Joachim Gerd: Übergangsverläufe von Jugendlichen aus Risikogruppen. In: bwp@ Spezial 5 – HT2011, WS 15 2011. – URL: http://www.bwpat.de/ht2011/ws15/ulrich_ws15-ht2011.pdf

Ulrich, Joachim Gerd: Indikatoren zu den Verhältnissen auf dem Ausbildungsmarkt. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.): Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012, S. 48–69

Ulrich, Joachim Gerd; Eberhard, Verena: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in Deutschland seit der Wiedervereinigung. In: Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld 2008, S. 13–57

Ulrich, Joachim Gerd; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf; Krekel, Elisabeth M.: Trotz Rückgang des Ausbildungsplatzangebots 2010 etwas bessere Ausbildungsmarktlage als im Vorjahr. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2010 – URL: http://www.bibb.de/de/56774.htm

von Rosenbladt, Bernhard; Bilger, Frauke: Weiterbildungsverhalten in Deutschland Band 1. Berichtssystem Weiterbildung und Adult Education Survey 2007. Bielefeld 2008

von Rosenbladt, Bernhard; Bilger, Frauke: Weiterbildungsbeteiligung – und welche Lernaktivitäten dahinter stehen. In: von Rosenbladt, Bernhard; Bilger, Frauke (Hrsg.): Weiterbildungsbeteiligung 2010. Trends und Analysen auf Basis des deutschen AES. Bielefeld 2011a, S. 23–48

von Rosenbladt, Bernhard; Bilger, Frauke: Weiterbildung als wiederaufgenommene Bildung: Der Besuch regulärer Bildungsgänge. In: von Rosenbladt, Bernhard; Bilger, Frauke (Hrsg.): Weiterbildungsbeteiligung 2010. Trends und Analysen auf Basis des deutschen AES. Bielefeld 2011b, S. 205–218

von Rosenbladt, Bernhard; Gnahs, Dieter: Sektor „Betriebliche Weiterbildung. In: von Rosenbladt, Bernhard; Bilger, Frauke (Hrsg.): Weiterbildungsbeteiligung 2010. Trends und Analysen auf Basis des deutschen AES. Bielefeld 2011, S. 123–137

Walden, Günter: Duale Berufsausbildung in der Dienstleistungsgesellschaft? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 6, S. 43–46

Weber, Heiko: Zweijährige Ausbildungsberufe: Diskussion, Forschungsstand und Erkenntnisse am Beispiel des Maschinen- und Anlagenführers. In: lernen und lehren: Elektrotechnik-Informatik und Metalltechnik, 24. Jg., Heft 96/2009, S. 162–167 – URL: http://www.lernenundlehren.de/heft_dl/Heft_96.pdf

Weiß, Christina; Horn, Heike: Weiterbildungsstatistik im Verbund 2009 – Kompakt. Bonn 2011. – URL: http://www.die-bonn.de/doks/2011-weiterbildungsstatistik-01.pdf

Weiß, Reinhold: Vom unscheinbaren Stützpfeiler zur dritten Säule. Das Anforderungsprofil für Weiterbildung an Hochschulen. Bonn 2010. – URL: http://www.loccum.de/material/bildung/weiterbildung/weiss.pdf

Werner, Dirk: Ausbildung zwischen Strukturwandel und Investitionskalkül. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Der Ausbildungsmarkt und seine Einflussfaktoren. Ergebnisse des Experten-Workshops vom 1. und 2. Juli 2004 in Bonn. Bonn 2005, S. 53–70

Werner, Dirk; Neumann, Michael; Schmidt, Jörg: Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Eine Studie zu den direkten und indirekten Kosten des Übergangsgeschehens sowie Einspar- und Wertschöpfungspotenzialen bildungspolitischer Reformen. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstellt durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Gütersloh 2008

Werner, Rudolf: Erfolgsquoten bei Abschlussprüfungen – neue Berechnungsmethode berücksichtigt Wiederholer. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 27 (1998) 5, S. 42–45

Werner, Rudolf: Entwicklung der Berufsbildungsstatistik – Grundlagen und Inhalte seit 1950. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 29 (2000) 4, S. 23–28

Werner, Rudolf: Entwicklung eines Modells zur Berechnung der Quoten der Vertragslösungen unter Berücksichtigung der Datenlage der Berufsbildungsstatistik: das Schichtenmodell. In: Althoff, Heinrich; Brosi, Walter; Troltsch, Klaus; Ulrich, Joachim Gerd: Vorzeitige Lösung von Lehrverträgen und Ausbildungsabbruch – Problemaufriss und Untersuchung der methodisch-statistischen Grundlagen. Bielefeld 2003, S. 9–34

Wolff, Heimfrid: Das Dienstleistungswachstum – eine moderne Umwegproduktion. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23 (1990) 1, S. 63–67. – URL: http://doku.iab.de/mittab/1990/1990_1_MittAB_Wolff.pdf

Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung – Verbandsumfrage 2011. Köln 2011. URL: http://www.wkr-ev.de/trends11/trends2011.pdf

Zika, Gerd; Helmrich, Robert: Qualifikations- und Berufshauptfeldprojektionen bis 2025: Es sind nicht nur die MINT-Berufe betroffen. In: Sozialer Fortschritt 60 (2011) 8, S. 161–168

Zöller, Arnulf: Was machen wir, wenn uns die Schüler ausbleiben? Ansätze zur Begegnung demografisch motivierter schulischer und struktureller Herausforderungen am Beispiel Bayerns. In: Berufsbildung 130 (2011) 8/2011, S. 21–23

Verzeichnis der Indikatoren

Indikatoren	Kapitel im Datenreport	Erläuterungen zu den Indikatoren im Internet
Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)	A1.1, A1.2, A2.1, A2.2, C2	http://www.bibb.de/de/wlk59754.htm
Angebotsquote zugunsten der Ausbildungsinteressierten (AQI)	A1.1	http://www.bibb.de/de/wlk59758.htm
Ausbildungsabsolventenquote (noch in Entwicklung) (AbsQ)	A4.5	http://www.bibb.de/de/wlk59773.htm
Ausbildungsanfängerquote (noch in Entwicklung) (AAQ)	A4.5	http://www.bibb.de/de/wlk59772.htm
Ausbildungsbeteiligungsquote (AQ)	A4.5	http://www.bibb.de/de/wlk59771.htm
Ausbildungsbetriebsquote	A4.10.1	http://www.bibb.de/de/wlk59743.htm
Ausbildungsquote	A4.2.3, A4.10.1	http://www.bibb.de/de/wlk59742.htm
Bewerbereinmündungsquote (BEQ)	A1.1	http://www.bibb.de/de/wlk59764.htm
Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten (EQI)	A1.1	http://www.bibb.de/de/wlk59766.htm
Erfolgsquote für Erstprüfungen (EQ EP)	A4.8	http://www.bibb.de/de/wlk59783.htm
Erfolgsquote I – teilnahmebezogene Erfolgsquote (EQ I)	A4.8	http://www.bibb.de/de/wlk59781.htm
Erfolgsquote II – teilnehmebezogene Erfolgsquote (EQ II)	A4.8	http://www.bibb.de/de/wlk59782.htm
Junge Menschen in formaler Bildung (FormBild)	A6.2	http://www.bibb.de/de/wlk59698.htm
Junge Menschen ohne Berufsabschluss (nicht formal Qualifzierte, nfQ)	A9.3	http://www.bibb.de/de/wlk59785.htm
Relative Bedeutung der Sektoren im Ausbildungsgeschehen	A6.2	http://www.bibb.de/de/wlk59699.htm
Relative Bedeutung der Wege zur Berufsausbildung	A6.2	http://www.bibb.de/de/wlk59702.htm
(Vertrags-)Lösungsquote auf Basis der Aggregatdatenerfassung bis Berichtsjahr 2008 (LQ alt)	A4.7	http://www.bibb.de/de/wlk59780.htm
(Vertrags-)Lösungsquote auf Basis der Individualdatenerfassung ab Berichtsjahr 2009 (LQ neu)	A4.7	http://www.bibb.de/de/wlk59779.htm

Schlagwortverzeichnis

Schlagworte	Kapitel
Abiturienten/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2, A4.6.3
Abschlussprüfung siehe Prüfung – Abschlussprüfung	
Absolventen/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Absolventen/-innen, Hauptschulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2, A4.7
Absolventen/-innen, Realschulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2, A4.7
Adult Education Survey (AES)	B1.1
Altbewerber/-innen (Ausbildungsmarkt)	A1.1, A1.3
Altbewerber/-innen (Vorausschätzung)	A2.2, A2.3
Anerkannte Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO siehe auch Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO	A4.1.2, A4.1.3
Anfänger einer dualen Berufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)	A1, A1.1, A2.1, A2.2, A2.3
Angebots-Nachfrage-Relation, erweitert (ANR)	A1.4
Angebotsquote zugunsten der ausbildungsinteressierten Personen (AQI)	A1.1
Anschlussverträge nach BBiG/HwO (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Anschlussverträge nach BBiG/HwO (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Arbeitskräfteprojektion	A9.2
Arbeitsmarkt	A4.10.2, A4.10.4, A9
Arbeitsstellen, unbesetzte	A4.10.4, B1.2.3
Arbeitsmarktreserven	B2.1.2
Aufstiegsfortbildung	B3.2, B4.4.2
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	B3.2
Ausbilder, betriebliche Ausbildung siehe auch Ausbildungspersonal	A4.10.3
Ausbildereignungsprüfungen siehe Prüfung – Ausbildereignungsprüfung	
Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO)	A4.10.3
Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen	A5.3
Ausbildung nach BBiG/HwO im öffentlichen Dienst	A4.2.3
Ausbildung nach BBiG/HwO, außerbetrieblich	A3.1, A3.2
Ausbildung nach BBiG/HwO, betrieblich	A3.1, A3.2
Ausbildung nach BBiG/HwO, gefördert	A1.3
Ausbildung nach BBiG/HwO, ungefördert	A1.3
Ausbildungsordnungen, Strukturmerkmale	A4.1.2, A4.1.3
AusbildungPlus	A7.4, A7.3
Ausbildungsabbruch siehe Vertragslösungen	

Ausbildungsabsolventenquote (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Ausbildungsaktivität von Betrieben	A4.10.2
Ausbildungsanfänger/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.3, A4.5
Ausbildungsanfängerkohorte (Berufsbildungsstatistik)	A4.7
Ausbildungsanfängerquote (AAQ, Berufsbildungsstatistik)	A4.5, A4.9
Ausbildungsberechtigung von Betrieben	A4.10.2
Ausbildungsbereiche siehe auch Zuständigkeitsbereiche	A4.10.3, A7.2, A8.1, B1.3, B3.3
Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung	A1.2
Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, Image	A1.1
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO mit Anrechnungsmöglichkeit	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, mit Fachrichtungen	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, mit Schwerpunkten	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, mit Wahlqualifikationen	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, neue und modernisierte	A1.2, A4.1.3
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, Strukturmerkmale	A4.1.2
Ausbildungsbeteiligung von Betrieben	A4.10.1
Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen (Berufsbildungsstatistik)	A4.5, A4.9
Ausbildungsbetriebsquote	A4.10.1, A4.10.4
Ausbildungsdauer nach BBiG/HwO	A4.1.2
Ausbildungsförderung	A8.2
Ausbildungsgeschehen (Statistik, iABE)	A6.1, A6.2
Ausbildungsinteressierte Jugendliche (Statistik)	A1
Ausbildungskosten	A8.2, A8.3
Ausbildungsmarkt	A1, A1.1, A1.2, A1.3, A1.4, A4.10.4
Ausbildungsmarktbilanz	A1, A1.1
Ausbildungsmarktsituation, regionale	A1.4
Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)	A1, A1.1, A1.3, A4.10.1
Ausbildungsordnungen	A4.1
Ausbildungspersonal	A4.10.3
Ausbildungsplatzangebot	A1, A1.1, A2.2,
Ausbildungsplatzangebot, künftige Entwicklung	A2, C3

Ausbildungsplätze, außerbetriebliche siehe Ausbildungsplätze, überwiegend öffentlich finanzierte	
Ausbildungsplätze, betriebliche (Statistik)	A1, A1.1, A4.2.2
Ausbildungsplätze, überwiegend öffentlich finanzierte (Statistik)	A1, A1.1, A4.2.2
Ausbildungsplätze, unbesetzte (Statistik)	A1, A1.1, A1.3
Ausbildungsplatznachfrage	A1, A1.1, A2.2, A2.3
Ausbildungsplatznachfrage, künftige Entwicklung	C3
Ausbildungsplatznachfrage, Vorausschätzung für 2012	A2.2
Ausbildungsquote (Statistik)	A4.10.1
Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen	A4.1.4
Ausbildungsstellen siehe auch Ausbildungsplätze und Berufsausbildungsstellen	A1, A1.1
Ausbildungsstellen, unbesetzte (siehe auch Berufsausbildungsstellen, unbesetzte)	A4.10.4, B1.2.3
Ausbildungsstellenangebot	A1.3
Ausbildungsstellenbewerber	A1, A1.1, A1.3, A3.1, A3.2
Ausbildungsstellenbewerber, ehemalige	A1.1
Ausbildungsstellenbewerber, einmündende	A1, A1.1
Ausbildungsstellenbewerber, gemeldete	A1, A1.1, A2.1, A2.2
Ausbildungsstellenbewerber, Migrationshintergrund	A3.1, A4.9
Ausbildungsstellenbewerber, mit Alternative zum 30.09.	A1.1, A2.1, A2.2
Ausbildungsstellenbewerber, noch suchende	A1, A1.1
Ausbildungsstellenbewerber, unvermittelte	A1, A1.1
Ausbildungsstellenbewerber, unversorgte	A1, A1.1, A2.1, A2.3
Ausbildungsstellenbewerber, Verbleib	A1.1
Ausbildungsstellennachfrage	A1.3
Ausbildungsvergütung	A8.1
Ausbildungsverträge, Bestand am 31.12. (Berufsbildungsstatistik)	A4.2.2
Ausbildungsverträge, betrieblich finanzierte (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene (Berufsbildungsstatistik)	A4.3, A4.4, A4.5
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene außerbetriebliche siehe Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte	
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene betriebliche	A1, A1.1
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene insgesamt (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1, A1.1, A1.2, A1.4
Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1, A1.1, A1.2, A1.4

Ausbildungsverträge, verkürzte Ausbildungsdauer (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Ausbildungsverträge, verkürzte Ausbildungsdauer (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Ausbildungsverträge, zweijährige Berufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Ausbildungsverträge, zweijährige Berufe (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Ausländer/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.2.1, A4.6.1
Auszubildende, außerbetriebliche Ausbildungsverträge	A4.2.2
Auszubildende, Bestandszahlen (Berufsbildungsstatistik)	A4.2.1, A4.2.2, A4.5
Auszubildende, betriebliche Ausbildungsverträge	A4.2.2
Auszubildende, höchster allgemeinbildender Schulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2
Auszubildende, schulische Vorbildung	A4.9
BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010	A3.1, A3.2, A4.9
Bachelor- und Masterstudiengänge	A7.4, B2.3
Begabtenförderung berufliche Bildung siehe Weiterbildungsstipendium	
Behinderte Menschen	A4.1.4
Benachteiligtenförderung	A7.1
Berichtssystem Weiterbildung (BSW) siehe Adult Education Survey (AES)	
Beruf, erlernter	A9.2
Berufe siehe Ausbildungsberufe	
Berufliche Flexibilität	A9.2
Berufliche Höherqualifizierung	B3.2
Berufliche Schulen	A5
Berufliche Segregation	A4.2.1
Berufliche Weiterbildung siehe Weiterbildung, berufliche	
Beruflicher Verbleib siehe auch Übergang Ausbildung – Beschäftigung	A9
Berufsabschlüsse (Statistik)	A4.8, A5
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)	A4.2.2, A7.1
Berufsausbildung siehe auch Ausbildung	
Berufsausbildung, Finanzierung	A8.2
Berufsausbildungsstellen, gemeldete (Ausbildungsmarkt)	A1.3
Berufsausbildungsstellen, unbesetzte (Ausbildungsmarkt)	A1.3
Berufsausbildungsvorbereitung	A7.1
Berufsbegleitende Studiengänge	B2.3
Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder	A4.2, A4.3, A4.4, A4.5, A4.6, A4.7, A4.8, A4.9
Berufsbildungsstatistik, Aggregatdatenerfassung	A4.2.1
Berufsbildungsstatistik, Individualdatenerfassung	A4.2.1

Berufsbildungsstatistik, neue Merkmale	A4.3
Berufsbildungsstatistik, Revision	A4.2.1
Berufseinstiegsbegleitung	A3.2, A7.2
Berufsfachschulen	A5.1, A5.2
Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO	A5.1
Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO	A5.2
Berufsfachschulen, nicht vollqualifizierende	A2.3, A4.6
Berufsfachschulen, vollqualifizierende	A5.1, A5.2
Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)	A4.6
Berufsorientierung	A7.1, A8.2, C
Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung	A4.6.1
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	A4.6.1
Betriebliche Ausbildungsbeteiligung siehe Ausbildungsbeteiligung von Betrieben	
Betriebliche finanzierte Ausbildungsverträge (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Bewerber/-innen für Ausbildungsstellen bei der BA siehe auch Altbewerber/-innen	A1.3
Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09.	A1.3
Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund	A3.1, A3.2
Bewerber/-innen, alternativ verblieben	A1.3
Bewerber/-innen, unvermittelt	A1.3
BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09.	A1.1, A1.2, A1.4
BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen	A9.2
BIBB-Qualifizierungspanel	A4.10, B1.2.1
Bildungsausgaben	A8.2, B3.5
Bildungsbudget	A8.3
Bildungspersonal siehe auch Ausbildungspersonal	A4.10.3, C4.3
Bildungsverhalten Jugendlicher	A3, A4.6.3, B4.4.2
Bundesprogramme Übergang Schule – Ausbildung	A7.1
CVTS (Continuing Vocational Training Survey)	B1.2.2
DECVET (Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung)	D2
Demografische Entwicklung	A1, A1.1, A6.3, B2.1.2, C3
Dienstleistungsberufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Distance Learning	B2.3
DQR (Deutscher Qualifikationsrahmen)	A4.1.1

Duale Studiengänge	A7.4
Einmündung von jungen Fachkräften in Beschäftigung	A9.1.1, A9.1.2
Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI)	A1, A1.1
Einmündungsquote, rechnerische (REQ) (Ausbildungsmarkt)	A1.1, A3.1
Erfolgsquote Abschlussprüfungen im dualen System	A4.8
Erfolgsquote Fortbildungsprüfungen	B1.3
Erste Schwelle siehe Übergang Schule – Ausbildung	
Europäische Bildungszusammenarbeit	E2
Europäische Erhebungen zur betrieblichen Weiterbildung siehe CVTS	
Externenprüfung siehe Prüfung – Externenprüfung	
Fachkräftemangel	A4.10.4
Fachkräfteprojektion siehe BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen	
Fernlernen	B2.3
Fernstudium	B2.3
Fernunterricht (Statistik)	B2.3
Finanzierung betriebliche Weiterbildung siehe Weiterbildung, Finanzierung	
Förderung beruflicher Weiterbildung	B3.1
Fortbildung	B2.1.1, B4.1, B4.2, B4.4.2
Fortbildungsabschlüsse, geregelte	B4
Fortbildungsordnungen	B1.3, B4.1, B4.2,
Fortbildungsprüfungen siehe Prüfung – Fortbildungsprüfung	
Freie Berufe siehe Zuständigkeitsbereiche	
Geregelte Fortbildungsabschlüsse siehe Fortbildungsabschlüsse, geregelte	
Geschäftsklima in der Weiterbildung (siehe auch Klimawert)	B2.1.1
Handwerk siehe Zuständigkeitsbereiche	
Hauptschulabsolventen	A1.3, A3.2, A4.6, A4.7, A4.9, A7.2
Hauswirtschaft siehe Zuständigkeitsbereiche	
Herkunft der Jugendlichen siehe Migrationshintergrund	
Hochschul-Informations-System (HIS), Panelstudie	A4.6.3
IAB-Betriebspanel	A4.10.2, B1.2.1
Industrie und Handel siehe Zuständigkeitsbereiche	
Informelles Lernen	B1.1
Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)	A6.1, A6.2, A6.3, C2, C3
Jugendliche, ausbildungsinteressierte (Ausbildungsmarkt)	A1
Jugendliche mit Migrationshintergrund	A3.1, A4.9, C1

Junge Menschen ohne Berufsabschluss siehe Nicht formal Qualifizierte	
Klimawert, Weiterbildung siehe auch Geschäftsklima	B2.1.1
Kompetenzorientierte Ausbildungsordnungen	A4.1.1
Kompetenzzentren siehe überbetriebliche Ausbildungsstätten (ÜBS)	
Konten des Ausbildungsgeschehens (Statistik, iABE)	A6.1, A6.2
Kosten der beruflichen Ausbildung	A8
Kurzarbeit und Qualifizierung	B3.1
Landwirtschaft siehe Zuständigkeitsbereiche	
Leistungspunkte in der beruflichen Bildung siehe DECVET	
LEONARDO DA VINCI (EU-Programm)	E2
Lösungsquote, Ausbildungsvertrag (Berufsbildungsstatistik) siehe Vertragslösungsquote	
Marktungleichgewichte (Ausbildungsmarkt)	A1, A1.1
Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung	B3.1
Mehrfachausbildungen im dualen System nach BBiG/HwO (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Meister-BAföG	B3.2
Meisterprüfungen siehe Prüfung – Meisterprüfung	
Migrationshintergrund, Jugendliche	A3.1, A4.9, C1
Mikrozenus	A9.1.2, A9.2, A9.3
Modellversuche in der beruflichen Bildung, Überblick	D2
Modernisierte Ausbildungsberufe	A4.4
Monoberufe im dualen System nach BBiG/HwO	A4.1.2
Nachfragedefinition (Ausbildungsmarkt)	A1.1
Nachfragepotenzial (Ausbildungsmarkt)	A2.2, A2.3
Nachqualifizierung, berufliche	B3.4
Nachvermittlung (Ausbildungsmarkt)	A1, A1.1
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (Berufsbildungsstatistik)	A4.3, A4.4, A4.5
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Neuabschlüsse (Berufsbildungsstatistik)	A4.3, A4.4, A4.5
Neue Ausbildungsberufe im dualen System nach BBiG/HwO	A4.4
Neuordnung von Ausbildungsberufen im dualen System nach BBiG/HwO	A4.1.2, A4.1.3
Nicht formal Qualifizierte (nfQ)	A9.3
Nichtakademische Berufsausbildung	A4.6.3, A5.3
Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung	A8.3
OECD-Aktivität „Skills beyond School“	B4.4.1
Öffentlich geförderte Weiterbildung siehe Förderung beruflicher Weiterbildung	

Öffentlicher Dienst, Ausbildung (Personalstandsstatistik Statistisches Bundesamt)	A4.2.3
Öffentlicher Dienst siehe Zuständigkeitsbereiche	
Prekäre Beschäftigung	A9.1.2
Produktionsberufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Programm Weiterbildungsstipendium	B3.3
Programme zur Förderung der Berufsausbildung	D1
Prüfung – Abschlussprüfung	B3.4, B4.3
Prüfung – Abschlussprüfung (Berufsbildungsstatistik)	A4.8
Prüfung – Ausbildereignungsprüfung	A4.10.3
Prüfung – Externenprüfung	B3.4, C4.2
Prüfung – Externenprüfung (Berufsbildungsstatistik)	A4.8
Prüfung – Fortbildungsprüfung	B1.3, B4.2
Prüfung – Meisterprüfung	A4.1, A4.10.3, B1.3
Prüfungen – Umschulungsprüfungen	B1.3
Prüfungserfolg – Abschlussprüfung in der beruflichen Ausbildung	A4.8
Prüfungserfolg – Fortbildungsprüfung	B1.3
Qualitätssicherung und -entwicklung der beruflichen Bildung	D2
Quantitative Synopse über das Ausbildungsgeschehen (Statistik, iABE)	A6.1, A6.2
Rahmenregelung für Menschen mit Behinderungen	A4.1.4
Realschulabsolventen	A1.3, A4.6, A4.7, A4.9, A7.2, A9.3
Regionale Ausbildungsmarktsituation	A1.4
Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen	A1, A1.1, A4.6.2, A4.9
Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen, nichtstudienberechtigte	C3
Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen, Entwicklung der Zahl der	A2.3, C3
Schulabschluss, höchster allgemeinbildender (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2
Schulen des Gesundheitswesens	A5.3
Schulische Vorbildung der Auszubildenden (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.1, A4.6.2
Seeschifffahrt siehe Zuständigkeitsbereiche	
Sektoren des Ausbildungsgeschehens (Statistik, iABE)	A6.1, A6.2
SGB II – Förderung beruflicher Weiterbildung	B3.1
SGB III – Förderung beruflicher Weiterbildung	B3.1
Sonderprogramm WeGebAU	B3.1
Studienberechtigte im dualen System	A4.6.3
Tarifliche Ausbildungsvergütung siehe Ausbildungsvergütung	

Tarifvertraglich geregelte Finanzierung beruflicher Weiterbildung siehe Weiterbildung, Finanzierung	
Technikberufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung siehe Weiterbildungsbeteiligung	
Teilzeitberufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Tertiarisierung der dualen Berufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Überbetriebliche Ausbildungsstätten (ÜBS)	D3
Übergang Ausbildung – Beschäftigung	A9, A9.1, A9.2
Übergang Schule – Arbeitswelt (Statistik, iABE)	C2, E1.1
Übergang Schule – Ausbildung	A4.6.1, A4.9, A7, C
Übergangsbereich (Statistik, iABE)	A6.1, A6.2, C2
Übernahmeverhalten von Betrieben	A4.10.2
Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge siehe Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte	
Umschulungsordnungen siehe Fortbildungsabschlüsse, geregelte	
Umschulungsprüfung siehe Prüfung – Umschulungsprüfung	
Unbekannt verbliebene Bewerber/-innen (Ausbildungsmarkt)	A1.3
Unbesetzte Arbeitsstellen siehe Arbeitsstellen, unbesetzte	
Unbesetzte Ausbildungsstellen siehe Ausbildungsstellen, unbesetzte	
Unbesetzte Berufsausbildungsstellen siehe Berufsausbildungsstellen, unbesetzte	
UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014)	D2
Ungelernte siehe Nicht formal Qualifizierte	
Unvermittelte Bewerber/-innen (Ausbildungsmarkt) siehe auch Bewerber/-innen	A1, A1.1
Unversorgte Bewerber/-innen (Ausbildungsmarkt) siehe unvermittelte Bewerber/-innen	
Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber/-innen (Ausbildungsmarktstatistik)	A1.1, A1.3
Verkürzung der Ausbildungsdauer (Berufsbildunsstatistik)	A4.3
Verkürzung der Ausbildungsdauer (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Vertragslösung (Berufsbildungsstatistik)	A4.7
Vertragslösungsquote (Berufsbildungstatistik)	A4.7
Vertragswechsel (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Volkshochschulen (VHS)	B2.1.1, B2.2.1
Vollqualifizierende Berufsausbildung an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO	A5.1
Vollqualifizierende Berufsausbildung an Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO	A5.1

Vorbildung der Auszubildenden, höchster allgemeinbildender Schulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2
Vorbildung der Auszubildenden, vorherige Berufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Vorbildung der Auszubildenden, vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.1
Vorzeitige Vertragslösungen siehe Vertragslösung	
wbmonitor-Umfrage 2010	B2.1.1, B2.1.2
Weiterbildung	B2.1.1, B2.1.2
Weiterbildung, berufliche	B1.1, B2.1, B2.2.1, B2.2.3, B4
Weiterbildung, betriebliche	B1.1, B1.2, B3.6
Weiterbildung, Finanzierung	B3.5; B3.6
Weiterbildung Geringqualifizierter und älterer Beschäftigter	B3.1
Weiterbildung, Klimawert siehe Klimawert	
Weiterbildung, non-formal und formal	B1.1, B2.3
Weiterbildung, öffentlich geförderte siehe Förderung beruflicher Weiterbildung	
Weiterbildungsanbieter	B1.2.2, B2
Weiterbildungsangebote	B2.1.2
Weiterbildungsbeteiligung	B1.1, B1.2, B2
Weiterbildungskosten siehe Weiterbildung, Finanzierung	
Weiterbildungsquote siehe auch Weiterbildungsbeteiligung	B1.2.1
Weiterbildungsstipendium siehe Programm Weiterbildungsstipendium	
Weiterbildungsthemen	B2.1.1
Zugelassene kommunale Träger (zkT) (Ausbildungsmarktstatistik)	A1.3
Zusatzqualifikationen zu dualen Ausbildungsberufen	A7.3
Zuständigkeitsbereiche (Berufsbildungsstatistik)	A4.2.1, A4.6.1, A4.6.2
Zuständigkeitsbereiche (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Zweijährige Ausbildungsberufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Zweijährige Ausbildungsberufe (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Zweite Schwelle siehe Übergang Ausbildung – Beschäftigung	

Bundesinstitut
für Berufsbildung

BIBB

- Forschen
- Beraten
- Zukunft gestalten